

Michael Wladika

Hitlers Vätergeneration

Die Ursprünge des Nationalsozialismus
in der k.u.k. Monarchie

Böhlau



Michael Wladika

HITLERS VÄTERGENERATION

Die Ursprünge des Nationalsozialismus
in der k. u. k. Monarchie

BÖHLAU VERLAG WIEN · KÖLN · WEIMAR

Gedruckt mit der Unterstützung durch den
Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-205-77337-3

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege, der Wiedergabe im Internet und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

© 2005 by Böhlau Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG, Wien · Köln · Weimar

<http://www.boehlau.at>

<http://www.boehlau.de>

Druck: Imprint, 1000 Ljubljana

Printed in Slovenija

Inhalt

Für Maria und Greta

Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Das Mythen-Drama

1.1 Die Katakomben-Königin

1.1.1 Die Katakomben-Königin

1.1.2 Die Katakomben-Königin und die Katakomben-Königin

1.1.3 Die Katakomben-Königin und die Katakomben-Königin

1.1.4 Die Katakomben-Königin

1.1.5 Die Katakomben-Königin

1.1.6 Die Katakomben-Königin

1.2 Die Katakomben-Königin und die Katakomben-Königin

1.2.1 Die Katakomben-Königin und die Katakomben-Königin

1.2.2 Die Katakomben-Königin

1.2.3 Die Katakomben-Königin

2. Teil: Die Katakomben-Königin und die Katakomben-Königin

2.1 Die Katakomben-Königin

2.2 Die Katakomben-Königin

2.3 Die Katakomben-Königin und die Katakomben-Königin

3. Teil: Die Katakomben-Königin und die Katakomben-Königin

3.1 Die Katakomben-Königin

3.2 Die Katakomben-Königin und die Katakomben-Königin

3.3 Die Katakomben-Königin

3.4 Die Katakomben-Königin

3.5 Die Katakomben-Königin und die Katakomben-Königin

Inhalt

VORWORT	1
---------------	---

I. Teil: Der Mythos Deutschland

1. DER KÖNIGGRÄTZ-KOMPLEX	19
1.1 Die Mythosproduzenten	21
1.2 Die Auswirkungen von Königgrätz auf die österreichische Innenpolitik	26
1.3 Die programmatischen Grundsätze der ersten radikal-nationalen Studenten und Turner	30
1.4. Zwei erste deutschnationale Programme	36
1.5. Rache für Sadova?	39
2. DER ANTISEMITISMUS VOR SCHÖNERER	44
2.1 Der Beitrag der Kirche zum „rassischen“ Antisemitismus	50
2.2 Rassentheorien und Rassismen	54
2.3 Liberalismus im Wandel	64
3. DIE LIBERALEN JAHRE GEORG RITTER VON SCHÖNERERS	67
3.1 Ein Jungradikaler im Reichsrat	74
3.2 Der Burschenschafter Georg von Schönerer	77
3.3 Otto von Bismarck und die österreichische Innenpolitik	85

II. Teil: Georg Ritter von Schönerer und Alldeutschland

1. VON DER KUNST, ES ALLEN RECHT ZU MACHEN	95
1.1 Die Gegenbewegungen zu den Taaffe-Stremayrschen Sprachenverordnungen	98
1.2 Die Vereine Deutscher Studenten	101
1.3 Mensurverbote und Arierparagraphen	103
1.4 Abfahren und Verbindungen vom und zum Deutschen Reich	109

2. DIE ENTSTEHUNG EINES POLITISCHEN ANTISEMITISMUS	113
2.1 Der Österreichische Reformverein	121
2.2 Die Rolle des Antisemitismus im „Österreichischen Reformverein“ und seine Strategien	127
2.3 Ein „Ritualmord“ und seine Gläubigen	134
2.4 Nationalismus und Antisemitismus – zwei unzertrennliche Partner?	139
2.5 Früher Aktionismus	141
2.6 Georg von Schönerers Lehrzeit im „Österreichischen Reformverein“	142
3. DER „DEUTSCHNATIONALE VEREIN“	145
3.1 Das Linzer Programm	146
3.2 Der Wagner-Kommers und seine Folgen	158
3.3 Ein erster Bruch	163
3.4 Schönerers Austritt aus dem „Österreichischen Reformverein“	167
3.5 Der Nordbahnskandal	170
3.6 Die Reichsratswahlen des Jahres 1885	174
3.7 Der „Schulverein für Deutsche“	179
3.8 Die Christlichsozialen	184
4. AUF DEM WEG ZUM SEKTIERERTUM	191
4.1 Agitation gegen die Deutschnationalen	196
4.2 Der „Deutsche Turnerbund“	200
5. GEORG VON SCHÖNERERS VORLÄUFIGES POLITISCHES ENDE	205
5.1 Der Anlaßfall	208
5.2 Der erste Niedergang der alldeutschen Bewegung	216
5.3 Ernst Vergani	219
5.4 Karl Türk	223
5.5 Der „Waidhofener Verband“	225
6. EIN NEUBEGINN	228
6.1 Die Niederösterreichischen Landtagswahlen vom September 1890	231
6.2 Wilde Ehen	234
7. DER PERSONENKULT DER VEREINE UND TURNER UND DAS HERANREIFEN EINER IDEE	239
7.1 „Germanenbund“ gegen „Bund der Germanen“	247
8. KARL LUEGERS KLOPFEN AN DIE RATHAUSTÜRE	252

8.1 Das Ende des „Deutschen Volksvereines“	260
8.2 Franz „Franco“ Stein	263
8.3 „Lueger ante portas!“	266
8.4 Die Auswirkungen der politischen Sprengkraft Luegers auf die Alldeutschen	274
8.5 Die „Deutsche Volkspartei“	283
8.6 Der Anhang Schönerers im Jahre 1896	286

III. Teil: „1897“

1. DIE SPRACHENVERORDNUNGEN KASIMIR GRAF BADENIS	299
1.1 Die Koalitionsverhandlungen im Frühjahr 1897	316
1.2 Das Losbrechen des Sturmes	325
1.3 Obstruktion	335
1.4 Der Egerer Volkstag	337
2. DIE NATIONALE POLITISIERUNG DER ARBEITERSCHAFT NORDBÖHMENS	348
2.1 Hainfeld und kein Ende	357
3. DER HEISSE HERBST DES JAHRES 1897	367
3.1 Zweikämpfe	372
3.2 Ehre und Treue	376
3.3 Der Kampf gegen das Ausgleichsprovisorium	383
3.4 Die Reichsratssitzungen vom 24., 25. und 26. November 1897 am Rande der Revolution	396
3.5 Revolution?	411
3.6 Ein Resümee	421
4. LOS VON ROM	428
4.1 Die Ursprünge der „Los von Rom-Bewegung“	429
4.2 Die völkischen Verbindungen zum Protestantismus und Altkatholizismus	434
5. DIE SPALTUNG DER SCHÖNERIANER	453
5.1 Die „Affäre Wolf“	459

IV. Teil: Die DNSAP

1. DER REISSVERSCHLUSSEFFEKT	479
------------------------------------	-----

1.1	Vom Badeni-Jahr zum „Mährisch-Trübauerverband“	480
1.2	Zwei radikale Redner	485
1.3	Das Egerer Programm	489
1.4	Der „Bund Deutscher Arbeiter Germania“	495
1.5	Der „Zweite Deutsche Vertretertag zu Aussig“ im Jahre 1900	498
1.6	Eine national-sozialistische Wahlpropaganda anno 1900	500
1.6	„Hie Schönerer-Hie Wolf! – Hie Vormund-Hie Mündigkeit!“	503
1.7	Saaz	508
1.8	Der Zerfall des „Mährisch-Trübauerverbandes“	511
2.	DIE GRÜNDUNG DER „DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI“ (DAP)	516
2.1	„Schwarz-gelb-rötliche Helden“	524
2.2	Die Organisation der DAP und die ersten Wahlen	530
2.3	Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht	533
2.4	Der Agitator und der Ideologe	545
2.5	Eine Neugründung der Partei?	553
2.6	Die letzten Reichsratswahlen der Monarchie	560
2.7	Das „Iglauer Programm“	563
2.8	Die DAP während des Ersten Weltkrieges	574
3.	DIE DNSAP	577
3.1	Das Parteiprogramm der DNSAP 1918	580
3.2	Die DNSAP nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie	583
3.3	Die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung	590
3.4	Rudolf Jung und der „Nationale Sozialismus“	599
3.5	Die Wellen des nationalen Sozialismus	609
3.6	Eine erste „zwischenstaatliche Tagung“	615
	RESÜMEE	623
	EPILOG: TOTENKULT	625
 Anhang		
	QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	641
I.	Unveröffentlichte Quellen	641
II.	Gedruckte Quellen und Protokolle; Erinnerungen; Zeitgenössische Literatur, Streitschriften und Broschüren	643

III. Zeitungen	649
IV. Sekundärliteratur	652
BILDNACHWEIS	663
PERSONENREGISTER	665

Vorwort

Man schrieb den 21. März 1933. Dieses Datum hatte in Deutschland Tradition. Es war nicht nur Frühlingsanfang, sondern zugleich der Tag, an dem Reichskanzler Otto von Bismarck im Jahre 1871 den ersten gemeinsamen deutschen Reichstag eröffnet hatte. Auch dieser 21. März 1933 sollte die Kulisse für das theatralische Vorspiel einer Reichstagseröffnung abgeben – die erste des Dritten Reiches. Unter der Regie des neuen Reichskanzlers Adolf Hitler inszenierte Propagandaminister Joseph Goebbels ein „Volksfest der nationalen Einigung“, einen feierlichen Staatsakt in der Potsdamer Garnisonskirche zur Verbrüderung des „neuen“ nationalsozialistischen mit dem „alten“ konservativen Deutschland unter preußischen Vorzeichen. Eine Vermählung zwischen den Symbolen der jungen Kraft und der alten Größe. Über dem Grabe Friedrichs des Großen sollte dieser „Tag der nationalen Erhebung“ in seiner ganzen suggestiven Kraft unter bewußter Negation der „schmachvollen“ Weimarer Republik Dämme zum nationalen Konservativismus überfluten und bisher verschlossene Türen aufbrechen.¹ Die letzten Ressentiments vieler Beamten, Offiziere und Juristen verflogen endgültig, als sie das Regime die Wonnen nationaler Ergriffenheit spüren ließ. „Ein geschichtlicher Augenblick. Der Schild der deutschen Ehre ist wieder reingewaschen“, notierte Joseph Goebbels in seinem Tagebuch.² Wer eignete sich in dieser „Potsdamer Ruhrkomödie“³ zum Handschlag besser als der greise Reichspräsident Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, der Held des Weltkrieges und die lebendige Verkörperung des preußischen Militarismus. In dem mit den Generalen der kaiserlichen Armee besetzten Innenraum der Kirche hob er vor der leeren Kaiserloge grüßend seinen Marschallstab. Mit jenem auf Postkarten und Plakaten millionenfach verbreiteten Händedruck, den er kurz zuvor mit dem im schwarzen Cutaway erschienenen Adolf Hitler ausgetauscht hatte, holte sich dieser „heimliche Ersatzkaiser“ den „Segen“, ohne den er eigenen Worten zufolge die Macht nicht hatte übernehmen wollen.⁴ Er befand sich nun im Olymp Hohenzollerns, jenes Geschlechts, das die preußischen Könige und drei deutsche Kaiser gestellt hatte und durch die Anwesenheit des Kronprinzen repräsentiert wurde. Hitler wurde damit auch zum – wenn auch illegitimen – Erben des romantischen deutschen Mythos und des Preußentums. Am Nachmittag grüßte er gemeinsam mit Hindenburg die Formationen der „Reichswehr, SA, SS und

1 FEST, Joachim, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt am Main 1987, S. 557.

2 REUTH, Ralf Georg, Joseph Goebbels Tagebücher 1924–1945, Bd. 2 (1930–1934), München 1992, S. 285.

3 MEINECKE, Friedrich, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, 5. Aufl., Wiesbaden 1955, S. 25.

4 PICKER, Henry (Hg.), Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941 bis 1942, Bonn 1951, S. 366.

Stahlhelm, die an ihnen vorbeimarschierten“⁵, aber auch die weißbärtigen Veteranen aus den Kriegen von 1864, 1871 – und 1866!⁶

Damals grassierte unter preußischen Konservativen ein politischer Witz, der den ganzen Hintergrund dieser erzwungenen Kontinuität wiedergibt: Der Österreicher Adolf Hitler wird der ungeheure Rächer für Königgrätz!⁷ Dieser „Bruderkrieg“ des Jahres 1866 beendete die jahrhundertlange Vorherrschaft Österreichs in Deutschland und machte den Weg frei für dessen Einigung unter preußischer Regie, die 1870/71 vollzogen wurde. Was diesen Witz aber so interessant macht, ist seine enorme Tiefgründigkeit. Im kurz zuvor neu errichteten 3. Preußischen Garderegiment kämpfte in Königgrätz ein ganz junger Leutnant, der sich gegen die Österreicher seine ersten militärischen Sporen, den Roten Adlerorden vierter Klasse mit Schwertern, verdiente.⁸ Paul von Hindenburgs sprichwörtliche Aversion gegen alles, was aus Österreich kam, sollte er zeit seines Lebens nicht verlieren. Daran änderte auch der Händedruck von Potsdam nichts. In Verkennung der Tatsache, daß Hitlers Geburtsort in Oberösterreich liegt und nicht in der mittlerweile tschechischen Bezirksstadt Braunau, durch das er 1866 mit seiner Einheit auf dem Weg zum Schlachtfeld gezogen war, nannte er ihn verächtlich den „böhmischen Gefreiten“. Der „Rächer“ dieser tiefsitzenden Schmach, die einen so gewaltigen, bis heute spürbaren Minderwertigkeitskomplex gegenüber allem Deutschen erzeugte, zerstörte tatsächlich „sein“ Deutsches Reich. Daran konnte ihn auch der preußische Militarismus nicht hindern, der mit Hitler nie eine echte Freundschaft geschlossen hatte. Als er ihm am 20. Juli 1944 durch einen Attentatsversuch nach dem Leben trachtete, war es bereits zu spät.

Nur einige Jahre vor dieser Reichstagseröffnung, im Herbst 1929, mußte sich der spätere Vertraute Adolf Hitlers, Otto Wagener, vom damaligen „Osaf“ (Obersten SA-Führer) Pfeffer von Salomon auf die Frage nach dem Engagement Hitlers, wo dieser doch gar kein deutscher Staatsbürger sei, belehren lassen: „Er unterscheidet nicht nach der Staatsangehörigkeit, sondern nach der Volkstumszugehörigkeit. Man findet häufig bei den Deutschen im Ausland, daß sie deutscher denken und völkischer empfinden, als die meisten, die in Deutschland aufgewachsen sind und da leben. Denn diese nehmen alles, was deutsch ist, als selbstverständlich hin. Bei den anderen spielt die Sehnsucht nach Deutschland noch eine große Rolle.“⁹

Szenenwechsel: Am 18. Juni 1941 konnte der „Völkische Beobachter“ in der Ausgabe für Wien seinen Lesern eine besonders „rührende“ Geschichte mitteilen, obwohl sie schon vier Jahre zurücklag. Nach der Schlußveranstaltung des Nürnberger Parteitages des Jahres 1937 waren wie schon fast traditionell einige verdiente Persönlichkeiten zum Empfang beim Führer beschieden worden.

5 REUTH, Ralf Georg, Joseph Goebbels Tagebücher 1924–1945, Bd. 2 (1930–1934), S. 285.

6 FEST, Joachim, Hitler. Eine Biographie, S. 355.

7 HEER, Friedrich, Der Kampf um die österreichische Identität, Wien 1981, S. 234.

8 SCHOTT, Richard, Generalfeldmarschall von Hindenburg, Bielefeld o.J., S. 7.

9 WAGENER, Otto, Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929–1932, Hg. von Henry Ashby Turner, Frankfurt a. Main/Berlin/Wien 1978, S. 23.

Nach einem kurzen Hinweis von Gauleiter Hans Krebs ging Adolf Hitler gezielt auf einen den Umstehenden völlig unbekannten Mann zu, der sichtlich schwerkrank war und sich nur auf zwei Krücken fortbewegen konnte. Auch die reichlich altmodische Kleidung des gebrechlichen alten Herren hob sich von den Uniformen und Fracks der Gesellschaft ab. Doch die Wiedersehensfreude war ungetrübt: „Adolf Hitler trat an ihn heran, ergriff seine beiden Hände und schüttelte sie lange. Dann begann er sofort mit größter Lebhaftigkeit davon zu sprechen, wie er in seiner Wiener Zeit öfter beim Wimberger und in anderen Wiener Sälen an den Versammlungen Karl Hermann Wolfs – denn dieser war der alte Herr – teilgenommen habe, würdigte in anerkennenden Worten die Verdienste Wolfs und versprach ihm seine besondere Fürsorge“, wußte die Zeitung zu berichten.¹⁰ Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ konnte auch „Der neue Tag“ mit einem Zitat Hitlers aufwarten, der in den Reden Karl Hermann Wolfs die Gewalt der rednerischen Leistung kennen und bewundern gelernt habe: „Der Führer sagte: Ich kenne sie gut, bin ich doch in Wien beim Wimberger oft in ihren Versammlungen gewesen und habe viel von ihnen gelernt.“¹¹ Während der Wiener „Lehrjahre“ des Diktators hatte Wolf die „Radikalnationale Partei“ angeführt und mit der im Volksmund gebräuchlichen Abkürzung „Radi-Nazi“ zumindest für die spätere Namensgebung der Nationalsozialisten Entscheidendes beigetragen. Fast wie ein Gespenst war hier ein Repräsentant der untergegangenen österreichisch-ungarischen Monarchie aufgetaucht, ein wenig gestärkt durch einen vorher absolvierten Kuraufenthalt in einem bayerischen Moorbad auf Kosten der NSDAP. Aber auch Karl Hermann Wolf, der die letzten Jahre von seiner Frau gelebt hatte, die eine Tabaktrafik im Franz-Josephs-Bahnhof betrieb¹², war einmal mächtig gewesen, wenn auch nicht so mächtig wie sein „Schüler“: Ein Abgeordneter des alt-österreichischen Reichsrats, der prominente Napoleon-Biograph Professor August Fournier hatte ihn einst mit einem „Herrgott in Deutschböhmen“ verglichen.¹³ Auch er wollte einmal ein Reich zerstören, wenn auch auf andere Weise.

Diese zwei Episoden – die eine ein „geschichtlicher Augenblick“, die andere eine eher unbedeutende nostalgische Begegnung – haben auf den ersten Blick wenig gemeinsam. Und doch gehören sie zusammen. Beide Male traf eine junge Kraft auf eine noch lebende alte Größe, die etwas verkörperte, beide Male war von Kontinuitäten die Rede – das eine Mal inszeniert, das andere Mal geradezu heimlich. Beide Episoden stehen auch für eine geschichtliche Klammerfunktion. Das Schlachtfeld Königgrätz, das für die Generation Hindenburgs und die ihm nachfolgende den Nimbus preußischer Unbesiegbarkeit einläutete, schuf durch das Trauma, das es auf österreichischer Seite auslöste, jene endgültige deutsche Bipolarität, die für einen Teil der Deutschen in

10 Völkischer Beobachter, Nr. 169 vom 18. Juni 1941, S. 3.

11 Neues Wiener Tagblatt, Nr. 167 vom 18. Juni 1941, S. 3. Vgl. Der neue Tag, Nr. 163 vom 14. Juni 1941, S. 2.

12 WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, phil. Diss., Wien 1975, S. 354f.

13 BACHMANN, Harald, Raphael Pacher und die deutschradikale Bewegung in den Sudetenländern. Aus den Erinnerungen Pachters, In: Bohemia – Jahrbuch des Collegium Carolinum, Bd. 5 (Jhg. 1964), S. 456.

Österreich zur bestimmenden Affinität wurde, die in die Bereitschaft überging, das eigene Reich zu zerstören, um von Preußen erlöst zu werden. Was sollte das Leben in einem Vielvölkerstaat wie Österreich auch schon wert sein, wenn sich das bisher zerrissene Deutschland anschickte, sich zu einen und glatt auf seinen wichtigsten Volksstamm vergaß. Einer, der in jungen Jahren so dachte, war der Deutschböhme Karl Hermann Wolf. Sein zukünftiges Deutschland sollte ein Deutschland aller Deutschen, ein Alldeutschland sein, mit dem er zumindest das geistige Klima schuf, in dem der Name Adolf Hitler gedeihen konnte. Vergessen wir die Symbolkraft nicht, die Hitlers Händedruck mit Hindenburg beinhaltete und die von manchen Kreisen richtig gedeutet wurde, denn „Rache“ kann durchaus vielseitig sein. Sie kann auch die Aufhebung des „Urteils“ von Königgrätz, nämlich den Ausschluß vom Reich bedeuten. Doch darf man durchaus nicht dem Fehler verfallen, daraus den logischen Schluß eines 1938 vollzogenen Anschlusses durch den „Österreicher“ Hitler zu ziehen. Das wäre zu einfach, denn für Hitlers völkisch-rassistischen „Über“-Nationalismus war die Betonung der Einheitlichkeit des deutschen Volkes unter Beseitigung aller trennenden Elemente kennzeichnend, woraus sich das Wunschbild eines neuen nationalsozialistischen Deutschen ergab, der die besten Eigenschaften aller Stämme in sich vereinigen sollte. Vor diesem Hintergrund waren Österreicher und Preußen in gleichem Maße wichtig respektive unwichtig.¹⁴

Die Begegnung zwischen Wolf und Hitler 1937 war aber auch einer der raren Momente, in denen der oberste Hüter des Schleiers der Partei einen Zipfel vom Dogma seiner originären Ideologie lüftete. Was Georg Ritter von Schönerer und Karl Hermann Wolf propagierten, nämlich ein rassenreines Deutschland aller Deutschen, fand im Jahre 1904 in der in Nordböhmen gegründeten „Deutschen Arbeiterpartei“ im Rahmen einer „sozio-ökonomischen Neugruppierung“¹⁵ der auf die Arbeiterschaft beschränkten alldeutschen Anhängerschaft eine Fortsetzung, die sich bald „nationalsozialistisch“ nannte. Noch 1920 war Hitler mit der „Verwandtschaft“ dieser österreichischen Partei zu seiner NSDAP etwas freimütiger umgegangen: „Die gleiche Bewegung, die in Deutsch-Österreich schon 1904 begonnen hat, beginnt im Deutschen Reich Fuß zu fassen ... Wir sollten uns gegenseitig keine Vorwürfe machen, denn der gleiche Gedanke und die gleiche Not hat die gleiche Bewegung an allen Enden des Reiches emporsteigen lassen“, erklärte er auf einer gemeinsamen „zwischenstaatlichen“ Tagung.¹⁶ Und Reichsleiter Philipp Bouhler schrieb 1943 im Vorwort zur offiziellen DAP – „Parteichronik“ des altösterreichischen Gründungsmitglieds Alois Ciller, der seinen früheren Namen Cihula „eingedeutscht“ hatte, daß Hitler der alleinige Schöpfer, Verkünder und Träger der neuen Weltanschauung sei, die jedoch aus tausenden Quellen gespeist worden sei. So seien nationalsozialistische Ideen auch schon früher vertreten worden. Hitler selbst

14 GRISCHANY, Thomas, Der „Österreicher“ Adolf Hitler. Der Anteil österreichischer Elemente an Hitlers historischer Erscheinung, Dipl. Arb., Wien 1994, S. 139.

15 HÖBELT, Lothar, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918, Wien 1993, S. 243.

16 CILLER, Alois, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und der Ostmark. Schriften zur Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung, Hamburg 1943, S. 151.

habe einmal gesagt, daß es überhaupt keine Gedanken auf der Welt gebe, die nicht schon einmal von jemandem gedacht worden waren; es würden bloß nicht alle Gedanken verwirklicht.¹⁷ Freilich, auch Schönerer, Wolf und alte DAP-Parteigenossen wie Ciller wurden in der offiziellen Parteipresse „nur“ mit dem Titel „Pionier“ oder „Vorkämpfer“¹⁸ bedacht, was sie allenfalls mit verstorbenen Größen wie Friedrich Ludwig Jahn, dem „Turnvater“, oder Ulrich von Hutten in eine Reihe stellte, dessen Ausspruch von der „Lust zu Leben“ vor allem in höheren Parteikadern gerade Furore machte, denn noch lebende reichsdeutsche „Vorkämpfer“ gab es keine oder sie lebten in Verbannung. Doch konnte ein zerlumpt wirkender, den meisten völlig unbekannter Trafikant wie Wolf auch einem Regime nur in irgendeiner Weise gefährlich werden, indem er beispielsweise plötzlich einen Urheberanspruch anmeldete?

Im Juli 1942 kündigte sich, fast unbemerkt angesichts der täglichen Kriegsberichterstattungen, eine Ausstellung im Wiener Messepalast an. Sie war nach dem Anbringen einer Gedenktafel am Geburtshaus, dem Südbahnhofgebäude,¹⁹ als krönender Abschluß der Feiern zum 100. Geburtstag eines in der Öffentlichkeit schon prominenteren „Vorkämpfers“ gedacht²⁰: Georg Ritter von Schönerer. Schließlich hatte ihm Adolf Hitler zehn Seiten in „Mein Kampf“ gewidmet, wenn er sich auch kritisch mit seinen „Mißerfolgen“ auseinandergesetzt hatte.²¹ Partei und Presse verhielten sich dezent und gingen auf Distanz. Als Kuratoren fungierten die beiden ehemaligen jugendlichen Mitkämpfer des 1921 Verstorbenen, Franz Stein, Obmann des Vereines „Die letzten Schönerianer“, und Eduard Pichl, Verfasser einer kaum gelesenen sechsbändigen Schönerer-Biographie, die der Wiener Kulturkritiker Egon Friedell einmal als eine der „ödesten Wüsten“ bezeichnet hatte. Fast niemand wußte, daß Hitler den Druck der beiden letzten ausständigen Bände des seit 1912 erschienenen und dem „deutschesten Mann der Ostmark“ gewidmeten „Gesamtwerks“ finanziert hatte und auch feierlich entgegennahm, bevor es in die große „nationalsozialistische Bibliothek“ aufgenommen wurde. In diesem Zusammenhang gewinnt auch eine Textpassage einiges an Bedeutung, die aus einer Laudatio des aus Deutschböhmen stammenden ehemaligen DAP-Mitglieds und nunmehrigen hochrangigen Nationalsozialisten Hans Krebs an Schönerer anläßlich seines 100. Geburtstages stammt. Sie dürfte auch vor den strengen Augen der Zensur Zustimmung gefunden haben, ist sie doch nirgendwo anders als auf der Titelseite der Österreich-Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ vom 17. Juli 1942 zu finden: „Während sich im Deutschen Reich der Vorkriegszeit nirgends nationalsozialistische Grundsätze, ja nicht einmal die antisemitische Idee durchzusetzen vermochte, entzündeten sich an den Volkstumsgrenzen des österreichischen Deutschtums im Ringen mit den anderen Völkern die nationalen Kräfte, die die von Schönerer begründete Alldeutsche Bewegung und die aus ihr um die Jahrhundertwende entstandene

17 Ebd., Vorwort von Philipp Bouhler, S. 5f.

18 Völkischer Beobachter, Nr. 168 vom 17. Juni 1941, S. 5.

19 Völkischer Beobachter, Nr. 199 vom 18. Juli 1942, S. 5.

20 Völkischer Beobachter, Nr. 198 vom 17. Juli 1942, S. 1.

21 HITLER, Adolf, Mein Kampf, 307.–311. Aufl., München 1938, S. 107–116.

22 Völkischer Beobachter, Nr. 198 vom 17. Juli 1942, S. 1.

Deutsche Arbeiterpartei hervorbrachten.²² Die offiziellen Stellen hatten stattdessen immer die Gelegenheit ergriffen, Schönerer mit etwas Vergangenen, nämlich der Habsburgermonarchie, in Verbindung zu bringen. Mit der Umbenennung des Münchener „Habsburgerplatzes“ in „Von Schönerer-Platz“ im Jahre 1939 wollte man einen späten Sieg des „Kämpfers gegen Habsburg“ in einer neuen Zeit Wirklichkeit werden lassen, hatte man doch im Jahr zuvor mit dem erfolgreichen „Unternehmen Otto“, benannt nach dem letzten Thronfolger, die „Ostmark“ heim ins Reich geholt. Auch die Zustimmung des Reichsstatthalters von Wien, Baldur von Schirach, am 27. April 1941 auf Drängen Franz Steins im Sitzungssaal des ehemaligen Abgeordnetenhauses, das nun als „Wiener Gauhaus der NSDAP“ diente, eine silberne Gedenkplatte am Sitzplatz Schönerers einzuweihen²³, hatte mehr nostalgisch-symbolischen Charakter. Wieso sollte auch die Wiener Bevölkerung von etwas Notiz nehmen, was nicht allgemein zugänglich und in keinem einzigen reichsdeutschen Vertretungskörper angebracht war?

Nach der „Götterdämmerung“ machte sich ein zum Tode Verurteilter „im Angesicht des Galgens“ in seiner Nürnberger Zelle Gedanken über seinen Chef. Viel ist bisher über sein 1953 erschienenes Buch gerätselt worden²⁴. Wenn Ian Kershaw in seiner kürzlich erschienenen Hitler-Biographie anmerkte, Hans Frank, der einstige Generalgouverneur von Polen, Reichsleiter der NSDAP und Vorsitzende der Akademie für Deutsches Recht, „Alter Kämpfer“, Rechtsanwalt und Intimus Adolf Hitlers, habe seine Memoiren „unter deutlicher psychischer Anspannung“ diktiert²⁵, so ist dies noch immer schwer untertrieben. Frank, dem im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß der Befehl zur Deportation von Millionen Juden in die Vernichtungslager zur Last gelegt wurde²⁶, hatte keine Möglichkeit ausgelassen, die ganze Schuld auf Hitler zu schieben, um seine eigene Haut zu retten und eine Begnadigung zu erwirken, oder zumindest die Augen der Amerikaner auf die „bolschewistische Gefahr“ zu lenken. So wirken manche Sequenzen über das „Unverständnis des Massenmordes in Auschwitz“ geradezu zynisch und befremdend, so wenn Frank beispielsweise schrieb, daß die „jüdische Nation“ in Deutschland mit ihren „bewundernswürdigen Errungenschaften ... im Laufe der Jahrhunderte große Denker, geistige und wirtschaftliche Führer“ hervorgebracht hatte. Er ging sogar so weit, dies alles auf einen „ausländischen“ Dämon zurückzuführen. Trotz aller Problematik seiner Ausführungen lassen aber gerade diese Sätze aufhorchen: „Hitler war geborener Österreicher ... Aus seiner Heimat brachte er den Gedanken des Zusammenschlusses aller Deutschen Mitteleuropas in einem Reich mit. Dieser war nicht etwa sein Denkprozeß.“ Und über Hitlers Antisemitismus: „In Deutschland war bis 1918 von einem allgemeinen Antisemitismus ... nicht nur nichts zu spüren, die deutschen Juden spiel-

23 STEIN, Franz, Der Rufer der Ostmark. Georg von Schönerers Leben und Kampf, Wien 1941, S. 90.

24 FRANK, Hans, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953. Anlaß zu zahlreichen Spekulationen gibt noch heute der Satz des mit einem „Gutachten“ über die Verwandtschaftsverhältnisse betrauten Rechtsanwalts Frank: „Ich muß also sagen, daß es nicht vollkommen ausgeschlossen ist, daß der Vater Hitlers demnach ein Halbjude war.“ Vgl. S. 331.

25 KERSHAW, Ian, Hitler 1889–1936, Stuttgart 1998, S. 36.

26 Vgl. MASER, Werner, Nürnberg. Tribunal der Sieger, Düsseldorf 1977, S. 436ff.

ten vielmehr eine ausgezeichnete Rolle ... Alle Versuche, eine antisemitische Bewegung in Deutschland ins Leben zu rufen, ... scheiterten mangels Popularität ... Anders war jedoch die Lage der Juden in Österreich und von dort brachte Adolf Hitler seinen Antisemitismus mit.“²⁷

Auch andere Aussagen scheinen Frank recht zu geben: Während des Zweiten Weltkrieges verfaßte ein Analytiker des Political Warfare Executive of Special Operations, des Ausschusses für politische Kriegsführung, einen Bericht über Österreich, in dem er betonte, daß der Nationalsozialismus „ein echt österreichisches Produkt“ sei und „seine charakteristischen Merkmale wie der Antisemitismus (hätten) eher Vorläufer in der österreichischen als in der deutschen Politik“.²⁸ Als die „Claims Conference“, ein Ausschuß von 23 jüdischen Organisationen und Weltorganisationen, im Jahre 1952 versuchte, die Regierung der BRD dahin zu bringen, sämtliche jüdischen NS-Opfer, darunter auch die österreichischen, in die „Wiedergutmachungsverhandlungen“ einzubeziehen, lehnten dies die Vertreter der BRD mit der Begründung ab, die gewalttätigsten Nationalsozialisten seien Österreicher gewesen und diese hätten einen leidenschaftlicheren Nationalsozialismus an den Tag gelegt als Deutsche. Österreich müsse aus diesem Grund für seine NS-Opfer selber Sorge tragen.²⁹

Wir befinden uns an dieser Stelle zunächst bei „einer“ Kernfrage, auf die dieses Buch versucht eine Antwort zu geben, nämlich inwieweit auch Adolf Hitler von den österreichischen Nationalsozialisten beeinflusst wurde. Daß er sie in „Mein Kampf“ nirgends erwähnte, statt dessen aber auf seine „alten Vorbilder“ Georg von Schönerer und Karl Lueger zurückgriff, die er „ungestraft“ kritisieren konnte, weil sie tot waren, um bewußt eine Lücke entstehen zu lassen, spricht einmal grob gesprochen sehr dafür. Nur sehr selten hat er sich direkt über die DNSAP geäußert, wie beispielsweise am ersten Tag seiner Verhandlung wegen des Putschversuches vom November 1923 vor dem Volksgericht München I, am Dienstag, dem 26. Februar 1924, wo er mit Entschiedenheit jeden Zusammenhang ablehnte: „Die Gründung der Nationalsozialistischen Partei in Deutsch-Österreich liegt bereits über zwanzig Jahre zurück; sie hat mit unserer gar nichts zu tun.“³⁰ Ein erstaunlich starrköpfiges Bekenntnis, wenn man bedenkt, daß sich der wegen Hochverrats angeklagte Hitler mit einem Einlenken als politischer Nachahmungstäter bei einem unsicheren Prozeßausgang einige Jahre Gefängnis erspart hätte. Er hatte starke Motive, so zu handeln. Zunächst erschien es ihm sichtlich unerträglich, daß nach all den Umstürzen des Jahres 1918/19 eine Partei bereits existierte, die ihre Wurzeln in der Vergangenheit hatte und sich womöglich den neuen Gegebenheiten mit einem „antiquierten“ Parteiprogramm anpaßte. Daß er die alte österreichische DAP mehrmals als „marxistisch“ bezeichnete, die sich bereits 1913 ihrer proletarischen Wurzeln entledigt hatte, ist bezeichnend. Im Kampf gegen den Bolschewismus als

27 FRANK, Hans, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, S. 37.

28 Zitiert In: BUKEY, Evan Burr, Hitlers Österreich. „Eine Bewegung und ein Volk“, Hamburg/Wien 2001, S. 294.

29 Zitiert In: WALCH, Dietmar, Die jüdischen Bemühungen um die materielle Wiedergutmachung durch die Republik Österreich, Wien 1971, S. 13f.

30 DEUERLEIN, Ernst, Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1968, S. 38.

den allumfassenden Erzfeind sollte etwas Neues entstanden sein, etwas Gegenwärtiges, Unangreifbares und Unbeschwertes, eine „Weltanschauung“ des Anti-Marxismus als eine spontane Reaktion.

Zweitens erschien es seinem Naturell entsprechend genauso unerträglich zu sein, daß vor dem „Führer“ schon etwas vorhanden war. Selbst die Ursprünge seiner eigenen Partei wußte er geschickt zu verbergen, oder er machte sie bewußt lächerlich: „Fürchterlich, fürchterlich. Das war ja eine Vereinsmeierei allerärgster Art und Weise. In diesen Klub also sollte ich eintreten?“³¹ So schilderte er seine ersten „Eindrücke“. Den eigentlichen Parteigründer Anton Drexler nannte er in „Mein Kampf“ nicht in dieser Funktion, sondern lediglich als „Ortsgruppenvorsitzenden der DAP“. Sein Name fand überhaupt nur zweimal eine Erwähnung, und zwar, um ihn seinen Lesern als jemanden vorzustellen, „der seinem ganzen Wesen nach an sich schwächlich und unsicher war“, da er nicht die „Vorzüge“ hatte, die Hitler auszeichneten: Drexler hatte im Krieg nicht als Soldat gedient und war ein schlechter Redner.³²

Der Schluß liegt also nahe, daß er mit „ähnlichen Vorläufern“ genauso verfahren ist, sie nämlich gänzlich zu verschweigen. Gewichtige Indizien sprechen außerdem dafür: Hitler hat es in seinen Schriften und Reden mit der Wahrheit nie ernst genommen. Was eine Hitler-Forschung bis zum heutigen Tag maßlos erschwert hat und einer der Gründe dafür ist, warum es keine umfassende Biographie gibt, ist die Tatsache, daß Hitler die Fähigkeit besaß, ihm unangenehme Dinge, die nicht in sein Konzept der Wahrheit paßten, vor den Augen und Ohren nicht nur der Öffentlichkeit, sondern auch der seiner engsten Mitarbeiter ausblenden zu können. Und zwar so ausblenden, daß vieles entweder noch heute „richtigzustellen“ ist oder von Mythen und Gerüchten überlagert wurde, die noch heute die Grundlage für das „Faszinosum Hitler“ bilden. Es gehörte zu den Grundzügen des Dritten Reiches, daß in einem System der Angst und Verlogenheit selbst höchste Paladine ganz bewußt gegeneinander ausgespielt wurden und nur das wußten, was Hitler wollte, um sich damit seine eigene Macht zu sichern. Dieses „Wissen in Teilbereichen“ machte es so schwer, wie in einem Puzzle-Spiel ein Gesamtbild gewisser Vorgänge zu erstellen. Dies ist selbst bei Kardinalfragen nicht immer gelungen. Anhand eines (wahrscheinlich) nicht existenten Befehles zur „Endlösung“ entzündete sich ein Historikerstreit, ab welchem Zeitpunkt Hitler von der planmäßigen Vernichtung der Juden passiv gewußt oder sie aktiv angeordnet hatte, der so weit ging, das ganze System zu Recht von unten oder von oben nach einem starken oder schwachen Diktator zu hinterfragen.

Dieses Versteckspiel mit der Wahrheit machte aber auch vor seinem Privatleben nicht Halt. Wie geschickt und zugleich wie ängstlich mußte jemand sein, der in der Weltöffentlichkeit stand, vor den Medien, die das Steinzeitalter längst hinter sich gelassen hatten, sein Privatleben und seine Lebensgefährtin hinter einem „Führer-Mythos“ zu verbergen? Adolf Hitler hat dies sehr früh praktiziert, was es ihm überhaupt erst ermöglichte, dieses System ohne „Neider“ aufzubauen.

31 HITLER, Adolf, *Mein Kampf*, S. 241.

32 Ebd., S. X und S. 391.

Konzentrieren wir uns bei der Indiziensuche auf etwas viel Banaleres, nämlich auf seine eigene Lebensgeschichte, die für die Anfänge der NSDAP genügen sollte: Schon die uneheliche, etwas schleierhafte Herkunft seines Vaters beunruhigte ihn und führte ihn zu der Überzeugung, daß irgend etwas mit seiner Familiengeschichte nicht stimmte. Die Legende von der jüdischen Abstammung der „Schicklgruber-Hiedlers“ ist trotzdem bis heute nicht restlos geklärt.³³ Obwohl die Matrikeln erhalten geblieben sind, sollte möglicherweise der Truppenübungsplatz Allentsteig die Spuren seiner Verwandten aus dem Waldviertel auslöschen – auch das eine Legende. Einen „erpresserischen“ englischen Neffen, der etwas Licht in die Angelegenheit bringen wollte, schrie er angeblich mit den Worten an, nachdem er ihn 1930 nach Berlin zitiert hatte: „Mit welcher Vorsicht habe ich immer meine Person und meine persönlichen Angelegenheiten vor der Presse verborgen! Die Leute dürfen nicht wissen, wer ich bin. Sie dürfen nicht wissen, woher ich komme und aus welcher Familie ich stamme. Selbst in meinem Buch habe ich mir nicht ein Wort über diese Dinge erlaubt, nicht ein Wort“.³⁴ Mit diesem Gemisch aus Wahrheit, Halbwahrheit und glatter Unwahrheit, um unbequeme Tatbestände zu vernebeln, überzog Hitler auch die Schilderungen über seine Schulzeit: Aus anfänglicher Rebellion wurde sein „schweres Lungenleiden“³⁵, womit er das fehlende Abschlußexamen auf der Linzer Realschule zu erklären versuchte. Daß der Dauerredner, der „dieses Organ reichlich strapazierte“³⁶, später nie mehr darüber sprach und sich dabei eine Krankheit ausgedacht hatte, die einen langen Gesundungsprozeß in Anspruch nimmt, störte ihn wenig. Während seiner Zeit in Wien, die er laut amtlichen Bestätigungen und einem polizeilichen Abmeldungsformular von 1907 bis 1913 verbrachte – auch diese Zeit verkürzte er um ein Jahr³⁷, in dem er es vorgezogen hatte, aus Furcht vor der drohenden Musterung als „U-Boot“ zu leben – hatte er nie, wie dies die gesamte NS-Publizistik trotz eines fehlenden Meldezettels glaubhaft zu machen versuchte, im Jahre 1909 im 9. Bezirk, in der Simon Denkgasse 11 gewohnt. Nach 1938 wurde der Hauseingang mit Blumen und Bild verziert und mit großem Aufwand „die ärmliche Wohnung des Führers“ präsentiert. Der offizielle Bildband Heinrich Hoffmanns, „Wie die Ostmark ihre Befreiung erlebte“, enthält sogar ein Innenfoto mit Bett und Gießkanne.³⁸ Alles deutet auf Obdachlosigkeit hin. Die Dürftigkeit der Schilderungen und die bewußten Irreführungen über die Zeit im Männerheim verfolgten alle das Ziel, eine genaue Nachforschung über Hitlers Jahre in Wien unmöglich zu machen. Warum man gerade auf die Simon-Denk-gasse gestoßen war, bleibt wie vieles mysteriös.³⁹ Genausowenig ist Hitler jemals Bauarbeiter gewesen,

33 Dazu eingehend GISEVIUS, Hans Bernd, Adolf Hitler. Versuch einer Deutung, München 1963, S. 11–18.

34 Zitiert In: HAMANN, Brigitte, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München 1996, S. 76.

35 HITLER, Adolf, Mein Kampf, S. 16.

36 GISEVIUS, Hans Bernd, Adolf Hitler. Versuch einer Deutung, München 1963, S. 23f.

37 „Im Frühjahr 1912 kam ich endgültig nach München“. HITLER, Adolf, Mein Kampf, S. 138.

38 Welt-Neuigkeits-Blatt, Nr. 65 vom 20. März 1938, S. 1. HOFFMANN, Heinrich, Wie die Ostmark ihre Befreiung erlebte, Berlin 1940, S. 15.

39 Hitler wohnte neben besagtem Männerheim in Wien 20, Meldemannstraße 27, im 6. Bezirk, Stumpergasse 29, im 15. Bezirk, Felberstraße 22/16 und im 14. Bezirk, Sechshauserstraße 58/1/21.

eine Behauptung, für die er selbst in „Mein Kampf“ die einzige Quelle ist.⁴⁰ Daran knüpfte er aber eine erste politische Botschaft, nämlich seine Aversion gegen die anfänglich „nicht unsympathische“ Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, in die er sich weigerte einzutreten: Nachdem er in den „Quellen zu spüren“ begann, „aus denen sie ihre vermeintliche Weisheit gezogen hatten“, zettelte er einen Streit mit den Arbeitskollegen an und widersprach, worauf sie ihn auf dem Höhepunkt der dramatischen Schilderung beinahe vom Baugerüst gestürzt hätten. Der Deutsch-Schwede Erwin Leiser baute 1959 seine filmische Dokumentation „Mein Kampf“ auf dieser „Schlüsselszene“ auf.⁴¹ Auch Werner Maser berichtete noch 1965 von Hitlers Aufenthalt in der Simon-Denk-Gasse und seiner Begebenheit als „Hilfsarbeiter auf dem Bau“.⁴² Für Brigitte Hamann hat die Darstellung eine verdächtige Ähnlichkeit mit dem spektakulären „Fall Kunschak“ aus dem Jahre 1913: Der arbeitslose Eisendreher Paul Kunschak, der brisanterweise niemand anderer als der Bruder des christlichsozialen Arbeiterführers Leopold Kunschak gewesen ist, hatte damals den sozialdemokratischen Arbeiterführer Franz Schuhmeier erschossen, weil er ihn für seine Arbeitslosigkeit „bestrafen“ wollte, die er mit seinem Nichteintritt in die Gewerkschaften in Zusammenhang brachte. Hamann sah dies als Beweis, wie sehr „Mein Kampf“ eine politische Propagandaschrift mit einer bewußten Verfälschung des „Autobiographischen“ sei.⁴³

Möglicherweise hatte die so oft propagierte Vorliebe des kontaktarmen Sonderlings für die Alldeutschen, die zweifellos in den Linzer Geschichtsstunden des Dr. Leopold Poetsch ihre geistige Nahrung fand⁴⁴, eine viel realistischere Entsprechung: Der vor Proletarisierungsängsten gebeutelte Hitler fühlte sich in bewußter Verkennung seiner Lage als „Kunstmaler“ auch ohne Zulassung zur Akademie als „Akademiestudent“, je länger er im Männerheim wohnte. Was lag also näher, als sich vor seinen Mitbewohnern das Gehabe eines „richtigen Studenten“, nämlich eines politisierenden alldeutschen, als perfekte Tarnung zuzulegen. In die Wien-Zeit Hitlers wurde nicht zuletzt durch seine tatkräftige Unterstützung allzuviel allzugerne hineininterpretiert, wodurch auch oft genug unbewußt gelegte falsche Fährten entstanden. Wie mit der „Bauarbeitergeschichte“ verhält es sich auch mit der schon eher geglaubten Geschichte vom „Kaftanjuden“: Hitler genügte nach seinen Schilderungen nur der Anblick eines einzigen Ostjuden, um endgültig zum Antisemiten zu werden, womit er selbst eine ihn „prägende Erfahrung“ gemacht hatte.⁴⁵ Seine Wien-Zeit war zugleich seine Lesezeit. Hitler dürfte, anstatt schwer auf dem Bau gearbeitet zu haben, unendlich viel gelesen haben, wenn auch die Frage nach der Herkunft des Geldes zum Kauf der Bücher ungeklärt ist und Nachweise in Bibliotheken verschwunden sind. Bücher verhalfen ihm auch dank seines erstaunlichen Gedächtnisses, das ihm Zeitzeugen attestierten, zu einer profunden Allgemeinbildung im Erkennen von geschichtlichen Zusammenhängen, in Technik, Baukunst, Militärwesen usw. Es ist

40 HITLER, Adolf, *Mein Kampf*, S. 39.

41 *Mein Kampf*. Erwin Leisers Dokumentation des Nazi-Terrors, Schweden 1959, Copyright by Atlas Film 1993.

42 MASER, Werner, *Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924*, Frankfurt a. M. 1965, S. 107 und 113.

43 HAMANN, Brigitte, *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators*, München 1996, S. 210.

44 HITLER, Adolf, *Mein Kampf*, S. 12.

45 Ebd., S. 59f.

durchaus zutreffend, daß er wie jeder gute alldeutsche Student die Schönerer-Biographie Eduard Pichls studiert hatte und vielleicht begeistert war. Daß darunter auch „Ostara-Hefte“ Lanz' von Liebenfels waren, die er sich vom Autor selbst besorgt haben soll – eine Aussage, für die wiederum letzterer die einzige „wunderliche“ Quelle ist – läßt das „Phänomen Hitler“, jedenfalls in der Blickrichtung von „Männern, die Hitler die Ideen gaben“⁴⁶, reichlich ungeklärt.

Viel aussagekräftiger ist der wahre Ursprung beider Geschichten, der Bauarbeitergeschichte und der Anblick des „Kaftanjuden“, der Adolf Hitler veranlaßte, „um wenige Heller die ersten antisemitischen Broschüren“ seines Lebens zu kaufen⁴⁷, denn sie dürften beide erfunden sein. In beiden Fällen spielte Hitler aus der Sicht des Jahres 1924 den „Unwissenden“: „Was ich in meiner Jugend von der Sozialdemokratie wußte, war herzlich wenig“ – „(Die antisemitischen Broschüren) gingen leider nur alle von dem Standpunkt aus, daß im Prinzip der Leser wohl schon die Judenfrage bis zu einem gewissen Grade mindestens kenne oder gar begreife“. In beiden Fällen sollte ihm Literatur auf die Sprünge helfen, die er aber vor allem im zweiten Beispiel wegen „der zum Teil flachen und außerordentlich unwissenschaftlichen Beweisführung“⁴⁸ kritisierte. Seine Denkanstöße kamen aber aus der Realität, daher wußte er schon, was er lesen würde, denn die Lektüre diente nur mehr zu einer Untermauerung. Bei Hitlers bekannter späterer Aversion gegen alles „Wissenschaftliche“ obsiegt hier der „klare Instinkt“. Was Hitler in „Mein Kampf“ zu suggerieren versuchte, ist ganz offensichtlich: Er verlegte bewußt Schlüsselgeschichten in die Jugend, um den Beweis zu erbringen, daß er sich die zwei Hauptpfeiler seiner Politik, seinen Haß auf die Sozialdemokratie und auf das Judentum selbst „erarbeitet“ hatte. Dies geschah gewissermaßen allein und in „ersten Erlebnissen“, ohne Zutun von Parteipolitik und gänzlich ohne Beeinflussung. Dazu kommt noch ein entscheidendes Unterscheidungsmerkmal zu den österreichischen Nationalsozialisten: Sie hatten, bildlich gesprochen, noch „ihren“ Karl Marx gelesen, Hitler übersprang diese Phase. Er baute sich seine zwei Säulen in „Mein Kampf“ selbst, in einer leicht faßlichen, volkstümlichen Sprache ohne Theorie, aber auch ohne Wenn und Aber. Für ihn war Marx bereits der „böse Jude“, mit dem man sich nicht ernsthaft zu beschäftigen brauchte, was er auch nie mit einer einzigen Silbe tat.

Der spätere Reichsleiter Philipp Bouhler schrieb in seinem „Lesebuch für die deutsche Jugend“ über Hitlers Zeit in Wien: „... so lernt er nun noch aus persönlicher Erfahrung und dadurch angeregt auch durch eigenes Studium von Grund aus zwei Erscheinungen kennen, die auf die Gestaltung seines ganzen späteren Lebens einen entscheidenden Einfluß ausüben sollten. Es sind dies der Marxismus und in engstem Zusammenhang damit die Judenfrage“.⁴⁹

⁴⁶ Im Gegensatz zu einem biographischen Bezug zu Adolf Hitler, nämlich In: DAIM, Wilfried, Der Mann, der Hitler die Ideen gab. Die sektiererischen Grundlagen des Nationalsozialismus, 2. Aufl., Wien 1985, S. 23ff., läßt sich allerdings kein direkter Einfluß der krausen Rassentheorien des ehemaligen Zisterzienserpaters Jörg Lanz von Liebenfels nachweisen.

⁴⁷ HITLER, Adolf, Mein Kampf, S. 60.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ BOUHLER, Philipp, Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend, Aufl. 851.–900. Tausend, München 1939, S. 27f.

Neben dem Freilegen der verborgenen Wurzeln Hitlers will dieses Buch zweierlei: Einerseits Antworten auf die Frage geben, ob der Nationalsozialismus als historische Bewegung ein reines Produkt des Ersten Weltkrieges war. Schuf der Zusammenbruch Europas nach diesem Krieg und der darauf folgende Friede so wesentliche Voraussetzungen, ohne die die Entstehung des Nationalsozialismus gar nicht möglich gewesen wäre, oder sind es gerade diese unbestreitbar wesentlichen Voraussetzungen, die viele Historiker dazu bewogen haben, die Zusammenhänge mit der Vergangenheit der Vorkriegszeit entweder abzustreiten oder zu unterschätzen? Argumentiert man nämlich, daß die Vorkriegszeit nicht viel zu bedeuten habe, verbindet man den Nationalsozialismus als die spontane Reaktion auf eine besondere historische Situation zu eng mit seiner „Epoche“, dem Deutschland zwischen den Kriegen. Dabei wird ihm eine gewisse Einmaligkeit zuteil,⁵⁰ wozu vor allem Hitler selbst die nötige dogmatische Untermauerung für eine völlig neue Weltanschauung lieferte, die, so scheint es zumindest, bis heute Gültigkeit besitzt. Diese verengte Sichtweise birgt aber einige Gefahren in sich. Sie verleitet geradezu, ein irreführendes Konzept des Totalitarismus anzunehmen, das den Terror über die Bevölkerung und damit eine Konfrontation von Führer und Volk in sich einschließt. Indem man den Nationalsozialismus so aus dem Lauf der Geschichte löst, ist eine Sichtweise auf die gesellschaftlichen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts, die gegenüber den königlichen und fürstlichen Dynastien einen „Gemeinwillen“ des Volkes erzeugten und zu Massenbewegungen führten, versperrt. Daß gerade dieser „Gemeinwille“, der sich zu einer Huldigung des Volkes vor einer geeinten Nation manifestierte und damit den Nationalismus beflügelte, der sich eine mit nationalen Mythen und Kulte aufgeladene Ersatzreligion schuf, die dazu beitrug, den Folgen einer überhitzten Industrialisierung eine heile Welt entgegenzusetzen, wird dabei übersehen. Dieser neue politische Stil ließ aber erst den unentbehrlichen Hintergrund für den Nationalsozialismus entstehen. Repräsentierte erst die Gleichsetzung des Volkes mit der Nation eine von historischen Mythen zusammengehaltene Wesenheit, so stand damit schon früh ein demokratisches System in Frage, welches eher geeignet schien, die Menschen und die Politik aufzusplittern, als eine Einheit herzustellen. Diese Alternativen zur parlamentarischen Demokratie boten dem Nationalsozialismus im Gegenteil notwendige Ansatzpunkte, um statt mit Terror ein Band zwischen dem Führer und den Massen zu knüpfen, das auf gewohnte und wesensverwandte Traditionen aufgebaut war. Dasselbe geschah mit einem dem radikalen Nationalismus wesensverwandten politischen Antisemitismus: Eine an gewisse Grenzen gehende Aufnahmebereitschaft war vorhanden, die Emotionen mußten nur mehr erzeugt werden. Doch ist auch bei einem „Zuviel“ durchaus Vorsicht geboten: Es geht hier in erster Linie um Traditionen, die einer langen Geschichte entspringen, die die Nationalsozialisten eben gut zu nutzen wußten. Oft genug waren aber gerade sie es, die der Geschichte einen unabänderlichen Willen aufzuzwingen, der keine Umwege zuließe, um mit einer derartigen Kontinuität ihr eigenes Regime zu legitimieren oder, wie im Falle Hans Frank, später zu entschulden. Es wäre auf der anderen Seite aber

50 MOSSE, George L., Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich, Frankfurt a. Main 1993, S. 13.

auch absurd, einen völlig geradlinigen Weg vom 19. Jahrhundert zum Dritten Reich anzunehmen, dazu waren schon allein die Konstanten Weltkrieg und Versailles, aus denen der Nationalsozialismus seine Kraft bezog, zu dominant. Wir sollten uns also davor hüten, wofür der Philosoph Henry Bergson den Begriff der „Illusion des retrospektiven Determinismus“⁵¹ geprägt hat, nämlich Deutungen zu versuchen, die geschichtliche Ereignisse als unvermeidlich darstellen. Wer sich daher völlig verkürzte, wegen ihrer Schneidigkeit aber gerne gelesene Formulierungen wie „Turnvater Jahn, der erste SS Mann“ erwartet, wird enttäuscht werden. Nur allzu leicht geht dabei die Aufgabe des Historikers als eines objektiven Beobachters, der zu beurteilen, statt zu urteilen hat, verloren. „Freisprüche“ und Schuldzuweisungen sind schon alleine wegen der Gefahr einer nur wenig verschleierte politischen Wertung auch nicht zu akzeptieren.

Forschungen über den Nationalsozialismus vor Hitler gibt es in Deutschland wie in Österreich von renommierter Seite, wenn diese auch vor allem in letzter Zeit zu sehr im Schatten der Dominanz der Jahre 1933/38 bis 1945 standen. So kam Hellmuth Auerbach 1994 in einer Studie für Deutschland, die sich in ihren Kernaussagen auf Martin Broszat und Eberhard Jäckel stützte,⁵² zu folgendem Schluß: „Der Nationalsozialismus ist nicht erst durch Hitler geschaffen worden. In den Reden und schriftlichen Äußerungen seiner ersten Jahre finden sich keinerlei originäre Gedanken. Alles war vorher schon da; es ist von ihm aufgegriffen und höchstens in seinem Sinne radikalisiert, zu einem politischen Glaubensbekenntnis hochstilisiert worden ... Das Vage, Ungefähre und bewußt Unbestimmte gehörte von der Entstehung der NSDAP an zum Charakteristikum ihrer sogenannten Ideen. Man hat mit Recht von der Weltanschauung des Nationalsozialismus als von einem ... ‚Ideenbrei‘ gesprochen.“⁵³

Während Auerbach jedoch von völkischen Autoren des 19. Jahrhunderts ausging und von deren „Ideenbrei“ drei für den Nationalsozialismus bestimmende Hauptthesen ableitete, „1. die sozialdarwinistische Vorstellung vom ‚Kampf ums Dasein‘, der Selektion der Schwachen durch die Starken; 2. damit verbunden die Notwendigkeit eines Kampfes um ‚Lebensraum‘ für das germanische Volk, vor allem im Osten Europas; 3. ein ‚rassisch‘ begründeter Antisemitismus, der den Juden als Sündenbock für alles, als Wurzel allen Übels ansah“,⁵⁴ übersah er gänzlich die Struktur in Österreich.

Die Studien für Österreich blieben auch bruchstückhaft. Neben den zugegebenermaßen verlockenden Untersuchungen über die „Lehrjahre“ Hitlers in Wien und einige völkische „Ideenbringer“ standen zumeist Einzelbiographien von Georg von Schönerer bis Karl Lueger im Vor-

51 Zitiert In: ASH, Timothy Garton, Retrospektive ohne Illusion, In: Der Standard, Nr. 3387 vom 29. Jänner 2000, S. 4.

52 BROSZAT, Martin, Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit, Stuttgart 1960. JÄCKEL, Eberhard, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart 1981.

53 AUERBACH, Hellmuth, Nationalsozialismus vor Hitler, In: BENZ, Wolfgang / Hans BUCHHEIM / Hans MOMMSEN (Hg.), Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft, 6. Aufl., Frankfurt a. Main 1993, S. 13. Vgl. auch: AUERBACH, Hellmuth, Hitlers politische Lehrjahre und die Münchner Gesellschaft, In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 25 (Jhg. 1977), S. 1–45.

54 AUERBACH, Hellmuth, Nationalsozialismus vor Hitler, S. 13.

dergrund, wobei viele hochinteressante Dissertationen nicht den Weg in den Buchhandel fanden,⁵⁵ ohne jedoch den Verbindungslinien – den „missing links“ – in einem großen Rahmen nachzugehen, eine Aufgabe, der sich dieses Buch stellt.

In Österreich bedarf es für den Zeitrahmen bis 1920, als Entwicklungslinien infolge des Ersten Weltkrieges allmählich zu verschwimmen begannen, keines von Auerbach gewählten Kunstgriffes, um nachzuweisen „daß der Kreis der Adepten oder Bewunderer der völkischen Autoren in vielen Fällen doch erschreckend groß war“,⁵⁶ denn hier führten nach der letztlich verhinderten Revolution des Jahres 1848 und der Niederlage von Königgrätz 1866 radikale deutschnationale Studenten schon sehr früh einen ihrer Meinung nach aufgezwungenen „Kampf ums Dasein“. Mit ihrem Führer, dem Politiker Georg von Schönerer, der seinen ererbten Reichtum für die Verbreitung ihrer und seiner Parolen einsetzte, konnten sie auch zumindest mit einem gewissen Bekanntheitsgrad vom Herrscherhaus bis zum einfachen Arbeiter rechnen. Daß es Kontinuitäten von Schönerer und den Alldeutschen zur 1904 gegründeten DAP gab, die schon 1916 in Kriegsmanifesten für einen „Kampf um Lebensraum“ eintrat, und von diesem „Produkt der Monarchie“ zu Adolf Hitler, wird in diesem Buch erstmals behauptet und dargelegt. Es standen in Österreich nicht nur völkische Autoren wie Guido von List und Lanz von Liebenfels als Ideenbringer im Vordergrund, sondern auch Parteiorganisationen. So war die Idee einer Verbindung von Nationalismus und Sozialismus zu einem nationalen statt eines internationalen Sozialismus gerade wegen der typisch österreichischen Überbetonung des nationalen Faktors stärker präsent als im Deutschen Reich. Hierbei ergaben sich auch einige verblüffende Überschneidungen mit der NSDAP.

Für einen festen Zusammenhalt all dieser Konglomerate in Österreich sorgte ein „rassisch“ begründeter Antisemitismus, der in seinen verschiedenen Facetten stets über dem „politischen“ stand. Nicht umsonst lautete die Kernaussage Evan Burr Bukeys, der mit seinem Buch „Hitlers Österreich“ im Jahre 2000 in den USA und später in Europa Aufsehen erregte, daß die Menschen in Österreich nach dem Anschluß sehr wenig mit dem Nationalsozialismus anzufangen wußten, aber umso mehr mit einem durch ihn entfesselten Antisemitismus.⁵⁷

Der erste Teil dieses Buches beschäftigt sich mit den Auswirkungen des „Mythos Deutschland“ auf die österreichische Innenpolitik nach der Niederlage von Königgrätz 1866. Vor diesem Hintergrund vollzog sich der politische Aufstieg Georg von Schönerers und sein anhand von Zeitungskommentaren, Protokollen des Reichsrats und ersten Biographen gut dokumentierter Wandel vom Liberalen zum völkischen Propheten. Parallel dazu läßt sich das Entstehen eines zuerst politischen Antisemitismus beobachten, der schnell zu einem „rassistischen“ wurde. Der zweite Teil gibt einen Überblick über das Anwachsen einer facettenreichen alldeutschen Bewegung zwischen den zwei Polen Sektentum und den in den späten 80er Jahren des 19. Jahrhunderts im Aufstieg befindlichen Christlichsozialen Karl Luegers, vor denen schließlich Schönerer in Wien kapi-

55 Eine Auflistung der wichtigsten Literatur findet sich in den einzelnen Kapiteln.

56 AUERBACH, Hellmuth, Nationalsozialismus vor Hitler, S. 14.

57 BUKEY, Evan Burr, Hitlers Österreich. „Eine Bewegung und ein Volk“, Hamburg/Wien 2001.

tulieren mußte und sein Einflußgebiet nach Nordböhmen verlegte. Teil drei ist fast gänzlich einem Ereignis der österreichischen Innenpolitik gewidmet, das sich als Markstein für die Entwicklung einer breiten völkischen Bewegung erweisen sollte: den Sprachenverordnungen des österreichischen Ministerpräsidenten Kasimir Graf Badenis im Jahre 1897. In ihrem Sog gelang die Einigung einer völkisch ausgerichteten Arbeiterschaft zuerst in Nordböhmen, die für das aufgeheizte politische Klima besonders empfänglich war. Ein Resultat war die Gründung der „Deutschen Arbeiterpartei“ 1903 in Aussig und das Trautenauer Programm des Jahres 1904. Mit dem Wandel dieser Partei von einer national-sozialen zu einer nationalsozialistischen beschäftigt sich Teil vier.

Dieses Buch ist die verkürzte und überarbeitete Version einer 1999 an der Philosophischen Fakultät der Universität Wien eingereichten Dissertation mit dem Titel „Hoch Hohenzollern! Die Ursprünge des Nationalsozialismus in Österreich“, auf die ich an dieser Stelle zur Vertiefung des Themas verweisen möchte. Vieles, was den Rahmen dieser vorliegenden Arbeit gesprengt hätte, konnte hier nur in verkürzter Form wiedergegeben werden.

Zuletzt möchte ich mich bei all jenen bedanken, die zur Entstehung dieses Buches beigetragen haben.

Michael H. Wladika

Wien, im Frühling 2005

I. Teil: Der Mythos Deutschland

„Die Christen, die keinen Judenglauben mehr haben werden die wüthendsten Feinde der Juden sein. Wenn das Christenvolk kein Christentum und kein Geld mehr hat, dann ihr Juden, laßt euch eiserne Schädel machen, mit den beinernen werdet ihr die Geschichte nicht überleben.“

(Flugblatt aus dem Jahre 1848)

„Ich bin überzeugt, daß man im nächsten Jahrhundert noch Millionen schlachten wird wegen ein oder zwei Grad mehr im Schädelindex.“

(Graf Georges Vacher de Lapouge, 1854–1936)



Abbildung 1: Bismarck und Wilhelm I. am Wachtfeuer nach der Schlacht von Königgrätz (nach einem Gemälde von Theodor von Rocholl).

1. Der Königgrätz-Komplex

Nur sieben Zeilen war das Telegramm lang, das am 3. Juli 1866 um 10.30 abends vom Festungskommando Königgrätz an die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien abgeschickt wurde, nachdem bereits das Abendblatt der „Neuen Freien Presse“ verkündet hatte, daß eine „Hauptschlacht engagiert“ sei⁵⁸:

*Der Erfolg der heute zwischen /
Königgrätz und Josefstadt geliefert /
ten Schlacht war bis 2 Uhr nachm. /
den österreichischen Waffen günstig /
Nach dieser Zeit begann der Feind /
uns zu überflügeln und zurückzu /
drängen.*⁵⁹

Der Ausgang dieser aus preußischer Sicht erst langsam als gewonnen realisierten Schlacht machte Weltgeschichte.⁶⁰ Die im Zuge der gemeinsamen Verwaltung des Kondominiums Schleswig-Holstein nach dem Deutsch-Dänischen Krieg 1864 aufgetretenen Streitigkeiten hatten den preußisch-österreichischen Gegensatz verschärft: Preußen veröffentlichte ein „Bundesreformprogramm“, in dem es den Ausschluß Österreichs aus dem Deutschen Bund forderte, Österreich machte mobil, worauf der preußische Gesandte die Bundesverfassung für erloschen erklärte, und der Krieg begann. Doch die Strafexpedition der tonangebenden Armeen Österreichs und Sachsens und der bald zu „Statisten“ degradierten Streitkräfte von Bayern, Hannover, Baden und Württemberg gegen die Armeen Preußens, der Hansestädte, der norddeutschen Kleinstaaten und des verbündeten Königreichs Italien endete mit einer Niederlage.⁶¹ Wie sehr der Deutsche Bund, in dem Österreich seit 1815 die Präsidialmacht innehatte, seinem Ende entgegensah, demonstriert vielleicht am besten seine „Bundesarmee“, in der das Fürstentum Lippe-Detmold einen einzigen Soldaten stellte. Die

58 Neue Freie Presse. Beilage zum Abendblatt, Nr. 661 vom Dienstag, 3. Juli 1866, S. 1.

59 Abgedruckt in: Telegraf. Organ für steiermärkische Interessen, 12. Jg., Nr. 155 vom Mittwoch, 4. Juli 1866, S. 1.

60 Detaillierte Schilderungen in: GAAIG, Gordon A., Königgrätz. 1866. Eine Schlacht macht Weltgeschichte, Wien 1997 und ZIMMER, Frank, Bismarcks Kampf gegen Kaiser Franz Joseph. Königgrätz und die Folgen, Graz/Wien/Köln 1996.

61 Kurzübersicht in: ZÖLLNER, Erich, Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 8. Aufl., Wien 1990, S. 408ff.

mit der Niederlage eingeleitete Neuordnung Mitteleuropas verlief nach nationalen Prinzipien – ohne einen nach monarchischen Prinzipien unabhängig von Sprache und Nationalität geordneten Vielvölkerstaat Österreich. Schon einmal, während der Revolutionstage des Jahres 1848, war eine von Österreichern dominierte Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche nicht nur an einer wiedererstarkten Obrigkeit gescheitert, sondern auch an der „Deutschen Frage“, die zur Verwirklichung einer nationalstaatlichen, nach dem Vorbild der Französischen Revolution konzipierten deutschen Reichsverfassung die Auflösung des Reichsverbandes und die Eingliederung der „deutschen“ Gebiete unter Ablösung der „undeutschen“ bedingt hätte. Dieses „Hindernis“ einer gesamtdeutschen Einigung hatte schließlich zum Dualismus Preußens mit Österreich geführt.

Politisch hatte Königgrätz nach dem Friedensschluß von Prag zur Folge, daß mit der gewaltigen Vergrößerung Preußens um ein ganzes Königreich Hannover, dazu Kurhessen, Hessen-Nassau und der alten Reichsstadt Frankfurt das erste Mal in der deutschen Geschichte ein vollkommen zusammenhängender deutscher Gebietskörper mit 24 Millionen Einwohnern in seiner Neuschöpfung, dem Norddeutschen Bund ohne Österreich, entstanden war. Diesem nun mächtigen Block standen an der vereinbarten Main-Linie gerade sechs Millionen Einwohner der völlig souveränen süddeutschen Staaten gegenüber. Österreich hatte zum ersten Mal in seiner tausendjährigen Geschichte mit dem übrigen Deutschland keine Verbindung mehr und sah sich darüber hinaus zu einer großen inneren Umgestaltung, dem Ausgleich mit Ungarn, genötigt. Nach dem Frieden von Prag gebietsmäßig von Bismarck „ungeschoren“ geblieben, betrat es den von ihm vorgezeichneten Weg der Orientierung nach dem Osten und forderte den Dauerkonflikt mit Rußland heraus, seit dem Krimkrieg bis zum Aufeinanderprallen 1914 kein Freund Österreichs mehr.

Das vielstrapazierte Wortspiel, wonach sich das einstige polnische Lehen Preußen-Brandenburg nach Deutschland hineinreklamiert und sich ein „slawisches“ Österreich im Zeitalter eines erstarkenden, bürgerlich geprägten Nationalismus aus Deutschland verabschiedet hatte, legt nicht nur politische, sondern auch mitunter sehr heikle, tiefgründige mentalitätsgeschichtliche Wurzeln frei. Der preußische Sieg über Österreich bedeutete auch den Sieg des protestantischen Deutschland über das katholische Österreich der Gegenreformation. Falls Bismarck je an eine großdeutsche Einheit gedacht haben sollte, das größte Hindernis, nämlich eine damit verbundene Stärkung des Katholizismus, war mit einem Schlag weggefallen. Nach 1866 wird dieses Hindernis das katholische Bayern sein und im späteren „Kulturkampf“ die Unvereinbarkeit dieser beiden Deutschlande aufzeigen: Bismarck avancierte dabei zum Verteidiger gegen die „Anmaßungen Roms“, sein Glaube wurde zum „deutschen Glauben“.⁶² In Königgrätz zertrümmerte Kaiser Franz Joseph aber nicht nur Österreich⁶³, sondern besiegelte auch den endgültigen Untergang des Heiligen Römischen Reiches, während Bismarck vorerst sein „Maximalprogramm“ erreichte. Der Name Königgrätz steht aber nicht nur für eine Schlacht, sondern auch für eine gewaltige Konfrontation zweier Grundprinzipien.

62 GALL, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. Main 1983, S. 355f.

63 HEER, Friedrich Der Kampf um die österreichische Identität, S. 226.

Es fiel die Entscheidung zwischen der Reichsidee, einer Richtung, die an Gott als den Mittelpunkt des Universums glaubte und eine Neugestaltung Mitteleuropas im reichischen Sinn von der Nordsee bis zum Balkan verwirklichen wollte und dem Nationalitätenprinzip, einer materialistischen Richtung, die den sterblichen Menschen als ein autonomes, von einem höheren Wesen unabhängiges Geschöpf vergötterte. Da sich die Sterblichkeit nicht verabsolutieren ließ, trat man die Flucht in das Kollektiv an, indem man nun die Gemeinschaft verabsolutierte und sich Ersatzreligionen suchte, wodurch auch das Recht nur mehr danach beurteilt wurde, inwiefern es dem Volk nützlich wäre.⁶⁴

1.1 Die Mythosproduzenten

Die Französische Revolution und die sie begleitende Philosophie der Aufklärung bildeten zu Beginn des 19. Jahrhunderts zentrale Bezugspunkte philosophischen Denkens und begründeten einen neuen Volksbegriff, die Volkssouveränität, wonach nicht mehr die Person des Monarchen, sondern der Wille des Volkes die politische Einheit legitimierte. Die so geschaffene Nation sollte offen für jeden sein, der ihr durch Willensakt beitreten wollte, ein „Gesellschaftsvertrag“ (Jean-Jacques Rousseau) eine Gesellschaft von „Freien und Gleichen“ begründen. Angesichts der Tatsache, daß es kein zu definierendes einheitliches „deutsches Volk“ gab – das sich seit dem dreizehnten Jahrhundert immer mehr in Partikularstaaten auflösende alte Heilige Römische Reich war nie ein Nationalstaat gewesen – wurde dieser Begriff im Schatten der totalen Niederlage, als Napoleon die deutschen Staaten in seinen Herrschaftsbereich einbezog, zu einem Modewort der politischen Publizistik.⁶⁵ Hatte man vor Rousseau den Staat als ein dem Monarchen anvertrautes Unternehmen angesehen, wobei es als gleichgültig angesehen wurde, ob seine „Untertanen“ einem Volksstamm oder mehreren Völkern angehörten, so konnte erst durch den Gesellschaftsvertrag und die damit bedingte Brechung des absolutistischen Systems der kulturelle Begriff der Nation auch ein politischer werden.⁶⁶

Das deutsche Nationalempfinden entzündete sich an der politischen und kulturellen Übermacht Frankreichs: Nach den Worten Sebastian Haffners hatte Napoleon bei der erwachenden deutschen Nationalbewegung zwei unterschiedliche Reaktionen ausgelöst: Einerseits den bewundernden Wunsch, es dem revolutionären Frankreich an Freiheit und Gleichheit gleichzutun – Stichwort „Das wollen wir auch einmal machen können!“, um eine Nation nach Nationalisierung und Durchpolitisierung in einer Revolution neu zu schaffen – andererseits schürte Napoleon durch

64 HABSBURG, Otto von, Die Schlacht bei Königgrätz als geschichtlicher Wendepunkt, in: *Bohemia – Jahrbuch des Collegium Carolinum*, Bd. 8 (Jg. 1967), S. 194f.

65 SCHÄFER, Gerhard, Die frühen Burschenschaftsbewegungen, in: HEITHER, Dietrich / Michael GEHLER / Alexandra KURTH / Gerhard SCHÄFER, *Blut und Paukboden. Eine Geschichte der deutschen Burschenschaften*, Frankfurt a. M. 1997, S. 14.

66 GLUM, Friedrich, *Der Nationalsozialismus. Werden und Vergehen*, München 1962, S. 8f.

die Kriege, in denen Deutsche gezwungenermaßen mitfechten mußten, einen zunehmend ausgeprägten Franzosenhaß – Stichwort „Das soll uns nie wieder passieren dürfen!“⁶⁷

Eine fast primitive Abneigung „gegen die scheußliche Nation der Franzosen“, die Verderber des alten Europa, ein wilder, maßloser Haß auf den Übermut der Gironde, auf die Königsmörder, auf das bluttriefende „Ungeheuer Robespierre“⁶⁸ wurde auch zur Grundhaltung des Reichsfreiherrn Karl vom und zum Stein (1757–1831), Minister unter dem preußischen König Friedrich Wilhelm III., Reformator eines neuen Preußen und Architekt eines reaktionären preußisch-russischen Bündnisses gegen Napoleon nach der Niederlage bei Jena-Auerstädt. Stein war förmlich getrieben von dem Gedanken, daß nur eine große spontane Volkserhebung, eine „levée en masse unter umgekehrten Vorzeichen“, die gekrönten Häupter mitreißen könnte. Von den Fürsten allein sei nichts zu erwarten, weswegen sich seine Appelle in erster Linie an die Jugend richteten: Durch die Verbreitung von Flugschriften, durch Prozessionen, Predigten, Scheibenschießen und schließlich durch gymnastische Übungen sollte ihr Haß auf die Franzosen und die Abscheu vor ihrer Herrschaft erregt werden: „Diese verfluchte Nation muß der öffentlichen Meinung unterliegen – wenn man diese recht aufreizt“.⁶⁹ Deckten sich in einer ersten Phase bis etwa 1806 noch durchaus bürgerlich-reformerische Elemente der Französischen Revolution mit den aufklärerisch-liberalen Tendenzen der studentischen Landsmannschaften, Corps und Orden, so veränderten sich diese angesichts der militärischen Bedrohungssituation in einem idealistisch-romantischen Umdeutungsprozeß. Die deutsche Romantik als jugendliche „Modeerscheinung“ wurde zur gigantischen Rückholfeder. Lutz Hoffmann hat diesen Prozeß in seiner Arbeit „Das deutsche Volk und seine Feinde“ analysiert:⁷⁰ Die Beschäftigung mit der Frage, wie man eine eigene Nation zum Leben erwecken könne, ohne zugeben zu müssen, daß seiner möglichen Existenz „feindliche“, französische Gedankenschemata zugrunde lägen, führte einerseits zu einer national aufgeladenen Abgrenzung zum westlichen Nachbarn und produzierte andererseits Ideologien, die eine unabhängige Begründung dann liefern konnten, wenn man die Entstehung des deutschen Volkes in eine Zeit zurückverlegte, die vor dem Auftauchen der Franzosen lag. Der „Nationalgeist“ eines einigen Deutschland bedurfte daher zweierlei, um lebendig zu bleiben: Einerseits ein Defizit an Wirklichkeit, was einen dauernden Zwiespalt im politischen Denken auslöste, und andererseits eine religiöse Verklärung, die sich politisch umdeuten ließ. Erst mit den Idealen der Romantik, der entscheidenden geistigen Umwälzung jener Zeit in Deutschland, die den demokratischen Volksbegriff der Französischen Revolution nun überlagerte, war es möglich geworden, rational-progressives Denken durch ein mythisch-irrationales zu ersetzen und eine Dominanz des Gefühls gegenüber dem Verstand zu erzeugen. Dadurch stand im Gegensatz zur Aufklärung auch nicht der Wille des Individuums im Vordergrund, aus dem sich eine französische Nation konstituierte,

67 HÄFFNER, Sebastian, Von Bismarck zu Hitler, München 1987, S. 23f.

68 Zitate In: RITTER, Gerhard, Stein. Eine politische Biographie, 4. Aufl., Stuttgart 1981, S. 75.

69 Zitiert In: RITTER, Gerhard, Stein, S. 368.

70 HOFFMANN, Lutz, Das deutsche Volk und seine Feinde. Die völkische Droge, Köln 1994, S. 80.

sondern der Vorrang des Ganzen, der Gemeinschaft des Volkes, das eine von der Natur vorgegebene Einheit darstellte und von einem transzendenten Zentrum zusammengehalten wurde.

Der Literatur kam dabei die Aufgabe zu, den revolutionären Aufstandsbewegungen gegen die Weltherrschaftspläne Napoleons als eine Art „Mythosproduzent“ zu dienen, sie war aber zugleich gegen Bestrebungen gerichtet, einen deutschen Nationalstaat unter französischer Hegemonie zu errichten. Anders als die deutschen „Klassiker“ Klopstock, Schiller und Goethe, denen eine kulturelle Identität vorschwebte, sollte die Rückbesinnung auf eine gesamtdeutsche Vergangenheit jedoch nur fiktive Vorbilder produzieren, die halfen, auf den Trümmern eines alten Reiches eine neue, vorher noch nie bestandene, bessere deutsche Nation zu errichten, die sich in Aufbau, Symbolik und Sprache von früheren Denkmodellen radikal unterschied. Weiters sollten die durch die kurzfristig angelegten Strategien der Propaganda gegen die Fremdherrschaft gerichteten Mythen durch Persönlichkeiten und Begebenheiten enthistorisiert werden. Dadurch kam den „Dichtern“ die Freiheit zu, dort, wo Faktenlücken entstanden, erfundene Zusammenhänge in einer emotiven Sprache herzustellen, um auf diese Weise über die Napoleonische Zeit hinaus auch eine Willenshaltung für künftige Generationen zu schaffen, die auf das gemeinsame Ziel der Befreiung und Freiheit ausgerichtet waren und zu kollektivem Handeln motivierten. Mit anderen Worten: Die Ziele der mythos-orientierten Aktivisten und der daran interessierten Staatsmänner gingen so ineinander über, daß die Propaganda sich der Mythen bediente und der Mythos zugleich zu propagandistischen Zwecken benutzt werden durfte.⁷¹ In seiner 1990 erschienenen Untersuchung „Der deutsche Nationalmythos“ hat Otto Johnston in der nachweislich von Reichsfreiherr Karl vom und zum Stein beeinflussten Literatur, wie in Johann Gottlieb Fichtes „Reden an die deutsche Nation“, Heinrich von Kleists „Hermannschlacht“, Friedrich Schleiermachers „Predigten“, Ernst Moritz Arndts „Geist der Zeit“, Theodor Körners „Leier und Schwert“ und in Friedrich Ludwig Jahns „Deutsches Volkstum“ drei Komponenten des deutschen Nationalmythos festgemacht, die fixe Bestandteile ihrer Dichtung wurden, wobei alle mehr oder weniger ausgeprägt waren.⁷² Aus diesen Eckpfeilern deutschnationalen Gedankengutes, wobei einer der wichtigsten die Literatur selbst war, läßt sich ein Schema ableiten, das sich wie folgt gliedern läßt:

1. Die Nationalerziehung hatte als Garant für die weitere Entfaltung der suggerierten Charaktereigenschaften des deutschen Volkes zu dienen. In einer zweiten Stufe sollte durch sie der Länderpatriotismus überwunden werden. Vor allem Johann Gottlieb Fichte schloß sich in seinen „Reden an die deutsche Nation“ an die Vorstellungen einer öffentlichen Volksbildung an und versuchte, der Jugend eine spezifische Persönlichkeitsentfaltung ohne Klassen- oder Standeszugehörigkeit aufzudrücken, indem sie zur Liebe zum Nationalerbe und damit zur Opferbereitschaft erzogen werden sollte. Das private „Ich“ würde so zu einem kollektiven Ichbewußtsein geführt werden, wobei als homogene Kollektivpersönlichkeit die deutsche Nation zu

71 JOHNSTON, Otto, Der deutsche Nationalmythos. Ursprung eines politischen Programms, Stuttgart 1990, S. 25f.

72 Ebd., S. 49f.

gelten hatte. Mit den „Predigten“ Friedrich Schleiermachers, des einflußreichsten protestantischen Theologen des Jahrhunderts, bekam der Nationalmythos zusätzlich einen neutestamentarischen Symbolismus. Schleiermacher ordnete den Staat der Göttlichkeit Jesu zu und stellte die Deutschen auf eine Stufe mit den Aposteln.

2. Die Betonung der „Muttersprache“ sollte als Pendant zum Vaterland eine nationale Verbindung durch die Sprache schaffen, ein „heiliges Band“. Fichte hat dies in seiner vierten Rede auf merkwürdige Weise mit der besonderen Urtümlichkeit der Deutschen in bezug auf die Sprache begründet, die im Gegensatz zu den anderen germanischen Völkern in ihren Stammsitzen geblieben wären und gerade deshalb die allen anderen überlegene Nation sei.
3. Die Vorstellung einer Blutsverwandtschaft band die Vorfahren und Nachkommen in einer ewigen Kette gegen das Fremde aneinander, wobei erstmals den romantisch verklärten Germanenerzählungen eine politische Bedeutung zukam.

Nach der Niederlage Napoleons ergab sich jedoch schnell ein eklatanter Widerspruch zwischen den Verdiensten der Mythosproduzenten und der entehrenden Behandlung und den Verfolgungen, die sie von jenen erfuhren, denen sie wieder zur Macht verholfen hatten. Wurden die kriegerischen Poeten vorerst auch durch staatliche Maßnahmen totgeschwiegen, so bildete gerade Friedrich Ludwig Jahn die ganz bedeutende Ausnahme, da sich seine Werke, oder besser seine Agitation, nicht an das Bürgertum schlechthin richteten, sondern an eine zum Kriegsdienst fähige Jugend der unteren Mittelschicht, die Deutschland retten, eine neue Nation gründen und auf ewig verteidigen sollte.

Die Idee der studentischen Korporation, die auf den „Turnvater“ Friedrich Ludwig Jahn zurückging, die sich als Ideal der Jugend mit dem Willen nach der nationalen Freiheit und Unabhängigkeit Deutschlands verband, traf nun exakt all diese Vorstellungswelten. Die Burschenschaften waren als Vereinigungen von Studenten aus derselben Gegend junge Reformvereinigungen gegen kleinstaatlich denkende Landsmannschaften und Orden. Sie sprachen die studentische Jugend an, die sich im nationalen Pathos der Befreiungskriege sonnte und diese Euphorie mit einer politischen Romantik verband, mit der sie als „Anbeginn einer neuen Zeit“ zu experimentieren vermochte. Dies ist durchaus mit einer heutigen idolbehafteten Jugendkultur vergleichbar, nur war die damalige national verengt und aufgrund der unsicheren Umbruchszeit rückwärtsgewandt. Ihr geistiger Ziehvater ging auch einen Schritt weiter, indem er neben einem politischen einen unpolitischen romantischen Volksbegriff konstruierte, der sich aus dem Gedanken eines aus der Natur gewachsenen Volkstums ableitete und damit zweifelsohne unabhängig von der Entscheidung des einzelnen Individuums war.⁷³ Es entschied zur Zugehörigkeit zum Volk daher einzig die natürliche Abstammung, die Abstammungsgemeinschaft. Jahn prägte den Begriff Volkstum als das, „was dem Volk gemeinsam ist, seine innere Existenz, die Fähigkeit, seinen speziellen Charakter zu bewahren und zu verteidigen“ und behauptete, daß „Deutschland ein und unteilbar“ sei,

73 SCHÄFER, Gerhard, Die frühen Burschenschaftsbewegungen, S. 33.

was zusammengefaßt als Grundrezept „volkliche Gedanken“ waren, wie er diese zu nennen pflegte.⁷⁴ Wenn er in seinem Hauptwerk „Deutsches Volkstum“ den Turnkult nach eigenen Angaben zur Schaffung eines öffentlichen Vereinigungspunktes der deutschen Jugend gegen Verweichlichung und zur Vorbereitung des Kampfes für das Vaterland propagierte, was ihm am 19. Juli 1811 mit der Eröffnung des Turnplatzes auf der Hasenheide in Berlin auch gelang, so lieferte er auch gleich das ideologische Konzept dazu: Liebe zu Deutschland – Haß auf die Franzosen.⁷⁵ Es war die Idee, eine Elitetruppe von Freiwilligen aller deutschen Stämme wie das „Lützowsche Freikorps“ ins Leben zu rufen, um den Aufstand gegen die Franzosen zu organisieren. Krieg bedeutete für Jahn Vornehmheit und gezügelte Selbstsucht im Namen der Opfer für die Gemeinschaft. Mit dem Turnen schuf er drei Vorbedingungen: Erstens die Einheit natürliche Abstammung – gewachsener Volksstamm – Natur – Bewegung im Freien – Soldat im Kampf – Schönheit des Vaterlandes Deutschland – Romantik – als „Pinwand-Bild“; zweitens die Öffnung des elitären und exklusiven studentischen Verbindungstypus zum gemeinen Volk als Vorstufe einer noch klassenspezifisch nicht ideologisierbaren Volksgemeinschaft – auch in Österreich konnten die Turner ideologisch schneller in der Krickl-Bewegung Fuß fassen als in den Burschenschaften, ein Umstand, der bisher vernachlässigt worden ist; drittens Franzosen – und freiheitsfeindliche, antiaufklärerische Tendenzen als wiederum ideologische Rechtfertigungen, wobei Jahn seinem Volksbegriff durchaus rassistische und antisemitische Züge gab, wenn er von der Tierwelt auf die Blutschande, von den zu vernichtenden „Mangvölkern“ auf die Reinheit eines Volkes kam, für das jede „Bastardisierung“ ein sicheres Zeichen seines Untergangs wäre. Andererseits verurteilte er die preußische Führungsschicht, daß sie sich zu sehr französischen Einflüssen geöffnet und dadurch ihr eigenes Volkstum verleugnet habe⁷⁶, was ein bitterer Vorgeschmack auf die vor allem unter den Studenten weitverbreitete Meinung war, die Fürsten könnten keine deutsche Einigung herbeiführen. Stein hatte hier wahrhaftig ein weitläufiges Szenario geschaffen.

Diese drei Themenkomplexe bedürfen aber insofern einer Ergänzung, weil die Jugendlichen aus ihnen zwei weitere bedeutende Komponenten herausarbeiteten, die später die bedeutendsten Eckpfeiler der Politik Georg von Schönerers in Österreich werden sollten: Der nationale Gefühlsstau erzeugte ein gewaltiges Reservoir politischer Erwartungen und Hoffnungen, die sich in einem volkstümlichen Respekt und in der Begeisterung für einzelne überragende Persönlichkeiten äußerte. Dies führte zu einer Überbewertung und Erhöhung dieser Persönlichkeiten, im konkreten Fall Georg von Schönerers von Reichskanzler Otto von Bismarck und zu einer Neigung einer personalisierten Simplifikation historischer Komplexe. Andererseits bedingte die Verschmelzung von preußischem Patriotismus und deutschem Nationalismus die Belebung des Protestantismus, eines deutschen Sendungsbewußtseins christlich-germanischer Art, um immer schärfer gegen die Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution vorzugehen, was später zu einer

74 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer. Alldeutschland und sein Prophet, Graz 1981, S. 44.

75 Die Burschenschaft GERMANIA zu Jena, Jena 1897, S. 4.

76 SCHÄFER, Gerhard, Die frühen Burschenschaftsbewegungen, S. 33.

Ideologie einer Einheit von Protestantismus, Preußentum und Kleindeutschland als Erfüllung der Reformation zusammenfloß.⁷⁷ Diese Ideologie konnte auf merkwürdige Weise auch in Österreich zahlreiche Förderer vereinnahmen und führte zu einer Abkehr vom Liberalismus.

1.2 Die Auswirkungen von Königgrätz auf die österreichische Innenpolitik

Das Jahr 1866 setzte den seltsam anmutenden gemeinsamen Bestrebungen von Dynastie und deutschnationalen Kräften im Kampf um die Vorherrschaft im Deutschen Bund ein endgültiges Ende. Noch nach der Rückkehr vom Frankfurter Fürstentag des Jahres 1863, auf dem der „deutsche Fürst“ Franz Joseph eine Reform des Deutschen Bundes durchführen wollte, aber am Fernbleiben Preußens scheiterte, hatten ihm die nationalen Studenten und Turner einen triumphalen Empfang bereitet und ihn in ihrem romantischen Pathos als den Vollstecker der Deutschen Einheit gefeiert. 1866 entstand ein gewaltiges Identitätsproblem, ein „Zwiespalt im politischen Denken zwischen einem auf den Staat ausgerichteten Patriotismus und einem an dem Begriff der Nation orientierten nationalen Zugehörigkeitsgefühl“.⁷⁸ 1861, noch vor Königgrätz, hatte der liberale Salzburger Landeshauptmann Joseph von Weiß sein „nationales Vermächtnis“ folgendermaßen umrissen: „Den innersten Kern bildet die seltene Liebe und Treue zum eigenen Vaterland. Geschart um den Thron des Monarchen trug man freudig das Banner der Gesamtmonarchie, Hand in Hand mit den übrigen Völkerschaften. In treuem unauflöslichen Bunde aber stand man mit unseren deutschen Brüdern, denen wir durch Abstammung und eine mehr als tausendjährige Geschichte angehören“.⁷⁹ Die deutschliberal-zentralistische Tendenz, die sich nach dem Frankfurter Fürstentag mit den gesamtstaatlichen Interessen zu decken schien, eine gegenüber den föderalistischen Kronländerinteressen in den Vordergrund gestellte straffe Zentralregierung, die das deutsche Element wie seit den Tagen Josefs II. als unentbehrlich für den Zusammenhalt eines Gesamtstaates erachtete, verlor nach dem Bruderkrieg ihre wichtigste Argumentationsgrundlage.⁸⁰ Jetzt hinderte die Niederlage die Deutschen Österreichs, sich mit anderen Deutschen außerhalb

77 SCHULZ, Gerhard, *Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1975, S. 82f.

78 ZÖLLNER, Erich, *Geschichte Österreichs*, S. 410f.

79 Verhandlungen des Landtages von Salzburg, Erste Session 1861, Nach den stenographischen Berichten, Salzburg 1861, S. 5. Zitiert in: HAAS, Hanns, *Österreich im gesamtdeutschen Schicksalszusammenhang?*, in: BOTZ, Gerhard / Gerald SPRENGNAGEL (Hg.), *Kontroversen. Österreichische Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, österreichische Identität, Waldheim und die Historiker; Studien zur historischen Sozialwissenschaft*, Bd. 13, Frankfurt a. M. 1994, S. 202.

80 MOMMSEN, Hans, *Österreichs Weg vom habsburgischen Nachfolgestaat zur demokratischen Nation*, in: KONRAD, Helmut / Wolfgang NEUGEBAUER, *Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewußtsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner*, Wien 1983, S. 384.

Österreichs zu vereinigen und zwang sie, als ein Volk unter vielen im Habsburgerstaat zu verbleiben, was in einigen Gruppen zu einem übersteigerten Nationalbewußtsein und zu einem Gefühl des „Sich-wehren-Müssens“ führte. So machte sich die erste ernstzunehmende deutschnationale Zeitung, der in Graz seit dem Jahre 1854 unter dem Motto „Mit rechtem Maß zum festen Ziel“ erscheinende „Telegraf“ kurz nach dem Krieg Gedanken „über die jetzigen Aufgaben der Deutschen in Österreich“, „welche uns von der Vorsehung zugedacht“ worden sind und kam zu dem Schluß: „Wir wollen keine Herrschaft der Deutschen über die übrigen Nationalitäten, ... aber wenn es sich um die leitende, bewegende Kraft und Idee des gesamten staatlichen Lebens in Österreich handelt, so kann und darf die natürliche Überlegenheit des kulturhistorischen Fortschritts und der politischen Entwicklung des deutschen Elements ... nicht durch künstliche und willkürliche Bevorzugung entgegenstehender Interessen und Strebungen zu hemmen oder gar zu zerstören versucht werden wollen ... Jeder österreichische Staatsmann, wenn er nicht Verrat an Krone und Reich üben will, wird Österreich keine solche Konstituierung geben ... Gerechtigkeit gegen alle Stämme ... aber vorerst Gerechtigkeit gegen uns selbst.“⁸¹ Nach den richtungsweisenden Daten 1806 und 1848 hatten die Jahre 1866 und später 1871 die Deutschen in Österreich auch innenpolitisch den Rückhalt für ihre Vorherrschaft in der Gesamtmonarchie gekostet, den sie auch jetzt nicht mehr im Herrscherhaus sahen. Ab jetzt beurteilten sie den Kaiser bis zum Ende der Monarchie danach, inwiefern er ihnen einen bescheidenen Rückhalt zu geben gewillt war. Jedes Zugeständnis an andere Nationalitäten wurde andererseits als Affront angesehen, ein Dilemma, aus dem sich Franz Joseph klarerweise nicht befreien konnte. Der Ausgang des preußisch-österreichischen Krieges als epochales Ereignis hatte wie kein anderes Geschehen zuvor nicht nur eine faktische, sondern auch eine psychologische Schwächung des deutschösterreichischen Bürgertums zur Folge.

In der liberalen Führungsschichte machte sich hingegen trotz ihrer deutschfreundlichen Ausrichtung eine innere Befriedigung und die Hoffnung breit, daß sich der Liberalismus als Folge der beiden Niederlagen von 1859 und 1866 und den notwendig gewordenen innenpolitischen Umgestaltungen nun endgültig, wenn auch später als sonstwo in Westeuropa, durchsetzen würde. Indem die Liberalen die historisch geschaffenen Verhältnisse als gegeben hinnahmen, verflüchtigte sich bei der großdeutschen Richtung unter ihnen das Eintreten für ein geeintes Deutschland im Rahmen des alten Deutschen Bundes bald zu einem Traum, wenn sich auch viele mit dem Verzicht auf eine Führungsposition im Reich der Deutschen nie ganz abfinden haben können. Was blieb waren antipreußische Traditionen und eine seltsame Haßliebe zum Norddeutschtum, weit über den Zusammenbruch der Monarchie hinaus, teils aus verweigerter Zuneigung, teils aus Neid auf den tüchtigeren, immer größer werdenden Bruder.⁸² Der „realistisch“ denkende Teil der Großösterreicher versuchte die tiefe Identitätskrise in der Suche nach einer neuen Mission für den

81 Telegraf. Organ für steiermärkische Interessen, Nr. 185 (12. Jg.) vom 3. August 1866, S. 1.

82 WANDRUSZKA, Adam, Österreichs politische Struktur, in: BENEDIKT, Heinrich (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, Wien 1954S. 375.

Vielvölkerstaat zu überwinden und den deutschen Besitzstand möglichst unversehrt zu erhalten. Ihr Ideal sahen sie in einem großösterreichischen Reich verwirklicht, das sie aus Gründen der historischen Tradition, den Notwendigkeiten, die im Reich selber zu suchen waren, und mit einem legitimen nationalen Stolz rechtfertigten. Diese Bestrebungen mußten die Großösterreicher jedoch vom Ganzen auf den westlichen Teil der Monarchie konzentrieren. Quasi als Preis für ihre Zustimmung zum Ausgleich mit Ungarn, mit dem der Kaiser und nur der Kaiser den Ungarn 1867 gegen das Gelöbnis unwandelbarer Treue ihre „historischen Rechte“ zurückgab, machte die Staatsmacht den Weg frei für eine „Erweiterung der Verfassung“. Sie brachte die Freiheit in Form des Rechtsstaates, nachdem das finanzielle Desaster des ständig vom Bankrott bedrohten Staates bei der Regierung die Erkenntnis reifen ließ, das weit kreditwürdigere Bürgertum gegenüber einem im Abstieg befindlichen Adel am Staatskurs teilhaben zu lassen. Für die deutschösterreichischen Liberalen des Jahres 1867 bedeutete der Verfassungs- und Rechtsstaat letztlich auch den Versuch, ihre Vorherrschaft in Österreich mit einem zentralistischen Aufbau, der dem in den Ländern der ungarischen Krone entsprach, zu zementieren, daher beide Ziele zu verwirklichen. Obwohl mit den Staatsgrundgesetzen der „Dezemberverfassung“ des Jahres 1867 zum ersten Mal in Österreich ein modernes, funktionierendes konstitutionelles System verankert wurde, konnten die „Volksstämme“ nicht damit rechnen, aufgrund ihrer eigenen Entwicklung dieselbe Freiheit für ihre Nationen zu erhalten. Die Macht war der Zentralregierung überantwortet worden, während die Kronländer zu einer verwaltungsmäßigen Einheit degradiert wurden, zwar mit einem eigenen Landtag und gewissen Rechten, aber einem vom Kaiser ernannten Statthalter unterworfen. Das Parlament war durch die Eigenheiten des Zensuswahlrechts so konstruiert, daß die Deutschen die Mehrheit behalten konnten.⁸³ Eine sich nach den militärischen Niederlagen abzeichnende Lösung der Nationalitätenfrage im Inneren, weil das Habsburgerreich plötzlich kompliziertester Verpflichtungen nach außen enthoben war, wurde damit sträflich verspielt und blieb bis 1918 verspermt, wie es auch der ungarische Ausgleich für das Gesamtreich tat.⁸⁴ Wenn sich auch die Regierungen, die Wahlsysteme und die gesamte Parteienlandschaft änderten, so hielt die in ein liberal-zentralistisches Gefüge eingegossene Verfassung allen späteren Ausgleichsversuchen und Ausgleichen zum Trotze stand und wurde damit zur Ursache aller Krisen.

Für die Deutschliberalen bedeutete die Bewahrung der staatlichen Autorität die Aufrechterhaltung der deutschen Herrschaft. Nicht ihre eigene innere Stärke, sondern die Schlappen, die die alte Ordnung durch ihre äußeren Feinde erfahren hatte, brachte die Liberalen fast zufällig an die Spitze des Staates, dessen Macht sie von Anfang an gleichsam als Kompromiß für ihren Aufstieg mit dem Kaiser zu teilen hatten. Denn dieser blieb der Sieger mit quasi-diktatorischen Vollmach-

83 Siehe: KLETEČKA, Thomas, Außenpolitische Vorstellungen von Parteien und Gruppen in Cisleithanien, in: WANDRUSZKA, Adam / Peter URBANITSCH, Die Habsburgermonarchie, Bd. VI/1, Wien 1988, S. 403ff. und URBANITSCH, Peter, Zwischen Zentralismus und Föderalismus, in: Das Zeitalter Kaiser Franz Josefs, 1. Teil, Von der Revolution zur Gründerzeit, Beiträge zur Niederösterreichischen Landesausstellung 1984, S. 241ff.

84 KANN, Robert, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie, Bd. I, Graz 1964, S. 177.

ten, die ihm die Verfassung noch dazu garantierte: Während die zwei politisch führenden Nationalitäten der Deutschen und Magyaren ihre Verfassungen zur „Wahrung des Besitzstandes“ ähnlich wie Dominosteine ängstlich aufeinander abstimmten, um es unmöglich zu machen, zwei konstitutionelle Verfassungen auf einmal zu vernichten⁸⁵, wurde unter ihrer kräftigsten Mithilfe nichts anderes als ein durch einen Scheinkonstitutionalismus verdecktes absolutistisches Regime installiert. Das Parlament verstand sich noch nicht als eine echte Volksvertretung, weil das „Herrenhaus“ das monarchisch-aristokratische Element konservierte, während das Abgeordnetenhaus einer ständischen Länderkammer sehr nahe kam.⁸⁶ Weiters war das hohe Haus durch einen „Semiparlamentarismus“ abgewertet, da die entscheidenden Ressorts für Äußeres, Krieg und Finanzen in den Händen von gemeinsamen Ministern lagen, die sich formell auf keine parlamentarische Mehrheit zu stützen brauchten. Sie waren als höchste Beamte der Krone auch keinem Vertretungskörper verantwortlich. Zusätzlich entschärfte die Dezemerverfassung mit dem Bewilligungsrecht des Budgetrechts für diese Ressorts, das in die Kompetenz der Delegationen fiel, ein vielgepriesenes Kampfmittel eines liberalen Parlaments.⁸⁷ Die Armee, das „Spielzeug des Kaisers“, auf die ein Budget überhaupt nur bedingt anwendbar war, blieb in Leitung, Führung und innerer Organisation monarchisches Reservat.⁸⁸ Franz Joseph hatte zweifellos mit der Dezemerverfassung noch einmal die Großmachtstellung seines Reiches gesichert, wobei ihm sein entscheidender Einfluß auf Heer und Außenpolitik geblieben war, während er eine Verfassung und die Nationalitätenpolitik immer nur als Mittel zu diesem Zweck betrachtete. Somit waren aber zwei konstitutionelle Staatsgebilde durch ein System absoluter Prärogative überschüttet, die eine organisch-konstitutionelle Fortentwicklung beider Reichsteile verhinderten. Die Schwäche des Parlamentarismus garantierte der Krone die Aufrechterhaltung einer national indifferenten zentralen Bürokratie, mit der die dynastische Macht auf ihren beiden Beinen stand oder umfallen mußte.

Nicht nur die Durchsetzungskraft der Liberalen, ihre auf die mittelständischen Deutschen und vor allem auf die deutschen Juden der städtischen Zentren begrenzte gesellschaftliche Grundlage nach außen blieb deswegen schwach. Auch nach innen blieb sie indifferent und zerbrochen, was letztlich mit der nationalen Frage zu tun hatte. Denn diejenigen Liberalen, die eine Großmachtstellung eines wiedererstarkten Österreichs idealisierten und gegen aristokratisch-ständische und nationale Bewegungen auftraten, mußten sich in Widerspruch zu jenen setzen, die immer noch ein vereintes Deutschland als großes Ziel sahen.

Bisher war von „Richtungen“ und „Gruppen“ die Rede gewesen, von Kompromissen, die in Verfassungsformen gegossen wurden, und von vagen Trägern politischer Ideen. Doch mit einem moderneren Vereinsgesetz war Österreich nach mehreren „Experimenten“ 1867 auch zu einem

85 MOMMSEN, Hans, Arbeiterbewegung und nationale Frage, Göttingen 1979, S. 154.

86 BRAUNEDER, Wilhelm / Friedrich LACHMAYER, Österreichische Verfassungsgeschichte, 2. Aufl., Wien 1980, S. 157.

87 HELBLING, Ernst C., Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, 2. Aufl., Wien 1971, S. 396.

88 Ebd., S. 396.

Parteienstaat geworden. Die Lager begannen sich trotz aller Hindernisse, losgelöst von bisher erstarrten sozialen Schichten, zu formieren.

1.3 Die programmatischen Grundsätze der ersten radikal-nationalen Studenten und Turner

Schon kurz nach Königgrätz entstanden in Wien kleinere deutschnationale Gesellschaften, wohlweislich noch keine Parteien, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, eine vornehmlich akademische Jugend auf eine geistige Zusammenarbeit mit dem neuen Deutschland vorzubereiten. Diese Gesellschaften wurden vor allem von Kaufleuten, Industriellen, Handwerkern und Beamten repräsentiert, die in ihrer nationalen Schwärmerei nach dem in der Revolution des Jahres 1848 geprägten Begriff „des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ einer revisionistischen Sichtweise huldigten. Im Jahre 1867 verfaßten einige dieser Gruppierungen nach mehreren Zusammenkünften im heute noch im 4. Bezirk bestehenden „Hotel zur Stadt Triest“ ein kurzes Grundsatzprogramm⁸⁹, das als erstes ernstzunehmendes „Manifest“ einer deutschnationalen Vereinigung bezeichnet werden kann, obwohl es nur „Allgemeines“ beinhaltete und keine Parteigründung erfolgte. „Oberstes Ziel“, so hieß es, sei „die Wiedervereinigung der früher zum Deutschen Bund gehörig gewesenen Länderteile mit Deutschland, ohne vorzeitiges Eindringen in die innere Gestaltung Deutschlands ... Die preußenfreundliche Haltung gebiete es, daß jedes Kriegsbündnis Österreichs ... als Verrat am deutschen Volk ... zu brandmarken sei.“ Dies war eine klare Absage an die in vielen Kreisen diskutierte „Rache für Sadova“, daher Königgrätz durch Bündnisverträge vor allem mit Frankreich in einer weiteren kriegerischen Auseinandersetzung mit Preußen vergessen zu machen. Wie diese Vereinigung erfolgen sollte, wurde nicht angesprochen, doch sollten bis dahin „... Wissenschaft, Gesetzgebung, Erziehung und Unterrichtswesen ... dem deutschen angeglichen werden, ... das Turnen als Mittel ... zur allgemeinen Wehrhaftmachung des Volkes gepflegt werden.“ Deutschland sollte sich zunächst im kleindeutschen Sinn, daher ohne Österreich und ohne österreichische Einmischung vereinen und erstarken und später die in ihrem Deutschtum nicht untätigen deutschen Gebiete Österreichs nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie „erlösen“.⁹⁰

Nicht weit abseits von diesen Gesellschaften, in denen ehemalige Revolutionäre des Jahres 1848 Jugendliche umsorgten, standen ebenfalls Jugendliche: Jene nämlich, die sich als Bewahrer des geistigen Erbes der nationalen, freiheitlichen und demokratischen Richtung jener stürmischen Tage des Jahres 1848 verstanden, als die Wiener Studentenschaft am Höhepunkt ihrer Macht nach der Flucht des Kaisers nach Olmütz beinahe ein Reich regierte – die Burschenschaften.⁹¹ Die ra-

89 Abgedruckt bei: PICHL, Eduard, Georg Schönerer, Bd. I, Wien 1912, S. 10.

90 Abgedruckt bei: PICHL, Eduard, Georg Schönerer, Bd. I, S. 10.

91 WANDRUSZKA, Adam, Österreichs politische Struktur, S. 372.

dikalsten unter ihnen erhofften die Lösung der deutschen Frage durch einen vorhergehenden inneren Zerfall Österreichs und einen Anschluß seiner deutschen Provinzen an ein einiges, freiheitliches Deutschland. Sie übernahmen die Position der deutschen Linken außerhalb der Frankfurter Paulskirche des Jahres 1848 und vertraten auch in der Staatsform eher eine radikalere, zur Republik neigende Meinung.⁹² Der nach den Befreiungskriegen gegen Napoleon aus Freikorpsmitgliedern 1815 gegründeten Urburschenschaft in Jena mit ihren Farben „schwarz-rot-gold“ verbunden⁹³ und beseelt von der deutschen Romantik mit dem Pathos eines herannahenden vereinigten Reiches deutscher Nation mit oder ohne den Willen der Dynastie und ihrer Machtmittel, fanden sich ihre Vertreter neben den nationalen Burschenschaften in den Turn- und Schulvereinen. Das territoriale Sonderbewußtsein förderte die Abneigung gegen das zentralistische Wien und man gefiel sich, die Krone der „Anbiederung an die Slawen“ zu bezichtigen, die 1849 im Hilferuf an Rußland gegen die aufständischen Ungarn zum Ausdruck gekommen sei. In der radikalen Haltung gegen die Kirche und ihrer Einflußnahme auf den Staat verdichteten sich das Ideengut der Aufklärung, des Josefinismus, des Liberalismus und der scheinbar besiegten protestantischen Opposition gegen die Gegenreformation zu einem tiefen Antiklerikalismus.⁹⁴ Die radikalsten unter den Burschenschäftlern betrachteten das Konkordat gewissermaßen als Sündenbock für alle Fehler und Versäumnisse, die man dem nach der niedergeschlagenen Revolution etablierten neoabsolutistischen System vorzuwerfen hatte, welches ihnen auch ihre politischen Rechte geraubt hatte.

1859 hatten die deutschnational gesinnten studentischen Verbindungen nach der sogenannten „Verbotszeit“ – § 11 des am 13. Oktober 1849 herausgegebenen Erlasses der neuen Disziplinarordnung für die Universitäten sprach ein dezidiertes Verbot studentischer Verbindungen aus – anläßlich der Feiern zum 100. Geburtstag von Friedrich Schiller eine Renaissance erlebt und waren von da an zumindest geduldet.⁹⁵ Vor allem der Kaiser benötigte damals eine gute Werbung für die Reformen des Deutschen Bundes, in dem Österreich seine Vormachtstellung genoß. Nach Königgrätz mehrten sich jedoch die Stimmen, wonach die Burschenschaften trotz der behördlichen An-

92 Ebd.

93 Die Symbolik der Farben der Jenaer Urburschenschaft ist nicht restlos geklärt. Während allgemein angenommen wird, daß sie den schwarzen Waffenröcken mit roten Aufschlägen und gelbblanken Knöpfen des Lützowschen Freikorps entsprachen, dem Fahnen und Standarten ausdrücklich verboten war, waren die Gründungsfarben jedoch rot-schwarz, was mehrere Deutungen zuläßt. So könnte auch die Sehnsucht nach der Wiedererrichtung des deutschen Kaiserreiches mit der mittelalterlichen rot-goldenen Reichsturmsfahne eine Rolle gespielt haben. Dazu: WENTZKE, Paul, Die deutschen Farben, Frankfurt a. M. 1955, S. 79f. SCHÄFER, Gerhard, Die frühen Burschenschaftsbewegungen, S. 21. Die Burschenschaft GERMANIA zu Jena, Jena 1897, S. 28.

94 WANDRUSZKA, Adam, Österreichs politische Struktur, S. 373.

95 Nachdem bereits am 23. 9. 1858 der Gründung des Akademischen Gesangsvereines Wien, der heutigen Universitätsängerschaft Barden die behördliche Bewilligung erteilt wurde, zog am 10. 11. 1859, auf dem Höhepunkt der Schillerfeiern, ein langer Fackelzug vom Praterstern zum Standbild Schillers auf dem Schottenfelder Glacis. Polizeidirektor Czapka hatte das Tragen von „Fahnen und Farben“ ausnahmsweise bewilligt. Erstmals seit 1848 waren wieder schwarz-rot-goldene Fahnen zu sehen. Als der Fackelzug den Stephansdom passierte, stimmte der Akademische Gesangsverein das „Gaudeamus igitur“ an, ein Protest gegen das Verbot des öffentlichen Absingens akademischer Lieder.

erkennung, die das Vereinsgesetz der Dezemberverfassung mit sich gebracht hatte, jede Berechtigung verloren hätten.⁹⁶ Die Umwandlung zahlreicher Verbindungen in unpolitische und patriotische Korps, die Aufforderungen in der Presse, Adels- und Beamtenöhne vom Verbindungsleben fernzuhalten und die verstärkte behördliche Mißbilligung trotz gesetzlicher Freiheit, veranlaßte daraufhin einen harten Kern, den Auflösungstendenzen und der Krise entgegenzuwirken und eine „klare Haltung“ einzunehmen. Das war der eigentliche Beginn des „nationalen Indifferentismus“, der Deutschtum vor Österreichtum stellte – ein erster nationaler Absonderungsprozeß von einer liberalen politischen Öffentlichkeit, der auch das Ende einer übernationalen und überkonfessionellen studentischen Öffentlichkeit signalisierte.⁹⁷ Bereits am 20. März 1867, anläßlich eines Kommerces zur Feier der Wiederherstellung der seit 1865 sistierten Verfassung, kam es zu einer Spaltung innerhalb der Studentenschaft, als der Sprecher der 1861 gegründeten Burschenschaft Silesia, Max Hößlinger, verlangte, „Farbe zu bekennen“. Gegen die bisher vorherrschenden großdeutschen Farben „Schwarz-Rot-Gold“ propagierte er die Farben des Norddeutschen Bundes „Schwarz – Weiß – Rot“.⁹⁸ Zugleich stellte die Silesia den „Einheitsstaat“ über den „Freiheitsstaat“, was der gesamten Verbindung großes Mißfallen seitens der liberalen Presse einbrachte. Als Gerüchte über ein Bündnis Österreichs mit Frankreich gegen Preußen laut wurden, um die Schmach von „Sadova“ – Königgrätz – zu „rächen“, protestierte die Silesia auf das heftigste gegen den Versuch, „durch ein liberales Regiment (!) im Bunde mit dem Erbfeind die Deutschösterreicher für einen Revanchekrieg zu gewinnen.“⁹⁹ Aus diesem Grunde verweigerten die Silesen auch die Teilnahme an dem als großdeutsche Kundgebung gegen Preußen geplanten III. Deutschen Bundesschießen in Wien im Juli 1868, an dem auch süddeutsche Vertreter teilnahmen, und machte ihren Einfluß geltend, indem sie alle akademischen Vereinigungen davon abhielten.¹⁰⁰ Dieses Schützenfest war deswegen von großer Bedeutung, weil es als demokratische Manifestation des Einheitswillen des deutschen Volkes im Sinne des Jahres 1848 auch die zahlreich erschienenen Arbeiter „als einig Volk von Brüdern“ in eine große Volksbewegung einbeziehen wollte und sich hier erneut Berührungspunkte der Studenten mit den Arbeitern ergaben. Als letzte bedeutende Aktion der kleinbürgerlichen Demokratie sollte eine Volkspartei in Österreich entstehen, in der wie in Deutschland die zahlreichen Arbeitervereine Aufnahme finden hätten können, weswegen auch der Berliner Arbeiterführer Wilhelm Liebknecht am Schützenfest teilnahm. Das Projekt scheiterte jedoch.¹⁰¹ Der Silese Hößlinger sah in diesem „Südbund“ die „Permanenz der Schwäche und Zerrissenheit Deutschlands“. Seine groß-

96 BAHNWEHR, Spulak von, Geschichte der aus den Jahren 1859–1884 stammenden Wiener Couleurs, Wien 1914, S. 96f.

97 STIMMER, Gernot, Eliten in Österreich: 1848–1970, Wien/Köln/Graz 1997, S. 148.

98 Die Farben Preußens waren bis 1871 Schwarz-Weiß.

99 KNOLL, Kurt, Die Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia in Wien, Wien 1923, S. 36.

100 BAHNWEHR, Spulak von, Geschichte der aus den Jahren 1859–1884 stammenden Wiener Couleurs, S. 97.

101 LEIDIGKEIT, Karl Heinz, Wilhelm Liebknecht und August Bebel in der deutschen Arbeiterbewegung 1862–1869, Berlin-Ost 1957, S. 124.

deutsche Gesinnung zu zeigen bekam nun für die Silesia die Bedeutung einer österreichisch-patriotischen demokratischen Färbung. Im November 1868 strich die Studentenverbindung auf Antrag des Studenten Otto Steinwender das Wort „demokratisch“ aus ihrer Satzung und ersetzte es durch den Vorrang der „Einheit“ vor der „Freiheit“ und dem „Streben nach nationaler Macht“ sowie einem „unbedingten Bekenntnis zu Otto von Bismarck“. ¹⁰² Auf dem Gründungskommers am 24. November 1868 replizierte Hösslinger in seiner Festrede: „Das schwarz-weiß-rote Banner ist das Symbol unserer werdenden Einheit.“ Am 7. Dezember 1868 kam es anlässlich eines Kommerses des „Akademischen Lesevereines“ zu einer ersten Saalschlacht zwischen großdeutschen und kleindeutschen Studenten. ¹⁰³ Der auf geselliger Grundlage gegründete Leseverein verstand sich bis zu diesem Datum als ein Sammelpunkt von Studenten, nicht von Korporationen, auch wenn diesen die meisten Studenten angehörten. Nach dem Ausschluß seiner nichtdeutschen Mitglieder 1867 hatte der Leseverein seinen „deutschen Charakter“ satzungsmäßig festgelegt und war damit zum „Träger der deutsch-studentischen Gesamtbelange“ geworden war. ¹⁰⁴ Der Gegensatz zwischen den Begriffen deutschnational und österreichisch verschärfte sich, als sich neben einem deutschnationalen „Deutschen Studentenklub“ ein am 20. Jänner 1868 gegründeter „Wiener Studentenklub“ zu etablieren begann, der auf das Nationale im Sinne des Machtstaates wenig Gewicht legte, sondern in einer Anknüpfung an das Jahr 1848 eher an der Förderung demokratischer Ziele interessiert war. Auch hier taten sich nun grundlegende Gegensätze auf. Sein prominentester Vertreter war ein junger Student namens Karl Lueger, der sich schon bei der Gründungsfeier gegen die „Preußenseuchelei“ ausgesprochen hatte. ¹⁰⁵

Eine noch frühere radikal-nationale Entwicklung ist bei den Turnern beobachtbar: Auf einem Jugendfest im deutschen Gotha des Jahres 1860, das auch von einer kleinen Gruppe aus Österreich besucht wurde, bekam der Gedanke des „deutschen Turnens“ angesichts des sich immer stärker abzeichnenden Dualismus zwischen Österreich und Preußen einen gewaltigen Auftrieb. Es galt nun „durch gemeinsames Turnen im Sinne einer Einheitspolitik Jahns untereinander Fühlung zu nehmen“. Diese Bemühungen fielen auch in Österreich auf fruchtbaren Boden: Auf Anregung Karl Ulbrichts und Julius Krickls (1830–1893), einem nach den Ereignissen des Jahres 1848 kurz in die Schweiz emigrierten Hauptmannes der Akademischen Legion, später der „Schönerianer vor Schönerer“ genannt, wurde am 27. Jänner 1861 nach einer vorübergehenden Erleichterung von Vereinsgründungen der „Wiener Turnverein“ gegründet. Er forderte „Schüler, Studenten, Beamte, Kaufleute und Handwerker“, daher die Repräsentanten des Kleinbürgertums, zum Beitritt auf und sollte bald zu einem Sammelplatz deutschnational gesinnter Kräfte werden. Das von den Professoren Dumreicher und Josef Petzval an Minister Schmerling überreichte Genehmigungsgesuch war noch bewußt vorsichtig formuliert und im großdeutschen Sinn gehalten: Das Interesse

102 KNOLL, Kurt, Die Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 37f.

103 FERBER, Walter, Die Vorgeschichte der NSDAP in Österreich, Konstanz 1954, S. 6.

104 BAHNWEHR, Spulak von, Geschichte der aus den Jahren 1859–1884 stammenden Wiener Couleurs, S. 97.

105 MOLISCH, Paul, Die deutschen Hochschulen in Österreich, München 1922, S. 66.

Österreichs an der ersehnten Deutschen Einheit mache es nötig, „im drohenden Kampf wider äußere und innere(!) Feinde“ das nationale Selbstbewußtsein für Gesamtösterreich zu wecken. Ganz offen propagierte hingegen Krickl den Geist Friedrich Ludwig Jahns: Der Hauptzweck des Turnens, des alles entscheidenden Faktors deutscher Erziehung und deutscher Sitte, liege in der „Hebung intellektueller und moralischer Tüchtigkeit, durch Erweckung eines kräftigen Nationalgefühls“.¹⁰⁶

Eine 22köpfige Delegation des Wiener Turnvereines besuchte am 10. August 1861 das „Zweite Allgemeine Deutschen Turnfest“ in Berlin.¹⁰⁷ Nicht so sehr der Festakt, die Grundsteinlegung des Jahn-Denkmal auf der Hasenheide, des ersten Exerzierfeldes des „Turnvaters“, und das anschließende Schauturnen mit einer Fahnenparade vor 80.000 Zuschauern in streng militärisch-preussischer Atmosphäre war dabei für die Österreicher von besonderer Bedeutung: Julius Krickl wurde in einen „ständigen Ausschuß“ gewählt, der im Dezember 1863 eine Kreis- und Gau-Einteilung der gesamten deutschen Turnerschaft vornahm, wobei „Deutschösterreich“ den 15. Kreis bildete.¹⁰⁸ Das erste Mal war auf dem Turnfest in Berlin durch einen Vertreter eines „deutsch-österreichischen“ Vereines eine enge Verbindung und eine ideologische Annäherung an eine reichsdeutsche Gesamtorganisation geschaffen worden. Nach beschwörenden Reden, „für die Freiheit und Einheit wenn nötig auch zu fallen“, gaben die Teilnehmer der Veranstaltung die Schlußparole aus, der Exportcharakter zukam: „Preußen gebe den Beweis, daß es für die deutsche Sache vorangehen wolle, ... wir streben mit dieser Hilfe endlich Deutschland groß und frei zu machen ... Jeder muß dazu beitragen, durch Zucht an Leib und Seele und durch Turnen.“¹⁰⁹ Wie sehr ein spätromantisches Pathos die Triebfeder war, beschreibt die Episode der „Taufe“ der den „Wienern“ geschenkten schwarz-rot-goldenen Fahne des Berliner Turnvereins bei Stettin in der Ostsee.¹¹⁰ Das nationale Symbol der Fahne verband sich auf diese Weise mit einer religiösen Handlung – ein Ritual, das später der Nationalsozialismus für sich beanspruchen wird.

Anläßlich des dritten Turnfestes, welches am 30. Juli 1863 in Leipzig stattfand, trat eine Abordnung des in diesem Jahre umbenannten „Ersten Wiener Turnvereines“¹¹¹ dem „Deutschen Nationalverein“ in Coburg bei, der sich besonders an Sänger- und Turnerbünde wandte. Seine politischen Zielvorstellungen ähnelten dem Vorschlag eines engeren und weiteren Bundes, den bereits Heinrich von Gagern in der Frankfurter Paulskirche gemacht hatte, nachdem sich die „Deutsche Frage“ für Österreich als unbeantwortbar erwiesen hatte. Noch vor der Ernennung Otto von Bismarcks zum Staatsminister am 23. September 1862 hielt der Nationalverein Preußen für berufen, wenigstens die Einigung eines Teiles von Deutschland herbeizuführen, was aber nur ein vorüber-

106 BENDA, Franz, *Der deutsche Turnerbund 1889. Seine Entstehung und Weltanschauung*, Wien 1991, S. 75.

107 ULBRICHT, Karl, *Das zweite allgemeine deutsche Turnfest in Berlin am 10.–13. August 1861*, Wien 1861.

108 Ebd., S. 7f.

109 Ebd., S. II.

110 FERBER, Walter, *Die Vorgeschichte der NSDAP in Österreich*. S. 5. Vgl. PICHL, Eduard, Georg Schönerer, Bd. I, S. 3.

111 Abgekürzt als „I. W. T. V.“

gehendes Opfer sein könne, da die deutschen Gebiete Österreichs nach der Zerschlagung der Habsburgermonarchie an ein schon starkes Deutschland angeschlossen werden würden. Genau jene Parolen und Schlagworte sollte sich Julius Krickl bald aneignen. Anders als im Genehmigungsgesuch angegeben, vertrat der „I. W. T. V.“ in kleinem Kreis noch vor den Burschenschaften eine radikale kleindeutsche Lösung unter preußischer Führung, weswegen die diesbezüglichen Treffen geheim stattfanden.¹¹² Die Verbindungen zur deutschnationalen Studentenschaft stellten zwei prominente Professoren, der Rechtsgelehrte Heinrich Brunner und der Germanist Wilhelm Scherer, her, die nicht nur dem Turnverein sehr nahe standen¹¹³, sondern auch wegen ihrer Patenschaft bei der Gründung zahlreicher akademischer Vereine als „Bahnbrecher“ galten. Nachdem sie in ihren Schriften Österreich immer wieder als einen seit der Gegenreformation von Rom abhängigen Mischlingsstaat ge-

geißelt hatten, waren sie über den Historiker und überzeugten Verfechter einer kleindeutschen Lösung, Heinrich von Treitschke, unter den Einfluß preußischer Publizistik gekommen. Auf das Kernproblem der Begünstigung von Tendenzen zur Verneinung und Verleugnung Österreichs durch eine allzu leichtfertige Beseitigung der Schranken zwischen österreichischer und deutscher Wissenschaftspflege ist an dieser Stelle hinzuweisen.¹¹⁴ Wilhelm Scherer, dem die Behörde des Staatsministeriums wie vielen anderen Professoren vorwarf, ungeeignet zu sein, die Studenten politisch zu überwachen und sie im Gegenteil in ihren staatsfeindlichen Handlungen noch bestätigte¹¹⁵, verfaßte 1871 gemeinsam mit dem Historiker Ottokar Lorenz, mit dem er später nach Preußen übersiedelte, eine „Geschichte des Elsaß“ als „Wiegengeschenk an das neue Reich“. Beide ersehnten darin die „Heimkehr Deutschösterreichs“. Für den Historiker Lorenz stellte „die österreichische Geschichte keine Volksgeschichte (dar), sie ist nichts anderes als eine dynastische.“¹¹⁶



Abbildung 2: Julius Krickl „der Ältere“ 1830–1893

112 BENDA, Franz, Der deutsche Turnerbund 1889, S. 84f.

113 PETERS, Hermann, Libertas. Die Geschichte einer Wiener Burschenschaft, Wien 1937, S. 17.

114 Dazu: WEINZIERL, Erika, Das österreichische Staatsbewußtsein, in: WEINZIERL, Erika (Hg.), Der Österreicher und sein Staat, Wien 1965, S. 21ff. und HEER, Friedrich, Der Kampf um die österreichische Identität, S. 265.

115 PETERS, Hermann, Libertas. Die Geschichte einer Wiener Burschenschaft, S. 19.

116 PICHL, Eduard, Georg Schönerer, Bd. IV, S. 62.

Den früheren österreichischen Mitgliedern des nach Königgrätz aufgelösten Coburger „Deutschen Nationalvereins“ gelang es 1868, wieder unter der Führung Julius Krickls, in den vom deutschliberalen Josef Kopp 1867 gegründeten ersten und ältesten politischen Verein, den „Deutschen Volksverein“ einzudringen, um diesen „waschlappigen Verein zu sprengen oder ihn im deutschnationalen Sinn umzuwandeln“¹¹⁷. Kurz darauf wurde Krickl, der noch im selben Jahr aus dem 1. W. T. V. austrat, Obmann und verlangte als erste „Parteiforderung“ die Sonderstellung der „gänzlich undeutschen Kronländer Galizien und Dalmatien“ durch das Ausscheiden ihrer Abgeordneten aus dem Reichsrat.¹¹⁸ Mit der Obmannschaft Krickls war auch der Eintritt von zahlreichen Gründungsmitgliedern des „Ersten Wiener Turnvereins“ verbunden, von denen für die weitere Entwicklung vor allem Karl Gagstatter, der spätere „Leibwächter“ Georg von Schönerers, interessant ist.¹¹⁹ Viele waren ehemalige „48er“, die jetzt eine entschieden kleindeutsche Gesinnung vertraten. Eine kleine Verbindung von Turnern und Burschenschaftlern, deren Wege sich von nun an auch ständig kreuzten, ging nun als Mitglieder des „Deutschen Volksvereins“ daran, die ersten Schritte einer radikalen deutschnationalen Politik in Österreich zu versuchen.

1.4 Zwei erste deutschnationale Programme

Neben Wien als einem Zentrum erster radikaler nationaler Bestrebungen regte sich bald auch eine „Abwehrbewegung“ im gemischtsprachigen Gebiet der Südsteiermark um das Zentrum der Stadt Graz. Mit dem „Telegraf“ verfügten die damaligen Propagandisten sogar schon über eine eigene, „eingesessene“ Zeitung. Ebenso begünstigt durch das Vereins- und Versammlungsrecht der Dezemberverfassung kam es 1868 wie in Wien mit dem „Deutschen Volksverein“ auch in Graz zur Gründung eines „Vereines der Deutschnationalen“, bestehend aus „Alten Herren“ der Burschenschaft Orion unter dem Juristen Emil Strohal (1844–1914).¹²⁰ Wie schon Heinrich Brunner und nach ihm Julius Krickl trat Strohal mangels einer anderen schlagkräftigen Variante eines zur Schau gestellten Deutschtums für eine Sonderstellung Galiziens ein, um „eine rücksichtslose deutsche Politik zu betreiben“.

Da sich beide Vereine als die ersten Sammelpunkte eines um politische Mitspracherechte ringenden, deutschnational gesinnten Kleinbürgertums verstanden, den wahren Verlierern der Revolution des Jahres 1848, erscheint zuallererst ihre Ideengeschichte interessant. Fast zeitgleich veröffentlichten beide Vereine 1870 Programme, die nicht unwichtige Verschiedenheiten aufweisen, wenn auch die Forderung nach einem Umbau der Dezemberverfassung ein gemeinsames Merk-

117 MASAIDEK, F. E., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, Wien 1898, S. 9.

118 PICHL, Eduard, Georg Schönerer, Bd. I, S. 12.

119 FRANZ BENDA nannte unter anderem Dr. Jakob Franz BUFFI, Dr. ULBRICHT, Hans HOFFER, Franz KAISER; Zacharias LECHER, Dr. Johann OPPOLZER, Dr. Josef PEZTVAL, Josef KLEMM, Emil HAUEIS, Dr. Rudolf HOFMANN und Eduard BITTERLICH. BENDA, Franz, Der deutsche Turnerbund 1889, S. 92.

120 FUCHS, Albert, Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918, Wien 1949, S. 176.

mal darstellt. Die „Erklärung“¹²¹ des Deutschen Volksvereins ging zunächst mit der eigenen Verwandtschaft hart ins Gericht: Sie beschuldigte die Deutschliberalen eine „(sich) zwar deutsch ... nennende, aber allem wirklichen Deutschtum von Grund aus abgewandte oligarchische Partei (zu sein), ... (die) den Kampf aller übrigen Volksstämme gegen die Deutschen ... organisiere“. Der noch 1867 im Programm Julius Krickls formulierte freiheitliche Gedanke wich nun der Erkenntnis, „daß ... mit den zum Überflusse gehörten Freiheitsphrasen ... auf dem Gebiet der Realpolitik gar nichts geleistet“ worden sei. Das Programm kam über die Frage, „wie der Kampf der fremden Nationalitäten gegen das Deutschtum enden soll?“ zu der Auffassung, daß „(eine) glückliche Lösung dieses Problems nicht ... eine Frage des Rechts, sondern der Macht ist ... Wir erblicken Hilfe und endlichen Sieg nur in dem engsten Bündnisse mit unserer großen deutschen Nation.“ Indem man sich mit ein paar von Otto von Bismarck abgekupferten Vokabeln früherer Reichstagsreden den dynastischen Machtstaat Preußens zum Vorbild machte, der gerade im Begriff war, die ersehnte deutsche Einheit zu vollziehen, verkannten die Programmacher zum einen, daß ihr „Deutschtum“ nicht mehr und nicht weniger einer innenpolitischen Problemlage entsprach, zum anderen aber auch, daß sich die realen Verhältnisse in Preußen selbst geändert hatten. Infolge der kleindeutschen Politik war Österreich den Deutschen eine „terra incognita“ geworden. Mit dem Erreichen des nationalen Zieles nach 1871 wurde darüber hinaus „deutschnationale“ Politik zusehends von einer expansiven Wirtschaftspolitik verdrängt und diente der Erhaltung des Besitzstandes. Die Konsequenz dieser unkritischen Übernahme eines scheinbaren Machtstaates, in dem sich Konflikte mit „Blut und Eisen“ lösen ließen, bedeutete nicht nur eine klare Absage an ein friedliches Zusammenleben mit den anderen Nationalitäten, sondern markierte auch einen ersten Übergang von einem Idealismus zu einem hysterisch übersteigerten Materialismus, wobei schon in dieser ersten Stufe die alten Freiheitsideale und der Einheitsgedanke der Frankfurter Nationalversammlung verworfen werden mußten.

Das „Programm der Deutschnationalen in Graz“¹²² hingegen erklärte, auf „dem Rechtsboden der Dezemberverfassung“ zu stehen, sprach daher ein klares Bekenntnis zu Österreich aus, obwohl „eine Revision ... (der Verfassung) unabweisbar geworden (sei), die im Interesse der Deutschen dringend geboten erscheint.“ Auch in der Nationalitätenfrage gab sich das Programm gemäßigter. Es lehnte zwar eine Kronländerautonomie ab, verlangte jedoch, daß sich die Deutschen auf ihr Gebiet beschränken sollten, um dort eine radikale deutsche Politik zu betreiben. Auch enthält es noch durchwegs positive – im Sinne einer aktiven Politik – freiheitliche Forderungen, wie die Aufhebung des Konkordats, die Einführung der Zivilehe, direkte Reichsratswahlen und eine umfassende Verwaltungsreform.

Neben der Feststellung, daß gleich beide Programme die Sonderstellung Galiziens und Dalmatiens forderten, springt als der große Unterschied die Behandlung der „deutschen Frage“ ins Auge. Während sich das Wiener Programm recht vorsichtig formuliert für eine „Zusammenfas-

121 Abgedruckt In: BERCHTOLD, Klaus, Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, Wien 1967, S. 183f.

122 Abgedruckt In: BERCHTOLD, Klaus, Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, S. 180.

sung der ehemals zum Deutschen Bund gehörigen Länder Österreichs unter einer einheitlichen Volksvertretung und ehesten Wiedereintritt derselben in ein enges Bundesverhältnis mit Deutschland“ stark machte, enthält das Grazer Programm dazu keine Äußerung. In einer Rede am 29. November 1869, noch vor Veröffentlichung des Dokuments, betonte Strohal, der geistige Vater des Grazer Programms¹²³, „... daß wir heute den Anschluß nicht erstreben können.“¹²⁴ Auch über das Erreichen politischer Ziele gab es unterschiedliche Auffassungen: Während sich das Grazer Programm mit seinen liberalen Forderungen auf eine aktive politische Arbeit einstellte, enthielt das Programm des Wiener Volksvereines die Ankündigung, man wolle zuerst „das hereinbrechende nationale Unglück abwarten, damit der geläuterte deutsche Volksgeist neu ersprieße“.¹²⁵ Statt politischer Arbeit stellte man sich auf eine Katastrophenpolitik ein. Mit der gemäßigten, realistischen, um die wirklichen Intentionen Bismarcks wissenden Strömung einerseits und dem radikalen, utopischen alldrutschen Bismarckkult der „Vorerst Kleindeutschen“¹²⁶, einer Richtung, deren Hauptvertreter später Schönerer werden sollte, zeigten sich erstmals die beiden Grundtypen der deutschnationalen Bewegung in Österreich, deren Unterscheidung für das spätere Geschehen von tragender Bedeutung ist.

Da der „Deutsche Volksverein“ hauptsächlich aus selbsternannten „Ideologen“ bestand, die am öffentlichen Leben wenig Anteil nahmen, beschränkte sich seine Tätigkeit auf Vereinsversammlungen und Vorträge. Bald gab es deswegen Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern, von denen ein Teil eine aktive Teilnahme am politischen Prozeß forderte, was schließlich 1871 zur Auflösung des Vereines führte. Julius Krickl zog sich vorerst mit sechs Mitstreitern zu einer wöchentlichen Tischgesellschaft, die sich „Die letzten Sieben Germanen“ nannte, ins damalige Cafe „Walch“ zurück.¹²⁷ Als modernes Mittel außerparlamentarischer Opposition erinnern diese Tischgesellschaften, meist Stammtische mit bierseligen Redetalenten, an die „christlich-germanischen Tischgesellschaften“, die in Preußen in Opposition zu den Reformen Hardenbergs entstanden waren. Sie schlossen „Juden, Franzosen und Philister“ von ihren Versammlungen aus – eine Hebung vermeintlicher Exklusivität, die sich alsbald auch bei den „letzten Sieben Germanen“, von denen einige noch „Karriere“ machen sollten, durchsetzte. So konnte sich Viktor Schwarz schon 1867 damit brüsten, Antisemit zu sein.¹²⁸ Hans Rint wurde 1882 Mitglied in Schönerers „Deutschnationaler Vereinigung“, Theodor Girhartz 1886 „Schönerianer“ und mit Franz Kaiser hatten sie einen Bruder des späteren Schönerer-Abgeordneten August Kaiser in ihren Reihen.¹²⁹ „Die letzten Sieben Germanen“ betrieben passiven Widerstand und eine Abstinenzpolitik, mit der sie einige Jahre Liberale, Juden, Katholiken und österreichische Politiker angriffen. Krickls

123 BERCHTOLD, Klaus, Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, S. 180.

124 MOLISCH, Paul, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich, Jena 1926, S. 78.

125 Abgedruckt In: BERCHTOLD, Klaus, Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, Wien 1967, S. 183f.

126 FERBER, Walter, Die Vorgeschichte der NSDAP in Österreich, S. 8.

127 MASAIDEK, F. F., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, S. 12.

128 PICHL, Eduard, Georg Schönerer, Bd. II, S. 4.

129 Ebd., S. 73f.

Botschaft blieb dennoch in den Burschenschaften präsenter, von denen er und sein Sohn „lebenslänglich“ zu Feiern eingeladen wurden.¹³⁰ Daneben fristete auch noch eine nach Krickl benannte Tafelrunde im Gründungs- und Vereinslokal des „Ersten Wiener Turnvereins“, dem Gasthaus „Lothringer“ am Kohlmarkt¹³¹, ihr Dasein, der auch ein junger Burschenschafter der „Olympia“ angehörte, der Journalist und Satiriker¹³² Franz Friedrich Masaidek (1840–1911). Er verfaßte später, als sein „unbedingter Anhänger“, die erste Biographie Georg von Schönerers und wurde mit seiner 1868 erschienenen Schrift „Staberl als Fremdenführer in Wien und Umgebung“ zum möglichen Namensgeber eines hundert Jahre danach tätigen prominenten Kolumnisten der Wiener Kronen Zeitung. Masaidek, der sich einmal damit rühmen sollte, „der bestgehaßte Satiriker, den Wien auszuweisen hat“ zu sein, erregte 1872 mit dem in der „Deutschen Zeitung“ erschienenen Spottgedicht „Die Wacht am Alserbach“ Aufsehen, in welchem er die „Wiener Sieben- und sechziger“ verhöhnte, „die nicht müde werden, von Revanche zu träumen und gehässige Stimmung gegen das neue Deutsche Reich kundzugeben“.¹³³

1.5 Rache für Sadova?

Einen bedeutenden Markstein in der Entwicklung der deutschnationalen Bewegung in Österreich setzte der deutsch-französische Krieg des Jahres 1870. Während Otto von Bismarck durch den Sieg über Frankreich und die Einbindung der noch außerhalb des Norddeutschen Bundes stehenden süddeutschen Staaten die Gründung des Reiches unter preußischer Ägide vollzog, brach er die letzte Brücke zur Schaffung Großdeutschlands ab. Jene Gruppen im neuen Deutschland, die bis zuletzt für einen großdeutschen Kurs eingetreten waren, wie die Historiker Julius Ficker und Onno Klopp, sahen sich schnell in eine Außenseiterrolle gedrängt, als sich der überwiegende Teil der deutschen Gesellschaft damit abgefunden hatte, daß der Triumph der kleindeutschen Propagandisten, wie eines Heinrich von Sybel oder eines Heinrich von Treitschke, vollständig geworden war.¹³⁴ In

130 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 52.

131 „Die letzten sieben Germanen“ waren Julius KRICKL, Franz KAISER, Karl GAGSTATTER, Hans RINT, Theodor GIRHARTZ, Viktor SCHWARZ und Franz ERTL. Den „Lothringern“ gehörten neben KRICKL und MASAIDEK unter anderem Franz KAISER, Hans HOFFER, Emil HAUEIS, Heinrich BIZISTE und Josef KLEMM an, alle Mitglieder des 1. W. T. V. und des ehemaligen „Deutschen Volksvereins“. BENDA, Franz, Der deutsche Turnerbund 1889, S. 97.

132 Der gelehrte Kürschner verfaßte ab 1858 unter dem Pseudonym „Argus“ humoristische Feuilletons u. a. für die „Wiener Vorstadtzeitung“ und die „Ostdeutsche Rundschau“ und war ab 1862 gemeinsam mit Ludwig Anzengruber Hauptmitarbeiter des satirischen Blattes „Figaro“. Neben zahlreichen Beiträgen für die „Geflügelten Worte“ des Philologen Georg Büchmann, dessen Mitarbeiter Masaidek ab 1864 zehn Jahre war, arbeitete er während des Krieges 1866 als Chefredakteur für das Wochenblatt „Die Sturmglöcke“ und schrieb regelmäßig in der „Deutschen Zeitung“. DVORAK, Helge, Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. I: Politiker, Teilband 4: M–Q, Heidelberg 2000, S. 41f.

133 Neues Wiener Tagblatt vom 7. April 1911.

134 MOMMSEN, Wolfgang, Österreich-Ungarn aus der Sicht des Deutschen Kaiserreiches, in: RUMPLER, Herbert (Hg.),

Österreich hatte der Krieg eine neuerliche Polarisierung zur Folge: Die profranzösische Einstellung der nichtdeutschen Nationalitäten, allen voran der Tschechen, die sogar ein Wettbüro für Frankreich eingerichtet hatten, deckte sich mit der Haltung offizieller Kreise, die ängstlich jede Regung des Deutschtums beobachteten. Unter den Neutralen bis zu denen, die offen mit einem Sieg Frankreichs spekuliert hatten, fanden sich breite Teile des Adels, des Klerus und der Armee. Gegen allzu preußenfreundliche Aktivitäten sprach sich aber auch die deutschliberale Verfassungspartei und eine gemäßigt national eingestellte Studentenschaft aus.¹³⁵ Für die deutschradikalen Burschenschaften bedeutete der „Sieg von Sedan“ hingegen die große Herausforderung. Angefeuert von der nun aktuellen Losung, die Ernst Moritz Arndt 1813 ausgegeben hatte, „Zum Rhein! Übern Rhein! Alldeutschland in Frankreich hinein“, meldeten sich einige Silesen und Siebenbürger Sachsen freiwillig für die preußische Armee. So büßte beispielsweise der Silese und spätere Mitbegründer des „Deutschen Schulvereines“, Viktor Ritter von Kraus (1845–1905), als Lazarettgehilfe die Sehkraft eines Auges ein.¹³⁶ Zahlreiche, in tiefer Resignation verfaßte Gedichte entstanden in Österreich. Einige fanden sogar Eingang in die vom neuen Reich 1871 herausgegebene Festschrift „Alldeutschland! Dichtungen aus den Ruhmestagen des Heldenkrieges 1870/71“. Sie geben Aufschluß über die Verbitterung so mancher, ihren Volksgenossen im Kampf nicht aktiv beigestanden zu sein und suchten auch nach Ursachen und Gründen dafür: So reimte am 19. Oktober 1870 Joseph Streiter aus Bozen: „Indem des Sieges froh die deutschen Waffen / Im Westen sich mit frischem Eichenlaub krönen / Vermag die Ostmark nur dem Schmerz zu fröhnen / Daß es ihr nicht vergönnt, sich aufzuraffen. // Ja wenig fehlte nur, daß schnöden Laffen / Es noch gelang, Loyola's schlaun Söhnen / Zu Schutz und Trutz, den deutschen Muth zu höhnen / Das ist die Frucht des Regiments der Pfaffen.“ Einige wiederum, wie ein gewisser Ritter von Leitner in seinem Gedicht „Der deutsche Österreicher“, gaben ihren gekränkten Gefühlen des Ausgeschlossenenseins freien Lauf und sinnierten ob dieser Ungerechtigkeit der Geschichte darüber, nicht vielleicht doch die besseren Deutschen zu sein: „Ihr stieb't in blut'ger Stunde, / mit herber Allgewalt / Uns aus dem Bruderbunde, / Der ein Jahrtausend alt. // Und dennoch deutsch geblieben / Ist unser Herz; seht an! / Wir können Euch noch lieben, / Die uns gelegt in Bann.“¹³⁷

In dieser „Katerstimmung“ konnte vielen nur mehr eine improvisierte „Siegesfeier“ in Wien über den großen Schmerz hinweghelfen. Doch der am 1. Dezember 1870 vom „Akademischen Leseverein“¹³⁸ veranstaltete Festkommers endete in der vielzitierten „Schlacht im Dianasaal“. Daß

Innere Staatsbildung und gesellschaftliche Modernisierung in Österreich und Deutschland 1867/68–1914, Historikergespräch Österreich – BR Deutschland 1989, Wien 1991, S. 205.

135 WINKLER, Ingeborg, Die deutschnationalen Bestrebungen und der Gedanke des Anschlusses der Deutschösterreicher an das Deutsche Reich von 1870/71 bis 1907, phil. Diss. (ungedruckt), Wien 1974, S. 44f.

136 DVORAK, Helge, Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. I: Politiker, Teilband 3: I–L, Heidelberg 1999, S. 163.

137 Zitiert in: WINKLER, Ingeborg, Die deutschnationalen Bestrebungen und der Gedanke des Anschlusses, S. 49f.

138 Lesevereine waren als Interessenvertretungen eine breitere Form einer studentischen Öffentlichkeit, in der die einzelnen Mitglieder der Korporationen eine höhere Stufe studentischer „Verfaßtheit“ erklommen. In ihrer Tradition auf

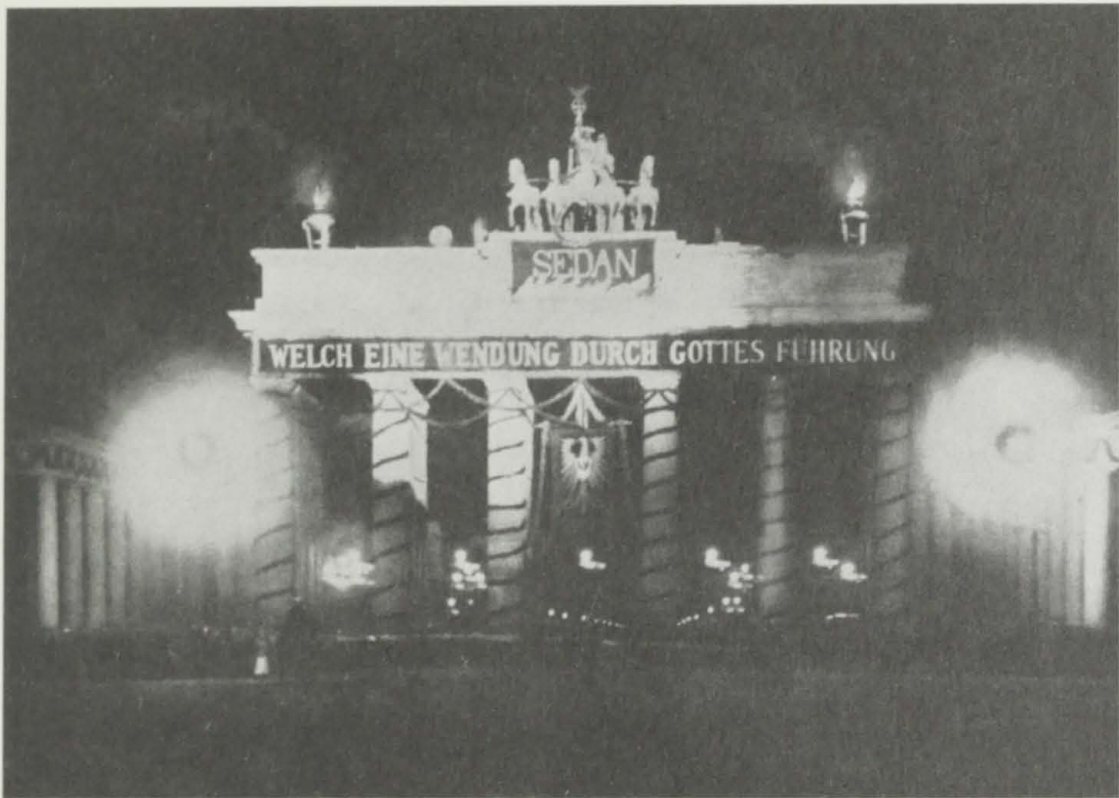


Abbildung 3: Festbeleuchtung des Brandenburger Töres in Berlin nach der Schlacht von Sedan

die Anmeldung der Versammlung wegen des Widerstandes des demokratischen „Wiener Studentenklubs“, eine kleindeutsche Sympathiekundgebung behördlich zuzulassen, von einem „Siegesfest“ auf ein von einer völlig verunsicherten Regierung allgemein zugelassenes „Stiftungsfest“ mit einer Spendenaktion für die Kriegsversehrten abgeändert werden mußte, hatte schon im Vorfeld für eine gewaltige Mißstimmung gesorgt. Nachdem sich die ganze Atmosphäre durch Reden und Lieder dermaßen aufgeheizt hatte, daß man nach dem Bericht eines Augenzeugen „die Auflösung Österreichs und die Vereinigung unter den preußischen König hätte ausrufen können“, verurteilte der junge Rechtsanwalt Karl Lueger, der mit einigen Mitstreitern vom „Wiener Studentenklub“ erschienen war, den preußischen Weg als das Ende des großdeutschen Traumes und löste damit eine wilden Saalschlacht aus, in die rund 3000 Personen verwickelt waren.¹³⁹ In dem Tu-

die studentischen Lesevereine des Jahres 1848 zurückgehend, eines Hauptinitiators der Revolution, zielten sie in einem Entwicklungsprozeß über eine Vorform wissenschaftlich-literarischer Öffentlichkeit mit der Thematisierung literarischer, gesellschaftlicher und politischer Bereiche auf eine Funktion innerhalb der politischen Öffentlichkeit. Dazu STIMMER, Gernot, *Eliten in Österreich: 1848–1970*, S. 147.

139 WHITESIDE, Andrew, *Georg Ritter von Schönerer*, S. 57.

mult riß Lueger die im Saal angebrachte schwarz-weiß-rote Flagge des „Norddeutschen Bundes“ herunter, die er vorher als „Produkt despotischer Willkür“ bezeichnet hatte. Dies brachte ihm nicht nur ein paar kräftige Ohrfeigen eines Silesen ein, sondern auch die erstmalige Erwähnung seines Namens in den am nächsten Tag erscheinenden Tageszeitungen.¹⁴⁰ Die in der studentischen Literatur in Verklärung des „Heldenkrieges“ als „Schlacht“ titulierte „Holzerei“¹⁴¹ hatte Symbolcharakter für eine sich längst abzeichnende Abspaltung eines extremen, jetzt „alldeutsch“ zu nennenden Flügels, der nach der deutschen Reichsgründung den zweiten Teil, den Anschluß verwirklichen wollte und damit eine gewaltsame, revolutionäre Zerschlagung der Habsburgermonarchie zumindest in Kauf nahm, die dem Ziel eines Anschlusses im Wege stand. Es kam nun jener Radikalismus hinzu, der alles Liberale und Demokratische verwarf und eine Konsens- durch eine Konfrontationspolitik ersetzte. Abgesehen von einigen zumeist aus dem Reich stammenden Professoren entbehrte dieser Flügel bei der Verfechtung seiner Ideen jedoch jeglichen Rückhalts einflußreicher Persönlichkeiten.¹⁴²

Nachdem der gesetzlich zur Anwesenheit verpflichtete Regierungsvertreter den Kommers unter den zum ersten Mal angestimmten Klängen der „Wacht am Rhein“ aufgelöst hatte und wenige Tage später die behördlich verfügte Auflösung des „Akademischen Lesevereins“ und der Burschenschaft Silesia wegen „politischer Tätigkeit“ erfolgt war, trat auch infolge der Deutschen Reichsgründung eine gewisse „Ebbe“ ein. Das Jahr 1871 brachte eine erste Phase des Abklingens des „nationalen Fiebers“ mit sich, weil es nach reichsdeutscher Auffassung für die dort ansässigen Burschenschaften nichts mehr zu tun gab. Ihr lang erstrebtes Ziel, die Einigung Deutschlands, war erreicht.¹⁴³ Auch die zunächst gehegte Hoffnung, Bismarck würde die restlose „Einigung aller Deutschen“ anstreben, war bald verflogen. Umso heftiger setzte aber nun bei den deutschnationalen Burschenschaften in Österreich eine intern geführte Diskussionen um Nation und Nationalitätenkampf ein, die auch eine andere, mit diesen Problemen verknüpfte Frage in den Vordergrund schob, nämlich die Haltung der Verbindungen zu ihren jüdischen Mitstreitern. In einer Phase der Verdrossenheit, des Gefühls des endgültigen Ausgeschlossenseins und eines Aufbegehrens gegen eine Vätergeneration, der man stets die Modernisierungsprozesse eines dynamischen Preußen vorhalten konnte, sollte sich der Antisemitismus als „das“ Ablenkungsmanöver erweisen. Sehr anschaulich beschrieb Andrew Whiteside den Konflikt des jungen radikalen Hermann Bahr mit seinem deutschliberalen Vater, der einem Freund schriftlich mitteilte: „Hermanns politische Ideen sind wahnsinnig, seine Einstellung ist nicht mehr normal ... Er pöbelt Slawen und Juden, sowie Universitätsbeamte an ... und fordert die Zerstörung Österreichs ... Sie feiern Trinkorgien, ... jeder würde sich darüber schämen.“¹⁴⁴ Das Bewahren „deutschen Volkstums“ beinhaltete, mit

140 BIBL, Viktor, Georg von Schönerer. Ein Vorkämpfer des Großdeutschen Reiches, Leipzig 1942, S. 7.

141 „Prügelei“ im damaligen Studentenjargon

142 MOLISCH, Paul, Die deutschen Hochschulen in Österreich, S. 76.

143 SCHEUER, Oskar Franz, Burschenschaft und Judenfrage. Der Rassenantisemitismus in der deutschen Studentenschaft, Berlin 1927, S. 39.

144 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 91.

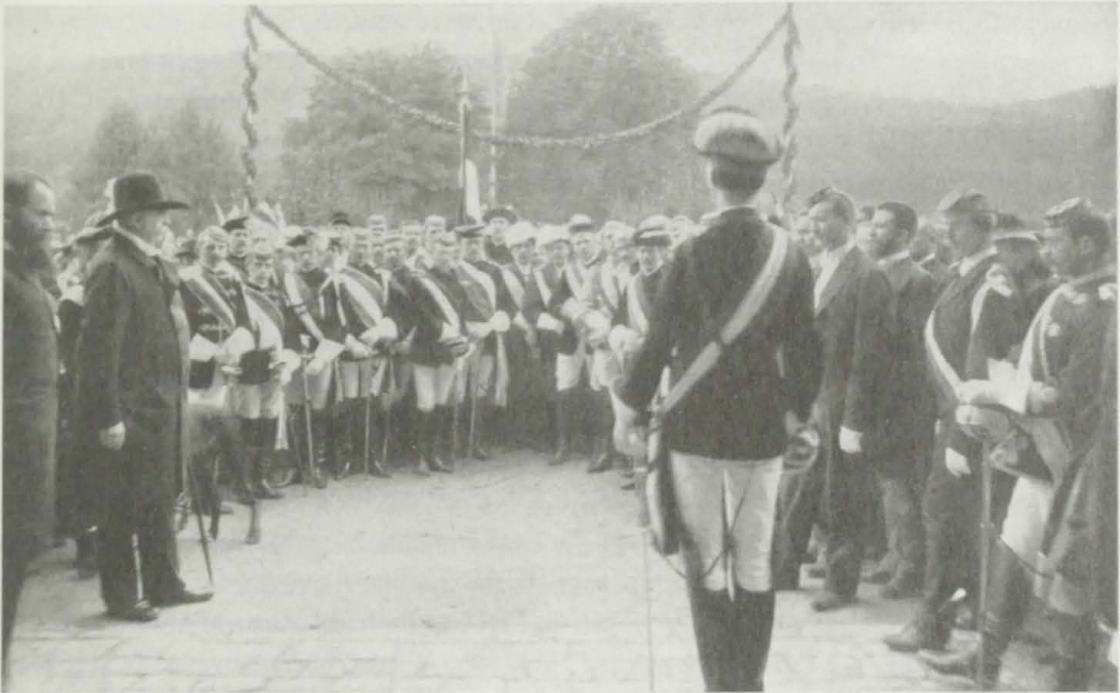


Abbildung 4: Die deutsche Studentenschaft huldigt dem Burschschafter Otto von Bismarck, Aufnahme August 1891

immer stärkerer Sensibilität auf alles „Nichtdeutsche“ zu reagieren. Eine mit Liebesentzug von Deutschland bestrafte radikale Studentenschaft konnte keinen besseren Beweis für ihr vorbildliches Deutschtum erbringen, als das ebenfalls deutschsprechende Judentum als „undeutsches, fremdes Volk“ zu separieren.

2. Der Antisemitismus vor Schönerer

Obwohl es nicht leicht ist, Frühformen eines politischen, wirtschaftlichen, oder eines Rassenantisemitismus strikt voneinander zu trennen, ist letzterer zumindest auf zwei zeitlich voneinander geschiedenen Ebenen festzumachen. Robert Hein stellte dazu fest, daß sich bei einer „Vätergeneration“, der Studentenschaft des Jahres 1848, alleine wegen des überproportionalen Anteils von Juden an der Revolution keinerlei jüdenfeindliche Tendenzen bemerkbar machten, das Problem der „Judenemanzipation“ in geradezu positiver Weise gelöst schien. Auch nach 1859, während der Zeit des liberalen Aufbruchs, fehlten jegliche Ressentiments. Manche Verbindungen, wie die akademische Burschenschaft Olympia, nahmen für das Studienjahr 1859/60 sogar Aktive ohne nationale Beschränkungen auf.¹⁴⁵ Der Silese und spätere Professor Armand Dumreicher beschrieb diese Anfänge des Verbindungswesens: „Wohl jeder Wiener Studentenverbindung gehörte eine kleine Minderzahl Juden an, ... wo damals die Judenschaft noch fast ausnahmslos zur deutschen Sache hielt. (Durch) frühe Jugendfreundschaft (waren) ... manche Juden schon am Gymnasium mit christlichen Mitschülern verbunden. Daß die Entwicklung so bald Spannungen, ... sei es des Bekenntnis, sei es der Rasse ... hervorbringen würde, ahnte 1862 niemand von uns.“¹⁴⁶ Bereits ein Jahr später, im Wintersemester 1863/64, übte die Burschenschaft Silesia bei der Aufnahme von drei jüdischen Füchsen „gegenüber Juden eine gewisse Zurückhaltung. Sie gab der Befürchtung Ausdruck, daß „durch die Mehraufnahme die Silesia eine Judenverbindung werden würde“, und Otto Steinwender „dichtete“: „Der Mensch sei weise, fein und gut, womöglich aber sei er Jud“.¹⁴⁷ Paul Sigurd Scheichl bemerkte dazu in seiner Studie über die Positionen der Judenfeindschaft anhand der Entwicklung in den studentischen Korporationen, die er als „Multiplikatoren des Antisemitismus“ bezeichnete, daß eine „Judenverbindung zu werden“ in der damaligen studentischen Öffentlichkeit schon als Negativum galt. Es bestand daher bereits ein Vorurteil gegenüber Juden, das aber noch nicht stark genug war, um besagte Aufnahme zu verhindern. Außerdem dürfte es sich in diesem Fall um Juden mosaischen Glaubens gehandelt haben, denn die Bedenken richteten sich noch nicht gegen konvertierte Juden im rassenantisemitischen Sinn. Dieser ersten Stufe eines „bloßen persönlichen Vorurteils“ folgten, so Scheichl, in immer kürzerer Abfolge die Stufen einer „ablehnenden kulturkritischen Position der Moderne“

145 HEIN, Robert, *Studentischer Antisemitismus in Österreich*, Beiträge zur österreichischen Studentengeschichte, Bd. 10, Wien 1984, S. 15.

146 DUMREICHER, Armand, *Aus meiner Studienzeit*, Wien 1909, S. 10.

147 HEIN, Robert, *Studentischer Antisemitismus in Österreich*, S. 16.

und zuletzt die „Zugehörigkeit zur antisemitischen Massenbewegung und den Glauben an deren Rassenideologie“.¹⁴⁸

Als „Epochedatum“ für den rassistischen, daher nicht religiös motivierten Antisemitismus in Österreich, für den eine Vorreiterrolle auf universitärem Boden unbestritten ist, gilt die Veröffentlichung des Buches „Über das Lehren und Lernen der medizinischen Wissenschaften an den Universitäten“ des berühmten Mediziners und gebürtigen Rheinländers Christian Albert Theodor Billroth im Herbst 1875. Er nahm darin als erster zur Frage der ostjüdischen Studierenden Stellung: „Es kommt mir so vor“, schrieb Billroth, „als wenn die ungarischen und galizischen Juden stark degeneriert sind und in manchen Gegenden einer gewissen geistigen und körperlichen Verkommenheit entgegengehen ... Man vergißt oft ganz, daß die Juden eine scharf ausgeprägte Nation sind, und daß ein Jude ebensowenig wie ein Perser, oder ein Franzose, oder Neuseeländer, oder Afrikaner je ein Deutscher werden kann; was man jüdische Deutsche heißt, sind eben nur zufällig deutsch redende, zufällig in Deutschland erzogene Juden, selbst wenn sie schöner und besser in deutscher Sprache dichten und denken, als manche Germanen reinsten Wassers.“¹⁴⁹ Und mit ziemlich unverhülltem Zynismus wandte er sich an die Burschenschaften und ihre Traditionen: „Es sei daher weder zu erwarten, noch zu wünschen, daß die Juden je in dem Sinne deutschnational werden, daß sie bei nationalen Kämpfen so zu empfinden vermögen, wie die Deutschen selbst, denn den aus den östlichen Ländern eingewanderten Juden fehlt das, worauf unsere deutsche Gesinnung basiert, nämlich die gesamte mittelalterliche Romantik. Die Juden haben keine Veranlassung, mit Vergnügen an das Mittelalter zurückzudenken.“¹⁵⁰ Nicht nur, daß Billroth seine Zweifel am Erfolg der jüdischen Assimilation äußerte und seine Kritik an ihrem Fortschritt in der Wissenschaft und Wirtschaft mit fehlenden Eignung für den Arztberuf wegen ihrer schlechten Eigenschaften verband, er erklärte die Juden zu einer eigenen Nation, die ihre nationalen Traditionen nie verlieren würde. Billroth ordnete ihnen dabei pauschale Eigenschaften zu, die „ewig“ von Natur aus gegeben und damit auch nicht durch Assimilation oder Taufe auslöschar seien, womit er eindeutig einen klaren, modernen, rassistischen Antisemitismus vertrat.

Als am 10. Dezember 1875 jüdische Studenten mit Pfiffen gegen die Aussagen Billroths protestierten, kam es zu Handgemengen und Tumulten mit Vertretern des „Lesevereins deutscher Studenten“ und zu ersten antisemitischen Kundgebungen.¹⁵¹ Billroth, der sich ziemlich erstaunt

148 SCHEICHL, Paul Sigurd, Nuancen in der Sprache der Judenfeinde, in: BOTZ, Gerhard / Ivar OXAAL / Michael POLLAK (Hg.), Eine zerstörte Kultur – Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert, Buchloe 1990, S. 148.

149 BILLROTH, Theodor, Über das Lehren und Lernen der medizinischen Wissenschaften an den Universitäten der deutschen Nation, Wien 1876, S. 135f. Im Buch selbst ist das Erscheinungsjahr mit 1876 angegeben, was in vielen Publikationen übernommen wird, aber nicht möglich sein kann, denn die Reaktionen vor allem in den Zeitungen setzten bereits Ende 1875 ein.

150 Ebd.

151 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 62.

zeigte, daß ein kurzer Exkurs in einem 500 Seiten starken Buch eine richtige „Affäre“ ausgelöst hatte, verteidigte sich damit, es „nur gut“ gemeint zu haben, „um mittellose Studenten vor dem Medizinstudium zu warnen.“¹⁵² Die Meinung, er habe sich einige böse Gedanken von der Seele geschrieben, vertrat auch Carl Beurle, der Chronist der Silesia, der Billroths Schilderung von den „Zündhölzchen verkaufenden Studenten vom Stamme Juda“ als Warnung auffaßte, daß „mittellose Ostjuden ohne geistige und moralische Befähigung ... gerade dies zu einer Art ihrer späteren geschäftlichen Praxis als Arzt machen könnten.“¹⁵³

Was aber waren die Gründe, warum der Antisemitismus gerade in der Hochblüte des Liberalismus in akademischen Kreisen Fuß fassen konnte – eine Tatsache, die durch eine am 10. Dezember 1875 einstimmig beschlossene Solidaritätsadresse des „Lesevereins deutscher Studenten“ an Billroth noch zusätzlich unterstrichen wurde und umso widersprüchlicher erscheint, als diese auch die Unterschriften von den drei jüdischen Studenten Heinrich Friedjung, Sigmund Freud und Viktor Adler trug? Adler hielt am 22. Jänner 1876 sogar ein zustimmendes Referat über das Buch.¹⁵⁴

Obwohl die Juden nicht als Volksstamm anerkannt waren und auch kein eigenes Territorium besaßen, brachte ihnen die Verfassung des Jahres 1867 zumindest die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit für beide Reichshälften. Alle gesetzlichen Schranken des Judentums fielen zugunsten seiner bürgerlichen Emanzipation und des Eintritts in die Welt der liberalen Epoche. Die allgemeine Liberalisierung brachte den Juden auch die völlige gesetzliche Gleichberechtigung. Mit dem Wegfall der alten Zunftverfassung durch die Gewerbeordnung des Jahres 1859 stand mit der vollen Gewerbefreiheit auch ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nichts mehr im Wege. Bis 1862 waren die Juden noch per Gesetz von den Tätigkeiten im Gesundheitswesen ausgeschlossen, doch ab diesem Zeitpunkt standen ihnen all diese Berufe offen.

Ihre Emanzipation und soziale Mobilität hatte auch eine rasche Zunahme von Studenten jüdischer Abstammung an den Universitäten zur Folge. Ein Studium bot die Chance einer beruflichen Integration in die bürgerliche Gesellschaft, die noch dazu höhere Bildung auf der Suche nach Statussymbolen gegenüber dem Adel über alle Maßen schätzte. Von den zirka 15.000 deutschsprachigen Studenten des Jahres 1880 studierten alleine 6000 in Wien¹⁵⁵, 27 % davon waren Juden. Während zwischen 1850 und 1855 nur durchschnittlich 484 Juden oder 7,9 % an allen österreichischen Hochschulen inskribiert waren, stieg diese Zahl in Wien bis zum Jahr 1869 prozentuell auf 19,8 % an der juristischen und 30 % an der medizinischen Fakultät an. 1880 hatte sich dieses Verhältnis auf 22,3 % beziehungsweise 38,6 % erhöht. Auch der jüdische Anteil unter den Professoren und Dozenten an der medizinischen Fakultät stieg von 30 % im

152 Die Presse, Nr. 346 vom 16. Dezember 1875, S. 7f.

153 BEURLE, Carl, Beiträge zur Geschichte der deutschen Studentenschaft Wiens, Wien 1893, S. 33.

154 HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich, S. 19.

155 Nach PAULEY waren in Graz zirka 1500, in Innsbruck 1000 und in Prag 1100 Studenten inskribiert, während sich der Rest auf andere Hochschulen verteilte.

Jahr 1890 auf 48% im Jahr 1914 an, während er im gleichen Jahr auf der juristischen Fakultät 22 % betrug.¹⁵⁶ Keine andere europäische Großstadt brachte zu dieser Zeit so viele jüdische Mediziner und Advokaten hervor wie Wien.¹⁵⁷ So konnten auch die ersten Publizisten, die vor einer jüdischen Überschwemmung warnten, Anhänger finden. Die starke jüdische Überrepräsentation in den Fächern Rechtswissenschaften und Medizin entsprang auch der Furcht vor jahrhundertelanger Diskriminierung in den staatlichen Institutionen, der die jüdischen Studenten bei Ergreifen von freien Berufen und der Eröffnung von Arztpraxen und Kanzleien ent-rinnen konnten.

Ein ganz entscheidender ökonomischer Einschnitt, mit dem sich auch die wirtschaftliche Situation in der Monarchie drastisch verschlechterte, der Börsenkrach des Jahres 1873, an dem eine breite Öffentlichkeit den Juden eine maßgebliche Schuld zuwies, ließ viele deutsche Studenten um ihren zukünftigen Beruf fürchten, zumal auch die Universitäten drohten, aus den Nähten zu platzen. So schrieb die „Neue Freie Presse“ während der „Billroth-Affäre“: „An allen Hochschulen Wiens macht sich in Folge des Zuströmens von Studenten der Mangel geeigneter Hörsäle in peinlichster Weise geltend.“¹⁵⁸ Diese Konkurrenzsituation verschärfte sich zusätzlich durch die Bestrebungen der slawischen, italienischen, polnischen und rumänischen Minderheiten, mit der späteren Teilnahme an der Bürokratie und an den geistigen Berufen das bisherige deutsche Monopol zu brechen. Die Abwehrmaßnahmen richteten sich jetzt vor allem gegen die „Schwächeren“ – die „Neuzugänge“ unter den jüdischen Studenten, vor allem wenn sie aus den für ihre trostlose materielle Situation bekannten östlichen Gebieten zugewandert waren. Dies erklärt auch, warum viele assimilierte jüdische Studenten in der Zuwanderung von Ostjuden selbst eine Konkurrenzsituation befürchteten, zumal in der assimilierten jüdischen Öffentlichkeit ohne jüdische Identität die Meinung vertreten wurde, das Elend der Ostjuden schade ihrer „Sache“, weil sie an ihren traditionellen religiösen Überlieferungen festhielten. Ferdinand Kronawetter, ein späterer Mitsstreiter Luegers, vermittelte die Sichtweise jener „noch Zögernden“, für die der Antisemitismus noch keine Berufung geworden war: „Das einfache Motiv des Wunsches nach Beseitigung von einer Konkurrenz in späteren Berufen wurde von vielen Studenten nicht eingestanden, sie sprachen lieber von der Verdrängung der rückständigen Studenten durch die tüchtigeren. Das klang besser.“¹⁵⁹ Zu ergänzen wäre, daß dem Antisemitismus dabei oftmals die Funktion zukam, das überproportionale Zunehmen jüdischer Studenten in gewissen Fächern zum Vorwand der Überschätzung ihrer Machtposition zu nehmen.

Der alldeutsche studentische Antisemitismus hatte auch noch eine ganz andere Ursache: Er erleichterte die völlige Abkehr vom Liberalismus und vom Hause Habsburg zu einem „Hohen-

156 PAULEY, Bruce, *Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich*, Wien 1988, S. 29.

157 ANDICS, Hellmut, *Der ewige Jude*, Wien 1965, S. 241.

158 *Neue Freie Presse*, Nr. 4020, Abendblatt vom 3. November 1875, S. 1.

159 Zitiert in: BUNZL, John / Bernd MARIN, *Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien*, Wien 1982, S. 32.

zollern pro-monarchistischem Gefühl“.¹⁶⁰ Auch die jüdischen Studenten identifizierten sich wie ihre Eltern mit dem deutschen Liberalismus als Garant für religiöse Toleranz und Gleichheit vor dem Gesetz und traten nur gegen etwas auf, das ihre Rechte gefährden könnte. Überdies waren sie wie die Hohenburger dem Hause Habsburg verbunden, dem sie zuallererst ihre Rechte verdankten. So konnten sie sich eigentlich gar nicht gegen den Kaiser stellen. Für die alldutschen Studenten hingegen bedeutete jedes einigende Moment aus Teilen der Monarchie eine Gefahr, wollten sie doch einen multikulturellen Staat zerschlagen. Für Hannah Arendt¹⁶¹ waren die Juden in Österreich das „Staatsvolk“ par excellence, weil sie keine Nation bildeten und zum übernationalen Volk des Vielvölkerstaates wurden. Sie hatten wie die Hohenburger ein Interesse an der Erhaltung des Vielvölkerstaates, und solange diese in der Verwaltung und Justiz eine führende Rolle spielte, hatten sie auch von einem Rassenantisemitismus nichts zu befürchten. In welcher Gruppe die Juden auch wirkten, nie strebten sie danach, das Reich zu zerstückeln. Deshalb wurden sie später auch Opfer jener zentrifugalen Kräfte, die es zerstören wollten.

Im Wintersemester 1876/77 konstituierte sich auf Anregung des demokratischen Reichsratsabgeordneten Ferdinand Kronawetter und unter der Patenschaft des Ministerpräsidenten Schmerling der „Deutschösterreichische Leseverein“ als Ausdruck des „Österreichgefühls und Österreichbewußtseins“. Der Nachfolger des in den 60er Jahren aktiven „Wiener Studentenklubs“ wollte laut seinen Statuten der Jugend „ein lebhaftes Gefühl für den österreichischen Staat“ und einen „romantischen Zug deutscher Treue für das angestammte Erzhaus“ mit auf den Weg geben. Sein Ziel war die völlige Rückkehr zu den Freiheitsidealen des Jahres 1848.¹⁶² Das deutsche Element sollte dabei nur insoweit eine Rolle spielen, als es „bindend für die österreichischen Völker“ wäre.

Dem Festredner, der beim Antrittskommers am 3. März 1877 vor den deutschliberalen Abgeordneten und Ministern betonte, daß man „1848 für die Freiheit gekämpft habe, wie wir heute für das Vaterland kämpfen“, erwiderte der Südeuler Carl Beurle in seinen „Beiträgen zur Geschichte der deutschen Studentenschaft“: „Ein studentisches Stiftungsfest mit Ministern als Gästen hat es in Österreich noch nie gegeben! Es war die große Sünde der deutschliberalen Partei, die sich rächen sollte: Statt die Berechtigung des Deutschtums in Österreich anzuerkennen, sie zu fördern, weil nur ein starkes Nationalgefühl im Kampf gegen andere Nationen wichtig ist, drückte sie nationaler Richtung im eigenen Volk den Stempel des Hochverrats auf und schuf so die Kluft zwischen Vätern und Söhnen“.¹⁶³ Besser kann man diesen schärfer werdenden Widerstand gegen die Väter und ihre Bestrebungen, das österreichische Deutschtum in einen „österreichischen Nationalstaat“ aufgehen zu lassen, nicht beschreiben.

Während sich viele Landsmannschaften und Korps diesen späten Bemühungen zu Herstellung eines „Österreich-Bewußtseins“ im „Deutschösterreichischen Leseverein“ begeistert anschlossen,

160 ARPEL, Dirk van, *Antisemitism in Austria*, Leiden 1966, S. 173.

161 ARENDT, Hannah, *The Origins of Totalitarianism*, New York 1958, S. 47f.

162 KUPPE, Rudolf, *Karl Lueger und seine Zeit*, Wien 1933, S. 41.

163 BEURLE, Carl, *Beiträge zur Geschichte der deutschen Studentenschaft Wiens*, S. 39.

scharten sich im „Leseverein Deutscher Studenten“, diesem mit Professoren als Ehrenmitgliedern gespicktem geistigen Dachverband, alle „konservativen“, daher nach den Mensurregeln der Urburschenschaft schlagenden¹⁶⁴, deutschnationalen Burschenschaften. Die Schaffung des „Deutsch-österreichischen Lesevereines“ hatte eine stärkere Polarisierung in einen nationalen und liberalen Flügel der Studentenschaft zur Folge. Die streng „Konservativen“ beteiligten sich von nun an im Gegensatz zu den „Progressiven“ nicht mehr an Loyalitätskundgebungen für das Haus Habsburg. Ihr tiefes Mißtrauen richtete sich gegen die liberale Regierung und das Abgeordnetenhaus, in dem Juden saßen. Spätestens seit dem Katastrophenjahr des „laisser-faire-Kapitalismus“, dem Börsenkrach von 1873, brachten die Radikalnationalen die Juden mit einem „volksschädigenden“ Gründer- und Spekulationswahn in Verbindung, der nur dazu gedient habe, die Interessen einzelner zu befriedigen. Der später mit einem hohen SS-Rang belegte Universitätsprofessor Kurt Knoll, Chronist der Burschenschaften der 30er Jahre, resümierte: „Die rückhaltlose Unterordnung der Einzelpersönlichkeit ... unter die Erfordernisse und Rechte der Volksgemeinschaft ist der entscheidende Gedanke der nationalen Bewegung. Der Antisemitismus als Befreiung des deutschen Volkes vom Einfluß des Geistes Volksfremder ist die Voraussetzung für die Verwirklichung dieses Hauptgedankens, die Folgerung daraus ist die Forderung nach dem Zusammenschluß aller deutscher Stämme in ein einheitliches Staatswesen ... und erfordert die Unterordnung aller freiheitlicher Fragen und Wünsche unter dieses Ziel.“¹⁶⁵ Zu ergänzen wäre: die Unterordnung der Gedankenrichtung des Jahres 1848. Auch das „Volk der Juden“ und das „Österreichertum“ wurden nun als „volksfremd“ bezeichnet. Die Burschenschaft Silesia propagierte die Gleichsetzung des Österreichertums mit dem Judentum.¹⁶⁶ „Daß nämlich die Sicherung des Deutschtums die Vernichtung Österreichs voraussetzte, und daß weiter Nationalgefühl in nichts identisch ist mit dynastischem Patriotismus; daß vor allem das habsburgische Erzhaus zum Unglück der deutschen Nation bestimmt war.“ Diese Zeilen schrieb 1924 kein alldeutscher Burschenschafter, sondern Adolf Hitler.¹⁶⁷

Im Herbst 1877 ließ das Wiener Universitätsorgan „Alma Mater“ mit einer Veröffentlichung aufhorchen, daß ein Couleur „die Aufnahme eines jüdischen Studenten verweigerte, ... mit der Motivation, ein Jude könne nicht gut deutsch gesinnt sein.“¹⁶⁸ Neben dem stillschweigenden Beschluß, Juden nicht mehr aufzunehmen, sprachen die Burschenschaften bald exaktere Vorbehalte bei einer Aufnahme aus, wie die „Zugehörigkeit zu einer Nation, ... die an der Eignung ... Zweifel erwachsen lassen“. Sie betrachteten die Juden nun als eine eigene Nation, denen man wie den

164 Nach dem Stand von 1876/77, dem 6. Vereinsjahr, waren dies die Burschenschaften Arminia, Cremsia, Freya, Germania, Herulia, Libertas, Olympia, Silesia und Teutonia, aber auch noch die Landsmannschaften Iglavia und Thaya und die Verbindung Gothia. Siehe Jahresbericht des Lesevereines der deutschen Studenten Wiens über das VI. Vereinsjahr 1876–1877, Wien 1877, S. 8.

165 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 52.

166 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 49.

167 HITLER, Adolf, Mein Kampf, München 1938, S. 14.

168 Wiener „Alma Mater“, 2. Jg., Nr. 43 vom 25. Oktober 1877, S. 337.

Mitgliedern anderer Nationalitäten der Monarchie den Zugang zum Verbindungsleben versperrte. Den vorläufigen Endpunkt markierte der Antrag des eben erst eingetretenen „Liberten“ Rudolf Kolisko Ende des Jahres 1878, im §1 der Statuten zu verankern, daß Juden nicht als Deutsche angesehen werden könnten. Die schließlich durchgeführte Satzungsänderung wurde mit dem Zusatz versehen „und zwar auch dann nicht, wenn sie getauft sind.“¹⁶⁹ Damit konnte die konservative Burschenschaft Libertas das Urheberrecht für sich in Anspruch nehmen, die erste Verbindung im gesamten deutschen Raum zu sein, die einen Arierparagraphen eingeführt hatte. Wenn es für eine Aufnahme auch genügte, die Erklärung abzugeben, von keinen jüdischen Vorfahren „zu wissen“, wurde damit eine jüdische Herkunft für unauslöschlich erklärt.¹⁷⁰

Es ist ein wenig bekanntes Faktum, daß diese Entwicklung in Österreich erst einen Antisemitismus im Deutschen Reich merklich beeinflusste, von dem im studentischen Milieu bis in die späten 80er Jahre wenig zu spüren war. Oskar Scheuer hat einen radikalen Kern österreichischer Studenten – die meisten Verbindungen nahmen noch Ende des 19. Jahrhunderts jüdische Studenten auf – für ein Unrecht verantwortlich gemacht, das „vollends aller burschenschaftlichen Überlieferung Hohn sprach“.¹⁷¹

Es stellt sich aber nun doch die Frage, woher die Schützenhilfe zur Ausbildung eines Antisemitismus kam, der sich schließlich zu einem ausgeprägten Rassenantisemitismus entwickelte, den die Studenten jedoch weder selbst konstruiert noch erfunden hatten. Dabei zeichnen sich zwei Strukturen recht deutlich ab: Einerseits kann man von einer modifizierten, eher unerwarteten Transformation eines „traditionellen Antisemitismus“ von einem klerikalen auf ein streng antiklerikales Lager sprechen, andererseits sickerte der Rassenantisemitismus über ein frühes Betätigungsfeld der Studenten ein – über die Literatur.

2.1 Der Beitrag der Kirche zum „rassischen“ Antisemitismus

Die „alldeutschen Studenten“ lassen sich trotz ihrer abgeschlossenen Gesellschaft nur schwer als deutlich abgetrennte, homogene Gruppe qualifizieren, die keinen Einflüssen unterlegen war. Die Vorstufe jedes Studentenlebens bildete natürlich die Mittelschule oder das klassische „Gymnasium“. Dabei wird dem Umstand viel zu wenig Beachtung geschenkt, daß die entscheidende „Vorarbeit“ für den Antisemitismus bereits im Religionsunterricht geleistet wurde. Der kirchlich-konservative Antisemitismus des Jahres 1848, der erst ab diesem Zeitpunkt mit seiner scharfen Verurteilung des „verjudeten“ Liberalismus zu einem politischen geworden war, konnte auch

169 SCHEUER, Oskar Franz, Burschenschaft und Judenfrage, S. 48.

170 PAULEY, Bruce, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung bis zur Auslöschung, o.O. o.J., S. 66. Fälschlicherweise bezeichnet PAULEY an der gleichen Stelle die Burschenschaft Teutonia als erste „judenreine“ Verbindung und nimmt die Vorgespräche von SYLVESTER und TOBIASCHKE als Definitivum an.

171 SCHEUER, Oskar Franz, Burschenschaft und Judenfrage, S. 49.

während der liberalen Hochblüte nicht ganz zum Schweigen gebracht werden.¹⁷² Es fanden sich im Gegenteil genügend Geistliche, die ihn mit mehreren „Argumenten“ bereicherten.

Während im Deutschen Reich Otto von Bismarck im Bündnis mit dem bürgerlich-nationalen Liberalismus Rom mit der Erlassung des „Kanzelparagraphen“¹⁷³ den „Kulturkampf“ eröffnete, ging man im katholischen Österreich zwar äußerlich nicht so weit, doch die vermiedene Konfliktaustragung richtete noch größeres Unheil an. Die Entwicklung seit dem Neoabsolutismus gleicht einer Pendelbewegung. Nachdem das Konkordat des Jahres 1855 die katholische Kirche mit einer an die unseligen Zeiten der Gegenreformation erinnernden Fülle von Aufsichtsfunktionen in staatlichen Angelegenheiten vor allem im Schulbereich ausgestattet hatte¹⁷⁴, verwendeten die Liberalen seit 1868 ein Übermaß an Kräften, diesen Herrschaftsanspruch niederzukämpfen – auch das ein Mitgrund für ihre Schwäche in anderen Bereichen und den Aufwind der Nationalen. Zumindest in Österreich verlor die religiöse Gewalt vorerst diesen Machtkampf: Das sogenannte „Unfehlbarkeitsdogma“ des Papstes in Fragen des Glaubens und der Sitte, mit dem sich Papst Pius IX. auf dem Ersten Vatikanischen Konzil des Jahres 1870 gegen die „ketzerische“ Entwicklung eines weltlichen Modernismus stemmte, lieferte der liberalen Regierung den erwünschten Vorwand, das Konkordat, das sie schon mit den „Maigesetzen“ gehörig durchlöchert hatte¹⁷⁵, aufzukündigen. Unter anderem unterstellten die Liberalen Eheangelegenheiten nun endgültig der staatlichen Gerichtsbarkeit und das Schulwesen unter die Vollziehung des Unterrichtsministeriums.

Die scheinbar geschlagene Kirche zog sich auf die ihr vertrauten Plätze in ländlichen Gegenden mit einer völlig veralteten bäuerlichen und handwerklich geprägten Struktur zurück. Dort, wo noch mittelalterliche christliche Einstellungen und alte volkstümliche Mythen lebendig waren, tat sie sich wie schon während der Gegenbewegung des Jahres 1848 sehr leicht, bei einer starken Verbreitung des christlichen Antisemitismus den wahren „Beleidiger Gottes“ festzumachen – das durch den Assimilationsprozeß weitgehend gefestigte „städtische liberale Geld-Judentum“, das sich seinen Besitz durch Diebstahl, Betrug und Verrat „erschleichen“ würde, wie einst „Judas und seine Silberlinge“,¹⁷⁶ in Komplizenschaft mit seiner verdorbenen Presse.

Dort, wo es als Ketzerei galt, religiöse Gebote von bürgerlichen Gesetzen zu trennen, mußte sich ein neues Schulgesetz, das den als Kompromiß gedachten obligatorischen konfessionellen Re-

172 HÄUSLER, Wolfgang, Toleranz, Emanzipation und Antisemitismus. Das österreichische Judentum des bürgerlichen Zeitalters (1782–1918), in: DRABEK Anna / Wolfgang HÄUSLER / Kurt SCHUBERT / Karl STUHLPFARRER / Nikolaus VIELMETTI, Das Österreichische Judentum. Voraussetzungen und Geschichte, München 1982, S. 109.

173 Der sogenannte Kanzelparagraph war ein Zusatz zum Strafgesetzbuch, der den Mißbrauch des geistlichen Amtes zur Gefährdung des öffentlichen Friedens mit Gefängnis bedrohte.

174 DAZU: HEER, Friedrich, Der Kampf um die österreichische Identität, S. 278.

175 DAZU: WEISS, John, Der lange Weg zum Holocaust. Die Geschichte der Judenfeindschaft in Deutschland und Österreich, Hamburg 1997, S. 221.

176 Vgl. dazu die aktuelle Studie: SCHOLZ, Nina / Heiko HEINISCH, Gegen Wahrheit und besseres Wissen. Der Wiener Pfarrer und die Juden in den dreißiger Jahren, in: Jüdisches Echo. Europäisches Forum für Kultur & Politik, Vol. 49, Oktober 2000, S. 348.

ligionsunterricht beibehielt, als wahres „Schlupfloch“ für den Antisemitismus erweisen.¹⁷⁷ Ihre moralische Unterstützung bezog die katholische Kirche von höchster Warte des Vatikans. Der „unfehlbare“ Papst Pius äußerte sich 1872/73 selbst in mehreren Ansprachen über die „Unmoral der Juden“ und über ihre „Anmaßung und Kirchenfeindlichkeit“. Diese Haltung konnte die österreichischen Bischöfe und die örtliche katholische Presse nur ermuntern. Eine Vorreiterrolle kam der in katholischen Kreisen weit verbreiteten „Wiener Kirchenzeitung“ zu. Nach der Ablöse des Kämpfers gegen den „Ungeist“ des Jahres 1848 und Begründers des politischen Katholizismus in Österreich, Sebastian Brunner, stand sie unter der Leitung von Pater Albert Wiesinger¹⁷⁸, der die Kirchenzeitung völlig in ein antisemitisches Fahrwasser lenkte.¹⁷⁹ Mit rassistischen Hetzartikeln legte er die Gleichsetzung des Liberalismus mit jüdischen Interessen unter dem Vorzeichen der Herrschaftsfrage und der sinkenden Machtposition im Staate fest: „Daß die Juden die Herrschaft über uns angetreten haben, hat wesentlichen Grund im liberalen Ökonomismus“¹⁸⁰, lautete die Botschaft, die er für seine christliche Herde verfaßte. Schon 1858 hatte Sebastian Brunner die ähnliche Befürchtung geäußert, „... daß in der Humanität, die gar nichts glaubt, ... alle Erkenntnisse aufhören, das Christentum zugrunde gehen (wird) und – Israel herrscht.“¹⁸¹

Natürlich ging es in einem seit der Gegenreformation erzkatholischen Land wie Österreich nach dem Einströmen einer liberalen Gedankenwelt mit den daraus resultierenden gesellschaftlichen Veränderungen um „Herrschaftsfragen“, die wegen ihrer Herausforderungen zu einer Glaubwürdigkeitsfrage der Kirche wurden. Da sich Kritik aber nur schlecht an einem über-loyalen „apostolischen“ Herrscherhaus anbringen ließ, griff die Kirche auf die „historische Tradition“ zurück, den Juden die Schuld an Gesellschaftszuständen zu geben, um, wie in diesem Fall, den Liberalismus zu schwächen. In der Situation der Bedrängnis war es einmal mehr die Jugend, die es zu „indoktrinieren“ galt. Was ungehindert im Religionsunterricht Aufnahme fand, konnte auf eine einem traditionellen Antisemitismus verhaftete heranwachsende Jugend, vor allem aber auf zukünftige Studenten, einwirken. Anhand von Kneipzeitungen, Jahresberichten, Chroniken läßt sich unschwer feststellen, daß sich die Burschenschaften anfänglich aus Mitgliedern der eher ärmeren ländlichen Schichten zusammensetzten. Wenn man in der damaligen katholischen Kirche die Brückenfunktion zum antiliberalen Denken sieht, so wird verständlich, daß sie überall dorthin ihre Fühler ausstreckte, wo sie ein solches vermutete. Die Burschenschaften galten zwar als streng anti-klerikal, nach ihrer Abkehr vom Liberalismus aber auch als anti-liberal. Es ergibt sich daher bei näherer Betrachtungsweise ein logischer Hintergrund, warum die Kirche über den Antisemitismus als Bin-

177 WEISS, John, *Der lange Weg zum Holocaust*, S. 223.

178 Zu Brunner und Wiesinger siehe auch: DUCHKOWITSCH, Wolfgang, *Judenhetze als journalistischer Industriezweig*. Brunner und Wiesinger – zwei prominente Theologen des 19. Jahrhunderts als Proponenten publizistischer Deformation, in: *Medien & Zeit. Forum für historische Kommunikationsforschung*, 5. Jg., Nr. 4, 1990, S. 9ff. An Wiesinger erinnert noch heute eine Gasse im 1. Wiener Gemeindebezirk.

179 HÄUSLER, Wolfgang, *Toleranz, Emanzipation und Antisemitismus*, S. 109.

180 *Wiener Kirchenzeitung*, Nr. 8 vom 19. Februar 1870, S. 113.

181 *Wiener Kirchenzeitung*, Nr. 12 vom 24. März 1858, S. 189.

deglied sogar in den aus antiklerikalen Traditionen stammenden deutschnationalen Burschenschaften versuchte, ihren Einfluß geltend zu machen. Denn tatsächlich findet sich bereits 1865 in der „Wiener Kirchenzeitung“, unter den von Wiesinger herausgegebenen „Ghetto-Geschichten“, mit denen der Rassenantisemitismus eine weitere Stufe erklomm, ein Artikel mit dem Titel „Die Nationalität der Juden im Gegensatz zum Deutschtum“, der als ein deutliches „Friedensangebot“ an die Deutschnationalen aufzufassen ist: „Der Jude ist kein Deutscher, sondern ein Asiate und zwar ein Semite. Der Gebrauch der deutschen Sprache macht den Juden ebensowenig zum Deutschen, wie der Gebrauch der französischen Sprache den Neger auf Domingo zum Franzosen macht.“¹⁸² Dieser Artikel, der ein wenig an die Äußerungen Billroths erinnert, umschrieb neben der Singularität „des Juden“ – „das Böse“ klang bedrohlicher als „die Bösen“ – etwas völlig Neues, nämlich die Ersetzung des Begriffes „Christentum“ durch den Begriff „Deutschtum“.

Man könnte durchaus so weit gehen und den durch die katholische Kirche im Schulunterricht geförderten Antisemitismus als die treibende Kraft für die Abkehr der alldeutschen Burschenschaften vom Liberalismus festmachen, den sie noch 1867 im Kampf gegen das Konkordat zum Schutz angerufen hatten. Darüber hinaus liegt hierin ein Hauptgrund, warum der studentische Antisemitismus stärker war als im Deutschen Reich. Robert Hein hat anhand der Biographien der frühen Antisemiten, ausgehend von den Mitgliedern der „Letzten Sieben Germanen“ Julius Krickls, eine interessante Feststellung gemacht:¹⁸³ Demnach bestand über Karl Gagstatter eine Verbindung und eine festes Fundament zum „Kremser Fechtklub“, der zwar nur von 1877 bis 1881 bestand, aber statutengemäß auf „Judenreinheit Wert legte“. Dieser antisemitische Fechtklub übte wiederum gemeinsam mit der Kremser Mittelschulverbindung Teutonia einen starken Einfluß auf die Wiener Burschenschaft Teutonia aus, denn ihre führenden Persönlichkeiten waren sowohl in Krems als auch in Wien tätig: Neben dem erwähnten Karl Gagstatter waren dies Oswald Horst, Max Prantner, Josef Ursin und Josef Faber, in dessen Kremser Verlag später die Publikationen der Nationalsozialisten herausgegeben wurden.¹⁸⁴ Robert Hein sieht besonders im Kremser Gymnasium, das bis 1871 den „Piaristen“ unterstand und dann staatlich wurde, das Zentrum eines vielschichtigen Antisemitismus, denn hier maturierten nicht nur die „treuesten Parteigenossen Schönerers“ wie Karl Gagstatter, Ignaz Kaiser, Franz Richter und Anton Lötsch – auch Sebastian Brunner hatte hier seine Reifeprüfung abgelegt, womit sich der Kreis schließt.

Das Kremser Gymnasium steht aber nur als ein Beispiel für viele Schulen, die durch einen christlich motivierten Antisemitismus eine Keimzelle für einen auf ein großstädtisches Milieu transformierbaren Rassenantisemitismus schufen. Denn in einer Großstadt wie Wien, in der immer weniger Christen ihren Glauben praktizierten und in einer mehr oder weniger säkularisierten Gesellschaft aufgingen, konnten althergebrachte Modelle der christlichen Judenfeindschaft, wie

182 Wiener Kirchenzeitung, Nr. 12 vom 25. März 1865, S. 185.

183 HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich, S. 17.

184 Bei Julius SYLVESTER befindet sich HEIN im Irrtum: SYLVESTER maturierte im Gymnasium der Benediktiner in Kremsmünster. Vgl. Die Wartburg, Nr. 2 vom Februar 1901, S. 5.

die Anschuldigungen des Ritualmordes, der Hostienschändung und des Brunnenvergiftens, nicht mehr ganz überzeugend wirken. Im Zeitalter der industriellen Revolution, in der die Naturwissenschaften und die Technik mit ihrem Drang, alles Rationale ohne experimentelle Prüfung zu bezweifeln, hohes Ansehen genossen, mußte jemand, der Juden ablehnend gegenüberstand, seine Gefühle auf eine andere Rechtfertigungsbasis stellen, wollte er sich nicht der vernichtenden Kritik aussetzen, ein antiquiertes religiöses Vorurteil zu vertreten. Er mußte daher den alten Antisemitismus als „unwissenschaftlich“ ablehnen. Einem moderner Antisemitismus kam die Aufgabe zu, allfällige religiöse Wurzeln zu verdecken. Er konnte auch weiter gehen: Die Kirche hatte sich mit dem Dogma, auch in einem getauften Juden einen Christen zu sehen, gleichsam einer „Selbstbeschränkung“ unterworfen, stand doch dabei die Heiligkeit eines Sakraments auf dem Spiel. Der moderne Rassenantisemitismus mußte dies nicht mehr.

Die „Verwissenschaftlichung“ auch alltäglichster Vorkommnisse führte in gebildeten Schichten dazu, Zeitströmungen rational zu hinterfragen. Bei dem Gedankengut, welches die Studenten zum modernen Rassenantisemitismus hinführte, war es eher die „Theorie“, die der konservative Antisemitismus eben nicht kannte, die den spielerischen Anreiz gab, je absurder sie war, sie auch mit einem intellektuellen Apparat rational erklären zu können. Auf jenen Teil der Studentenschaft, der sich nach der „Schockwirkung“ der Deutschen Reichsgründung dem Lesen der „Germanischen Mythosproduzenten“ in romantischer Verklärtheit zuwandte und noch dazu aus einem durch Sagen, Mythen und Märchen geprägten antisemitischen Milieu stammte, mußten wissenschaftliche Erklärungen zu den Fragen des Gesamtkomplexes Antiliberalismus – Antisemitismus – völkischem Gedankengut in der Verknüpfung mit irrationalen Mythen einen ungeheuren Eindruck machen. Gerade diese Verknüpfung konnte einen ständigen Erklärungsbedarf stillen, wobei es selten darum ging, ob etwas „wissenschaftlich“ oder „pseudo-wissenschaftlich“ war. Der Rückbezug auf einen vorgeschichtlichen mythischen Volksbegriff, der sich im Gegensatz zur nationalstaatlichen Tradition der westeuropäischen Nation befand, bewirkte langfristig den völligen Bruch eines Großteils der Studentenschaft mit der seit der Revolution 1848 und der Regierungsphase des Liberalismus dominanten Idee der westeuropäischen Aufklärung und des parlamentarischen Verfassungsstaates. Er war zugleich bestimmend für die Ausprägung eines zweiten Absonderungsphänomens, des Rassenantisemitismus.¹⁸⁵

2.2 Rassentheorien und Rassismen

Über die Entstehung der Rassentheorien ist eine Vielzahl von Publikationen erschienen, auf die aus Platzgründen nur verwiesen werden kann.¹⁸⁶ Wichtiger erscheint eine Darstellung der damals

185 STIMMER, Gernot, *Eliten in Österreich: 1848–1970*, S. 147.

186 Grundlegend zur Geschichte der Rassentheorien, VON ZUR MÜHLEN, Patrick, *Rassenideologien. Geschichte und Hintergründe*, Berlin/Bonn/Bad Godesberg 1977, S. 32–51.

modernen „pseudowissenschaftlichen“ Literatur. Sie ist auf jene Werke beschränkt, von denen auch erwiesen ist, daß sie die alldutschen Studenten in irgendeiner Weise beeinflussten. Denn auch die Tatsache, daß irgend eine Abhandlung auf dieser oder jener Bude¹⁸⁷ aufgelegt ist, oder später von den Nationalsozialisten als „Vorläufer“ gepriesen und empfohlen wurde, ist noch lange kein Indiz dafür, daß es auch wirklich gelesen wurde, geschweige denn Anklang gefunden hatte. Aus diesem Ansatz ergibt sich auch, daß Erscheinungsdaten, Auflagen und Übersetzungen sehr oft Verwechslungen zum Opfer fielen, was aus diesem Grunde schon eine Chronologie fast unmöglich macht. Oft überschätzten moderne Autoren mit der Vorstellung, die alldutschen Studenten hätten in ihrer Freizeit nichts anderes gemacht als über „Rassenantisemitismus“ wissenschaftlich zu diskutieren, auch deren Ideologie. Die Bedeutung von viel eher gelesenen populären Romanen und volkstümlichen Ver-

sen lag darin, daß sie eben nicht wissenschaftlich deutbar und diskutierbar waren. Zurecht hat Robert Hein auf „Vorläufer“ hingewiesen, die viel einfacher und banaler zu finden gewesen seien, nämlich dort, wo sie niemand vermutet hätte – in der Wiener liberalen Presse.¹⁸⁸ Die jüdische Neigung zu Selbstkritik und Selbstironie, die sich häufig in Judenwitzen ausdrückte und während der Gründerzeit in den humoristischen Zeitungen den jüdischen Gründer-Parvenü zu einer durch das Lachen „befreiten“ Witzfigur werden ließ, wurde auch in gebildeten Kreisen oft als Realität mißverstanden, während die jüdische Seite wiederum den Antisemitismus grob unterschätzte.¹⁸⁹ Der bereits erwähnte Schönerianer Franz Friedrich Masaidek schuf im Satiremagazin „Figaro“ die Gestalt des „Bankier Moritz Feiglstock beim Frühstück“, mit der er durch räsonierende Stellungnahmen zu aktuellen Fragen und Zeiterscheinungen die „jüdische Spekulationssucht“ geißelte.¹⁹⁰



— Was glauben Sie, Herr Jüdigkeit, was' hier im Cuiapark aig' dner Plaz for des Goethe-Deufmal?
 — In neuerer Zeit, scheint mir, will man nix mehr aufstellen Deuf'ler in de Parks —
 — Wer sogt Ihnen das?
 — Kü, is eppes aufgestellt worden der Kardinal Rauscher im Stadl f oder da im Cuiapark!

Abbildung 5: Darstellung von Juden in „Witzblättern“
 (Wiener Luft, Beiblatt zum Figaro, 1882)

187 Verbindungslokal einer studentischen Korporation.

188 HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich, S. 21.

189 Als bedeutendste Serien nennt Peter Pulzer „Aus dem Tagebuch der Madame Eleonore de Veitelbaum, née de Pinkeles“, aus „Der Floh“ und „Der Bankier Moriz Feiglstock beim Morgenkaffee“, aus dem „Figaro“. PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Gütersloh 1966, S. 120.

190 DVORAK, Helge, Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. I: Politiker Teilband 4: M–Q, S. 41.

Mit seinen überaus beliebten Zeichnungen und Versen wurde der Humorist und Karikaturist Wilhelm Busch (1832–1908) weltbekannt. Weniger bekannt dürfte jedoch sein, daß Busch die Juden in einer derart abstoßenden Weise darstellte, daß er damit zugleich zu einem Massenproduzenten eines unverhüllten hard-core Antisemitismus wurde. So dichtete Busch in der „Frommen Helene“: „... und der Jud' mit krummer Ferse, krummer Nas' und krummer Hos' schlängelt sich zur hohen Börse tief verderbt und seelenlos.“¹⁹¹ In nur vier Zeilen war es Busch gelungen, fast alle gängigen jüdischen Stereotypen rassistisch aufzureihen.

Die Verbreitung von Rassentheorien begann mit der Entwicklung der wissenschaftlichen Anthropologie. Mit dem Einsetzen einer aufklärerischen Naturgeschichte war auch die überkommene christlich-aristotelische Anthropologie kritischen Untersuchungen unterzogen worden.¹⁹² Die Entdeckungsreisen der Neuzeit hatten eine Flut von Berichten über eine Vielzahl menschlicher Kulturen und Völker hervorgebracht, was aus wissenschaftlicher Perspektive nach einer neuen anthropologischen Klassifikation rief. Zur Klassifikations- und Erklärungsgrundlage gewann das Konzept der „Rasse“ an Gewicht, ein aus dem Arabischen entlehntes Fremdwort „ras“, das soviel wie „Haupt oder Kapitel“ bedeutet, mit dem sich die Menschengruppen nach eindeutig physisch meßbaren Merkmalen einteilen ließ.¹⁹³ Verbunden mit geschichtsphilosophischen Denkmustern wurden nun in „Rassen“ die fixierten Varietäten der Gattung Mensch als reale Subjekte der Geschichte gesehen.¹⁹⁴ Dem ethnisch-kulturell definierten „Volk“ lag demnach eine physisch-natural definierte „Rasse“ zugrunde. Während die „Rassenkunde“ aber in den Kolonialländern, vor allem im angelsächsischen Raum, in erster Linie zur Abgrenzung der „Herren“ von den kolonisierten „Sklaven“ diente, kam den rassentheoretischen Ansätzen innerhalb der europäischen Länder bald die Funktion zu, innenpolitisch-soziale Gegensätze zu erklären.¹⁹⁵

Richard Wagner (1813–1883) verkörperte in seinem Werk wie kein anderer zwei Anschauungen, wenn man voraussetzt, daß der Rassismus eine andere Einstellung zur Religion besitzt als der christlich-konservative Antisemitismus: Zum einen die positivistische Erklärung, wonach sich die Menschen ihre Götter selbst schaffen würden und nicht Gott die Menschen, daher Religion und Sitte Produkt der Rasse wären, zum anderen die Romantik als dem radikalen Gegenpol der Aufklärung mit ihrer Popularisierung der nordischen Mythen und Märchen.¹⁹⁶ Wagner vereinigte diese Anschauungen, gerade weil er sich nicht zwischen Heidentum und gereinigtem Christentum, zwischen germanischem Helden und Ritter des Heiligen Grals entscheiden konnte. Diese Scheinwelt traf sich mit einem durch Nationalismus und Liberalismus verunsicherten christlich

191 Zitiert in: BRONDER, Dietrich, *Bevor Hitler kam. Eine historische Studie*, Hannover 1964, S. 366.

192 GERLACH, Walter, *Fortschritte der Naturwissenschaft im 19. Jahrhundert*, in: MANN, Golo (Hg.), *Propyläen Weltgeschichte*, Bd. 8, Berlin 1991, S. 242.

193 BRONDER, Dietrich, *Bevor Hitler kam*, S. 294.

194 SIEFERLE, Rolf Peter, *Rassismus, Rassenhygiene, Menschenzuchtideale*, in: PUSCHNER, Uwe / Walter SCHMITZ / Justus H. ULBRICHT, *Handbuch der „Völkischen Bewegung“ 1871–1918*, München 1996, S. 437.

195 Ebd., S. 438.

196 PULZER, Peter, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus*, S. 52.

geprägten Milieu der Studenten und versprach ihnen Halt zu geben. Wer es als angehender all-deutscher Student zu einigem Ansehen bringen wollte, der mußte sich wohl oder übel in die Schar der Anhänger Richard Wagners einreihen, die ihn wie einen Gott oder, nach heutigem Begriff, wie einen „Pop Star“ verehrte. Als der Komponist für kurze Zeit Wien als Wohnsitz wählte, konnte er sich der ständigen studentischen Pilgerfahrten nach Hietzing kaum erwehren.

Richard Wagner war wiederum ein reger Propagandist der Lehren des heute noch von manchen als „Klassiker“¹⁹⁷ der Überlegenheit der nordisch-arischen Rasse gehandelten französischen Gesandten Graf Arthur de Gobineau (1816–1882)¹⁹⁸. Gobineaus Hauptthese in seinem 1853 erschienenen Hauptwerk „*Essay sur l'inégalité des races humaines*“ (Abhandlung über die Ungleichheit der Rassen) lautete, daß die Menschenrassen geistig und körperlich völlig verschieden seien. Da alle Hauptvölker in der Geschichte durch Vermischung mit nicht ebenbürtigen Rassen entartet seien, sei auch der Nationsbegriff ein Begriff der Blutmischung und daher der Rasse unterzuordnen. Nur die weiße Rasse, die der „Arier“, besitze kulturschöpferische Fähigkeiten, verkomme aber durch die Mischung von einem Anfangszustand höchster Potentialität zu einem Endzustand der Geschichtslosigkeit und sei dazu verdammt, auszusterben.¹⁹⁹ Gilbert Merlio wies jedoch zurecht darauf hin, daß Gobineau mit seiner Rassentheorie weniger Menschenrassen und schon gar nicht Juden im Visier hatte: Angesichts des aufstrebenden Bürgertums verlangte der Adel nach Ideologien, welche die gesellschaftliche Ungleichheit als naturgemäße Ungleichheit von Menschenarten (Rassen) zu beweisen halfen, um seinen Herrschaftsanspruch zu sichern. Gobineau haßte deswegen auch die Demokratie wegen ihrer „naturbedingten“ Gleichheit der Menschen.²⁰⁰

In Deutschland hatten frühe Rassentheorien die Funktion einer Integrationsideologie, die prägend wirken sollte: Diese Ideologie ging nicht wie jene Gobineaus von inneren sozialen Spannungen aus, sondern versuchte ein Erklärungsmodell für die Begründung der nationalen Einheit aus einer rassischen Einheit zu schaffen. Nach 1870 standen als innere Gegner einer völkischen Einheit die als fremde Rasse identifizierten Juden „zur Verfügung“.²⁰¹

Bei Richard Wagner pervertierte die Gedankenwelt Gobineaus unter dem Einfluß Friedrich Nietzsches (1844–1900) zu einer biologischen Weltauffassung, mit der sich alles Geistesleben aus den Blutwerten der Rasse ableiten und das Judentum als artfremde Rasse vollständig ablehnen ließ. Nietzsche verfeinerte die Thematik Arthur Schopenhauers (1788–1860), der den Menschen

197 Obwohl ein anderer „Klassiker“, das 1859 in England erschienene Hauptwerk Charles Robert Darwins „*On the origin of species by means of natural selection*“, das geistige Werk des späteren „Sozialdarwinismus“ wurde, wird es in diesem Zusammenhang nicht erwähnt, weil eine deutsche Erstausgabe von Viktor CARUS erst 1883 erschien.

198 Als Vorläufer Gobineaus wären wiederum der sächsische Hofrat Gustav Friedrich KLEMM mit seinem 1842–1853 erschienenen Hauptwerk „*Allgemeine Kulturgeschichte der Menschheit*“, oder E. von WINTERSHEIMS „*Vorgeschichte der deutschen Nation*“, 1852, zu nennen.

199 GREBING, Helga, *Der Nationalsozialismus. Ursprung und Wesen*, München 1959, S. 9.

200 BUNZL, John / Bernd MARIN, *Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien*, Wien 1982, S. 31.

201 SIEFERLE, Rolf Peter, *Rassismus, Rassenhygiene, Menschenzuchtideale*, S. 438.

gegenüber dem leeren „Trugbild“ Gott als das Maß aller Dinge und seinen Willen gegenüber der Vernunft als das Beherrschende im Menschen ansah²⁰², zu einer Kulturphilosophie, die von der Lehre des „Mythos“ bestimmt war. Der Mensch sei demzufolge ein reines Naturprodukt, das von seiner Sittlichkeit und seinen Trieben geleitet werde und daher keiner allgemein gültigen ethischen Richtschnur unterliege. Nachdem nur „gut ist, was der Mensch will“, bewirke diese „Philosophie des Willens“ eine Dynamik, eine ständige Revolution. Nietzsche verdammt das gesamte Moralsystem des Liberalismus, gerecht, großzügig und großherzig zu sein, genauso wie die christliche Mitleidsmoral und das gesamte Christentum, da es zu viele „semitische Elemente“ enthalte und zu human sei, indem es den Schwachen und Verderbten Erlösung verspreche. Denn nur der Starke könne herrschen, und die „Schlechtweggekommenen“ hätten zu dienen.²⁰³

In seinem Aufsatz „Das Kunstwerk der Zukunft“ aus dem Jahre 1850 erklärte Wagner den „Mythos“ zu einer ästhetischen und zugleich pseudomystischen Religion. Kunst bedeutete für ihn die „höchste gemeinschaftliche Lebensäußerung der Menschen“, Musik die „deutsche aller Künste“.²⁰⁴ Die Fähigkeit dazu hänge von der Reinheit des Blutes ab. Wie Gobineau glaubte der überzeugte Antisemit Wagner an eine Rangordnung der Rassen, wobei für ihn die des deutschen Volkes die höchste und schöpferischste war: „In der ganzen Anlage des Deutschen (ist) eine große, anderen Nationen kaum erkennbare Aufgabe vorbehalten. Die Deutschen sind die Veredler der Welt.“ Wirkliche Kunst wurzele in der Loyalität zur eigenen Rasse. Wagner glaubte, „kulturelle“ Eigenschaften der Völker aus ihrer rassischen Disposition, die erblich sei, erklären zu können. Sein ganzes Werk war geprägt von der Kontinuität des mittelalterlichen deutschen Menschen, dessen unverändertes Wesen bestimmend für die Jetztzeit sei. Systematische Rassenunterschiede gebe es demnach nicht nur im physischen, sondern auch im mental-intellektuellen Bereich. In seiner 1852 anonym erschienenen Schrift „Über das Judentum in der Musik“ wies er auf die Andersartigkeit des jüdischen musikalischen Denkens hin und behauptete, „der Jude ist der plastische Dämon des Verfalls der Menschheit.“ Die jüdische Rasse sei deshalb der geborene Feind der Menschheit und für die städtische, industrielle und liberale Ordnung verantwortlich, weil sie in der Diaspora die sterilen Ideen einer kosmopolitischen Kultur angenommen hätte: „Unsere ganze europäische Civilisation und Kultur ist aber für den Juden eine fremde Sprache geblieben ... In dieser Sprache, dieser Kunst kann der Jude nur nachsprechen, nachkünsteln, nicht wirklich redend dichten oder Kunstwerke schaffen“.²⁰⁵ Die Juden hätten die Deutschen mit den Maßstäben rassischer Mischlinge, die jede Form zerstöre, vergiftet.²⁰⁶ Deutsche sollten auch getaufte Juden nicht heiraten, da ihr Gift auch das Blut späterer Generationen verseuche.

202 HUDAL, Alois, Die Grundlagen des Nationalsozialismus, Leipzig 1937, S. 31.

203 PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus, S. 52.

204 Zitiert In: BACKES, Klaus, Hitler und die bildenden Künste. Kulturverständnis und Kulturpolitik im Dritten Reich, Köln 1988, S. 46.

205 WAGNER, Richard, Gesammelte Schriften und Dichtungen. Bd. 1–6, Bd. 3, Leipzig 1871, S. 90f.

206 WEISS, John, Der lange Weg zum Holocaust, S. 199.

Wie sehr er von der schon fortgeschrittenen „Vergiftung“ überzeugt war, offenbarte Wagner in einem Brief an seinen Gönner, den bayrischen König Ludwig II., vom 22. November 1882: „... daß ich die jüdische Rasse für einen geborenen Feind der Menschheit und alles Edlen ... halte, daß namentlich wir Deutschen an ihnen zugrunde gehen werden, ist gewiß, ... vielleicht bin ich der letzte Deutsche, der sich gegen den alles beherrschenden Judaismus ... aufrechtzuerhalten weiß.“²⁰⁷

Während Richard Wagner, der selbst hoffte, eine Geschichte der Arier schreiben zu können²⁰⁸, es verstand, seine Botschaft einem in erster Linie jungen Publikum über die Musik zu vermitteln, bemühte sich Wilhelm Marr (1819–1904) als Publizist und Schriftsteller, seine Gedanken trocken, aber unscharf, unter das Volk zu bringen. Er zog als erster mit einem Wagner vergleichbaren Rassismus gegen das „System von 1867“ zu Felde. Dabei hatte der geltungssüchtige Marr eine wechselvolle ideologische Entwicklung vollzogen: Kurz nach der 1839 erfolgten Übersiedlung von Hamburg nach Wien zu seinem am Burgtheater als Schauspieler und Regisseur tätigen Vater Heinrich Marr gehörte er bereits einer republikanisch gesinnten politischen Gruppierung an. Es folgten Stationen in Zürich und Lausanne um eine Kaufmannslehre zu absolvieren, die Marr den dort lebenden deutschen republikanischen Exilanten näherbrachte. Mit Wilhelm Weitling (1808–1871) lernte Marr den ersten deutschen Theoretiker des Kommunismus kennen und wurde selbst Kommunist. 1844 gründete er nach seiner Hinwendung zum Anarchismus den geheimen „Schweizerischen Arbeiterbund“. Wieder in Hamburg spielte Wilhelm Marr als politischer Journalist mit dem satirischen Witzblatt „Mephistopheles“ die Rolle des „enfant terrible“ in der publizistischen Szene, die ihn zu Beginn der Revolution 1848 zu einem der drei Vorsitzenden der in Hamburg gebildeten provisorischen demokratischen Regierung machte. Als extrem linkes Mitglied der radikal-demokratischen Partei wurde Marr als Deputierter in das Frankfurter Paulskirchenparlament entsandt. Dort polemisierte er gegen Liberale und verdamnte die Judenemanzipation. Den Juden warf er vor, die Revolution für ihre Zwecke mißbraucht zu haben. Nach dem Scheitern der Revolution trat er für einen deutschen Staat unter preußischer Hegemonie ein. 1862 verlor Marr sein Hamburger Bürgerschaftsmandat und den Vorsitz des „Demokratischen Vereines“, nachdem er den liberalen Juden Gabriel Riesser (1806–1863), den Präsidenten der Bürgerschaft und Vorkämpfer der rechtlichen Emanzipation der Juden, in einem Artikel scharf angegriffen hatte.²⁰⁹ Nach 1867 gab Wilhelm Marr keine Zeitungen mehr heraus, „damit die Erfordernisse der Judenpresse erfüllt würden“, wie er schrieb und baute einen fanatischen Haß auf alles Jüdische auf. Interessanterweise blieb seine 1863 veröffentlichte Schrift „Der Judenspiegel“, in der er sich gegen jegliche Form der Emanzipation wandte, völlig unbeachtet. Als er nach dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise 1878 sein Pamphlet „Der Sieg des Judentums über das Ger-

207 Zitiert in: BRONDER, Dietrich, Bevor Hitler kam, S. 362.

208 WEISS, John, Der lange Weg zum Holocaust, S. 199.

209 Über Wilhelm Marr siehe PUSCHNER, Uwe, Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon unter www.bautz.de/bbkl/m/marr.shtml und www.dhm.de/lemo/html/biografien/MarrWilhelm/

manentum“²¹⁰ herausbrachte, landete er plötzlich einen rassistischen „Bestseller“ mit zwölf Auflagen in sechs Jahren.²¹¹

Die Popularität der Abhandlung unterstreicht gewissermaßen das völlige „Umdenken“, das in nur fünfzehn Jahren stattgefunden hatte. Aufgrund zahlreicher Verweise und Zitate kann es als gesichert gelten, daß der reichsdeutsche Marr, der seine Schrift im „sicheren“ Bern herausgab, auch im deutschnationalen Lager Österreichs auf breite Resonanz gestoßen ist. Wenn er auch den Begriff „Antisemitismus“ als Wortschöpfung nicht erfunden hatte, wie oft zu lesen ist – er wird in seinem Pamphlet kein einziges Mal erwähnt und ist bereits in der Auflage von 1865 im „Rotteck-Welckenschen Staatslexikon“ nachweisbar²¹² – so hat er diesen Begriff zumindest in das politische Vokabular eingeführt.

Worin lag nun die Popularität dieser recht schmalen und leicht lesbaren Schrift? Zunächst scheint die Vertauschung des Gegensatzpaares Juden – Christen mit Juden – Deutschen nichts Neues, ist diese doch sogar in der „Wiener Kirchenzeitung“ nachweisbar, doch dürfte das Überschreiten der Schwelle des althergebrachten christlichen Antisemitismus einmal mehr eine Faszination ausgeübt haben. Marr ging auch sofort einen Schritt weiter, indem er mit den üblichen religiösen Stereotypen gehörig aufräumte, was er schon im Sub-Titel „Vom nicht konfessionellen Standpunkt aus betrachtet“ angekündigt hatte: „Die religiöse Seite des Hasses ist blödsinnig ... Die Juden sind nicht verantwortlich für die Kreuzigung Christi, das hätte jeder Pöbel gemacht ... (Der Vorwurf des Ritualmordes) ist hirnverbrannt und historisch nicht nachweisbar. (Das ist ein) Verbrechen wie jedes andere und berechtigt nicht zu generellem Haß“.²¹³ Der althergebrachte Antisemitismus lenke daher nur „von den wahren Tatsachen ab“.

In einem darauffolgenden kurzen Abriss der jüdischen Geschichte polarisierte und polemisierte Wilhelm Marr: Er stempelte die Juden einerseits zu einem eigenen, fremden Volk, weil „ein Vaterland hatten die Juden nie. Dagegen hatte ihnen die Natur auch die Gabe versagt, sich mit anderen Völkern zu assimilieren“ – und erhöhte sie andererseits: „(Es war) ganz natürlich, daß die Juden ihre Unterjocher und Entführer haßten, ... daß sie mit ihrer Schlaueit einen Staat im Staat bildeten ... Sie nahmen ihr natürliches Recht wahr, mit staunenswerter Zähigkeit und Ausdauer eine Großmacht zu werden ... daß die Juden die Revolutionen von 1789 und 1848 begrüßten, wer kann es ihnen verargen, als ... eine unterdrückte Potenz ... Die Glücklichen und Zufriedenen revoltieren nicht! ... Die Glorie des Judentums (liegt darin), 1800 Jahre einer haßerfüllten abendländischen Welt Widerstand geleistet zu haben ... Die semitische Rasse, zäher und stärker, hat alle überlebt. Kein Triumphator ... kann sich solcher geistiger, kulturge-

210 MARR, Wilhelm, Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum vom nicht confessionellen Standpunkt aus betrachtet, 8. Aufl., Bern 1879.

211 So PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus, S. 48 und PAULEY, Bruce, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus, S. 62. Uns lag die 8. Auflage aus dem Jahre 1879 vor!

212 LEHR, Reinhard, Was ist Antisemitismus? Entstehung des Begriffs und konkreter Inhalt, in: POTOTSCHNIG, Franz / Peter PULZER / Alfred RINNERHALER, Semitismus und Antisemitismus in Österreich, München 1988, S. 19.

213 MARR, Wilhelm, Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum, S. 7f.

schichtlicher Erfolge rühmen, als der letzte Schacherjude, der an der Straßenecke ... Band feilbietet“.²¹⁴

Marr griff die damaligen Argumente zugunsten einer raschen jüdischen Assimilation dankbar auf, um sie mit Attributen der Stärke und Macht bis zur Weltmacht derart zu überhöhen, daß eine bewußte oder unbewußte Auflösung nur geschehen konnte, wenn man das Judentum in rassistischer Weise als eigenes „Volk“ ohne sozialen Unterschied und mit angeborenen natürlichen Fähigkeiten begriff. Dem Judentum als Religionsgemeinschaft beschneit er hingegen alle Rechte, wobei er ob dieses „Kniffs“ auch in seiner Radikalität entschieden deutlicher werden mußte: „Die jüdische Konfession ist nichts weiter als die Statuten eines Volkes, das einen Staat im Staat bildet und dieser Nebenstaat verlangt für seine Mitglieder materielle Vorteile ... Es ist der größte Irrtum, der Judenfrage nur religiöse Bedeutung beizumessen, ... das ist ein großer philosophischer Irrweg ... Selbst der große Lessing ... konnte seine Helden, die Juden, nicht getrennt vom Geld darstellen ... Der Jude hat keine ideale Religion, er hat einen Geschäftsvertrag mit Jehova, er zahlt mit der Satzung an Gott, der ihm die Pflicht auferlegt, alles Nichtjüdische zu vertilgen. Das ist die Macht eines typischen Realismus.“²¹⁵

Die vermeintliche Stärke seiner Abhandlung lag darin, daß Marr trotz aufgezeigter Unterscheidungsmerkmale sowohl die christliche als auch die jüdische Konfessionen negierte: Dem Judentum sprach er überhaupt die Fähigkeit ab, eine solche zu sein, beim Christentum tat er dies indirekt, weil es nicht gelänge, die Juden durch die Taufe zu „ändern“. Damit war gewissermaßen jener dritte Weg frei, den Marr als eine „höhere“ Ordnung beschrieb: „Daß die Judenfrage eine politische ist, fiel niemandem ein.“²¹⁶

Mit seiner zentralen Aussage, der einseitigen Erhöhung des Judentums und der provokativen Herabminderung des sonst so gepriesenen „Germanentums“, das er dem Untergang weihte, schuf er einen unüberbrückbaren Gegensatz. Aus der persönlichen Sicht eines Revolutionärs des Jahres 1848 war die Entstehung dieses Gegensatzes gleichbedeutend mit dem Aufkommen eines Systems, für das er selber gekämpft und das sich nachträglich als Fehler herausgestellt hatte: „Wir Deutsche haben mit dem Jahre 1848 unsere offizielle Abdankung zugunsten des Judentums vollzogen.“ Für Gruppierungen, die im Begriff waren, sich von den Traditionen des Jahres 1848 zu lösen, mußte dies eine eindeutige Botschaft sein. Nach Marr stimmten die Juden für die Liberalen, weil ihnen religiöse Toleranz, Gleichberechtigung und freier Kapitalismus zur Macht verhalfen. Die Deutschen hätten aus Dummheit die Schlacht verloren, ohne erkannt zu haben, daß ein Krieg stattfinde: „In dieses wirre, täppisch-germanische Element drang das glatte, listige und elastische Judentum ... Es impfte uns die seinige (Weltanschauung) Jahr für Jahr ein, ... es machte Begriffe wie Recht und Verwaltung elastisch, ... die Grenze in Handel und Verkehr liegt dort, wo das Verbrechen beginnt ... Warum wurde gerade Deutschland Neu-Palästina? ... weil ein deutscher Na-

214 Ebd., S. 11ff.

215 Ebd., S. 21.

216 Ebd., S. 22.

tionalstolz nicht vorhanden ist, ... das Germanentum hat keine geistige Widerstandskraft, das jüdische Volk hat mit seinem Geist die Welt erobert.“²¹⁷

In „düsteren Visionen“ malte Marr das Bild eines jüdischen Welteroberungsfeldzuges, der ein „rassischer Eroberungsfeldzug“ eines Volkes sei, da es keine französischen, deutschen oder russischen Juden gebe. Die Strategie sei überall die gleiche: Habe das Judentum einmal die Emanzipation errungen, sei es bestrebt, diese durch die Presse und ein Vereinsleben zu konservieren: „... in beides ist das Judentum wie eine Sturmflut eingedrungen ... In zehn Jahren existiert in Deutschland kein unbeschnittener Journalist mehr ... Wir sind besiegt im offenen Kampf, wir sind diesem fremden Volksstamm nicht mehr gewachsen ... Frankreich ist völlig verjudet ... Man blicke nur auf das vielgliedrige Österreich, es ist tief und unrettbar verloren in jüdischen Händen.“²¹⁸

Marr hoffte jedoch auf eine winzige „Chance“ für einen „Gegenstoß“, eine „Möglichkeit“, die auch Schönerer später aufgreifen wird: „Nur mehr Rußland ist übrig, es kämpft noch als letztes Bollwerk ... die jüdische elastische Leichtlebigkeit wird Rußland in eine Revolution stürzen, die die Welt noch nie gesehen hat. Vielleicht ... kommt der Gegenstoß vom slawischen Volk.“ Für Deutschland aber sah er das Ende heraufkommen, wofür er eine „verjudete“ Demokratie verantwortlich machte: „Ihr wählt die Fremdherrschaft in Eure Parlamente! Ihr macht sie zu Gesetzgebern und Richtern, Ihr macht sie zu Diktatoren der Staatsfinanzsysteme, Ihr habt Ihnen die Presse überantwortet. Dem Judentum gehört die Zukunft und das Leben, dem Germanentum die Vergangenheit und das Sterben! Finis Germaniae!“²¹⁹ Mit diesem unqualifizierten Pessimismus dürfte es Marr endgültig gelungen sein, seine Leser mit dem Gespenst einer listigen Rasse zu erschrecken, die dazu verurteilt sei, zu erobern, wo immer sie es vermag: „Ich bitte die Leser, meine Schrift aufzubewahren und testamentarisch zu verfügen, dieses Büchlein von Kind auf Kindeskindern fortleben zu lassen, denn es ist meine tiefste Überzeugung, in nicht vier Generationen gibt es kein Staatsamt, das höchste nicht ausgeschlossen, das nicht von Juden usurpiert ist.“²²⁰

Während es Bruce Pauley in humorvoller Weise in Erwägung gezogen hat, daß Wilhelm Marr beim Gedanken einer strikten Rassentrennung als der einzigen Lösung des Judenproblems an seine drei gescheiterten Ehen mit Jüdinnen²²¹ gedacht haben mochte²²², sah John Weiss in Marrs

217 Ebd., S. 12, 16.

218 Ebd., S. 30, 34.

219 Ebd., S. 45.

220 Ebd., S. 29.

221 Wilhelm Marr heiratete 1854 Georgine Johanna Bertha Callenbach, deren jüdischer Vater zum Christentum konvertiert war, 1874 die Jüdin Helene Sophie Emma Maria Behrend, und 1875, nach dem Tod seiner Frau, die Schriftstellerin Jenny Therese Kornick, die einen jüdischen Elternteil hatte. Aus der von Anfang an unglücklichen Ehe ging ein Sohn hervor. Schließlich heiratete Marr 1879 in vierter Ehe die aus einer Hamburger Arbeiterfamilie stammende Clara Maria Kelch. www.dhm.de/lemo/html/biografien/MarrWilhelm

222 PAULEY, Bruce, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus, S. 62.

Rassismus bereits die „Möglichkeit“ zum Völkermord, denn wenn die Juden wirklich unwandelbar böse wären und sich anschickten, die Weltherrschaft zu erobern, dann müßten sie aus ihren Stellungen in der Gesellschaft entfernt und unschädlich gemacht werden.²²³ Marr blieb diesbezüglich auch nicht untätig. Nach einer Redakteurstätigkeit bei der kurzlebigen Zeitschrift „Die deutsche Wacht“ gründete er 1879 die „Antisemiten-Liga“, die erste Organisation, die sich einen solchen Namen gab und ihre Zwecke in den Statuten folgendermaßen festlegte: „§1 ... unser deutsches Vaterland vor der vollständigen Verjudung zu retten ... §2 ... sich der weiteren Verdrängung des Germanentums durch das Judentum mit allen erlaubten Mitteln zu widersetzen, daß er sich die Zurückdrängung der Semiten in die ihrer numerischen Stärke entsprechende Stellung zur Aufgabe macht ...“²²⁴

Der von Wilhelm Marr geprägte, wenn auch nicht erfundene Begriff des Antisemitismus gewann besonders an den deutschen Universitäten an Triebkraft. Dies lag zum großen Teil auch daran, daß ihn der 1874 nach Berlin berufene und nach dem Tod Leopold von Ranke 1886 zum „Historiographen des preußischen Staates“ ernannte populäre deutsche Historiker Heinrich von Treitschke in einem Essay in den „Preußischen Jahrbüchern“ im November 1879 mit deutlichen Worten schürte: „Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf, unter Männern, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuts mit Abscheu von sich weisen würden, ertönt es heute wie aus einem Munde: Die Juden sind unser Unglück!“²²⁵ Dieses Zitat wird auf Spruchbändern bei jeder großen Veranstaltung im Dritten Reich zu sehen sein. Treitschke, der auch der „Erzpriester des kleindeutschen Preußenkults“ genannt wurde, galt auch als eine Art „Vater der Alldeutschen“ im Ausland. Seine Verbindungen über die Professorenschaft und über die Burschenschaft Silesia sind in diesem Zusammenhang bereits erwähnt worden.

Trotzdem hatten die alldeutschen Burschenschaften nicht die Kraft einer politischen Durchdringung nach oben. Aus Angst vor der Staatsmacht mußten sie jegliche politische Agitation mit „Diskutieren“ tarnen, mehr war dies auch meist nicht. Dort, wo mehr möglich gewesen wäre, wie im Wiener „Deutschen Volksverein“, saßen streitsüchtige Ideologen, die sich lieber am Biertisch aufhielten. Als weiteres Manko erwies sich der biologische Ausfall von Studenten nach jedem akademischen Jahrgang, der einen Prozeß des Übergangs vom Radikalismus zur staaterhaltenden Mäßigung nach sich zog.²²⁶ Die „Alten Herren“ wählten mangels einer Alternative deutschliberal. Nicht von ungefähr wurde rückblickend immer wieder betont, daß der wahre „Führer“ gefehlt habe und man befürchten mußte, daß die Sache „einschläft“. Dadurch ist auch der spätere Retter- und Messiasmythos eines Georg von Schönerer erklärbar, mit dem der radikale Deutschnationalismus und Antisemitismus erst das politische Licht der Welt erblickte.

223 WEISS, John, *Der lange Weg zum Holocaust*, S. 142.

224 PULZER, Peter, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus*, S. 50.

225 Zitiert in: HUDAL, Alois, *Die Grundlagen des Nationalsozialismus*, S. 43.

226 WANDRUSZKA, Adam, *Österreichs politische Struktur*, S. 377.

2.3 Liberalismus im Wandel

Im cisleithanischen Österreich war seit Beginn des Jahres 1868 die deutschliberale Bürgerpartei, die mit Fürst Karl Auersperg die Regierung stellte, unangefochten an der Spitze. Der deutsch-französische Krieg von 1870 brachte die gemäßigten Deutschliberalen dennoch in unüberwindliche Schwierigkeiten. Einerseits sahen sie in der Unterstützung des französischen Kaisers Napoleon III. die Möglichkeit der ersehnten „Rache für Sadova“, andererseits überwog die Angst, daß bei einem französischen Triumph die deutsche Sache für immer verloren wäre, was zu einer völligen inneren Lähmung führte.²²⁷

Darüber hinaus verschärfte sich nach dem gescheiterten Ausgleichsversuch des Jahres 1871 die Ablehnung der sich seit 1867 stets benachteiligt fühlenden Tschechen der deutschen Reichsgründung gegenüber. Weil ihnen Regierung und Krone den Platz als drittes Staatsvolk neben den Ungarn und Deutschen verweigert hatten, fürchteten sie seither jegliche Germanisierungstendenzen. Die alte Verfassungspartei konnte daher in der Frage einer Anlehnung an das neue Deutsche Reich als Vertreterin der gesamtösterreichischen Staatsidee nur bedingt reagieren.²²⁸ Es schien, als ob nicht nur innenpolitisch mit dem Erreichen einer „liberalen“ Verfassung und der Verabschiedung eines Grundrechtskatalogs ihr Plafond erreicht war. Angeregt vom Programm Emil Strohals, versuchten nun junge deutschböhmische Abgeordnete wie Karl Pickert und Alfred Knoll in dieses Vakuum einzudringen und eine energischere „Außensteuerung“ mit der Betonung des deutschnationalen Gedankens zu gewinnen.²²⁹ Die Hauptthese, die Pieter M. Judson in seinem 1996 erschienenen Buch „Exclusive Revolutionaries“ vertrat, dass die liberale Ideologie in Österreich mit ihrem elitären Anspruch, bestimmen zu können, wem die Segnungen dieses neuen Zeitalters zugute kommen sollten, nach ihrer Austrocknung einen Transformationsprozeß zu einem deutschnationalen Ausschließungsanspruch alles Nichtdeutschen durchlief,²³⁰ mag für die späteren gemäßigteren deutschnationalen Gruppierungen wie die „Deutsche Volkspartei“ durchaus zutreffen. Zu eng waren die Verknüpfungen des Liberalismus mit dem Nationalismus. Judsons These greift jedoch für die oben beschriebenen, sich bereits gegen Ende der 60er Jahre bildenden radikalnationalen Gruppierungen zu kurz, die eben keinen kontinuierlichen Wandel durchmachten, sondern den Liberalismus schon früh strikt ablehnten und auf diese Weise den Anstoß für viele dieser Transformationsprozesse gaben.

Der US-Historiker John Boyer konstatierte weiters neben einem von außen sichtbaren Verfall des Liberalismus in Österreich auch seine innere Erosion anhand eines Generationenwechsels: Die Männer der „ersten Generation“ ab 1860/61 mit Geburtsdaten vor 1820²³¹ waren mit ihrer Mi-

227 KLETEČKA, Thomas, Außenpolitische Vorstellungen von Parteien und Gruppen in Cisleithanien, S. 404.

228 KLETEČKA, Thomas, Außenpolitische Vorstellungen von Parteien und Gruppen in Cisleithanien, S. 417.

229 FUCHS, Albert, Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918, S. 176.

230 JUDSON, Pieter M., *Exclusive Revolutionaries. Liberal Politics, Social Experience, and National Identity in the Austrian Empire, 1848–1914*, Ann Arbor 1996, S. 193–222.

231 Er erwähnte dabei SCHMERLING, LASSER, PRATOBEVERA, PERTHALER, DOBLHOFF, PLENER und KALCHBERG.

schung aus ständischen und liberalen Ideen und ihrem Berufsbild als Bürokraten den Josefinischen Traditionen zu sehr verpflichtet. Schon ihre liberal-konservative „Konsenspolitik“, mit der sie einen unkontrollierten Neoabsolutismus unter Vermeidung eines scharfen Bruches mit Krone und Verwaltung umformen wollten, trug wegen ihrer Enge den Keim der späteren Auflösung mit sich. Die theoretischen Schriften eines Hans von Perthaler atmeten eine konservative, fast autoritäre Auffassung vom Staat, indem sie die Pflichten und die Verantwortung des Bürgertums gegenüber der Krone betonten. Freiheit bedeutete für sie Ordnung. Dem trat die „zweite Generation“ der zwischen 1820 und 1840 Geborenen²³² mit einem klareren, nach französischen Vorbildern orientierten Konstitutionalismus entgegen, wonach der Staat seine nicht unbegrenzte Macht an das Bürgertum abgeben müsse. Doch obwohl sich hier unter die Bürokraten auch Rechtsanwälte und Universitätsprofessoren mischten, war die Verbindung zur Verwaltung immer noch sehr stark, und schon bald hatte sich die Auffassung von einer rein politischen Kontrollfunktion des Bürgertums über Krone und Staat durchgesetzt. Die dritte Generation der nach 1840 Geborenen, der auch Schönerer angehörte, bezeichnete Boyer bereits als „the missing generation“. Sie fanden als Liberale schon keine breite Zustimmung mehr und waren deshalb einerseits bereit, einen liberalen Kanon durch neue Ideologien zu verletzen und andererseits bei aller Kritik gegenüber jeglichen Formen der Autorität auch flexibler, Bündnisse mit Andersdenkenden einzugehen.²³³ Der Hauptgrund für diese Änderung lag in dem neuen Kurienwahlrecht vom 2. April 1873, das die indirekte Wahl in den Reichsrat über die Landtage abgelöst hatte. Mit ihm war es einem mittleren Bürgertum plötzlich möglich, die für sie unrepräsentativ erscheinenden oligarchischen Tendenzen der liberalen Verfassungspartei in der direkten Wahl durch vier Wahlkörper zu beseitigen. Obwohl 1873 in Wien nur 5% aller Bürger wahlberechtigt waren, führte dieser Gedanke eines vereinten Bürgertums zur unweigerlichen Spaltung der liberalen Partei in einen alten „Klub der Linken“ und in einen jungen, progressiven Flügel der „Fortschrittspartei“. Beide Richtungen, die zusammen mit dem konservativen „Linken Zentrum“ des „Verfassungstreuen Großgrundbesitzes“ und den weiter links stehenden „Wiener Demokraten“ noch 204 von insgesamt 335 Abgeordneten stellten, verwarfen den Föderalismus und hielten an der Verfassung fest. Sie war auch für die Deutschnationalen ein Garant für die Sicherung ihrer politischen Interessen, wenn auch die radikaleren „Jungdeutschen“ ihre Grundlage in Österreich „durch ein inniges Bündnis mit dem Deutschen Reich auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet erhalten“ wissen wollten.²³⁴

Dieses Unterscheidungsmerkmal hatte aber nichts mit dem Altersunterschied zu tun, denn er betrug im Schnitt nur fünf Jahre²³⁵, entscheidender war die berufliche Zusammensetzung. Ent-

232 BOYER nannte hier beispielsweise HERBST, GISKRA, STREMAIR, GLASER, UNGER, CHLUMECKY und STURM.

233 BOYER, John W., *Political Radicalism in late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement*, Chicago 1981, S. 23f.

234 RUDERT, Wolfgang, *Die Stellung des deutschen Reiches zur innerösterreichischen Lage, besonders zum völkischen Kampf der Deutschen 1890–1900*, phil. Diss. Leipzig 1938, S. 25.

235 Der Altersdurchschnitt betrug beim Klub der Linken 48 Jahre gegenüber 43 bei der Fortschrittspartei.

gegen der „alten“ Struktur im Klub der Linken mit ihrem hohen Anteil an Staatsbeamten, Richtern und einem akademischen Großbürgertum, verkörperten die „Neuen“ die gewünschte mittelbürgerliche Repräsentanz. Unter ihnen fanden sich Kaufleute, Beamte lokaler ländlicher Provenienz, die gegen die Staatsbeamten auftraten und vor allem bürgerliche Grundbesitzer aus ländlichen Gebieten.²³⁶ Der Börsenkrach des Jahres 1873 mit seinen Konkursen und Skandalen erschütterte dann erstmals die für ewig geglaubte Macht der Deutschliberalen und zeigte auf, daß mitten in der industriellen Revolution eine Politik des „laissez-faire“ in wirtschaftlichen und nationalen Fragen überholt schien.²³⁷ All diese Umstände begünstigten die Wahl Georg Ritter von Schönerers in den Reichsrat.

236 BOYER, John W., *Political Radicalism in late Imperial Vienna*, S. 26.

237 KANN, Robert, *Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie*, I. Bd., Graz 1964, S. 93.

3. Die liberalen Jahre Georg Ritter von Schönerers

In diesem außen- und innenpolitischen sowie wirtschaftlichen Wirrwarr mit seinen aufziehenden Richtungskämpfen der Parteien wurde am 14. Oktober 1873 der 31jährige Landwirt Georg Ritter von Schönerer gegen den bisherigen, noch indirekt gewählten Abgeordneten Hofrat Leopold von Mende mit 223 gegen 197 Stimmen in der 3. Kurie²³⁸ als Repräsentant des Landgemeindebezirks Waidhofen a. d. Thaya / Zwettl zum Reichsratsabgeordneten gewählt.²³⁹ Gleich in der Danksagung an seine Wähler erklärte er, daß er „auch im Reichsrat bestrebt sein werde, offen und rückhaltlos in uneigennütziger Weise für das Volk jederzeit einzustehen“.²⁴⁰

Der am 17. Juli 1842 im Südbahnhofgebäude geborene Georg von Schönerer konnte einen über die Grenzen des Reiches hinaus bekannten Vater aufweisen, der seinen Ruf und seine Stellung dem Fortschritt der Technik und der Ablöse des alten Systems verdankte, den Eisenbahningenieur Matthias von Schönerer, an den heute noch eine Gasse im 15. Wiener Gemeindebezirk erinnert.

Zwischen seinem zehnten und dreizehnten Lebensjahr besuchte der junge Georg die Wiener Kommunal-Oberrealschule St. Anna. Ähnlich wie Adolf Hitler in Linz verließ er die Schule nach einem Zerwürfnis mit seinem Religionslehrer, aber auch wegen eines miserablen Zeugnisses vom September 1855, in dem nur das „vorzüglich“ in „Baukunst“ und in „Französischer Spra-



Abbildung 6: Danksagung Georg Ritter von Schönerers an seine Wähler im Landgemeinden-Wahlbezirk Waidhofen-Zwettl, 20. Oktober 1873

238 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. I, S. 28.

239 FUCHS, Albert, Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918, S. 177.

240 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. I, S. 28.



Abbildung 7: Georg Ritter von Schönerer als Vierzigjähriger

che“ (!) hervorstach.²⁴¹ Es folgte eine Erziehung im Deutschen Reich, in zwei Staaten, in denen zu dieser Zeit die nationalen Bewegungen immer stärker wurden. Im sächsischen Dresden absolvierte Georg von Schönerer ab 1856 bei Christian Friedrich Krause eine Art Berufsschule in dessen „Lehr- und Erziehungsanstalt“, in der er in die Grundbegriffe der Landwirtschaft eingeführt wurde. Diese Kenntnisse perfektionierte Schönerer in Württemberg. Dort beeindruckten ihn vor allem „deutscher Fortschritt und Fleiß“, die er später ständig mit der „österreichischen Schlamperei“ vergleichen sollte.²⁴² Bei Krause, der Schönerer als „trefflichen Schüler“ bezeichnete, den er „in guter Erinnerung behalten“ werde, turnte er auch fleißig. Nach seiner 1861 erfolgten Rückkehr nach Österreich in die „k.k. Höhere Landwirtschaftliche Lehranstalt Ungarisch Altenburg“ sackten seine Leistungen wieder deutlich ab. In dem am 27. Februar 1865 ausgestellten Wintersemesterzeugnis erhielt der 23jährige Schönerer die Gesamtbeurteilung:

„Das Verhalten war den Statuten der Anstalt gemäß mindergemäß!“²⁴³ Womöglich unter dem Druck seines Vaters und der schlechten Noten ging Georg nicht auf das Gymnasium, sondern arbeitete nach der Landwirtschaftsschule als Volontär auf den Gütern des Erzherzogs Albrecht²⁴⁴ bei Groß-Seelowitz in Mähren.²⁴⁵

241 Während der Siebenjährige die ersten drei Klassen mit Vorzug absolvierte, daher die Zeugnisse nur „sehr gut“ aufwiesen, wurden seine Leistungen in den drei Jahren, in denen er die Oberrealschule besuchte, immer schlechter, so daß nach den Aufzeichnungen Eduard Pichls der „Auftritt“ Schönerers mit seinem Religionslehrer Wappler dafür ausschlaggebend gewesen sein dürfte, daß der Lehrkörper seinem Vater riet, den Sohn von der Schule zu nehmen. Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), Nachlaß Pichl, Karton 46.

242 CARSTEN, F. L., Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1977, S. 12.

243 ÖStA, AVA, Nachlaß Pichl, Karton 46.

244 Albrecht war der Sohn Erzherzog Carls, des Siegers von Aspern über Napoleon. Im Jahre 1866 führte er als Oberbefehlshaber die österreichischen Truppen auf dem italienischen Kriegsschauplatz.

245 MOSER, Jonny, Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung. Die Stellung Georg Ritter von Schönerers und Heinrich Friedjungs in der Entwicklungsgeschichte des Antisemitismus in Österreich (1848–1896), phil. Diss. Wien 1962, S. 34.

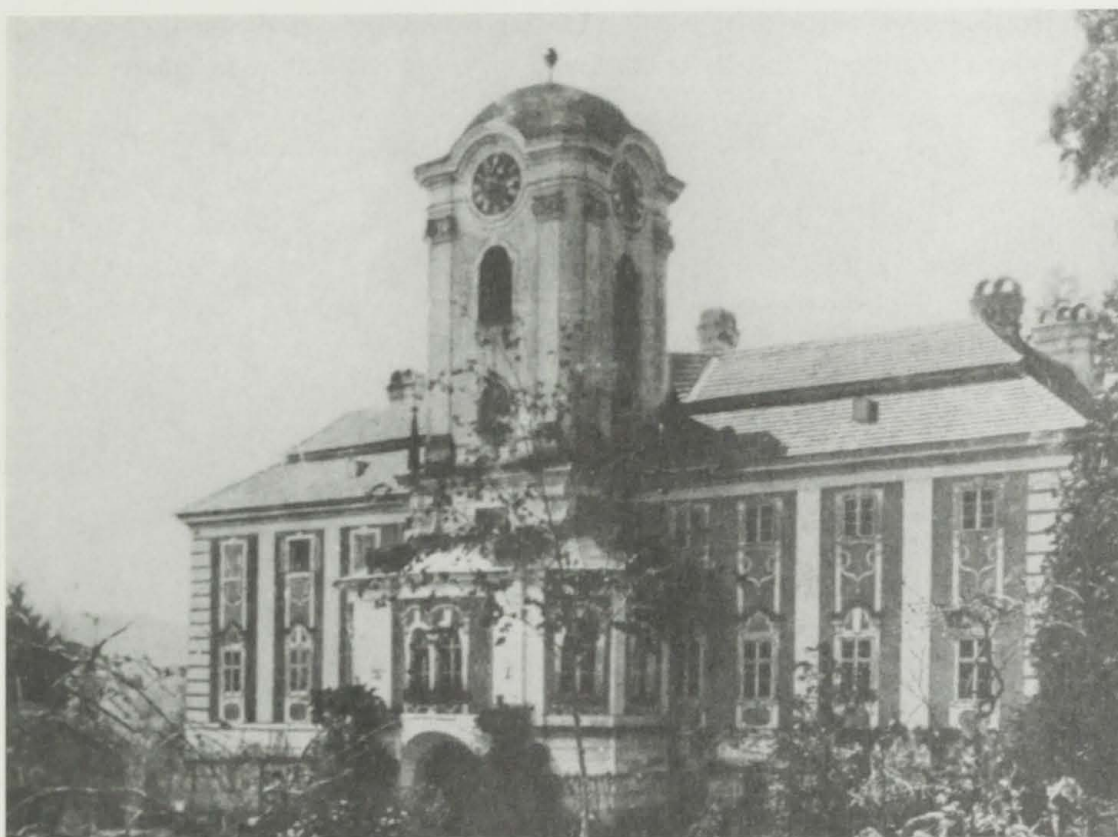


Abbildung 8: Das von seinem Vater ererbte Gut Georg von Schönerers Schloss Rosenau, heute ein Freimaurermuseum

Aus den Erzählungen seiner ältesten Tochter Friederike²⁴⁶ geht hervor, daß Schönerer während dieser Jahre in Mähren die Einquartierung der Preußen in Groß-Seelowitz erlebt und eine Mannschaft und ein Offizierskorps von musterhaftem Betragen kennengelernt habe. Diese von ihm im engsten Familienkreis wahrscheinlich oft erwähnte Begebenheit aus dem Jahre 1866 dürfte eine der psychologischen Voraussetzungen für seine spätere Einstellung zu Preußen gewesen sein, noch dazu, wo sie mit einem noch angenehmeren Erlebnis verknüpft war: Um dieselbe Zeit begegnete Schönerer im benachbarten Pohrlitz das erste Mal seiner späteren Frau Philippine Edle von Gschmeidler, mit der er sich 1879 vermählen sollte.²⁴⁷ Am Schlußpunkt seiner Erziehung diente er auf den Besitzungen des Fürsten Johann Adolph Schwarzenberg in Lobositz als Verwalter. Schwarzenberg, dessen Bruder Felix als Lehrer des jungen Franz Joseph die politische Erneuerung der Jahre 1848–1852 beeinflusst hatte, war nicht nur der politische Führer eines extremen aristo-

²⁴⁶ Friederike Schönerer heiratete den ehemaligen Hofgärtner Kaiser Maximilians von Mexico, Anton Jelinek. Als dieser 1897 früh verstarb, vermählte sie sich mit dem Wiener Rodler. ÖStA, AVA, Nachlaß Pichl, Karton 46.

²⁴⁷ MOSER, Jonny, Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung, S. 34.

kratischen Konservatismus im Böhmisches Landtag, er verkehrte auch als einer der bedeutendsten adeligen Unternehmer in denselben bürgerlichen Finanz- und Industriekreisen wie Schönerers Vater.²⁴⁸

Georg von Schönerer kann man weder als typischen Landwirt noch als Mitglied des Hochadels bezeichnen. Trotz seiner betont antiklerikalen Einstellung paßte er aber auch nicht in das Schema des Liberalen des 19. Jahrhunderts, da er fernab eines städtischen Betriebes mit ländlichen Strukturen vertraut gearbeitet, nie eine Universität besucht und auch keiner Studentenverbindung angehört hatte. Ihn sollte eine ererbte, unsichere gesellschaftliche Stellung prägen, wofür Carl E. Schorske einen ausgeprägten Vater-Sohn-Konflikt vermutete. Matthias von Schönerer hatte als Gewinner des liberalen Zeitgeistes auf der Suche nach künstlicher Tradition mit der Auszeichnung durch einen Adelstitel im Jahre 1860 und dem Kauf des ehemals im Besitz der „aristokratischen Stars“ der Revolution des Jahres 1848, der Freiherren von Stift, befindlichen Schlosses Rosenau²⁴⁹ im Jahre 1868, einem Stand Konzessionen gemacht, der seinem Sohn ein Leben lang verhaßt sein wird, obwohl er den Titel „Ritter von“ stets in seinem Namen anführte.

Georg von Schönerers Vater hatte es sehr gut verstanden, seine Arbeit mit Bankiers, Juden, Börsenjobbern und kaiserlichen Verwaltungsbeamten als Angehöriger einer neuen industriellen Klasse unter einen Hut zu bringen, doch war er trotz seines „Beamten-Adelstitels“ kein Aristokrat, den Männer mit uralten Titeln zur Kenntnis genommen hätten. Dafür besaß er weder die psychologischen noch die gesellschaftlichen Voraussetzungen²⁵⁰. Die Annahme scheint durchaus berechtigt, daß der junge Schönerer stellvertretend für seinen „neureichen“ Vater, der in einer adeligen Welt nichts zählte, mit seinem Aufenthalt bei zwei der berühmtesten Vertreter der österreichischen Hocharistokratie die ihm fehlende Anerkennung einholen sollte, was, wenn nicht zu einem Konflikt, zumindest zu einem ungeheuren Zwiespalt führen mußte.

Frederic Morton hat diesen Zwiespalt anhand der grundverschiedenen, aber in beiden Fällen markanten Karrieren von Georg und einer seiner vier Schwestern herausgearbeitet: Wenn Schönerer seine späteren Angriffe auch gegen alle Stützen dieses der Verdammnis preisgegebenen Staates richtete, so hatte ihn doch eine konservative, rückwärtsgewandte Welt entscheidend geprägt. Aus den Fängen, die eine herrschende materielle Weltsicht mit sich brachte, konnte er sich nur befreien, indem sein politisches Wirken die Verherrlichung eines vorkapitalistischen, vorbürger-

248 SCHORSKE, Carl E., Wien. Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle, Frankfurt a. Main 1982, S. 118.

249 Auf dem ursprünglich kuenringischen Besitz, der später landesfürstlich wurde, hatte Hans Johann von Greiss anstelle der ursprünglichen Wasserburg 1573 ein Schloß außerhalb des Dorfes Rosenau errichtet, nachdem ihm der Besitz verpfändet wurde. Nachdem das Gut 1624 zur einen Hälfte an die Verwandten von Greiss, an die Herren von Puchheim und zur anderen Hälfte an Wolf Christof von Schallenberg gekommen war, gelangte es 1660 in den Alleinbesitz des letzteren. 1803 verkauften es seine Nachkommen an Ernst Graf von Hardenberg, von dem es 1832 Andreas Freiherr von Stift erwarb. Nachdem es 1863 auf seine sechs Kinder aufgeteilt wurde, wurde es nach einem Erbschaftsstreit durch den Ankauf im selben Jahr durch Crescentine Stummer erstmals „bürgerlich“. Als sie es 1866 ihren drei Söhnen vermachte, wurde 1868 Matthias Schönerer neuer Eigentümer. ÖStA, AVA, Nachlaß Pichl, Karton 46.

250 MORTON, Frederic, Ein letzter Walzer. Wien 1888/89, Wien 1997, S. 73.



Abbildung 9: Gegenüberstellung der Darstellungen von Georg Ritter von Schönerer als Ritter nach einem Stich von Albrecht Dürer und Adolf Hitler als „Bannerträger“ in Ritterrüstung von Hubert Lanzinger

lichen Ideals ohne emanzipiertes Judentum zum Ziel hatte. Während der 80er Jahre wurden die alten Germanen, so wie er sie sich erträumte, daß sie vor 2000 Jahren gewesen sein mochten, nämlich ehrwürdig und rein, zum Gegenstand seiner missionarischen Begeisterung. Zur gleichen Zeit begann Alexandrine von Schönerers²⁵¹ Karriere als Schauspielerin, die sie 1884 mit dem Kauf des „Theaters an der Wien“ mit der zur damaligen Zeit für eine Frau fast unglaublichen Laufbahn als Unternehmerin und Leiterin der führenden Operettenbühne der Stadt krönte. Auf den ersten Blick zeigt ihre Biographie eine liberale Einstellung und ihre zahlreichen jüdischen Freunde bilden einen krassen Gegensatz zu ihrem Bruder, doch appellierte auch Alexandrine von Schönerer in der Welt der leichten Muse an Gefühle, die sich die Ideologie ihres Bruders zunutze machten. Beide spekulierten mit der Nostalgie eines verunsicherten Mittelstandes, mit der „Sehnsucht nach einem romantischen, glorreichen Gestern, das es nie gegeben hatte“.²⁵² Operette und Politik der beiden Schönerers meinten dasselbe: Ein großartiger Adel wird entgegen allen niedrigen plebejischen Machinationen wiedergewonnen, wobei es für Georg ein besserer, arischer Adel war. Er

251 Zu Alexandrine von Schönerer: Deutsches Volksblatt vom 1. Jänner 1904, S. 15.

252 MORTON, Frederic, Ein letzter Walzer, S. 74f.

selbst würde in dieser heroischen Mission die Bestätigung seines eigenen Rittertums als „Ritter Georg der Drachentöter“ finden. Nach diesem besseren, arischen Rittertum strebte auch der Kleinbürger Adolf Hitler, der sich später in derselben Pose wie Schönerer abbilden ließ.

Wenn auch die Gefahren der Deutungen von Vater-Sohn-Konflikten darin bestehen, daß man aus späteren gesicherten Quellen mit dem Wissen des Geschehenen zu sehr abstrahiert, so lassen sich doch verblüffend ähnliche Linien bei Georg von Schönerer und Adolf Hitler, der diesen als Jugendidol verehrt hatte, feststellen. Hitler revoltierte gegen seinen Vater, der für ihn eine Beamtenlaufbahn vorgesehen hatte und faßte seine damalige erste Opposition in „Mein Kampf“ „prüfend“ und ganz banal in einem Satz zusammen: „Ich wurde Nationalsozialist.“²⁵³

Bei Georg von Schönerer führte der sich nach dem Tode seines Vaters im Jahre 1881 steigende Haß auf das Haus Habsburg, auf den Kapitalismus, auf Juden und Tschechen und auf die Finanzspekulation, auf die sein Vater sein Leben lang gebaut hatte, zu einer Hingezogenheit zu den radikalen Studentenverbindungen, zu dem ihm als Nichtstudenten der Zugang eigentlich verwehrt war.

Jedenfalls sicherte ihm das Vermögen seines Vaters ein sorgloses Leben und eine politische Laufbahn: Doch es war ein „neureiches“ Vermögen, das er später mit diversen Gesetzesanträgen gegen das „raffende Kapital“ selbst in Frage stellte, wodurch sich für ihn auch hier ein Zwiespalt ergeben mußte.

Mit viel Fleiß und fortschrittlichen Ideen machte sich Georg von Schönerer, der 1869 Gut und Schloß Rosenau von seinem Vater übernahm und zu einer Musterwirtschaft ausbaute, alsbald einen bis heute wohlklingenden Namen im Waldviertel. Seine spätere Laufbahn läßt sich nicht ganz von diesen Anfangserfolgen trennen, denn sie zeigen eine patriotische, noch unpolitische Sorge für die Nöte und Ängste einer krisengeschüttelten Bevölkerung, die in einer der ärmsten Gegenden Österreichs lebte, aber auch bereits einen sturen Einzelkämpfer gegen eine Obrigkeit, die er für diese Versäumnisse verantwortlich machte. So gründete Schönerer den Verein „Land- und Forstwirtschaftliche Genossenschaft Zwettl“, zu dessen Präsidenten er sich machte, richtete Fachbibliotheken ein, ließ im Sommer 1876 für den „Fortschrittsverein Zwettl“ Sammelbüchsen zum Ankauf von Lehrmitteln für arme Schüler aufstellen²⁵⁴, gründete Freiwillige Feuerwehren und huldigte seinem damaligen ersten Vorbild, dem Reformkaiser Josef II., der sich gerne „hinter dem Pflug“ zeigte. Ihm widmete Schönerer mehrere Gedenktafeln und eine im Selbstverlag gedruckte Denkschrift.²⁵⁵ Es finden sich daher Gründe genug, warum ihn ein Wahlkomitee namhaft machte.

Als Georg von Schönerer am 5. November 1873 zur ersten Sitzung der neuen, achten Session den Reichsratssaal betrat, um als Abgeordneter angelobt zu werden²⁵⁶, kam er gerade rechtzeitig,

253 HITLER, Adolf, *Mein Kampf*, S. 8.

254 ÖStA, AVA, Nachlaß Pichl, Karton 46.

255 PICHL, Eduard, *Georg von Schönerer*, Bd. I, S. 21.

256 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, VIII. Session, 1. Sitzung vom 5. November 1873, S. 5ff.

um einen für seine Entwicklung folgenschweren Umbruch zu erleben. Der Börsenkrach forcierte die sich seit dem Grazer Parteitag 1871 abzeichnende Spaltung der liberalen „Verfassungspartei“ in einen „Klub der Linken“, der 89 „Alten“ um ihren Chef Eduard Herbst und in einen von 57 Jung-radikalen gegründeten politischen „Fortschrittsklub“. Daß die Führung der Gesamtpartei dennoch in den Händen der „Alten“ verblieb, hatte zwar mit einer Regierungsvereinbarung zu tun, ließ aber die Gegensätze heftiger denn je aufeinanderprallen. Die einigende Chemie bestand letztlich nur mehr in der Ablehnung des Absolutismus und gewissermaßen in der Parole „Wehret den Anfängen“. Zu dem Zeitpunkt, als eine parteimäßige Entwicklung des Deutschnationalismus begann, der spätestens 1879 mit dem konservativen Machtwechsel abgeschlossen war, hatte der Liberalismus längst seine Schuldigkeit getan.

Eine Versöhnungspolitik auf weltbürgerlicher Grundlage mit einer möglichst engen Verbindung der verschiedenen Nationen und die gleichzeitige Deklaration der Vormachtstellung des Deutschtums aus der Verpflichtung zur Wahrnehmung staatlicher, deutschösterreichischer Verpflichtungen, blieben Versuche, die schwindende Macht zu bewahren. Vieles, was die industrielle Erneuerung den Staaten an internationalen Verflechtungen brachte und den einzelnen Industriekapitän zum Weltbürger aufsteigen ließ, floß hier ein. Die „Jungen“ setzten diesem josephinisch motivierten Zentralstaatsgedanken die „Volkszugehörigkeit“ entgegen, wonach die Vormachtstellung der Deutschen im energischen Auftreten gegenüber Nicht-Deutschen begründet sei. So hatten sie auf besagtem Parteitag in Graz die Sonderstellung Galiziens, die Angliederung Dalmatiens an Kroatien und ein lockeres Verhältnis mit Ungarn in Form einer Personalunion gefordert. In Kirchenfragen lehnte diese „nationale Politik“ der Jungradikalen, anders als die liberale Richtung, die den Standpunkt des Staates betonte, eine politische Beeinflussung durch eine „von Rom“ gelenkte kirchliche Gewalt von vornherein ab. Während der Liberalismus für sein Avancement auf den Staat setzte, hatte der Nationalismus stets das Volk vor Augen.²⁵⁷ Trotzdem erschien eine bequem eingerichtete liberale Oligarchie vorerst für die beiden unversöhnlichen Gruppierungen so lange im Kampf gegen Klerikalismus und habsburgischen Absolutismus tragbar, solange sie sich an der Regierung halten konnten, was einer reinen Machtfrage gleichkam. Im Schoße des Deutschtums, von den Liberalen als Universalbegriff akzeptiert, wuchs die deutschnationale Scharfmacherei an und drängte die altliberalen, rationalen, humanitären Überzeugungen allmählich zurück.²⁵⁸

Obwohl Abgeordnete damals noch nicht auf Wahllisten gewählt wurden, hatte sich der 31jährige Georg von Schönerer schnell entschieden, welcher Richtung er angehören wollte, um sich Respekt zu verschaffen und gehört zu werden – nämlich jener, wo sich infolge ständiger Querelen schnell Karriere machen ließ, was er scheinbar schnell begriff: bei den „Jungradikalen“ im „Fortschrittsklub“.

257 MOLISCH, Paul, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich, S. 88.

258 LUTZ, Heinrich, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867–1871, Frankfurt a. Main 1979, S. 485.

3.1 Ein Jungradikaler im Reichsrat

Durch das Fernbleiben der Tschechen im Wiener Reichsrat nach dem mißlungenen Ausgleichsversuch des Jahres 1871 trat der nationale Kampf weniger als früher in Erscheinung. Vor allem in der Verfassungspartei vermochte das Wirken einer ihr nahestehenden Regierung ein gewisses Maß an Stabilität zu vermitteln – wenn schon nicht nach innen, so doch wenigstens nach außen.²⁵⁹ In diesem Zustand scheinbarer Ruhe fiel ein nicht mehr ganz so jugendlicher „Heißsporn“ um so mehr auf, der sich immer öfter zu Wort meldete, die deutschliberalen Minister angriff und seine Gegner wie auch seine „eigene“ Partei in einem zunehmend groben Ton wahllos beschimpfte, ohne dafür gemäßregelt zu werden.²⁶⁰ Schönerer stellte ununterbrochen Anträge und Forderungen, die nicht weiter verfolgt wurden, und begann, die Parteidisziplin zu verwerfen. In dieser Mischung aus Courage und Unsicherheit formte sich das Wesen eines Einzelgängers, dessen Aktivismus sich letztlich für den Teil der radikalen Burschenschaften empfehlen sollte, die ihre Mutation „von der literarischen zur politischen Öffentlichkeit“²⁶¹ gleichzeitig vollzogen.

Georg Ritter von Schönerer trat sein politisches Amt als einer der ersten direkt, vom Volk gewählten Vertreter an, damit dessen Stimme Gehör verschafft werde, um, wie er später schrieb, „Volksinteressen zu vertreten und nicht zu zertreten“²⁶². Und er trat dieses Amt als jemand an, der als „Anwalt des kleinen Mannes“²⁶³ als einziger das Recht habe, eine „wahrhaft und ungetrübte öffentliche Meinung“²⁶⁴ auch dann zur Sprache zu bringen, wenn sie sich nicht mit einer „gesinnungstreuen“ Presse deckte. Neben seiner anfänglich einstudierten Rolle als Prediger landwirtschaftlicher Reformen auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung und Verwaltungsvereinfachung, verbiß er sich bald in den Stoff, den ihm die Tagespolitik zuhauf lieferte: Am 23. November 1873, nicht einmal drei Wochen nach seiner Angelobung als Abgeordneter, erregte er mit einer Gegenrede gegen einen Gesetzesentwurf über die Benützung öffentlicher Gelder für die Förderung des Eisenbahnbaues erstmals öffentliches Aufsehen. „Mit diesen Millionen ... wäre nicht dem Volk, sondern den Banken geholfen.“²⁶⁵ Es ging dabei nicht so sehr um die fortschrittsfeindliche Forderung einer Kürzung jener Mittel, die seinem Vater erst seinen beruflichen Aufstieg ermöglicht hatten, sondern eher darum, daß dieser Antrag von seiner eigenen Partei eingebracht worden war. Der wirtschaftliche Zusammenbruch des Jahres 1873 wurde für Schönerer zum bestimmenden Datum, weil er einerseits die Schuldigen für Mißwirtschaft, Korruption, Wucher und Spekulantentum, die nun der kleine Steuerzahler zu spüren bekäme, nicht nur in der Regierung, sondern

259 MOLISCH, Paul, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich, S. 93.

260 FERBER, Walter, Die Vorgeschichte der NSDAP in Österreich, S. 25.

261 STIMMER, Gernot, Eliten in Österreich, S. 122.

262 Zitiert In: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. I, S. 49.

263 CZERNIN, Hubertus, Haiders Urgroßvater, in: Der Standard vom 26. Februar 2000, Album S. 4.

264 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. I, S. 32.

265 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, VIII. Session, 8. Sitzung vom 23. November 1873, S. 178f.

auch im Parlament, und da vor allem in den Reihen seiner eigenen Parteifreunde sah, die diese Regierung noch dazu am Leben hielten. Sein noch nicht gefestigter Antisemitismus, seine Lust an der Provokation und sein unbeirrbarer Glaube an die „österreichische Schlamperei“ gewannen an Stärke und machten ihn bald zu einer mehr als interessanten Zeitgeisterscheinung.

Angesichts einer von niemandem bezweifelten ernsten finanziellen Dauerkrise des Staates gebe die Regierung „Gelder aus, ohne sich zu kümmern, was damit geschehe“. Die von der Basis abgehobenen und von der Macht korruptierten Abgeordneten wären zu „Ja-Sagern“, zu „politischen Eunuchen und Mameluken“²⁶⁶ degradiert worden, „um dieser Regierung keine Verlegenheit zu bereiten“.²⁶⁷ Alles Worte, die Stürme der Empörung auslösten. Dem stellte Schönerer seine „vielseitige politische Erfahrung“ gegenüber, die er sich „von den Tausenden von Menschen“ geholt habe²⁶⁸, die eine solche Art der Volksvertretung nicht billigen würden. Schönerer wurde mit einer opportunistischen Politik, die die Gunst der Massen zu gewinnen suchte, zu einem für die damaligen Verhältnisse „ultra-linken“, ketzerischen Vordenker und Kritiker eines „demokratischen“ Systems: „Wir sollen nach Hause gehen, wir sollen zu denjenigen gehen, die uns in dieses Haus gesendet haben, wir sollen ihnen nichts anderes bringen als Defizite, Schulden, neue Kanonen und in Aussicht stehende neue Steuern! ... wir sollen bei jeder Gelegenheit hier sein, um Ja zu sagen ... Dann brauchen wir kein kostspieliges Parlament, dann würden dieselben Arbeiten auch durch zwei oder drei Dutzend Hofräte in derselben Weise erledigt werden“.²⁶⁹

Gegen die „Diätenverteilungsmaschine“ entwickelte Schönerer als „Demokrat im guten deutschen Sinn“²⁷⁰ Vorschläge eisernen Sparsens, die sich zu einem fixen Programm verdichteten. Daß aber die Stützen des Staates, wie die Krone selbst, die Armee, die Beamtschaft und schließlich die Kirche zuerst ihren Sparwillen bekunden sollten, erregte abermals Aufsehen. So forderte er in einer Reichsratsrede am 9. Dezember 1875 die Aufgabe der Großmachtstellung Österreichs, die er als „unnötigen Luxus“ empfand, weil der finanzielle Aufwand, vor allem für die Erhaltung eines riesigen Heeres, zu hoch wäre. Dies war umso schockierender, als die Regierung gerade ein Bündnis mit dem Deutschen Reich anstrebte und das Heer als entsprechendes beizustellendes Machtmittel betrachtete.

Den seit 1867 „schlampig“ ausgehandelten Dualismus mit Ungarn betrachtete Schönerer als besonderen Hemmschuh für jegliche Entwicklung in Österreich, der die „Leistungsfähigkeit der diesseitigen Reichshälfte in den Ruin führen“ müsse, weswegen die Situation nur eine radikale Lösung zulasse, eine unverzüglich durchgeführte Personalunion. Diese an Hochverrat und Majestätsbelei-

266 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, 8. Session, 352. Sitzung vom 7. 3. 1878, S. II432.

267 Zitiert In: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. I, S. 43.

268 Zitiert In: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. I, S. 41.

269 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, VIII. Session, 187. Sitzung vom 21. Februar 1876, S. 644off.

270 KOHARY, Theodor von, Der Burschenschaftler Georg Ritter von Schönerer, in: Burschenschaftliche Blätter, 51 Jg., Heft 1 vom Oktober 1936, S. 9.

digung grenzenden Worte hatte zuvor niemand im Reichsrat auszusprechen gewagt. Weil eine Stärkung Cisleithaniens aber nur durch die „Stärkung der Stellung der Deutschen“ herbeizuführen wäre – eine Umwandlung Österreichs in einen deutschen Staat mit größerer demokratischer sozialer und wirtschaftlicher Freiheit strebte auch seine Fraktion der „Radikaldemokraten“ durchaus an – verstand Schönerer bald entgegen diverser Parteitagsbeschlüsse unter der „Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Deutschtums“ eine Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich unter Loslösung seiner nichtdeutschen Teile. Damit kam er den Forderungen der „Linken“ des Jahres 1848 in der Frankfurter Paulskirche sehr nahe. Schnell zu einem gefährlichen Aufrührer auch in der eigenen Partei geworden, provozierte Schönerer von nun an „Skandale“, wo immer es ging.

In Schönerers Gedankenwelt des „Gut-Böse-Schemas ohne Mitte“ fand sich auch schnell ein beispielhafter Gegenpol für die österreichische Schlamperei: Der von der damaligen Presse als Muster für Zucht und Ordnung hochgepriesene protestantische preußische Staat, wo die Welt noch in Ordnung schien. Obwohl er sich mit Nationalitätenfragen noch nicht wirklich beschäftigt hatte, äußerte sich Schönerer in einer Debatte am 21. Februar 1876, bei der es um eine strengere Kontrolle von Abteien und Klöstern ging, daß ihm das Verhalten gegenüber der Kirche allzu entgegenkommend schien. „Kl-österreich“ wurde ein von ihm geprägtes, geflügeltes Schimpfwort. In einer Mischung aus Hochachtung für alles Deutsche und Verachtung für alles Österreichische sprach er plötzlich „von einem Hinausblicken der österreichischen Deutschen in das stammverwandte Deutschland“ und fügte hinzu: „Wenn der Liberalismus in Österreich so schwach ist, daß sich nicht einmal die Minister gegen die allmächtige Kirche in Österreich durchsetzen können, ... dann ist der ganze Konstitutionalismus bei uns ein Trugbild, der ganze Parlamentarismus eine kostspielige Spielerei“.²⁷¹

Hinter dieser taktischen Resignation versteckte sich etwas ganz Neues: War bisher der noch nicht im Reichsrat vertretene radikale Deutschnationalismus von einer Sprengung Österreichs von außen ausgegangen, so war es nun der radikale Sprachstil Schönerers, der mit seinen gezielten Angriffen auf die Stützen des Staates nicht so sehr das Heil von außen, sondern die Erosion von innen suchte. Dabei hatte er sich zunächst einen Gegner auserkoren, den Schönerer für die ganze „Misere“ verantwortlich machte, das Herrscherhaus der Habsburger. Als junger, linker „Radikaldemokrat“ ging es ihm nicht um das Eintreten für die Aufrechterhaltung fundamentalster Grundsätze des Liberalismus, sondern Schönerer pervertierte individuelle Rechte zu einem Volkswillen, der einerseits ein Staatsganzes überspannen sollte und andererseits über allen moralischen Institutionen stand. „Liberalismus“ verlagerte er auf eine nationale Schiene, der er sich unterzuordnen habe, wenn es darum ging, „materielle und politische Interessen zu vertreten, ohne in ein Verhältnis einzutreten, das uns einem auf einer niedrigeren Kulturstufe stehenden Volke tributpflichtig macht“.²⁷²

271 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, VIII. Session, 187. Sitzung vom 21. Februar 1876, S. 6440. Vgl. MOLISCH, Paul, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich, S. 96.

272 Zitiert In: PICHLE, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. I, S. 29.

Nach seiner skandalträchtigen Rede vom 21. Februar 1876 trat Georg von Schönerer „resignierend“ vor den korrupten Zuständen und der volksfeindlichen Zusammensetzung der Parteien im Abgeordnetenhaus mit Ende des Jahres 1876 aus dem Fortschrittsklub aus. Sein ständiges Hinterfragen liberalen Gedankengutes, sein Opponieren gegen den Klubzwang, den er wiederum als Fessel der Redefreiheit betrachtete, nicht zuletzt sein öffentlich geäußertes Bedauern, daß die „Arbeiter im Parlament noch nicht vertreten wären“²⁷³, dürften schon lange die Erkenntnis auf beiden Seiten reifen haben lassen, daß er sich der falschen Partei zugewandt hatte. Der Einzelgänger kehrte den „Eliten“ den Rücken, um sich jenen Kreisen der „Gegeneliten“ zuzuwenden, „die sich von Seite unserer jetzigen liberalen Regierung in der Regel keiner besonderen Sympathien erfreut haben, die für freisinnige Ideen naturgemäß nie sehr begeistert sind“ und „in welchen das Ehrgefühl Gott sei Dank muß ich sagen noch ein sehr reges ist“²⁷⁴, der radikalen Studentenschaft.

3.2 Der Burschenschafter Georg von Schönerer

Nach den Tumulten, die das Erscheinen des Buches von Theodor Billroth und die Solidaritätsadresse des Vereines vom 10. Dezember 1875 ausgelöst hatten, berichtete Ferdinand Bilger über eine nur wenig später abgehaltene Sitzung Anfang des Jahres 1876, der Anton Haider, der Obmann²⁷⁵ des nach der „Schlacht im Dianasaal“ neugegründeten „Leseverein[s] der deutschen Studenten Wiens“, beiwohnte: „Es saßen wieder einmal alle beisammen, der alte Haider und die jungen Leute und redeten von dem, was sie wollten für Volk und Staat, von Politik und der Zukunft. Es fehle von Politikern und Abgeordneten die rechte Anregung, keiner sei da, dem man aus vollem Herzen vertrauen könne, aus ganzem Gemüte zujubeln könne. ‚Aber es kann einer werden‘, unterbrach der alte Haider. ‚Wer denn?‘, fragten die Jungen. ‚Er heißt Schönerer und noch kennt man ihn wenig. Er ist jung und seine Richtung noch nicht so entschieden, aber er würde sich sehr gut zu uns fügen; ich glaube, wir stimmen schon jetzt überein, ohne daß er uns kennt. Ihn sollten wir einmal einladen, mit ihm sprechen, ich glaube, er wäre der Rechte.“²⁷⁶

Der am 2. Dezember 1871 nach der behördlichen Auflösung der „Akademischen Lesehalle“ vom Bruder des Komponisten Franz Liszt, dem Schwiegervater Richard Wagners, mitbegrün-

273 Zitiert In: FERBER, Walter, Die Vorgeschichte der NSDAP in Österreich, S. 25.

274 Zitiert In: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. I, S. 53.

275 Obwohl der zeitliche Kontext stimmen dürfte, wurde stud. jur. Anton Haider erst 1878 Obmann des Lesevereins. 1876/77 war dies entweder stud. jur. Richard Maresch oder stud. jur. Emil Hatschek. Die Beifügung der „alte“ Haider ist dadurch zu erklären, daß Haider am Schluß des 2. Semesters des Vereinsjahres 1877/78 bereits absolvierter Jurist war, was beim Leseverein durchaus unüblich gewesen ist, hatten doch nur aktive Studenten Vereinsämter inne. Vgl. Jahresberichte des Vereines deutscher Studenten in Wien, Jg. 1876–1878.

276 Zitiert In: KOHARY, Theodor von, Der Burschenschafter Georg Ritter von Schönerer, S. 11.

dete²⁷⁷ „Leseverein der deutschen Studenten Wiens“, bestritt gerade im Jahre 1876 einen wegen seiner Absonderungstendenzen ausgebrochenen „Funktionskonflikt“. Es ging dabei im wesentlichen um eine politische Öffnung gegen ein Festhalten an seiner „studentischen Verfaßtheit“. Zwar stellte der neue, auf Anton Haider folgende Obmann Emil Hatschek im Jahresbericht des Wintersemesters 1876/77 eine deutliche Priorität studentischer Belange fest, die in diesem Jahr beschlossene Aufnahme eines „Sektionswesens mit sozialen Funktionen“, zu der auch ein „Redeklub zur Pflege des nationalen Geistes und der Erhaltung des deutschen Charakters unserer Universitäten“ gehörte²⁷⁸, zeigte jedoch eine deutliche Dominanz politischer Themen. Auch die Achse zur Professorenschaft wurde eine politische. Der Jahresbericht nennt allein für das Studienjahr 1876/77 den Beitritt von 12 Professoren als ordentliche Mitglieder zu der bereits vorhandenen „Crème“ um Billroth, Exner, Hartel, von Lützow und Meynert.²⁷⁹ Diese Beitritte rechtfertigten diese jedoch nicht mehr durch ihre Position als Professoren im Universitätsverband, sondern durch die Gleichgerichtetheit ihrer politischen Leitlinien.²⁸⁰ Der sich erstmals seit 1848 manifestierende Anspruch auf politische Öffentlichkeit konnte natürlich die studentische Verfaßtheit nicht auflösen, die schon alleine wegen ihrer Schutzfunktion zu einer lebensnotwendigen Bedingung geworden war, doch die Entwicklung führte geradewegs zu dem Phänomen, politische Personen in einen studentischen Betrieb einzugliedern.²⁸¹ Eine zunehmend restriktiver werdende Interpretation deutscher Volkszugehörigkeit und die daraus folgende Unterstellung unter eine Parteiprogrammatik provozierte geradezu einen Konflikt nicht nur mit den nichtdeutschen Nationalitäten, sondern auch mit der liberalen Regierung, „die für Tschechen, Polen, Slowenen an Zärtlichkeit überfloß“.²⁸² Als kleinster gemeinsamer Nenner blieb Georg von Schönerer, der sich seit seiner Distanzierung von der Fortschrittspartei nunmehr im Reichsrat als „Oppositioneller“ betrachtete. Zwar war es durchaus üblich, daß Spitzenvertreter der Liberalen auf den Versammlungen des Lesevereines „vorbeischaute“, und auch der Jahresbericht vermeldete den Beitritt von 12 Reichsratsabgeordneten als unterstützende Mitglieder²⁸³, doch mit der Wahl Georg von Schönerers zum „auswärtigen Mitglied“ in der Ausschußsitzung vom 3. November 1876²⁸⁴ beschränkte der Leseverein einen „Sonderweg“.

277 Dazu: MASAIDEK, F. F., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, S. 23. Freie Presse, Nr. 5145 vom 22. Dezember 1878, S. 1.

278 Siehe Jahresbericht des Lesevereines der deutschen Studenten Wien's über das VI. Vereinsjahr 1876/77, Wien 1877, S. 14.

279 Jahresbericht des Lesevereines der deutschen Studenten Wien's über das VI. Vereinsjahr 1876/77, Wien 1877, S. 9.

280 STIMMER, Gernot, Eliten in Österreich, S. 163.

281 STIMMER, Gernot, Eliten in Österreich, S. 175.

282 Freie Presse, Nr. 5145, vom 22. Dezember 1878, S. 1.

283 Jahresbericht des Lesevereines der deutschen Studenten Wien's über das VI. Vereinsjahr 1876/77, Wien 1877, S. 8.

284 Gemeinsam mit dem Schriftsteller Ludwig von Anzengruber und dem deutschböhmischem Abgeordneten des Kremsier Reichstages 1848, Ludwig von Löhner. Jahresbericht des Lesevereines der deutschen Studenten Wien's über das VI. Vereinsjahr 1876/77, Wien 1877, S. 11.

Für diese Wahl zumindest „mitverantwortlich“ waren die Vorstandsmitglieder und späteren Sozialdemokraten, der am 27. April 1850 als Sohn eines „48ers“ geborene Engelbert Pernerstorfer (1850–1918) und der 1852 geborene Viktor Adler (1852–1918), Schulfreunde seit den gemeinsamen Tagen am Wiener Schottengymnasium und Mitglieder der Burschenschaft „Braune Arminia Wien“. ²⁸⁵ Der dritte „Schotte“ im „Leseverein deutscher Studenten Wiens“, der 1851 geborene Historiker Heinrich Friedjung (1851–1920), Mitglied der Burschenschaft Concordia-Prag, schrieb in seiner 1877 verfaßten politischen Broschüre „Ausgleich mit Ungarn“, was man später gewissermaßen als „Bittgesuch“ an Schönerer verstehen hätte können. Friedjung trat darin für die Gründung einer deutschnationalen Partei in Österreich ein und beschrieb, wie dessen Führer beschaffen sein sollte: „Wer am reichsten und glücklichsten in der Formulierung der anfangs nur dunklen Ahnungen der Volksseele ist, (dem) fügen sich die anderen ... Die Partei steht unter der Herrschaft ihres Gedankens (Anm. die der Führer), der Führer zwingt ihn, sich in jene Formen gießen zu lassen, welche der Lage seines Volkes entsprechen.“ ²⁸⁶ Wenn sich Schönerer davon angesprochen gefühlt haben mag, was nicht zu bezweifeln ist, dann zeigte ihm Friedjung die Möglichkeit, mit einem studentischen Anhang Führer einer deutschen Partei zu werden. „Derjenige, welcher sich vornimmt, in Österreich zu ernstem politischen Wirken aufzurufen, ... muß (überhaupt) erst die Gemüter aufrufen zu politischer Tätigkeit“ ²⁸⁷, so Friedjung in seiner Broschüre, die, nebenbei bemerkt, zu seiner Entlassung als Lehrer an der Handelsakademie führte.

Doch die Wahl des eben zum politischen Sprachrohr Auserkorenen schien sich nicht als besonders erfolgversprechend herauszustellen: Schönerers Gegenrede zum Bericht des Budgetausschusses für das Jahr 1877 am 5. Dezember 1876, in der er einmal mehr für eine Personalunion mit Ungarn eingetreten war und vom Staatsruin sprach, klang eher wie ein Abschied und ein Vermächtnis: „Wir Deutschösterreicher dürfen eben eine Wiedervereinigung ... mit Deutschland ... niemals aus den Augen verlieren.“ ²⁸⁸ Anfang Jänner 1877 legte er sein Mandat zurück ²⁸⁹, um „einer nutzlosen Tätigkeit zu entsagen“ ²⁹⁰: „Wenn man glaubt, man findet dort Männer, die alle begeistert sind für das Wohl des Volkes und Staates, dann ist man im Irrtum befangen ... man kann sehen, daß persönlicher Ehrgeiz und die Förderung der eigenen Geschäfte über die Interessen des Volkes gesetzt werden.“ ²⁹¹ So schilderte er in Erwiderung einer Vertrauensadresse seiner

285 STADLER, Karl R., Engelbert Pernerstorfer. Zur deutschnationalen Tradition in der österreichischen Sozialdemokratie, in: NECK, Rudolf / Adam WANDRUSZKA (Hg.), Beiträge zur Zeitgeschichte. Festschrift Ludwig Jedlicka zum 60. Geburtstag, St. Pölten 1976, S. 47.

286 FRIEDJUNG, Heinrich, Der Ausgleich mit Ungarn, Leipzig 1877, S. 35f, S. 40.

287 FRIEDJUNG, Heinrich, Der Ausgleich mit Ungarn, S. 84.

288 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, VIII. Session, 221. Sitzung vom 5. Dezember 1876, S. 7204. Vgl. RUDERT, Wolfgang, Die Stellung des deutschen Reiches zur innerösterreichischen Lage, S. 24f.

289 FERBER, Walter, Die Vorgeschichte der NSDAP in Österreich, S. 25.

290 Zitiert in: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. I, S. 49.

291 Zitiert in: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. I, S. 50.

Wahlbezirke Waidhofen a. d. Thaya, Zwettl und Ottenschlag abermals resignierend seine „Erfahrungen im Reichsrat“. Es schien das Ende einer kurzen politischen Karriere zu werden, denn offensichtlich wollte er sich wirklich aus der Politik zurückziehen.

Seinem „endgültigen“ Abschied fügte er jene Worte bei, denen fast prophetischer Charakter zukam: „Mein Leben und Wirken sind ein offenes Buch, worin ich jedermann gerne blättern lasse, wovon aber keines seiner Blätter ich mir beschmutzen lasse!“²⁹² Ebenso wie dieses Beharren auf „Reinheit“ seine spätere Politik bestimmen sollte, waren es seine „Rückzieher“, denn es kam zu einer unerwarteten Wende: 23 Abgeordnete unterzeichneten eine Grußadresse, in der sie ihrem Bedauern Ausdruck verliehen, einen „Mann solchen Schlages“ vermissen zu müssen. Es war vor allem seine „Unabhängigkeit“, der sie Tribut zollten.²⁹³ „Weil die von mir vertretenen Grundsätze bereits Gemeingut (!) des größten Teiles meiner Wählerschaft geworden sind“, ließ sich Schönerer „überreden“, noch einmal im Wahlkreis Waidhofen-Zwettl-Dobersberg zu kandidieren. Am 26. Februar 1877, nur sechs Wochen nach seinem Rückzug, blieb er gegen den Freiherrn Roderich von Villa-Secca siegreich und wurde erneut in den Reichsrat entsandt, wo am 9. März 1877 die Angelobung erfolgte.²⁹⁴

Von keinem Klubzwang bedrängt, genoss Schönerer nun sein Einzelkämpferschicksal als quasi „wilder“ Abgeordneter, der er auch zunehmend wurde: Er störte, raunzte, räsionierte und mahnte immer wieder vor dem wirtschaftlichen Chaos, weil der Staat „wie ein Millionär lebe, während er nur ein armer Mann“²⁹⁵ sei. Das steigerte aber plötzlich seine Beliebtheit in der Bevölkerung. Auch für die liberale Presse wurde er plötzlich zum „g’raden Michel des Parlaments“, „Mann des Volkes“ und „Vorkämpfer der Deutschen“.²⁹⁶ Unüberhörbar waren aber auch seine Drohungen. So richtete Schönerer am 7. September 1877 anlässlich seines üblichen Sparappells, der Kaiser möge als erster mit gutem Beispiel vorangehen und endlich auch Steuern zahlen²⁹⁷, was ihn in diesen Kreisen nicht unbedingt beliebter machte, die mehr als deutlichen Worte an die Regierung: „Möge die Regierung ... trachten, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns erträglicher zu gestalten, so daß namentlich die der deutschen Nationalität angehörenden Staatsbürger nicht neidischen Auges nach dem stammverwandten Nachbarreiche zu blicken brauchen!“²⁹⁸ Was durchaus noch im Bereich einer loyalen Haltung zum Staate war, erregte erstmals die Aufmerksamkeit der politischen Behörden.

Nachdem sich Georg von Schönerer am 20. Februar 1878 einen Ordnungsruf eingehandelt hatte, weil er Abgeordnete, die „die notwendigsten Lebensbedürfnisse der Bevölkerung von Tag zu Tag besteuern“ würden, neuerlich als „Mameluken der Krone“ bezeichnet und damit verdeut-

292 Zitiert In: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. I, S. 50.

293 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 69.

294 PICHL, Eduard, Georg Schönerer, Bd. I, S. 51.

295 Zitiert In: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. I, S. 50.

296 PICHL, Eduard, Georg Schönerer, Bd. II, S. 7f.

297 Zitiert In: BIBL, Viktor, Georg von Schönerer. Ein Vorkämpfer des Großdeutschen Reiches, Leipzig 1942, S. 3.

298 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 70.

licht hatte, daß sich ein Abgeordneter auch durchaus gegen die Krone stellen müsse, formulierte er am 7. März 1878 ein erstes politisches Grundsatzprogramm. Während der Generaldebatte über den Staatsvoranschlag und das Finanzgesetz trug Schönerer wegen der „mißlichen finanziellen Lage des Staates“ die Forderung „der massenhaften Anhänger in den weitesten Kreisen der Bevölkerung“ vor: Eine Totalreform der Steuergesetzgebung, ein Abschlacken und Schlankmachen des Staates und sein Umbau durch eine Personalunion mit Ungarn nach innen sowie ein enges Bündnis mit dem „stammverwandten“ Deutschen Reich nach außen.²⁹⁹

Parallel zu Schönerers „Aktivitäten“ im Reichsrat beobachtete die Staatsgewalt auch etwaige damit im Zusammenhang stehende Kundgebungen mit einigem Mißtrauen. Erstmals seit Jahren bekamen die Burschenschaften nach ihrer traditionellen Kranzniederlegung am Grab der Märzgefallenen des Jahres 1848 auf dem Schmelzer Friedhof (heute Märzpark) behördliche Schwierigkeiten.³⁰⁰ Am 21. März 1878 ereignete sich, was die „Freie Presse“ als „in den Wind schlagen ernstgemeinter Mahnungen“ bezeichnete:³⁰¹ Als „Ausdruck der gesteigerten Anteilnahme am politischen nationalen Leben“³⁰² wurde das bisherige auswärtige Mitglied Georg von Schönerer gemeinsam mit dem Feldkaplan der Akademischen Legion des Jahres 1848, Anton Füster, zum „Ehrenmitglied des Lesevereins der deutschen Studenten Wiens“ ernannt.³⁰³ Diese Ernennung sollte nach der Gründung des konkurrierenden patriotischen „Deutschösterreichischen Lesevereins“ eine schärfere Abkehr vom „Österreichertum“ manifestieren und traf sich mit einer nach seinen Reichsratsreden immer deutlicher werdenden Einstellung Schönerers. Mit der Person des Studentenpfarrers der Revolution Anton Füster, der sich für die Gleichstellung der Religionen und die Emanzipation der Juden eingesetzt hatte, der aus der Kirche ausgeschlossen worden und völlig verarmt aus der Emigration in Amerika zurückgekommen war, verband ihn außer seinem damaligen Einsatz für die „soziale Frage“ aber herzlich wenig. Wenn daher der Schönerer-Biograph Eduard Pichl anmerkte, daß Schönerer später die Begräbniskosten für Füster bezahlte und die Festrede beim Trauerkommers hielt³⁰⁴, dann ist in dieser gleichsam religiös-mystischen Verehrung der Tradition und Kontinuität eher ein Beispiel für eine unkritische Verknüpfung der re-

299 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, VIII. Session, 352. Sitzung vom 7. März 1878, S. 11451ff.

300 Dazu: Deutsche Zeitung vom 10. August 1879, S. 3.

301 Freie Presse, Nr. 5145, vom 22. Dezember 1878, S. 1.

302 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 56.

303 Jahresbericht des Lesevereins der deutschen Studenten Wiens im VIII. Vereinsjahr 1877–1878, Wien 1878, S. 8. Vgl. HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich, S. 31. In vielen Publikationen und sogar in SCHÖNERER-Biographien wurde dieses Datum bewußt auf das Jahr 1877 vorverlegt, möglicherweise um eine Verbindung mit der Burschenschaft Libertas herzustellen, bei der 1877 die Einführung des Arierparagraphen so gut wie sicher war, zu der aber Schönerer auch 1878 nachweislich noch gar keinen Kontakt hatte. Stellvertretend dazu MASAIDEK, F. F., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, S. 24, der überhaupt an manchen Stellen „anfällig“ („... wenn ich nicht irre ...“) ist für unrichtige Datierungen. Und KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 56.

304 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. II, S. 321.

volutionären und liberalen Traditionen mit aktuellen, bereits radikalen deutschnationalen Leitfiguren zu erblicken.³⁰⁵

Daß Schönerer am 7. März 1878 seine erste antisemitische Bemerkung im Reichsrat fallen ließ, die aber gegenüber dem, was noch folgen sollte, noch denkbar harmlos war, hatte eher mit Alldeutschtum zu tun. Er griff während einer Rede die Regierung an, weil sie einen Ton anschlage, „wie er sonst in nichtchristlichen Kaffeehäusern üblich sein mag.“³⁰⁶ Dieser Bemerkung kommt jedoch im Kontext mit seiner Ehrenmitgliedschaft im Leseverein eine untergeordnete Bedeutung zu. Den Antrag zu dieser stellte der jüdische Vereinsobmann Alfred Aschner von der Burschenschaft Silesia auf Anregung des emeritierten jüdischen Altobmanns Heinrich Abeles.³⁰⁷

Schönerer begann nun die Veranstaltungen des Lesevereins und der Burschenschaften, vor allem der Teutonia, zu besuchen, wodurch sich eine doppelte Befruchtung ergab. Er kam dabei in Berührung mit der radikalen Preußenverehrung und dem Antisemitismus. Was sehr schnell gestalterischen politischen Einfluß auf ihn ausübte, gab er den Studenten mit den Schilderungen seiner radikalen Ausbrüche im Reichsrat zum besten, die aufgrund des aktiven Wahlrechts innerhalb der Kurien mit 24 Jahren – wenn überhaupt – kaum ein „direktes“ politisches Mitspracherecht hatten. So vollzog sich für Schönerer eine eminent wichtige Wendung. Sein Antiliberalismus wurde, geprägt durch eine permanente Wirtschaftskrise seit dem Jahre 1873, zu einem wirtschaftlichen Antisemitismus und unter dem Einfluß deutschradikaler Studenten zum Rassenantisemitismus. Anders gesagt: Er fand die lange gesuchten „Schuldigen“.

Zunächst galt Schönerers Radikalität jedoch noch dem Reichsrat. Dort baute sich in ihm immer mehr das Feindbild einer „jüdischen Presse“ auf, deren Bekämpfung ein Leitmotiv seines Lebens werden sollte. Eine Woche nach seiner Ernennung zum Ehrenmitglied des Lesevereins, am 28. März 1878, erklärte er, er wolle „unbeirrt um das bezahlte, eigennützige und widerliche Geklaffe eines großen Teils der Wiener Juden- und Regierungspresse“ vorgehen.³⁰⁸

Schönerers zunehmend außer Kontrolle geratendes Auftreten im Reichsrat und seine Freizeitbeschäftigungen dürften einer genauen Beobachtung unterzogen worden sein. Nur so läßt sich der 18. Dezember 1878 als der entscheidende Tag erklären, an dem der berühmte Tropfen das Faß zum Überlaufen bringen ließ. Zwei scheinbar parallel ablaufende Ereignisse bekamen eine unauflösliche Verknüpfung – oder einen „gewissen geistigen Konnex“, wie die „Freie Presse“ schrieb.³⁰⁹

Am Vormittag hielt Georg von Schönerer im Reichsrat eine Rede, die in eine „Aufstachelung zur Revolution“ ausartete: Als die Frage einer Besitznahme Bosniens und der Herzegowina durch das im russisch-türkischen Krieg neutrale Österreich bei einem Zerfall des Osmanischen Reiches

305 STIMMER, Gernot, *Eliten in Österreich*, S. 135.

306 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, VIII. Session, 352. Sitzung, S. 11453.

307 Jahresbericht des Lesevereins der deutschen Studenten Wiens im VIII. Vereinsjahr 1877–1878, Wien 1878, S. 10. Vgl. HEIN, Robert, *Studentischer Antisemitismus in Österreich*, S. 31.

308 PICHL, Eduard, *Georg von Schönerer*, Bd. I, S. 61.

309 Freie Presse, Nr. 5145 vom 22. Dezember 1878, S. 1.

zur Sprache kam, prangerte er zunächst in gewohnter Weise die „Großmannssucht zu Lasten des arbeitenden Volkes“ an, um dann aber fortzufahren: „Ich habe schon seit Jahren gegen die Bewilligung des Budgets für diese Regierung gestimmt, ... (weil) uns gerade die gegenwärtige Regierung von Stufe zu Stufe abwärts nun bis zur finanziellen Zerrüttung des Staates geführt hat. Ich brauche nur wenige Punkte der Regierungstätigkeit zu markieren, ... um zu zeigen, daß die gegenwärtigen Regierungsmänner wie unsolide Geschäftsleute die Geschäfte geführt haben ... Ein Resultat dieser Tätigkeit ist bereits, meine Herren, in den deutschen Ländern zu Tage getreten. Immer mehr und mehr hört man in diesen Ländern den Ruf: Wenn wir nur schon zum Deutschen Reiche gehören würden! .. Ich bitte, das ist eine Tatsache, ... um von Bosnien und seinem Anhang endlich befreit zu sein! ... Dieser Regierung sollten keine Steuern bewilligt werden, oder wenn sie bewilligt werden sollten, von der Bevölkerung in Zukunft nur bei Anwendung von Zwangsmitteln gezahlt werden ... Und wenn man andererseits sagt, es sei etwas faul im Staate Dänemark gewesen, so ... sage ich: Im Staate Österreich ist nunmehr beinahe alles faul.“³¹⁰

Am Nachmittag erfolgte die behördliche Auflösung des „Lesevereines der deutschen Studenten Wiens“ durch einen Erlaß der k.k. niederösterreichischen Statthalterei wegen Verfolgung „nationalpolitischer und staatsgefährdender Tendenzen“ sowie „Überschreitung des statutenmäßigen Wirkungskreises“.³¹¹ Die Verknüpfung der Rede Schönerers mit dieser Auflösung war so eklatant, daß liberale Blätter von einer „überstürzten und unbegründeten“ Maßnahme berichteten.³¹² Ein direkter Zusammenhang war freilich nicht erkennbar, denn so schnell arbeiteten die österreichischen Behörden auch wieder nicht – das Auflösungsdekret trug schließlich das Datum vom 12. Dezember 1878³¹³ –, doch die reichlich ungeschickt formulierten mitgelieferten Begründungen ließen die Frage nach einem „günstigen Zeitpunkt“ offen, einen sieben Jahre lang unbeanstandet gebliebenen Verein plötzlich zu „liquidieren“. Einmal mußte die Kranzniederlegung am Grab der Märzgefallenen, die die Behörden mit scheelen Augen verfolgt hatten, dann wiederum eine Beileidsadresse an die Deutsche Botschaft anläßlich des zweiten Attentatsversuches auf Kaiser Wilhelm I. im Juni als Begründung herhalten.³¹⁴ Schließlich beanstandete die Behörde den bereits im Frühjahr erschienenen Jahresbericht über das VII. Vereinsjahr 1877–1878 wegen der „Einleitung und Chronik“.³¹⁵ Dort findet sich die Stelle vom „Deutschen Geistesleben“, welches „auch außerhalb der Grenzpfähle unseres Reiches Beifall finden mag“, aber auch die überschwengliche Erwähnung von Schönerers Ehrenmitgliedschaft in der Chronik³¹⁶, womit eine Verknüpfung mit seiner Reichsratsrede wieder virulent wurde.

310 Stenographisches Protokoll des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, VIII. Session, 409. Sitzung vom 18. Dezember 1878, S. 13112. Vgl. BIBL, Viktor, Georg von Schönerer, S. 3.

311 Deutsche Zeitung vom 24. Dezember 1878, S. 3.

312 Trautenauer Wochenblatt vom 21. Dezember 1878, S. 1. Deutsche Zeitung vom 6. April 1879, S. 1.

313 Neue Freie Presse vom 25. Dezember 1878, S. 2.

314 Extrablatt vom 6. April 1879, S. 1.

315 Deutsche Zeitung vom 24. Dezember 1878, S. 3.

316 Jahresbericht des Lesevereines der deutschen Studenten Wiens im VIII. Vereinsjahr 1877–1878, Wien 1878, S. 7 und 8.

Schönerer erkannte seine große Chance, schlagartig bekannt zu werden, indem er sich im Reichsrat zum Fürsprecher eines 664 Studenten zählenden und mit 135 Professoren gespickten Vereines machte. Wenn er im Reichsrat als „oppositioneller Abgeordneter“ nach der Staatsgefährlichkeit seiner Ernennung zum Ehrenmitglied fragte, stand plötzlich sein Name für die erfolgte Auflösung. Als auch der hohe Klerus in der Person des Linzer Bischofs Franz Joseph Rudigier im Namen „aller guten Katholiken Oberösterreichs ... die es zu solcher Vaterlandslosigkeit, ja zu solchem Vaterlandsverrat nicht brächten“³¹⁷, Schönerers Rede vom 18. Dezember 1878 auf das schärfste verurteilte, bekam die Angelegenheit rasch die Größe einer Staatsaffäre: Die von Rudigier geäußerte Ansicht der Unvereinbarkeit „nationaler Bestrebungen“ mit dem Katholizismus sollte sich vor allem Schönerer gut merken. Die darüber verfaßten Artikel ließ er auf dem Höhepunkt der „Los von Rom“-Bewegung zur Jahrhundertwende mehrmals veröffentlichen. Vorerst rief Rudigier die liberalen Zeitungen auf den Plan. Das Mißtrauen der Presse Schönerer gegenüber war wegen seiner allzu gegenwärtigen Anwürfe groß. Sie attestierte ihm eine „gewisse Unreife“, weil er „in der Zeit der Jungdeutschen von 1871 steckengeblieben zu sein“ schien, „wovor man sich hüten sollte“.³¹⁸ Stellvertretend für alle ergriff jedoch die „Freie Presse“ Partei für den „Verein der deutschen Studenten Wiens“: „Darf man in Österreich alles sein nur nicht deutsch? Oder heißt Deutsch gleich mit Sack und Pack ins Reich hinüberziehen! Daß sich eine akademische Jugend für deutsche Literatur und Wissenschaft erwärmt, sei doch nicht verboten, muß es dann auch Politik sein ... Wenn die Hingebung einer studierenden Jugend an den deutschen Nationalitätsgedanken so viel Mißtrauen begegnet, so sollte doch das Eine nicht vergessen werden, daß die Tradition Österreichs eine deutsche ist“.³¹⁹

In Schönerers Wohnung stapelten sich hunderte Zustimmungskarten. Er stand plötzlich „gevolkt“ im Mittelpunkt der radikalen Studentenbewegung. Auch rund zwanzig Stadtverwaltungen, wie die der Städte Reichenberg, Aussig, Brüx und Karbitz im ethnisch spannungsreichen Grenzgebiet Böhmens zollten ihm spontanen Beifall, was für die spätere Entwicklung der Alldeutschen noch von Bedeutung sein wird. Der ganze Wirbel ließ bei Schönerer einen Prozeß des Übergangs zu einem neuen politischen Verhalten erkennen.³²⁰ Der frühe Chronist der Entwicklung des deutschen Studententums, Oskar Scheuer, schrieb 1910 über diesen „Markstein“ seiner Entwicklung: „Der Beifall jedoch berauschte ihn. Er, ein unbedeutender namenloser Mann, sah sich durch die Gunst der Umstände emporgehoben. Bald stieg ihm die neue Würde zu Kopfe. Die Eitelkeit, selbst von Freunden wie Franz Masaidek zugestanden, verwirrte ihm Kopf und Herz.“³²¹

Die Auflösung des „Lesevereines der deutschen Studenten Wiens“ stärkte jedoch nicht, wie man annehmen könnte, Schönerers Kontakte zu den Burschenschaften, sondern unterbrach sie

317 Zitiert in: MAYER-LÖWENSCHWERTDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer. Eine politische Biographie, Wien/ Leipzig 1938, S. 56.

318 Neue Freie Presse vom 25. Dezember 1878

319 Freie Presse, Nr. 5145, vom 22. Dezember 1878, S. 1.

320 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 77.

321 SCHEUER, Oskar Franz, Die geschichtliche Entwicklung des Deutschen Studententums in Österreich, S. 248.

für fast zwei Jahre, nämlich bis 1880!³²² Schönerer suchte Anschluß bei einem entfernt verwandten Kreis – den Turnern: Der deutschvölkische Turner Franz Xaver Kiessling berichtete, daß die aus den Mitgliedern des „Ersten Wiener Turnvereins“ und des ehemaligen „Deutschen Volksvereines“ bestehende „Lothringer Tafelrunde“ des öfteren ausgesuchte Gäste eingeladen hatte. Um 1875 hätte sich unter den „Auserwählten“ auch Schönerer befunden, der, „obgleich er damals noch nicht deutschnational eingestellt war, jedoch durch seine volksfreundlichen Reden im Abgeordnetenhaus die Aufmerksamkeit Krickls auf sich gezogen hatte.“³²³ Zur Erinnerung: Dieser völkisch-antisemitischen Tafelrunde gehörten unter anderem Julius Krickl, Franz Masaidek, Franz Kaiser, Hans Hoffer, Emil Hauke, Heinrich Biziste und Josef Klemm an. Das Mitglied der „Letzten Sieben Germanen“, Franz Ertl, bestätigte die Angaben Kiesslings, korrigierte das Datum aber auf das Jahr 1878, womit nach dem nun folgenden Bericht nur der Dezember nach der „Skandalrede“ gemeint sein kann: „Eines Tages im Jahr 1878 ereignete sich, was wir kaum für möglich gehalten, daß im österreichischen Parlamente ein Mann sich erhob, der öffentlich das deutschnationale Banner entfaltete und unerschrocken deutsche Worte sprach, wie wir sie nur in unserem kleinen, geschlossenen Zirkel zu hören gewohnt waren. Dieser Mann war Georg Ritter von Schönerer, der uns bis dahin nur dem Namen nach bekannt gewesen war ... Sein kühnes Hervortreten wurde von uns mit freudigster Sympathie und mit frohen Hoffnungen für die Zukunft des deutschnationalen Gedankens in Österreich begrüßt, denn Schönerer war unabhängig und mutig genug, den mächtigen Gegnern der nationalen Sache kraftvoll entgegenzutreten. Man suchte und fand Annäherung ... Krickl, unser bisheriger Führer, unterordnete sich in selbstloser Hingabe an die Sache dem Manne, der durch seine persönlichen Eigenschaften und seine unabhängige Lebensstellung geeignet schien, diese Sache in Österreich zu Erfolgen zu verhelfen ... Wir Anderen folgten dem Beispiele Krickls, wir folgten der Fahne Schönerers.“³²⁴ Schönerer war daher schon vor seinem Auftreten bei den Burschenschaften über eine sich vertiefende Freundschaft mit Julius Krickl mit der völkischen Ideologie der Turner und, wie der Aussage von Franz Ertl zu entnehmen ist, mit jener der „Letzten Germanen“ vertraut worden. Ganz anders als die Studenten hatte Krickl schon sehr früh politische Programme ausgearbeitet und auch daran gedacht, eine politische Partei zu gründen. Er machte nun seinen Einfluß auf Schönerer geltend.

3.3 Otto von Bismarck und die österreichische Innenpolitik

Die Jahre 1878 und 1879, die zu den spannungsreichsten für Österreich-Ungarn in Innen- und Außenpolitik zählten, legten die Grundvoraussetzungen für seinen inneren Zerfall. Nach der Orientkrise, ausgelöst durch den russisch-türkischen Krieg, spielte Bismarck den Österreichern auf

322 HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich, S. 31.

323 Zitiert In: BENDA, Franz, Der deutsche Turnerbund 1889, S. 99f.

324 Zitiert In: BENDA, Franz, Der deutsche Turnerbund 1889, S. 100f.

dem am 13. Juni 1878 eröffneten Berliner Kongreß das Mandat zur Okkupation Bosniens und der Herzegowina in die Hände. Der „ehrliche, neutrale Makler“ zur Neuregelung der Verhältnisse auf dem Balkan setzte damit den ersten Grundstein für ein Bündnis mit dem Deutschen Reich, an das er möglicherweise schon nach Königgrätz gedacht hatte, als er im Frieden von Prag für milde Friedensbedingungen eingetreten war.³²⁵ Als Außenminister Julius Graf Andrassy mit den Worten „Nun sind Eurer Majestät die Tore zum Orient geöffnet“, vom Kongreß zurückkehrte, war Österreich nominell Kolonialmacht auf dem Balkan geworden. Diese Verschiebung österreichisch-ungarischer Interessen mußte zwangsläufig zu einem Konflikt mit der „Schutzmacht auf dem Balkan“, dem zaristischen Rußland, führen.

Noch krasser waren die innenpolitischen Auswirkungen. Trotz einer Phase des diplomatischen „comebacks“ der Deutschliberalen auf dem Berliner Kongreß, auf dem das deutsche Bündnis erstmals konkrete Gestalt annahm, spaltete sich die Verfassungspartei, mittlerweile ein Konglomerat verschiedenster Strömungen, endgültig. Die Mehrheit, die gegen die militärische Okkupation durch die Regierung gestimmt und den Berliner Verträgen die parlamentarische Genehmigung verweigert hatte, brachte am 15. Februar 1879 „die letzte deutsche Regierung der Monarchie“ des Fürsten Adolph Auersperg zu Fall.³²⁶ Unter ihnen befand sich auch Schönerer, der sich nicht ohne Häme über den von Österreich angezettelten imperialen Okkupationskrieg, der beinahe zu einem für eine militärische Großmacht höchst peinlichen Fiasko in Bosnien geführt hätte, äußerte: „Millionen sind dem österreichischen, sprich deutschem Volk in Österreich, entzogen worden“.

Will man auch heute gerne den Widerstand gegen das Einsetzen einer aggressiven Balkanpolitik als bemerkenswerte Voraussicht der Dinge, die da noch kommen sollten, bewerten, so ging es den Deutschliberalen einzig darum, einen weiteren Zuwachs an Gebieten mit einer nichtdeutschen Bevölkerung zu verhindern, der die dominierende Stellung des deutschen Zentralismus schwer gefährdet hätte.³²⁷ Nicht nur beim Kaiser, der in den Liberalen seit 1848 stets ein revolutionäres Element erblickt hatte, hatten sie wegen ihres ungeschickten Verhaltens während der Wirtschaftskrise und dem Konkordatsstreit längst einen Rückhalt verloren.³²⁸ Franz Josephs Liberalismus bezog sich, wenn überhaupt, auf einen josephinisch geprägten Begriff des „deutschen Staatsvolkes“, der ein deutschsprachiges Beamtentum und Offizierskorps zum Inhalt hatte. Schon gar nicht wollte er sich jetzt nach den militärischen Niederlagen seiner „geliebten Armee“ seinen erstmals erworbenen Anspruch, ein „Mehrer des Reiches“ zu sein, von jemandem zunichte machen lassen.³²⁹ Auch die Wähler waren den Liberalen inzwischen abspenstig geworden.

Was vordergründig für den Sturz der Regierung Gültigkeit besitzt, verschleiert die Tatsache, daß die kurze und verspätete Ära des Liberalismus in Österreich ihrem Ende nahe war. „(Sie) war sozial hinter der Zeit zurückgeblieben und die Zeit geistig in mancher Beziehung hinter ihr“,

325 FUCHS, Albert, *Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918*, S. 168.

326 WHITESIDE, Andrew, *Georg Ritter von Schönerer*, S. 70.

327 KANN, Robert, *Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie*, S. 95.

328 RUDERT, Wolfgang, *Die Stellung des deutschen Reiches zur innerösterreichischen Lage*, S. 18.

329 ZÖLLNER, Erich, *Geschichte Österreichs – Von den Anfängen zur Gegenwart*, S. 422.

schrieb Robert Kann.³³⁰ Standen die Aufklärung im geistigen und die industrielle Revolution im wirtschaftlichen Sinn Pate für den Liberalismus, so war die Wirkung der geistigen Bewegung im Abklingen, die wirtschaftliche seit der Krise des Jahres 1873 sehr geschwächt. In den nächsten 14 Jahren der feudal-konservativen Regierung des „Eisernen Ringes“ sollten die Massenparteien der Ersten Republik explodieren, die schließlich die Monarchie überlebten.

Für das österreichische Judentum bedeutete dieser Wechsel auch, daß sie ihre Beschützer in höchsten Regierungskreisen verloren. Nach einer kurzen Übergangsregierung unter Carl von Stremayr von Februar bis August 1879 kam es zu Neuwahlen, bei denen die Deutschliberalen mit nunmehr 174 gegenüber 179 Abgeordneten auch ihre Mehrheit im Reichsrat verloren. Am 12. August 1879 bildete sich ein Kabinett unter dem neuen Ministerpräsidenten Eduard Graf Taaffe, einem Jugendfreund des Kaisers. Rein äußerlich hätte man in der Person des Ministerpräsidenten so etwas wie eine Kontinuität feststellen können, denn der bisherige Statthalter von Tirol war in früheren Kabinetten bereits Kriegs- und Innenminister und sogar zur Zeit des Hochliberalismus vom 24. September 1868 bis zum 15. Jänner 1870 schon einmal Regierungschef gewesen.³³¹ Doch die Regierung stützte sich nunmehr auf den feudal-konservativen „Hohenwartklub“³³² sowie auf eine Koalition mit Tschechen, Polen und Deutschklerikalen.

Mit dem Beginn der Ära Taaffe vollzog sich auch der politische Aufstieg Georg von Schönerers. Schönerer trat bei den Reichsratswahlen des Jahres 1879 nominell noch immer als Liberaler an. Das liberale „Landes Wahlcomité“ hatte ihn aufgestellt und Schönerer kandidierte wieder für seinen Wahlbezirk Zwettl. Doch schlug ihm schon ein rauherer Wind entgegen. Seinen bäuerlichen Anhang hatte er großteils schon verloren, und die Feudalklerikalen traten entschieden gegen seine Wiederwahl auf. Der Statthalter von Niederösterreich bemühte sich sogar persönlich, einen Gegenkandidaten aufzustellen. Ein an ihn abgesandter Bericht eines Beobachters verdeutlicht eine weitere hervorstechende Charaktereigenschaft Schönerers: „Er hat wohl ... viele Gegner, aber es getraut sich keiner gegen ihn anzutreten, fast alle (fürchten) ... seine massive Grobheit.“³³³ Einen „höchst bedauerlichen Skandal“ erblickte Graf Taaffe in der einigermaßen gut gepolsterten Wiederwahl Schönerers, wie er sich dazu im Ministerrat vom 22. Mai 1879 äußerte³³⁴ und der Pfarrer seines Wahlbezirkes Ottenschlag, Karl Göttersdorfer, verkündete auf einer Wahlveranstaltung am 8. Jänner 1879, daß er jemanden, der „das Vertrauen des Waldviertels mißbraucht, durch seine Grobheit das Parlament verletzt, der von seiner Partei verlassen wurde und von Witzblättern verspottet wird“, schlicht und einfach für „nicht wählbar“ halte³³⁵, was Schönerers Einstellung zur katholischen Kirche um weitere Minusgrade abgekühlt haben dürfte.

330 KANN, Robert, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie, S. 95.

331 MATZ, Klaus Jürgen, Wer regierte wann? Regententabellen zur Weltgeschichte, München 1994, S. 255f.

332 Der „Hohenwartklub“ benannte sich nach dem früheren konservativen Ministerpräsidenten Graf Karl von Hohenwart.

333 Zitiert In: MOSER, Jonny, Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung, S. 41.

334 BIBL, Viktor, Georg von Schönerer, S. 4.

335 Zitiert In: MOSER, Jonny, Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung, S. 42.

Seinen Wahlerfolg verdankte Schönerer diesmal einer schmalen Broschüre, die er kämpferisch „Mein Programm“ getauft hatte. Gedanken, daß ihm jemand wegen dieses Titels einen Plagiatsvorwurf machen könnte, brauchte er sich keine zu machen, denn politische Absichtserklärungen waren damals eine rare Ausnahme. „Mein Programm“ enthielt Forderungen, die Schönerer schon während seiner ersten Wahlperiode ständig erhoben hatte: Die „Gewähr“ Österreichs gegenüber den Deutschen, „daß deren Nationalität nicht gefährdet werde“; das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, um dem Prinzip der Gleichberechtigung aller Staatsbürger zu mehr Geltung zu verhelfen; eine Verkürzung der Wahlperiode auf drei Jahre; eine bessere Durchsetzung des Staatsgrundgesetzes sowie die Festlegung der Trennung der Kirche von der Schule; drastische Einsparungen im Heerwesen; ein Beamtenabbau in der Verwaltung und in der Justiz, die „rasch und billig“ werden sollte, und natürlich Steuersenkungen als „Wahlzuckerl“.³³⁶ Das Programm enthielt aber auch im Gegensatz zu den liberalen Grundsätzen, die Schönerer stets von den Grundsätzen des „Börsenliberalismus“ unterschied, eine antisemitische Grundsatzerklärung, die er mit seiner Kritik an zu hohen Ausgaben, Wucher und Spekulation verknüpfte: „Überhaupt sind den bisher bevorzugt gewesenen Interessen des beweglichen Kapitals – und der bisherigen semitischen Herrschaft des Geldes und der Phrase, – die Interessen des Grundbesitzes und der produktiven Arbeit, sowie die Kräfte und Rechte der ehrlichen Arbeit in Hinkunft mit Entschiedenheit entgegenzustellen und zu fördern.“³³⁷

Neun Jahre nach der „Erklärung des Deutschen Volksvereines“ des Jahres 1870 charakterisierte die liberale Seite nun das Programm als „ein kurioses Schriftstück eines verschrobenen Politikers, der ohne ein bißchen Judenfresserei nicht sein könne“.³³⁸ Schönerer wurde der erste Politiker, der mit einem antisemitischen Programm in den Reichsrat gewählt wurde.

„Ich war auf wenige Tage in meinem Leben so stolz wie auf den Abschluß dieses Bündnisses“³³⁹, soll der deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck nach dem am 7. Oktober 1879 in Wien unterzeichneten „Defensivbündnis“³⁴⁰ mit Österreich gesagt haben. Was von den Deutschen als „Teilrevision“ der „Schmach des Jahres 1866“ gefeiert wurde und Bismarck zu einer Art „Heilsbringer“ werden ließ, stellte dieser selbst vor einem ganz anderen Hintergrund dar. Es ging ihm vorrangig um Stabilität in Europa, um die Schaffung einer modernen „Gesellschaft des Friedens“. Nach innen sollte dieses Bündnis die zentrifugalen „preußenfeindlichen“ Kräfte in Süddeutschland versöhnen. Nach außen sollte die multinationale Großmacht Österreichs, deren Er-

336 MOSER, Jonny, Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung, S. 41.

337 KLEINDL, Walter, Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur, Wien 1978, S. 276.

338 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. 2, S. 83.

339 FUCHS, Albert, Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918, S. 167.

340 Als wichtigste Bestimmung wurde die gegenseitige Hilfsverpflichtung im Falle eines russischen Angriffs auf einen der beiden Vertragspartner vereinbart; für den Fall des Angriffes einer dritten Macht verpflichtete man sich zur wohlwollenden Neutralität, die zu aktiver Hilfe werden sollte, sobald der Angreifer die Unterstützung Rußlands gewänne. Überblick siehe: ZÖLLNER, Erich, Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 8. Aufl., Wien 1990, S. 423.

haltung und Unabhängigkeit daher Grundvoraussetzung für Bismarck war, die Süd- und Ostgrenzen schützen und als quasi verlängerter Arm Berlins dem panslawischen Imperialismus weit vor den Grenzen, am Balkan, Einhalt gebieten. Ein Zerfall Österreichs, in dessen Vakuum russische oder französische Interessen vordringen könnten, oder ein „Anschluß“ der deutschsprachigen Gebiete Österreichs, der nicht nur ein religiöses Übergewicht der „Südstaaten“ mit sich gebracht hätte, spielte in den taktischen Konzepten Bismarcks keine Rolle. Angesichts seiner im berühmten „Kissinger Diktat“ im Jahre 1877 festgelegten „Verzichtspolitik“ zur „Wahrung des Besitzstandes“ hatten großdeutsche Bestrebungen keinen Platz mehr.³⁴¹

Was Bismarck trotz eindeutiger Bekundungen der Ablehnung österreichisch-deutschnationaler Politik, wie anlässlich eines Empfanges im Jahre 1895 gegenüber dem späteren Literaten Hermann Bahr,³⁴² zu einem „Heros der Alldeutschen“ machte, war daher weniger seine Person, sondern das Surrogat für eine autoritäre, rücksichtslose und mit Gewalt erzwungene „Blut und Eisen-Romantik“.

Daß Schönerer Bismarck in der deutschen Frage zu einer Änderung bewegen wollte, genauso wie der Reichskanzler die Wandlung von einem Preußen zu einem Deutschen vollzogen habe, als man ihn erst einmal zum Führer einer Sache ausgerufen hatte, die das Herz des Widerstrebenden eroberte,³⁴³ ist ein vom frühen Schönerer-Biographen Erwin Mayer-Löwenschwerdt geäußelter Wunschtraum einer einseitigen Liebesbeziehung, der diesen Widerspruch innerhalb der Bewegung zwischen der realen Person Bismarck und der Vorstellung, wie er hätte funktionieren müssen, sehr gut wiedergibt.

Genauso widersprüchlich blieben die idealisierende Schwärmerei für den Konservatismus und Militarismus des Hohenzollernstaates, wenn es darum ging, sie mit den revolutionären, demokratischen, oligarchischen und antikonservativen Traditionen, die die alldeutschen Studenten gerade im Jahre 1848 erblickten³⁴⁴, in Einklang zu bringen. Waren doch genau jene, die in ihrer Bismarck-Gläubigkeit nach „Blut und Eisen“ schrien, also nach einer Austragung der Nationalitätenkonflikte mit Waffengewalt, als Angehörige von Turnvereinen für eine „Wehrhaftmachung des Volkes“ gegen eine spätestens seit 1866 verhaßte Armee als Machtmittel eines absolutistischen Staates ohne Volkssouveränität eingetreten. Von staatlicher Seite wurden die Machenschaften der Turner als Bedrohung für ein stehendes Heer angesehen. In der Ära Taaffe fanden die Konflikte um die Bestrebungen, das Offizierskorps unpolitisch zu halten, ihren Höhepunkt, als vor allem aus akademischen Kreisen stammende Reserveoffiziere bei Verbreitung deutschnationaler Anschauungen aus der Armee ausgeschlossen wurden.³⁴⁵

341 Dazu: GALL, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, 594ff. HAFNER, Sebastian, Von Bismarck zu Hitler, S. 65f.

342 FERBER, Walter, Die Vorgeschichte der NSDAP in Österreich, S. 12f.

343 MAYER-LÖWENSCHWERDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer. Eine politische Biographie, Wien/Leipzig 1938, S. 98.

344 WANDRUSZKA, Adam, Österreichs politische Struktur, S. 380.

345 MOLISCH, Paul, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich, S. 101f.

Es waren die großen Auffassungsunterschiede, die zwischen einem süddeutsch-österreichischen völkischen Nationalismus und einem staatlich konservativen Denken der Reichsdeutschen kaum eine Verständigungsmöglichkeit entstehen lassen konnten. Sie bildeten eine frühe Wurzel für die Haßliebe der späteren gläubig-idealistischen österreichischen Nationalsozialisten zum preußischen Konservatismus und der scharfen Ablehnung, die ihnen entgegenschlug, wofür die Ereignisse des 20. Juli 1944 Zeugnis ablegten.

Diese zunächst an der Person Bismarcks festzumachenden Widersprüche, um wieder zum Ausgangspunkt, dem Bündnisvertrag von 1879, zurückzukehren, machten sich sehr wohl in der „Praxis“ bemerkbar. Der „Bismarckianer“ Schönerer konnte sich als Zielscheibe zahlreicher zeitgenössischer Karikaturen kaum des Spottes erwehren, galt doch diese Art der Politik auf Österreich einfach unübertragbar. Daraus resultierte auch seine Rezeptlosigkeit, „Blut und Eisen“ umsetzbar zu machen, denn mehr als ein Schielen nach einem „Anschluß“ wagte auch Schönerer nicht zu behaupten. Was blieb, war das Konzept Bismarcks einer „sozialen Reform auf nationaler Grundlage“, das dieser als Kampfmittel gegen die aufkommende Sozialdemokratie eingesetzt hatte und das sich eine spätere alldeutsche Arbeiterjugend auf ihre Fahnen heften sollte. Als es aber an allen Ecken und Enden selbsternannte Reformer gab, verblaßte der Name Bismarck schnell: Dies läßt sich von den österreichischen Nationalsozialisten der Jahrhundertwende bis Hitler verfolgen. Hitlers Weltbild ist auch schon von einem „gereinigten“ Bismarck-Bild geprägt. Im völligen Widerspruch zu Schönerer nahm für ihn das preußische Vorbild einen eher untergeordneten Rang ein. Das einzige positive Merkmal des Zweiten Reiches sah er in seiner Begründung, da es die Zerrissenheit Deutschlands beseitigte, sonst habe der Bismarck-Staat in seiner Aufgabe, gemäß Hitlers Theorie vom „Ende des bürgerlichen Zeitalters“, die Einheit zu einem national und sozial geschlossenen Volkskörper auszubauen, gänzlich versagt. Die Geschichte des kaiserlichen Deutschlands diene ihm als Gegenbild für die Leistungen der nationalsozialistischen Politik und erschien bei ihm als Abfolge versäumter Gelegenheiten und falscher Entscheidungen.³⁴⁶ Auch das deutsch-österreichische Bündnis offenbarte Hitler den Eindruck der „Schwäche“, da es nicht auf expansive Ziele gerichtet war und deswegen als Bündnis überhaupt fragwürdig erschien. Für Hitler war es „rassepolitisch einfach verderblich“, daß Bismarck das Werden einer neuen slawischen Großmacht in Österreich an der Grenze des Reiches duldete.³⁴⁷

Was in Österreich die 14 Jahre währende Herrschaft des „Eisernen Ringes“ genannt und von den Deutschnationalen mit dem Zusatz „der uns zu erdrosseln versucht“ versehen wurde – das Kabinett Taaffe –, eröffnete radikalen Gruppen ungeahnte Möglichkeiten des Widerstandes. Mit der Regierungsumbildung sollten vor allem die Slawen versöhnt und der deutsche Vorherrschaftsanspruch in enge Schranken verwiesen werden. Auch das bis zum Zerfall der Monarchie bestehende Bündnis mit Deutschland fand einen Einbau in diese Politik. Es half, die staatszerstö-

346 KROLL, Frank Lothar, Geschichte und Politik im Weltbild Hitlers, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 44. Jg. (1996).

347 HITLER, Adolf, Mein Kampf, S. 160f.

rerischen Tendenzen der Alldeutschen im Zaume zu halten³⁴⁸, da es im reichsdeutschen Interesse lag, die Habsburgermacht, ohne zur geringsten nationalen Zersetzung beizutragen, ungeteilt und stark im deutschen Kielwasser zu halten.³⁴⁹ Eine aktive Bündnispolitik konnte eine deutsch-zentralistische Politik mit gleichzeitiger Befriedung der Widerstände im Inneren durch eine Kombination konservativer, klerikaler Beamtenkabinette mit einem starken slawischen, polnischen und tschechischen Einschlag bedeuten.³⁵⁰

Der Begriff des „Fortwurstelns“ kam in Mode, eine Taaffe zugeschriebene Wortschöpfung, die er später damit korrigierte, eigentlich „durchfretten“ gemeint zu haben, um der „Meisterleistung österreichischen Polit-Kabarets“³⁵¹ die Krone aufzusetzen. Der Ministerpräsident verstand darunter, es allen recht machen zu müssen, weswegen gerade in der hitziger werdenden Phase der nationalen Bestrebungen eine starke Persönlichkeit fehlte. Denn Taaffe war peinlichst darauf bedacht, Konflikte mit dem Parlament zu einem Zeitpunkt zu vermeiden, als es ihm gelungen war, die Tschechen nach dem gescheiterten Ausgleichsversuch wieder in den Reichsrat zu bringen. Sie akzeptierten nun auch folgerichtig den deutschen Bündnisvertrag,³⁵² weswegen Taaffe wie sein Nachfolger, mit dem er oft verglichen wurde, Graf Badeni, die nationale Struktur unangetastet ließ und Zugeständnisse an Deutsche und Nichtdeutsche gleichermaßen verteilte. So schätzte ihn die Geistlichkeit als Kirchgänger, die Antiklerikalen jubelten über seine scharfen Aussagen im Konkordatskampf, seine föderalistischen Bestrebungen beruhigten vor allem wieder die Tschechen. Einem wachsenden Teil der gemäßigten Deutschliberalen wurde Taaffe immer dann sympathisch, wenn er ihnen mit seinen vertraulichen Nebenbemerkungen zu verstehen gab, er sei einer von ihnen, solange sie sich „verfassungstreu“ verhielten und dieser Regierung keine Schwierigkeiten machten.³⁵³

Daß sich diese Politik „das große Morgen dem kleinen Heute zu opfern“ trotzdem 14 Jahre halten konnte, galt im damaligen Österreich als Wunder und man übersah nur allzu leicht, wie sehr es unter der Oberfläche gärte. Schönerer, der dieser Epoche seinen Aufstieg verdankte, brauchte nur die Schlagworte, die sie prägten, umzukehren, um mit Geradlinigkeit, Unverrückbarkeit und „Unverfälschtheit“ zu überzeugen. Mit der Politik des hohen Ausgleiches erkaufte sich die Regierung einen enormen Autoritätsverlust. Durch den immer stärker werdenden Widerstand eines zunehmend abtrünnigeren Teiles der Deutschliberalen gegen Taaffe gelang es bald einem radikalen Zweig, sich eine Volksstimmung, in der die Regierung keinen Rückhalt besaß, zu Nutze zu machen und sie zu indoktrinieren. Daß Taaffe mit seiner Aussöhnungspolitik gerade die radi-

348 LUTZ, Heinrich, Zur Wende der österreichisch-ungarischen Außenpolitik 1871. Denkschrift des Grafen Beust an Franz Joseph vom 18. Mai, in: Festschrift für Hanns Leo Mikoletzky, Wien 1972, S. 170f.

349 KANN, Robert, Das Deutsche Reich und die Habsburgermonarchie 1871–1918, in: KANN, Robert / Friedrich E. Prinz, Deutschland und Österreich. Ein bilaterales Geschichtsbuch, Wien 1980, S. 146.

350 KANN, Robert, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie, S. 97.

351 MORTON, Frederic, Ein letzter Walzer, S. 317.

352 KLETEČKA, Thomas, Außenpolitische Vorstellungen von Parteien und Gruppen in Cisleithanien, S. 419.

353 RUDERT, Wolfgang, Die Stellung des deutschen Reiches zur innerösterreichischen Lage, S. 13f.

kalsten Kräfte nicht erreichte, kann ihm nicht als Fehler angelastet werden, zu lange war deren Vorgeschichte. Daß er aber ihnen gegenüber das Rezept anwendete, diejenigen zu bestrafen, die sich gegen ihn stellten und sich mit einer Lawine von Verboten immer unversöhnlicher und „antiliberaler“ verhielt, entzündete den innenpolitischen Kampf. Zudem stärkte das sukzessive „Aus-trocknen“ der liberalen Formationen in den 1880er und 1890er Jahren die Gruppe um Schönerer mit dem Anwachsen des Antisemitismus.

Auch der tschechische „Nationalitätenfeind“ saß nun wieder in den eigenen Reihen und war populistisch wirksam angreifbar, womit man indirekt auch wieder die Regierung treffen konnte. „Und hoch dem böhmischen Landtag, so wie er jetzt besteht / er wird nur bald zur Landplag', wenn's noch so weiter geht. / Wer führt so kühn das Ruder, wer führt das Regiment? / Es ist das dumme Luder, Ministerpräsident“³⁵⁴, sangen deutsche Mittelschüler in Prag nach dem Verlust der deutschen Mehrheit im Landtag. Als Voraussetzung für den Wiedereintritt der Tschechen in den Reichsrat hatte Taaffe eine Sitzverschiebung von den Liberalen zur Großgrundbesitzerkurie erzwungen und den böhmischen Landtag damit konservativ gemacht.³⁵⁵

354 Zitiert In: MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 54.

355 SKEDL, Arthur, Der politische Nachlaß des Grafen Eduard Taaffe, Wien 1923, S. 377f.

II. Teil: Georg Ritter von Schönerer und Alldeutschland

„Als ich nach Wien kam, standen meine Sympathien voll und ganz auf der Seite der alldeutschen Richtung. Daß man den Mut aufbrachte, im Parlament den Ruf Hoch Hohenzollern auszustoßen, imponierte mir ebenso sehr, wie es mich freute; daß man sich immer noch als bloß vorübergehend getrennten Bestandteil des Deutschen Reiches betrachtete und keinen Augenblick vergehen ließ, um dieses auch öffentlich zu bekunden, erweckte in mir freudige Zuversicht.“

(Adolf Hitler in „Mein Kampf“, 307.–311. Aufl., München 1938, S. 106.)

„Die Art und Weise ... kann nur abstoßend auf den deutschen Menschen wirken. Eine Bewegung, die in Rußland mit den erschütterndsten Greuelszenen, in Deutschland mit Skandalen aller Art und bezüglich ihres ersten schüchternen Auftretens in Österreich mit einem Wirtshauskrawall ihre Ziele anzustreben versucht, kann ... keine fortschrittliche sein, und die große Masse des gebildeten deutschen Volkes wird niemals dieser Strömung irgend welches Verständnis entgegenbringen.“

(Die Leitmeritzer Zeitung vom 24. März 1882, über eine antisemitische Veranstaltung in Wien, an der auch Georg von Schönerer teilgenommen hatte.)

1. Von der Kunst, es allen recht zu machen

Wie wenn er einer Eingebung seines zutiefst antiliberalen Freundes Julius Krickl gefolgt wäre, schloß sich Georg Ritter von Schönerer nach seiner Wiederwahl im Oktober des Jahres 1879 nicht mehr den „Radikalen“ an. Um nicht sofort zum „wilden Abgeordneten“ gestempelt zu werden, suchte er die Nähe eines ebenfalls liberalen „Abtrünnigen“, des damals bereits 51jährigen, im benachbarten Wahlkreis Krems gewählten Landwirts, Gründers einer Liedertafel und späteren Bürgermeister von Langenlois, Heinrich Fürnkranz (1828–1896), der daraufhin bald nur mehr „Schönerers Sancho Panza“ gerufen wurde. War Schönerer schon vorher mit nicht zu knappem Spott bedacht worden, verstand er es, diesen auch noch zu steigern. Er verordnete dem von ihm und Fürnkranz gebildeten Duett den Namen „Deutsche Volkspartei“, um dieser jämmerlichen Vorstellung wenigstens den Anstrich einer parlamentarischen Fraktion zu geben, hinter der wieder einmal Tausende Wähler stehen würden. Auch Karl Lueger sollte wenig später dasselbe Schicksal ereilen. Obwohl Schönerer immer noch dem lockeren Lager der „Deutschen Linken“ zugezählt wurde, wie sich die Verfassungspartei nach 1881 nannte, ließ diese Schmach nun endgültig den Entschluß reifen, sich seine Verbündeten außerhalb des parlamentarischen Lagers zu suchen und seine eigene, „wirkliche“ Partei zu gründen.

Ein Ereignis zur Jahreswende 1879/80 gab nun den entscheidenden Ausschlag, dieses Vorhaben auch zu verwirklichen. Nachdem es Ministerpräsident Taaffe gelungen war, daß ihm die Tschechen nach einer teilweisen Erfüllung ihrer Wünsche eine Majorität im Reichsrat und damit sein politisches Überleben gegenüber den Liberalen sicherten, wollte er sie nun unter allen Umständen halten und ihre mit allen Mitteln der Rechtsverwahrung erfolgte Rückkehr honorieren. Schon vor der Reichsratseröffnung im Oktober 1879 hatten die Führer der konservativ-liberalen „Altschechen“, Clam-Martinic und Rieger, dem Kaiser eine Denkschrift überreicht, in der sie ihn an den unerledigt gebliebenen Sprachenentwurf, ein Kernstück des 1871 gescheiterten Ausgleichsversuches, erinnerten.³⁵⁶ Als es anläßlich der Budgetdebatte zu ersten Schwierigkeiten kam, erließ Taaffe am 19. April 1880 zwei für die Kronländer Böhmen und Mähren getrennte Sprachenverordnungen. Erstentwürfe dazu hatte der von den Altschechen gestellte Minister ohne Portefeuille, Pražák, gemeinsam mit dem früheren liberalen „Platzhalter“ und jetzigen Justizminister Carl von Stremayr ausgearbeitet, für den das schwierige Anforderungsprofil einer gemäßigten konservativen Einstellung ohne allzu scharfe Kollision mit liberalen Interessen galt.³⁵⁷

356 KOLMER, Gustav, *Parlament und Verfassung*, Bd. 3, Wien 1902–1914, S. 59.

357 JENKS, William, *Austria Under the Iron Ring – 1879–1893*, The University Press of Virginia 1965, S.36.

Die als „Taaffe-Stremayrschen Sprachenverordnungen“ bekannt gewordenen Ministerialerlässe gingen auf die in der Denkschrift gemachten tschechischen Forderungen insofern ein, als sie nunmehr alle politischen, gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Behörden verpflichteten, „die an die Parteien über deren mündliche Anbringen oder schriftlichen Eingaben ergehenden Erledigungen in jener der beiden Landessprachen auszufertigen, in welcher das mündliche Anbringen vorgebracht wurde oder die Eingabe abgefaßt“ war (§1).³⁵⁸ Was schon seit 1867 im Artikel XIX des Staatsgrundgesetzes über die Gleichberechtigung der Nationen geregelt war, hatte bis zu diesem Zeitpunkt keine Anwendung gefunden, weil selbst in gemischtsprachigen und seltener in rein tschechischen Gebieten alle Eingaben in deutscher Sprache erledigt wurden.³⁵⁹ Diese Verordnungen schufen jedoch die grundlegende Rechtsquelle – in vollem Umfang für das ganze Land – für die doppelsprachige Anwendung der Landessprachen im äußeren Dienst, womit die Vorherrschaft des Deutschen endgültig beendet war. Sie definierten das erste Mal Tschechisch als „Landessprache“ in Böhmen und Mähren und verliehen ihr damit einen öffentlichen Status.³⁶⁰ Entgegen einem Gegenmemorandum der deutschen Abgeordneten vom 9. Februar 1880, welches die Kompetenzübertragung von Nationalitätenfragen auf den Reichsrat statt der Landtage und wegen der Berührung staatlicher Gerichte und Behörden eine ausschließliche Regelung von Sprachenfragen durch die Reichsgesetzgebung einforderte,³⁶¹ beschritten Taaffe und Stremayr den unheilvollen Weg, eine so unendlich heikle Materie im „absolutistischen“ Verordnungsweg – „von oben“ – lösen zu wollen.

Die deutsche Erbitterung erregten aber noch zwei andere, davon abgeleitete Konsequenzen: Aus § 1 ergab sich zwingend die normierte rechtliche Einheit des Landes. Diese Bestimmung barg gleichsam als Kern die Ablehnung eines geschlossenen deutschen Sprachgebiets, in dem nur das Deutsche als „landesübliche Sprache“ galt, in sich.³⁶² Sie versperrte damit auch sämtlichen zukünftigen deutschen Autonomieforderungen den Weg. Indirekt lebte mit den Sprachenverordnungen des Jahres 1880 auch die Frage der Anerkennung des „böhmischen Staatsrechtes“ wieder auf, denn eine Lostrennung der Deutschen von den Erbländen schien in Vorbereitung.

Da beide Seiten genau wußten, daß die Beamtenschaft der Schlüssel zur Germanisierung, oder aber ein gefügiges Werkzeug war, diese hintanzuhalten, gingen die Befürchtungen der Deutschböhmen nun in die Richtung, daß die Durchführung der Verordnung einen zweisprachigen Beamtenkörper bis in die kleinste Amtsstube³⁶³ zwingend voraussetze. Das hätte die Ersetzung der nur Deutsch sprechenden Beamten durch tschechische auch in den 77 von insgesamt 216 rein deutschen Gerichtsbezirken zur Folge gehabt. Die tschechischen Beamten wären dadurch im Vor-

358 SUTTER, Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, Bd. 1, Wien 1965, S. 84.

359 HUGELMANN, Karl Gottfried, Das Nationalitätenrecht des Alten Österreich, Wien/Leipzig 1934, S. 330f.

360 JENKS, William, Austria Under the Iron Ring – 1879–1893, S. 61.

361 SIEGHART, Rudolf, Die letzten Jahrzehnte einer Großmacht, Menschen, Völker, Probleme des Habsburgerreiches, Wien 1931, S. 407. HUGELMANN, Karl Gottfried, Das Nationalitätenrecht des Alten Österreich, S. 331.

362 HANTSCH, Hugo, Die Geschichte Österreichs, Bd. II (1648–1918), Graz 1962, S. 418.

363 JENKS, William, Austria Under the Iron Ring – 1879–1893, S. 54f.

teil gewesen, daß sie zweisprachig aufgewachsen waren, während die Deutschen die tschechische Sprache als „die Sprache des niederen Volkes“ betrachteten³⁶⁴ und ihre Erlernung als lästigen Zwang ablehnten.³⁶⁵ Es war vorauszusehen, daß zweisprachige Beamte, eben in der Mehrzahl Tschechen, von nun ab im Staatsdienst bevorzugt sein würden.

Der ganze „furor teutonicus“ entlud sich nun auf den Liberalen Carl von Stremayr, der sich bitter enttäuscht zeigt: „Ich wurde als Abtrünniger erklärt, aus der Partei faktisch ausgeschlossen und durfte den Club nicht mehr betreten.“³⁶⁶ Die liberale „Neue Freie Presse“ beschuldigte ihn, ein Vollstrecker von Sprachenverordnungen zu sein, die zwei Millionen Deutschböhmen ihrer Rechte berauben würden, die sie seit Jahrhunderten besessen hätten.³⁶⁷ Stremayr versuchte sich sichtlich noch in seinen 1899 verfaßten Lebenserinnerungen zu verteidigen, wenn er über das schlimmste Kapitel in seinem politischen Leben schrieb: „Vielfache Abschwächungen stammten von mir.“ Moses Mehring, der 1924 im Zuge seiner Dissertation die Ministerratsprotokolle einsehen konnte, die drei Jahre später ein Raub der Flammen des Justizpalastbrandes wurden, und der Journalist Heinrich Pollak bestätigten jedoch Stremayrs Aussagen, wonach dieser Taaffe im Ministerrat davon abgebracht habe, die Zweisprachigkeit auch als innere Dienstsprache einzuführen, womit die deutsche Amtssprache vollkommen verdrängt worden wäre.³⁶⁸ Um beide Seiten zu befriedigen, lehnte Taaffe die Zweisprachigkeit gegenüber den Tschechen mit dem von deutscher Seite oft gebrauchten Argument ab, daß der innere Dienst eine interne Angelegenheit der Behörden sei, sich daher nicht an die Staatsbürger als Normadressaten wende und daher der Artikel XIX des Staatsgrundgesetzes 1867 auf ihn auch keine Anwendung finde.³⁶⁹ Genauso hatte er schon im November 1879 seinem Kabinett einen Rahmen vorgegeben, in dem auf kaiserliche Anordnung die deutsche Militärsprache auf keinen Fall berührt werden dürfe.³⁷⁰ Wenn auch die Verordnung tatsächlich die Vorherrschaft der deutschen Sprache im äußeren Dienst beendete, so waren davon nur die Verwaltungsbehörden betroffen. Die Gerichte standen weiter auf dem Standpunkt, daß eine diesbezügliche Regelung der Allgemeinen Gerichtsordnung widerspreche.³⁷¹ Justizminister Stremayr konnte allerdings die Zweiteilung der Prager Universität nicht verhindern.

Unter dem Strich führten die unglücklichen Sprachenverordnungen aber zu dem Ergebnis, daß beide Seiten, denen Taaffe es möglichst „recht“ machen wollte, das Gefühl hatten, Verlierer zu sein. Bei den „verfassungstreuen“ deutschen Abgeordneten, die sich seit jeher als die Verteidiger liberal-konstitutioneller Errungenschaften verstanden, kam jetzt noch dazu, daß sie von nun an

364 HANTSCH, Hugo, Die Geschichte Österreichs, Bd. II, S. 418.

365 KAINDL, Friedrich, Böhmen. Zur Einführung in die böhmische Frage, Leipzig 1919, S. 81.

366 STREMAJR, Carl von, Erinnerungen aus dem Leben. Seinen Kindern und Enkeln erzählt, Wien 1899, S. 59.

367 Neue Freie Presse vom 27. April 1880.

368 STREMAJR, Carl von, Erinnerungen aus dem Leben, S. 60. Vgl. JENKS, William, Austria Under the Iron Ring – 1879–1893, S. 61.

369 HUGELMANN, Karl Gottfried, Das Nationalitätenrecht des Alten Österreich, S. 316.

370 JENKS, William, Austria Under the Iron Ring – 1879–1893, S. 55.

371 HUGELMANN, Karl Gottfried, Das Nationalitätenrecht des Alten Österreich, S. 332.

vehement die parlamentarische Zuständigkeit für Sprachenfragen forderten. Für die Radikalen galt Stremayr als Verräter – die Deutschklerikalen, die sich im Reichsrat zu einer lockeren Vereinigung mit den Slowenen, Kroaten und Rumänen zusammengeschlossen hatten, um die Regierung zu unterstützen, waren es sowieso.³⁷² Selbst Mitglieder der Deutschliberalen Partei waren nun überzeugt, daß Österreich auf dem Wege zu einem slawischen Staat wäre.³⁷³

1.1 Die Gegenbewegungen zu den Taaffe-Stremayrschen Sprachenverordnungen

Das spätere Literaten-Café „Griensteidl“ auf dem Wiener Michaelerplatz wurde um das Jahr 1880 zum Treffpunkt eines Intellektuellenkreises, der sich aus „heterogenen Elementen“ zusammensetzte. Er stand sich damals in der Auflehnung gegen den allmächtigen und alleinverantwortlichen Liberalismus „politisch merkwürdig nahe“.³⁷⁴ Diesen Kaffeehausprotestierern gehörten der jüdische Demokrat Ignaz Mandl und die nach der Auflösung des „Lesevereines der deutschen Studenten Wiens“ eines breiteren Forums beraubten Burschenschaftler Heinrich Friedjung, Viktor Adler und Engelbert Pernerstorfer an. Aber auch Georg von Schönerer und Karl Lueger, die zwei späteren Rivalen, die hier einander möglicherweise das erste Mal privat begegneten, nahmen an den Treffen dieser illustren Runde teil.

Zur selben Zeit entstand im Hinterzimmer eines Wirtshauses eine wegen des Alkoholkonsums Engelbert Pernerstorfers so genannte „Bier-Zeus Gesellschaft“. Zu diesem schon früher bestehenden lockeren Freundeskreis stießen neben den oben Genannten noch die ehemaligen Mitglieder des „Lesevereines der deutschen Studenten Wiens“, Siegfried Lipiner (1856–1911), Max von Gruber (1853–1927), der Historiker und Schriftsteller Richard Kralik (1852–1934), der Archäologe Wilhelm Klein und der spätere Komponist Gustav Mahler (1860–1911).³⁷⁵ Letzterer mußte angeblich auf dem Klavier immer wieder „Deutschland, Deutschland über alles“ spielen. Sie vereinte nicht nur die Herkunft zumeist aus Böhmen und Galizien, sondern eine tiefgehende Beschäftigung mit Friedrich Nietzsche und Artur Schopenhauer sowie eine glühende Verehrung für Richard Wagner.³⁷⁶ Diese Treffen waren trotzdem für Hans Tietze Beweis genug, daß Schönerer damals noch kein typischer Antisemit gewesen sein dürfte, sondern eher der „alt-österreichischen“ Variante zuneigte, ein allgemeines Vorurteil gegenüber Juden zu haben, persönlich aber besonders viele „Anständige“ zu kennen. Vor allem verband ihn zunächst eine tiefe Zuneigung zum jüdischen Bur-

372 SAMASSA, Paul, *Der Völkerstreit im Habsburgerstaat*, Leipzig 1910, S. 44.

373 WEISS, John, *Der lange Weg zum Holocaust*, S. 242.

374 TIETZE, Hans, *Die Juden Wiens*, Leipzig 1933, S. 81.

375 Ebd., S. 82.

376 Dazu: McGRATH, William J., *Dionysian Art and Populist Politics in Austria*, New Haven, Yale University Press, 1974.

schenschafter Heinrich Friedjung, der ihn mit seinen frühen Schriften stark beeinflusst haben dürfte und den er möglicherweise deshalb „meinen Streitjung“ nannte.

Die Sprachenverordnungen des Jahres 1880 boten diesen Kreisen eines aufstrebenden nationalen Lagers einen willkommenen Anlaß, den von einem Südtiroler Kuraten gegründeten „Deutschen Schulverein“³⁷⁷ auf Anregung Engelbert Pernerstorfers auch in Wien durch einen Ausschuß zur Gründung vorzubereiten. Diesem Ausschuß gehörten unter anderem der Silese und spätere erste Finanzminister der Ersten Republik Otto Steinwender (1847–1921), Viktor Adler und der frühere Silese und nunmehrige Bundesbruder Adlers und Pernerstorfers, Viktor von Kraus (1845–1905), an.³⁷⁸ Der Verein sah seine kulturelle Hauptaufgabe darin, zur Abwehr der „Verslawung“ und „Verwelschung“ deutsche Schulen und Kindergärten in gemischtsprachigen Gebieten zu finanzieren, um die Erziehung der Jugend zur Heimattreue und die Festigung der deutschen Sprache in den Grenzgebieten zu fördern. Daneben besorgten die Schulvereine laut Gründungsbeschluß Aufgaben volkskundlichen Charakters, die gerade auf dem damaligen schmalen Grat von Schönerer aufgenommen und später einer völkischen Pervertierung zugeführt wurden. Dazu gehörte die Förderung „aller Bestrebungen, welche die seelische und körperliche Gesundung des Volkes zum Ziel haben“, die Errichtung von Volksbüchereien, sowie die Pflege des Familiensinnes, der heimatlichen Sitten und Gebräuche sowie des Tanz- und Musikunterrichts.³⁷⁹

Im Juli 1880 wählten die Mitglieder des „Deutschen Schulvereines“ den Wiener Juden Moritz Weitlof zum Obmann und Viktor von Kraus zu seinem Stellvertreter, während Schönerer einen Aufsichtsratsposten bekleidete.³⁸⁰ Der „Deutsche Schulverein“, der bereits vier Jahre später unglaubliche neunzigtausend Mitglieder aufweisen konnte³⁸¹, stellte einen völlig neuen Organisationsstyp dar. Er gab dem liberalen Begriff einer nationalen Identität trotz eines großdeutschen Gedankengutes eine universalistische, daher überkonfessionelle Ausrichtung und wollte zugleich überparteilich Deutsche aller Klassen und Parteien ansprechen.³⁸² Kollektive Beitritte und eine eifrige Werbearbeit mittels romantisch verklärter Ansichtskarten zeugen von dem breiten Echo, auf das der Schulverein vor allem bei den Burschenschaften stieß.³⁸³

Indem er sich erstmals an der Gründung eines nationalen Vereines zur „Bewahrung bedrohten Deutschtums“ beteiligt hatte, sprach Schönerer den liberalen Eliten endgültig das Recht ab, eine nationalistische Bewegung anzuführen. Damit beendete er auch seinen Weg als Kritiker des

377 Dazu allgemein: STREITMANN, M., *Der deutsche Schulverein vor dem Hintergrund der österreichischen Innenpolitik*, phil. Diss. Wien 1984.

378 DVORAK, Helge, *Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft*, Bd. I: Politiker Teilband 3: I–L, S. 163. Siehe auch: GRIMM, Horst / Leo BESSER-WALZEL, *Die Corporationen*, Frankfurt a. M. 1986.

379 ÖStA, Archiv der Republik (AdR), Bundesministerium für Unterricht (BMfU), Abt. 3 – 1947, K 130, Zl. 22.384-3/47

380 STADLER, Karl R., Engelbert Pernerstorfer, S. 48.

381 PAULEY, Bruce, *Der Weg in den Nationalsozialismus*, S. 71.

382 JUDSON, Pieter M., *Wien brennt! Die Revolution von 1848 und ihr liberales Erbe*, Wien 1998, S. 142f.

383 BAHNWEHR, Spulak von, *Geschichte der aus den Jahren 1859–1884 stammenden Wiener Couleurs*, S. 101.

vehement die parlamentarische Zuständigkeit für Sprachenfragen forderten. Für die Radikalen galt Stremayr als Verräter – die Deutschklerikalen, die sich im Reichsrat zu einer lockeren Vereinigung mit den Slowenen, Kroaten und Rumänen zusammengeschlossen hatten, um die Regierung zu unterstützen, waren es sowieso.³⁷² Selbst Mitglieder der Deutschliberalen Partei waren nun überzeugt, daß Österreich auf dem Wege zu einem slawischen Staat wäre.³⁷³

1.1 Die Gegenbewegungen zu den Taaffe-Stremayrschen Sprachenverordnungen

Das spätere Literaten-Café „Griensteidl“ auf dem Wiener Michaelerplatz wurde um das Jahr 1880 zum Treffpunkt eines Intellektuellenkreises, der sich aus „heterogenen Elementen“ zusammensetzte. Er stand sich damals in der Auflehnung gegen den allmächtigen und alleinverantwortlichen Liberalismus „politisch merkwürdig nahe“.³⁷⁴ Diesen Kaffeehausprotestierern gehörten der jüdische Demokrat Ignaz Mandl und die nach der Auflösung des „Lesevereines der deutschen Studenten Wiens“ eines breiteren Forums beraubten Burschenschafter Heinrich Friedjung, Viktor Adler und Engelbert Pernerstorfer an. Aber auch Georg von Schönerer und Karl Lueger, die zwei späteren Rivalen, die hier einander möglicherweise das erste Mal privat begegneten, nahmen an den Treffen dieser illustren Runde teil.

Zur selben Zeit entstand im Hinterzimmer eines Wirtshauses eine wegen des Alkoholkonsums Engelbert Pernerstorfers so genannte „Bier-Zeus Gesellschaft“. Zu diesem schon früher bestehenden lockeren Freundeskreis stießen neben den oben Genannten noch die ehemaligen Mitglieder des „Lesevereines der deutschen Studenten Wiens“, Siegfried Lipiner (1856–1911), Max von Gruber (1853–1927), der Historiker und Schriftsteller Richard Kralik (1852–1934), der Archäologe Wilhelm Klein und der spätere Komponist Gustav Mahler (1860–1911).³⁷⁵ Letzterer mußte angeblich auf dem Klavier immer wieder „Deutschland, Deutschland über alles“ spielen. Sie vereinte nicht nur die Herkunft zumeist aus Böhmen und Galizien, sondern eine tiefgehende Beschäftigung mit Friedrich Nietzsche und Artur Schopenhauer sowie eine glühende Verehrung für Richard Wagner.³⁷⁶ Diese Treffen waren trotzdem für Hans Tietze Beweis genug, daß Schönerer damals noch kein typischer Antisemit gewesen sein dürfte, sondern eher der „alt-österreichischen“ Variante zuneigte, ein allgemeines Vorurteil gegenüber Juden zu haben, persönlich aber besonders viele „Anständige“ zu kennen. Vor allem verband ihn zunächst eine tiefe Zuneigung zum jüdischen Bur-

372 SAMASSA, Paul, *Der Völkerstreit im Habsburgerstaat*, Leipzig 1910, S. 44.

373 WEISS, John, *Der lange Weg zum Holocaust*, S. 242.

374 TIETZE, Hans, *Die Juden Wiens*, Leipzig 1933, S. 81.

375 Ebd., S. 82.

376 Dazu: McGRATH, William J., *Dionysian Art and Populist Politics in Austria*, New Haven, Yale University Press, 1974.

schenschafter Heinrich Friedjung, der ihn mit seinen frühen Schriften stark beeinflusst haben dürfte und den er möglicherweise deshalb „meinen Streitjung“ nannte.

Die Sprachenverordnungen des Jahres 1880 boten diesen Kreisen eines aufstrebenden nationalen Lagers einen willkommenen Anlaß, den von einem Südtiroler Kuraten gegründeten „Deutschen Schulverein“³⁷⁷ auf Anregung Engelbert Pernerstorfers auch in Wien durch einen Ausschuß zur Gründung vorzubereiten. Diesem Ausschuß gehörten unter anderem der Silese und spätere erste Finanzminister der Ersten Republik Otto Steinwender (1847–1921), Viktor Adler und der frühere Silese und nunmehrige Bundesbruder Adlers und Pernerstorfers, Viktor von Kraus (1845–1905), an.³⁷⁸ Der Verein sah seine kulturelle Hauptaufgabe darin, zur Abwehr der „Verslawung“ und „Verwelschung“ deutsche Schulen und Kindergärten in gemischtsprachigen Gebieten zu finanzieren, um die Erziehung der Jugend zur Heimattreue und die Festigung der deutschen Sprache in den Grenzgebieten zu fördern. Daneben besorgten die Schulvereine laut Gründungsbeschluß Aufgaben volkskundlichen Charakters, die gerade auf dem damaligen schmalen Grat von Schönerer aufgenommen und später einer völkischen Pervertierung zugeführt wurden. Dazu gehörte die Förderung „aller Bestrebungen, welche die seelische und körperliche Gesundung des Volkes zum Ziel haben“, die Errichtung von Volksbüchereien, sowie die Pflege des Familiensinnes, der heimatlichen Sitten und Gebräuche sowie des Tanz- und Musikunterrichts.³⁷⁹

Im Juli 1880 wählten die Mitglieder des „Deutschen Schulvereines“ den Wiener Juden Moritz Weitlof zum Obmann und Viktor von Kraus zu seinem Stellvertreter, während Schönerer einen Aufsichtsratsposten bekleidete.³⁸⁰ Der „Deutsche Schulverein“, der bereits vier Jahre später unglaubliche neunzigtausend Mitglieder aufweisen konnte³⁸¹, stellte einen völlig neuen Organisationstyp dar. Er gab dem liberalen Begriff einer nationalen Identität trotz eines großdeutschen Gedankengutes eine universalistische, daher überkonfessionelle Ausrichtung und wollte zugleich überparteilich Deutsche aller Klassen und Parteien ansprechen.³⁸² Kollektive Beitritte und eine eifrige Werbearbeit mittels romantisch verklärter Ansichtskarten zeugen von dem breiten Echo, auf das der Schulverein vor allem bei den Burschenschaften stieß.³⁸³

Indem er sich erstmals an der Gründung eines nationalen Vereines zur „Bewahrung bedrohten Deutschtums“ beteiligt hatte, sprach Schönerer den liberalen Eliten endgültig das Recht ab, eine nationalistische Bewegung anzuführen. Damit beendete er auch seinen Weg als Kritiker des

377 Dazu allgemein: STREITMANN, M., *Der deutsche Schulverein vor dem Hintergrund der österreichischen Innenpolitik*, phil. Diss. Wien 1984.

378 DVORAK, Helge, *Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft*, Bd. I: Politiker Teilband 3: I–L, S. 163. Siehe auch: GRIMM, Horst / Leo BESSER-WALZEL, *Die Corporationen*, Frankfurt a. M. 1986.

379 ÖStA, Archiv der Republik (AdR), Bundesministerium für Unterricht (BMfU), Abt. 3 – 1947, K 130, Zl. 22.384-3/47

380 STADLER, Karl R., *Engelbert Pernerstorfer*, S. 48.

381 PAULEY, Bruce, *Der Weg in den Nationalsozialismus*, S. 71.

382 JUDSON, Pieter M., *Wien brennt! Die Revolution von 1848 und ihr liberales Erbe*, Wien 1998, S. 142f.

383 BAHNWEHR, Spulak von, *Geschichte der aus den Jahren 1859–1884 stammenden Wiener Couleurs*, S. 101.

Liberalismus aus sozialen und demokratischen Gründen, wie er dies noch teilweise in seinem Wahlprogramm von 1879 getan hatte.

Die in Schönerers Nachlaß befindlichen zahlreichen Einladungen zu Festveranstaltungen und Versammlungen für das Frühjahr 1880, allesamt Ausdrucksmittel einer demonstrativen Protestbewegung, belegen die neuerliche Aufnahme seiner Kontakte zu den Burschenschaften.³⁸⁴ Einem Datum dieses ereignisreichen Jahres 1880, das allgemein als Wendejahr eines radikalen Antisemitismus gilt, kommt dabei besondere Bedeutung zu:

Nach der im Dezember 1878 erfolgten Auflösung des „Lesevereins der deutschen Studenten Wiens“ faßten die konservativen Burschenschaften bereits am 14. Jänner 1879 auf einem eilig einberufenen Delegierten-Convent³⁸⁵ den Beschluß, daß alle Vereinigungen in die neben dem „Deutschösterreichischen Leseverein“ nunmehr zweitgrößte „Akademischen Lesehalle“ einzutreten hätten. Geplant war ein „Eroberungsfeldzug“.³⁸⁶ Die „Akademische Lesehalle“, in deren Eintrittsverzeichnis sich für das Sommersemester 1880 unter anderem die Namen der jungen Studenten Arthur Schnitzler (1862–1931) und Theodor Herzl (1860–1904) finden³⁸⁷, besaß eine vorzügliche Reputation, was ihre „Übernationalität zur Verfolgung akademischer Ziele“ anbelangte. Viele nichtdeutsche Mitglieder fanden hier ihr Zuhause. Der willkommene Anlaß für die als besondere Provokation empfundene „nationale Übernahme“ bot sich auf dem Stiftungsfest der Prager Concordia. Die Aufstockung der tschechischen Lehrkanzeln an der Prager Universität und die Abhaltung der Vorlesungen und Examen in beiden Sprachen, Vorboten der schließlich 1882 durchgeführten Teilung der Prager Universität, gaben Anlaß zu heftigen Tumulten zwischen deutschen und tschechischen Studenten.³⁸⁸ Als der Rektor und der Dekan der medizinischen Fakultät auf diesem Stiftungsfest den deutschen Charakter der Prager Universität betonten, kam es am 14. Mai 1880 erneut zu heftigen Zusammenstößen. Nachdem die dieser Vorfälle überdrüssig gewordenen slawischen Studenten geschlossen aus der Wiener „Akademischen Lesehalle“ ausgetreten waren, ebneten sie damit den Weg für den „Sturm auf die angeschlagene Bastion“. Der Eintritt der konservativen Burschenschaften in die „Lesehalle“ gelang.

Die große Siegesfeier am 11. April 1880 fiel datumsmäßig auf das Stiftungsfest der Burschenschaft Libertas. Schönerer stand dabei erstmals im Mittelpunkt. Bereits am 1. April 1880 war ihm eine Adresse der „Bürger und Studenten“ überreicht worden: „Jeder Ihrer Schritte wird von uns

384 Belegt ist seine Anwesenheit bei folgenden Veranstaltungen: 15. Mai 1880: Stiftungsfest der LIBERTAS; 4. November 1880: Kammers der Akademischen Lesehalle mit allen Burschenschaften; 4. Dezember 1880: Stiftungsfest der OPPAVIA; 11. Dezember 1880: Stiftungsfest der SILESIA; 3. Februar 1881: Stiftungsfest der TEUTONIA; 15. Februar 1881: Lessing Kommers. ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

385 Er bestand aus den konservativen Burschenschaften GERMANIA, LIBERTAS, OLYMPIA, SILESIA, ALBIA und TEUTONIA.

386 Neue Freie Presse vom 5. März 1881, S. 5. BAHNWEHR, Spulak von, Geschichte der aus den Jahren 1859–1884 stammenden Wiener Couleurs, S. 101.

387 SCHORSKE, Carl E., Wien. Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle, S. 141.

388 HANTSCH, Hugo, Die Geschichte Österreichs, Bd. II, S. 417.

mit aufrichtiger Teilnahme verfolgt ... Sie haben die Wahrheit gesprochen, daß wir zuerst und zuletzt Deutsche sind. Der Erfolg wird ihrem Streben ... nicht fehlen. Das wollte Gott!“³⁸⁹ Als ersten Schritt konnte sich auch der „Deutsche Schulverein“ eines Massenbeitritts erfreuen.

Als Vertreterin eines „besseren Deutschtums“ beklagte das Hochschulorgan „Alma Mater“ die schnelle Annahme des neuen Programms der „Akademischen Lesehalle“. Darin sah es eine „Kehrtwendung vom Vaterland“, nachdem eine „schändliche Politik inauguriert“ worden sei, „gehe es doch darum, aller Welt zu zeigen, daß die Wiener Universität deutsch“ sei.³⁹⁰

Die Sprachenverordnungen hinterließen tiefe Spuren. Noch mehr ärgerte das Hochschulorgan jedoch der Umstand, daß sich nun studentische „deutschösterreichische“ und „alldeutsche“ Parteien gegenüberstanden, denn ohne Auflösung des „Lesevereins der deutschen Studenten Wiens“ hätte man die Deutschnationalen „weiter conventikeln lassen“ können.³⁹¹

Der Regierungsantritt Taaffes und die Sprachenverordnungen bedeuteten vor allem für die all-deutschen Studenten das Herannahen einer großen Wende. Sie sahen darin den Plan der drei von ihnen bekämpften historischen Gewalten Krone, Kirche und Hochadel verwirklicht, mit Hilfe der Slawen das deutsche Element zu brechen. Heinrich Friedjung schrieb: „Das völkische Bewußtsein erwacht nun, als deutscher Besitzstand bedroht war. Der bisherigen maßgebenden deutschen Partei, der liberalen Verfassungspartei, war die Durchsetzung liberaler Programmpunkte und die Erhaltung der Verfassung wichtiger als das völkische Bewußtsein und die Sicherung des Deutschtums, sie zeigte eine größere Anhänglichkeit an die Dynastie als zum eigenen Volk.“³⁹²

Die Frage nach den Ursachen für das „Versagen des deutschen Liberalismus“ beantworteten nun viele frei nach dem Motto „Liberalismus ist gleich Judentum, beides nicht gleich Deutschtum“. Mit der Politisierung des ethnischen Konfliktes tauchte ebenfalls rasch die Frage auf: Sind die Juden Deutsche? Die altliberale Antwort hieß: Ja! Die neue, deutschnationale Antwort lautete: Nein!³⁹³

Die zunehmende Radikalisierung förderte das Auftreten einer Gruppierung, die etwa um 1875 entstanden und deren erste Gründungswelle um 1880 abgeschlossen war. Ihre Mitglieder sollten die treuesten Vasallen Schönerers und seiner neuen Bewegung werden.

1.2 Die Vereine Deutscher Studenten

Meist aus losen Tischgesellschaften des Maturajahrganges eines bestimmten Gymnasiums zusammengewürfelt und behördlich als Geselligkeitsvereine angemeldet, waren diese lockeren Verbände

389 Zitiert In: BEURLE, Carl, Beiträge zur Geschichte der deutschen Studentenschaft Wiens, S. 46.

390 Alma Mater, Nr. 44 vom 11. November 1880, S. 326.

391 Alma Mater, Nr. 44 vom 11. November 1880, S. 326.

392 FRIEDJUNG, Heinrich, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, Stuttgart 1905, S. 171f.

393 HANISCH, Ernst / RUMPLER, Herbert (Hg.), Innere Staatsbildung und gesellschaftliche Modernisierung in Österreich und Deutschland 1867/68–1914, Historikergespräch Österreich – BR Deutschland 1989, Wien 1991, S. 180.

nicht an die Rituale einer Burschenschaft gebunden. So fiel ihnen auch die Teilnahme am politischen Leben um einiges leichter. Bald beinhalteten die Satzungen jedoch auch programmatische Forderungen.

Für die wegen ihrer reichsdeutschen Nähe bedeutsame schlesische Landsmannschaft Oppavia, einem späteren „Verein Deutscher Studenten“, hat Kurt Knoll einen kurzen Abriss ihrer Entstehungsgeschichte überliefert: Mangels einer Hochschule im schlesischen Troppau wechselten Freunde des Maturajahrganges 1875 auf die Universität Wien. Zu arm, um bei einer Studentenverbindung Aufnahme zu finden und mit dem Gefühl, in einer Großstadt „bedrückt, fremd und verlassen“ zu sein, soll heißen ziemlich überwältigt vom Heimweh, fanden Treffen in Lokalen statt. Als diese immer unregelmäßiger erfolgten, arbeitete ein harter Kern Satzungen für einen „Geselligkeitsverein mit literarischen Zwecken“ aus, eine damals bürokratisch nicht allzu große Hürde, vor allem, wenn man einem in der damaligen österreichischen Bürokratie gerne gesehene Formalismus huldigte. Eine feste Organisation mit Ausschuß, Voll- und Plenarversammlungen, einer Geschäfts- und Strafordnung für säumige Mitglieder und Kneiperegeln sicherten jetzt einen engeren Zusammenhalt. In einer mit 12. Februar 1881 datierten Abschrift der ersten Statuten gab der nunmehrige „Verein Oppavia“ als Verbindungszweck die „Förderung geselliger Veranstaltungen, die Abhaltung von Vorträgen und Ausflügen mit Besprechungen aller nationalen und politischen Ereignisse“ an.³⁹⁴ Nach der Gründungskneipe am 4. Dezember 1877 hielt man aufgrund politischer Diskussionsabende schnell eine Einladung zum „Deutschösterreichischen Leseverein“ in Händen.

Nachdem der Geselligkeitsverein nun einige Zeit im „patriotischen Fahrwasser“ gesegelt war, erfolgten heftige, durch Einladungen des „Lesevereines der deutschen Studenten Wiens“ ausgelöste Grundsatzdiskussionen. Die ersten „Gemäßigten“ verließen die Verbindung. Eine im Juni 1879 durchgeführte Statutenänderung vom Geselligkeitsverein zu einer Landsmannschaft bestimmte, daß nur mehr in Schlesien geborene Studenten deutscher Nationalität Aufnahme in den Verein finden sollten. § 1 lautete nun: „Der Verein verfolgt deutschnationale Zwecke“. Die Übernahme einer korporativen Organisationsstruktur und des „Leipziger Bierkomments“ folgten.

Am 13. November 1879 lehnte die Oppavia den Antrag Isidor Hatscheks ab, dem Obmann des „Lesevereines der deutschen Studenten Wiens“ wegen seines Verlusts der Reserveoffizierswürde ein Anerkennungsschreiben zu schicken. Dieser Schritt wurde damit begründet, daß der Antrag eines Juden, einem Juden zu helfen „die Abneigung eines Großteils der Mitglieder“ hervorrufen könnte. Im Juni 1880 entsandte die Oppavia Vertreter in den D. C. zur Übernahme der „Akademischen Lesehalle“ und stellte erstmals „Leibwächter und Saalschutz“ als Georg von Schönerer am 4. Dezember 1880 auf ihrem Stiftungsfest erschien. Mit ihm ergab sich nun eine enge politische Zusammenarbeit und eine „Aussprache in nationalen und politischen Fragen, mit Bedeutung für die Judenfrage“. Das führte am 2. Jänner 1882 zur satzungsmäßigen Festlegung, daß Juden (auch getauften) und „Mischlingen“ zunächst die Aufnahme in den Sammelpunkt der „Schönerianer“,

³⁹⁴ Abschrift der Statuten der Oppavia, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

den „Deutschen Klub“, eine kleinere Nachfolgeorganisation des aufgelösten „Lesevereines der deutschen Studenten Wiens“, in dem auch die Oppavia Mitglied war, verweigert wurde. Später fand der Arierparagraph auch in der Verbindung selbst Anwendung.³⁹⁵ In nur vier Jahren war aus einer Lokalrunde, einem Klassentreffen, eine völkische Landsmannschaft geworden, die einen Arierparagraphen führte und deren politisches Gewicht noch eine wichtige Rolle spielen wird. Für die „Vereine Deutscher Studenten“ wurde die den Burschenschaften nicht unähnliche Sozialstruktur noch mehr prägend: Die Abstammung aus ärmlichen Schichten, verbunden mit dem Gefühl der „Heimatlosigkeit“, machte sie empfänglich für radikale Parolen, noch dazu, wo die eigene Radikalität erst Einlaß zu „elitären Zirkeln“ verschaffte. Auch das innere Zusammengehörigkeitsgefühl durch die gleiche Vergangenheit am Gymnasium, womöglich ein durch einen jüdenfeindlichen Klerus im Unterricht gemeinsam überliefertes antisemitisches Vorurteil, verstärkten diese Tendenzen in einer fremden Großstadt.

Je weiter diese Vereine von burschenschaftlichen Traditionen oder von den demokratischen Traditionen des Jahres 1848 entfernt waren, desto leichter fiel die Annahme der „Zeichen der neuen Zeit“. So trug der ebenfalls aus einer losen Tischgesellschaft Reichenberger Studenten entstandene „Verein deutscher Studenten in Böhmen“ keine Farben mehr. Er war so locker gegliedert, daß er seinen Mitgliedern, die jedoch auf dem „völkischen Grundsatz“, wie der Arierparagraph bald hieß, standen, die Mitgliedschaft in anderen Verbindungen gestattete. Der Verein war jedenfalls in seiner radikal-nationalen Betätigung so ungestüm, daß er bereits auf seiner Gründungskneipe am 4. Dezember 1882 das erste Mal aufgelöst wurde, wenn auch der Hauptgrund die Rede Schönerers gewesen sein dürfte.³⁹⁶ Der am 12. Juli 1879 gegründete Verein Philia, die spätere Thuringia, galt als der erste von Anfang an „judenreine“ Verein.

1.3 Mensurverbote und Arierparagraphen

Im nationalen Wirrwarr, den die Sprachenverordnungen ausgelöst hatten und an dem auch die konservative Presse mit ihrem gehässigen Spott auf jüdische Verbindungsstudenten als radikale Deutsche nicht ganz unschuldig war, machte auch das Beispiel der „Libertas“ Schule. Die Burschenschaften begannen, ihre Verbindungen „von unten nach oben zu säubern“. Im Februar legte ein Akademischer Delegierten Convent den konservativen Burschenschaften nahe, keine jüdischen Füchse mehr aufzunehmen, da ihre „Aufnahme ... zu Spaltungen und Differenzen führen könnte“. Am 11. März 1881 veranlaßte die Silesia Alfred Aschner, der seinerzeit Schönerer zum Ehrenmitglied des „Lesevereines der deutschen Studenten Wiens“ ernannt hatte, zum Ausscheiden. Damit waren nun auch „Alte Herren“ von den antisemitischen Maßnahmen betroffen.³⁹⁷ An-

395 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 104–168.

396 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 81.

397 HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich, S. 25.

scheinend immer einen Schritt voraus, führte die „Libertas“ im Sommersemester 1881 ein völlig neues Kriterium der Judenfeindschaft ein, indem sie ein Verbot schuf, Duellforderungen von Juden anzunehmen.³⁹⁸

Die Hunde, die am lautesten bellten, konnten auch eine anfängliche Beißhemmung zeigen: So führte die Silesia den Arierparagraphen erst 1907 ein. Weil es doch immer wieder zu „Verzögerungen“ kam, wurde es üblich, gerade in der „Judenfrage“ überzeugte Antisemiten „einzuschleusen“, um die internen heftigen Diskussionen zu einem „positiven“ Abschluß zu bringen. In der Teutonia befanden sich trotz des „Einsatzes“ von Julius Sylvester (1854–1944)³⁹⁹ und Jaromir Tobiaschek zahlreiche Gegner eines Ausschlusses jüdischer Mitglieder. Obwohl Sylvester mit der Hereinnahme seiner Kremser Freunde Karl Gagstatter und Josef Faber im November 1880 das antisemitische Element wesentlich verstärkt hatte, erklärte der Convent am 17. Jänner 1881, daß der Antisemitismus nicht im Interesse der Burschenschaft liege. Vor allem der jüdische „Alte Herr“, der aus Czernowitz stammende bekannte Journalist und Schriftsteller Karl Emil Franzos, ein Verfechter der jüdischen Assimilation, demonstrierte lautstark dafür. Ein am 31. Jänner 1881 gestellter Antrag, Juden nicht aufzunehmen, fand eine endgültige Ablehnung. Daraufhin führte der Verbindungssprecher Julius Sylvester Ende Jänner 1881 – möglicherweise aber auf dem Stiftungsfest am 3. Februar 1881, auf dem er nachweislich anwesend war – Georg von Schönerer als Mitglied in die Teutonia ein.⁴⁰⁰ Bis jetzt war Schönerer nur Besucher auf zahlreichen Kommersen und Kneipen gewesen. Welche Energie nun in dieses Vorhaben gesetzt wurde, beweist der Beschluß vom 23. März 1881, Juden nur mehr mit der Einstimmigkeit aller Mitglieder aufzunehmen, was der Einführung eines Arierparagraphen gleichkam, denn jede Aufnahme konnte jetzt am Veto der Antisemiten scheitern. Trotzdem verließ Schönerer die Teutonia wieder, was Paul Molisch damit begründete, daß er von den jüdischen Mitgliedern nicht gerade begeistert aufgenommen worden war, und wandte sich der Libertas zu, mit deren Mitgliedern Carl Beurle, Richard Fellner und Rudolf Kolisko⁴⁰¹ (1859–1942) ihn schon eine ältere Freundschaft verband.⁴⁰²

398 PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus, S. 203.

399 Der am 30. Juni 1854 als Sohn eines Seidenfabrikanten geborene Julius SYLVESTER galt als der bunte Hund des Verbindungslebens. Nach der Matura 1873 bei den Benediktinern in Kremsmünster war der spätere Richteramtsanwärter und Rechtsanwalt nach Ableistung des Wehrdienstes als einjährig Freiwilliger bereits nach drei Monaten vom Fuchsen zum Burschen der Teutonia geprüft worden und ihr Fechtwart – nur ein Jahr später auch ihr Sprecher. 1881 ernannte ihn die Libertas und das Kartell der Carolina-Teutonia-Frankonia zu ihrem Ehrenmitglied. Die Wartburg, Nr. 2 vom Februar 1901, S. 5.

400 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

401 Koliskos Vater, ein bekannter Arzt und Direktor des Wiener Allgemeinen Krankenhauses, war interessanterweise der Schwager des berühmten Innenministers im Neoabsolutismus, Alexander von Bach. Siehe: DVORAK, Helge, Biographisches Lexikon der Burschenschaften, Bd. I: Politiker, Teil 3: I–L, S. 143.

402 MOLISCH, Paul, Politische Geschichte der deutschen Hochschulen in Österreich von 1848–1918, Wien und Leipzig 1939, S. 103. Daß Schönerer laut Molisch mit diesen Mitgliedern der Libertas seit seiner Gymnasialzeit befreundet war, muß ein Irrtum sein, denn bekanntlich besuchte Schönerer kein Gymnasium.

Als integriertes Mitglied des Verbindungswesens begann Schönerer am 4. November 1880 seine Redetätigkeit auf einem von der „Akademischen Lesehalle“ veranstalteten Universitätskommers. Mit derselben fast ungeheuerlichen Aufmerksamkeit, die die damaligen „Journale“ dem studentischen Treiben widmeten, registrierten die Zeitungen auch diesen Auftritt eines Abgeordneten, der „sich bemüßigt fühlt, unter die Studenten zu treten“⁴⁰³. Sie stellten vor allem den in Anlehnung an ein Zitat des liberalen Parteiführers Eduard Herbst zurechtgebogenen Schluß der Rede Schönerers auf dem Universitätskommers an den Pranger. Nachdem der Obmann der „Akademischen Lesehalle“, stud. jur. Jeanné, in seiner in Anwesenheit des Rektors gehaltenen Festrede mit einem Hoch auf die nach Prag zweitälteste deutsche Universität, die sich niemals „in der Flut fremder Elemente entfärben dürfe, wo wir unsere Schulen erbetteln müssen, wo unsere Literatur verdrängt, unsere Kunst verfolgt wird“, gehörig Öl ins Feuer gegossen hatte, schloß Schönerer: „Wir gravitieren nicht nur nach Wien, sondern überall dorthin, wo deutsche Männer in Österreich wohnen, dorthin aber am meisten, wo Männer am deutschesten sind – was bekanntlich leider in Wien nicht der Fall ist“, worauf der Saal prompt die „Wacht am Rhein“, ein verbotenes Lied, anstimmte.⁴⁰⁴ Seine „getarnte“ Majestätsbeleidigung nahmen vor allem die „offiziösen“ Blätter zum Anlaß, von einer gefährlichen Verhetzung „Unbefangener“ durch ein „bemoostes Haupt“ zu sprechen, um eine „deutschnationale Schule in eine deutschnationale Schrulle“ ausarten zu lassen. Ein Artikel im „Fremden-Blatt“ ging auf das nicht nur in Studentenkreisen gesplante Verhältnis eines österreichischen „Deutschtums“ ein: „Die Deutschösterreicher sind echte Deutsche, ausgestattet mit allen Tugenden eines Deutschen, ... aber sie lieben nicht nur ihren Stamm, sondern auch das Reich, dessen Stützen sie sind ... sie sind über das Stadium der Kulturentwicklung hinaus, in welchem die Rasse und Rassenpolitik gepredigt werden dürfen“ – aber eine „nationale Punzierung in gute, sehr gute und beste Deutsche“ könne „in Wien keinen Boden finden und keine Wurzeln fassen“.⁴⁰⁵ Ging es 1848 noch um die vertauschbare Vorrangstellung der Worte „Freiheit“ und „Einheit“ als Gradmesser für deutschnationales vs. Österreich-patriotisches Denken, so hatten sich in diesem „Kampf Deutsche gegen Deutsche“⁴⁰⁶ die Begriffsbilder geändert: Der liberale Standpunkt vertrat nun „bei aller Begeisterung für den deutschen Stamm“ die Vorrangstellung „der Idee des Staates über der der Nation“⁴⁰⁷, während die deutschnationale Seite die Gleichstellung von deutscher Nation und Staat zum Zeichen eines „deutscheren Deutschtums“ als „rassistisch“, oder besser „dem Rassismus förderlich“ hervorhob, was sich in der Ausschließung der Juden manifestierte.

Die Kommerse gestalteten sich jetzt immer mehr zu einer Waffe, die Staatsgewalt herauszufordern. Diese eröffnete die Partie mit dem Verbot eines von der „Akademischen Lesehalle“ veranstalteten Fackelzuges zu Ehren des hundertsten Todestages von Gotthold Ephraim Lessing am

403 Fremden-Blatt, Nr. 307 (34. Jhg.) vom 6. November 1880, S. 1.

404 Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 247 vom 5. November 1880, S. 3.

405 Fremden-Blatt, Nr. 307 (34. Jhg.) vom 6. November 1880, S. 1.

406 Zitiert In: Deutsche Zeitung vom 15. Juni 1882.

407 Wiener Allgemeine Zeitung vom 26. Februar 1881, S. 3.

9. Februar 1881. Begründet wurde diese Vorgangsweise mit einer möglichen Verletzung der Bannmeile während der Reichsratssitzungen. Weiters untersagte sie das Absingen des Liedes „Deutsche Wort hör' ich wieder“ auf dem anschließenden Festkommers in den Sofiensälen wegen der inkriminierenden Textstelle: „... Schönes heit'res Vaterland! / Fröhlich keh'r ich nun zurück / Deutschland, Deutschland – Du mein Glück“. ⁴⁰⁸ Die liberale „Konstitutionelle Vorstadt Zeitung“, „Hüterin der Verfassungstreue“, empörte sich ob derlei juristischer Spitzfindigkeiten und druckte zur „Vorlage“ auch gleich das ganze Lied ab. Eine Überprüfung der Staatsgefährlichkeit wollte das Blatt zwar dem Staatsanwalt überlassen, vergaß dabei aber nicht, das „deutsche Nationalgefühl umso heftiger anzustacheln“. ⁴⁰⁹

In den vor nationalem Pathos triefenden, mit dreitausend Personen zum Bersten gefüllten Sofiensälen überboten sich dann die Festredner vor den fünf Burschenschaften Libertas, Silesia, Albia, Concordia und Teutonia mit wenig versteckten Angriffen auf die Regierung wegen der Sprachenverordnungen. Man stehe im Kampf gegen die Unterdrückung des Wortes und gegen die Anmaßungen „jenes anderen, das nicht im Westen, sondern im Osten sein Mekka hat und dessen Kultur neben der unsrigen gleich einer Bettlerin an einer Fürstin Seite sich fühlen muß“. Man habe es daher „nicht nötig, sich mit Völkern versöhnen zu lassen, deren Kleinheit nur noch von ihrem Neid übertroffen wird“. ⁴¹⁰ Dabei beschworen die Redner nicht mehr die idealistische Schwärmerei, sondern den Kampf „um die deutsche Schule und deutsche Sprache“ – was durchaus als Reklame für den Deutschen Schulverein gedacht war. ⁴¹¹ Daß der Idealismus wachzuhalten sei, um die materialistischen Bestrebungen der an sich „kleinen Zeit“ zu überwinden, entsprach auch den Wünschen des Rektors Professor Lorenz. ⁴¹² Der mit seiner Frau und seiner Mutter erschienene Schönerer zelebrierte seinen Auftritt wie ein moderner „Pop-Star“. Durch sein Zuspätkommen lenkte er die Aufmerksamkeit sofort auf sich und ließ sich zu einer, immer wieder durch Beifallsstürme der Studenten unterbrochenen kurzen Rede „hinreißen“, die er mit „Deutsche Wort hör' ich wieder“ begann: „Ist es für uns Deutsche nicht eine traurige Erscheinung, daß man an vielen Orten jammern hört über die Unterdrückung des Deutschtums in Österreich und sich noch immer nicht zu nationaler Tat aufzuraffen vermag ... Die Deutschen in Österreich werden nur deshalb unterdrückt, weil sie niemals dafür gesorgt haben, daß man sie fürchte. Welche Macht und wer will den deutschen Geist aus uns vertreiben? Es gibt keine solche, wenn wir jederzeit betonen, daß wir Deutsche sind und es auch bleiben wollen. Mein Toast gilt den radikalen Deutschen in Österreich, das heißt jenen, die in radikaler Beziehung radikal gesinnt sind.“ ⁴¹³ Wie wenn er darum gebettelt hätte, stimmten die Burschenschaften nach diesen Worten die verbotene Strophe an.

408 Neue Freie Presse vom 12. Februar 1881.

409 Konstitutionelle Vorstadt Zeitung, Nr. 43 vom 13. Februar 1881, S. 1.

410 Fremden-Blatt, Nr. 46 vom 16. Februar 1881, S. 4.

411 Beilage zur Nr. 3276 der Deutschen Zeitung vom 16. Februar 1881.

412 Neues Wiener Tagblatt vom 16. Februar 1881, S. 3.

413 Beilage zur Nr. 3276 der Deutschen Zeitung vom 16. Februar 1881.

Unheilvoll mokierte sich die christlich-konservative Zeitung „Das Vaterland“ ein paar Tage später, wie zahlreich sich das „semitische Element“ unter den „Deutschesten aller Deutschen“ befunden habe⁴¹⁴, während die liberale „Presse“ einmal mehr Schönerer vorwarf, eine unreife akademische Jugend, die nach dem Kommers noch stundenlang in den Straßen lärmte und sang, zu verhetzen und zu verführen: „Die politische Zurechnungsfähigkeit erlischt bei den Einen nach Mitternacht, bei den Anderen erwacht sie nie.“⁴¹⁵

Auch der Georg von Schönerer seit Beginn seiner politischen Tätigkeit verhaßte Salzburger klerikale Reichsratsabgeordnete Georg von Lienbacher ahnte sofort, wer ihm am Abend des 26. Februar 1881 eine Horde aufgebrachter Studenten verschiedener Couleurs zu einer „Katzenmusik“⁴¹⁶ vor sein Wohnhaus in der Laudongasse geschickt hatte. Im „Vaterland“ schrieb er wenig später von einem „Jugendverführer und Verhetzer, welcher leicht zu erraten ist“.⁴¹⁷ Hatte er mit seinem Eintreten für die Abschaffung der achtjährigen Schulpflicht, die „auch nicht vor Trinkexzessen in Vorstadtheurigen“ abhielte und dem damit ausgelösten Sturm in der Wiener Bevölkerung auch „Bekanntheit“ erlangt⁴¹⁸, so zielte die nächtliche Ruhestörung auf seine Unterstützung der Regierung Taaffe, die ihn zu einem „Volksverräter“ machte, oder wie es ein Kneipenredner ausdrückte, „zu einem Auchdeutschen, der im Bunde mit Tschechen und Polen uns die höchsten nationalen Güter rauben will ... um seinen Idealen Raum zu schaffen: der Volksverdummung, dem Konkordat und der Polizeiwirtschaft“.⁴¹⁹

Wegen der Straßendemonstration griff die Polizei härter durch als sonst: Vierzehn Studenten wurden vorübergehend festgenommen, die Räumlichkeiten der „Akademischen Lesehalle“ versiegelt und bereits am 4. März 1881 hielt ihr auf das Polizeikommissariat zitierter Präses Jeanné das Auflösungsdekret der niederösterreichischen Statthalterei in Händen.⁴²⁰ Die Vorkommnisse auf dem Lessing-Kommers hatten diesmal den Ausschlag gegeben, weil die nachfolgenden Krawalle außerhalb des studentischen Bereichs gelegen wären.⁴²¹ Auffallend ist, wie weit im Moment der „nationalen Bedrängnis“ die bereits heftig diskutierte „Judenfrage“ plötzlich in den Hintergrund trat: Das gesamte Stammkapital der „Akademischen Lesehalle“, die Bibliothek und das Mobiliar wurden dem jüdischen Obmann des „Deutschen Schulvereines“, Moritz Weitlof, geschenkt – „persönlich, bedingungslos und ohne Vorbehalt“, wie es in einer Aussendung hieß.⁴²²

Nur kurz stand auf einer von Aschner einberufenen Studentenversammlung die Überlegung im Raum, einen neuen Verein zu gründen. Zu groß war die Versuchung, sich durch einen „An-

414 Das Vaterland, Nr. 47 vom 17. Februar 1881, S. 2.

415 Die Presse, Nr. 46, Abendblatt vom 16. Februar 1881, S. 1.

416 Eine seit den Revolutionstagen des Jahres 1848 beliebte Unmutsäußerung durch lautes Lärmen.

417 Das Vaterland vom 2. Februar 1881.

418 Deutsche Zeitung, Nr. 3292 vom 4. März 1881, S. 5.

419 Zitiert In: Neue Freie Presse, Nr. 5932 vom 4. März 1881, S. 5.

420 Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 364 vom 5. März 1881.

421 Deutsche Zeitung, Nr. 3292 vom 4. März 1881, S. 5.

422 Deutsche Zeitung, Nr. 3294 vom 6. März 1881, S. 4. Neue Freie Presse vom 4. März 1881, S. 5.

schluß“ an den „Deutschösterreichischen Leseverein“ eines österreich-patriotischen Konkurrenten zu entledigen. Das einzige Hindernis, ein Revers, mit dem jeder Eintrittswillige seine Österreichertrübe bekunden mußte, war schnell verwässert, als ihn die deutschnationale Seite als „Wohlmeinungs-Zeugnis gegenüber einer Behörde“ darstellte.⁴²³ Die Befürchtung des Obmannes des „Deutschösterreichischen Lesevereines“, Karl Freiherr von Camerlander, daß bei einer Übernahme durch die „Totengräber zweier Vereine“ – die „Akademische Lesehalle“ hatte sich stets auf die Traditionen des aufgelösten „Lesevereines der deutschen Studenten Wiens“ berufen – auch dieser Vereinigung bald die Stunde schlagen könnte, bewahrheitete sich sehr rasch. Zwar begrüßte der „Deutschösterreichische Leseverein“ den Eintritt von dreihundert ehemaligen Mitgliedern der „Akademischen Lesehalle“ anfänglich sogar: „Eine andere Ära in unserem Staatsleben (hätte) den Deutschen die Gefährdung ihrer berechtigten Stellung, der Freiheit und dem Fortschritt die bedrohende Reaktion“ näher gebracht. Doch die erwartete Einigung der gesamten „deutschen Studentenschaft auf unserem Programm“⁴²⁴ erfüllte sich nicht, denn die Spaltung in eine von den Spitzen der liberalen Verfassungspartei wie Hasner, Herbst, Plener, Kopp, Sueß und Sturm umworbene „Deutschösterreichische Partei“ und in eine „burschenschaftliche“, bald „Schönerer-Partei“ genannte Richtung war zu weit fortgeschritten: Nach Unstimmigkeiten bei der Auszählung und einem Boykott der Ausschlußwahlen von deutschnationaler Seite, dem sogar eine Anzeige an die Vereinsbehörde folgte, löste diese am 14. Juni 1882 den „Deutschösterreichischen Leseverein“ wegen einer fehlenden statutenmäßigen Vereinsleitung auf.⁴²⁵

Für die „burschenschaftliche Partei“ bot sich schnell ein Ersatz: Nur sechs Tage nach der Auflösung der „Akademischen Lesehalle“, am 10. März 1881, hatte sich die bisherige internationale „Technische Lese- und Redehalle“ der Technischen Universität Wien mit 153 gegen 4 Stimmen in „Deutsche Lesehalle“ umbenannt und ihr Vereinsabzeichen von „blau-silber-blau“ in „schwarz-rot-gold“ geändert.⁴²⁶ Ihr trat Schönerer schon als Gründungsmitglied bei. Mit dem Eintritt der Burschenschaft Libertas am 20. November 1882 verstärkte sie eine bereits bestehende Splittergruppe der Deutschnationalen, die „germanische Partei“. Es entstanden auch sofort Tumulte, als diese auf der Plenarversammlung den Nachweis eines Taufscheines für neue Mitglieder forderte. Sie sollten mit der Frage konfrontiert werden, „was sie sich unter einer germanischen Partei vorstellen und ob sie nicht die deutschnationale Partei für eine Judenpartei halten“ würden.⁴²⁷ Nur ein Monat später, am 22. Dezember 1881 provozierte die Libertas einen vorläufigen antisemitischen Höhepunkt: Auf der Einladung zu einer von ihr veranstalteten „Germanischen Kneipe“ wurden Juden erstmals mittels Aufdruck von einer Veranstaltung ausgeschlossen. Nebenbei sei erwähnt, daß auf dieser Kneipe ein erstes nun auch offizielles Zusammentreffen zwischen Schönerer

423 Deutsche Zeitung vom 18. März 1881.

424 Resolution des deutsch-österreichischen Parteikomitees, In: Deutsche Zeitung vom 15. Juni 1882.

425 Deutsche Zeitung vom 12. Mai und 16. Juni 1882.

426 Deutsche Zeitung vom 11. Mai 1881, S. 6.

427 Deutsche Zeitung vom 21. November 1882.

und dem inzwischen auch zum Ehrenmitglied gewordenen Julius Krickl stattfand, dessen Sohn Julius von 1880–1884 Aktiver bei dieser Verbindung war.⁴²⁸

1.4 Abfahren und Verbindungen vom und zum Deutschen Reich

Eine weitere Ursache für die zunehmende Radikalisierung der Burschenschaften dürfte in dem Gefühl begründet gewesen sein, den dringend benötigten Rückhalt aus dem Reich verloren zu haben. Auf dem Burschentag in Eisenach am 20. Juli 1881, zu dem alle Universitätsburschenschaften Deutschlands geladen waren, gründete sich nach zahlreichen Streitigkeiten und Auflösungen der „Allgemeine Deputierten Convent“ (A. D. C.). Den Antrag der Burschenschaft der Raczeks aus Breslau, auch österreichische Bünde zum Beitritt aufzufordern, lehnte der A. D. C. jedoch ab, da der Verband selbst einer aktiven politischen Betätigung feindlich gegenüberstand und sich nicht neuerlicher Streitigkeiten mit den dezidiert politischen österreichischen Burschenschaften aussetzen wollte! Am 31. März 1882 erfolgte die endgültige abschlägige Antwort an Österreich.⁴²⁹ Dieses schmerzlich empfundene Desinteresse und die Unkenntnis, die manche Seiten mit der „Abscheu vor dem katholischen Österreich“ begründeten⁴³⁰, ließ bei der „Wartburg-Zeitschrift für die ostmärkischen Burschenschaften“ auch einen „anderen Verdacht aufkommen“: „Die reichsdeutschen Burschenschaften stehen auf dem Standpunkt, daß 1870 die nationalpolitische Aufgabe gelöst wurde und daß ein Student nichts mit Politik zu tun habe. Sie zeigen jene erkältende Zurückhaltung, die bei Staatsmännern üblich, bei Studenten aber den Verdacht mangelnder Energie des Nationalgefühls aufkommen läßt.“⁴³¹

Weit einflußreicher in ihrem Übergreifen auf Österreich gestaltete sich die Tätigkeit der reichsdeutschen „Vereine Deutscher Studenten“, die mit den oben erwähnten, österreichischen Vereinen damals noch nichts gemeinsam hatten. Angeregt durch den evangelischen Dom- und Hofprediger Adolph von Stoecker (1835–1909)⁴³² und den Berliner Antisemitismusstreit verfaßten

428 BEURLE, Carl, Beiträge zur Geschichte der deutschen Studentenschaft Wiens, S. 54.

429 HEITHER, Dietrich / Alexandra KURTH, Bürgerliche Revolutionäre – Antisemitische Nationalisten. Der Weg zum Ersten Weltkrieg, In: HEITHER, Dietrich / Michael GEHLER, Alexandra KURTH, Gerhard SCHÄFER, Blut und Pankboden, S. 58f.

430 MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 61.

431 Zitiert In: SCHEUER, Oskar Franz, Die geschichtliche Entwicklung des Deutschen Studententums in Österreich, S. 250f.

432 Der am 11. 12. 1835 in Halberstadt geborene Theologe und Sozialreformer wurde nach dem deutsch-französischen Krieg 1871 Divisionspfarrer im lothringischen Metz, einer Industriezone, wo er sich für die sozialen Nöte der Arbeiterschaft zu interessieren begann und gründete nach seiner Versetzung nach Berlin 1874 zusammen mit dem Nationalökonom Adolph Wagner und dem Pfarrer Rudolf Toldt den programmatischen „Centralverein für Sozialreform auf religiöser und konstitutionell-monarchischer Grundlage“ ehe er als politische Plattform seiner anti-sozialdemokratischen Weltanschauung in der sogenannten „Eiskeller Versammlung“ am 3. 1. 1878 zur Gründung

Hochschüler sogenannte „antisemitische Studentenpetitionen“, die sie mit einem deutlichen Seitenhieb auf die saturierten Burschenschaften mit dem Paragraphen versahen, daß der „Kampf für die Erhaltung der Nation fortgeführt werde“. Die Organisatoren dieser im Norden erfolgreichen Petitionen – in Berlin unterschrieb sie fast jeder zweite Student, während sie im Süden weniger Erfolg hatte – gründeten nun antisemitische Studentenvereine.⁴³³ Der erste, am 14. Dezember 1880, daher nach den österreichischen gegründete Verein, erklärte in seinem Statut nur „Studenten deutscher Abstammung“ für beitragsberechtigt. Er mußte jedoch nach einem Protest des Rektors den Zusatz „oder deutscher Staatsangehörigkeit“ hinzufügen.⁴³⁴ Eine wesentliche Förderung erhielten ihre Aktivitäten durch die „Antisemitenpetition“, zu der der Gymnasiallehrer und Schwager Friedrich Nietzsches, Bernhard Förster, während der Bayreuther Festspiele 1880 inspiriert wurde. Diese mit Max Liebermann von Sonnenberg und dem Lehrer Ernst Henrici eingebrachte Petition verfolgte den Zweck, Unterschriften für ein Verbot der Einwanderung von Juden, ihren Ausschluß von öffentlichen Ämtern und die Wiederaufnahme einer Sonderzählung zu erwirken. Als man sie im April 1882 Bismarck überreichte, hatten sie 225.000 Personen unterschrieben. Diese relativ hohe Zahl erklärt sich durch ein anderes Ereignis, das zu einem weiteren Zündfunken für den gesamten europäischen Antisemitismus in diesen ohnehin aufgeladenen Jahren werden sollte: Am 13. März 1881 erlag der russische Zar Alexander II. einem Mordanschlag. Obwohl sich unter den Attentätern viele Juden befanden, spielte ihre Herkunft eine untergeordnete Rolle, denn der Anschlag war das Resultat intellektueller Unzufriedenheit mit einem tyrannischen Regierungssystem, das eine „Europäisierung“ zu langsam vorantrieb. Von diesen Tatsachen suchte das offizielle Rußland abzulenken, indem man den Juden die Schuld gab und eine Welle der Gewalt auslöste.⁴³⁵ Die Pogrome führten zu einer ostjüdischen Massenwanderung und zu Flüchtlingsproblemen von beträchtlichem Ausmaß an den deutschen und österreichischen Grenzen, die dem Antisemitismus in beiden Ländern zusätzliche Nahrung gaben.⁴³⁶ Als Förster und Sonnenberg im März 1881 den „Deutschen Volksverein“ gründeten, hatten sie in ihrer ersten Versammlung schon 6000 Besucher.⁴³⁷ Die Studentenvereine gründeten ihrerseits unter der Führung des Breslauer Erich von Schramm Petitionsausschüsse, um für die nötigen Unterschriften der „Antisemitenpetition“ zu werben. Um der „Pflege des Deutschtums“ eine festere Einheit zu geben, hoben die „Vereine Deutscher Studenten“ am 8. August 1881 auf einer Art Wartburgfest auf dem Kyffhäuserberg – eine symbolische Verbindung zu den Burschenschaften – das „Rothenburger Kartell“, den späteren „Kyffhäuser Verband“ aus der Taufe. „Die Zugehörigkeit zur germanisch-arischen Rasse wurde zur Grundlage echten deutschen Volkstums“, schrieb Kurt Knoll über diesen Ver-

einer Christlichsozialen Arbeiterpartei aufrief. Dazu: PUSCHNER, Uwe, Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 10, 1995, Spalten 1507–1511.

433 PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus, S. 204.

434 HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich, S. 27.

435 ANDICS, Hellmut, Der ewige Jude, S. 197.

436 HÄUSLER, Wolfgang, Toleranz, Emanzipation und Antisemitismus, S. 127.

437 PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus, S. 84.

band.⁴³⁸ Über die Libertas, namentlich über Richard Fellner in Berlin und Schönerer, der sich für kurze Zeit in Breslau aufhielt, ließ sich jetzt eine Verbindung zu den Österreichern herstellen. Schönerer schrieb mehrere Monate in der „Breslauer Zeitung“ über die österreichischen Verhältnisse und warb dort im Sommer 1882 auf einer Wirtschaftstagung für eine Zollunion Österreichs mit dem Deutschen Reich.⁴³⁹ Ebenfalls günstig schien vorerst, daß Schramm zu Ostern dem „Breslauer Verein Deutscher Studenten“ beitrug und dort seine Bestrebungen für ein „gemeinsames völkisches Vorgehen in Deutschland und Österreich“ forcierte, denn es folgten daraus ein Briefwechsel, Gespräche und enge, wenn auch kurze Beziehungen. Bereits auf dem Stiftungsfest des Breslauer Vereins hielt der Vertreter der Libertas, Hochenegg, eine Rede, in der er von der „Losreißung der deutschen Provinzen vom österreichischen Kaiserstaat“ sprach und damit eine reichsdeutsche studentische Gegenbewegung auslöste, die mit der engen Verquickung österreichischer Verhältnisse nicht einverstanden war. Ein Konvent aller „Vereine Deutscher Studenten“ lehnte nun erneut ein „Zusammengehen mit den politischen, unpatriotischen Parteien Österreichs“ als eine den Vereinen „widerstrebende Tendenz“ ab. Nur der Breslauer Verein blieb vorerst „treu“. Doch Schramms an die Wiener Vereine gerichtete Grußadresse vom 2. November 1882 im Verbandsblatt, der im November 1881 gegründeten Berliner „Kyffhäuser-Zeitung“, die auch durch die engen Verbindungen in Österreich zu beziehen war, sie mögen „tapfer ... ausharren auf der Wacht an der Donau gegen Osten, daß Österreich wieder ... ein mächtiges Schild deutscher Sprache, deutscher Sitte ... und deutscher Freiheit werde“, zog ein schweres Zerwürfnis mit der Zeitung nach sich. Ein Verbandskonvent beschloß am 4. August 1883 die Einstellung der Zusammenarbeit mit Österreich. Sie galt als bindend für alle Vereine. Richard Fellner mußte die Redaktion der Kyffhäuser-Zeitung, in der er eifrig mitgearbeitet hatte, verlassen.⁴⁴⁰

Diese kurze Episode „völkischer Zusammenarbeit“ zeigt sehr gut, daß der Antisemitismus nicht immer von vornherein ein Bindemittel sein konnte, vor allem dann nicht, wenn er aus verschiedenen Quellen gespeist wurde – jene Ursprünge, die ein deutliches Unterscheidungsmerkmal des deutschen vom österreichischen Antisemitismus ausmachten. Wenn auch der Chronist der „Vereine Deutscher Studenten“, Heinrich von Petersdorff, schrieb, „... der Feind, den die akademische Jugend zunächst (!) erkannte, war der Jude“⁴⁴¹, so hatten die jüdenfeindlichen Tendenzen dieser Reichsdeutschen Studenten konfessionelle Kriterien, die auf den Einfluß Stoeckers zurückgingen.⁴⁴² Für die Mitgliedschaft im „Kyffhäuser Verband“ war christlicher Glaube Voraussetzung. Dieser Antisemitismus Stoeckers entsprang einer Kapitalismuskritik, aus der er als wesentlichen Schluß die Linderung sozialer Not als Gebot christlicher Nächstenliebe zog, die nicht getaufte Juden ausschloß. Er hatte dabei den Hintergedanken, mit der Forderung nach sozialen

438 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 212f.

439 MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 62.

440 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 214f.

441 Zitiert in: SCHEUER, Oskar Franz, Burschenschaft und Judenfrage, S. 39.

442 HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich, S. 28.

Reformen eine Massenbewegung der Arbeiter hervorzurufen, den Verlierern des Liberalismus, an deren Misere er den Juden die Schuld gab.⁴⁴³ Entscheidend war dabei jedoch, daß er trotz seines kirchlichen Amtes das Judentum nicht als Religion angriff: „(Wir) behandeln das Judentum nicht als einen Zankapfel konfessioneller Unduldsamkeit, sondern als einen Gegenstand sozialer Besorgnis.“⁴⁴⁴ Aber auch die anderen Unzufriedenen, die er ansprechen wollte, vor allem die Handwerker, hatten eines gemeinsam. Sie standen im Grunde Staat und Kirche loyal gegenüber.⁴⁴⁵ So war auch die Ideologie des „Kyffhäuser Verbandes“ nur wenig auf den Antisemitismus beschränkt: Mit der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881, die die Bismarcksche Sozialgesetzgebung einleitete, bekam der Verband mit der „Betätigung sozialer Pflichten“ eine wesentliche programmatische Grundlage. Ein Antisemitismus österreichischer Machart, der wesentliche Triebkräfte aus nationalen Haßgefühlen bezog und auf die Zerstörung des Staates ausgerichtet war, stieß erwiesenermaßen auf Unverständnis. Sogar der „Deutsche Volksverein“ war eher eine Mischung aus Rassenantisemitismus und handwerklichem Schutzverein.⁴⁴⁶ Sonnenberg forderte die Wiederherstellung der Zünfte sowohl für Handwerker als auch für Industriearbeiter.⁴⁴⁷

Wenn Engelbert Pernerstorfer später einmal bemerkte, daß Schönerer sich „anfangs der 80er Jahre des Antisemitismus aus Berlin bemächtigte“⁴⁴⁸, so ist dem insofern beizupflichten, als er später die Petitionen und Unterschriftenlisten übernahm und die Möglichkeit erkannte, ungestraft Gesetzesanträge gegen Juden einzubringen, wie dies auch Förster 1881 im Deutschen Reichstag tat.⁴⁴⁹ Diese „Errungenschaften“ betrafen aber eher die „technische“ Seite. Die Berührungspunkte mit der Stoecker-Bewegung und ihren Epigonen förderten bei ihm etwas ganz anderes. Georg von Schönerer begann sich außer mit den Studenten auch mit den Handwerkern, dem gleichen labilen Element in der Bevölkerung, zu beschäftigen, wobei er neben der Verbindung zu einer breiteren wahlberechtigten Basis auch die Möglichkeit zu einer Annäherung an das Reich sah. Er kam dabei plötzlich in ein konservatives, christlichsoziales Fahrwasser.

443 ANDICS, Hellmut, *Der ewige Jude*, S. 103.

444 STOECKER, Adolf, *Christlich-Sozial. Reden und Aufsätze von Adolf Stoecker*, 2. Aufl., Berlin 1890, S. 359.

445 PULZER, Peter, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus*, S. 82.

446 BOYER, John W., *Political Radicalism in late Imperial Vienna*, S. 89.

447 PULZER, Peter, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus*, S. 84.

448 Zitiert in: BUNZL, John / Bernd MARIN, *Antisemitismus in Österreich*, S. 32.

449 SCHNEE, Heinrich, *Georg Ritter von Schönerer. Ein Kämpfer für Alldeutschland*, Reichenberg 1940, S. 24.

2. Die Entstehung eines politischen Antisemitismus

Entscheidend für das Entstehen eines politischen Antisemitismus waren nicht die Burschenschaften, die, wenn sie auch gewichtige Strukturen der Judenfeindschaft prägten, erstaunlicherweise gerade in der konservativen Presse als Relikt des Jahres 1848 lange im Geruch der Judenfreundschaft blieben und damit wenig Außenwirkung erzeugen konnten. Zur politischen Artikulation fehlten ihnen auch die Möglichkeiten, was auch Schönerer schnell erkannte. Wirklich entscheidend sollte erst das Gelingen einer Verbindung des antisemitischen Aktionismus der Burschenschaften mit dem traditionellen Antisemitismus werden, um daraus politisches Kapital zu schlagen – sprich, die Schwäche des Liberalismus zu nützen und ein Bündnis mit den konservativen Kräften genauso wie mit den „Verlierern der Ideen des Jahres 1848“, dem Kleinbürgertum, den kleineren Selbständigen, Kaufleuten und Handwerkern, zustande zu bringen. Schönerer und Lueger waren um dieses Bündnis gleichermaßen bemüht.

Der Liberalismus hatte sich mit dem von konservativer Seite vorgebrachten Argument, er habe sich 1848 mit den „Newcomern“, dem Judentum, dem es die Emanzipation versprochen hatte, verbündet, um die alten Gewalten hinwegzufegen und den Staat zu zerstören, nie richtig auseinandergesetzt. Gewiß kann man dem Liberalismus vorwerfen, daß er es in seiner Bequemlichkeit verabsäumt hatte, die Gesellschaft gründlich zu liberalisieren, daß er keine Kontrolle für das freie Spiel eines individuellen Leistungsdenkens erfand, sodaß auch dem Staat mehr und mehr die Kontrolle über die Wirtschaft entglitt und er dadurch für Spekulation und auch oft für Betrug offenstand. Keine Antworten wußte der Liberalismus vor allem auf brennende soziale Fragen zu geben, was letztlich seinen Niedergang besiegelte. Wie groß seine Anstrengungen, die Gesellschaft zu liberalisieren jedoch auch hätten sein mögen, wären sie in einem Land, in dem sich der Konservatismus als antilibérale Konstante schon in den Befreiungskriegen, als Reaktion auf die Ideale der Französischen Revolution, festigte und ein System Metternichs ermöglichte, auch erfolgreich gewesen – in einem katholischen Land, in dem ein latenter Antisemitismus stets vorhanden gewesen war? Hätte der Liberalismus in einem Staat erfolgreich sein können, in dem der Kaiser, übrigens ganz anders als sein Bruder Maximilian, wirklich der Staat bleiben wollte, liberale Ideen daher als einen Angriff auf seine Integrität betrachtete und mit der Verfassung des Jahres 1867 viele absolute Rechte „retten“ konnte?

Diese dem Liberalismus auferlegten Beschränkungen ließen in ihrer ganzen Komplexität einen „romantischen Konservatismus“, das stabilere Element aus Adel und Klerus, in seinem Kampf gegen ihn groß werden, welches die Ideale einer für Westeuropa antiquierten Zeit gegen jeden Modernismus vertrat und in der Dynastie seinen größten politischen Verteidiger fand.

Vor allem die Kirche konnte in einem Land, wo sie keinen Rivalen vorfand und wo der Hauptfeind nicht die Häresie, sondern die Säkularisierung war, eher dazu neigen, eine absolute Autorität zu unterstützen und ihre Hemmungen, einen latenten Antisemitismus ins Spiel zu bringen, leichter überwinden. Es war von diesem Standpunkt aus betrachtet fast logisch, daß einer in eine völlig verkrustete Sozialstruktur einbrechenden liberalen Gesellschaft, die in einem hohen Maß von sozialer Beweglichkeit gekennzeichnet war, Ablehnung entgegenschlug, noch dazu wenn dieses System gegen konservative Ideologien Erfolge verzeichnen konnte. Diese Gegenbewegung höhnte aber auch den Liberalismus von innen aus: Wenn der Konservatismus nämlich in einem „allzu“ deutsch dominierten liberalen Zentralismus die Sprengkraft für ein von ihm ohnehin in seinen Rechten beschnittenen Vielvölkerreich erblickte, rief er indirekt radikale nationale Gruppierungen auf den Plan, die ihre ursprüngliche Heimat im Liberalismus hatten und wesentlich zu dessen eigenem Untergang beitrugen.

Diese bis zur gegenseitigen Lähmung gehende Pattstellung bewirkte, daß in Österreich anders als beispielsweise in Großbritannien, wo ein langer Industrialisierungsprozeß eine breite Mittelschicht entstehen ließ, in der Bauern und selbständige Handwerker wirtschaftlich unbedeutend geworden waren, einige „vorkapitalistische“ Klassen erhalten blieben. Sie verstanden es, eine durch den Liberalismus erst zur Blüte gelangte industrielle Revolution wirksam und nachhaltig zu bekämpfen.⁴⁵⁰

Als mit der modernen Gewerbeordnung des Jahres 1859 das mittelalterliche Zunftwesen aufbrach und gleichsam alle Erwerbszweige durch einen freieren Zugang „liberalisiert“ wurden, fielen mit der gleichzeitig in Etappen bis 1867 erfolgten Emanzipation auch für das Judentum jegliche Beschränkungen weg. Befreit von den Mauern der Ghettos, konnten sich Juden jetzt überall frei bewegen und aufhalten, Grundstücke erwerben, und auch die alten Zunftregeln waren auf sie nicht mehr anwendbar. Überdies förderten billigere und schnellere Transportmöglichkeiten einen raschen Zuzug von Juden aus allen Teilen der Monarchie nach Wien, wo sie die besten Erwerbsaussichten vermuteten.⁴⁵¹

Während Wien noch 1847 außer für eine kleine Zahl sogenannter „Toleranzjuden“ völlig gesperrt war, wuchs die jüdische Gemeinde in den folgenden Jahren zu einer der bedeutendsten der Welt an.⁴⁵² Wer seine Aufstiegschancen nutzen konnte und keine Universität besuchte, um sich

450 PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus, S. 30f.

451 MOSER, Jonny, Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung, S. 15.

452 Lebten 1857 gerade einmal 6217 Juden in Wien, was bei einer Gesamtbevölkerung von 287.824 Einwohnern 2,16% entsprach, waren es 1869 bereits 40.230 oder 6,4 % der Wiener Bevölkerung mit ihren 632.494 Einwohnern. 1880 hatte der Zuzug, der aus Cisleithanien stets stärker als aus der ungarischen Reichshälfte oder Galizien gewesen war, ein Ansteigen des jüdischen Anteils von 10,1 % an der explosionsartig aufgeschossenen Gesamtzahl von 726.105 Einwohnern bewirkt. Während die jüdische Gemeinden im restlichen Österreich nie sehr groß waren, zählte die Haupt- und Residenzstadt die drittgrößte jüdische Bevölkerung in Europa. 1910 lebten 175.294 Juden in Wien. Nach der Volkszählung des Jahres 1910 ergab sich folgende Verteilung auf die Stadtbezirke: An der Spitze stand nach wie vor der 2. Bezirk mit einem 34 % Anteil, gefolgt vom 9. Bezirk mit 21 % und der Inneren Stadt mit 20 %. Auch der An-

vornehmlich den freien Berufen zuzuwenden, der suchte meist sein Glück im Handel. Peter Pulzer schätzte diesen Zug, der bei Juden deutlich ausgeprägter war als bei Christen, mit dem Wunsch nach Anerkennung ein. Juden verbanden mit ihrer Emanzipation auch die Tradition, ihr eigener Herr zu sein. Dadurch waren sie nicht nur in die Lage versetzt, Feiertage und Speisevorschriften ungestört einzuhalten, sondern konnten auch aus Furcht, in einer nichtjüdischen Welt aufzugehen, ihre individuell erworbenen intellektuellen Fähigkeiten wettbewerbsmäßig unter Beweis stellen.⁴⁵³ Gelang ihnen dieser Wunsch nach Anerkennung in den freien Berufen besser, der bei Geschäftsleuten nie ganz gesichert war, so konnten gerade diese beim Handel gemeinsam mit einem schwach entwickelten Bürgertum in ein Vakuum vorstoßen: In den meisten europäischen Ländern hatte die moderne industrielle Bourgeoisie ihre Ursprünge im Handelskapital, welches überhaupt die Voraussetzungen für eine industrielle Revolution geschaffen hatte.

Welche wirtschaftlichen Verhältnisse fanden die Juden aber in Österreich vor? Dem Handel waren traditionelle Schranken gesetzt, die ihre vielfältigen Gründe beispielsweise in der einstigen Abhängigkeit von der Monopolstellung Venedigs, in einem über die Fugger und Welser mit süddeutschem Kapital dominierten Binnenhandel und in einem staatlich geregelten Handel mit lebensnotwendigen Gütern hatten. Die daraus resultierende wirtschaftliche Schwäche des Bürgertums ließ anfänglich auch nur den Adel und Großgrundbesitz industriefreundlich werden. Weiters erschwerten eine landwirtschaftliche Struktur und die ungünstigen Flußverläufe der Donau von West nach Ost eine Industrialisierung, die langsamer als in Westeuropa und örtlich begrenzter vor sich ging und gerade einmal Wien und Nordböhmen erfaßte. Noch 1914 zählten nur sieben Städte dieses Riesenreiches mehr als 100.000 Einwohner. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß die ersten Industrie Gründungen nicht durch ein reich gewordenes Handelskapital erfolgten, sondern durch feudalen oder klerikalen ländlichen Grundbesitz, beziehungsweise durch den Staat. Das Finanz- und Bankwesen konzentrierte sich dadurch vorwiegend in staatlichen oder ausländischen Händen.⁴⁵⁴ Metternich selbst setzte der Industrialisierung große Widerstände entgegen, indem er beispielsweise anordnete, das Ausmaß des Gebäudebestands innerhalb des Wiener Stadtgebiets nicht zu verändern. Verbarg sich dahinter mehr die Furcht, daß ein durch die Errichtung von Fabrikanlagen geschaffenes städtisches Industrieproletariat eines Tages die Französische Revolution nachahmen könnte, was 1848 trotzdem geschah⁴⁵⁵, so war dadurch die Entstehung einer industriellen Struktur nur auf dem flachen Land gesichert.

Hierbei finden sich wiederum Gründe genug, warum eine konservative „Koalition der vorkapitalistischen Schichten“ zustande kommen konnte: Nachdem der unternehmerische Klerus und

teil mit 14 % Juden in der Brigittenau (20. Bezirk) war bedeutend. Dort lernte der junge Hitler als Bewohner des Männerheimes in der Meldemannstraße meistens orthodoxe Juden kennen. OXAAL, Ivar, Die Juden im Wien des jungen Hitler. Historische und soziale Aspekte, In: BOTZ, Gerhard / Ivar OXAAL / Michael POLLAK (Hrsg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert, Buchloe 1990, S. 50.

453 PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus, S. 17f.

454 BUNZL, John / Bernd MARIN, Antisemitismus in Österreich, S. 16f.

455 ANDICS, Hellmut, Der ewige Jude, S. 192.

der niedere Adel ähnlich wie die Kleingewerbetreibenden aufgrund der Schwäche des Bürgertums durch die Verzögerungen der Industrialisierung ihren Bestand sichern konnten und zunächst wirtschaftlich überlebten, gerieten sie nach den militärischen Niederlagen und nach einer schweren Finanz- und Staatskrise selbst in eine schwere Krise und wurden bündnisfähig.

Um gegen diese „Starre“ aufzutreten, waren plötzlich Investitionen und Kapital gefragt, denn auch die Staatsbanken konnten in einer rasch von Konjunktur zur Krise wechselnden Wirtschaftslage, die einerseits große Beweglichkeit, andererseits die Zusammenarbeit von Bank- und Industriekapital forderte, nicht überleben. Unter diesen Umständen etablierte sich unter der Mitwirkung finanzkräftiger Kreise des Hochadels eine jüdische Finanzaristokratie und eine neue Oberschicht, die sich mit einer starken Assimilation an ihre Umgebung bemerkbar machte.⁴⁵⁶ Auf der anderen Seite ist das damit verbundene Heraufkommen der industriellen Revolution zu einem Großteil jüdischem Unternehmensgeist zuzuschreiben, der eine große Anzahl von Fabrikgründern und Industriellen hervorbrachte.⁴⁵⁷ Waren Juden zunächst am Aufbau von Industriezweigen nicht beteiligt, so gelang es ihnen, wie beispielsweise in der Textilindustrie, recht schnell, Branchen zu dominieren. Hellmut Andics sah mit der Industrialisierung, die den Juden die Chance gab, ihre einzige Ware „die sie produzieren durften, nämlich Geld gewinnbringend und produktiv anzulegen“,⁴⁵⁸ auch einen großen Mentalitätsunterschied heraufziehen: Warum Juden, die meistens genauso als kleine Handwerker begonnen hatten, eher das Kapital besaßen, eine Fabrik aufzubauen, um mit billiger produzierenden Maschinen rasch zu expandieren, lag meist daran, daß der in ein Zunftsystem eingebundene christliche Handwerker auch mit jener christlichen Vorsicht erzogen worden war, keine Kredite zu nehmen, keine Schulden zu machen und vor allem kein Risiko einzugehen. Die Juden hatten dagegen gelernt zu riskieren, denn sie mußten oft gewagte Geschäfte machen, um überhaupt ins Geschäft zu kommen. Als sie den Zug der Zeit erkannt und das Prinzip der expandierenden Konsumwirtschaft entdeckt hatten, hatten sie auch meist keine Scheu mehr, Kredite zu nehmen. Weil sie diese Kredite meist wieder bei Juden, nicht selten aus dem Ausland aufnahmen und dabei entdeckten, daß sie als Internationalisten wie geschaffen waren für ein modernes Wirtschaftsleben des Welthandels und des Weltkapitals, stellten ihre Gegner diesem „internationalistischen“ Anspruch einen Nationalismus gegenüber, der zum Vorwurf der „Weltherrschaft des Judentums“ und damit zum Rassenantisemitismus führte.

Mit einer scharfen Analyse hat der US-Historiker John Boyer die Lage des Kleinhandwerks skizziert⁴⁵⁹, das einen aussichtslos scheinenden Kampf gegen die technische Revolution zu führen bestrebt war. Ein vollmechanisiertes Fabrikswesen traf erwartungsgemäß die Handwerker mit der kleinsten Kapitalbasis am härtesten und machte es nur mehr zu einer Frage der Zeit, bis sie aus

456 HÄUSLER, Wolfgang, Toleranz, Emanzipation und Antisemitismus, S. 105.

457 PAULEY, Bruce, Der Weg in den Nationalsozialismus, S. 30.

458 ANDICS, Hellmut, Der ewige Jude, S. 190f.

459 BOYER, John W., Political Radicalism in late Imperial Vienna, S. 44f.

der Branche gedrängt oder zum reinen Verkäufer degradiert werden würden. Durch ein Verlagsystem zu einem reinen Stückmeister, dem Konfektionär ohne Produktpalette, degradiert, der immer nur eine Art von Ware zu immer schlechteren Preisen an eine größere Geschäftseinheit liefern mußte, um überleben zu können, durch steigende Mietzinse immer mehr an den billigeren Stadtrand gedrängt und vom Kunden entfernt, schmerzte den Handwerker vor allem das Aufweichen des Zunftwesens, denn dadurch gab es auch keine richtige Interessenvertretung mehr.⁴⁶⁰ Doch vom Staat selbst war keine Hilfe mehr zu erwarten, denn der Handels- und Finanzminister begünstigten Unternehmen mit Kapital und maschinellen Investitionen. Genauso versprach eine reformierte Gewerbeordnung denjenigen Vorteile, die schnell Kapital aufbringen konnten, um ein Geschäft oder eine Fabrik zu eröffnen. Sie erklärte einerseits viele Gewerbebranchen für „frei“, was das alte Zunftwesen zerstörte, andererseits verlangte sie wiederum für arbeitsintensivere und mit mehr handwerklichem Geschick verbundene Branchen strenge Befähigungsnachweise. Schnell glaubten die kleinen Handwerker den vermeintlichen Zweck des liberalen Gesetzes zu kennen: „Den Juden die Industrieproduktion und den Handel zu öffnen.“⁴⁶¹

Einen Konkurrenzdruck konnten nur noch diejenigen ausüben, die mit allen Waren handelten und die Preise diktierten – die zumeist jüdischen Gemischtwarenhändler. Die Situation verschärfte sich in dem Augenblick, als Österreich nach der Finanzkrise seiner verschleppten Industrialisierung gewärtig wurde und auf den europäischen Märkten keine wettbewerbsfähigen Preise mehr erzielen konnte. Die Wirtschaft mußte sich auf den Binnenmarkt konzentrieren, der jedoch infolge eines schnell wachsenden Proletariats und der krisenhaften Entwicklungen nur mehr für billige Massengüter zugänglich war.⁴⁶² Schließlich beuteten die erfolglosen, billiges Stückwerk produzierenden Handwerksmeister ihre Gesellen und Lehrlinge aus, ohne ihnen auch nur das geringste Wissen für einen betriebserhaltenden Nachwuchs zu vermitteln. Zugleich fürchteten sie deswegen eine Gewerkschaftsbewegung und die aufkeimende Sozialdemokratie, die nach mehr wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit strebte. Dieser Stimmung bemächtigte sich mehr und mehr der politische Katholizismus.

„Dem Geist von 1789 gelte unser Kampf“ – unter diesem weit zurückgreifenden Motto, jeglichen Errungenschaften der Französischen Revolution entgegenzutreten, löste die 1859 gegründete Tageszeitung „Das Vaterland“ als offizielles katholisch-konservatives Organ die „Priester-Journalisten“ der ersten Stunde, Brunner und Wiesinger, ab, die sich noch gegen den „Geist von 1848“ gestemmt hatten. „Das Vaterland“ war politischer, in seiner Vertreterrolle als Prediger eines moderneren Antisemitismus aber nicht weniger hetzerisch konzipiert. So war in dem Blatt bereits am 20. Dezember 1871 zu lesen: „Die Waffen, die das Judentum zur Erreichung seines einzigen Zieles zur Herrschaft über die christliche Welt benutzt, sind sein Geld, sein Handel, seine Zeitungen. Mit seinem Geld hat das Judentum fast alle Fürsten, alle Regierungen und alle Völker in der Ge-

460 BUNZL, John / Bernd MARIN, Antisemitismus in Österreich, S. 21.

461 BOYER, John W., Political Radicalism in late Imperial Vienna, S. 61.

462 BOYER, John W., Political Radicalism in late Imperial Vienna, S. 44f.

walt. Alle Gesetze, welche seinem Wucher- und Spekulantentum hinderlich im Wege standen, mußten zugunsten des Judentums aufgehoben, alle Schranken, welche das Christentum schützten, niedergerissen, die bürgerlichen Korporationen aufgelöst, die Gewerbefreiheit eingeführt, die Teilung des Grundbesitzes gesetzlich erlaubt, die Wuchergesetze für null und nichtig erklärt werden. Immer mehr löst sich die soziale christliche Ordnung durch das Judentum auf. Der Arbeiter- und Handwerkerstand wandert in die Fabriken, der Grundbesitz in die Hände, die Häuser in das Eigentum und das Vermögen der Völker in die Taschen der Juden. Durch die Wahlgesetze beherrschen sie die Wahlen, die Politik und den Reichsrat, folglich die Gesetzgebung, die Regierung und das Ministerium, und noch wenige Jahre eines solchen Fortschritts und Wien heißt Neu-Jerusalem und das alte Österreich – Palästina.“⁴⁶³

Die Anregung, aufgrund der wirtschaftlichen Umbrüche eine christliche Bewegung entstehen zu lassen, kam nicht von den Studentenvereinen, sondern von den 1869 gegründeten katholisch-politischen Kasinos, von denen es 1873 in Wien schon neun gab. Sie standen unter der finanziellen Leitung des Klerus und vertraten kirchliche und konservative Interessen. Der Wiener Kardinal Rauscher versuchte im Sommer 1875 eine sogenannte „Reichspartei“ zu gründen, deren Richtungsstreitigkeiten aber nur die Schwierigkeiten verdeckten, wie schwer es war, unter dem doch noch großen Einfluß des Liberalismus überhaupt eine konservative politische Partei entstehen zu lassen.⁴⁶⁴ Mit dem plötzlichen Tod Rauschers noch im gleichen Jahr kam mit Karl Freiherr von Vogelsang (1818–1890) der föderalistische Gedanke zum Durchbruch. Die Lösung der sozialen Frage stand bei ihm im Vordergrund.

Der 1875 auch mit der Redaktion des „Vaterlandes“ betraute Vogelsang erkannte vielleicht als einer der ersten, daß eine konservative Partei nur mit der Konzentration auf dieses Hauptthema Erfolg haben konnte.⁴⁶⁵ Am 3. September 1818 in Liegnitz (Mecklenburg) als Sohn protestantischer Eltern geboren, brachte er nach seinem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn, Rostock und Berlin als Hauslehrer und Freund der Tochter des Fürsten Metternich und von Fürst Alois Liechtenstein, einem Mitglied der zweitbedeutendsten Familie Österreichs, auch das nötige konservative Rüstzeug mit, wenn er über seine Eindrücke von der Revolution des Jahres 1848, vor der er aus Preußen geflohen war, schrieb: „Wer wahrhaft konservativ sein will, ... aus Gewissensgründen, der wird ... seine ganze Persönlichkeit von konservativen Prinzipien bestimmen ... lassen ... Deshalb habe ich, um auch mit keiner Fingerspitze der Revolution und dem Geist, der stets verneint, anzugehören, allem Irr- und Unglauben entsagt und bin im Jahre 1850 zu Innsbruck in den Schoß der heiligen katholischen Kirche aufgenommen worden.“⁴⁶⁶ Auch das

463 Vaterland vom 20. Dezember 1871, S. 1.

464 KNOLL, Reinhold, Zur Früh- und Entwicklungsgeschichte der christlichsozialen Bewegung in Österreich bis 1907, Wien 1970, S. 213.

465 FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, phil. Diss. (ungedruckt), Wien 1973, S. 13f.

466 Zitiert in: PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus, S. 112f.

Jahr 1789 habe, so Vogelsang, keine Freiheit gebracht, denn Freiheit sei das Recht, das Leben gemäß dem Sittengesetz zu gestalten.

Der Sozialpolitiker und Sozialreformer Vogelsang sah die Restauration einer ständischen christlichen Wirtschaftsordnung, basierend auf einem Weltbild des Mittelalters, als sein politisches und soziales Ideal an. Obwohl er „die wahren Vorteile des Fabrikbetriebes“ nicht bestritt, idealisierte er das Handwerk und beklagte die Ablösung traditioneller Fertigkeiten durch die Technik und den Verlust der Zunftaufsicht über „gerechte Preise und Löhne und Qualität“ zugunsten des freien Unternehmertums. Das alte Verhältnis zwischen den Arbeitenden und den Besitzenden sollte durch den Wegfall der Gewerbefreiheit und die Wiederentstehung der Zünfte mit Produktionsgenossenschaften, obligatorischen Innungen, Gesellenausbildung und Meisterrecht nach erbrachtem Befähigungsnachweis wiederhergestellt werden. Sein Eintreten für berufsgenossenschaftliche ständische Vertretungskörper machte ihn zu einem „Klassiker des Ständestaatsgedankens“.⁴⁶⁷ Ohne die Ausbeutung der Lehrlinge und Gesellen zu beachten, pries er das Leben der Lehrlinge, die zusammen mit der Familie des Meisters lebten und arbeiteten und setzte diesem „Ideal“ das jämmerliche Los der Lohnsklaven in den Fabriken entgegen, die, wenn sie einmal die Oberhand gewannen, Österreich mit einem Heer von Millionen besitzloser, schlecht bezahlter und verzweifelter Arbeiter, überrennen würden.

Vogelsang verknüpfte die ideologischen Vorläufer der feudalklerikalen Reaktionen auf eine kapitalistische Produktionsweise, wonach die Feudalbande, die die Menschen an seine natürlichen Vorgesetzten gebunden hätten, nun unbarmherzig zerrissen wären, mit einem „politischen Antisemitismus“⁴⁶⁸, der seine Kraft aus dem alten christlichen Grundsatz von der ewigen Unvereinbarkeit der beiden Religionen schöpfte: Die neue „jüdische“ Wirtschaft würde eine Nation entfremdeter städtischer Massen hervorbringen, Einwohner riesiger Städte, die ohne die Frömmigkeit jener leben müßten, die täglich in der Nähe der Natur und Gottes wären. Der Gegensatz Natur – Land – Naturrecht – christliche Religion zur Stadt mit – Liberalismus – Atheismus – Modernismus und Judentum spielte bei Vogelsang eine große Rolle. Ohne politische und wirtschaftliche Reformen würden die Juden „den Handwerker ausrotten“. Geistig verodet würde das entstehende Stadtproletariat Opfer einer ihre Moral untergrabenden „frechen, alle menschliche und göttliche Ordnung verhöhnende Judenpresse“ werden, der Erzeugerin des Nihilismus, die es in den Abgrund führen werde.⁴⁶⁹ Bei Vogelsang werden auch erste Anstrengungen spürbar, das Judentum mit den Lehren des aufkommenden Sozialismus zu verbinden. Er stimmte mit dem in Berlin parallel agierenden, bereits erwähnten Domprediger Adolf Stoecker, 1878 Gründer der Christlichsozialen Arbeiterpartei, überein, daß die Folge eines Schwindens der Frömmigkeit und der priesterlichen Autorität unter den städtischen Arbeitern ein atheistischer Sozialismus sein werde, den eine „jüdische Presse“ am Leben erhalte. Vogelsang setzte die 1864 gegründete „Neue Freie Presse“ und

467 HUDAL, Alois, Die Grundlagen des Nationalsozialismus, S. 48.

468 BUNZL, John / Bernd MARIN, Antisemitismus in Österreich, S. 19.

469 PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus, S. 115.

das 1867 gegründete „Neue Wiener Tagblatt“ mit „atheistischen Agitatoren der radikalen Linken“ gleich.⁴⁷⁰

Vor allem nach dem „Schwarzen Freitag“ des Jahres 1873 feindeten konservative Kräfte die Presse als „willfähiges Sprachrohr der Plutokratie“ an. Für Karl Freiherr von Vogelsang zeigten sich in dieser Wirtschaftskrise die Folgen der Verseuchung der geistig schwachen Österreicher mit den Verlockungen einer unmoralischen Orgie profitgieriger Spekulanten. Er konnte mit diesen Aussagen durchaus auf Mitstreiter aus dem Deutschen Reich bauen: Ein ganzes Jahr lang, vom Dezember 1874 an, erschien in der „Gartenlaube“ eine tägliche Artikelserie des katholischen Publizisten Otto Glagau. Dieses mittelständische Massenblatt, das im Jahre 1875 eine für jene Zeit ungewöhnlich hohe Auflage von 382.000 Stück erreichte, konnte die öffentliche Meinung am bedeutendsten und nachhaltigsten beeindrucken. Beharrlich versuchte Glagau in seinen Artikeln zu beweisen, daß 90 % aller Gründer- und Börsenspekulanten Juden seien⁴⁷¹ und die Deutschland als ein „uns fremder Stamm das Mark aussaugen“ würden. Wie sein österreichisches Pendant beklagte auch er, daß „die Gewerbefreiheit zwischen Meister, Gesell und Lehrling jedes Band zerrissen und den Handwerkerstand, der ehemals den Kern der Bürgerschaft bildete, ruiniert“ hätte. Mit diesem Antikapitalismus geriet er sogar in eine „gefährliche Nähe“ zum Marxismus, denn im „Kommunistischen Manifest“ heißt es dazu: „Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört.“ Da aber eine konservative Gesellschaft weder Privateigentum noch schaffendes Kapital ablehnen konnte, wurde sowohl in der Konstruktion Glagaus als auch Vogelsangs das neureiche Kapital verdammt, welches sich „ohne Arbeit“ im traditionellen Sinn, durch Börsenspiele und Finanzoperationen, vermehre. So entstand aus Börsenkapital wucherisches Kapital und das Klischee, Juden seien für manuelle Arbeit ungeeignet.⁴⁷²

Vogelsangs Lehre beinhaltete zwei Stoßrichtungen, gegen den Primat des positiven Rechts und gegen den Kapitalismus des „raffenden“ Kapitals als Auswüchse des Liberalismus. Es ist interessant festzustellen, wie sehr der konservative Antisemitismus einen „Katalog der Ablehnungen“ erstellte, um sich als Abwehrgemeinschaft gegen eine moderne Zeit zu etablieren und für eine Revision des wirtschaftlichen Konzepts einzutreten. Aus dem Römischen Recht, der Grundlage eines vereinheitlichten bürgerlichen Gesetzbuches, einem Ideal des Liberalismus, leitete er beispielsweise die Ideologie ab, sich der Französischen Revolution zu widersetzen⁴⁷³ und die Lehre von der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz zu negieren. Denn der „Rechtsstaat“ hebe den auf göttlichem Naturrecht gegründeten christlichen Staat auf, um den Bauern ihr überkommenes Recht zu nehmen, um dieses wiederum Kaufleuten, Fabrikanten und Spekulanten zugänglich zu machen, die damit als wirtschaftlich Stärkere die Majorität über die Schwachen bekämen. Als Haupt-

470 WEISS, John, *Der lange Weg zum Holocaust*, S. 225.

471 PULZER, Peter, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus*, S. 78f.

472 Vgl. MASSING, Paul W., *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt a. Main 1959, S. 9.

473 PULZER, Peter, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus*, S. 40.

feinde der Volkswohlfahrt und der nationalen Entwicklung wäre damit nur dem jüdischen Interesse gedient. Wollte man sich zu einer nationalen Großtat aufraffen, so müßte das deutsche Volk die Rechtserneuerung selbst in die Hand nehmen.

Vogelsang war jedoch kein Rassenantisemit. Er fürchtete im Gegenteil die bereits assimilierten Juden, die das Gefüge der Monarchie ins Wanken bringen würden. Deswegen trat er für die Aufhebung ihrer Emanzipation ein, mit der die „Judenfrage“ nach Aufhebung der liberalen Institutionen von selbst verschwinden würde.⁴⁷⁴ Die Religionen sollten sich wieder trennen. Auf der Suche nach einer Erklärung, warum auch Tausende Christen an der neuen Wirtschaftsweise maßgeblich beteiligt wären, benutzte Vogelsang am 10. Oktober 1875 im „Vaterland“ eine „suggestive Metapher“⁴⁷⁵, die ihn zumindest in unmittelbare Nähe zum Rassenantisemiten brachte: „Wenn durch irgend ein Wunder ... alle unsere 1,400.000 Juden uns entzogen würden, es wäre wenig geholfen: denn uns selbst hat der Judegeist angesteckt“.⁴⁷⁶

Diesen frühen christlichsozialen Angeboten „von oben“ fehlten jedoch noch die engeren Kontakte zur Wiener Bevölkerung. Auch „Das Vaterland“ richtete sich in erster Linie an gebildete Schichten. Es bedurfte einer kleinbürgerlichen Protestbewegung und eines Mannes wie Karl Lueger, um dieses Bündnis auch zu vollziehen. blieb der Antisemitismus in der konservativen Ideologie doch eher Mittel zum Zweck einer Kapitalismuskritik, die sich gegen den Liberalismus richtete, so konnte hingegen der ungezügelte Rassenantisemitismus sehr wohl auch aus dem Liberalismus selbst kommen.

2.1 Der Österreichische Reformverein

Der relativ unbekannt gebliebene „Österreichische Reformverein“ hatte zu Beginn der 80er Jahre eine immense Bedeutung für die Entstehung des politischen Antisemitismus. Er trug wesentlich zur Herausbildung eines radikalen Rassenantisemitismus bei, nicht nur weil er ein Tummelplatz für verschiedene Formen des Antisemitismus wurde. In ihm überlagerten sich erstmals zwei bisher parallel verlaufende Schienen. Ein von radikalen Studenten nach den „Niederlagen“ 1848, 1866 und 1870/71 forciert und in der Person Georg von Schönerers verkörperter, sich langsam zu einem Alldeutschtum wandelnder Nationalismus und eine Schiene jener, die als Handwerker und Kleingewerbetreibende „ohne goldenen Boden“ als Verlierer des Liberalismus dem internationalen Judentum die Schuld an ihrer wirtschaftlichen Misere gaben. Obwohl gerade die aus kleinbürgerlichen Familien stammenden ärmeren Studenten in der zweiten Phase der Revolution 1848 zahlreiche Verbindungen mit einem für die Sache der Demokratie kämpfenden Kleinbürgertum geknüpft hatten, welches sich völlig eingeklinkt zwischen Großbürgertum und aufstrebender Ar-

474 KATZ, Jacob, Vom Vorurteil zur Vernichtung. Der Antisemitismus 1700–1933, München 1989, S. 289.

475 WEISS, John, Der lange Weg zum Holocaust, S. 227.

476 Das Vaterland, vom 10. Oktober 1875.

beiterschaft sah, blieben diese beiden Schichten schon alleine wegen ihrer diametral auseinanderliegenden Zukunftsaussichten doch zwei in sich abgeschlossene Körper. Diese Strömungen verwoben sich nun zu einer Reformbewegung. Diese fand Aufnahme bei einem ungezügelter Wiener volkstümlichen Charakter und seinem dumpfen Antisemitismus, woraus die ersten antisemitischen Massenveranstaltungen entstanden. Es war der Beginn, an dem sich ein einstmal fortgeschrittenes Element mit einem retardierenden auseinandersetzte und über den Antisemitismus langsam einschliß, denn der „Österreichische Reformverein“ schuf erstmals Verbindungen zwischen dem Deutschnationalismus und dem politischen Katholizismus, die sich als dauerhaft erweisen sollten und weit in die Erste Republik hineinreichten. Der Antisemitismus fungierte dabei als Kleister für all diese Verbindungen. Im Reformverein verbrachte aber nicht nur Schönerer seine Lehrjahre und wurde selbst zum Parteigründer, aus den Resten des Vereines formierte sich die christlichsoziale Bewegung.

Die Vorstufe des „Österreichischen Reformvereines“ bildete eine Splittergruppe von Akademikern, die sich von der „Mittelpartei“ im Wiener Gemeinderat losgesagt hatte. Sie gründete kleinere, noch nicht antisemitische „Reformclubs“, um den bedrohten Gewerbetreibenden auf wirtschaftlichem Gebiet zu helfen.⁴⁷⁷ Die am 12. April 1879 beim „Ministerium des Innern“ eingereichten Statuten des „Österreichischen Reformclubs“ mit Sitz in Wien gaben als Zweck an, „Fragen, die das öffentliche Interesse berühren in Erörterung zu ziehen und auf deren Lösungen im liberalen Sinn hinzuwirken. Genauso wird derselbe für eine Reform der geltenden Wahlordnung und für eine Verbesserung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Österreichs eintreten. (§ 1) Diese Zwecke werden durch gesetzliche Mittel zu erreichen versucht durch monatliche Vereinsversammlungen sowie durch Wanderversammlungen, in welchen die wichtigsten in § 1 bezeichneten Fragen in Diskussion gezogen werden; durch Einflußnahme auf die Wahlen in die Vertretungskörper; durch Anregung zur Gründung von selbständigen Vereinen ähnlicher Tendenz; durch Veröffentlichung von Druckschriften (§ 2)“.⁴⁷⁸ Schon auf dem Ersten Gewerbetag in Prag 1879⁴⁷⁹ waren Forderungen nach Zwangsgenossenschaften und der Einführung von Befähigungsnachweisen laut geworden, um die liberalen Bestimmungen der Gewerbeordnung des Jahres 1859 wieder zu verschärfen. Anders als bei den letztlich dem liberalen Erbe verbunden gebliebenen Demokraten verstärkten sich seit dem Beginn der konservativen Ära Taaffe gleichzeitig die Tendenzen, mit antisemitischen Parolen gegen Liberalismus und Kapitalismus aufzutreten.⁴⁸⁰ Am 11. Oktober 1880 hielt der Uhrmacher Josef Buschenhagen auf einer Gewerbeversammlung in „Drehers Bierhalle“, Landstraßer Hauptstraße 97, eine Rede vor einer größeren Menge, in der sich auch Karl Lueger befand. Jüdische Hausierer würden das Handwerk ruinieren. Diese Kundgebung verstand sich als erste „moderne“ antisemitische Veranstaltung in Wien. Gezielt benutzte

477 FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 22.

478 ÖStA, AVA, Ministerium des Inneren (MdI), Kt. 682, Sig. 15, Politische Vereine, Akzt. 6451-79.

479 BUNZL, John / Bernd MARIN, Antisemitismus in Österreich, S. 21.

480 HÄUSLER, Wolfgang, Toleranz, Emanzipation und Antisemitismus, S. 116.

Buschenhagen den „Hausierer“ als Stereotyp für „nicht arbeitswillige“ Juden.⁴⁸¹ Auf die Frage: Wer sind diese Hausierer? antwortete er selbst: „Die meisten sind polnische, ungarische oder aus Rußland vertriebene Juden. Sehen Sie alle diese Leuten an und sagen Sie mir, ob dieselben je ein Handwerk gelernt haben.“⁴⁸²

Einige der damals Versammelten beschloßen auf dieser und einer zweiten Kundgebung am 25. Oktober 1880, jährliche Gewerbetage einzuberufen und eine „Gesellschaft zum Schutz des Handwerks“ zu gründen, die Kleinform einer christlichsozialen Partei, deren erster Obmann Ernst Schneider (1850–1913) werden sollte, wegen seiner Hernalser Maschinenfabrik, in der er fünfzig Personen anstellte, auch „Mechaniker-Schneider“ genannt.⁴⁸³ Die Proletarisierungssängste des Kleinbürgertums verbanden sich nun mit der Ansicht, daß die Wiener Bevölkerung nur durch Propaganda für einen Antisemitismus als gebündelte Reaktion auf den Laisser-faire-Geist der liberalen Fabriksbesitzer gewonnen werden könne. Die Wiener sollten in erster Linie dafür gewonnen werden, nicht mehr bei Juden zu kaufen.

Die antisemitische „Markenseuche“ begann.⁴⁸⁴ Um diesen „volkstümlichen Antisemitismus“ anzuheizen, gründete der bankrotte Ex-Offizier Karl von Zerboni eine kleine, zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung, den „Österreichischen Volksfreund“, die im Eigentum des späteren Obmanns des „Christlichen Vereines“, Ludwig Psenner, stand. Das Blatt brachte im ersten Jahr des Bestehens zumeist „ausländisches Material“, beispielsweise recht lange Abhandlungen von Reden deutscher Antisemiten und des antisemitischen ungarischen Reichstagsabgeordneten Viktor von Istóczy. Wichtig für die späteren Ereignisse waren jedoch die als zusätzlicher „Zündstoff“ gedachten Abdrucke des „Talmudjuden“. Das in einer volkstümlichen, leicht verständlichen Spra-



Abbildung 10: Inserate im Österreichischen Volksfreund, dem Organ des antisemitischen Österreichischen Reformvereines

481 FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 22.

482 Ebd. Vgl. TIETZE, Hans, Die Juden Wiens, S. 238.

483 BUNZL, John / Bernd MARIN, Antisemitismus in Österreich, S. 21. Später betrieb der heute immer noch in einem Ehrengrab der Stadt Wien ruhende Schneider eine „Mechanische Werkstätte für Astronomische, Geodätische und Physikalische Präzisionsinstrumente in Währing bei Wien, Martinstraße Nr. 32“. ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

484 FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 22.

che 1871 verfaßte Buch des Priesters und seit 1879 als Professor für Hebräisch an der Prager Katholisch-Theologischen Fakultät lehrenden August Rohling war eine geschickte Abschrift des 1711 erstmals erschienenen Werkes „Entdecktes Judenthum“ von Anton Eisenmenger. Wie Eisenmenger wollte auch Rohling den Nachweis erbringen, daß der Talmud Juden befehle, Nichtjuden zu betrügen und auszubeuten.⁴⁸⁵ Zerboni nutzte die Zeitung natürlich auch, um die Wiener antiliberalen Parteien zu ordnen und für eine antisemitische politische Partei zu werben.

Wie sehr eine junge radikale Intelligenz, die keine Rücksicht auf Familie oder Beruf zu nehmen brauchte, als Ansprechpartner auf Menschen angewiesen war, die durch die industrielle Revolution in Hoffnungslosigkeit versunken waren und größtenteils schon Antisemiten waren oder zu Antisemiten wurden, weil sie den Juden alle Nachteile der Modernisierung anlasteten, beweist die Gründung des „Österreichischen Reformvereins“. Am Samstag, den 11. Februar 1882, gingen die „Gesellschaft zum Schutz des Handwerks“ und einige Kaufleutevereinigungen auf einer „konstituierenden Versammlung“ im Wiener Hotel Wandl auf dem Petersplatz, die von Handwerkern, kleinen Fabriksbesitzern, einigen Juristen und Lehrern besucht war, in den „Österreichischen Reformverein“ auf. Auf Betreiben Ludwig Psenners waren die „sehr harmlos“ gestalteten Satzungen des neuen Vereines bereits am 21. Jänner 1882 unter der Ziffer 2561 von der Statthalterei genehmigt worden.⁴⁸⁶ Als Zweck dieses politischen Vereines gaben seine Protagonisten an, „die geistigen und sozialen Interessen seiner Mitglieder“ durch „Versammlungen zur Besprechung kommunaler, politischer und wirtschaftlicher Angelegenheiten; durch wissenschaftliche und populäre Vorträge; durch die Abfassung und Veröffentlichung von Petitionen, Resolutionen und Denkschriften und schließlich durch die Beteiligung an Wahlen in die verschiedenen Vertretungskörper zu fördern und zu wahren“. Zum ersten Präsidenten wählten sie den Fabrikanten Füssl; als Vizepräsident scheint neben Professor Josef Daurer ein junger Grazer deutschnationaler Rechtsanwalt, Robert Pattai (1846–1920),⁴⁸⁷ auf, auch er ein Abtrünniger des Liberalismus. Der bei dieser Gründung mit seinem „Sancho Panza“ Heinrich Fürnkranz anwesende Georg von Schönerer stellte die Frage, ob der Verein auf nationaler oder internationaler Grundlage stehe, worauf man sich wegen der tschechischen Mitglieder für den internationalen Standpunkt entschied. Für Schönerer und Pattai war dies fortan eine Herausforderung, den Verein national „umzudrehen“.

Beide, die sich damals sehr nahe standen, waren sich über die Reformbedürftigkeit der unter dem Banne des Liberalismus stehenden Wirtschaft wegen des „Übergewichts der Juden“ einig. Robert Pattai grenzte die „neue Partei“ noch in seiner, auf der Gründungsversammlung gehaltenen Rede zunächst gegenüber der sozialdemokratischen und der reaktionär-klerikalen Richtung

485 Dazu das eigens Rohling gewidmete Kapitel In: HELLWING, I. A., Der konfessionelle Antisemitismus im 19. Jahrhundert in Österreich, Wien 1972, S. 45ff.

486 Statuten des Österreichischen Reformvereines und die Einladung zur konstituierenden Versammlung, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai), Mappe 2. Karl FERTL ist in diesem einen Punkt zu korrigieren: Die gründende Versammlung fand am 11. und nicht am 19. Februar 1882 statt. Vgl. Karl FERTL, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 35.

487 An seinem Mariahilfer Wohnhaus in der Nelkengasse 1 befindet sich heute noch eine Gedenktafel.

ab. Er könne diesen „Strömungen“ zwar „eine Anerkennung nicht versagen“, jedoch führe eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft nicht zum Ziele, weil sie jegliche Grundlagen der menschlichen Zivilisation vernichte, andererseits könne man durch den Fortschritt der Technik zu den früheren Bedingungen nicht mehr zurückkehren. Als zwischen diesen radikalen Richtungen stehend bezeichnete er die liberale und konservative Weltanschauung. Während er „liberal“ aber als eine „zahlreiche Koterie“ bezeichnete, „die lediglich auf eine Herrschaft der internationalen Geldaristokratie hinarbeite“, sodaß die „Freiheit des Individuums auf die Wirtschaft übertragen nur negative Folgen“ habe, da dort, wo der Raffiniertere den Sieg davontrage auch alle Formen der Kultur aufgehoben werden, konnte Pattai nicht umhin, den „Reformverein“ als „konservative Staatspartei“ zu bezeichnen. Sie wolle die Grundlagen der Gesellschaftsordnung erhalten und durch Reformen regenerieren. Auf die „Judenfrage“ – „ein speziell dieser Versammlung näher liegendes Thema“, wie es in dem Bericht dazu hieß – umgelegt, bedeutete dies die Formel: „Entfernen wir vor Allem die gröbsten gegenwärtigen Schäden durch eine vernünftige, den Staatseinfluß in gesetzlichen Grenzen wohlthätig erweiternde Wirtschaftspolitik, und wir werden den Kern der Judenfrage mitgetroffen haben ... Sollte es aber nicht gelingen, der Judenfrage durch diese notwendigen Reformen die Wurzel abzuschneiden und das natürliche Gleichgewicht herzustellen, dann müßten eben die vielbegehrten Ausnahmegesetze gegen das Judentum notwendig werden.“⁴⁸⁸ Pattai stellte wenig später, am 10. März 1882, in den „Patriotischen Flugblättern“ die Aufgaben des Reformvereines folgendermaßen dar: „... mit diesen (Reformen) wird dem unverhältnismäßigem Wachstume des Judenthums ... die kräftigste Gegenwehr geboten ... (Es ist ein) Umstand, daß kein einziger maßgebender Jude für die so dringenden wirthschaftlichen Reformen eingetreten ist, sondern sich alle entgegenstemmen.“ Georg von Schönerer hatte bei der Gründung Pattai aufgefordert, einen Programmpunkt zum Beschluß zu erheben: „Was uns allen noth thut und uns Alle hier eint, ... ist der Kampf gegen den Vampir der Aussaugung.“⁴⁸⁹

Was Pattai unter der Prämisse einer „konservativen Staatspartei“ verstand, nämlich Reformen „von oben“, durch den Staat, der zunächst breiten Volksschichten durch ein allgemeines Wahlrecht ein Mitspracherecht zu gewähren habe, baute Schönerer, oder besser „sein“ Arbeiterführer Franz Stein, später durch eine stärkere Betonung des nationalen Elements und unter Bezugnahme auf die Bismarck'sche Sozialgesetzgebung zu einem „nationalen Sozialismus“, zu einer „sozialen Reform auf nationaler Grundlage“ aus.

Der Name „Reformverein“ war nicht ganz zufällig gewählt: In der deutschen Reichshauptstadt hatten die verschiedenen Tendenzen des Antisemitismus in der „Berliner Bewegung“ eine Dachorganisation gefunden, in der christlichsoziale, konservativ staatssozialistische und allgemein reformistische antisemitische Bewegungen zusammenfanden. Nachdem Wilhelm Marr im Jahre 1879 mit der erwähnten „Antisemitenliga“ und der Antisemit Ernst Henrici⁴⁹⁰ mit seiner 1881 ge-

488 Österreichischer Volksfreund, Nr. 8 vom 19. Februar 1882, S. 1–3.

489 Patriotische Flugblätter zur Aufklärung und Bedeutung für Österreichs Völker, Nr. 4 vom 10. März 1882, S. 3.

490 HENRICI, der weiter ging als STOECKER, indem er betonte, daß die Judenfrage im Kern rassischer Natur sei, weil sie

gründeten „Sozialen Reichspartei“, die in ihren Statuten als Hauptforderung Ausnahmegesetze gegen Juden anführte,⁴⁹¹ vergebens versucht hatten, die antisemitischen Kräfte zu bündeln, ging die „Berliner Bewegung“ für die Reichstagswahlen 1881 ein Bündnis mit dem „Konservativen Zentralkomitee“ ein. Dort kandidierten neben Stoecker und Liebermann von Sonnenberg (1848–1911) auch der Kathedersozialist Adolph Wagner und der Antisemit und Redakteur der „Germania“, Joseph Cremer.⁴⁹² Trotz der Wahl Stoeckers in den Reichstag brachte das Bündnis der „Berliner Bewegung“ bei seinem ersten Antreten nicht den gewünschten Erfolg und auch das Verhältnis zum Zentralkomitee verschlechterte sich. Um die Bewegung über Berlin zu verbreiten, gründete Alexander Pinkert 1881 in Sachsen eine „Deutsche Reformpartei“ und nahm Fühlung mit Stoecker und den Konservativen auf. Bereits im Sommer 1879 hatte Pinkert Flugblätter mit einem „Appell an das deutsche Volk“ verteilt, wonach bereits Tausende von Landwirten und Händlern der „Judenpest“ zum Opfer gefallen seien. Ein Zusammengehen mit der von Stoecker gegründeten, 1881 in „christlichsozial“ umbenannten Partei scheiterte jedoch möglicherweise an Stoeckers erklärtem Ziel der Assimilation, weswegen er Ausnahmegesetze gegen Juden ablehnte. Doch Pinkerts Partei, die in ihrem Programm für die aus Krämern, Handwerkern, Ladenbesitzern und niederen Beamten zusammengesetzte Wählerschaft eine „soziale Reform durch eine gesetzliche Zunfthandwerkordnung, Kreditleichterung für den Mittelstand, höhere Kapitalbesteuerung“ und selbstverständlich auch den „Ausschluß der Juden aus der öffentlichen Verwaltung“⁴⁹³ forderte,⁴⁹⁴ wurde zur Keimzelle für die in den 80er Jahren an vielen Orten in Deutschland entstehenden „Reformvereine“. Auch ohne zentralistische Organisation gab es 1890 schon 136 derartige Vereine. Neben den vom Berliner Nationalökonom Eugen Dühring beeinflussten Vereinen in Westfalen, ragte der, gemessen an seiner Mitgliederzahl stärkste, Leipziger Reformverein hervor. Diese am 23. Mai 1884 gegründete Organisation stand unter der Leitung von Theodor Fritsch und machte vor allem durch ihre Verlagstätigkeit von sich reden: Alleine von Leipzig aus sollen täglich 3.000–4.000 (also jährlich fast eine Million) Flugblätter und andere Schriften um die ganze Welt gegangen sein.⁴⁹⁵ Es erfolgte nun auch im „Österreichischen Reformverein“ eine bewußte, wenn auch aufgrund deren Zerrissenheit lockere Übernahme der deutschen Programme, vor allem aber ihrer Methodik.⁴⁹⁶

auf der Minderwertigkeit der Juden in körperlicher und geistiger Hinsicht beruhe und er daher jegliche Bekehrung zum Christentum ablehne, brachte es nach einer Rede im pommerischen Neustettin sogar so weit, daß nach Unruhen die Synagoge angezündet wurde.

491 Verbot der jüdischen Einwanderung und Ausschluß von allen öffentlichen Ämtern. Vgl. WAWRZINEK, Kurt, Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), Historische Studien, Heft 168, Ebering 1927, S. 38.

492 BÖNISCH, Michael, Die „Hammer“ Bewegung, In: PUSCHNER, Uwe / Walter SCHMITZ / Justus H. ULBRICHT, Handbuch der „Völkischen Bewegung“ 1871–1918, S. 343. FN 8.

493 „In einem christlich-germanischen Staat sollen nur christlich-religiöse Männer in Körperschaften gewählt und in Ämter berufen werden“.

494 MASSING, Paul W., Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Mannheim 1959, S. 83. Vgl. HELLWING, I. A., Der konfessionelle Antisemitismus im 19. Jahrhundert in Österreich, S. 29.

495 WAWRZINEK, Kurt, Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), S. 61.

496 KATZ, Jacob, Vom Vorurteil bis zur Vernichtung, S. 291.

2.2 Die Rolle des Antisemitismus im „Österreichischen Reformverein“ und seine Strategien

In der in Leipzig von Theodor Fritsch herausgegebenen „Antisemitischen Correspondenz und Sprechsaal für innere Partei Angelegenheiten“, die sich mit den „Zielen der antisemitischen Bewegung, mit der richtigen Agitation und mit deren Fehlern“ beschäftigte, schrieb Robert Pattai im Oktober 1885 über die Unentbehrlichkeit des Antisemitismus für den „Österreichischen Reformverein“: „Die Wege der antisemitischen Bewegung liegen in einer strengen Reformpolitik auf wirtschaftlichem Gebiet, unter beständiger Hervorhebung des antisemitischen Gesichtspunktes. Beide Punkte bedingen sich gegenseitig: Die bloße Reformbewegung verliert ohne den Antisemitismus die treibende Kraft und ihren über die materiellen Rücksichten hinausweisenden nationalen Gesichtspunkt, ja kann sogar durch Juden verpfuscht werden. Der bloße negative Antisemitismus jedoch entbehrt ohne wirtschaftliche Reform der Mittel zu seiner Realisierung und wird zum bloßen Krakehl ... Meiner Meinung nach haben die Programmpunkte zu lauten: Wirtschaftliche Reformen in der schon explizierten Weise; Ausschluß aller Juden von der Reformbewegung; Bekämpfung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten; Verhinderung der jüdischen Einwanderung durch Verbot; Revision der Talmudlehre ... Nach diesen Vorstadien wird man dann zum Ausschluß aller Juden von den staatsverwaltungs- und bestimmten Ämtern schreiten müssen – weil die Juden einem internationalen Verband angehören“.⁴⁹⁷ Dieses Bekenntnis Pattais in einem „Sprechsaal“ ist ein rares Zeugnis aus der Frühzeit des politischen Antisemitismus, in dem er völlig offen und ungeniert die Verknüpfung der Politik mit dem Rassenantisemitismus als taktisches Mittel zur Erreichung politischer, „humaner“ Ziele offenbarte. Spätere Protagonisten werden alles daran setzen, diese Nahtstellen möglichst unsichtbar zu machen und zu „verselbständigen“. Der „bloße negative Antisemitismus“, von vielen als primitiv und abstoßend kritisiert, wich dabei einem dumpfen, unterschwelligen „Antisemitismus der Verführung“.

Durch den Wunsch nach direkten Aktionen auf der Straße und den auf Plakatwänden angekündigten Großveranstaltungen in Bierhallen entstand eine Neuheit im Wiener Straßenbild. So organisierte Josef Buschenhagen am 20. März 1882 eine Versammlung in „Drehers Bierhalle“, die von 300 Personen, vornehmlich Kleingewerbetreibenden und Handwerkern, den „Fünfgulden Männern“, besucht war. Sie verfolgte den Zweck, die von den Klerikalen abgegebenen Versprechungen zu unterstützen, den Wahlzensus im Zuge einer Wahlrechtsreform von zehn auf jährlich mindestens fünf Gulden an direkter Steuer zu senken. In einer schon vorher der Öffentlichkeit vorgestellten „Resolution“ ging Buschenhagen aber darüber hinaus: „Die Erweiterung des Wahlrechts kann für die Volksinteressen nur dann von Erfolg sein, wenn die Wähler direkt ihre Vertreter in sämtliche Vertretungskörper entsenden können“.⁴⁹⁸ Er forderte daher die Abschaffung des Wahlmännersystems, aber noch kein allgemeines, sondern ein direktes „Wahlrecht für sämtliche Steuer-

497 Antisemitische Correspondenz und Sprechsaal für innere Partei Angelegenheiten, Nr. 1 vom 1. Oktober 1885, S. 5.

498 Fremdenblatt, Nr. 80 vom 21. März 1882, S. 5.

träger“. Bei dieser Kundgebung einer neuen, noch wenig bekannten Partei, befanden sich unter den Kleingewerbetreibenden auch Sympathisanten des christlichsozialen, sozialdemokratischen und nationalen Lagers, den späteren Massenparteien. Für die liberale Presse stellte dieser „Pöbel“ dennoch einen Haufen von „Sozialisten ohne Unterschied“⁴⁹⁹ dar – gleichsam eine noch geschlossene äußerste „linke Blase“. Trotzdem konnten sich schon einige linksliberal-demokratische, auf der Veranstaltung anwesende Reichsratsabgeordnete, wie Löblich, Lenz, Kronawetter und Schönerer – Fürnkranz und Steudel hatten sich entschuldigt – in Form eines Interessenausgleichs für diesen Haufen „begeistern“.⁵⁰⁰ Daß die zu Beginn verlesenen Begrüßungsschreiben von Genossenschaften, Bauernbünden und Gewerbevereinen fast alle aus Zwettl und Langenlois stammten, fand zumindest das „Illustrierte Wiener Wochenblatt“ „äußerst seltsam“⁵⁰¹, warfen sie doch ein verräterisches Licht auf die Kundgebung als ein „Heimspiel“ Schönerers. Aus der sicher nicht dem Zufall überlassenen Reihenfolge der Redner ergab sich nun schnell ein Abdriften nach links. Mit der zunehmenden Radikalität steigerten sich aber auch die antisemitischen Ausfälle. So betonte zunächst der den Vorsitz führende Buschenhagen, daß es nur den Anschein gehabt habe, als hätte der Staat dem Beschluß des Gewerbetages vom November 1881, auf welchem das direkte Wahlrecht gefordert wurde, Rechnung tragen wollen. Ein Arbeiter, der sich selbst als den „rötesten aller Sozialisten“ bezeichnete, bedauerte daraufhin, jetzt nicht seine Gesinnungsgenossen bei der Hand zu haben und forderte gleich einmal das allgemeine Wahlrecht.⁵⁰² Auf die Frage aber, warum sich eine liberale Regierung und eine „verfassungstreue Linke“ im Reichsrat wegen ihres mangelnden Engagements für das Volkswohl als „Gegner des Volkes“ herausgestellt habe, denn mit den „Fünfgulden Männern“ sei den Arbeitern nicht gedient, ergab sich schnell eine gleichlautende Antwort. Sie stimmte mit der zweiten gestellten Frage überein, warum eine Presse, die verpflichtet sei, über die Wünsche und Nöte der Kleingewerbetreibenden und Arbeiter zu berichten, deren eingesendete Beiträge nicht drucken und sie damit bewußt über ihr Schicksal im Unklaren lasse. Aus der anfangs friedlichen wurde bald eine schreiende Masse, als die anfänglichen „Bürgerministerium ist gleich Judenministerium“-Rufe angesichts des leichter habhaft zu werdenden Sündenbocks, der „Judenpresse“, verstummten. Sehr deutlich kamen die Emanzipationsbestrebungen vom bürgerlichen Liberalismus zum Ausdruck, für die der Antisemitismus das geeignetste Mittel erschien. Der Arbeiter Franz Maier verband den geflügelten Satz „Wir müssen das Wahlrecht nicht bekommen, wir müssen es bekommen“, mit der Aussage eines Reichsratsabgeordneten, „das Volk sei für das Wahlrecht noch zu dumm“ – worauf ein Zwischenrufer bemerkte, „Das muß ein Jud' gewesen sein!“⁵⁰³

An Georg von Schönerers Rede an jenem 20. März 1882 in „Drehers Bierhalle“ ist so manches bemerkenswert. Er stimmte in das Konzert ein, daß die Senkung des Steuerzensus auf die „Fünf-

499 Die Presse, Nr. 81 vom 22. März 1882, Vgl. Deutsche Zeitung, Nr. 3670 vom 21. März 1882, S. 4.

500 Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 741 vom 21. März 1882, S. 6. Vgl. Die Presse, Nr. 80 vom 21. März 1882, S. 10.

501 Illustriertes Wiener Wochenblatt, Nr. 80 vom 21. März 1882, S. 3.

502 Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 741 vom 21. März 1882, S. 6. Vgl. Tribüne, Nr. 80 vom 21. März 1882, S. 7.

503 Die Presse, Nr. 80 vom 21. März 1882, S. 10.

gulden Männer“ letztlich zu wenig sei, was aber sehr stark damit zu tun hatte, daß er „keine Sympathien für die Linke im Abgeordnetenhaus hege“: „Mit der Wahlreform, welche die äußerste Linke in Fluß gebracht hat, nimmt es die Rechte ebensowenig ernst wie die Linke, und wenn die äußerste Linke nicht das Äußerste verlangen würde, bekäme das Volk gar nichts. Nur der Arbeiterstand hat bisher kein politisches Recht erhalten“. An diese Feststellung knüpfte er aber jetzt eine Aussage, die zu einer Konstante seines gesamten weiteren politischen Lebens werden sollte, nämlich seine Distanz zu den Arbeitern, die er politisch nie überbrücken konnte: „Ich trete für das Recht ein und nicht für die Arbeiter, von denen mich eine Kluft trennt, nämlich daß diese niemals ihre Nationalität betonen“. ⁵⁰⁴ Daraus schloß er auch auf ihre besondere Anfälligkeit für die „verjudete“ internationale Sozialdemokratie. Erst die später aus seinem alldeutschen Lager kommenden Arbeiterführer Franz Stein und – mit Abstrichen – Karl Hermann Wolf werden diese Kluft zu verkleinern suchen. Dieses „Nicht-Können“ Schönerers als Vertreter eines radikalen Nationalismus hängt deutlich mit der am 17. November 1881 von Kaiser Wilhelm I. vor dem Deutschen Reichstag verkündeten „sozialen Botschaft“ zusammen, die von Bismarck verfaßt worden war. Er war von diesen Ideen, die er hier das erste Mal verkündete, so inspiriert, daß ihm die liberale Presse – siehe unten – ein noch dazu schlecht verstandenes „Nachäffen“ vorwarf. Auf „seine“ nationale Politik umgelegt, bedeutete die soziale Botschaft eine Reformgesetzgebung von oben nach unten, die den anationalen Arbeiter erst als letzten mit ihren „Segnungen“ beglücken würde – aber nie von unten nach oben, auf dem Weg, den die Sozialdemokratie anstrebte.

Schönerers Rede zeigt aber auch anhand seines blinden Gehorsams Bismarck gegenüber, den er später genauso von seiner Jugend einfordern sollte, einen noch denkbar unfertigen Politiker, der auch noch durchaus biegsam war: „Wenn man Bismarck Vorwürfe macht, er geht mit Klerikalen, so darf man nicht vergessen, wenn das Ziel ein Erhabenes ist, so muß man jedes Mittel ergreifen. Nicht in nationaler(!), in volkswirtschaftlicher Beziehung trete ich für Bismarck ein; wenn dieser zu Gewaltmaßregeln schreitet, um den Kapitalisten zu nehmen und den Arbeitern zu geben, so werde ich freudigst zustimmen“. ⁵⁰⁵ Bis zu seiner Verurteilung im Jahre 1888 ⁵⁰⁶ hielt auch Schönerer ein kurzfristiges Zusammenspiel mit den „Klerikalen“ für ein probates „Mittel, erhabene Ziele“ zu erreichen; ein Zusammenspiel, welches er durch das hier geäußerte Motiv erklärte, wie es aber in seiner ganzen Deutlichkeit nie mehr zum Ausdruck kommen sollte. Für ganz kurze Zeit schraubte Schönerer nämlich die von seinen Gegnern verspottete Bismarck-Hörigkeit zurück und ließ seine Wurzeln nunmehr im Verborgenen sprießen. Nach diesem „Aufblitzen“, mit dem er weit in seine politische Zukunft schaute, erging er sich wieder in seinen „gewohnten“ Ausführungen über die „Judenpresse“.

504 Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 741 vom 21. März 1882, S. 6.

505 Die Presse, Nr. 80 vom 21. März 1882, S. 10.

506 Nach der „Erstürmung“ einer Zeitungsredaktion aus antisemitischen Motiven wurde Schönerer zu einer viermonatigen Haftstrafe, zu einem fünfjährigen Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts und zum Verlust seines Adelstitels verurteilt.

Die tobende Menge, die allmählich außer Kontrolle geriet, führte zum Schluß ein völlig losgelöster Journalist namens Franz Holubek an. Er bekannte sich nach der Schönerer-Rede, die er sichtlich zu übertrumpfen versuchte, indem er die „verjudete“ Presse und den jüdischen Einfluß im öffentlichen Leben verdammt, zum „Vater-Unser“: „Herr, befreie uns vor den Übeln und von den Juden, jetzt und in alle Ewigkeit. Amen!“ Ein Arbeiter sprang dabei auf einen Tisch und schrie: „Juden! Am Journalistentisch hat man den Humor zu sagen: Mehr als erschlagen werden, kann uns heute nicht mehr passieren!“⁵⁰⁷ Der Volkszorn war am Kochen: Noch bevor der Regierungsvertreter die Versammlung auflösen konnte, schlugen die Tobenden auf jene Personen ein, die nicht in die Judenhetze eingestimmt hatten und rissen ihnen die Kleider vom Leib.⁵⁰⁸

Die Reaktionen der mit diesen „nicht einverstandenen Kreisen“ in Verbindung gebrachten Zeitungen sind deshalb interessant, weil sie, abgesehen vom „offiziösen“ „Fremden-Blatt“, in ihren Interpretationen des Geschehenen zwar von verschiedenen Seiten herangingen und die Ausschreitungen kritisierten, das Motiv des Antisemitismus aber völlig unberührt ließen. Allen gemeinsam war die „Überraschung“ über das „sensationelle Vorkommen“ eines Antisemitismus, der scheinbar über Nacht über Wien hereingebrochen war, als wenn es ihn vorher nie gegeben hätte.

Das „Fremden-Blatt“ war über zweierlei „bestürzt“: Einmal über das Nachäffen der „Berliner Kollegen“, von denen man sich alles „getreulich abgeguckt“ habe, „wie sie spucken, wie sie sich räuspern, wie sie die Juden durchprügeln“, und noch mehr über einen „Homo novus“ wie Holubek, der plötzlich am Firmament auftauchte, um durch „geistige Unbeholfenheit“ zur Zelebrität zu werden.⁵⁰⁹

Ganz anders die linksliberale „Morgen-Post“, die die Vorkommnisse in der Bierhalle gleichsam in zwei Teile zerlegte: Einmal wäre „das Volk erwacht“, die Stiefkinder der Gesellschaft, die ihr allgemeines Wahlrecht einforderte, wobei der nicht salonfähige Ton „gar nichts ausmache“. Andererseits wurde das Ganze als Tat verrückt gewordener Kleingewerbetreibender dargestellt, von der sich der „anständige, prosperierende Gewerbetreibende“ zu distanzieren habe. Nur mit „allgemeinen“ Gesetzen könne auf legalem Weg gegen den Wucher und das Hausierwesen, mit einer Erhöhung der Industriezölle und mit einem Markenschutzgesetz „der Gewerbestand und die ehrliche Arbeit von dem Drucke einer korrumpierten Konkurrenz befreit werden“, wie sie jetzt „von Seite eines Volkes im Volke, den Juden“ bestehe, „deren Charakterfehler sodann durch jene anzustrebenden Gesetze für das Staatswesen und den Gewerbestand ungefährlich gemacht“ werden könnten.⁵¹⁰

Um es mit den bereits oben gefallen Worten auszudrücken: Der Antisemitismus sollte „unterschwellig“ werden. Offen zur Schau gestellt, barg er zudem die Gefahr einer Rücknahme des

507 Deutsche Zeitung, Nr. 3670 vom 21. März 1882, S. 4.

508 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai), Zeitungsausschnitte unbekannter Herkunft.

509 Fremden-Blatt, Nr. 81 vom 22. März 1882, S. 1.

510 Morgen-Post, Nr. 81 vom 22. März 1882, S. 1.

bereits erlangten Wahlrechts der Fünfgulden-Männer wegen mangelnder politischer Reife, wie dies auch in der noch liberalen „Deutschen Zeitung“ zum Ausdruck kam.⁵¹¹

Weit zynischer nahm das katholisch-konservative „Vaterland“ Vogelsangs in seinem Leitartikel „Zur Judenfrage“ zu den Ereignissen Stellung: Eine Auseinandersetzung „zwischen der Stammbevölkerung unserer Länder und der heterogenen Rasse“ sei mit „längst ad absurdum geführten Prinzipien“ und in Ermangelung „jeglicher Staatskunst“ nicht zu führen, zumal man in diese durch den Liberalismus „entgeistigte Gesellschaft, in diesen säkularisierten Staat die Juden als gleichberechtigte Genossen eingeführt habe. Warum auch nicht? Man mußte sich sagen, daß, wenn ein Staat und Gesellschaft ihre nationale und ihre christliche Besonderheit eingebüßt haben, kein Grund vorliege, eine fremde Rasse und eine fremde Religionspartei fernzuhalten“. In einem „von allem sittlichen Ballast gesäuberten neuen Wirtschaftsleben“ wäre man von den „Reformjuden“ getäuscht worden, hinter denen die ganze, seit Jahrhunderten für ihren Kampf ums Dasein angepaßte, Rasse stehe, die sich „ohne Anstrengung den Sieg sichern mußte“. Nur durch ein Zurück zu christlichen Ideen könne man einen „Eindringling, den wir selbst in charakterloser Feigheit und unmännlicher Devotion vor leeren Zeitphrasen auf den Händen in unser Heim getragen haben“, wieder loswerden, denn „wir haben an unseren Juden genau die Herrscher, welche wir verdienen“.⁵¹²

Je weiter nach rechts wiederum die Richtung der liberalen Blätter ging, desto größer war die gefährliche Bereitschaft, die Vorkommnisse als Exzeß eines Haufens wildgewordener Proletarier zu verharmlosen ... So schrieb die „Presse“ über die „Rutschbewegung des politischen Untergrundes“: „Die freiheitliche Entwicklung der Staaten und Nationen kann nur dann dem Zweck der allgemeinen Wohlfahrt und Ordnung dienlich sein, wenn sie langsam und schrittweise fortschreitet, sonst führen sie zur Anarchie ... Wir erblicken nichts als die Pöbelexzesse, die in einer Großstadt unvermeidlich sind“. Ein besonderes „Augenmerk“ legte die „Presse“, wie bereits erwähnt, auf Georg von Schönerer: „Mit dem Erbe des Vaters im Rücken macht er Sozialpolitik, indem er mangels eigener Ideen die von ihm mißverstandenen Entwürfe Bismarcks für die Zwecke seiner Reklame mißbraucht“.⁵¹³

Noch weltfremder gab sich die bürgerliche deutschböhmische „Leitmeritzer Zeitung“, die sich sogar bemüht fühlte, ihren maximal im Nationalitätenkampf gegen die Tschechen geschulten Lesern zu erklären, daß „Antisemitismus“ etwas mit Judenfeindlichkeit zu tun habe. Auch mit ihrer Prognose sollte sie nicht richtig liegen: „Diese Versammlung brachte die antisemitische (judenfeindliche) Strömung in Österreich zum ersten Mal an die Oberfläche. Die Art und Weise ... kann nur abstoßend auf den deutschen Menschen wirken. Eine Bewegung, die in Rußland mit den erschütterndsten Greuelszenen, in Deutschland mit Skandalen aller Art und bezüglich ihres ersten schüchternen Auftretens in Österreich mit einem Wirtshauskrawall ihre Ziele anzustreben

511 Deutsche Zeitung, Nr. 3670 vom 21. März 1882, S. 4.

512 Das Vaterland, Nr. 84 vom 25. März 1882, S. 1.

513 Die Presse, Nr. 81 vom 22. März 1882, S. 3.

versucht, kann ... keine fortschrittliche sein, und die große Masse des gebildeten deutschen Volkes wird niemals dieser Strömung irgend welches Verständnis entgegenbringen“.⁵¹⁴

Die Wahlreform machte in Wien über Nacht statt wie bisher 15.385 nun 45.695 Männer zu Wahlberechtigten. Hauptnutznießer dieses nun verdreifachten Wählerpotentials waren die antiliberal antikapitalistisch eingestellten Gewerbetreibenden, die für den Antisemitismus empfänglich waren, während die von der Industrialisierung abhängigen und sich gegenüber dem Antisemitismus später als relativ immun zeigenden Industriearbeiter weiterhin vom Wahlrecht ausgeschlossen blieben. Das Konzept des „Österreichischen Reformvereines“ hatte nun eine ideologische und eine praktische Ausrichtung. Einerseits wollte man vor allem den Bauern und Handwerkern, deren soziale Not am größten war, helfen. Andererseits erkannte man, und dies sollte sich als Verdienst für alle im Verein Tätigen herausstellen, daß man gerade diese Not ausnutzen konnte, um die abstrakte Botschaft des Nationalismus gleichermaßen wie die einer früh-christlichsozialen Bewegung wirksam zu verbreiten und eine Massenbewegung daraus zu formen. Im Zeitalter des Klassenbewußtseins war ein paar Radikalen bewußt geworden, daß eine große Zahl bisher völlig unpolitischer Menschen bald einen Machtfaktor darstellen würde, mit dem in Zukunft zu rechnen sein werde. Durch die Umformung wirtschaftlicher Bedürfnisse in politische Parolen sahen diese Heilsbringer es als ein leicht zu erreichendes Ziel an, sich ihrer zu bemächtigen. Es bleibt trotzdem eine nicht gern gesehene Tatsache, daß mit der teilweisen Demokratisierung der österreichischen Politik auch der politische Antisemitismus einen gehörigen Auftrieb bekam. Im Reformverein fanden die Hauptströmungen des Antikapitalismus, der katholischen Soziallehre und ein integraler Deutschnationalismus zu einem seltsamen Einklang, die ein radikaler Antisemitismus zusammenhielt. „Die programmatischen Differenzen überwogen noch nicht den antiliberalen und antisemitischen Konsens“, stellten dazu John Bunzl und Bernd Marin in ihrer Studie fest.⁵¹⁵ Oder wie es die „Leitmeritzer Zeitung“ im März 1882 ausdrückte, „durch all diese Strömungen zog sich der Antisemitismus wie ein roter Faden“.⁵¹⁶

So ist es auch kaum verwunderlich, daß Buschenhagen und Holubek durch den Sturm der Entrüstung in den liberalen Zeitungen, den die Märzversammlung ausgelöst hatte, zusätzlich motiviert waren, für den 4. April 1882 in den Sälen „Zu den drei Engeln“ auf der Wieden eine von 400 Personen besuchte Versammlung „christlicher Gewerbetreibender“ einzuberufen. Auf dieser führte Schönerer – angeblich von Holubek darum gebeten – bereits den Vorsitz. Zum Schriftführer avancierte Franz Masaidek, Mitglied der „Krickl-Tafelrunde“ und einer seiner ersten Jünger und Biographen. Diesmal sollten Ordner „mit aller Höflichkeit und Entschiedenheit jeden Ruhestörer geräuschlos aus dem Saal entfernen“.⁵¹⁷

An jenem 4. April vollzog Franz Holubek mit einem von ihm präsentierten „Zehn Punkte Programm“ den bisher heftigsten Angriff gegen Juden in Österreich. Mit seinen Forderungen nach

514 Leitmeritzer Zeitung, vom 24. März 1882, S. 286.

515 BUNZL, John / Bernd MARIN, Antisemitismus in Österreich, S. 22.

516 Leitmeritzer Zeitung, vom 24. März 1882.

517 Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 755 vom 5. April 1882, S. 3.

einem Wohnrecht für Juden nur an bestimmten Orten, einem Abfahrtsgeld bei Übersiedlungen, einer sogenannten Heiratskonzession, einer „Toleranzsteuer“, der Nichtzulassung zu Staats- und Gemeindeämtern und außerdem der völligen Ausweisung bis auf eine kleine Zahl von „Toleranzjuden“, sollte die vollkommene Vertreibung von Juden aus ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Positionen erreicht werden.⁵¹⁸ Damit sollten auch die Hauptbestimmungen über die Rechtsverhältnisse der Juden in Wien und Niederösterreich, wie sie unmittelbar vor dem Jahr 1848 in Gültigkeit waren, wieder in Gesetzeskraft erwachsen: „Die Juden haben sich der Emanzipation nicht würdig erwiesen ... Der Jude ist nicht länger ein Mitbürger. Er hat sich zu unserem Herrn, zu unserem Unterdrücker gemacht. Der Christ soll geschwächt, vernichtet, entehrt werden, es sei so weit gekommen, daß in der Hauptstadt des Habsburger Reiches ein Christ zittern müsse, sich als Christ zu bekennen. Ein Volk, dem schon Tacitus ein klassisches Brandmal aufgedrückt, habe sich zu unseren Herren aufgeworfen und uns sollte nichts übrig bleiben, als dieses Joch zu ertragen? Beurteilt. Ob so ein Volk inmitten einer zivilisierten Gesellschaft noch eine Existenzberechtigung hat? Ich will Euch nicht aufreizen, aber höret und fühlet! Dieses Buch, der Talmud! Wißet Ihr, was in diesem Buche steht? Die Wahrheit! Und wißet Ihr, wie Ihr in diesem Buch bezeichnet seid? Als eine Horde von Hunden, Schweinen und Eseln!“⁵¹⁹

Holubek rechtfertigte sein Programm mit Zitaten aus August Rohlings Buch „Der Talmudjude“⁵²⁰, das sich auch nicht wesentlich von den Schriften Brunners und Wiesingers unterschied, womit neuerlich die Verbindung der katholisch-konservativen Judenfeindschaft mit dem kleinbürgerlichen Antisemitismus deutlich wird.⁵²¹ Als die Polizei die Versammlung wegen der verursachten Tumulte auflöste, bekam Holubek sehr bald Post von der Staatsanwaltschaft wegen religiöser Beleidigung.

In dem nun folgenden Prozeß sagte ein sich wundernder Schönerer als Zeuge aus, warum eigentlich nicht er angeklagt sei. Holubek habe „nichts als die reine Wahrheit gesprochen“, weswegen er als Vorsitzender auch gar keine Grund gesehen hätte, den Redner zu unterbrechen. Darüber hinaus habe der anwesende Kommissär die Verhandlung nur aus dem Grund aufgelöst, weil der nunmehrige Angeklagte „etwas vom Thema abgewichen“ sei. Ein gewisser Neidhardt brachte von Masaidek assistiert vor, zu Beginn der Veranstaltung zwei Juden belauscht zu haben, die den Auftrag gehabt hätten, die Auflösung zu provozieren.⁵²² Der Holubek verteidigende Robert Pattai erwirkte einen Freispruch, indem er ebenfalls plädierte, daß die angebliche Beleidigung zu einer „wissenschaftlichen Wahrheit“ geworden sei, da sie aus wortwörtlichen Zitaten aus dem „Talmudjuden“ von Rohling bestehe, die er noch dazu im Gerichtssaal verlesen ließ.⁵²³ Das Recht auf freie Mei-

518 Deutsche Reform, Nr. 206 vom 2. November 1882, S. 2.

519 Zitiert In: BLOCH, Joseph Samuel, Erinnerungen aus meinem Leben, Wien 1922, Bd. 1, S. 59f.

520 „Etwas aus der jüdischen Sittenlehre“, Flugblatt Nr. 56, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 51 (Witzblätter).

Vgl. John W. BOYER, Political Radicalism in late Imperial Vienna, S. 89f.

521 Dazu Wolfgang HÄUSLER, Toleranz, Emanzipation und Antisemitismus, S. 116.

522 Deutsche Reform, Nr. 206 vom 2. November 1882, S. 2.

523 Tribüne vom 5. November 1882, S. 13.

nungsäußerung stehe in diesem Prozeß gegen die „Judenschutzgesetze“ auf dem Spiel, denn es könne nur rechtens sein, „die Aktivierung von Gesetzen“ zu fordern, die vor nicht allzu langer Zeit „als geheiligt galten“. Das sympathisierende Organ der „Deutschen Reformbewegung“, das nicht nur während des Prozesses in enger Beziehung zum Österreichischen Reformverein stand, die in Dresden erscheinende „Deutsche Reform – Anwalt des werktätigen Volkes gegenüber dem Manchesterismus und Börsenliberalismus – Tagblatt für Politik, ehrlichen Geschäftsverkehr und Unterhaltung“, schrieb von einem Erfolg, der „selbst auf den größten Sanguiniker verblüffend wirkt“.⁵²⁴

In Wien führte der Freispruch zu umfangreichen Handwerkerdemonstrationen auf den Straßen.⁵²⁵ Das liberale Witzblatt „Der junge Kikeriki“ dichtete in der „Drei Engel Ballade“: „Holubek und Masaidek / Und auch der Ritter Lieberschneck / Die täten gern hier auf Erden / Recht berühmte Männer werden // Sie dachten hin und dachten her / Berühmt zu werden ist gar schwer / Man muß verstehen gar schrecklich viel / Das geht so leicht nicht wie man will // Auf einmal fällt es ihnen ein / Sie wollen Judenfresser sein / Da braucht's keine Schul und keine Müh / Man wird berühmt und weiß nicht wie.“⁵²⁶

Obwohl der aus Galizien stammende Rabbiner von Floridsdorf, Josef Samuel Bloch, Rohling vorwarf, die Quellen gefälscht zu haben und er trotz seiner Professur gar nicht in der Lage sei, das aramäische Original zu lesen, konnte er nicht verhindern, daß die auf Eisenmenger beruhenden Pamphlete 1882 nun plötzlich überall bekannt waren, lebhaft diskutiert und durch den Urteilspruch, der die Anklagen gegen den Talmud ja „gerichtlich bestätigte“, als „wissenschaftliche“ Grundlage für den Antisemitismus aufgefaßt wurden.⁵²⁷

2.3 Ein „Ritualmord“ und seine Gläubigen

Die Forderungen Holubeks vom 4. April 1882 hatten auch noch einen anderen, für das ausgehende 19. Jahrhundert unfaßbar düsteren Hintergrund: Am 1. April 1882 verschwand in dem kleinen ungarischen Dorf Tisza-Eszlár das vierzehnjährige christliche Hausmädchen Eszter Solymosi in der Nähe des jüdischen Tempels. Bei den polizeilichen Vernehmungen gab der 14jährige Sohn des Tempeldieners, Moritz Scharf, an, seinen Vater durch das Schlüsselloch beim Ritualmord beobachtet zu haben, wie er gerade das Blut Eszters in einem Gefäß aufgefangen habe. Obwohl er dies später widerrief und auch sein Vater vom Vorwurf des Ritualmordes freigesprochen wurde, löste der Prozeß eine Weltsensation aus und erregte sowohl in internationalen antisemitischen Kreisen als auch in der liberalen Öffentlichkeit Europas einen heftigen Meinungsstreit.⁵²⁸ Daran änderte sich auch nichts, als das Mädchen Monate später in einem nahen Bachbett gefunden

524 Deutsche Reform, Nr. 206 vom 2. November 1882, S. 2.

525 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 83.

526 Der junge Kikeriki, Nr. 18 vom 16. April 1882.

527 BOYER, John W., Political Radicalism in late Imperial Vienna, S. 89.

528 ANDICS, Hellmuth, Der ewige Jude, S. 219.

wurde. Es hatte mit ziemlicher Sicherheit Selbstmord begangen, doch aufgrund einer dilettantisch durchgeführten Obduktion konnte die Identität Eszters nie ganz einwandfrei festgestellt werden.⁵²⁹ August Rohling erklärte sich bereit, in Ungarn unter Eid auszusagen, daß die jüdischen Religionsquellen tatsächlich eine Vorschrift für den Ritualmord an Christen enthielten. Die öffentliche Kontroverse zwischen dem Professor und dem Rabbiner Bloch verschärfte sich nun weit über den Fall Holubek hinaus, auf dessen Höhepunkt Bloch Rohling einen versuchten Meineid vorwarf und ihn damit zwang, seinerseits Bloch wegen Verleumdung zu klagen.⁵³⁰ Obwohl Rohling seine Behauptung nicht beweisen konnte, zog er seine Klage erst 1885 zurück. Rohling war zwar jetzt der Scharlatanerie überführte moralische Verlierer, was auch seine Absetzung in Prag beschleunigte, jedoch fanden auch seine anderen Veröffentlichungen während dieser Zeit eine so große Verbreitung, daß viele von seinem Versagen nicht überzeugt waren.⁵³¹

In Ungarn hatten die orthodoxen Juden in den rückständigeren nördlichen und nordöstlichen Landesteilen nicht nur größere Anpassungsschwierigkeiten zu überwinden, sondern gerieten zusätzlich in das Kreuzfeuer von herrschendem Magyarentum und dem Nationalismus der slawischen Völker. Weil assimilationswillige Juden nach der völligen Gleichstellung 1867 aufgrund eines schwach entwickelten einheimischen Mittelstandes noch stärker als in der österreichischen Reichshälfte wichtige Positionen in Handel und Publizistik übernehmen konnten, ließ der Konkurrenzkampf auch hier einen Antisemitismus virulent werden, der in den 80er Jahren zunahm.⁵³² Schon 1880 hatte sich die erste ungarische antisemitische Vereinigung in Pressburg gebildet, die vor den Entwicklungen einer raschen jüdischen Einwanderung warnte.⁵³³ Der Schatten, den der Ritualmordprozeß von Tisza-Eszlár warf, erleichterte auch das Vorhaben Alexander Pinkerts – des „Vaters“ der Reformvereine – im September 1882 in Dresden den „Ersten Internationalen Antijüdischen Kongreß“ einzuberufen. Neben den Delegierten aus verschiedenen Teilen Deutschlands, Henricis „Soziale Reichspartei“ hatte alleine 30 Mitglieder deputiert,⁵³⁴ und einer österreichischen Delegation, die von Karl von Zerboni angeführt wurde, spielten vor allem die drei ungarischen Vertreter Viktor Istóczy, Ivan Simonyi und der „Anheizer“ von Tisza-Eszlár, Géza Onody, allesamt Parlamentsmitglieder, eine wichtige Rolle.⁵³⁵

Das Podium war mit dem Bildnis Eszter Solymosis, dem Opfer des vorgeblichen Mordes, geschmückt, das einer der Vorsitzenden, Ivan von Simonyi, mitgebracht und zwischen den Portraits Wilhelms, Franz Josephs und des sächsischen Königs angebracht hatte.⁵³⁶ Nachdem Simonyi in

529 THORWALD, Jürgen, *Das Jahrhundert der Detektive. Wege und Abenteuer der Kriminalistik*, Bd. 2, Report der Toten, München 1978, 37.

530 HELIOWING, I. A., *Der konfessionelle Antisemitismus im 19. Jahrhundert in Österreich*, S. 79.

531 KATZ, Jakob, *Vom Vorurteil bis zur Vernichtung*, S. 292.

532 HÄUSLER, Wolfgang, *Toleranz, Emanzipation und Antisemitismus*, S. 123f.

533 BOYER, John W., *Political Radicalism in late Imperial Vienna*, S. 89.

534 *Deutsche Reform*, Nr. 214 vom 10. September 1882, S. 2.

535 PULZER, Peter, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus*, S. 90.

536 *Deutsche Reform*, Nr. 216 vom 12. September 1882, S. 2.

einer Rede für eine Vereinigung der Berufsklassen zu korporativen Verbänden eingetreten war und Stimmung erzeugt hatte – „Ein Volk, das nur einen verschwindend kleinen Prozentsatz der übrigen bildet, hat es in kurzer Zeit verstanden, die Hauptkreditanstalten, die Hauptverkehrsanstalten und die mächtige Presse zum größten Teil in ihre Hände zu bekommen“⁵³⁷ – verfaßte Viktor Istóczy ein „Manifest an die Regierungen und Völker der durch das Judenthum gefährdeten christlichen Staaten“. Darin sollte die nichtjüdische Welt zur Wachsamkeit gegen die gemeinsamen Feinde, die Juden, aufgerufen werden, wie überhaupt der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, wie ihn beispielsweise Marr angesprochen hatte, die leitende Idee des Kongresses war. Interessant ist an dem Manifest der noch mögliche Kompromißcharakter zwischen dem religiösen und dem rassistischen Begriff des Antisemitismus, den Istóczy wegen der ideologischen und politischen Meinungsverschiedenheiten zu finden versuchte. Während sich nämlich der deutsche Teilnehmer Adolf Stoecker als einziger gegen die krassen Forderungen aussprach, trat Henrici dafür ein, den Juden „die Existenz unter uns möglich ungemütlich und unrentabel zu machen, weil das Judentum in der arisch-christlichen Kultur keine rechtliche Stellung haben“ dürfe.⁵³⁸ „Das Judentum unterminiert die christliche Religion immer stärker, die zu einer besonderen Rassenreligion der europäisch-arischen Völker geworden ist.“⁵³⁹ Trotz aller Milderungsversuche verschärfte die Teilnehmer die acht Thesen, die Stoecker der Diskussion am 11. September 1882 zugrunde gelegt hatte, „rassenantisemitisch“:⁵⁴⁰ „1. Die gegenwärtige Stellung der Juden ist eine Gefahr, und die christliche Welt hat deren Übermacht zu brechen. 2. Die Judenfrage ist keine bloße Rassen- oder Religionsfrage, sondern eine universellen, politischen, socialpolitischen und sittlich-religiösen Charakters. 3. Der Einfluß der Juden beruht auf rücksichtsloser Verwendung der Geldmacht und auf der Mangelhaftigkeit unserer gegenwärtigen gesellschaftlich-politischen Zustände. 4. Die Juden sind eine Nationalität durch Abstammung, Sprache und Kultur, Ehe untereinander und Reinigungs- und Speisegesetze. Darum sind sie unfähig, organische Bestandtheile eines christlichen Volkes zu sein. 5. Die Emanzipation der Juden (völlige staatsbürgerliche Gleichstellung) ist ein Widerspruch zum Wesen der Juden und dem des christlichen Staates. Keine Ämter (auch nicht als Lehrer) für Juden. 6. Die Gesetzgebung soll die Kapitalmacht einschränken. Christen sollen möglichst mit Christen Geschäftsverbindungen haben. 7. Die christlichen Völker werden nur durch Geltendmachung der nationalen Bedürfnisse in Wirtschaft, Verwaltung und Gesetzgebung ihre Selbständigkeit gewinnen.“ Ferner stellten sie einen Antrag, die Juden vom Militärdienst auszunehmen und stattdessen mit einer Kopf- oder Wehrsteuer zu belegen.⁵⁴¹

Einigkeit bestand auch darin, ein ständiges „Komitee des Internationalen antijüdischen Kongresses“ mit einem gewählten Bevollmächtigten, dem Vorsitzenden des Chemnitzer Reformver-

537 Ebd., S. 1.

538 Deutsche Reform, Nr. 217 vom 13. September 1882, S. 1.

539 Ebd.

540 Dazu ENGELMANN, Hans, Die Entwicklung des Antisemitismus im XIX. Jahrhundert und Adolf Stoeckers „Antijüdische Bewegung“, Diss. Erlangen 1953, S. 117.

541 Deutsche Reform, Nr. 217 vom 13. September 1882, S. 1.

eines, Ernst Schmeitzner, einzusetzen. Seine Hauptaufgabe bestand darin, die Kongreßbeschlüsse, vorrangig die Resolution, in der die Vorgänge in Tisza-Eszlár zur Tatsache eines Ritualmordes erklärt worden waren, mit dem sich das gesamte Judentum identifiziere, zu veröffentlichen und eine Presse ohne jüdischen Einfluß zu schaffen.⁵⁴² Schmeitzner wandelte diese Organisation jedoch in eine von den „gemäßigten“ Pinkert und Stoecker nicht mehr zu bändigende, scharf rassistische „Alliance Antijuive Universelle“ um, eine Art Keimzelle eines antisemitischen Völkerbundes in Anspielung auf die im Jahre 1860 in Paris gegründete „Alliance Israelite Universelle“. Es erging nun der Aufruf, heimische Vereine gegen die „jüdische Gefahr“ zu bilden, die sich dann der „Alliance“ anschließen sollten.⁵⁴³

Der zweite, vom 27. bis zum 28. April 1883 in Chemnitz abgehaltene Kongreß zeigte bereits zweierlei Dinge: Die Regierungen versuchten, den Antisemitismus einzudämmen, indem sie das Manifest Istóczy's verboten und den österreichischen Teilnehmern wie Rohling, Schönerer und Pattai die Ausreise verweigerten. Diese fehlten zwar diesmal, doch konnten die Verbote die Agitation nicht aufhalten. Sie hatten im Gegenteil eine noch größere Internationalität zur Folge, die sich anhand der Vertreter Serbiens, Rumäniens und Frankreichs dokumentieren läßt. Andererseits zeigte sich trotz der Parole des Vorsitzenden neben Ivan von Simonyi, Otto Glagau, der Antisemitismus solle in einer „völkerversöhnenden und überpolitischen Weise“ Nichtjuden aller Überzeugungen und Völker vereinigen, daß alle Anstrengungen der noch stärker auf Deutschland konzentrierten Organisatoren, die Widersprüche zwischen den Ideologien auszugleichen, nur wenig erfolgreich waren.⁵⁴⁴ Die Delegierten einigten sich auf das doch „magere Ergebnis“, einer Forderung Liebermann von Sonnenbergs entsprechend, die Thesen des ersten Kongresses kontinuierlich weiterzuverfolgen. Sie verpflichteten jeden Teilnehmer in seinem Land zur Arbeit an der gesellschaftlichen Isolation und dem wirtschaftlichen Boykott von Juden, was unter anderem beinhaltete, keine jüdische Presse mehr zu lesen und keiner Gruppe mehr beizutreten, die Juden zuließe. Darüber hinaus sollte mehr Gewicht auf die „soziale“ Komponente gelegt werden, ein „jüdisches System“ zu bekämpfen, weil es materialistisch sei.

Dies konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine Gruppe die Oberhand bekam, die die Unvereinbarkeit der beiden Flügel der antisemitischen Bewegung propagierte: Der den erkrankten Henrici im Namen des „Sozialen Reichsvereines“ vertretende Berliner Amman kritisierte auf dem Kongreß heftigst das Manifest Istóczy's, weil es sich an die christlichen Völker richte und damit einen Rückgriff auf veraltete Vorstellungen bedeute. Amman forderte nicht nur die Enteignung der „jüdischen Finanzfürsten“, die er als Ziel seines Eintretens wertete, sondern auch die Judenfrage dieser „asiatischen Rasse“ als Kern der sozialen Frage anzusehen. Zugleich warb er als Anhänger für das Werk Eugen Dührings, dessen Buch „Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Kulturfrage“ jetzt schlagartig an Bedeutung gewann. Es inspirierte eine große Anzahl von Re-

542 WAWRZINEK, Kurt, Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien, S. 52.

543 HELLWING, I. A., Der konfessionelle Antisemitismus im 19. Jahrhundert in Österreich, S. 29.

544 KATZ, Jacob, Vom Vorurteil bis zur Vernichtung, S. 287.

formvereinen, zumal es die Fundamental-Rassisten in Chemnitz als „Nonplusultra des antisemitischen Extremismus“ und als Grundlage der gesamten antisemitischen Bewegung zu erzwingen suchten, eine Entwicklung, die auch für Schönerer nicht ohne Folgen bleiben sollte. Infolge der Spaltung der Versammlung waren bereits in Dresden die Reformer um Alexander Pinkert und später die gemäßigteren Christlichsozialen von dem Chemnitzer und von noch einem vom 13. bis zum 15. Juli 1886 in Kassel stattfindenden Kongreß ausgeschlossen worden. Diese „Reinigung“ dürfte auch Schönerer bestärkt haben, den Reformverein wieder zu verlassen.

Erst jetzt, ab dem Jahre 1883, begann das Buch Eugen Dührings, dessen 1881 erschienene 2. Auflage nun eine allmähliche Verbreitung fand, auch einen gehörigen Einfluß auf Schönerer auszuüben. Diese Feststellung wird auch durch seine nachfolgende Entwicklung zusätzlich unterstrichen. Er war 1882 noch kein Rassenantisemit⁵⁴⁵, auch sind seine außerparlamentarischen Ausbrüche zunächst von seinen Reden im Reichsrat zu trennen, die er vorerst nur gegen „die Juden“ im allgemeinen richtete. Erst ab 1883/84 bekamen sie allmählich auch einen singulären rassenantisemitischen Unterton. Eugen Dühring, der erblindete Privatdozent für Nationalökonomie an der Berliner Universität, vertrat eine Art des „nationalen“ Sozialismus, der den „Individualismus des Judenliberalismus“ als sowohl politisch wie auch wirtschaftlich unerwünscht betrachtete. Er predigte eine nationale Autarkie in einer gelenkten Wirtschaft, wünschte aber einen begrenzten Sozialismus, der sich auf die Begeisterung der Massen und auf eine Art Gemeinschaftswillen stützen sollte. Die „Judenfrage“ sei auf einer neuen Ebene, als Frage der Rasse, der Sitte und der Kultur zu diskutieren, denn die Lehren von gleichheitlich freier Wirtschaft und von entsprechenden wirtschaftlichen Menschenrechten würden von den Juden nur benutzt, um auf ihr eigenes Monopol loszusteuern. Es sei daher eine Forderung der „Rassenehre der modernen Völker“, dieser „ungleich niedrigeren Rasse“ alle öffentlichen Ämter, das Geschäfts- und Finanzwesen abzunehmen.⁵⁴⁶ Auch sein von Nietzsche beeinflusster Antiklerikalismus traf sich mit jenem Schönerers und dessen späteren Auswüchsen.

Als Atheist ging Dühring weiter als die meisten. Wer an der christlichen Überlieferung festhalte, sei nicht imstande, sich mit Nachdrücklichkeit gegen das Judentum zu wenden. Er schrieb: „Wir Deutsche haben sicherlich wenig Ursache, die Empfindungen, zu denen uns unser nordischer Himmel und unsere nordische Welt seit Jahrtausenden angeregt hat, durch die Affektionen des hebräischen Orientalismus künstlich irrezuführen.“ Die Deutschen müßten das Alte Testament ablehnen, weil es eine „Judenverherrlichungsgeschichte“ sei, durch die der Irrglaube entstand sei, die Juden seien das „auserwählte Volk Gottes“. Die Zehn Gebote, die Moses am Berg Sinai erhalten hatte, bedeuteten für Dühring den „typisch jüdischen Laster- und Verbrechenkatalog in moralischer Verkleidung“, der auf ein sittlich reines deutsches Volk mit eigenen höherstehenden Rechtsregeln keine Anwendung finden dürfe. Vehement forderte er die Rückkehr zum

545 HÄUSLER, Wolfgang, Toleranz, Emanzipation und Antisemitismus, S. 114.

546 DÜHRING, Eugen, Die Judenfrage als Racen-, Sitten- und Culturfrage. Mit einer weltgeschichtlichen Antwort, 2. Aufl., Karlsruhe und Leipzig 1881, S. 116f.

altgermanischen Heldenideal. Schon zu Moses' Zeiten seien die Germanen in den nordischen Urwäldern ethisch viel weiter gewesen.⁵⁴⁷ Angespornt vom pseudowissenschaftlichem Eifer Dührings, den er auch im Reichsrat leidenschaftlich zitierte, baute sich Schönerer ab dem Jahre 1887 seine eigene germanisch-heidnische Ersatzreligion, befreit von christlich-jüdischen Elementen.

2.4 Nationalismus und Antisemitismus – zwei unzertrennliche Partner?

Zunächst sind im „Österreichischen Reformverein“ neben der bereits angesprochenen religiös-konservative Variante verschiedenste Schattierungen des Antisemitismus zu beobachten, die sich relativ rasch zu einem Rassenantisemitismus verdichteten. Mit der Wahl Robert Pattais zum Präsidenten und ersten Sprecher und Ernst Schneiders zum Vizepräsidenten gelangte der Verein in ein stark rassenantisemitisches Fahrwasser. In einem Brief vom 14. Oktober 1883 bezeichnete Pattai die Juden als „fremde, höchst schädliche Elemente“.⁵⁴⁸ In einer Rede am 11. Dezember 1883 in Berlin – ein Beweis dafür, daß der „Reformverein“ die möglicherweise von Schönerer forcierten Kontakte mit dem Deutschen Reich suchte – sprach er von der „in den Erbfaktoren gegründeten Überlegenheit der arischen Rasse, die sich gegen die Herrschaft eines fremden Stammes zur Wehr setzen muß“ und legte auch ein klares Bekenntnis zu einem radikalen Nationalismus ab: „Die Nationalität ... beruht keineswegs allein auf (einer) ... gemeinsamen Sprache, ... (sie) beruht vielmehr auf den ... gleichartigen Charakteranlagen und der Gemütsart der Angehörigen eines Stammes.“⁵⁴⁹ Was Pattai damit festzuschreiben versuchte, war die automatische Einbindung eines jeden durch nationale Geburt der „arischen Rasse“ Zugehörigen in den Überlebenskampf, den er als „Höherwertiger“ führen müsse, ob er nun wolle oder nicht. Dieser Kampf richte sich zunächst „im eigenen Volk“ gegen die Juden. Genauso führte Pattai in einer Rede im Reformverein vom 15. Jänner 1884 aus: „Der Antisemitismus ist die Voraussetzung für jeden national fühlenden Menschen. Wir sind Antisemiten, ... weil wir national und für die wahrhaftige Freiheit sind“⁵⁵⁰, um bei der Aufzählung der Ziele des Vereines vollends bei Dühring zu landen: „Der Reformverein ist keineswegs nur ein Verein für bloß wirtschaftliche Interessen. Er hat auch ... eine entschiedene politische Seite und diese findet ihren lebhaftesten Ausdruck ... in der Stellung ... zur Judenfrage. Die Judenfrage ist aber ... vor allem eine nationale, oder wie es Dühring ausdrückt, eine Rassen-, Sitten- und Kulturfrage.“ Der Konflikt mit den klerikal gesinnten Vertretern, die eine breite übernationale Phalanx gegen das Judentum anstrebten, war damit vorprogrammiert.

547 DÜHRING, Eugen, *Der Ersatz der Religion durch Vollkommeneres und die Abstreifung alles Asiatismus*, 3. Aufl., Leipzig 1906, S. 37f.

548 Brief Robert Pattais an Ernst Schneider vom 14. Oktober 1883, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai), Mappe 2.

549 Österreichischer Volksfreund vom 13. Jänner 1884, S. 7.

550 Österreichischer Volksfreund vom 2. Februar 1884, S. 9.

Es entsprach am ehesten der Strategie Ernst Schneiders, eine breite soziale Basis im Reformverein zu schaffen und daher auch die ärmsten der neuen „Fünfgulden Männer“ zu rekrutieren, um bei Wahlen in Wien aufzufallen. Schneider war es dabei egal gewesen, ob sich unter ihnen auch „assimilierte Tschechen“ befanden. Pattai, der wegen der finanziellen Unterstützungen Schönerers auf ein gutes Einvernehmen mit ihm aus war, stand quasi in der Mitte, denn Schneider lehnte dessen „Pan-Germanismus“ schlichtweg ab, wie er Schönerer dies auch in einem weiter unten zitierten Brief mitteilte. Interessanterweise stand gerade Schneider mit den angehenden Christlichsozialen Vogelsang, dessen „Lieblingsschüler“ er war⁵⁵¹, und dem Grafen Belcredi in ständigem Kontakt und lieferte ihnen aufsehenerregendes Material über die materielle Lage des Arbeiterstandes.⁵⁵² Später verdächtigte ihn deshalb Schönerer, nicht nur mit den „liberalen Kleinalen“, sondern als „erzogener Jesuit“ auch mit der schwarzen Reaktion zusammenzuarbeiten.⁵⁵³ Obwohl gerade die führenden christlichen Aristokraten, die außer einer kleinen Zahl von Funktionären, wie beispielsweise Franz Freiherr von Albon, im Reformverein nicht vertreten waren, am ehesten in der Lage gewesen wären, politisch etwas zu ändern, wie dies Graf Belcredi und Prinz Liechtenstein taten, als sie 1883 Ministerpräsident Taaffe zu einer Gewerbenovelle drängten, berücksichtigten sie natürlich auch ihre eigenen ökonomischen Interessen. Der Adel betrachtete vor allem in der Hemmung einer industriellen Entwicklung durch eine mögliche Landflucht und durch Lohnerhöhungen auch einen Schaden für sich selbst. Außerdem sah er in den „Fünfgulden Männern“, die er allzu offensichtlich aushorchen und „ködern“ wollte, eine Gefahr. Sollten diese Minderprivilegierten einmal in den Besitz des Wahlrechts gelangen, dann würden sie wenig Neigung zeigen, sich der Führung jener Männer anzuvertrauen, die sich in den vergangenen Jahren wenig um ihre Belange gekümmert hatten.⁵⁵⁴

Wegen seiner guten konservativen Kontakte und seinem anationalen Verhalten schien nun vieles für einen Machtkampf Schneiders mit Schönerer zu sprechen, der noch dazu Schönerer mit einem so bizarren Rassenantisemitismus zu überholen versuchte, daß man Zweifel haben muß, ob er das alles selber nach dem von ihm gebrauchten Schlagwort „Nur ein toter Jude ist ein guter Jude“ ernst nahm. So forderte Ernst Schneider beispielsweise, daß die jüdische Frage nur mit Blut und Eisen zu lösen wäre, um die soziale Ausbeutung zu beenden. Ein anderes Mal verlangte er die physische Ausrottung der Juden durch ein „Schußgeld“.⁵⁵⁵ Seine derbe Demagogie, die sich in einem durchaus mit Schönerer vergleichbaren Maß unter seinem starken Hang zum Alkohol steigerte, paßte in die Tradition der volkstümlichen Vorstadtpolitik und läßt sich als Massenantisemitismus eher mit einem Radau- und Schimpfantisemitismus als mit einem Aktionsantisemitismus vergleichen. Trotzdem versuchte er einen Rassenantisemitismus ohne Verbindung zum Nationa-

551 FUCHS, Albert, Geistige Strömungen in Österreich, S. 53.

552 MOSER, Jonny, Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung, S. 120. Briefwechsel Ernst Schneiders mit Karl von Vogelsang, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai), Mappe 2.

553 HOLLOMAY, Leopold, Mechaniker Schneider und sein Antisemitismus, Wien 1886, S. 12.

554 BUNZL, John / Bernd MARIN, Antisemitismus in Österreich, S. 20.

555 TIETZE, Hans, Die Juden Wiens, S. 254.

lismus zu „kreieren“, womit er bezeichnenderweise wenig Erfolg hatte und sich bald in eine sektiererische persönliche und emotionale Isolation begab. Eines war jedoch sicher: Wegen seines immer extremer werdenden Nationalismus konnte auch Schönerer niemals ein christlichsozialer „Führer“ werden, was der Briefwechsel Vogelsangs mit Schneider vom März 1883 indirekt bestätigte, in dem dieser zwar Schönerer für sein antisemitisches Engagement lobte, andererseits aber seine Interessen bezüglich gewerblicher Reformen als äußerst gering einschätzte.⁵⁵⁶ Diese „Erfolge“ werden Karl Lueger vorbehalten bleiben. Somit war einerseits ein gewisses „Mitspracherecht“ der konservativen „Granden“ gegeben, das Schönerer noch weiter vom patriotischen politischen Katholizismus entfernte, indem er Schneiders Kontakte, von denen er gewußt haben muß, zutiefst mißbilligte, so wenn er ihn als ein „Werkzeug der Klerikalen“ und einen „Polizeispitzel“ bezeichnete. Es begannen sich schärfere Trennungslinien im antiliberalen Lager abzuzeichnen.

2.5 Früher Aktionismus

Die internen Auseinandersetzungen trugen auch wenig zu einer ernsthaften politischen Bewegung bei. Unter dem Einfluß Schneiders verkam der Verein bis 1884 zu einem „Wanderzirkus“ mit bezahlten Akteuren und „guest stars“, die auf monatlichen Versammlungen ohne fixen Sitz kreuz und quer in Wien auftraten. In extra dafür aufgestellten Buden konnten die Zuhörer der Vorträge anschließend beispielsweise Bierkrüge mit der Aufschrift „Juden hinaus!“ und Figuren aus billigem Metall erstehen. Sie sollten vor „dem Zauber der Juden“ schützen – ein Jude mit krummer Nase und dicken wulstigen Lippen hing an einem Galgen. Eine Gedenkmünze trug die Aufschrift „Stadt Wien, von den Türken befreit im Jahre 1683 – Aber von den Juden erobert im Jahre 1883“.⁵⁵⁷ Die volkstümliche „Hetz“ war aber einmal belebt worden und das vorrangige Ziel des Reformvereins einer unterschwellig Propaganda erreicht, wenn es darum ging, jemanden zum Sündenbock zu stempeln. Der spätere Alldeutsche Rudolf Wittmann ließ unglaubliche 60.000 Plakate mit antisemitischen Parolen drucken, die Schönerer mitfinanzierte und überall in den Arbeitervierteln aufkleben ließ.⁵⁵⁸ Der aus Sachsen stammende Siegelmarkenfabrikant Rudolf Kunze fertigte allein bis zum Juni 1882 in seiner Wohnung in Wien-Maragrethen auf Bestellung der „Schönerer-Ecke“ 12.000 schwarz-rot-goldene Vignetten mit dem Aufdruck „Kauft nur bei Christen“, die „wahlweise“ mit dem Schriftzug „Was der Jude glaubt, ist einerlei / in der Race liegt die Schweinerei“ oder „Was für die Blume der giftige Tau / Was für den Juden das Fleisch von der Sau // Und was der Vampir dem Blut / Das ist für Christen der Jud“ umgeben waren.⁵⁵⁹ Hausdurch-

556 Briefwechsel Ernst Schneiders mit Karl von Vogelsang, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai), Mappe 2.

557 BOYER, John W., *Political Radicalism in late Imperial Vienna*, S. 93.

558 Brief Rudolf Wittmanns an Georg von Schönerer mit der Jahreszahl 1883, sonst undatiert, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai), Mappe 1.

559 Deutsche Zeitung vom 23. Juni 1882.

suchungen und polizeiliche Beschlagnahmeaktionen steigerten den Aktionismus und die Bereitschaft für „Mutproben“: Während die Marken zuerst in der Nacht an Bäumen und an den Mauern verlassener Bahnhöfe angebracht wurden, meldeten die Zeitungen bald darauf, daß die Polizei hauptsächlich in den Kaffeehäusern von Mariahilf auf Journale und Zigarren geklebte Plaketten gefunden habe.⁵⁶⁰ Daß Schönerer von weiten Teilen der Bevölkerung wegen seiner „nationalen Schrullen“ und seiner von der liberalen Presse meist als „antisemitische Späße“ abgetanenen „Bübereien“ vorerst nicht für voll genommen wurde, zeigt eine Episode, die in einer Zeitung als „Die Vergnügungen eines Reichsratsabgeordneten“ firmierte: Schönerer hatte ziemlich angeheitert mit etwa dreißig Studenten den Gasthof „Zur blauen Flasche“ in Neu-Lerchenfeld betreten und in einem Hinterzimmer auf einer zwischen zwei Garderobenständen gespannten Schnur „mit allen gesetzlichen Formalitäten“ Figuren, die polnische Juden darstellen sollten, aufgehängt. Als sich die Gäste „energisch beschwerten“, erhielt er unter Applaus Lokalverbot.⁵⁶¹ Doch die Zeitungen bescherten ihm mit diesen Bonmots eine über die Grenzen des Reiches hinausgehende Popularität und „Volkstümlichkeit“.

2.6 Georg von Schönerers Lehrzeit im „Österreichischen Reformverein“

Georg von Schönerer verfolgte im „Österreichischen Reformverein“ von Beginn an eine Strategie, die hauptsächlich darin bestand, neue außerparlamentarische Propagandamöglichkeiten kennenzulernen, die sich nicht mit den Wünschen der Handwerker auseinandersetzten, sondern einzig und allein dazu bestimmt waren, „auszuloten“, bis zu welcher Grenze er selber gehen konnte. Dasselbe tat er auch im Reichsrat, um selber eine deutschradikale Partei aufzubauen. In diesem Sinne sind auch die von ihm finanziell unterstützten Massenveranstaltungen in Wien zu verstehen, auf denen Redner zu Arbeitern sprachen. Sein Biograph Eduard Pichl schilderte anhand der Aufzeichnungen Schönerers, wie dieser im März 1882 gemeinsam mit Engelbert Pernerstorfer und dem späteren Sozialdemokraten Ferdinand Kronawetter auf einer dieser Veranstaltungen in „Drehers Bierhalle“ als Besucher erschienen war und unaufgefordert das Wort ergriff. Nachdem er Bismarck als den „Retter aller arbeitenden Menschen“ gewürdigt hatte, der dem Deutschen Volk das Wahlrecht und die Altersversorgung gegeben hatte, versprach Schönerer, „der erste zu sein, der gegen die Kapitalisten Gewalt anwenden würde, sollte es im Interesse der Arbeiter notwendig sein“. Damit löste er eine Massenschlägerei aus.⁵⁶² Schönerer hatte sich damals das erste Mal an die Straße gewandt, er hatte die Kontrolle einer Veranstaltung an sich gerissen und sich selbst zu einem „Volksführer“, aber wegen seiner zitierten Ablehnung der anationalen Arbeiter nicht zu einem Arbeiterführer gemacht, der nun immer bekannter wurde. Diese von Pichl in allen Facetten

⁵⁶⁰ Vorstadt-Zeitung vom 10. Mai 1882.

⁵⁶¹ ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai).

⁵⁶² PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, 6 Bde., Wien 1912–1938, Bd. II, S. 36f.

reich ausgeschmückte Episode dürfte bei dem jungen Hitler während seiner „Wiener Jahre“ einen tiefen Eindruck hinterlassen haben, hatte er doch, wie Augenzeugen bestätigten, die damals noch vierbändige Schönerer-Biographie „tagelang mit sich herumgetragen“.⁵⁶³

Der „Österreichische Reformverein“ steht nicht nur für ein Aufeinanderprallen von verschiedenen Spielarten des Antisemitismus, sondern auch für ein Überlappen von antiliberalen Strömungen und Unterströmungen, die sich erst langsam zu sich scharf abgrenzenden politischen Mustern entwickelten. Völlig unbefangen – denkt man an die späteren Auseinandersetzungen, die nicht nur sprichwörtlich bis ans Messer gingen – drückten hier noch studentische bis mittelständische Radikalnationale, die sich weit genug vom Liberalismus entfernt hatten, mit zumeist aus der Arbeiterschaft kommenden christlichen Reformern dieselbe Bank. Es zeichneten sich drei Flügel ab, ein deutschnationaler unter Georg von Schönerer, ein deutschösterreichischer, der die Sicherung der deutschen Vorherrschaft in einem akzeptierten Vielvölkerstaat forderte, und ein übernationaler unter Schneider. Das sozialdemokratische Element war jedoch im Reformverein stets unterrepräsentiert, wenn auch nicht für die Behörden, für die alle linken Umtriebe aus demselben Lager zu kommen schienen. In dieser Frühzeit saß Schönerer sogar gemeinsam mit Karl Lueger drei Tage im Gefängnis, weil sie den Versuch von Arbeitern unterstützt hätten, illegale sozialistische Agitation zu betreiben, wie es im „Amtsdeutsch“ hieß.⁵⁶⁴ Zumindest drei Dinge hatte Schönerer im „Österreichischen Reformverein“ für seine politische Zukunft neben seiner allmählichen Wandlung zum Rassenantisemiten gelernt, sieht man von seinem vorrangigsten Ziel, eine eigene Partei zu gründen, einmal ab: Die Notwendigkeit, Reformen von oben durchzuführen; ein von Holubek am 4. April propagiertes Zusammengehen des Bürgerstandes mit „gehobeneren Schichten des vierten Standes“ und schließlich, wie die Auseinandersetzung mit Ernst Schneider zeigte, es dort, wo er starre politische Doktrinen in Gefahr sah, bei einer Kaderpartei zu belassen.

Das Jahr 1882 markierte einen Wendepunkt im Leben Schönerers. Seine parlamentarische Arbeit zeigte nicht nur seinen „ehrlichen“ Einsatz für die Nöte des kleinen gewerbetreibenden Mannes und für das allgemeine demokratische Wahlrecht, das immer mehr zu einer antiliberalen Parole wurde, sondern auch einen deutlichen Übergang zu einem „Aktionsantisemitismus“. So brachte er am 11. Mai 1882 „als Sprecher des Volkes, dessen Ausdrucksmöglichkeiten von der Regierung unterdrückt werden“ im Reichsrat einen Antrag in Form einer Petition ein, Juden, die vor Pogromen in Rußland geflüchtet waren, kein Asyl und keine Durchreise zu gewähren. Sonst würde „unzweifelhaft die Stimmung des christlichen Volkes in Österreich, soweit es noch nicht verjudet ist, zum Ausdruck kommen“.⁵⁶⁵ Dieser Angriff richtete sich noch zweifellos gegen das

563 HAMANN, Brigitte, *Hitlers Wien*, S. 338.

564 WHITESIDE, Andrew, *Georg Ritter von Schönerer*, S. 74.

565 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, IX. Session, 235. Sitzung vom 11. Mai 1882, S. 8246. Vgl. MASAIDEK, F. E., *Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung*, S. 15. Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, IX. Session, 235. Sitzung vom 11. Mai 1882, S. 8246.

schwächste Glied in einer inhomogenen jüdischen Gesellschaft, gegen die Ärmsten, wobei Schönerer sogar noch mit den Sympathien einiger weniger Juden rechnen konnte, sofern sie wohlhabend und assimiliert waren. 1882 war er sich aber der rein propagandistischen Wirkungen des Antisemitismus noch durchaus bewußt, wenn er die Ansicht äußerte, „... daß ein oder der andere Jude, der sich freiwillig in unsere Reihen stellte, als einfacher Soldat, wenn auch nicht in leitender Stellung, mittun möge“.⁵⁶⁶ Auf einer Sitzung des Gesamtausschusses des „Deutschen Schulvereines“ stellte er den Antrag, die Subventionierung von Schulen der israelitischen Kultusgemeinde davon abhängig zu machen, daß wenigstens ein Drittel der Schüler der deutschen Nationalität und christlichen Konfession angehörten. Bis 1884 waren jedoch alle Vereine und Parteien, die Schönerer mit seiner Mitgliedschaft beehrte, „judenrein“. Ab diesem Zeitpunkt vertrat er auch bedingungslos, daß der Schulverein „... keine Judenschulen mehr unterstützen und keine jüdischen Lehrer anstellen“ dürfe.⁵⁶⁷ Diese dogmatische Unnachgiebigkeit und ein eitler doktrinärer Führungsanspruch, verbunden mit der Suche nach gesetzmäßig unausweichlichen politischen Doktrinen – eine Wandlungsfähigkeit in eine direkte Richtung, bis eine endgültige Starre eingetreten war – hatte Schönerer zuerst als alldeutscher Nationalist, dann erst als Rassenantisemit erreicht. Was mit seiner Absagerede an die Liberalen vom 28. Februar 1882 im Reichsrat erst so richtig begann, nämlich eine endgültige Abkehr von allem bisher Gewesenen, sein „Weg in einen Trichter“, der immer enger wurde, je verbissener er seine Politik betrieb, endete mit dem Verlust aller Freunde und Weggefährten, was ihn letztlich auch zu einer tragischen Figur werden ließ.

566 Zitiert nach BILGER In: MOSER, Jonny, Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung, S. 49.

567 MOSER, Jonny, Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung, S. 51.

3. Der „Deutschnationale Verein“

Georg von Schönerer provozierte im Frühjahr des Jahres 1882 mit seinen Bestrebungen, eine eigene Partei mit einem eigenen Programm zu gründen, sehr schnell eine Spaltung des „Österreichischen Reformvereines“. Der erste, der, auf eine mögliche Mitgliedschaft angesprochen und mit einem Programmentwurf konfrontiert, Schönerer in einem Brief vom 4. April 1882 einen Korb gab, war der „Mechaniker-Schneider“: „... Ich lasse mich nicht beeinflussen ... Wenn Sie unter deutschnational Anschluß der deutschösterreichischen Provinzen an Deutschland meinen, dann liebster Herr sind wir nicht Gesinnungsgenossen, denn ich kann Ihnen aufrichtig und rücksichtslos sagen, daß ich Österreicher mit Leib und Seele bin und nie und nimmer mich dazu entschließen könnte einer preußischen Regierung untertänig zu sein. Da ginge ich nach Amerika lieber. Meinen Sie aber unter deutschnational die Hegemonie der Deutschösterreicher in einem Staate Österreich, dann sind wir Gesinnungsgenossen. Was den antisemitischen Standpunkt anbelangt; da kann ich nicht einen Moment zaudern und ich erkläre Ihnen kurz und bündig, daß ich es als meine Aufgabe betrachte die Juden zu bekämpfen“.⁵⁶⁸

Diesem Brief kommt deswegen besondere Bedeutung als Zeitdokument zu, weil Schneider gegenüber Schönerer nicht nur den verfassungstreuen Typus verkörperte, der seine Anhänglichkeit an Österreich durch eine rein deutschösterreichische Vorherrschaft gesichert sehen wollte, sondern auch die österreichische Spielart des Rassenantisemitismus nicht verleugnete. Als äußerst zahlreich sollten sich die Versuche der „nationalen Christlichsozialen“ herausstellen, unter denen Schneider und später Pattai nur zwei von vielen waren, ihren Rassenantisemitismus in ein entgegengesetztes Licht zum Pan-Germanismus zu stellen. Zunächst beabsichtigte Schneider jedoch mit diesem Brief, sein Terrain für den sich abzeichnenden Machtkampf abzustecken und seine Gefolgschaft noch fester an sich zu binden. An jenem Abend des 4. April 1882 wurde nämlich der Reichsratsabgeordnete Schönerer mit „stürmischem Beifall“ zum Vorsitzenden jener Versammlung in den „drei Engeln“ gewählt, die nicht nur wegen Holubeks antisemitischer Ausfälle ihre Auflösung fand, sondern auch Schneiders Machtgrenzen aufzeigte. Der Teil, der deutschnational im Sinne einer Anschlußpolitik gesinnt war, war nun auch jederzeit bereit, zumindest eine „Doppelfunktion“ im „Österreichischen Reformverein“ zu übernehmen. Diese Trennungslinie ging einmal mehr über die Burschenschaften.

⁵⁶⁸ Brief Ernst Schneiders an Georg von Schönerer vom 4. April 1882, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai), Mappe 2.

Der völkische Verein, der Georg von Schönerer vorschwebte, sollte auf der Synthese des Kampfes gegen das Slawentum und der Ausbeutung der „edelsten Kräfte des Volkes zugunsten der Wenigen durch eine verwerfliche Klassenherrschaft“ beruhen und zugleich seinem Antisemitismus eine rationale Grundlage verschaffen. Am 28. Februar 1882 hielt Schönerer im Reichsrat seine berühmt gewordene Abschiedsrede von der liberalen Verfassungspartei, der er formell immer noch angehörte: „... Und das ist ja gerade, was wir extrem Deutschnationale zu jeder Zeit bedauert haben, (daß) ... trotz der für die Deutschen traurigen Umstände die Verfassungspartei als solche noch immer das staatliche Interesse in erster Linie und das nationale in zweite Linie stellt, ... daß sie in nationaler Beziehung nicht so weit gehen will, als ich es zu tun gewohnt bin ... Wir unterscheiden uns eben dadurch von der verfassungstreuen Partei, daß wir nicht sagen, wir gravitieren nach Wien, sondern daß wir überall dorthin gravitieren, wo Deutsche wohnen ... Wir, meine Herren, sind also getrennt von der Verfassungspartei, nunmehr ‚Vereinigte Linke‘, weil wir eben niemals bereit sein werden, unsere nationale Eigenart dem Staatsgedanken oder dem Staatsganzen zu opfern. Von den Rechten trennt uns selbstverständlich auch ein Abgrund, denn die Rechte, die heutige Majorität, sie folgt blindlings und willig der Heerfolge der nationalitätslosen Klerikalen und das sind diejenigen, denen ich am entschiedensten entgegentreten möchte ... Wir ... würden der jetzigen Situation mit viel weniger Beunruhigung entgegensehen, wenn auch nur ein Deutscher Mitglied des Ministeriums wäre, was ... nicht der Fall ist ... Wir möchten dazusetzen: Deutsches Volk in Österreich, sei deutsch und emanzipiere dich von den Börsenliberalen und von der Parteiherrschaft, schüttle endlich die an dir zehrenden Schmarotzer ab, um die Früchte deiner Arbeit selbst und ungeteilt zu genießen.“⁵⁶⁹

Schönerer verdeutlichte sehr überzeugend, wen er nun für seine schlimmsten Gegner hielt: Die deutschnationalen Liberalen, die für ihn gefährlichsten Liberalen, die dem Kompromiß zugeneigt waren. Von ihnen wollte er sich „reinigen“, indem er seine eigene Kompromißlosigkeit rechtfertigte: „Jene Deutschen, welche sich bisher den Feinden des Deutschtums als Helfershelfer zugesellten, haben den Namen als Deutsche verwirkt und sind für alle Zeit als Abtrünnige zu brandmarken“, lautete die Resolution, die er vorlas, bevor er seinen Angriff auf die Verfassungspartei startete. Mit den allzu deutlich geäußerten Anschlußforderungen aufgrund des „Versagens des Liberalismus, eine deutsche Hegemonie in Österreich zu errichten“, löste er einen neuerlichen Skandal aus.⁵⁷⁰

3.1 Das Linzer Programm

Bereits 1879 hatte Georg von Schönerer, neun Jahre nach der „Erklärung des Deutschen Volksvereines“ des Jahres 1870, ein eigenes Wahlprogramm veröffentlicht. Er griff dabei auf die erwähnte Schrift „Mein Programm“ zurück, die Ansätze für ein Parteiprogramm enthalten hatte.

⁵⁶⁹ Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, IX. Session, 200. Sitzung vom 28. Februar 1882, S. 7059f.

⁵⁷⁰ Ebd., S. 7057.

Schönerers Interessen für politische Programme und außerparlamentarische Vereinsgründungen, aber auch sein Interesse für die Burschenschaften sind hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß es ihm, der bis zu seiner „Abschiedsrede“ im Februar 1882 in einem lockeren Verhältnis zur „Vereinigten Linken“ innerhalb der Verfassungspartei stand, nicht gelungen war, seine nationalen Forderungen durchzusetzen und die Partei „nach seinem Willen zu reformieren“. Chancen dazu gab es: Der „Vierte Niederösterreichische Parteitag der Verfassungspartei“ lehnte jedoch sein dort vorgelegtes „Sechs-Punkte-Programm“, das unter anderem die Forderungen nach einem allgemeinen und direkten Wahlrecht, einer Personalunion mit Ungarn und die Aufgabe des „bosnischen Abenteuers“ enthielt, mit 161 zu 18 Stimmen ab. Schönerer weigerte sich daraufhin, der Aufforderung der an einem politischen Mitspracherecht interessierten Studenten nachzukommen, für den allgemeinen „Vierten Deutschösterreichischen Parteitag“ im November 1880 ein Programm für eine „Deutsche Volkspartei“ auszuarbeiten.⁵⁷¹ Daß die Verfassungspartei dem Regierungskurs Taaffes loyal gegenüberstand und auf die ursprünglichen Pläne eines exklusiv nationalen Programms verzichtete, somit auch die ausdrückliche Übereinstimmung von Staat und Volk betonte, enttäuschte Schönerer so maßlos, daß er dem Parteitag fernblieb.

Nicht unerwähnt sollte dabei auch das Programm des Historikers Heinrich Friedjung bleiben, welches er im Gegensatz zu Schönerer dem „Vierten Deutschösterreichischen Parteitag“ der Verfassungspartei am 14. November 1880 vorlegte, um deren Umwandlung in eine deutschnationale Partei vorzubereiten. Obwohl und gerade weil es der Vorsitzende Sturm als regierungsfeindlich und als nicht beratungswürdig ablehnte⁵⁷², gilt es mit dem Programm Schönerers als die bedeutendste Vorstufe zum „Linzer Programm“.

Wie Schönerer forderte Friedjung darin zuallererst die Wahrung der Interessen der Deutschen Österreichs. Er ergänzte sein Programm mit der Forderung nach einem Nationalitätengesetz, welches die deutsche Sprache als Staatssprache festlegen sollte. Genauso sollte die Kenntnis der deutschen Sprache in Wort und Schrift Voraussetzung für die Bekleidung eines öffentlichen Amtes werden. Eine Anwendung auf Galizien, dessen Sonderstellung Friedjung erneut betonte, schloß er dabei strikt aus. Weiters sollte das Bündnis mit dem Deutschen Reich „unter Wahrung der Selbständigkeit beider Monarchien“ durch ein unauflösliches Grundgesetz in den Verfassungsrang erhoben werden, wie es Bismarck ursprünglich geplant hatte. Für beide Länder müßte als erstes Merkmal der Zusammengehörigkeit eine einheitliche Währung geschaffen werden. Als eine bereits wesentliche Vorstufe zu einem nationalen Sozialismus ist jedoch die Forderung nach einer „Gleichberechtigung des Bauern-, Bürger- und Arbeiterstandes“ zu verstehen, um ihnen eine gebührende Stellung im Staate zuzuweisen, womit erst eine soziale Entlastung herbeigeführt werden könne.⁵⁷³

In einem engen Zusammenhang mit diesem Programm Friedjungs steht auch ein Vorfall, den Hans Tietze als „Aktion, die dem nationalen Radikalismus allerorts in den Sattel half und im wei-

571 MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 69.

572 BERCHTOLD, Klaus (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, S. 198f.

573 Ebd., S. 191.

teren Verlauf den Triumph des Rassenantisemitismus zur Folge hatte“, bezeichnete⁵⁷⁴: Der jüdische „Alt 48er“, Adolf Fischhof, meldete sich noch einmal zu Wort, um in Nostalgie zur „alten deutsch-liberalen Verfassungspartei“ eine neue Partei der Freisinnigen auf übernationaler demokratischer Basis zu gründen. Sie sollte ebenfalls „Deutsche Volkspartei“ heißen. Auch der Demokrat Karl Lueger zeigte sich von dieser Idee begeistert. Um die Jahreswende 1881/82 war eine seit 1878 in Wien operierende, sich „Vereinigte Linke“ nennende Koalition aus der „Demokratischen Linken“, der „Äußersten Linken“ und der „Wirtschaftspartei“, die ihn am 15. Mai 1881 zu ihrem Obmann gewählt hatte, wegen persönlicher Zwistigkeiten zerfallen:⁵⁷⁵ Lueger hatte nämlich für den nach dem Ringtheaterbrand angeschlagenen liberalen Bürgermeister Newald Partei ergriffen, weil er glaubte, damit mit ihm leichtes Spiel im Wiener Gemeinderat zu haben. Die Eigenbrötler in der eigenen antiliberalen Koalition nutzten die Gelegenheit, sich des Griffes zu entwenden, mit dem Lueger die Linke zusammengehalten hatte.⁵⁷⁶ Als „Opposition der Unzufriedenen“ gegen den Liberalismus, dem Lueger in „seiner“ Abschiedsrede am 6. März 1882 eine einseitige Bevorzugung des Großbürgertums und der hohen Beamtschaft sowie einen „vaterlandslosen internationalen Kapitalismus“ vorwarf, war dieses Sammelbecken von Deutschnationalen, Demokraten, „Schwarzgelben“, Klerikalen, Konservativen und Juden „ohne Klassenschranken“ für ein Ende der Korruption und eine Ausdehnung des Wahlrechts eingetreten.⁵⁷⁷ Lueger arbeitete nun ein kurzes Programm aus, das eine Volksvertretung statt eines Parlaments vorsah und die deutsche Sprache als Staatssprache forderte, aber allen Nichtdeutschen ihr Recht auf die eigene Muttersprache garantierte.⁵⁷⁸ Fischhof schwächte die Bedeutung der scheinbar alles beherrschenden Sprachenfrage noch weiter ab, indem er in einem Artikel in der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ vom 27. Mai 1882 betonte: „Bis jetzt ist es nicht die politische Überzeugung, sondern das sprachliche Interesse, welches unsere Volksvertreter ... trennt und eint. Die neu zu bildende Partei will dahin wirken, daß mit der Zeit nicht das Idiom, sondern die politische Gesinnung das organische Bindemittel der Partei sei.“

Als die neue Partei auf ihrer ersten Versammlung am Sonntag, den 16. Juli 1882, im Wiener Musikvereinssaal gegründet werden sollte, schlugen die deutschnationalen Gegner Pernerstorfer und Friedjung aus dem Publikum zu. Friedjung präsentierte mit den Worten „Wir sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben“, ein Gegenprogramm, das im wesentlichen aus seinem oben erwähnten bestand. Nach Tumulten und Attacken wurde die Versammlung schließlich aufgelöst.

Die Verhinderung der Parteigründung bereitete auch der liberalen „Neuen Freien Presse“ sichtlich Genugtuung, die ihr eine Schlagzeile, „Zerschlagen und verspottet, verhöhnt wurde die Deutsche Volkspartei“ widmete. Eine einige Linke schien halbwegs gerettet zu sein.⁵⁷⁹

574 TIETZE, Hans, *Die Juden Wiens*, S. 250.

575 BROWN, Karin, *Karl Lueger and the Liberal Years. Democracy, Municipal Reform, and the Struggle for Power in the Vienna City Council 1875–1882*, New York 1987, S. 39f.

576 ANDICS, Hellmut, *Luegerzeit. Das schwarze Wien bis 1918*, Wien München 1984, S. 15.

577 KUPPE, Rudolf, *Karl Lueger und seine Zeit*, Wien 1933, S. 33f.

578 MOSER, Jonny, *Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung*, S. 86.

579 Ebd., S. 87.

Wie sehr diese „Zerschlagung“ die Feindschaft Friedjungs mit Lueger schürte, der seinen politischen Aufstieg dadurch verzögert sah und in der nun folgenden Auseinandersetzung gar nicht der „gemäßigte“ Antisemit blieb, bestätigte Richard Kralik in seinen Lebenserinnerungen: Friedjung warf Lueger Ideenlosigkeit vor, denn alle Anträge in der Stadtverwaltung würden von seinem Mitstreiter, dem jüdischen Arzt Ignaz Mandl, gestellt. Daraufhin konterte Lueger im Wiener Gemeinderat: „Friedjung ist kein Deutscher, (er) ... soll sich nicht schämen dessen, was er ist.“ Die Forderung zum Duell lehnte er mit den Worten „Juden sind nicht satisfaktionsfähig“ ab.⁵⁸⁰ Diese Feindschaft war ein Hauptgrund, warum Lueger entgegen vielen Darstellungen, die ihn gerne miterwähnen, nicht am Linzer Programm mitarbeitete und auch ein Mitgrund, warum Friedjung nach seinem Zerwürfnis mit Schönerer nicht mehr in der Politik Fuß fassen konnte.

Nach seiner Weigerung, am Parteitag der Verfassungspartei im November 1880 ein Programm vorzulegen, begann Schönerer nun außerhalb des Parlaments in den Burschenschaften und in den Vereinen für eine eigene Partei zu werben.

Er nahm bereits im Jänner 1881, also noch während seiner Zeit im „Österreichischen Reformverein“, Kontakt mit den vertrauten ehemaligen Radikalen im aufgelösten „Leseverein der deutschen Studenten Wiens“, der „Bier Zeus“-Gesellschaft und dem „Deutschen Schulverein“ auf. Dazu gehörten Engelbert Pernersorfer, Otto Steinwender, Carl Beurle, Heinrich Friedjung und Viktor Adler, zu denen nun auch das Mitglied der „Oppavia“, der Lehrer Ferdinand Krautmann, in einer Schlüsselposition aufschloß.⁵⁸¹ Schönerer schwebte vor, in dem aus dem aufgelösten „Leseverein der deutschen Studenten Wiens“ hervorgegangenen unpolitischen Leseverein „Deutscher Klub“ einen nationalen Sammelpunkt zur Gründung einer Partei zu schaffen.⁵⁸² Als treibende Kraft veröffentlichte er einen Aufruf und einen Entwurf für ein Parteiprogramm.⁵⁸³

Im Prinzip wiederholte Schönerer im Jänner 1881 in diesem „Aufruf an die Deutschen Stammesgenossen, in eigenem Namen und im Namen zahlreicher Gesinnungsgenossen einen Sammelpunkt deutschnationaler Werte zu schaffen“, die Forderungen des Wahlprogrammes des Jahres 1879: Es erschien ihm geboten „... angesichts des immer ungestümeren Vordringens fremdsprachiger Elemente auf altem deutschen Sprachboden, zur Gründung eines nationalen Vereines zu schreiten, um ... deutschen Männern ... die Möglichkeit einer Organisation zu bieten und so die Bildung einer strammen nationalen Partei auf freiheitlicher und volkstümlicher Grundlage zu ermöglichen, ... um dem Terrorismus, dem nach der Slawisierung Österreichs gelüftet, ein Ende zu bereiten.“⁵⁸⁴ Zur endgültigen Festlegung des Programms bildete sich nun im „Deutschen Klub“ ein Ausschuß unter der Leitung Georg von Schönerers, dem Engelbert Pernersorfer, Heinrich Friedjung, Viktor Adler, Serafin Bondi, Otto Steinwender, Julius Sylvester, Carl Beurle, Anton

580 KRALIK, Richard, Tage und Werke. Lebenserinnerungen, Wien 1922, S. 104.

581 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 168.

582 FUCHS, Albert, Geistige Strömungen in Österreich, S. 179.

583 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 35 (Linzer Programm). PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. I, S. 99.

584 BERCHTOLD, Klaus (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, S. 192.

Kautschitsch, Rudolf Wittmann, Viktor von Kraus, Vollhofer, Eger, Güntner und später Anton Langgassner⁵⁸⁵ angehörten. Es war das ausschließliche Verdienst Schönerers, aus dieser Mischung aus Burschenschaffern und Mitgliedern des späteren „Reformvereines“, die er zusammengebracht hatte, die Anfänge eines breiteren völkischen Lagers zu formieren.

Zu den Erwähnten stieß auch noch ein allabendlicher Stammtisch der Oppavia in einem Gasthaus auf der Landstraßer Hauptstraße in der Nähe der Weißgerber Kirche. Josef Buschenhagen, der Turner Franz Xaver Kiessling, der schlesische Abgeordnete Karl Türk, Franz Masaidek und der wegen seiner Angriffe auf Minister Stremayr in der „Deutschen Zeitung“ von Reichenberg nach Horn versetzte Gymnasiallehrer und völkische Autor Aurelius Polzer (1848–1924) komplettierten diesen kleinen völkischen Kreis.⁵⁸⁶

Am 25. Juli 1881 legte Schönerer seinen „Aufruf“, in zwei Resolutionen „verpackt“, dem „Fortschrittsverein Zwettl“ auf einem Gewerbetag in Krems zur Beschlußfassung vor, die mit „freudiger Zustimmung“ erfolgte. Damit hatte er quasi einen Probeballon steigen lassen, ob die Versammlung deshalb aufgelöst werde, oder ob sie in irgendeiner Weise eine behördliche Beanstandung nach sich ziehe, was aber nicht geschah. Mit derselben, recht zaghaften Vorsicht handelte er, als er die zwei Resolutionen noch einmal im Reichsrat verlas, wobei ihm vom Präsidenten das Wort entzogen wurde – aber nur, weil er nicht „bei der Sache geblieben“ war.⁵⁸⁷

Das erste greifbare Ergebnis des Ausschusses war die Gründung der Halbmonatsschrift „Deutsche Worte“, welche erstmals am 1. Mai 1881 erschien, vom symbolsüchtigen Schönerer nach dem verbotenen Lied „Deutsche Worte hör’ ich wieder“ benannt. Als ihr erster Chefredakteur fungierte Engelbert Pernerstorfer. In einer „Einladung zum Abonnement“, hauptsächlich an die Burschenschaften und die „Vereine Deutscher Studenten“ gerichtet, erklärte dieser Sinn und Zweck der neuen Zeitung: „Keine der Parteien können wir uns rückhaltlos anschließen, ... wer (daher) deutsch ist und treu und ehrlich ist, an den treten wir heran ... Was wir sehnlichst wünschen, das ist die Bildung einer (echten) volkstümlichen deutschen Partei.“⁵⁸⁸ In dem Wort „volkstümlich“ steckte der antisemitische Kern des Aufrufs. Schönerer hielt die „Deutschen Worte“ für sein Privatblatt, das seine Wünsche zu berücksichtigen hatte, weswegen es auch bald zum Streit mit Pernerstorfer kam.

Am 2. Juni 1882 gründete Schönerer nach seinem Abschied von der Verfassungspartei unter größten behördlichen Schwierigkeiten den mehr nationalbetonten politischen „Deutschnationalen Verein“, der sofort rund 70 Mitglieder umfaßte und nach seinen Vorstellungen eine elitäre Kaderorganisation sein sollte. Zum Obmann des Deutschnationalen Vereins wurde der Chefredakteur der „Deutschen Worte“ Engelbert Pernerstorfer gewählt, der damit endgültig zur „rechten Hand“ Schönerers aufstieg. Mitglieder der ersten Stunde waren unter anderem Julius Krickl, die

585 1853–1889

586 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 173.

587 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, IX. Session, 200. Sitzung am 28. Februar 1882, S. 7056 und S. 7062.

588 Deutsche Worte, Nr. 4 vom 16. Juli 1881.

Burschschafter Otto Steinwender, Anton Langgassner, Julius Sylvester, Ferdinand Krautmann und Carl Beurle. Auch auf die deutschnationalen Mitglieder des „Österreichischen Reformvereines“ übte der neue Verein eine große Anziehungskraft aus⁵⁸⁹, wie auf dessen damaligen Vizepräsidenten Robert Pattai, Rudolf Wittmann (Burschenschaft Olympia) oder Ernst Vergani. Dazu kam eine Anzahl völkischer Agitatoren aus Wien und Niederösterreich, die meist aus dem Kreis um Krickl und die „Letzten Germanen“ stammten, wie der Burschschafter der „Arminia Wien“ Wilhelm Philipp Hauck (1851–1920), Anton Kautschitsch, Karl Gagstatter, Ludwig Kietabil und Franz Masaidek. Letzterer stellte in der Gründungsversammlung den Antrag, diesen „ersten politischen deutschnationalen Verein judenrein zu halten“.⁵⁹⁰ Von den „unpolitischen“ Burschenschaften abgesehen, stellte diese Gründung den ersten politischen Verein der Donaumonarchie dar, der satzungsmäßig Juden ausschloß.⁵⁹¹

Viktor Adler, der dem Verein ebenfalls beitreten wollte, teilte man aus diesem Grund mit, daß er unerwünscht sei. Im Februar 1884 schloß er sich den Sozialdemokraten an. Schon im Mai 1881 hatte Heinrich Friedjung, dessen Beitrag zum „Linzer Programm“ sehr groß war, den Schönerer-Kreis verlassen. Die Konfrontation zweier Starrköpfe führte zu dem Ergebnis, daß Friedjung wegen der Rechthaberei Schönerers nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten wollte. Er blieb aber bis zu dessen rassenantisemitischen Ausbrüchen mit ihm befreundet.⁵⁹²

Julius Sylvester schilderte später die aufgeladene Atmosphäre während der Arbeit am Parteiprogramm, möglicherweise weil Schönerer als der einzige Adelige mit einem rollenbewußten Führungsstil und einer großen Vorliebe für die große Gebärde auftrat: „... Die politischen Anschauungen der Teilnehmer ... gingen sehr weit auseinander, ... es kam stets zu persönlichen Auseinandersetzungen, bei denen die Sache selbst vergessen wurde ... Auch sonst lichtete sich der Kreis um Schönerer, immer ... mehr zogen sich zurück ... (Er) hatte damals schon die Eigentümlichkeit, in keinem Punkt nachzugeben, er nahm einfach die Debatte wieder auf, bis schließlich die anderen nachgaben oder ausblieben.“⁵⁹³

Alle diese anfänglich eher erfolglosen Bemühungen um ein fixes Parteistatut als oberstes Ziel des Vereines mündeten schließlich in der Veröffentlichung der Endfassung des „Linzer Programms der Deutschnationalen“⁵⁹⁴ in den „Deutschen Worten“ durch Anton Langgassner am 1. September 1882. Der erste Bürstenabzug hängt noch heute im Kneiplokal der Wiener Burschenschaft Libertas gegenüber einem Portrait Julius Sylvesters. Berühmt ist des Programm deshalb geworden, weil es die propagandistischen Grundlagen nicht nur für die Entwicklung der deutschnationalen Bewegung enthielt.

589 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. I, S. 74.

590 MASAIDEK, F. F., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, S. 13.

591 BENDA, Franz, Der deutsche Turnerbund 1889, S. 124.

592 MOSER, Jonny, Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung, S. 85.

593 SYLVESTER, Julius, Aus der deutschnationalen Parteiengeschichte. Wie das Linzer Programm entstand, In: Österreichische Volkszeitung vom 25. Dezember 1913.

594 Abgedruckt In: BERCHTOLD, Klaus (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, S. 195.

Sicherlich stützte sich dieses Programm auf die alten burschenschaftlichen sowie demokratischen Forderungen des Jahres 1848, auf das „Programm der Jungdeutschen“ von 1871, auf das „Friedjung-Programm“ von 1880, auf sein Buch „Ausgleich mit Ungarn“, auf das „Schönerer-Programm“ des Jahres 1879 und enthielt auch die ideologischen Wurzeln des „Österreichischen Reformvereines“. Es hatte auch gewisse Berührungspunkte mit dem antisemitischen Programm der reichsdeutschen Christlichsozialen um Stoecker.

Be findet man sich jedoch bei den Gründervätern der österreichischen „sozialen“ – christlich-sozialen, national-sozialen und sozialdemokratischen – Bewegung⁵⁹⁵, die hier alle noch friedlich und in einmaliger Weise vereint alles auf einen Nenner gebracht hatten, in Abwandlung eines Wortes Ernst Jüngers, wirklich im „Ei des Leviathans“? Die einfachste Lösung dieser Frage wäre, die Protagonisten geschlossen als aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammende Burschenschafter zu betrachten, denen Schönerer seine ideologische Basis zu verdanken hatte, weswegen sie auch in der langen Liste von Mitarbeitern an herausragender Stellung berücksichtigt wurden. Es waren dies Anton Langgassner und Carl Beurle von der Libertas, der damaligen „Stammverbindung“ Schönerers, Engelbert Pernerstorfer von der braunen Arminia Wien, der „Silese“ Otto Steinwender, Julius Sylvester von der Teutonia und Libertas und Rudolf Wittmann von der Burschenschaft Olympia. Dazu wären noch die schon vorher ausgeschiedenen Ausschußmitglieder Viktor Adler von der braunen Arminia Wien und Heinrich Friedjung von der Concordia-Prag zu zählen.⁵⁹⁶ Die frühere Bezeichnung „Schönerer-Programm“ für das „Linzer Programm“, die zweifellos von den ihm wohlgesinnten Biographen stammte und auch daher rührte, daß Schönerer das „Grundsatzprogramm der Deutschnationalen Partei“ in Ottenschlag im Waldviertel das erste Mal offiziell vorstellte⁵⁹⁷, ist aber nicht ganz haltbar.

Zunächst ist aber auch eine Berührung und mögliche Verflechtung späterer führender Persönlichkeiten der „drei Lager“ der Ersten Republik feststellbar, die zum Sprachrohr kleinerer Gruppierungen im Verein wurden. Neben Schönerer und anfänglich noch Friedjung traten dabei besonders Robert Pattai, der später eine besonders radikale Spielart innerhalb der Christlichsozialen Bewegung vertreten sollte,⁵⁹⁸ und Viktor Adler, der spätere Gründer der Sozialdemokratischen Partei, hervor, wobei auch noch einmal Engelbert Pernerstorfer zu erwähnen ist: Er avancierte später nicht nur zum Hauptvertreter einer deutschnationalen Richtung innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie, sondern entpuppte sich auch zum politischen Lehrer Walter Riehls, einer der bedeutenden Persönlichkeiten des „vorhitlerischen“ Nationalsozialismus in Österreich, freilich als sich dieser noch der Sozialdemokratie verbunden fühlte.⁵⁹⁹

595 WANDRUSZKA, Adam, Österreichs politische Struktur, S. 293.

596 Die Wartburg, Nr. 2 vom Februar 1901, S. 5. Vgl. BENDA, Franz, Der deutsche Turnerbund 1889, S. 124.

597 HAWLIK, Johannes, Der Bürgerkaiser. Karl Lueger und seine Zeit, Wien 1985, S. 47.

598 KANN, Robert, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie, S. 99.

599 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialistischen Bewegung in Österreich, phil. Diss. (ungedruckt), Wien 1969, S. 7f.

Wenn das Programm auch den Hauptzweck verfolgte, eine „einheitliche“ Partei zusammenzuschweißen, so wurde dieser nicht nur verfehlt, weil die Behörden die namensgebende Linzer Volksversammlung, der es vorgelegt werden sollte, verboten hatten, sondern weil – und man brauchte sich dieser Illusion nicht hinzugeben – die Gründung einer einheitlichen Partei auch gar nicht möglich war.⁶⁰⁰ Das Programm sollte eher eine Grundsatzklärung sein, um eine radikalere und konsequentere Abkehr vom Liberalismus und dessen Unzulänglichkeiten zu bekunden und Antworten auf nationale und soziale Fragen zu finden. Indem man mehr ins Detail ging und sich stärker mit den Fragen des Alltags beschäftigte⁶⁰¹, verstanden die einen darunter einen Antiliberalismus, während den anderen eine zweckmäßigere Fortsetzung desselben vorschwebte. Hier sind wir auch schon beim springenden Punkt angelangt: Auch wenn das liberale Erbe während der Ersten Republik in allen drei politischen Richtungen mehr oder weniger lebendig geblieben ist, obwohl der pure Liberalismus längst tot war, waren die damaligen Agitatoren, von denen eine starke persönliche Wirkung ausging, auch in sehr verschiedenem Maße an der Verwirklichung national-sozialer Ziele in der noch getrennten Definition beider Worte interessiert. Es ist aber durchaus nicht falsch, anhand des Programms trotz seines nicht geschlossenen Ganzen, deutschnationale Einflüsse beispielsweise auf die spätere Sozialdemokratie oder auf die Christlichsozialen abzuleiten, oder Schönerer als einen „Übergründervater“ zu sehen, der zum brilliantesten und weit-sichtigsten Politiker seiner Zeit hätte werden können, wenn nicht ...!

Hierbei lauern sicherlich Gefahren: Beispielsweise behauptete der Schönerer-Biograph Erwin Mayer-Löwenschwerdt 1938, weil Schönerer eigentlich als einziger der damaligen Protagonisten am Wortlaut des ganzen Programmes bis zum Jahre 1907 festgehalten hatte, daß „... man mit Stolz und Freude Ähnlichkeiten mit den 25 Punkten der (deutschen) NSDAP sieht.“⁶⁰² Diese Art von Geschichtsverzerrung ist beispielgebend für Auslegungen, die den Intentionen des Linzer Programms geradezu widersprechen. Seine Widersprüche, die an manchen Stellen sogar so eklatant sind, daß das Programm unlesbar wird, läßt es vielmehr als Konglomerat mehrerer Ideen erscheinen und die anfängliche Ablehnung, es mangels einer genauen Quellenlage zur Entstehungsgeschichte in die Einzelteile der jeweiligen Richtung zu zerlegen, in einem anderem Licht.

Wichtiger aber noch erscheint die Konsequenz auf die Frage, an wen sich das Programm eigentlich gerichtet hatte. Es liest sich wie ein Appell an die Regierung, oder zumindest wie eine Aufforderung, es besser zu machen. An potentiellen Wählern konnte es sich hauptsächlich an die kleinbürgerlichen deutschösterreichischen Handwerker und Kleingewerbetreibenden richten, als „Programm einer politischen Zukunft“ sicher auch an die Arbeiter. Doch bleibt dies allzu verschwommen und erweckt eher den Anschein, daß man zunächst alle „antiliberalen“ sozialen Schichten gemeinsam ansprechen wollte, wobei die Bruchlinien, nach denen sich

600 FUCHS, Albert, Geistige Strömungen in Österreich, S. 179.

601 KANN, Robert, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie, S. 99.

602 MAYER-LÖWENSCHWERDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 75.

die jeweiligen Ideologien dann selbständig weiterentwickelten, im Programm selbst schon augenfällig werden.

Die beiden wichtigsten Forderungen des „Linzer Programms“ führten auch zu den verschiedensten Auslegungen. Das Verlangen nach einer Personalunion mit Ungarn war schon alleine wegen der finanziellen Kosten eines miserablen Ausgleichs nicht neu. Auch wenn man die von nicht-deutschen Mehrheiten bewohnten Länder Dalmatien, Bosnien-Herzegovina, Galizien und die Bukovina keiner Sonderstellung zuführen, sondern genauso aus Kostengründen mit Ungarn vereinigen wollte, um damit einen festgefügt Block zu schaffen, verstand sich auch dies nur als eine Weiterentwicklung bereits bestehender Programme. Damit verband das Linzer Programm jedoch die nationale Stärkung der ehemals dem Deutschen Bund zugehörigen Länder Österreichs und Böhmens durch das Primat des Deutschen in Sprache und Bildung, wie dies unter Punkt 2 in Anlehnung an das „Friedjung-Programm“ gefordert wurde. In wenig geschöner Form ließ es damit das Verlangen nach einer Diktatur über die Tschechen erkennen, oder zumindest eine Politik rücksichtsloser Germanisierung. Somit könnte man diesen Versuch, dem Slawentum Paroli zu bieten, einerseits als „deutsch-imperialistische“ Deklaration bezeichnen, andererseits darin ein gerne verwendetes Mittel aller deutschen Parteien im Nationalitätenkampf besonders nach 1897 erblicken, nach dem auch die Führer der Sozialdemokratie griffen.

Gemessen an seinen zwei nationalen Hauptforderungen litt das ganze Programm an dem Dilemma, einem deutschen Bundesgenossen helfen zu wollen, einen Staat zu stürzen, der dies aber gar nicht beabsichtigte. Durch den Wunsch nach Abtretungen und Sonderstellungen sollte Österreich dermaßen geschwächt werden, daß es dem Partner Deutsches Reich eben keinen militärischen Schutz mehr geben konnte. So ist auch die schon früher von Schönerer unter dem Aspekt der Sparsamkeit geforderte Verminderung der Heeresausgaben unter diesem Zwiespalt zu sehen. Wenn das Programm auch an keiner Stelle den Antisemitismus zu einem Forderungspunkt erklärte, so könnte er doch gleichsam versteckt sein in der territorialen Forderung, die völlig „undeutschen“ Provinzen Galiziens und der Bukowina an Ungarn abzutreten. Diese Separationen von der österreichischen Reichshälfte hätten einen Zustrom der dort lebenden eine Million Juden, oder der Juden Rußlands nach den Pogromen, jäh unterbrochen.

Sieht man nun das Linzer Programm unter der Prämisse der Unterdrückung anderer Volksgruppen als undemokratisch an, so muß auch die Forderung nach dem direkten Wahlrecht unter Punkt 3 in diesem Licht gesehen werden: „Staatsbeamte“ und „alle, die mit dem Staat Geschäfte machen“, sollten von diesem ausgeschlossen werden. Daß darüber hinaus nur „deutsche Männer“ gewählt werden sollten, daher ein rein deutsches passives Wahlrecht gefordert wurde – eine Passage, die man wörtlich von Schönerers Wahlaufuf von 1881 übernahm – erklärt von selbst, daß ein direktes Wahlrecht nur so lange ein Programmpunkt war, solange es auch eine Vorrangstellung der Deutschen zu sichern vermochte. Genauso läßt sich das Programm aber auch wegen der Forderung in der ersten Textpassage als undemokratisch im antiliberalen Sinn bezeichnen.

Die Verminderung der Heeresausgaben einerseits und die unter Punkt 11 geforderte Erfüllung der Politik Bismarcks andererseits, der sich ja von seinem österreichischen Bündnispartner eine

kräftige und zielbewußte Orientpolitik und die Festigung der maritimen Interessen im Mittelmeer erwartete, beinhalteten nicht aufzulösende Widersprüche. Die Forderung nach einer aktiven Bündnispolitik mit dem Deutschen Reich unterstreicht wiederum, daß das Programm am Bestand der Monarchie festhielt, bzw. deren Zerschlagung mit keinem Wort erwähnte. Für eine Lösung der in der Frankfurter Paulskirche des Jahres 1848 an Österreich gestellten „deutschen Frage“ war der Zug der Zeit scheinbar längst abgefahren, wenn das Programm auch eine spätere Verschmelzung nicht unbedingt ausschloß. Höchst unklar ist bei dieser Annahme jedoch die Abfassung des Punktes 7, wonach ein gemeinsames Zollgebiet „unter Einbeziehung Ungarns und der Balkanländer“ errichtet werden sollte, welches der Vorbereitung einer Einbeziehung Deutschösterreichs in einen deutschen Nationalstaat nur hinderlich sein konnte. Dieses Zollgebiet sollte überdies die in Punkt 1 erwähnten sondergestellten Länder wieder in die gleiche enge Beziehung zum Deutschen Reich bringen. Die geforderte staatliche Umbildung wäre somit sinnlos geworden.

Bereits „alte Hüte“ waren hingegen die Forderungen, „den Staatsgrundgesetzen die volle Geltung zu verschaffen“, das bestehende Steuerwesen zu ändern, nämlich eine progressive Einkommenssteuer anstelle der direkten Steuer einzuführen, was auch Auswirkungen auf das Wahlrecht gehabt hätte, Gewerkschaften zuzulassen, die Gewerbeordnung zu reformieren und vor allem die Eisenbahnen zu verstaatlichen, eine Forderung, die gleich zweimal im Programm aufscheint.

Isoliert, gleichsam als Programm im Programm, stehen die möglicherweise auf Viktor Adler zurückgehenden Teile in der Endredaktion Schönerers, die eine Reform der Fabrikgesetzgebung, eine Senkung der Normalarbeitszeit, die Beschränkung der Kinder- und Frauenarbeitszeit und eine Haftpflicht für Arbeitgeber nach Unfällen zum Inhalt hatten. Diese Forderungen, die später allesamt Eingang in sozialdemokratische Programme gefunden haben, lassen sich am ehesten mit dem Versuch deuten, die Ideen der Revolution des Jahres 1848 mit den Ideen des 1863 vom jüdischen Burschenschafter und nationalen Sozialdemokraten Ferdinand Lassalle gegründeten „Deutschen Arbeitervereines“ in einem Bündnis von Bürgertum und Arbeiterschaft zur Deckung zu bringen.

Wie ist das Linzer Programm nun zu bewerten? Schönerers ideologischer Unterbau, seine zwei Leitfäden Antisemitismus und Bismarckkult, fielen sehr deutlich einer gemäßigten Richtung zum Opfer. Deswegen werden sie im Programm selbst nur etwas verklausuliert angedeutet. Eine im Programm spürbare gemäßigte Richtung Schönerer gegenüberzustellen, erscheint an dieser Stelle ganz wesentlich, da somit schon in dieser Phase Bruchlinien zu den späteren „weichen“ Deutschnationalen erkennbar sind: Es ist das Überwiegen eines „noch deutschliberalen Zentralismus“ feststellbar, dessen Forderungen und Ideen die Deutschnationalen in der Überbetonung des Deutschtums gegenüber dem Slawentum übernahmen. Diesen letztlich staats-erhaltenden Gedanken stand der Bismarckkult Schönerers diametral gegenüber. Was sich bei ihm in der Verdrängung des österreichischen Staatsgedankens und in einem die deutschnationale Bewegung letztlich zersetzenden Rassenantisemitismus äußerte, konnte sich in dieser Phase noch unterordnen und gelangte erst 1885 zur Reife. In diesem Sinne ist auch Albert Fuchs zu korrigieren, der die

Meinung vertrat, daß in Punkt 1 zumindest „Stimmung für die Auflösung Österreichs“ gemacht wurde.⁶⁰³ Diese Punkte zielten im Gegenteil auf zwei feste zentralistische Blöcke innerhalb der österreichischen Monarchie.

Fragt man nach der Redaktionsarbeit des Linzer Programms, so ist zunächst eine notwendige Trennung der darin aufgestellten nationalen von den sozialen Forderungen vorzunehmen. Letztere sind später fast alle verwirklicht worden, wenn auch nicht von Schönerer. Was die Verwirklichung seiner bestimmten politischen Ziele unter Ausklammerung der nationalen anbelangt, wie die Verstaatlichung der Eisenbahnen als vielleicht bestes Beispiel für eine obrigkeitsstaatliche Lenkungsmaßnahme, so stand das Programm durchaus auf dem durch die Revolution des Jahres 1848 vorbereiteten demokratischen Boden und für eine positive parlamentarische Arbeit.

Auf der anderen Seite war es von einer deutlichen Ablehnung von Dynastie und Regierung getragen. In ihrer Erklärung gegen die „Säulen des Reichs“ und gegen die „Verfassungstreue Linke“ lag jedoch der Grundkonsens der Programmunterzeichner, wenn auch die anderen in nationalen Fragen nie so weit wie Schönerer gehen wollten. Niemand konnte jedoch an einen Totalumbau des Staates glauben, auch Schönerer nicht, weswegen das Programm wieder viel an Realität einbüßt und seinen Grundsatzcharakter unterstreicht.

Als einziger Ausweg wäre an eine „sanfte Revolution“ zu denken gewesen, oder an eine Stärkung des deutschen Nationalismus mittels verschärfter politischer Propaganda, sodaß man zumindest auf eine Veränderung des Staatsgebildes hinarbeiten konnte – eine Taktik, die Schönerer in den nächsten Jahren auch tatsächlich verfolgte, ehe er die Richtung wechselte und für eine kleine irredentistische Kaderpartei eintrat. Um von den Deutschnationalen beherrscht zu werden, sollten gemäßigte Parteien durch eine Politik der „nationalen Verhetzung“ zu einer Kompromißbereitschaft oder zumindest zu einer solchen inkohärenten Haltung gebracht werden. Dies entsprach der typischen Erfahrung, daß sie versuchen würden, die radikalen Motivationen nachzuahmen. Für Schönerer ging diese Politik des „Wind-aus-den-Segeln-Nehmens“ nur über einen radikalen Antisemitismus. Das war die entscheidende Abkehr von allen Programmunterzeichnern.

Auch beim Antisemitismus bestand damals noch so etwas wie ein Grundkonsens, wenn er auch von zwei verschiedenen Wurzeln gespeist wurde. In diesem Zusammenhang erscheint die Frage falsch formuliert, warum Schönerer Adler und Friedjung „an seinem Programm mitarbeiten ließ“, die zwar jüdischer Abstammung, aber nicht Angehörige der jüdischen Religion waren.⁶⁰⁴ Beide strebten einen wirtschaftlichen Antisemitismus an, waren aber gemäßigte Philosemiten. Viele politisch radikale Juden wollten mit Schönerer zusammenarbeiten und nicht umgekehrt, weil seine preußenfreundliche und antisemitische Weltanschauung vom jungen radikalen Flügel des deutschen Lagers als sensationeller Aufruf zur Gründung einer demokratischen „Deutschen Volkspartei“ (miß)verstanden wurde, während Schönerers Antisemitismus – und hier liegt der be-

603 Zitiert In: KANN, Robert, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie, S. 100.

604 CARSTEN, E. L., Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1977, S. 13.

deutende Unterschied – zwar von den deutschen Studenten und vom Reformverein entfacht, vorwiegend aber in dieser Phase durch den starken jüdischen Einfluß in der Wiener Presse genährt wurde.

Diese Zusammenarbeit gibt andererseits auch darüber Aufschluß, wie sehr sich Schönerers Wandlung zum Rassenantisemiten erst in den nächsten Jahren vollzog und spätestens 1885 abgeschlossen war, als er das Linzer Programm um einem zwölften Forderungspunkt eigenmächtig erweiterte: „Zur Durchführung des angestrebten Programms ist die Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unerläßlich“.⁶⁰⁵ Schon vorher hatten sich bekanntlich Friedjung und Adler von ihm getrennt.

Trotzdem ist Adlers Mitarbeit am Linzer Programm als gemäßigter Deutschnationaler schon bezüglich seiner späteren antislawischen Ausfälle nicht zu unterschätzen, wie dies gerne in der sozialdemokratischen Publizistik geschieht, wenn nicht das Programm überhaupt totgeschwiegen wird. Für einen bisher verhinderten politischen Diskurs über die deutschnationalen Wurzeln der Sozialdemokratie bringt dies wenig. Adlers späteres politisches Handeln war merklich von einem durch dieses „Schlüsselerlebnis“ geprägten Zick-Zack-Kurs bestimmt. Wenn er auch vor 1882 sichtlich bereit war, Positionen Schönerers zu vertreten, so wich diese Bereitschaft bald der Erkenntnis, daß ein Eintreten für eine Besserung der sozialen Verhältnisse von nationalen Hardlinern wegen ihres mangelnden Engagements nicht zu erwarten war. Dennoch blieb sein Einsatz für eine Vorrangstellung der Deutschen, denen in erster Linie die sozialen Wohltaten vor den Slawen zukommen sollten, innerhalb der Sozialdemokratie höchst zwiespältig. Dieser Zwiespalt findet sich auch in den Biographien von Adler. Die Autoren sind einerseits bestrebt, die Urheber-schaft am Linzer Programm schon alleine wegen des erstmals formulierten Sozialkatalogs doch nicht Schönerer alleine zuzuschreiben, der zweifellos die Führung innehatte, andererseits wollen sie die Mitarbeit des Burschenschafters Adler doch allzu gerne als läßliche Jugendsünde abtun. Aus dem sonst leichtfertigen „mitgehangen – mitgefangen“ wird zumeist ein kleinliches Zerteilen des Programms nicht nach historischen, sondern nach politischen Kriterien, worüber dann gerne der Mantel des Vergessens geworfen wird.

Viktor Adler trat, nachdem ihm „wegen seiner jüdischen Abstammung“ die Aufnahme in den „Deutschnationalen Verein“ verweigert worden war, im Februar 1884 den marxistisch orientierten Sozialdemokraten bei. Er ging damit den Weg vieler – auch assimilierter – Juden, die vom deutschnationalen Lager ausgeschlossen worden waren und mit einem klerikalen Antisemitismus im christlichsozialen Lager noch weniger umgehen konnten. Für ihre Reformtätigkeit fanden sie nur im sozialistischen Lager eine neue Heimat. Für Schönerer aber, wie später auch für Hitler, war diese „Elastizität“ Beweis genug, daß jüdische Intellektuelle für die Verbreitung des Marxismus und des Internationalismus verantwortlich seien, was beides den deutschen Interessen zum Nachteil gereiche. Schönerers Wandlung zum Rassenantisemiten beschleunigte auch die Parteiwerdung

605 BERCHTOLD, Klaus (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, S. 203.

der Sozialdemokraten und Christlichsozialen, die scheinbar eine weitere Bedrohung der Deutsch-nationalen darstellten. Diese Bedrohungshaltung zeigte auch die Änderung Schönerers im Verhalten Friedjung gegenüber; die beiden pflegten so lange freundschaftliche Kontakte, bis Schönerers Äußerungen über Juden persönlich beleidigend wurden.

3.2 Der Wagner-Kommers und seine Folgen

Mit dem Wissen, einen politischen Verein und ein Programm im Rücken zu haben, auf das Schönerer später alle nur erdenklichen Parteivasallen einschwor, traten nun auch die alldeutschen Studenten immer ungenierter in der Öffentlichkeit auf. Erst der am 5. März 1883 in den Wiener Sofiensälen aus Anlaß des Todes des Heros der Studenten, Richard Wagner, veranstaltete Trauerkommers ließ einige Dämme brechen. Für dieses vom zuvor gegründeten (Gesamt) „Verein Deutscher Studenten an der Wiener Universität“ gemeinsam mit dem „Akademischen D. C.“ und dem „Akademischen Wagner-Verein“ veranstaltete „Meisterstück revolutionärer politischer Agitation“⁶⁰⁶ fand die „Wiener Allgemeine Zeitung“ genau jene treffenden ironischen Worte, welche die damaligen „Anschlußbestrebungen“ ihrer ganzen Lächerlichkeit preisgaben: „Eine Revolution ist in Aussicht gestanden, die 600jährige Monarchie ... hat in ihren Grundfesten gewankt, ihre Teilung stand bevor. Die deutschen Provinzen waren bestimmt, dem Reiche ... angegliedert zu werden. Herr von Schönerer sollte ... von Zwettl aus die Lande zwischen Erzgebirge und Adria verwalten, nachdem Moltke sie vorher mit Hilfe von Herrn Engelbert Pernerstorfer aus Ober-Döbling ... anektiert hatte ... Das Vaterland ist in Gefahr, und selbst das Aufgebot des Landsturmes erschiene uns gerechtfertigt, um Österreich gegen die Eroberung durch den deutschen Studentenverein zu schützen“.⁶⁰⁷ Der „das erste Mal ganz offen und unumwunden“ geäußerte „Wunsch nach einer baldigen Wiedervereinigung aller Deutschen“⁶⁰⁸ vor 4000 (!) in Trauerkleidung erschienenen Gästen in einem Saal, der mit den Farben des preußisch-deutschen Reiches und Kornblumen, der Lieblingsblume Kaiser Wilhelms, geschmückt war, aber kein einziges österreichisches Emblem mehr zur Schau stellte⁶⁰⁹, erregte jedoch allgemein großes Aufsehen. Groß war die Empörung der liberalen Blätter über die Anwesenheit der Professorenschaft – allen voran des berühmten Dekans der juristischen Fakultät, Gustav Demelius (1831–1891) – vor der man sich künftig hüten sollte, ihr noch österreichische Studenten anzuvertrauen.⁶¹⁰ Auch das zögerliche Einschreiten der Sicherheitskräfte, in dieser mit schwerem Bierdunst, aber auch mit Hochverrat durchtränkten Atmosphäre, die sich immer mehr aufschaukelte, bemängelten die liberalen Zeitungen.

606 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 89.

607 Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 1085 vom 7. März 1883, S. 1.

608 Das Vaterland, Nr. 64 vom 7. März 1883, S. 8f.

609 Morgenpost vom 7. März 1883.

610 Illustriertes Wiener Extrablatt, Nr. 64 vom 7. März 1883, S. 2. Fremdenblatt, Nr. 64 vom 7. März 1883, S. 2.

Nachdem Obmann Franz Dafert vom „Verein deutscher Studenten“ den Kommers eröffnet hatte, erklangen die Ouvertüre aus Rienzi und „Siegfrieds Tod“ aus Wagners Götterdämmerung.⁶¹¹ Der erste Redner, Obmannstellvertreter stud. jur. Richard Kaan, würdigte die Verdienste Richard Wagners, das christlich-germanische Element gegen das immer aufdringlicher werdende Judentum in die Kunst eingeführt zu haben. Der „Alte Herr“ der „Silesia“ und Professor am Akademischen Gymnasium, Blume, machte auf den Jubel des ganzen deutschen Volkes im „Kaisermarsch“ aufmerksam, endlich wieder ein Vaterland zu haben: „Darum pilgerten vor sieben Jahren die Deutschen hin nach Bayreuth, um das echte deutsche Wort der Nibelungen zu hören.“⁶¹² Nach diesem Stichwort und einem Seitenhieb „auf die semitische Presse, der größten Feindin Wagners“ wechselte die Trauerfeier schnell zu einer „Gedenkfeier der Wiener Antisemiten“, dem Titel der Flugblätter, die auf sämtlichen Tischen aufgelegt worden waren und eine Rede Robert Pattais enthielten.⁶¹³ Die Stimmung stieg, als Pernerstorfer über die „bodenlosesten Gemeinheiten“ der Presse referierte und Carl Beurle die „Breslauer“ ankündigte: „Zum ersten Mal sind Vertreter einer Reichsuniversität in unserer Mitte, die gerne die gesamte deutsche Studentenschaft als Bund der Kunst und der Wissenschaft repräsentiert.“⁶¹⁴ Erich Schramm, der Obmann des „Breslauer Vereins Deutscher Studenten“, der auf seiner Brust das Eiserne Kreuz trug, lobte Wien nicht nur als deutsche Stadt der deutschen Musik, denn auch auf dem Denkmal des Siegers über Napoleon, Erzherzog Carl, stehe „Dem Kämpfer für Deutschlands Ehre“.⁶¹⁵ Derart in Fahrt gekommen, trat der Mittelschullehrer und Autor Aurelius Polzer ans Rednerpult und erklärte, daß die Donau genauso wie der Rhein ein deutscher Fluß und eine Grenz wacht sei. Die Deutschösterreicher stünden Gewehr bei Fuß gegen die in Österreich von den Tschechen repräsentierten Russen, worauf ihn der die Aufsicht über die Versammlung führende Regierungsvertreter ermahnte. Polzer schloß mit den Worten, daß es „nur ein deutsches Volk und ein Reich“ gäbe. Als daraufhin von offizieller Seite nur mehr ein Redner zugelassen worden war, provozierte der 20jährige Student und spätere Literat Hermann Bahr (1863–1934) von der Burschenschaft Albia einen Eklat, indem er Wagner als „politischen Führer“ würdigte: „Ein Mann deutscher Art ist gestorben, ... in einer Zeit der Kulturverdummung ... (müssen wir) schwören, stets dem Meister würdig zu sein, ... zu kämpfen und zu streben mit Gott für Reich und Ehre.“⁶¹⁶ Das Wagnerianische Gesamtkunstwerk möge das Volk erwecken. Politik war nun denn doch zuviel: Als der Polizeikommissär Bahr am Weiterreden hindern wollte, brach ein Tumult aus. Plötzlich sprang der wieder einmal später erschienene Schönerer auf die Bühne und „brüllte mit geradezu nebelhorn-

611 Deutsche Zeitung, Beilage Nr. 4013 vom 6. März 1884, S. 5.

612 BEURLE, Carl, Beiträge zur Geschichte der deutschen Studentenschaft Wiens, S. 56f.

613 Neugigkeits Welt Blatt, 2. Bogen vom 7. März 1883. Konstitutionelle Vorstadt-Zeitung, Nr. 64 vom 7. März 1883, S. 1.

614 BEURLE, Carl, Beiträge zur Geschichte der deutschen Studentenschaft Wiens, S. 58.

615 Morgenpost vom 7. März 1883.

616 Deutsche Zeitung, Beilage Nr. 4013 vom 6. März 1884, S. 5. Vgl. BEURLE, Carl, Beiträge zur Geschichte der deutschen Studentenschaft Wiens, S. 59.

artigen Stimmitteln“⁶¹⁷: „Das deutsche Volk in Österreich besteht auf sein Recht!“ Schönerer ent-rüstete sich, „daß wir Deutschen nicht mehr unter uns reden sollen, wie es uns ums Herz ist.“⁶¹⁸ Obwohl der Kommers noch in halbwegs geregelten Bahnen mit der „Wacht am Rhein“ beendet werden konnte, beschuldigte die Polizei Schönerer tags darauf, er habe mit seinen fortgesetzten Rufen „Es lebe Fürst Bismarck“ zu einer Revolution aufgerufen und behauptet, der deutsche Kai-ser sei das rechtmäßige Staatsoberhaupt.⁶¹⁹ Hermann Bahr erinnerte sich später: „Plötzlich wurde ich zur Seite gestoßen, es war Schönerer mit einem Schläger in der Hand, der, vor Wut schäu-mend, zum Widerstand gegen die Polypen aufrief ... Der Anblick seiner entfesselten Wut wird mir unvergeßlich bleiben bis auf den heutigen Tag, und wenn ich von gotischen Menschen reden höre, taucht immer wieder dieser Ritter Georg in geballter Flamme vor mir empor“.⁶²⁰

Die öffentlichen deutschnationalen und antidynastischen Parolen auf dem Kommers führten in der Folge zu einer eminenten Verschärfung der Gegensätze: Das erste Mal hob das Abgeordneten-haus die Immunität eines ihrer Mitglieder wegen „öffentlichen Aufbruches“ auf und der Kaiser per-sönlich rief den Vorsitzenden am 15. März 1883 zu sich, um sich über den Straffall Schönerer zu er-kundigen. Noch erklärte sich der Staatsanwalt aber außerstande, eine Anklage zu erwirken.⁶²¹ Der Veranstalter des Kommerses, der Dachverband der „Vereine deutscher Studenten der Wiener Uni-versität“, wurde jedoch am 9. März 1883 behördlich aufgelöst und der Wiener akademische Senat re-gelte nach einer Disziplinaruntersuchung vorübergehend mehrere hundert Studenten. Hermann Bahr, der dem Senat zugerufen hatte „Ja, meine Herren, ich bin ein Verräter, wir alle sind es! Wir wollen Deutsche sein!“ und der Obmann Franz Dafert wurden sogar auf Lebenszeit von der Wiener Universität verwiesen.⁶²² Daraufhin erging an den Rektor der Universität – der aus Norddeutschland stammende Friedrich Maaßen hatte zu den Vorfällen am Kommers bemerkt, daß das patriotische Gefühl tief verletzt wurde – eine von zwanzig Korporationen verfaßte und öffentlich verlesene Erwi-derung: „Das erste Mal seit 1848 hat der Rektor einer Universität in das Parteigetriebe der Studenten eingegriffen. Wir sind Patrioten. Für unser deutsches Vaterland!“⁶²³ Bei Wiederaufnahme der Vor-lesungen am 16. April empfingen die Studenten Maaßen mit „einem ohrenzerreißenden Lärm, Per-eatrufen, Poltern mit Stöcken, Pfeifen und Zischen“.⁶²⁴ Diese stürmische Demonstration bildete den Auftakt für mehr als zwei Jahrzehnte Krawalle und Aufruhr an den Universitäten.

617 Das Vaterland, Nr. 64 vom 7. März 1883, S. 8f.

618 KOHARY, Theodor von, Der Burschenschafter Georg von Schönerer, In: Burschenschaftliche Blätter, 51. Jhg., Heft 1 vom Oktober 1936, S. 9. Vgl. MAYER-LÖWENSCHWERTDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 96.

619 Der Bote aus dem Waldviertel, Nr. 127 vom 1. April 1883, S. 1. Neue Freie Presse, Nr. 6654 vom 7. März 1883, S. 6.

620 Zitiert In: KOHARY, Theodor von, Der Burschenschafter Georg von Schönerer, S. 9.

621 MAYER-LÖWENSCHWERTDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 97.

622 HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich, S. 34.

623 Resolution an den Rektor der Universität Wien, Prof. Friedrich Maaßen, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 10 (Studenten). Vgl. BEURLE, Carl, Beiträge zur Geschichte der deutschen Studentenschaft Wiens, S. 61.

624 Beilage zum Frankfurter Journal, Nr. 292 vom 20. April 1883.

So wie Hermann Bahr später einmal von sich behaupten konnte, „alle geistigen Moden mitgemacht zu haben“, ehe er sich vom Burschenschafter zum katholischen, alt- und großösterreichischen Patrioten wandelte und sein von Schmissen zerhauenes Gesicht hinter einem großen Bart verbarg, so erwartete sich eine besorgte Öffentlichkeit dasselbe von einer durch „einen unheilbaren politischen Fanatiker“ unzurechnungsfähig gemachten Jugendbewegung. Sie sollte erst einmal ihre Spinnereien ausleben, ehe sie in den Staatsdienst trat.⁶²⁵ Bahrs Erinnerungen an jene Zeit machen jedoch auch deutlich, wie sehr Schönerer ein Idol der Studenten war: „... da draußen hatten sie Sedan, Bismarck, Wagner, und was hatten wir? ... Wo war der Mann bei uns, der einigermaßen das verwirklichen würde? Ich hört nur einen Namen: Schönerer ... Es drängte mich, etwas zu bewundern, aber es gab damals nichts anderes in Österreich.“ In ganz Deutschland gab es wiederum keinen „vergleichbaren“ Schönerer.

Vor die Wahl gestellt, sich zu ändern oder nach Deutschland auszuwandern, was bezeichnenderweise niemand tat, um nicht eines Tages als Hochverräter im Gefängnis zu landen, begannen nun viele Studenten, ihre Situation zu überdenken. Georg von Schönerer ließ sich jedoch als das unbestrittene „enfant terrible Österreichs ohne Mangel an Courage“⁶²⁶ feiern. Mit jedem provozierten Skandal schaffte er es nun auf die erste Seite aller Tageszeitungen. Wie sehr er inzwischen bestrebt war, in „darwinistischer Manier“ einen harten Kern von ihm „Hörigen“ herauszufiltern, zeigt die von Engelbert Pernerstorfer für den 16. April 1883 einberufene „geschlossene Festkneipe“ zu Ehren der von der Wiener Universität relegierten Studenten Dafert und Bahr im Hotel Zillinger auf der Wieden.⁶²⁷ Im Vordergrund stand diesmal nicht das gesprochene Wort, dafür hatte Schönerer am Vormittag im Reichsrat mit den unten erwähnten Konsequenzen gesorgt, sondern die Rechtmäßigkeit der Einberufung und die daraus resultierende Renitenz gegenüber der Staatsgewalt. Weil die von anfänglich 500 Studenten aller Burschenschaften Wiens besuchte Veranstaltung auf geladene Gäste beschränkt war, hatte es Pernerstorfer nicht für notwendig befunden, sie bei der „Polizei-Behörde“ anzumelden.⁶²⁸ Die anonym verständigte Polizei, die mit einem „außergewöhnlichen Aufgebot von bis zu achtzig Sicherheitswachebeamten“ erschien, rechtfertigte ihr Verhalten wiederum mit der „Auflehnung gegen eine Behörde“, der Entscheidung des akademischen Senates, die Studenten zu relegieren, die den Anlaß für die Abhaltung des Festkommerses gegeben hatte.⁶²⁹ Als Pernerstorfer nicht garantieren konnte, daß die Versammlung nicht ins „Politische“ abgleiten werde und der erste Polizeikommissär „unter Protest“ den Saal betrat, um das Treiben aufzulösen, forderte ihn Schönerer zum Gaudium der Anwesenden zum Gehen auf, da er nicht geladen sei.⁶³⁰ Jetzt standen bereits Arrest und Anklage auf dem Spiel, als etwa vierzig Wachmänner, die das Lokal geräumt hatten, ebensovielen „Getreuen“ Schönerers gegen-

625 Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 1085 vom 7. März 1883, S. 1.

626 Beilage zum Frankfurter Journal, Nr. 292 vom 20. April 1883.

627 Detaillierter Bericht In: Neue Freie Presse, Nr. 6695 vom 18. April 1883, S. 2.

628 Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 1126 vom 18. April 1883, S. 5.

629 Illustriertes Wiener Extrablatt, Nr. 106 vom 19. April 1883, S. 2.

630 Schlesisches Morgenblatt, Nr. 90 vom 20. April 1883, S. 1.

überstanden.⁶³¹ Schönerer quittierte die Auflösung mit einem „Wir bleiben und weichen erst der Gewalt“ – und mit frischem Bier. Ob Schönerer, auf sein Recht pochend, „zwischen Lippe und Kelchesrand“⁶³² gewaltsam von seinem Krügel entfernt oder nur sanft als letzter hinausgetragen worden war, blieb unklar.⁶³³ Jedenfalls startete er mit einem immer kleiner werdenden, lärmenden Anhang eine bis in die frühen Morgenstunden dauernde „Bierreise“ durch das nächtliche Wien, stets verfolgt von einigen Wachleuten. Auf den nun folgenden Stationen, dem Gasthaus „Zum goldenen Sieb“ in der Paniglgasse⁶³⁴, dem Kneiplokal der „Silesia“, dem Gasthaus „Zum Hirschen“ in der Kochgasse und schließlich dem „Arkaden Café“ kam es immer wieder zu kleineren Balgereien und dem Absingen verbotener nationaler Lieder. Einige schrien sogar „Es lebe die Revolution!“.⁶³⁵ Schönerer verhöhnte die Wachorgane, die ein Lokal nach dem anderen wegen nächtlicher Ruhestörung räumen mußten, „blieb vor ihnen stehen, starrte, lachte und sang sie an“.⁶³⁶ Für seinen Abtransport mußten erst zwanzig Sicherheitskräfte erscheinen, rühmte er sich. Schließlich verhafteten die Polizisten drei Studenten⁶³⁷ aus der zusammengeschmolzenen Schar. Ein Gericht verurteilte sie am 26. Mai 1883 wegen „Wachebeleidigung“ zu empfindlichen Geldstrafen, in einem Prozeß, in dem der Name Schönerer nicht einmal erwähnt werden durfte. Daß sie in „jugendlicher, unüberlegter Aufwallung, vielleicht aber verblendet und betört durch andere Faktoren ... aber in Folge des Genusses geistiger Getränke“ gehandelt hatten, sah der Richter in seiner Urteilsbegründung noch als mildernd an.⁶³⁸ Vier Tage zuvor war ein von Robert Pattai vertretener Aktiver der Burschenschaft Libertas, Sohn eines angesehenen Mödlinger Notars, verurteilt worden, weil er grundlos einen Beamten verprügelt hatte, der seiner Aufforderung „Jud' kannst du springen, so spring über meinen Spazierstock“ nicht Folge geleistet hatte.⁶³⁹

Die Behörden benutzten nun auch die Verbindungen der studentischen Korporationen zu Schönerer als Vorwand, sie wegen Verletzung der „Gesetze über die politische Tätigkeit“ aufzulösen. Damit trieben sie die Unentwegten noch mehr in ein radikales Fahrwasser, was diesem nur recht sein konnte.

Die Reaktionen auf diese Vorfälle in den Tageszeitungen machen auch auf ein von den Schönerer-Biographen bisher unbeachtet gebliebenes Phänomen aufmerksam, nämlich auf Schönerers

631 Tribüne, Nr. 105 vom 18. April 1883.

632 Extrapost, Nr. 66 vom 22. April 1883, S. 1.

633 Neue Freie Presse, Nr. 6695 vom 18. April 1883, S. 6f: „setzte ihn an die Luft“. Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 1126 vom 18. April 1883, S. 1: „mußte auf die Straße befördert werden“. Schlesisches Morgenblatt, Nr. 90 vom 20. April 1883, S. 1: „Meldung ... ist unrichtig“. Das Vaterland, Nr. 106 vom 19. April 1883, S. 5f: „Schönerer verließ den Saal“. Deutsche Zeitung, Nr. 4055 vom 18. April 1883, S. 1: „Es war überflüssig, daß er sich aus dem Saal tragen ließ.“

634 Morgenpost vom 18. April 1883.

635 Illustriertes Wiener Extrablatt, Nr. 105 vom 18. April 1883, S. 2.

636 Die Presse, Nr. 105 vom 18. April 1883, S. 2f.

637 Die angehenden Mediziner Wilhelm Andres, Franz Sobotta und Rudolf Rabe.

638 Neue Freie Presse vom 26. Mai 1883. Das Vaterland vom 26. Mai 1883, S. 5f.

639 Illustriertes Wiener Extrablatt, Nr. 109 vom 22. April 1883, S. 6.

übermäßigen Alkoholkonsum als Ursache für so manche Exzesse. So warnte das Illustrierte Wiener Extrablatt in seiner Ausgabe vom 19. April 1883 vor dem „Ritter ohne Geist und Adel“, der „nichts Ordentliches gelernt habe“. Wegen seines Zwanges, „Tag für Tag mehrere Kneipen zu besuchen, da er schon in den ersten Abendstunden betrunken“ sei, möge der Leser „nur an die Möglichkeit (denken), daß ein junger, heißblütiger Student, die Zukunft ehrlicher Leute, die sich die Mittel dafür am Munde absparten, mit dem ergrauten Nichtstudiert in dicken Bierdunst einher taumelnd, die Schranken des Gesetzes niederrennt und durch Unbesonnenheit zum Verbrecher wird“. ⁶⁴⁰ Derart angegriffen, sollten nun auch Schönerers Ausfälle gegenüber der Presse eskalieren: Noch am selben Abend kam es auf der Generalversammlung des „Österreichischen Reformvereines“ im „Saal bei den drei Engeln“ – „natürlich wieder in einem Wirtshaus“, wie die Neue Freie Presse kommentierte – zu einem „Racheschwur“: „Es wird die Zeit kommen“, soll Schönerer in „einzelnen, abgerissenen Worten gebrüllt“ haben, „und sie ist nicht mehr fern, wo ich diesen Leuten eine Antwort geben werde, die ihnen in den Ohren gellen wird. Dann aber soll es heißen: Aug’ um Aug’ – Zahn um Zahn – und in diesem Kampfe – dessen bin ich gewiß – wird die Majorität der Bevölkerung hinter mir stehen.“ ⁶⁴¹

Wie Karikaturen und Flugblättern zu entnehmen ist, dürfte Schönerer auch bei seinen Reden im Reichsrat nie ganz nüchtern gewesen sein, worauf auch so manche „Enthemmung“ zurückzuführen ist. Die „Morgenpost“ schrieb in jenen stürmischen Apriltagen ironisch: „Welch’ eine Böswilligkeit von Leuten, die erhabenen Gedanken und Taten Schönerers in ihrem Ursprunge auf einige über den Durst getrunkene Krügel Bier zurückzuführen ... und ihm statistisch vorzuwerfen, er habe um sieben Krügel mehr getrunken, als seine Gehirnkammern vertragen können“. ⁶⁴² Wenn sich damit auch nichts verharmlosen läßt, so erklärt es doch zumindest teilweise, warum Schönerer auch im Reichsrat nicht ganz ernst genommen wurde.

3.3 Ein erster Bruch

Ein Artikel in der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ vom 13. Juli 1883 verdeutlicht, wie sehr Schönerer die alldeutsche Studentenschaft bereits dominierte: „Die Burschenschaft Arminia hat sich gegen Schönerer in dem Sinne ausgesprochen, daß sie ihn nur in nationaler Hinsicht respektiert, dessen Antisemitismus aber perhorresziert. Dies bedeutet umso mehr, daß alle hiesigen Burschenschaften bisher durch Schönerers Einfluß antisemitisch geworden sind“. ⁶⁴³ Der Wagner-Kommers und seine Folgen hatten zahlreiche Neugründungen von Burschenschaften und Vereinen ausgelöst, die von vornherein „streng schönerianisch“ waren, die Schönerer und sein

⁶⁴⁰ Illustriertes Wiener Extrablatt, Nr. 105 vom 18. April 1883, S. 2.

⁶⁴¹ Neue Freie Presse, Nr. 6697 vom 20. April 1883, S. 6.

⁶⁴² Morgenpost, Nr. 106 vom 19. April 1883.

⁶⁴³ Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 1211, vom 13. Juli 1883, S. 3.

Programm als zentralen Punkt ihres Korporationsgedankens anerkannten und als „unverfälscht deutsche Richtung“ sofort den Arierparagraphen einführten.⁶⁴⁴ Seine weitere Vorgangsweise bestand nun darin, die Studentenverbindungen einzusetzen, um Konflikte zu provozieren, die das Staatsgefüge ins Wanken bringen sollten. Doch diesem Treiben stellte sich ein erstes, ernstzunehmendes Hindernis entgegen.

Ein mit 18. April 1883 datiertes Schreiben an die Redaktion der „Deutschen Zeitung“ ließ aufhören. Sein Unterzeichner, Engelbert Pernerstorfer, Einberufer der umstrittenen „Radau-Kneipe“ im Hotel Zillinger vom 16. April und „Partisan Schönerers“, nahm darin zu den Vorgängen in einer zwar steifen, juristischen Sprache Stellung, ließ aber bereits jegliche Solidarität mit seinen Parteigenossen vermissen.⁶⁴⁵

Am Vormittag jenes 16. Aprils hatte Schönerer mit der Rechten und damit auch für den bei den Studenten verhaßten Abgeordneten Lienbacher für die Annahme einer Schulgesetzesnovelle gestimmt, mit der die Unterrichtszeiten verkürzt werden sollten. Dieser „Gesinnungswandel“ brachte die „Verfassungstreue Linke“ zum Schäumen. Nicht nur, daß sich Schönerer mit diesem Schritt einer Zustimmung zur Kinderarbeit genähert hatte, um die wirtschaftliche Existenz der Bauern zu sichern, er brachte auch einen Zusatzantrag zur Entfernung jüdischer Lehrer an christlichen Schulen ein, weil er es für eine „Pflicht“ halte, „allen fremden Elementen entgegenzuarbeiten, ... vor allem jenen vaterlandslosen Spekulant, ... welche sich die Korruption der germanischen Rasse schon in der Volksschule zum Ziel gesetzt haben.“⁶⁴⁶ Die daraufhin protestierende Linke und die tobende Galerie bedachte er mit Worten wie „frivole, verjudete Leute“ und „sitzen eh nur Judenbuben da oben“.⁶⁴⁷

Engelbert Pernerstorfer, der Chefredakteur von Schönerers Leibblatt „Deutsche Worte“, weigerte sich nun, den gesamten Wortlaut dieser Rede abzudrucken. Er antwortete Schönerer, der noch im Reichsrat versichert hatte, daß „Millionen der Bevölkerung mit dieser Meinung hinter mir stehen“⁶⁴⁸, in einem offenen Brief am 16. Juni 1883⁶⁴⁹: „Ich fühle mich verpflichtet, ... wie schon öfter zu erklären, daß die Form des Antisemitismus, welche heute bei uns Parteidogma ... zu werden beginnt, mir gänzlich unannehmbar erscheint. Der Kampf richtet sich ... viel mehr gegen die Juden als gegen das Judentum, was zu einer Verrohung des öffentlichen Lebens führte; der Antisemitismus hat nur dann eine Berechtigung und eine wichtige nationale Bedeutung,

644 HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich, S. 40.

645 Schreiben Engelbert Pernerstorfers an die Redaktion der Deutschen Zeitung, abgedruckt In: Deutsche Zeitung, Nr. 4056 vom 19. April 1883, S. 4.

646 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, IX. Session, 269. Sitzung vom 16. April 1883, S. 10185f.

647 Schlesisches Morgenblatt, Nr. 90 vom 20. April 1883, S. 1f. Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 1128 vom 28. April 1883, S. 2. Tribüne vom 18. April 1883, S. 1. Neue Freie Presse vom 20. April 1883, S. 1.

648 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, IX. Session, 269. Sitzung vom 16. April 1883, S. 10188.

649 Der Brief wurde in den Deutschen Worten, Nr. 12, vom 16. Juni 1883 abgedruckt.

wenn er in vornehmer Weise mit den Waffen des Geistes ausgestattet, auf den Kampfplatz tritt. Dann wird er zur Steigerung des nationalen Bewußtseins beitragen ... Ich stehe ... nicht auf ... (dem) brutalen Standpunkt des ‚Juden hinaus‘, ja ... (ich) stehe sogar ... zu der ketzerischen Meinung, daß es auch anständige Juden gibt.“ Das „erzieherische Element für die Juden“, so Pernerstorfer, der die Assimilation der Juden insgesamt bejahte, sei durch Schönerer verloren gegangen. Wegen seines Abstimmungsverhaltens bei der Schulgesetzesnovelle warf ihm Pernerstorfer vor, er würde sogar die Antinationalen unterstützen, wenn sie nur Judenhasser wären.

Dabei stritten nicht nur zwei starke Persönlichkeiten um ein sich verfestigendes politisches Programm, über die Frage des Antisemitismus war ein „Fraktionsstreit“ entstanden, der sich auch auf die Studentenschaft ausweiten sollte. Nach einigen vergeblichen Versuchen einzulenken, endete diese Auseinandersetzung mit dem Austritt Engelbert Pernerstorfers aus dem „Deutschnationalen Verein“ im Juni 1883. Seit Dezember 1869⁶⁵⁰ war er, der spätere Suchende nach einer Symbiose, nach einem nationalen Sozialismus, nebenbei auch Mitglied des sozialdemokratischen Arbeiterbildungsvereins Gumpendorf gewesen. Für den vermeintlichen Sieger Georg von Schönerer blieb dieser Bruch nicht ohne Folgen: Dem Widerspruch, den sich Lueger dankbar zunutze machen sollte, daß die Juden zwar insgesamt schlecht seien, man aber auch einzelne, anständige kenne, diesen Weg eines traditionellen Nationalismus, der den Antisemitismus mehr als taktisches Mittel benutzte, wich Schönerer nun endgültig aus, um sich, die berechtigte Furcht vor einer Spaltung der jungen Bewegung zum Vorwand nehmend, gänzlich dem Rassenantisemitismus zu verschreiben. Aus Wut und gekränktem Stolz, aber auch letztlich jeglicher Hemmung seiner Radikalität beraubt, erwiderte er Pernerstorfer mit den seither oft zitierten Worten: „Der Antisemitismus ist der Eckpfeiler nationaler Politik, die größte Errungenschaft des 19. Jahrhunderts ... Das Blut ist der Maßstab aller bürgerlichen Rechte.“⁶⁵¹

Mit Anton Langgassner von der Burschenschaft Libertas fand Schönerer schnell einen Schriftleiter, um den „Deutschen Worten“, die Pernerstorfer unter seiner eigenen Herausgeberschaft weiterführte, ab dem 1. Juli 1883 in der von ihm neu gegründeten Zeitung „Unverfälschte Deutsche Worte“ eine „unverfälschte Version“ entgegenzustellen.

Mit seiner „offiziellen“ Wandlung zum Rassenantisemiten räumte Schönerer plötzlich ein gut beackertes Feld. Gleich in der ersten Ausgabe „seiner“ „Unverfälschten Deutschen Worte“ gab er folgende Grundsatzerklärung ab: „Auf dem brutalen Rassenstandpunkt stehend, müssen wir ... erklären, daß wir weit eher eine Vermischung ... mit den Slawen und Romanen für möglich halten, als eine innige Verbindung mit den Juden. Sind doch die ersteren als Arier mit uns stammesverwandt, während die letzteren aus der Abstammung uns völlig ferne stehen.“⁶⁵²

In diesem kurzen Satz offenbart sich ein profunder Hintergrund seiner Politik der nächsten Jahre, denn er erklärt Schönerers lange unvoreingenommene Haltung vor allem gegenüber den

650 STADLER, Karl R., Engelbert Pernerstorfer, S. 47.

651 PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus, S. 127.

652 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 1 vom 1. Juli 1883, S. 1.

Tschechen. Wie Wilhelm Marr, der in den Slawen ein letztes Bollwerk gegen das Judentum erblickte, entfernte er sich nun fast gänzlich vom Nationalitätenkampf, um die daraus zu ziehenden politischen Früchte den gemäßigeren Deutschnationalen zu überlassen. Ein nun verstärkt einsetzender Bismarckkult und eine Irredentapolitik, die eine Zerschlagung der Monarchie als letztes Ziel propagierte, hätte sich auch schwer mit einem Eintreten für die Belange des verhaßten Österreich vertragen. Damit war aber auch der Weg vorgezeichnet, der bis zum entscheidenden Umdenken 1896/97 weg von einer großen Massenpartei zu einer extremistischen Kaderpartei der „Reinheit“ führte.

Mit dem Wandel vom demokratischen Realpolitiker zum rassistischen Extremisten war auch der Riß zwischen Schönerer und seinen politischen Freunden in der „Linzer Programm-Gruppe“ perfekt. Von den Reichsratsabgeordneten unterstützte ihn wie immer nur mehr Fürnkranz. Aber auch der Start von Schönerers von Anfang an auf den Parteiführer zugeschnittenen Zeitung lief nicht gut an und ebte sogar ab: Im Jahre 1885 hatten die „Unverfälschten Deutschen Worte“ nur mehr 1698 zahlende Abonnenten, von denen 1434 in Wien und Niederösterreich ihren Wohnsitz hatten.⁶⁵³

Schönerer reagierte auf seinen ersten politischen Niedergang mit dem zähen Bestreben, seine sich immer mehr verflüchtigenden Anhänger durch „Treuegelöbnisse“ fester und kompromißloser an sich zu binden, wobei er sich wieder verstärkt und erfolgreich der Studentenschaft widmete.⁶⁵⁴ Ein Ausschußmitglied des „Deutschnationalen Vereins“ und Mitglied der „Oppavia“ stellte im Konvent die Entscheidungsfrage: „Nachdem durch das Ausscheiden Pernerstorfers eine tiefe Spaltung in der nationalen Partei inaugurirt scheint, erklärt die Oppavia, daß sie im Gegensatz zu ihm, den Antisemitismus als Hauptpunkt des nationalen Programmes erklärt.“ Der einstimmigen Annahme schlossen sich fast alle Burschenschaften und Vereine an.⁶⁵⁵

Den Schlußpunkt des Streits mit Pernerstorfer markierte eine Erklärung Langgassners in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ vom Herbst 1883, in der er versuchte, die Vorwürfe, der Antisemitismus pervertiere den nationalen Gedanken, „richtig zu stellen“: „Das Judentum liegt im jüdischen Blute und die Judenfrage ist darum ihrem eigentlichen Wesen nach eine nationale Frage im strengsten Sinn des Wortes ... Die Judenfrage ist weder vom christlichen Standpunkt noch durch Vermischung zu lösen ... Es ist endlich wünschenswert, daß seitens der Regierungen die Errichtung eines jüdischen Nationalstaates jenseits des Ozeans ins Auge gefaßt und kräftig gefördert werde.“⁶⁵⁶

Gleich zu Beginn des Jahres 1884 nutzte Schönerer die Öffentlichkeit des Reichsrates, um mit seiner „neuen“ Politik des „Frontalrassismus“ einen „wissenschaftlich fundierten“ Angriff gegen Rabbi Josef Samuel Bloch und das gesamte Judentum in der leidigen und noch immer andauern-

653 CARSTEN, F. L., Faschismus in Österreich, Von Schönerer zu Hitler, München 1977, S. 15.

654 MASAIDEK, F. F., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, S. 26.

655 KNOLL, KURT, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 223.

656 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 8 vom 16. Oktober 1883.

den „Rohling-Affäre“ zu führen. Rohling hatte bekanntlich Bloch geklagt, weil ihm dieser vorgeworfen hatte, den Talmud gar nicht übersetzen zu können. Als Bloch am 12. Februar 1884 den Immunitätsausschuß, der den gerichtlichen Antrag auf seine wegen des Wahrheitsbeweises begehrte Auslieferung in der Ehrenbeleidigungscausa dem Plenum vorgelegt hatte, heftigst rügte, weil dessen Ansicht, daß die Klage Rohlings „gegen die Sicherheit der Ehre keine grundlose sei“, einer Vorverurteilung gleichkäme, erwiderte ihm Schönerer: „Unklug im höchsten Maße war es, in der jetzigen Zeit in der Judenfrage so aufzutreten, ... denn weder er, noch viel größere Männer als er – ich erlaube mir im Namen ... beinahe sämtlicher Antisemiten Österreichs zu (sprechen) – könnten uns den Glauben nehmen – insolange die Leiche der Esther nicht zweifellos hergebracht wird – daß die Juden schuld sind an diesem Morde ... Wenn sich (Bloch) auf Gelehrte berufen hat, so sind wir in der Lage, uns auch auf Gelehrte, zum mindesten auf einen hervorragenden ... berufen zu können, das ist Professor Dühring in Berlin, dem wir rückhaltlos zustimmen, wenn er sagt, die Judenfrage ist in erster Linie ... eine Rassen-, Sitten- und Kulturfrage. Und, meine Herren, auf einer so tiefen Stufe steht zum mindesten das deutsche Volk in Österreich nicht mehr, daß man es mit dem Amenmärchen, die Judenfrage sei nur eine konfessionelle Frage, ... beruhigen könnte.“⁶⁵⁷

Daß der Verteidiger Josef Blochs, der liberale „Veteran“ Josef Kopp, wegen einer undurchsichtigen Bestechungsaffäre sein Reichsratsmandat zurücklegen mußte, gab Schönerer erneut Gelegenheit zu „punkten“.⁶⁵⁸ Ein wichtiger Mitgrund für seine Unterstützung, die er Robert Pattai angedeihen ließ, um dieses vakant gewordene Mandat zu erobern, dürfte gewesen sein, daß Pattai die Klagevertretung August Rohlings übernommen hatte.⁶⁵⁹

3.4 Schönerers Austritt aus dem „Österreichischen Reformverein“

Das Jahr 1883 brachte für Karl Lueger einen weiteren Tiefpunkt in seiner politischen Karriere. Nach der Schlappe, dem Scheitern Adolf Fischhofs, eine demokratische Volkspartei zu gründen, bildete er, ähnlich wie Schönerer im Reichsrat, mit dem damaligen Bibliothekar an der Universität Wien, Albert Gessmann (1852–1920), eine verspottete „Zweimannpartei“ im Wiener Gemeinderat. Obwohl Lueger damals immer wieder erklärt hatte, kein Antisemit zu sein, weil diese Haltung unvereinbar mit seiner demokratischen Haltung wäre, trat er im März 1884 an den „Österreichischen Reformverein“ heran, ihn bei der nächsten Gemeinderatswahl zu unterstützen. Er hätte eine schwierige Wie-

657 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, IX. Session, 331. Sitzung vom 12. Februar 1884, S. 11465.

658 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, IX. Session, 364. Sitzung vom 2. Mai 1884, S. 12637.

659 Einladung Ernst Schneiders zu einer Veranstaltung im Festsaal der Handels- und Gewerbekammer am 20. Mai 1884, „um dem Judengenossen Dr. Kopp dem Verteidiger des Rabbiner Bloch ... mit aller Rücksichtslosigkeit zu begegnen“, auf der „Ritter von Schönerer voraussichtlich in der Versammlung sprechen und eventuell den Vorsitz führen“ wird. ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai), Mappe 2.

derwahl in der Landstraße zu gewärtigen.⁶⁶⁰ Weil sein Gegenkandidat ein Liberaler war und ein taktisches Bündnis auch mit den Demokraten bestand, stimmten Pattai und Schneider, die wie er österreichtreu und dynastisch eingestellt waren, auf einer diesbezüglichen Versammlung am 12. März 1884 mit der Mehrheit des Vereines zugunsten Luegers. Schneider, dessen Taktik einer breiteren Basis auch dahinging, Kandidaten von außen zu unterstützen, die bei einer erfolgreichen Wahl die antisemitische Bewegung verstärken könnten, war dabei die treibende Kraft gewesen, während der Kreis um Pattai, dem unter anderem dessen Schwager Cornelius Vetter und Leopold Hollomay angehörten, Lueger stets mißtrauisch gegenüberstand. Pattai selbst hatte als Präsident die demokratisch zustandgekommene Mehrheit akzeptieren müssen.⁶⁶¹ Daraufhin verließ Schönerer, der noch immer geduldetes Mitglied war, endgültig den Reformverein, weil dieser Beschluß ein „Armutszeugnis“ sei.⁶⁶² Das größte Hindernis auf dem Weg zum „Christlichsozialen Verein“ war damit beseitigt.

Dieser Austritt Schönerers hatte jedoch noch einen anderen, viel tieferen und weitreichenderen Hintergrund, der aus einem späteren Brief Robert Pattais hervorgeht: Die Forderungen des „Linzer Programms“, vor allem jene nach einer Zollunion mit dem Deutschen Reich, an der Schönerer eisern festhielt, schienen für die ums Überleben kämpfenden Wiener Gewerbetreibenden und kleinen Fabrikanten unannehmbar.⁶⁶³ Hugo Hantsch bemerkte dazu, daß das Programm mit seiner antidynastischen und antikirchlichen Haltung doch zu sehr der österreichischen Gesinnung widersprach, noch dazu, wo ein radikaler Nationalismus in einem geschlossenen Sprachraum wie den österreichischen Alpenländern auf kein Bedrohungsszenario stieß.⁶⁶⁴

Die Handlungsabläufe gestalteten sich trotzdem immer verwirrender: Obwohl der Präsident des „Österreichischen Reformvereines“ Robert Pattai am 27. März 1884 quasi im „Gegenzug“ aus dem „Deutschnationalen Verein“ Schönerers ausgetreten war, genoß er als Anwalt Rohlings aus den oben erwähnten Gründen Schönerers vollste Unterstützung in seinem Wahlbezirk Mariahilf, um bei einer Nachwahl das vakant gewordene Mandat Josef Kopps gegen seinen liberalen Gegenkandidaten Neuber zu erringen. Pattai wollte andererseits auch nicht gänzlich mit Georg von Schönerer brechen: Wie er Schönerers „Feind“ Schneider brieflich mitteilte, bei dem er für ein freundschaftlicheres Verhältnis warb, benötigte Pattai für seine Wahl dringend jene 4000 Gulden, mit denen Schönerer lockte. So schlossen die Kontrahenten am 16. Mai 1884 in einer Ausschusssitzung des „Deutschnationalen Vereines“ eine Art Pakt: Pattai, der zuvor erklärt hatte, seinen Wahlkampf mit den Punkten des „Linzer Programms“ zu führen und einem alldeutschen Klub im Reichsrat beizutreten, falls Schönerer einen solchen organisieren sollte, erhielt im Gegenzug die finanzielle Unterstützung.⁶⁶⁵ Relativ moderat gab sich Schönerer daraufhin in einem

660 FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 48.

661 BOYER, John W., Political Radicalism in late Imperial Vienna, S. 95.

662 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. II, S. 40.

663 Brief Robert PATTAI an den Ausschuß des Österreichischen Reformvereines vom 26. März 1884, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai), Mappe 2.

664 HANTSCH, Hugo, Die Geschichte Österreichs, Bd. II, S. 422.

665 Das diesbezügliche Schriftstück der Ausschusssitzung vom 16. Mai 1884 enthält die Unterschriften des Vorsitzenden

Rundschreiben vom 23. Mai 1885: „Sehr geehrter Herr! Wir erlauben uns mitzuteilen, daß der deutschnationale Verein ... die Kandidatur des Herrn Dr. Pattai in Mariahilf kräftigst unterstützt ... Pattai ist ganz unser Mann“.⁶⁶⁶

Die Unterstützung Schönerers gibt auch einen recht guten Einblick, mit welchen Mitteln damalige Wahlkämpfe geführt wurden: Der Schönerianer Professor Josef Fiegl leitete ein eigens dafür eingerichtetes „Zentralwahlcomité Pattai“. Mit der von Schönerer zur selben Zeit vertretenen Forderung nach Verstaatlichung der Eisenbahnen war auch schnell ein Hauptthema gefunden, von dem der Kandidat sichtlich profitieren konnte.⁶⁶⁷ Aus einer Aufstellung des Parteikasiers Kautschitsch, der auf einer von Schönerer angeordneten Versammlung für die „Mariahilfer Reichsratswahl“ am 25. Mai weitere Spenden einsammelte, geht hervor, daß Schönerer im Juni 1884 nicht nur die horrenden Auslagen von 2704 Gulden deckte, sondern auch noch Pattai und Wittmann großzügig jeweils 300 Gulden zukommen ließ.⁶⁶⁸ Auch eine an Wittmann gerichtete Rechnung der Druckerei Kreiss über 713 Gulden beglich er⁶⁶⁹, die Pattai wegen der „Unterstützung“ nicht bezahlen wollte, worauf sich Wittmann bei Schönerer bitter beklagte.

Die Firma Kreiss druckte antisemitische Flugblätter, die helfen sollten, ein „Agitationskomitee“ für den liberalen Gegenkandidaten Neuber mit dem jedem Namen beigefügten Zusatz „Jude“ zu entlarven. Der Inhalt war dabei durch „Kleingedrucktes“ so raffiniert abgefaßt, daß der Eindruck entstehen konnte, der Text stamme von Neuber selbst.⁶⁷⁰ Anlässlich der Verlegung des Wahlkampfes auf die Straße wurde ein von Himmelbauer, Fiegl, Gasser und Kautschitsch gebildetes „Subkomitee“ betraut, ein „Verzeichnis von Gassennamen“ anzulegen. Es enthielt neuralgische Punkte wie Markthallen, die für einzelne Redner und eine antisemitische Agitation als besonders günstig ausesehen worden waren.⁶⁷¹ Aus einem Protokoll „Namhaftmachung von Wählern“ geht hervor, daß der Kreis um Schönerer verschiedene Personen mit Vorschüssen ausgestattet hatte. Sie sollten potentielle Wähler dazu bringen, auf Listen Unterstützungserklärungen abzugeben.⁶⁷²

Schönerers, der Schriftführer Handl und Wittman und von Kautschitsch und Langgassner. ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai), Mappe 2.

666 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai), Mappe 1, Wahl Pattais 1884.

667 Einladung zur Wählerversammlung am 21. Mai 1884 in Schindlers Restauration „Zur schönen Schäferin“, Gumpendorferstraße 101, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai), Mappe 1, Wahl Pattais 1884.

668 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai), Mappe 1, Wahl Pattais 1884.

669 Schreiben der Druckerei Kreiss vom 7. Juni 1884 und Brief Wittmanns an Schönerer vom 9. Juni 1884, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai), Mappe 1, Wahl Pattais 1884.

670 Zur Kenntnis über die Zwecke der gegnerischen Agitation, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai).

671 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai).

672 Protokoll zur „Namhaftmachung von Wählern“, Bez. „A“, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai), Mappe 1, Wahl Pattais 1884.

Obwohl ihn auch verschiedene Gruppen im Reformverein favorisierten, gelang es Pattai am 26. Mai 1884 nicht, gegen den Kandidaten der Vereinigten Linken, Neuber, gewählt zu werden. Er verlor gegen ihn mit 1202 gegen 980 Stimmen. Die Radikalen feierten jedoch die Niederlage im Bezirk wie einen Sieg und trugen Pattai „auf den Schultern der Volksmenge durch die Mariahilferstraße“. ⁶⁷³ Erschrecken wollten sie damit die zumeist jüdischen Kaufhausbesitzer.

Daß sich Schönerer mit Pattai aber nicht unbedingt einen „everybody's darling“ der Nationalen eingehandelt hatte, mußte er nicht nur wegen der Klagen Wittmans über ihn feststellen. Am Wahltag, dem 26. Mai 1884, veröffentlichte das „Tagblatt“ mit Genuß einen offenen Brief eines Professors Güntner an Schönerer. Güntner dürfte ihm nicht allzu unbekannt gewesen sein, war er doch einer der vielen nicht in den Vordergrund getretenen Mitarbeiter am Linzer Programm: „Der deutschnationale Verein hat, wie ich auf Plakaten ersehe, Herrn Doktor Pattai zur Wahl im Bezirke empfohlen. Dieser Herr hat als Obmann des Reformvereins in einer Eingabe an den Ministerpräsidenten Taaffe es nicht unterlassen können, des Deutschen Schulvereins mit einer vollständig unberechtigten Bemerkung zu gedenken ... Angesichts dieser Tatsache werde ich nun Dr. Pattai sicher nicht wählen, noch weniger würde ich ihn als Kandidaten empfehlen und dazu melde ich hiermit meinen Austritt aus dem Vereine“. ⁶⁷⁴ Ob positiv oder negativ, dieses Bündnis der Schönerianer mit Pattai sollte Folgen für die Reichsratswahlen haben.

Wenn man zustimmt, daß der sozial-reformatorsche Teil des von Schönerer im Jahre 1882 verabschiedeten „Linzer Programms“ auch viele Demokraten anzog ⁶⁷⁵, so ist es leichter zu verstehen, daß derselbe Lueger, wegen dessen Unterstützung Schönerer ein knappes Monat zuvor den „Österreichischen Reformverein“ verlassen hatte, auf einer der ersten vom „Deutschnationalen Verein“ initiierten Massenveranstaltungen Wiens, am 21. April 1884 in der Volkshalle des Neuen Rathauses, ein Referat hielt, in dem er sogar Bismarcks Sozialpolitik lobend erwähnte. ⁶⁷⁶ Daß sich Lueger kurzfristig in der politischen Nachbarschaft Schönerers tummelte, hatte auch mit seiner Erfolglosigkeit während dieser Tage zu tun. Es waren zumindest noch keine „Todfeindschaften“, welche die nach Anerkennung heischenden Politiker entzweiten. Die Lager waren trotz aller sich abzeichnenden Differenzen flexibel genug und die von experimentierfreudigen Proponenten anzusprechenden Wählerschichten fanden sich zur Genüge.

3.5 Der Nordbahnskandal

Die Auseinandersetzungen um die Verstaatlichung der Nordbahn ⁶⁷⁷, die sich das ganze Jahr 1884 über hingen, gaben Schönerer Gelegenheit, seine und die seiner näheren Mitkonkurrenten mit-

⁶⁷³ Rumburger Zeitung. Organ für Nordböhmen, Nr. 43 vom 28. Mai 1884, S. 2.

⁶⁷⁴ Neues Wiener Tagblatt vom 26. Mai 1884, S. 6.

⁶⁷⁵ HANTSCH, Hugo, Die Geschichte Österreichs, Bd. II, S. 438.

⁶⁷⁶ MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 83.

⁶⁷⁷ Im Jahre 1884 mußte die Regierung TAAFFE mit der Frage über die Verlängerung der Konzession der Nordbahn, der

unter recht diametral verlaufenden politischen Ansichten miteinander zu vereinen: Er richtete seinen inzwischen ausgeprägten Antisemitismus gezielt und personifiziert gegen die Familie Rothschild, die reichste jüdische Familie der Donaumonarchie, genauso wie gegen die ihm verhaßten Aktionäre des Kaiserhauses. Da der preußische Staat schon früher den größten Teil der Eisenbahnen verstaatlicht hatte, konnte Schönerer Reichskanzler Bismarck ins Spiel bringen und als den „größten Sozialreformer des Jahrhunderts“ preisen. Mit der Petition an den Reichsrat, die Nordbahn zu verstaatlichen, hatte der selbsternannte „einzige Volksvertreter“ plötzlich unglaubliche 30.000 Stimmen „aus dem Volk“ hinter sich und konnte so in einer einmaligen Demonstration direkter Demokratie die Bevölkerung gegen den Kapitalismus aufhetzen. Letztlich zeigte er dabei die Grenzen einer durch Plebiszite ausgehöhlten Demokratie auf. Die Wiener liberale Presse, die seine Vorgangsweise kritisierte, erklärte er für „verjudet und von der Regierung bestochen“. Mit der namentlichen Verlesung im Reichsrat jener 2675 Orte, aus denen Unterschriften für seine Petitionen gekommen waren⁶⁷⁸, erfand er ein taugliches Mittel, die parlamentarische Arbeit mittels Obstruktion lahmzulegen. Ideologische, nationale und parteimäßige Grenzen waren in Auflösung, als ihn plötzlich auch viele Deutschliberale unterstützten, die Regierung knapp vor dem Sturz schien und ihn sogar die ihm so verhaßte „Neue Freie Presse“ als den „Mann der Stunde“ bezeichnete, der den „ersten Sieg des Volkes in der Geschichte des Konstitutionalismus in Österreich davongetragen hatte“. Provokateure auf den Zuschauerreihen unterbrachen die Sitzungen mit den Rufen „Nieder das Parlament! Nieder mit den Nordbahnjuden! Heil Schönerer!“⁶⁷⁹

Gleich die am 2. Mai 1884 gehaltene „Erste Nordbahnrede“ zog einen spektakulären Ehrenbeleidigungsprozeß nach sich. Schönerer strengte ihn gegen den mächtigsten liberalen Journalisten der damaligen Monarchie an, gegen Moritz Szeps (1835–1902), den jüdischen Gründer und Chefredakteur des „Neuen Wiener Tagblattes“, einen aus Galizien eingewanderten, in kürzester Zeit steinreich gewordenen Förderer der Wiener Moderne und engen Freund Kronprinz Rudolfs. Szeps, der diesen Prozeß am 17. November 1884 sensationeller Weise gegen den von Pattai vertretenen Schönerer verlor und, wenn auch sofort begnadigt, zu vier Wochen Haft verurteilt wurde⁶⁸⁰, prophezeite während der Verhandlung: „Herr von Schönerer (hat) in unserer Stadt, in den deutschen Ländern Österreichs eine Stellung gewonnen, ... wie sie jetzt kein anderer Mann

sogenannten „Kaiser Ferdinand Eisenbahngesellschaft“, deren Aktienbesitz sich vornehmlich in den Händen der jüdischen Familie ROTHSCHILD und Mitgliedern des Kaiserhauses befand, aus verfassungstechnischen Gründen den Reichsrat befassen. SCHÖNERER und der Deutschnationale Verein sammelten in kürzester Zeit 30.000 Unterschriften, die sie in Form einer Petition, die Nordbahn gänzlich zu verstaatlichen, im Abgeordnetenhaus einbrachten. In den drei berühmt gewordenen „Nordbahnreden“ vom 2. Mai 1884, 12. Jänner 1885 und vom 27. März 1885 peitschte SCHÖNERER die Bevölkerung, aber auch den längst in alle Parteienschattierungen gespaltenen Reichsrat dermaßen auf, daß sich die Regierung gezwungen sah, die bereits erfolgte Konzessionsverlängerung zu modifizieren. Vgl. SCHNEE, Heinrich, Georg Ritter von Schönerer, S. 21.

678 RUDOLF, Georg Ritter von Schönerer. Der Vater des politischen Antisemitismus, München 1936, S. 43.

679 MAYER-LÖWENSCHWERTDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 90.

680 Über den Prozeßverlauf, siehe ÖStA, AVA, Kt. 37 (Robert Pattai), Mappe „Pattai an Schönerer, Briefwechsel“.

einnimmt und dieser Stellung kann nichts etwas anhaben – nichts! Wir ... sehen einem schweren, bitteren und vielleicht für lange erfolglosen Kampf entgegen.“⁶⁸¹ Sogar das „Vaterland“ titelte damals: „Die Terroristen der jüdischen Presse sind gerichtet, mit ihrer Schreckensherrschaft ist es zu Ende!“ Kronprinz Rudolf hingegen schrieb an seinen Freund: „Ich werde weiter gegen diesen Mann kämpfen, dessen Wirken ich für so gefährlich für den Staat sowohl, wie für die Dynastie halte.“⁶⁸² Genüßlich zitierte der „Völkische Beobachter“ im August 1938 in einem Artikel „Habsburg an seine Juden“ aus einem weiteren Brief Rudolfs: „Es ist immer schmeichelhaft, von dergleichen Gesindel gehaßt zu werden.“⁶⁸³

Bei Schönerer, der sich mitten im Wahlkampf für die Reichsratswahl 1885 befand, waren nun wieder einmal alle Dämme gebrochen. Hatte ihn am Prozeß die einmalige Verbindung von Liberalismus, Judentum und Herrscherhaus besonders gereizt, so forderte er in einer Rede am 13. Februar 1885 ziemlich offen zur Vernichtung der jüdischen Presse und damit auch ihrer Akteure auf, indem er einen „letzten Appell“ an die Regierung richtete: „... Hinweg mit der von korrupten und jüdischen Einflüssen beherrschten Presse! Hinweg mit dieser semitischen Pestbeule! Hinweg mit diesen Fremdlingen in unserem Heim! Lassen Sie mit mir ertönen die Mahnung: Ihr Macht-haber, die ihr über Zucht und Ordnung im Staate durch die Gesetzgebung zu walten berufen seid, beseitigt im Volk den Glauben an Recht und Wahrheit, zertretet diese volksfeindlicher Nattern und macht ein Ende dieser journalistischen Giftmischerei, damit das so hart bedrängte Volk nicht zur Selbsthilfe gezwungen werde.“⁶⁸⁴

„Scheo“, wie ihn sein engster Kreis nennen durfte, zeigte in diesen Wochen und Monaten der allergrößten Anspannung, wer die besseren Nerven hatte: Am 9. Mai 1884 duellierte er sich in Gablitz mit dem von seinen Sekundanten Ernst von Plener und Moritz Weitlof vertretenen Deutsch-liberalen Heinrich Reschauer wegen seiner beleidigenden Äußerungen während der ersten „Nordbahnrede“. Schönerer stand sein Freund Karl Gagstatter zur Seite. Obwohl das Duell unblutig verlief, blieb er auch in dieser Auseinandersetzung der „moralische Sieger“.⁶⁸⁵

Genau in die Monate des „Nordbahn-Skandals“ fällt auch jene Episode, die das „Wiener Sonntagsblatt“ am 1. Juni 1884 veranlaßte, „ausnahmsweise indiskret“ zu sein. Das Blatt wollte seinen Lesern eine „Geschichte, die so interessant ist, daß es schade wäre, sie nicht zu erzählen“, nicht vorenthalten.⁶⁸⁶ Diese „Geschichte“ unterstrich nicht nur die Spendenfreudigkeit Schönerers, sie stand auch in engstem Zusammenhang mit seinem wachsenden Haß auf alles Jüdische – in den Tagen des „Nordbahnskandals“ vor allem auf das Haus Rothschild: Ein Bote hatte dem Wiener Bürgermeister ein Paket mit Obligationen im „Wahnsinnswert“ von 100.000 Gulden für wohl-

681 Zitiert In: HAMANN, Brigitte, Rudolf. Kronprinz und Rebell, Wien 1987, S. 405.

682 Zitiert In: HAMANN, Brigitte, Rudolf. Kronprinz und Rebell, S. 191.

683 Völkischer Beobachter. Wiener Ausgabe, Nr. 157 vom 21. August 1938, S. 9.

684 SCHNEE, Heinrich, Georg Ritter von Schönerer, S. 206.

685 Pistolenzweikampf Schönerer-Reschauer, 9. Mai 1884, Masch.geschr. Abschrift der Verhandlungsschrift der Vertreter; Niederschrift von Gagstatter nach dem Zweikampf, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 10 (Studenten).

686 Wiener Sonntagsblatt, Nr. 395 vom 1. Juni 1884, S. 2.

tätige Zwecke von einem Spender überbracht, der anonym bleiben wollte. Die abgerissene Hälfte einer Visitenkarte verriet nur die Anfangsbuchstaben seines Zunamens, der mit „Sc ...“ begann. Weil es bei Summen in dieser Höhe üblich war, daß der Name des Spenders in einer großangelegten Zeitungsreklame publik gemacht wurde und so der Wohltäter ins Rampenlicht der Öffentlichkeit trat, setzte ein Rätselraten über die Person des freiwilligen Gebers ein. Ein Zufall „entlarvte“ Georg von Schönerer. Dieser besaß in Reichenau an der Rax ein an den Besitz des Barons Rothschild angrenzendes Grundstück. Vermutlich hatten die „Nordbahnreden“ den letzten Ausschlag gegeben, daß der Baron einen Realitätenvermittler zu Schönerer nach Wien schickte, um sein Grundstück für einen „anonymen Käufer“ zu erwerben. Aber auch der Nachbar dürfte Lunte gerochen haben, denn Schönerer teilte dem Vermittler mit, er habe dafür seinerseits 5.000 Gulden bezahlt⁶⁸⁷, nur wenn der „große Unbekannte“ 105.000 Gulden auf den Tisch lege, könne er sich von seinem Besitz trennen. Acht Tage später ließ sich Rothschild, der diese horrende Summe tatsächlich bezahlt hatte, als neuer Eigentümer in das Grundbuch von Reichenau eintragen. Es mußte ihm viel daran gelegen sein, endlich Ruhe zu haben. Schönerer spendete nun den Teil, nämlich die 100.000 Gulden, die er als Obligationen erhalten hatte, für wohltätige Zwecke, da er einerseits als „rechter Antisemit“ mit Juden keine Geschäfte machen wollte, andererseits aber, weil er das gemacht hatte, womit er seine Gegner stets zu brandmarken versuchte – ein Wuchergeschäft. Die antisemitischen Schulterklopfer befanden sich jedoch geschlossen auf der Seite des „zufällig enttarnten moralischen Wohltäters“, da er einem reichen Juden 100.000 Gulden für die Armen abgeknöpft und sich nicht bereichert hatte.

Karl Lueger unterstützte Schönerer während des „Nordbahnskandals“ lautstark. Obwohl er eine ganz andere Auffassung von Antisemitismus vertrat, nämlich im Gegensatz zu Schönerer eine konfessionell und wirtschaftlich ausgerichtete, und er auch mehr für eine praktische Politik stand, die eine Bereitschaft voraussetzte, dort Zugeständnisse zu machen, wo er diese zur Erreichung seiner politischen Ziele für notwendig hielt⁶⁸⁸, waren beide wie entgegengesetzte Pole, die sich in den nächsten Jahren immer wieder anziehen sollten. Insgeheim bewunderte jeder die Fähigkeiten des anderen: Schönerer war sichtlich beeindruckt von der Volkstümlichkeit Luegers und von seiner Gabe, die breite Masse anzusprechen, während es umgekehrt die Kompromißlosigkeit Schönerers war, die Lueger faszinierte und die er nicht kannte. Eines aber muß Schönerer schon bei der Massenversammlung am 21. April bewußt geworden sein: daß ihm im Kampf um die Gunst der Volksmassen ein gefährlicher Rivale erwachsen war und dieses Land auf Dauer zwei Demagogen nicht vertrug.

687 Was nicht den Tatsachen entsprach – außer er hätte etwas „Land“ dazu gekauft – denn SCHÖNERER hatte das Grundstück von seinem Vater geerbt.

688 SCHNEE, Heinrich, Georg Ritter von Schönerer, S. 28.

3.6 Die Reichsratswahlen des Jahres 1885

Die Wahlen des Jahres 1885 verdienen eine besondere Erwähnung, weil viele Ereignisse dieses Jahres auf einen brutal geführten Wahlkampf zurückzuführen sind. Nach der Wahlreform Taaffes, die er gegen den Willen der Liberalen durchgedrückt hatte, waren erstmals die „Fünfgulden Männer“ wahlberechtigt. Es schlug daher auch für die „Schönerianer“ die Stunde, eine nach unten hin breitere Gruppierung anzusprechen, denn sie kandidierten das erste Mal auf einer eigenen Liste. In diesem Jahr fügte Schönerer nicht nur dem Linzer Programm einen Arierparagraphen mit jenem zwölften Punkt hinzu, wonach „die Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unerlässlich“ sei, sein Terrain schien auch aus einem anderen Grund enger zu werden, denn es begann die Zeit der modernen Wahlparteien, die die Honoratioren der Bürgerclubs ablösten.

Nur sechs Monate nach der Wahlniederlage Robert Pattais in Mariahilf organisierten einige „Schönerianer“ um Josef Fiegl mit dem „Politischen Bezirksverein Mariahilf-Neubau“ die erste Wiener antisemitische Vorstadtvereinigung. Bald folgten auch Pattai und sein Schwager Cornelius Vetter dem Ruf dieses Vereines. Wegen des Artikels 19 des „Linzer Programms“ (Zollunion mit dem Deutschen Reich), der für die angeschlagenen Mariahilfer Gewerbetreibenden inakzeptabel war, brach aber erneut Streit aus. Als sich Pattai nicht bereit zeigte, einzulenken, verließ ihn Fiegl mit seiner Mannschaft und gründete den „Deutschen Bezirksverein Mariahilf“. ⁶⁸⁹

Pattai besaß nun neben dem „Österreichischen Reformverein“ eine eigene, auf ihn zugeschnittene Organisation. Entscheidend sollten die „Testwahlen“ für den Reichsrat, die Wiener Gemeinderatswahlen im Frühjahr 1885 werden: Anders als im Vorjahr stellte der Reformverein auf Druck seines Präsidenten Pattai nur eigene Kandidaten – Cornelius Vetter und Leopold Holloy – in der Landstraße auf, die aber prompt gegen die zwei „Demokraten“ Ignaz Mandl und Franz Schallaböck verloren. Nach dieser Niederlage stand plötzlich Robert Pattai als Präsident des Reformvereins im Kreuzfeuer der Kritik: Ernst Schneider, der stets für eine Koalition mit den Demokraten eingetreten war, machte ihn für die Stimmenverluste verantwortlich. Schneider verspürte daher auch wenig Lust, den von Georg von Schönerer aufgestellten Kandidaten, den Mittelschulprofessor Schnarf, zu unterstützen, der daraufhin auch seine Wahl verlor. ⁶⁹⁰ Diese Niederlage reizte wiederum den nationaler gesinnten Pattai, der unabhängig bleiben wollte und sich noch am 12. März 1885 in einem Aufruf als Präsident des Reformvereines „beehrte“, den „hochgeehrten Wählern des Bezirkes Landstraße“ mitzuteilen, daß der „Reformverein sich mit keinem Kandidaten der Gegenpartei einverstanden erklären kann“. Gegen die Demokraten führte er das scheinbar einzige Schönerianische Unterscheidungsmerkmal ins Treffen: „Wir kennen keine Kompromisse, wir gehen den geraden offenen Weg und nennen den Feind, wie es Männern geziemt, laut, damit es Alle hören können: Es ist der Jude. Unser Kampf gilt keiner Konfession! Unser

⁶⁸⁹ BOYER, John W., *Political Radicalism in late Imperial Vienna*, S. 96.

⁶⁹⁰ Ebd., S. 97.

Kampf ist der Rassenkampf! Der Rassenjude ist der Feind, der unser nationales Bewußtsein verunglimpft, ... der Jude ist es, der durch seine nimmersatte Geldgier das ehrliche Volk aussaugt“.⁶⁹¹

Dieses Bekenntnis war denn doch eine allzu deutliche Stellungnahme pro Schönerer. Als Ernst Schneider für die kommenden Reichsratswahlen auf einer Allianz mit den Demokraten bestand, schrieb Pattai am 26. März 1885 einen Brief an den Ausschuß des Reformvereines: „In Mariahilf und Neubau wird ... aufgrund eines herausgerissenen, tendenziösen Punktes (Anm. gemeint war einmal mehr der Punkt 19 des „Linzer Programms“)

gegen den verdienstvollsten Vertreter des Antisemitismus im Parlament (Anm. Schönerer) agitiert und sein Kandidat, Schnarf, bei den Gemeinderatswahlen im Stich gelassen, obwohl es ... doch nur einiger Bemühungen bedurft hätte, einen wirklichen Antisemiten in den Gemeinderat zu bringen.“⁶⁹² Wegen der zahlreichen Querelen mit Schneider, dem er auch mehrmals seine slawenfreundliche Richtung vorwarf, trat nach Schönerer auch Pattai am 10. April 1885 aus dem Reformverein aus. In einer nicht ganz regulären Abstimmung wurde daraufhin Schneider mit einer dünnen Mehrheit von nur zwei Stimmen zum neuen Präsidenten des Reformvereines gewählt.⁶⁹³

Für die am 1. Juni 1885 angesetzten Reichsratswahlen kandidierten nun die „Demokraten“ und der „Reformverein“ ganz nach dem Willen Schneiders wieder zusammen – auf der Landstraße der mit Lueger versöhnte Demokrat Mandl, in der Leopoldstadt der Reformler Schneider, in Margareten der Demokrat Lueger, in Neubau der Demokrat Kreuzig und in der Josefstadt der Demokrat Kronawetter. Lueger, Kreuzig und Kronawetter wurden schließlich in den Reichsrat gewählt.

Karl Lueger, als Demokrat vom antisemitischen Reformverein unterstützt, mußte gegen den von den Liberalen aufgestellten, aber ebenfalls demokratischen Vizebürgermeister von Wien, Steudel, antreten. Er gewann mit nur 58 Stimmen Unterschied. Wie groß seine Abneigung, den Antisemitismus als politische Größe zu akzeptieren, damals noch gewesen sein muß, beweist sein „Demokratisches Parteiprogramm“⁶⁹⁴, in dem er verankerte, daß Österreich nicht auf Klassen, sondern auf der Grundlage des Volkes, ohne Unterschied von Nation und Konfession, ohne Un-

In der Ueberzeugung, daß das Judenthum der größte Feind des deutschen Volkes in nationaler Beziehung, der Hauptschädling jeder ehrlichen productiven Arbeit, das treibende und führende Element der gemeingefährlichen, internationalen Sozialdemokratie ist, verlangt die Versammlung im Sinne des Linzer Programmes die **Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.**

Abbildung 11: Flugblatt ohne Datum mit dem von Schönerer eigenmächtig angefügten Artikel 15 des Linzer Programmes

691 Aufruf vom 12. März 1884, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai).

692 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 37 (Robert Pattai).

693 HOLLOMAY, Leopold, Mechaniker Schneider und sein Antisemitismus, S. 8.

694 Abgedruckt In: Österreichischen Volksfreund vom 11. und 19. Mai 1885.

terschied von Rang oder Stand aufgebaut sei, womit er vor allem die Kleingewerbetreibenden, die Beamten und den Hauptteil der „Fünfgulden Männer“ ansprechen wollte. Weiters trat Lueger in diesem Programm für eine „kraftvolle Bejahung des Staatsverbandes unter einem lockeren Friedensbündnis mit dem Deutschen Reich“ – zwei klare Gegensätze zu Schönerer –, für ein allgemeines Wahlrecht, für bessere Pressegesetze und für einen besseren Schutz vor der „rücksichtslosen Ausbeutung durch das Großkapital“ ein.

Trotzdem wollte sich Lueger anfänglich mit Schönerer für die Reichsratswahlen verbünden, wurde aber von diesem in einem beleidigenden Tonfall brüsk abgelehnt: „Demgegenüber muß ich erklären, daß ich niemals, daher auch nicht bei den bevorstehenden Wahlen, irgendwelche faule Kompromisse mit Parteien eingehe, die die Schleppenträger der Regierung sind, wie z. B. mit einem Dr. Lueger oder andererseits mit einem Mechaniker Schneider.“⁶⁹⁵ Pattai hingegen ging eine Koalition mit dem „Deutschnationalen Verein“ Schönerers ein, der seine Wahl über den „Politischen Bezirksverein Mariahilf-Neubau“ finanziell unterstützte.

Anläßlich des 70. Geburtstages des deutschen Reichskanzlers am 1. April 1885 veranstaltete Schönerer gemeinsam mit Julius Krickl und den Burschenschaften einen Bismarck-Kommers. In der Festrede hob Schönerer hervor, „nach Deutschland zu blicken“, dem er sich „ewig und eins verbunden fühle.“ Auf Österreich bezogen sprach er von einem „Existenzkampf des Deutschtums“, den er mit „Gottes Hilfe“ führen werde.⁶⁹⁶ Dieser Bezug auf Bismarck fand auch in seinem Wahlaufuf vom 1. Mai 1885 Eingang. Darin verlangte er eine „wirtschaftliche Reformpolitik im Sinne des Fürsten Bismarck“.⁶⁹⁷ Daneben wiederholte Schönerer alte Forderungen wie die Sonderstellung Dalmatiens und Galiziens, die Personalunion mit Ungarn und die Befestigung des Bündnisses mit dem Deutschen Reich durch einen Staatsvertrag. Weiters enthielt der Aufruf die schon bekannte Forderung nach „Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“, die Schönerer wortwörtlich vom Anhang zum „Linzer Programm“ übernommen hatte. Der Antisemitismus war nun endgültig zum Hauptprogrammpunkt geworden und sollte fortan ein Maßstab für jegliche sozialen Mißstände werden. Alles, die Universitäten, die Sozialdemokratie, die Christlichsozialen, der Liberalismus, die Deutschnationalen, die Literatur und die Musik galten nun für Schönerer als „verjudet“.⁶⁹⁸ Dabei nahm gerade der Nationalismus in diesen Jahren in den deutschen Parteien mit Otto Steinwender, Viktor Adler und Karl Lueger einen unerhörten Aufschwung. Ein Vergleich zeigt, wie sehr Schönerer bereits in ein ultra-radikales Eck abgedriftet war.

Seine erste offizielle alldeutsche Kandidatenliste führte folgende Namen an: Heinrich Fürnkranz (Krems-Land), Josef Fiegl (Baden-Stadt), Wilhelm Philipp Hauck (Wien-Favoriten), Karl

695 Zitiert in: MAYER-LÖWENSCHWERTDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 92.

696 SCHNEE, Heinrich, Georg Ritter von Schönerer, S. 137.

697 SCHÖNERERS Wahlaufuf vom 1. Mai 1885 abgedruckt in: BERCHTOLD, Klaus (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, S. 203.

698 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 110.

Türk (Troppau-Land), Ferdinand Krautmann (Freiwald/Freudenthal-Land), Karl Ullmann (Wien-Sechshaus) und Rudolf Wittmann (Bruck a. d. Leitha). Schönerer selbst kandidierte wieder im Waldviertel. Daneben sympathisierte noch der „Veteran“ Josef Buschenhagen vom Reformverein mit den Alldeutschen.⁶⁹⁹

Die Wahlen bescherten den Schönerianern aber alles andere als einen glänzenden Sieg. Außer dem unbestrittenen Parteiführer schafften nur Türk und Fiegl den Sprung in den Reichsrat, die anderen fünf Kandidaten fielen durch.⁷⁰⁰ Viel wichtiger aber erscheint die Tatsache, daß mit Robert Pattai im Jahre 1885 erstmals ein alldeutscher, wenn auch „unabhängiger“, Reichsratsabgeordneter gewählt wurde, der einen antisemitischen Wahlsieg gegen einen Liberalen in Wien errang. Er nahm damit die Vorreiterrolle für Lueger ein. Die „bornierte Wählerklasse“ der „Fünfgulden Männer“ erlangte in Wien die „größte Bedeutung für die antisemitische Bewegung“, noch dazu, wo sie endgültig den Beweis erbracht hatte, daß ein Team in nur einem Bezirk den Rassenantisemitismus effektiv einsetzen konnte.⁷⁰¹ Daß Pattai gerade in Mariahilf einen historisch gewordenen Sieg erringen konnte, erklärt sich durch den Umstand, daß viele Gewerbetreibende wegen der neu errichteten und häufig in jüdischem Besitz befindlichen Kaufhäuser hofften, ihre Probleme durch eine antisemitische Gesetzgebung lösen zu können.

Trotz des schlechten Abschneidens der Schönerianer beschleunigte der Wahlausgang den weiteren Verfall der Liberalen: Als der neugebildete Reichsrat am 22. September 1885 wieder zusammentrat, zerfiel die alte, nun 166 Sitze zählende „Deutsche Linke“ der Deutschliberalen in einen 81 Köpfe zählenden „Deutschösterreichischen Klub“ der klassischen Liberalen und in einen 48 Abgeordnete umfassenden „Deutschen Klub“ der äußersten Linken. Hier nahmen die ehemaligen, mittlerweile abgefallenen Schönerianer unter der Führung Otto Steinwenders Platz. Dem „Deutschen Klub“ gehörten unter anderem Bareuther, Engelbert Pernerstorfer, Heinrich Friedjung, Julius Derschatta, Richard Foregger, Heinrich Prade sowie der Obmann des „Deutschen Schulverein“ Moritz Weitlof an. Die drei Demokraten Kronawetter, Lueger und Kreuzig blieben ebenso unabhängig wie Robert Pattai.⁷⁰²

Georg von Schönerer, der sich keinem dieser Klubs angeschlossen hatte, gründete nicht, wie einige Biographen fälschlicherweise angaben⁷⁰³, schon im Februar 1885, sondern erst im Oktober 1885 statt des Deutschnationalen Vereines des Jahres 1882 den „Verband der Deutschnationalen“. Dieser Wahlpartei im heutigen Sinn gehörten unter anderen Franz Masaidek, Anton Langgassner,

699 Ebd., S. 105.

700 Von den 153.387 Einwohnern seines Wahlkreises Zwettl-Waidhofen waren 1885 13.916 Männer wahlberechtigt, von denen nur 4.743 ihre Stimme abgaben und 440 Wahlmänner bestimmten. Von diesen stimmten 292 für Schönerer, 37 für Monsignore Josef Knab und 12 für Vinzenz Graf Fürstenberg.

701 MOLISCH, Paul, Die Stellung Wiens in der deutschösterreichischen Politik von 1848 bis 1918, In: Jahrbuch des Vereines für Geschichte der Stadt Wien, 3./4. Bd., Wien 1942, S. 190.

702 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, Eröffnungssitzung der X. Session am 22. September 1885, S. 2.

703 So unter anderem WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 105.

Rudolf Wittmann, zwei Söhne Julius Krickls und Ferdinand Berger an. Der „Deutschnationale Klub“ mit Schönerers Mitstreitern Türk und Fiegl blieb hingegen seine Reichratsfraktion.⁷⁰⁴ Es gab daher im Reichsrat nunmehr einen „Deutschen Klub“ der gemäßigten Deutschnationalen, einen „Deutschnationalen Klub“ der Schönerianer und einen „Deutschösterreichischen Klub“, wie sich die Liberalen jetzt nannten.

Otto Steinwender hatte Schönerer nicht einmal zur Mitarbeit im „Deutschen Klub“ eingeladen, da viele befürchteten, daß dieser mit seiner Eitelkeit, seiner Unverträglichkeit und seinem zunehmenden Terror die Arbeit nur erschweren würde. Diesen „Volksverrat“ sollte sich der Rosenauer für ewige Zeiten merken. Programmatisch bestand außer dem Arierparagraphen zwischen dem „Deutschen Klub“ und dem „Verband der Deutschnationalen / Klub der Deutschnationalen“ kein wesentlicher Unterschied. Doch in der „Judenfrage“ neigte gerade Steinwendner unter dem Einfluß des liberalen „Deutschösterreichischen Klubs“ zu einem gemäßigteren Antisemitismus, einer philosemitischen Richtung, die die Assimilation der Juden insgesamt befürwortete.⁷⁰⁵

Immer auf der Hut, als „Fraktion der Mitte“ nicht zerrieben zu werden, versuchten die Mitglieder des „Deutschen Klubs“ von nun an beides zu sein, gute Deutsche und gute Österreicher. Durch ihre personelle Vermischung trugen sie damit jedoch den Antisemitismus in eine liberale Formation und machten ihn salonfähig – auch das war ein wesentlicher Einschnitt und eine der Folgen des politisch wichtigen Wahljahres 1885. Noch vor den Reichsratswahlen hatte die Deutsche Linke in einem Rechenschaftsbericht erklärt: „Wir verdammen ... auf das entschiedenste alle gehässigen Agitationen gegen einzelne Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, insbesondere die eines zivilisierten Landes unwürdige antisemitische Bewegung“.

Die Gemäßigten wiederum blieben durch Schönerers Taktik stets verwundbar, der ihnen, von jeglicher Gestaltungsmöglichkeit ausgeschlossen, aus gekränktem Stolz vorwarf, „Kompromißler“ zu sein und einer Partei der „leeren Phrase“ anzugehören, was sie in der Judenfrage lächerlich mache, als deutsche Patrioten zu agieren.⁷⁰⁶ Die liberalen Zeitungen spotteten, daß für den „Deutschen Klub“ die Bekämpfung des „Verbandes der Deutschnationalen“ zwar eine Notwendigkeit darstelle, er sich aber mit allem, was Schönerer tat, einverstanden erklärte. Gerade Steinwender vertrat diese nicht von erzwungener Einigkeit und Kompromißlosigkeit geprägte Richtung, die ihn auch zu einem Vorläufer jener nationalen Politiker werden ließ, die anders als viele Radikale in der Ersten Republik mit der Bereitschaft zur Versöhnung und mit dem Willen zur sachlichen Arbeit Regierungsverantwortung trugen.

704 BENDA, Franz, Der Deutsche Turnerbund 1889, S. 128.

705 MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 93.

706 MASAIDEK, F. F., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, S. 14.

3.7 Der „Schulverein für Deutsche“

Noch 1885 begannen Schönerers Kader, jegliche „andere“ nationale Vorherrschaft in den diversen Vereinigungen zu bekämpfen. Die daraus resultierende Schwächung der Bewegung nahm der „Parteipapst“,⁷⁰⁷ eine Bezeichnung für Schönerer, die jetzt auch allmählich in diversen Karikaturen auftauchte, in Kauf. Nachdem schon im Jahre 1883 die Burschenschaften Bruna, Silesia und Teutonia den „Delegiertenkonvent“ (D. C.) als engeren Verband gegründet hatten, traten zu diesem am 29. Jänner 1884 zwölf weitere Korporationen (konservative und progressistische Burschenschaften und einige studentische Vereine) zum „Deutschen Delegierten Konvent“ (Germanischer D. D. C.) auf radikal nationaler und antisemitischer Grundlage zusammen.⁷⁰⁸ Die Burschenschaft Thuringia stellte den gleich wieder fallengelassenen Antrag, die jüdischen Aktiven und „Alten Herren“ sofort „auszumerzen“. Im Sinne Schönerers, den „jüdischen Einfluß auf allen Gebieten zu bekämpfen“, wurde jedoch der Beschluß angenommen, die beitretenden Vereinigungen zu verpflichten, keine jüdischen Aktiven und Gäste aufzunehmen. Es war ihnen lediglich freigestellt, „Alte Herren noch zu dulden“. Um den Druck auf noch schwankende Korporationen zu erhöhen, sollten sie keine freundschaftliche Beziehungen mehr mit Verbindungen pflegen, die Juden als Aktive hätten.⁷⁰⁹

Wegen ihres Fernbleibens von der Eröffnung des Universitätsgebäudes an der Ringstraße am 11. Oktober 1884, welches mit der Anwesenheit Franz Josephs begründet worden war, und eines Artikels im „Kyffhäuser“, wonach „... jedes Fest, welches der Kaiser von Österreich ... mit seiner Gegenwart beehrt, nicht die Spur eines nationalen Anstrichs hat“⁷¹⁰, folgten im Ministerium auch aufgrund zunehmender Schlägereien mit jüdischen Studenten Gespräche über die Auflösung der Burschenschaften. Nach dieser Androhung begann die sonst so stabile Front der Burschenschaften schlagartig zu bröckeln. Die konservativen Burschenschaften setzten nun die unbedingt zu Schönerer stehenden „Progressiven“ unter Druck, den Namen „Burschenschaft“ abzulegen und sich zu einem „farbenlosen“ Verein zu erklären. Nach einer Massenschlägerei in der Universität am 6. Dezember 1884 verließen die Konservativen den Germanischen D. D. C., der sich am 9. Dezember 1884 auflöste.⁷¹¹ Dieser Austritt war der Beginn der Auseinandersetzungen der Burschenschaften mit den radikal-nationalen Vereinen, die bis zum Ersten Weltkrieg andauerten, wobei Robert Hein bemerkte, daß der entschlafene D. D. C. die erste umfassende Formation der nationalen antisemitischen Korporationen war, die in dieser Spannweite erst nach dem Ersten Weltkrieg wieder erreicht werden sollte.⁷¹²

707 Die Bezeichnung „Papst“ geht auf ein damals in den Burschenschaften gebräuchliches Trinkspiel zurück. Wer am meisten vertrug, dem wurde der Titel „Bierpapst“ verliehen.

708 BENDA, Franz, Der Deutsche Turnerbund 1889, S. 127.

709 HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich, S. 39.

710 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 247.

711 Ebd., S. 249.

712 HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich, S. 39.

Um ihre Verbundenheit mit Schönerer zu demonstrieren, gründeten die vier Wiener Vereine „Verein Deutscher Studenten aus Böhmen“, „Verein Deutscher Salzburger Studenten“, „Verein Deutscher Studenten aus Nordböhmen“ und die „Deutsche Lesehalle an der Technischen Hochschule“ am 12. Februar 1885 den „Germanischen Vereins Delegierten Convent“ (V. D. C.).⁷¹³ Die Beifügung des Namens „Germania“ sollte die in politischer und nationaler Beziehung auf dem Programm der „unverfälschten deutschen Partei“ Schönerers stehende Richtung bekräftigen.⁷¹⁴ Die Namen der neben der Oppavia zusätzlich dem V. D. C. beigetretenen Vereine „Dühring-Bund“ und „Verein Deutscher evangelischer Theologen Wartburg“ verrieten auch diese Haltung recht deutlich. Die „Deutsche Lesehalle an der Technischen Hochschule“, die Schönerer 1881 mit aus der Taufe gehoben hatte, hatte nach einem langen Kampf gegen eine „deutschnationale Partei“ bereits am 4. März 1883 ihre Satzungen in „Nur Deutscharier Mitglieder!“ geändert.

Der Festredner am Gründungskommers des V. D. C. schwor die Mitglieder „gegen den Krummstab, gegen die krumme Nase, gegen die große slawische Nation“ ein. Schönerer verlangte nun unbedingten Gehorsam von all jenen Verbindungen, die sich seinem Parteiprogramm unterstellt hatten. In vielen, noch „nicht unterworfenen“ Korporationen, bildeten sich nun „Schönerer-Parteien“, die immer radikalere Methoden erfanden, um jüdische Mitglieder gewaltsam zu entfernen, wie in dem „Verein Deutscher Studenten aus Ostschlesien“, der noch bei seiner Gründung am 23. November 1879 eine starke jüdische Führung hatte und bereits am 3. März 1883 als „judenrein“ galt.⁷¹⁵

Als Schönerer daran ging, die Einführung des Arierparagraphen letztlich auch auf die den Korporationen nahestehenden Organisationen auszudehnen, „mißbrauchte er“ mit den Worten Oskar Scheuers „die Studenten für seinen Feldzug gegen den Deutschen Schulverein“⁷¹⁶, den Schönerer bekanntlich im Jahre 1880 mitbegründet hatte. Er galt fast als akademische Schöpfung, denn seine ersten strategischen Schritte unternahmen die Burschenschaftler Adler, Pernersorfer, Friedjung und Steinwender. Schönerer meinte nun, daß genau diese Protagonisten den Verein in ein „nationales Fahrwasser“ gebracht hätten – wieder eine klare Aussage gegen eine rein antislawische Politik – und versuchte nun über die Ortsgruppen den Arierparagraphen einzuführen. Dabei zeigte er recht deutlich, wie sehr er den Ausschluß von Juden in einer Doppelstrategie auch zur Durchsetzung seiner gegen die gemäßigten Deutschnationalen gerichteten politischen Ziele einsetzte: Der V. D. C. trug dem Gedanken Schönerers sofort Rechnung, indem er eine Vereinigung von Professoren und Studenten schuf und am 27. Juni 1885 eine akademische Ortsgruppe des „Deutschen Schulvereines“ gründete.

Auf der Gründungsversammlung stellte der Medizinstudent Habermann den „symbolischen“ Antrag, den Juden die Aufnahme in diese Ortsgruppe zu verweigern. Er begründete diesen „logi-

713 SCHEUER, Oskar Franz, Die geschichtliche Entwicklung des Deutschen Studententums in Österreich, S. 280.

714 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

715 HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich, S. 40, S. 45.

716 SCHEUER, Oskar Franz, Die geschichtliche Entwicklung des Deutschen Studententums in Österreich, S. 294.

schen und natürlichen“ Schritt mit dem Ausschluß von Juden aus den studentischen Korporationen, der sich bei Vereinen zur Hebung der nationalen Aufgabe fast von selbst ergebe.⁷¹⁷ Die Zentrallleitung des „Deutschen Schulvereines“, angeführt von ihrem jüdischen Obmann Moritz Weitlof, versagte der Ortsgruppe daraufhin die Anerkennung.⁷¹⁸

Am 11. Februar 1886 berief diese Schönerer-treue akademische Ortsgruppe eine von der Hauptleitung des Deutschen Schulvereines beantragte Vollversammlung ein, die zur Klärung beitragen sollte: Der Obmann der Ortsgruppe, cand. jur. Ziegler, wiederholte den Antrag Habermanns vom 27. Juni. Josef Ursin, ein junges Mitglied, erklärte erneut: „Wir werden nie und nimmer Juden aufnehmen!“ Ein anderes Mitglied namens Chvostek brachte nun einen Zusatzantrag ein: „In Erwägung, daß unser deutsches Volk in Österreich, so es ohne eine fremde Unterstützung seine nationale Existenz nicht aufrechterhalten könne, eher würdig und rechtschaffen unterzugehen hat, als Almosen von eingewanderten Fremden entgegenzunehmen, ... und in der endlichen Erwägung, daß es ausschließlich nur der Vollversammlung der akademischen Ortsgruppe zukommt, aus welchen Nationen oder Gesellschaftskreisen sie ihre Mitglieder annehmen will, ... beharrt die Vollversammlung vom 11. Februar 1886 der akademischen Ortsgruppe unerschütterlich auf dem gefaßten Beschluß vom 27. Juni 1885, die Aufnahme von Juden in die Ortsgruppe zu verweigern, und erweist dadurch unserer großen edlen deutschen Nation in den Augen aller wirklich national gesinnten Deutschen nur geziemende Ehre und schuldige Achtung!“⁷¹⁹ Als der Antrag mit nur vier Gegenstimmen vom „Wiener Studentenclub“ angenommen wurde, erhob sich der von der Zentrallleitung entsandte „Gründungsvater“ Viktor von Kraus und erklärte die akademische Ortsgruppe wegen Statutenüberschreitung für aufgelöst.⁷²⁰

Eine Berufung vor ein Schiedsgericht zu bringen, lehnte die Ortsgruppe deswegen ab, weil in diesem Joseph Kopp vertreten war, der Rabbi Bloch in der „Rohling-Affäre“ verteidigt hatte. Somit erfolgte am 6. März 1886 die Bestätigung der Auflösung und postwendend die Rücktrittserklärung Schönerers vom „Deutschen Schulverein“ noch am selben Tag. Verbittert kommentierte Heinrich Friedjung diesen Zwiespalt zu „deutschen Werten“: „... (Er hat sich) mit haßerfüllter Absage getrennt. Er könne diesem verjudeten Verein nicht mehr länger angehören. So behandelt ein Mann, der stets den Wert von deutscher Erziehung in Munde führt, eine Gemeinschaft von 90.000 Männern und Frauen, die sich treu und hingebend dem großen Werk gewidmet haben. Wer so handelt, richtet sich selbst.“⁷²¹

Exakt vier Monate später, am 5. Juli 1886, gründete der Burschschafter der Styria-Graz, Carl Kummer, in Graz den „Schulverein für Deutsche“, dessen Satzungen die Mitgliedschaft von Juden von vornherein ausschlossen. Die Burschschafter Carl Beurle, Julius Sylvester, Julius Krickl,

717 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 4 vom 16. Februar 1886, S. 39. Vgl. BEURLE, Carl, Beiträge zur Geschichte der deutschen Studentenschaft Wiens, S. 101.

718 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. II, S. 276.

719 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 4 vom 16. Februar 1886, S. 39.

720 Briefwechsel und Unterlagen, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

721 Zitiert In: MOSER, Jonny, Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung, S. 53.

der aufstrebende Journalist Ernst Vergani sowie Georg von Schönerer traten sofort bei.⁷²² Karl Türk, Alois Kernreuther, Ferdinand Krautmann, Karl Gagstatter und Rudolf Ullmann stießen später dazu.

Nachdem alleine im ersten Jahr in der Nachbarschaft zu Schloß Rosenau 18 Ortsgruppen entstanden waren, brachte es der „Schulverein für Deutsche“ bis zum Jahre 1888 auf 190 Ortsgruppen mit rund 20.000 Mitgliedern und konnte ein Budget von 14.000 Gulden aufweisen. Am 22. November 1888 legte eine eiligst einberufene Generalversammlung den Unterschied zum „Deutschen Schulverein“ satzungsmäßig fest, weil die Namensähnlichkeit Verwirrung gestiftet hatte: „Der Verein erkennt die Ziele ... für das Volkstum umfassender und höherstehender (an), ... (indem er) neben der Sicherung des Deutschtums nach außen auch die innere Kräftigung ... des Deutschtums gegenüber dem verderblichen und zersetzenden Einfluß des Judentums nachdrücklichst betont.“⁷²³ Obwohl die meisten Mitglieder nicht als alldeutsch bezeichnet werden können, hatte sich Schönerer mit dem „Schulverein für Deutsche“ einen Schutzverband geschaffen, der einerseits ganz auf seine Person zugeschnitten war und sich andererseits vor allem an Studenten, Akademiker und dank der Werbetätigkeit seiner Ehefrau Philippine auch an Frauen richtete. Die Lehrer, die er anzusprechen versuchte, sollten alldeutsches Gedankengut in die Schulen tragen und dort geheime Gruppen „zur Ertüchtigmachung für die Zukunft“ bilden.

Die Spaltung in einen „Deutschen Schulverein“ und in einen „Schulverein für Deutsche“ erschütterte auch das Korporationswesen: Der schönnerianische „Vereins Delegierten Convent“ (V. D. C.) benannte sich im November 1885 nach dem Beitritt der Vereine Ostschlesier, Hilaritas und Cremsiria in den „Verband Deutscher Vereine“ (V. D. V.) um. Da die Burschenschaften die Vereine, die jetzt das Übergewicht bekamen, nicht als gleichwertig betrachteten, versuchten diese ihre Stellung durch ein eigenes studentisches und national-völkisches Auftreten zu untermauern. Der Beitritt einiger zusätzlicher Geselligkeitsvereine, wie der Rabenstein oder der Campia, förderte die Abneigung gegenüber Schlägern, Mensuren und den Farben der „judenfreundlichen“ Burschenschaften. Sogar deren Bierkonsum galt jetzt als verjudet. Statt „national“ nannten sich die Vereine nun „schönerianisch“.⁷²⁴ Die Satzungen des nunmehrigen Sammelpunktes aller Vereinsstudenten, des V. D. V., bestimmten dazu folgendes: „... Der Verband steht ... auf dem Standpunkt ... der unter Führung Georg von Schönerers im Abgeordnetenhaus vertretenen Ideen des unverfälschten Deutschtums. Er erblickt im Deutschtum die durch mehr als tausendjähriges, selbständiges Volksleben zur Entwicklung gelangte germanisch-arische Eigenart des deutschen Stammes in den angeborenen Anlagen.“⁷²⁵ Der Wahlspruch des Vereines lautete: „Deutschland über alles!“⁷²⁶

722 MASAIDEK, F. E., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, S. 27.

723 Zitiert In: KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 284.

724 SCHEUER, Oskar Franz, Die geschichtliche Entwicklung des Deutschen Studententums in Österreich, S. 284.

725 Zitiert In: SCHEUER, Oskar Franz, Die geschichtliche Entwicklung des Deutschen Studententums in Österreich, S. 289.

726 Zitiert In: SCHEUER, Oskar Franz, Die geschichtliche Entwicklung des Deutschen Studententums in Österreich, S. 289.

Doch erneut verprellte Schönerer die dicht hinter ihm stehenden „Kampfgenossen“. Über die „Unverfälschten Deutschen Worte“ ließ er verbreiten, daß ein „wahrer Deutscher konservativ sein“ müsse – eine deutliche Stellungnahme zugunsten „seiner“ Burschenschaften. Die Vereine wären progressistisch und zu republikanisch, was ihm als „Monarchisten“ (!), der er zeitlebens geblieben ist, mißfalle.⁷²⁷ Je mehr Schönerer ab 1886 seine Kräfte gegen das Haus Habsburg entwickelte, umso stärker bekannte er sich zum preußischen Haus Hohenzollern. Interessant erscheint auch seine damalige Auffassung von Liberalismus, wenn er den studentischen Vereinen vorwarf, „liberal“ zu sein, da „sie das früher Bestehende zerstören wollten“.⁷²⁸ Dieses eifersüchtige Ringen um „Liebe und Anerkennung“ des Führers ist in einem mit 16. Februar 1886 datierten Schriftstück der Silesia dokumentiert: „Die Silesia hat in den 26 Jahren ihres Bestehens noch allen Anforderungen ... stand gehalten. Sie hat zuerst vor allen Burschenschaften Österreichs ein bis in die letzte Konsequenz klares Programm ihrer Tätigkeit zu Grunde gelegt und die Genugtuung erlangt, daß dieses Programm von seiten ... des Führers ... gebilligt wurde. Wir danken es Euer Hochwohlgeboren, daß unser von ‚republikanischen und demokratischen‘ Beimischungen freies Ideal nun endlich in alle akademischen Kreise Deutschösterreichs gedungen ist“.⁷²⁹

Es gelang dem von den studentischen Vereinen dominierten V. D. V. jedoch, den in dieser Frage doch schwankenden Schönerer mit verstärkter „Deutschtumsarbeit“ zu „überzeugen“ und ihn auf seine Seite zu bringen. Das war eine der Hauptursachen für Schönerers späteren Bruch mit den Burschenschaften und seine Wandlung zum Sektierer. Diese Entwicklung unterstreicht auch die Gründung der akademischen Ortsgruppe im „Deutschen Schulverein“. Nur mehr einzelne Burschenschafter wie der spätere Arzt und Nationalratsabgeordnete der Jahre 1920–1923 Josef Ursin (1863–1932) oder der Sprecher der Suevia, der spätere Kärntner Landesverweser der Jahre 1918 bis 1921 und Landeshauptmann der Jahre 1927 bis 1931, Arthur Lemisch (1865–1953), gehörten ihr an.⁷³⁰

Die Burschenschaften, die in den 90er Jahren zusammen mit einzelnen Corps und einigen konservativen Burschenschaften den „Deutschen Schulverein“ ebenfalls mit einer Ortsgruppe unterstützten, waren bereits der Gründungsversammlung der akademischen Ortsgruppe ferngeblieben. Sie hatten dem V. D. V. das Feld überlassen, dessen Arbeit im „Schulverein für Deutsche“ nun seine Hauptaufgabe bis zu seiner Auflösung im Jahre 1889 werden sollte. Wegen ihres ausgeprägteren landsmannschaftlichen Charakters konnten die Vereine auch eine bessere Zusammenarbeit mit den wirtschaftlichen Schutzvereinen erzielen und auf sie einwirken, den Arierparagrafen einzuführen. So leisteten die Oppavia und die Ostschlesier Schutzvereinsarbeit für den wirtschaftlichen Schutzverein „Nordmark“, der „Verein Deutscher Studenten Nordmährens“ für

727 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 281.

728 Ebd., S. 281.

729 Original des Schreibens, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten). Vgl. Unverfälschte Deutsche Worte, Sonderabdruck aus Nr. 4 vom 16. Februar 1886.

730 HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich, S. 45.

den „Nordmährerbund“, die Deutschböhmen für den „Bund der Deutschen in Böhmen“, der Verein Rabenstein für den „Südmährerbund“ und die alpenländischen Vereine für den Schutzverein „Südmark“.⁷³¹

Nachdem am 6. Kreisturntag zu Tetschen an der Elbe am 17. Juli 1885 die liberale Leitung des Turnkreises Deutschösterreich von einer „streng deutschnationalen“ Führung abgelöst worden war, entstanden bald auch Turnvereine, die „judenrein“ waren.⁷³² Ende 1886 bildeten acht Wiener „judenreine“ Vereine, der Turnverein Mariahilf, der Deutsche Turnverein, der Turnverein Sechshaus, der Turnverein Penzing, der Turnverein Jahn-Währing, der Turnverein Ottakring, der Männerturnverein Hernals und der Turn- und Fechtklub Hellas die von Franz Xaver Kiessling ins Leben gerufene Turnerortsgruppe im „Schulverein für Deutsche“.⁷³³ Die Wiener Bezirksnamen lassen dabei auf einen starken Zulauf von Kleingewerbetreibenden, aber auch von Arbeitern, schließen.

3.8 Die Christlichsozialen

„Nirgendwo sonst wurde der Antisemitismus der Gewerbetreibenden Ausgangsbasis für größere und erfolgreichere Umwälzungen in der Kommunalpolitik als in Wien“, schrieb der amerikanische Historiker John Boyer.⁷³⁴ Vor allem die Wiener Gemeinderatswahlen des Jahres 1886 zeigten den Kandidaten den gewaltigen Erfolg, den sie haben konnten, wenn sie demokratische Traditionen mit „Krätzeldenken“, Volkstümlichkeit und einer gehörigen Portion wirtschaftlichem Antisemitismus mischten. Dem Kreis um Vogelsang waren anscheinend zwei Dinge rasch deutlich geworden: Dem „Wanderzirkus“ „Österreichischer Reformverein“ fehlte die Organisationsbasis und die nötige Disziplin. Zweitens galt es, den zwischen weltlicher Demokratie und nationalistischem Antisemitismus hin und her schwankenden Karl Lueger, den sie längst als eine Art „Führer“ erkannt hatten, auf ihre Seite zu ziehen. 1885 hatte er nach seiner Wahl in den Reichsrat seinem Klubvorsitzenden Ferdinand Kronawetter (1838–1930) erklärt: „Wir wollen sehen, welche Bewegung die stärkere wird, die demokratische oder die antisemitische und man wird sich dementsprechend einrichten.“⁷³⁵ Als sehr günstig sollte sich der erwähnte Austritt Pattais aus dem Reformverein erweisen. Der Weg war nun frei für den der Demokratie zugeneigten Präsidenten Ernst Schneider, der als sein „Lieblingsschüler“ in ständigem Kontakt mit Vogelsang stand. Schneider gelang es zumindest, seine Gruppierung auf eine einheitliche politische Richtung zu bringen. Eine weitere Annäherung ergab sich durch den Wahlerfolg bei besagter Gemeinderats-

731 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 285.

732 BENDA, Franz, Der Deutsche Turnerbund 1889, S. 190.

733 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 2 vom 14. Jänner 1887, S. 25.

734 BOYER, John W., Political Radicalism in late Imperial Vienna, S. 98.

735 Zitiert In: SCHORSKE, Carl E., Wien. Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle, S. 131.

wahl im März 1886, weil die Zusammenarbeit des Reformvereines mit der kleinen Gruppe der Demokraten gut funktionierte, die vom 3. bis zum 8. Bezirk gemeinsame Kandidaten aufstellte.⁷³⁶

Für eine ständige Zusammenarbeit stand nur mehr der Punkt 14 des Programms des Reformvereines im Wege: „Ein Jude ist nicht geeignet ... ein politisches Mandat auszuüben; ... er ist nicht geeignet, das Lehramt auszuüben.“⁷³⁷ Als Kronawetter wegen der „Verseuchung der demokratischen Bewegung durch den Antisemitismus“ zum Liberalismus schwenkte, war nun endgültig Lueger gefragt. Am 23. September 1887 verteidigte er das antisemitisch-demokratische Bündnis: „Das Bündnis wurde aus sozialen Gründen geschlossen. Es ist die Pflicht der Volksvertreter zusammenzuhalten, gegen jene, die das Volk

ausbeuten. Wenn die Demokraten die Korruption bekämpfen, begegnen sie Juden, die Antisemiten bekämpfen auch Juden, daher ist das Bündnis zu befürworten ... Im Gemeinderat geht die Fraktion der Antisemiten jederzeit mit den Demokraten ... und es hat sich noch nie ein Fall ereignet, daß eine Differenz ... entstanden wäre.“⁷³⁸ Seine Furcht, die Kontakte zum Reformverein, die ihm 1884 bekanntlich sehr nützlich waren, zu verlieren, wurde schon bald zerstreut. Im April 1886 provozierten die Anhänger Pattais einen Streit, auf dessen Höhepunkt Hollomay Schneider vorwarf, ein Betrüger zu sein, und verließen geschlossen den Verein, der zwar noch einige Monate weiterbestand, aber politisch am Ende war.⁷³⁹

Der aus Bozen stammende Beamte, Fotograf und antisemitische Journalist Ludwig Psenner (1834–1917), der Mitte 1884 den „Österreichischen Volksfreund“ von Karl Zerboni übernommen hatte und bald zum Protegé Vogelsangs und des Grafen Egbert Belcredi (1816–1894) aufgestiegen war, hatte sich in der Überzeugung, daß es dem negativen Antisemitismus allein nicht gelingen würde, einen erfolgreichen politischen Kreuzzug zu führen, auf der Suche nach einem positiven Mitstreiter vom Sozialdarwinisten zum Fürsprecher einer antisemitisch-christlichen Verbindung gewandelt. Gemeinsam mit dem Wiener Priester und Schriftsteller Adam Latschka (1847–1905)



Abbildung 12: Karl Lueger 1844–1910, Fotografie um 1900 als Wiener Bürgermeister

736 FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 53.

737 Österreichischer Volksfreund vom 12. September 1886, S. 7.

738 Österreichischer Volksfreund vom 2. Oktober 1887, S. 6f.

739 BOYER, John W., Political Radicalism in late Imperial Vienna, S. 97.

gründete er am 7. März 1887 den „Christlichsozialen Verein“ in Alsergrund, der auch eine Nachfolgeorganisation des „Österreichischen Reformvereines“ und seiner restlichen antiliberalen Mitglieder sein sollte. Psenners Weltbild war wie das Vogelsangs rückwärtsgewandt: Er träumte von einem vorkapitalistischen Ständestaat, in den noch keine „asiatischen Fremden“ eingedrungen wären und in dem es keine jüdischen Professoren gäbe, einem Staat, der die Jugend vor schädlichen Doktrinen durch eine christlich-konservative Zensur der Presse bewahre und in dem die Handwerker und Gewerbetreibenden vor einem „schmutzigen Konkurrenzkampf geschützt werden“.⁷⁴⁰ Psenner und Latschka dürften von Pattai gelernt haben, der mit einer einzigen Bezirksorganisation Erfolg hatte, denn sie lösten das alte Strukturproblem des Reformvereines, indem sie ein Netz von kleinen Außenstellen der Christlichsozialen schufen, die zu „Anlaufstellen des kleinen Mannes“ und damit beispielgebend für zukünftige Parteistrukturen wurden.

Zur antisemitischen „Allianz des antiliberalen“ Lagers, worunter Psenner ein durch den Antisemitismus und den Katholizismus zusammengehaltenes weitgefächertes Spektrum verschiedener politischer Ansichten verstand, kam Lueger indirekt über Schönerer. Es bleibt eine Tatsache, daß Lueger erst zu dem Zeitpunkt die Führung der Christlichsozialen übernehmen konnte, als er Antisemit geworden war: Georg von Schönerer, der merkte, daß der Antisemitismus durch die Reichsrats- und Gemeinderatswahlen einen deutlichen Aufwind bekommen hatte und 1886 durch seine Ernennungen zum Ehrenbürger von fünf niederösterreichischen Städten auch einen deutlichen Rückhalt in der Bevölkerung spürte, sandte im Dezember 1886 den Wortlaut einer Petition aus, die 37.000 Österreicher unterschrieben hatten, bevor er sie am 28. April 1887 im Reichsrat einbrachte: „In Anbetracht dessen, daß die Lebensanschauungen und Gebräuche des uns fremden Volkes der Juden der christlichen Kultur und der arischen Abstammung sowohl der deutschen Nation als auch der anderen Nationalitäten in Österreich feindlich gegenüberstehen; ... in Anbetracht dessen, daß durch die stetige Vermehrung des jüdischen Elements die Monopolisierung wichtiger Geschäftszweige durch Juden fortwährend zunimmt und daß besonders auch die in den Händen der Juden befindliche Presse in einer die öffentliche Ordnung gefährdenden Weise die Korruption fördert; ... in Anbetracht dessen, daß es nach unserer Meinung eine Frage kurzer Zeit sein kann, bis die im Inland befindlichen Juden unter besondere Gesetzgebung gestellt sein werden, stellen die Gefertigten folgende Bitte: das hohe Abgeordnetenhaus wolle beschließen: Die k.k. Regierung wird aufgefordert, nach dem Vorbild der in den Jahren 1882 und 1884 in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gegen die Einwanderung von Chinesen gesetzlich beschlossenen Antichinesenbill den Vertretungskörpern ein Antisemitengesetz mit strengen Bestimmungen gegen die Einwanderung und Niederlassung ausländischer Juden in Österreich zu verfassungsmäßiger Genehmigung vorzulegen.“⁷⁴¹ Als dieser härteste Gesetzesantrag gegen Juden, der je im österreichischen Reichsrat gestellt wurde, am 27. Mai 1887 zur Abstimmung kam und bei 19 Ab-

740 Ebd., S. 114.

741 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, X. Session, 136. Sitzung vom 28. April 1887, S. 496ff.

geordneten eine Zustimmung fand, fehlte nur eine Stimme, um ihn einer weiteren gesetzlichen Behandlung zuzuführen.⁷⁴² Auch Karl Lueger war einer der Befürworter, „... weil ich als österreichischer Demokrat der Meinung bin, daß wir gegen die Einwanderung fragwürdiger Existenzen ... mit aller Entschiedenheit auftreten müssen“⁷⁴³, wie er dies später rechtfertigte. Ähnlich wie Schönerer mutierte er damit endgültig vom Liberalen und Demokraten zum Antisemiten. Viele spätere Mitstreiter und auch politische Gegner erinnerten diesen schwer einzuordnenden „funktionellen Liberalen“, wie ihn John Boyer nannte, im Hinblick auf das Jahr 1848 immer wieder, daß er Demokrat gewesen war, was er zwar bejahte, aber dabei hinzufügte, „ich war kein Jude“. Auf die Judenemanzipation angesprochen, meinte er, 1898 zur 50-Jahr-Feier nicht am Zug zu den Märzgefallenen auf dem Zentralfriedhof teilzunehmen, um eine Keilerei mit jüdischen Sozialdemokraten zu vermeiden und erwog sogar, den Friedhof militärisch abriegeln zu lassen.⁷⁴⁴

Die Lösung der sozialen Frage durch den Antisemitismus entsprach jetzt nicht nur Luegers Auffassung, sondern deckte sich auch mit den rückwärtsgewandten konservativen Vorstellungen einer Welt ohne Juden. Zur dieser Zeit fanden inoffizielle Treffen an einem symbolischen Ort, der Villa der Fürstin Metternich-Zichy, statt. Karl Lueger war von seinem Freund, dem Universitätsbibliothekar Albert Gessmann, wiederum über Initiative des wegen seiner radikalen Ausbrüche in die zweite Reihe gestellten Ernst Schneider, stürmisch gebeten worden, dort einmal zu erscheinen. Am 3. September 1887 traf Lueger das erste Mal mit Vogelsang⁷⁴⁵ und den „föderalistischen Emigranten“, den „älteren Semestern“ wie dem in Ostfriesland gebürtigen großdeutschen Historiker Onno Klopp (1822–1903) und Gustav Graf Blome (1829–1906), sowie mit konservativen adeligen Antikapitalisten um Alois Prinz Liechtenstein und Egbert Graf Belcredi, mit dem katholischen Sozialpolitiker und Moraltheologen Franz Martin Schindler (1847–1922) und mit Ludwig Psenner zusammen. Diese Verbindung von Rechts und Links, von Adeligen der katholisch-konservativen Reichspartei, Sozialtheoretikern und Praktikern der Massenpolitik, zu denen auch Pattai und Schneider zählten, diese Symbiose christlich-naturrechtlicher Gesellschaftslehre mit dem berufsständischen Ideal einer „Sozialmonarchie“,⁷⁴⁶ schuf die Voraussetzungen für die Christlichsoziale Partei, aus der Lueger als der große Führer des politischen Katholizismus hervorgehen sollte.

Als er sich auf der 5. Plenarversammlung des „Christlichsozialen Vereines“ am 23. September 1887 mit oben erwähnter Rede über das Bündnis zwischen Demokraten und Antisemiten „als Judegegner einführte“, wie sein Zeitgenosse, der Historiker Richard Charnatz betonte⁷⁴⁷, war er der erste Politiker Wiens, der im Zusammengehen aller antiliberalen Parteien auf christlicher

742 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, X. Session, 170. Sitzung vom 27. Mai 1887, S. 6245.

743 Österreichischer Volksfreund vom 2. Oktober 1887, S. 7.

744 Arbeiter Zeitung, Nr. 72 vom 14. März 1898, S. 1.

745 Vogelsang soll an jenem 3. September gejubelt haben: „Jetzt haben wir den Führer für die Vereinigten Christen gefunden“. Zitiert In: ANDICS, Hellmut, Luegerzeit. Das Schwarze Wien bis 1918, Wien 1984, S. 22.

746 FERBER, Walter, Die Vorgeschichte der NSDAP in Österreich, S. 30.

747 Zitiert In: PAULEY, Bruce, Der Weg in den Nationalsozialismus, S. 77.

Grundlage einen siegreichen Kampf gegen den „nichtchristlichen, verjudeten Liberalismus“ führen wollte: „Seit ich das letzte Mal in ihrem geschätzten Verein gesprochen habe, ist ein neues Moment im Parteileben unserer Stadt eingetreten, nämlich das Bewußtsein der Solidarität aller Parteien, welche den ehrlichen und gesetzlichen Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet gegen die Übermacht des großen Kapitals auf ihre Fahne geschrieben haben und welche den ersten Versuch wagen wollen, auf friedlichem Weg die christliche Gesellschaft aus den Fangarmen des sie bedrohenden Ungeheuers zu befreien.“⁷⁴⁸ Am 11. Oktober 1887 verkündete er auf einer Versammlung auf der Landstraße: „Die wirtschaftlichen Programme der Demokraten, Antisemiten und Konservativen sind fast identisch.“⁷⁴⁹

Im Interesse dieser „Allianz“ schlug Vogelsang Schönerer einen Waffenstillstand vor: Wenn er seine Angriffe auf die Konservativen mäßige, wolle man ihm als Entlohnung eine Anknüpfungsbasis in Nordböhmen verschaffen, wo der politische Katholizismus nie richtig Fuß fassen konnte, damit er dort den gemeinsamen Gegner, die Liberalen, bekämpfen könne.⁷⁵⁰ Es ging dabei in erster Linie darum, ein Verständnis für die Zusammenarbeit des national indifferenten deutschsprechenden Adels mit den Altschechen zu erreichen. Und Schönerer, der noch am 26. November 1886 in einer Rede in den Sofiensälen bekannte, „Wir sind ... stolz darauf, den ganzen Haß aller korrupten Elemente der verschiedensten Parteien auf uns gerichtet zu sehen“⁷⁵¹ reagierte, indem er für die Einheit plädierte und sogar seinen extremen Nationalismus in dieser Periode zurückdrängte: „Die slawische Linde und die deutsche Eiche ... können nebeneinander bestehen, wenn sich nur nicht ... die Stämme um- und überwachsen und sich damit ... Licht und Luft nehmen.“⁷⁵² Dem russischen Botschafter in Wien übermittelte er plötzlich einen Diskussionsvorschlag, in dem er eine Zusammenarbeit zwischen den Alldeutschen und dem Panslawismus anregte⁷⁵³, obwohl diese Zurückhaltung eher im Kielwasser des mit Rußland abgeschlossenen „Rückversicherungsvertrages“ Bismarcks anzusiedeln ist. Schönerer gab sogar nach, statt des von ihm propagierten Namens „Vereinigte Antisemiten“ mit einer stärkeren Betonung seines Programms, die Bezeichnung „Vereinigte Christen“ anzunehmen. Auch Robert Pattai, der die Judenfrage stets vom Rassenstandpunkt lösen wollte, näherte sich dem konfessionellen Antisemitismus: „Wo die jüdische Religion eine dem christlichen Geist widersprechende Moral lehrt, ... sind es die verderblichen Grundsätze und Irrlehren des Talmud, welche vom christlichen Standpunkt bekämpft werden müssen.“⁷⁵⁴

Als am 8. Februar 1888, anlässlich des 50jährigen Priesterjubiläums des Papstes Leos XIII., die kunterbunte Schar von Deutschnationalen, Antisemiten, Christlichsozialen und katholischen

748 Österreichischer Volksfreund vom 25. Dezember 1887, S. 3f.

749 Das Vaterland vom 11. Oktober 1887.

750 MOSER, Jonny, Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung, S. 120.

751 Zitiert In: MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 101.

752 STURACZ, Franz, Die Entwicklung der Christlichsozialen Partei, Wien 1901, S. 12f.

753 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 114.

754 Zitiert In: FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 63.

Konservativen das erste Mal als „Vereinigte Christen“ auftrat, stellte Karl Lueger selbst die Frage, wieso in kürzester Zeit ein Kampfbündnis, noch dazu unter klerikalen Vorzeichen, entstehen und einen Wählerwillen finden konnte: „Es ist noch nicht lange her, da wagte man es in Wien kaum, sich als Christ zu bekennen. Als ich 1884 für den Gemeinderat kandidierte, ... agitierte man gegen mich, ... ich wäre in einer Versammlung eines katholisch-politischen Casinos gewesen, ... man hielt es für etwas, das mir schaden könnte.“⁷⁵⁵ Auf der einen Seite war natürlich der schärfer werdende Antisemitismus als Klammer gegen den „verjudeten“ Liberalismus für vieles verantwortlich. Andererseits brachte die katholische Erneuerung den niederen Klerus, den man früher dem „Establishment“ zugerechnet hatte, aus seiner Abhängigkeit von den Stützen des Staates, indem er Interesse für die Nöte des Kleinbürgertums zeigte. Der Klerus konnte diese Schichten überzeugen, daß ihr beruflicher Abstieg nicht nur das Resultat wirtschaftlicher Faktoren, sondern hauptsächlich das Ergebnis eines kulturellen Verfalls sei. Er konnte dabei die traditionell immer vorhanden gewesenenen Verbindungen zur Kirche mit sozialer Solidarität und einer Art Kameradschaft stimulieren. John Boyer hat darauf hingewiesen, wie sehr sich die Religion als mögliche Alternative nach unten „abnützte“, was er einen „bürgerlichen Theismus“ nannte: Es steckte darin nicht das Verlangen nach vollkommener Religiosität, sondern sie wurde einfach in den volkstümlichen Glauben an den „Herrgott“ umfunktioniert, wie dies auch Karl Lueger trefflich tat, noch dazu, wo man von der aufkommenden Sozialdemokratie sagen konnte, sei habe keinen „Herrgott“.⁷⁵⁶ Dieses Bündnis förderte auch ein ungeahntes Hervortreten des niederen Klerus in den nächsten Jahren, wie beispielsweise des Jesuitenpaters Heinrich Abel, der betonte, sich in der bestimmten Überzeugung auf die Seite Schönerers gestellt zu haben, daß das Unglück des österreichischen Volkes in seiner Knechtung durch die Juden und den jüdischen Geist bestehe.⁷⁵⁷

Obwohl die „Vereinigten Christen“ ein eigenes Programm erarbeiteten, das einer Kombination früherer Forderungen Vogelsangs und Schönerers nach Ausschluß der Juden vom Lehrberuf, dem Beruf des Arztes, Anwalts, Detailhändlers und der Entfernung von allen zivilen und militärischen Ämtern und der Einschränkung der jüdischen Einwanderung glich⁷⁵⁸, war die Koalition eher brüchig und auf wahltaktischer Basis aufgebaut, sodaß sich Robert Pattai schon im März 1888 darüber äußerte: „Die Vereinigten Christen sind keine Partei, sie haben ... kein Programm, sondern sind ... verwandte Parteien zum Zwecke der Bekämpfung eines gemeinsamen Gegners.“ Wenn man auch konstatieren mag, daß Schönerers rassistischer Antisemitismus auf die Dauer für die konservativen Katholiken inakzeptabel geworden wäre, so hatte er sich doch durch das Bündnis deutlich abgeschwächt, und man kann mit Sicherheit feststellen, daß die Dinge eine andere Entwicklung genommen hätten, wenn Schönerer sich nicht am 8. März 1888 selbst politisch ausgeschaltet hätte, womit auch seine Mitarbeit bei den frühen Christlichsozialen beendet war. Was

755 Österreichischer Volksfreund vom 12. Februar 1888, S. 1f.

756 BOYER, John W., *Political Radicalism in late Imperial Vienna*, S. 115.

757 MOSER, Jonny, *Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung*, S. 124.

758 PAULEY, Bruce, *Der Weg in den Nationalsozialismus*, S. 77.

diese Selbstausschaltung zusätzlich so bedeutend machte, war sein damit verbundener Verlust des Kleinbürgertums als Wählerschicht. Schönerer hatte dennoch eine enorm wichtige Erfahrung gemacht: Der Antisemitismus als negative Waffe konnte keine Werte und Sicherheit vermitteln. Psenner schuf ihm erst mit der Anknüpfung an die katholische Tradition einen Halt und ein sicheres Standbein, was Schönerer als Antiklerikaler, der er immer geblieben war, einfach nicht konnte. Also suchte er nach einer Art Ersatzreligion, um seiner Bewegung durch Traditionen Wurzeln zu geben und sie in ein normatives und soziales Wertesystem zu stellen. Diese Ersatzreligion fand er im germanischen Heidentum. Es entstand daraus eine verworrene Mischung alter Sagen und Bräuche aus den Werken Jahns, Gobineaus und Dührings und den Phantasien der Turner und Vereine Deutscher Studenten. Es ist sicher kein Zufall, daß die Anfänge dieser Wandlung parallel zu seiner Annäherung an die Klerikalen entstanden.

4. Auf dem Weg zum Sektierertum

Noch im Jahre 1887 nahm Georg von Schönerers Germanenkult merkwürdige Formen an. Gemäß seiner Parole „Uns Deutschen muß zweifellos der germanische Heldenglaube höher stehen als der jüdischen Erzväter Weltanschauung“⁷⁵⁹ zelebrierte er die „Zweitausendjahrfeier germanischer Geschichte“. Die Erinnerung an die Schlacht von Noreia bei Klagenfurt im Jahre 113 v. Chr., den ersten Sieg der germanischen Stämme der Kimbern und Teutonen über die Römer, nahm Schönerer zum Anlaß, den christlichen Kalender abzuschaffen und eine neue – germanische – Zeitrechnung einzuführen. Der Jahrestag 1888, den die Schönerianer mit einer großen Sonnenwendfeier auf der Burgruine Aggstein begingen, markierte somit das Jahr 2001 n. N. (nach Noreia). Friedrich Heer erblickte darin eine bedeutende Wandlung: Wie in der zweiten Phase der Französischen Revolution sollte hier eine neue Welt, die Wiedergeburt der Nation durch ein „Stiftungsjahr“ weltgeschichtlich fixiert werden.⁷⁶⁰ Sämtliche Monatsnamen wurden durch altgermanische oder „pseudogermanische“ ersetzt. Beispielsweise hieß der August wegen der Ernte „Ernting“, der September wegen des scheidenden Sommers „Scheidig“ und der nebelige November „Nebelung“. Um alte vergessene germanische Bräuche wieder zu aktivieren, feierte man die Sonnenwende⁷⁶¹ oder, zu Ehren der germanischen Frühlingsgöttin, das Ostarafest.⁷⁶² Weihnachten wurde zum heidnischen Julfest umfunktioniert.⁷⁶³ Der Naturglaube sollte die „von finsternen Dienern Roms verängstigte Seele“ heilen.⁷⁶⁴

759 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 153.

760 HEER, Friedrich, Der Kampf um die österreichische Identität, S. 294.

761 Anlässlich der Sommersonnenwende, dem längsten Tag und der kürzesten Nacht, die den ewig wiederkehrenden Kampf zwischen Sommer und Winter symbolisierte, gedachte man des Lichtgottes BALDUR. Durch den Verrat LOKIS wurde BALDUR durch einen Mistelpfeil seines Halbbruders HÖDER getötet, worauf das Sonnenlicht abnahm. Die Götter erhielten Hilfe von den Menschen, die mächtige Feuer anzündeten.

762 Es wurde bei Tag- und Nachtgleiche im Frühling gefeiert und sollte Ausdruck der Naturverbundenheit sein. Man tanzte, sang Lieder und zündete zu Ehren der Frühlingsgöttin OSTARA Höhenfeuer an und verabreichte Eier und scheibenförmige Backwaren. Das Osterei trat dabei symbolisch an die Stelle des heidnischen Frühlingsopfers.

763 Die Julfeier hatte ihren Ursprung in der germanischen Feier der Wintersonnenwende, die zu Ehren des Licht- und Sonnengottes BALDUR begangen wurde. Die christliche Kirche machte sich diese Feier zunutze und verschob die Geburt Christi auf diesen Termin, um die Germanen leichter missionieren zu können. Um den Glauben an das Licht zu festigen, versammelte man sich um das Julfeuer und erbat völkische Kraft vom Lichtgott BALDUR. Dann entzündete man den Tannenbaum als Symbol der ewig grünen Weltesche, deren Wurzeln in die Unterwelt reichten, wo sie von den Nornen bewacht und mit dem Wasser aus dem niemals versiegenden Jungbrunnen begossen wurden. SCHILLER, Otto, Die ideologische Auseinandersetzung über Christentum und altgermanischen Götterglauben zwischen Deutschem Turnerbund und Christlichdeutscher Turnerschaft, Theolog. Diss., Graz 1978, S. 101f.

764 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 546.

Außer der Kornblume als einzigem politischem Abzeichen versuchten sich die auf Schönerer eingeschworenen Anhänger nunmehr durch Kleidung und Gehabe vom „normalen“ Mitbürger zu unterscheiden.⁷⁶⁵ Das Lager verengte sich zum „nationalen Ghetto“: Die konsequente Eindeutschung von Fremdwörtern steigerte sich zur Feindschaft gegen das Erlernen von Fremdsprachen. Im Kalender, jetzt „Zeitweiser“ genannt, ersetzten die altgermanischen Tauf- und Namens-tage die katholischen. Auch die protestantischen Kinder von deutschen Ehepaaren, die zuvor auf ihre biologische Gesundheit und arische Abstammung geprüft worden waren, sollten nur mehr germanische Vornamen erhalten. Auf zu Tausenden gedruckten Karten gab Schönerer die „Benimmregeln“ vor: „Sprecht Deutsch!“ – „Gedenke, daß Du ein Deutscher bist!“ – „Kein Fremdwort, wo das Deutsche reicht!“ – „Deutschen Kindern deutsche Rufnamen“ – „Kauft nicht bei Juden“ – „Ein wahres deutsches Mädchen spricht: Mit Judenjungen tanz' ich nicht!“⁷⁶⁶

Zwei „besonders widerwärtige“ Wiener Floskeln, das „Prosit“ und das „Servus“, wichen dem altgermanischen „Heil“. 1891 „entdeckten“ Jünger Schönerers ein lateinisches Gedicht, in dem ein römischer Dichter einer Gruppe gothischer Helden „zum Vor- und Nachtrinken“ das Wort „hails“ in ihrer Sprache zurief. 1892 führte Schönerer dieses Grußwort „amtlich“ ein: „Der geeignete Gruß zwischen Deutschnationalen besteht in dem Grußwort Heil!“⁷⁶⁷ Vieles erinnert dabei an die Turnvereine, die sich schon früher mit „Gut Heil“ grüßten und Strafgelder für gebrauchte Fremdwörter eingeführt hatten. Auch ist das „Heil-Gedicht“ Karl Iros (1861–1934), des nunmehrigen Herausgebers der Unverfälschten Deutschen Worte nach dem Abgang Anton Langgassners, mit der Verknüpfung „deutsches Wesen – Treue – Fahne – Vaterland“ sehr stark an die Burschenschaften angelehnt. Auch der Aufstieg Karl Iros hatte mit einem Reinigungsprozeß zu tun: Anton Langgassner war 1886 nach einem Streit in der Redaktion und einem Pistolenduell mit Robert Pattai als Schriftleiter zur „Süddeutschen Presse“ nach München gewechselt.

Schönerer versuchte zunächst, die Bräuche und Verhaltensweisen der Turner und alldeutschen Studenten in das alltägliche politische Leben und dessen nähere Umgebung einzuflechten, genauso wie er dies später auf ein ganzes „Volk“ zu übertragen versuchte. So sollten sich Frauen, die seiner Bewegung nahestanden, nicht mehr schminken und schlichte „deutsche“ Frisuren und Kleidung tragen. Die Jugend sollte mit strenger Selbstzucht und harter Pflichterfüllung durch Turnen in frischer Luft, strenger Abstinenz von Alkohol und Nikotin und vegetarischer Ernährung zur „Selbsterziehung und Gewissenhaftigkeit“ angehalten werden. Diese extremen Verstiegenheiten sind bereits Vorboten des späteren „Tannenbergbundes“ des Ehepaares Ludendorff und der „Deutschen Glaubensgemeinschaft“ eines Otto Sigfrid Reuter, der die germanische Götterwelt wiederbeleben wollte. Sie fanden in den okkulten Zirkeln der SS Heinrich Himmlers eine direkte Fortsetzung.⁷⁶⁸

765 WANDRUSZKA, Adam, Österreichs politische Struktur, S. 379.

766 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 546.

767 Ebd., S. 547.

768 VENOHR, Wolfgang, Ludendorff. Legende und Wirklichkeit, Berlin 1993, S. 17f.



Abbildung 13: Einladung zu einer Tanzveranstaltung 1887 mit dem Aufdruck „Juden haben, wenn auch im Besitz einer Karte, keinen Zutritt“

Um Schönerer selbst entstand ein Personenkult. An „einschlägigen Plätzen“ boten Parteigänger „germanischen Schmuck“ an, sehr oft mit einem schlichten Schönererkopf als Zierde. Aber auch auf Biergläsern, Pfeifen und Zigarrenhüllen prangte sein Konterfei – auf allem, was Schönerer der Jugend verboten hatte. Ein Wiener Tabakhändler verkaufte „Judenbitter Zigarettenspitze“ mit aufgedrucktem Schönerer-Bild.⁷⁶⁹ Dieser Götzendienst, gepaart mit einer ins Krankhafte gehenden Eitelkeit, bewirkte bei Schönerer eine zunehmende persönliche Veränderung: Nach altgermanischem Brauch, ganz gemäß seiner Wagner-Verehrung ließ er sich nun als „Führer“ huldigen. In den zahlreichen erhalten gebliebenen Briefen seiner Glaubensgenossen wuch das „Euer Hochwohlgebohren“ der Anrede „Mein Führer“. Der Verein der Salzburger Schönerianer widmete ihm eine Broschüre mit dem Titel „Heil dem Führer!“. Obwohl es seine Partei im Reichsrat gerade einmal auf drei Mandate gebracht hatte, waren seine Worte für alle Anhänger bindend, sein Programm durfte weder geändert noch erneuert und schon gar nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Der Germanenkult diente auch dazu, dem Haß auf das undeutsche Haus Habsburg ein sektenähnliches, daher nicht strafbares Ventil zu geben. Dazu gehörte auch eine „neue Geschichts-

⁷⁶⁹ Das schönste Festgeschenk für Deutsche, Liste vom 1. Dezember 1887 mit Schönerer-Geschenkartikeln: ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kr. 37 (Robert Pattai), Mappe 3. Vgl. PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. II, S. 31.

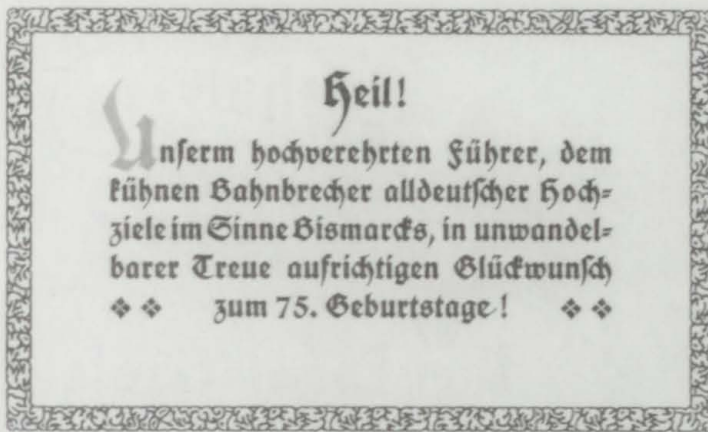


Abbildung 14: Vorgedruckte
Geburtstagsglückwunschkarte an
Schönerer

schreibung“. Schönerer verkündete 1898: „Luther und Bismarck hätten das große Werk nicht vollbracht, wenn sie nicht deutsche, evangelische Männer gewesen wären.“⁷⁷⁰ Die österreichischen Kaiser, die mit der Gegenreformation den undeutschen Katholizismus durchgesetzt hätten, seien als Bollwerk des Katholizismus 1866 von preußischen Protestanten geschlagen worden, wie dies der Staatssekretär des späteren „unfehlbaren“ Papstes Pius IX. ganz in diesem Sinn mit den Worten „Casca il mondo!“, die Welt bricht zusammen, kommentiert hatte.⁷⁷¹

Seine Suche nach einer „Ersatzreligion“ drückte Schönerer selbst 1883 in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ folgendermaßen aus: „Das Volkstum derer, die deutsch sind aus tiefstem Grund ... ist ein vollwertiger Ersatz der Religion.“⁷⁷² Doch nur allzu oft schimmerte nach 1887, wenn man den Lack seines Bekenntnisses zum Heidentum abkratzte, der Protestantismus durch. Nach dem Vorbild Julius Krickls, der sich bereits 1871 „romfrei“ gemacht hatte, erklärte sich Schönerer 1878 für das „Evangelischwerden des deutschen Ostmarkvolkes“ und nahm am 10. November 1883 an der großen Lutherfeier zu Ehren des 400. Geburtstages des Reformators teil.⁷⁷³ Im Nachlaß Eduard Pichls, der großteils ident ist mit jenem Schönerers, befindet sich ein anlässlich dieser Lutherfeier herausgegebenes, von „mehreren bemoosten Häuptern“ unterzeichnetes Flugblatt, das nicht nur deswegen interessant ist, weil Schönerer jedesmal den darin vorkommenden Namen Bismarcks dick unterstrichen hat, sondern weil es einen frühen völkischen Versuch darstellt, Geschichte als ein vorgefaßtes, auf ein Endziel hinauslaufendes Kriterium zu betrachten: „Ohne Luther wären auch Fürsten wie Friedrich der Große und Josef der Einzige unmöglich ge-

⁷⁷⁰ PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 385.

⁷⁷¹ SCHORSKE, Carl E., Wien. Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle, S. 133.

⁷⁷² CILLER, Alois, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und der Ostmark, Hamburg 1943, S. 53.

⁷⁷³ Die an Schönerer gerichtete Einladung zur Lutherfeier mit Programm, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

wesen. Nur auf dem Boden der Reformation konnten ein Stein, ein Gneisenau, ein Bismarck und Moltke herauswachsen und ohne Luthers Schöpfung der Reformation hätte Fürst Bismarck immer ein geeintes Deutsches Reich schaffen können ... Und ohne die deutsche Reformation wäre auch das neue Deutsche Reich mit seinem Hohenzollern Kaisertum nicht erstanden. Rom weiß recht wohl, warum ihm dieses Reich mit seinem protestantischen Kaiser am verhaßtesten von allen Reichen Europas ist“.⁷⁷⁴

Zwei Sätze des hochverehrten Kaiser Josef II. standen im Stammbuch eines jeden überzeugten Schönerianers: „Die Jesuiten haben die Religion zum empörenden Bild umgeschaffen. Zum Gegenstand ihres Ehrgeizes und zum Deckmantel ihrer Entwürfe herabgewürdigt“. „Mir dräut, es gibt Leute in Rom, die es so wollen, daß es noch länger Finsternis auf unserer Halbkugel gebe“.⁷⁷⁵

Auf dem anschließenden, am 12. November 1883 abgehaltenen Lutherkommers der Studenten in den Sofiensälen, an dem Schönerer nicht mehr teilnahm, erregte ein junger, der Prager Lese- und Redehalle angehörender Student, die Aufmerksamkeit, als er „in höchst ungezogener Weise“ das Wort ergriff, um über das „pfäffische Priestertum“ herzuführen – der wie Karl Iro in Eger gebürtige Karl Hermann Wolf (1862–1941). Als „Hoch Schönerer“-Rufe von „Pereat“-Rufen jüdischer Studenten begleitet wurden, kam es wieder einmal zu einer Massenschlägerei.⁷⁷⁶

Im selben Jahr dieser okkulten Unterwanderung, die weg von der Politik führte, 1887, gründete der ehemalige erste Schriftleiter der „Unverfälschten Deutschen Worte“, Anton Langgassner, eben aus München zurückgekehrt, in Salzburg einen „Germanenbund“. Dieser hatte es sich ebenfalls zur Aufgabe gemacht, altgermanische Kulte zu revitalisieren und eigene Monatsnamen einzuführen, doch ging er einen bedeutenden Schritt weiter. Frei nach dem Grundsatz „Alle für Einen, Einer für Alle“ sah er seine Hauptaufgabe in der „Wohlfahrt seiner Mitglieder“. Diese Hilfe in Notlagen sollte durch die Schaffung eines Notzehrungsbestandes, die Vermittlung von Anstellungen und Beschäftigungen sowie der Versorgung im Falle der Erwerbsunfähigkeit verwirklicht werden.⁷⁷⁷ Erster Obmann der Bundesleitung wurde Julius Sylvester, seine Stellvertreter Karl Gagstatter und Carl Beurle. Im Aufsichtsrat der Burschenschafterspitze saßen die alldeutschen Abgeordneten sowie der Kremser Josef Faber, während Schönerer die Schiedsgerichtsfunktion ausübte. Der damals in Salzburg ansässige Rechtsanwalt Sylvester erklärte später, der „Germanenbund“ war als eine Art Gegengewicht zur „Allmacht Schönerers“ gedacht gewesen⁷⁷⁸, was einerseits durch die räumliche Distanz Wien – Salzburg bestätigt erscheint, andererseits aber auch den Schluß einer kleinen Palastrevolution zuläßt, der Sylvester schließlich 1894 selbst zum Opfer fallen

774 Flugblatt zur Lutherfeier am 10. November 1883, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

775 Festschrift zur Feier des 10 jährigen Bestehens des Verbandes aller Burschenschaften Wartburg, Linz 1899, S. 32.

776 Deutsche Zeitung, vom 14. November 1883, S. 3.

777 Satzungen des Germanenbundes, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 26 (Vereine). Vgl. PICHL, Eduard, *Georg von Schönerer*, Bd. II, S. 146.

778 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 26 (Vereine), Mappe 3, Brief Julius Sylvesters. Vgl. HÖBELT, Lothar (Hrg.), *Festschrift für Julius Sylvester*, Wien 1994, S. 18.

sollte. Außer der Errichtung von Büchereien und dem Aufstellen von Sammelbüchsen sowie den oben erwähnten Wohlfahrtseinrichtungen bestand die satzungsmäßige Hauptaufgabe der Bundesleitung wiederum darin, eine Struktur zu schaffen, nämlich Zweigverbände zu gründen. Diese Gründungen mit möglichst germanischen Namen gingen aus der praktischen und zeitsparenden Erkenntnis hervor, nur Satzungen eines Typs bei den Behörden einzureichen, was sich für die späteren Gründungen Schönerers zu einer eminent wichtigen Vorgangsweise entwickeln sollte. Die Mitglieder trugen besondere Krawattennadeln oder das hinter dem Revers versteckte Bundesabzeichen: Ein schwarz-rot-goldenes Emailschild oder einen mit grünem Eichenlaub umgebenen silbernen Reliefkopf eines Germanen mit der Aufschrift „Germanenbund 1887“. ⁷⁷⁹

Als Auffanglager im Falle der Auflösung des „Schulvereins für Deutsche“ hatte der Germanenbund eine zusätzliche, nicht zu unterschätzende Funktion: Im Nachlaß Eduard Pichls befindet sich ein handgeschriebener, nicht unterzeichneter Zettel vom Juli 1889: „Wenn einmal diese Katastrophe eintritt, so müssen wir uns alle wiederfinden in dem gleichfalls nicht politischen Verein Germanenbund. Darum richten wir schon heute an alle Ortsgruppenvorstände die dringende Aufforderung im Falle einer Auflösung des Schulvereins für Deutsche sofort mit Herrn Dr. Julius Sylvester in Salzburg behufs Gründung von Einzelverbänden des Germanenbundes in Verbindung zu treten.“ ⁷⁸⁰ Die Worte Sylvesters von einem „Gegengewicht“ zu Schönerer bekommen damit eine doppelte Bedeutung. Tatsächlich wurde der „Schulverein für Deutsche“ am 30. Juli 1889 aufgelöst. ⁷⁸¹

4.1 Agitation gegen die Deutschnationalen

Wenn seine kurze Annäherung an die Christlichsozialen im Reformverein bei Schönerer auch eine konziliantere nationale Haltung bewirkt hatte, so beschränkte sich diese eigentlich nur auf die „slawische Frage“. Dies könnte aber auch durchaus mit dem 1887 geschlossenen Rückversicherungsvertrag Bismarcks zusammenhängen, der die russische Neutralität für den Fall eines französischen Angriffes auf Deutschland vorsah, als Gegenleistung jedoch trotz des deutsch-österreichischen Bündnisses Deutschlands Neutralität bei einem Angriff der Habsburgermonarchie auf Rußland garantierte. ⁷⁸² Schönerer verlor auch nie die Möglichkeit aus den Augen, bei einer kriegerischen Auseinandersetzung Österreich-Ungarns mit Rußland für die russische Seite zu optieren, mit der er schon wegen ihres Antisemitismus sympathisierte. So lassen sich während dieser Zeit eher seltsam anmutende Beziehungen Eduard Krautmanns, des zeitweiligen Schriftleiters der

779 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 26 (Vereine), Mappe 3 (Germanenbund). Vgl. Pichl, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. III, S. 277.

780 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 26 (Vereine), Mappe 3 (Germanenbund).

781 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 284.

782 ZÖLLNER, Erich, Geschichte Österreichs, S. 424.

„Unverfälschten Deutschen Worte“, zu russischen Kreisen nachweisen, wie zum russischen Generalkonsul, dem er die Gründung einer antisemitischen Partei in seiner Heimat nahelegte.⁷⁸³ Dieses Engagement könnte auch die verwunderte Feststellung Andrew Whitesides erklären, daß Schönerer in die immer heftiger werdenden Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Tschechen in Nordböhmen während der 80er Jahre nicht eingriff.⁷⁸⁴

Ungebremsst aber blieben seine Attacken gegen den „Deutschen Klub“ und sein Rassenantisemitismus, den er in seiner vielzitierten Reichsratsrede vom 28. April 1887 geschickt mit dem „nationalen Kampf“ verband: „Wenn das deutsche Volk in Österreich ... ohne Mithilfe der Juden ... nicht mehr zu retten imstande wäre, dann ist es wert, daß es zugrunde geht ... Nicht um Werte anzuhäufen, haben unsere Vorfahren geopfert und auf dem Schlachtfeld geblutet, sondern um ein Vaterland zu hinterlassen.“⁷⁸⁵ Indem er den Nationalitätenkampf auf eine höhere Stufe stellte und sein Vorurteil, Juden hätten kein Vaterland, seien nationslos, bestätigte, erblickte Bruce Pauley im Grundgehalt dieser Rede die Aufforderung zum Krieg als Grundlage des politischen Lebens und zur Gewalt als Notwendigkeit.⁷⁸⁶ „Weh dem, der schwach ist“, war genauso eine Prämisse wie der „Krieg ist das letzte Ziel der Politik“ in Hitlers politischem Leben. Am 18. März 1945 soll Hitler zu Albert Speer gesagt haben: „Wenn der Krieg verloren geht, ist auch das Volk verloren ... Es sei nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu seinem primitiven Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil sei es besser, selbst diese Dinge zu zerstören.“⁷⁸⁷

An jenem 28. April 1887 setzte Schönerer fort: „Im Gegensatz ... zu den Herren im Deutschen und im Deutschösterreichischen Klub betrachten wir Deutschnationalen ... bekanntlich den Antisemitismus nicht als bedauerliches Symptom oder als eine Schmach, sondern vielmehr als einen Grundpfeiler des nationalen Gedankens, als Hauptförderungsmittel echt volkstümlicher Gesinnung, somit als größte Errungenschaft dieses Jahrhunderts. Unser Antisemitismus richtet sich nicht gegen die Religion, sondern gegen die Rasseeigentümlichkeiten der Juden.“⁷⁸⁸ Was er 1883 während seines Streites mit Pernerstorfer noch „vertraulich“ betont hatte, sprach er jetzt offen aus. Der Rassenantisemitismus war zum alleinigen Hauptprogrammpunkt seiner Partei geworden: „Wer wollte leugnen, daß ... der Hauptherd der modernen Korruption, also auch in der öffentlichen Zeitungspresse, die Förderer und Hauptträger die Juden sind.“⁷⁸⁹

Schönerers größte Gegner fanden sich jetzt in den Reihen seiner ehemaligen „Kampfgefährten“. So warf ihm Engelbert Pernersorfer am 3. Juli 1886 im neuen Organ des „Deutschen Klubs“, der

783 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 289.

784 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 113.

785 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, X. Session, 136. Sitzung vom 28. April 1887, S. 4963.

786 PAULEY, Bruce, Der Weg in den Nationalsozialismus, S. 32.

787 FEST, Joachim, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt 1987, S. 999.

788 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, X. Session, 136. Sitzung vom 28. April 1887, S. 4963.

789 Ebd., S. 4963f.

„Deutschen Zeitung“, vor: „Ich darf es ruhig und mit Überzeugung sagen. Die Schönerer-Presse ... ist genauso korrupt, ... es gibt eine Korruption, die eine Meinung mit Geld kaufen läßt und eine andere, welche bewußt Tatsachen verdreht und falsche Behauptungen aufstellt.“⁷⁹⁰ Während des im Frühjahr 1886 ausgebrochenen „Zeitungskrieges“ mit den „Unverfälschten Deutschen Worten“ verabschiedete sich auch Robert Pattai endgültig von den Schönerianern. Zu den ständigen, gegen Schönerer gerichteten Vorwürfen, warum er sich ihm nach den Reichsratswahlen 1885 nicht angeschlossen habe, kam der Einzug des vom politischen Bezirksverein Pattais aufgestellten Tschechen Veselý in den Gemeinderat nach den Wahlen vom April 1886. Die Alldeutschen warfen Pattai diese Nominierung als „Landesverrat“ vor. Er, der sich vehement gegen ein anonymes Flugblatt wehrte, das mit der Bezeichnung Wendehals noch die harmloseste Anschuldigung gegen ihn vorbrachte, mußte bald einsehen, daß jegliche seinem Metier als Rechtsanwalt entsprechende Verteidigung zwecklos war. So schloß er am 18. April 1886 einen Artikel mit den Worten: „Da ich es für angemessen halte, den Verkehr mit einem Lügner und Verleumder nicht mehr länger fortzusetzen, ... zeichne ich daher nicht anonym ... Dr. Robert Pattai.“⁷⁹¹ Dieser Artikel war auch die Ursache des erwähnten Pistolenduells mit Langgassner.⁷⁹² In der Folge nahmen die Auseinandersetzungen in den deutschnationalen Zeitungen mit wüsten Beschimpfungen und Anschuldigungen derart zu, daß selbst Adolf Hitler über seine spätere Zeit in Wien in „Mein Kampf“ schrieb: „So erschien mir der Ton, vor allem der, den die antisemitische Wiener Presse anschlug, unwürdig der kulturellen Überlieferung eines großen Volkes ... (Ich) sah ... in ihnen mehr die Produkte ärgerlichen Neides ... Bestärkt wurde ich in dieser Meinung durch die ... unendlich würdigere Form, in der die wirklich große Presse auf all diese Angriffe antwortete oder sie, was mir noch dankenswerter vor- kam, gar nicht erwähnte, sondern einfach totschwie.“⁷⁹³ Diese „wirklich große Presse“ wurde jedoch zum größten Teil von Juden repräsentiert.

Die Beantwortung der Frage, warum gerade die Radikalen untereinander so heillos zerstritten waren, fällt nicht allzu schwer, ging es doch gerade im „Deutschen Klub“ Otto Steinwenders um die Beurteilung der Rolle der Juden in der nationalen Bewegung. Die daraus resultierenden Auseinandersetzungen lösten schwere innere Spannungen aus, die wiederum Schönerer zugute kamen, um den Klub zu dirigieren. Die ersten Spaltungstendenzen zeigten sich schon 1886, als Heinrich Friedjung im Begriff war, die Chefredakteursstelle des Parteiorgans „Deutsche Zeitung“ einzunehmen. Ein Teil der Deutschnationalen, darunter Heinrich Prade, Knotz und auch der Jude Moritz Weitlof sträubten sich, einen Juden zu ihrem Hauptsprecher zu ernennen. Weitere Unstimmigkeiten ergaben sich wegen der Nichtannahme des antisemitischen Punktes 12 des „Linzer Programms“, den einige gerne im Programm gesehen hätten. Schließlich plädierten jene

790 Zitiert In: MOSER, Jonny, Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung, S. 66.

791 Österreichischer Volksfreund, Nr. 16 vom 18. April 1886, S. 4. Vgl. Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 8 vom 16. April 1886, S. 81.

792 MOSER, Jonny, Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung, S. 69.

793 HITLER, Adolf, Mein Kampf, S. 56.

Kreise, die den „Vertretern der Industrie und des Kapitals“ zuzurechnen waren, immer wieder lautstark für eine Rückkehr zu den Liberalen.⁷⁹⁴

Als es endlich zu einer Abstimmung kam, ob Friedjung entlassen werden solle, verloren die extremen Antisemiten am 31. Jänner 1887 deutlich mit nur 7 gegen 34 Stimmen. Schönerer erzwang daraufhin ein neuerliches Votum mit der Drohung, er würde sonst im Reichsrat beispiellose Einschränkungen für die jüdische Presse fordern. Nach einigen stürmischen Sitzungen stimmten nur mehr 23 für den Verbleib Friedjungs als Chefredakteur, schon 18 waren gegen ihn. Nur wenig später trat er zurück und wurde trotz seines Engagements im Wiener Gemeinderat von 1891 bis 1895 endgültig Wissenschaftler, was die Antisemiten wie einen Sieg feierten.⁷⁹⁵

Als Schönerer nur wenig später seinen bereits erwähnten Gesetzesantrag gegen die Einwanderung von Juden einbrachte, ging es ihm scheinbar weniger um seine parlamentarische Durchsetzung. Der Antrag war einerseits verfassungswidrig und verlangte andererseits wegen seiner Forderung nach verfassungsmäßiger Verankerung eine unmögliche Zweidrittelmehrheit im Reichsrat. In der Frage nach dem Verhältnis der Partei zum Flügel Schönerers erreichte er aber damit endlich sein taktisches Ziel, nämlich die Spaltung des „Deutschen Klubs“. Die Haltung des Klubobmannes, des Kärntner Lehrers und Burschenschafters Otto Steinwender, der eine extremere Position vertrat und es – ungeachtet seiner dauerhaften Opposition zu Schönerer – „als eine Konsequenz unserer nationalen und volkswirtschaftlichen Überzeugungen“ ansah, „dem schädlichen Einflusse des Judentums, wo er tatsächlich vorhanden ist, entgegenzutreten“⁷⁹⁶, war vor allem für Pernerstorfer unannehmbar. Sie kam einer Zustimmung zu Schönerers Gesetzesantrag gleich. Pernerstorfer schlug dagegen vor, den Antisemitismus überhaupt als Parteiprinzip zu verwerfen und stellte zugleich die Frage, ob es bei einer Zustimmung zur Ansicht Steinwenders noch irgendwelche Gründe gebe, nicht gleich Schönerer selbst die Leitung im Klub zu übertragen, was dieser sicher nicht ungern hörte. Nachdem sich bereits zwei Fraktionen gebildet hatten, versuchten beide Streitparteien mit einer am 11. Februar 1887 in der „Deutschen Zeitung“ herausgegebenen Erklärung einen letzten Kompromiß: Der „Deutsche Klub“ spreche sich ebenso entschlossen gegen die Korruption wie gegen „wüsten Klassen- und Rassenhaß“ aus, lehne jedoch „mit Fraktionen, welche diesen Haß zum politischen Prinzip ... erheben, ... jede Gemeinschaft“ ab.⁷⁹⁷ Allzu deutlich zeigte sich dabei die Handschrift von zwei unversöhnlichen Gruppen, sodaß am 14. und 15. Februar 1887 siebzehn Radikale, darunter Otto Steinwender, Julius Derschatta, Heinrich Prade und Richard Foregger, den Klub verließen und wiederum eine Erklärung abgaben, wonach es „... in der Judenfrage jedem gestattet sein soll, vollkommen frei, nur nach seinem Gewissen und seiner Auffassung von den Pflichten gegen das deutsche Volk vorzugehen.“⁷⁹⁸

794 MOLISCH, Paul, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich, S. 125.

795 DVORAK, Helge, Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. I: Politiker Teilband 2: F–H, S. 77.

796 Zitiert in: PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus, S. 130.

797 Deutsche Zeitung vom 11. Februar 1887, S. 1.

798 Deutsche Zeitung vom 16. Februar 1887, S. 1.

Nach der Abstimmung über den Gesetzesantrag Schönerers im Reichsrat schloß sich dieser Kern der Befürworter, zu dem noch sein ehemals schärfster Gegner Pernerstorfer stieß (!), im Mai 1887 zu einem neuen, 16 Mann „starken“ Klub, der „Deutschnationalen Vereinigung“, zusammen, aus dem später die Deutschnationale Partei hervorgehen sollte.⁷⁹⁹ Zunächst bildete er jedoch den nationalen Flügel der „Vereinigten Christen“. Der Rest des „Deutschen Klubs“ kehrte in den altliberalen „Deutschösterreichischen Klub“ zurück, der sich nun mit seinen 110 Mitgliedern „Vereinigte deutsche Linke“ nannte.⁸⁰⁰ Auffallend war dabei die Streichung des Namens „Österreich“.

Die regionale Zusammensetzung der „Deutschnationalen Vereinigung“ mit neun Deputierten aus den Alpenländern, drei aus Niederösterreich und nur vier aus den Sudetenländern ist ein deutliches Zeichen für die mangelnde Aufnahmebereitschaft des Liberalismus in den Alpenprovinzen, wo es keine Zeit für aufgeklärte und kosmopolitische Ideale und kein Interesse an einer freien Wirtschaft mehr gab, während sich überraschenderweise in den Sudetenländern trotz der „slawischen Bedrohung“ aus Gründen der starken Industrialisierung leidenschaftliche nationale Gefühle mit einer selbstsicheren Weite der liberalen Ideen verbinden konnten.⁸⁰¹ Nur allzu bald sollte auch der Liberalismus seine Reise nach Deutschböhmen antreten, um in den Alpenländern als ehemals parlamentarische Größe fast vollkommen zu verschwinden.

4.2 Der „Deutsche Turnerbund“

Die Jahre 1886/87 standen ganz im Zeichen eines deutlichen Wandels der Schönerer-Bewegung. Die damit verbundenen Spaltungstendenzen zeigten sich nun auch in einem Lager, das sich traditionellerweise immer innig mit Schönerer verbunden gefühlt hatte, nämlich bei den Turnern. Sie sind ein weiteres Beispiel dafür, wie sich ein kompromißloser Rassenantisemitismus sogar über eine stets heißersehnte nationale Verbindung mit dem Deutschen Reich stellen konnte. Zusätzlich war bei den Turnern das Gefühl verankert, wann immer Widerstandstendenzen aus dem Reich zu beobachten waren, ein „besseres Deutschtum“ eben in Österreich zur Blüte gelangen zu lassen.

Die Betrauung des seit 1882 im Turnrat des I. W. T. V. tätigen Schönerer-treuen Oberturnwartes Franz Xaver Kiessling mit der erstmaligen Ausführung des „Hellenischen Fünfkampfes“ im Rahmen der 25-Jahr-Jubiläumsfeier des Vereines am 28. Juni 1886 führte auch gleich zu einem heftigen Eklat. Kiessling schloß die jüdischen Turner Jakob Hiss und Friedrich Meier mit der Begründung von der Teilnahme an dem Wettbewerb aus, daß nur Deutsche arischer Abkunft für den Fünfkampf vorgesehen seien.⁸⁰² Das oberste Organ der österreichischen Turnerschaft, der aus

799 FERBER, Walter, Die Vorgeschichte der NSDAP in Österreich, S. 10.

800 PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus, S. 131.

801 Ebd., S. 132.

802 BENDA, FRANZ, Der Deutsche Turnerbund 1889, S. 201f.

achtzehn Mitgliedern bestehende Turnrat, entzog Kiessling daraufhin die Leitung und untermauerte diesen Schritt mit einer am 27. Mai 1886 herausgegebenen Resolution, die den Antisemitismus als „Schandfleck des 19. Jahrhunderts“ verurteilte. Kiessling wiederum veröffentlichte im Eigenverlag Georg von Schönerers, der als Reichsratsabgeordneter immun war, die von der Zensur beanstandete Hetzschrift „Feinde deutscher Turnerei“, mit der er gemäß dem Vorbild der Burschenschaften als erster für den Rassenantisemitismus in den Turnvereinen warb. Beeinflußt von Dühring, propagierte Kiessling die „arische Abkunft“ der Turner gegenüber den „verjudeten Deutschen, den Judenknechten und Rassenjuden“, den „drei argen Feinden unserer deutschen Turnerei“. Die „arische Abstammung“ bedeutete für ihn eine „Weltanschauung“, unter der er eine „höhere geistige und seelische Wesenheit der Menschen, verbunden mit edlerer, höherer Lebensführung“ verstand.⁸⁰³

Trotz dieser Schrift gab der Turnrat auf Betreiben mehrerer Turnverbindungen doch zugunsten Kiesslings nach, weil der Fünfkampf als Teil der Festordnung schon allgemein bekannt war.⁸⁰⁴ Doch Kiessling verfolgte mit seinem Vorstoß ein weiteres Ziel, nämlich die antisemitische Übernahme der durch den Streit vakant gewordenen Turnratssitze der erbost ausgetretenen liberalen und jüdischen Vertreter, welches er in der Winterhauptversammlung am 27. Februar 1887 auch erreichte. Das genügte ihm aber anscheinend noch nicht: Am 3. April 1887 schleuste Kiessling vor einer von ihm einberufenen außerordentlichen Vereinsversammlung an die 140 Personen aus anderen antisemitischen Turnvereinen und 10 Burschenschafter in die Sitzung ein. Unter großer Mit Hilfe Julius Krickls und Franz Kaisers stimmten sie mit einer knappen Zweidrittelmehrheit dem einzigen, vorher verheimlichten Tagesordnungspunkt zu, nämlich dem Antrag des Vorsitzenden Kiessling, den Arierparagraphen in den Turnvereinen einzuführen.⁸⁰⁵ Nur vier Wochen später bewilligte die „k. k. niederösterreichische Statthalterei“ diese Satzungsänderung anstandslos (!). Wenig später flatterte allen Mitgliedern des 1. W. T. V. ein „gelber Zettel“ mit folgendem Inhalt ins Haus: „Nach den beiliegenden, behördlich genehmigten Satzungen sehen wir uns veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, daß gemäß § 3 der Satzungen, Juden (ob nicht getauft oder getauft) weder Mitglieder noch Teilnehmer des Vereines sein können. Der gefertigte Turnrat würde sich daher bemüßt fühlen, die dem § 3 nicht entsprechenden Vereinsangehörigen, falls diese nicht bis 31. Juli 1887 freiwillig aus dem Verein scheiden, satzungsmäßig zu streichen.“⁸⁰⁶

Als „höchste nationale Errungenschaft“ hatte es noch Julius Krickl „der Ältere“ angesehen, nach dem verlorenen Bruderkrieg als XV. Turnkreis, der aus 15 Gauen der ehemals zum Deutschen Bund gehörigen Bundesländer Österreichs (Anm. Alpenländer und Böhmen) bestand, dem reichsdeutschen Verband „Deutsche Turnerschaft“ anzugehören und eine enge Verbindung zu

803 KIESSLING, Franz Xaver, *Feinde deutscher Turnerei*, Rosenau 1886, S. 22.

804 KIESSLING, Franz Xaver, *Turnerisches und völkisches Geschehen im Wandel der Zeiten*, Wien 1940, S. 54f.

805 Ebd., S. 209.

806 Zitiert in: SCHMIDL, Roland, *Der Deutsche Turnerbund (1919) und seine politische Relevanz in der Ersten Republik Österreich*, phil. Diss. 1978, S. 27–36.

pflegen. Ausgerechnet diese „Deutsche Turnerschaft“ erteilte Kiessling am 20. Juli 1887 auf ihren Sommerfestspielen, dem „9. Deutschen Turntag zu Coburg“, in der Person ihres Geschäftsführers, des Leipzigers Ferdinand Goetz, wegen des Ausschlusses der Juden eine saftige Rüge. Kiessling, der sich zunächst damit verteidigt hatte, dem Verein geholfen zu haben, sich auf eine höhere nationale Stufe zu stellen, ging sofort auf Konfrontationskurs. Er reizte Goetz ganz bewußt mit einem Artikel in den „Unverfälschten Deutschen Worten“, in dem er seine persönlichen Ansichten vom „Deutschen Turntag“ in Coburg zum besten gab: „Es ... mischten sich die Freisinnler, d. h. Judenknechte mit unerhörter Frechheit in Verhältnisse ein, ohne im geringsten hierzu berufen zu sein.“⁸⁰⁷ Schließlich sah sich Goetz wegen des vom 13. bis 16. August 1887 abgehaltenen Kreisturnfestes in Krems, auf dem es angeblich zu wüsten antisemitischen Ausschreitungen gekommen war, veranlaßt, an Kiessling einen Brief zu richten und gleichzeitig seine Ehrenmitgliedschaft im 1. W. T. V. niederzulegen: „Ich habe ihnen ... zu erklären, daß ich ihren Kampf gegen das Judentum schon im Allgemeinen nicht zu billigen vermag, daß ich denselben, wie Sie ihn auf Kosten der Einigkeit der Deutschen Österreichs treiben, für einen unerhörten Frevel am Deutschtum halte, und daß ich die Form, in den sie den Kampf einkleiden, für eine derart unsittliche und geradezu empörende erkläre. Das Auftreten endlich ihrer Genossen in Krems ist ein so schimpfliches, geradezu bubenhaftes, und vor allem der Turnsache unwürdiges und diese vor ganz Deutschland bloßstellende gewesen, daß – nach meiner Überzeugung – für solche Leute kein Raum mehr in der Deutschen Turnerschaft ist! ... Prüfen Sie noch einmal, was Sie getan, – was sie aus einem Verein gemacht haben, der 25 Jahre in Ehren und Eintracht ein Glied der Deutschen Turnerschaft war! ...“⁸⁰⁸ Franz Xaver Kiessling erwiderte Goetz in einem Brief vom 1. September 1887: „Den Kampf, den wir Nationale in Österreich für die heiligsten Güter unseres deutschen Volkes, gegen seine ärgsten Feinde Judentum und Slawentum führen, können Sie ... nicht vollkommen begreifen. Sie nennen in dieser Ihrer Unkenntnis einen Kampf, den ein großer Teil ihrer Stammesbrüder gegen das übermächtige Slawentum führt, einen ‚empörenden unsittlichen‘, ... ich aber nenne den Kampf der Deutschen an der Seite des entsittlichsten Volkes der Welt, wie es die Juden sind, einen schandvoll unsittlichen. An Seiten von solchen Fremden zu kämpfen, sich durch Juden fraglichen Lorbeer zu erringen, das ist nicht deutsche Sitte, das ist undeutsch, das zeigt von schwachem Glauben an die reine Gute Sache ... Ich glaube trotz Ihrer Judenfreundlichkeit kaum, daß Sie ... die Ausschachtung deutscher Bauerngüter, die Schädigung der deutschen Handwerker – und des Gewerbestandes, der Verrat der Juden am ... Reich und all jene Erscheinungen, an denen ausgesprochen jüdischer Geist die Schuld trägt ... gleichgültig läßt ... Wir nationalen Turner wünschen nichts Sehnllicheres als in Ruhe gelassen zu werden, wir wollen unter Deutschen turnen, nicht aber mit polnischen, ungarischen und anderen Juden in oft sehr unangenehme Berührung kommen ...“⁸⁰⁹ Der „Fünfkampfstreit“ war endgültig zur „Turnfehde“ geworden.

807 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 16 (1887), S. 245.

808 Zitiert In: BENDA, Franz, Der Deutsche Turnerbund 1889, S. 219f.

809 Zitiert In: BENDA, Franz, Der Deutsche Turnerbund 1889, S. 221.

Einem von Goetz verfaßten Artikel, in dem er den österreichischen Kreisturnrat aufforderte, „das Übel, ehe es noch größer wird, an der Wurzel anzufassen, ein solcher Geist, wie ihn die Herren in Wien großgezogen haben, gehört nicht in die Deutsche Turnerschaft, hinaus mit ihm, die wahren Turner gehen uns nicht verloren“, folgte ein Protestschreiben der Turnvereine 1. W. T. V., TV-Zwettl, TV-Sechshaus, TV-Mariahof, TV-Ottakring, TV-Penzing, TV-Jahn-Währing, TV-Obergrund, TV-Krems, TV-Tulln, Turnerverbindung „Deutsche Wacht“ und Turnerverbindung „Friesen“ in den „Unverfälschten Deutschen Worten“. Schließlich richtete die reichsdeutsche „Deutsche Turnerschaft“ am 14. Dezember 1887 ein Ultimatum an den Kreisturnrat des XV. Turnkreises, Erhebungen gegen mehrere Vereine des Niederösterreichischen Turngaues durchzuführen. Diese hätten bis zum 10. Jänner 1888 die Versicherung abzugeben, die antisemitischen Agitationen künftig zu unterlassen und die Beleidigungen gegenüber Ferdinand Goetz wiedergutzumachen. Andernfalls müßten sie sich von der „Deutschen Turnerschaft“ als ausgeschlossen betrachten.⁸¹⁰ Der Niederösterreichische Turngau reagierte mit den oben genannten 12 Vereinen auf „seine“ Weise: Seine Delegierten beschlossen auf dem am 15. Juli 1888 abgehaltenen 25. außerordentlichen Gauturntag eine Änderung des § 1 des Gaugrundgesetzes mit nur sechs Gegenstimmen, die den Erwartungen des parallel in München tagenden Ausschusses der „Deutschen Turnerschaft“ diametral widersprach: Demnach sollten in den Gau künftig nur mehr diejenigen Vereine aufgenommen werden, deren Mitglieder Deutsche arischer Abkunft wären. Bereits am nächsten Tag erfolgte aus München die Bestätigung des Ausschlusses wegen Verletzung des § 4 des Grundgesetzes der „Deutschen Turnerschaft“.⁸¹¹

Nach einem ausdrücklichen „Berufungsverzicht“⁸¹² ging Franz Xaver Kiessling daran, den in seiner Schrift „Feinde deutscher Turnerei“ geäußerten „Traum“ von einem „rein arischen Turnverband“ zu verwirklichen.⁸¹³ Am 27. Jänner 1889 hielten die ausgeschlossenen Vereine des Niederösterreichischen Turngaues einen Gauturntag ab, auf dem sich ein achtköpfiger Ausschuß bildete, dem auch Kiessling angehörte. Dieser Ausschuß arbeitete Satzungen aus, die diesmal das Innenministerium am 2. Juni 1889 anstandslos genehmigte.⁸¹⁴ Am 27. außerordentlichen Gauturntag vom 6. Oktober 1889 wurde der korporative Übertritt des gesamten niederösterreichischen Turngaues zum neuen Dachverband, der sich nun „Deutscher Turnerbund“ nannte, beschlossen und eine Woche später die Gründungsversammlung unter dem Slogan Schönerers „Durch Reinheit zur Einheit“ abgehalten. Satzungsmäßig bezeichnete sich der „Deutsche Turnerbund“ als ein Verband der „deutschen Turnvereine, welche nur aus Deutschen (arischer Abkunft) bestehen und vom Ausschuß des deutschen Turnerbundes über ihr Ansuchen in den Verband aufgenommen werden.“ Der Zweck dieses Verbandes sollte die „Verbreitung und allseitige Pflege des deutschen

810 BENDA, Franz, Der Deutsche Turnerbund 1889, S. 226f.

811 HIRTH, Fritz / Anton KIESSLICH, Geschichte des Turnkreises Deutschösterreich, Teplitz-Schönau 1928, S. 203f.

812 Mitteilungen des niederösterreichischen Turngaues 1888, Nr. 6, S. 72.

813 BENDA, Franz, Der Deutsche Turnerbund 1889, S. 298.

814 Mitteilungen des niederösterreichischen Turngaues 1889, Nr. 9, S. 111. Mitteilungen des niederösterreichischen Turngaues 1889, Nr. 15, S. 169f.

Turnens im unverfälschten Sinn Jahns, als Mittel zur Wahrung und Förderung deutschen Volkstums, zur Schaffung und Stärkung deutscher Mannhaftigkeit, allgemeiner Tüchtigkeit und des Stammesbewußtseins im deutschen Volke“ sein.⁸¹⁵ Recht bald gelang es dem D. T. B., dem am 1. Jänner 1890 bereits 22 Vereine mit 2690 Mitgliedern angehörten, auch wieder Verbindungen mit dem Reich aufzunehmen: Zur Förderung und Verbreitung des „unverfälscht Jahn’schen Turnernthums“ innerhalb der „Deutschen Turnerschaft“ bildete sich 1889 auf dem „VII. Deutschen Turnfest“ in München ein eigener Ausschuß „aus Gesinnungsgenossen aus ganz Deutschland“.⁸¹⁶ Im Jahre 1890 trat der „Turnverein Berlin“ dem D. T. B. bei, der 1892 mit dem „Turnverein Angermünde“ und dem „Turnverein Storkow“ zum „Brandenburgischen Turngau“ des „Deutschen Turnerbundes“ zusammengefaßt wurde.⁸¹⁷ Mit einer unglaublichen Vehemenz hatte es Franz Xaver Kiessling mit der Unterstützung Schönerers und Krickls geschafft, eine rein „arische“ Organisation auf die Beine zu stellen, was ihm später den Beinamen „Schönerer der Turner“ einbrachte.

815 Zitiert in: BENDA, Franz, Der Deutsche Turnerbund 1889, S. 299.

816 Die Burschenprüfung im Turnverein Friesen in Hernals, Wien 1893, S. 21.

817 Mitteilungen des niederösterreichischen Turngaues 1889, Nr. 23 und Nr. 25, S. 254 und S. 218f.

5. Georg von Schönerers vorläufiges politisches Ende

Georg von Schönerers „Politik der Rundumschläge aller Art“, die zuerst das Judentum treffen sollte, vor allem die mit einem überproportionalen Anteil an Juden vertretene Presse, richtete sich gegen Ende der 80er Jahre immer stärker gegen das als „undeutsch“ verunglimpfte Haus Habsburg. Was als Taktik und Strategie der Burschenschaften begonnen hatte, nämlich schier unlösbare „Fragen“ an die „reaktionäre“ Monarchie zu stellen, um ihren Auflösungsprozeß zu beschleunigen, setzten Schönerer und die Alldutschen mit ihrer Hohenzollernverehrung fort. Diese erreichte am 22. März 1887 mit dem Festkommers anläßlich des 90. Geburtstages Wilhelms I. einen weiteren Höhepunkt: Auf der Feier, die Schönerer wegen des bekannten Streits mit den „Vereinen Deutscher Studenten“ nur mit den konservativen Burschenschaften beging, brachte er einen Trinkspruch auf „des Kaisers Majestät, dem geistigen Oberhaupt Alld Deutschlands“ aus.⁸¹⁸ Ob es sich dabei um Landesverrat und Illoyalität gegenüber dem Kaiser von Österreich handelte, bei dem die Polizei verpflichtet gewesen wäre einzuschreiten, oder ob Schönerer nur die Verehrung einer mit Österreich befreundeten Macht demonstrieren wollte, fragten sich Regierungskreise und der Hof mit zunehmendem Ärger, aber auch mit Unsicherheit. Mit einem Einschreiten der Polizei hätte man eine weitere Entfremdung der Beteiligten vom Staat riskiert, während ein unbeteiligtes Zusehen wieder eine indirekte Unterstützung für eine subversive Propaganda bedeutet hätte.

Was Schönerer bisher bei seinen nicht ganz ungefährlichen Bestrebungen zugute gekommen war, nämlich die österreichische Strategie, einmal abzuwarten, da bellende Hunde bekanntlich nicht beißen, nahm mit der Ablöse des äußerst liberalen, aber glücklosen Unterrichtsministers Conrad Freiherr von Eybelsfeld durch Paul Freiherr Gautsch von Frankenthurn ein jähes Ende. Gautsch war von der ersten Minute an bestrebt, mit den äußersten Mitteln gegen die akademische Jugend und ihre Verführer durchzugreifen. So erklärte er am 16. Jänner 1888: „Die politischen Bestrebungen der Jugend gehen nicht aus dieser hervor, sondern werden von Politikern in sie hineingetragen“; jedermann wußte, wer gemeint war.

Nur wenige Tage später, am 25. Jänner 1888, brachte der Minister einen Gesetzesentwurf, „Verhältnis der akademischen Behörden zu Vereinen und Versammlungen Studierender“, im Reichsrat ein, der die Disziplinarmacht der Universitäten „zum Schutz der Jugend“ durch erleichterte Relegationen stärken sollte und sich gegen jede nationale und politische Betätigung richtete. Die Reaktionen blieben nicht aus: Ungestraft bezeichnete der alldutsche Abgeordnete Karl Türk

818 MAYER-LÖWENSCHWERDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 100.

Gautsch als einen „Knecht der jüdischen Presse, über den die Geschichte einst urteilen“ werde.⁸¹⁹ Sofort war die Verbindung zur „jüdischen Presse“ hergestellt, die das alles „bestellt“ habe. Gautsch, der spätere Nachfolger Graf Badenis als Ministerpräsident, machte sich mit diesem Entwurf schon in den ersten Tagen seiner Ministerschaft bei den Alideutschen verhaßt – eine tragische Hypothek für das Jahr 1898. Die Regierung zählte ihrerseits auf, daß von 235 Korporationen bereits 81 deutschnational waren. Die sich angesprochen fühlenden Mitglieder der Verbindungen unterbrachen die Sitzungen des Reichsrats von der Galerie aus mit Lärm und Zwischenrufen. Vor den Fenstern des Rektors ertönte die „Katzenmusik“ des Jahres 1848.⁸²⁰ Die Versäumnisse der Regierungen früherer Jahre rächten sich jetzt bitter, denn das ohnehin fragwürdige Verbot politischer Betätigung der Studenten, das längst dem toten Recht angehörte, hatte jegliche Beschäftigung und Vorbereitung einer mündigen Jugend verhindert, die nun bereit war, zu kämpfen. In einem von den Studenten verschiedenster Couleurs unterzeichneten Schreiben an das Abgeordnetenhaus bezeichneten sie am 25. Jänner 1888 den von Gautsch eingebrachten Entwurf als „chinesische Mauer“, die sich um die Studenten lege. Es fehlte auch nicht an ironischen Worten, um den Entwurf wegen seiner Verspätung einer gewiß nicht abzusprechenden Lächerlichkeit preiszugeben: „Von nun an den akademischen Bürger sozusagen mit gebundener Marschroute durch die Semester zu befördern, ihn zu verhindern, in einen, über die Grenzen seines Brotstudiums hinausgehenden Ideenkreis einzudringen, und sich namentlich mit Fragen zu beschäftigen, denen er gegenüber mit eingetretener politischer Volljährigkeit endlich doch Stellung nehmen und sich dafür auch vorbereiten muß, ist zweifellos Zweck und Absicht dieses Gesetzes“. Der Unterrichtsminister stellte sich diesem durchaus diskussionswürdigen Problem auf seine Weise: Er wies den Akademischen Senat an, gegen die Unterzeichner des Schreibens disziplinarrechtlich vorzugehen.⁸²¹

Die nationale Erhitzung, gegen die der Entwurf ja hauptsächlich gerichtet war, folgte auf dem Fuß und fiel wie immer heftig aus: Der aus Czernowitz stammende Universitätsprofessor und Reichsratsabgeordnete Anton Tomaszczuk, der Schönerers Rassenhaß kritisiert und für Gautsch Partei ergriffen hatte, wurde von Türk niedergeschrien und von den Studenten beschimpft.⁸²² Die Burschenschaften Wiens sandten ihm einen Brief, der mit dem Hinweis auf eine von ihm gehaltene Reichsratsrede begann: „Die Korruption wird nahezu ein nationales Unglück, wenn sie sich zum Objekt ihrer Verlockung die Jugend wählt und wenn sie in das Herz der Jugend das Gift des Hasses, des Neides und der politischen Gehässigkeit einimpft: Wir, die Burschenschaften Wiens, müssen Ihnen als Nichtdeutschen vor allem die Berechtigung absprechen, sich zum deutschnationalen Lehrmeister aufzuwerfen. In begründetem Hasse gegen alles Unwahre und Undeutsche sprechen wir Ihnen, dem begeisterten Anwalt der korrupten verlogenen jüdischen Presse

819 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, X. Session, 191. Sitzung vom 16. Februar 1888, S. 6977.

820 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

821 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

822 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 118.

und jenem keineswegs beneidenswerten Vertreter des deutschen Volkes in Österreich, welches ... in ihrer Abhängigkeit vom Judentum es noch nie zu einer wahrhaft deutschen Tat bringen konnte, unser tiefstes Bedauern aus.“⁸²³

Mitten im aufziehenden Getümmel befand sich Schönerer. Eine von ihm in kürzester Zeit im Reichsrat eingebrachte Petition mit den Unterschriften von 1200 Studenten und eine Interpellation, in der er auf die Rechte und die Pflichten der Studenten hinwies, konnten jedoch an der Tatsache wenig ändern, daß sich diese auf die Auflösung ihrer Verbindungen vorbereiteten. Auf dem Stiftungsfest der Burschenschaft Teutonia am 28. Jänner 1888 im Ressource-Saal unweit der Universität (Breit's Bierhalle, Reichsratsstraße 3)⁸²⁴, konnten sich die Teilnehmer erstmals vom härteren Eingreifen der Polizei bei jeder Anspielung auf die politischen Verhältnisse überzeugen. Als ein Redner die letzte Strophe des Liedes „Wir hassen, was sich sklavisch beugt vor Thron und Altar“ rezitierte und ein anderer vor den Reichsratsabgeordneten Schönerer, Vergani, Fiegl und Türk die „liberale Duselei“ der 60er Jahre verurteilte, da nun alle Mitglieder Anhänger Schönerers seien, löste der im Saal anwesende Polizeikommissär die Veranstaltung sofort auf.⁸²⁵ Den vordergründigen Anlaß dazu bot ihm das „Hoch“ auf den Burschenschafter Josef Ursin: Nach der „Tomaszczuk-Affäre“ relegiert und nach Innsbruck gezogen, hatte er verkündet, daß sein Vater am selben Tag aufgrund einer Nachwahl in den Reichsrat eingezogen war.⁸²⁶ Bei dem nun folgenden Wortwechsel mit dem Regierungsvertreter verteidigte Schönerer die Studenten wegen ihres beispielhaften deutschen Patriotismus und bezeichnete den Rektor, die Professoren und die Minister unter dem Hoch seiner Anhänger als „Schurken, Verräter und Judenlieblinge“. Er brachte ein „Pereat auf den verhätschelten Liebling der Judenpresse“ aus, womit zweifellos Gautsch gemeint war und forderte die Anwesenden wieder einmal zum „Sitzen bleiben, wir gehen nicht“ auf, bis plötzlich ein stärkeres Polizeiaufgebot erschien, welches die passiven Widerstand leistenden Studenten und deren Gäste unter wüsten Beschimpfungen aus dem Saal tragen mußte.⁸²⁷ Diesmal verlor Georg von Schönerer seine Immunität als Abgeordneter aufgrund der §§ 312 und 314 des Strafgesetzbuches, „Beleidigung von Wacheorganen“ und „Einmischung in öffentliche Dienste“, und wurde vom Reichsrat ausgeliefert.⁸²⁸ Die behördliche Auflösung der Teutonia wurde bereits am 6. Februar 1888 verfügt.⁸²⁹

823 Schreiben der Burschenschaften Wiens an den Reichsratsabgeordneten Anton Tomaszczuk, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

824 An der Veranstaltung nahmen neben der Teutonia die Vertreter der Libertas, Frankonia, des Wiener akademischen Turnvereins, des Turnvereins Deutsche Wacht – eine „Nebengründung Kiesslings“, die Turnverbindung Friesen-Hernals und die Vereine „Oberösterreichische Germania“ und Philadelphia teil.

825 Polizeibericht vom 29. Jänner 1888, abgedruckt In: Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, X. Session, 204. Sitzung vom 20. März 1888, S. 7396f.

826 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

827 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

828 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, X. Session, 204. Sitzung vom 20. März 1888, S. 7398f.

829 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 293.

In maßloser Überschätzung seiner Stärke und in Anwendung eines von ihm selbst gebrauchten Schlagwortes, daß die „Rettung nur durch Betätigung kommen werde“, setzte Schönerer zu Anfang des Jahres 1888 erneut seine Angriffe auf die liberale Presse fort. Sie hatte sich während der Auseinandersetzungen mit den Studenten nun ganz auf die Seite der Regierung gestellt und war der einzige Sündenbock, dessen man straflos „habhaft“ werden konnte. Am 24. Februar 1888 hielt Schönerer in den Sofiensälen vor 5000 Zuhörern eine Rede, die als das Überschreiten einer letzten Hemmschwelle aufzufassen ist. Das darin angekündigte handfeste Resultat sollte sich zwei Wochen später einstellen: „Seit dem Augenblick, als die Juden die Presse in die Hände bekamen, sind unsere politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zustände in Zersetzung begriffen. Eine feile Rotte von Zeitungsschreibern ist bestrebt, systematisch zugunsten des Judentums die Wahrheit zu verfälschen und zu egoistisch-jüdischen Zwecken die Lüge tatsächlich zu verbreiten, mit unerhörter Schamlosigkeit alle ehrlichen Bestrebungen zu verunglimpfen, alles Gute, Schöne, Edle zu verhöhnen und die Rechtspflege durch eine witzig sein sollende Berichterstattung herabzuwürdigen. Das Parlament wäre in erster Linie berufen, der korrupten Presse das Brandmal der vollsten Verachtung auf die Stirne zu drücken und Sache der Volksvertretung wäre es, Gesetze gegen die moralische Fäulnis der verjudeten Presse zu schaffen und Maßnahmen gegen die Fälschung der öffentlichen Meinung zu veranlassen; dann könnte das jüdische Gift nicht mehr wie jetzt Tag um Tag ausgespritzt werden ... Die Schonzeit der jüdischen Zeitungsschreiber und ihrer Genossen ist nunmehr für alle Zeiten vorbei.“⁸³⁰

5.1 Der Anlaßfall

Kurz nach dem aufgelösten „Wagner-Kommers“ und den Tumulten nach der „Relegationskneipe“ des Jahres 1883 war ein anonymes Drohbrief in der Redaktion des „Extrablattes“ eingelangt, den die Zeitung in scheinbarer Kenntnis des Verfassers auch prompt veröffentlichte: „Die Redaktion ... wird hiermit aufmerksam gemacht, daß, wenn noch eine einzige Schmähung auf den Herrn Reichsratsabgeordneten Ritter von Schönerer ... erscheinen sollte, wir uns nicht werden abhalten lassen, die Schreiber derselben gehörig zu züchtigen, und dies derart, daß ihnen wohl derlei Grobheiten zu schreiben lange nicht in den Sinn kommen dürfte.“⁸³¹ Fünf Jahre später fühlte sich Schönerer stark genug unterstützt, um seine damals geäußerte Drohung in die Tat umzusetzen.

Er verbrachte den Abend des 8. auf den 9. März 1888 mit einigen Gesinnungsgenossen im Gasthaus Skoda in der Auersperggasse, um dort das bevorstehende Ableben des schwerkranken deutschen Kaisers Wilhelm I. zu betrauern, als eine Extraausgabe des „Neuen Wiener Tagblattes“ verfrüht den Tod des 91jährigen Hohenzollerns meldete.⁸³² Franz Ferdinand Masaidek, der im

830 Zitiert in: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. II, S. 12.

831 Illustriertes Wiener Extrablatt, Nr. 107 vom 20. April 1883, S. 2.

832 MAYER-LÖWENSCHWERDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 103. Vgl. FERBER, Walter, Die Vorgeschichte der

nachfolgenden Prozeß als Zeuge auftrat, schilderte die nun kommenden Ereignisse in seiner Schönerer-Biographie am ausführlichsten, wenn auch in der Wolle gefärbt.⁸³³ Nachdem ein Parteigenosse um Mitternacht mit einem zweiten Extrablatt gekommen war, in dem mitgeteilt wurde, daß der Kaiser noch am Leben sei – er starb nur Stunden später um 8 Uhr 30 des 9. März – war die Wut groß, daß die „jüdische Presse“ mit dem Sterben des „Deutschesten aller Deutschen“ Geschäfte mache. Einige dachten auch an ein Börsenmanöver.⁸³⁴ Robert Pattai führte später im Reichsrat in seiner Verteidigungsrede für Schönerer aus, daß dieser Irrtum möglicherweise auf ein Privattelegramm aus Berlin zurückzuführen gewesen sei, in dem es geheißen hatte, „Das erwartete Ereignis ist eingetroffen“.⁸³⁵ Auch das Bestreben der Zeitungen, zu Beginn des Zeitalters der Massenkommunikation, Sensationsnachrichten noch vor allen anderen zu bringen, könnte eine Ursache für diesen „Irrläufer“ gewesen sein. Nach kurzer Absprache beschlossen etwa 15 Personen, unter denen sich keine Studenten befanden, vom Lokal in der Auerspergasse in die Redaktionsräume des „Neuen Wiener Tagblattes“ in die Innenstadt, Steyrerhof 3, nebst der Rotenturmstraße zu gehen, um „nachzufragen“, welche Nachricht die richtige sei.⁸³⁶ Unter den Begleitern Schönerers befanden sich Karl Türk, Ernst Vergani, Franz Masaidek und Julius Krickl der Jüngere.⁸³⁷ Auch dessen Vater, Julius Krickl der „Ältere“, soll sich mit den anderen in die Redaktionsräume gedrängt haben, wo sich zu diesem Zeitpunkt drei Redakteure und eine Sekretärin aufhielten.⁸³⁸

Dort dürfte die Sache eskaliert sein, denn Schönerer soll die Redaktionsmitglieder mit den Worten „Der Tag der Rache ist gekommen“, aufgefordert haben, „niederzuknien und Abbitte zu leisten“. Darauf kam es zu einer Schlägerei mit herbeigeeilten Druckereiarbeitern, bei der es aber nur Leichtverletzte gab. Nach der Aussage Masaideks wurde als einziger der spätere Mitangeklagte Schönerers, Eduard Gerstgrasser, der Sekretär seines Anwalts Eduard Klinger, so arg verletzt, daß er verarztet werden mußte.⁸³⁹ Die „Übrigen“ begaben sich gemeinsam auf die Polizeidirektion. Die Redakteure erstatteten Anzeige, daß Georg von Schönerer und seine Begleiter die Tür versperrt und sie mit Fäusten und mitgebrachten Stöcken mißhandelt hätten. Schönerer beteuerte, er habe nur die Fakten eruieren wollen und habe, nachdem er sich verbal abreagiert hätte, die Räume wieder verlassen. Niemand glaubte aber dem durch seine zahlreichen „Auftritte“ als jähzornig be-

NSDAP in Österreich, S. 26. ELMAYER-VESTENBRUGG, Rudolf, Georg Ritter von Schönerer. Der Vater des politischen Antisemitismus. Von einem, der ihn selbst erlebt hat, München 1936, S. 7. CARSTEN, F. L., Faschismus in Österreich, S. 20. SCHNEE, Heinrich, Georg Ritter von Schönerer, S. 36. TRISCHLER, Franz, Georg von Schönerer – eine österreichische Tragödie, Wien 1992, S. 15.

833 MASAIDEK, F. F., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, S. 28f.

834 ELMAYER-VESTENBRUGG, Rudolf, Georg Ritter von Schönerer, S. 7.

835 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, X. Session, 204. Sitzung vom 20. März 1888, S. 7382.

836 MASAIDEK, F. F., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, S. 29.

837 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 121.

838 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. II, S. 454.

839 MASAIDEK, F. F., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, S. 30.

kannten Schönerer.⁸⁴⁰ Eine nachträgliche Beurteilung dieses Falles erscheint schwierig: Handelte es sich bei dem Vorfall um einen nicht allzu spektakulären Akt eines Zornausbruches, oder um eine politische Handlung, bei der ein Reichsratsabgeordneter seine Immunität mißbrauchte und aus Motiven des Rassenhasses einen Schlägertrupp in eine Redaktion schickte, um das Personal einzuschüchtern und dabei die Freiheit der Presse verletzte, nur weil ihm eine Zeitungsschlagzeile über ein von ihm selber erwartetes Ereignis, das noch dazu in derselben Nacht eintrat, nicht genehm war? Nur mit heutiger Kenntnis der nachfolgenden Geschehnisse läßt sich dieses Ereignis als sicherer erster Akt eines „rechten Terrors“ qualifizieren. Pikant wird der Vorfall aber erst durch die Tatsache, daß die parlamentarische Immunität ja gerade Abgeordnete in Ausübung ihrer politischen Tätigkeit schützen sollte, Schönerer daher bei Vorliegen einer politischen Handlung gar nicht ausgeliefert hätte werden können. Gehörte nun der Rassenantisemitismus zu seinen parlamentarischen Gepflogenheiten, so stand sein Angriff „offensichtlich in einem Zusammenhang mit seiner politischen Tätigkeit als Abgeordneter“. Erhellend für die zweite Version ist außerdem die Tatsache, daß nach den Worten Erwin Mayer-Löwenschwerdts die „Wiener Allgemeine Zeitung“ „gestand“, innerhalb einer Stunde 80.000 Stück einer Sonderausgabe mit der falschen Todesnachricht verkauft zu haben⁸⁴¹, sich daher auch andere Zeitungen geirrt hatten. Schönerer suchte aber gerade die Redaktion des „Neuen Wiener Tagblattes“ auf, weil er erstens mit dessen Chefredakteur Moritz Szeps bekanntlich im Jahre 1884 prozessiert und eine „Rechnung zu begleichen hatte“, andererseits keine Zeitung so viele jüdische Redakteure aufzuweisen hatte – 1893 waren von 26 Redakteuren 22 jüdischer Herkunft.⁸⁴²

Es ist daher anzunehmen, daß Georg von Schönerer mit den verbalen oder tatsächlich erfolgten Hieben wegen der überall bekannten engen Verbindungen Moritz Szeps zu Kronprinz Rudolf auch das Haus Habsburg treffen wollte, welches auch in einem direkten oder indirekten Zusammenhang mit seiner Verurteilung stand. Gerade Rudolf wurde auch von den verherrlichenden Schönerer-Biographen der 30er und 40er Jahre immer wieder als der „teuflische Widerpart“ beschrieben. So zitierte ihn der spätere Mitstreiter Schönerers, Franz Stein: „Ich begreife nicht, daß man diesen Schönerer frei herumlaufen läßt. Dieser Mensch ist entweder verrückt, dann gehört er in ein Irrenhaus, oder er ist bei gesundem Verstand, dann gehört er mit seiner Agitation vor Gericht.“⁸⁴³ Noch 1996 schrieb Brigitte Hamann: „Diesmal wurde Schönerer mit tatkräftiger Hilfe des Kronprinzen vor Gericht gestellt.“⁸⁴⁴ Zweifellos nahm dieser an dem Vorfall in bewertender Weise Anteil, als er seiner Gemahlin Stephanie schriftlich mitteilte, „Schönerer hat einen Beutezug in die Zeitungsredaktion begangen“.⁸⁴⁵ Jedenfalls kam den Schönerianern, die dieses Ereignis wegen seiner Folgen stets besonders hervorhoben, um Schönerer zum Märtyrer zu ma-

840 BENDA, FRANZ, Der Deutsche Turnerbund 1889, S. 136f.

841 MAYER-LÖWENSCHWERDT, ERWIN, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 103.

842 SCHNEE, HEINRICH, Georg Ritter von Schönerer, S. 43.

843 STEIN, FRANZ, Der Rufer der Ostmark. Georg von Schönerers Leben und Kampf, Wien 1941, S. 38.

844 HAMANN, BRIGITTE, Hitlers Wien, S. 354.

845 STEIN, FRANZ, Der Rufer der Ostmark, S. 38.

chen, jeder, besonders von neutraler Seite geäußerte Vorwurf der Beeinflussung des Gerichts sehr gelegen. Sie zitierten dabei recht gerne den späteren Ministerpräsidenten Richard Freiherr von Bienenrth, der den nachfolgenden Prozeß einmal als „Justizmord“ bezeichnet hatte,⁸⁴⁶ oder stellten sogar einen Vergleich mit „der Hinrichtung der ungarischen Magnaten im Jahre 1849“ an.⁸⁴⁷ Auf reine Vermutungen stützte sich hingegen der oftmals zitierte freudige Ausruf des Ministerpräsidenten Taaffe, „nun haben wir ihn, jetzt kommt er nicht mehr aus!“⁸⁴⁸ Genauso war der Vorwurf Karl Türks in seiner Verteidigungsrede für Schönerer im Reichsrat⁸⁴⁹, der Kaiser habe sich mit einem Befehl an den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Ritter von Schmerling, gewandt, keine Bittgesuche im Fall Schönerer anzunehmen und damit mitschuldig an dem Urteil gemacht, aus der Luft gegriffen. Auch der Historiker und Rudolf-Biograph Viktor Bibl (1870–1949) kam zu dem Schluß, daß sich jede mögliche Beeinflussung „natürlich nicht aktenmäßig nachweisen“ läßt, doch warf er der Regierung vor, daß sie „um des Ansehens der österreichischen Rechtspflege willen, ... auch den Schein einer Voreingenommenheit und Beeinflussung vermeiden hätte müssen“, was zweifellos nicht geschehen ist.⁸⁵⁰ Unbestritten ergab sich durch die Affäre eine „günstige Gelegenheit“, Schönerer politisch mundtot zu machen, zumal er sich überall unbeliebt gemacht hatte, was allein schon die oben erwähnte rauhere Gangart der Regierung beweist. Trotzdem befand sie sich einmal mehr in einem Zwiespalt: Einerseits gedachte der Reichsrat in einer Sondersitzung des verstorbenen Wilhelm in Bündnistreue und verlas eine Trauerbotschaft, die „auch innerhalb der Grenzen Österreichs den schmerzlichsten Widerhall wecken“ möge⁸⁵¹, andererseits wollten beide Staaten, auch Preußen, Kundgebungen und Unruhen möglichst vermeiden. In Österreich drohte die Regierung jedem Studenten schärfste Maßnahmen an, falls er zur Trauerfeier nach Berlin fahren sollte und löste aus diesem Grund die Grazer Burschenschaften Styria, Franconia und Karinthia gleich einmal behördlich auf.⁸⁵² Die Solidarität mit den „Dissidenten“ fand augenblicklich zahlreiche Anhänger. Trotzdem gelang es dem „Verband Deutscher Vereine“, beim deutschen Botschafter vorzusprechen, am 13. März einen Trauerkommers abzuhalten und dem Justizminister eine Bittschrift für Schönerer zu überreichen.

Die Staatsanwaltschaft Wien warf Schönerer in der Anklageschrift Hausfriedensbruch und Anstiftung zur Körperverletzung vor. Doch bleibt zumeist unerwähnt, daß die beiden Mitbeschuldigten Eduard Gerstgrasser und Ernst Leherner wegen der Schwere des Delikts sogar kurzfristig

846 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 297.

847 BIBL, Viktor, Georg von Schönerer, S. 14.

848 Ebd., S. 13.

849 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, X. Session, 204. Sitzung vom 20. März 1888, S. 7388f.

850 BIBL, Viktor, Georg von Schönerer, S. 13.

851 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, X. Session, 199. Sitzung vom 9. März 1888, S. 7237.

852 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, X. Session, 202. Sitzung vom 17. März 1888, S. 7359f.

inhaftiert waren.⁸⁵³ Auch wird in den Darstellungen meist vergessen, daß die doch heiklen, direkt gegen die Staatsgewalt gerichteten Delikte, die Schönerer am Stiftungsfest der Teutonia am 28. Jänner 1888 begangen hatte, in diesem Prozeß mitverhandelt wurden.⁸⁵⁴ Ein politischer Prozeß konnte schon alleine wegen des bis heute nicht ganz durchsichtigen parlamentarischen Auslieferungsrechts nicht vorliegen. Im Reichsrat ergriffen bei den Beratungen über die Aufhebung der Immunität Schönerers als einzige ausgerechnet die „alten Feinde“ Robert Pattai und Karl Lueger, die sich den „Vereinigten Christen“ angeschlossen hatten, neben Karl Türk das Wort für ihn und lobten seine Integrität. Während Pernerstorfer für die Auslieferung stimmte, verurteilte Lueger all jene Christen, die wie Judas Ischariot ihre Blutsbrüder verrieten. Seine spätere Taktik, zu betonen, „kein Antisemit zu sein“, um im selben Atemzug aus dem Alten Testament zu zitieren, dessen Erzählungen verrieten, daß „einer der Grundzüge des jüdischen Volkes unersättliche Rachsucht“ sei, nahm damals bereits konkrete Formen an.⁸⁵⁵

Obwohl sich viele deutschnationale Abgeordnete, aber auch Konservative und Polen vor der Abstimmung entfernt hatten, wurde der Antrag auf Auslieferung, gegen den sich Schönerer angeblich „mit Leibeskräften wehrte“⁸⁵⁶, im Reichsrat mit großer Mehrheit angenommen. Die Liste seiner Auslieferungen war nun um eine reicher.⁸⁵⁷

Ob Georg von Schönerer einen fairen Prozeß erhalten hatte, vermochte nicht einmal sein Biograph Andrew Whiteside zu beantworten.⁸⁵⁸ Obwohl das Gericht das mögliche Strafausmaß von fünf Jahren nicht ausschöpfte, schien es ihm nicht allzu gewogen zu sein. Es gab damals die Meinung, daß Schönerer den Tatbestand des Hausfriedensbruches gar nicht verwirklichen hätte können, um in die Redaktion „einzudringen“, denn die Türen standen offen und er sei überdies unbewaffnet gewesen.⁸⁵⁹ Die Behauptung seiner Mitstreiter von einer parteiischen Prozeßführung,

853 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, X. Session, 200. Sitzung vom 13. März 1888, S. 7319.

854 MASAIDEK, F. F., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, S. 30.

855 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, X. Session, 204. Sitzung vom 20. März 1888, S. 7391f.

856 FRANK, Claudia, Georg Ritter von Schönerer. Politische Ziele und deren Umsetzung, Dipl. Arb., Innsbruck 1990, S. 86.

857 Nach eigenen Angaben wurde er bereits 1874 wegen einer Verleumdungsklage ausgeliefert, jedoch freigesprochen. 1883 wurde Schönerer nach den Tumulten auf dem Wagner-Kommers wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung ebenfalls ausgeliefert, das Verfahren gegen ihn aber eingestellt. 1884 klagte er Moritz SZEPS. Im selben Jahr wurde er wegen seiner Bemerkungen anlässlich der „Nordbahn-Debatte“ zu vier Duellen gefordert, von denen er zwei annahm. Ein Pistolenduell fand wie erwähnt im Mai 1884 gegen Reschauer statt. Anlässlich von Massenkundgebungen in Böhmen mußte sich 1885 der Reichsrat mit Auslieferungsanträgen gegen ihn beschäftigen. 1886 zeigte ihn der Deutschliberale Heinrich Reschauer erneut an. Als seine Immunität aufgehoben wurde, klagten ihn zwei Geschäftsleute, denen er vorgeworfen hatte, einen Bauern in den Selbstmord getrieben zu haben. Ein Lehrer klagte 1887 Schönerer, der ihn einen Trunkenbold genannt hatte, er wurde aber ebenfalls freigesprochen. Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, X. Session, 204. Sitzung vom 20. März 1888, S. 7376f.

858 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 121.

859 MASAIDEK, F. F., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, S. 29.

die sich entgegen der fixen Geschäftsordnung in der Bildung eines eigenen Senats niedergeschlagen und zur Nichtzulassung von Schönerers Entlastungszeugen Türk, Vergani, Krickl und Masaidek geführt habe⁸⁶⁰, läßt sich aber heute nicht mehr verifizieren, zumal die Gerichtsakten des Jahres 1888 seit dem Brand des Justizpalastes 1927 verschollen und wahrscheinlich verbrannt sind.⁸⁶¹ So ist auch das Vorhaben einiger Strafrechtler, die den Prozeß vor einigen Jahren „nachspielen“ wollten, daran gescheitert.

Schönerer beging während der Verhandlung sicherlich den schweren Fehler, sie entgegen seiner politischen Praxis nicht politisch auszunutzen. Von seiner „berühmten Verteidigungsrede“, die er mit den Worten schloß, „Majestät, gebt frei das Volk vom Joche der Judenpresse!“⁸⁶² druckten die Biographen der 30er und 40er Jahre meist nur diese Zeile ab und ließen die letzten Passagen einfach aus, in denen er sich zu einer „einfachen Lebensweise“ bekannte. Weinerlich benutzte er seine „Frau und seine unschuldigen Kinder“, um vor Gericht Eindruck zu schinden. Mit der Forderung nach einem „auf sittlichen Fundamenten des Christentums aufgebautem Staat“, den er vor „zynischen Artikeln (einer Presse), die Thron und Altar in den Kot zerren“, schützen wolle, stellte sich Schönerer sogar spontan auf die Seite der Regierung, der Monarchie und des Kaisers.

Am 5. Mai 1888 verurteilte das Sondergericht für Strafsachen Georg Ritter von Schönerer zu einer schweren Kerkerstrafe von vier Monaten, verschärft durch zwei Fasttage im Monat. Infolge des Urteils wurde Schönerer auch sein Adelstitel aberkannt, den ihm Kaiser Karl erst 1917 anlässlich seines 75. Geburtstages erneut verlieh. Zudem verlor er sein Reichsratsmandat, welches der dem Vogelsang-Kreis angehörende Pfarrer von Nußdorf, Pater Eichhorn, ergatterte. Außerdem wurde Schönerer das aktive und passive Wahlrecht auf die Dauer von fünf Jahren entzogen.⁸⁶³

Der Prozeß, der nicht nur in Wien enormes Aufsehen erregte, erhöhte Schönerers Volkstümlichkeit und seine Bekanntheit über die Grenzen hinaus. Der Deutsche Antisemitenbund veranstaltete in Berlin eine große Volksversammlung in Würdigung seiner Verdienste gegen die Judenpresse.⁸⁶⁴ Nach der Urteilsverkündung bildete sich eine riesige Menschenmenge vom Landesgerichtsgebäude bis zum Schottentor und es schien, als habe Schönerer die Straße endgültig erobert: Aus der Alserkaserne rückte das Militär aus, um die Alserstraße bis zum Ring abzusperren, während der Gerichtshof das Haus durch einen Seitenausgang verlassen mußte.⁸⁶⁵ Die „Wacht am Rhein“ war plötzlich überall in Wien zu hören, die Polizei war gegen die unaufhörlichen „Hoch- und Heilrufe“ auf Schönerer machtlos. Der Verurteilte, der das Haus aufgrund

860 Ebd., S. 30.

861 TRISCHLER, Franz, Georg von Schönerer, S. 28 FN 5.

862 RUDOLF, Georg Ritter von Schönerer, S. 15.

863 Ebd., S. 17.

864 MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 109.

865 MASAIDEK, F. F., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, S. 31.

einer Berufung noch als freier Mann verlassen hatte, wurde zu seiner Wohnung eskortiert, während die Menge nach altem Brauch seine Pferde ausspannte und den Wagen mit Menschenkraft zog.⁸⁶⁶ Auch im Deutschen Reich schrieben die Zeitungen über die Vorfälle in Wien, so beispielsweise die „Dresdner Nachrichten“: „Auf jeden Fall sind die antisemitischen Kundgebungen in Wien kein jäh aufflammendes Strohfeuer, ... sondern sind der Ausbruch eines lange und tief empfundenen Grolls über ungesunde Zustände.“⁸⁶⁷ Klebmarken mit „Hoch Schönerer“ und „Nieder mit den Juden“ bedeckten über Nacht die ganze Stadt. Auf Felswände im Wienerwald schrieben seine Anhänger „Ob es lang währt oder kurz – über Nacht kommt doch der Judensturz!“⁸⁶⁸ In kürzester Zeit wurden 45.000 Unterschriften für seine Begnadigung gesammelt. Sein Wahlkreis wählte Schönerer später trotz der Verfassungswidrigkeit dieses Unterfangens wieder in den Reichsrat.⁸⁶⁹ Am 12. Mai 1888 veranstalteten Parteigenossen und der V. D. V. eine feierliche Auffahrt vor Schönerers Wohnung in der Bellariastraße, an der 10.000 Menschen teilnahmen. Sie zogen weiter über den Ring zum Hof, wo die „Wacht am Rhein“ ertönte.⁸⁷⁰ Im letzten Wagen saß Schönerers Frau Philippine zwischen Karl Lueger und Robert Pattai.⁸⁷¹

Nachdem der Oberste Gerichtshof das Urteil bestätigt und der Kaiser ein Gnadengesuch abgelehnt hatte, trat ein einsamer Schönerer am 20. August 1888 seine Haftstrafe an. Als er am 19. August seine Reise von Krems nach Wien begann, mußten alle Bahnhöfe von Gmünd nach Wien für die Öffentlichkeit gesperrt werden.⁸⁷² In den zahlreichen Überwachungsberichten waren als neuralgische Punkte für „aufrührerische Versammlungen“ stets die Bahnhöfe angegeben worden. Der „Rosenauer“ befand sich am Gipfelpunkt seiner Popularität. Sogar die Christlich-soziale Bewegung machte ihn jetzt zum „Siegfried, der zuerst gegen den Drachen der Judenpresse ausgezogen ist“.⁸⁷³ Brigitte Hamann schilderte sehr eindrucksvoll die Episode, wie Kronprinz Rudolf mit seinem Wagen in eine Massendemonstration für Schönerer geraten war und sich, derart eingekeilt, der Wut der nationalen und antisemitischen Massen ausgesetzt sah. Sie deutete dieses von Rudolf sicher panisch aufgefaßte Erlebnis als wesentliche Stärkung seines Pessimismus bezüglich der Zukunft des Vielvölkerstaates.⁸⁷⁴ Schon beim „Antrittsbesuch“ des neuen deutschen Kaisers Wilhelm II., der am 15. Juni 1888 seinem bereits todkrank an die Regierung gelangten Vater Friedrich III. nachgefolgt war, hatte Rudolf dessen preußische Überheblichkeit und sein antiliberales Junkertum verachtet. Wilhelm war der Liberalismus derart

866 ELMAYER-VESTENBRUGG, Rudolf, Georg Ritter von Schönerer, S. 17.

867 Zitiert In: MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 109.

868 ELMAYER-VESTENBRUGG, Rudolf, Georg Ritter von Schönerer, S. 19.

869 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 123.

870 MASAIDEK, F. F., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, S. 31.

871 MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 109.

872 POLLEROS, Friedrich, 100 Jahre Antisemitismus im Waldviertel, In: Schriftenreihe des Waldviertler Heimatbundes, Bd. 25, Krems 1983, S. 29.

873 SCHEICHER, Josef, Erlebnisse und Erinnerungen, 6 Bde., Wien 1907–1912, Bd. IV, S. 371.

874 HAMANN, Brigitte, Hitlers Wien, S. 355.

verhaßt, daß er später die Veröffentlichungen der Schriften des wegen seines Liberalismus so gepriesenen Vaters verbieten ließ.⁸⁷⁵

Wie Bismarck fürchtete Kronprinz Rudolf die letzte Konsequenz von Wilhelms Demagogie, der bei seinem Wien-Besuch ständig entgleiste und nichts als Verachtung für den österreichischen Verbündeten aufbrachte. So zitierte ihn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß sich das Deutsche Reich keinen Waffenbruder leisten könne, der innerlich angefault sei, und besseres verdient habe, als einen Verbündeten, der von hochgestellten Gefühlsduslern, liberalen Wanderpredigern und zweifelhaften Finanzgenies korrumpiert werde. In einem geheimen Brief hatte Rudolf Wilhelms Aussagen in Weinlaune festgehalten, die er vor zwei Prostituierten gemacht hatte. Demnach sei der österreichische Staat morsch und der Auflösung nahe und werde bald in sich zusammenbrechen. Seine deutschen Provinzen würden dann wie eine reife Frucht in den Schoß Deutschlands fallen, als unbedeutendes Erzherzogtum in noch abhängigerer

Stellung, als Bayern heute unter Preußen stehe. Die Österreicher seien unbrauchbare, verweichlichte Schlemmer, die nicht mehr lebensfähig wären.⁸⁷⁶ Rudolf sah genau die Gefahr des Zerfalls Österreichs, falls es dem deutschen Kaiser gelingen sollte, die deutschsprachigen Gebiete zu vereinnahmen, denn dann wären auch die Slawen gewillt, sich Rußland anzuschließen. Für ihn paßten die überheblichen Worte des Wagner-Fanatikers über die deutsche Vergangenheit, über Blut und Ehre nur allzu gut zu Georg von Schönerer. Er argwöhnte, Wilhelms populärer Auftritt in Wien habe erst der Teutomanie Auftrieb gegeben, die anlässlich der Verurteilung Schönerers ausbrach.⁸⁷⁷ Diese dunkle Angst seiner Befürchtungen vor der Last, mit der er als späterer Kaiser konfrontiert werden würde, während des hautnahen Erlebens der Wut der Straße dürfte ein, wenn auch kleiner Beweggrund von vielen für seinen Selbstmord in Mayerling am 30. Jänner 1889, nur einige Wochen danach, gewesen sein.



Abbildung 15: *Das vorläufige Ende einer politischen „Karriere“ – inszenierte Darstellung Schönerers in Häftlingskleidung bei Wasser und Brot*

875 MORTON Frederic, Ein letzter Walzer, S. 182.

876 Ebd., S. 118f.

877 Ebd., S. 107.

Während der Reichsrat die Tragödie von Mayerling zum Anlaß nahm, dem „Gefühl der Zusammengehörigkeit und Untrennbarkeit zwischen Kaiserhaus und Völkern“ in einer kurzen Sitzung Ausdruck zu verleihen, „... welches durch den schweren Schicksalsschlag nur gestählt und vertieft wird“⁸⁷⁸, nahm kein einziger alldeutscher Student an den zahlreichen Trauerfeiern teil. Die österreichische Ausgabe des „Kyffhäusers“ brachte Rudolfs Tod unter „Vermischtes“ und drohte, das Judentum müsse seine Machinationen nun einstellen, da es nicht mehr über einen Beschützer in den höchsten Stellen verfüge.⁸⁷⁹ In so mancher radikalen Zeitung wurde Mayerling als „Sühne für die ungerechtfertigte Inhaftierung“ Schönerers und als „gerechtes Gottesurteil“ geradezu gefeiert.

5.2 Der erste Niedergang der alldeutschen Bewegung

Die Folgen des Prozesses zogen ungeheure Veränderungen innerhalb der Partei nach sich: Nach den Sympathiekundgebungen für Schönerer und dem enormen Anstieg seines Bekanntheitsgrades erfolgte während seines nur viermonatigen Gefängnisaufenthalts ein unerwartet schneller Zersetzungsprozeß innerhalb des alldeutschen Lagers, den spätere Biographen mit dem Zustand der NSDAP während Hitlers Festungshaft verglichen. Diese Schwächung der Partei vollzog sich gerade zu jener Zeit, als sich die späteren Massenparteien der Ersten Republik endgültig formieren konnten. Der einstige Weggefährte Viktor Adler, der um die Jahreswende 1888/89 in Hainfeld die radikalen und gemäßigten Kräfte der sozialistischen Arbeiterbewegung zu einer sozialdemokratischen Partei formte, war längst zu einem Gegenspieler geworden. Für Karl Lueger bedeutete das Ausscheiden Schönerers aus der kurzen Allianz mit den „Vereinten Christen“ ein endgültiges Freiwerden seines Weges an die Spitze der Christlichsozialen. Schönerers mögliche weitere Entwicklung in dieser Vereinigung wird für immer ungewiß bleiben. Auch die gemäßigten Deutschnationalen um Otto Steinwender bekamen durch den politischen Ausfall Schönerers mehr Luft. Bei der Ursachenforschung nach dem Niedergang der alldeutschen Bewegung mußte man vor allem berücksichtigen, inwiefern diese Schwäche aus den Parteigründungen der anderen resultierte, oder ob die Alldeutschen diese selbst verschuldeten. Die Konsequenzen hingegen sind eindeutig: Schönerer verlor an die sich formierenden Massenparteien im entscheidenden Augenblick den größten Teil eines möglichen Wählerpotentials und war gezwungen, eine kleine Kadertruppe aufzubauen, die ohne politisches Mitspracherecht blieb. Genau in diesem Punkt deckte sich jedoch die Realität mit der Meinung des Parteipapstes, wonach seine Bewegung „rein und unverfälscht“ bleiben sollte, bis ein anderer dieses Potential entdecken würde.

878 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, X. Session, 285. Sitzung vom 1. Februar 1889, S. 846.

879 Der Kyffhäuser vom 1. Februar 1889, S. 5.

Vorweg prägten zwei Nachwirkungen der Haft Schönerers das künftige Gefüge der Partei ganz entscheidend ... Obwohl es zu keiner Spaltung kam, verlor sie nach und nach ihre Führungskräfte, sodaß sich ein Generationenwechsel zu einer jüngeren Funktionärsschicht anbahnte. Diese war der nunmehrigen „Vaterfigur“ nicht nur umso mehr ergeben, sondern zeigte zugleich österreichisch-deutschnationale Tendenzen, die Partei aus wahltaktischen Gründen stärker in Nordböhmen zu integrieren, wo der Nationalitätenkampf zwischen Deutschen und Tschechen in den frühen 90er Jahren eskalierte und mehr Wählerstimmen versprach. Das bedeutete auch für eine alldeutsche Partei eine Änderung ihrer Strukturen. Andererseits sah gerade Heinrich Schnee mit den Augen der NS-Zeit Schönerers größten Fehler darin, es auf einer Welle der Sympathie, die beispielsweise bei Kronprinz Rudolf große Furcht ausgelöst hatte, nicht verstanden zu haben, eine große außerparlamentarische Volksbewegung zu formen. Alles andere hätte ihn nur nutzlos Kraft und Zeit gekostet.⁸⁸⁰ Adolf Hitler versuchte aus der „mangelnden Menschenkenntnis des Denkers“ Schlüsse zu ziehen: „Indem die Kraft und das Verständnis fehlte, die theoretische Erkenntnis der Masse zu vermitteln, ... (hat er) nicht begriffen, daß sich zum Träger solcher ... Überzeugungen in erster Linie immer nur die breiten Massen eines Volkes eignen.“⁸⁸¹ Lueger blieb für Hitler der Praktiker. Einem Anhänger einer Kaderpartei wie Schönerer blieb nur mehr die „Silbermedaille“ des Theoretikers, um noch halbwegs reizvoll zu erscheinen. Den zweiten Hauptfehler konstatierte er in Schönerers Hang zum Parlamentarismus: „Man ging hinein und kam geschlagen heraus“.⁸⁸² Nur hier konnte er sich öffentlich Gehör verschaffen, weswegen der fünfjährige Ausschluß vom Reichsrat für ihn umso schlimmer gewesen sein muß.

Viele Autoren nahmen die „Über“-Person Schönerer selbst zum Anlaß, um den Abstieg seiner Bewegung zu erklären, weil ihn einfach die Haft gebrochen habe: Sein gutsherrlich-patriarchalisches Wesen vertrug sich nicht mit den Haftbedingungen auf engstem Raum, der immerwährenden Angst vor der Cholera und vor den Mitgefangenen. Die harte Disziplin schwächte ihn sicherlich mehr als beispielsweise Adolf Hitler, der seine Festungshaft fast wie in einem Hotel verbrachte. Dazu kam neben seinem zunehmenden Alkoholismus der gesellschaftliche Verlust, der einen Schock auslöste, verbunden mit der Angst, den Horror des Gefängnisalltages noch einmal erleben zu müssen, denn Schönerer wurde auf fünf Jahre Bewährung entlassen und konnte jederzeit wieder eingesperrt werden.⁸⁸³ Dies alles dürften auch Gründe gewesen sein, warum er sich bis zum Herbst 1889 völlig zurückzog. Zunächst versuchte Schönerer mit dem Erwerb des Geburtshauses seines Waldviertler Lieblingsdichters Robert Hamerling und der damit verbundenen Hamerlingstiftung ein intellektuelles Zentrum für das Alldeutschtum zu schaffen, was sich jedoch als ein ziemlicher Mißerfolg herausstellte.⁸⁸⁴

880 SCHNEE, Heinrich, Georg Ritter von Schönerer, S. 41.

881 HITLER, Adolf, Mein Kampf, S. 108.

882 Ebd., S. 111.

883 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 129.

884 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 143f.

Trotzdem ist eine rein biographische Sichtweise des Niederganges zu eng gegriffen, denn die politischen Verhältnisse hatten sich zu Ende der 80er Jahre grundlegend verändert. Wenn der Kern der Politik, die Schönerer mit seinen zwei Mitstreitern Türk und Fiegl im Reichsrat vertrat,⁸⁸⁵ nicht mehr auf eine Wahlrechtsänderung oder etwa auf die Forderung sozialer Rechte hinauslief, sondern als einzige Programmpunkte den Antisemitismus und die Forderung nach Alldeutschland aufwies, blieb eine „Flut von Negation“, gegen Habsburg, den Kapitalismus, den Liberalismus, den Marxismus, Slawen und Juden sein einziges Mittel. Selbst der die Partei in Arbeiterfragen stets lobende Erwin Mayer-Löwenschwerdt mußte dies 1938 konstatieren.⁸⁸⁶ Positive Forderungen wie Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit fanden darin keinen Platz mehr, weswegen eine auf Spott und Beleidigung ausgelegte parlamentarische Arbeit auch keine Früchte tragen konnte. Auch bei den Konservativen und Christlichsozialen lief der Weg nach rückwärts zu einer antikapitalistischen Vorzeit, doch konnte Schönerer wegen seiner Fixierung auf den Germanenkult keine Theorie der bestehenden Gesellschaft bieten. Dieses retardierende Element und eine unklare Restauration statt einer „Revolution“ mußten sich negativ auf den ideologischen Bereich auswirken. Schönerer meinte zwar ständig Preußen, hatte aber äußerst nebulose Vorstellungen: Auch für viele Deutschösterreicher, die Wien als ein Zentrum Mitteleuropas betrachteten, grenzte das Verlangen einer Stellung der Reichshauptstadt unter Berlin an Wahnsinn, was er vielleicht deshalb niemals deutlich ausgedrückt hatte. Seine gesamte „Preußenseuchelei“, die eigentlich immer auf Österreich fixiert war, ist von diesem Standpunkt aus zu überdenken. Für viele Zeitgenossen blieb er daher der halbverrückte, übersteigerte Wiener „Raunzer“.

Ein fast mittelalterliches Bekenntnis zu den Hohenzollern, die Ablehnung des Staatsgedankens und die Haltung, daß jedes Abgehen von den Dogmen des „Linzer Programms“ einem Verrat gleichkomme, gepaart mit lächerlichen Gehorsamseiden, mußten in einem moderner werdenden Staats- und Parteiwesen, das schnell auf die Probleme der Zeit zu reagieren hatte, auch innerhalb des „Deutschnationalen Vereines“ viele von einer mehr positiven Arbeit überzeugen. Hatte Schönerer auch auf Tagesthemen reagiert, so waren diese Reaktionen stets unproduktiv geblieben. Genauso schien eine Politik, die auf den Sturz des Ministerpräsidenten Taaffe abzielte, in dem Augenblick überholt, als dieser aufgrund der Wahlsiege der radikalen Jungtschechen seine ablehnende Haltung grundsätzlich änderte und sich den nationalen Kreisen näherte, womit eine Aussöhnung in Sicht war.

Schönerers Vertraute versuchten sich von ihm zu lösen: Diese Wandlung verdeutlicht am besten eine Flugschrift aus dem Jahr 1887, die Eduard Wengraf verfaßt hatte: „Die Freunde und Anhänger kamen zur Erkenntnis, daß unter Führerschaft Schönerers ... eine gedeihliche nationale und soziale Arbeit nicht zu leisten sei. Eine national gesinnte Partei trägt mit allen Mitteln dazu bei, in den gebildeten Kreisen Widerwillen gegen die nationale Sache hervorzurufen.“⁸⁸⁷ In einer

885 Bei Nachwahlen kamen noch Fürnkranz, Ursin, Vergani und Kaiser hinzu.

886 MAYER-LÖWENSCHWERDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 120.

887 Zitiert in: SCHEUER, Oskar Franz, Die geschichtliche Entwicklung des Deutschen Studententums in Österreich, Wien 1910, S. 278.

Zeit, in der sich die Lager der späteren Massenparteien festigten, scheinen Spaltungen und Abfalltendenzen fast normal zu sein. Die Verurteilung des „Führers“ einer ganz auf ihn ausgerichteten Partei beschleunigte diese Entwicklung noch zusätzlich. Sie läßt sich sehr gut anhand der zwei verschiedenen Charaktere Ernst Vergani und Karl Türk darstellen, die beide einen Flügel innerhalb der Alldeutschen repräsentierten.

5.3 Ernst Vergani

Der Bauingenieur und Journalist Ernst Vergani (1848–1915) konnte sich als den eigentlichen Aufsteiger im Lager Schönerers bezeichnen: Vergani hatte sich seinem Meister 1880 angeschlossen, gründete eine Ortsgruppe im „Deutschen Schulverein“ und trat wenig später dem „Deutschnationalen Verein“ bei. Der Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr wurde 1884 Bürgermeister von Mühldorf in der Wachau und gelangte 1886 über den Umweg als Obmann der örtlichen Raiffeisenkasse in den niederösterreichischen Landtag. 1887 schaffte er den Sprung in den Reichsrat und wurde im Mai 1888 zum Obmann des „Schulvereines für Deutsche“ gewählt.⁸⁸⁸ Gerade zu solchen „Parteihhren“ gekommen, gelang ihm am 24. Juni 1888 der große Wurf: Auf dem Wachaufest auf der Burgruine Aggstein, auf dem die „Germanen“ mit der neuen Zeitrechnung nach Noreia die Uhren anders stellen wollten, nützte Vergani den „Heimvorteil“, führte den Festausschuß und ließ sich nach der Verurteilung, aber noch vor dem Haftantritt Schönerers mit „Hoch Schönerer II“ bejubeln, was einen ersten Wutanfall beim Führer bewirkte.⁸⁸⁹ In Aggstein vollzog sich nebenbei auch die endgültige Abspaltung der Vereine von den Burschenschaften: Als sich der V. D. V. in der Frage der Entsendung studentischer Vertreter für das Fest durchsetzte, sagten die Burschenschafter aus Eifersüchtelei um die Gunst Schönerers ab und sandten Forderungskarten an die Vereine, die sich in der Waffenfrage unabhängig erklärten und deshalb nicht annahmen. Diese Absage an die „verjudeten Burschenschaften“ führte zur Deklaration der Vereine, „wehrhaft“ zu sein.⁸⁹⁰ Nachdem Schönerer auf diese Weise seiner einstigen Hausmacht beraubt worden war, fiel es Vergani in der „Kronprinzenrolle“ umso leichter, nach dem Haftantritt Schönerers zu erklären: „Ich (habe) ... mich im Charakter Schönerers geirrt. (Er) ... wird nie eine praktische Politik betreiben. Sein Trachten dreht sich nur um sich selbst. Eigensinnig wie ein kleines Kind verlangt er unbedingten Gehorsam von seinen Anhängern, wo ihm dieser versagt wird, so wird er roh und gemein ... Ein intelligenter Mann kann nie neben Schönerer in einer Partei bleiben.“⁸⁹¹

Und Vergani fühlte sich ebenbürtig: Die bis 1886 unter der Leitung von Anton Langgassner stehende Zeitung „Unverfälschte Deutsche Worte“, die dann kurzzeitig Eduard Krautmann wei-

888 ADELMAIER, Werner, Ernst Vergani, Wien 1969, S. 2f.

889 MAYER-LÖWENSCHWERDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 112.

890 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 300.

891 ADELMAIER, Werner, Ernst Vergani, S. 10.

terführte, der aber wegen seiner Unterstützung für Schönerer um seinen Lehrerposten zittern musste und schließlich zu den Christlichsozialen wechselte, bis sie Karl Iro übernahm, war eine Halbmonatsschrift geblieben – die Partei besaß kein Tagblatt. Schon nach Schönerers Sofiensaal-Rede 1885 gegen die Korruption der Presse dachten viele in der Partei über die Möglichkeiten eines „nichtjüdischen Tagblattes“ nach, doch erst nach den Sympathiekundgebungen anlässlich der Verurteilung Schönerers nahm das Projekt allmählich Gestalt an. So formierte sich noch vor seinem Haftantritt ein Zeitungsausschuß, dem Ernst Vergani vorstand.⁸⁹² Als einziger wandte sich plötzlich Schönerer gegen das Zeitungsprojekt, das seiner Meinung nach zu viel Geld – sein Geld – kosten würde und die Partei in Abhängigkeit bringen könnte. Zweifellos schwang schon etwas von der „Aggstein-Rivalität“ mit, als er behauptete, Vergani sei außerdem nicht der geeignete Mann.⁸⁹³ Dieser gab schließlich gegen den Willen Schönerers noch vor seiner Haftentlassung am 15. Dezember 1888 das „Deutsche Volksblatt“ heraus, in dem er in der Nullnummer neben Wilhelm Philipp Hauck und dem aus der „Redaktionsaffäre“ bekannten Ernst Lehrner als „Eigentümer und Herausgeber“ firmierte. „Die Grundsätze des Verbandes der Deutschnationalen zu vertreten und zu verbreiten, ... den Bedürfnissen vor allem der arbeitenden Bevölkerung zu entsprechen und die Hoffnung, ... eine starke Waffe für eine volkstümliche nationale Partei zu schaffen“, sollten Zwecke des neuen Blattes sein.⁸⁹⁴ Schönerer, dem im wahrsten Sinn des Wortes die Hände gebunden waren, bezeichnete diese Zeitungsgründung sofort als „Verrat und Abfall“.⁸⁹⁵ Die gegen den zuvor schwer verschuldeten Vergani erhobenen Bereicherungsvorwürfe, der mit dieser höchst erfolgreichen Tageszeitung, die es täglich auf 19.000 Exemplaren brachte, bald ein Vermögen verdiente und in eine Villa in Emmersdorf übersiedelte, mögen berechtigt gewesen sein, denn er dürfte das Geld wohl kaum an die Parteikassa abgeführt haben, ebenso wie der Vorwurf, Krautmann von den Gründungsberatungen ausgeschlossen zu haben, der als Stellvertreter Schönerers die Verbindung zum Gefängnis aufrechterhalten hatte,⁸⁹⁶ sie können aber die Tatsache des immer untragbarer werdenden Führerkults Schönerers nicht verschleiern. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis kündigte er Vergani wegen des Zeitungsprojekts die Freundschaft und schloß ihn am 11. Mai 1890 aus der Partei aus. Er betrachtete das „Deutsche Volksblatt“ deshalb nicht als Organ der „deutschnationalen antisemitischen Partei“, da auch Nicht-Parteigenossen in der Redaktion arbeiteten. Diese Haltung offenbart einen weiteren Zug Schönerers, alles, was mit „Masse“ zu tun hatte, zu scheuen, denn er wollte, unter welchem Vorwand auch immer, die Bedeutung eines politischen Tagblattes nicht wahrhaben. Sicherlich spielte dabei sein Haß auf die „verjudete Presse“ eine gehörige Rolle, war aber auch Ausdruck seiner rückwärtsgewandten Politik, auf die überall in Europa aufkommende Mode des Zeitungslesens nicht zu reagieren. Wie

892 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. II, S. 158.

893 SCHNEE, Heinrich, Georg Ritter von Schönerer, S. 40.

894 Deutsches Volksblatt vom 15. Dezember 1888, S. 1.

895 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. II, S. 157.

896 Ebd., S. 160f.

sehr eine Parteizeitung ein Einigungswerk bewerkstelligen konnte, bewiesen die Christlichsozialen wenig später mit der „Illustrierten Wiener Volkszeitung“.⁸⁹⁷

Sehr bezeichnend für die damaligen chaotischen Verhältnisse in der Partei erscheint auch die Tatsache, daß es Vergani zunächst gelingen konnte, seinen Lesern die Trennung von Schönerer zu verschweigen, die glaubten, er schreibe noch in seinem Auftrag. Völlig eigenständig führte er das „Deutsche Volksblatt“ in eine deutschnationale Richtung, mit dem Zweck, Anhänger Schönerers für sich selbst zu gewinnen. Vergani vertrat dabei einen gemäßigten Deutschnationalismus mit einer starken Betonung des Rassenantisemitismus. Als besonders stabil erwiesen sich zusätzlich die Brücken zu den Christlichsozialen ... Auf einer Versammlung der „Vereinigten Christen“ betonte er: „Wir wollen Österreich erhalten, ... als eine deutsche Ostmark, aber nicht als slawische Westmark und noch weniger als Neupalästina.“⁸⁹⁸

Bald stellte er seine Zeitung ganz in die Dienste Karl Luegers, der dieses Blatt wiederum freudigst benutzte, um Alldeutsche, Radikale und Antisemiten für die Christlichsozialen abzuwerben. Das „Deutsche Volksblatt“ wurde nach den Worten Andrew Whitesides „eine miese Boulevard Zeitung, das ärgste, was man Ende des Jahrhunderts in Wien gekannt hatte, vulgär, primitiv, zum Teil sogar pornographisch, mit irrationalen rassischen und religiösen Vorurteilen ... Verganis Zeitung wurde das führende antisemitische Organ Österreichs.“⁸⁹⁹ Nach dessen Tod 1915 vorübergehend eingestellt, übernahm es noch während des Ersten Weltkrieges der in der Nationalitäten- und Sprachenfrage engagierte⁹⁰⁰ christlichsoziale und großdeutsche⁹⁰¹ Chefredakteur, Universitätsprofessor für Staats- und Kirchenrecht und spätere Nationalsozialist Gottfried Hugelmann (1879–1959), der es im anschlussfreundlichen Sinn weiterführte.⁹⁰²

Dieser „Zeitungskrieg“ sollte sich für einen jungen Redakteur als eine äußerst günstige Bestimmung erweisen, der alsbald die geographische „österreichisch deutschnationale“ Richtung der Schönerer-Bewegung vorgeben sollte: Auf Vermittlung des Prager Burschenschafters Julius Patzelt trat der bereits am Luther-Kommers aufgefallene, damals 27jährige Karl Hermann Wolf als Mitarbeiter in die Redaktion des „Deutschen Volksblattes“ ein.⁹⁰³ Am 27. Jänner 1862 in Eger geboren, sah er als Kind des Nationalitätenkampfes in Nordböhmen das Deutschtum überall bedroht. Nach dem Gymnasium in Reichenberg studierte er Philosophie in Prag, wo er als Burschschafter aktiv war und nach einer Anzeige wegen Majestätsbeleidigung 1884 nach Leipzig

897 Ebd., S. 150.

898 Deutsches Volksblatt vom 20. Februar 1891.

899 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 131.

900 Hauptwerk: Das Nationalitätenrecht des alten Österreich, Wien 1934.

901 Vom 14. Dezember 1923 bis 15. Juni 1932 christlichsozialer stellvertretender Vorsitzender des Bundesrates, mußte Hugelmann als „Alter Herr“ der CV Verbindung „Welfia“ 1933 seinen Abschied nehmen, weil nach der Gründung des „Österreichischen Cartell-Verbandes“ mit einem klaren Bekenntnis zum österreichischen Staat seine großdeutsche Einstellung im Sinne der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland nicht geduldet wurde.

902 SCHNEE, Heinrich, Georg Ritter von Schönerer, S. 42.

903 Ebd., S. 41.



Abbildung 16: Karl Hermann Wolf 1862–1941



Abbildung 17: Neben Karl Hermann Wolf der zweite „jugendliche Heißsporn“, der rasch in der Parteibienarchie aufstieg: Karl Iro 1861–1934

flüchten mußte, worauf er sein Studium abbrach. Als Redakteur bei der „Deutschen Wacht“ in Cilli und bei der „Deutschen Volks-Zeitung“ in Reichenberg hatte er sich noch gegen den Antisemitismus Schönerers ausgesprochen, „welchem wir Deutsche in Böhmen nie und nimmer zustimmen können“⁹⁰⁴, ehe er in Wien eine schnelle Wandlung durchmachte.

1890 verließ Wolf Vergani und das „Deutsche Volksblatt“, womit er auf das richtige Pferd gesetzt hatte, denn Schönerer half ihm nach seiner Entlassung mit großer finanzieller Unterstützung, sein eigenes Wochenblatt, die spätere Tageszeitung „Ostdeutsche Rundschau“, aufzubauen, die am 6. April 1890 das erste Mal erschien. Wolf war in dieser ersten Zeit auch noch Verbindungsmann zu Lueger, eine Verbindung, die ihn prägen sollte, genauso wie sie sich später in einer gewissen verschmähten Liebe zu den Christlichsozialen manifestierte.

Wie sehr die alten Parteigänger den „Neuen“ grollend gegenüberstanden, was Schönerer durchaus als einen „Klärungsprozeß“ bezeichnete, beweist ein Brief von Karl Nierhaus an Schönerer

904 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. II, S. 160.

vom 19. Februar 1891: „... erlaube ich mir noch, Ihnen zu bedenken zu geben, ob Sie ihren jugendlichen Heißspornen, den Herren Wolf und Iro, nicht zu viel Glauben und Vertrauen schenken.“⁹⁰⁵

5.4 Karl Türk

Der Name Ernst Verganis steht für einen Flügel im alldutschen Lager, der einer Abwerbung durch Karl Lueger nicht widerstehen konnte. Mit dem Namen Karl Türks verbindet sich jedoch ein radikaler, unabweichter Kurs, den Schönerer vorgab und den Türk, sei es bis zum Untergang, verfolgte. Als Vertreter seines durch die Haft „verhinderten“ Meisters im Reichsrat scharte sich der eigentliche, revolutionäre Flügel um den gebürtigen Schlesier. Am 8. März 1889 versprach er: „Wir wohnen gleichsam im Hotel Austria nur so zur Miete, unter diesen ... einlogierten Nationalitäten müssen wir die teuerste Miete zahlen, bekommen die schlechtesten, die ungesunden Zimmer und eine schlechte Verpflegung ... Es ist in Österreich Selbsterhaltungstrieb, der uns Deutsche treibt, ... uns nach einem sicheren Heim wo anders umzusehen. Nimmt man uns Deutschen das Recht der Selbstbestimmung, gefährdet man unsere nationale Sicherheit, dann hat man kein Recht, über eine *Irredenta germanica* zu klagen und wir haben tatsächlich die Pflicht, eine solche *Irredenta germanica* zu bilden.“⁹⁰⁶ Schon 1882 hatte die Grazer Burschenschaft *Francia* auf einem Festkommers verkündet: „Es lebe die *Irredenta Germanica*“ – und war sofort behördlich aufgelöst worden.⁹⁰⁷

Wie sehr die Skandale, die Schönerer früher liebend gerne selbst provoziert hatte, nun seiner eigenen Partei vehement schadeten, stellte Karl Türk nur einen Monat später, am 10. April 1889, mit einer im Reichsrat gehaltenen Rede unter Beweis: Türk kritisierte die Wehrvorlage und kam dabei auf das Bündnis Österreichs mit dem Deutschen Reich zu sprechen: „Gott behüte, daß es darauf angewiesen sei, von Österreich Hilfe zu bekommen, es würde wahrscheinlich eine laue oder gar keine Hilfe bekommen.“ Wegen des Interesses der Tschechen und Feudalen an dem Bündnis, forderte er exakt zehn Tage vor der Geburt Adolf Hitlers das deutsche Heer auf, endlich nach Österreich einzumarschieren.

Diese Rede sollte sich jedoch als Bumerang erweisen, denn sie führte indirekt zum vorläufigen Ende der parlamentarischen Tätigkeit der Schönerianer: Als sich nämlich der Schönerer nahestehende Josef Fiegl „gegen die eines Reichsrates unwürdigen Ansichten Türks“ äußerte, sagte ihm dieser plötzlich ein „Bekenntnis zum Staatsgedanken“ nach. Diese Anschuldigung gab den Startschuß für eine peinliche innerparteiliche Diskussion, denn Türk und der radikale Flügel forderten den sofortigen Parteiausschluß Fiegls. Nachdem eine gemäßigte Gruppierung hingegen laut

905 WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, phil. Diss. Wien 1975, S. 67.

906 Abgedruckt in: *Unverfälschte Deutsche Worte*, Nr. 7 vom 1. April 1889.

907 MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 121.

über eine versöhnliche Haltung gegenüber anderen Parteien nachgedacht hatte und der ultimativ geforderte Austritt Fiegls nicht erfolgte, löste sich der „Deutschnationale Verein“ am 21. Oktober 1889 zum ungünstigsten Zeitpunkt von selbst auf, denn bereits im Juli war der „Schulverein für Deutsche“ mit 170 Ortsgruppen und rund 20.000 Mitgliedern wegen Statutenüberschreitung behördlich seinem Ende zugeführt worden.

Die ganze Bewegung schien immer lächerlicher zu werden. Zu den Auflösungstendenzen kam auch noch ein schon 1887 in die Welt gesetztes Gerücht, Philippine Schönerer stamme von einem jüdischen Großvater ab, das sich hartnäckig hielt. Wegen eines Artikels in den „Unverfälschten Deutschen Worten“, der in einer Vorwegnahme der Nürnberger Rassengesetze „jedermann, der eine Jüdin oder einen Judenstämmling – oder umgekehrt – ehelicht, bis ins dritte Glied“ für „geächtet“ erklärte, veröffentlichte das „Trautenauer Wochenblatt“ unter dem Titel „Etwas von den Rassengermanen“ den Stammbaum Philippine Gschmeidlers. Er wies ihren Großvater Leopold Provander als Sohn des getauften Juden Schmul Leeb Kohn aus, ein späterer Spottname für Schönerer während der Baden-Tage, der dieses Gerücht sehr ernst nahm und daraufhin die Taufscheine dieser Familie sammelte.⁹⁰⁸

Auch Fürnkranz, Beurle und Julius Sylvester, die während der Abwesenheit Schönerers bis zum Herbst 1889 versucht hatten, die Partei zusammenzuhalten, resignierten: Zuerst wechselte der Abgeordnete August Kaiser die Fronten zur „Deutschnationalen Vereinigung“ Otto Steinwenders. Ihm folgte der ehemalige „Sancho Panza“ Fürnkranz nach, obwohl er später wieder zurückkehren sollte. Anton Langgassner, der bisherige Schriftleiter der Österreichausgabe des „Kyffhäuser“ wanderte in die von Friedrich Nietzsches Schwager Bernhard Förster gegründete Kolonie „Neu-germanien“ nach Paraguay aus, starb aber bereits auf der Überfahrt am 31. Jänner 1889. Im Jahre 1893 verließen auch Beurle und Sylvester nach einem Riesenkrach das sinkende Schiff.⁹⁰⁹

Nach der Auseinandersetzung Schönerers mit Vergani und Ursin, der sich auf dessen Seite gestellt hatte, blieb nach der Auflösung des „Deutschnationalen Vereines“ nur mehr Karl Türk als „letzter Schönerianer“ im Reichsrat über. Türk, von Schönerer in der Angelegenheit Fiegl instruiert, bis zum äußersten zu gehen, trat nun seinerseits von seinem Reichsratsmandat zurück, nachdem Fiegl dies nicht zeitgerecht getan hatte: „Mit Beziehung auf mein Schreiben vom 4. Oktober, worin ich meinen Austritt aus dem Verbands kündigte, für den Fall, als bis dahin Herr Fiegl nicht ausgeschlossen sein wird, wiederhole ich, daß ich unwiderruflich diesen Austritt mit 31. Oktober auch vollziehen werde, falls dann Fiegl noch Mitglied ist. – Ich erfreue mich bei meinem Vorgehen der vollsten Zustimmung Schönerers“. Auch die parlamentarische Gruppe „Verband der Deutschnationalen“ hatte damit aufgehört zu existieren.⁹¹⁰

908 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 46 (Persönliches aus dem Nachlaß Schönerers).

909 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 338. Seine Ansicht, daß der Deutschnationale Verein behördlich aufgelöst wurde, ist unrichtig.

910 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 21 vom 1. November 1889, S. 274. Vgl. CARSTEN, Faschismus in Österreich, S. 22.

Karl Iro schrieb am 16. November 1889 über diese „Selbsttötung“: „Fiegl hätte längst zu Pattai gehört, zu den Parteien, mit denen er sympathisierte ... Wir mißbilligen die Unentschlossenheit und Lauheit unserer Abgeordneten. Die Auflösung des Verbandes haben sie auf dem nationalen Gewissen. Gerade in der jetzigen Zeit hat irgend eine Halbheit weniger denn je einen Platz“.⁹¹¹

5.5 Der „Waidhofener Verband“

Natürlich machte sich jetzt auch bei den konservativen Burschenschaften die schon 1885 erfolgte politische Spaltung in Schönerianer und in Mitglieder des ehemaligen „Deutschen Klubs“, die spätere „Deutsche Volkspartei“ Otto Steinwenders, bemerkbar. So sonderte sich 1888 „die Vorkämpferin der 60er Jahre“, die Burschenschaft Silesia, in der Steinwender „Alter Herr“ war, in eine „Alt-Silesia“ unter seiner Führung ab⁹¹², worauf nur mehr eine „Jung-Silesia“ der auf Schönerer eingeschworenen Aktiven verblieb.⁹¹³ Die Uneinigkeiten in den Burschenschaften, die außerdem noch mit Auflösungen, schwankenden Mitgliederzahlen und Abstimmungsproblemen in der Frage, wer nationale und politische Kundgebungen abhalten dürfe, zu kämpfen hatten,⁹¹⁴ entstanden zu einem Zeitpunkt, als die mächtig aufstrebenden Vereine drohten, ihnen den Rang abzulaufen.

Anders als der 1883 gegründete „Deutsche Delegierten Convent“ sollte jetzt über den Burschenschaften eine festere Vereinigung entstehen, die den Kampf mit den Vereinen aufnehmen könne. Nachdem schon seit 1880 Bestrebungen im Gange waren, sich gegenüber den progressistischen Burschenschaften abzuschließen und der Vorschlag der Prager Teutonia zwar 1882 von Wien abgelehnt, aber immer noch diskutiert wurde, einen „Südostdeutschen D. C.“ zu gründen, um trotz der Nichtaufnahme in den reichsdeutschen Eisenacher D. C. wenigstens die Zugehörigkeit zu Deutschland zu betonen, ging nun der „Alte Herr“ Julius Sylvester (Teutonia-Wien) daran, für den 20. Jänner 1889 alle konservativen Burschenschaften zu einer gemeinsamen Tagung nach Linz einzuladen. Dort entstand nach langen Verhandlungen zwischen dem 4. und 6. Mai 1889 der „Linzer Delegierten Convent“ (L. D. C.), der „Erste Burschenschafterverband“, der bis 1901 bestehen sollte. Ihm gehörten die konservativen Burschenschaften Libertas-Brünn, Arminia-Czernowitz, Allemannia, Arminia, Frankonia und Stiria (alle Graz), Suevia-Innsbruck, Carolina, Ghibellinia und Teutonia (alle Prag) sowie Albia, Allemannia, Bruna-Sudetia, Germania, Libertas, Moldavia, Olympia, Silesia und Teutonia (alle Wien) an. Sie waren „judenrein“ und streng deutschnational, wollten aber aufgrund des sich parallel vollziehenden langsamen Ausstiegs Sylvesters aus dem „Deutschnationalen Verein“ zwar Schönerer weiter die Ehre erweisen, aber nicht „unter dem Joch eines einzelnen Mannes“ stehen.

911 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 22 vom 16. November 1889, S. 288.

912 MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 94.

913 SCHEUER, Oskar Franz, Die geschichtliche Entwicklung des Deutschen Studententums in Österreich, S. 267.

914 Festschrift zur Feier des 10 jährigen Bestandes des Verbandes aller Burschenschaften Wartburg, Linz 1899, S. II.

Diese „Kampfansage“ nahm der „Verband Deutscher Vereine“ V. D. V. sofort an: Was in den ersten Monaten des Jahres 1889 geschah, könnte man leichtfertig als kindische Sandkastenspiele abtun, wenn nicht der Hintergrund viel zu ernst gewesen wäre. In einem „Zeitungskrieg“ mit den konservativen Burschenschaften veranstalteten die Vereine ein Wettrennen, wer mehr Juden ausgeschlossen habe, strenger deutschnational sei und mehr Sympathien bei Schönerer besitze. Beispielsweise regte der V. D. V. beim Linzer D. C. den Ausschluß ihres Mitgliedes Allemannia an, weil diese noch einen jüdischen „Alten Herren“ in ihren Reihen hatte. Am 9. Februar 1889 erklärten die konservativen Burschenschaften, die Vereine hätten vergessen, wer sich als erster um die von Schönerer entfaltete nationale Fahne geschart hätte, wer als erster „judenrein“, wer politischer „Vorkämpfer der unverfälschten deutschen Sache“ und studentischer Vorkämpfer der akademischen Freiheit sei. Die Antwort erfolgte prompt am 1. März 1889: Die Vereine seien schneller „judenrein“ gewesen und hätten eine Petition gegen Unterrichtsminister Gautsch eingebracht. Außerdem stehe der konservative Paukkomment der Burschenschaften auf der gleichen Stufe wie die jüdischen Verbindungen, die ihn genauso anwendeten.⁹¹⁵ Der „Kyffhäuser“, das Organ der Vereine, entwarf eine „Rangordnung“ der Burschenschaften: „Wer Juden aufnimmt, ist judenliberal; wer noch jüdische Alte Herren hat, ist nicht deutschnational; wer deutschnational ist, seine Gesinnung aber mit Klauseln versieht, ist nicht ernst zu nehmen“.⁹¹⁶ Doch der Streit mit den Burschenschaften spaltete auch den „Verband Deutscher Vereine“. Während die Mehrzahl der Vereine auf einer klärenden Sitzung am 21. Oktober 1889 die „studentische Geschlossenheit“ als vorrangig bezeichnete, erklärte die andere, kleinere Fraktion die nationale Schutzarbeit als oberstes Ziel. Als sich keine Einigung abzeichnete, verließen die „Nationalen“ den V. D. V., der sich bald darauf auflöste. Die ausgetretenen Vereine gründeten am 24. Februar 1890 den „Verband der wehrhaften Vereine“. Dieser faßte am 3. März 1890 den Beschluß, eine Einladung an alle nationalen Studentenvereine zu einer allgemeinen Vereinstagung in Waidhofen a. d. Ybbs zu senden. Dort wurde am 25. Mai 1890 der „Waidhofener Verband“ oder „Verband der wehrhaften Vereine“ gegründet.⁹¹⁷ Ihm gehörten folgende Vereine an: Cruxia, Deutscher Leseverein (beide Leoben), Gracesia, Tauriska, Techniker Club, Tiroler Hochschüler (alle Graz), Cremsiria, Deutschböhmen, Deutsche Lesehalle an der technischen Hochschule, Franconia, Oberösterreichische Germania, Hilaritas, Lentia, Nordmährer, Oppavia, Ostmark, Ostschlesier, Philadelphia, Rabenstein, Salzburger, Wartburg (alle Wien) und Pappenheimia (Innsbruck). Anders als der Linzer D. C. betonte der „Waidhofener Verband“ die engste Verbundenheit mit Schönerer und benutzte für verbandsinterne Veröffentlichungen seine „Unverfälschten Deutschen Worte“.

Zieht man ein kurzes Resümee, so könnte man meinen, das Phänomen Schönerer hätte sich bis auf die erstarkten Vereine erledigt und auch ein radikaler Rassenantisemitismus hätte durch

⁹¹⁵ Ebd., S. 15f.

⁹¹⁶ Zitiert in: SCHEUER, Oskar Franz, Die geschichtliche Entwicklung des Deutschen Studententums in Österreich, S. 297.

⁹¹⁷ KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 312f.

die wirklich politisch tätigen gemäßigten Deutschnationalen etwas „weicherer“ Formen Platz gemacht. Es sah so aus, als würde er von einer aktiven Politik bald in den Hintergrund gedrängt werden. Die Situation erinnert ein wenig an Deutschland, wo die Antisemiten der „ersten Stunde“ schon um das Jahr 1885 abgetreten waren: Henrici ging nach Amerika, der Nietzsche-Schwager Bernhard Förster wanderte nach Paraguay aus, wo er versuchte, eine „judenreine“ Kolonie zu gründen, beging aber 1889 – wahrscheinlich nicht aus diesem Grund – Selbstmord. 1885 stellte Max Liebermann von Sonnenberg seine „Deutsche Volkszeitung“ ein.⁹¹⁸

Auch Schönerer war der gesamte parlamentarische Verband weggebrochen. Was für ihn sicher noch viel mehr zählte, war der Umstand, daß seine ehemaligen Weggefährten bis auf wenige Ausnahmen im feindlichen Lager saßen. Politisch hatte er nicht viel erreicht, außer ein damals vielbeachtetes Programm, dessen Urheberschaft ihm aber von Beginn an streitig gemacht wurde. Als „Reformpolitiker“ war er eindeutig gescheitert. Die Burschenschaften hatten sich von ihm abgewandt, bevorzugten einen gemäßigteren Nationalismus und konnten vor allem seinen Führerkult nur mehr schwer ertragen. Aus dieser damaligen Sichtweise erscheint es fast verwunderlich, daß ihn der Häftling Adolf Hitler 1924 in Landsberg überhaupt in „Mein Kampf“ erwähnte. Genauso wie es dem Leiter des Leipziger Reformvereines Theodor Fritsch im Deutschen Reich gelungen war, mit seiner 1885 gegründeten „Antisemitischen Correspondenz“, einem Mitteilungsblatt, die Bewegung wieder zu beleben und mit der von ihm mitbegründeten „Deutsch-Sozialen Partei“ die Kontinuität von der ersten zur zweiten Welle des Antisemitismus auch tatsächlich wieder herzustellen,⁹¹⁹ so mußte jetzt eine neue Funktionärsschicht und eine vollkommen veränderte studentische Korporation, der „Waidhofener Verband“, den resignierenden Schönerer erst einmal überreden, noch einmal aktiv zu werden.

918 PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus, S. 91f.

919 BÖNISCH, Michael, Die Hammer-Bewegung, In: PUSCHNER, Uwe / Walter SCHMITZ / Justus H. ULBRICHT, Handbuch der „Völkischen Bewegung“ 1871–1918, S. 342f.

6. Ein Neubeginn

Der „Deutschnationale Verein“ Schönerers hatte sich am 21. Oktober 1889 von selbst aufgelöst. Als Nachfolgeorganisation für die kommenden Gemeinde- und Landtagswahlen konstituierte sich am 18. Jänner 1890, dem Gedenktag der deutschen Reichsgründung, der „Deutsche Volksverein von Wien“. Der neue Parteiverein stand unter der anfänglichen Obmannschaft Karl Iros, später Karl Türks, und basierte „streng auf dem Linzer Programm“.⁹²⁰ Karl Hermann Wolf, damals noch beim „Deutschen Volksblatt“ Ernst Verganis tätig, war im Vorstand noch nicht vertreten. Doch noch immer bestand angesichts einer „Beitrittserklärung“, die jeder unterschreiben mußte, die Gefahr eines völligen Zerfalls: „Ich wünsche in den Deutschen Volksverein einzutreten, da ich mit dessen Satzungen, sowie mit dem Linzer Programm ganz einverstanden bin und ausschließlich nur die Führerschaft Schönerers anerkenne.“⁹²¹ Verglichen mit der damaligen Situation der Partei mußte dieser „Größenwahn“ geradezu lächerlich klingen, denn zu erfolgreich war Luegers Einigungswahlspruch der „Vereinigten Antisemiten“ geworden, war es ihm doch gelungen, sogar im gemäßigten deutschnationalen Lager heftigste Grundsatzdiskussionen auszulösen.

Am 14. Oktober 1889 hob Robert Pattai, der mit Vetter, Hamburger und Polzhofer das gemäßigte deutschnationale Element innerhalb der „Vereinigten Christen“ vertrat, in einer „Richtungsrede“ die Bruchlinien der nunmehr drei Fraktionen hervor. Die radikalen Deutschnationalen seien eine Gefahr für die Gemäßigten, weil ihre antidynastische und antipatriotische Haltung das ansonsten geschlossene antisemitische Lager schädige. Diese Haltung mache es unmöglich, daß jemals eine Regierung nur annähernd Fühlung mit diesen Fundamentalisten aufnehmen werde. Ihre „knabenhaften und verbrecherischen“ Demonstrationen hätten zudem zur Auflösung des „Schulvereins für Deutsche“ geführt. Die Gemäßigten trenne von den Klerikalen wiederum deren mangelnde Billigung des Bündnisses mit dem Deutschen Reich. Das irgendwo in der Mitte stehende „Deutsche Volksblatt“ Verganis, welches auch noch Anhänger unter den Schönerianern fand, sei zu radikal, was kein Österreicher je billigen würde.⁹²²

Am 13. Oktober 1889 trat der von Cornelius Vetter geleitete „Österreichische Reformer“ – eine letzte Namensgleichheit mit dem entschlafenen Verein – für die Schaffung eines großen „deutsch-

920 MAYER-LÖWENSCHWERDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 122.

921 Abgedruckt In: Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 5 vom 1. März 1893, S. 60.

922 Offene Fragen an Herrn Pattai bezüglich seiner Auslassungen in seiner Rede vom 14. Oktober 1889, gezeichnet von einer „Anzahl unverfälschter Deutschnationaler“, ÖStA, AVA, Kt. 37 (Robert Pattai), Mappe 2. Vgl. FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 75.

antisemitischen“ Lagers ein, welches „bei Hochhaltung des österreichischen Staatsgedankens die Interessen der Deutschen in Österreich“ vertreten, sich aber das Programm der „Vereinigten Christen“ zur Hauptaufgabe machen sollte.⁹²³ Während die Gemäßigten längst und nun endgültig zu Lueger tendierten, richtete sich die Frage einmal mehr an die Deutschnationalen, ihre Haltung zum österreichischen Staat zu definieren. Vorschnell erging eine Resolution an Ernst Vergani, er solle sein „Deutsches Volksblatt“ gefälligst in eine deutschösterreichische Richtung bringen, sonst würde er die gesamte Vereinigung schädigen. Vergani eröffnete daraufhin das journalistische Feuer auf Robert Pattai. Als mildeste Form seiner Ausdrucksweise erklärte er sein Bedauern, jemals mit ihm zusammengearbeitet zu haben. Erneut definierten sich die Bruchlinien über den Judenhaß: Während der Antisemitismus Verganis das „Ergebnis eines klar umschriebenen politischen Programmes“ darstelle, sei jener Pattais ein „Wurstelantisemitismus“, der „Selbstzweck eines Strebers“, höhnten die Parteigänger des Journalisten.

Am 14. Dezember 1889 erreichten die Auseinandersetzungen zwischen den rivalisierenden nationalen Gruppierungen einen absoluten Höhepunkt. Auf einer Versammlung des Schönerer nahestehenden „Deutschen Bezirksvereines“ kam es zu einer Messerstecherei mit drei Verletzten. Obwohl Pattai dies später vehement bestritt, gab es genügend Augenzeugen, die bestätigen konnten, daß er sich, begleitet von einem Schlägertrupp, angeblich mit gefälschten Eintrittskarten Einlaß in das Lokal „Zur schönen Schäferin“ auf der Gumpendorferstraße verschafft hatte. Er versuchte die Versammlung zu sprengen, sprang auf einen Tisch und schrie, „Schönerer an den Galgen!“⁹²⁴ Bei einer anschließenden Massenschlägerei vor dem Lokal gingen dann die Klappmesser auf. Nach dieser Art der Konfliktaustragung aus der tiefsten Schublade standen Pattai und der ebenfalls beteiligte Vetter bei ihren christlichsozialen Partiefreunden einigermaßen im Regen. Das „Vaterland“ warf sie auch sogleich mit den „Radikalnationalen“ und den „Berlinern“ in einen Topf: „Wer mit diesen Leuten in Verachtung des Christentums und Österreichs nicht durch Dick und Dünn geht, der muß auf die brutalsten Angriffe, sei es mit der in Kot getunkten Feder, sei es mit dem Messer gefaßt sein“.⁹²⁵

Karl Hron (1852–?), Redakteur des mit „in Kot getunkter Feder“ gemeinten „Deutschen Volksblattes“, verfaßte daraufhin zwei Artikel, in denen er Pattai beschuldigte, ein Chamäleon zu sein, das schon vier Mal die Parteifarbe gewechselt habe und fortgesetzt Hochverrat am Deutschnationalismus begehe. Pattai wehrte sich mit einer Klage wegen Ehrenbeleidigung.⁹²⁶

Die Schönerianer wiederum nahmen die Messerstecherei zum Anlaß, endgültig mit den Gemäßigten, allen voran mit Pattai und allen den Christlichsozialen Nahestehenden zu brechen, denen sie die Hauptschuld an der künstlich aufgebauchten Affäre gaben, daß Deutsche gegen-

923 Deutsches Volksblatt vom 26. Oktober 1889, S. 2.

924 Handschriftliche Darstellung Robert Pattais, ÖStA, AVA, Kt. 37 (Robert Pattai), Mappe 2.

925 Das Vaterland vom 15. Dezember 1889, S. 5.

926 Deutsches Volksblatt, Nr. 342 vom 15. Dezember 1889, S. 2. Vgl. Handschriftliche Darstellung Robert Pattais, ÖStA, AVA, Kt. 37 (Robert Pattai), Mappe 2. Das Vaterland, vom 15. Dezember 1889, S. 5.

einander kämpfte. Der Salzburger „Kyffhäuser“ zweifelte überhaupt am „Menschenverstand des Wienertums“. Die Rauferei komme nur dem „Judenliberalismus“ zugute, sie schwäche die Bewegung: „Ein vom internationalen Judentum zu dem Zweck geworbener Führer der antisemitischen Bewegung, um im antisemitischen Lager Zwiespalt und Verwirrung hervorzurufen, hätte seine Aufgabe nicht besser lösen können als Herr Pattai ... Er ist der größte Schädiger der antisemitischen Bewegung geworden“.⁹²⁷ Der „Deutsche Bezirksverein“ gab ein Flugblatt, „Unsere Abrechnung mit Dr. Pattai“ heraus⁹²⁸ und die Schönerianer Türk, Ursin, Fürnkranz und Kaiser veröffentlichten im „Deutschen Volksblatt“ vom 17. Dezember 1889 folgende Erklärung: „Wir bedauern lebhaft, ehemals mit dem Abgeordneten Pattai, der Anhänger besitzt, die gewalttätig gegen Deutsche vorgehen, in Berührung gekommen zu sein“.⁹²⁹

Nach dieser Ausgangssituation vor den Wiener Gemeinderatswahlen im März 1890 wird deutlich, wie leicht es Karl Lueger in dieser gespannten, chaotischen und gewalttätigen Situation gefallen sein muß, mit seinem großen Organisationstalent in kürzester Zeit eine nie für möglich gehaltene Einigkeit der „Vereinigten Christen“ zustande zu bringen. Als deren unumstrittener Führer konnte er die absolute Zusammenarbeit aller antisemitischen Gruppierungen gegen den Liberalismus fordern – und bekam sie auch. Das „Deutsche Montagsblatt“ fragte in der vorweihnachtlichen Atmosphäre des Dezembers 1889, „Wer gehört zum Bund Vereinigter Christen? Christliche Volksparteien bringen die Liebe zur Heimat und zur angestammten Dynastie mit sich ... Der Bund Vereinigter Christen ist der Bund Vereinigter Patrioten!“⁹³⁰

Zähneknirschend mußte sich auch ein nach seiner Haftentlassung im Hintergrund agierender Schönerer zu diesem „Bund Vereinigter Patrioten“ bekennen, um nicht völlig marginalisiert zu werden. Die radikalen Deutschnationalen hatten Anfang der 90er Jahre weniger Anhänger als zu Beginn der 80er. So war Georg von Schönerer fast gezwungen, wenigstens für diese Gemeinderatswahlen in einer untergeordneten Position mit den „Vereinigten Christen“ zusammenzuarbeiten⁹³¹ und konnte letztendlich froh sein, daß nach einer deutlichen Steigerung dieses Bündnisses auch drei alldeutsche Abgeordnete unter der Ägide Luegers in den Wiener Gemeinderat einzogen. Die Erklärung, die der designierte Gemeinderat Karl Türk am 29. März 1890 abgab, klang daher eher nach einem Ende der alldeutschen Bewegung: „... (Es hat den) Anschein, als hätte sich unsere Partei zu sehr mit den Christlichsozialen, sowie mit den klerikalen Antisemiten eingelassen ... Ich glaube, wir konnten nicht anders, denn wenn wir uns vor so wichtigen politischen Aktionen zurückziehen, ... verlieren wir die Fühlung mit dem Volk.“⁹³² Das war auch eine deutliche Aussage in Richtung Schönerers Ambitionen hinsichtlich einer kleinen Kaderpartei. Umge-

927 Der Kyffhäuser, Nr. 51 vom 22. Dezember 1889, S. 1.

928 ÖStA, AVA, Karton 10 (Studenten).

929 Deutsches Volksblatt vom 17. Dezember 1889, S. 2. Vgl. Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 1 vom 1. Jänner 1890, S. 7.

930 Deutsches Montagsblatt, Nr. 135 vom 22. Dezember 1889, S. 6. Vgl. Deutsches Volksblatt vom 9. Februar 1890, S. 3f.

931 SCHNEE, Heinrich, Georg Ritter von Schönerer, S. 44.

932 Deutsches Volksblatt vom 29. März 1890, S. 2.

kehrt konnte es aber auch heißen, „er“ hätte sich endgültig von der Politik verabschiedet und die „Führung mit dem Volk“ an Lueger abgegeben.

6.1 Die Niederösterreichischen Landtagswahlen vom September 1890

Schon bei den taktischen Vorgeplänckeln für die nach den Wahlen in Wien am 25. September 1890 stattfindenden Niederösterreichischen Landtagswahlen zeigte sich, daß der von Lueger zustandegebrachte Zusammenhalt der antisemitischen Fraktion innerhalb der „Vereinigten Christen“ nur von kurzer Dauer sein konnte: Der wegen der Gemeinderatswahlen verschobene Ehrenbeleidigungsprozeß Robert Pattais gegen den Redakteur des „Deutschen Volksblattes“ Karl Hron, der vom 24. bis 26. April 1890 stattfand, verdeutlichte, an welch dünnen Fäden die Verbindungen der „Vereinigten Christen“ zu den Radikalen der antisemitischen Fraktion hingen. Schönerer zeigte dabei nicht das geringste Interesse, Vergani zu unterstützen und zu vermitteln, worauf Hron prompt den Prozeß verlor und zu einer Geldstrafe verurteilt wurde.⁹³³ Auch Vergani kam der Ausgang dieser gerichtlichen Auseinandersetzung – parteiintern völlig gewollt – teuer zu stehen: Der am 11. Mai 1890 unter der Leitung Julius Sylvesters in Melk stattfindende Parteitag des „Deutschen Volksvereines“ schloß ihn wegen des „Verrats“, eine Zeitung gegen den Willen des „Führers“ ins Leben gerufen zu haben, von der Partei aus.⁹³⁴ Karl Türk nahm nun auch Robert Pattai ins Gericht. Da er wie Vergani die Führerschaft innerhalb der Alldeutschen angestrebt habe, sei an eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr zu denken.⁹³⁵

Der eigentliche Sieger in dieser Auseinandersetzung, die in Wien Schlagzeilen machte, blieb, wie gewohnt, Lueger: Er hatte sich zwar im Prozeß Pattai – Hron für unparteiisch erklärt, im Hintergrund aber sehr wohl die Fäden gezogen. Nach dem Parteiausschluß Verganis von den Alldeutschen gelang es Lueger auch tatsächlich, das „Deutsche Volksblatt“ gänzlich unter seine Kontrolle zu bringen, wodurch er die Rolle eines neuen Politikertyps, des „Volkstribuns“, die er immer mehr anstrebte und ausformte, mit einem Rassenantisemitismus taktisch verbinden konnte. Nicht ohne Anerkennung für Lueger schrieb der Schönerer-Biograph und spätere Anhänger der Christlichsozialen, Franz Masaidek, mit einem zarten Seitenhieb auf die Wiener, die seinen Aufstieg ermöglichten: „Wenn Schönerer die Intelligenz antisemitisch machte, so gelang Lueger das große Kunststück, den Dummen Kerl von Wien, die Greißler und Hausmeister für den Antisemitismus zu gewinnen.“⁹³⁶

Es ist durchaus möglich, daß Hitler während seiner Zeit in Wien die 1898 erschienene Schrift Masaideks gelesen hatte, denn die Ähnlichkeit mit der später in „Mein Kampf“ abgegebenen Be-

933 Prozeß Pattai – Hron, ÖStA, AVA, Kt. 37 (Robert Pattai), Mappe 3.

934 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 316.

935 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 9 vom 1. Mai 1890, S. 99.

936 MASAIDEK, F. F., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, S. 32.

urteilung Luegers ist frappant. Vor den Niederösterreichischen Landtagswahlen begann Lueger in Gasthäusern, Bierhallen und auf Marktplätzen die Stimmung im Volk auszuhorchen und bot überall seine Hilfe an. „Er konnte ausgezeichnet auf das geistige Niveau seiner Zuhörer eingehen und durch seine Willensübertragung eine Massensuggestion auslösen, indem er den Wienern Selbstbewußtsein gab, gegen alles Gebildete aufzutreten, nach der Devise selig sind die Armen im Geiste“, schrieb der bekannte, zu den Alldutschen neigende Literat und „Erfinder“ der „Josefine Mutzenbacher“ Felix Salten über ihn.⁹³⁷

Mit dem „Schachzug“ Vergani konnte Lueger außerdem im Sinne der Einigung die noch schwankenden Nationalen im radikalen Lager für sich gewinnen. Dies blieb natürlich nicht unwidersprochen. Später schrieben die Schönerianer, Luegers Unterstützung der Prinzipien des Linzer Programms, sein Engagement in der Nordbahnfrage und sein Einsatz gegen die Auslieferung Schönerers hätten nur dazu gedient, dem „Märtyrer zu huldigen“, um dessen Anhänger auf seine Seite zu ziehen – womit sie nicht ganz unrecht hatten. Er hätte den von Schönerer entlehnten Rassenantisemitismus geschickt als Werbemittel für sich selbst eingesetzt. Felix Salten urteilte über Luegers schwer einzuschätzenden Antisemitismus: „Seine Unehrllichkeit lag darin, daß er einerseits predigte, es sei ihm gleichgültig, ob man Juden henkt, sich andererseits im privaten Bereich als Philosemit hervortat, dessen Antisemitismus rein politische Propaganda wäre und mit getauften Juden in der eigenen Partei freundschaftlichen Kontakt pflegte.“⁹³⁸

Zusätzlich tat der „schöne Karl“ etwas, von dem er wußte, daß ihm das Schönerer nicht so schnell verzeihen würde: Für die bevorstehenden Wahlen im September ging er das erste Mal ein Bündnis mit der „Deutschnationalen Vereinigung“ Otto Steinwenders ein, mit dem ihn die Forderung nach einem allgemeinen Wahlrecht und die Loyalität gegenüber Österreich verband.⁹³⁹ Luegers „Versprechen“ auf einer Wahlversammlung am 29. August 1890 ist als deutliche Kampf-ansage an Schönerer aufzufassen, auf dessen „Beistand“ er fortan verzichten würde: „Ich werde ... jeden, der die Einigkeit mutwillig stört, so behandeln wie einen Feind!“⁹⁴⁰ Die Antwort gab Karl Türk am 23. September 1890 im „Deutschen Volksverein“: „Die Christlichsozialen sind Handlanger des Klerikalismus. Der Klerus und die katholische Hierarchie aber wollen ein zerrissenes, ohnmächtiges Deutschland und einen geschwächten, uneinigen Volksstamm in Österreich ... Die christlichsoziale Partei steht auf dem kirchlichen, also internationalen Punkte und die Religion hat nichts mit Politik, diese nichts mit der Religion zu schaffen.“⁹⁴¹

Indem die Radikalen mehrere Gegenkandidaten gegen die nun aus Christlichsozialen, gemäßigten Deutschnationalen, Teilen der katholischen Konservativen und dem Kreis um Verganis „Deutsches Volksblatt“ bestehenden „Vereinigten Christen“ aufstellten, war der Streit im an-

937 SALTEN, Felix, *Das österreichische Antlitz*, Berlin 1909, S. 135f.

938 Ebd., S. 135f.

939 WHITESIDE, Andrew, *Georg Ritter von Schönerer*, S. 135.

940 Zitiert in: FERTL, Karl, *Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914*, S. 83.

941 *Deutsches Volksblatt* vom 25. September 1890, S. 3.

tisematischen Lager endgültig entschieden. Während die Niederösterreichischen Landtagswahlen für die „Vereinigten Christen“ mit 27 eroberten Sitzen ein Riesenerfolg wurden – in Wien wählten nur mehr die Bezirke 1, 2, 4 und 9 mehrheitlich liberal – was schließlich ein Mandatsverhältnis von 42:27 ergab, schafften nur drei Radikale der Schönererfraktion ihren Einzug in den Landtag.⁹⁴² Zwar zählten auch sie zu den „Abgefallenen“, weil sie sich in einem „Volkswirtschaftlichen Verein“ dem Bündnis der „Vereinigten Christen“ angeschlossen hatten, doch wechselten sie wenig später wieder zu den Schönerianern. Im Hinblick auf die im Frühjahr 1891 stattfindenden Reichsratswahlen ließ dieses Ergebnis jedoch keine Euphorie aufkommen.

Plötzlich meldete sich Georg von Schönerer, der noch im September erklärt hatte, augenblicklich keine Funktionen übernehmen zu wollen, aus seinem selbstgewählten Hamerling-Exil zurück und übernahm Ende November 1890 wieder die Obmannschaft und Parteiführung im „Deutschen Volksverein“. Die Situation war nach dem Melker Parteitag vom 11. Mai unhaltbar geworden: Seit damals hatte die Partei ein Ausschuß innegehabt, in dem es zu wiederholten ernsten Zusammenstößen zwischen Türk und Wolf gekommen war, die auch durch einen regen Briefwechsel der beiden mit Schönerer belegt sind, in dem sich vor allem Wolf über die Unfähigkeit der Parteileitung beklagte.⁹⁴³ Die erste Vollversammlung unter der Obmannschaft Schönerers am 22. November 1890 dokumentierte, wer Sieger in der Auseinandersetzung geblieben war: Türk wurde als Stellvertreter ins zweite Glied zurückgestellt, während Karl Hermann Wolf zum Schriftführer aufstieg.⁹⁴⁴

Nicht nur innerparteiliche Gründe sprachen für eine Rückkehr Schönerers ... Auf einem anlässlich des 90. Geburtstages zu Ehren des Siegers von Sedan, Helmuth von Moltke, veranstalteten Kommers, erklärte er, wieder in die Öffentlichkeit treten zu wollen: „In einer echt nationalen Partei kann es keinen Mittelstandpunkt geben, sondern nur Klarheit und Vollwertigkeit. Unsere Reihen sind allerdings vielleicht kleiner, dafür aber ebenso gewiß reiner geworden“, verkündete Schönerer an jenem 25. Oktober 1890 ... „Zwischen uns und den anderen, zwischen Recht und Unrecht muß die Trennung eine entschiedene und allerorten sichtbare sein ... In gewissen Kreisen war der Ausdruck der Stimmung nach meiner Verurteilung zusammenzufassen in die Worte: Der Führer ist tot – es lebe das Geschäft! – Darauf sage ich heute: Der Führer ist nicht tot – er lebt und ist bereit, zu arbeiten; er ist gewillt, von der Führerschaft im Kreise derjenigen, die ihm selbe freiwillig zuerkennen, auch jetzt wieder Gebrauch zu machen ... Auf der einen Seite sehen wir Lüge, Wortbruch, Verrat, Strebertum und Gemeinheit – auf der anderen Seite sehen wir Wahrheit und Treue, Uneigennützigkeit und Liebe zum eigenen Volke – die Wahl kann denn doch dem deutschen Mann und der deutschen Frau nicht schwer sein. Ich selbst habe bereits gewählt – ich stehe zum deutschen Volke!“⁹⁴⁵

942 FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 86.

943 WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, S. 68.

944 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 23, vom 1. Dezember 1890, S. 272.

945 Zitiert in: MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 123.

In dieser Rede bekannte sich Schönerer das erste Mal zu einer reinen Kaderpartei und gab die Parole „Durch Reinheit zur Einheit“ aus, die er am 16. September 1890 folgendermaßen umschrieben hatte: „Ich war und bin eben nicht gesonnen, in meiner Gesellschaft und Gefolgschaft den Eigennutz, das Strebertum, das Abweichen von unseren rein nationalen Grundsätzen zu gestatten; ich dulde, kurz gesagt, keinerlei unlauteres Gebaren in den Reihen meiner Kampfgenossen. Eichenfest und stahlhart werde ich auch in Zukunft die von mir als richtig erkannten Wege wandeln und ohne Rücksicht auf die Zahl meiner Anhänger werde ich, unserem deutschen Volke zum Schutze, unseren Gegnern zum Trutze, den Grundsatz: Durch Reinheit zur Einheit, nach meinen Kräften zu verwirklichen trachten.“⁹⁴⁶ Er demonstrierte damit ein härteres und radikaleres Auftreten als je zuvor ... Wer nicht mit ihm gehen wollte, sollte der „Reinheit“ zum Opfer fallen: „Wer angesichts der Schneidigkeit des Kampfes zittert, ... der scheide aus“, lautete bereits die Neujahrsgrußbotschaft Karl Iros für das Jahr 1890 in den Unverfälschten Deutschen Worten.⁹⁴⁷ Kampf und Reinigung waren zur neuen Parole und zugleich zu einer düsteren Vorschau geworden. Denn mit Reinigung war auch das Streben, das deutsche Volk von fremden Elementen zu befreien, verbunden, als Voraussetzung für die Entfaltung der nationalen Kräfte zum Zwecke des Kampfes für die Einheit. Es waren jetzt die studentischen Vereine, die in dieser entscheidenden Phase Schönerer den Rücken stärkten. Am 3. November 1890 sandten sie ihm ein Schreiben, in dem sie den „Entschluß ihres hochgeehrten Führers“, wieder in die Öffentlichkeit zu treten und die Obmannstelle im „Deutschen Volksverein“ zu übernehmen, lebhaft begrüßten.⁹⁴⁸ Sie waren neben den Turnern als einzige „treu“ geblieben. Die Vereine und Turner waren es nun auch, die Schönerer auf der oben zitierten Kommers-Rede anzusprechen wußte, wenn er meinte: „(Der Führer) ist gewillt, von der Führerschaft im Kreise derjenigen, die ihm selbe freiwillig zuerkennen, auch jetzt wieder Gebrauch zu machen.“

6.2 Wilde Ehen

Erwartungsgemäß katastrophal gestalteten sich die Reichsratswahlen des Frühjahres 1891 für Schönerer, für die er selbst wegen seiner Verurteilung nicht wahlberechtigt war. Trotz der im Dezember 1890 erfolgten Eingemeindung der Außenbezirke erhielten die Schönerianer in Wien kein einziges Mandat.⁹⁴⁹ Von den mit den Gemäßigten Steinwenders angetretenen Bewerbern anerkannte Schönerer jedoch drei als Alldeutsche an: Davon wurden Wilhelm Philipp Hauck und Augustin

⁹⁴⁶ PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 1.

⁹⁴⁷ Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 1 vom 1. Jänner 1890, S. 1.

⁹⁴⁸ PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 408.

⁹⁴⁹ Obwohl die Deutschnationalen und „Deutschen Christlichsozialen“ auf getrennten Listen antraten, gab es ein gemeinsames Zentralwahlkomitee, das aus 5 Christlichsozialen und 2 gemäßigten Deutschnationalen bestand. FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 89.

Dötz in den Reichsrat gewählt,⁹⁵⁰ Karl Türk scheiterte an dem schlesischen Baron Rolsberg.⁹⁵¹ Gegenüber der „Linken“, den Liberalen, die wie 1885 114 Sitze im Reichsrat erobern konnten, hielten die Christlichsozialen nun bei spärlichen 10 Mandaten, während die Deutschnationalen mit 21 Sitzen zwei weniger als 1885 erzielt hatten, von denen noch die zwei den Schönerianern vorbehaltenen Sitze abzuziehen wären.⁹⁵²

Wesentlich besser lief es für beide Parteien in Wien ... Anlässlich der Gemeinderatswahlen in Wien im April 1891, bei der erstmals auch die eingemeindeten Vororte wahlberechtigt waren, hielt Fürst Liechtenstein am 13. März 1891 eine Wahlrede, in der er hervorhob, daß die Christlichsozialen als gemäßigte Vertreter der „Vereinigten Christen“ das gleiche wirtschaftliche Wahlprogramm wie die gemäßigten Deutschnationalen hätten.⁹⁵³ Mit diesem gestärkten Bündnis gelang ein weiterer antisemitischer Wahlerfolg: Im 2. Wahlkörper, dem nicht mehr die „Fünfgulden-Männer“ und „kleinen Leute“ angehörten, sondern die mittleren Steuerzahler und Besserverdiener, trat die Wahlpartei in den „neuen Bezirken“ Währing, Ottakring, Hernals und Favoriten als „Bürgerklub“ an. Vor allem aber im 3. Wahlkörper, bei den Gewerbetreibenden, niederen Beamten und Hausbesitzern fand sie ihre Anhänger und konnte von 19 Bezirken gleich 16 „erobern“.

Gerhard Jagschitz wies in einer Studie einen äußerst heftig geführten Wahlkampf im Bezirk Währing nach, der mit Erfolgen für die deutschnationalen Anhänger Schönerers, den „Christlich Sozialen“ und den „Klerikalen Antisemiten“ zu Buche schlug, die sich nur unter der Verpflichtung zusammengeschlossen hatten, dem „Bürgerklub“ beizutreten und bei der Bürgermeisterwahl dem liberalen Bürgermeister Johann Prix (1836–1894) nicht ihre Stimme zu geben.⁹⁵⁴ Im 3. Wahlkörper lief es, wie oben erwähnt, für die Liberalen wenig glücklich – von 46 zu vergebenden Mandaten erhielten sie nur 13. Sie beklagten den vorherrschenden Antiliberalismus, der sich „angesichts der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse“ nicht so leicht überwinden lasse.⁹⁵⁵ Während die Liberalen im 2. Wahlkörper insgesamt doch überzeugen konnten (von 46 Gemeinderatsmandaten entfielen 39 auf Liberale), siegten im 18. Bezirk, der eine von höheren Beamten und gutsituierten Gewerbetreibenden geprägte Sozialstruktur aufwies, die Antiliberalen.⁹⁵⁶ Von den 41 gewählten Gemeinderäten wurden nun Wien-weit 20 den Christlichsozialen und 18 den gemäßigten Deutschnationalen zugerechnet.⁹⁵⁷ Nur im 1. Wahlkörper konnten die Liberalen ihren gewohnten Sieg einfahren.⁹⁵⁸

950 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 135.

951 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 329.

952 KLEINDEL, Walter, Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur, Wien 1978, S. 286.

953 Deutsches Volksblatt vom 1. April 1891, S. 3.

954 JAGSCHITZ, Gerhard, Die Wahlen des Wiener Gemeinderats vom Jahre 1891 im 18. Bezirk, In: Unser Währing. Vierteljahresschrift des Vereines zur Erhaltung und Förderung des Währinger Heimatmuseums, 3. Jhg., Heft 3 (1968), S. 25.

955 Ebd., S. 28.

956 Ebd., S. 29.

957 FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 89f.

958 JAGSCHITZ, Gerhard, Die Wahlen des Wiener Gemeinderats vom Jahre 1891 im 18. Bezirk, S. 29.

Spätestens im Frühjahr 1892 hatte Karl Lueger seine Position so sehr gefestigt, daß er auch in der antisemitischen, deutschnationalen Fraktion als anerkannter Führer galt. Auch Robert Pattai ordnete sich ihm beispielsweise gänzlich unter, sodaß man eigentlich schon von da an von einer „Christlichsozialen Partei“ als Wahlpartei sprechen kann, obwohl die offizielle Umbenennung erst 1893 erfolgte.⁹⁵⁹ Indem man aber das christlichsoziale Programm trotz einer immer engeren Zusammenarbeit mit der Kirche vor das katholische stellte, kam es wegen der Autoritätsfrage zu Streitigkeiten mit den konservativen Kräften innerhalb der Partei: Während die konservative Auffassung davon ausging, daß den von Gott eingesetzten Autoritäten unbedingter Gehorsam geschuldet werde, nahmen die Christlichsozialen für sich das Recht in Anspruch, jede Autorität zu bekämpfen. Was nun zu einem Kompromiß führte, nämlich im christlichsozialen Programm auch für bestimmte religiöse Forderungen einzutreten, bot in den nächsten Jahren den gemäßigten, vor allem aber den radikalen Deutschnationalen große Angriffsflächen.⁹⁶⁰

Georg von Schönerer sah darin wieder eine Chance, eine Koalition der Deutschnationalen gegen die Klerikalen zustandezubringen, die ihm wegen ihrer Internationalität, ihrer Stellung zum Hause Habsburg und auch wegen ihres gemäßigten Antisemitismus überhaupt kein geeigneter Partner mehr schienen, weswegen er sich wieder versöhnlicher gegenüber den Gemäßigten zeigte. Nach dem Vorbild Luegers, der nun selbst in Richtungsstreitigkeiten verstrickt war, wollte Schönerer nun eine gesamtdeutsche antisemitische Front unter Ausschluß der Christlichsozialen schaffen. Es sollte dies sein letzter Versuch werden, eine Gesamtbewegung auf die Beine zu stellen.

Am 3. Juli 1892 veranstaltete Schönerer einen (gesamt-) deutschnationalen Parteitag in Penzing, auf dem er den Vorsitz führte. Seine dort gehaltene Rede ließ er später als „Aufruf an das deutsche Volk“ in einer Auflage von 50.000 Stück von Wolf und Iro als weiteres Eingeständnis, wie sehr er die Agitationskraft der jungen Garde schätzte, drucken und in ganz Österreich unter „Vertrauensleuten“ verteilen: „Die nationale Lage der Deutschen in Österreich ist durch die nationale Trägheit eines großen Teiles des Volkes ... eine so bedrängte geworden, daß das Eingreifen aller wirklich national gesinnten Männer als dringende Pflicht erscheint ... Der deutsche Tiroler, der deutsche Steirer, der deutsche Oberösterreicher, Kärntner steht politisch unter dem unbeschränkten Einflusse einer übermütigen Kaplanokratie ... Wie kann es besser werden? In deiner eigenen Hand, deutsches Volk der Ostmark, liegt deine Rettung! ... Hinweg mit Liberalismus und Klerikalismus! Besinn dich, o deutsches Volk in Österreich, auf deinen Wert und deine Zugehörigkeit zu einer weltgebietenden Nation, erinnere dich deiner Geschichte und des Wortes deines Dichters Robert Hammerling: Das einzige Mittel, deutsch zu bleiben ist deutsch zu sein!“⁹⁶¹

Geschickt nutzte Schönerer auch seinen 50. Geburtstag, um am 6. November 1892, anlässlich einer Versammlung der deutschnationalen Vertrauensmänner in Graz, einen weiteren Schritt zu einer Einigung zu erzielen: Der Parteigänger Otto Steinwenders, Paul Hofmann von Wellenhof

959 FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 97.

960 Ebd., S. 99.

961 Zitiert in: MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 124.

(1858–1944), stellte den Antrag, die Sätze des Linzer Programms durch entschiedenes nationales Auftreten jedes einzelnen deutschen Abgeordneten gegen alle Widersacher des deutschen Volkes, also auch gegen Juden, zu erzwingen, was einstimmig angenommen wurde.⁹⁶²

Trotzdem konnte Schönerer nicht verhindern, daß bei den Wiener Gemeinderatswahlen im April 1893 zunächst alles beim Alten blieb ... Neben dem Bündnis der Christlichsozialen mit den gemäßigten Deutschnationalen kam es auf Vermittlung Karl Hermann Wolfs auch wieder zu einer Zusammenarbeit Schönerers mit Lueger⁹⁶³: Im neu zu besetzenden 1. Wahlkörper wurde neben vier Christlichsozialen und einem gemäßigten Deutschnationalen mit Josef Rissaweg ein Schönerianer gewählt und in den Ergänzungswahlen für den 2. und 3. Wahlkörper kam mit Leopold Tomola ein weiterer zum Zuge. Die 47 antiliberalen Wiener Gemeinderäte teilten sich nun in 25 Christlichsoziale, 19 gemäßigte Deutschnationale und 3 Schönerianer.

Sehr gut lassen sich dabei drei Positionen herausarbeiten: Der schon lange von den Deutschnationalen abgefallene Robert Pattai stand zwar gänzlich im Lager Luegers, war aber bereit, die Partei weiter zu öffnen, indem er Konservative, den Klerus und die Deutschnationalen miteinander versöhnen wollte, um eine „national-konservative Partei auf christlicher Grundlage“ zu schaffen, die gleichsam durch ein inneres Band des Antisemitismus zusammengehalten würde: „Der Nationale bekämpft den Juden als fremdartiges Element; der Konservative als Störer der Ordnung und der Klerikale als Feind des christlichen Glaubens.“⁹⁶⁴

Karl Hermann Wolfs Taktik, der bei den Reichsratswahlen 1891 im Ersten Bezirk beschämend wenige Stimmen erhalten hatte, ging in eine ganz andere Richtung. Sie endete in Fragen der Zusammenarbeit bei der Person Luegers: Mit ihm wollte er zuerst die Liberalen vollständig besiegen, um dann die Christlichsozialen nach der Beseitigung der klerikalen Einflüsse geschlossen ins deutschnationale Lager zu führen.⁹⁶⁵

Georg von Schönerer kapitulierte angesichts der „Unreinheit“ und „Vermischung“. Am Vorabend der Wiedererlangung seiner politischen Rechte, am 19. Dezember 1893, hielt er neuerlich eine Grundsatzrede, die jetzt nach einem Abgesang auf eine parlamentarische Mitarbeit klang: „Unsere Sache steht viel zu hoch, als daß sie abhängig wäre von einem Sitz im österreichischen Parlament ... Darin unterscheiden wir uns eben von all diesen Politikern, von all diesem verwurstelten Getriebe des Alltagslebens, daß wir um den Preis, ja sogar gemeine Schufte, Wortbrüchige, Charakterlumpen zu werden und solche heute Freunde zu nennen, niemals etwas anstreben oder durchsetzen wollen.“⁹⁶⁶ Ihm behagte schon von seinem Naturell her eine Kaderpartei, weil es leichter war, eine kleine Mitgliederzahl seiner Führerschaft und seinen Absichten zu unterwerfen: „Mir sind 12 unbedingte Genossen lieber als ein tausendköpfiger Troß von Halben, Lauen, Un-

962 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 17f.

963 SCHNEE, Heinrich, Georg Ritter von Schönerer, S. 44.

964 Deutsches Volksblatt vom 26. April 1893.

965 WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, S. 87.

966 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 1 vom 1. Jänner 1899.

entschiedenen und von geistreichen Gigerln.“⁹⁶⁷ Daß ihn Wolf trotzdem zu einer Zusammenarbeit mit Lueger drängte, auch um seine eigenen Ziele durchzusetzen, mußte auf kurz oder lang zu einem Richtungsstreit innerhalb der Bewegung führen. Was mit Mißtrauen und Argwohn 1893 begann, als Schönerer seine Gegner im „Verein Deutscher Geschichte“ vermutete, dessen Vorstand auch Wolf angehörte, führte schließlich 1895 zum großen Bruch. Solange er die Zügel fest in der Hand hielt, waren ihm diese Reibereien völlig egal, was er mit den Worten unterstrich: „Mir ist's Wurst, ob diese Leute nörgeln und kritisieren; so lange ich zum Obmann gewählt werde, will ich es verhindern, daß der Deutsche Volksverein in schwankende, formvollendete und vornehme Hände gerate“.⁹⁶⁸

967 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 2 vom 16. Jänner 1893, S. 24.

968 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 19 vom 1. Oktober 1893, S. 229.

7. Der Personenkult der Vereine und Turner und das Heranreifen einer Idee

Ohne den Rückhalt der Vereine und Turner hätte die gesamte Schönerer-Bewegung schon 1888 ein Ende gefunden, und eine chronologische Aufarbeitung macht erst recht deutlich, wie sehr Schönerer mitunter selbst gegen die politische Bedeutungslosigkeit angekämpft hatte.

Die 23 Vereine, die sich auf der ersten großen Verbandstagung in Waidhofen vom 24. –26. Mai 1890 zum „Waidhofener Verband“ oder „Verband der wehrhaften Vereine“ konstituiert hatten, gaben eine einstimmig angenommene Grundsatzerklärung ab: „Die Vereine stehen unbedingt auf deutschnationaler Grundlage, ... für die Größe, Ehre und Wohlfahrt des deutschen Volkes zu arbeiten, ... jedweden Feind deutscher Sitte und Sprache ... zu bekämpfen. Durch Verfechtung des deutschnationalen Gedankens ... den einzigen Führer ... und unerschrockenen Vorkämpfer ... Schönerer ... unbedingtes Vertrauen und treueste Gefolgschaft zu versichern.“ Es bildete sich ein eigener Ausschuß, um über die „Judenfrage“ zu beraten, in dem der Antrag gestellt wurde, die „arische Abstammung bis ins dritte Glied nachzuweisen“. In der Frage des Paukkommers und der Genugtuungsfrage stellte der W.V. fest: „Es ist allgemein anerkannt, daß dem Juden eigentlich nicht das Recht zusteht, für Ehre und Recht nach Art der ritterlichen Völker im ernsten ehrlichen Zweikampf zu stehen.“⁹⁶⁹ Eine Woche vor dem Moltke-Kommers, auf dem Schönerer seine Rückkehr in die Politik bekanntgab, am 18. Oktober 1890, eröffnete im Hotel Zillinger⁹⁷⁰, auf der Wiedner Hauptstraße 25, der „Waidhofener Verband“ (W. V.) seine Tätigkeit, der seinen Vereinsbegriff nach der neuen Parole Schönerers definiert hatte: „... (Es ist die) Aufgabe, für die Größe, Reinheit und Einheit des deutschen Volkes zu kämpfen!“⁹⁷¹ Das Wort „Freiheit“, dessen Reihung vor oder nach der „Einheit“ in früheren Jahren zu vielen Grundsatzdiskussionen geführt hatte, fehlte hier schon vollkommen.

Wie sehr nun ein noch strengerer Personenkult betrieben wurde, verrät die Aussage des Obmannes der Oppavia, in die sich trotz absoluter Unterwerfung auch Töne einer ersten Skepsis mischten: „Die im politischen Kampf durchaus zu rechtfertigende unbeugsame Härte führte bei vielen Oppaven durchaus bereits eine gewisse Entfremdung seiner Person gegenüber herbei.“⁹⁷²

969 Waidhofener Verband, ÖStA, AVA, Kt. 10 (Studenten).

970 Einladung an Schönerer zum Eröffnungskommers der „Wehrhaften Vereine“, ÖStA, AVA, Kt. 10 (Studenten).

971 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 23 (1890), S. 273.

972 Zitiert In: KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 353.

Ein ähnlicher Personenkult, der noch zu Lebzeiten einer Person bereits gespenstische Ausmaße annahm, ist bei den Turnern zu beobachten, denn der antisemitisch motivierte Austritt aus der „Deutschen Turnerschaft“ und die Gründung des „Deutschen Turnerbundes“ 1889 hatten auch hier eine starke Annäherung an Schönerer mit sich gebracht. So gedachten die Turner anlässlich der Sonnwendfeier des Niederösterreichischen Turngaues am 22. Juni 1890 nach der Festrede, die Karl Hermann Wolf hielt, des „nationalsten Mannes der Ostmark, des besten Mannes im Lande“.⁹⁷³

Die „völkische Arbeit“ im „Waidhofener Verband“ beinhaltete neben der engsten politischen Fühlung mit Schönerer, dessen „Unverfälschte Deutsche Worte“ als „Briefkasten“ dienten, die vereinsmäßige Beteiligung am „Bund der Germanen“ durch Ortsgruppen, der Nachfolgeorganisation des „Schulvereins für Deutsche“. Weiters waren die Vereine im „Verein Deutscher Geschichte“ vertreten, der den Sinn für die Vergangenheit des deutschen Volkes und die Pflege des Studiums deutscher Geschichte wecken sollte. Dieser im April 1890 auf Anregung Schönerers gegründete und unter der Obmannschaft Josef Hårdtls und seines Stellvertreters Karl Hermann Wolf stehende Verein hatte sich die Herausgabe einer billigen, volkstümlichen illustrierten Geschichte des deutschen Volkes zur Hauptaufgabe gemacht, die einmal zur „nationalen Bibel“ ausgebaut werden sollte. Am 29. Dezember 1891 wurde gleichzeitig mit der Ernennung Georg von Schönerers zum Ehrenmitglied auch Karl Iro aufgenommen.⁹⁷⁴ Ein Zweck des „Vereins Deutscher Geschichte“ war es auch, Gäste zu Vorträgen, hauptsächlich über Germanentum und Judentum, einzuladen. Bei diesen Anlässen sprach auch öfters der Schriftsteller und selbsternannte „Privatgelehrte“ Guido von List (1848–1919), Sohn eines reichen Wiener Kaufmanns, Freund Franz Xaver Kiesslings und Sekretär des „Österreichischen Alpenvereins“. List, der sich das Adelsprädikat „von“ als Ausdruck seiner Zugehörigkeit zur „arischen Herrenrasse“ selbst zugelegt hatte, konzentrierte sich auf die Erforschung der germanischen Geschichte, ihrer Kultur, Märchen, Mythen und Sagen.⁹⁷⁵ Stets ging es ihm um die Erneuerung der Germanenschaft und um die Errichtung eines neuen Reiches, so auch in seinem im Verein gehaltenen Vortrag „Von der Wuotans-Priesterschaft“, wo er dem Göttervater huldigte, um seinen Germanen nach der Befreiung aus der Unterdrückung zu neuer Macht zu verhelfen.⁹⁷⁶

Zur selben Zeit gründete der 1885 in Berlin entstandene „Allgemeine Deutsche Sprachverein“ mit Ferdinand Khull als Obmann und Aurelius Polzer als Schriftführer auch eine Ortsgruppe in Österreich. Der Verein verfolgte die Erweckung der „Liebe für Reinheit, Richtigkeit und Schönheit“ der deutschen Sprache. Sein Hauptziel bestand in der „Ausmerzungen aller Fremdworte in deutschen Zeitungen“.⁹⁷⁷ Beide Vereine führten in ihren Satzungen einen Arierparagraphen.

973 Mitteilungen des Niederösterreichischen Turngaues 1890, Nr. 25, S. 290.

974 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 26 (Vereine). Vgl. PICHl, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. III, S. 293f.

975 Guido Lists gesammelte Werke, hg. von der Guido von List Gesellschaft, 2 Bde., Wien 1912–1913, S. 673. Anhang.

976 PICHl, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. III, S. 293f.

977 Ebd., S. 295.

Nach den internen Parteiproblemen und den daraus resultierenden schlechten Wahlergebnissen versuchte Georg von Schönerer, seine Hausmacht, die Studenten, mit noch rigoroseren Mitteln an sich zu binden, wobei es ihm in erster Linie darum ging, wieder einen Konsens zwischen den Burschenschaften und Vereinsstudenten herzustellen. Tatsächlich schienen einige Umstände diesen Bestrebungen förderlich zu sein, denn die immer ungestümeren Vorstöße der Vereine hatten auch bei einem Teil der Professorenschaft zu einem Umdenken und zu ernsteren Widerständen geführt. Am 14. Mai 1891 hielt der von dem berühmten Professor für Medizin Hermann Nothnagel gemeinsam mit Gundaccar von Suttner und dessen Gemahlin Berta gegründete, vorwiegend christlich orientierte „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ seine erste Hauptversammlung ab.⁹⁷⁸ Zu den Gründungsmitgliedern gehörten neben Graf Hoyos und dem Komponisten Johann Strauß auch der Chirurg Theodor Billroth, der nun seine Meinung über die Juden gänzlich revidiert hatte. Ganz nach dem Vorbild des vier Monate zuvor in Berlin geschaffenen Vereines hoben die Mitglieder die gemeinsamen Ideale des Christentums und des Judentums hervor. Gemäß den Anschauungen der Altliberalen hielt der Verein den Antisemitismus für einen Anachronismus einer modernen Zeit. So lautete auch der Grundkonsens der ersten Hauptversammlung: „Der Antisemitismus ist eine Schmach, sein Wesen ist die Aufhebung der Humanität und Gerechtigkeit, seine Folgen sind sittliche Verwilderung und Verrohung“.⁹⁷⁹

So förderte der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ indirekt ein vorübergehendes Einvernehmen der wehrhaften Vereine mit den Burschenschaften in der Frage des Vorranges nationaler vor studentischen Angelegenheiten, indem sie sich auf die „grundsätzliche Tätigkeit“ einigten, „in der Hauptsache gegen das Judentum auf der Wiener Universität“ vorzugehen. Der Chronist der Oppavia, Kurt Knoll, stellte dazu 1923 fest: „Die Tatsache der Gründung des Vereines (Anm. zur Abwehr des Antisemitismus) erwies ... deutlich, welche Fortschritte die in der Studentenschaft entstandene und von dieser im Verein mit Schönerer hauptsächlich getragene antisemitische Bewegung bereits gemacht hatte“.⁹⁸⁰

Zum anderen sollte es sich als sehr günstig erweisen, daß der „Waidhofener Verband“ bei seiner Gründung keine Satzungen eingereicht hatte, weil seine Proponenten befürchteten, daß diese wegen der antisemitischen Ausrichtung niemals genehmigt werden würden. In diesem Schwebezustand einer drohenden Auflösung mußte sich zwangsläufig eine günstige Gesprächsbasis mit den Burschenschaften ergeben.⁹⁸¹ Am Rande sei erwähnt, daß der junge Technikstudent Eduard Pichl (1872–1955) am 2. Mai 1891 die dem W. V. angehörige „Deutsche Lesehalle an der Technischen Hochschule“ aus Angst vor einer behördlichen Auflösung in den „Verein deutscher technischer Hochschüler Gothia“ umwandelte.⁹⁸² Er sollte der jugendliche Freund und der umfassendste Schönerer-Biograph werden.

978 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 369.

979 Zitiert In: KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 368.

980 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 368.

981 KNOLL, Kurt, Geschichte der wehrhaften Vereine deutscher Studenten in der Ostmark, S. 88f.

982 Ebd., S. 89.

Dennoch hatte Georg von Schönerer ständig mit Widerständen zu rechnen: Spätestens nach dem Aderlaß in der Partei durch den Austritt einer Führungsspitze, die ausnahmslos aus (ehemaligen) Burschenschaften bestand, musste er den Opportunismus der Studenten wahrnehmen, der sie erst im Streben nach einer jetzt verlorengegangenen politischen Verbindung zum Reichsrat bewogen hatte, an ihn heranzutreten. Mit seiner Verurteilung war Schönerer zumindest für die konservativen Burschenschaften uninteressant geworden. Der Mann der Stunde war nun einer der früheren „Schönerer-Macher“, der „Alte Herr“ der Silesia, Otto Steinwender, der, anders als Schönerer, nun auch im Reichsrat saß. Daß die Burschenschaften, die einst Schönerer mit ihrem Nationalismus und Antisemitismus geradezu „infiziert“ hatten, jetzt auch durchaus bereit waren, sich mit Steinwender auf den Boden des österreichischen Staatsgedankens zu stellen, beweist die Erklärung des „Olympen“ Paul Zugmayer, daß seine Verbindung an der „Selbständigkeit Österreichs“ festhalte und sich des „Gegensatzes zwischen dem schönnerianischen Standpunkte und der Realpolitik Bismarcks bewußt“ sei.⁹⁸³ Selten, aber doch, wurde auf einer rationalen Grundlage argumentiert. Die Vereine frohlockten hingegen, daß der alte Streit um die Vorherrschaft beider Korporationen alleine wegen „des Antisemitismus der besseren Verbindungen“ zugunsten der Vereine entschieden sei: „Wir (haben) nie nach einer Alleinherrschaft gestrebt, aber wir wehren uns gegen eine Vorherrschaft der Burschenschaften. Ein historisches Recht dazu gibt es nicht, denn ... sie (sind) doch nicht im jetzigen Sinn national gewesen; die Burschenschaften im Reich haben bis heute der Judenfrage gegenüber noch nicht offen Stellung genommen.“⁹⁸⁴

Dennoch hielt Schönerer bei seinen Einigungsbestrebungen zwei Trümpfe in der Hand: Die Zahlen wiesen für 1893 mit 177 aktiven Vereinen gegenüber 80 Burschenschaften eine rückläufige Tendenz für letztere aus.⁹⁸⁵ Weiters besaß er im Linzer D. C. mit der Burschenschaft Teutonia aufgrund ihres Kartells mit der Grazer Frankonia noch zwei „Heimverbindungen“ und mit dem ehemaligen Wiener Teutonen Josef Ursin noch einen verlässlichen Mann innerhalb des Burschenschaftsverbandes. Das ehemalige Mitglied der Innsbrucker Suevia hatte am 8. März 1892 die Innsbrucker Burschenschaft Germania gegründet, nachdem er die alte Verbindung gespalten hatte. Die neue Germania beharrte auf den „unverfälschten Gedanken Schönerers“ und wurde deshalb auch nicht in den L. D. C. aufgenommen.⁹⁸⁶

Die beiden schönnerianischen Burschenschaften Teutonia und Frankonia übten nun einen gewaltigen Druck innerhalb des L. D. C. aus, zu dem noch die Angriffe des „Waidhofener Verbandes“ kamen. Die Taktik Schönerers ging jetzt in die Richtung, entweder den L. D. C. zu sprengen

983 Zitiert In: KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 392.

984 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 6, vom 16. März 1892, S. 67.

985 Schreiben des Grazer D.C. der Burschenschaften (u. a. Tauriska) an die Redaktion der Unverfälschten Deutschen Worte vom 14. Juni 1890, mit der Bitte um Veröffentlichung: „Der D.C. weist im SS 1890 eine nicht eben große Zahl an aktiven Mitgliedern auf“. Als Gründe dafür wurden in dem Schreiben recht scheinheilig das bei der Truppe von den Medizinstudenten zu absolvierende Halbjahr und die auf unbedingter Satisfaktion stehenden „Finkenvereine“ angegeben. ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 10 (Studenten).

986 Die Gründung der Innsbrucker Germania, Innsbruck 1892, S. 5f.

gen, oder möglichst viele Burschenschaften auf die Seite der Vereine zu ziehen. Nach der chronologischen Aufstellung Pichls besuchte er am 19. März 1892 die Kneipe der Grazer Frankonia und am 6. Mai mit den „Alten Herren“ der Verbindung, Wilhelm Philipp Hauck und dem Sprechstellvertreter des „Ersten Wiener Turnvereines“ Leopold Slepiza, das Stiftungsfest der Libertas.⁹⁸⁷ Schönerer griff nun selber in die Entwicklung des bevorstehenden Ausschlusses der Teutonia und Frankonia aus dem L. D. C. ein, indem er am Stiftungsfest des Vereines Neostadia am 15. Juni 1892 zunächst als Ehrenmitglied der Oppavia versuchte, die Innsbrucker Burschenschaft Germania und die sich ihr angeschlossene Grazer Burschenschaft Cheruscia in eine möglichst nahe Verbindung zum „Waidhofener Verband“ zu bringen, wobei ihm die Vorverhandlungen sogar 50 Gulden wert waren.⁹⁸⁸ Einzig vor dem Hintergrund der Einigungsgespräche, um eine feste alldeutsch-studentische Einheit herzustellen, sind die Ausschreitungen zu verstehen, die sich am 21. Juni 1892 anlässlich eines privaten Wien-Besuches Bismarcks ereigneten. Schon auf dem Bahnhof St. Pölten hatte der einstige Göttinger Farbenstudent verkündet: „Ich war ein Student und werde es bleiben, bis ich sterbe!“, was das Klima gehörig aufheizte.⁹⁸⁹ Schönerer mußte bei der Begrüßung am Nordwestbahnhof, der alle deutschnationalen Abgeordneten und sämtliche nationalen Studentenverbindungen beiwohnten, seine letzten Kräfte mobilisieren. Dazu kam die berechtigte Furcht der Regierung, die alle „Huldigungen“ zu unterbinden suchte. Als das vorher streng verbotene Deutschlandlied, die „Wacht am Rhein“ und die „Heil-Rufe“ nicht verstummten, kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, die mit gezogenem Säbel gegen die Demonstranten vorgeing, wobei es mehrere Schwerverletzte gab. Karl Hermann Wolf wurde sofort verhaftet.⁹⁹⁰

Nachdem am 11. Juli 1892 der „Waidhofener Verband“ wegen der Abhaltung seines Verbandstages ohne polizeiliche Genehmigung behördlich aufgelöst worden war und sich neu konstituieren mußte, was aber die Vereinstätigkeit nicht unterbrach⁹⁹¹, unterblieb die Beilegung des Konflikts mit den Burschenschaften, für die der Kommers anlässlich der 80-Jahr-Feier der Völkerschlacht von Leipzig in „Rappels Rosengärten“ in Favoriten zum entscheidenden Ereignis werden sollte. Die Einladung war trotz ihres Bezuges auf die Völkerschlacht anders abgefaßt als sonst: „Diese Veranstaltung soll eine großartige nationale Kundgebung werden, veranstaltet von allen Schichten der Bevölkerung, ohne Unterschied des Standes, eine nationale Kundgebung aller jener, die den Schutz deutschen Volkstums, deutscher Art und Sitte und deutschen Besitzes als ihre erste und heiligste Pflicht erkannt haben ... In einem stark mit slawischen und jüdischen Elementen durchsetzten Bezirk wollen wir die Festfeier zur Erinnerung an den Tag begehen, an dem sich das deutsche Volk wie ein Mann erhob – Bürger, Bauern, Gelehrte, Turner und Studenten“.⁹⁹²

987 PICHl, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 364.

988 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 393.

989 Zitiert in: BEURLE, Carl, Beiträge zur Geschichte der deutschen Studentenschaft Wiens, S. 107.

990 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 13, vom 1. Juli 1892, S. 146f.

991 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 379f.

992 Einladung an Schönerer zum Festkommers anlässlich der 80 Jahr Feier der Völkerschlacht von Leipzig, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 10 (Studenten).

Anläßlich der Vorbereitungen verriet Schönerer seine wahre Absicht, die Karl Iro dem Sprecher der Philadelphia, Theodor Rakus mitteilte: Nachdem die gesamte nationale Studentenschaft für nationale und politische Zwecke geeint wäre, sollten beide Gruppen „abermals in den Dienst der Partei Schönerers zurückgeführt“, daher der schönerianischen Parteileitung unterstellt werden. Jetzt erteilten ihm sogar die Vereine eine klare Absage, indem sie in einer Sitzung am 7. Oktober 1892 beschlossen: „Wir halten zu Herrn Schönerer, ... weil wir Herrn Schönerer als den treuesten und besten Vertreter der Sache des deutschen Volkes in der Ostmark betrachten, aber einer parteilichen Leitung können wir uns nicht anschließen, weil wir damit unserer Freiheit und Schaffensfreudigkeit Einbuße tun würden.“⁹⁹³ Schönerer mußte nun in den Verhandlungen mit Rakus, der für ihn wegen seines sozialen Engagements innerhalb der Studentenschaft einen wichtigen Platz einnahm, seinen Plan fallenlassen, bestand aber auf der Einheit und dem Vorrang des nationalen vor dem studentischen Element (Schläger, Farbe, Genugtuung).

Die erste Vorbedingung, nämlich die Einigung des L. D. C. mit dem W. V., war schon vor dem Kommers mit dem Austritt der Teutonia und der Grazer Frankonia aus dem L. D. C. am 18. Oktober 1892 obsolet geworden. Dem Einigungs-Kommers selbst, der am gleichen Tag mit 1000 Teilnehmern stattfand, drohte damit ein Fiasko.⁹⁹⁴ Nach dem Einzugsmarsch aus Wagners Tannhäuser und der Festrede Polzers verließen die Vertreter der Linzer D. C.-Burschenschaften während einer Rede des Sprechers der Teutonia, Carl von Benedicty, empört den Saal. Denn Schönerer hatte in Erwartung einer schwierig durchführbaren Einigung einen Rettungsanker aus der Tasche gezaubert. Konnte er sich augenscheinlich auf keine der beiden Seiten mehr verlassen, so hatte er nun eine dritte Option als Ausweg gefunden. Vor den versammelten antisemitischen Turnvereinen, Tiroler und Oberösterreichischen Bauern, den von Nierhaus angeführten Gewerken (!) und den nationalen studentischen Körperschaften aus Wien, Innsbruck, Graz, Prag und Troppau, hielt Benedicty diese Rede „im Auftrag seiner Burschenschaft“. Sie hat eine eminent wichtige Bedeutung, weil damit nicht nur ein zwischen Burschenschaften und Vereinen stehender neuer Typus einer Korporation begründet, sondern auch eine sehr wesentliche politische Voraussetzung geschaffen werden sollte. Benedicty proklamierte die „charakteristische Burschenschaft“ als „... wohl das herrlichste Werk, welches die gesamte nationale Studentenschaft vollbracht hat, ... (als) in der Ostmark zur Wirklichkeit gewordenes Ideal ... Sie läßt keine Opportunitätsrück-sichten walten gegenüber den verschiedenen Gruppierungen innerhalb und außerhalb der nationalen Studentenschaft ... Sie weiß, ... daß sie sich an ihren Schaffer und Führer gebunden hat, ... daß sie als Kerntruppe Schönerers immer an seiner Seite kämpfen muß.“

Diese völlig neue Richtung innerhalb der Burschenschaften sollte später mit der Anerkennung der „völkischen Gleichberechtigung“ ein wesentliches Element der NS-Ideologie ausmachen. We-

993 Deutsche Zeitung, Nr. 7474 vom 19. Oktober 1892, S. 2. Vgl. Der Bote aus dem Waldviertel, Nr. 357 vom 1. November 1892, S. 1.

994 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 21 vom 1. November 1892, S. 242. Vgl. PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 394.

nig später erläuterte Benedicty das Wesen der „charakteristischen Burschenschaft“ noch einmal in den „Unverfälschten Deutschen Worten“: „(Sie) trägt keine Farben, die sie von anderen Burschenschaften unterscheiden, sie ist doch nur eine Summe von Grundsätzen, die wohl im Herzen eines jeden nationalen Studenten ... feste Wurzeln gefaßt haben müssen, wenn er in Ehren das Wort national für sich beansprucht ... Gesinnungsreinheit und Gesinnungstüchtigkeit eines jeden einzelnen ... und die gegenseitige Achtung der gleichberechtigten Söhne des deutschen Volkes. Hier muß sich der Wahlspruch unseres Führers bewahrheiten. Durch Reinheit zur Einheit! ... Nicht die Form macht einen zum besseren Deutschnationalen, sondern der Geist. In der Verfechtung unserer unverfälschten deutschen Sache sind wir alle gleich.“⁹⁹⁵

Neu dabei war, daß man das soziale Gefälle nicht wie bisher bei den Burschenschaften als ein Hindernis betrachtete. Bezeichnenderweise befaßte sich auch die Rede Schönerers auf dem Festkommers nicht mit den Querelen der Studenten, sondern er wandte sich im Gegenteil mit dem Thema „Soziale Reform“ erstmals an sie: „Unter sozialer Reform verstehen wir Deutschnationale eine auf volklicher Grundlage fußende Neu- und Umgestaltung unseres gesellschaftlichen Gemeinlebens ... Wir Deutschnationale nun, verlangen, daß jeder Deutsche bei der Lösung der sozialen Frage, die zumeist auch Judenfrage ist, auf Seite seines eigenen, des deutschen Volkes stehe!“⁹⁹⁶ Das Nationale sollte der Überbau einer Gemeinschaft ohne Klassenunterschiede sein. Die studentischen Farben oder Rituale wurden dabei sehr wohl als störendes Unterscheidungsmerkmal verstanden.

Bei den konservativen Burschenschaften stieß dieses Vorhaben endgültig auf ein völliges Unverständnis, was sie auch mit ihrem Auszug vom Kommers bekundeten. Damit vergrößerte sich der Abstand des L. D. C. zu Schönerer noch mehr. Carl Beurle schrieb ihm, um noch ein letztes Mal einzulenken: „Lade die L. D. C. Burschenschaften, und zwar alle zu einer Besprechung, wo Du und die Burschschafter miteinander reden könnt, bezeuge ihnen, daß sie mit Dir durch dick und dünn gegangen sind und noch gehen (sonst wären sie ja am 18. nicht gekommen) ... Ich fürchte nicht, daß einzelne Burschenschaften nicht mehr national bleiben – das waren sie ja schon seit (18)70 und sind immer voranmarschiert ...“⁹⁹⁷ Doch es war es bereits zu spät.

Dort aber, wo Schönerer nicht immer präsent war, auf universitärer Ebene, genügte eine einzige Erklärung, um einen gemeinsamen studentischen Ausschuß der Vereine und Burschenschaften entstehen zu lassen. Ihn hielt nur ein Einigungsgrund zusammen – der Antisemitismus. Den Anlaß dazu bot eine Rede Prof. Nothnagels im „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ am 9. Dezember 1892, in der er betonte, daß es eine ethische Pflicht sei, die „schamlosen Angriffe ge-

995 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 21 vom 1. November 1892, S. 244. Vgl. Flugblatt der „Rede gehalten vom Sprecher der Wiener Burschenschaft Teutonia, Wien 8, Lange Gasse 10, Herrn Carl von Benedicty auf dem großen Festkommers der Deutschnationalen Wiens am 18. Oktober 1892“ als Sonderabdruck der UDW, ÖStA, AVA Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 10 (Studenten).

996 Flugschrift, „Rede Schönerers, gehalten auf dem Festkommerse der Deutschnationalen Wiens am 18. Oktober 1892, ÖStA, AVA Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 10 (Studenten).

997 Wortlaut des Briefes abgedruckt In: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 398.

gen jüdische Mitbürger abzuwehren, da dem Antisemitismus keinerlei Idee zugrunde läge“⁹⁹⁸ und weiters ausführte: „Es widerstrebt mir ... das Gewirr von Beschränktheit und Schwäche, Neid und Haß ... was in seinem Zusammenwirken die empörende Fratze des Antisemitismus erzeugt hat, zu analysieren.“⁹⁹⁹ Er löste damit erneut einen Aufruhr an der Wiener Universität aus. Besagter Ausschuß wählte Theodor Rakus zum Sprecher, der in einer Versammlung gegen die „Entnationalisierung und Verjudung der Wiener Universität“ folgende EntschlieÙung beantragte: Da nach der Statistik des Wintersemesters 1890/91 insgesamt 33,6% Juden studierten, wovon allein der Anteil 21,9% auf der juristischen und 48% auf der medizinischen Fakultät betrage, der Anteil von nicht getauften Juden in der Bevölkerung aber „nur 4,4%“ ausmache¹⁰⁰⁰, sollten bei der Immatrikulation zuerst „deutsche Inländer“ berücksichtigt werden. Rakus schloß daran die Bitte an die deutschen Lehrer, auf dieses Mißverhältnis und seine Gefahren hinzuweisen und einen „numerus clausus“ für Juden durchzusetzen, damit „nicht die Schädiger des deutschen Volkes zum Siege kommen“.¹⁰⁰¹

Anhand dieser EntschlieÙung lassen sich bei dem während der letzten Auseinandersetzungen siegreich gebliebenen Duo Karl Hermann Wolf und Karl Iro erste Auffassungsunterschiede festmachen: Wolf hatte von Iro Einsicht in ein an Schönerer adressiertes Schreiben bekommen, worin sich ein Vereinsstudent, dessen Namen Iro vorsorglich herausgeschnitten hatte (!), in schärfstem Tonfall beklagt hatte, daß Wolf die Berichterstattung über Rakus in der „Ostdeutschen Rundschau“ vergessen – oder besser „vermieden“ hätte. Wolf, der aufs „Wort versicherte“, daß ihm diese Unterlassung „höchst unlieb“ wäre, versuchte zunächst auf die Vorgangsweise des Studenten abzulenken: „Ein alter Normanne hätte sich in solchem Falle nicht aufs Nadern verlegt, sondern Aug um Aug Rechenschaft verlangt, so sollte es ein junger Normanne auch halten.“ Er sah sich aber dann doch veranlaßt, kleinlaut, ja geradezu ängstlich, ein Bekenntnis vor Schönerer abzulegen: „Ihnen, Herr von Schönerer, gebe ich die Versicherung, daß mich auch dero, von Ihnen gewiß im gleichen Sinn bekritteltes Vorgehen des mir nicht bekannten Vereinsstudenten in meinem festen Vorsatze, den nationalen Radikalismus in der gesamten Studentenschaft zum Zuge zu verhelfen, sowie die gegenwärtig bestehenden Unstimmigkeiten im Interesse der nationalen Einheit und Kraft zu schlichten, nicht irre machen wird“.¹⁰⁰²

Recht deutlich kommt in diesem Schreiben, welches sichtlich auf Druck Iros zustande gekommen war, den weit näher bei den Burschenschaften angesiedelten Wolf zu einer Stellungnahme zu zwingen, der Machtkampf der beiden wichtigsten Personen unter Schönerer zum Ausdruck, die auch zwei Zeitungen repräsentierten. Das Schreiben zeigt auch die „Grenzen“ von Karl Hermann Wolfs Radikalität auf, die seiner Umgebung nicht verborgen geblieben sein dürften.

998 Zitiert In: KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 407f.

999 Ebd.

1000 Ebd.

1001 Ebd.

1002 Schreiben Karl Hermann Wolfs an Georg von Schönerer vom 14. Dezember 1892, ÖStA, AVA, Karton 10 (Studenten).

7.1 „Germanenbund“ gegen „Bund der Germanen“

Bereits zu Beginn des Jahres 1893 kamen auch die schwelenden Konflikte im Germanenbund zum Ausbruch, dessen Obmann der hauptsächlich aus Rechtsanwälten, Ärzten und Kaufleuten bestehenden Bundesleitung bekanntlich Julius Sylvester war¹⁰⁰³, der zugleich den Linzer D. C. gegründet hatte. In einer möglicherweise von Schönerer mobilisierten Kundgebung von 16 Vertretern der Wiener Verbände im Juli 1893, die als „Revolte im Germanenbund“ bekannt geworden ist, warfen sie dem Bund vor, nie über eine reine Verwaltungstätigkeit hinausgekommen zu sein: „Erst langsam fortschreitend, erhielt derselbe in Folge der Auflösung des Schulvereins für Deutsche eine wesentliche Strömung, die ihn aber nicht auf die Höhe der berechtigten Erwartungen zu bringen vermochte. Die Hoffnungen haben sich nicht erfüllt.“

An der Spitze der Unzufriedenen, die nun beantragten, die Bundesleitung abzuwählen, taucht erstmals der Name des Obmanns des „Arbeiterverbandes des Germanenbundes“, Franz Stein, auf.¹⁰⁰⁴ Sylvester verweigerte die Abwahl und richtete heftige Worte an Schönerer, den er als Verursacher des „Komplots“ vermutete, worauf ihn dieser aufforderte, aus dem „Deutschen Volksverein“ auszutreten. Auf der am 6. August 1893 im Salzburger städtischen Kurhaus stattfindenden 6. Hauptversammlung des Germanenbundes entspann sich eine Wechselrede Sylvesters mit Josef Ursin und dem stellvertretenden Schriftleiter der „Unverfälschten Deutschen Worte“ Franz Arnoscht über Schönerer, worauf der Regierungsvertreter die Veranstaltung wegen ihres politischen Charakters auflöste.

Die Presse verfolgte die schreiende Mehrheit, die betont habe, nur Schönerer als Führer des Germanenbundes anzuerkennen, und zog den Schluß: „Da der Germanenbund mit seinen Ortsgruppen von Haus aus keinen anderen Zweck verfolgte, ... als für die Ideen Schönerers Propaganda zu machen, ist auch die Möglichkeit, daß ihn das Schicksal ereilt ... sehr glaubwürdig“.¹⁰⁰⁵ Wenig später wurde der „nichtpolitische“ Germanenbund wegen Eintretens für schönerianische Grundsätze und Überschreitung der statutarischen Grenzen behördlich verboten und auch seine 92 Zweigverbände aufgelöst.¹⁰⁰⁶ Die Empörung seiner Mitglieder richtete sich jetzt gegen die Vorgangsweise Schönerers, den Bund wegen Gehorsamsverletzung „gereinigt“ zu haben. Diese Darstellung deckt sich auch mit der Aussage Kiesslings, der Ursin und Arnoscht vorwarf, von Schönerer instruiert worden zu sein, die Hauptversammlung derart zu stören, daß sie aufgelöst werde.¹⁰⁰⁷

Julius Sylvester war Georg von Schönerer doppelt gefährlich geworden: Nicht nur, daß er mit „seinen“ konservativen Burschenschaftlern die Einigung mit den Vereinen ständig hintertrieben

1003 Auf der Bundesleitungssitzung vom 9. November 1891 wurde SYLVESTER bestätigt, erster Obmannstellvertreter wurde Adolf STAINER, zweiter Otto KILCHER. ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 26 (Vereine).

1004 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 26 (Vereine).

1005 Niederösterreichische Presse, Nr. 64 vom 12. August 1893, S. 8.

1006 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. III, S. 279.

1007 HIRTH, Fritz / Anton KIESSLICH, Geschichte des Turnkreises Deutschösterreich, S. 230.

hatte, mit dem Germanenbund hatte er sich zusätzlich ein allein räumlich von Schönerer distanziertes Machtzentrum aufgebaut. Die sonst üblichen Proteste und Spaltungen bei der Abkehr verbündeter nationaler Kräfte fanden nicht mehr statt: Mit Julius Sylvester und Carl Beurle kehrten Schönerer zwei der ältesten Weggefährten nun endgültig den Rücken, und sein Bruch mit den Burschenschaften war nun vollständig und dauerhaft.

Diese „Reinigungen“ führten zu einer zunehmenden Realitätsfremdheit und Verstiegtheit der Bewegung. Schönerer mußte nach immer abgehobeneren Mitteln suchen, um seine letzten Mitstreiter bei der Stange zu halten. Dieser Weg führte einmal mehr über den „Deutschen Turnerbund“, dem die „Unbedingten“, wie sich der letzte Rest der Anhänger Schönerers jetzt nannte, geschlossen beitraten. Neben den Ehrenmitgliedschaften Schönerers ist vor allem jene des Turnvereins „Friesen“ in Hernals vom 25. Februar 1892 erwähnenswert, denn dort hatte das völkische Erziehungswesen der Turner mit Josef Carl Kernreuther einen bedeutenden Vorturner bekommen¹⁰⁰⁸: Um die Mitglieder mit deutscher Geschichte und der Geschichte des Turnens vertraut zu machen, verfaßte Kernreuther einen 200 Seiten starken Lernbehelf, über den die „arischen Turner“, um Vollmitglieder zu werden, eine Prüfung abzulegen hatten.¹⁰⁰⁹ Später gehörte dazu auch noch die genaue Kenntnis der in den 90er Jahren rasch zunehmenden „völkischen Literatur“, was auch das Sprachbild der Turner entscheidend prägen sollte.

Josef Carl Kernreuther nahm auch anderweitig eine Schlüsselposition ein: Anstelle des „mutwillig“ aufgelösten „Germanenbundes“ sollte ein ähnlicher Verein mit Zweigverbänden treten. Bei dem am 23. Jänner 1894 im Wiener Hotel Höller ins Leben gerufenen Verein,¹⁰¹⁰ zu dessen Versammlung Karl Iro geladen hatte, zeigte Schönerer ähnlich wie beim „Schulverein für Deutsche“ wenig Einfallsreichtum: Er benannte sich nun „Bund der Germanen“. Als statutenmäßigen Zweck gab der unpolitische Verein die „Pflege und Förderung deutschen Wesens, sowie die Wohlfahrt und Tüchtigkeit seiner Mitglieder“ an. Mitglieder konnten „Deutsche, ohne Unterschied des Geschlechts und Alters“ werden.¹⁰¹¹ Rein äußerlich unterschieden sich die Satzungen damit kaum vom Germanenbund. Schönerer blieb auch diesmal im Hintergrund: Die Vereinsleitung wählte Kernreuther zum Obmann, Karl Iro zu seinem Stellvertreter, Kassier und Schriftführer und im Schiedsgericht saß Karl Hermann Wolf. Doch waren es weniger die personellen Veränderungen, sondern eher der gesamte riesenhafte Aufbau dieses Diskutierklubs, der den Germanenbund in der Rückschau eigentlich atypisch für Schönerer erscheinen läßt. Nach seinen Niederlagen bei den Burschenschaften entstand hier ein völkisches Zentrum für seine „Ersatzreligion“.

Der von den „Bundesräten“ Franz Stein, Georg Slepitzka, Engert, Horitzky, Philippi, Titz, Brunner und Beranek geleitete Dachverband, der seinen Sitz im 15. Wiener Bezirk, Neubaugürtel 44, hatte, gab die Tätigkeitsrichtung für die Zweigverbände heraus, die angehalten wurden,

1008 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 6 (1892), S. 70.

1009 Burschenprüfung im Turnverein Friesen-Hernals, Wien 1893.

1010 Einladung zur gründenden Versammlung, Allgemeines Verwaltungsarchiv, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 26 (Vereine).

1011 Satzungen des Bundes der Germanen, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 26 (Vereine).

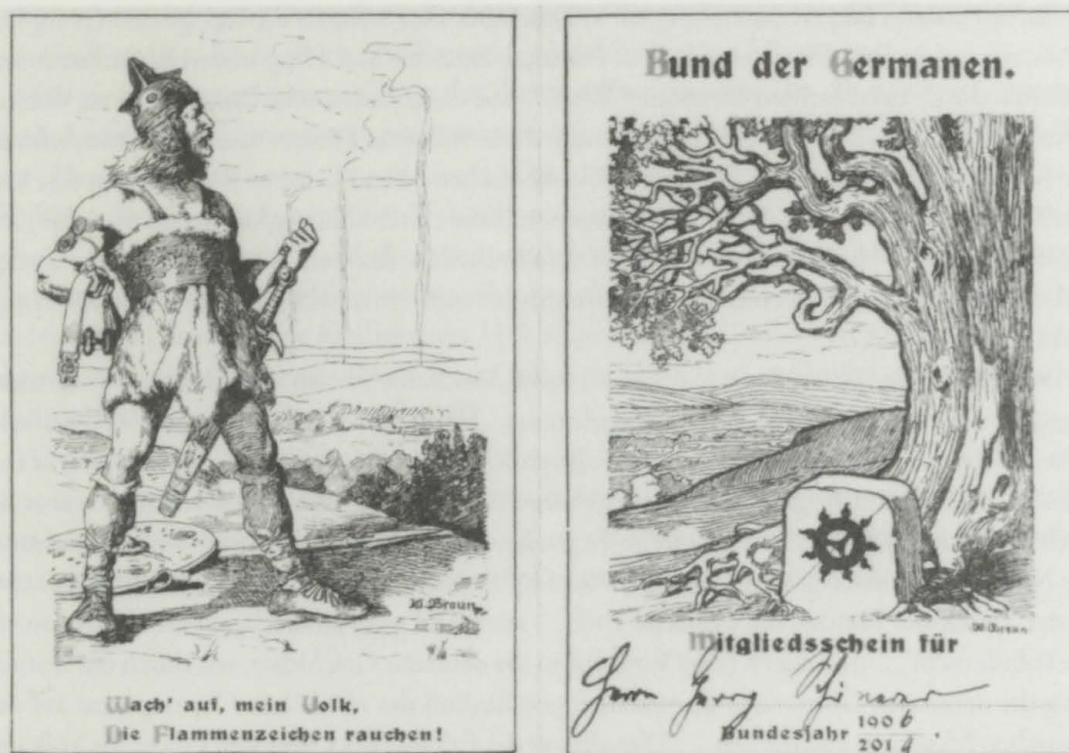


Abbildung 18: „Mitgliedsschein“ des Bundes der Germanen

sich germanisch-mythologische Namen oder Namen aus der deutschen Geschichte wie „Deutsche Klinge, Lützow, Bismarck, Alarich, Odin oder Arndt“ zu geben¹⁰¹². Die mit „Deutsche Volksgenossen“ angesprochenen Mitglieder sollten Lese- und Redeabende veranstalten, „deutschvölkische“ Büchereien anlegen und in der Arbeitsvermittlung tätig sein. Weiters stand die Pflege deutscher Fechtkunst, Turnen, Wandern, „deutsche Geselligkeit, Kunst und deutsches Schrifttum“ neben der „Unterstützung hilfsbedürftiger Volksgenossen“ im Vordergrund. Die Zweigverbände, von denen innerhalb von nur zehn Monaten 50 gegründet wurden, hatten dabei möglichst flächendeckend zu wirken. Als Berichterstatter der einzelnen Gaue scheinen auf einer Liste neben den schon bekannten Namen wie Josef Ursin (Innsbruck), Karl Türk (Hillersdorf, Schlesien) und Hanns Kranner (Graz), J. Schober (Mahrenburg), Gassner (Villach), F. Hofer (Raab) auch der eines jungen Arbeiters aus Reichenberg auf – Franz Vogel, der gemeinsam mit Schmidt aus Eger und Kittel (Brüx) sowie Ing. Paul Faulhammer (Brünn) half, eine Verbindung nach Nordböhmen und Mähren herzustellen.¹⁰¹³

1012 Aufruf des Obmanns Josef Carl KERNREUTHER, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 26 (Vereine).

1013 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 26 (Vereine). Vgl. PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. III, S. 283f.

Auf der ersten Hauptversammlung am 2. Dezember 1894 wählten die Delegierten Georg von Schönerer neben Paul Eisenmenger, Max Prantner, Schultze und Hipp in den Aufsichtsrat und erklärten die „Unverfälschten Deutschen Worte“ und die „Ostdeutsche Rundschau“ zu Vereinsblättern. Ein oft gesehener Gast, der bereits erwähnte völkische Dichter Guido von List, erfreute die Anhängerschaft daraufhin bei einem „Germanischen Abend“, dessen Einladungen den Vermerk „Juden haben keinen Zutritt!“¹⁰¹⁴ trugen, mit der „Uraufführung“ seines Weihestücks „Die Wola Erweckung“. Es ist daher auch kaum verwunderlich, daß bereits wenig später der Zweigverband der „Ottonen“ in einer Denkschrift anregte, eine einheitliche „germanische Kleidung“ einzuführen.

Im Frühjahr des Jahres 1895 wurde der Verband „Deutscher Frauen und Mädchen Thusnelda“ gegründet, der sich die Pflege deutscher Gesinnung, „häuslichen Sinnes und echter Weiblichkeit“ zum Ziel gesetzt hatte. Am 15. Februar 1895 sprach Karl Iro auf einer Wanderversammlung in Floridsdorf „zukunftssträchtige“ Worte: „Wir gehören zum edelsten Volk, den Germanen, haben jedoch durch den jüdischen Einfluß viel an Tugenden verloren. Die Folge davon sind Pessimismus, die Neigung zu sozialistischen Ideen, die Neigung zu Irrsinn (Anarchismus) ... Demgegenüber ist der Zweck des Bundes, das deutsche Volk ... stark und groß zu machen, dann brauchen wir die Politik nicht ... und durch (das) Vertiefen in die deutsche Geschichte, wie durch die Darstellung der deutschen Göttersage, den nachteiligen Einfluß des römischen Christentums auf den deutschen Menschen aufzuzeigen ... Dies alles ist die Erfüllung der höchsten Pflicht für Volk und Vaterland. Eine späte Zukunft, der wir ihr nationales Sein gerettet haben, wird uns Dank und Anerkennung nicht versagen.“¹⁰¹⁵

Für das nötige Rüstzeug beim Lesen der „völkischen Literatur“ sorgte auch der am 22. Mai 1893 gegründete „Sprachverein der Deutschnationalen in der Ostmark“. Mit seiner Parole „Durch Sprachreinheit zur Volkseinheit“ trat er für die Vermeidung von Fremdwörtern und für eine richtige Aussprache, eine Ausbildung in der deutschen Muttersprache und eine Weckung des Sprachgeistes ein. Vor allem das verhaßte und verspottete „Jiddische“ sollte ausgemerzt werden. Die extreme Deutschtümelei trieb immer bizarrere Blüten: Gemäß einer Anordnung vom 4. Februar 1893 sei es notwendig geworden, das Wort „national“ in den Aussendungen des Bundes zu streichen, weil dieses „Fremdwort“ in einem deutschen Text nichts verloren habe.¹⁰¹⁶

Dem „Lesen und Lernen“ hatte sich auch der im Juli 1892 in der Margarethenstraße 24 „zu Adam und Eva“ unter der Obmannschaft Josef Himmelbauers gegründete Verein „Deutsches Heim“ mit seinem „Lesezimmer der Deutschnationalen“ verschrieben. Schönerer, der in allen künftigen „Lese- und Geselligkeitsvereinen Deutsches Heim“ stets die Ehrenmitgliedschaft innehatte, stellte mit 283 Bänden eine eigene Bücherei für deren Zweig des „Vereines Deutscher Ge-

1014 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten). Vgl. PICHl, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. III, S. 283f.

1015 Zitiert in: PICHl, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. III, S. 285.

1016 PICHl, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. III, S. 296.

schichte“ zur Verfügung. Am 3. Juni 1893 hatte dieser Wiener Zweig unter der Obmannschaft Anton Grafs und des Bücherwirts und Fotografen Josef Porkert 150 Mitglieder.

Für diesen Zeitpunkt lassen sich in den diversen Zweigvereinen des „Bundes der Germanen“ auch Ansätze eines Unterstützungswesens nachweisen: Obmann Georg Slepitzka baute das Wiener „Deutsche Heim“ nicht nur zu einem „Ort, wo sich alt und jung trifft“ aus, indem er aus Gründen der „Geselligkeit und des Wohlfühlens“ eine Kegelbahn, Spielecken, Kartentische und einen Garten einrichtete¹⁰¹⁷, es beherbergte auch lange die „Selbsthilfegenossenschaft Ostmark“, die den Zweck verfolgte, Kleingewerbetreibenden, Landwirten, Beamten und Lehrern Sparsinn zu lehren und durch billige Kredite einen Halt zu geben. Das Ziel des Vereines, der den Arierparagraphen in seinen Satzungen führte, war es, ein vom „jüdischen Großkapital unabhängiges Spar- und Kreditunternehmen“ zu schaffen.¹⁰¹⁸

Erwähnenswert ist auch der am 22. Juni 1892 von Schönerer gegründete und bis zum 24. März 1894 bestehende „Deutschnationale Leseverein Krems“, der sich mit einem „völkischen Lesezimmer“ die deutschvölkische Erziehung durch Lehrer zur Aufgabe machte. An diesen Verein schlossen sich zahlreiche Gesangsvereine, Sängerbünde und Tischgesellschaften an.¹⁰¹⁹

1017 Ebd., S. 300.

1018 Ebd., S. 301.

1019 Ebd., S. 303.

8. Karl Luegers Klopfen an die Rathaustüre

Im Herbst des Jahres 1893 geschah etwas, das die gesamte österreichische Innenpolitik nach 14 Jahren gehörig umgestalten sollte: Ministerpräsident Taaffe stürzte über eine Wahlrechtsreform. Um den sich nach dem Parteitag von Hainfeld 1888 formierenden Sozialdemokraten zuvorkommen, hatte er den Reichsrat am 10. Oktober 1893, einen Tag nach der Sommerpause, mit einem Entwurf überrascht, der zwar noch nicht das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht vorsah, aber doch im Rahmen des Kurienwahlrechts innerhalb der Kurien der Städte und Landgemeinden das Wahlrecht auf alle Staatsbürger ausdehnte. Die Vorwürfe seiner Gegner richteten sich nun einerseits gegen Taaffes „Liebesdienerei“ gegenüber den Sozialdemokraten, vor deren Druck der Straße er gewichen sei, die der Ministerpräsident nur mehr mit dem wenig beliebten Begriff der Staatsräson parieren konnte, um sich damit vollends in dem Netz zu verstricken, aufgrund dieser Staatsräson den Reichsrat als Abstimmungsmaschine für ein längst beschlossenes Gesetz zu mißbrauchen.¹⁰²⁰ An diesen Sturz reihten sich mehr als zwei Jahrzehnte österreichischer politischer Krisen.

Was als Erfolg gegen die Bevormundung der Öffentlichkeit zu begrüßen gewesen wäre, löste bei Konservativen und Christlichsozialen gleichermaßen Panik aus. Nicht nur, daß sie als Verfechter ständestaatlicher Prinzipien und einer betont antiliberalen Haltung jeglichen Erweiterungen des Wahlrechts feindlich gegenüberstanden, hatte ihnen die überhastete Vorgangsweise der Regierung, die sonst auf Vorschläge in diese Richtung stets ablehnend reagiert hatte, die große Gefahr der im Reichsrat noch nicht vertretenen Sozialdemokratie aufgezeigt. Wenn der als erster Sozialdemokrat in diesem Vertretungskörper bezeichnete Engelbert Pernerstorfer von „einer neuen Zeit“ sprach, „die auch gewaltsam verändert werden könnte“¹⁰²¹, trug dies nicht gerade zur Dämpfung des Klimas bei. Wegen ihrer nationalen und religiösen Gleichgültigkeit aufgrund ihrer eigenen trostlosen ökonomischen Situation waren die Anhänger der Sozialdemokratie, die sich vornehmlich aus dem Industrieproletariat zusammensetzten, eine unbekannte Größe, der man sowohl von deutschnationaler als auch von christlichsozialer Seite „Rassenverrat“ vorwarf.

In der Geringschätzung der Sozialisten für den politischen Antisemitismus, wonach es „keinen Unterschied“ mache, „von einem Arier oder Semiten ausgebeutet“ zu werden, wie dies damals ein Arbeiterführer als Parteilinie hervorhob¹⁰²², sah man einen gemeinsamen Feind, den es aus dieser

1020 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XI. Session, 232. Sitzung vom 10. und 23. Oktober 1893, S. 11115ff. und 11328ff.

1021 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XI. Session, 237. Sitzung vom 23. Oktober 1893, S. 11332f.

1022 KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, Wien 1933, S. 153.

Sichtweise heraus zu bekämpfen galt. Katholische Konservative beeilten sich, darauf hinzuweisen, daß Adler Jude sei und dies einer Tradition der Sozialdemokratie entspreche, Schönerer bemerkte über seinen früheren „Kollegen“, er sei getauft und damit der lebende Beweis dafür, daß der jüdische Verrat durch die Konversion nicht beendet sei.¹⁰²³ Karl Lueger mußte die Erfahrung machen, daß es nicht mehr so leicht ging, Anhänger unter den Handwerkern und Kleingewerbetreibenden zu finden.¹⁰²⁴ Zum ersten Mal benötigte er Leibwächter, wenn er in Arbeiterbezirken Wahlkampfreden hielt und mit Bierflaschen beworfen wurde. Auch seine Ausführungen, wonach die Juden Marx und Lassalle die Partei der Arbeiter gegründet hätten, um die Herrschaft der Juden zu festigen, stießen auf immer weniger Zustimmung.¹⁰²⁵ Daß nur ein Wahlrecht, das die Arbeiter vorerst von den Urnen fernhielt, ihm auch Erfolge sichern konnte, wurde seine feste Überzeugung. Nicht umsonst begann Leopold Kunschak ab 1892 eine eigene Organisation christlichsozialer Arbeiter aufzubauen.

Auf den ersten Blick hätte gerade diese Sozialistenfurcht die besten Voraussetzungen für ein langandauerndes antiliberales und antisozialistisches Bündnis der Deutschnationalen mit den Christlichsozialen mit sich bringen und zwei Parteien aneinander schließen können, die auf den ersten Blick vor allem wegen ihrer revisionistischen Haltung viele Gemeinsamkeiten hatten. Auch unter den Schönerianern hatte sich allmählich die Erkenntnis breit gemacht, daß man sich Lueger anschließen müsse, wenn man den politischen Erfolg gegen den „verjudeten Liberalismus“ höher stellte, als einer Kaderpartei beizutreten.

Betrachtet man jedoch diese beiden Blöcke etwas genauer, werden auch wieder scharfe Trennungslinien sichtbar: Für den dominierenden Teil der vornehmlich aus Adel und hohem Klerus bestehenden konservativen Christlichsozialen bedeutete das Vordringen des „roten Atheismus“ den selben Schock wie für den an der Basis tätigen niederen Klerus. Die Abneigung und Feindseligkeit des Proletariats forcierte einen „Rechtsruck“. Die Angst vor dem Modernismus, der „neuen Zeit“, welche die industrielle Revolution mit der Schaffung einer neuen, durch die Sozialdemokratie personifizierten Klasse mit sich gebracht hatte, förderte einen noch schärferen Trend zum Rassenantisemitismus, der jetzt auch mit dem Katholizismus vereinbar schien. Die Versuche des Pfarrers von Weinhaus, Josef Deckert (1843–1901), nachzuweisen, daß bei Juden ritueller Kindesmord erlaubt sei und die Veröffentlichung seiner Broschüre „Rassenantisemitismus“ im Jahre 1896, in der er den Antisemitismus mit der katholischen Kirche durchaus für vereinbar hielt, auch für Angehörige einer christlichen Partei!¹⁰²⁶ fallen in die Zeit dieser Irritationen.

Das konservative Lager war daher bestrebt, Lueger mit seinen traditionell antiliberalen Wurzeln zu umgarnen und stärker auf seine Seite zu ziehen, wobei es bewußt oder unbewußt einen Keil in das auf liberalen linken Wurzeln stehende nationale Lager trieb. Der ursprüngliche Liberale und Demokrat Lueger geriet dabei trotz seiner Taktik des Opportunismus zwischen die Blöcke.

1023 WEISS, John, *Der lange Weg zum Holocaust*, S. 246.

1024 Ebd., S. 245.

1025 KUPPE, Rudolf, *Karl Lueger und seine Zeit*, S. 300.

1026 MOSER, Jonny, *Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung*, S. 124.

Die gemäßigten Deutschnationalen wiederum reagierten umso sensibler, je mehr der Zug in eine feudal-konservative Richtung ging, die sich dem Nationalismus von jeher indifferent gezeigt hatte. Gegenüber dem bedrohten „deutschen Besitzstand“ spielte für sie auch der Antisemitismus plötzlich eine untergeordnete Rolle. Am äußersten Ende steigerte sich der maßlose Haß Schönerers auf die katholische „internationale und rom-hörige“ Kirche, deren Antisemitismus er auch als zu religiös verachtete, wenn es darum ging, das Lager Luegers auszureizen. Je weiter dieses Lager nun langsam nach „rechts“, zu den Konservativen, driftete, desto größer wurde die Kluft zu den „äußeren Linken“, Deutschnationalen und Schönerianern.

Dies war die Ausgangssituation, als am 25. Februar 1894 der seit 1889 regierende liberale Bürgermeister von Wien, Johann Prix, völlig überraschend während eines Ausfluges in Purkersdorf an einer Herzattacke verstarb. Mit seinem Tod in einer Zeit, wo eine innenpolitische Krise die andere jagte, wurde eine fast dreijährige Auseinandersetzung zwischen dem Wiener Gemeinderat und dem kaiserlichen Hof eröffnet.¹⁰²⁷ Die Stimmung wurde zusätzlich aufgeheizt, da man den „Vereinigten Antisemiten“ wegen ihres politischen Kampfes eine Mitschuld an Prix' Ableben gab, was sogar Karl Lueger veranlaßte, sich öffentlich gegen diesen Vorwurf zu verteidigen:¹⁰²⁸ „Wenn ein politischer Kampf geführt wird, muß der Kämpfende wissen, wie weit seine Kräfte reichen“, meinte er zynisch und reklamierte in zweideutiger Weise sogar den Himmel für sich: „Wenn der Herrgott spricht, haben die Menschen zu schweigen!“¹⁰²⁹

Nach dem Tod des Bürgermeisters Johann Prix stellte sich daher sofort die Frage, ob neben den gemäßigten Deutschnationalen auch die Radikalen das antiliberalen Bündnis Karl Luegers verstärken sollten, der nun nach einigen gescheiterten Versuchen im Begriff war, als Kopf des „Bürgerklubs“, dem Klub der Antisemiten im Wiener Gemeinderat, den Bürgermeistersessel zu erklimmen. Karl Hermann Wolf schrieb dazu am 4. März 1894 in der „Ostdeutschen Rundschau“: „Der enthusiastischen Begeisterung seiner Anhänger ... stehen wir kühl und skeptisch gegenüber ... Ja, wenn er im Herzen wahrhaft deutsch und freiheitlich gesinnt wäre und sich von klerikalen Bestrebungen fern gehalten hätte, dann könnten wir seiner Kraft, ... seiner Unermüdlichkeit im Kampf gegen jüdische Korruption und liberaler Mißwirtschaft ... Anerkennung zuteil werden lassen. Also unser Mann ist Dr. Lueger nicht und wird es nie sein.“¹⁰³⁰

Im Lichte der obigen Feststellungen klang dies ganz deutlich: Eine Zusammenarbeit mit den Schönerianern war nur möglich, wenn Lueger seine klerikalen „Fesseln“ abstreifen und zu den Grundsätzen der 80er Jahre zurückkehren würde. Für die Wiener Bürgermeisterwahl am 14. März 1894 hatte dies aufgrund der liberalen Mehrheit noch keine allzu große Bedeutung. Der Gemeinderat wählte aus seiner Mitte Raimund Grübl mit 88 liberalen Stimmen. Karl Lueger erhielt von den Christlichsozialen und gemäßigten Deutschnationalen nur 43 Vertrauenserklärungen.¹⁰³¹

1027 KLEINDEL, Walter, Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur, Wien 1978, S. 286.

1028 KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, S. 331.

1029 Zitiert in: ANDICS, Hellmut, Luegerzeit, S. 185.

1030 Ostdeutsche Rundschau vom 4. März 1894, S. 2.

1031 FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 102.

Im November 1894 beging er jedoch auf dem ersten niederösterreichischen Katholikentag die für die Nationalen „unverzeihliche Sünde“, „Gelobt sei Jesus Christus“ auszurufen, worauf nun auch die gemäßigten Deutschnationalen der Ansicht waren, daß Lueger nun vollends in das „schwarze Lager“ abgeglitten sei¹⁰³². Was an diesem Tag als politisches christliches Bekenntnis begann und auch so gefeiert wurde, steigerte sich zu einer religiös-politischen Volksbewegung.¹⁰³³ Mit der Unterstützung einer Resolution, die der Kirche wieder mehr Mitspracherecht bei der Anstellung und Entfernung von Lehrkräften garantieren sollte, brachen auch sogleich die alten Wunden des Konkordatsstreits wieder auf. Nachdem Otto Steinwender Karl Lueger wegen seines religiösen Bekenntnisses frontal angegriffen hatte, schien bezüglich eines Bündnisses für die Gemeinderatswahlen des Jahres 1895 wieder alles offen.

Schon im Frühjahr 1894 hatte Schönerer ein Preisausschreiben für eine Schrift veranstaltet, welche die Gegensätze zwischen Deutschnationalen und Christlichsozialen darlegen sollte und im Herbst als Broschüre erschien. Am 17. Dezember 1894 faßte die Hauptversammlung des „Deutschen Volksvereines“ auf Antrag Georg von Schönerers den nahezu einstimmig angenommenen wahltaktischen Beschluß, daß der Verein zwar „deutsche Bewerber“, daher auch Christlichsoziale zu unterstützen beabsichtige, diese aber eine Erklärung abzugeben hätten, wonach sie „rückhaltlos und offenkundig“ als deutschnationale Antisemiten auftreten und im Falle ihrer Wahl so lange keinem gemeinderätlichen Klub beizutreten hatten, bis ein eigener deutschnationaler Verband gebildet werde.¹⁰³⁴ Als der alldeutsche Gemeinderat Johann Hipp am 25. Februar 1895 Karl Iro und Josef Carl Kernreuther zu einem Treffen einlud – an Schönerer hatte man in weiser Voraussicht nicht gedacht –, an dem auch Leopold Tomola und Richard Guttman teilnahmen, eröffnete er ihnen den Beschluß der Christlichsozialen, wegen der Entscheidung des „Deutschen Volksvereines“ ebenfalls Gegenkandidaten aufzustellen¹⁰³⁵ und überbrachte ihnen die Mitteilung Luegers, wonach die Alldeutschen aus dem politischen Leben zu verschwinden hätten, wenn sie nicht mit ihm zusammenarbeiten wollten.¹⁰³⁶ Dies zeigte offenbar Wirkung: Während Karl Iro die „Schönerer-treue“ Ansicht vertrat, eine Zusammenarbeit mit den Christlichsozialen sei schon aus Gründen der klerikalen Annäherung Luegers auf dem Katholikentag einer Erpressung gleichzusetzen, stimmten die übrigen für ein Bündnis. Gelang es vorerst, Lueger ein abschlägiges Ergebnis der Verhandlungen mitzuteilen, so brachte letztlich eine Ausschußsitzung des „Deutschen Volksvereines“ am 2. März 1895, die sich noch einmal mit dieser Frage befaßte, eine peinliche Abstimmungsniederlage für Schönerer. Aus „antisemitischen Gründen“ befürwortete die Mehrheit ein Zusammenwirken.¹⁰³⁷

1032 CARSTEN, F. L., Faschismus in Österreich, S. 23.

1033 HEER, Friedrich, Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität, München 1968, S. 77.

1034 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 347 vom 19. Dezember 1894, S. 1f.

1035 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 28f.

1036 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 135.

1037 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 29.

Gegen den Willen Schönerers, aber auch ohne die Mitwirkung Karl Hermann Wolfs, der zu diesem Zeitpunkt im Gefängnis saß¹⁰³⁸, hatte eine Fraktion, der eine große Antisemitenpartei vorschwebte, gesiegt. Sie überreichte am 3. März 1895 durch die Gemeinderäte Hipp und Tomola sowie dem Bezirksausschuß Guttman Karl Lueger im Namen der „Deutschnationalen Partei Schöner'scher Richtung“ vier Bedingungen, von denen sie eine Unterstützung für die Christlich-sozialen abhängig machten: „Umbenennung des Bürgerklubs in einen Antisemitischen Verband im Wiener Gemeinderat / Die Deutschnationalen dürfen innerhalb des neuen Verbandes eine eigene Verbindung gründen / Programm-Hauptpunkt muß die Beseitigung des jüdischen Einflusses im öffentlichen Leben sein / Ablehnung der Zusammenarbeit mit Vergani und dessen Deutschem Volksblatt.“¹⁰³⁹ Am nächsten Tag nahm die christlichsoziale Seite die vier Forderungen an.

Schönerer, der nun alles daran setzte, dieses „klerikale“ Bündnis zu verhindern, hatte noch ein As im Ärmel, das Ernst Vergani hieß. Im Vertrauen, daß Hipp und Tomola den Annahmeheschluß dem „Deutschen Volksverein“ mitteilen würden, hatte Lueger auf eine schriftliche Bestätigung verzichtet.¹⁰⁴⁰ Schönerer, der über Franz Arnoscht eine Artikelserie in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ über die „unlauteren Machenschaften“ Verganis starten ließ¹⁰⁴¹, bekam wieder so weit Oberwasser, daß der „Deutsche Volksverein“ am 14. März 1895 „mangels einer schriftlichen Zustimmung von seiten Luegers“ neue Beschlüsse faßte, indem er den „Spieß Vergani“ einfach umdrehte:¹⁰⁴² Nach der Aufforderung, offiziell zu erklären, daß er jede Gemeinschaft mit Vergani und dem „Deutschen Volksblatt“ ablehne¹⁰⁴³, gab Lueger zu verstehen, daß dieser Beschluß in krassem Widerspruch zu den von Hipp und Tomola abgegebenen Erklärungen stehe, wo es ja geheißen habe, die Deutschnationalen lehnten Vergani ab. Der Bürgerklub verabschiedete daraufhin am 19. März 1895 folgende Resolution: „Er (Anm. der Bürgerklub) lehnt die Zumutung, offiziell zu erklären, daß jede Gemeinschaft mit Vergani und Deutsches Volksblatt entschiedenst abgelehnt werde, entschiedenst ab, da ihm ein Urteil über die Streitigkeiten der deutschnationalen Parteien einerseits und Verganis andererseits nicht zusteht.“¹⁰⁴⁴

Lueger wußte nur zu gut, wie wertvoll ihm Vergani und das „Deutsche Volksblatt“ waren. Schönerer teilte ihm am 20. März 1895 in einem Brief mit, daß er die volle Verantwortung für die Ablehnung seiner Partei trage, worauf es zum endgültigen und dauerhaften Bruch der beiden Politiker kam.¹⁰⁴⁵ Der Ausschuß des „Deutschen Volksvereines“ kehrte am 22. März wieder zu den Beschlüssen des 17. Dezember 1894 zurück.¹⁰⁴⁶

1038 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 213 vom 6. August 1895, S. 5.

1039 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 7 vom 1. April 1895, S. 75f.

1040 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 82 vom 24. März 1895, S. 13.

1041 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 315f.

1042 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 74 vom 16. März 1895, S. 3.

1043 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 82 vom 24. März 1895, S. 13.

1044 Zitiert in: FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 108f.

1045 MAYER-LÖWENSCHWERTDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 147.

1046 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 82 vom 24. März 1895, S. 13.

Falls Schönerer jedoch anfänglich annahm, er hätte zugunsten der „Reinheit“ und „Unverfälschtheit“ seiner Partei gesiegt, so hatte er sich grundlegend getäuscht: Am selben Tag, an dem der Ausschuß zu den Dezember-Beschlüssen zurückkehrte, verhandelten die radikalen Deutschnationalen Gemeinderäte Hipp und Tomola mit den Gemäßigten über eine Zusammenarbeit, indem sie die Beschlüsse des „Deutschen Volksvereines“ vom 14. März ablehnten und sich nicht an sie gebunden betrachteten.¹⁰⁴⁷ Sie standen jetzt unter der Führung eines Mannes, der sich „getraut“ hatte, gegen Schönerer aufzutreten, ohne gleich die Partei zu verlassen – Karl Hermann Wolf. Diese erste große Auseinandersetzung ist ein bedeutendes Vorspiel zum endgültigen Bruch des Jahres 1901, der das gesamte deutschnationale Lager erschüttern sollte. Die Drohung Luegers, christlichsoziale Gegenkandidaten aufzustellen, hatte auch bei den gemäßigten Deutschnationalen einige Verwirrung hervorgerufen. Sie trug dazu bei, daß nun fast niemand mehr hinter Schönerer stand. Die realpolitische und kompromißbereite Variante, die Wolf anbot, hieß eine Zusammenarbeit mit den Christlichsozialen auch ohne formelles Bündnis im „Kampf gegen Liberalismus und Judentum“, doch war seine Taktik darauf ausgerichtet, mit einer möglichst großen national-antisemitischen Gruppe die Christlichsozialen aus dem klerikalen Fahrwasser herauszureißen, wobei er auch mit der Hilfe Verganis rechnen konnte.¹⁰⁴⁸ In der kurzen Zeit, die noch bis zur Gemeinderatswahl Anfang April 1895 blieb, waren in den beiden Schönerer nahestehenden Blättern völlig divergierende Aussagen zu lesen: Während die „Unverfälschten Deutschen Worte“ den nun logischen Schritt Schönerers einer Wahlenthaltung proklamierten und den christlichsozialen Bürgerklub als „Vergani-Partei“ diffamierte, veröffentlichte die „Ostdeutsche Rundschau“ Wolfs die Wahlaufrufe und Kandidatenlisten und berichtete über die Wahlversammlungen.¹⁰⁴⁹ Am 1. April forderte Lueger alle Deutschnationalen auf, sich an der Wahl zu beteiligen, weil dies das schönste Geschenk sei, daß sie Bismarck anläßlich seines 80. Geburtstages machen könnten.¹⁰⁵⁰

Die Wahlen brachten dem Bürgerklub den erwarteten Erfolg. Da die vierjährige Funktionsdauer des Gemeinderats abgelaufen war, mußten nach der komplizierten Gemeindewahlordnung, die sonst eine jährliche Wahl eines Drittels der Abgeordneten vorschrieb, alle 138 Sitze neu besetzt werden.¹⁰⁵¹ Im dritten Wahlkörper erzielten die unter ihrem alten Namen angetretenen „Vereinigten Christen“ 35 Mandate, wobei 8 auf die Deutschnationalen entfielen. Bezeichnend für ihr Aufkommen war, daß die „Vereinigten Christen“ die wegen ihres hohen jüdischen Anteils für unbezwingbar gehaltene Leopoldstadt mit einer Mehrheit „erobern“ konnten, wofür sie die scharfe antisemitische Agitation des Kooperators der dortigen Pfarre St. Josef, Karl Dittrich, verantwortlich machten.¹⁰⁵² Der Erdrutsch gelang jedoch am 1. und 2. April: Im 2. Wahlkörper, den Grund- und

1047 FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 109.

1048 WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, S. 90.

1049 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 7 vom 1. April 1895, S. 77f. Vgl. Ostdeutsche Rundschau der Monate März und April.

1050 MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 147.

1051 CZEIKE, Felix, Historisches Lexikon der Stadt Wien, Bd. 2, De-Gy, Wien 1993, S. 494.

1052 KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, S. 332.

Hausbesitzern mit einem Steueraufkommen von weniger als 500 Gulden – die „Mehrleistenden“ waren im 1. Wahlkörper vertreten – verloren die Liberalen 24 von den zu erzielenden 39 Mandaten an die Antisemiten, wofür diese wiederum die hohe Beteiligung von Beamten und Lehrern verantwortlich machten. Der Wiener Gemeinderat hatte nun folgendes Aussehen: Von 138 Mandaten fielen 64 auf die „Vereinigten Antisemiten“, die sich um 19 Sitze verbessert hatten. Nur mehr 66 Mandate waren den Liberalen verblieben. Acht Sitze gingen an „Wilde“, ein letztes Relikt früherer Zeiten, als es üblich war, Honoratioren aufzustellen, die keiner politischen Partei angehörten.¹⁰⁵³

Wolf bezeichnete in der „Ostdeutschen Rundschau“ 14 bis 15 antisemitische Gemeinderäte als deutschnational, während Schönerer „grantig“ erwiderte: „Das also ist das Ergebnis der Wiener Gemeinderatswahlen, daß in dem ganzen antisemitischen Jungmais auch nicht einer unserer unbedingt nationalen Edelreiser steht.“¹⁰⁵⁴ Er lehnte die Aufzählung im Blatt Wolfs schlichtweg als „persönliche Meinung des Herausgebers“ ab.¹⁰⁵⁵ Dieser Erdrutschsieg war in erster Linie auf eine Agitation zurückzuführen, die den Wähler auch an die Urne führte, denn die Wahlbeteiligung, die noch vor 1880 bei zwischen 10 und 30 % der Wahlberechtigten lag (!), stieg vor allem nach der Eingemeindung der Vororte auf durchschnittlich 70 % an.¹⁰⁵⁶ Diese Zahlen sind aus der Sicht des damaligen Kurienwahlrechts zu bewerten, denn 1895 waren knappe 85.000 Wiener wahlberechtigt, 6 % der Bevölkerung. Wer weniger als fünf Gulden Steuern im Jahr leistete wie das Proletariat, besaß kein Stimmrecht.¹⁰⁵⁷ Sehr bald aber mußten die Deutschnationalen im Gemeinderat erkennen, daß ihre Taktik, die Christlichsozialen auf ihre Seite zu ziehen, um zu verhindern, daß der Antisemitismus „verklerikalisiert“ würde, durch den Wahlerfolg das genaue Gegenteil bewirkt hatte.

„Die Freude über den Sieg des Antisemitismus wird uns und allen national Fühlenden durch die Wahrnehmung, daß man den Klerikalismus vielleicht schon allzulang ruhig hat gewähren lassen, gewaltig vergällt“¹⁰⁵⁸, mußte auch Wolf alsbald resignierend feststellen. Luegers rasche Wandlung vom „Deutschen“ zum „Österreicher“ und sein plötzlich grenzenloser Opportunismus dienten jetzt nur mehr einem Ziel: Er griff nun in einem Staat, in dem ein Minister nicht gewählt, sondern vom Kaiser ernannt wurde und auch keiner parlamentarischen Verantwortung unterlag, nach dem wichtigsten demokratischen Wahlposten des Landes, nach dem Amt des Wiener Bürgermeisters.

Um aber überhaupt Bürgermeister zu werden, mußte Lueger erst einmal Frieden mit seinen Feinden schließen, der jedoch in weiter Ferne zu liegen schien, wenn man die liberalen Zeitungen nach seinem Erfolg bei den Gemeinderatswahlen durchblättert. Nicht nur zwischen den Zeilen machte sich nämlich eine gewisse Furcht bemerkbar. Die „Neue Freie Presse“ schrieb am 2. April 1895 über die Gefahr eines Bürgermeisters Lueger: „Noch ein kleiner Ruck und Lueger ist Herr des Gemeinderats und Wien wäre die einzige Großstadt in der ganzen Welt, welche das

1053 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 32.

1054 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 8 vom 16. April 1895, S. 96.

1055 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 9 vom 1. Mai 1895, S. 106.

1056 CZEIKE, Felix, Historisches Lexikon der Stadt Wien, Bd. 2, De-Gy, S. 494.

1057 ANDICS, Hellmut, Luegerzeit, S. 196.

1058 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 136 vom 19. Mai 1895, S. 1f.

Brandmal der antisemitischen Verwaltung trägt. Tausendmal haben wir das im Geiste kommen gesehen und nun es da ist in grausiger Wirklichkeit und der politische Bodensatz zur Oberfläche steigt, fühlen wir uns beinahe ruhiger.“¹⁰⁵⁹

Als Lueger am 14. Mai 1895 nach vier Wahlgängen zum Vizebürgermeister gewählt wurde, trat der vier Tage zuvor zum neuen Wiener Bürgermeister gewählte Liberale Raimund Grübl wieder zurück. So wie bei vielen Liberalen dieser Tage dürfte sein Interesse an einer weiteren Demokratisierung erlahmt sein, hatte er diesen Schritt doch bei seiner Wahl, in der er mit 70 gegen 66 Stimmen über Lueger siegreich geblieben war, bereits angekündigt, falls Lueger Vizbürgermeister werden sollte.¹⁰⁶⁰ Der Hauptgrund seines Rücktritts dürfte jedoch gewesen sein, daß er während des Wahlkampfes von den „Vereinigten Antisemiten“ auf das heftigste attackiert und verspottet worden war, weil er einer Freimaurerloge angehörte.¹⁰⁶¹ Mit der Pauschalverdächtigung, Freimaurer wären Österreich und insbesondere der Dynastie feindlich gesinnt, verband Lueger auch einen ersten Anbiederungsversuch an den Kaiser, denn dem streng katholischen Monarchen war die undurchschaubar geschlossene Logengesellschaft mit ihrer radikalen Fortschrittlichkeit stets suspekt geblieben.¹⁰⁶² Karl Lueger, der die Wahl zum Wiener Vizebürgermeister angenommen hatte, „damit keine Unterbrechung in der Verwaltung der Stadt einträte“¹⁰⁶³, führte nun über zwei Wochen lang als antisemitischer Vorsitzender gegen eine schwache liberale Mehrheit die Geschäfte eines Bürgermeisters.¹⁰⁶⁴

Auf einer von ihm einberufenen Versammlung im Großen Musikvereinssaal nahm er zum Vorwurf der liberalen Presse Stellung, er strebe den staatlichen und gesellschaftlichen Umsturz an: „Alle dürfen wir hassen (Anm. Tschechen, Polen, Ruthenen), da verletzen wir die Staatsgrundgesetze nicht. Aber wenn wir die Juden nicht anbeten, dann verletzen wir die Staatsgrundgesetze. Die Judenpresse hat alle Stände durcheinandergehetzt und alle Nationen durcheinandergehetzt ... Das verletzt die Staatsgrundgesetze nicht ... Der Tag der Befreiung naht und mit diesem Tag endet die Macht judenliberaler Herrschaft.“¹⁰⁶⁵ Da mit seiner endgültigen Wahl zum Bürgermeister schon am 29. Mai zu rechnen war, beschäftigte sich der Ministerrat am 20. Mai unter Hinzuziehung des Statthalters von Niederösterreich, Erich Graf von Kielmannsegg, mit der Frage, ob Lueger gemäß dem Gemeindevahlordnungsgesetz dem Kaiser zur Bestätigung empfohlen werden könne oder nicht. Dabei kam vor allem seine mögliche Märtyrerrolle zur Sprache und das Bemühen, die mögliche Wahl eines Strohmannes zu verhindern. Kielmannsegg, der von Luegers „unzweifelhaftem patriotischen Verhalten“ überzeugt war und sonst „keinen ausreichenden Grund

1059 Neue Freie Presse vom 2. April 1895.

1060 ANDICS, Hellmut, *Luegerzeit*, S. 196.

1061 WEISS, John, *Der lange Weg zum Holocaust*, S. 249.

1062 ANDICS, Hellmut, *Luegerzeit*, S. 186.

1063 FERTL, Karl, *Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914*, S. 115.

1064 SCHNEE, Heinrich, *Karl Lueger. Leben und Wirken eines großen Sozial- und Kommunalpolitikers*, Berlin 1960, S. 57.

1065 Zitiert In: KUPPE, Rudolf, *Karl Lueger und seine Zeit*, S. 336.

sah, die Nichtbestätigung zu beantragen“, außer daß „sich bald zeigen werde, daß hinter der ganzen Bewegung nicht sehr viel steckt, wenn man dem Antisemitismus mit Lueger an der Spitze das Heft in die Hände gebe“¹⁰⁶⁶, wollte Lueger trotzdem eine „Falle“ stellen: Als er ihn am nächsten Tag zu sich rief, teilte er ihm den Wunsch der Regierung mit, sein Reichsratsmandat wegen der Bürde des Bürgermeisteramtes zurückzulegen, was wiederum Lueger wegen der Interessen Wiens an den Steuerreformen ablehnte. Dagegen versprach er eine möglichst wohlwollende Haltung gegenüber der Regierung, um unnötige Kämpfe zu vermeiden¹⁰⁶⁷, womit er neuerlich das radikale deutschnationale Lager verärgerte.

Bei den am 29. Mai 1895 angesetzten Bürgermeisterwahlen, zu denen die „Vereinigten Antisemiten“ wie immer mit ihren Erkennungszeichen, den weißen Nelken, erschienen waren, wurde Lueger im dritten Wahlgang mit der absoluten Mehrheit von 70 gegenüber 135 möglichen Stimmen zum Wiener Bürgermeister gewählt.¹⁰⁶⁸ Er konnte jedoch diesmal seinen Ehrgeiz im Zaume halten und war so geschickt, diese Wahl wegen einer „Scheinmehrheit“ nicht anzunehmen, da das Mandatsverhältnis ja noch immer 66 : 64 zugunsten der Liberalen lautete und er sich auf die nun ausgeschriebenen Neuwahlen des Gemeinderates für September verlassen wollte: Denn am nächsten Tag verfügte der niederösterreichische Statthalter als Aufsichtsbehörde gemäß einem Beschluß des Ministerrates die Auflösung des Gemeinderats. Er beauftragte den Bezirkshauptmann Hans Friebeis mit der einstweiligen Durchführung der Geschäfte bis zur Ausrufung von Neuwahlen, womit auch die Ämter der Vizebürgermeister und Stadträte erloschen. Friebeis wurde ein fünfzehnköpfiger Beirat zur Seite gestellt, dem 7 Antisemiten, darunter der Gastwirt Josef Rissaweg und der Buchhändler Josef Strobach, angehörten.¹⁰⁶⁹ Diese Wahl löste trotzdem erste Panikreaktionen aus und ließ die Börsenkurse in den Keller fallen.¹⁰⁷⁰ Wegen des letztlich ohne Einfluß gebliebenen Verlangens von liberaler Seite, einen demokratisch gewählten Vertretungskörper aufzulösen und allenfalls Lueger nicht zu bestätigen, kam es zu Massenaufmärschen vor dem Rathaus und zu zahlreichen Attacken auf liberale Abgeordnete.¹⁰⁷¹

8.1 Das Ende des „Deutschen Volksvereines“

Karl Hermann Wolf vertrat immer noch die Ansicht, daß die deutschnationalen Gemeinderäte eine „Ausbeutung der Wahlsiege im klerikalen Sinn verhindern könnten“ und forderte sie zu einer weiteren Zusammenarbeit auf, um später gegen die Christlichsozialen stärker zu sein¹⁰⁷², was an-

1066 Archiv des Landes Niederösterreich, Präsidialakte der niederösterreichischen Statthalterei, Zl. 6967 ad Bd. 2 – 1895.

1067 SCHNEE, Heinrich, Karl Lueger. Leben und Wirken eines großen Sozial- und Kommunalpolitikers, S. 57.

1068 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, 8 Bde., Wien 1902–1914, Bd. 5, S. 486.

1069 KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, S. 338.

1070 WEISS, John, Der lange Weg zum Holocaust, S. 248.

1071 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 5, S. 487.

1072 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 150 vom 2. Juni 1895, S. 6.

gesichts des Mandatsverhältnisses schon eher lächerlich klang. Schönerer zeigte sich jedenfalls nicht mehr bereit, dem länger zuzusehen: Am 2. Juni 1895 erschien in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ ein Aufruf, in dem er die Befürworter einer Zusammenarbeit mit den Christlich-sozialen zum Austritt aus dem „Deutschen Volksverein“ aufforderte.¹⁰⁷³ Dabei dürfte auch der übermäßige Neid des stolzen Schönerer auf Luegers Erfolge eine große Rolle gespielt haben. Wie tief Lueger in das deutschnationale Lager eingedrungen war und es entzweit hatte, konnte er nicht verleugnen. Andererseits hatte der „schöne Karl“ einen bedeutenden Rückhalt im konservativen Lager und beim niederen Klerus, den Schönerer nur in einer ganz kurzen Phase vor seiner Verurteilung gehabt hatte, aber im Gegensatz zu ihm ideologisch nicht verwerten konnte.

Am 16. Juni 1895 erfolgte der erste, lange schwelende Bruch mit Wolf: Schönerer ließ in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ folgende Erklärung veröffentlichen: „Die Mitglieder des Deutschen Volksvereines in Wien stehen nicht mehr in geschlossener Einheit zu mir, dessen ausschließliche Führerschaft sie mir beim Eintritt in diesen Verein anerkannt haben. In sehr wesentlichen Dingen gehen die Meinungen weit auseinander. Ich sehe mich daher naturgemäß veranlaßt, nicht nur meine Stelle als Obmann des Deutschen Volksvereines niederzulegen und gleichzeitig aus diesem Verein auszutreten, sondern auch auf die Führung jener Partei zu verzichten, welche bereits in ihrer Mehrheit daran gegangen ist, sich zugrunde zu richten und dadurch die gerechte Sache des Volkes zu schädigen. Als deutschnationaler Mann und somit als Gegner von allem, was jüdisch ist, muß ich nach wie vor, überhaupt stets alles bekämpfen, was undeutsch und verderbt ist. Ich kann mich also nicht freundlich zu jenen Parteigruppen stellen, die derzeit unter der Leitung Dr. Luegers stehen, da diese Antiliberalen im Volksblatt-Vergani eine Verkörperung moderner Korruption als ihre journalistische Vertretung besitzen.“¹⁰⁷⁴

Nicht die Institutionen die er so heftig angriff, wie das Kaiserhaus, die Regierung und die Kirche, wurden ihm – subjektiv gesehen – letztlich gefährlich, sondern seine eigene Gefolgschaft. Wenn seine Politik auch in eine noch so fatale Richtung ging, persönlich mußte er sie als gescheitert betrachten. Sein nachhaltiger Einfluß erscheint daher umso verwunderlicher. Es liegt jedoch eine gewisse Ironie darin, daß erst seine Sturheit und Unnachgiebigkeit, die die meisten seiner Anhänger als unerträglich empfanden, die Verbreitung des Deutschnationalismus in den verschiedensten Facetten gefördert haben. Seine Epigonen durchliefen gewissermaßen eine Schule, bevor sie ihn wieder verließen. Man kann daher durchaus von einem Durchlauf mehrerer Generationen in kürzester Zeit sprechen. Ein nicht gerade rühmliches „Verdienst“ konnte sich Schönerer jedoch schon zu Lebzeiten auf seine Fahnen heften: Er hatte neben seinem Attribut als „Vater des Rassenantisemitismus“ auch wesentlichen Anteil am Verschwinden des Liberalismus in Österreich.

Gemeinsam mit Schönerer verließen auch seine engsten Freunde Iro und Kernreuther den Volksverein.¹⁰⁷⁵ Karl Hermann Wolf, der aufgrund der Ereignisse sichtlich schockiert war, ver-

1073 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 11 vom 1. Juni 1895, S. 134.

1074 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 12 vom 16. Juni 1895, S. 162.

1075 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 13 vom 1. Juli 1895, S. 162.

suchte die Partei zusammenzuhalten, indem er in seiner „Ostdeutschen Rundschau“ verkündete, er werde weiterhin im Geiste Schönerers und des Linzer Programms wirken und seine Bedeutung als nationaler Erwecker und unbeugsamer Charakter (!) im Volk wachhalten.¹⁰⁷⁶

Brieflich gab Schönerer Wilhelm Philipp Hauck die Anweisung, den „Deutschen Volksverein“ aufzulösen. Die Reichsratsabgeordneten Hauck, Dötz und Türk (Anm. letzterer wurde in einer Nachwahl bestätigt) sollten jedoch ihre Reichsratsmandate behalten: „Gesinnungsgenossen Schönerers beteiligen sich in keiner Weise an den kommenden Gemeinderatswahlen / Nationale Betätigung soll im Bund der Germanen stattfinden / Zur politischen Betätigung diene Haucks Favoritner Bürgerverein, Steins Deutschnationaler Arbeiterbund, der Bund deutscher Landwirte und andere deutschnationale Vereine in den Provinzen.“¹⁰⁷⁷

Doch eine eiligst einberufene Vertrauensmännerversammlung am 11. Juli 1895 verurteilte die Auflösungsentscheidung Schönerers. Während sich Wolf ausdrücklich gegen jegliche Wahlenthaltung aussprach¹⁰⁷⁸, übernahmen die um ihre Mandate fürchtenden Hauck und Dötz einstweilen die Führung der Partei.

Schönerer war es einmal mehr um eine „Reinigung“ abseits der seine Bewegung „verwässern“ Politik gegangen. Dabei fällt die Nennung eines Bundes auf, wo, seiner Meinung nach, zukünftig politische Betätigung erfolgen sollte: „Steins Deutschnationaler Arbeiterbund“. Eine bis dahin völlig unbedeutende Splittergruppe sollte nach dem Abgang der Burschenschaftler Steinwender, Sylvester und Beurle und neben dem immer mehr in Rivalität zu Schönerer stehenden Karl Hermann Wolf eine ganz neue Richtung in einer Bewegung verkörpern, die in diesem Metier noch keine bleibenden Erfolge aufweisen konnte.

Am 5. August 1895 versammelten sich gerade einmal 120 des noch zu Jahresbeginn 559 Mitglieder zählenden „Deutschen Volksvereines“, um unter dem Vorsitz von Karl Hermann Wolf über die Auflösung abzustimmen.¹⁰⁷⁹ Dabei trat ein Mann in den Vordergrund, der schon einige Zeit mit tatkräftiger Unterstützung Schönerers die Geschicke der Partei im Hintergrund beeinflusste hatte – Franz Stein. Wieder hatte ein interner Bruch den Weg freigemacht für eine „neue“ Persönlichkeit, die Wolf sofort an die Wand spielte. Nach einer wilden Schimpfkanonade gab ihm Stein die Schuld für die Streitigkeiten der letzten Monate und setzte mit nur sechs Gegenstimmen die Auflösung des „Deutschen Volksvereines“ durch.¹⁰⁸⁰

Mehr noch als Karl Hermann Wolf und auch Georg von Schönerer sollte Franz Stein in den kommenden Jahren die entscheidenden Weichenstellungen in der Schönerer-Bewegung vollziehen. Obwohl er relativ unbekannt geblieben ist, gilt er als der eigentliche Vater des „nationalen Sozialismus“, weil es ihm als einzigem Deutschradikalen gelungen war, die Verbindung zur Arbeiterschaft herzustellen.

1076 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 166 vom 19. Juni 1895, S. 1.

1077 Brief Schönerers an Hauck vom 2. Juli 1895, Zitiert In: WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, S. 93.

1078 WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, S. 94.

1079 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 204 vom 28. Juli 1895, S. 4.

1080 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 213 vom 6. August 1895, S. 5.

8.2 Franz „Franco“ Stein

Schon seine Biographie gibt Aufschluß darüber, daß er aus einem ganz anderen Stall stammte als die meisten Schönerianer: Franz oder „Franco“ Stein (1869–1943), wie er sich selber manchmal möglicherweise wegen des ihm zugeschriebenen Pseudonyms Franco Moor in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ nannte, wurde am 1. Juni 1869 in Wien als Sohn eines aus dem preußischen Teil Schlesiens zugewanderten Fabrikarbeiters und der aus Ottenschlag im Waldviertel stammenden Kleinbauerntochter Johanna Raab geboren.¹⁰⁸¹ Es ist dabei nicht ganz auszuschließen, daß die Mutter Steins Schönerer gekannt hatte. Das Arbeiterkind erlernte das Feinmechanikerhandwerk zur Herstellung astronomischer Instrumente und fand in seinen Lehrherren „Bewunderer der deutschnationalen Leistungen Georg von Schönerers“, wie sein Biograph Harald Tichy anmerkte.¹⁰⁸² Entge-



Abbildung 19: Franz Stein 1869–1943

gen jeglicher „Tradition“ war hier jemand zur Führungsspitze Schönerers gestoßen, der nie eine Universität besucht und folglich auch nie einer studentischen Korporation angehört hatte. Wie Adolf Hitler war Stein stolz, sich „seine Bildung selbst erworben zu haben“, was mitunter zu heftigen Zusammenstößen mit Gesinnungsgenossen, meist mit Akademikern, führte, weil er aus seiner Abneigung gegen solche „ganz Gescheite, akademisch Gebildete“ kein Hehl machte.¹⁰⁸³ In einer 1942 erschienen Hommage an seinen politischen Ziehvater, die Stein anlässlich einer auf Anregung Adolf Hitlers zusammen mit Eduard Pichl im Wiener Messepalast organisierten Ausstellung zum 100. Geburtstag Schönerers herausgab, schilderte er selbst seinen Werdegang¹⁰⁸⁴: Durch die Lektüre von Schönerers „Nordbahnreden“ aus dem Jahre 1884, die zweifellos sein großes soziales Engagement bewiesen, neugierig geworden, hatte der 19jährige Geselle am 24. Februar 1888 als einer von 5000 Zuhörern von Schönerers Rede „Über die Verderbtheit der jüdischen Presse“

1081 Matrikenbuch der Pfarre Sankt Elisabeth, 1040 Wien, Geburtsjahrgänge 1869, Nr. 581, S. 183. Eintragung des Sterbedatums Franz Steins 17. Juli 1943 in Linz.

1082 TICHY, Herbert, Franz Stein. Ein großdeutscher Kämpfer, Krems 1942, S. 3f.

1083 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 252.

1084 STEIN, Franz, Der Rufer der Ostmark. Georg von Schönerers Leben und Kampf, Wien 1942, S. 15.

in den Sofiensälen sein entscheidendes Schlüsselerlebnis. Zudem wurde er Zeuge der Verurteilung und des Haftantritts Schönerers, was ihn tief beeindruckte.

Die Erzählung von seiner Kutschenfahrt mit Karl Lueger und das Überreichen von Blumensträußen an den Verurteilten¹⁰⁸⁵ dürfte jedoch eine Erfindung sein, denn Stein selbst gab an, Schönerer erst nach seiner Haftentlassung, anlässlich eines Besuches auf Schloß Rosenau am 11. Juni 1889, das erste Mal persönlich begegnet zu sein.¹⁰⁸⁶ Wie dieser selbst auf den Jugendlichen aufmerksam geworden ist, bleibt jedoch im Dunkeln.

Am 7. Juli 1890 stellte Schönerer seinen Gästen den zu einer Versammlung in Zwettl geladenen Stein als „deutschen Arbeiter“ vor. Eduard Pichl nannte diese Einladung die „Geburtsstunde der deutschvölkischen Arbeiterbewegung“. Es sollte auch der Beginn der politischen Karriere Steins werden. Schnell dürfte es ihm auf dieser Versammlung gelungen sein, Schönerer zu überzeugen, daß die Arbeiter vor dem Hintergrund einer mächtiger werdenden Sozialdemokratie eine neue Kraft für das Alldeutschtum bilden könnten. Der zu seinem 27 Jahre älteren Mentor aufblickende Stein erhielt den Auftrag, eine alldeutsche Arbeiterbewegung aufzubauen, um der verhaßten „internationalen verjudeten Sozialdemokratie“ deutsche Wähler abzujagen.

Im August 1890 erschien im „Deutschen Volksblatt“ Verganis (!) und in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ folgender Aufruf: „National gesinnte Arbeiter mögen sich bei mir melden – gezeichnet Mechanikergehilfe Franz Stein.“¹⁰⁸⁷ Weiters ist diesem Mechanikergehilfen rasch bewusst geworden, daß die sozialen und nationalen Konflikte der deutschen mit den tschechischen Arbeitern in Nordböhmen im Zuge des Nationalitätenkampfes recht vielversprechend für seine Ziele wären, weswegen ihn auch sein ersten Reisen nach Nordböhmen und Schlesien führten, um Mitglieder für seine junge Bewegung anzuwerben.¹⁰⁸⁸ Noch im Spätherbst des Jahres 1890 gründete er im Gasthaus „Zur deutschen Eiche“ auf der Landstraße den „Deutschen Arbeiterverband des Germanenbundes“¹⁰⁸⁹, dessen Obmannschaft er übernahm. Der Zusatz „Germanenbund“ sollte den fixen Bestandteil markieren, den dieser junge völkische Zweigverein unter der damaligen Noch-Obmannschaft Julius Sylvesters einnahm, unterstreicht aber auch die Nichtberücksichtigung der Arbeiter innerhalb der Partei. Nach den Streitigkeiten und der Auflösung des „Germanenbundes“, an der Stein nicht ganz unbeteiligt gewesen sein mag, bildete sich um ihn ein „Arbeiterverband Mjöltnir“, der schon zu Germanenbund-Zeiten als Zweigverband unter der Obmannschaft Gustav Burgers bestanden hatte.¹⁰⁹⁰

Als Nutznießer der Germanenbund-Auflösung gründete Franz Stein im Juli 1893 mit der Unterstützung Schönerers den „Deutschnationalen Arbeiterbund“ und machte Friedrich Decker zu seinem Stellvertreter. Obwohl dieser Bund auch nicht mehr als eine Hilfsorganisation darstellte,

1085 HAMANN, Brigitte, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, S. 366.

1086 STEIN, FRANZ, Der Rufer der Ostmark. Georg von Schönerers Leben und Kampf, S. 17.

1087 TICHY, Herbert, Franz Stein. Ein großdeutscher Kämpfer, S. 4.

1088 Ebd.

1089 STEIN, FRANZ, Der Rufer der Ostmark. Georg von Schönerers Leben und Kampf, S. 18.

1090 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 26 (Vereine).

war er bereits mit bedeutenderen Vollmachten ausgestattet. Nach einer längeren Konsolidierungsphase und nach einigen Artikeln in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ gab Stein 1893 eine erste kleine Broschüre mit dem Titel „Schönerer und die Arbeiterfrage“ heraus.

Die Macht des geschriebenen Wortes, die sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts in einer wahren Zeitungsflut ergoß, zog auch Franz Stein in ihren Bann: Am 15. November 1894 erschien in der „Ostdeutschen Rundschau“ Karl Hermann Wolfs, dem mit seiner Auslandsberichterstattung und dem großen Kulturteil noch geistig am höchsten stehenden Blatt, die erste Ausgabe der Arbeiterzeitschrift „Der Hammer“. Sie sollte zunächst als kleine Zeitungsbeilage unter der Herausgeberschaft Steins als Presseorgan des Arbeiterbundes fungieren.¹⁰⁹¹ Getreu der Vorgabe Schönerers betrachtete es Stein als eine Hauptaufgabe, einfache, ungebildete Arbeiter mit der bisher studentischen und kleinbürgerlichen Kreisen vorbehaltenen germanisch-völkischen Ideologie zu infizieren: Anlässlich der Ernennung Georg von Schönerers zum Ehrenmitglied des „Arbeiterverbandes Mjöltnir des Bundes der Germanen“ am 4. November 1894 definierte Stein die germanische Mythologie als eine „Verbindung arischen Volkstums mit nationaler volklicher Religion“.

Ab dem 1. April 1895 (Ostermond 2008 nach Noreia) erschien der „Hammer“ als „Organ des deutschnationalen Arbeiterbundes in Wien für sociale Reformen auf nationaler Grundlage“ mit finanzieller Unterstützung und tatkräftiger Hilfe der Druckerei Ferdinand Berger in Horn. Die selbständige, einmal im Monat erscheinende Zeitung war nur durch ein ganzjähriges Abonnement zu beziehen.¹⁰⁹² Als Logo wählte Franz Stein einen Hammer, Sinnbild der Arbeiter, aus dem Blitze zucken. Der Hammer versinnbildlichte nicht nur den „Malmer“, auf nordgermanisch „Mjöltnir“, des Gewittergottes Thor, der, wenn er ihn schleuderte, Blitz und Donner hervorrief und alles „zermalmte“¹⁰⁹³, er nahm auch Bezug auf die wohl bekannteste Darstellung Bismarcks



Abbildung 20: Die erste Ausgabe der von Franz Stein herausgegebenen Zeitung „Der Hammer“ vom 1. April 1895

1091 TICHY, Herbert, Franz Stein. Ein großdeutscher Kämpfer, S. 5.

1092 Der Hammer, Nr. 1 vom 1. April 1895.

1093 Ebd., S. 3.

als „Schmied des Deutschen Reiches mit Hammer, Amboß und Schwert der Germania“. Das Zitat aus der Reichstagsrede des „eisernen Kanzlers“ vom 9. Mai 1884 – „Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, so lange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung wenn er alt ist“ – „zierte“ auch als Untertitel jede erste Seite des Blattes, das sich in seiner Anfangszeit mit seinen seitenlangen Vereinsnachrichten, der Germanentümelei und dem Briefkasten, wo jeder schreiben konnte, was er wollte, nur wenig von den „Unverfälschten Deutschen Worten“ unterschied. Etwas Neues erfolgte gleichsam eine Stufe darunter. Die von den „Unverfälschten Deutschen Worten“ bekannten Diffamierungen auf „Arbeiterebene“: So indoktrinierte der „Hammer“ nicht nur eine scharfe Gleichsetzung des Judentums mit der Sozialdemokratie und ihren Führern, sondern veröffentlichte in jeder Ausgabe „ungerechtfertigte Kündigungen“ mit genauer Anschrift des „jüdischen Arbeitgebers“.

Franz Stein, der das vorrangigste Ziel seiner Arbeiterbewegung darin sah, „den deutschen Arbeiter durch die nationale Einigung empfänglich zu machen für soziale Reformen im Geiste Bismarcks und Schönerers“¹⁰⁹⁴, hatte, wenn auch von Schönerer beeinflusst, maßgeblichen Anteil an der „Gründung der deutschnationalen Arbeiterbewegung in Österreich, die als erste nationale Arbeiterbewegung den Grundstein der nationalsozialistischen Bewegung bildete.“¹⁰⁹⁵ Als Stein diesen Satz 1942 in den Begleittext zur Huldigungsausstellung anlässlich des 100. Geburtstages Schönerers im Wiener Messepalast hineinnahm, blieb er unter den Augen der stets auf ihr Urheberrecht pochenden NS-Prominenz unwidersprochen.

8.3 „Lueger ante portas!“

Der doch äußerst mühsame Start einer national-antisozialdemokratischen Arbeiterbewegung unter der Führung Franz Steins verblaßte in der ersten Hälfte der 90er Jahre angesichts der „hohen“ Wiener Politik, die schließlich immer noch den letzten Winkel des Riesenreiches beeinflusste. Im Frühjahr des Jahres 1895 vollzog sich auch in dieser bisher sicher geglaubten Festung der völlige Zusammenbruch des Liberalismus und ließ ein chaotisch anmutendes Vakuum entstehen, angesichts dessen selbst eine Bürgermeisterwahl zur Staatskrise werden konnte.

Doch Staatskrisen gab es in diesem Jahr auch auf Reichsebene, woran vor allem die Führung eine gehörige Portion Mitschuld trug: „Zwangsrekrutierungen ungeeigneter Persönlichkeiten auf wichtige Posten, gegen deren Annahme sich der jeweilige Kandidat oft selbst gesträubt hat.“ So bezeichnete Anton Mayr-Harting die kaiserliche Auswahl der österreichischen Ministerpräsidenten bis zum Jahre 1918, nachdem am 11. November 1893 Fürst Alfred Windischgrätz Taaffe gefolgt war.¹⁰⁹⁶ Die Hereinnahme der ehemals oppositionellen liberalen „Vereinigten Linken“ in

1094 WHITESIDE, Andrew, *Austrian National Socialism before 1918*, The Hague 1962, S. 61.

1095 STEIN, FRANZ, *Der Rufer der Ostmark. Georg von Schönerers Leben und Kampf*, S. 17.

1096 MAYR-HARTING, Anton, *Der Untergang. Österreich-Ungarn 1848–1922*, S. 423.

eine Koalition mit den Resten des zerbrochenen „Eisernen Ringes“, den Polen und den Katholisch-Konservativen um Graf Hohenwart, sollte sich für alle Beteiligten als schlechter Dienst erweisen. Denn die Krise, die im April 1895 ein einfacher Posten im verspäteten Budgetvoranschlag für das Jahr 1895 ausgelöst hatte, die geringfügige Frage der Errichtung slowenischer Parallelklassen am Gymnasium in Cilli¹⁰⁹⁷, brachten nicht nur Reich und Regierung ins Wanken¹⁰⁹⁸: Mit dem Austritt der 89 von 108 Mitgliedern der „Vereinigten Deutschen Linken“ aus dem Koalitionskabinett am 17. Juni 1895 war nicht nur Windischgrätzs Regentschaft zu Ende. Franz Joseph hatte so sehr die Geduld verloren, daß er es „nicht einen Tag länger mit dem ganz unfähigen Ministerium Windischgrätz zu tun haben“ wollte. Als der auf die Plötzlichkeit der Regierungskrise nicht vorbereitete Kaiser dem gerade mit der Bürgermeisterkrise beschäftigten Statthalter von Niederösterreich, Erich Graf von Kielmannsegg, befahl, während eines kurzen Provisoriums, das nur vom 19. Juni bis zum 30. September 1895 dauern sollte, ein Beamtenkabinett zu bilden, bis Kasimir Graf Badeni, der als Statthalter Galiziens noch die Wahlen für den Landtag durchzuführen hatte, seine Stelle einnehmen konnte¹⁰⁹⁹, löste sich der liberale Klub endgültig auf. Rasch zeigte die notwendige Bildung neuer Parteigruppierungen die Neigung der slawischen und konservativen Gruppen zur Zusammenarbeit¹¹⁰⁰, worauf die Deutschnationalen begannen, ihren Druck auf die Christlichsozialen zu verstärken. Diese „Frage an Lueger“ war die Ausgangssituation, als der Wiener Gemeinderat am 17. September 1895 erneut gewählt wurde.

Bereits nach der Wahl des 3. Wahlkörpers der „kleinen Leute“ war die Sensation perfekt: Alle 46 Mandate fielen an die Christlichsozialen und Deutschnationalen! Für die Wahl des 1. und 2. Wahlkörpers, die am 23. beziehungsweise 26. September stattfand, betonte Lueger den weltgeschichtlichen Kampf zwischen der jüdischen und der christlichen Weltanschauung und versuchte den Wählern die Furcht vor einer klerikalen Herrschaft zu nehmen, „die auch kein Priester wünsche“, indem er geschickt auf die Kluft zwischen hohem und niederem Klerus anspielte. Deutlich sprach er Beamte und Lehrer mit seinem Eintreten für „christliche Grundsätze in der Gemeindeverwaltung“ und für eine vollständige „Trennung der Schulen in christliche und jüdische“ an.¹¹⁰¹ Die Beamtenerlässe des Grafen Kielmannsegg, die vor allem die kleinen und mittleren Beamten von den Wahlen fernhalten sollten, bewirkten das genaue Gegenteil: Im 2. Wahlkörper erzielten die „Vereinigten Antisemiten“ 32 von 46 Mandaten gegenüber 14 für die Liberalen, im für sie schwierigen 1. Wahlkörper bereits 14, sodaß die Liberalen mit 32 Mandaten nur mehr in diesem

1097 Es ging dabei um die relativ unwichtige Detailfrage des Voranschlages für das Jahr 1895, um die Errichtung von slowenischen Parallelklassen am deutschen Gymnasium in der südsteirischen Stadt Cilli, dessen Bürgertum sich durch die Unterwanderung aus den umliegenden slowenischen Dörfern bedroht fühlte. Als Windischgrätz das den Slowenen schon vorher gegebene Versprechen einlösen wollte, ließ ihn die Vereinigte Linke im Stich, die bei einem Nachgeben auch derartige Ansprüche der Tschechen in Böhmen befürchteten.

1098 KOLMER, Gustav, *Parlament und Verfassung in Österreich*, Bd. 5, S. 486ff.

1099 MAYR-HARTING, Anton, *Der Untergang. Österreich-Ungarn 1848–1922*, S. 425.

1100 KOLMER, Gustav, *Parlament und Verfassung in Österreich*, Bd. 5, S. 525.

1101 KUPPE, Rudolf, *Karl Lueger und seine Zeit*, S. 339.

Wahlkörper eine Mehrheit besaßen.¹¹⁰² Die Koalition hielt nun mit 92 Sitzen die genaue Zweidrittelmehrheit im Wiener Gemeinderat, während die Liberalen nur mehr über 46 Mandate verfügten, womit ihre lange Herrschaft über Wien endgültig gebrochen war.

Mangels demoskopischer Wahlvorhersagen löste die „Plötzlichkeit“ des Schwindens liberaler Bastionen in Wien eine wahre Hysterie aus. Bisher wegen des „guten Tons“ allenfalls heimlich gelesene Blätter wie das gemäßigte deutschnationale, später christlichsoziale Witzblatt „Kikeriki“ und die „Deutsche Zeitung“ wurden trotz ihres betont radikalen Antisemitismus zu den meist gelesenen Zeitungen. „Hinaus mit den jüdischen Schandblättern aus allen christlichen Familien! Kauft nur bei Christen!“ wurde ihre Parole.¹¹⁰³

Statthalter Erich Graf Kielmannsegg trat nun auch für die Bestätigung Luegers bei der Bürgermeisterwahl ein, die eine reine Formsache zu sein schien. Er beruhigte den Kaiser damit, daß sich die allgemeine politische Richtung des Volkes in ein konservatives Lager bewege.¹¹⁰⁴ Vor einer riesigen Volksmenge, die das Rathaus „belagerte“, wurde Lueger am 29. Oktober 1895 mit einer Zweidrittelmehrheit von 93 Stimmen zum Wiener Bürgermeister gewählt, wobei er sogar eine liberale Stimme erhielt. Raimund Grübl war zu dieser Abstimmung gar nicht mehr erschienen, seine Fraktion gab 44 leere Stimmzettel ab.¹¹⁰⁵

Karl Lueger erreichte mit der Forderung an den Kaiser von Österreich, ihm die notwendige Bestätigung in seinem Amt als Bürgermeister zu geben, etwas, was den Alldeutschen nur allzu gerne gelungen wäre, nämlich die Spaltung aller Lager und Meinungen, die sich nun mit seinem Kampf gegen Judentum und Freimaurertum auseinanderzusetzen hatten. Mit seinem andererseits oft geäußerten Bekenntnis für die Säulen der Monarchie, Thron und Altar, wußte er geschickt ersteres mit letzterem zu verbinden. Seine Kriegserklärung an die Sozialdemokratie und den Liberalismus, die er mit dem Judentum und den alten Stereotypen von Wucher, Korruption und Spekulation gleichsetzte, zeigte jedoch einmal mehr, welch geringe geistige Durchdringung dem Liberalismus in Österreich seit 1848 gelungen war. Denn Lueger konnte mit seiner Begabung, die unzufriedenen Massen anzusprechen, nicht nur diese, sondern einen immer mächtigeren Teil der Konservativen auf seine Seite ziehen. Dazu kam nun ein verfassungspolitisches Problem, das der Kaiser unter den Augen aller Beteiligten und seiner selbst unschlüssigen Familie¹¹⁰⁶ alleine lösen

1102 KOLMER, Gustav, *Parlament und Verfassung in Österreich*, Bd. 6, S. 39.

1103 KUPPE, Rudolf, *Karl Lueger und seine Zeit*, S. 340.

1104 SCHNEE, Heinrich, *Karl Lueger. Leben und Wirken eines großen Sozial- und Kommunalpolitikers*, S. 58.

1105 KUPPE, Rudolf, *Karl Lueger und seine Zeit*, S. 340.

1106 Betrachtet man den Hof, der mittlerweile durch einen Generationenkonflikt geteilt war, so fiel auch dort dem Kaiser die Wahl schwer: Der Bruder FRANZ JOSEPHS, Erzherzog CARL LUDWIG, aber vor allem seine Söhne, der Thronfolger FRANZ FERDINAND und Erzherzog OTTO, der Vater des späteren Kaisers KARL, traten für die Legitimierung LUEGERS ein. Auch die Kaisertochter Erzherzogin MARIE VALERIE fand sich unter dem Einfluß ihres Beichtvaters Pater Heinrich ABEL unter den Befürwortern. Auf der anderen Seite standen die älteren Mitglieder des Hofes, die mit dem Hochadel und der hohen Aristokratie die Feindschaft gegen die christlichsoziale Partei teilten. LUEGER konnte auch noch auf einen mächtigen Fürsprecher hoffen, nachdem der päpstliche Nuntius, Kardinal AGLIARDI,

mußte. Dabei ging es um mehr als nur um die Abwägung von Recht und Moral. Mußte der Kaiser das Recht und die Pflicht für sich in Anspruch nehmen, gleichsam als moralische Instanz einer Großmacht die Bestätigung eines den Liberalen mißliebigen Bürgermeisters zu verhindern, wobei er eindeutig für sie Stellung bezog? Oder entpuppte er sich als unmoderner absoluter Herrscher, der die Demokratie verachtete, indem er auch nur einen Moment daran dachte, einen vom Volk Gewählten an der Ausübung seines Amtes zu hindern? Stand andererseits nicht Moral über dem Recht, wenn ihn die Liberalen bestürmten, Lueger nicht anzuerkennen, die andererseits für eine Verfassung eintraten, nach der sie ihn akzeptieren mußten? Mißachteten sie damit nicht gerade jene Werte, für die sie immer eingetreten waren? Hieß andererseits, sich für seine Bestätigung einzusetzen, auch seiner Politik wohlwollend gegenüberzustehen? Die Staatskrise um Lueger zeigte am Vorabend der Ersten Republik recht deutlich, was passieren würde, wenn der Kaiser als letzte Instanz, der sich in dieser Krise noch dazu nicht eben bewährte, einmal wegfiel.

Letztlich gaben drei Gründe für Luegers Nichtbestellung am 6. November 1895 den Ausschlag: Reiche Juden wie die Familie Rothschild, deren wirtschaftliche und kulturelle Stärke Franz Joseph überzeugen konnten, gaben ihm sehr deutlich zu verstehen, daß sie unter einem antisemitischen Bürgermeister keine Freiheit mehr besäßen und ein Land, in dem keine Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz mehr garantiert sei, verlassen würden.¹¹⁰⁷

Dazu gesellte sich ein vielleicht unerwartetes Argument: Der ungarische Ministerpräsident Gabor Banffy erhob bei einer kaiserlichen Audienz vehement Einspruch gegen die Bestellung Luegers, da er sich das in den Wahlkämpfen entworfene Feindbild von „Judapest“ und den „Judäomagyaren“ nicht bieten lasse. Um seiner Treue zur Monarchie eine besondere Note zu verleihen, hatte Lueger wiederholt den „verjudeten magyarischen Liberalismus“ für die Zerschlagung des Reiches seit dem Jahre 1867 verantwortlich gemacht.¹¹⁰⁸

Schließlich dürfte ein von der Polizeidirektion Wien verfaßter Bericht vom 7. August 1895 ein gehöriges Gewicht gehabt haben. Darin hieß es, Lueger habe eine „terroristisch auftretende Partei“ gegründet, die sich einen „christlichsozialen, katholischen und schließlich klerikalen Anstrich“ gegeben habe. Seine große Popularität rühre daher, daß er durch „Versprechungen von Reformen“ die Kleingewerbetreibenden und den kleinen Beamtenstand durch öffentliches Auftreten in Vorstadtlokalen „durch einen entschieden demagogischen Charakter“ „für sich zu gewinnen wisse“. Dieser „christliche Sozialismus“ ziele auf eine Änderung der bestehenden sozialen Verhältnisse im Sinne der Lehren und Einrichtungen des Christentums voll „Intoleranz und feindlicher Gesinnung gegen das Judentum“ ab. Diese Politik appelliere, wie die sozialdemokratische Partei, an die

im Namen Roms seine Bestätigung gefordert hatte. In den Reihen seiner Gegner befanden sich in erster Linie die Vertreter des Großkapitals, die auch LUEGERS Sozialgesetzgebung mißbilligten und mit den liberalen Abgeordneten noch eine machtvolle Stellung im Reichsrat besaßen. Vgl. KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, S. 341. SCHNEE, Heinrich, Karl Lueger. Leben und Wirken eines großen Sozial- und Kommunalpolitikers, S. 59.

1107 KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, S. 344.

1108 HAWLIK, Johannes, Der Bürgerkaiser. Karl Lueger und seine Zeit, Wien 1985, S. 190.

„rohen Instinkte der Massen“ und arbeite damit in gefährlicher Weise an der „Verhetzung und Erregung des Volkes“ mit.¹¹⁰⁹

Eine besondere Rolle spielte dabei auch die beklemmende Zwangslage des Kaisers, der sich mehr als sonst auf seine „Einflüsterer“, wie den am 30. September 1895 bestellten Ministerpräsident Badeni, angewiesen zeigte. Dieser schwankte jedoch von Beginn an: Zuerst ließ sich Badeni von seinem Vorgänger, dem provisorischen Ministerpräsidenten und Statthalter Niederösterreichs, Graf Kielmannsegg, überzeugen, daß die Bestätigung Luegers eine politische Notwendigkeit sei und dachte sogar daran, auf die angeregte Niederlegung des Reichsratsmandats Luegers zu verzichten. Dann ließ er sich aber vom liberalen Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Freiherr von Chlumetzky, umstimmen und erwirkte, nachdem im Ministerrat die Entscheidung gegen die Ernennung gefallen war, beim Kaiser die Nichtbestätigung.¹¹¹⁰ Die Christlichsozialen verachteten Badeni sowieso wegen seiner Zugehörigkeit zum regierungsfreundlichen polnischen Adel und noch mehr wegen seinen guten Beziehungen zur jüdischen Bevölkerung Galiziens, was sich bei den Deutschnationalen zu einem regelrechten Haß verdichten sollte.¹¹¹¹ Am 6. November 1895 gab der zur Verwaltung der Gemeinde eingesetzte landesfürstliche Kommissär Hans Friebeis bekannt, daß die Wahl Luegers die kaiserliche Sanktion nicht erhalten habe und schrieb eine weitere Neuwahl für den 13. November 1895 aus.¹¹¹²

Der einzige Sieger in dieser Auseinandersetzung blieb der Antisemitismus: Nachdem an der Börse ein mit dem des Jahres 1873 vergleichbarer schwerer Kurssturz eingesetzt hatte und sich die Lage nach der Nichtbestätigung Luegers schlagartig erholte, brach in der Bevölkerung ein Sturm der Entrüstung über die „Erpressung der jüdischen Finanzclique“ aus.¹¹¹³ Im Reichsrat jagte eine Interpellation zur Bekanntgabe der Gründe für die Nichtbestätigung die andere und schweißte die Radikalen und Konservativen noch einmal eng aneinander: Otto Steinwender bezeichnete die Verweigerung am 8. November 1895 als Verletzung der Gemeindeautonomie und als Tendenz, eine bestimmte Parteirichtung zu unterdrücken, während die Alldeutschen Wilhelm Philipp Hauck und Augustin Dötz von einer Knebelung nicht regierungsfreundlicher Abgeordneter sprachen. Zwar betonten sie, keine Freunde des „Jesus Christus Politikers“ zu sein, schossen sich aber schnell auf Ministerpräsident Badeni ein, der den „Volkswillen für null und nichtig erklärt“ hätte, weil ein „Pole, der mit Hilfe der Juden massiven Wahlbetrug in Galizien betrieben habe, nicht aufrichtig sein könne“.¹¹¹⁴ Ein von Robert Pattai eingebrachter Dringlichkeitsantrag, der schnellste Aufklärung forderte, trug bereits die Unterschriften von Katholischkonservativen, Christlichsozialen, Deutschnationalen und Schönerianern.¹¹¹⁵

1109 Archiv des Landes Niederösterreich, Präsidialakte der niederösterreichischen Statthalterei, Zl. 6967 ad Bd. 2 – 1895.

1110 SCHNEE, Heinrich, Karl Lueger. Leben und Wirken eines großen Sozial- und Kommunalpolitikers, S. 60.

1111 PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus, S. 151.

1112 Archiv des Landes Niederösterreich, Präsidialakte der niederösterreichischen Statthalterei, Zl. 7110 ad Bd. 2 – 1895.

1113 KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, S. 345.

1114 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 22 vom 16. November 1895, S. 269.

1115 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XI. Session,

Ministerpräsident und Innenminister Graf Badeni, der die Bereitschaft der Polizei und des Militärs hatte anordnen lassen, begab sich auf ein sehr dünnes formal-juristisches Eis. Er begründete den Beschluß des Kaisers mit § 25 der Gemeindeautonomie, der tatsächlich vorsah, daß die Krone über Vorschlag der Regierung einen gewählten Bürgermeister nicht anzuerkennen brauchte. Wenn die erforderliche Bürgschaft für eine streng objektive, sachliche, von jedweder agitatorischer Tendenz freie, allen Klassen der Bevölkerung gegenüber gleichmäßige, den Anforderungen der Autorität volle Rechnung tragende Führerschaft der Verwaltung nicht außer Zweifel stand, mußte der Kaiser auch ein Votum des Gemeinderates nicht berücksichtigen.¹¹¹⁶

Nachdem Ferdinand Kronawetter von den Demokraten am 8. November 1895 im Reichsrat prophetisch gemeint hatte, „einem Minister, der eine solche Auffassung von dem verfassungsmäßigen Recht des Parlaments hat, sollten wir das Budget ... verweigern“¹¹¹⁷, ging es den Rednern¹¹¹⁸, die für die Annahme des schließlich mit 118 gegen 64 Stimmen abgelehnten Dringlichkeitsantrages Pattais sprachen, alleine um die Darstellungsweise der Nichtbestätigung Luegers: Die ungarische Regierung, die sie ganz unverhohlen mit der dort „regierenden Judenschaft“ und der „Budapester Judenpresse“ gleichsetzten, hätte interveniert, um aus Österreich einen „jüdischen Vasallenstaat“ zu machen. Um diesen Interessen zu dienen, wären die berechtigten Wünsche der großen Mehrzahl der Österreicher zu Fall gebracht worden, vor deren „Volkszorn“ eindringlichst gewarnt wurde. Deswegen nehme man auch keine Rücksicht auf dynastische Treue. Im gleichen Atemzug bezeichneten sie aber auch die österreichische Regierung als „jüdische Erfüllungsgehilfen“ und Badeni, dem sie außerdem Inkompetenz vorwarfen, würde seinem aus Polen vorausgeeilten Ruf der „eisernen Faust“ dazu benutzen, diese „auf die Antisemiten, auf die christliche Bevölkerung Wiens niedersausen zu lassen“.¹¹¹⁹ Am schärfsten attackierte der Jungtscheche Weber den Ministerpräsidenten: „... Nein, Wien darf nicht christlich sein, es muß jüdisch sein! ... Es hat eine Zeit gegeben, wo ein edler Pole den bedrängten Christen nach Wien gegen ihre Feinde zu Hilfe geeilt ist, das ist schon lange her, ... im Jahre 1895, ... zieht wieder ein edler ... Pole ... nach Wien ein, um nicht den bedrängten Christen, sondern den bevorzugten ... Juden gegen die Christen zu Hilfe zu kommen ... Aber, noch steht der Stephansdom da, noch ist das Wahrzeichen der alten katholischen Vindobona da, noch ist der Stephansdom keine Synagoge ... Wenn die Wiener Bevölkerung gefragt würde, sie würde seiner Exzellenz alle Juden geben, ... er könne sie meinetwegen alle nach Lemberg nehmen. Ich glaube, im hohen Stephansdom und in jeder

428. Sitzung vom 8. November 1895, S. 21354. Den Antrag unterzeichneten unter anderem die Katholischkonservativen Dipauli, Morsey und Ebenhoch; die Christlichsozialen Geßmann, Liechtenstein, Pattai und Schneider; die Deutschnationalen Steinwender und Pernerstorfer und die Schönerianer Dötz und Hauck.

1116 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XI. Session, 428. Sitzung vom 8. November 1895, S. 21382.

1117 Ebd., S. 21393.

1118 PATTAI, EBENHOCH, LIECHTENSTEIN, STEINWENDER, HAUCK, und den Jungtschechen ENGEL und WEBER.

1119 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XI. Session, 428. Sitzung vom 8. November 1895, S. 21382f.

Pfarrkirche würde ... ein Tedeum angestimmt werden als Dankgebet.¹¹²⁰ „Christ“ sein bedeutete also in erster Linie, Nichtjude zu sein. Diese Rede erhielt keinen Ordnungsruf vom Präsidenten des Hauses.

Unter der Überschrift „Schwarz ist die Hölle – Gelb ist der Neid“ zogen die Schönerianer in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ die radikalste „conclusio“: „Wenn eine Partei wie die Christlichsozialen jahrelang dem bekannten Afterpatriotismus huldigt, wenn sie keine Gelegenheit vorübergehen läßt ... ihre sogenannte dynastische Gesinnung mit Radetzky Marsch ... zu zeigen, dann kann sie sich nicht wundern, wenn man ihr die Achtung versagt, die man im politischen Leben Österreichs nur dem entgegenbringt, vor dem man Furcht hat. Mit österreichischen Regierungen muß man deutsch reden, sonst hören sie schlecht!! ... An das ständige Gerede der Christlichsozialen sei erinnert: Die Deutschnationalen können ‚oben‘ nichts erreichen, weil sie nicht patriotisch sind. Ja was haben denn die Christlichsozialen mit ihrer Dienerei erreicht: Nur Fußtritte! Mit Speichellecken erreicht man nichts!“¹¹²¹

Karl Lueger verlegte sich indessen auf eine volkstümliche religiöse Symbolik: Er betrachtete sich nun als Märtyrer, gleichsam „von den Juden ans Kreuz geschlagen“, als er vor Freunden die bittere Enttäuschung seiner Nichtbestätigung äußerte: „Heute ist mir vom Schicksal das größte Kreuz taxfrei verliehen worden.“¹¹²² Er konnte jetzt mit dem „Votum des Volkes“ in der Tasche den Spieß umdrehen und sich als den einzigen Patrioten gegenüber der Regierungsgewalt ausweisen, wie dies Prinz Liechtenstein im Reichsrat sehr deutlich ausdrückte: „Er leidet für unser Volk und den österreichischen Reichsgedanken.“ „Meine Feinde sind auch die Feinde des christlichen Volkes“, sagte Lueger in einer großen Versammlung, „Ich empfinde die Nichtbestätigung als einen bitteren Lohn für meine Treue zu Kaiser und Reich.“¹¹²³ Seine Zielstrebigkeit „Wien zu erobern“, das „Herz der Monarchie, denn von dieser Stadt ging noch das letzte Leben in den krankhaft und alt gewordenen Körper des morsch gewordenen Reiches hinaus“, imponierte vor allem Adolf Hitler.¹¹²⁴ Mit den Worten „Ich harre aus, bis die Regierung müde wird, ich bin ein Agitator ... ich werde von Stadt zu Stadt, von Provinz zu Provinz ziehen, ... um zu sagen, wie die Zustände in Wien sind. Ich kenne mein Ziel und werde mein Ziel treffen, so wahr ich Karl Lueger heiße“, zog dieser nun in den Kampf „für seine Wiener“.¹¹²⁵

Für die neuerliche Bürgermeisterwahl, die am 13. November 1895 stattfand, bekam der Regierungskommissär Hans Friebeis von der Statthalterei folgende Weisung: „Sollte der Wiener Gemeinderat ... Dr. Lueger ... neuerlich zum Bürgermeister wählen und sich dadurch mit der Allerhöchsten Willensmeinung in Widerspruch setzen, so sind Sie ... ermächtigt, ... die Auflösung des Wiener Gemeinderates gemäß § 101 des Wiener Gemeindestatuts sofort ... auszuspre-

1120 Ebd., S. 21397.

1121 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 22 vom 16. November 1895, S. 269.

1122 Zitiert In: KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, S. 348.

1123 Zitiert In: KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, S. 347.

1124 HITLER, Adolf, Mein Kampf, S. 109.

1125 Zitiert In: KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, S. 348.

chen.¹¹²⁶ Nachdem Lueger, wie zu erwarten gewesen war, neuerlich mit 92 Stimmen bestätigt wurde und die Wahl annahm, verfuhr Friebeis auftragsgemäß, worauf Lueger seine Erklärung, den Gemeinderat aufzulösen, als eine bereits gesetzwidrige Handlung qualifizierte und von der „Ehre und Freiheit Wiens und des unterdrückten Österreich“ sprach.¹¹²⁷ Franz Joseph hatte nun wie ein absoluter Herrscher gehandelt, was die antisemitische Zeitung „Kikeriki“ sogar veranlaßte, einen Vergleich mit dem Jahre 1848 zu ziehen. Die Volksmassen befanden sich in einer derartigen Unruhe, daß es zwischen Rathaus und Parlament zu gefährlichen Straßenschlachten mit der Polizei kam. Der Menge wurde ein Bild Karl Luegers gezeigt, das dem Bild des „Jesus mit der Dornenkrone“ nicht mehr allzu unähnlich war. Unter dem Absingen des neu kreierten „Lueger-Marsches“ und mit Schmährufen für den Grafen Badeni als „Polacke“ und „Judenliebhaber“ drangen einige Demonstranten über die Parkanlagen neben dem Volksgarten sogar in den inneren Burghof vor, um zum Kaiser zu gelangen, wurden aber von der verstärkten Burgwache an diesem Vorhaben gehindert. Das Militär faßte scharfe Munition aus und an einzelne Artillerietruppenkörper erfolgte die Ausgabe von Granaten und Schrapnells.¹¹²⁸

Was niemand für möglich gehalten hatte, war eingetreten: Die Autorität des Kaisers wurde plötzlich öffentlich angezweifelt. Ungestraft nannte ihn der aufgebrachte Pöbel „Judenkaiser“.¹¹²⁹ Wieder war der Auflösungsbeschluß Anlaß für mehrere Dringlichkeitsanträge, die aber mehr die juristische Vorgangsweise kritisierten.¹¹³⁰ Die Katholisch-Konservativen zeigten nun aber auch ein deutlich größeres Engagement.¹¹³¹ Was Prinz Liechtenstein in seiner Reichsratsrede schon am 8. November in weiser Voraussicht angedeutet hatte, nämlich die ständige Wiederwahl Luegers und die ihr folgende Auflösung des Gemeinderates, bis es nur mehr antisemitische Abgeordnete gäbe¹¹³², versuchte nun die Regierung mit einer nicht ganz glücklichen Notlösung zu verhindern. Sie ermächtigte Friebeis am 13. November zusätzlich, auf der Wahl eines anderen „Kandidaten von 138 Abgeordneten“ zu bestehen. Dieser Eingriff löste erwartungsgemäß einen weiteren Sturm der Entrüstung, namentlich bei Robert Pattai aus, weil die Regierung damit automatisch das passive Wahlrecht Luegers beschnitten hätte.¹¹³³ Er machte aber auch einen ganz wichtigen Auffassungsunterschied deutlich: Die Proteste geben einen guten Aufschluß, wie sehr einem von den

1126 Archiv des Landes Niederösterreich, Präsidialakte der niederösterreichischen Statthalterei, Zl. 7258 ad Bd. 2 – 1895.

1127 KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, S. 350.

1128 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6, S. 42.

1129 WEISS, John, Der lange Weg zum Holocaust, S. 248.

1130 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XI. Session, 430. Sitzung vom 16. November 1895, S. 21495f.

1131 Dringlichkeitsantrag des Katholischkonservativen Abgeordneten Dipauli, Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XI. Session, 430. Sitzung vom 16. November 1895, S. 21495.

1132 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XI. Session, 428. Sitzung vom 8. November 1895, S. 21387.

1133 Dringlichkeitsantrag Robert Pattais, Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XI. Session, 430. Sitzung vom 16. November 1895, S. 21499f.

„neuen Parteien“ bekämpften Kurienwahlrecht wegen seiner mangelnden Durchdringung nach unten der Stempel einer bereits verhaßten liberalen Gedankenwelt aufgedrückt worden war. Das Wahlrecht garantierte unter Bezugnahme von Steuerleistung und Vorbildung eine nicht zu durchbrechende Reihung des Großbürgertums und der akademischen Hochintelligenz vor Hausbesitz und Mittelschicht. Dieses damit implizierte wirtschaftlich ausgelegte Interesse deckte sich mit der überkommenen Auffassung der Staatsregierung, gerade der Wiener Gemeinderat wäre in erster Linie eine Wirtschaftsvertretung und keine politische Körperschaft.¹¹³⁴ Nur in diesem Lichte wird dieser Erlaß einigermaßen verständlich, macht aber auch die Entrüstung der Abgeordneten verständlicher, von der Regierung entmündigt zu werden, die einen Parteiwillen, den es für sie gar nicht zu geben habe, ignorierte.

8.4 Die Auswirkungen der politischen Sprengkraft Luegers auf die Alldeutschen

Das Tauziehen um Karl Lueger hatte signifikante innerparteiliche Verschiebungen zur Folge: Die katholisch-konservativen Reichsratsabgeordneten Dipauli und Ebenhoch traten infolge der unnachgiebigen Haltung der Regierung mit weiteren 17 Konservativen aus dem der Regierungsmehrheit angehörigen „Hohenwart-Klub“ aus und gründeten die „Katholische Volkspartei“.¹¹³⁵ Die Schere zwischen Christlichsozialen und Konservativen wurde dadurch immer kleiner.

Auch Karl Hermann Wolf gründete jetzt eine direkte Nachfolgeorganisation für den aufgelösten „Deutschen Volksverein“, aus dem bekanntlich Schönerer und sein engster Anhang wegen des christlichsozialen Bündnisses ausgetreten waren ... Nach einem Aufruf im jetzt alleinigen Parteiorgan „Ostdeutsche Rundschau“ im August 1895 und der Vorlage der Satzungen bei der Statthalterei am 12. August, die sich streng zum „Linzer Programm“ Schönerers bekannten, entstand am 21. Oktober 1895 in Anwesenheit von 70 Mitgliedern der „Verein der Deutschnationalen in Österreich“.¹¹³⁶ Alleine die Nennung des von den Schönerianern so verhaßten Staates im Vereinsnamen kam einer Standortbeschreibung zu einer versöhnlicheren Richtung gleich. Zum ersten Obmann wurde der Rechtsanwalt Schönerers, Vinzenz von Berger, gewählt.¹¹³⁷ Wolf konnte trotzdem den Bruch mit Schönerer nicht ganz verkraften und versuchte alles zu tun, um zumindest eine ideologische Trennung zu vermeiden: Er verzichtete auf eine Funktion im Vereinsvorstand und appellierte in der „Ostdeutschen Rundschau“ an den „Führer und Bahnbrecher unserer nationalen Sache“ und an den „Lehrer und unser Vorbild“, da „infolge geringfügiger Zwiespältigkeiten und Meinungsverschiedenheiten eine einst festgefügte Schar zu zerfallen droht.“¹¹³⁸ Doch

1134 KNAUER, Oswald, Der Wiener Gemeinderat von 1861–1918, In: Wiener Geschichtsblätter, Nr. 18 und Nr. 19 (Jhg. 78 und 79), 1963/64, S. 171, 298.

1135 KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, S. 351.

1136 WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, S. 95.

1137 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 291 vom 23. Oktober 1895, S. 6.

1138 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 239 vom 1. September 1895, S. 5.

der Bruch war nicht zu kitten. Dazu trug auch die sprichwörtliche Sturheit Schönerers bei, der auf die Einladung zur ersten Versammlung des Vereines am 17. Dezember 1895 nicht einmal reagierte.

Wolf betonte dort zwar erneut die Gegensätze zu Lueger und machte die Christlichsozialen für die Spaltung im radikalen Lager verantwortlich, war aber andererseits auch nicht bereit, sich gänzlich von ihnen loszusagen: „Die deutschnationale Partei hat die Aufgabe, in dem Konkursverfahren, das jetzt gegen die liberale Partei eingeleitet wird, als Hauptgläubiger aufzutreten und in den Kämpfen um das Selbstbestimmungsrecht Wiens allen anderen antisemitischen Parteien vorauszugehen. Die Provinz sieht jetzt auf Wien voller Hoffnungen, sie will aber nicht, daß der Antisemitismus Wiens dem Klerikalismus verfällt.“¹¹³⁹ Sein Wille war ungebrochen, durch eine konstruktive Mitarbeit zumindest ein wenig am christlichsozialen Kuchen mitzunaschen. Diese offenkundigen erneuten Anbiederungsversuche wollte jetzt offensichtlich Berger nicht mehr mitmachen, der empfand, den Bestrebungen Wolfs, Mittelpunkt der Partei zu werden, im Wege zu stehen, als er noch in derselben Versammlung seine Obmannstelle zurücklegte. Mit der Wahl Karl Hermann Wolfs zum neuen Obmann des „Vereines der Deutschnationalen in Österreich“, eine Funktion, die er übrigens bis zum Jahr 1920 beibehalten sollte¹¹⁴⁰, vollzog sich nun auch von seiner Seite eine erste Trennung von Georg von Schönerer.

Neben der größeren aufstrebenden deutschnationalen Steinwender-Partei, die ihre hauptsächliche Präsenz im Reichsrat hatte, gab es nun unter kräftiger Mitwirkung Luegers zwei radikale deutschnationale Splittergruppen, die sich weniger ideologisch, sondern mehr durch eine strenge personelle Abgrenzung voneinander unterschieden. Auf der einen Seite standen die Schönerianer mit ihren Führern Iro, Hauck, Dötz, Türk, Kernreuther, Stein und dem aufgerückten Kittel, während sich um Wolf und die „Ostdeutsche Rundschau“ mit Bodirsky, Paul von Pacher, Friedrich Förster und Eduard von Stransky¹¹⁴¹ eine neue Führungsriege scharte – die „bessere deutschradikale Partei“, wie Wolf bemerkte: „Der Verein betrachtet es als seine erste und heiligste Aufgabe, ... jene Grundsätze zu verfolgen, wie sie im Linzer Programm niedergelegt sind, an das wir uns im Geiste Schönerers jederzeit halten wollen ... Der Antisemitismus anderer Parteien hält keinen Vergleich mit unserer radikalen Anschauung aus. Bei uns wäre ein getaufter Jude an der Spitze eines Tagblattes unmöglich, und ebenso unmöglich, daß ein Mensch, der so viel Jüdisches in seinem Charakter hat, ein Tagblatt der Partei leiten könnte.“¹¹⁴² Mit der Anspielung auf Vergani machte Wolf wieder ein deutliches Zugeständnis an Schönerer. Was die Alldeutschen später Wolf vorwarfen, nämlich seine „Biegsamkeit“, hatte schon in dieser Phase eine gewisse Berechtigung: Er ließ sich sowohl gegenüber Schönerer als auch gegenüber den Christlichsozialen alle Wege offen, indem er sich in einer Position der Mitte an beide Seiten zugleich anlehnte.

1139 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 347 vom 18. Dezember 1895, S. 6.

1140 WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, S. 96.

1141 Ebd., S. 96.

1142 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 348 vom 19. Dezember 1895, S. 4f.

Um in dem Verwirrspiel halbwegs seine Neutralität zu bewahren, beteiligte sich Wolf auch nicht an den Wahlkämpfen für die für das Frühjahr des Jahres 1896 angesetzten Wiener Gemeinderatswahlen und „flüchtete“ vorerst nach Böhmen.¹¹⁴³ Der Grund dafür dürfte die stärkere Agitation Luegers ab dem Dezember 1895 gewesen sein, der seine Märtyrerrolle nun als Beweis präsentierte, daß die Kirchen Wiens wieder gefüllt seien.¹¹⁴⁴ Der politische Führer mutierte zum christlichen Erlöser. Ein vom Polizeipräsidenten Stejskal unterzeichneter Bericht der Polizeidirektion Wien vom 5. Dezember 1895 gab einerseits einen Stimmungsbericht vom „Lueger-Kult“ in Wien wieder, dem in „großer Dimension“ auch der weibliche Teil der Bevölkerung verfallen wäre, warnte aber zugleich vor einem Antisemitismus, der nun „in die Familien getragen“ werde und vor einer „Untergrabung der staatlichen Autorität in Kreisen, welche vom politischen Getriebe bisher fern geblieben sind.“¹¹⁴⁵

Die mit dem Namen Schönerer aufgetauchten „Kult- Kitsch- Kunst- Gegenstände“, die mit dem Einsetzen einer Massenproduktion zu billigen Preisen im Kleinbürgertum reißenden Absatz fanden und als Parallelphänomen zu jener das ganze 19. Jahrhundert überschwemmenden religiösen Kitschkunst gelten¹¹⁴⁶, übten bei den „Lueger-Fans“ einen noch größeren Anreiz aus. Sogar das Junggesellenleben des „schönen Karl“, dessen Vorname zum beliebtesten männlichen Taufnamen avancierte, fand einmal eine zölibatär-katholische Ausprägung, das andere Mal diente es dazu, die Damenwelt zu begeistern. Der Polizeibericht vom Dezember 1895 „wußte“ aber auch, woher Luegers „tatkräftigste Unterstützung“ kam: „Die Zahl der Priester ist keine geringe, die sich in den Dienst der antisemitischen Agitation gestellt haben.“¹¹⁴⁷ Gleichzeitig mit der Bekanntgabe, veranlaßt zu haben, „die Tätigkeit des Klerus einer unauffälligen Überwachung zu unterstellen“, hob Stejskal gleich einige der „leuchtendsten Beispiele“ hervor: Den „Veteranen“ des politischen Katholizismus im journalistischen Bereich, Dechant Albert Wiesinger von St. Peter, „genügsam durch seine Hetzreden bekannt“; Pfarrer Josef Deckert von Währing-Weinhaus, die „Seele der antisemitischen Agitation“; Kooperator Karl Dittrich vom 2. Bezirk; Franz Stauracz, den Spritualdirektor der „Klosterfrauen vom Guten Hirten“ im 5. Bezirk, Einsiedlergasse 1, ein späterer führender Christlichsozialer; Franz Schnabl, Landtagsabgeordneter und Kooperator zu St. Othmar im 3. Bezirk und Adam Latschka, den an der Votivkirche als Kooperator tätigen Mitbegründer der christlichsozialen Partei.¹¹⁴⁸ Für diese „Seelsorger des kleinen Mannes“ eröffnete sich dank Luegers Hilfe in den vollen Gotteshäusern ein politisches Mitspracherecht, das sie auch in die Vertretungskörper brachte.

Bei der dritten Wiener Gemeinderatswahl innerhalb von elf Monaten in der ersten Märzwoche des Jahres 1896 konnten die Christlichsozialen im ersten Wahlkörper vier Mandate dazuge-

1143 WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, S. 99.

1144 MAYER-LÖWENSCHWERDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 147.

1145 Archiv des Landes Niederösterreich, Präsidialakte der niederösterreichischen Statthalterei, Zl. 7831 ad Bd. 2 – 1895.

1146 HEER, Friedrich, Der Glaube des Adolf Hitler, S.72.

1147 Archiv des Landes Niederösterreich, Präsidialakte der niederösterreichischen Statthalterei, Zl. 7831 ad Bd. 2 – 1895.

1148 Ebd.

winnen. Auch dieser Wahlkörper zeigte jetzt eine deutliche konservative Entwicklung. Weil in den beiden anderen Wahlkörpern alles „beim Alten“ geblieben war, verfügte das christlichsoziale-deutschnationale Bündnis, das wieder unter der Bezeichnung „Vereinigte Antisemiten“ angetreten war, nun über 96 Stimmen (vorher 92) von 138. 38 Deutschnationale standen jetzt 58 Christlichsozialen gegenüber, oder besser, standen mit zusammen 96 Stimmen 42 Liberalen gegenüber.¹¹⁴⁹

Karl Hermann Wolf, der erst im Jänner 1896 mit einigen Reden in den Wahlkampf eingegriffen hatte, verhielt sich dennoch zunehmend differenzierter zu Lueger, weil er plötzlich fürchtete, daß es nicht mehr allzu lange dauern könne, bis der ganze Gemeinderat christlichsozial wäre.¹¹⁵⁰ Die schon lange zu Tage tretenden Gegensätze entzündeten sich nun an einer gemeinsamen Wahl-agitation der Katholisch-Konservativen mit den Christlichsozialen für die kommenden Landtags- und Reichsratswahlen. Die Ernennung Luegers zum Ehrenmitglied des unter geistlicher Führung stehenden „Bauernvereines des Viertels ober dem Wienerwald“ am 16. März 1896 in Amstetten brachte das Faß zum Überlaufen. Die „Ostdeutsche Rundschau“ witterte ein Bündnis mit der „Schwarzen Bruderschaft“ und Wolf beeilte sich, für den 27. März 1896 eine Versammlung in das Gasthaus „Wimberger“ einzuberufen, um alle strittigen Punkte zu klären. Von christlichsozialer Seite erschienen Lueger, Gessmann, Gregorig und Schuh und von den Deutschnationalen Karl Hermann Wolf und Paul von Pacher, der Schönerianer Hauck und die Gemeinderäte Fochler, Lehofer, Neumayer, Leitner, Tomanek und Rissaweg.¹¹⁵¹ Wolf zog sich in einer Grundsatzrede auf die eigentliche Position zurück, auf der deutschnationalen „Urheberschaft“ des Rassenantisemitismus zu bestehen, denn es habe den Anschein, „als ob eine fremde, feindliche Partei, der Klerikalismus, die Geistesfreiheit bekämpfe, den Antisemitismus für seine Zwecke benutzen wolle. Da seien es die Deutschnationalen ihrer Ehre und Würde schuldig, gegen eine solche Möglichkeit Protest einzuheben.“¹¹⁵²

Neben den „alten Eifersüchteleien“, wer wohl der bessere Judenfeind wäre und einer deutlichen Warnung Luegers an die Deutschnationalen, eine politische Vereinnahmung der Bauern ohne die Christlichsozialen nicht bewerkstelligen zu können¹¹⁵³, erhitzten sich die Gemüter alsbald an der Frage des politischen Einflusses an den Schulen, weil die Christlichsozialen im Begriff waren, der Kirche Zugeständnisse zu machen und andererseits versuchten, die deutschnational gesinnten Lehrer zu sich hinüberzuziehen.¹¹⁵⁴ Dagegen verwahrte sich Wolf auf das Entschiedenste: „Nie mehr wollen wir ein Konkordat, in keiner Form Pfaffenherrschaft, in keiner Form einen über kirchliches hinausgehenden Einfluß des Priestertums. Möge nie wieder der große Zauderer von Rom mit seiner Hand in das Schicksal unseres Volkes greifen.“¹¹⁵⁵

1149 FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 124.

1150 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 37 vom 7. Februar 1896, S. 4.

1151 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 87 vom 28. März 1896, S. 7f.

1152 Ebd.

1153 Deutsches Volksblatt vom 28. März 1896, S. 9.

1154 FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 126.

1155 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 87 vom 28. März 1896, S. 7.

In dem nun folgenden Tumult wurde Gessmann als „Jude“, Schönerer als „Pfaffenknecht“ beschimpft und Gessmann trug Wolf eine Ohrfeige an. Man ging in diesem „antisemitischen Bruderkrieg“¹¹⁵⁶ im Streit auseinander.

Interessant erscheint im Zusammenhang mit dieser nun beginnenden Feindschaft ein Kommentar Karl Iros in den „Unverfälschten Deutschen Worten“, der dieses Ereignis natürlich mit hämischer Freude begrüßte: „Bei den Schönerianern gilt nationale Grundsatztreue mehr als falsch glänzender politischer Augenblickserfolg auf rein radikal-demokratischer Grundlage, ohne jede ernst nationale Gewähr für die Zukunft.“¹¹⁵⁷ Iro verzeichnete es als Genugtuung, daß Wolf, dem man stets die Aussicht, in „Amt und Würde“ zu gelangen als Verrat an der Grundsatztreue Schönerers vorgeworfen hatte¹¹⁵⁸, gescheitert war. Bei den Schönerianern erfuhr die Ansicht eine Kräftigung, keine Koalitionen mehr auf Kosten der Ideologie und vor allem nicht mehr zugunsten der Demokratie einzugehen.

Trotz aller Differenzen stimmten die Deutschnationalen bei der Bürgermeisterwahl am 18. April 1896 dann doch wieder für Lueger. Mit der höchstmöglichen Zahl von 96 Stimmen und einer verlässlichen Zweidrittelmehrheit im Rücken – der liberale Kandidat Raimund Gröbl erhielt lediglich 42 Stimmen – gab Lueger eine Erklärung ab, seine vierte Wahl anzunehmen: „Möge es Gott gefallen, daß endlich dem Volk gegeben werde, was des Volkes ist.“¹¹⁵⁹ Für Lueger, der Bürgermeister werden „wollte und mußte“, schien nun auch der Zeitpunkt gekommen, Konzessionen an Regierung und Krone zu machen: In einer geheimen Unterredung erklärte er Badeni, er sei ein guter Patriot und werde der Regierung keine gefährliche Opposition machen. Franz Joseph selbst äußerte sich im Herbst 1897 über seinen Ministerpräsidenten: „Die schwankende Haltung in der Luegerfrage und die damals von ihm begangenen Fehler waren die Vorboten seines Mißerfolges.“¹¹⁶⁰ Der Ministerpräsident, der einsah, daß jedes weitere Hinauszögern einen ohnehin schon großen staatlichen Autoritätsverlust nach sich ziehen würde, „fiel nun um“.¹¹⁶¹ Während Badeni in dieser ersten Phase die Christlichsozialen stärkte, sollte er diesen indirekten Verdienst in der zweiten den Schönerianern erweisen. Seine Schwierigkeit bestand jetzt in erster Linie darin, den Kaiser, dem er vorher zur Verweigerung der Bestätigung geraten hatte, jetzt vom Gegenteil zu überzeugen, um sein Reformprogramm möglichst ungestört über die Bühne bringen zu können, weswegen der Eindruck seiner Niederlage entstand. Doch auch der etwas angeschlagene Monarch wollte nur Zeit gewinnen. Lueger mußte eine Erklärung abgeben, erst einmal einen Übergangszustand zu akzeptieren, um seine „Loyalität und Mäßigung“ unter Beweis zu stellen und konnte mit einer Bestätigung in absehbarer Zeit rechnen, wenn er sich einstweilen dem kaiserlichen Willen beuge, was er auch sofort tat: Er trat zurück und gab Regierungskommissär Frie-

1156 Neue Freie Presse, Nr. 11.349 vom 28. März 1896, S. 2f.

1157 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 7 vom 1. April 1896, S. 83.

1158 MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 148.

1159 Deutsches Volksblatt vom 18. April 1896, S. 2.

1160 Zitiert in: SCHNEE, Heinrich, Karl Lueger, S. 63.

1161 SCHNEE, Heinrich, Karl Lueger, S. 62.

beis seinen freiwilligen Verzicht bekannt.¹¹⁶² Das war das Ergebnis einer „allerhöchsten kaiserlichen Audienz“ vom 27. April 1896.

Sofort meldeten sich die Schönerianer aus der Versenkung zurück: „Daß sich der Mann, der das Wort ... ‚Volkswille‘ ... kaum mehr aus dem Mund bringt, in dem Maße demütigen werde, das haben wohl auch viele ‚Deutschnationale‘ nicht vermutet. Vor die Wahl gestellt, entweder dem Wunsch der Krone oder dem tausend Mal kundgegebenen Willen des Volkes zu entsprechen, hat er, der sich Volksmann nennen ließ, ... sich der Krone gefügt. Wir gratulieren Ihnen, Herrn Volksmann a. D. und das von Ihnen gefoppte Volk bedauern wir ... Sie hielten wirklich alle zum Narren“, spotteten die „Unverfälschten Deutschen Worte.“¹¹⁶³ Auch die Deutschnationalen hielten Luegers Haltung für inakzeptabel, zumal ihre Unterstützung schon längst nur mehr darin bestand, die Regierung zu schwächen. Auf einer von Wolf einberufenen Versammlung des „Vereins der Deutschnationalen in Österreich“ am 29. April 1896 stellte der Student Gottsmann folgenden Antrag: „Die ... im Wimbergersaale versammelten Deutschnationalen sprechen dem gewählten Bürgermeister der Stadt Wien ihre Mißbilligung darüber aus, daß er auf die Annahme der Wahl verzichtet und dadurch den Kampf um die Gemeindeautonomie und Volksfreiheit aufgegeben hat. Die heute versammelten Deutschnationalen fordern die deutschnationalen Gemeinderäte auf, aus dem Bürgerklub auszutreten.“¹¹⁶⁴ Während der „Mißtrauensantrag“ einstimmig angenommen wurde, lehnte Wolf den Austritt aus dem Bürgerklub ab, da über diesen Entschluß nur die Gemeinderäte selbst entscheiden könnten. In Wahrheit wollte er weiter am Ball bleiben und bei der Bürgermeisterwahl mitbestimmen.¹¹⁶⁵

Um die Krise endgültig zu bereinigen, bildete sich ein fünfgliedriges Komitee, das durch je einen Gemeinderat aus jedem Bezirk verstärkt wurde, welches dem Bürgerklub den Kandidaten für den Bürgermeisterposten vorschlagen sollte.¹¹⁶⁶ Wegen der leidigen Vizebürgermeisterfrage spalteten sich die Deutschnationalen erneut in einen gemäßigten und in einen radikalen Flügel um Wolf. Dieser sah in dem heftigen Protest, mit welchem die Deutschnationalen den bereits zum Bürgermeister vorgeschlagenen Christlichsozialen Schlesinger verhindert hatten, weil er nicht der geeignete Mann sei, „gegen die Verklerikalisierung“ aufzutreten, eine Chance, seinen Freund Paul von Pacher, der auch ein gutes Verhältnis zu Schönerer hatte, wenigstens als Zweiten Vizebürgermeister durchzusetzen.¹¹⁶⁷ Diese „Postenschacherei“ lehnte jedoch die Mehrheit des Bürgerklubs von vornherein ab, da Pacher zu sehr mit Wolf und Schönerer in Verbindung stand und sich überdies geweigert hatte, sich von den beiden öffentlich zu distanzieren.¹¹⁶⁸

1162 Archiv des Landes Niederösterreich, Präsidialakte der niederösterreichischen Statthalterei, Zl. 2921 ad Bd. 2 – 1896.

1163 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 10 vom 16. Mai 1896, S. 189f.

1164 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 120 vom 1. Mai 1896, S. 7.

1165 WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, S. 102.

1166 KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, S. 358.

1167 FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 125.

1168 Deutsches Volksblatt vom 5. Mai 1896, S. 5.

Nach heftigen Auseinandersetzungen einigte man sich darauf, daß Lueger den Bürgermeister, der ihn einstweilen zu „vertreten“ hatte, selbst bestimmen sollte. Er entschied sich für den deutschböhmischen Obmann des „Margarethener Hausherrn-Verbandes“ Josef Strobach, der sich dem christlichsozialen Flügel im antisemitischen Bürgerklub angeschlossen hatte.¹¹⁶⁹ Lueger selbst war für das Amt des Ersten Vizebürgermeisters vorgesehen. Die eigentliche Niederlage erlitt nun Wolf am 4. Mai 1896, als eine deutschnationale Fraktion den Gemäßigten Neumayer für das Amt des Zweiten Vizebürgermeisters vorschlug, was auch der Bürgerklub akzeptierte. Neumayer gab dazu folgende Erklärung ab, „daß die zerstörenden Bestrebungen der Herren Wolf und Schönerer der antisemitischen und deutschnationalen Bewegung schädlich seien, daß er daher dieselben verurteile und mit den genannten Personen nichts gemein habe“¹¹⁷⁰ und trat aus dem „Verein der Deutschnationalen in Österreich“ aus.¹¹⁷¹ Die gemäßigten Deutschnationalen, die eingesehen hatten, daß eine Wahl Pachters wegen der Unterstützung von nur 20 radikalen Abgeordneten von vornherein aussichtslos war, schlossen sich nach und nach der „Distanzierungserklärung“ Neumayers an. Am 22. Mai 1896 wurden mit jeweils 95 Stimmen Lueger zum Ersten und Neumayer zum Zweiten Vizebürgermeister gewählt. In seiner Antrittsrede betonte Neumayer das Deutschtum und die deutschvölkische Erziehung der Jugend als Schutz vor jüdischem Einfluß, worauf ihn Friebeis ohne Widerrede vereidigte.¹¹⁷²

Mit der bereits am 6. Mai 1896 erfolgten Wahl von Josef Strobach zum Bürgermeister von Wien, der die Stimmen der noch einmal vereinten Deutschnationalen und Christlichsozialen für sich in Anspruch nahm, hatte die Reichshauptstadt die erste christlichsoziale, aber auch antisemitische, rechtmäßige gesetzliche Vertretung in Europa. Als die Antisemiten den Liberalen 6 von den 22 Stadtratsposten mit der Auflage anboten, keine Juden aufzustellen, lehnten diese ab.¹¹⁷³

Bei einer großen Festversammlung im Musikvereinssaal am 12. Mai 1896, von der die radikalen Deutschnationalen schon ausgeschlossen waren, erklärte Lueger das „große persönliche Opfer, das der Kaiser von ihm verlangt“ hätte, trennte sich aber auch wie „auftragsgemäß“ von Schönerer und Wolf: „Hoch die Deutschnationalen, aber nieder mit den Stänkerern und Friedensstörern!“¹¹⁷⁴, womit der Bruch mit Wolf nun endgültig war. Sofort ging Lueger auch daran, seinen Antisemitismus zu mäßigen und auch hier Bereitschaft zu zeigen: Als er den bisherigen Magistratsdirektor Tachan, den Sohn eines polnischen Juden, an die Spitze der gesamten Wiener Stadtverwaltung stellte, erklärte Paul von Pacher am 25. Juli 1896 in einem offenen Brief in der „Ostdeutschen Rundschau“, daß er hiermit aus dem Wiener Gemeinderat austrete und sein Mandat niederlege, weil er „in Ausübung seines Amtes auf den Rassenantisemitismus nicht verzichten“ könne.¹¹⁷⁵

1169 KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, S. 358.

1170 Archiv des Landes Niederösterreich, Präsidialakte der niederösterreichischen Statthalterei, Zl. 3102 ad Bd. 2 – 1896.

1171 FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 130.

1172 KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, S. 359.

1173 Ebd., S. 360.

1174 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 132 vom 13. Mai 1896, S. 4.

1175 Ostdeutsche Rundschau vom 26. Juli 1896, S. 4.

Am 19. Oktober 1896 verließen elf weitere deutschnationale Gemeinderäte den Bürgerklub, „weil es mit einer wahrhaft deutschnationalen Gesinnung unvereinbar ist, mit den Christlichsozialen länger ein und demselben Clubverbande anzugehören, ... (und weil) die von den Christlichsozialen verfolgten Zwecke mit den nationalen Forderungen des deutschen Volkes längst nicht in Einklang zu bringen sind.“¹¹⁷⁶ In dem Augenblick des Sieges Luegers in Wien war auch das Bündnis der „Vereinigten Christen“ zerbrochen. Die letzten deutschnationalen Reste, die betonten, daß ihre Forderungen im Bürgerklub genauso erfüllt würden, schluckte Lueger.¹¹⁷⁷ Elf radikale Deutschnationale gründeten nun die Gemeinderatsfraktion der „Deutschnationalen Vereinigung“.¹¹⁷⁸ Wenn auch Eduard Pichl die naheliegende Vermutung äußerte, die Regierung hätte diese Spaltung der Deutschnationalen zur Bedingung für die Bestätigung Luegers gemacht¹¹⁷⁹, so konnte dies allerdings nie nachgewiesen werden.¹¹⁸⁰

Es bleibt jedoch die Tatsache, daß der Taktiker Lueger nach seiner Wahl die Radikalnationalen, die unter der Losung „gegen den Klerikalismus“ in schärfste Opposition zu ihm gegangen waren, nicht mehr benötigte.¹¹⁸¹ So erklärte er auch, er werde die elf Gemeinderäte veranlassen, ihre Ämter niederzulegen, da sie sich an ihre Versprechen zu halten hätten, nämlich bei einem Ausscheiden aus dem Bürgerklub auch den Gemeinderat zu verlassen. Die Fraktion stellte dies zwar entschieden in Abrede, lenkte aber dann doch im Sinne einer Zusammenarbeit ein, um ein einigendes Vorgehen der antiliberalen Parteien, besonders in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten, zu fördern.¹¹⁸² In der Folge änderte Lueger am 28. März 1900 das Wiener Gemeindewahlrecht grundsätzlich, wobei er vor allem die Geistlichen in den 2. Wahlkörper, bisher eine nationale Domäne, hinaufstufte, was hauptsächlich die Radikalen zu spüren bekamen, denn die „Deutschnationale Vereinigung“ verschwand bald wieder aus dem Wiener Gemeinderat. Wien war mit dem Jahre 1900 mit 131 von 154 Sitzen zum Monopol der Christlichsozialen geworden. Nur mehr im ersten, zweiten und neunten Bezirk, die einen höheren jüdischen Bevölkerungsanteil aufzuweisen hatten, wurden überhaupt noch liberale Abgeordnete gewählt.¹¹⁸³

Nachdem Bürgermeister Strobach am 31. März 1897 auftragsgemäß sein Amt niedergelegt hatte, wählten die Christlichsozialen und Deutschnationalen und ein Teil der Radikalen, die anfänglich für eine Stimmenthaltung eingetreten waren, Lueger am 8. April mit 93 von 132 gültigen

1176 Deutsches Volksblatt vom 21. Oktober 1896, S. 1f.

1177 PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus, S. 163.

1178 Es waren dies der Stadtrat Johann Hipp und die Gemeinderäte Michael Gruber, Eduard Pollak, Julius Rader, Johann Sauerborn, Paul Tomanek, Leopold Schrabauer, Josef Rissaweg, Karl Fochler, Alois Wieder und Josef Migl, der aber noch 1896 sein Mandat niederlegte. KNAUER, Oswald, Der Wiener Gemeinderat von 1861–1918, S. 366f.

1179 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 51.

1180 MOLISCH, Paul, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich, S. 184.

1181 Ebd., S. 185.

1182 FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 134.

1183 WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, S. 104.

Stimmen das fünfte Mal zum Wiener Bürgermeister. Diesmal erfolgte am 16. April die kaiserliche Bestätigung und am 20. April 1897, dem 8. Geburtstag Adolf Hitlers, die Amtseinführung Luegers.¹¹⁸⁴

Der Lueger-Biograph Karl Kuppe schrieb über die endgültige Abspaltung eines Teiles des noch zur Mitarbeit bereiten radikalen Lagers als „letztem Reinigungsprozeß der Vereinigten Christen“.¹¹⁸⁵ In Wirklichkeit stecken viel größere Weichenstellungen dahinter: Das große antisemitische Bündnis aller bürgerlichen Parteien, das Lueger im Kampf gegen den Liberalismus verwirklicht und schließlich auch zu einer Annäherung der Christlichsozialen an die gemäßigten Deutschnationalen geführt hatte, sollte auch in der Ersten Republik überleben. Dort wird der große gemeinsame Gegner die das liberale Erbe verkörpernde „verjudete Sozialdemokratie“ sein. Lueger hat es auf der anderen Seite nicht zustande gebracht, das radikale Lager zu vernichten oder es gänzlich aufzusaugen. Zwar war Schönerer politisch entmachtet und geschlagen, doch der zwischen zwei Stühlen sitzende Karl Hermann Wolf sollte letztlich zum „Heilsbringer“ werden.

Vorerst konnte Wolf jedoch seine Niederlage, die ihm Lueger zugefügt hatte, nicht verkraften, woraus eine erbitterte Feindschaft resultierte, die bis zum Tode des Wiener Bürgermeisters im Jahre 1910 andauerte.¹¹⁸⁶ Wolf machte dadurch in dieser wichtigen Phase jede politische Annäherung an die Christlichsozialen unmöglich. Das radikale Lager verstand sich im Gegenteil nach der fast völligen Verdrängung der Liberalen als nun einziger Bewahrer des antiklerikalen Erbes, weswegen es nicht verwunderlich erscheint, daß es im Jahre 1898 sogar zu einer kurzfristigen liberalen Zusammenarbeit im Wiener Gemeinderat kam.¹¹⁸⁷ Andererseits ergaben sich aufgrund dieser antiklerikalen Rolle wichtige Weichenstellungen für die „Los von Rom-Bewegung“ und für den Kampf gegen den „Internationalismus“, worunter die Radikalen den Katholizismus, das Judentum, die Sozialdemokratie und den Kommunismus verstanden. Wolf, der stets bestrebt war, wieder ein gutes Einvernehmen mit Schönerer herzustellen, sodaß es nicht unwahrscheinlich, wenn auch nicht beweisbar ist, daß Schönerer in der „Causa Lueger“ zumindest einige Fäden gezogen hatte, hielt im März 1896 eine Klärungsrede, in der er seine Politik als großen Fehler darstellte. Er wechselte wieder zu den Alldeutschen. In diesem Lager waren die Konsequenzen aus seiner Niederlage schnell gezogen: Einerseits ein noch stärkeres Festhalten am „treutrotzigen Starrsinn“ einer kleinen Kaderpartei, andererseits eine noch viel weitreichendere Schlußfolgerung, die sich später eine alldeutsche Arbeiterfraktion nach Franz Stein auf ihre Fahnen heften sollte. Die Erkenntnis, mit bürgerlichen Parteien nicht mehr zusammenzuarbeiten.

Nicht mehr eingehender betont muß die Bedeutung des Sieges Luegers für das gesamte antisemitische Lager werden. Einer ungezügelter antisemitischen Agitation standen keine Hindernisse mehr im Wege, denn nach der liberalen Niederlage häuften sich auch die tätlichen Angriffe auf Ju-

1184 SCHNEE, Heinrich, Karl Lueger, S. 63.

1185 KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, S. 360.

1186 WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, S. 104.

1187 Ebd.

den. Rassisten aller Nationen, auch Stoecker, pilgerten nach Wien und kehrten neiderfüllt und beflügelt wieder zurück.¹¹⁸⁸ Friedrich Heer bezeichnete Lueger als den „ersten charismatischen Volksführer in Zentraleuropa“.¹¹⁸⁹ Wenn Peter Pulzer schrieb, „wenige Parteien sind so eindeutig das Werk eines einzigen Mannes gewesen, eines der geschicktesten und volkstümlichsten Männer im Kaiserreich“¹¹⁹⁰, so spielte er genau auf den Mann an, der daraus seine Lehren zog, Adolf Hitler, der stets zwischen dem Theoretiker Schönerer und dem Praktiker Lueger unterschieden hatte.¹¹⁹¹ Noch vor allen „Ideengebern“ sollte entscheidend werden, daß der Jugendliche während seiner Wien-Jahre die Lueger-Euphorie besonders anläßlich seines Todes 1910 miterlebte.

Aber auch für Teile des Judentums ergaben sich durch die Wahl Luegers zum Bürgermeister weitreichende Konsequenzen: Wie wenn er für viele sprechen würde, erklärte Sigmund Freud, im Jahre 1895 habe er zum ersten Mal in den grauenvollen Abgrund des Unbewußten geblickt.¹¹⁹² Und den Literaturredakteur der „Neuen Freien Presse“, der während seiner Jahre in Paris 1895 den Hochverratsprozeß gegen Alfred Dreyfus mit all seinen antisemitischen Ausfällen geschockt mitverfolgt hatte, da er diese in einem klassischen Land der Freiheit und der Geburtsstätte der Emanzipation für unmöglich gehalten hatte, brachten nach seiner Rückkehr nach Wien die Tumulte um Lueger zur endgültigen Überzeugung, daß die Juden die Assimilation weder anstreben könnten noch sollten, weil der Antisemitismus weit davon entfernt wäre, ein bloßes Relikt aus dem Mittelalter zu sein.¹¹⁹³ Theodor Herzl veröffentlichte 1896 sein Werk „Der Judenstaat“, in dem er den Ruf Nathan Birnbaums nach einem Staat, der ausschließlich den Juden vorbehalten sein sollte, wiederholte.

8.5 Die „Deutsche Volkspartei“

Bestanden überhaupt noch Anknüpfungspunkte zwischen Georg von Schönerer und dem mittlerweile gefestigten gemäßigten deutschnationalen Lager unter der Führung Otto Steinwenders? Die „zweite nationale Partei“ hatte schon vor dem Zerbrehen des Koalitionsministeriums Windischgrätz an der Schulfrage von Cilli eine Annäherung an die liberale „Vereinigte Deutsche Linke“ versucht, als Steinwender im Reichsrat von der „Mehrheit des Deutschen Volkes in Österreich“ sprach, „die sich von der Koalition etwas erhofft (hatte) ... und wir dürfen uns (daher) mit der Mehrheit unseres Volkes nicht in Widerspruch setzen.“¹¹⁹⁴ Diese Haltung entfernte ihn natürlich meilenweit von Schönerer.

1188 WEISS, John, *Der lange Weg zum Holocaust*, S. 249.

1189 HEER, Friedrich, *Der Glaube des Adolf Hitler*, S. 77.

1190 PULZER, Peter, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus*, S. 165.

1191 HITLER, Adolf, *Mein Kampf*, S. 107f.

1192 WEISS, John, *Der lange Weg zum Holocaust*, S. 249.

1193 PAULEY, Bruce, *Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus*, S. 92f.

1194 Zitiert in: MOLISCH, Paul, *Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich*, S. 169.

Der Streit um die Schulfrage von Cilli zog eine tiefgreifende Veränderung der politischen Landschaft zumindest Deutschösterreichs nach langen Jahren einer scheinbaren Stabilität nach sich. Nach dem weiteren Zerfall der noch immer im Reichsrat stimmenstärksten altliberalen „Deutschen Linken“, sollte eine Vertrauensmännerversammlung der „Nationalpartei“ am 7. Juli 1895 in Wien einen entscheidenden „Schritt zur Vertiefung und Erweiterung ihrer Organisation“ bringen, wobei man unter „Erweiterung“ eine Öffnung der Partei für stärker national fühlende, bisherige liberale Anhänger der Linken, verstand.¹¹⁹⁵ Nach Ansicht des späteren Führers des „Verfassungstreuen Großgrundbesitzes“, Joseph Maria Baernreither, beging die „Vereinigte Deutsche Linke“ dabei einen schweren Fehler. Anstatt einen ihrem Namen angemessenen Linksruck vorzunehmen, um ein Abdriften zu Steinwender zu verhindern und damit zugleich einen rechten, konservativen Flügel des deutschen Großgrundbesitzes abzuschneiden, ließ sie die Zerreißung in der Mitte geschehen, womit sie, infolge ihrer Zerfahrenheit durch die beiden Richtungen gezähmt, den Rückhalt bei ihrer Wählerschaft verlor.¹¹⁹⁶ Während das antiliberaler Lager diese Partei vernichten wollte, ging Steinwender von ideologischen Gemeinsamkeiten aus und trachtete danach, die „Vereinigte Deutsche Linke“ möglichst auszuhöhlen, indem er ihre „besseren Elemente“ zu sich hinüberzog. Weil dies aber auch Lueger versuchte, beschloß ein engerer Ausschluß, bestehend aus Steinwender, Bareuther, Derschatta und Beurle, eine Zusammenarbeit aller nationalen Mitglieder in den deutschen Parteien, um sie in einer großen „Deutschen Volkspartei“ zu vereinen. So war auch geplant, sowohl auf Reichsrats- als auch auf Landtagsebene gemeinsame deutschnationale Kandidaten aufzustellen.

Als nicht ganz geglückter Probestein der Partei, die bisher einen stärkeren Rückhalt nur in den Alpenländern, hauptsächlich in Kärnten und der Steiermark aufzuweisen hatte, diente die rasch gegründete „Deutsche Volkspartei für Böhmen“. Sie stand unter der Leitung Ernst Bareuthers, nicht zu verwechseln mit dem oben genannten Parteiführer des „Verfassungstreuen Großgrundbesitzes“ Joseph Maria Baernreither. Bareuther entwarf ein speziell für Böhmen ausgearbeitetes Programm für die für November 1895 ausgeschriebenen Landtagswahlen, in dem besonders die Forderung nach der nationalen Zweiteilung des Landes auffällt, weil sie einen weiteren Hauptunterschied zu Schönerer markierte, der eine Zweiteilung stets mit der Begründung verworfen hatte, daß Böhmen als vormaliges deutsches „Bundesland“ ungeteilt zum Deutschen Reich gehöre. Schönerer blieb jedoch bei seinen Vorstellungen höchst indifferent, hätte dieses Modell doch eine zwangsweise „Eindeutschung“ oder Vertreibung der Tschechen vorgesehen, worüber er sich nie ganz im Klaren war. Auch Karl Hermann Wolf ging mit diesem „Einheitsgedanken Böhmens“ Schönerers nicht immer konform.¹¹⁹⁷

1195 MOLISCH, Paul, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich, S. 174.

1196 BAERNREITHER, Joseph Maria, Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen. Fragmente eines politischen Tagebuches, herausgegeben von Oskar Mitis, Wien 1939, S. 10.

1197 MOLISCH, Paul, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich, S. 177.

Am 7. Juni 1896 gaben die gemäßigten Deutschnationalen die Gründung der „Deutschen Volkspartei“ als nationale, freiheitliche und sozialreformerische Gesamtpartei bekannt.¹¹⁹⁸ Für die nähere Programmgestaltung hielten sie eine weitere Vertrauensmännerkonferenz unter dem Vorsitz Bareuthers ab. Obwohl das neue Programm der „Deutschen Volkspartei“¹¹⁹⁹ weitestgehend die Forderungen des „Linzer Programms“ übernahm, war es doch an einigen Stellen „weicher“ formuliert. So gingen die unter Punkt 1 zusammengefaßten „Forderungen in nationaler Beziehung“, wie die Aufrechterhaltung und Befestigung des Bündnisses mit dem Deutschen Reich; der Schutz des Deutschtums in Österreich durch Gesetzgebung und Verwaltung, aber auch durch Selbsthilfe; die Festlegung der deutschen Sprache als Staatssprache; die Beseitigung des slawischen Übergewichts und die Sonderstellung Galiziens mit diesem noch ziemlich konform. Die „Judenfrage“ war jedoch schon weniger leidenschaftlich antisemitisch formuliert: Entgegen dem von Schönerer eigenmächtig eingefügten Punkt 12 des „Linzer Programms“ öffnete sich mit der Forderung nach einer „Befreiung von den nachteiligen Einflüssen des Judentums“ gleichsam ein Hintertürchen, auch wenn dieses mit der „dringenden Maßnahme“ eines Einwanderungsstops aus Rußland und Polen verbunden war. Auch das Verhältnis zu Ungarn sollte anders gestaltetes werden, als sich dies Schönerer gewünscht hatte. Statt einer Personalunion mahnte das Programm lediglich ein, die Ausgleichsverhandlungen transparenter und gerechter zu gestalten.

In „freiheitlicher Beziehung“ forderte Punkt 2 eine Verbesserung der Grundrechte, aber auch die „Bekämpfung der moralischen Fäulnis der Presse“. Eine weitere Hauptforderung betraf die Durchführung einer Wahlreform, die das Wahlmännersystem beseitigen und die direkte Wahl in den Landgemeinden bringen sollte. Was hier unter einer „gerechten Verteilung der politischen Rechte“ verstanden wurde, daher ein gleicher Anteil aller Stammesgenossen, hatte Schönerer stets verworfen, war er doch stets für ein Wahlrecht eingetreten, welches helfen sollte, eine deutsche Mehrheit zu sichern. Das Programm betonte weiters den ausdrücklichen Gegensatz zur „klerikalen Partei“, was so nicht weiter verwunderlich gewesen wäre, interessanterweise jedoch nur dann, wenn „die Religion in den Dienst von Parteizwecken gestellt wird“, sonst „verwirft (die Deutsche Volkspartei) den Kampf gegen die Religion“. Diese Formulierung war wiederum sehr mäßigend, aber genauso verschwommen. Unter diesem Punkt erfolgte später die Begründung für die Ablehnung der „Los von Rom-Bewegung“ Schönerers. Doch segelte die Partei mit ihrer dezidierten Ablehnung des Kampfes gegen die Religion einen eigenartigen Mittelkurs zwischen den Polen Antiklerikalismus und politischem Katholizismus.¹²⁰⁰ Man konnte aber andererseits nur einen Kampf gegen die Religion verwerfen, wenn man das Judentum nicht als Religionsgemeinschaft ansah.

Der umfangreiche „sozial und volkswirtschaftliche“ Katalog des Punktes 3, der in seinem Grundgedanken mit dem „Linzer Programm“ übereinstimmte, umfaßte die „Erholung und Hebung des Mittelstandes“, womit der Schutz der Bauern und des Gewerbes vor dem „Establish-

1198 BERCHTOLD, Klaus (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, S. 205.

1199 Abgedruckt in: BERCHTOLD, Klaus (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, S. 205f.

1200 MOLISCH, Paul, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich, Jena 1926, S. 179f.

ment“ gemeint war. Der Schutz der Arbeiter wurde eigenartigerweise als Mittel gefordert, um sie der sozialdemokratischen Agitation zu entziehen. Der Zusatz der nationalen Zweiteilung, den noch das Programm für Böhmen angeführt hatte, fehlte hier bereits, was Paul Molisch auf die Geringschätzung Steinwenders dieser Frage gegenüber zurückführte. Seiner Meinung nach drehte sich die damalige Tagespolitik zu sehr um den nationalen Kampf, weswegen sie Steinwender zu Sozial- und Wirtschaftsthemen zurückführen wollte.¹²⁰¹ Hier befanden sich die Reibungspunkte der herannahenden Badeni-Krise.

Karl Hermann Wolf war angesichts dieses Programms schwankend geworden, war doch eine große nationale Partei immer sein Ziel gewesen. Seine eigenen Forderungen nach einer Zurückdrängung jeglichen klerikalen Einflusses und eine scharfe antisemitische Ausrichtung dürften für ihn zumindest teilweise erfüllt gewesen sein, als er das Programm der „Deutschen Volkspartei“ im Juni 1896 in seiner „Ostdeutschen Rundschau“ veröffentlichte. Carl Beurle bestürmte ihn daraufhin, seinen „Verein der Deutschnationalen in Österreich“ der neuen Partei anzuschließen¹²⁰², was aber wahrscheinlich mit Rücksicht auf Schönerer unterblieb. Trotzdem war die Annäherung Wolfs an Steinwender so stark, daß ihn die „Deutsche Volkspartei für Böhmen“ als Wahlwerber für den böhmischen Landtag in Hohenelbe-Langenau-Arnau aufstellte, wo er aber seinem Gegenkandidaten mit einem katastrophalen Ergebnis unterlag.¹²⁰³

Wenn diese Landtagswahl auch im November 1895 stattfand, daher noch vor der Klärung des Verhältnisses Schönerers zu Wolf, der ja nur wenig später den „Fehler“ der Zusammenarbeit mit Lueger eingestand, zeigt auch diese Annäherung an Steinwender die attestierte „Unverlässlichkeit“ Wolfs: Schönerer verweigerte vehement, das Programm der „Deutschen Volkspartei“ als ein nationales anzuerkennen und schickte die von Beurle und Bareuther an ihn adressierte Beitrittserklärung wütend zurück, womit er neuerlich „Überläufer“ zu beklagen hatte. Er mußte jedoch sich und seiner Bewegung gegenüber eingestehen, daß er binnen kürzester Zeit in Wien und Niederösterreich, vor allem aber auch in seinem Heimatbezirk, dem Waldviertel, fast alle Sympathien verloren hatte. Die nun folgende „Bestandsaufnahme“ soll Aufschluß darüber geben, in welchen Gruppierungen er im Jahre 1896 überhaupt noch Anhänger bzw. Wähler rekrutieren konnte.

8.6 Der Anhang Schönerers im Jahre 1896

Die ständigen Spaltungen der Partei, die nicht mehr vorhandene Verbindung zum Reichsrat nach dem Verlust der politischen Rechte Schönerers, die mangelnde Bereitschaft, sich seinem Gehorsam unterzuordnen und auch ein zunehmender Generationskonflikt zwischen einer sich ständig erneuernden jungen Garde und den „Alten Herren“ machten die deutschnationalen Burschenschaften letztlich zu einem „instabilen Faktor“. Gerade einmal 182 aktive Burschenschafter sollen 1893 noch

¹²⁰¹ Ebd., S. 180.

¹²⁰² WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, S. 95.

¹²⁰³ Ebd., S. 113.

treu zu Schönerer gestanden sein. Ein Polizeibericht vom Februar 1894 vermerkte den schwindenden Einfluß radikaler Studenten in Wien, Krems und Tulln. Im Sommer 1893 wurde Karl Iro von Studenten niedergeschrien, die den Namen Schönerer mit „Pereat-Rufen“ begleiteten.¹²⁰⁴

Diese Entwicklung führte wie auf Parteiebene zu einer weiteren Radikalisierung der „Übriggebliebenen“ und zu diskriminierenden Abgrenzungen unter dem Motto der „Reinheit“. Mit dem Parteizerfall schritt auch die abnehmende Bereitschaft der „Vereine Deutscher Studenten“ einher, mit Schönerer zusammenzuarbeiten. Als Ergebnis des siegreich gebliebenen Einflusses Julius Sylvesters trat die Burschenschaft Teutonia in den L. D. C. ein und änderte ihre radikale nationale Ausrichtung. Die Reaktion war vorhersehbar: Georg von Schönerer legte das „Ehrenbuchenband“ „seiner“ Teutonia zurück und trat mit seinen Anhängern zur Innsbrucker Germania über.¹²⁰⁵ Irgendwie schien die Bastion Wien verloren.

Fast zeitgleich mit Schönerers Rücktritt vom „Deutschen Volksverein“ zerfiel nach dem sechsten Waidhofer Verbandstag vom 2.–3. Juni 1895 gleich der ganze Verband. Nur mehr die Cruia, Gothia, Normannia, Rabenstein, Taurischer und Ostschlesier – ganze sechs Vereine – standen noch hinter ihrem „Führer“. ¹²⁰⁶ Auf ihrer Suche, aus der Not einer Tugend zu machen, um allen „Nichtgesinnten“ den Eintritt in den geschlossenen „exklusiven“ Kreis verwehren zu können, kamen Schönerer erneut zwei Entwicklungen entgegen, an die er sich klammern konnte:

Die Inauguration des liberalen Rektors der Universität Wien, Anton Menger, am 24. Oktober 1895 wurde überschattet von heftigen Schlägereien zwischen nationalen und katholischen Studenten, die erst ein gewaltsames Ende fanden, als man sich gegenseitig über die Universitätsrampe warf. Beflügelt vom Aufstieg der Christlichsozialen hatten die katholischen Studentenverbindungen „Austria“ und „Norica“, dessen Sprecher damals der spätere Redakteur der „Reichspost“ Friedrich Funder war, vom akademischen Senat eine Gleichstellung mit den nationalen Verbindungen gefordert, welche auch das Recht einbezog, Schläger zu tragen, ohne zu kämpfen.¹²⁰⁷ Bereits diese erste Auseinandersetzung schuf neben der Gründung der „Deutsch-akademischen Lese und Redehalle“ am 29. April 1895, die den Rassenstandpunkt verwarf und gegenüber dem Judentum den Beitritt von der Konfession abhängig machte, eine unüberbrückbare Kluft zu den alldeutschen Studenten.

Zum fixen Bestandteil der jüdischen Selbstverteidigung gehörte auch die Gründung jüdisch-nationaler Vereine. Um „der arischen Jugend auf dem Fechtboden entgegentreten zu können“, schuf der jüdische Studentenverein „Kadimah“ 1893 eine „Lese und Redehalle jüdischer Studenten auf wehrhafter Grundlage“. 1894 entstanden mit der „Unitas“ und der „Ivria“ zwei weitere, der entstehenden zionistischen Bewegung gegenüber sehr aufgeschlossene Vereine.¹²⁰⁸ So erschien die

1204 CARSTEN, F. L., Faschismus in Österreich, S. 22.

1205 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 446.

1206 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 14 vom 16. Juli 1896, S. 7.

1207 KNOLL, Kurt, Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia, S. 453.

1208 HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich, S. 54.

„Kadimah“ am 22. Februar 1896 mit Kappe und Band in der Wiener Universitätsaula, was natürlich zu allererst die deutschnationalen Verbindungen reizte, aber auch die katholischen wegen des neuen „Konkurrenten“ zu Unmutsäußerungen veranlaßte. Als die jüdisch-nationalen Vereine begannen, Säbelmensuren zu provozieren und dabei mit ihren Forderungen höchst erfolgreich blieben, erschien am 1. März 1896 in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ der Artikel eines Inaktiven der Innsbrucker Burschenschaft Germania, deren Mitglieder nun die vertrautesten Anhänger Schönerers wurden.¹²⁰⁹ Der Medizinstudent Florian Albrecht wollte mit diesem Beitrag die schon lange diskutierte „Genugtuungsfrage“ neu aufrollen: „Es ist eine Wesensart des Ariertums, ... durch Einsatz seines Lebens mit der Waffe Genugtuung zu geben ... Der Jude ... folge nicht nach Geistesart dieser Rasse einem inneren Bedürfnis, sondern ... einem gesellschaftlichen Zwang, um sich in der Gesellschaft behaupten zu können. Während ... vor allem für den Deutschen ... der Zweikanpf eine nordische Handlung ist, tief begründet ... in den volklichen Anschauungen, ... wird er beim Juden zu einer konventionellen Lüge, da ihm das psychologische Verständnis dafür fehlt, ihm diese unsere Volkssitte unverständlich ist ... Dem Juden Genugtuung geben, heißt einer gesellschaftlichen Lüge Vorschub leisten, ... ihm ein Mittel in die Hand geben, ... damit er sich auf dem akademischen Boden ... oder durch die bessere Gesellschaft durchdrängen kann, was vom nordischen Standpunkt verwerflich ist ... Die gesamte deutsche Geistesgeschichte ergibt den Beweis, wie tief ... der deutsche Volksbrauch des Zweikampfes im Volkscharakter wurzle ... In der jüdischen Geistesgeschichte ist keine Spur davon. Wie kommt nun der Jude, der doch ganz anders geartet ist dazu, diese Volkssitte, die fast allen arischen Völkern gemein ist, der semitischen Rasse aber zu allen Zeiten fremd war, für sich in Anspruch zu nehmen. Dies sollte endlich den Anstoß geben, diesem argen Mißbrauch ein Ende zu machen!“¹²¹⁰

„Man muß jede Gemeinschaft mit Juden meiden. Einen Juden kann man nicht beleidigen, ein Jude kann daher auch keine Genugtuung für erlittene Beleidigungen verlangen“¹²¹¹, schrieb der Jude Arthur Schnitzler in seinen Erinnerungen in sichtlicher Anspielung auf den Artikel Albrechts.

Vom reinen Vorurteil, das zum Ausschluß von Juden aus studentischen Korporationen überging, entwickelte sich binnen 16 Jahren, bis zum Jahre 1896, gewissermaßen in einer „dritten Periode“ zumindest bei den Burschenschaften und völkischen Vereinen ein radikaler Rassenantisemitismus. Es dauerte nicht lange, bis sich das Duellverbot mit Juden von den Korporationen auch auf das Reserveoffizierskorps erstreckte, dem in der Mehrzahl Studenten angehörten. Das zentrale Prinzip lautete: „Der Jude ist der Ehre bar!“¹²¹², womit man die Schädigung des sozialen Ansehens bezweckte.

1209 SCHEUER, Oskar, Franz, Burschenschaft und Judenfrage, S. 49.

1210 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 5 vom 1. März 1896, S. 52ff. Vgl. Sonderabdruck aus der Nr. 7 der Unverfälschten Deutschen Worte vom 1. April 1896, „Ist der Jude satisfaktionsfähig“ und Flugblatt vom Februar 1923, „Dem Juden keine ritterliche Genugtuung“, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 10 (Studenten).

1211 SCHNITZLER, Arthur, Jugend in Wien, München 1971, S. 138.

1212 HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich, S. 57, FN 380.

Wofür es bei den reichsdeutschen Burschenschaften keinerlei Parallele gibt – „diese Form des Antisemitismus, der vollends aller burschenschaftlichen Überlieferung Hohn sprach, blieb den österreichischen Burschenschaften vorbehalten“, meinte etwa der Chronist der studentischen Bewegungen, Oskar Franz Scheuer, im Jahre 1927¹²¹³ – wurde in Österreich zum Kitt eines zerfallenden Korporationswesens: Als Florian Albrecht am 7. März 1896 zu einer Vertretersitzung der deutschnationalen Studentenschaft unter seinem Vorsitz lud, um in der Genugtuungsfrage zu einer schnellen Entscheidung zu kommen, erschienen die Vertreter der Vereine und des Linzer Delegierten Convents in trauter Brüderlichkeit. Die Vereine stimmten sofort mit dem Hinweis auf Vorverhandlungen für die Waidhofener Verbandstagungen einer „Lösung“ zu. Die L. D. C. Vertreter hatten noch leise Vorbehalte. Sie gaben in einer Erklärung die Ansicht zum Ausdruck, daß eine vollständige gesellschaftliche Ablösung des Judentums zwar ein Gebot nationaler Selbsthilfe sei, aber dennoch einer reiflichen Aussprache bedürfe.¹²¹⁴ Dieser „Gesinnungswandel“ zeigte sich neben der Burschenschaft Libertas vor allem bei der Burschenschaft Silesia, die bekanntlich mit den „Alten Herren“ Steinwender und Beurle Vertreter eines gemäßigten Antisemitismus in ihren Reihen hatten und auch noch etliche jüdische „Alte Herren“ aufweisen konnten. Die Mehrheit begrüßte eine Entscheidung in der Genugtuungsfrage, weil „nicht in der Feigheit der Juden liegt der Grund, sondern daß man eine unsere nationale Existenz und die germanische Moral gefährdende Rasse isolieren müsse.“¹²¹⁵ Als es dann doch zu keinem abschließenden Ergebnis kam, vertagte man sich auf den 11. März 1896. An diesem Tag gelang es den Delegierten der Burschenschaften Silesia und Libertas, der Verbindung Vandalia und zahlreicher Vereine,¹²¹⁶ folgenden Antrag zum Beschluß zu erheben: „In vollster Würdigung der Tatsache, daß zwischen Deutschen und Ariern ein so tiefer moralischer und physischer Unterschied besteht, daß durch jüdisches Unwesen unsere Eigenart schon so viel gelitten hat, in Anbetracht der vielen Beweise, die auch der jüdische Student von seiner Ehrlosigkeit und Charakterlosigkeit gegeben und da er der Ehre nach deutschen Begriffen völlig bar ist, faßt die heutige Versammlung deutscher wehrhafter Studentenverbindungen den Beschluß: Dem Juden auf keine Waffe mehr Genugtuung zu geben, da er deren unwürdig ist.“¹²¹⁷ Weil der „Waidhofener Verband“ seit Jahren unermüdlich mit dieser Frage beschäftigt war, erhielt dieser Beschluß den Namen „Waidhofener Prinzip“. Bis Ende Mai 1896 gaben alle konservativen Burschenschaften des L. D. C. bis auf die Albia und Olympia ihre Zustimmungserklärung ab.¹²¹⁸ Nur die Prager Verbindungen lehnten diese unumstößliche Erklärung ab und nahmen damit maßgebenden Einfluß auf die Kartellverbindungen. Die Prager

1213 SCHEUER, Oskar, Franz, Burschenschaft und Judenfrage, S. 49.

1214 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

1215 Zitiert In: SCHEICHL, Paul Sigurd, Nuancen in der Sprache der Judenfeinde, In: BOTZ, Gerhard / Ivar OXAAL, Michael POLLACK (Hrsg.), Eine zerstörte Kultur, S. 150.

1216 AMICITIA, CAMPIA, CHERUSCIA, EISEN, GERMANIA, GOTHIA, HERCYNIA, NORDMÄHRER, NORMANNIA, OPPAVIA, OSTMARK, OSTSCHLESIER, PHILADELPHIA, RABENSTEIN, SALZBURGER und TUROLD.

1217 Abgedruckt In: Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 7 vom 1. April 1896, S. 77f.

1218 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

„Alemannia“ führte „sogar“ noch ungetaufte Juden als Aktive.¹²¹⁹ Nicht alle Burschenschaften standen dabei geschlossen auf rassenantisemitischer Grundlage, für viele war das „Waidhofener Prinzip“ ein bequemer Vorwand, um sich „ohne Ehrverlust“ vor unangenehmen Waffengängen zu befreien, wie dies in zeitgenössischen Quellen immer wieder hervorgehoben wurde.

Das „Waidhofener Prinzip“ lähmte und verhinderte letztendlich, wofür österreichische Burschenschafter seit dem Jahre 1848 gekämpft hatten. Trotz engerer Beziehungen sollte es in den kommenden Jahren wegen des Rassenstandpunktes der radikalen Vereine keiner studentischen Korporation gelingen, in einen reichsdeutschen Verband aufgenommen zu werden.¹²²⁰ Eine vollkommen andere, gemäßigte reichsdeutsche Entwicklung war dafür ausschlaggebend. So mußten sich einige österreichische Burschenschafter, die im Reich für das „Waidhofener Prinzip“ Werbung machen wollten, den Vorwurf der Ungerechtigkeit gefallen lassen: „Es entspricht nur der Gerechtigkeit, ausdrücklich anzuerkennen, daß denjenigen jüdischen Studenten, die früher farbentragenden Verbindungen an reichsdeutschen Hochschulen angehört haben, der Vorwurf der Feigheit auf Mensur nicht gemacht werden kann“¹²²¹, entgegneten die „Burschenschaftlichen Blätter“ und das zweite wichtige Organ des reichsdeutschen Verbindungswesens, die „Akademischen Monatshefte“ bezeichnete die österreichischen Delegierten als „professionelle Judenhetzer“ (!).¹²²²

Die Wiener liberale Presse, allen voran die Neue Freie Presse“ und die „Wiener Allgemeine Zeitung“, die die alideutschen Publikationen stets negiert hatten, verurteilten das „Waidhofener Prinzip“ auf das schärfste. Zum ersten Mal meldeten sich sozialdemokratische Studenten mit ihrem jungen Wortführer Karl Renner zu Wort und verlangten Schutz für die jüdische Bevölkerung. Nach einem Protest der zionistischen Körperschaften Kadimah, Ivria und Unitas beim Rektor der Universität Wien, dem eine erst durch eine Polizeiaktion aufgelöste Schlacht in der Aula mit den Deutschnationalen vorausgegangen war, folgte die Ladung der „Rädelsführer“ für den 20. März 1896. Der akademische Senat beschloß drakonische Strafen, wie den Entzug aller Vergünstigungen und Stipendiate. Florian Albrecht wurde wegen seines Vorsitzes auf der Vertretertagung mit der Begründung der Störung der akademischen Ruhe und Ordnung für immer von der Wiener Universität relegiert. Eine spontane Spendensammlung für die „deutschnationalen Märtyrer“, die der plötzlich auftauchende Georg von Schönerer gemeinsam mit der „Germania“ organisierte, half dem nun überall als „Lausbub Schönerers“ bekannten Albrecht, in Prag weiterstudieren.¹²²³

Mehrere Beschwerdebriefe und Denkschriften der alideutschen Studentenschaft¹²²⁴ veranlaßte auch die Regierung nach einer Intervention des Rektors zum Handeln: Am 7. Mai 1896 wurden

1219 SCHEICHL, Paul Sigurd, Nuancen in der Sprache der Judenfeinde, In: BOTZ, Gerhard / Ivar OXAAL, Michael POLLACK (Hrg.), Eine zerstörte Kultur, S. 150.

1220 SCHEUER, Oskar Franz, Burschenschaft und Judenfrage, S. 51.

1221 Zitiert In: SCHEUER, Oskar Franz, Burschenschaft und Judenfrage, S. 51.

1222 Zitiert In: SCHEUER, Oskar Franz, Burschenschaft und Judenfrage, S. 51.

1223 Zahlreiche Spendenaufrufe, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

1224 Sammlung der in der Redaktion eingelangten Beschwerdebriefe, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

all jene Vereine und Verbindungen, die für das „Waidhofener Prinzip“ gestimmt hatten, wegen Verletzung der akademischen Disziplinarvorschriften und der Überschreitung des Wirkungskreises ihrer Statuten behördlich aufgelöst. Wie immer in solchen Fällen waren jedoch sofort die Reserveverbindungen zur Stelle, sodaß bis Ende des Jahres 1896 alle wieder ihre behördlichen Genehmigungen hatten.¹²²⁵ Daß der Gegenwind für kurze Zeit wieder heftiger blies, mußte auch der Vereinsstudent der Gothia, Karl Ernst Osthaus, feststellen: Eine von ihm mitunterzeichnete Denkschrift¹²²⁶, in der er die ungarischen Milleniumsfeiern als „magyarisch-jüdische Reklamefeiern“ verspottete, machte ihn zum ersten Studenten seit der Revolution 1848, der Österreich aus politischen Gründen verlassen mußte.

Sofort folgte auf die Aktion der Regierung die schon bekannte Reaktion der Studenten: Schneller als sonst ließen sich langwierig verhandelte Streitpunkte überwinden, sodaß der „Waidhofener Verband“ bereits am 8. November 1896 in Wiener Neustadt unter unbedingter Annahme des gleichnamigen Prinzips neu gegründet wurde. Zwar scheiterte am 8. Jänner 1897 auf dem von Albrecht einberufenem¹²²⁷ „Ersten Deutschen Studententag“¹²²⁸ die Vereinigung des W.V. mit dem L. D. C. Die gemeinsame Erklärung, in der die Versammelten einen Numerus clausus für jüdische Studenten und die Lösung von allen kirchlichen Einflüssen forderten, war jedoch richtungsweisend für die „Sturmzeit“ der nächsten Jahre.¹²²⁹ Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Studenten längst nicht mehr bereit waren, sich dem Gehorsam Schönerers zu unterwerfen, sie ihn aber weiter mit ihren flankierenden Maßnahmen politisch künstlich am Leben erhielten. Die „studentische Macht“ blieb auch auf Österreich beschränkt.

Es gab genügend Gründe wie die oben angeführten, österreichische Burschenschaften und Vereine nicht in einen reichsdeutschen Verband aufzunehmen, wie auch der Ausschluß der Turner aus der „Deutschen Turnerschaft“ wegen ihres rassenantisemitischen Standpunktes und die Gründung des „Deutschen Turnerbundes“ im Jahre 1889 diesen Bestrebungen einen Riegel vorgeschoben hatten. Georg von Schönerers eigenes Verlangen nach einem starken Widerhall im Deutschen Reich unterblieb aber ebenfalls bis auf einige Kundgebungen anläßlich seiner Verurteilung im Jahre 1888 und mehrerer Reden, die er in Norddeutschland nach seiner Freilassung hielt. Mit dem katholischen Bayern gab es überhaupt keine Anknüpfungspunkte.

Bitter enttäuscht schrieb Schönerer von „Opfern, die beim Bruder nicht gewürdigt werden“, von Alleingelassensein, Verständnislosigkeit, Gleichgültigkeit wegen der Kolonien und des Flot-

1225 Flugschrift, „Die Auflösung der konservativen Burschenschaft Germania“, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

1226 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

1227 Zusammen mit Karl Freiherrn von HEYN (Graz), Karl GOLD (Leoben), Paul GÖTTLICHER (Prag) und Moritz von STATZER. ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

1228 Erster Deutscher Studententag, vom 7. bis 9. Jänner 1897, Sonderberatungen über Fachreformen in einzelnen Lokalen nach Fakultäten getrennt; gemeinsame Beratungen am 8. Jänner 1897 über eine Hochschulreform, Abschlußkommers am 9. Jänner 1897, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

1229 Berichte über den Ersten Deutschen Studententag, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10 (Studenten).

tenbauprogramms und von Ablehnung. Als er 1893 forderte, daß im Deutschen Reichstag wenigstens einmal der bedrängten Deutschen in Österreich gedacht werden sollte, kam von keinem einzigen Abgeordneten eine Zustimmungserklärung, worauf er es auch künftig ablehnte, im Reich Vorträge zu halten. Nur bei einem „Norddeutschen Jugendbund Schönerer“ fand er für seine Anliegen einigermaßen Verständnis.¹²³⁰

Während Schönerers Bekanntheitsgrad in Deutschland allgemein verblaßte, exportierte Lueger, der ihn auch in diesem Revier zu überflügeln schien, seine Propagandatätigkeit nach Deutschland und trat als Redner in Berlin, Hamburg, München und anderen Städten auf.¹²³¹

In „Mein Kampf“ hat Adolf Hitler diese „Kränkungen“ Schönerers aufgegriffen: „Die alte Ostmark des Reiches ... war auf sich selbst gestellt, (die) jahrhundertlang das Reich erst gegen Osten beschirmte, um endlich im zermürbenden Kleinkrieg die deutsche Sprachgrenze zu halten, in einer Zeit, da das Reich sich wohl für Kolonien interessierte, aber nicht für das eigene Fleisch und Blut vor seinen Toren.“¹²³²

Gar nicht zum besten stand es 1896 für die Schönerianer, was ihren Anhang unter den Arbeitern und Bauern betraf: Mit seinem gutsherrlich – patriarchalischem Auftreten war Schönerer zeit seines Lebens ein Mann „vom Land“ geblieben. Doch all seine Wohltaten, die sich mit zahlreichen Gründungen von „Turner-Feuerwehren“¹²³³ im Waldviertel und den daraus resultierenden Ehrenmitgliedschaften einer begeisterten Anhängerschaft zu Buche schlugen und all seine Erfolge im 1881 gegründeten „Oberösterreichischen Bauernverein“ unter dem Schlagwort „weder liberal noch klerikal“, waren in dem Augenblick dahin, als Karl Lueger mit den „Christlich-sozialen Bauernbünden“ eine Massenorganisation schuf, die sich als „antiliberal, aber klerikal“ verstanden und zu einer eng mit dem Katholizismus verwurzelten Bauernschaft besser zu passen schienen. So war Schönerer auch mit dem 1894 gegründeten „Bund Deutscher Landwirte in der Ostmark“, dem sich landesweit nur circa 700 Bauern anschlossen, kein großer Erfolg beschieden.¹²³⁴

Einzig in den von der Gegenreformation ausgespart gebliebenen Gebieten, in denen der Protestantismus überlebt hatte, im Waldviertel mit seine Zentren Zwettl, Krems und Horn, fanden sich noch treue „Schönerer-Gläubige“. Dort hatte er seine Stammwähler, die er zumindest bis 1888 nicht nur mit dem Alldeutschtum, sondern auch mit vielbeachteten Vorträgen über landwirtschaftliche Probleme begeisterte. Diese Gebiete sollten später zu den Einfallspforten des Nationalsozialismus in die Bauernschaft werden.

Schönerer selbst hatte einmal erklärt, „meine Partei besteht vor allem aus Studenten und Bauern“.¹²³⁵ In der Bilanz des Jahres 1896, vor den für seine Bewegung so wichtigen Ereignissen, wa-

1230 MAYER-LÖWENSCHWERDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 145.

1231 HEER, Friedrich, Der Glaube des Adolf Hitler, S. 79.

1232 HITLER, Adolf, Mein Kampf, S. 9.

1233 TRISCHLER, Franz, Georg von Schönerer. Eine österreichische Tragödie, S. 22.

1234 WHITESIDE, Andrew, Georg Ritter von Schönerer, S. 138.

1235 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. IV, S. 421.

ren ihm diese beiden Rekrutierungsfelder, genauso wie 1888 das Kleinbürgertum, bereits abhandeln gekommen.

Als die „Unverfälschten Deutschen Worte“ 1885 einen Wahlaufuf mit der Bitte um Unterstützungserklärungen veröffentlichte, die mit Namen und Berufen versehen sein sollten, gingen 3260 Antworten ein. Landwirtschaftliche Berufe, Akademiker mit einem hohen Lehreranteil, Beamte, Fabrikanten und Kaufleute waren die am häufigsten genannten Professionen. Nur etwa 15% gaben ein Handwerk an, viele davon waren jedoch Meister und Selbständige. Am auffälligsten ist jedoch, daß sich trotz zunehmender Industrialisierung kein einziger Industriearbeiter auf dieser Liste befand!

Neun Jahre später bot sich dasselbe Bild. Ein Bericht der Wiener Polizeidirektion an das Innenministerium aus dem Jahr 1894 erwähnte den geringen Erfolg der Partei unter der Arbeiterschaft. Versammlungen in den Arbeiterbezirken seien schlecht besucht und die Redner wären selber keine Arbeiter.¹²³⁶ Was Bruce Pauley als die „Schwäche des deutschen Messias“ bezeichnete¹²³⁷, den mangelnden Einfluß, den Schönerer auf die Arbeiter ausüben konnte, läßt sich anhand einiger Beispiele ergründen:

Diese Schwäche lag in erster Linie an seiner Persönlichkeit selbst. Als Mitglied des „Beamtenadels“, der in Kreisen des Hochadels keinerlei Beachtung fand, sah er sich trotz seines bürgerlichen Lebenszuschnitts in einer Partei, die aus Beamten, Akademikern, Geschäftsleuten und Handwerkern – eben aus Bürgern – bestand, als jemand „Besserer“. Sein herrisches, patriarchalisches Wesen findet hier zumindest eine teilweise Erklärung und wird noch zusätzlich durch den Schock, der mit dem Verlust des Adelsprädikats auch seine politische „Lähmung“ hervorrief, zusätzlich unterstrichen. Auch wenn er die Arbeiter oft als „ebenbürtige Brüder“ bezeichnete, konnte Georg von Schönerer, der schon aus einem Minderwertigkeitskomplex einen sozialen Abstand zu seinen Parteigenossen empfand, diesen Abstand noch viel weniger überwinden. Daß er nicht „unter ihnen aufgewachsen“ war, „nicht mit ihnen gelebt hatte“ bezeichnete sein Biograph Erwin Mayer-Löwenschwerdt 1938 im Vergleich zu einem anderen Arbeiterführer als „den“ Fehler Schönerers.¹²³⁸ Der hier angesprochene Adolf Hitler war nach „unten“ gefallen und gerade weil er in der bürgerlichen Gesellschaft keine Aufnahme finden konnte und von ihr nicht beachtet wurde, wandte er sich, mit demselben Minderwertigkeitskomplex wie Schönerer behaftet, der sozialen Schicht „darunter“ zu, um sie als „Bürgerlicher“ zu beherrschen. Auch die NSDAP blieb jedoch eine Kleinbürgerpartei.

In „Mein Kampf“ sparte Hitler nicht mit Kritik an Schönerer, wenn er ihm eine „unklare Vorstellung der Bedeutung des sozialen Problems“¹²³⁹ vorwarf, weil er eben seine Leistungen an der Arbeiterschaft maß, die gegenüber Lueger auch ziemlich dürftig ausfielen: „Indem sich Schöne-

1236 CARSTEN, F. L., Faschismus in Österreich, S. 30.

1237 PAULEY, Bruce, Der Weg in den Nationalsozialismus, S. 33.

1238 MAYER-LÖWENSCHWERDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 64.

1239 HITLER, Adolf, Mein Kampf, S. 110.

rer und sein Anhang in erster Linie an die bürgerlichen Schichten wandten, konnte das Ergebnis nur ein sehr schwächliches, zahmes sein.“

Mißt man die Bedeutung von Schönerers Reformplänen, die es ja zweifellos gab, so läßt sich, abgesehen von seinem Versäumnis, mangels eines allgemeinen Wahlrechts, lange nicht mit den Arbeitern als politische Kraft gerechnet zu haben, ein klares Defizit ausmachen. Bereits seine von der Studentenschaft geprägten politischen Anfänge, die eine Allianz mit den Arbeitern des Jahres 1848 mystifizierten, was später im Sozialteil des „Linzer Programms“ mit der Handschrift Adlers einen beachtlichen Niederschlag fand, beweisen einen bemerkenswerten Abstand Schönerers zu den Arbeitern. Überhaupt fand sein soziales Engagement dort eine Grenze, wo er in seinem „Bismarck-Fanatismus“ mit dem Reichskanzler auf einer nationalen Basis stehen wollte. „Geben sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist, sichern sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern sie ihm Versorgung, wenn er alt ist.“¹²⁴⁰ Dieses Zitat seines Vorbildes aus dem Jahr 1884 wurde zu Schönerers Strategie, um „oben“ – im Reichsrat – für Reformen zu kämpfen, um „jedem im Staat ein menschenwürdiges Dasein zu gewähren“. Die zweite „untere“ Grenze lag dort, wo er seine Anträge mit der Befürchtung um seine eigene soziale Stellung verband, wobei er stets darauf bedacht war, daß „kein Liebäugeln mit der Sozialdemokratie“ daraus abzuleiten wäre.¹²⁴¹ Mit einer Arbeiterschaft, die um Anerkennung und Gleichheit kämpfte, konnte es daher auch gar keine Berührungspunkte geben.

Wenn auch nicht klerikal, waren sie nach seinem Geschmack auch nicht national. Daß es um ihr Überleben als Menschen ging, sah Schönerer nicht. Diese Einstellung zog sich durch sein gesamtes politisches Leben und wurde bereits im „Österreichischen Reformverein“ entscheidend geprägt, weswegen sein am 20. März 1882 in „Drehers Bierhalle“ abgegebenes Statement an dieser Stelle noch einmal wiederholt werden soll: „Ich trete für das Recht ein und nicht für die Arbeiter, von denen mich eine Kluft trennt, nämlich daß diese niemals ihre Nationalität betonen“.¹²⁴² So deutlich hatte er es nie wieder ausgesprochen. Gerade in diesem Punkt blieb Schönerer mit seiner Furcht vor den ungebildeten, das Privateigentum gefährdenden Arbeiterhorden den Traditionen des österreichischen Liberalismus vielleicht am meisten verhaftet. In einer „sozialen Reform auf nationaler Grundlage“ lag seine instinktmäßige Grenze, die es ihm verbat, weiter nach unten auszuholen. Für Schönerer bedeutete dieses Schlagwort doch eine beachtliche Distanz zu den Arbeitern, eine Berührungsangst vor etwas Schmutzigem.

Nur dort, wo es um ein „nationales Überleben“ ging, im Nationalitätenkampf zwischen Tschechen und Deutschen im hoch industrialisierten Nordböhmen, schien die alldeutsche Saat auch unter den Arbeitern aufgehen. Es war aber nicht Schönerer selbst, sondern ein junger Arbeiter – auch er kein Industriearbeiter – der ihn von dieser „Mission“ überzeugte, der bereits erwähnte Franz Stein. Beide, Stein und der Deutschböhme Karl Hermann Wolf, der zum entscheidenden

1240 Zitiert In: WHITESIDE, Andrew, Austrian National Socialism before 1918, S. 61.

1241 STEIN, Franz, Der Rufer der Ostmark, S. 15.

1242 Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 741 vom 21. März 1882, S. 6.

Mitorganisator wurde, gaben nun die geographische Richtung an. Wie unbedarft Schönerer selbst in der Arbeiterfrage war, beweist allein die Tatsache, daß er ganz gegen sein sonstiges herrisches und unduldsames Wesen, seinen Mitkämpfern dieses Feld ohne jeglichen Widerstand überließ. Es bleibt eine gewisse Ironie, daß der von Lueger auf allen Feldern geschlagene Schönerer seine ganzen Hoffnungen auf eine soziale Gruppierung setzte, die ihm bisher keinerlei Anhänger beschert hatte. Franz Stein hielt fest, daß er 1897 nach Eger übersiedelte, um dort „den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen“.¹²⁴³ Er verschwieg dabei, daß dies längst zu einer politischen Überlebensmaßnahme geworden war. Vor allem Schönerer hatten seine Mißerfolge dazu bewogen, mit 55 Jahren neu zu beginnen – einfach weil er nichts mehr zu verlieren hatte.

Bereits das erste Auftreten des am 29. Juli 1893 gegründeten „Deutschnationalen Arbeiterbundes in Wien“ am 17. November 1893, dem Jahrestag der 1881 von Bismarck verfaßten und von Kaiser Wilhelm I. an den Deutschen Reichstag gerichteten sozialen Botschaft, verriet die Ungewißheit des „böhmischen Abenteuers“. Auf dem „Linzer Programm“ fußend und an Schönerers Führerschaft gekettet, galt als einzige klar definierte Stoßrichtung das Vorgehen gegen die „verjudete internationale Sozialdemokratie“ – weil man hinter ihr das Judentum und den „Internationalismus“ vermutete.

Exakt ein Jahr später, nach einer Zeitspanne der Mißerfolge, hatte sich eine für die kommenden Ereignisse bedeutungsvolle Erkenntnis durchgesetzt, die Karl Iro am 16. November 1894 erstmals formulierte: „(Die Alldeutschen) soll sehen, daß es noch Arbeiter gibt, die ihrem deutschen Volke die Treue halten. Gesinnungsgenossen, zeigt dem volksbewußten Proletariat, daß der deutsche Mittelstand Schulter an Schulter mit den national fühlenden Enterbten unseres Volkes kämpfen will für das Recht auf Arbeit und eine deutsche Sozialreform überhaupt.“¹²⁴⁴ Indem man dem Arbeiter eine verjudete Sozialdemokratie vor Augen hielte, konnte er auch für den Antisemitismus gewonnen und zugleich auf ein nationales Gleis gestellt werden. Von „unten“ sollte jetzt auch nichts mehr kommen, die Arbeiterschaft sollte mit dem „nationalisierten“ Mittelstand, mit dem Kleinbürgertum verbunden werden! Es begann die Suche nach einer Lücke zwischen Liberalismus und Sozialismus!

Franz Stein, der am 17. September 1894 die Obmannschaft von Hans Aichinger im „Deutschnationalen Arbeiterbund in Wien“ übernommen hatte, stand damals genauso auf einer „auf deutschnationaler Grundlage sich aufbauenden Sozialreform“, die er als das „unvergängliche Verdienst Schönerers“ ansah.¹²⁴⁵ Bald mußte aber auch Stein deutlich werden, daß mit einem auf Wien konzentrierten „Arbeiterbund“, der bei seiner größten Kundgebung nicht einmal 2000 Menschen in seinen Bann ziehen konnte und einem „mühsam dahinwelkenden Arbeiterblättchen“¹²⁴⁶, wie dem „Hammer“ gegen die Christlichsozialen und Sozialdemokraten nichts zu gewinnen war, wenn er sich nicht von den Fesseln Schönerers lösen würde.

1243 STEIN, Franz, *Der Rufer der Ostmark*, S. 18.

1244 Zitiert in: PICHL, Eduard, *Georg von Schönerer*, Bd. IV, S. 247.

1245 Zitiert in: PICHL, Eduard, *Georg von Schönerer*, Bd. IV, S. 247.

1246 MAYER-LÖWENSCHWERTDT, Erwin, *Schönerer, der Vorkämpfer*, S. 141.

Einen bedeutenden „Lichtblick“ dürfte Stein während seiner Bemühungen, einen Anknüpfungspunkt im Deutschen Reich zu finden, aber doch gehabt haben, als er 1895 in Eisenach auf einer Tagung der deutschen Jugendbünde des „Wartburgbundes“ vom Reich aller Deutschen sprach, um die Deutschen Österreichs vor Slawentum, Judentum und Klerikalismus zu retten¹²⁴⁷ und dort die nötige Anerkennung bekam. Diese Jugendbünde, die sich erst 1896 zu einer lockeren, wenn auch nicht sehr erfolgreichen Vereinigung zusammenschlossen, hatten die nationale Erziehung deutscher Jungproletarier zum Ziel, um sie für den völkischen Kampf zu schulen, indem Nationales und Soziales eine enge Verbindung fanden.¹²⁴⁸

Ein Ausweichen nach Nordböhmen wegen der christlichsozialen Erfolge schien auch aufgrund zweier Tatsachen eine logische Konsequenz zu sein: Böhmen galt aufgrund seiner (Religions) Geschichte als eine für den politischen Katholizismus uneinnehmbare Festung – Luegers „langer Arm“ würde dort nicht hinreichen. Zweitens war man nach dem Scheitern Wolfs, die Arbeiter an sich zu binden, nicht mehr von einer Allianz der Arbeiter mit dem Bürgertum überzeugt.

Weiters dürfte es für Schönerer verlockend gewesen sein, einen Antisemitismus in möglichst reiner Form zu erhalten, um ihn nicht mit der antisemitischen christlichsozialen Arbeiterbewegung teilen zu müssen. Wie der den Schönerianern äußerst schlecht gesinnte Deutschnationale Armand von Dumreicher fürchtete Stein im „Antisemitismus die Vorfrucht zum politischen Katholizismus“¹²⁴⁹, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Was in Dumreicher eine Mäßigung hervorrief, überzeugte Stein vom Rassenantisemitismus.

Als Georg von Schönerer am 1. August 1896 auf der Fahrt zu den alljährlich von ihm besuchten „Bayreuther Festspielen“ nach Eger kam, organisierten seine Gesinnungsgenossen um die Aufsichtsräte Stein und Iro im „Bund der Germanen“, „in dem die völkische Arbeit noch funktionierte“, eine spontane Kundgebung für ihn. Derart „überzeugt“, versprach Schönerer, der seit seiner Verurteilung im Jahre 1888 dem hohen Haus ferngeblieben war, was er ein Jahr später als seinen „genialsten Einfall“ bezeichnen sollte, nämlich seine politische Tätigkeit nach Böhmen zu verlegen und für die Reichsratswahl 1897 erneut zu kandidieren: „Die Kugel ist aus dem Lauf, möge sie ihr Ziel in den Kreisen unserer Bedränger erreichen.“¹²⁵⁰

1247 TICHY, Herbert, Franz Stein. Ein großdeutscher Kämpfer, S. 5.

1248 MAYER-LÖWENSCHWERDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 144.

1249 Zitiert In: SCHEUER, Oskar, Franz, Burschenschaft und Judenfrage, S. 49.

1250 Zitiert In: MAYER-LÖWENSCHWERDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 150.

III. Teil: „1897“

„Ich habe in meiner 30jährigen politischen Tätigkeit keinen ernsteren Augenblick gekannt als diese Zeit ... Eine Natur wie die meine (kennt) nichts anderes als im Dienste des Volkes auf das Ziel schnurstracks loszumarschieren, ohne Rücksicht darauf, wieviel hinter mir nachgehen. Bahnbrecher sein können nur einzelne. Nicht die große Masse hat Geschichte gemacht, nur einzelne Männer ... Mit Hintansetzung aller Rücksicht für mich und meine Familie werde ich im Kampfe für meines Volkes Rechte stehen und, wenn es sein muß, in Ehren fallen ... Sieg oder Niederlage, ein drittes kann es nicht geben.“

(Georg von Schönerer am 24. Oktober 1897 auf der Antonienhöhe in Böhmen vor Ausbruch der schweren Unruhen im Wiener Reichsrat)

1. Die Sprachenverordnungen Kasimir Graf Badenis

Als der polnische Graf Kasimir Badeni (1846–1909) aus italienischem Geschlecht, Nachkomme jenes Mailänder Söldnerführers, der 1518 die Prinzessin Bonaventura Sforza zu ihrem Ehemann, König Sigismund I., nach Polen geleitet hatte, am 30. September 1895 sein Amt als österreichischer Ministerpräsident antrat, war es für viele leicht auszurechnen, warum der Kaiser gerade auf ihn zurückgegriffen hatte. Ein Statthalter aus dem Kronland Galizien, wo der parlamentarische Gedanke noch am wenigsten Fuß gefaßt hatte,¹²⁵¹ mußte auch einem Monarchen, dem stets einiges an einem autoritativen nichtparlamentarischen Regiment gelegen war, zusagen. Zumal Badeni der Ruf vorauselte, mit „eiserner Hand“ zupacken zu können, um zwei vordringliche Aufgaben zu erfüllen: Jene Wahlreform durchzuführen, an der Taaffe und Windischgrätz gescheitert waren, von der sich der Hof ein Eindämmen des Nationalismus erwartete und – was noch mehr zählte – ein positives Verhältnis zu den Tschechen herzustellen.¹²⁵² Franz Joseph signalisierte mit dieser Bestellung ganz deutlich, daß es für ihn um den Zusammenhalt des Reiches ging: Badeni sollte zur Erfüllung dieser immer schwieriger durchzusetzenden Aufgaben notfalls auch mit Gewalt gegen ein Dreinreden der Parteien regieren und dabei wie ein Dompteur in die Zirkusmanege der Parteien, genannt Reichsrat, eindringen, wo der Nationalitätenkampf mit dem Auftreten extremer Elemente erst entstanden sei.

Badeni begann am 22. Oktober 1895 mit einer hochtrabenden Rede vor dem Reichsrat, dem er seine aus vier polnischen und sechs adeligen deutschösterreichischen Bürokraten gebildete Regierung, die wenig bis gar keinem Rückhalt im liberalen und noch weniger im nationalen Lager hatte, wie eine „autoritäre Junta“ vorführte. Er stellte dabei fest, daß seine Regierung über den Parteien stehe und „wir zu führen und nicht uns führen zu lassen gedenken ... Gegenüber den Parteien in diesem hohen Haus steht die Regierung vollkommen frei da und gedenkt es auch weiter so zu bleiben“.¹²⁵³ Badeni sollte jedoch in mehrfacher Hinsicht zum „Geführten“ werden: Gemessen an seiner Ankündigung, in seiner Funktion als Ministerpräsident und Innenminister ein Übergewicht der Exekutive gegenüber der Legislative zu schaffen, mit der er die eigentliche Machtprobe mit dem Reichsrat begann, blieb er eine berechenbare Lokalgröße, dem die unterschwellig politischen Kräfte und Faktoren wie seinem Herren unbekannt blieben. Langwierige

1251 KLEINWAECHTER, Friedrich, Der Untergang der österreichisch-ungarischen Monarchie, Leipzig 1920, S. 127.

1252 MAYR-HARTING, Anton, Der Untergang. Österreich-Ungarn 1848–1922, Wien 1988, S. 428.

1253 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XI. Session, 420. Sitzung vom 22. Oktober 1895, S. 20119.

Erklärungen fand dieser auch gegenüber einem Befehlsempfänger, seinem „Statthalter“, der als Pole nur zwischen Deutschen und Tschechen möglichst ausgleichend wirken sollte, nicht für notwendig. „Es ist immer von Übel, wenn ein aktiver Staatsmann und Politiker erst allmählich das Milieu kennen lernen muß“, beschrieb der Tscheche Josef Penfžek die von Anfang an heikle Situation.¹²⁵⁴ Hinzu kamen charakterliche Schwächen – eine „Mischung aus Energie und Naivität und eine gewisse Unstetigkeit“, nannte sie sein Zeitgenosse Richard Charmatz¹²⁵⁵ –, die bei der Ernennung Luegers deutlich zu Tage traten und sich schlecht mit seinem andererseits stark ausgeprägten „jugendlichen Sanguinismus“¹²⁵⁶ vertrugen, der ihn letztlich zu der Verstiegtheit veranlaßte, gleich einen „böhmischen Ausgleich“ zu bewerkstelligen.

Für die dazu zwangsläufig notwendige stabile Achse zwischen Tschechen und Deutschen tat sich vor Badeni die gesamte Unsitte des österreichischen „feudalen“ Parteienlebens auf, eines Nehmens und Gebens, welches die „nicht vorhandene politische Kultur einer Kulturnation“ mit den Mängeln der Dezemberverfassung so entscheidend prägte: Es war ein ungeschriebenes Gesetz geworden, daß auch ein noch so gegen das Parlament und die politischen Parteien regierendes Ministerium zumindest eine solide Majorität brauchte, um sich seine Beschlüsse absegnen zu lassen. Jedes Kabinett mußte daher Stimmen der Parteien kaufen, wobei es nicht darauf ankam, daß die so entstandenen Koalitionen auch politisch zueinander paßten – das war bei den so geschlossenen orientalischen Ehen auch nicht weiter notwendig, da sich im Gegensatz zu diesen bei nächster Gelegenheit auch sofort wieder ein neuer Partner anbot. Im immer komplizierter werdenden Vielvölkerstaat Österreich waren die dafür notwendigen Zahlungsmittel aber Zugeständnisse an die Nationalitäten – Nationalitäten, die meist von einer Partei repräsentiert wurden. Diesen „Tandemarkt“, damals ein geflügeltes Wort, verglich Friedrich Kleinwächter mit der Situation, als „wollte man einen katholischen und einen evangelischen Geistlichen für einen Ausgleich ihrer religiösen Weltanschauung durch eine gemeinsame Einladung zu einem opulenten Diner gewinnen“.¹²⁵⁷

Die erste vom Kaiser gestellte Aufgabe, die bereits mehrere Kabinette verschlissen hatte, bewältigte der Ministerpräsident in einer ersten Phase der „Energie“ fast spielend. Seine am 15. Februar 1896 im Reichsrat eingebrachte Wahlrechtsreformvorlage konnte dieser bereits am 14. Juni gleichen Jahres sanktionieren. Badenis Begründung, die Regierung tue diesen Schritt nur, „um eine Beschränkung aufzuheben, die als ungelöste Frage unser politisches Leben beeinflusst, ... aber nicht, um die Ungestüme der radikalen Parteien und noch radikaleren Parteiführer zu befriedigen“¹²⁵⁸, offenbarte jedoch einen weiteren Zug, den er als „Bewahrer“ mit seinem Chef teilte, nämlich seine Verachtung für alles von unten Kommende, Ungezügelter, Unbequeme. In

1254 PENFŽEK, Josef, *Aus bewegten Zeiten. 1895 bis 1905*, Wien 1906, S. 35.

1255 CHARMATZ, Richard, *Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907*, Bd. II, *Der Kampf der Nationen*, Leipzig 1909, S. 100.

1256 PENFŽEK, Josef, *Aus bewegten Zeiten. 1895 bis 1905*, S. 36.

1257 KLEINWÄCHTER, Friedrich, *Der Untergang der österreichisch-ungarischen Monarchie*, S. 67.

1258 *Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates*, XI. Session, 450. Sitzung vom 15. Februar 1896, S. 2256ff.

seiner erwähnten Antrittsrede im Oktober 1895 hatte er es zu seiner Pflicht erklärt, gegen jene Kreise anzukämpfen, die auf die Vernichtung oder Umwälzung der Gesellschaftsordnung hinarbeiten würden.¹²⁵⁹

Wenn auch das neue Wahlrecht „eine neue Frisur aus einem alten Zopf“ war, weil es das Kurien-system mit all seine Privilegien aufrechterhielt, war es „besser als gar nichts“. In der neu geschaffenen, 72 Mandate umfassenden fünften Kurie, war jeder 24 Jahre alte männliche Staatsbürger, der wenigstens sechs Monate in seinem Wahlbezirk wohnte, wahlberechtigt, wenn dies die Wähler der übrigen Kurien auch in dieser fünften Kurie waren. Zum Großgrundbesitz, der durch 85 Abgeordnete vertreten war, zu den 118 Sitzen der Städtewähler, den 129 der privilegierten Landgemeinden und den 21 der Handels- und Gewerbekammern, kamen nun die 72 Volksmandate, sodaß das Abgeordnetenhaus hinsichtlich der Reichsratswahl des Jahres 1897 zukünftig 425 Abgeordnete umfassen sollte.

Während überall in Europa der Trend zum gleichen Wahlrecht ging, mußten auch die Privilegierten schmerzlich einsehen, daß sie ein wenig von ihren Privilegien zugunsten eines sozialen Friedens aufzugeben hatten. Radikale, wie Karl Hermann Wolf, der am 16. Februar 1896 in der „Ostdeutschen Rundschau“ schrieb, „Als eine Abschlagszahlung nehmen wir den Entwurf an, wie er ist“,¹²⁶⁰ rechneten im übrigen damit, daß mit der allgemeinen Kurie der Beginn einer Beseitigung der anderen gemacht wäre.¹²⁶¹ Ihre Auffassung, ein zu erwartender Linksruck täte auch ihren nationalen Bestrebungen ganz gut, traf sich wiederum mit jener des Liberalen Max Menger, der für die Vorlage eintrat, weil die neuen, endlich vom Volk gewählten Abgeordneten „für freiheitliche Institutionen gegen reaktionäre Bestrebungen eintreten würden“.¹²⁶² Allgemein herrschte bei fast allen Parteien das oberflächliche Empfinden vor, daß der Feudalstaat Österreich dem Volksstaat um eine ansehnliche Strecke näher gerückt wäre. Somit konnten sie mit diesem kleinsten gemeinsamen Nenner ziemlich beruhigt einer Meinung mit Badeni sein. Daß mit einer Erweiterung des Wahlrechts aber auch die Radikalen eine Eintrittskarte für den Reichsrat lösen würden, stand scheinbar auf einem anderen Papier.

In dieser ersten Phase deckten sich viele Meinungen, aber nicht alle: Für die alte „Vereinigte Deutsche Linke“, die ehemalige Parapartei der Liberalen, bedeutete das neue Wahlrecht, welches Splittergruppen benachteiligte, den endgültigen Todesstoß. Die Partei war längst in einen altliberalen Rumpf zerfallen, der nur mehr in Mähren, Ost-Schlesien und der Bukowina eine

1259 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XI. Session, 420. Sitzung vom 22. Oktober 1895, S. 20120–20123. Vgl. CHARMATZ, Richard, Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907, Bd. II, S. 101. Zu Badenis „Kampf gegen die Radikalen“ vgl. RUDERT, Wolfgang, Die Stellung des deutschen Reiches zur innerösterreichischen Lage, besonders zum völkischen Kampf der Deutschen 1890–1900, phil. Diss. Leipzig 1938, S. 59. BACHMANN, Harald, Raphael Pacher und die deutschradikale Bewegung in den Sudetenländern, S. 454.

1260 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 46 vom 16. Februar 1896, S. 2.

1261 MOLISCH, Paul, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich, S. 187.

1262 KAINDL, Friedrich, Böhmen. Zur Einführung in die böhmische Frage, Leipzig 1919, S. 95.

Rolle spielen sollte und sich unter seinem Obmann Max Freiherr von Mauthner die jüdisch-kapitalistische „Freie Deutsche Vereinigung“ nannte. Weiters teilte sie sich in den konservativ rechten „Verfassungstreuen Großgrundbesitz“ und in eine „Deutsche Fortschrittspartei“, eine nur mehr rein deutschböhmischesudetenländisch-regionale Gruppierung, die eigentliche liberale Hoffnung, die vom Antisemitismus der „Deutschen Volkspartei“ abgestoßen fühlte.¹²⁶³

Doch Badeni setzte für sein zweites Vorhaben selbst auf einen liberalen Splitter, den eben erwähnten „Verfassungstreuen Großgrundbesitz“. Schon lange vor den Neuwahlen ermutigte er Joseph Maria Baernreither (1845–1925), eine selbständige Gruppe des Großgrundbesitzes im neuen Haus zu bilden, die – so erwartete er – zum Kristallisationspunkt gemäßigter deutscher Elemente werden würde. Sie sollte Badeni in einer möglichen Koalition mit den Tschechen, die er dem Kaiser auf den Gabentisch legen wollte, helfen, eine Majorität zu sichern. Zugleich „erträumte“ er sich eine Mittelpartei, die zwischen der deutschen Linken und der slawisch-klerikalen Rechten ausgleichend wirken sollte.¹²⁶⁴ Der Tiroler Karl von Grabmayr-Angersheim (1848–1923), ein Mitstreiter Baernreithers, der diesen als ein „Talent ohne Charakter, einen Meister in den Künsten parlamentarischer Intrigen“ vorstellte und ihm hinsichtlich des Verfalls der liberalen Partei so einiges anlastete, gewährte einen Einblick in die Parteienstruktur des „Verfassungstreuen Großgrundbesitzes“, in der die kulturkämpferischen Altliberalen genauso wie die Klerikalen, die Nationalen wie die „Tschechenfreunde“ ihren Platz fanden. Sie sei nichts anderes als ein „Mischbrei“ gewesen, der „nur durch den gleichartigen antidemokratischen Ursprung ihrer Mandate zusammengehalten wurde“. Grabmayr bildete in der Partei neben den von ihm genannten „aristokratischen Nullen“ mit Baernreither und Karl Graf Stürgkh, dem späteren Ministerpräsidenten, der 1916 den Kugeln Friedrich Adlers zum Opfer fallen sollte, ein „geistiges Triumvirat“.¹²⁶⁵ Diese Gruppierung gab den nachfolgenden Ereignissen eine gewisse Schärfe.

Am 1. Dezember 1895 berichtete die ungewöhnlich gut unterrichtete christlichsoziale Reichspost in ihrer Sonntagsausgabe in einer größeren Randnotiz auf der zweiten Seite – die nicht ganz frei von einer gewissen Ironie auch die Todesnachricht Graf Taaffes enthielt: „Zwischen den Jungtschechen und der Regierung hat sich eine offenkundige Verständigung angebahnt, die sich auch auf den konservativen Adel erstreckt. Als Friedenspfand wird die Einführung der tschechischen Sprache als innere Amtssprache in Böhmen bezeichnet, was gleichbedeutend mit dem Ausschluß der nur deutschsprechenden Beamten von der Verwendung im Staatsdienst in Böhmen wäre“.¹²⁶⁶ Dieses an die Deutschnationalen gerichtete deutliche Warnsignal enthielt bereits die Absichtserklärung, die Badeni im November gegenüber dem Jungtschechen Josef Kaizl (1854–1901) geäußert hatte, nachdem er ihn sogar mit einem Ministerposten beglückwünschen wollte: Eine Änderung

1263 HÖBELT, Lothar, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918, Habil. Wien 1990, S. 139.

1264 SUTTER, Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, Bd. 1, Wien 1965, S. 135.

1265 GRABMAYR, Karl von, Erinnerungen eines Tiroler Politikers 1892–1920, Innsbruck 1955, S. 43f.

1266 Reichspost, Nr. 276 vom 1. Dezember 1895, S. 2.

der seit 1880 bestehenden Sprachenverordnungen, als „größte Konzession“, die eine „Regierung den Tschechen überhaupt darzubieten vermag“, wie es sein Unterrichtsminister, Baron Paul Gautsch, Freiherr von Frankenthurn (1851–1918), wenig später im Ministerrat ausdrückte.¹²⁶⁷

Badeni handelte nicht uneigennützig: Seit den böhmischen Landtagswahlen vom November 1895 standen ihm nicht mehr wie Taaffe die durch ihre Koalition mit dem böhmischen Adel gezähmten Altschechen gegenüber, die von ihren 31 Mandaten gleich 28 eingebüßt hatten, sondern die erstmals stärkste Partei der ähnlich wie die Deutschnationalen radikalen Jungtschechen, die nunmehr 89 von 97 tschechischen Sitzen einnahmen.¹²⁶⁸ Um sie von ihrer parlamentarischen Opposition abzubringen, bedurfte es nicht nur einer Begnadigungswelle politischer Häftlinge, die Badeni gleich nach den Wahlen durchführen ließ, sondern auch guter Kontakte. Die Jungtschechen verstanden unter einem Ausgleich auch sofort die Anerkennung des „böhmischen Staatsrechts“, nämlich die Zubilligung eines geschlossenen Gebietes Böhmens, Mährens und Schlesiens mit einer damit implizierten deutschen Minderheit gegenüber den Tschechen und einer verfassungsmäßigen Autonomie ähnlich Ungarns im österreichischen Staatenverband. Nach einem ersten Abtasten des radikalen jungtschechischen Flügels, repräsentiert durch Julius Grégr (1831–1896), am 6. Dezember 1895, sprach Badeni anlässlich einer weiteren Zusammenkunft am 22. Dezember 1895 bereits von der Sprachenfrage als einer „Anwartschaft“ auf das böhmische Staatsrecht und versprach, er werde im Sinne völliger Gleichberechtigung zwischen Deutschen und Tschechen von allen Beamten in Böhmen die zweite Landessprache verlangen.¹²⁶⁹

Geschickt hatte Grégr dabei das erste Mal die tschechischen Stimmen bei den Verhandlungen über die Ausgleichsquote mit den Ungarn ins Spiel gebracht, die Badeni dringend benötigen würde, was den Verhandlungen ab diesem Zeitpunkt eine unheilvolle Verquickung bescheren sollte: Alle zehn Jahre mußte die bezüglich des angeschlagenen Staatshaushaltes heikle Ausgleichsquote mit der ungarischen Reichshälfte in den vom Reichsrat und Reichstag gewählten Delegationen neu verhandelt werden. Eine Zustimmung jener, die als Gegner der Verfassung des Jahres 1867 galten, war für das politische Überleben Badenis gegen den Ansturm der Liberalen und Nationalen unabdingbar.

Mit der Ernennung Graf Coudenhoves zum böhmischen Statthalter am 6. Jänner 1896 machte Badeni ein nicht mehr zu überhörendes Zugeständnis an die tschechische Seite: Coudenhove ersetzte Franz Graf von Thun Hohenstein (1847–1916), der sich wiederholt damit gerühmt hatte, eine von Wien unbeeinflusste deutsche Politik in Prag zu betreiben, um die böhmische Opposition niederzuringen. Nach der Eröffnungssitzung des böhmischen Landtages am 22. Dezember

1267 Protokoll, des zu Wien, am 22. März 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 29, M. R. Z. 15, Inhalt: Referat über die Besprechungen mit den Parteienvertretern in Angelegenheiten der Sprachenverordnung, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

1268 GARVER, Bruce M., *The Young Czech Party 1874–1901 and the Emergence of a Multi-Party-System*, Yale University Press 1978, S. 221f.

1269 SUTTER, Berthold, *Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897*, Bd. 1, S. 138.

1895, in der die Jungtschechen eine Adresse an den Kaiser mit der Bitte um die administrative Unabhängigkeit der böhmischen Krone eingebracht hatten, hatten sie ihren Statthalter Thun-Hohenstein mit Tintenfassern beworfen.¹²⁷⁰

Die Jungtschechen blieben jedoch von der Umbesetzung unbeeindruckt, erachteten sie doch die Entlassung eines Statthalters als einen Akt der wenig geliebten Exekutive, in den sie sich nicht einmischen würden. Sie brachten am 18. Jänner durch Friedrich Pacák einen Antrag „betreffend die Erlassung eines Nationalitätengesetzes zum Schutze der Gleichberechtigung“ im Landtag ein.¹²⁷¹ Darin forderten sie die völlige Gleichstellung der äußeren und inneren Amtssprache bei allen Staats- und Landesbehörden Böhmens. Sie sollte daher bei den Gerichten nach freier Wahl des Antragstellers zur Anwendung kommen, oder in Strafsachen in der Sprache des Beschuldigten oder Angeklagten erfolgen. Auch die Sitzungen im Landtag wären zweisprachig geworden. Die Forderung sah außerdem eine Ausdehnung auf die Gemeinden vor, wonach schriftliche Eingaben auch dann in Verhandlung zu ziehen gewesen wären, wenn sie in jener Landessprache abgefaßt waren, welche nicht als Geschäftssprache der Gemeinde diene.¹²⁷² Die deutsche Seite hatte auch später immer wieder eingewendet, daß ein „böswilliger“ Tscheche eine Eingabe in einer rein deutschsprachigen Gemeinde hätte machen können, worauf das gesamte Verfahren in tschechischer Sprache durchgeführt hätte werden müssen. Genauso würde die Regelung, nach der ein Strafverfahren über ein beispielsweise im deutschen Sprachgebiet begangenes Verbrechen in der Sprache eines tschechischen Angeklagten abgewickelt werden müßte, die Deutschen in ihren sprachlich rein deutschen Gebieten diskriminieren, wenn ein geschädigter Nebenkläger kein Wort verstehe.

Dem stand die von den Deutschen immer wieder verlangte Wahrung der Einsprachigkeit ihres geschlossenen Sprachraumes im Zuge der nationalen Abgrenzung als unüberbrückbarer Gegensatz gegenüber. Der kleinste gemeinsame Nenner betraf die gemischtsprachigen Gebiete, über die noch am ehesten ein Verhandlungsergebnis hätte erzielt werden können.

Zwei Ereignisse bremsen jedoch den Verhandlungsfluß bis zum Winter des Jahres 1896: Mit der von Badeni geförderten Vorstellung des Ministers Feldmarschalllieutenant Emil Ritter von Guttenberg (1841–1941) am 17. Jänner 1896 wurde erstmals in der Monarchie ein eigenes Eisenbahnministerium als Zentralbehörde geschaffen¹²⁷³, welches den föderalistischen Bestrebungen der Tschechen höchst ungelegen kam. Denn den tschechischen Eisenbahnern kam in diesem nach der Verstaatlichungswelle expandierendsten Sektor mit ihren Forderungen nach Gleichberechtigung ihrer Sprache im äußeren und inneren Dienstverkehr eine gewisse nationale Vorreiterrolle zu. 1884 waren sie dieser insofern gerecht geworden, als Fahrkarten und Frachtbriefformulare der böhmischen und mährischen Staatsbahnen fortan zweisprachig gedruckt zur Ausgabe gelangten¹²⁷⁴, was

1270 PENÍŽEK, Josef, *Aus bewegten Zeiten. 1895 bis 1905*, S. 32.

1271 FISCHL, Alfred (Hg.), *Materialien zur Sprachenfrage in Österreich*, Brünn 1902, S. 161f.

1272 Ebd.

1273 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XI. Session, 450. Sitzung vom 15. Februar 1896, S. 22555.

1274 WHITESIDE, Andrew G., *Austrian National Socialism before 1918*, S. 76.

wiederum die deutschen Beamten befürchten ließ, sie würden ihre Jobs wegen mangelnder Sprachkenntnisse verlieren. Als Guttenberg nun als eine der ersten zentralisierenden Maßnahmen die tschechische Sprache als Verwaltungssprache im Eisenbahnverkehr strich, flammte die alte Feindschaft auf einem 1896 abgehaltenen Eisenbahnerkongreß unvermindert auf. Sie war mitentscheidend, daß sich die ohnehin schwache sozialdemokratische Gewerkschaftsfraktion, die sich auf diesem national aufgeladenen Pulverfaß nie hatte halten können, als erstes Vorzeichen einer zunehmenden sprachlichen Radikalisierung auflöste.¹²⁷⁵ Vergeblich brachte Kaizl am 15. Februar 1896 einen Dringlichkeitsantrag im Reichsrat ein, mit dem er von der Regierung eine Rechtfertigung verlangte, warum diese ein Eisenbahnministerium im Verordnungsweg geschaffen habe, welches das Recht der nichtdeutschen Nationen auf gleiche Berücksichtigung ihrer Sprache auf das empfindlichste verletze.¹²⁷⁶ Wer von nun an auf beiden Seiten radikal-nationale Elemente suchte, hier fand er sie. Die Eisenbahner entpuppten sich als das Rekrutierungsfeld der frühen Nationalsozialisten, und schon bald befanden sich Aktivisten unter ihnen, die in ihren Biographien mit einem gewissen Stolz quasi als „Markenzeichen“ darauf hinwiesen, Eisenbahner (gewesen) zu sein.

Die Maßnahmen Guttenbergs vergällten dem radikalen Flügel der Jungtschechen eine etwaige Zusammenarbeit mit Badeni und zeigten nun plötzlich auch Auswirkungen auf seine Wahlrechtsvorlage. Gemeinsam mit einer Handvoll Demokraten nahmen sie dagegen Stellung und reihten sich mit ihrem vehement vorgebrachten Ruf nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht in die Front der noch nicht im Reichsrat vertretenen Sozialdemokraten ein. Am 20. April 1896 machte der Berichterstatter der Minorität im Ausschuß, Jan Slavik, mit einer strengen Verwahrung gegen die Vorlage Badenis darauf aufmerksam, daß sich das Parlament stets mit der Wahlrechtsfrage zu beschäftigen habe, solange es das gleiche Wahlrecht nicht einführen werde, denn Unrecht verwandle sich nicht in Recht, wenn es bestehen bliebe und daneben ein Almosen abfalle.¹²⁷⁷ Die „Stimme des Volkes“ wurde jedoch noch nicht erhört, denn am 23. April 1896 stimmten nur 61 Abgeordnete für das allgemeine und gleiche Wahlrecht, gleich 173 lehnten es ab.¹²⁷⁸ Trotz einer Einigung im Klub, bei einer derartigen Niederlage wenigstens für den Wahlrechtsvorschlag Badenis zu stimmen, befanden sich unter den 19 Gegenstimmen, gegen die das Gesetz am 7. Mai 1896 mit der unglaublichen Mehrheit von 234 Stimmen angenommen wurde, noch zwei jungtschechische, von denen eine von Edvard Grégr stammte.¹²⁷⁹

1275 GARVER, Bruce M., *The Young Czech Party 1874–1901 and the Emergence of a Multi-Party-System*, S. 226.

1276 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XI. Session, 450. und 451. Sitzung vom 15. und 17. Februar 1896, S. 22586 und 22617f. Vgl. KOLMER, Gustav, *Parlament und Verfassung in Österreich*, Bd. 6 (1895–1898), S. 14.

1277 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XI. Session, 478. Sitzung vom 20. April 1896, S. 24202. Vgl. CHARMATZ, Richard, *Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907*, Bd. II, S. 104.

1278 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XI. Session, 481. Sitzung vom 23. April 1896, S. 24395.

1279 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XI. Session,

Ein Tauwetter in der eisig gewordenen Stimmung zwischen den Tschechen und dem polnischen Grafen, der sich in der Zwischenzeit mit dem Budget und der Ernennung Luegers zum Wiener Bürgermeister herumschlagen musste, setzte erst mit dem Ableben Grégrs am 4. Oktober 1896 ein. Sein Begräbnis wurde zu einer großen Demonstration des tschechischen Nationalismus und der Parteisolidarität. Mit ihm hatte sich ein großer Vertreter eines „ziellosten Radikalismus“, wie von gemäßigteren Stimmen zu hören war, und auch ein Verhinderer einer engeren Zusammenarbeit mit den Feudalen verabschiedet.¹²⁸⁰ Bereits am 6. November 1896 beschlossen die Jungtschechen eine diesbezügliche Allianz mit dem konservativen Adeligen Karl Schwarzenberg, nachdem die Gemäßigten im Sinne der „Flexibilität und des Kompromisses“ die Oberhand über die Radikalen errungen und sogar einige „Hardliner“ aus der Partei komplimentiert hatten. Das Einschlagen eines Kurses, den die Alttschechen schon nach 1879 verfolgt hatten, sicherte nicht nur Schwarzenberg eine aussichtsreiche Kandidatur in Budweis, sondern eröffnete dem böhmischen Adel, der sich noch in der Statthalterfrage auf die Seite des in Böhmen verwurzelten Thun gestellt hatte, eine Koalition mit Badeni, bei der sich zumindest die Radikalen trösten konnten, daß sie mit Polen und klerikalen Slowenen einer „slawischen Politik“ dienen würden.¹²⁸¹

Fast ein wenig erstaunt reagierten die Jungtschechen, als ihnen der Ministerpräsident, der noch am 31. Oktober 1896 versichert hatte, er werde allen sachlich begründeten Anforderungen der Sprachenfrage in der Justiz und Verwaltung Rechnung tragen und deshalb „mit beiden Parteien in Böhmen Fühlung nehmen“¹²⁸², Mitte Dezember nichts weniger als einen Entwurf einer Sprachenverordnung auf den Verhandlungstisch legte. Eine offizielle Konferenz am 17. Dezember 1896, an der auch Kaizl und Pacák teilnahmen, bemängelte diesen Entwurf zwar, wegen des Systems gegenseitiger Druckmittel führte dies aber nicht mehr gleich zur Verstimmung: Der Vorschlag beziehe sich nur auf Böhmen und enthalte keine Bestimmungen über die Doppelsprachigkeit der Beamten, denn eine diesbezügliche Verordnung sollte erst in fünf Jahren in Kraft treten und nur die Ministerien der Justiz, der Finanzen und des Ackerbaues betreffen.¹²⁸³ Badeni selbst waren durch die zentralistischen Sympathien von Krone und Bürokratie enge Grenzen gesetzt worden, denn auf Geheiß des Kaisers sollte die innere deutsche Sprache in „seiner“ Armee völlig unberührt bleiben, und auch die Erlassung getrennter Verordnungen für Böhmen und eventuell für Mähren hatte den Zweck, einer indirekten Anerkennung des böhmischen Staatsrechts auszuweichen. Gleichberechtigung ja, aber nicht die ganze innere Amtssprache, lautete die „staatserhaltende“ Devise. Als Kompensation sollte Kaizl nach der Reichsratswahl statt Guttenberg Mini-

489. Sitzung vom 7. Mai 1896, S. 24726f. Vgl. GARVER, Bruce M., *The Young Czech Party 1874–1901 and the Emergence of a Multi-Party-System*, S. 227.

1280 PENÍŽEK, Josef, *Aus bewegten Zeiten. 1895 bis 1905*, S. 17.

1281 GARVER, Bruce M., *The Young Czech Party 1874–1901 and the Emergence of a Multi-Party-System*, S. 229.

1282 KAINDL, Friedrich, *Böhmen. Zur Einführung in die böhmische Frage*, S. 94.

1283 SUTTER, Berthold, *Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897*, Bd. 1, S. 139.

ster werden, um die Jungtschechen mit dem ihnen dann zur Verfügung stehenden, heiklen Eisenbahnministerium in eine Regierung zu zwingen.¹²⁸⁴ Bezüglich des Versprechens, die Verordnungen noch vor den im Frühjahr 1897 stattfindenden Reichsratswahlen zu erlassen, gab es aber auch bei den Tschechen unterschiedliche Meinungen, die sich von einer sofortigen Durchführung bis zu einem Abwarten, um mit satten Stimmengewinnen aus den Wahlen hervorzugehen, erstreckten.¹²⁸⁵

Mit dieser ersten Annäherung begann nun die eigentliche Tragik der Sprachenverordnungen. Badeni hatte die Verhandlungen stets alleine geführt und daher den Ministerrat nur vage unterrichtet. Was aber viel schwerer wog, war die Tatsache, daß er die deutsche Seite, mit der längere Verhandlungen unerläßlich schienen, bisher völlig ausgeklammert hatte. Er wollte sich, wie er später im Ministerrat betonte, um die „extremen“ Parteien, zu denen er Klerikale, Antisemiten und Deutschnationale zählte, nicht bemühen – „wollen diese Elemente die Regierung unterstützen, so wird das ihre Sache sein“ – so lautete sein Credo. Badeni setzte dabei auf die Eifersüchteleien zwischen den alpenländischen und sudetendeutschen Nationalen, die sich damit selbst isolieren würden, was ihm später den Vorwurf des Opportunismus und der Ungleichbehandlung einbrachte, denn die radikalen Jungtschechen waren scheinbar ein Bemühen wert, weil sie die stärkste Partei im böhmischen Landtag stellten. Da dem Ministerpräsidenten außerdem die im Frühjahr und Sommer anders genutzte Zeit davonzulaufen drohte, mußte er schon jetzt aufgrund des Zeitdruckes versuchen, die Deutschböhmen gewaltsam an einen Tisch zu bekommen, denn die Reichsratswahlen standen vor der Tür und der ungarische Ausgleich kam mit Riesenschritten näher.

Der langsam ungeduldig werdende Pole beging nun seinen ersten schweren Fehler. Er beauftragte Joseph Maria Baernreither vom „Verfassungstreuen Großgrundbesitz“, ausschließlich den gemäßigten liberalen Deutschen in der Prager Fortschrittspartei den Köder eines nicht näher definierten Kuriengesetzes und die Errichtung einer deutschen Akademie der Wissenschaften zu überbringen, falls sie die Sprachenverordnung schlucken würden. Zugleich instruierte Badeni den polnischen Landsmannminister Eduard Rittner (1845–1899), durch Verhandlungen mit den beiden „nationalen“ Parteien, den Jungtschechen und der Fortschrittspartei sowie dem verfassungstreuen und konservativen Großgrundbesitz, einen schnellen Ausgleich zu erzielen.¹²⁸⁶

Nach dem glatten Ausschluß der Deutschnationalen waren aber auch die in völliger Auflösung begriffenen Liberalen wenig geneigt, Verhandlungen mit der Regierung zu führen, weil ihre Be-

1284 HANSEL, Gertraud, Die tschechische Stellungnahmen zu den Sprachenverordnungen Badenis vom 5. und 22. April 1897, phil. Diss., Wien 1953, S. 23f.

1285 Während Bruce Garver mehr auf den radikalen Flügel um Engel und Pacák Bezug nahm, der erst an einer Zusammenarbeit nach den Wahlen – auch wegen des Mißtrauens dieser „eigenartigen Gesellschaft“ gegenüber dem Kaiser – interessiert war, weil er mit einer verstärkten Position nach dem zu erwartenden Stimmengewinn rechnete, ging Berthold Sutter von einem Versprechen Badenis aus, die Verordnungen noch vor den Wahlen zu erlassen, was nur in dem ausdrücklichen Wunsch der Tschechen begründet sein kann.

1286 BAERNREITHER, Joseph Maria, Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen, S. 2.

denken größer waren, ihren Rivalen bei zu weitreichenden Zugeständnissen eine scharfe Waffe im Wahlkampf in die Hand zu geben.¹²⁸⁷ Erste Gespräche am 21. Dezember 1896 verliefen daher ergebnislos.¹²⁸⁸

Badenis Traum von einer politischen Vereinigung der (gemäßigten) Deutschen mit den Tschechen zu einer großen Parlamentsmajorität, mit der auch Österreich im modernen Sinn hätte regiert werden können, ließ in der Verwirklichung eine Schwerfälligkeit zu Tage treten, alles auf die Chancen für die nächsten Reichsratswahlen abzustimmen. Er belastete sich mit dem Vorwurf, die Deutschen von den Verhandlungen ausgeschlossen zu haben, obwohl es letztlich die Liberalen gewesen waren, die die Schaffung einer gemeinsamen Gesprächsbasis vor den Wahlen abgelehnt hatten. Eine enorme Hartnäckigkeit begleitete ihn jedoch, noch vor den Wahlen eine feste Majorität zu erlangen. Badeni begann nun, mit „größter Ungeniertheit“ über einzelne Ministerposten zu „schachern“. Dazu kam, was mit heutigem Wissen über die Ungenauigkeiten von Wahlprognosen selbst bei höchsten technischen Standards als haarsträubend bezeichnet werden kann, nämlich sein Durchspielen möglicher Kombinationen für eine Koalition nach den Reichsratswahlen, ohne zu wissen, daß er selber mit seinen Verhandlungen das Ergebnis beeinflusste und ihn die Parteien mit internen Verhandlungen überrumpeln hätten können. Längst hatte er den „Porzellanladen Böhmen wie ein Elefant betreten“ – ein geflügeltes Wort seiner späteren Kritiker.

Während der fast verzweifelten Versuche Baernreithers, Badeni umzustimmen, eine Husch-Pfusch-Koalition zu basteln, da er gar keine Mehrheit im Reichsrat benötigte, weil auch die Liberalen bei einem halbwegs annehmbaren Ausgleich für ihn stimmen würden¹²⁸⁹, kam langsam zutage, daß sich der Ministerpräsident dem Kaiser verpflichtet hatte, nachdem er die zwei vorangegangenen wichtigsten Aufgaben – das Wahlrecht und eine Annäherung an die Tschechen – glänzend gelöst hatte, den Ausgleich in der ohnehin kurzen Zeit bis spätestens 4. Dezember 1897 gänzlich über die Bühne zu bringen.¹²⁹⁰

Schon am 29. August 1896 hatte Badeni im Ministerrat seinen Unterrichtsminister, Baron Gautsch, ziemlich zurechtgewiesen, als dieser laut über ein „Provisorium bis zum Jahr 1898“ nachgedacht hatte: „Der Ausgleich muß bis Ende 1897 abgeschlossen werden, sonst läge darin ein Beweis tragischer Schwäche vor ganz Europa“.¹²⁹¹ Um nichts dem Zufall zu überlassen, bedurfte es der Zustimmung der Tschechen. Die Besprechungen, die Badeni im Februar 1897 noch vor den Reichsratswahlen mit den Vertretern des „Verfassungstreuen Großgrundbesitzes“ geführt hatte, waren deutlich von einer Hektik geprägt, die bald einer Drohung wich, als er plötzlich die apodiktische Behauptung aufstellte, die Sprachenverordnungen seien unausweichlich, auch wenn er

1287 Ebd., S. 3.

1288 MOLISCH, Paul, , Zur Geschichte der Badenischen Sprachenverordnungen vom 5. und 22. April 1897, Wien 1923, S. 8.

1289 BAERNREITHER, Joseph Maria, Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen, S. 2.

1290 Wiener Zeitung, Nr. 325 vom 26. November 1937, S. 5.

1291 Protokoll, des zu Wien, am 29. August 1896 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 36, M. R. Z. 31, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

sie nicht gleich erlassen werde. Wollten die Deutschen die Situation weiterhin nicht akzeptieren, so würde er den Tschechen die Konzessionen trotzdem machen, diesmal jedoch ohne deutsche Kompensationen. Die verfassungstreuen Unterhändler konnten sich nun darauf berufen, den genauen Text der Sprachenverordnungen nicht einmal gesehen zu haben, während die Tschechen diesbezüglich einen deutlichen Vorsprung genossen. Baernreither umriß die damalige Zwangslage, in der sie sich befanden, folgendermaßen: „Badeni dachte an die Abgeordneten nur wie an Schachfiguren, die man da und dort hinschieben kann. An eine elementare, das ganze Schachbrett mit den künstlich gestellten Figuren umstürzende Bewegung aus dem Volk dachte niemand“.¹²⁹²

Erst am 20., 21. und 23. Februar 1897 stellte der Ministerpräsident die Sprachenverordnungen im Ministerrat zur Diskussion.¹²⁹³ Daß die Protokolle in Abschriften erhalten geblieben sind – das Original fiel den Flammen des Justizpalastes vom 15. Juli 1927 zum Opfer – ist weniger einem Zufall zu verdanken, denn Badenis Nachfolger, der von ihm abgesetzte ehemalige böhmische Statthalter Franz Graf Thun ließ sie erstellen, um aus Badenis Fehlern zu lernen.

Die eigentliche Diskussion in diesen drei Ministerratssitzungen drehte sich eigentlich nur darum, das von Badeni vorgebrachte Argument etwas abzuschwächen, das Deutschtum in Böhmen würde durch die völlige Gleichsetzung mit der tschechischen Sprache keinen Schaden nehmen. Es sei ohnehin im Rückzug begriffen und die deutsche Sprache läge nicht mehr im staatlichen Interesse, was alleine die problemlose Absolvierung eines Studienganges in rein Tschechisch nur allzu gut beweise. Doch der Ministerpräsident hatte dabei nie ein wirklich klares Konzept vor Augen. Er mußte zugeben, eigentlich keine Ahnung zu haben, wie eine deutsche Parteienlandschaft nach den Wahlen aussehen werde und brachte einmal mehr unwidersprochen den „Verfassungstreuen Großgrundbesitz“ ins Spiel, wobei er jetzt auch schon deutlich von einer Zusammenarbeit mit den deutschböhmischen Liberalen abrückte.

Die von Taaffe so oft vertretene Meinung, Sprachenverordnungen fielen in die Kompetenz der Exekutive, zweifelten die Minister aber auch jetzt nicht im entferntesten an. Paul Molisch hat dazu sehr treffend bemerkt, daß kein Minister, ungeachtet aller Warnungen, die Erlassung der Sprachenverordnungen überhaupt abgelehnt hatte, vielmehr nahmen sie sie alle als etwas bereits Feststehendes hin.¹²⁹⁴ Einige ahnten zwar sehr wohl das kommende Unheil, lenkten aber wie Ackerbauminister Johann Graf Ledebur-Wicheln (1842–1903) und Landsmannminister Rittner ein, die die Meinung vertraten, es „werde zwar zu Unruhen kommen“, die Regierung müsse aber darauf zum gegebenen Zeitpunkt reagieren, dann werde alles nicht so schlimm werden. Bei Finanzmi-

1292 BAERNREITHER, Joseph Maria, Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen, S. 4.

1293 Das Originalprotokoll ist beim Brand des Justizpalastes am 15. Juli 1927 fast völlig vernichtet worden und steht nur mehr in Abschriften des Badeni nachfolgenden Kabinetts Thun zur Verfügung. Protokoll, des zu Wien, am 20. Februar 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 19–21, M. R. Z. 7–10, Inhalt: Beratungen über den Entwurf der Sprachenverordnungen für Böhmen – prinzipielle Diskussion, Fortsetzung und Schluß der Beratungen, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

1294 MOLISCH, Paul, Zur Geschichte der Badenischen Sprachenverordnungen vom 5. und 22. April 1897, S. 10.

nister Leon Ritter von Biliński (1846–1923) gipfelte diese Erwartung in der matten Feststellung, eigentlich sei die ganze mißliche Situation nur durch den Zerfall der „Vereinigten Deutschen Linen“ entstanden, jetzt brauche man eben die Tschechen.

Mit seinem Auftreten als realistischer Warner und Taktiker bot als einziger der Nestor unter den Ministern, der schon 25 Jahre im Amt befindliche Verteidigungsminister Zeno Graf Welser von Welsersheimb (1835–1921), Badeni halbwegs Paroli. Bei ihm war es aber eher die allgemein bemerkbare schmerzliche Feststellung der in der Hochbürokratie tätigen deutschen Zentralisten, wie sie auch bei Unterrichtsminister Gautsch und Justizminister Johann Nepomuk Graf Gleispach Freiherr v. Waldegg und Oberrahitsch (1840–1906) zum Ausdruck kam, daß die deutsche Sprache als Staatssprache aus mangelndem Österreichbewußtsein nicht mehr vom Nationalismus der einzelnen Völker zu trennen war. Man dürfe nie vergessen, versuchte Welsersheimb zu rekapitulieren, daß die Monarchie 1849 nur durch die Armee und eine zentralistische Beamten-schaft gerettet und reorganisiert worden wäre. Dies stehe nun alles auf dem Spiel, denn nehme man der Armee mit der traditionellen deutschen Kommandosprache den Kitt, der das Nationalitätenkonglomerat zusammenhalte, so würde der „Lösungsprozeß, den die Monarchie seit 37 Jahren durchmache, nicht mehr aufzuhalten sein“. Um diesen Zerfall zu vermeiden, bedürfe es einer „Berücksichtigung und Pflege“ der deutschen Sprache in den öffentlichen Schulen und auch ihre Aufrechterhaltung als innere Dienstsprache in den mit der Armee verbundenen zivilen Behörden.

Ein eigener Paragraph in den Sprachenverordnungen, der den Gebrauch der deutschen Sprache bei Armee und Gendarmerie ausdrücklich von der Geltung dieser Bestimmungen ausnahm, stellte aber auch Welsersheimb zufrieden. Sein Ressort stand dabei unter dem besonderen Schutz des Kaisers, weswegen die Tschechen auch die Ausnahmeregel ohne besonderen Widerwillen akzeptierten. Doch blieben Welsersheimbs Warnungen ungehört, daß man mit den Sprachenverordnungen den „Deutschen in Böhmen den Krieg aufs Messer erkläre“ und die Belastungsprobe nun vom Standpunkt des Gesamtösterreichertums an der Grenze der Tragfähigkeit angelangt sei, nachdem alle Ausgleichsversuche seit 37 Jahren nur auf Kosten des Deutschtums stattgefunden hätten. Er gab seinen Kollegen zwei Dinge zu bedenken, die sie sehr genau abwägen sollten: „Es möge der politischen Erwägungen von anderer Seite überlassen werden, ob es riskiert werden soll, das mehr oder minder wesentliche Deutschtum in Österreich zur äußersten Opposition zu provozieren“. Dieser prophetischen Sichtweise schloß er die Frage an, ob die Sprachenverordnungen die „Sprachenhetze“ wirklich beenden würden, wobei er an die „Südslawen“ erinnerte. Als alter „Josephiner“ konnte er auf der anderen Seite der Verlockung nicht widerstehen, aus dem sowieso Unaufhaltbaren wenigstens einen Nutzen zu ziehen, wenn er seinen Mahnungen den Wunsch nachschickte, die störrischen antimilitaristischen Jungtschechen mit den Sprachenverordnungen wenigstens zur Annahme der Militärvorlage zu vergattern.¹²⁹⁵

1295 Protokoll, des zu Wien, am 21. Februar 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 20, M. R. Z. 9., ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

Justizminister Gleispach, der in einer späten Erkenntnis mehrmals betonte, nicht als Deutscher, sondern vom österreichischen Standpunkt aus zu sprechen, denn ein Beamter müsse österreichisch und dürfe einfach nicht national sein, verlangte vom Kaiser ebenfalls aus gesamtösterreichischer Sicht Garantien für den Bestand der inneren Amtssprache und stand dabei ganz auf der Seite des Verteidigungsministers. Daß eine deutsche Staatssprache auf engste mit nationalen Aspirationen verknüpft war, verdrängte aber auch er sträflicherweise. Durch seine engen Kontakte zu Stürgkh gut unterrichtet¹²⁹⁶, prophezeite Gleispach Badeni einen Druck, dem auch der „Verfassungstreue Großgrundbesitz“ nicht standhalten könne und der ihn mit Zwang in eine Oppositionsrolle drängen würde. Statt einer Warnung klang leise Kritik an, sich allein auf die Gemäßigten zu verlassen und keinen Versuch zu unternehmen, radikale Kräfte zu binden, denn „eine größere Gefahr als eine jungtschechische, als eine italienische“, berge „eine deutsche Irredenta“.

Auch Unterrichtsminister Gautsch warnte vor der Schaffung eines einseitigen „administrativen Föderalismus“, der einem staatsrechtlichen den Weg ebne, denn mit der Gefährdung der deutschen Dienstsprache wäre auch das Verwaltungsgebiet in Gefahr. Daher würde sich auch eine rein „autonomistische slawische“ Majorität in einem „unlösaren Gegensatz“ zur Regierung befinden. Da somit eine Zentralregierung undurchführbar werde, müsse die innere Dienstsprache die deutsche bleiben. Eine Gruppe von „gemäßigten Liberalen“ in einer Majorität bezeichnete Gautsch als eine wesentliche Voraussetzung für unbedingt notwendige Verhandlungen.

Die Minister beruhigten sich damit, Badeni wenigstens das von ihm selbst gemachte und einstimmig gutgeheißene Versprechen abgenommen zu haben, sich vor der Kundmachung der Verordnungen mit den deutschösterreichischen Parteien ins Einvernehmen zu setzen. Die Frage, welche Gruppierungen ins Vertrauen zu ziehen wären, beantwortete sich mit dem Grundsatz des Ministerpräsidenten, eine Regierung dürfe sich nicht vor den Parteikarren spannen lassen, eigentlich von selbst. Einig waren sich alle in dem Punkt, daß eine von einer rein slawischen Majorität gestützte Regierung bald handlungsunfähig sein werde, weswegen man zumindest eine deutsche Splittergruppe in einer Koalition benötige, die aber so gemäßigt sein müßte, daß sie sich eine Isolierung der Sprachenverordnungen von der deutschen Frage gefallen lassen würde, ohne sofort eine Oppositionsrolle einzunehmen, wie Justizminister Gleispach betonte.

Eigentlich muß es beschämend für den österreichischen Ministerpräsidenten gewesen sein, seine Ressortkollegen mit der Andeutung, er werde „sich erst mit den Parteien ins Einvernehmen setzen“, bewußt hinters Licht geführt zu haben. Das Statement des Finanzministers Leon Ritter von Biliński liefert den untrüglichen Beweis dafür, wie unwissend sein Kabinett gewesen ist. Der Finanzminister bedankte sich für die Mitteilung, daß „vor der Herausgabe der Sprachenverordnungen auch mit den Tschechen ein Einverständnis gepflogen werden wird“. Bekanntlich verhandelte Badeni mit der tschechischen Seite schon lange. Auch der Entwurf, den er dem Ministerrat am 21. Februar vorlegte, war mit den Tschechen durchbesprochen worden und berücksichtigte ihre Wünsche. Dabei hatte er sich aber bezüglich der zugesagten Gleichstellung der

1296 SUTTER, Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, Bd. 1, S. 155.

gesamten inneren Dienstsprache zu weit aus dem Fenster gelehnt, denn jetzt mußte er im Ministerrat feststellen, daß mit dem Widerstand einzelner Ressorts zu rechnen war. Badeni, der sich ohne das Wissen der anderen Minister einseitig an die Tschechen gebunden hatte, wurde nun ängstlich, um nicht zu sagen „feige“, da er die Sache nun so darzustellen versuchte, als ob ihm seine Kollegen mißtrauisch gesinnt wären, weswegen lieber sie die Verhandlungen mit den Deutschböhmen führen sollten.¹²⁹⁷

Mit der von Gautsch erstmals gemachten Unterscheidung zwischen einer inneren Amtssprache, die nur die Eingaben der Parteien betreffen sollte und einer eigenen, von den Sprachenverordnungen unberührten, deutschen Dienstsprache, die auch Eisenbahnminister Guttenberg heftigst befürwortete, warfen die Minister schließlich Badeni den berühmten Rettungsanker zu, mit dem er sich aus seiner mißlichen Lage befreien konnte: Am Schluß des Ministerrates vom 21. Februar 1897, mit dem dieser zur Spezialdebatte überging, stellte er wegen der energischen Forderungen einzelner Minister fast erleichtert fest, daß die Angelegenheiten des internen Dienstverkehrs, die nicht Parteisachen beträfen, von den Sprachenverordnungen nicht berührt werden dürften. Um dem vorhersehbaren böhmischen Zorn zu entgehen, hatte Badeni die näheren Auslegungen zu dieser Verordnung den Ministerien überlassen, doch vereitelte der Kaiser mit der Randbemerkung im Ministerratsprotokoll, „muß einheitlich sein“, den Versuch, die Verantwortung abzuwälzen.¹²⁹⁸ Worauf sich die Regierung nun einigte, war die von Badeni als das „unverrückbare Piedestal“ bezeichnete Formulierung, daß „der Böhme nunmehr die Möglichkeit haben soll, alles dasjenige, was ihn als Partei eventuell angeht, in seiner Muttersprache verhandelt zu sehen; in der die interne Einrichtung des Dienstes ... denkbar nicht enthalten ist“. Es bedurfte nur mehr eines passenden Gesetzestextes.

Die Spezialdebatte im Ministerrat verlief dann trotz der zuvor geäußerten Bedenken ziemlich rasch, brachte die Verordnung doch außer § 7, der die innere Amtssprache direkt betraf, im Vergleich zu den Verordnungen des Jahres 1880 wenig Neues. Welsersheimb hatte den gegen die militärische Dienstsprache gerichteten Angriff pariert, und auch die anderen Minister konnten sich mit gutem Gewissen, wenigstens einen Teil der deutschen Amtssprache gerettet zu haben, zufrieden zurücklehnen.

Den eigentlichen Zündstoff für die späteren Ereignisse lieferte neben der Empörung, den Verordnungsweg unter Ausschaltung des Parlaments beschritten zu haben, weil Badeni in diesem Vertretungskörper niemals eine Mehrheit gefunden hätte, die Zusatzverordnung, die er sich als Kompensation für die zu erwartenden tschechischen Unmutsäußerungen bezüglich der nicht gänzlichen Gleichstellung der inneren Amtssprache ausgedacht zu haben schien, denn sie war denkbar unnötig: Schon der eigentliche Text der Verordnung implizierte eine allmähliche Umstellung der Behörden in Böhmen durch die Besetzung mit zweisprachigen Beamten. Eine Zu-

1297 Protokoll, des zu Wien, am 21. Februar 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 20, M. R. Z. 9., ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

1298 Ebd.

satzverordnung, die ihre sprachlichen Qualifikationen festlegte, schrieb aber nun zwingend vor, daß alle Beamten in ganz Böhmen bis zum 1. Juli 1900 – nach Verhandlungen mit den Jungtschechen wurde der Termin im Ministerrat vom 31. März 1897 bis zum 1. Juli 1901 verlängert¹²⁹⁹ – den Nachweis der Zweisprachigkeit zu erbringen hätten. Die Betonung des nationalen Elements hatte Badeni nicht nur nicht vermieden, sondern er vermittelte das Bewußtsein, einen zeitlich limitierten Verdrängungswettbewerb zu legalisieren, der von deutscher Seite leicht zur „Brotfrage“ gemacht werden konnte. Im Gegensatz zu den zweisprachigen tschechischen Beamten hatten sich die deutschen stets geweigert, die als „Dienstbotensprache“ abqualifizierte tschechische Sprache zu lernen und mußten nun um ihre Stellen zittern. Diese Vorgangsweise verglich Anton Mayr-Harting mit einem Arzt, der, statt ein Medikament mit äußerster Behutsamkeit einzufößen, die Verabreichung der vollen Menge auf einmal verordnete, die auf alle Fälle zu einer Überdosis führen mußte.¹³⁰⁰

Diese medizinischen Lektionen dankte dem „Scharlatan“ Badeni plötzlich auch niemand mehr. Sofort nachdem der Kaiser in einem Ministerrat vom 5. März 1897 den Verordnungstext abgesegnet und sich mit Badeni, Biliński, Gleispach und Ledebur ein Verhandlungsteam für die Gespräche mit den „genehmen“ Parteien gebildet hatte, schrieb der Jungtscheche Kaizl einen ziemlich erbosten Brief an den Ministerpräsidenten. Darin machte er zwar die Bemerkung, „Verordnung II befriedigt“, er zeigte sich aber über den eigentlichen Text der Verordnung höchst ungehalten: Dieser sei „bedeutend abgeschwächt gegenüber jenem revidierten Texte, welchen Sie mir am 9. Jänner 1897 zur Einsicht mitteilten. § 7 bedeutet kaum mehr die innere böhmische Amtssprache, sondern eine quantitative Änderung der Verordnung ex 1880“, was eigentlich auch zutreffend war. „Ich fasse die Situation heute viel weniger pessimistisch auf, ... aber als *conditio sine qua non* erachte ich eine gewaltige Verbesserung der Verordnungen.“¹³⁰¹ Mit seiner „wohlgemeinten Ungeschicklichkeit“ hatte Badeni begonnen, im Wespennest Böhmen herumzustochern und erreichte als erstes mögliches Ergebnis, daß beide Streithähne wie immer unzufrieden waren. Die am 4. März 1897 begonnenen Reichsratswahlen brachten dann neuerliche Überraschungen.

Wenn diesen Wahlen auch kein Wahlkampf im heutigen Sinn vorausgegangen war, so ließen alle Parteien doch ein recht unzweideutiges Gefühl aufkommen, daß etwas in der Luft lag. Hinzu kam die erstmalige Einbeziehung der Arbeiterschaft in die durch die Wahlrechtsreform geschaffene fünfte Kurie, was die allgemeine Nervosität steigerte.

Die Jungtschechen landeten erneut einen phänomenalen Erdrutschsieg in der vierten und fünften Kurie, den man ihnen wegen ihres feudalen Engagements doch nicht in dem Ausmaß zuge-
traut hatte. In den 72 Wahlbezirken der fünften Kurie konnten die Jungtschechen fast spielend ihre 11 Mandate holen, weil sie gegen (noch) völlig unbekannte Sozialdemokraten angetreten wa-

1299 Protokoll, des zu Wien, am 31. März 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 32, M. R. Z. 18, Inhalt: Ergebnis der weiteren Verhandlungen mit den Führern der Jungtschechischen Partei – Festlegung des Textes der Sprachenverordnungen, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

1300 MAYR-HARTING, Anton, *Der Untergang. Österreich-Ungarn 1848–1922*, Wien 1988, S. 433.

1301 Zitiert in: SUTTER, Berthold, *Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897*, Bd. 1, S. 167.

ren. Dieses Ergebnis machte vor allem unter den Sozialdemokraten, die jetzt direkte Wahlgegner geworden waren, böses Blut, denn zum ersten Mal war in den jungtschechischen Wahlaufufen keine Rede mehr vom allgemeinen Wahlrecht gewesen. Nach starken Einbrüchen in die dritte Kurie befanden sich die Jungtschechen ziemlich flächendeckend auf dem Trend „nach oben“, wo es in einer dünner werdenden Luft nicht mehr alleine um das allgemeine Wahlrecht ging. 62 Sitze genügten ihnen, um erstmals die stimmenstärkste Partei im neuen Reichsrat zu werden.¹³⁰² Ob nun Österreich endgültig auf dem Weg zu einem slawischen Staat war, mußten sich radikale deutschnationale Kreise nach diesem Wahlergebnis umso mehr fragen.

Der zu erwartende völlige Zusammenbruch vollzog sich in der ehemaligen „Vereinigten Deutschen Linken“. Kaum jemand hätte aber voraussehen können, daß die Liberalen von den 108 Mandaten des Jahres 1891 gerade einmal 14 „altliberale“ behalten würde. Von ihren früheren Bestandteilen standen nun 26 „verfassungstreue Großgrundbesitzer“ 49 meist deutschböhmischen „Fortschrittlichen“ gegenüber, deren zwei Mandate in der 72 Mitgliedern zählenden fünften Kurie aber auch nicht gerade rosige Zeiten versprochen.¹³⁰³

Den endgültigen Durchbruch konnte Otto Steinwender mit seiner „Deutschen Volkspartei“ verzeichnen. Die Partei steigerte sich von 17 Mandaten aus dem Jahre 1891 auf 39 Mandate, wenn es auch noch ein Jahr dauern sollte, bis sie einige schwankende Abgeordnete hinübergezogen hatte, um die Deutschklerikalen mit ihren 41 Mandaten als stärkste deutsche Partei zu überholen. Mehr als drei Viertel der Verluste der Liberalen gingen auf ihr Konto,¹³⁰⁴ wobei das Bild der regionalen Verteilung an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigläßt. Während die Deutschnationalen in Böhmen noch den Deutschfortschrittlichen das Feld überlassen mußten, feierten sie im geschlossenen Sprachgebiet Nordmährens, in der Steiermark und in Kärnten Erfolge, wo es ihnen gelungen war, eine alle Stände und Klassen umfassende Volkspartei aufzuziehen. Überall befanden sich die anderen „Volksparteien“ auf dem Vormarsch: Die Christlichsozialen verdoppelten ihre Sitze von 14 auf 28. 22 Mandate stammten allein aus Wien und Niederösterreich. Die Sozialdemokraten zogen erstmals mit 15 tschechischen, polnischen und deutschösterreichischen Abgeordneten in den Reichsrat ein.¹³⁰⁵

Im Lager der Schönerianer war man das ganze Jahr 1896 über eher abwartend gewesen. Georg von Schönerer hatte in seiner stolzen Art nicht einmal Wahlveranstaltungen abgehalten, weil er „nichts von den Wählern erbetteln oder gar durch Versprechungen erkaufen“ wolle. Sein Wahlaufuf, „Wir haben als die ersten auch Stellung gegen das Judentum genommen, Stellung genommen gegen den Einfluß deutschfeindlicher Kräfte und Mächte, wie sie sowohl im Liberalismus und Klerikalismus wie auch in willkürlicher Regierungswirtschaft und ungezügelter Pöbeltyrannei erkannt wurden“¹³⁰⁶, klang alt und abgedroschen.

1302 GARVER, Bruce M., *The Young Czech Party 1874–1901 and the Emergence of a Multi-Party-System*, S. 234.

1303 CHARMATZ, Richard, *Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907*, Bd. II, S. 106.

1304 HÖBELT, Lothar, Kornblume und Kaiseradler, S. 142.

1305 CHARMATZ, Richard, *Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907*, Bd. II, S. 106.

1306 Zitiert in: MAYER-LÖWENSCHWERDT, Erwin, *Schönerer, der Vorkämpfer*, S. 155.

Auch wenn sich der Schönerer-Biograph Erwin Mayer-Löwenschwerdt noch so sehr bemühte, darauf hinzuweisen, daß sich „von dem kommenden scharfen völkischen Kampf“ nichts in den Reden der Schönerianer fand, so sind diese Reminiszenzen nicht auf eine etwaige Geheimhaltung der Regierung zurückzuführen, denn daß Sprachenverordnungen kommen würden, piffen seit 1895 sprichwörtlich die Spatzen von den Dächern. Ein Vergleich mit Steinwender, der das Bedrohungsszenario von Sprachregelungen in seiner Agitation weidlich nutzte, zeigt die mangelnde Flexibilität der in die Jahre gekommenen „Germanenpartei“ noch deutlicher, die auch sichtlich von Geldsorgen gequält wurde: Mit Slogans wie „Der geringe Wahlschatz ist erschöpft. Sammelt Gelder für den Deutschvölkischen Wahlfond!“¹³⁰⁷, mußten die „Unverfälschten Deutschen Worte“ öffentlich ihre leeren Kassen zur Schau stellen. Selbst Partei-Insider zeigten sich daher eher überrascht, daß die Umstellung auf die doch eher ungewohnten böhmischen Verhältnisse, die 1895 nur den Einzug Karl Iros trotz Vorwürfen eines Wahlbetrugs in den Landtag zugelassen hatten, doch ganz gut gelungen war: Nach neun Jahren Absenz wurde Schönerer mit 238 gegen 135 Stimmen zum Reichsratsabgeordneten für den Landgemeindebezirk Eger-Asch-Elbogen-Graslitz-Wildbogen-Falkenau gewählt. Karl Iro gelang der Einzug in den Reichsrat in einer Stichwahl mit den christlichsozialen Stimmen gegen den liberalen Kandidaten für den Landgemeindebezirk Plan-Tachau, Franz Kittel aus Brüx für den Landgemeindebezirk Saaz-Teplitz-Dux-Bilin, Karl Türk für die allgemeine Wählerklasse in Troppau-Jägerndorf und Karl Hermann Wolf, der nicht vom „deutsch-völkischen Wahlausschuß“ vorgeschlagen worden war, für den Städtebezirk Hohenelbe.¹³⁰⁸ Die Gerüchteküche um eine Neufassung der Sprachenverordnungen des Jahres 1880 hatte den Radikalen einen Erfolg beschert, den Georg von Schönerer als deutlichen Auftrag auffaßte.

Trotz der fünf Abgeordneten tat sich aber hinsichtlich einer völkischen Arbeiterbewegung eine gähnende Leere auf: In der gesamten neuen fünften Kurie hatten die Alldeutschen keinen einzigen Kandidaten durchgebracht – nicht einmal im Waldviertel! Schönerer, der in seiner nicht ganz durchsichtigen, möglicherweise harmlosen homophilen Art immer junge Burschen „gesponsert“ hatte, wie beispielsweise Florian Albrecht, unterstützte bei diesen Wahlen statt eines aufstrebenden Studenten einen Buchbindergesellen aus Brüx. Dieser hatte dort eine kleine nationale Arbeiterorganisation gegründet, die für Arbeiter aller Handwerkszweige offen stand. Wenn auch Ludwig Vogel in der fünften Kurie seinem Gegenkandidaten unterlag, sollte sein Name im Laufe der nun folgenden Ereignisse nicht ganz unbekannt bleiben.¹³⁰⁹

1307 Aufruf In: Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 4 und 5 vom 1. März 1897, S. 39.

1308 SCHNEE, Heinrich, Georg Ritter von Schönerer, S. 52. Nicht gewählt wurden der Herausgeber der Egerer Nachrichten J. L. Hofer, Karl Hofmann für den Bezirk Mies-Teschen-Plan, der „Wanderlehrer“ Anton Wittmann für den Bezirk Krems-Horn-Zwettl-Waidhofen, Georg Schamberger für den Bezirk Linz-Mühlkreis, Rudolf Rehling für den Wiener 16/17/18 und 19. Bezirk (alle 5. Kurie), für die Landgemeinden August Dörtz für Zwettl und Waidhofen und Franz List für Krems-Gföhl-Kirchberg-Langlois. Vgl. Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 4 und 5 vom 1. März 1897, S. 37.

1309 WHITESIDE, Andrew G., Austrian National Socialism before 1918, S. 60.

Die Reichsratswahlen hatten einen Linksruck in die Wege geleitet, der jedoch das radikale Klima zwischen den deutschen Parteien verschärfen sollte. Während sich die Italiener vereinigten, die Slowenen, Kroaten und Ruthenen in einem Verband zusammenschlossen und die Rumänen einen eigenen Klub bildeten, waren die Deutschen in acht Fraktionen zerschlagen – in die beiden Großgrundbesitzergruppen, die antisemitische Gruppe, die fortschrittliche Gruppe, die Volkspartei, die liberale Gruppe, die katholische Volkspartei und die Schönerergruppe. Robert Kann hob auf der langen Liste auch diese Reichsratswahl als einen wesentlichen Punkt für das Scheitern Badenis hervor: Er versuchte wie Hohenwart, „eine Politik der nationalen Versöhnung zu betreiben, mehr oder minder mit der Unterstützung der Rechten, die nur verhältnismäßig kleine Kurien mit althergebrachten Interessen vertrat, während die gegen die Regierung eingestellten Abgeordneten ihre Wahl einer Majorität verdankten, der auch die niedrigeren Einkommensschichten angehörten.“¹³¹⁰

1.1 Die Koalitionsverhandlungen im Frühjahr 1897

Im Zusammenhang mit den Wahlen sind die von Karl Iro im böhmischen Landtag während des Jahres 1896 getätigten Aussagen interessant, weil sie bezüglich der Zweiteilung Böhmens – streng nach dem „Linzer Programm – das „Maß aller Dinge“ wurden. Für ihn war der Landtag „der Landtag der deutschen Provinz Böhmen“, in dem es „Tschechen“ gar nicht geben sollte: „Wir stellen uns nicht auf den winzigen Standpunkt eines deutschböhmisches Sprachenausgleichs, wir stimmen nicht zu, daß nationale Forderungen der Deutschen in Österreich in föderativen Parteienkonferenzlereien in Böhmen ausgehandelt werden. In nationalen Fragen gibt es nur eine Interessengemeinschaft aller Deutschen ... Wir erwarten von einer österreichischen Regierung schon längst nichts mehr. Wir beschränken uns vorläufig auf eine streng nationale Erziehung unseres Volkes, damit es einst nicht unvorbereitet Ereignissen gegenübersteht, die entsprechend den Folgewirkungen des Nationalitätenprinzips unbedingt in absehbarer Zeit eintreten und uns die Befreiung aus der Not bringen wird ... Die Forderung nach der Zweiteilung Böhmens wurde zuerst von den Liberalen aufgestellt, deshalb wurde diese Partei von uns bekämpft. Sie ist eine leichtfertige Preisgabe geschichtlich wohlbegründeter deutscher Rechte auf das ganze deutsche Bundesland Böhmen und zugleich ein Rückzug vor den größtenwahnsinnigen Forderungen der Tschechen. Unser Linzer Programm heißt deutlich, diejenigen Länder, welche ehemals dem deutschen Reich angehört haben, sollen ein einheitliches Ganzes bilden ... Eine Zweiteilung ist kein nationaler Erfolg für uns Deutsche! ... Eine Zweiteilung gegen den Willen der Deutschen ist undurchführbar!“¹³¹¹ Auf der fast verzweifelten Suche nach einem „eigenen“ historisch begründeten „deutschen Staatsrecht“, verfiel der für das Egerland gewählte Abgeordnete immer wieder auf

1310 KANN, Robert, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie, 1. Bd., 2. Aufl., Wien 1964, S. 197.

1311 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 5 und Nr. 20 vom 1. März 1896 und vom 16. Oktober 1896, S. 53 und S. 238.

die Stadt Eger, die 1322 von König Ludwig dem Bayern an Böhmen verpfändet und nicht mehr ausgelöst worden war. Gerade dieser Wahlkreis wählte auch Schönerer mit einer großen Mehrheit zum Reichsratsabgeordneten. Doch ist in den Worten Iros immer noch ein deutlicher Unterschied zu den Deutschnationalen Otto Steinwenders wahrnehmbar: Noch immer stand der Antisemitismus über dem Nationalismus: „Ein Bündnis mit den Slawen ad hoc gibt es nur gegen die Juden!“¹³¹²

Wenn auch die Regierung parteiunabhängig war, so verschob sie heute wie damals unpopuläre Maßnahmen auf den Zeitpunkt nach den Wahlen, galt es doch, sich im Gesetzgebungskörper eine solide Mehrheit zu sichern. Sofort nach den Wahlen, am 23. März 1897, traf daher eine Ministerdelegation mit den Jungtschechen Engel, Adámek, Brzorád, Herold, Kaizl, Kramář und Pacák in Wien zusammen, um die letzten Vereinbarungen für deren Regierungsunterstützung im Gegenzug zur Revision der „Taaffe-Stremayrschen Sprachenverordnungen“ des Jahres 1880 zu treffen. Für den Nachmittag waren die deutschböhmischen Vertreter der Fortschrittspartei Alois Funke, Julis Lippert, Ludwig Schlesinger und Karl Schücker von der „Deutschen Volkspartei“ geladen, mit denen Badeni schon am 20. März konferiert hatte. Sie hatten dabei eine Erklärung abgeben, daß eine Regelung der Sprachenfrage, von deren Absicht sie nunmehr unterrichtet worden waren, nur auf dem Weg der Gesetzgebung vorgenommen werden sollte.¹³¹³ Badeni hatte ihnen wiederum als Kaufpreis für die Sprachenverordnungen versprochen, im böhmischen Landtag das Kuriengesetz durchzusetzen, was ihnen aber aufgrund der dortigen Mehrheitsverhältnisse zu unsicher erschien. Trotzdem war Justizminister Gleispach guter Dinge, als er am 22. März 1897 im Ministerrat auf „Ersuchen Badenis über die Besprechungen mit den Parteienvertretern in Angelegenheiten der Sprachenverordnungen“ referierte¹³¹⁴: Er verlieh seiner „großen Erleichterung“ Ausdruck, daß von seiten der Deutschen Fortschrittspartei der „Standpunkt, den die Regierung in dieser Frage einnimmt, in der Hauptsache als richtig anerkannt“ worden wäre. Sie hätte auch den Inhalt der Sprachenverordnungen, „soweit ihr derselbe in den Grundzügen mitgeteilt worden ist (!), nicht ernstlich beanstandet, sondern nur ... geringfügige Änderungen eingebracht“. Die Abgeordneten hätten das „Prinzip der Zweisprachigkeit erstmalig als grundsätzlich richtig anerkannt; nur möchten sie es nicht in dem Wortlaut der Verordnungen direkt angesprochen sehen“. Schlesinger hätte sogar von Deutsch als nur zweiter Landessprache gesprochen. Sehr zuversichtlich zeigte sich Gleispach auch bezüglich der Sprachenverordnungen für Mähren, weil sie „eine noch größere Berechtigung“ hätten, „da Mähren nur von einem Viertel Deutschen und drei Viertel Böhmen bewohnt wäre, also das Zahlenverhältnis noch mehr zu Gunsten der Böhmen sprechen würde und ferner kein geschlossenes Sprachgebiet bestehe“. Trotzdem mußte er

1312 Ebd.

1313 KOLMER, Gustav, *Parlament und Verfassung in Österreich*, Bd. 6 (1895–1898), S. 212.

1314 Protokoll, des zu Wien, am 22. März 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 29, M. R. Z. 15, Inhalt: Referat über die Besprechungen mit den Parteienvertretern in Angelegenheiten der Sprachenverordnung, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

eine gewisse Schwachstelle eingestehen, die sich wegen des Verhaltens einiger „Deutschböhmen“ ausweiten könnte. Sie hätten in „Aussicht gestellt“, bei einem Druck aus der Bevölkerung „ihre Mandate niederzulegen, worauf voraussichtlich noch extremere Abgeordnete gewählt werden würden“.

Am Nachmittag des 23. März 1897 verließen nach einem ersten Zusammentreffen der tschechischen und deutschen Vertreter „von Volk zu Volk“ letztere zornig den Verhandlungstisch. Die jungtschechische Seite hatte ihnen kurz und bündig erklärt, daß eine Revision der geltenden Sprachenverordnungen auch für die Regierung gleichsam ein „öffentliches Interesse“ darstelle, worauf die Deutschböhmen zum ersten Mal Badeni mit Vorwürfen eindeckten, sie nicht eher den Verhandlungen beigezogen zu haben.¹³¹⁵ Daß die deutschböhmischen Vertreter erst zu diesem Zeitpunkt urplötzlich die ganze Tragweite des schon viel weiter gediehenen tschechischen Engagements erkannt haben wollen, erscheint trotzdem unglaublich. Die Beantwortung der Frage über ihren damaligen Wissensstand fällt schwer, denn allzuviel wurde später „beschönigt“: „Was hat man uns gesagt? Diese Sprachenverordnung muß erlassen werden, wird erlassen werden, ist unausweichlich. Wir haben um den Text gebeten, ... man hat uns das verweigert, man hat uns gesagt, sie sei noch nicht ganz fertiggestellt. In ihren Grundzügen ist sie uns bekannt gewesen, aber ein schriftliches Zeichen haben wir nicht in die Hand bekommen.“¹³¹⁶ Mit diesen Worten faßte später der bereits von den Alldeutschen arg mitgenommene Fortschrittler Alois Funke die Ereignisse des 23. März im Reichsrat zusammen und prägte das Schlagwort der kommenden Zeit: „Ich habe ganz offen und ausdrücklich dem Herren Ministerpräsidenten erklärt, daß diese Verordnungen die Aufruhrakte für das deutsche Volk in Böhmen bedeuten.“¹³¹⁷

Aber auch im Lager der Jungtschechen war nicht mehr alles eitel Wonne. Die Positionen waren klar abgesteckt: Ein radikaler, linker Parteiflügel glaubte, nach den Reichsratswahlen in eine bessere Verhandlungsposition gekommen zu sein und präsentierte am 31. März 1897 einen Forderungskatalog mit Steuersenkungen, Stützungen der Landwirtschaft und einer mährischen Universität, der den Wählerwillen repräsentiere, während Kaizl und Karel Kramář (1860–1937), die inoffiziellen gemäßigten Sprecher der Partei, ihre Anhänger auf eine Regierungsunterstützung einsworen, die zu einer Ministerschaft und weitreichenden Konzessionen führen könne. Wiederholt vertraute der ehrgeizige Kramář seinem Tagebuch die Furcht vor radikalen Elementen an, die ihn schließlich dazu getrieben hätte, sich auf ein Übereinkommen mit der Regierung einzulassen, das weniger als ihre ursprünglichen Forderungen enthielt: Am 27. März 1897 gaben 83 Parlamentsdelegierte der Jungtschechen und des feudalen Großgrundbesitzes eine offizielle Erklärung

1315 GARVER, Bruce M., *The Young Czech Party 1874–1901 and the Emergence of a Multi-Party-System*, S. 238.

1316 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 6. Sitzung vom 9. April 1897, S. 239.

1317 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 6. Sitzung vom 9. April 1897, S. 247f. Vgl. KOLMER, Gustav, *Parlament und Verfassung in Österreich*, Bd. 6 (1895–1898), S. 213.

heraus, die Politik der Altschechen von 1879 fortsetzen zu wollen, um nicht als Partei, sondern in Form einer Zusammenarbeit mit der Regierung das böhmische Staatsrecht zu erreichen.¹³¹⁸

In einem am 1. April 1897 fortgesetzten Ministerrat vom 31. März gab Badeni zu Protokoll: „Heute nachmittags um vier Uhr erschienen Dr. Engel und Prof. Dr. Kaizl im Ministerpräsidium und gaben ... die bindende Erklärung ab, der Club werde ... in die Majorität eintreten und sich bemühen, die von der Regierung einzubringenden Vorlagen durchzubringen. An dieser Erklärung halten sich die Mitglieder des Czechen-Clubs nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung gebunden, wenn die Sprachenverordnungen bis zum dritten dieses Monats vollzogen sind“.¹³¹⁹ Badeni hatte die Jungtschechen zu dem moderaten Preis gewonnen, daß sie einer Gleichstellung der inneren Amtssprache nur in den Angelegenheiten, welche die einschreitenden Parteien betreffen sollten, zustimmten. Die innere deutsche Dienstsprache blieb davon ebenso wenig betroffen wie die Armee, Gendarmerie und die Eisenbahn. „Fido“ Schwarzenberg dürfte dabei wesentlich nachgeholfen haben, die Gemäßigten zu bestärken, daß sie zwar nicht das erreicht hatten, was ihnen bereits in den Revolutionstagen des April 1848 versprochen worden war, nämlich die „Besetzung aller öffentlichen Ämter und Gerichtsbehörden in Böhmen nur durch Individuen, welche beider Landessprachen kundig sind“,¹³²⁰ als Ausfluß der „völligen Gleichstellung aller Nationen des Kaisertums in allen Beziehungen“, aber nun doch die Anerkennung der Einheit des Königreiches und die Durchbrechung des geschlossenen deutschen Sprachgebietes schwarz auf weiß vor sich liegen hatten: „Die Unteilbarkeit des Königreiches Böhmen (wurde) anerkannt, das heißt, daß jeder Tscheche in ganz Böhmen zu Hause ist ... Bei allem und jeden muß aber über uns das Banner des böhmischen Staatsrechts wehen. Der Weg ist gebahnt ...“¹³²¹

Ein paar radikale Jungtschechen zogen aus einem doppelten Bündnis mit den konservativen Feudalen und einer konservativen Regierung, welches die Bande zum Wählerwillen, zu den Sozialdemokraten und zu den Progressiven, gekappt hätte, ihre Konsequenzen. Ihre Enttäuschung sollte erst durch das „Badeni-Jahr“ in die „richtigen“ Bahnen gelenkt werden, denn sonst wäre die Gründung der tschechischen „Nationalsozialistischen Partei“ im Jahre 1898 nicht möglich gewesen!

In Ludwig Brügels Worten in seiner „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie“ liegt die ganze Bestürzung über die für ihn als Sozialdemokraten fast unfassbaren Wende: „Was doch im Lauf der Zeit aus den liberalen und fortschrittlichen Jungtschechen geworden war! ... Sie, die einst gegen das Bündnis der Feudalen, der böhmischen Kavaliers, mit den Altschechen bis aufs Messer gekämpft hatten, die im böhmischen Landtag den Statthalter Grafen Thun mit Tinten-

1318 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 2. Sitzung vom 30. März 1897, S. 14.

1319 Protokoll, des zu Wien, am 31. März und 1. April 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 32, M. R. Z. 18, Inhalt: Ergebnis der weiteren Verhandlungen mit den Führern der Jungtschechischen Partei – Festlegung des Textes der Sprachenverordnungen, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

1320 BERNATZIK, Edmund, Die österreichischen Verfassungsgesetze mit Erläuterungen, 2. Aufl., Wien 1911, S. 1086.

1321 Zitiert in: KAINDL, Friedrich, Böhmen. Zur Einführung in die böhmische Frage, S. 96.

fässern ... beworfen hatten, waren wieder eins mit den Schwarzenbergern, Schönbornen und Lobkowitzern!“¹³²² Die fünf neugewählten tschechischen Sozialdemokraten überreichten zu Beginn der Eröffnung der Reichsratssession eine Deklaration, in der sie „gegen die Ausgrabung vergilbter historischer Privilegien und Dokumente“ protestierten: „Wir protestieren dagegen, daß man die Aufmerksamkeit der weitaus größten Masse des politisch, ökonomisch, national und kulturell gedrückten tschechischen Volkes von seiner geistigen und materiellen Notlage ablenken und auf phantastische staatsrechtliche Irrwege locken will ... Wir wissen, daß das tschechische arbeitende Volk sowie das deutsche heute das Opfer einer geldgierigen Bourgeoisie und eines herrschsüchtigen Feudaladels sind, wir wissen, daß diese beiden Faktoren das größte Hemmnis für die Heilung ... des tschechischen Volkes sind.“¹³²³

Hinter dem Bündnis der Regierung mit den Jungtschechen verbarg sich eine zusätzliche, nicht zu unterschätzende außenpolitische Komponente, die sich tragisch für die Jungtschechen auswirken sollte, nachdem sie dessen Hintergrund durchschaut hatten. Zumindest radikale Kreise konnten nun behaupten, daß für sie in den Verhandlungen noch viel mehr drinnen gewesen wäre, womit ihr Forderungskatalog wieder an Bedeutung gewann: Am 27. April 1897 unterzeichnete Franz-Joseph während eines Staatsbesuchs in St. Petersburg ein russisch-österreichisches Abkommen, das Außenminister Goltuchowski eingefädelt hatte, mit dem beide Seiten die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan garantierten.¹³²⁴ Die Jungtschechen spielten dabei insofern eine Rolle, als man durch ihre Bindung an die Regierung mögliche panslawistische Tendenzen niederhalten und darüber hinaus den Russen die Versicherung geben konnte, daß die Slawen in Österreich ein großes Maß an politischer Mitbestimmung genossen. Badeni glaubte, mit einer Friedensgarantie vom Ausland nun auch leichter die Ausgleichsverhandlungen zu einem positiven Ende führen zu können. Bis zu diesem Zeitpunkt war sein Konzept voll aufgegangen.

Nachdem sich aber der Ministerpräsident nach dem Rücktritt des „Platzhalters“ Strobach am 31. März 1897 mit einem radikalen Schwenk beim Kaiser für die Bestätigung Karl Luegers als Wiener Bürgermeister eingesetzt hatte, machte er sich damit nicht nur die Alldeutschen zum unerbittlichen Feind. Er hatte auch die Deutschliberalen, die bei einer Nichtbestätigung bereit gewesen wären, auf Zugeständnisse in der böhmischen Frage einzugehen, weit von sich gestoßen, ebenso wie die Sozialdemokraten, die „natürlichen Feinde“ der Christlichsozialen, die auch jetzt weiter mißtrauisch blieben. Für seine „Koalition des Ausgleichs“ blieb Badeni eigentlich nur mehr der „Verfassungstreue Großgrundbesitz“ mit seinen 26 Mandaten.

In einem schnellen strategischen Vorstoß bot der Ministerpräsident Kaizl genauso wie Baernreither, der Gleispach im Justizressort ersetzen sollte, einen Ministersessel an. Bei dieser Gelegenheit bekam Baernreither zum ersten Mal die ausgearbeiteten Sprachenverordnungen zu Gesicht,

1322 BRÜGEL, Ludwig, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd. IV, Wien 1922–1925, S. 318.

1323 Zitiert in: KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 203.

1324 PRIBRAM, Alfred (Hg.), Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879–1914 nach den Akten des Wiener Staatsarchivs, Bd. 1, Wien 1920, S. 78f.

die einer alles entscheidenden Konferenz am 30. März 1897, zu der sich auch die Deutschböhmen Funke und Pergelt angesagt hatten, vorgelegt werden sollten.

Als auch die Deutschböhmen in einer Konferenz der deutschen Vertrauensmänner erklärten, wegen der Verpflichtung aller Beamten zur Kenntnis beider Landessprachen jedem Ministerium und jedem Minister, der sich irgendwie mit den Sprachenverordnungen identifizieren würde, die allerschärfste Opposition zu machen, fiel auch Baernreither um. In einem abwartenden Kommuniqué vom 2. April 1897 erteilte der „Verfassungstreue Großgrundbesitz“ einer Zusammenarbeit mit der Regierung bis zu einer Zusammensetzung einer Majorität eine klare sowie scheinheilige Absage, weil er eine solche nur unterstützen würde, wenn die Katholische Volkspartei von ihr ausgeschlossen bliebe.¹³²⁵ Karl von Grabmayr hat es sich später auf seine Fahnen geschrieben, den „verschiedenen Kämmerern und Exzellenzen gelernt zu haben, zu fluchen“, denn er befürchtete, daß mit der Annahme der Verordnungen ein unheilbarer Riß zwischen den am 27. März offiziell aus der alten Vereinigten Linken ausgetretenen Großgrundbesitzern und den freisinnigen deutschen Parteien entstehen könnte. Er widersetzte sich der „zweideutigen Haltung“ Baernreithers und seiner „Satelliten“ „mit allen Kräften“, um den Parteimitgliedern eindringlich klar zu machen, daß der Platz des Großgrundbesitzes in dem nun ausbrechenden Kampf an der Seite der deutschen Volksvertreter sei. Der Linksruck gelang mit der Mehrheit im Klub und so wurde „aus einer als Hauptstütze der Regierung ins Leben gerufenen Partei über Nacht eine oppositionelle Gruppe“.¹³²⁶

Die Chronologie der Ereignisse überschlug sich: Der Ministerrat hatte am 1. April 1897 das Angebot der Jungtschechen, in die Majorität einzutreten, wenn die Sprachenverordnungen bis zum 3. April „vollzogen sind“, zur Kenntnis genommen, sich aber „mit Rücksicht auf die noch mit dem deutschen Großgrundbesitz im Zuge befindlichen Verhandlungen seine letzte Entschliebung, ob die Sprachenverordnungen Seiner Majestät ... vorzulegen sind, noch bis morgen früh“ vorbehalten.¹³²⁷ Deren Absage mittels erwähntem Kommuniqué bescherte Badeni eine Zwangslage, aus der er sich nur mehr mit seiner Demission am 2. April 1897 retten konnte, wollte er zur Eröffnung des Reichsrats nicht ohne Mehrheit vor das Hohe Haus treten.¹³²⁸

Auf einem Krisen-Ministerrat am Sonntag, dem 4. April, schob der Ministerpräsident dem verfassungstreuen Großgrundbesitz den „Schwarzen Peter“ zu, sprach aber auch erstmals aus, was er angezettelt hatte: Er hätte seine ganze Taktik auf diese Partei gelenkt, nun würden sie die Regierung nur dann unterstützen, wenn der „Sturm“ vorbei wäre.¹³²⁹ Viel schärfere Worte fand Josef

1325 BAERNREITHER, Joseph Maria, *Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen*, S. 7.

1326 GRABMAYR, Karl von, *Erinnerungen eines Tiroler Politikers 1892–1920*, S. 45f.

1327 Protokoll, des zu Wien, am 31. März und 1. April 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 32, M. R. Z. 18, Inhalt: Ergebnis der weiteren Verhandlungen mit den Führern der Jungtschechischen Partei – Festlegung des Textes der Sprachenverordnungen, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

1328 MOLISCH, Paul, *Zur Geschichte der Badenischen Sprachenverordnungen vom 5. und 22. April 1897*, S. 14f.

1329 Protokoll, des zu Wien, am 4. April 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 35, M. R. Z. 20, Inhalt: Besprechung der Demission der Minister und der politischen Lage, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

Penfžek, der sich mit dem Vorwurf auseinandersetzte, Badeni hätte nach eineinhalb Jahren Zeit zur Durchführung einer Koalition herzlich wenig zustande gebracht: „Graf Taaffe zerschlug sich mit den Liberalen erst nach zwei Jahren, Graf Badeni nach einem Tag und einer Nacht ... Baernreither gerierte sich als Garant der Partei, tat, als wären er und sie dasselbe, und als es zum Handeln kam, lief er davon.“¹³³⁰

Es ist nicht ganz richtig, daß nun, wie in einigen älteren Darstellungen angeführt wird, die Deutschklerikalen bereitwillig in die Bresche sprangen. Die Dinge gestalteten sich, so kompliziert sie schon waren, weit undurchsichtiger: Badeni hatte noch einen Monat zuvor, im Ministerrat vom 4. März 1897 seine ganze Resignation in die Äußerung gelegt, die „Katholische Volkspartei“ werde als einzige „rein deutsche Partei nicht so naiv sein und für Sprachenverordnungen stimmen“, denn schon beim ersten Sturm würde sie die Regierung auch schon wieder verlassen.¹³³¹ Auch bei einer Audienz am 3. April 1897 widersprach Badeni den Intentionen seines Herrschers. Er nannte dem Kaiser drei Voraussetzungen, unter denen er bereit wäre, die Regierungsgeschäfte weiterzuführen: Den Erlaß der Sprachenverordnungen und den Eintritt einer Gruppe fortschrittlicher Deutscher. Unter keinen Umständen wollte er aber mit einer konservativ-klerikalen Majorität regieren.¹³³² Mit seiner Erklärung, die einzige Voraussetzung für die Erlassung der Sprachenverordnungen sei eine Mehrheit, der mindestens der verfassungstreue Großgrundbesitz mit einigen Anhängern angehören müsse, löste schließlich Gautsch die Ministerkrise aus, nachdem sich auch Gleispach geweigert hatte, die Verordnungen ohne weitere Verständigung mit den deutschen Vertrauensmännern zu unterzeichnen. Damit wäre auch der Eintritt der Tschechen in die Regierung als gescheitert anzusehen gewesen, die den sofortigen Erlaß der Sprachenverordnungen von ihrer Zusammenarbeit abhängig gemacht hatten.

Nun wäre einmal mehr Franz Joseph gefragt gewesen, doch diesmal schienen ihm die Parteien selbst die Entscheidung abzunehmen. Hinter dem Rücken Badenis einigten sich die Parteien der Rechten: Schwarzenberg bemühte sich um die sechs Abgeordneten eines „Zentrums“, das sich von den Deutschklerikalen im Hohenwartklub abgesplittert hatte. Genauso verhandelte er mit den Abgeordneten der unter ihrem alten Programm neuformierten Katholischen Volkspartei, die er dem Kaiser als deutsche Minorität in der Majorität schmackhaft zu machen versuchte. Diesen Kontakten stimmte auch der „Polenklub“ zu, der sich jeder Rücksicht auf den Ministerpräsidenten entbunden wähnte, nachdem der Rücktritt Badenis immer wahrscheinlicher geworden war und die Bildung einer „konservativ-klerikalen Majorität“ das Wort gab.

Der Block, der sich nun aus dem Verband des böhmischen Großgrundbesitz, dem Polenklub, dem slawisch-christlichnationalen Verband (Slowenen, Kroaten, Ruthenen), den Jungtschechen, dem Zentrum und der Katholischen Volkspartei bildete, der der Regierung eine unerwartete Mehr-

1330 PENFŽEK, Josef, *Aus bewegten Zeiten. 1895 bis 1905*, S. 48 und 54.

1331 Protokoll, des zu Wien, am 4. April 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 35, M. R. Z. 20, Inhalt: Besprechung der Demission der Minister und der politischen Lage, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

1332 SUTTER, Berthold, *Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897*, Bd. 1, S. 171.

heit bescherte, war jedoch stärker als die eigenen Absichten des Ministerpräsidenten. Es mußte nur mehr das Machtwort gesprochen werden, daß es ohne „Verfassungstreuen Großgrundbesitz“ auch gehe: Der Kaiser lehnte am 4. April 1897 in einem Ministerrat, der unter seinem Vorsitz stattfand, das Rücktrittsgesuch des Kabinetts ab, das „in seinem bisherigen Vorgehen seinen Wünschen entsprochen habe“ und versuchte Mut zu machen, was sich jedoch auf „Vielleicht-Äußerungen“ beschränkte. Die Regierung müsse eben auf eine feste Majorität verzichten, die Sprachenverordnungen herausgeben und die Frage einer Verstärkung auf später verschieben, denn wenn sie Courage zeige, was sie jetzt müsse, „reißt sie den verfassungstreuen Großgrundbesitz mit“. „Allerhöchst-dieselben“ betonte mehrmals, daß sein Kabinett eben kein parlamentarisches sei. Er hoffte, daß der verfassungstreue Großgrundbesitz doch keine Opposition machen würde, die Deutschliberalen doch noch in die Regierung eintreten würden, wenn sich der erste Sturm einmal gelegt hätte, und derzeit die Lage eben nicht anders sei. Endlich hielt der Kaiser seinen Ministern vor, doch keine Sprachenverordnungen mit den Tschechen ausgehandelt zu haben, um jetzt ausscheiden zu wollen, nur weil es einem Teil der Deutschliberalen einfalle, plötzlich Opposition zu machen. Die Sprachenverordnungen würden überhaupt nur „eine“ Ursache sein, warum auch der konservative Teil der liberalen Deutschen an der Majoritätsbildung nicht teilnehmen möchte. Es sei zwar unabänderlich, sie in der Majorität zu halten, der Kaiser wolle aber die Abgeordneten der Katholischen Volkspartei DiPaulis ebenso als „gute Deutsche“ ansehen. Schon mit Rücksicht auf die auswärtigen Verhältnisse sei eine Zusammenarbeit wünschenswert. Alle erstarrten nun in Ehrfurcht. Der allgemeine Tenor der einzeln befragten Minister erstreckte sich plötzlich in der Feststellung, es werde schon irgendwie gehen, wenn Seine Majestät es geruhe.¹³³³

Sicherlich verkannte Badeni in dieser Situation, daß er sich als Regierungschef mit einem Kabinett, das sichtlich nicht geschlossen hinter ihm stand, schwer tun würde. Die letzte politische Verantwortung lag aber letztlich beim Kaiser selbst, der den deutschen Widerstand größtlichst unterschätzte und weiters mit einem geradezu lächerlichen Handschreiben an Badeni die Öffentlichkeit informierte, es sei der Wunsch der Krone, „daß eine von mir gewählte Regierung, unbeirrt durch zeitweilige Parteienschwierigkeiten, ihre Tätigkeit ausschließlich durch das allgemeinen staatliche Interesse bestimmen lasse“ und dabei wieder einmal sein Verständnis von einer parlamentarischen Einrichtung und seinen Volksvertretungen preisgab.¹³³⁴ Als Draufgabe wies Biliński in diesem Ministerrat mit Rücksicht auf die zahlreichen radikalen Elemente im neuen Haus auf die Notwendigkeit hin, allfällige „Attentate“ der Minderheit durch eine Änderung der Geschäftsordnung zurückzuweisen.¹³³⁵ Auf diese Wiese bestärkt, ließ der Kaiser Badeni „unbeirrt“ in sein Verderben laufen.

1333 Protokoll, des zu Wien, am 4. April 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 35, M. R. Z. 20, Inhalt: Besprechung der Demission der Minister und der politischen Lage, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

1334 MAYR-HARTING, Anton, Der Untergang. Österreich-Ungarn 1848–1922, Wien 1988, S. 428.

1335 Protokoll, des zu Wien, am 4. April 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 35, M. R. Z. 20, Inhalt: Besprechung

Die zahlreichen „Köderversuche“ hatten nun eine konservativ-klerikale Parteienkonstellation zum Entstehen gebracht, die im eskalierenden Sprachenkampf mehr war als nur die „Erneuerung des Eisernen Ringes“ des Grafen Taaffe, wie es Prinz Liechtenstein ausdrückte. Zählt man die Jungtschechen zu einer „konservativ-gezähmten“ Gruppe, so hatte sich eine gefährliche, revolutionäre Frontstellung gebildet, denn es war eine tiefe Kluft zwischen einer die Regierung unterstützenden Rechten und einer linken deutschen Opposition entstanden. Es sollte entscheidend werden, daß die deutsche „Katholische Volkspartei“ unter ihrem Obmann Josef Freiherr von Dipauli Treuheim (1844–1905) nun als einzige deutsche Fraktion im „falschen“ Lager saß, was natürlich auch nicht ganz ohne „Vergütung“ vor sich gegangen war. Der damals noch junge Journalist der christlichsozialen „Reichspost“, Friedrich Funder, der die nachfolgenden Ereignisse von der Reichsratsgalerie als Augenzeuge verfolgte, schilderte sein Entsetzen, als ihm Dipauli mitteilte, seine Partei werde die Regierung in der Frage der Sprachenverordnungen unterstützen, weil gleichzeitig mit der Ernennung Luegers zum Bürgermeister auch ein zwischen ihr stehendes, großes Hindernis weggefallen sei und sie im Gegenzug in den alpenländischen Landtagen, in denen sie die Mehrheit hätten, die „konfessionelle Schule“ erhalten würden. Das bedeutete zum Verdruß der Liberalen nichts anderes als ein entscheidendes Mitspracherecht der Kirche im Schulwesen und die Schulaufsicht der Geistlichkeit.¹³³⁶ Mit dem Vorzug, den Dipauli „klerikalen, alpenländischen Wohltaten“ gegenüber Sprachenverordnungen in Böhmen gab, werden die politisch-katholischen Trennungslinien zu den Sudetendeutschen wieder recht deutlich erkennbar. Die versöhnliche Haltung, die sich Dipauli von den Christlichsozialen für seinen Schritt erwartet hatte, mochte sich aber nicht so recht einstellen. Diese stellten „das Leben von dreieinhalb Millionen Deutschen“ über eine katholische Schule, die „mit Unrecht erkaufte wäre“. Funders Chef bei der „Reichspost“, der Herausgeber und Führer der deutschböhmisches Katholiken, Ambros Opitz, hetzte nun Lueger und „seine“ Wiener gegen die Sprachenverordnungen auf. Das war der vielleicht entscheidendste Schritt, der die anfänglich durchaus schwankenden Christlichsozialen weg von den Klerikalen brachte.

Die Breitschaft der Katholischen Volkspartei, die Regierung zu unterstützen und die damit verbundenen Gegenleistungen lieferten Schönerer, dessen antiklerikale Ausbrüche schon vorher kaum zu bremsen gewesen waren, endgültig den Vorwand, die „Los von Rom-Bewegung“ zu entfesseln – „entstanden im Badeni-Jahr, wegen des Volksverrats der Römlinge in der katholischen Volkspartei“ – wie er dazu bemerkte. Einen Tag nach dem Erlaß der Sprachenverordnungen, am 6. April 1897 forderte er im Abgeordnetenhaus die Einführung eines „Kanzelparagraphen“ wie im Deutschen Reich, denn der „Kulturkampf“ drohe.¹³³⁷ Am 28. Mai bekräftigte er neuerlich sein

der Demission der Minister und der politischen Lage, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

1336 FUNDER, Friedrich, Vom Gestern ins Heute, Wien 1952, S. 199f.

1337 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 3. Sitzung vom 6. April 1897, S. 106.

Verlangen: „Der Kampf gegen die Sprachenverordnungen darf niemals ruhen, umso mehr nicht, als die deutschklerikalen Volksverräter bereits den Judaslohn für ihre Tat – die Preisgebung der freien deutschen Schule an die Römlinge – einstreichen wollen.“¹³³⁸

Nachdem sein Vorredner betont hatte, daß im „Notfall hinter uns das mächtigste Kulturreich der Welt, das deutsche Reich“ stünde und die „Parole“ ausgab, „lieber deutsch“ zu „sterben als tschechisch verderben“, steigerte sich der von der Versammlung als „Bismarck der Ostmark“ gefeierte Hauptredner Schönerer auf einer Kundgebung am 23. Mai 1897 in seinem Wahlbezirk Graslitz in einen wahren Wutausbruch: „Von Jesuiten beeinflusste deutsche Klerikale stehen zum Schaden der Deutschen im Kampfe zwischen Deutschtum und Slawentum auf der Seite der Feinde. Äbte und Prälaten sind die Führer gegen die Deutschen. Die Zügel sind in der Hand der Jesuiten. So ein Deutscher sich in Volksnot und Gefahr den Gegnern anschließt, der sei verflucht ... Aber wir fürchten Gott und sonst nichts.“¹³³⁹ Deutlicher konnte er den Bezug zur Gegenreformation nicht herstellen. Wie wenn er diese „reinigende“ Auseinandersetzung angestrebt hätte, prägte er den Spruch, den Adolf Hitler später während seiner „Wiener Jahre“ auf einem kitschig gestickten Band über seinem Bett hängen gehabt haben soll: „Schon Jahn sagte, das deutsche Volk soll sich selber helfen und fremde Hilfe ablehnen, jetzt wird es wahr; Ohne Juda, ohne Rom, bauen wir Germaniens Dom!“¹³⁴⁰

1.2 Das Losbrechen des Sturmes

Die Sprachenverordnungen Badenis wurden am 4. April 1897 erlassen und am 9. April in der Wiener Zeitung veröffentlicht.¹³⁴¹ Datiert waren sie mit dem 5. April 1897. Eine gleichlautende Ausgabe für Mähren erfolgte am 22. April.

Obwohl und gerade weil es sich um einen Akt der Exekutive gehandelt hatte, tangierten die Verordnungen sofort die parlamentarische Arbeit, die chaotisch genug begann: Weil sich die Konstituierung der Majorität verzögert hatte, wählte das Abgeordnetenhaus erst am 6. April seine drei Präsidenten. Auch die Gegenstimmen der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Fortschrittspartei und der Alldeutschen, die sich an der Wahl nicht mehr beteiligt hatten, hätten die deswegen

1338 Abgedruckt In: Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 12 vom 1. Juni 1897, S. 133f. Vgl. Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 18. Sitzung vom 28. Mai 1897, S. 1062.

1339 Nachdruck eines Artikels des „Sächsischen Vogtländer Anzeigers“ mit diesem Wortlaut, In: Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 12 vom 1. Juni 1897, S. 137f. Die Datumsangabe Sonntag, 23. Mai 1896 ist unrichtig. Der 23. Mai 1896 fiel auf einen Samstag und paßt nicht im Kontext.

1340 Ebd.

1341 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 6. Sitzung vom 9. April 1897, S. 238. Begründung des Dringlichkeitsantrages Funke mit einer genauen Chronologie der Sprachenverordnungen.

mit absoluter Mehrheit ausgefallene Entscheidung zugunsten des Klerikalen Theodor Kathrein, des Polen David Ritter von Abrahamovicz und des Jungtschechen Karel Kramář nicht verhindern können. Da aber nach der Meinung der Gruppe der Linken die Minorität bei der Zusammensetzung des Präsidiums nicht genügend berücksichtigt worden wäre, erfolgte sofort eine Verwahrung.¹³⁴² Lachstürme löste nur Georg von Schönerer aus, der bei seiner neuerlichen Angelobung als Abgeordneter seit dem Jahre 1888 eigenmächtig die Worte hinzufügte, „insbesondere gelobe ich, jederzeit für die Rechte und Interessen des deutschen Volkes in Österreich einzutreten.“¹³⁴³

Die danach eingebrachten Dringlichkeitsanträge gegen die Sprachenverordnungen ließen die schärfste Opposition für die Beratungen des ungarischen Ausgleichs erwarten. Während die Fortschrittspartei und die Deutsche Volkspartei die sofortige Aufhebung der Verordnungen wegen Nichtbeachtung der Gesetzgebung und wegen Erlassung „nur im einseitigen Einvernehmen mit den Vertretern des tschechischen Volkes, ohne gleichzeitige Zustimmung der Vertreter des deutschen Volkes“ verlangten, hörte sich der Antrag der Alldeutschen auf sofortige Vorlage der Verordnungen und der Besprechung ihres Inhalts¹³⁴⁴ fast harmlos an. Karl Hermann Wolf beispielsweise fiel dazu nur das Wort „Komödie“ ein.

Deutlich mehr Schwierigkeiten hatte der Kärntner Otto Steinwender, die Sprachenverordnungen zu verdammen, da er in seiner Partei föderalistischen Bestrebungen noch am nächsten stand und das „Linzer Programm“ mit den Forderungen nach einer Abtrennung Galiziens und der Bukowina gemäß dieser staatsrechtlichen Grundsätze auslegte. Indem er die Befürchtung äußerte, daß der „Unfug auch in Slowenien“ losgehen würde und die niederen Klassen als Folge des erbiterten Nationalitätenstreits der Mittelstände die „Flucht in den rettenden Hafen der Sozialdemokratie“ antreten könnten, trat er dafür ein, heikle Nationalitätenfragen für jeden Volksstamm getrennt zu behandeln. Mit dieser zweifellos vorausschauenden Haltung verstrickte er sich jedoch in einen heillosen Widerspruch, mußte er doch fast zwangsläufig in das Konzert der Linken einstimmen, die Regelung von Sprachenfragen in Form von für alle Kronländer gültigen Reichsgesetzen zu fordern, um komplizierteste verfassungsrechtliche Verwicklungen hintanzuhalten.

Badeni nutzte diese anfängliche Ratlosigkeit, um geschickt gegen die Dringlichkeitsanträge zu agitieren, indem er die Sprachenverordnungen auf eine Basis der Gleichberechtigung stellte und sie als Mittel zur „Anbahnung friedlicher, auf wechselseitiger Anerkennung ... des gleichen Rechts beider Volksstämme“ beruhender Verhältnisse bezeichnete. Der Regierung wäre quasi eine Mittlerfunktion zugekommen, da „diese Frage nicht im Einverständnis beider Volksstämme geregelt werden konnte, ... es wäre für die Regierung gewiß bedeutend bequemer gewesen, die Austragung dieser Frage beiden Volksstämmen zu überlassen“. Dieser an sich klugen Taktik folgte sofort wieder eine seiner Ungeschicklichkeiten: „Was ... die Frage der Kompetenz der Regierung ... be-

1342 KOLMER, GUSTAV, *Parlament und Verfassung in Österreich*, Bd. 6 (1895–1898), S. 219.

1343 *Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates*, XII. Session, 3. Sitzung vom 6. April 1897, S. 97.

1344 Ebd., S. 103f.

trifft, so hält die Regierung an dem Grundsatz fest, daß die Bestimmung der Amtssprache der Staatsbehörden ein Recht der Exekutive ist und daher im Verordnungswege zu erfolgen hat. Tatsächlich ist auch dieser Grundsatz seit Beginn der konstitutionellen Ära von allen unseren Amtsvorgängern in der Praxis stets aufrecht gehalten worden“. Was allzusehr nach einer Trotzreaktion des seligen Taaffe klang, ließ die Liberalen den Verfassungsstaat in Gefahr sehen. Müheles gelang es Schönerer später immer wieder, diese denkbar schwächste gewählte Verteidigungslinie, an der Badeni festhalten sollte, einzurennen, wonach sich die Tatsache, daß ein ehemaliges Kabinett am Parlament vorbeiregiert hatte, nun in alle Zukunft wiederholen müsse. Triumphierend wiederholte er im Oktober 1897, daß Badeni im April „nicht in der Lage war, nur ein Gesetz anzuführen, welches der Regierung das Recht gibt, die Regelung der Amtssprache im Verordnungsweg zu verfügen“. ¹³⁴⁵

Als Karl Hermann Wolf am 9. April 1897 in einem Leitartikel der „Ostdeutschen Rundschau“ zur radikalen Opposition aufrief, hatte es gerade einmal drei Tage gedauert, bis die Alldeutschen aus ihrem „Tiefschlaf“ erwacht waren, um die durch die Sprachenverordnungen geschaffenen Möglichkeiten zu erkennen: Es ging ihnen dabei nicht um gesetzliche Lösungsmöglichkeiten – auch Badeni diente nur als williges Opfer, das sich immer mehr in ihren Netzen verfangen sollte, als Streichholz, um eine Initialzündung auszulösen –, sondern um den großen Wurf, der nicht alleine auf den Sturz des Ministerpräsidenten hinzielte, sondern auf einen wenn auch nicht in allen Konsequenzen durchdachten Sturz des Gesamtstaates. Schönerer hatte sehr schnell begriffen, daß er die isolierte Linke vor sich hertreiben konnte, wenn er das „Erlernen einer Sprache“ mit einer „Demütigung, Schädigung, ja Lebensbedrohung“ glaubhaft gleichsetzen konnte. Wiederholt hat er sich dafür bedankt, daß ihm der Augenblick vergönnt war, einen Kampf mit einem großen Auftritt zu entfesseln.

Die Sprachenverordnungen eröffneten aber auch die Gelegenheit des Auslotens, wie weit sich die Alldeutschen gegen die Staatsmacht vorwagen konnten: Karl Hermann Wolfs Geschrei nach der „Germania Irredenta“ ¹³⁴⁶, das bei Karl Türk nach der Verurteilung Schönerers noch einen handfesten Skandal im Reichsrat ausgelöst hatte, nahm das Plenum, wenn auch unter dem Gestöhne der Rechten, schon recht gelassen hin. Wolf setzte nach: „Es handelt sich darum, ob das deutsche Volk in dem durch deutsche Kraft geschaffenen und bisher zusammengehaltenen Österreich noch imstande sein wird, eines der frivolisten Attentate abzuwehren.“ ¹³⁴⁷ Als Schönerer un-

1345 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 7. Sitzung vom 6. Oktober 1897, S. 397. Vgl. Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 20 vom 16. Oktober 1897, S. 234.

1346 „Glauben Sie denn, daß die Deutschböhmen aus lauter Begeisterung, wie sie die Sprachenverordnungen gelesen haben, das Kaiserlied und die Volkshymne anfangen zu singen? Auf solche Art wird kein Patriotismus gezüchtigt, auf solche Art unterdrückt man den Patriotismus, nicht wir, nein die Regierung schafft durch solche Verordnungen eine Germania irredenta!“ Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 6. Sitzung vom 9. April 1897, S. 239.

1347 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 6. Sitzung vom 9. April 1897, S. 246.

terbrach und deshalb zur Ordnung gerufen wurde, schüttelte er ein neues Schlagwort aus dem Ärmel: „Deutsches Volksrecht bricht böhmisches Staatsrecht!“

Auch die Rede Karl Iros, mit der er den Dringlichkeitsantrag begründete, glich mehr einem Angriff auf den Staat und die Parteien: „Wir erblicken in den Sprachenverordnungen als Akt bürokratischer Willkür eine neue Phase des Umwandlungsprozesses des österreichischen Staates von einem deutschen in einen slawischen Staat. Die Regierung hat die jungtschechische Partei ... gekauft und den Deutschen einen Faustschlag ins Gesicht verpaßt ... Wer von den Deutschen für diese Verordnung eintritt, der darf sich in Zukunft überhaupt nicht als deutscher Mann bezeichnen ... Wir Deutschen ... haben nicht die geringste Lust, uns von einem polnischen Ministerpräsidenten vergewaltigen zu lassen ... Die Sprachenverordnungen reißen uns Deutsche in Böhmen aus der organisierten Gemeinschaft der übrigen deutschen Ostmark ... Die Herren, welche solche deutschfeindliche Verordnungen herausgeben und dekretieren, dürfen sich nicht wundern und nicht ängstlich von Hochverrat und Preußenseuchelei sprechen, wenn weite Kreise des deutschen Volkes sich vom österreichischen Staatsgedanken mehr und mehr entfernen und sich einzig und allein auf das deutsche Volksbewußtsein stützen“.¹³⁴⁸

Gedacht wurde bereits in „großen Dimensionen“: Der Regierung war die Rolle des Angreifers zugesacht, den Deutschen jene des Verteidigers ihrer Rechte, die Parteien wie die Katholische Volkspartei Dipaulis wurden als Verräter am Deutschtum gebrandmarkt. Diese stimmte nun mit der Rechten gegen die dringliche Behandlung der Anträge und begründete ihr Verhalten mit der nicht gerade glücklich gewählten „Erwägung, daß wir als Fernstehende die Verhältnisse im Königreich Böhmen nicht auf Grund der in der aufgeregten Debatte vorgebrachten Informationen beurteilen können“. Ging es aber darum, das Maß der „Deutschheit“ der Parteien zu bestimmen, so mußte einmal mehr der Antisemitismus herhalten:

Eine am 14. April 1897 ad hoc nach Prag einberufene Versammlung deutschnationaler Reichsrats- und Landtagsabgeordneter der „Deutschen Volkspartei“ Deutschböhmens und der Alldeutschen Partei, die unter dem Vorsitz des Reichenberger Landtagsabgeordneten Karl Schücker stattfand, beschloß, am 9. Mai einen gemeinsamen deutschösterreichischen Parteitag in Dresden abzuhalten. Weil sich die Mitglieder der liberalen „Fortschrittspartei“ entschuldigen hatten lassen, richteten die Teilnehmer dem Vertreter der liberalen Parteileitung, Ludwig Schlesinger als „unerläßliche Bedingung“ aus, daß Juden vom Parteitag ausgeschlossen bleiben sollten, was dieser ablehnte und damit den provozierten Alleingang der Radikalen ermöglichte. Karl Hermann Wolf, der in Prag dem ganzen „Abwehrkampf“ mit der Idee, gegen Badeni und seine Ministerkollegen eine Ministerklage wegen Verfassungsbruches einzubringen, quasi die Krone aufsetzte und mit der Vorbereitung des Parteitages beauftragt wurde, tat sich aber gerade wegen des liberalen Ausschlusses schwer, die Deutschen der Alpen- und Sudetenländer zu einen, was seine zahlreichen Aufrufe in den völkischen Blättern beweisen.¹³⁴⁹ Er brachte dabei sogar den Vorschlag ein, auf

¹³⁴⁸ Ebd., S. 271.

¹³⁴⁹ Egerer Nachrichten, Nr. 31 vom 17. April 1897.

den „Abwehrkundgebungen“ in Böhmen Deutsche der Alpenländer und umgekehrt sprechen zu lassen.

Als probates Mittel, die Sprachenverordnungen im Reichsrat zu bekämpfen, sollte sich schon bald die Obstruktion erweisen. Schönerer zeigte sich dabei als gelehriger Schüler der Jungtschen, die sie bereits im böhmischen Landtag höchst „erfolgreich“ betrieben hatte. Er wurde zum „wahren Meister“ der „technischen Obstruktion“, die nach der Veröffentlichung der Sprachenverordnungen für Mähren am 28. April voll einsetzte und nichts anderes bedeutete als jegliche meritorische Arbeit im Parlament lahmzulegen, jeden Antrag, jeden Entwurf, der auf ein Gesetz hinauslief, zu verhindern, indem man den Beginn der Tagesordnung verzögerte und gleich beim Einlauf die Zeit mit tatsächlichen Berichtigungen, der Verlesung von Petitionen, Anfragen an den Präsidenten und der Diskussion um Verfahrensfragen totschlug.¹³⁵⁰

Auf legalem Weg war dem nicht beizukommen, denn die Geschäftsordnung erlaubte eine Menge solcher Eingriffe – „Mißstände“, wie sie Badenis parlamentarischer Berater, der jüdische Kabinettsdirektor des Abgeordnetenhauses, Sektionschef Heinrich Ritter von Halban (Blumenstock), in einem ganzen Katalog anführte –, deren Behebung man in ruhigen Zeiten verschlafen hatte.¹³⁵¹ Schönerer brauchte nur zu Beginn der Tagesordnung Petitionen aus seinem Wahlbezirk einzubringen und dann zu beantragen, einen 24gliedrigen Ausschuß zur Beratung der Begehreschriften einzusetzen.¹³⁵² Neben weiteren Dringlichkeitsanträgen gegen die „Sprachen(zwangs)verordnungen“ – einmal auf Aufhebung, am nächsten Tag wieder auf gesetzmäßige Behandlung¹³⁵³ – stellte er auch laufend Anfragen an den Justizminister, ob er wisse, daß für das Bezirksgericht XY im rein deutschsprachigen Raum bei den Bewerbungsaussendungen für Gerichtsdienststellen Zweisprachigkeit vorausgesetzt würde. Er brauchte jetzt jeden Tag nur den Namen des Bezirksgerichts zu ändern¹³⁵⁴, um seine Zwecke zu erreichen. Halban hob dabei immer wieder die politische und psychologische Zwangslage hervor, in der sich die Parteien der Minorität wegen des übermäßigen Druckes befanden, den Schönerer und Wolf auf sie ausübten.¹³⁵⁵

Die Alldeutschen begannen die öffentliche Meinung nicht nur durch ihre spektakulären Auftritte im Reichsrat, sondern auch außerhalb zu mobilisieren, wobei sie mit einer perfekteren Inszenierung versuchten, das Deutsche Reich aktiv in die Auseinandersetzung um die Sprachenverordnungen einzubeziehen.

1350 HÖBELT, Lothar, Kornblume und Kaiseradler, S. 179.

1351 WANDRUSZKA, Adam, Die Krisen des Parlamentarismus 1897 und 1933. Gedanken zum Demokratieverständnis in Österreich, In: NECK, Rudolf / Adam WANDRUSZKA (Hg.), Beiträge zur Zeitgeschichte. Festschrift für Ludwig Jedlicka zum 60. Geburtstag, St. Pölten 1976, S. 64.

1352 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 16.

1353 So zum Beispiel: Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 7. Sitzung vom 28. April 1897, S. 324.

1354 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 10 vom 1. Mai 1897, S. 110.

1355 WANDRUSZKA, Adam, Die Krisen des Parlamentarismus 1897 und 1933, S. 64.

Den Anfang machte Franz Stein, der am Ostersonntag eine für alle Beteiligten unangenehme Lage schuf: In bewußter Nachahmung der unter freiem Himmel stattfindenden „Tabory-Treffen“ der Jungtschechen – einer Spezialität aus den Hussitenstürmen – organisierten Radikale am 19. April 1897 auf der „Agnesruhe“, einem Wald bei Bad Elster an der sächsisch-böhmischen Grenze, eine Protestversammlung gegen die Sprachenverordnungen. Stein trat vor 8000 Deutschösterreichern und Reichsdeutschen als Hauptredner auf¹³⁵⁶, was er später als „eine der schönsten Erinnerungen meines Lebens“¹³⁵⁷, vermerkte, konnte er dort doch das erste Mal eine „nationale Verbindung“ zu den anwesenden Arbeitern herstellen.

Zunächst dürfte es ihm aber mehr um die Provokation der Staatsmacht gegangen sein. Nachdem sein Vorredner, der Schriftleiter der „Ascher Zeitung“ und Obmann des „Bundes der Deutschen in Böhmen“, Tins, von einer geistigen und nationalen Zusammengehörigkeit aller Deutschen gesprochen hatte, die keine Grenzpfähle trennen könne, bezeichnete Stein die Versammlung als „Scherbengericht gegen Badeni“ und schrie mehrmals das Schönerer-Zitat, „Uns Deutschen braucht um unsere Zukunft nicht bange zu sein“, in die Menge. Als er auch noch beantragte, „Drahtgrüße“ an den greisen Alt-Reichskanzler Bismarck zu schicken, „ob er nicht gesonnen sei, ein gewichtiges Wort zugunsten der bedrückten Deutschen in der Ostmark zu sprechen“ und die „Wacht am Rhein“ intonierte¹³⁵⁸, war für die Behörden wieder einmal das berühmte „Maß“ voll: Die Staatsanwaltschaft leitete gegen Stein und Tins, die als Nicht-Abgeordnete keine Immunität genossen, Voruntersuchungen wegen Hochverrats ein.

Für die Regierung wurde die Versammlung weniger wegen des geschickt im „Hammer“ lancierten Gerüchts, eine etwaige Verhandlung werde aufgrund der Sprachenverordnungen vor tschechischen Geschwornen stattfinden¹³⁵⁹, unangenehm, sie sah sich geradezu genötigt, derartige „Volkstage“ in Zukunft zu verbieten, was nicht gerade zur Beruhigung der entspannten Lage beitrug.

Auf Bad Elster folgte das Verbot eines Volkstages in Eger mit dem Hinweis, „daß die in letzter Zeit bei derartigen Anlässen zu Tage getretenen unpatriotischen ... Kundgebungen, welche sogar über die Reichsgrenze getragen wurden, das öffentliche Wohl gefährden.“¹³⁶⁰ Der Aufruf zu dieser, für den 2. Mai 1897 angesetzten Versammlung, erscheint es wert, im ganzen Wortlaut wiedergegeben zu werden, denn die Diktion hatte sich völlig verändert, war doch beispielsweise binnen weniger Wochen aufgrund des „Treibens der volkslosen, internationalen Sozialdemokratie“ der „Genosse“ zum „Volksgenossen“ geworden: „Deutsche Volksgenossen! In dieser Versammlung wollen wir kundgeben, daß wir nicht willens sind, das uns zugedachte slawische Joch auf uns zu

1356 Egerer Nachrichten, Beilage zu Nr. 32 vom 24. April 1897. Wegen der nun immer häufigeren Beschlagnahme vor allem der deutschböhmischen Auflagen wiesen die Zeitungen immer öfter Beilagen auf.

1357 STEIN, Franz, Der Rufer der Ostmark. Georg Schönerers Leben und Kampf, S. 64.

1358 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 19.

1359 Der Hammer, Nr. 3 vom 17. Juni 1897, S. 23.

1360 Zitiert In: Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 11 vom 1. Juni 1897, S. 124.

nehmen. Möge jeder Deutsche... politischen Hader vergessend, sich mit einreihen in die Kampfgenossenschaft für Deutsches Recht, Deutsche Freiheit und Deutsche Ehre.“¹³⁶¹ Nur „Deutsche Bürger, Bauern und Handwerker“ sollten zu diesem Bündnis angeregt werden, die Industriearbeiterschaft aber schien nicht gefragt zu sein.

Der trotz des Verbotes abgehaltene Volkstag gipfelte in einer Kundgebung für den „deutschen Volkskaiser“ Josef II., Sinnbild der deutschen Vorherrschaft in einem zentralistischen Gesamtstaat. Dieses während der Badeni-Tage oft wahrzunehmendes Phänomen des Mißbrauchs seiner Person für nationalen Haß nicht ohne Anspielungen auf die revolutionären Umtriebe des Jahres 1848, half, die Untertöne gegen den regierenden Habsburger „straffreier“ zu transportieren. Da es in Eger zu ersten Zusammenstößen mit eigentlich Zolldienst versehenen Gendarmerieeinheiten gekommen war, worauf die Beteiligten nach Bayern „flüchten mußten“, hagelte es im Abgeordnetenhaus weitere Anfragen wegen der „Verletzung der Autonomie der deutschen Stadt Eger“.

Parteitage konnten hingegen nicht so leicht verboten werden und erfreuten sich einer plötzlichen Beliebtheit, die wiederum das Lagerdenken förderte. Statt Ideologie wurden jedoch neue Kampfstrategien vereinbart und Trennlinien zu den anderen Parteien hervorgehoben. Unter der Parole „Nieder mit Badeni und den schwarzen Volksverrätern“ sprach der durch die Schönerianer verstärkte, parallel zum Egerer Volkstag abgehaltene Parteitag der Deutschen Volkspartei in Reichenberg – die Liberalen tagten zur gleichen Zeit in Teplitz – den deutsch-klerikalen Abgeordneten die „schärfste Mißbilligung für die schmachvolle Verleugnung ihrer deutschen Abstammung“ aus.¹³⁶² Mit Politik hatte dies schon lange nichts mehr zu tun. Was radikale Zeitungen längst angeregt hatten¹³⁶³, verkündete der ehemalige liberale Reichsratsabgeordnete Eduard Strache, daß nämlich die deutschen Gemeinden Böhmens gewillt seien, die ihnen vom Staat im übertragenen Wirkungskreis zugedachten Arbeiten, wie die Steuereinhebung und die Aushebung der Rekruten, zu verweigern. Tatsächlich gründete sich diese „Kampfmaßnahme“, der sich viele Gemeinden nach dem 15. Juli 1897 bedienten, auf einer gesetzestreuen Auslegung eines Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes, wonach Gemeinden zu einer Mitwirkung im übertragenen Wirkungsbereich dann nicht verpflichtet wären, wenn sie durch Verordnungen und nicht durch Gesetz dazu bestimmt waren. „Mit Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Mitteln der schärfsten Opposition auf die Aufhebung der Sprachenverordnungen hinzuarbeiten“, das hieß auf den Sturz des Ministerpräsidenten¹³⁶⁴, und „Rücksichtsloser Widerstand bis zum Stillstand der Tätigkeit der Vertretungskörper und bis zum Verlassen derselben“, so lauteten die Kampfansagen, mit denen die Abgeordneten von Reichenberg aus ihre Heimreise nach Wien antraten.¹³⁶⁵ „Wir deutschen Ostmärker müssen den Hebel ansetzen, um den österreichischen Regierungen Respekt vor

1361 Egerer Nachrichten, Nr. 33 vom 28. April 1897.

1362 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 17.

1363 Beispielsweise Egerer Nachrichten, Nr. 34 vom 1. Mai 1897.

1364 CHARMATZ, Richard, Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907, Bd. II, S. 110.

1365 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 228.

unserem Volk beizubringen“, schrieb Schönerer wenige Tage später in den „Unverfälschten Deutschen Worten“.¹³⁶⁶

Auffallend sind die seltsamsten Verquickungen, mit denen die Alldeutschen für jedermann leicht verständliche Gleichsetzungen konstruierten, um den „neuen“ alten Gegner an „empfindlichen“ Stellen zu treffen. „Konfessionelle Schule heißt auch jüdische Schule“, lautete die Parole gegen die Schulaufsicht, die der israelitischen Kultusgemeinde gleichfalls zustand. Die Juden wären in das Gewand von Priestern geschlüpft, um den Staat auszuhöhlen. Über Allem stand die Angst vor Reaktion und Gegenreformation: „Soll die Sonne Österreichs sich wieder mit Jesuitenhüten verdunkeln“, fragten besorgt die „Egerer Nachrichten“ des Herausgebers und Schriftleiters Laurenz Hofer, der 1898 in einer Nachwahl für die Schönerianer in den Reichsrat ziehen sollte.¹³⁶⁷ Alles sollte vertilgt werden, was inter-national war: Mit den Sprachenverordnungen am besten auch gleich die „verjudete Sozialdemokratie“. Als Rabbi Bloch in seiner „Österreichischen Wochenschrift – Zentralorgan für die gesamten Interessen des Judentums“ einen Artikel, „Die Juden und der österreichische Sprachenstreit“, mit den gut gemeinten Worten schloß, „man muß sich vertragen lernen, wer sich entmündigt fühlt, wenn man ihm die Kenntnis einer österreichischen Landessprache zumutet, taugt nicht zum Beamten“, ¹³⁶⁸ führten ihn die Alldeutschen als „letzten Beweis auch für das verschrobenste Gehirn“ an, daß „der Jude nie und nimmer Deutscher ist, er ist immer Jude ... Jude und nationales Eingeständnis sind Dinge, die sich ausschließen. Die Sprachenverordnungen gehen ihn auch nichts an“. ¹³⁶⁹ Eine Beschwerde Iros wegen des behördlichen Vorgehens bei den Vorgängen um den Volkstag von Eger richtete sich auch gegen die Beschlagnahme der Einladungen, die mit dem Aufdruck versehen waren: „Nachdem bei dieser Versammlung nur eine rein deutsche Angelegenheit verhandelt wird, sind Juden selbstverständlich von der Teilnahme ausgeschlossen.“¹³⁷⁰

Am 4. Mai brachte Schönerer im Reichsrat einen Antrag auf gesetzliche Sicherstellung der deutschen Staatssprache ein. Mit der Wiederholung liberaler Argumente konnte er sich zumindest die Zustimmung der national gesinnten Beamtschaft sichern, machte er doch einmal mehr geltend, daß im Sinne der „Gleichberechtigung“ auch in Ungarn die ungarische Sprache Staatssprache wäre. Es konnte dabei aber auch nicht anders sein, daß mit seinem Begehren die Verwirklichung der Sonderstellung Galiziens und der Bukowina, sowie die Ausscheidung Dalmatiens aus dem österreichischen Staatsverbandes verknüpft war.¹³⁷¹ Zu den ersten schweren Tumulten im Reichsrat kam es aber gleich zwei Tage später, am 6. Mai 1897, anlässlich der Verhandlungen der von der „Deutschen Fortschrittspartei“, von der „Deutschen Volkspartei“ gegen

1366 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 10 vom 16. Mai 1897, S. 107.

1367 Egerer Nachrichten, Nr. 36 vom 8. Mai 1897.

1368 Österreichische Wochenschrift. Zentralorgan für die gesamten Interessen des Judentums, Nr. 20 vom 14. Mai 1897.

1369 Egerer Nachrichten, Nr. 40 vom 22. Mai 1897.

1370 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 19.

1371 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 9. Sitzung vom 4. Mai 1897, S. 485. Vgl. PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 17f.

die Stimme Steinwenders und von „Schönerer und Genossen“ am 30. April eingebrachten Ministeranklagen gegen Badeni und die Minister, die die Sprachenverordnungen unterzeichnet hatten. Sie erreichten ihren ersten Höhepunkt, als dem Präsidenten Kathrein infolge des Lärmpegels die Glocke, mit der er zu heftig zur Ordnung gerufen hatte, in der Hand zerbrach. Nicht weniger als 68 Redner hatten sich für die drei Tage anberaumten Verhandlungen gemeldet. Zunächst verlas Graf Badeni eine schriftliche Erklärung, in der er gegen die Vorwürfe Stellung nahm, aber frei nach englischem „case law“ Recht über die Aufzählung ähnlicher Fälle, bei denen ebenfalls der Verordnungsweg beschritten wurde, wenig hinauskam: „Den Verordnungen liegt in erster Linie die Tendenz zu Grunde, Vorkehrungen zu treffen, damit die Behörden sich mit dem von den Parteien tatsächlich frei geübtem Sprachgebrauch in volle Übereinstimmung setzen“ können. Er bereicherte die Diskussion mit einem Novum, denn Badeni behauptete nun, die Verordnungen enthielten überhaupt keine wesentlichen Neuerungen.¹³⁷²

Am selben Tag begann der lange andauernde Emanzipationsprozeß Karl Hermann Wolfs von Georg von Schönerer und den Alldeutschen, als Wolf versuchte, das radikale Ruder an sich zu reißen. Wolf hielt eine, in der Öffentlichkeit und von den Nationalen verschiedenster Lager vielbeachtete Rede, die alte „Streitpunkte“ berührte, obwohl sie teilweise im Lärm unterging: „Es ist eine kulturelle Selbstverständlichkeit, daß nicht alle Nationen gleichwertig sein können. (Auf einen Widerspruch) Also ich bitte Sie, dann setzen Sie die Kultur der Zulus, die Kultur der Eskimos und die Kultur der Franzosen gleich. (Es erfolgte nun wegen des Lärms eine Wiederholung bis zum ersten Widerspruch) ... denn diejenigen Nationen, die aus sich selbst heraus organisch eine Kultur geschaffen haben, stehen natürlich an kulturellen Werten höher, als diejenigen, deren Kultur die Nachahmung einer Nation sind (Gelächter) oder die nur die Schüler der anderen Nationen sind ... Jetzt haben wir gesehen, daß wir uns von den Tschechen, von den Slowenen und anderen, im Vergleiche mit dem Deutschen Volke kulturell tief minderwertigen Nationalitäten unterscheiden, ... denn jeder, der die Geschichte kennt, weiß doch, daß das deutsche Volk ein Kulturvolk schon gewesen ist, wie von den Tschechen noch gar nicht die Rede war, ... daß die Tschechen in ihrer ganzen Kultur nur Schüler der Deutschen sind und alles, was sie an Kultur und Literatur produzieren, nur eine Übersetzung aus dem Deutschen ist.“¹³⁷³

Justizminister Gleispach tappte immer noch im Dunklen, als er den mittlerweile weitläufigen Konflikt auf das hohe Haus und die Sprachenverordnungen einengte. Die Ministeranklagen standen aber längst nicht mehr für eine „parlamentarische Taktik“, wie sich Gleispach schlafwandlerisch auszudrücken pflegte. Das Kabinett glaubte immer noch, die Obstruktion aussitzen zu können. Es wurde dabei noch durch die Christlichsozialen bestärkt, die die „Brotfrage des arbeitenden Volkes“ in den Vordergrund stellten, der mit der Stillegung des Parlaments der größte Schaden

1372 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 10. Sitzung vom 6. Mai 1897, S. 512f. Vgl. FISCHL, Alfred (Hg.), Materialien zur Sprachenfrage in Österreich, S. 168f.

1373 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 10. Sitzung vom 6. Mai 1897, S. 523.

zugefügt werde. Außerdem hielten sie das Ganze für eine „jüdische Machination“ (!).¹³⁷⁴ Auch das nicht von „christlichsozialen Unterströmungen“ freie Verhalten der alpenländischen „Deutschen Volkspartei“ machte der Regierung wieder Mut, daß die zwei „deutschesten“ Parteien bei einer Eskalation der angespannten Lage nicht mitziehen würden, denn wie die Christlichsozialen wollte auch die Volkspartei wenigstens wirtschaftliche Fragen von der Obstruktion ausgenommen wissen.¹³⁷⁵ Steinwender mußte erst mit Ausschlußdrohungen und mit der Bestellung des Ex-Schönerianers August Kaiser zum vorläufigen geschäftsführenden Obmann gebändigt werden, um die Partei neuerlich auf Obstruktionskurs zu bringen.¹³⁷⁶ Die Parteigräben vertieften sich dadurch aber zusehends: Bei der Abstimmung über die Anträge der Anklageerhebung am 8. Mai 1897, die mit 203 gegen 163 Stimmen fielen,¹³⁷⁷ kam es bereits zu den ersten Handgreiflichkeiten.

Der von Wolf organisierte radikale Parteitag vom 9. Mai in Dresden, zu dem die Fortschrittspartei wegen der „Judenfrage“ nur Beobachter entsandt hatte, wurde zwar wegen des von den sächsischen Polizeibehörden österreichischen Rednern umgehängten Maulkorbes zu einem getarnten Freundschaftstreffen mit der dort ansässigen antisemitischen „Deutschsozialen Reformpartei“¹³⁷⁸, fand aber in einer Abschlusserklärung nicht weniger drastische Worte: „Wir halten es angesichts der jüngsten Vorstöße des Slawentums gegen alten deutschen Besitz für unsere heilige Pflicht, die unzertrennbare Zusammengehörigkeit aller Deutschen ohne Unterschied der ... Staatsangehörigkeit ... aufs neue feierlichst zu betonen und fordern daher das ganze deutsche Volk auf, den slawischen Gelüsten mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten! Unsere ostmärkischen Volksgenossen bitten wir, den ihm aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und ihn durchzuführen mit deutscher Rücksichtslosigkeit bis zum endlichen Siege!“¹³⁷⁹

War in diesem „Auftrag“ auch der Kampf zur Pflicht erklärt worden, den nun wiederum die Verfassungstreuen als „unpatriotisch“ ablehnten, so kristallisierte sich doch immer mehr eine, nach den Worten Dumreichers „Deutsche Gemeinbürgerschaft“ heraus, welche die treibenden Kräfte Funke, Lecher und Zdenko Schücker in der Fortschrittspartei und Sylvester und Lemisch in der Volkspartei aufzuweisen hatte, die allesamt im Schlepptau Schönerers segelten. In einer von den fast 100 in diesen Monaten abgehaltenen Wanderversammlung des „Bundes Deutscher Landwirte“ vor den Bauern Nordböhmens sinnierte er Ende April: „Lesen Sie die Geschichte, ob sie die großen Massen gemacht haben, diese haben sie nur dann gemacht, wo einzelne Männer den richtigen Weg gezeigt haben und ihnen die Masse Gefolgschaft geleistet und so zu Gunsten ihrer Vorkämpfer entschieden hat“.¹³⁸⁰

1374 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 25.

1375 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 228.

1376 HÖBELT, Lothar, Kornblume und Kaiseradler, S. 181.

1377 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 12. Sitzung vom 8. Mai 1897, S. 649.

1378 Egerer Nachrichten, Nr. 36 vom 8. Mai 1897.

1379 Abgedruckt In: Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 10 vom 16. Mai 1897, S. 107.

1380 Egerer Nachrichten, Nr. 33 vom 28. April 1897.

1.3 Obstruktion

Schon Ende Mai begannen die alldeutschen Zeitungen zu jubeln, die Ausgleichsverhandlungen seien endgültig gescheitert. Ihre Spalten begannen sich mit Glückwünschen aus dem Reich zu füllen. So schickten die Ortsgruppen Kiel, Berlin, Hamburg und Dresden des „Alldeutschen Verbandes“ ein „Heil und Sieg im Kampfe wider tschechische Anmaßung und pfäffische Arglist“. ¹³⁸¹ Der von Schönerer so lange erwartete „psychologische“ Rückhalt aus dem Reich war zumindest in einem Teil der deutschen Öffentlichkeit durch die Presse, die Hochschulen und die Werbetätigkeit der radikalen Parteien erweckt worden, während sich die deutsche Reichsregierung und der Reichstag in größter diplomatischer Zurückhaltung übten. ¹³⁸² Im österreichischen Reichsrat verwandelte sich hingegen bereits am 18. Mai 1897 die technische zur gewaltsamen Obstruktion. Gewalt taten zunächst beide Seiten nur der Geschäftsordnung an: Die Majorität machte einen letzten verzweifelten Versuch, zur Tagesordnung zu gelangen, während die Linke alles daransetzte, den parlamentarischen Ablauf durch die ermüdende Verlesung von Petitionen gegen die Sprachenverordnungen und durch Dauerreden zu verhindern. Als probates Mittel erwies sich, sich von den eigenen Parteikollegen gar nicht erst zu Wort kommen zu lassen, wie dies Zdenko Schücker praktizierte, der vier ganz Sitzungen immer wieder eine Rede mit „Hohes Haus“ begann, um scheinheilig das Präsidium zu bitten, für Ruhe zu sorgen. ¹³⁸³ Das bekanntlich von der Majorität gewählte Präsidium zeigte sich immer ohnmächtiger, was ihm angesichts der zur Gewohnheit werdenden Bedrohung durch die Abgeordneten nicht zu verübeln war, die nun regelmäßig die Ministerbank und die Präsidententribüne umringten. Auch die Regierungsvertreter verließen immer öfter den Saal und postierten eine „tschechische Schutzwache“ vor ihrer Bank. Was hätten die Präsidenten auch tun sollen, außer „zur Ordnung“ oder „zur Sache“ zu rufen, wenn Abgeordnete unaufgefordert zu reden begannen und sich durch nichts davon abbringen ließen. So wurden in der Sitzung vom 24. Mai 1897, die von 11.20 Uhr bis 20.30 Uhr dauerte, unter dauerndem Lärm nur Petitionen und Dringlichkeitsanträge verlesen, unterbrochen nur von Schückers „Hohes Haus“ und stundenlangen Zwischenrufen. Der Majorität schwebte nun als einziger „Ausweg“ eine möglichst „weite Auslegung“ der Geschäftsordnung vor, was aber schon am 18. Mai dazu führte, daß sich die Sozialdemokraten wegen der Verweigerung einer von ihr beantragten Abstimmung der Obstruktion anschlossen. ¹³⁸⁴

Mit gezielten Vorstößen wollte die Rechte in erster Linie die unsinnigen zehnminütigen Pausen vor der namentlichen Abstimmung über die Petitionen einschränken, die sogar dazu führten, daß

¹³⁸¹ Egerer Nachrichten, Nr. 35 vom 5. Mai 1897.

¹³⁸² RUDERT, Wolfgang, Die Stellung des deutschen Reiches zur innerösterreichischen Lage, S. 60.

¹³⁸³ Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 16. Sitzung vom 18. Mai 1897, S. 859.

¹³⁸⁴ Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 16. und 17. Sitzung vom 18. und 24. Mai 1897, S. 857 und 873. Vgl. KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 259.

sie ein Abgeordneter verlangte, um über sein Votum nachzudenken. Der Jungtscheche Josef Kaizl stellte in der Sitzung vom 24. Mai einen diesbezüglichen Antrag, die Pausen bei einfachen Fragen formeller Natur nicht mehr zu bewilligen. Auf ein Zeichen schnellte nun die Rechte von ihren Sitzen hoch und ehe es die Linke in dem Lärm überhaupt mitbekam, war dieser positiv erledigt. Diese Vorgangsweise rief erwartungsgemäß eine Eskalation der Lage hervor. Als die Sitzung vom 26. Mai nicht wie üblich geschlossen, sondern nur unterbrochen und am 28. Mai einfach fortgesetzt wurde¹³⁸⁵, um den Einlauf der Petitionen zu umgehen, spitzte sich die Situation dramatisch zu: Die Abgeordneten der Fortschrittspartei riefen nach einer Anklage des Präsidiums wegen Rechtsbruches der Geschäftsordnung, der nun zweifellos gegeben war. Die Schönerianer forderten den Rücktritt nicht wie sonst der Minister deutscher Herkunft¹³⁸⁶, sondern der ganzen Regierung. Auch die Verfassungstreuen wankten nun plötzlich trotz ihrer bisher neutralen Haltung beachtlich. Joseph Maria Baernreither verlas in einer Erklärung, „daß wir zu der Art und Weise, wie die Geschäftsordnung von den beiden Herren Vizepräsidenten ausgelegt und gehandhabt wird, nicht schweigen können und daß wir diese Auslegung und Anwendung nicht zu billigen vermögen“.¹³⁸⁷ Schönerer, der in diesen Tagen der Rechten mit dem „furor teutonicus“ gedroht hatte, genügte dies noch lange nicht: Einer am 1. Juni 1897 vom Klerikalen Viktor von Ebenhoch vortragenen Erklärung der Majorität, mit der sie gegen die Verhinderung jeglicher politischer Arbeit auf Kosten der Steuergelder des Volkes protestierte¹³⁸⁸, erwiderte er: „Ich erlaube mir zu erklären, daß wir mit allen Mitteln, soweit wir sie vor unserem deutschen Gewissen zu verantworten vermögen, auf Grund der Geschäftsordnung jede Tätigkeit des Parlaments insolange zu hindern trachten werden, als die das deutsche Volk demütigenden Sprachenzwangsverordnungen nicht ohne Vorbehalt zurückgezogen sein werden. Wir halten diesen Standpunkt durch das nationale Ehrgefühl für geboten und werden diesen unbedingt festhalten“¹³⁸⁹. Iro schlug Ebenhoch vor, sich „eine österreichische Sprache zu erfinden“, aber nicht mehr in deutscher Sprache zu sprechen.

Am nächsten Tag, dem 2. Juni 1897, wurde auf Betreiben Badenis und mit Zustimmung des Kaisers, die XII. Session des Reichsrates nach 28 Jahren „wegen der gewaltsamen Verhinderung an der Ausübung der dem Reichsrat verfassungsmäßig obliegenden Tätigkeiten“ vorzeitig geschlossen und nicht wie sonst vertagt.¹³⁹⁰ Außer der Genehmigung einer „Kaiserlichen Verord-

1385 Stenographisches Protokoll, Haus der Abgeordneten, XII. Session, Fortsetzung der 18. Sitzung vom 26. Mai 1897 am 28. Mai 1897, S. 983.

1386 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 17. Sitzung vom 14. Mai 1897, S. 951.

1387 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 18. Sitzung vom 28. Mai 1897, S. 991.

1388 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 19. Sitzung vom 1. Juni 1897, S. 1094.

1389 Ebd., S. 1099.

1390 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 20. Sitzung vom 2. Juni 1897, S. 1150.

nung betreffend die Staatshilfe für den Notstand“ hatte während des gesamten Monats Mai kein einziges Gesetz den Reichsrat passiert.

1.4 Der Egerer Volkstag

Graf Badeni hatte aus mehreren Gründen den Reichsrat schließen lassen. Neben dem Versuch, mittels eines „time outs“ Zeit zu gewinnen, wollte er mit den Parteien in neuerliche Verhandlungen treten. Wie aber hätte er dazu nur einen einzigen Abgeordneten der Linken überzeugen können, als er „im Allerhöchsten Auftrag“ den Reichsrat mit den Worten schloß, daß „der Gang der öffentlichen Angelegenheiten eine dem Staatsinteresse abträgliche und den klaren Bestimmungen der Verfassung zuwiderlaufende Hemmung erfahren“ habe und sich die Regierung „als Gebot der staatlichen Notwendigkeit“ verpflichtet fühle, diese „Beeinträchtigung unter allen Umständen hintanzuhalten“? Der Vorwurf, er sei es gewesen, der mit den Sprachenverordnungen das Pulverfaß angezündet hätte, blieb ihm nicht erspart. Noch weniger aber wollten sich die Parteien der Linken unter ein „Staatsinteresse der Regierung“ stellen, was nichts anderes bedeutet hätte, einen Ausgleich mit Ungarn, den noch dazu viele als ungünstig für die cisleithanische Reichshälfte qualifizierten, durch eine weitere gekaufte Mehrheit absegnen zu lassen. Die Linke nutzte im Gegenteil die Zeit, um die Agitation in ihre Wahlkreise zu verlegen.

Badeni hätte zu diesem Zeitpunkt auch ohne eines Wissens des noch Kommenden zurücktreten müssen, seine Lage war aussichtslos geworden und wurde im Hinblick auf die unerledigten Gesetzesentwürfe zwingend. Auch die gegen seinen Willen zustandegekommene rechte Koalition erwies sich als brüchiger denn je. Mit Badenis Rücktritt hätten die Sprachenverordnungen in modifizierter Weise fortbestehen können, zurücknehmen konnte er sie nicht mehr, wenn er nicht auch noch einen tschechischen Sturm auslösen wollte.

Aber der polnische Graf hatte sich bereits in dem ausgelegten Netz verstrickt, das sich immer mehr zuzog und wohlgemerkt für die verfassungsrechtlichen Institutionen, nicht so sehr für die Autoritäten des Staates von Gefährlichkeit war: Mit der vom Kaiser erbetenen Schließung des Reichsrates verfolgte er einen bereits im Ministerrat vom 29. Mai 1897 verkündeten Plan, anders als bei einer Vertagung, den Abgeordneten, die sich bei der Eröffnung der Session neu konstituieren mußten, die parlamentarische Immunität zu entziehen: „Auf diese Weise würden jene Reichsratsabgeordneten, welche wegen irgendwelcher Delikte sich in Untersuchung befinden oder bereits verurteilt sind, der Immunität verlustig, und das Bewußtsein vom Erlöschen dieses Vorrechts ... (dürfte) auf die Abgeordneten die Wirkung üben, daß dieselben in ihren Reden und Aktionen sich vor Ausschreitungen eher frei halten werden“.¹³⁹¹ Der Ministerrat zeigte sich mit

¹³⁹¹ Protokoll, des zu Wien, am 29. Mai 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 42, M. R. Z. 26, Inhalt: Vorschlag des Ministerpräsidenten betreffend eventuelle Schließung anstatt Vertagung des Reichsrats, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

dieser gefährlichen Maßnahme einverstanden und ermächtigte den Ministerpräsidenten, bei Seiner Majestät den Antrag auf Schließung des Reichsrats zu stellen.

Doch Badeni verschärfte die Situation noch: In einem Geheimerlaß, der mit 2. Juni 1897 datiert war, erteilte der Ministerpräsident, der zugleich das Ressort des Inneren führte, den politischen Konzeptsbeamten, die laut Gesetz den politischen Versammlungen beizuwohnen hatten, die Weisung, „hochverräterischen und unpatriotischen Äußerungen, ... unbedingt mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten. Hierbei hat als Richtschnur zu dienen, daß es nicht geboten erscheint, durch ein voreiliges Einschreiten zu verhindern, daß ein Redner sich ausspreche, denn nur auf diese Art kann der Tatbestand eines Delikts zutage treten, daß aber, sobald der Gedanke klar ausgedrückt ist, es sich empfiehlt, nach Konstatierung des Sachverhalts ... eventuell die Versammlung aufzulösen, weil das passive Verhalten der behördlichen Abgeordneten nur zu oft die erfolgreiche Durchführung des Strafverfahrens erschwert hat ...“¹³⁹² Ob die Verstärkung der Gendarmerieeinheiten gerade in den „radikalen Wahlbezirken“ in Nordböhmen und der Geheimerlaß ein Racheakt oder die gewünschte Kraftprobe war, bleibt belanglos gegenüber der Überheblichkeit, mit der es sich Badeni mit der Linken endgültig verscherzte, die ihm nun vorhalten konnte, er gehe nicht gegen sie, sondern gegen das Volk mit polizeistaatlichen Mitteln vor.

Zu seinem Unglück war auch ein Beamter in Klagenfurt ob des Erlasses so fassungslos, daß er ihn sofort an die deutschnationalen „Freie Stimmen“¹³⁹³ weitergab und damit eine Kette der Peinlichkeiten in Gang setzte: Das „Grazer Tagblatt“ druckte das Papier gleichfalls am 10. Juni vollinhaltlich ab und am 14. Juni war es in der „Neuen Freien Presse“ zu bestaunen, nachdem das Landesgericht Wien die Konfiskation des Erstabdruckes vom 11. Juni als ungesetzlich aufgehoben hatte.¹³⁹⁴ Der Gemeinderat von Troppau in Schlesien verwahrte sich sogar gegen eine solche „Polizeimaßregel“.¹³⁹⁵ Diese „Lockspitzelmethode“ trugen wesentlich dazu bei, daß sich nun auch die Sozialdemokraten laut einem Parteitagsbeschuß vom 12. Juni bedingungslos der Obstruktion in einem neu eröffneten Reichsrat anschlossen.¹³⁹⁶ Auch dem „Verfassungstreuen Großgrundbesitz“ verhalf Karl von Grabmayr in „Klärungsprozessen“ zu einer „nationalen Gesinnung“.¹³⁹⁷ Es begann nun zwischen den Parteien ein Wetteifern, wer die vernichtendste Kritik „gegen die verderbliche Politik der Sprachenverordnungen“ anbringen konnte. Grabmayr reklamierte diesen Verdienst später vielleicht deshalb für sich, weil er am 15. Juni 1897 in einer Bürgerversammlung im erzkatholischen Tirol die Worte „Brandmal“, „pactum turpe der Klerikalen mit den tschechischen Hussiten“ fallen gelassen hatte. Auch die Parolen Schönerers dürften ihre Wirkung gezeigt

1392 Zitiert im Antrag, Badeni wegen Gesetzesverletzung in den Anklagestand zu versetzen, In: Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, I. Sitzung vom 23. September 1897, S. 37.

1393 Freie Stimmen, Nr. 69 vom 10. Juni 1897.

1394 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 270.

1395 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 24.

1396 BRÜGEL, Ludwig, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, IV. Bd., S. 312.

1397 GRABMAYR, Karl von, Erinnerungen eines Tiroler Politikers 1892–1920, S. 46.

haben und fanden in Grabmayr einen kundigen Nachahmer, wenn er von einer „slawischen Phalanx im Kampf gegen die Deutschen“ sprach und die Obstruktion als „parlamentarische Notwehr“ verteidigte.¹³⁹⁸ Nach einer großen Parteiversammlung am 11. Juli, auf der beschlossen wurde, den „deutschen Stammesgenossen treu zur Seite zu stehen“, waren auch Badenis Hoffnungen auf eine Erweiterung der Parlamentsmajorität endgültig begraben.¹³⁹⁹

Diejenigen, die der Erlass eigentlich treffen sollte, um nach ihrer Ausschaltung die Verhandlungen Badenis mit den gemäßigten Parteichefs zu ermöglichen, die Schönerianer, appellierten inzwischen an die idealistischen Impulse ihres Anhangs: In einem Aufruf in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ vom 16. Juni 1897, den nun auch schon die alldutschen „Arbeiterführer“ mitunterzeichneten¹⁴⁰⁰, hieß es: „Deutschgesinnte Vereine, leert Eure letzten Kassen! Volksgenossen, Männer wie Frauen, steuert zur Kriegssteuer! Zeigt, was ein gereiztes Volk vermag! Wir treffen folgende Einrichtung: Wer immer, Mann oder Frau in der Ostmark oder im Reiche, eines von Hundert seines Jahreseinkommens diesmal widmet, empfängt einen eisernen Ring, brauchbar für jeden Finger, mit der Inschrift ‚Für Volkestreue in Volkesnot‘. Daran soll man noch in späteren Tagen erkennen, wer seinem Volke nicht mit Worten, sondern mit Werken gedient.“¹⁴⁰¹ Der seit den Napoleonischen Kriegen bekannte „Eiserne Ring“ hatte nun ein „neo-nationales“ Gesicht bekommen.

Der bekannt gewordene „Geheimerlaß“ brachte die deutschen Obstruktionsparteien, deren gemeinsame Front doch auf einigermaßen tönernen Füßen gestanden hatte, noch näher zusammen: Für den 13. Juni war bereits ein vom Bürgermeister von Eger anberaumter, gemeinsamer deutscher Volkstag der Deutschen Volkspartei, der Fortschrittspartei und der Alldutschen geplant. Trotz peinlichster Einhaltung aller Vorschriften wurde er jedoch behördlich verboten und mußte auf den 11. Juli verschoben werden. Es ging dabei lediglich um „bürokratische Spitzfindigkeiten“, denen dann auch der verschobene Parteitag zum Opfer fiel, was die Öffentlichkeit allgemein als Schikane betrachtete.¹⁴⁰² Unnötigerweise goß eine voreilig handelnde Behörde weiteres Öl in die Flammen, denn für die jungtschechische Seite, die sich genauso mit übersteigerten, eigentlich nicht allzu ernst zu nehmenden Forderungen, wie der Ausdehnung der Badenischen Sprachenverordnungen auf alle Kronländer¹⁴⁰³ und der tschechischen Anwartschaft auf jene Teile

1398 GRABMAYR, Karl von, Politische Reden, S. 15f.

1399 SUTTER, Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, Bd. 2, Wien 1965, S. 55.

1400 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 12 vom 16. Juni 1897, S. 133. Neben den fünf Abgeordneten war der Aufruf von Dötz, Hofer, Hauck, Kernreuter, Gagstatter, Kunz, Schober, Prantner, Gassner, Schmidt, Tins, Franz Vogel, Stein, Walter, Buchauer, Philippi, Schindler, Jennewein und Amann unterzeichnet.

1401 Ebda.

1402 Egerer Nachrichten, Nr. 46 vom 12. Juni 1897. Die Einberufer hatten die Versammlung gemäß § 2 des Versammlungsgesetzes angemeldet, daher mit auf Namen ausgestellten Eintrittskarten, die vor dem Eingang üblicherweise von einem Wachoffizier zu kontrollieren gewesen wären. Weil die Bezirkshauptmannschaft offenbar in „voraussehlendem Gehorsam“ annahm, daß es unmöglich wäre, alle Teilnehmer namentlich auf einer Liste anzuführen, verbot sie bescheidmäßig die Veranstaltung.

1403 SUTTER, Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, Bd. 1, S. 271.

Niederösterreichs, die einst unter König Ottokar an die Habsburger verloren gegangen waren, Luft zu verschaffen versuchte, erfolgten die behördlichen Genehmigungen.¹⁴⁰⁴ Auch Heinrich Ritter von Halban gab bei den Verboten der Volkstage schwere Fehler seines Chefs Badenis offen zu.¹⁴⁰⁵

Mit den Verboten erreichten die Behörden lediglich, daß die aufgewühlten Volksmassen auch die Vorschriften immer öfter ignorierten und auch die Polizeikräfte selbst oft gar keinen Grund sahen, einzuschreiten. So versammelten sich am 13. Juni 1897 ordnungswidrig an die 4000 Menschen auf dem Bahnhof in Eger, um von dort zum Marktplatz zu ziehen. Dort wiederholten sich die Zeremonien und Reden vor dem Denkmal Kaiser Josefs II. mit dem Novum, daß diesmal die „Selbständigkeit des Egerlandes“ beschworen wurde: „Deutsch ist diese Stadt und deutscher Reichsboden ist es, auf dem wir stehen!“¹⁴⁰⁶ Trotz einer gehörigen Portion Misstrauen gingen die „Erbfeinde“, die Deutschliberalen und die Schönerianer, mit gemeinsamen Reden aufeinander zu,¹⁴⁰⁷ wobei für Schönerer nur mehr der Kampf im Mittelpunkt stand, den es aufrecht zu erhalten galt: „Im Kampf der Deutschen Österreichs muß jeder sich deutsch nennende Mann voll und ganz eintreten, geschieht dies nicht, dann verdient das Volk den Untergang.“ Wie eine „Einsatzgruppe“ im Hinterland stellte er sich diesen Kampf vor, um die Nation vor dem „Dolchstoß“ zu bewahren: „Unser versteckter Feind sind die Christlichsozialen ... Wir Schönerianer werden uns in dem Kampf nicht vordrängen, wir werden, wenn Sie wollen in der hintersten Reihe stehen, aber wir werden jeden Volksverräter ... an den Pranger stellen ... Heil Dir, Einigkeit!“¹⁴⁰⁸

Georg von Schönerer streckte seine Fühler aufgrund der beschränkten Möglichkeiten einer öffentlichen Agitation im Habsburgerreich auch nach Deutschland aus, wo er jetzt größeres Interesse vorfand. So sprach er am 2. Juli 1897 in Hamburg auf einer Kundgebung des „Bundes Alldeutschland“: „Wir stehen im Kampf! Das Slawentum gewinnt immer größeren Einfluß; Galizien ist tonangebend geworden und damit der jüdische Einfluß“. Zu einem unverkennbaren Merkmal seiner Reden war die zunehmende Verallgemeinerung der Parolen geworden, das Suchen nach einfachen und banalen Erklärungen: „Ebenbürtige Kinder der Mutter Germania wollen wir sein und in Österreich als Apostel der guten Sache wirken ... Mit Sehnsucht sehen wir nach Friedrichsruh, mit Entzücken und Wehmut lauschen wir dem nationalen Donner aus Bismarcks Ansprachen und Reden ... Noch ist der Kern des deutschen Ostmarkvolkes gesund, blicken wir nach Böhmen, so werden wir unsere Pflicht unter allen Umständen zu erfüllen wissen ... Nicht gleichberechtigt wollen wir werden mit Juden, Bosniaken und Zigeunern. Wir wollen uns das Recht der Erstgeburt nicht rauben lassen“.¹⁴⁰⁹

1404 PENÍZEK, Josef, *Aus bewegten Zeiten. 1895 bis 1905*, S. 66.

1405 WANDRUSZKA, Adam, *Die Krisen des Parlamentarismus 1897 und 1933*, S. 63.

1406 *Der Hammer*, Nr. 3 vom Juni 1897, S. 23.

1407 Auf dem verbotenen Volkstag waren 20 deutschböhmisches Reichsrats- und Landtagsabgeordnete erschienen, darunter Schönerer, Iro, Kittel, Schücker, Pergelt, Funke, Reiniger und Pfersche.

1408 *Egerer Nachrichten*, Nr. 47 vom 16. Juni 1897.

1409 *Unverfälschte Deutsche Worte*, Nr. 14 vom 16. Juli 1897, S. 158.

Mit dem als Wunsch geäußerten Aufholen bis zum Erreichen der „reinrassigen“ Ebenbürtigkeit mit dem Deutschen Reich, nachdem man in der Frankfurter Paulskirche und in Königgrätz „verschmäht“ worden war, gab Schönerer allen nationalsozialistischen Gruppierungen österreichischer Prägung die Last eines gewaltigen deutschen Minderwertigkeitskomplexes mit auf den Weg, von dem auch der junge Adolf Hitler befallen war und der auch heute noch in Österreich „unbewußt“ und in einer ganz breiten (Volks)Stimmung vorhanden ist ... Schönerer verriet aber auch den Weg, wie eine von ihm als letztes Ziel verheißene „deutsche Gleichberechtigung“ zu verwirklichen sei. Räumen wir Juden und Slawen aus dem Weg, dann haben wir unsere Pflicht für das Deutsche Reich erfüllt, dann kann man Königgrätz vergessen machen. Für eine Gleichberechtigung der Völker im Sinne liberal-demokratischer Doktrin blieb dabei kein Platz.

Die Bismarcksche nationale Ethik des Kampfes sollte auch in Österreich zum Siege kommen. Die alldutsche Darstellung der Folgen der Sprachenverordnungen zeigt ganz einfache Strickmuster, die in endlos quälenden Zeitungsartikeln immer wieder nur mit geringfügiger Änderung der Wortwahl wiedergegeben wurden. Nachdem es ein „eigentümlicher Zufall“ mit sich gebracht habe, daß er im Egerland gewählt worden ist, um für ganz Böhmen sprechen zu können, sei es seine Pflicht, allen Deutschen anhand von Prag zu zeigen, „wohin die Zweisprachigkeit“ führe: „Heute sind dort die Straßenbezeichnungen rein tschechisch, aus der Zwei- wird die Einsprachigkeit. Gerade in Prag, das die älteste deutsche Hochschule aufzuweisen hat“.¹⁴¹⁰ Es ist hier zwar kein Platz für die Darstellung von Beispielen, wo mit ähnlichen Überfremdungsängsten gearbeitet wurde, die sich in Österreich bis in die Zweite Republik nachweisen lassen, aber der wenn auch zeitlich nicht ganz angebrachte Vergleich mit dem „Kärntner Ortstafelkonflikt“ 1972 und seinen antisemitischen Ausfällen gegenüber dem damaligen Bundeskanzler Bruno Kreisky drängt sich geradezu auf.

Schönerer avancierte endgültig zum Massenredner, der in nur vier Monaten in über hundert Veranstaltungen sprach. Daß er aber gerade in Hamburg auftrat, war kein Zufall. Dort befand sich der Kern einer wachsenden „Fan-Gemeinde“ – die ganz auf ihn zugeschnittenen „Jugendbundbewegung“. Sie hatte sich, einer Strömung um das Jahr 1890 folgend, als Vorfeldorganisation des später noch eine große Rolle spielenden „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes“ (DNHV) organisiert. Anders als die Berliner-Bewegung, in der der Antisemitismus keine allzu dominierende parteipolitische Verankerung mehr erfahren hatte, strebten die Jugendbünde die Errichtung einer überparteilichen Plattform an, um zu einer gesamtmittelständischen Reformbewegung zu erstarken. Dieses Beispiel zeigt recht gut, wie deutschnationales und antisemitisches Gedankengut auch berufsgruppenspezifisch seinen Niederschlag finden konnte.

Iris Hamel setzte in ihrer Hamburger Dissertation den Einfluß Schönerers auf den DNVH, in den die den Bünden entwachsenen Jugendlichen massenweise eintraten, als sehr hoch an.¹⁴¹¹ Der

¹⁴¹⁰ Ebd., S. 159.

¹⁴¹¹ HAMEL, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft – Der deutschnationale Handlungsgehilfenverband, Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. IV, Frank-

DHV betrachtete es als sein vordergründiges Ziel, neben seinem Kampf für soziale Reformen die fremdrassige Konkurrenz zu beseitigen. Ob der Inspirator der Jugendbundbewegung der deutsche oder der österreichische Antisemitismus war, vermag auch Hamel nicht mit Bestimmtheit sagen, zu eng waren seine Protagonisten und Helfer plötzlich miteinander verzahnt. So schrieb Karl Iro in Hamburg über die erste Aufgabe der Verbände: „Das nationale Aufgebot der Jugend soll die Entscheidung im Ringen um die deutsche Reinheit und Einheit herbeiführen. Den politische Teil der nationalen Erhebung sollen die gereiften Männer unter der Führung der bewährten nationalen antisemitischen Feldleute durchführen. Die nationale Erhebung soll aber von den Jugendbünden aus geleitet werden. Wie Schönerer in der Ostmark durch seine nationalen Wanderpredigten weite Kreise der deutschen Jungmannschaft zum nationalen Leben erweckt hat, ... so sollen die deutschen Jugendbünde im Reich durch Wort und Schrift die nationale Aufklärung ins junge Volk bringen“. Iro und Kernreuter waren auch als Mitarbeiter dabei, als im Oktober 1894 das Organ des Bundes, die „Deutschnationale Warte“ aus der Taufe gehoben wurde. Neben Fragen der Bewegung widmete sich das Kampfblatt auch hauptsächlich der „Ostmark“.

Während die Grenzen des politischen und wirtschaftlichen Antisemitismus bei den Parteien stets fließend blieben, vertat die „unpolitische“ Jugendbundbewegung einen großdeutschen und weltanschaulichen Antisemitismus, den sie später dem DHV und dem Alldeutschen Verband vererben sollte. Den Aufschwung, den die Bünde dabei genommen hatten, ließ Schönerer bei seinen alljährlichen „Inspektionsreisen“ ab 1898 ins Zentrum Hamburg anlässlich seiner Bismarck-Wallfahrten jedenfalls nie aus seinem Blickwinkel. Bei den Jugendbünden fühlte sich der von der „bedrängten“ Heimat entrückte Schönerer wohl, die schon im März 1894 erklärt hatten: „Die Zusammengehörigkeit mit den in schwerster Bedrängnis lebenden Stammesbrüdern in Deutsch-Österreich wird ... wieder lebendig. Ja, die alldeutsche Idee erneuert sich im weltnationalen allgermanischen Standpunkt, der die Stämme germanischen Blutes zum Schutz und Trutz zusammenzufassen wünscht“. Der Antisemitismus und das allgermanische Gedankengut waren dabei fest miteinander verschmolzen: „Nie und nimmer wird es gelingen, den Gedanken des internationalen Menschenbreis zur völligen Geltung in unser Vaterland zu bringen. Nie werden wir ... künftig Botoduken und Hottentotten, Australneger und Juden liebend in unsere Arme schließen, denn deutschnational sein heißt sein Volk lieben über alles in der Welt“.¹⁴¹²

Als Schönerer im Sommer 1897 in Hamburg über „Die Lage des Deutschtums in der Ostmark“ sprach, übrigens das erste Mal seit 1892, wählte ihn der ansässige Jugendbund zum Ehrenmitglied und nannte sich fortan „Norddeutscher Jugendbund Schönerer“.

Die gesamte Protestbewegung gegen die Sprachenverordnungen Badenis mündete schließlich in den „Volkstag zu Eger“. Diesmal waren die Behörden zwar gegen die im Sinne des Versammlungsgesetzes persönlich ergangenen Einladungen an 73 deutschböhmischen Reichsrats- und Land-

furt a. Main 1967, S. 79. Vgl. CONZE, Werner, Die Zeit Wilhelms II. und die Weimarer Republik. Deutsche Geschichte 1890–1933, Tübingen 1964, S. II.

1412 Zitiert In: HAMEL, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 74.

tagsabgeordnete machtlos, gegen die 3000 Einladungen an das „Volk“, das erscheinen sollte, „um die Beschlüsse zu begrüßen“¹⁴¹³, lag jedoch wegen des „mangelnden privaten Charakters“ ein bescheidmäßiges Verbot der Veranstaltung vor. Karl Hermann Wolf startete daraufhin in der „Ost-deutschen Rundschau“ einen knapp an der Grenze zum Aufruhr balancierenden Aufruf: „Gegen Willkür hilft kein Kampf mit Gründen, den Volkstag hätte man so oder so verboten ... Es stellt sich die Frage, ob es nicht eine gesetzliche Pflicht wäre, dieses Verbot einfach unbeachtet zu lassen! ... Man wird ja sehen, ob die Regierung tatsächlich den Mut hat, frivoler Weise die letzten Reste von österreichischem Patriotismus durch Bajonette und Mannlicher¹⁴¹⁴ zu zerstören.“¹⁴¹⁵

Obwohl die Statthalterei alle Sonderzüge verboten hatte, strömten bereits Tage vor der Kundgebung zehntausende Deutschösterreicher in die schwarz-rot-gold geschmückte Stadt, deren Ankunft aber auch die Exekutive erwartet hatte: Laut Augenzeugenberichten glich Eger am 11. Juli einem Heerlager.¹⁴¹⁶ Der deutschböhmisches „Fortschrittliche“ Josef Bendel bemerkte dazu am 26. Oktober 1897 im Abgeordnetenhaus: „Es bewies sich, daß Beamte, Polizei und Gendarmen in Eger auftraten wie Eroberer im Feindesland, ein so durch und durch herausforderndes Benehmen hatten sie.“¹⁴¹⁷ Die gesamte Gendarmerie und Finanzwache der Umgebung war zusammengezogen und mit 56 berittenen, „unparteiischen“ tschechischen Polizisten aus Prag sowie berittener Staatspolizei verstärkt worden. Allein die Versicherung des Regierungsbeamten, die Versammlung notfalls mit Waffengewalt sprengen zu lassen, reichte aus, um erste Zusammenstöße mit der Staatsgewalt zu provozieren. Hinzu kam noch, daß die Stadt den tschechischen Polizisten Kost und Quartier verweigerte.

Da der ursprüngliche Versammlungsort von Polizeikräften abgeriegelt worden war, begaben sich die Vertreter der drei „deutschen Parteien“ mit den Bürgermeistern (!) des Egerlandes in das Stadthaus. Schon damals verstand man es sehr gut, historische Begebenheiten ins „rechte Licht zu rücken“. An der Stelle, an der Wallenstein am 25. Februar 1634 auf „Veranlassung eines Habsburgers ermordet worden war“, verlas der Leitmeritzer Bürgermeister und Rechtsanwalt Alois Funke ein Manifest: „Ein enig Volk von Brüdern, ein kräftiger, mannhafter, rücksichtsloser deutscher Volksstamm ist das deutsche Volk in Böhmen geworden, und an dieser historischen Stätte geloben wir noch einmal, fest, treu und deutsch zu bleiben; – Wir schwören es! – und nicht zu erlahmen, bis wir aus dem uns aufgedrungenen Kampfe als Sieger hervorgehen, bis die Sprachenverordnungen nicht mehr bestehen.“¹⁴¹⁸ Mit dieser Erklärung der Einheit der deutschen Parteien war der für die gemäßigten Kräfte folgenschwere „Schwur von Eger“ geboren worden. Schönerer hatte einem von Anton Pergelt verfaßten Erstentwurf den Schlußsatz angefügt: „Mag der Kampf

1413 Egerer Nachrichten, Nr. 49 vom 23. Juni 1897.

1414 Österreichisches Armeegewehr.

1415 Ostdeutsche Rundschau vom 8. Juli 1897.

1416 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 271.

1417 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 18. Sitzung vom 26. Oktober 1897, S. 937.

1418 STEIN, Franz, Der Rufer der Ostmark. Georg Schönerers Leben und Kampf, S. 65.

auch große und schwere Opfer verlangen, endlich muß er zum Siege führen, denn Regierungen vergehen, das deutsche Volk aber und sein Recht werden immerdar bestehen.“¹⁴¹⁹ Sehr deutlich lassen sich die später zu „Tugenden der Nationalsozialisten“ gewordenen drei „Vorsätze“ ableiten: Rücksichtslosigkeit und Kompromißlosigkeit; ein unbedingter Sieg im aufgedrungenen und daher gerechten (Abwehr) Kampf; ein Opferbringen bis zum Untergang.

Eine gewaltige Volksmenge begab sich am Nachmittag des 12. Juli von Eger ins bayrische Waldsassen, wo Iro, Wolf und Schönerer trotz eines Versammlungsverbotes wegen Nichtanmeldung einer öffentlichen Veranstaltung „vom Verlust des Vaterlandes“ und von „freier Luft“ sprachen. Die derart aufgeheizte Menschenmasse, unter der sich immer einige getarnte Polizeikräfte befanden, wurde bei ihrer Rückkehr nach Eger bereits am Bahnhof von bewaffneten Einheiten in Empfang genommen. Aufgepeitscht von den „Heil-Rufen“ und der „Wacht am Rhein“ kam es diesmal zu blutigen Zusammenstößen. Die Namen der 48 durch Säbelhiebe Verletzten prangten wochenlang auf den Titelseiten der deutschnationalen Blätter.¹⁴²⁰ Die Berittenen, die aus den Ereignissen des Jahres 1848 und dem mulmigen Gefühl der Soldaten im engen Straßenkampf sichtlich gelernt hatten, kannten jetzt die psychologische Wirkung, die Pferde in einer dichten Menschenmenge und Schläge mit der flachen Klingenseite eines Säbels ausübten. Was Badeni nun am Meisten schaden sollte, der auch in seiner Position als Innenminister die Staatsmacht mit vollster Härte vertat, war die Erhebung der verletzten Teilnehmer des verbotenen Volkstages – mehrere Bauern, zwei Adelige und ein Gutsbesitzer – zu Helden und zu nationalen Märtyrern. Auch Denkmale waren in diesen Tagen gefragt: Einen diesbezüglichen Wettbewerb gewann das Vorstandsmitglied des „Alldeutschen Verbandes“, der Jurist, Historiker und Schriftsteller Felix Dahn aus Breslau, dessen in Bronze gegossenen Verse bald das Egerer Stadthaus zierten: „Das höchste Gut des Mannes ist sein Volk, das höchste Gut des Volkes ist sein Recht, des Volkes Seele lebt in seiner Sprache: Dem Volk, dem Recht und unsrer Sprache treu fand uns der Tag, wird jeder Tag uns finden“.¹⁴²¹ Eine ähnlich Entsprechung findet man am ehesten bei den „Mythosproduzenten“ des Freiherren vom Stein!

Badeni hatte bis zuletzt gehofft, daß sich der Gegensatz zwischen Alpen- und Sudetendeutschen verdichten würde, wobei er besonders auf Steinwender gebaut hatte. Doch ein parallel zu den Ereignissen von Eger abgehaltener „Deutscher Volkstag“ der Deutschen Volkspartei in Klagenfurt, den die mehr auf Böhmen konzentrierten Behörden genehmigt hatten, raubte ihm auch diese Illusion. Der steirische Landesausschuß-Beisitzer Julius von Derschatta verlas dort eine Kriegserklärung an Badeni: „Die Vertrauensmänner der Deutschen Volkspartei erklären ihre unerschütterliche Gemeinsamkeit mit ihren durch die Sprachenverordnungen zunächst bedrohten und beleidigten Stammesgenossen in Böhmen und Mähren und sind fest entschlossen, dem Kampf, der ihnen aufgedrängt wurde, mit ihrer ganzen Kraft weiterzuführen, bis dem deutschen

1419 MAYER-LÖWENSCHWERT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer, S. 168.

1420 Egerer Nachrichten, Nr. 61 vom 4. August 1897.

1421 Zitiert in: STEIN, Franz, Der Rufer der Ostmark. Georg Schönerers Leben und Kampf, S. 65.

Volke Recht und Genugtuung wird; sie billigen vollkommen die bisherige Haltung ihrer Abgeordneten im Reichsrat ... sie erklären insbesondere, daß sie allen Gewaltmaßregeln einen Widerstand bis aufs äußerste entgegensetzen werden.“¹⁴²²

Der Volkstag von Eger hatte auf einen Schlag viel verändert. Nicht nur, daß Badeni einen deutsch-tschechischen Ausgleich endgültig vergessen konnte, auch die in Wien dominierenden Christlichsozialen, die schon im Mai im Gemeinderat durch Gessmann hatten ausrichten lassen, sie würden in der Frage der Beseitigung der Sprachenverordnungen auch mit den radikalen Deutschnationalen gehen, begannen linkslastig zu werden, wenn sie sich auch von einer nationalen Seite wenig erwarteten. Der Umgebung Luegers, vor allem jener, die der Auseinandersetzung eine um eine nationale Note gesteigerte Nuance verleihen wollten, ging es nämlich eher um die Sorge gesamtstaatlicher, verfassungsmäßiger Interessen, die in einer, auf einer Konferenz verabschiedeten, Resolution zum Ausdruck kam: „Die christlichsoziale Partei verurteilt auf das Entschiedenste die Bedrängung und Beschränkung der freien Meinungsäußerung, wie sie gegenüber den Kundgebungen des deutschen Volkes, ... gegenüber dem Volkstage in Eger stattfand ... Sie spricht die Erwartung aus, daß alle ehrlichen deutschen Österreicher in diesem Kampf gegen die Sprachenverordnungen und für ihr Volkstum ausharren werden, ohne sich durch die Machenschaften einzelner Klerikaler, Judenliberaler und der mit diesen verbündeten Schönerianer auf Abwege bringen zu lassen.“¹⁴²³ Diese Resolution beinhaltete Zündstoff genug. Die darin verwendeten Formulierungen, die dem Buhlen um die „besseren Antisemiten“ dienten, waren blauäugig genug gewählt worden, um die Nationalen zumindest bei der Stange zu halten, zeugten aber auch von dem Druck, dem die Christlichsozialen ausgesetzt waren. Es sollte ganz wesentlich werden, daß die „jüdischen Liberalen“ durch den plötzlichen Schulterschuß mit den Schönerianern in ihrer Partei heimatlos geworden waren. Dies geschah nicht ganz ohne Interesse der Christlichsozialen, die diesen Druck zur Schaffung eines „judenreinen“, übernahmebereiten liberalen Potentials dankend weitergaben, womit für viele Liberale jüdischer Herkunft ein neuerliches Suchen nach einer neuen politischen Heimat begann, welche viele in der „übernationalen“ Sozialdemokratie fanden. Damit war aber eine wesentliche Propagandavoraussetzung für die endgültige Konstituierung eines völkischen Arbeiterverbandes gegeben, wie wir gleich sehen werden.

Die eben angesprochene „Unterdrückung der freien Meinungsäußerung“ feierte vor allem nach Eger „fröhliche Urzustände“. Es verging kein Tag, an dem nicht in nationalen, aber auch in liberalen Zeitungsredaktionen ganze Seiten „beschlagnahmt“ wurden. Die „Egerer Nachrichten“ verloren über den Volkstag schon keine Silbe mehr. Den von Badeni angewiesenen Behörden ging es in erster Linie darum, „hochverräterische“ Glückwünsche und Verbindungen zum Deutschen Reich mundtot zu machen. Ziemlich rigoros schritten die Behörden angesichts der sich aber nur in dieser Phase intensivierenden Verbindungen der Schönerianer zum reichsdeutschen „Alldeutschen Verband“ ein. Dieser mächtige, in Gauverbände und Ortsgruppen gegliederte Verein, der

1422 Zitiert In: SUTTER, Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, Bd. 2, S. 58.

1423 Zitiert In: FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, S. 145f.

sich am 9. April 1891 in Berlin konstituiert hatte und 1895 Otto von Bismarck zum seinem Ehrenvorsitzenden ernannte, übte nicht nur wegen seines Namens und der Mitgliedschaft des ehemaligen Reichskanzlers eine magische Wirkung auf die Schönerianer aus. Der anfangs als „Kolonialbewegung zur weiteren überseeischen Ausdehnung des deutschen Kulturgebietes“ ins Leben gerufenen Vereinigung verschaffte ab 1894 der neue Verbandsführer, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Ernst Hasse, ein zweites Standbein, indem er ein alldeutsches Großmachtprogramm auf völkischer Grundlage für ganz Europa propagierte.¹⁴²⁴

Die „durchgerutschten“ Parolen der deutschen Blätter im gerüchteschwangeren Sommer gegen etwaige Parteiverhandlungen Badenis hatten alle in etwa denselben Wortlaut: „Auf die Aktionen gibt es nur eine Antwort: ins solange die Sprachenverordnungen nicht unbedingt zurückgezogen werden, darf kein deutscher Mann einer Einladung zu Verhandlungen Folge leisten.“¹⁴²⁵ Nicht einmal „Verbesserungsvorschläge“ der Verordnungen hatten jetzt eine Chance: Die beiden deutschböhmischen liberalen Universitätsprofessoren Pfersche und Ulbricht mußten sich für einen am 29. Juni 1897 in der „Neuen Freien Presse“ veröffentlichten Vorschlag, deren Gültigkeit auf die gemischtsprachigen Bezirke zu beschränken, bei den deutschen Parteien entschuldigen.¹⁴²⁶

Doch auch mit seinen Beschlagnahmeaktionen hatte sich der Ministerpräsident verschätzt: Die Bevölkerung hatte zunehmend das Bedürfnis, auf dem letzten Stand zu sein. Karl Hermann Wolf war als „Volksaufwiegler“ den Behörden ein besonderer Dorn im Auge. Allein im Sommer liefen gegen ihn zehn oder zwölf strafrechtliche Untersuchungen. Nur die Einberufung des Parlaments, womit er seine Immunität wiedererlangte, bewahrte ihn vor 30 Jahren Gefängnis.¹⁴²⁷ In einer Rede vermerkte er: „Es gibt jetzt die deutsche Solidarität, die es sich zum Vergnügen macht, das deutsche Evangelium dem Volk zu predigen, dem Volke, das endlich auch für nationale Fragen empfänglich wird.“¹⁴²⁸ Die Auflagen der Zeitungen stiegen und die zensierten Seiten wurden bald zum Souvenir. Die „Egerer Nachrichten“ konnten mit ihren „Briefen an den Staatsanwalt“, nicht ohne zusätzliche Propaganda, frohlocken: „Wir schreiben für die Stampfe, doch auch die revolutionärsten Brandartikel können niemals imstande sein, die aufreizende Wirkung zu erzeugen, die ein fettgedrucktes Wort – Beschlagnahme – an der Spitze einer Zeitung hervorruft.“¹⁴²⁹

Verstärkt löste die Staatsgewalt auch jetzt wieder Vereine wegen politischer Kundgebungen auf. In der Phase bis zum Herbst 1897 ist jedoch eine merkwürdige Ruhe bei der Studentenschaft feststellbar, die man am ehesten auf die doch liberalere Einstellung der Korporationen und der staats-treuen Korps in Böhmen zurückführen kann.

1424 PETERS, Michael, Der Alldeutsche Verband, In: PUSCHNER, Uwe / Walter SCHMITZ / Justus H. ULBRICHT, Handbuch der „Völkischen Bewegung“ 1871–1918, S. 302f.

1425 Egerer Nachrichten, Nr. 49 vom 23. Juni 1897.

1426 FISCHL, Alfred (Hg.), Materialien zur Sprachenfrage in Österreich, S. 172. Egerer Nachrichten, Nr. 59 vom 10. Juli 1897.

1427 Egerer Nachrichten, Nr. 82 vom 16. Oktober 1897, S. 4.

1428 Egerer Nachrichten, Nr. 61 vom 4. August 1897.

1429 Ebd.

Zur Eskalation des nationalen Hasses gehörten aber auch die auffällig gestalteten Aufrufe zu wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen, die in den radikalen Zeitungen des Sommers des Jahres 1897 besonders hervorstechen. Sie waren spätestens seit dem „Zigarrenrummel“, mit dem die Italiener in den stürmischen Tagen des Vormärz eine Rauchpause einlegt hatten, um die habsburgischen „Unterdrücker“ zu schädigen, nicht neu, doch richteten sie sich diesmal nicht gegen die Regierung, sondern, unter Verwendung starker, antislawisch-rassistischer Untertöne, gegen den „nationalen Feind“. So stellten die radikalen Blätter ihrer Leserschaft das „slawische Kulturvolk“ zumeist „als Kartoffel essende, Schnaps trinkende Analphabeten“ vor. Seit dem Ausbruch der Badeni-Krise schalteten die „Unverfälschten“ in jeder ihrer Ausgaben den an die 30er Jahre unseres vorigen Jahrhunderts erinnernden Aufruf: „Deutschgesinnte Tabakraucher! Es gibt sehr viele Tabaktrafiken, welche tschechische Zeitungen verkaufen. In diesen Schmierblättern wird sehr oft das Deutschtum verhöhnt. Welcher Deutsche auf nationale Ehrhaftigkeit ... Anspruch erhebt, meide diese Trafiken und decke seinen Bedarf an Tabak, Zeitungen etc. in solchen Trafiken, die keine Tschechenblätter vertreiben helfen. Es gibt noch genug Trafiken, die tschechenrein sind!“¹⁴³⁰ „Deutsche! Nehmt deutsche Dienstboten!“ „Gewerbsleute, Handwerker tut eure Pflicht – Bedient keine Tschechen!“ „Wirte! Schenkt nicht an Tschechen aus!“ Auch das allseits beliebte tschechische Bier fiel nun unter die Boykottmaßnahmen, nachdem es in Pilsen wegen einer harmloser Rauferei eines farbentragenden Studenten mit einem tschechischen Halbwüchsigen zu schweren Ausschreitungen gekommen war. Verwundert fragte jemand im „Briefkasten“ der „Egerer Nachrichten“: „Warum kaufen die Deutschen noch immer die Brauselimonade aus Prag, statt der deutschen aus Töplitz“. ¹⁴³¹ Immer mehr Nationale vertraten die Meinung, daß das zweisprachig gewordene Prag als „tschechische Stadt“ den Deutschen längst verloren gegangen war. Dort taten wiederum die Tschechen dasselbe, indem sie deutsche Geschäfte mit Schildern wie „Kauft nicht bei Deutschen!“ boykottierten. Der Bruch zwischen den beiden Nationen war unkitbar geworden. Das Jahr 1897 verdichtete aber auch die Aversionen des in Kleinstädten und in ländlichen Gebieten beheimateten bürgerlichen Nationalismus gegen die drei Großstädte des Reiches, die ein rotes Stadtproletariat und ein immer bedrohlicher werdendes nichtdeutsches Völkergemisch auszeichnen würden: Das „tschechische“ Prag, die als „Judapest“ verspottete ungarische Hauptstadt und natürlich die Reichshaupt- und Residenzstadt: Die Ressentiments gegen Wien, das „einen Bürgermeister Lueger verdient habe“, wurden von radikal-nationaler Seite immer lauter. Sie erklärten das immer schon als „Hort der Reaktion verdächtige“ Wien zur „Luegerstadt“, zum Zentrum der „a-nationalen verjudeten Klerisei“ und den Wiener selbst zum Angehörigen eines „halbschlächtigen Phäakenvolkes, ... das außer der Sorge, wie der Heurige geraten und wie beim Dreher das Lagerbier gemischt wird, keine Teilnahme mehr aufbringt.“¹⁴³²

1430 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 19 vom 1. Oktober 1897, S.227.

1431 Egerer Nachrichten, Nr. 67 vom 25. August 1897.

1432 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 22 vom 16. November 1897, S.257.

2. Die nationale Politisierung der Arbeiterschaft Nordböhmens

Die Zerteilung Böhmens und Mährens in ein mehr oder weniger geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet in den Randzonen und in ein tschechisches Kernland bildete sich in der Zeit des Hochfeudalismus vom 12. bis 15. Jahrhundert, heraus. Der Feudaladel begünstigte die Niederlassung deutscher Kaufleute und Handwerker sowie deutscher bäuerlicher Siedler in den gebirgigen Randgebieten. Auch in den größeren Städten war das Patriziat vorwiegend deutsch.

Obwohl die Auswanderer nach Amerika aus der fast rein tschechischen Landwirtschaft in Böhmen mit 75% das Hauptkontingent in Cisleithanien zwischen 1853 und 1871 stellten¹⁴³³, ging der Hauptstrom in das deutsch-österreichisch besiedelte Nordböhmen. Nach 1875 bedeutete jedoch dieser Zustrom – nach der größten Depression in der Landwirtschaft – den Ausbruch eines ethnischen Konflikts, der zu einem verschärften politischen Nationalismus führte. Dabei spielte auch die Sprache eine besondere Rolle. Die tschechischen Einwanderer sprachen meist Deutsch, oder waren gewillt, es zu lernen, während dieser „Eifer“ bei den Deutschösterreichern nicht vorhanden war und von vornherein einen hypothetischen Strom in eine andere Richtung bremste. Aufgrund von Vorurteilen machte sich bei ihnen eine allgemeine Haltung bemerkbar, die tschechische Sprache als minderwertig zu qualifizieren.

Das war aber nicht der einzige Grund, der für Konflikte sorgte: Die Fabriksmeister bestimmten den Arbeitsmarkt. Die Fabriksprivilegien erlaubten es ihnen, Arbeiter aus verschiedenen Gewerbebranchen zu beschäftigen, Lehrlinge auszubilden und Gesellen zu halten. Die Fabrikanten zeigten aber infolge der Konkurrenz auf dem Markt noch ein zusätzliches Interesse an der Genehmigung zur Anstellung von Frauen und billigen Lohnarbeitern. Als beste Quelle für das Zahlenmaterial dieser Bevölkerungsverschiebung dient das zweibändige Werk Heinrich Rauchbergs „Der nationale Besitzstand in Böhmen“ aus dem Jahre 1905.¹⁴³⁴ Rauchberg versuchte als erster, wenn auch leider viel zu spät, nachzuweisen, daß die Bevölkerungsverschiebung im böhmischen Raum keine Folge der größeren Vitalität der Slawen war, sondern ihre Ursache in den durch die Industrialisierung bewirkten sozialen Verhältnissen hatte. Durch die gestiegene Nachfrage, hauptsächlich an Kohle, konnten die Unternehmer die dafür benötigten Arbeiter nicht mehr aus der lokalen Bevölkerung heranziehen und mußten sie mancherorts zu 90% (!) importieren. Die tschechische Historikerin Ludmila Karníková wies für die nordwestböhmischen Kohlenreviere

1433 KOŘALKA, Jiří, Altes und Neues in den Böhmischen Ländern, In: Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs, 1. Teil, Von der Revolution zur Gründerzeit, Beiträge zur Niederösterreichischen Landesausstellung 1984, S. 278.

1434 RAUCHBERG, Heinrich, Der nationale Besitzstand in Böhmen, Leipzig 1905.

einen tschechischen, aber auch einen deutschen Rekrutierungsprozeß nach, demzufolge Arbeiter teilweise aus der Landwirtschaft, zum größten Teil aber aus den nordöstlichen Gebieten der alten, ab 1870 absterbenden Heimindustrie der Webereien in Böhmisches-Leipa, Haida, Arnsdorf und Bürgstein kamen.¹⁴³⁵ Für die Städte, die für die nationalsozialistische Arbeiterbewegung bedeutend wurden, ergaben sich damit die höchsten Einwanderungsquoten in Böhmen.¹⁴³⁶ Diese Rekrutierungsprozesse der besitzlosen Massen lockten tschechische Lohnarbeiter an, die schnell mit den ebenfalls verstärkt einwandernden deutschösterreichischen Arbeitern in Konflikt gerieten. Die tschechischen Arbeitskräfte, die ohne eine entsprechende Ausbildung einen niedrigeren Lebensstandard gewohnt waren, zeigten auch eher die Bereitschaft, sich „hinunterlizitieren“ zu lassen, daher billigere Löhne zu akzeptieren und damit das Lohnniveau nach unten drückten. Der Migrantstrom ging auch in eine Richtung, weil die Fabrikanten in den aufstrebenden Industriezentren wenigstens gesicherte Löhne ausbezahlten. Die Hinzuziehung fremder Arbeitskräfte wurde auch zu einer beliebten Methode der Abwehr des Lohndruckes, weil die geringe Kapitalbildung in Österreich und der niedrige Stand der technischen Ausrüstung Lohnerhöhungen erschwerten. Durch die Ausnützung niedriger Lohnniveaus kam es daher logischerweise zu höheren Gewinnen der Unternehmer, welche laut einer Untersuchung Hans Mommsens zum Teil das große Steueraufkommen erklärbar machen, das von deutschnationaler Seite gerne als Beweis für den höheren kulturellen Entwicklungsstand des Deutschtums angeführt wurde. Tatsächlich zahlten die Deutschen bei einem Bevölkerungsanteil von nur 35% bis 1914 63% aller direkten Steuern.¹⁴³⁷

Als beliebteste Einwanderungsziele standen fast immer die Industriestädte Reichenberg, Gablonz, Karlsbad, Aussig und Leitmeritz auf der Wunschliste. Die Reaktion des deutschen Bürgertums auf diesen Zustrom sollte sich jedoch äußerst nachteilig auswirken. Mit dem Schlagwort „Wahrung des deutschen Charakters der Stadt“ versuchten sie eine tschechische Assimilation zu verhindern – einer Einwanderung innerhalb des Staatsgebiets konnten sie ja nichts entgegensetzen –, um die Arbeiter zu isolieren. Dies hatte indirekt zur Folge, daß die Kleingewerbetreibenden und Kleinhändler und schließlich auch die Akademiker aus den ursprünglichen heimatlichen Gebieten nachzogen und sich so eine eigene nationale Sozialstruktur entwickelte. Die Tschechen

1435 BACHMANN, Harald, Sozialstruktur und Parteienentwicklung im nordwestböhmisches Kohlenrevier vor dem Zusammenbruch der Monarchie, In: *Bohemia – Jahrbuch des Collegium Carolinum*, Bd. 10 (Jg. 1969), S. 270. Vgl. STRAUSS, Emil, *Die Entstehung der deutschböhmisches Arbeiterbewegung*, Prag 1925, S. 73f.

1436 Die Stadt BRÜX hatte 1880 30.735 deutsche und 3166 tschechische Einwohner, 1900 betrug das Verhältnis 53.787 : 19.218. Das bedeutete, daß 16.052 Tschechen, aber auch 23.052 Deutsche zugewandert waren. In DUX betrug das Verhältnis Deutsche – Tschechen im Jahre 1880 21.202 : 3582 und 1900 38.530 : 13.661. Der deutschen Einwanderung mit 17.328 Personen standen 10.079 eingewanderte Tschechen gegenüber. Und letztlich betrug das Verhältnis in TEPLITZ 1880 45.051 : 2476 und 1900 78.136 : 9.018. Wieder standen einer deutschen Einwanderungszahl von 33.058 genau 6452 Tschechen gegenüber.

1437 MOMMSEN, Hans, *Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat*, Bd. 1, Wien 1963, S. 28f.

gründeten Schulvereine, schufen eine Infrastruktur mit eigenen Hotels und Gasthäusern und brachten ihre Ärzte und Rechtsanwälte mit. Dieser Prozeß konnte bis zum Entstehen tschechischer Industriedörfer im deutschen Gebiet führen.¹⁴³⁸ Andererseits unterdrückten die deutschen Unternehmer einen Assimilationsprozeß ganz bewußt, um der Gefahr von Arbeiterkoalitionen vorzubeugen, denn die fremde Arbeiterschaft war wegen mangelnder Schulbildung, mangelhafter deutscher Sprachkenntnisse und geringem politischen Verständnis kaum gewerkschaftlich organisierbar.¹⁴³⁹ Dieses ungelöste Nebeneinander mangels Assimilation barg aber ein Problem: Während die Zuwanderung aus rein sozialen Gründen erfolgte, luden sich die „Begleiterscheinungen“ bald nationalistisch und damit auch politisch auf, womit eine nicht immer zwingende national-soziale Verknüpfung entstand.

Der deutsche Arbeiter war eher willkommen als der tschechische „Lohndrücker“, der aus sozialer Not floh und sich „im eigenen Land Böhmen“ wähnte, während sich der deutsche Arbeiter nicht mehr als Böhme, sondern längst als Deutscher fühlte. Doch auch die sozialen Gegebenheiten veränderten sich infolge der Industrialisierung und sorgten für Unzufriedenheit. Ganze lokale Gewerbezweige starben aus. Die kleinen Geschäfte wurden geschlossen oder aufgekauft, die meist weit verbreitete Hausindustrie erlebte einen völligen Niedergang und verkam als Zulieferer an die großen Fabriken. Der früher durch seine Zunft geschützte Meister war unbedeutend geworden und verlor seine Selbstständigkeit. Um überleben zu können, „sattelte“ er meist selber auf eine schlecht bezahlte Tätigkeit als Vorarbeiter oder Fabriksangestellter um und fiel damit die gesellschaftliche Leiter gleich um ein paar Sprossen tiefer hinunter.¹⁴⁴⁰ Wer schon unten stand, den traf es noch härter: Als bald ein Überangebot an Arbeitskräften entstanden war, konnte der Fabrikant, der durch zusätzliche Technisierung Arbeitsplätze einsparte, härtere Bedingungen diktieren, wie den 15-Stunden Arbeitstag und Akkordlöhne nach Lebensalter, bei denen der ältere, erschöpfte Arbeiter auch weniger bekam.¹⁴⁴¹

Diese unterschiedliche soziale Schichtung sollte sich für das Entstehen eines nationalen „Klassenbewußtseins“ entscheidend auswirken. Anfangs der 70er Jahre begann sich ein Gefühl gemeinsamer Klassenlage, entweder national, oder auch nur ein allgemeines Zusammengehörigkeitsgefühl zu entwickeln. Der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgrund der Umwälzungen der gewerblichen Produktionsweise entstandene „Bodensatz der Gesellschaft“, begann nun hauptsächlich aus seiner Not heraus für Politik empfänglich zu werden, vor allem wenn diese Lösungen und Verbesserungen für die Zukunft anzubieten hatte. Wer jedoch bereit war, in diesem

1438 MOMMSEN, Hans, Das Problem der internationalen Integration in der böhmischen Arbeiterbewegung, In: *Bohemia – Jahrbuch des Collegium Carolinum*, 2. Jg. (1961), S. 196.

1439 MOMMSEN, Hans, Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat, Bd. 1, S. 32. Vgl. PRINZ, Friedrich, Probleme der böhmischen Geschichte zwischen 1848 und 1914, In: *Bohemia – Jahrbuch des Collegium Carolinum*, 6. Jg. (1965), S. 350.

1440 WHITESIDE, Andrew, *Austrian National Socialism before 1918*, S. 46.

1441 EHMER, Josef, Die industrielle Arbeiterschaft, In: *Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs*, 1. Teil, Von der Revolution zur Gründerzeit, Beiträge zur Niederösterreichischen Landesausstellung 1984, S. 148.

sozialen Elend auch für weniger zu arbeiten und damit sein Dasein akzeptierte, um überleben zu können, wie viele tschechische Wanderarbeiter, den traf der nationale Bannstrahl.

Während die Fabrikarbeiterschaft aber doch anfänglich national indifferent blieb, wurde bei den Gewerbetreibenden, die dem deutschen Bürgertum näherstanden, der Eindruck erweckt und vertreten, daß Österreich durch die tschechische Einwanderung vor seiner Slawisierung stünde. Als ganz wesentlich erwies sich dabei, daß, ähnlich wie der Antisemitismus, der die liberalen Kräfte aufzusaugen begann, der Antislawismus bei den unbefriedeten Schichten zur Ablehnung einer Begegnung mit der proletarischen Massenbewegung führte und damit das Zusammenwachsen zu einer demokratisch gesinnten Bewegung hemmte. Die Verhältnisse in den böhmischen Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie, die zum Schlüssel für die Entstehung und Verbreitung des Nationalsozialismus wurden, brachten es mit sich, daß eine Lücke zwischen einem kapitalistischen Liberalismus und einem kapitalfeindlichen Sozialismus entstehen und geschlossen werden konnte.

Lange noch bevor Schönerer mit den von Stein erarbeiteten Konzepten einer entstehenden völkischen Arbeiterbewegung im Gepäck böhmischen Boden betrat, setzten sich 1868 in Dessendorf in Nordböhmen eine Gruppe deutschösterreichischer Textilarbeiter zusammen, die sich gegen die tschechische Einwanderung zur Wehr setzen wollte. Was die NS-Literatur später weithin als „völkische Tischgesellschaften“ bezeichnen sollte, waren anfänglich nichts anderes als Stammtische in Wirtshäusern, an denen Facharbeiter in Wien, Niederösterreich, Böhmen oder Mähren völlig unpolitisch, daher ohne an eine Parteiarbeit zu denken, über die Gefahren ihrer unsicheren Arbeitsplätze diskutierten. Wenn auch die Migrationsbewegungen nachvollziehbare Ursachen hatten, so schienen sie gerade in jenen Einwanderungszonen radikale Strömungen zu fördern, in denen demokratische Ordnungsfunktionen noch nicht installiert waren. Auf der anderen Seite läßt sich die Entstehung von Gesellenorganisationen in den Städten mit einer zunehmenden Industrialisierung darauf zurückführen, daß der geregelte Aufstieg zum Meister und damit zum selbständigen Unternehmer infolge der Krise des betreffenden Handwerkszweiges nicht mehr gesichert war.¹⁴⁴² Diese Bedrohungssituation förderte die Bereitschaft, leicht faßliche Antworten zu finden: Die späteren österreichisch-nationalsozialistischen „Parteihistoriker“, der aus dem Textilarbeitermilieu stammende proletarische Student Alois Cihula, der seinen Namen später auf Ciller eindeutschte¹⁴⁴³ und der Schriftsetzer Ferdinand Burschofsky, berichteten beide von der Gründung des „Ersten Deutschen Gesellenvereins“ im Mai 1885 in der von der tschechischen Einwanderung „bedrohten“ Stadt Budweis, dem wenige Monate später, am 27. März 1886, der „Deutsche Gehilfenverein“ in Reichenberg folgte. Beide Vereine wären „ohne politische Anschauung“ gewesen und erhielten anstandslos die behördliche Genehmigung.¹⁴⁴⁴ Natürlich verfolgten die Vereins-

1442 REICHOLD, Ludwig, Geschichte der christlichen Gewerkschaften Österreichs, Wien 1987, S. 26.

1443 Der Name wird oft zwei Personen zugeschrieben.

1444 CILLER, Alois, Vorläufer des Nationalsozialismus, Wien 1932, S. 23. Vgl. BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Hohenstadt 1913, S. 6.

zwecke ganz andere als nur unpolitische Ziele, dazu ist das Beispiel Budweis zu prägnant, wenn es darum ging, „die Überflutung der Stadt durch tschechische Lohndrücker zu verhindern und den deutschen Gesellen ihren heimischen Arbeitsplatz zu sichern“. ¹⁴⁴⁵ Laut Burschofsky kam die Anregung zu diesen Gründungen vom bürgerlichen „Deutschen Böhmerwaldbund“. ¹⁴⁴⁶ Dieser, am 27. April 1884 von Deutschen in Südböhmen gegründete Verein verfolgte laut Eduard Pichl den Zweck, das bedrohte Deutschtum durch wirtschaftliche Unterstützungen zu kräftigen, daher den deutschen Arbeiter aus dem „tschechischen Proletariat“ zu heben. Er war aber nicht auf „arischer Grundlage“ aufgebaut, sodaß sich eine „unverfälschte deutsche Bundesgruppe“ in Wien 1885 wegen der „judenfreundlichen Politik“ des Gesamtbundes von selbst auflösen mußte. ¹⁴⁴⁷

Während sich im Herbst des Jahres 1888 in Wien die Tumulte um die Verurteilung und Inhaftierung Georg von Schönerers zu einer Massenkundgebung zuspitzten, berief der Obmann des Reichenbergers „Deutschen Gehilfenvereines“, der Textilarbeiter Moritz Fleck, völlig unabhängig von diesen Ereignissen, am 4. November 1888 den „Ersten Deutschen Gehilfentag“ ein, um einen Zentralverband der Vereine für Böhmen und Mähren zu gründen. ¹⁴⁴⁸ Ende der 80er Jahre bestanden in den deutschsprachigen Gebieten bereits 25 derartige Vereine mit rund 2000 Mitgliedern. Das Vorwort der Verhandlungsschrift lautete: „Die gegenwärtige Zeit der nationalen Bedrängnis erfordert mehr denn je, daß alle Kreise und Schichten des deutschen Volkes in Österreich fest zusammenhalten und sich alle an der nationalen Arbeit beteiligen. Bis vor Kurzem fehlte in den Reihen der nationalen Streiter ein Stand, welcher ganz besonders berufen ist, auf nationalgewerblichem Gebiete hervorragendes zu leisten ... (Es wurden) Deutsche Gehilfenvereine gegründet, welche den Zweck haben, das Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit unter ihren Mitgliedern zu beleben, dieselben in Notfällen zu unterstützen und für die geistige Fortbildung zu sorgen.“ ¹⁴⁴⁹

Mit der Betonung, daß die Gehilfenvereine einen gewerblichen „Stand“ vertreten würden, ergab sich ein erstes, deutliches Unterscheidungsmerkmal zur Sozialdemokratie, die programmatisch eine „Klassen“bewegung mit dem Ziel der Überwindung des Klassengegners sein wollte: Ein „Stand“ zu sein hieß, in Kontinuität zu den Zünften, einen Kontext mit anderen gesellschaftlichen Gruppen herzustellen, daher einen Stand unter Ständen zu bilden, um speziell „ein Glied in der Kette der nationalen Streiter zu sein.“ ¹⁴⁵⁰

Der zu gründende Zentralverband sollte auch dazu beitragen, die einzelnen Unterstützungskassen für kranke und arbeitslose Mitglieder zusammenzufassen, um diese Mittel nationalen Zwecken, wie der materiellen Sicherung und der Unterbringung neuer deutscher Gesellen, zuzu-

1445 HAUBENBERGER, Leo, Der Werdegang der nationalen Gewerkschaften, Wien 1932, S. 3.

1446 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 15.

1447 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. II, S. 148.

1448 HAUBENBERGER, Leo, Der Werdegang der nationalen Gewerkschaften, Wien 1932, S. 4.

1449 Zitiert In: BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 7.

1450 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. II.

führen. Nicht minder interessant erscheint die von den Gesellen zuweilen recht heftig geführte Diskussion über die Eintrittserfordernisse zu ihrem Verband, die ihr Verlangen nach sozialer Abstufung recht deutlich werden läßt. So sollten „gewöhnliche Fabriks- oder Tagarbeiter“ ausgeschlossen bleiben, weil sie kein Gewerbe handwerksmäßig erlernt und in Fabriken keine Tätigkeiten verrichten würden, die eine Lehrzeit erforderten. Der wahre Ausschließungsgrund, ihre befürchtete nationale Indifferenz, wurde dennoch in eine Worthülse gekleidet. Fabriksarbeiter würden die Vereine „in kurzer Zeit in ein anderes, gefährliches Fahrwasser bringen“.¹⁴⁵¹ Das von den Gesellen angestrebte Fahrwasser hieß Bürgertum, das „gefährliche“ die Sozialdemokratie.

Trotz fundamentalster Gegensätze hatten diese Gehilfenvereine zumindest in ihrer Entstehungsgeschichte ein gemeinsames Erbe mit der Sozialdemokratie, das sie zu „ungleichen Brüdern“ machte: Äußerlich schienen beide an die alten Bruderschaften des vorindustriellen Zeitalters anzuknüpfen, den Vereinigungen von Gesellen, der „Arbeiterschaft von damals“, im Kampf gegen die Zünfte, den Interessenvertretungen der Meister, wenn es um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen ging. Solange der Gesellenstand lediglich eine temporäre und gesicherte Vorstufe zum Meisterstand blieb, konnten zumindest auf handwerklicher Ebene Interessengegensätzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch keine deutliche Ausprägungen zeigen.¹⁴⁵² Erst als der Konkurrenzdruck durch die Zuwanderung größer wurde, erklärten die „Nationalen“ jene „Deutschen Meister“ zum Feind, die infolge „nationaler Lauheit“ „tschechische Lohndrücker“ bevorzugen würden, für deren wirtschaftliches Überleben wiederum die Sozialdemokratie eintrat.

An der Wiege der Sozialdemokratie wie auch der Gesellenvereine standen als zweite gemeinsame Idee die zum Eintritt reizenden Unterstützungskassen, die mit ihrem Fabrikskassenwesen den Mitgliedern Kranken- und Reiseunterstützung gewährten. Zunächst nichts anderes als eine Weiterentwicklung eines für die böhmische Textilindustrie schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf deutscher wie auch auf tschechischer Seite entstandenen Spezifikums erster Organisationsversuche von Gesellen, kam mit der Arbeitslosenunterstützung nach den Worten des sozialdemokratischen „Parteihistorikers“ Julius Deutsch eine „bescheidene gewerkschaftsähnliche Tätigkeit“ hinzu.¹⁴⁵³ Den Porzellanarbeitern in Westböhmen und den Buchdruckern nicht ganz unähnlich, versuchten diese Unterstützungsvereine trotz eines starken behördlichen Drucks durch die Wanderschaft ihrer Handwerksgesellen die Verbindungen mit gleichartigen Vereinen im Ausland aufrecht zu erhalten. Wenn sich Julius Deutsch auf die Kassen und Bruderschaften als „Kern der modernen Arbeiterbewegung“ berief¹⁴⁵⁴, weil sie von den Zünften die Behinderung der kapitalistischen Produktionsweise übernommen hätten, so fällt zumindest in der Organisationsform eine Gemeinsamkeit zu den nationalbetonten Gesellenvereinen auf. Wenn von dieser Seite ständig Ab-

1451 Ebd., S. 12.

1452 Handwörterbuch der Staatswissenschaften, herausgegeben von CONRAD, J. / W. LEXIS / W. ELSTER / E. LOENIG, 20. Aufl., 4. Bd., Jena 1909, S. 1141.

1453 DEUTSCH, Julius, Geschichte der deutschösterreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1922, S. 6.

1454 DEUTSCH, Julius, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, Wien 1908, S. 9f.

grenzungsversuche zur „proletarischen“ Sozialdemokratie unternommen wurden und von einem „Fahrwasser“ die Rede war, so gestand man zumindest der anderen Seite den gleichen Fluß zu.

Als diese Gesellenvereine ab Mitte der 80er Jahre eine stärkere nationale Position bezogen, was sie auch augenblicklich von der Sozialdemokratie entfernte, wurde ihre Erscheinungsform zumindest fragwürdig: Was Alois Ciller dabei in den Vordergrund stellen wollte, nämlich ihren „gewerkschaftlichen, unpolitischen Charakter“¹⁴⁵⁵, manifestierte sich im Gedanken der „Selbsthilfe“, den die „völkischen“ Geschichtsschreiber immer dann dankbar aufnahmen, wenn es darum ging, den Nimbus des Unpolitischen hervorzuheben: So stellte der völkische Gewerkschafter Leo Haubenberger fest, daß es nur diese Selbsthilfe war, die national eingestellte Menschen ohne politische Veranlassung zu einer völkischen Gemeinschaft zusammenführte, um ihre „Arbeitsplätze vor dem Eindringen tschechischer Arbeitskräfte zu bewahren“, weswegen es auch keine völkische Gewerkschaftsbewegung im Deutschen Reich Bismarcks gegeben habe!¹⁴⁵⁶ Auch der „Ideologe“ der völkischen Gewerkschaften, Walter Gattermayer, machte in seinem Abgrenzungsversuch zur Sozialdemokratie die deutschen Gesellenvereine zu unpolitischen Vorläufern der späteren Bewegung.¹⁴⁵⁷ Dagegen schrieb Julius Deutsch fast verächtlich von Gewerkschaftsvorläufern, die unter der Leitung von „Selbsthilflern“ standen¹⁴⁵⁸, daher auf unpolitischer genossenschaftlicher Basis agierten. Er stellte sich damit hinter den bekannten Ausspruch Viktor Adlers von der Einheit von Partei und Gewerkschaften als „siamesische Zwillinge“. Gerade die sozialdemokratischen Gewerkschaften mußten sich von völkischer Seite den Vorwurf gefallen lassen, die Bildung von Arbeiterorganisationen zu rein politischen Zwecken zu „mißbrauchen“, da den Gewerkschaften einzig die Aufgabe zukäme, den Sozialismus von der Zelle des Betriebes her vorzubereiten, während die Partei durch ihren politischen Kampf auf der Ebene des Staates den Übergang zum Sozialismus zu bewerkstelligen habe.¹⁴⁵⁹ Andrew Whiteside sprach wiederum den Gesellenvereinen jeglichen Gewerkschaftscharakter ab, da ihnen das wesentlichste Element, nämlich der Zusammenschluß gegen die Arbeitgeber zur Erreichung von Arbeitsverbesserungen als „reine Schutzvereine gegen schlecht ausgebildete und nicht integrierte Arbeiter“ gefehlt hätte.¹⁴⁶⁰

Die Erklärung für die wohl zutreffendste Variante bezüglich der Organisationsform lieferte Fritz Hemala: Er deutete die Gehilfenbewegung in Nordböhmen als einen Nachkommen und eine direkte Fortentwicklung der deutschen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine¹⁴⁶¹. Diese sozialliberale Gewerkschaftsbewegung war im Herbst 1868 entstanden, als Max Hirsch und ein Kreis von im Lager der liberalen Fortschrittspartei stehenden Berliner Maschinenbauern auf einem so-

1455 CILLER, Alois, Vorläufer des Nationalsozialismus, S. 23.

1456 HAUBENBERGER, Leo, Der Werdegang der nationalen Gewerkschaften, S. 3.

1457 GATTERMAYER, Walter, Die völkischen Gewerkschaften. Ihre Grundsätze; Ihre Ziele; Ihre Gegner, Wien 1931, S. 19.

1458 DEUTSCH, Julius, Geschichte der deutschösterreichischen Arbeiterbewegung, S. 14.

1459 REICHOLD, Ludwig, Geschichte der christlichen Gewerkschaften Österreichs, S. 39.

1460 WHITESIDE, Andrew, Austrian National Socialism before 1918, S. 52.

1461 HEMALA, Fritz, Geschichte der Gewerkschaften, Wien 1922, S. 143.

zialistischen Arbeiterkongreß gewaltsam entfernt worden waren, nachdem sie gegen das Streikrecht als Verschärfung des sozialen Kampfes protestiert hatten.¹⁴⁶² Zentraler Angelpunkt der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine war die Betonung, daß es an sich keine Interessengegensätze gebe, die Streiks oder revolutionäre Umtriebe rechtfertigen würden, daher zwischen Kapital und Arbeit eine natürliche Harmonie bestehe, die nur durch die großindustrielle Entwicklung momentan gestört sei. Diese Harmonie könne auf dem Weg der Selbsthilfe wiederhergestellt werden, was in erster Linie die materielle Unterstützung der Mitglieder durch Sparen und Spenden beinhaltete.¹⁴⁶³ Auch die mehr wirtschaftlich ausgerichtete Genossenschaftsbewegung Schulze-Delitzschs propagierte diese Maßnahmen. Auf eine national ausgerichtete Gewerkschaftsbewegung in Nordböhmen umgelegt, bedeuteten diese Selbsthilfetherapien, daß der tschechische Arbeiter diese Harmonie als „Eindringling“ gestört hätte. So fanden nationale Gewerkschaftsgruppen eine wirksame, wenn auch noch zunächst weitgehend personell unbesetzte Organisationsform.

Zusammenfassend kam man von den Gehilfenvereinen als einer nationalen Organisationsform sprechen, die als Reaktion auf die tschechische Zuwanderung zunächst unabhängig von einer parteipolitischen deutschnationalen Richtung entstanden war, obwohl Beeinflussungsversuche wie auf dem „Ersten Deutschen Gehilfentag“ nachweisbar sind. Von dieser deutschnationalen Richtung unterschied sie sich jedoch wesentlich dadurch, daß sie sich zunächst weder als politische noch als antisemitische Bewegung verstanden hatte: Die Anomalie zu den bürgerlichen Deutschnationalen bestand nun gerade darin, daß sich der Gehilfenverein im Anschluß an den „Gehilfentag“ gerade ein liberal-demokratisches Blatt, den „Handwerksmeister“, für ihre Aussendungen auserkor, dessen Ideologie in der Erstausgabe folgendermaßen lautete: „Wie wohl wir alle treu zu unserem deutschen Stamme halten, so soll das Organ dennoch alle politischen Schattierungen ausschließen, da für die Pflege des nationalpolitischen Lebens hinreichend durch andere Vereinschöpfungen gesorgt ist.“¹⁴⁶⁴ Dies dürfte auch ein Hauptgrund gewesen sein, daß die Gründung eines Zentralverbandes scheiterte. Zwar machte Ferdinand Burschofsky die selbst auferlegte Enge des Verbandes dafür verantwortlich, daß er keine Fabrikarbeiter aufnahm¹⁴⁶⁵, bei näherer Betrachtung stand aber das „Ausbrechen ins Politische“, das wiederum der Reichenberger Gehilfenverein heftigst befürwortete, im Wege. Viele Vereine wollten diesen Schritt nicht mitmachen und wählten lieber ihre unpolitische Isolation. Die „Reichenberger“ Satzungen zur Bildung eines Zentralverbandes gingen ganz provokativ über das allgemeine Verbandsstatut hinaus, welches sie als Bevormundung empfanden, wogegen sie die „Beteiligung an der nationalen gewerblichen Arbeit“ zur Pflicht erklärten, für die ein reines Unterstützungskassenwesen längst nicht ausreichen würde. Der Vorschlag beinhaltete die Einführung einer ähnlichen Gliederung wie bei den Turnvereinen sowie „zum besseren Zusammenwirken aller Gesellen“ die satzungsmäßige Festlegung der Abhal-

1462 Handwörterbuch der Staatswissenschaften, S. 1142.

1463 Ebd., S. 1143f.

1464 Der Handwerksmeister, 1. Jg., Nr. 1 vom 1. Juli 1888, S. 1.

1465 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 17f.

tung von Kommersen und Jahresfeiern. Darüber hinaus sollte täglich eine politische Zeitung erscheinen. Die Satzungen kritisierte der „Handwerksmeister“ nicht nur wegen des zu hohen Aufwandes als „Schritt nach rückwärts“. ¹⁴⁶⁶ Dieser Streit entschied sich erst auf der zehnten Versammlung des „Deutschen Gehilfenvereines für Reichenberg“, als der Gründer und bisherige Obmann Moritz Fleck nicht mehr bestätigt wurde. Seine Nachfolge trat Heinrich Sachers an, der sich stets für eine unpolitische Richtung des Vereines ausgesprochen hatte. ¹⁴⁶⁷ Trotzdem sollte dieses Ausscheren noch Folgen haben.

Wenn auch die Gründung eines Zentralverbandes nur ein Versuch blieb, so hatte er den Gesellen gezeigt, daß sie sich auf der Suche nach Alternativen zur Sozialdemokratie gegen die tschechische Einwanderung organisieren konnten. Doch waren sie im Jahre 1888 scheinbar noch nicht gewillt, diese Form auch zu nützen. Erst acht Jahre später, am 29. Juni 1896, fand ein weiterer Vertretertag statt, der zu konkreten Ergebnissen kam.

Diese acht dunklen Jahre erhellen sich ein wenig, wenn Burschofsky selbst seinen Werdegang und die Entwicklung nach 1888 beschreibt: „Die deutschnationale Bewegung ... hat auch in die damals mächtig in die Halme schießende Sozialdemokratie einen Hauch hineingetragen. Mancher Genosse horchte auf die Verkünder des nationalen Programms und namentlich in den gewerblichen Gehilfenkreisen fanden sich bald Anhänger der nationalen Lehre. Auch ich, der ich damals in der Sozialdemokratie stand, blieb von dieser Strömung nicht unbeeinflusst.“ ¹⁴⁶⁸ Über die Ursachen für diese „Abkehr“ legten jedoch die deutschnationale wie auch die sozialdemokratische Seite einen Schleier. Auch das vielfach vorgebrachte Argument, daß die deutschen Arbeiter gerade in den national umkämpften Gebieten vom Internationalismus abgestoßen worden wären, weil er „die liebevolle Aufnahme und herrschende Stellung fremdvölkischer Elemente in der sozialdemokratischen Partei“ ¹⁴⁶⁹ förderte und die deutschnationale Bewegung gleichzeitig diesen Ablösungsprozeß begünstigte, kann nur zum Teil befriedigen, denn es mußten wesentlichere Vorbedingungen vorhanden gewesen sein. Von einer frühen gemeinsamen Organisationsstruktur war in diesem Zusammenhang schon die Rede. Es muß daneben vielmehr gemeinsame, ideologische Brücken gegeben haben, die einen Übergang erlaubten, der keiner radikalen Umkehr bedurfte – auch wenn sie später einstürzten. Es stellt sich dabei geradezu die Aufgabe, auch nach Ursachen in der Sozialdemokratischen Partei selbst zu suchen, warum innerhalb von nur acht Jahren die vorher politisch eher abgeneigten Gehilfenvereine eine Empfänglichkeit für das deutschvölkische Gedankengut Schönerers zeigten, das ihnen über Franz Stein vermittelt wurde und warum ein reger Zulauf aus der Sozialdemokratie zu verzeichnen war.

¹⁴⁶⁶ Der Handwerksmeister, Nr. 6 vom 15. März 1888, S. 2.

¹⁴⁶⁷ Der Handwerksmeister, Nr. 11 vom 1. Juni 1888, S. 4.

¹⁴⁶⁸ BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 5.

¹⁴⁶⁹ BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, Betrachtungen über die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung, Troppau 1930, S. 5.

2.1 Hainfeld und kein Ende

Die zwanzig Jahre, die schließlich zum „Hainfelder Parteitag“ führten, der vom 30. Dezember 1888 bis zum 1. Jänner 1889 stattfand und die Gründung einer sozialdemokratischen cisleithanischen Arbeiterorganisation als Partei ermöglichte, waren geprägt von einer Entfernung und Annäherung zwischen Gemäßigten und Radikalen, Deutschösterreichern und Tschechen.¹⁴⁷⁰ Nach der Auffassung Viktor Adlers und des tschechischen Parteiführers Josef Hybes, die das „Einigungswerk“ vorantrieben, konnte dieses nur unter Ausklammerung der nationalen Frage vollbracht werden. An der Umgehung der nationalen Problematik war auch Karl Kautsky interessiert, gewissermaßen der damalige Chefideologe, der sich selbst als legitimer Sachwalter des Marxismus einordnete. Er reduzierte „Nation“ auf den Begriff der „Sprachnation“ und verschob die Lösung der heiklen Frage auf das Ende der revolutionären Entwicklung.¹⁴⁷¹ Damit konnte einmal mehr ihr Stellenwert gar nicht erfaßt werden. Die Delegierten gingen unvorbereiteter denn je in den Hainfelder Parteitag, auf dem der nationale Bereich auch noch aus persönlichen Gründen Viktor Adlers nicht diskutierbar wurde, weil es ihm kaum gelang, seine frühere, mit einer gefestigten marxistischen Ausrichtung der Bewegung unvereinbare großdeutsche Position zu überwinden.¹⁴⁷² Adler, bekanntlich ein sehr früher Mitarbeiter des „Linzer Programms“ aus dem Jahre 1882, hatte zwar die Überzeugung gewonnen, daß der „Deutsche Schulverein“, in dem er noch bis 1884 tätig gewesen war, sowie eine deutschnationale Agitation zu keiner Lösung der brennenden sozialen Fragen führen würden. Er konnte aber seine Bestrebungen zur Beseitigung sozialer Probleme durchaus mit dem Gedanken verbinden, zuerst das Deutschtum national zu stärken. Nach seiner Auffassung mußte jede Sozialpolitik vorrangig einer vom Industrialisierungsprozeß bei weitem stärker erfaßten deutschen Bevölkerung zugute kommen.¹⁴⁷³ Auch seine Loslösung vom deutschnationalen Lager wegen eines schärfer werdenden Rassenantisemitismus hatte er nie ganz verwinden können. In der ab 1886 von ihm herausgegebenen „Gleichheit“ erschien im Jänner 1887 ein Artikel, in dem Adler festhielt, daß „auch die deutschen Arbeiter sich durchaus bewußt sind, was sie ihrem Volk als Deutsche schuldeten“. Sie wären daher „genötigt“, den Kampf aufzunehmen, wenn „die slawischen Genossen sie dazu zwingen würden, indem in die proletarische Bewegung der Sprachenstreit getragen wird“.¹⁴⁷⁴ Wenn die Delegierten in Hainfeld auch eine betont internationalistische marxistische Prinzipienklärung abgaben – „Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich ist eine internationale Partei ... und

1470 Diesen Jahren von 1867 bis 1889 ist im III. Teil der Dissertation, aus der die vorliegende Buchform stammt, ein breiter Abriß eingeräumt worden.

1471 KONRAD, Helmut, Österreichische Arbeiterbewegung und nationale Frage im 19. Jahrhundert, In: MADERTHANER, Wolfgang, Sozialdemokratie und Habsburgerstaat, Wien 1988, S. 126f.

1472 KONRAD, Helmut, Nationalismus und Internationalismus, Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1976, S. 44.

1473 MOMMSEN, Hans, Das Problem der internationalen Integration in der böhmischen Arbeiterbewegung, In: Bohemia – Jahrbuch des Collegium Carolinum, 2. Jg. (1961), S. 197.

1474 Zitiert In: KONRAD, Helmut, Österreichische Arbeiterbewegung und nationale Frage im 19. Jahrhundert, S. 126.

erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst“ – so gingen sie bewußt nicht auf die historische und tagespolitische Situation im Vielvölkerstaat und noch viel weniger auf die Stellung der Sozialdemokratie zum Habsburgerreich ein. Adlers „Überlagerungstaktik“¹⁴⁷⁵ brachte es mit sich, daß zentrale Themen wie das Einigungswerk selbst und das allgemeine Wahlrecht in den Mittelpunkt rückten, während die eigentliche Überlebensfrage der Monarchie nicht angeschnitten wurde. Sie bekam jedoch innerhalb der Partei unterschwellig immer mehr an Gewicht. So konnte auch eine multinationale sozialdemokratische Bewegung, die sie eigentlich nie war, unter der Oberfläche auseinanderbrechen, denn schon vor Hainfeld war die Eigenständigkeit der nationalen politischen Gruppierungen sehr groß gewesen.

Was mit den tschechischen Arbeitern, die wieder verstärkt unter jungtschechischen Einfluß gekommen waren, 1893 begann, sollte um 1897 zu einer endgültigen Föderalisierung führen: Ein Budweiser Parteitag des Jahres 1893 verabschiedete ein Organisationsstatut, das die Selbständigkeit der tschechoslawischen Sozialdemokratie bestätigte, wenn auch noch eine allgemeine Taktik im Einvernehmen mit der Gesamtpartei abgesprochen werden sollte. Auch die 1891 gegründete galizische Sozialdemokratie, die sich 1896 in einen polnischen und einen ruthenischen Teil spaltete, beanspruchte nun wegen der Dreiteilung Polens den Status der Autonomie in der österreichischen Partei.¹⁴⁷⁶ Diese Zerfallserscheinungen der Sozialdemokratie in nationale Bestandteile unter einem internationalen Deckmantel gaben den völkischen Gruppierungen immer wieder Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß der Internationalismus nichts anderes als eine undurchführbare, leere Phrase sei.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß es der österreichischen Sozialdemokratie bis Hainfeld zu keinem Zeitpunkt gelungen war, sich von ihren liberalen und deutschnationalen Wurzeln zu befreien, wobei aus der engen Verbindung mit der reichsdeutschen Partei gleichsam auf „derselben Stufe“ noch zusätzlich großdeutsches Gedankengut eindringen konnte. Diese Tendenzen fanden damit wiederum ihre Berechtigung. Diese Gleichschaltung mit der reichsdeutschen Sozialdemokratie bewirkte darüber hinaus, daß die österreichische Sozialdemokratie eine zentralistische straffe deutsche Parteiführung beanspruchte, ohne dies dezidiert auszusprechen; man vermied daher eine Stellungnahme zum Nationalitätenkonflikt und kleidete ihn in hohle Phrasen, um die eigene Position nicht zu gefährden. Die tschechischen Arbeiterführer wandten sich ihrerseits nach der Errichtung eigener Zentren starken nationalistisch-bürgerlichen Strömungen zu und begannen eine stufenweise Emanzipation von einer Gesamtpartei, die eine betontere marxistische Ausrichtung aufzuweisen hatte. Nach dem Parteitag von Hainfeld, der in der nationalen Frage ein weiteres Rückzugsgefecht bedeutete, um eine wackelige Einheit zustandezubringen, indem er sich ebenfalls eine marxistisch-orientierte Richtung zum Ziele gesetzt hatte, wurde die Durchsetzung zentralistisch-deutscher Tendenzen umso schwerer. Wenn aber die Voraussetzung

1475 KONRAD, Helmut, Österreichische Arbeiterbewegung und nationale Frage im 19. Jahrhundert, S. 126.

1476 KULEMANN, Peter, Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur, Hamburg 1982, S. 121.

für den marxistisch-sozialistischen Zukunftsstaat die wirtschaftliche Zentralisierung war, so zeigte der Gewerkschaftskonflikt des Jahres 1896, daß diese Ziele mit den nationalen Selbstständigkeitsbestrebungen in einem Vielvölkerstaat in einem krassen Widerspruch standen, wobei es auch keinerlei Rezepte gab, diesen Widerspruch zu lösen. Ein „deutscher Flügel“ in der Partei konnte jetzt umso mehr für die Parole gewonnen werden, daß das „Experiment des Internationalismus“ gescheitert war, noch dazu wo ein einseitiges Nachgeben gegenüber den tschechischen Forderungen rational nicht mehr nachvollziehbar erschien und auch meistens nicht den Wünschen der deutschösterreichischen Parteiführung entsprach. Für diesen Flügel schien auch das enge Zusammenspiel mit den anderen Nationalitäten unter den Vorzeichen „deutscher“ liberal-demokratischer Traditionen des Jahres 1848 unweigerlich zum Marxismus zu führen, weswegen sie auch dieses „Experiment“ als gescheitert ansahen. Die entstehenden „völkischen“ Organisationen hatten dabei die Besonderheit, ohne auf Entwicklungsstufen zurückzugreifen, von vornherein den Marxismus, die Sozialdemokratie und den Liberalismus abzulehnen.

Wie sehr nun die tschechische Bewegung Fortschritte bei ihrer nationalen und sozialen Emanzipation machte, so stark traten diese Tendenzen auch auf deutschösterreichischer Seite auf, wenn auch mit anderen Vorzeichen und in einer gänzlich anderen klassenkämpferischen Richtung. Eine zusätzliche Verstärkung fanden die Klassenkämpfer, als die Sozialdemokratie in der nationalen Frage endgültig unter Zugzwang gekommen war, nachdem sich Adlers Überlagerungstaktik als nicht mehr erfolgsversprechend herausgestellt hatte. Mit einer stärkeren marxistischen Ausrichtung versuchte die deutsch-österreichische Sozialdemokratie nunmehr Antworten auf nationale Fragen zu geben, wobei das entstand, was man allgemein nach dem Jahre 1907 als „Austromarxismus“ bezeichnete.

Doch auch der führende Ideologe des Austromarxismus, Otto Bauer, stand bald vor einem Dilemma. Einerseits hielt er wie die anderen deutschösterreichischen Parteiführer Adler, Kautsky, Pernerstorfer, Renner und Seliger an der deutschen Führungsrolle innerhalb einer internationalen Sozialdemokratie fest, was noch indirekt durch tschechische Zugeständnisse bestärkt wurde, daß es ohne sie ohnehin nicht gehe, er hegte aber andererseits auch durchaus Sympathien für die tschechischen Forderungen nach Gleichberechtigung. Doch seine theoretischen Gedanken, einen von ihm abgelehnten bürgerlichen, undemokratischen Nationalismus und einen sozialistischen, demokratischen zu konstruieren, um den tschechischen als demokratischen Nationalismus zu bezeichnen und damit eine nationale Lösung anzustreben, wurden bald von den politischen Realitäten übertönt.¹⁴⁷⁷ Langsam begann ein durch die Tschechisierungsgänge betont deutscher Flügel „deutlicher“ zu werden und auch Bauer mußte einsehen, daß das sture Bestehen auf Autonomie seitens der Tschechen und „das Fehlen der nötigen Disziplin einer Minderheit“ einer Sabotage an der gesamten Arbeiterbewegung gleichkomme.¹⁴⁷⁸ Seine „geschichtlich begründeten“, zum Teil von Marx und Engels entlehnten Ansichten begannen sich durchzusetzen: „Durch den Sieg

1477 WHITESIDE, Andrew, *Austrian National Socialism before 1918*, S. 67.

1478 BAUER, Otto, *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie*, Wien 1907, S. 543f.

des Staates über die Stände ist Österreich ein Staat geworden. Die Niederwerfung der Stände hat aber zugleich die tschechische Nation zur Rolle einer geschichtslosen Nation verurteilt; so ward Österreich ein deutscher Staat“. ¹⁴⁷⁹ Die Ansichten Friedrich Stampfers, der in der „Leipziger Volkszeitung“ schrieb, politische Demokratie hieße ja, den „Tschechen und Klerikalen das Land zu überlassen“, fanden zunehmend Anhänger. ¹⁴⁸⁰ Dazu kamen die Argumente, daß sowohl der auf Dauer nicht zurückzuhaltende Aufbau einer eigenen tschechischen Industriegesellschaft, als auch die durch die industrielle Notwendigkeit bedingte Erschließung billigerer Standorte im nicht-deutschen Gebiet beide Male auf Kosten des Deutschtums gehen würden, woraus sich die von deutscher Seite gestellte Frage ergab, was die „Tschechen denn eigentlich noch mehr“ wollten. ¹⁴⁸¹

Der Gewerkschaftskonflikt des Jahres 1896, am Vorabend der „Badeni-Krise“, hatte schließlich weitreichende, oft unterschätzte Konsequenzen. Er zeigt besonders, wie die Fronten auch in der österreichischen Sozialdemokratie bereits unüberbrückbar geworden waren. Für die Gewerkschaften bedeutete die ungelöste nationale Frage ein Existenzproblem, da eine Spaltung in nationale Gruppen den Kampf gegenüber dem Arbeitgeber entscheidend schwächen mußte. Der glühende „Internationale“ Adolf Braun richtete unaufhörlich flammende Appelle an die Tschechen, dass, wenn schon nicht eine einheitliche Partei, eine internationale Gewerkschaft „im Zeitalter der Organisationen“ umso mehr ein absolutes Muß wäre, als jede Zersplitterung nicht nur dem Arbeitgeber förderlich sei, sondern auch den sich bereits formierenden gegnerischen Organisationen. ¹⁴⁸² Diesen Konflikten verdankte der von den unpolitischen Gruppierungen kritisierte traditionelle sozialdemokratische Grundsatz einer „einheitlichen Partei und Gewerkschaft ohne exakte Trennung“ sein Entstehen. Er entstammte auch aus der Überlegung, daß ein Arbeiter, der im Begriff war sich zu organisieren, eher in die Gewerkschaft als in die Partei eintreten würde. Als zusätzliches Argument führten die Verfechter eines politischen Kurses an, daß eine unpolitische Gewerkschaft dort, wo sie einen wesentlichen Anteil an qualifizierteren Arbeitern vorfand, die in einem besseren sozialen Umfeld lebten, eine von vornherein schwächere Position haben mußte, da diese aus Proletarisierungsängsten für eine bürgerliche nationale Agitation anfälliger wären. ¹⁴⁸³ Daher sollte auch die Partei eine Art Schutzfunktion übernehmen. Aus diesen Erwägungen wurde auf dem „Ersten Österreichischen Gewerkschaftskongreß“ in Wien im Dezember 1893 eine zentrale gewerkschaftliche Organisation nach dem Industriegruppenprinzip begründet, ohne die Trennungslinien innerhalb der Sozialdemokratie zu berücksichtigen. ¹⁴⁸⁴ Die Reichsgewerk-

¹⁴⁷⁹ Ebd., S. 213.

¹⁴⁸⁰ Zitiert In: WHITESIDE, Andrew, Austrian National Socialism before 1918, S. 67.

¹⁴⁸¹ MOMMSEN, Hans, Arbeiterbewegung und nationale Frage, S. 177f.

¹⁴⁸² BRAUN, Adolf, Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe. Eine Sammlung von Abhandlungen, Nürnberg 1914, S. 131f.

¹⁴⁸³ SEVERING-WOLLANEK, Marlis, Die deutschböhmisches Sozialdemokratie in den Jahren 1889–1914, In: MADERTHANER, Wolfgang, Sozialdemokratie und Habsburgerstaat, Wien 1988.

¹⁴⁸⁴ KOŘÁLKA, Jiří, Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815–1914, Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationenbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern, Wien 1991, S. 252.

schaftskommission unter der Leitung von Anton Hueber baute nun einen supraethnischen straffen Zentralismus auf, auf den die Partei Einfluß nehmen konnte, um so den Zusammenhalt unter deutschen Vorzeichen zu festigen. Die Durchdringung der Gewerkschaft mit sozialistischem Geist sollte in ihrem Interesse liegen, um eine völlige Identität von Partei und Gewerkschaft herzustellen. Nach der marxistischen Ausrichtung bedeutete Gewerkschaftskampf auch Klassenkampf, indem er auf ihn vorbereite. Um einen erfolgreichen Kampf des Proletariats gegen die Ausbeutung zu leisten, der eine feste Einheit der gesamten Bewegung voraussetzte, wäre daher auch eine einheitliche Gewerkschaft notwendig.¹⁴⁸⁵

Die Tschechen liefen gegen die Zentralisierung aus drei Gründen Sturm: Für sie stellte die gewerkschaftlichen Organisationen das finanzielle Rückrat der Partei dar, da man erst spät die gesetzlichen Voraussetzungen zur Einhebung von Mitgliedsbeiträgen durch die Partei erlangt hätte. Weiters waren sie als ein wesentlicher Teil der Organisation des sozialistischen Staatswesens gedacht. Als noch gravierender empfanden sie jedoch, daß die mit den Gewerkschaften eng verbundenen Arbeiterbildungsvereine, die eine national-tschechische Kulturarbeit leisteten, mit der Neuorganisation abgeschafft und in Ortsvereine umgewandelt worden wären. Hueber konnte die Unterstellung nationaler Bildungsfunktionen unter eine deutsche Führung natürlich nicht durchsetzen. Zuletzt zeigte der Widerstand gegen den Zentralismus sehr deutlich, wie sehr man von tschechischer Seite auch innerhalb einer Partei „staatlich“ dachte und zweitens ein von den Nationalparteien geführter Kampf für eine Föderalisierung die Übernahme von „zentralistischen Mustern“ jeglicher Art unmöglich machte.¹⁴⁸⁶ Der Konflikt führte zur Gründung einer eigenen tschechischen Gewerkschaftskommission in Prag mit einem auf Böhmen beschränkten Wirkungsbereich, hatte aber auch für die Partei Konsequenzen: 1897 verabschiedete ein Parteitag in Wien ein neues Organisationsstatut, das die nur mehr auf dem Papier bestehende, einheitliche Partei in eine Föderation nationaler Parteien mit föderativer Leitung umwandelte: Der Gesamtparteitag sollte demnach nur mehr alle zwei Jahre mit Vertretern der Exekutivkomitees der deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und südslawischen Organisationen als politische Führung tagen, dazwischen sollten nationale Parteitage stattfinden.¹⁴⁸⁷ Josef Strasser bezeichnete dieses Statut als einen „Triumph des nationalen Separatismus“.¹⁴⁸⁸

Eine dieser weitreichenden Konsequenzen führte nun auch dazu, daß genau 1896 Ferdinand Burschofsky nach acht Jahren (!) einen neuerlicher Versuch unternahm, mit der Einberufung eines Vertretertages der Gehilfenvereine nach Reichenberg am 28. Juni 1896 einen deutschnationalen Zentralverband zu gründen. Den Vorsitz führte niemand anderer als Franz Stein, dem der Vertretertag auch die Ausarbeitung von Verbandssatzungen ans Herz legte.¹⁴⁸⁹ Nach den Angaben

1485 KLENNER, Fritz, Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme, Wien 1967, S. 258.

1486 MOMMSEN, Hans, Arbeiterbewegung und nationale Frage, S. 177f.

1487 KULEMANN, Peter, Am Beispiel des Austromarxismus, S. 121f.

1488 STRASSER, Josef, Der Arbeiter und die Nation, Reichenberg 1912, S. 48.

1489 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 6.

Ferdinand Burschofskys hatte er ihn zu Beginn des Jahres 1896 während seiner Tätigkeit als Schriftsetzer in Mährisch-Trübau kennengelernt und dürfte ihn zur Übernahme der Organisation überredet haben. Nur war jetzt unter denselben Vorzeichen eine ausgeprägte politische Richtung spürbar und die Gesellenvereine wiesen nun schon eine deutliche „völkische“ Färbung auf. Ob dies auf eine frühe Initiative Burschofskys zurückzuführen ist, der ähnlich wie bei den Burschenschaften „seine Leute“ eingeschleust haben könnte, bleibt unklar, denn er selbst erwähnte den sicher bedeutenden Umwandlungsprozeß innerhalb von acht Jahren äußerst unbefriedigend mit nur einem Satz: „Die Bewegung hatte an Umfang und Tiefe gewonnen.“¹⁴⁹⁰ Zweifellos aber war Burschofsky der spätere Motor einer sich aus den Gesellenvereinen entwickelnden völkischen Arbeiterbewegung, aus der später die „Deutsche Arbeiterpartei“ entstehen sollte. Alfred Berner widmete sein Buch über die völkische Bewegung „Vater Burschofsky“, dem Wegbereiter der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterbewegung.¹⁴⁹¹ Die Parole, mit der möglichst viele Sozialdemokraten für diese Organisation des „Selbstschutzes“ gewonnen werden sollten, lautete, „Der Bankrott des Internationalismus“: Der Gewerkschaftskonflikt und der Zerfall der Partei hätten bewiesen, daß „in der Kulturhöhe ... zwischen den Nationalitäten klaffende Unterschiede“ bestehen würden, die eine Partei „für das ganze Volk, ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechts“ nicht überbrücken könnte, wie Alois Ciller unter der Überschrift „Ein lehrreicher Ausklang“ schrieb, der „jedem überlegenden deutschen Arbeiter wertvolle Aufschlüsse bieten kann“.¹⁴⁹² Nur dem deutschen Arbeiter wäre es aufgrund seiner Fähigkeiten und seines Talents gegeben, eine Arbeiterpartei zu gründen. In einer interessanten Umkehr stellte er jedoch dem deutschen „traumselig zurückgebliebenen Genossen“ den „völkischen Eigennutz des slawischen Genossen“ gegenüber, „der stärker blieb als alle internationalen Redensarten“, als „geschichtlichen Beleg für den Widersinn internationaler Phrasen und die Urkraft völkischen Selbsterhaltungswillens.“

All diese Gründungsversuche benötigten jedoch einen Dammbruch, um einer deutschnationalen Arbeiterbewegung erst Leben einzuhauchen. Erst mit den Sprachenverordnungen vom April, die nach Josef Penížek „durch eine absichtliche und böswillige, falsche Interpretation und hauptsächlich durch begleitende Umstände“ zu dem gemacht wurden, nämlich zu einem „dankbaren Objekt einer Empörung“, die auch nicht die stärkste „Parteiwut“ hätte hervorbringen können¹⁴⁹³, ging der „nationale Funke“ auch auf die Arbeiter über, das Pulver dazu war längst vorhanden. Die hier angesprochene „Badeni-Krise“, die 1897 ihren Anfang nahm, stellt einen Wendepunkt in der österreichischen Innenpolitik dar.¹⁴⁹⁴ Die mit ihr verbundenen nationalen

1490 Ebd.

1491 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus. Betrachtungen über die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung, S. 1.

1492 CILLER, Alois, Damals und heute. Entstehung, Kämpfe und Aufgabe der nationalen Arbeiterbewegung in Österreich, Nachdruck des Vereins deutscher Verkehrsbediensteter, Wien 1937, S. 9.

1493 PENÍZEK, Josef, Aus bewegten Zeiten. 1895 bis 1905, S. 55.

1494 WANDRUSZKA, Adam, Die Krisen des Parlamentarismus 1897 und 1933. Gedanken zum Demokratieverständnis in Österreich, Wien 1976, S. 76.

Auseinandersetzungen schwächten das international ausgerichtete Gefüge der Sozialdemokratie eklatant und ließen auf der anderen Seite endgültig eine radikale völkische Arbeiterbewegung mit einer eigenen ideologischen Ausrichtung entstehen, wobei ihre bahnbrechende Leistung darin bestand, die zu Beginn des Abschnitts angesprochene „Lücke“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu füllen: Das radikale Alldeutschtum Schönerers fand somit Eingang in die Arbeiterschaft!

Das vielleicht von den damaligen Beobachtern am wenigsten beachtete Ereignis des Jahres 1897, das auch wegen der ständigen Aufregungen sehr in den Hintergrund gedrängt worden war, vollzog sich mit der Verbandsgründung der deutschnationalen Arbeiterschaft. Die einzige, treibende Kraft für ihr Zustandekommen ging von Franz Stein und seinem „Hammer“ aus. Noch im März 1897 hatte der unermüdliche Obmann des deutschen Gehilfenvereins von Mährisch-Trübau, Ferdinand Burschofsky, in der kleinen Rubrik „Aus den Vereinen“ im „Hammer“ Franz Steins anlässlich der jährlichen Hauptversammlung den schon etwas verzweifelten Appell an die Vereine gerichtet: „Das heurige Jahr bringt uns hoffentlich den Verband, durch welchen die Gehilfenvereine erst an Wert gewinnen.“¹⁴⁹⁵ So richtig daran geglaubt haben dürfte er wohl auch mangels eines eigenen Organs nicht, dazu war er von Stein und dessen völkischem Arbeiterblatt viel zu abhängig: „An alle Brudervereine richtet sich die neuerliche dringende Mahnung, Berichte über die Vereinstätigkeit im Hammer zu veröffentlichen, insbesondere Berichte über die Jahresversammlungen.“¹⁴⁹⁶

Franz Stein war mit seiner Rede in Bad Elster und den Voruntersuchungen wegen Hochverrats, die sie nach sich gezogen hatte, zu so etwas wie einem ersten nationalen Märtyrer geworden, der nun von sich selbst glaubte, die nötige Autorität zu besitzen, um mitreden zu können. Während des ganzen Jahres 1896 schrieb er im „Hammer“ tendenziöse Artikel über die „verjudete Sozialdemokratie“, die die Arbeiterschaft nur ausbeuten würde, um von ihr leben zu können. Über ganze Seiten ergossen sich seine „Beweise“, für die er hauptsächlich das Einkommen und „angehäufte Vermögen“ Viktor Adlers anführte. Nun glaubte Stein, treffendere Argumente anführen zu können, Argumente, die einerseits helfen sollten, Ressentiments abzubauen, indem sie Antworten gaben, die sich aber andererseits auch an die sozialdemokratischen Anhänger richteten, in deren Reihen Stein die Lücken erkannt zu haben schien, in die er zum seiner Meinung nach richtigen Zeitpunkt eindringen konnte. Die Wiedergabe seiner leidenschaftlichen, an die Arbeiter gerichteten Appelle erscheint deshalb so wichtig, weil sie erste national-sozialistische Manifeste darstellen. Sie lassen nicht nur die Zweifel Steins und seiner Mitarbeiter am „Arbeiterführer Schönerer“ deutlich werden. Indem er die Arbeiter als „politische Neulinge“ wie die Schulkinder behandelte, treten die „Verführungskünste“ noch deutlicher ans Tageslicht.

Den Anfang der Agitation, die schließlich zum Ziel eines völkischen Arbeiterverbandes führte, machte jedoch nicht Franz Stein, sondern „sein“ Obmann-Stellvertreter im Arbeiterbund Germania, Friedrich Decker, der am 1. Juli 1897 einen Artikel im „Hammer“ mit folgendem Aufruf

1495 Der Hammer, Nr. 11 und 12 vom 1. März 1897, S. 101.

1496 Ebd.

„An die deutschen Arbeiter der Ostmark!“ verfaßte¹⁴⁹⁷: „Das deutsche Volk in der Ostmark wäre durch der letzten Jahrzehnte Drill beinahe aufgegangen in dem Begriff des Österreichertums, ... als Lohn sollte es ... die Schmähungen und Verfolgungen der Gegner willig ertragen ... In hundert von Versammlungen erhebt sich nun das deutsche Volk ... gegen die frechen ... Eingriffe eines Fremden, eines Polaken in seine heiligen Rechte, ja es zeigt nicht übel Lust, zur äußersten Notwehr zu schreiten! Wie tief erregt und beleidigt die deutsche Volksseele ist, ... findet Ausdruck in der Gemeinbürgerschaft aller Deutschen, in dem Zusammenstehen von Parteien, die sonst grundverschieden sind ... Dem Wodansanbeter und Antichristen, dem Schönerer hängt das Volk an, ... von ihm erwartet es den Schutz seiner völkischen Ehre, ... von ihm erhofft es die Besserung seiner wirtschaftlichen Lage. Das ist auch selbstverständlich, denn von den Juden und den jüdisch-pfäffischen Römlingen und deren Helfershelfern, den versumpften und versauerten Christlichsozialen, deren höchste Ideale nicht Ehre und Freiheit, sondern Geld und Kirchen sind, kann es die Vertretung seiner Rechte und Forderungen nicht erwarten. Das deutsche Volk, so weit es noch nicht vom Weihrauch betäubt und verblödet ist, braucht und will wesensstarke unbeugsame Männer!

Diese Sprachenverordnungen sind es aber auch, die uns deutschgesinnten Arbeitern zeigen, ... daß auch er nur ein Glied seines Volkes, aber auch ein Träger deutscher Gesittung und wahrer Geistesfreiheit ist und daß er nur dann ... seine Pflicht erfüllt, wenn er all sein Können ... in den Dienst seines angestammten Volkes, dem er wahrlich viel schuldet, stellt.

Was soll es für einen Wert haben, wenn ein Arbeiter sagt, er sei nur Deutscher und betätigt sein Deutschtum nicht? ... Er muß vor allem deutsch fühlen und denken, er muß durch die Tat beweisen, daß für ihn Deutschtum kein leerer Schatten ist, er muß bereit sein, für dasselbe Opfer zu bringen. Und gerade hier macht sich ein Mangel bei der Arbeiterschaft bemerkbar.

... Die deutschvölkische Arbeiterschaft muß sich vor allem ihrer Aufgabe bewußt werden und zuvorderst eine planvolle Aufklärungs- und Werbearbeit vollbringen. Der deutschvölkische Gedanke muß tiefer in das Volk, ... in die Arbeiterschichten dringen und **DAZU IST DIE ZEIT WIE GESCHAFFEN**.¹⁴⁹⁸

Die Presse ist in diesem Kampf ... unser Schwert. Darum, deutsche Arbeiter, bezieht nicht nur selbst euer Blatt *Der Hammer*, der ... unentwegt für die deutsche Sache kämpft, sondern verbreitet ihn überall“.

Gleich darunter versuchte Theodor Quereser, der Obmann-Stellvertreter des Deutschnationalen Arbeiterbundes Wien, leicht verständliche Erklärungen zu finden, warum die Sozialdemokratische Partei keine „Volkspartei“ wäre: „Ging die Parteibildung früher hauptsächlich aus geistigen und wirtschaftlichen Gegensätzen hervor, so ist jetzt vornehmlich das endlich allseits erwachte Volksbewußtsein, welches in den deutschen Ländern parteibildend wirkt. Wir wissen, daß sich

1497 *Der Hammer*, Nr. 4 vom 1. Juli 1897, S. 26f. Die Hervorhebungen dienen zum Verständnis jener Teile, die später einen programmatischen Niederschlag gefunden haben.

1498 Hervorhebung im Original.

dieses Volksbewußtsein vor Allem gegen das volksfremde Judentum kehrt. Die internationale Sozialdemokratie ist eine haßerfüllte Gegnerin des nationalen Bewußtseins.

... Die völkische Bewegung soll, wenigstens innerhalb der Arbeiterschaft für das Judentum unschädlich gemacht werden und glaubt man dies dadurch zu erreichen, daß sich das Judentum an die Spitze der Sozialdemokratie stellt, sie derart verfälscht und verstümmelt, daß die Arbeiterschaft innerhalb welcher ohnedies leider nur sehr unklare Vorstellungen über sie im Schwunge sind, an der Sache völlig irre wird.“

Eine völkische Arbeiterbewegung sollte nach dem Willen ihrer „Vordenker“ als weiteres „Schutzschild“ gegen das Judentum entstehen, weswegen ihr wesentlichstes Element einmal mehr der Antisemitismus war, um eine in ihren Augen „irregeleitete Sozialdemokratie“ auf den richtigen, nationalen, Weg zu führen. Der nationale Sozialismus benötigte daher ganz dringend den Antipoden des Marxismus. Die Ansätze zum berühmten Zirkelschluß sind dabei schon vorhanden: Die Gleichsetzung eines „internationalen Judentums“ und eines „internationalen Ausbeutertums“ mit einer „internationalen Sozialdemokratie“ verhalf dazu, das Gegenargument entkräften zu können, ein „Ausbeuter“ gehe wohl schlecht mit einem „ausgebeuteten“ Arbeiter zusammen. Man fingierte, das Judentum hätte sich der Arbeiter bemächtigt, um sie „unbewußt“ auszubeuten. Stein ging dabei sehr geschickt vor, indem er die nationalen und bürgerlichen Minderwertigkeitskomplexe der Arbeiter ansprach und ihnen eine völlige Einbeziehung in ein „nationales Gefüge“ anbot. Es sollte sich als ein probates Lockmittel für den von einer national-liberalen Bürgerschaft für politisch unmündig erklärten Arbeiter herausstellen. Den dafür nötigen Anreiz für die Arbeiter bot dabei immer die „Hebung“ aus dem Proletariat, in das sie erst durch ein „marxistisches Judentum“ gezwungen worden wären, woraus sich später die völkische Ablehnung des Klassenkampfes entwickeln sollte.

In dieser Anfangsphase mußte Stein aber noch „unverfälschte“ Brücken und Gemeinsamkeiten zur Sozialdemokratie hochhalten und sogar manchmal etwas Lob in seine Aufsätze einstreuen, um einen Übertritt zu erleichtern, bei dem so etwas wie „Aufbauprämien“ winkten. Nicht weniger geschickt war sein Festhalten am „Linzer Programm“, das erst einen einheitlichen Organisationsaufbau ermöglichte. Es ist eine interessante Feststellung, daß bei Stein und seinen Stellvertretern im Gegensatz zu den starren Dogmen Schönerers das erste Mal ein gehöriges Maß an Psychologie, wenn auch eingepackt in ein System der Verführung, zu verspüren ist. Was Schönerer nie verstanden hatte, nämlich von einem Wähler etwas zu erbitten, darüber ging Stein hinaus, indem er von den Arbeitern etwas forderte, um sie dadurch mündig zu machen und ihnen im Gegenzug etwas „Unpolitisches“ versprach, was er wiederum halten konnte, nämlich ihre Aufnahme in eine Gemeinschaft.

Nur zwei Monate später, im September 1897, konnte Friedrich Decker der Fortsetzung seines Aufrufes „Deutsche Arbeiter in der Ostmark“ folgendes voranstellen: „Wir hofften nicht, daß uns so baldige Zustimmung aus Arbeiterkreisen werden sollte.“¹⁴⁹⁹ Bereits im November schienen

1499 Der Hammer, Nr. 6 vom 1. September 1897, S. 57.

sich erste Erfolge anzubahnen: Ein Verein in Wien und ein Gesamtverband standen in unmittelbarer Vorbereitung. Das Bündnis mit den „judenreinen“ liberalen Resten in der „Deutschen Gemeinbürgerschaft“ gegen Badeni erwies sich jetzt als zusätzlicher Vorteil, einen weiten Bogen bis zum Jahre 1848 als dem „Jahr der Arbeiter“ zu spannen: „Blickt Euch um, deutschgesinnte Arbeiter, und urteilt selbst, ob angesichts der tobenden Kämpfe auf politischem, wirtschaftlichem und nationalem Gebiet ein festerer und innigerer Zusammenschluß aller deutschgesinnter Arbeiter nicht eine Notwendigkeit ist. Überall wohin wir blicken ist unser Volkstum vom Feind bedroht. Hier die Brachialgewalt, ... die unserem Volkstum die ... Rechte und Freiheiten auf unserem heimatlichen Boden verkürzen will, dort die finstere Macht des Klerikalismus, der die breiten Schichten unseres Volkes mit seinen Sirenengesängen vom besseren Jenseits vertrotteln ... will, um sie für ihre Zwecke besser dienstbar zu machen, dort jene, welche Volk und Vaterland verleugnen.

Deutsche Arbeiter, wollt ihr müßig zusehen, wie ein Stück heimatlicher Scholle nach der anderen verloren ... wird! ... Der deutsche Gehilfenverein in Wien, dessen Satzungen bereits den Behörden übergeben wurden, hofft, baldigst die Gründungsversammlung abhalten zu können. Tretet dem Verein bei! Sein Zweck ist die völkische Erziehung, die Pflege völkischer Eigenart und die Unterstützung der Mitglieder in Unglücksfällen. Ordentliches Mitglied kann jeder deutsche unbescholtene Gehilfe oder Hilfsarbeiter werden, der mindestens 18 Jahre alt ist, in Wien wohnt und in Arbeit steht!“¹⁵⁰⁰

Genauso wie die Aufrufe eine zentralistische Struktur versprochen, sollte das von Schönerer im „Badeni-Jahr“ noch stärker propagierte Führerprinzip keinesfalls angetastet werden. Helden und Integrationsfiguren, die seine und von ihm ausgehende „völkischen Tugenden“ verkörperten, brauchte das Land und sie sollten möglichst schnell erschaffen werden; mit anderen Worten, das heiße Eisen Badeni sollte geschmiedet werden, solange es noch heiß war.

1500 Der Hammer, Nr. 7 vom 1. November 1897, S. 87.

3. Der heiße Herbst des Jahres 1897

Badeni tat in den Sommermonaten das für ihn in dieser Situation einzig richtig Erscheinende: Er bereitete eine gleichermaßen von Deutschen und Tschechen zu beschickende Ausgleichskonferenz vor, der er fünf Gesetzesentwürfe vorzulegen gedachte. Seine Vorlage über den Gebrauch beider Landessprachen war dem oben erwähnten „Pfersche-Ulbricht“-Entwurf sehr ähnlich. Der Ministerpräsident nahm darin die Anwendung der Badenischen Sprachenverordnungen lediglich auf die gemischtsprachigen Gebiete zurück. 80 rein deutsche Gerichtsbezirke mit ihrem Zentrum Reichenberg wären bei dieser durchaus moderaten Lösung belassen worden.

Obwohl Badeni „nur wenig Hoffnung“ hatte, wie er dies seinen Amtskollegen im Ministerrat vom 17. August 1897 mitteilte, daß die Deutschen eine Ausgleichskonferenz beschicken würden, handelte er nur mehr für den politischen Augenblick: Er sehe darin aber einen wichtigen Versuch, die gemäßigten Elemente in das rechte Lager hinüberzuziehen. Als eine (immer noch?) über den Parteien stehende Regierung könne er jedoch die Sprachenverordnungen nicht vorher aufheben. Gautsch und Biliński versuchten Badeni mit warnenden Worten darauf vorzubereiten, was im Falle des Scheiterns der Konferenz und der Wiederaufnahme der Obstruktion geschehen solle, denn „die Leute stünden unter dem Banne der Schönerer-Partei, also eines destruktiven, anti-österreichischen Elements“. Die Palette der Möglichkeiten reichte dabei von der Demission des ganzen Kabinetts bis zum unheilvollen Vorschlag von Gautsch, den Reichsrat einfach nach der Wahl der Delegationen wieder nach Hause zu schicken, der fortan bei den Abgeordneten als wenig erbauliches Gerücht kursierte.

Für einen Ausgleich, an dem viele mit Reminiszenzen an das Jahr 1890 hingen, waren jedoch die Fronten auf beiden Seiten bereits zu festgefahren, von einer „vergebenen historische Chance“, wie es Josef Penížek von tschechischer Seite bezeichnete¹⁵⁰¹, kann daher mit Sicherheit nicht die Rede sein: Der Jungtschechenklub erklärte am 19. August, bei der Konferenz, die für den 26. August 1897 anberaumt worden war, an der staatsrechtlichen Einheit und Unteilbarkeit der Länder der böhmischen Krone festzuhalten.¹⁵⁰² Dem stand eine Entschließung eines von den Landtagsabgeordneten der Volkspartei, Fortschrittspartei und den Alldeutschen gewählten Büros in Prag gegenüber, in dem Julius Lippert den Vorsitz führte und Karl Hermann Wolf die Funktion des Schriftführers ausübte, Verhandlungen mit der Regierung abzulehnen, solange die Sprachenverordnungen aufrechterhalten blieben, was das Ergebnis der Ausgleichsverhandlung mit gleich Null präjudizierte.

1501 PENÍŽEK, Josef, *Aus bewegten Zeiten. 1895 bis 1905*, S. 61.

1502 KOLMER, Gustav, *Parlament und Verfassung in Österreich*, Bd. 6 (1895–1898), S. 274f.

Badeni sagte die Ausgleichskonferenz am 24. August ab. Viel Spielraum besaß er nun nicht mehr. Das mußten auch die deutschen Blätter erkennen, die sich zuvor doch noch einigen Illusionen hingegeben hatten, was nicht nur unmittelbar auf die Konferenz zutraf. Schönerer und Wolf fanden auf der gemäßigten Seite keinen Widersacher, keinen einzigen Führer mehr, der sich mit ihnen hätte messen können. Neben dem Ja-Sager Schücker standen die schwachen Figuren Lippert und Schlesinger, Steinwender war isoliert und konnte noch froh sein, daß man seine positiven Aussagen über die Sprachenverordnungen als „Ausrutscher eines diplomatisch-doktrinären Professors“¹⁵⁰³ nicht allzu ernst genommen hatte. Einen fast grotesk anmutenden Nebenaspekt offenbarte Julius Patzelt: Wegen des großen Interesses der Altliberalen, eben wie die Schönerianer jegliche Verhandlungen platzen zu lassen, wovon sie sich eine Rückkehr an die Macht erhofften, kam es nicht einmal vor, daß jüdische Fabrikanten für Schönerianische Versammlungen Extrazüge besorgten.¹⁵⁰⁴

„Wenn es so weitergeht, führt uns Badeni zur Revolution: er verbittert auf der einen Seite und läßt auf der anderen Seite Aspirationen sich stärken, die ohne Zerfall des Reiches nicht befriedigt werden können. Je früher Badeni fällt, desto besser für die Sache – aber wer soll sein Nachfolger werden?“¹⁵⁰⁵ Darüber, daß Badeni stürzen werde, waren sich Ende August fast alle politisch Interessierten einig, wie auch der Verfasser dieser von Revolution und Zerfall geprägten Zeilen, der ehemalige Statthalter Böhmens, Graf Thun, Badenis alter Rivale, der die Nachfolgefrage unausgesprochen mit „Ich“ beantwortet hatte¹⁵⁰⁶ – lediglich der Zeitpunkt war ungewiß.

Auf einem Ministerrat, den der polnische Graf einberufen mußte, um sich die Ermächtigung für die Absage der Konferenz zu holen, stritt man inzwischen, wer nun zurücktreten sollte: Badeni führte dazu aus, daß für eine neuerliche Demission nur seine Person in Frage käme, da er das einzige Hindernis wäre, um irgendwie „aus der Situation zu kommen“. Sonst sehe er keinen anderen Weg, den Reichsrat einzuberufen.¹⁵⁰⁷

Die Einberufung des Reichsrates war auch unerläßlich geworden, um ihn für die Delegationswahlen flott zu bekommen. Denn die nach einem blutigen Wahlkampf siegreich gebliebenen ungarischen Liberalen stellten nun der Regierung ebenso die Rute ins Fenster. Zahlreiche Streiks und eine schlechte Ernte sollten durch einen erfolgreichen wirtschaftlichen Ausgleich mit Österreich kompensiert werden. Die immer mehr nach Selbständigkeit strebenden Ungarn betrachteten sich bei einem Nichtzustandekommen des Ausgleichs bis Ende des Jahres wirtschaftlich nicht mehr an Cisleithanien gebunden, was wiederum für Österreich ein finanzielles Desaster bedeutet hätte.

1503 Egerer Nachrichten, Nr. 38 vom 15. Mai 1897.

1504 PATZELT, Julius, Österreichisches Jahrbuch 1897, Wien 1898, S. 93.

1505 Zitiert in: MOLISCH, Paul, Briefe zur deutschen Politik in Österreich von 1848 bis 1918, Wien 1934, S. 356f.

1506 Graf Thun dürfte sich die Abschriften der Ministerratsprotokolle, die er anfertigen hatte lassen, unter das Kopfkissen gelegt haben, denn sie enthielten alle Fehler, die sein Vor-Vorgänger gemacht hatte.

1507 Protokoll, des zu Wien, am 24. August 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 52, M. R. Z. 31, Inhalt: Absage der Konferenz mit den deutschböhmisches Parteienvertretern infolge der Nichtbeschickung seitens der Deutschen; Beratung des weiteren Vorgehens, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

Einmal mehr spielten die stets angeschlagenen Staatsfinanzen eine nicht unbeachtliche Rolle in diesem Staatsdrama.

Außer einer Demission, die der Kaiser erwartungsgemäß neuerlich verwarf, blieb Badeni nur mehr eine Annäherung an die Parteien des rechten Flügels, die den „Reichstag in Ordnung zu bringen hätten“, „ohne“ aber mit den Worten von Gautsch, „gleich ein Parteienministerium zu werden“, oder wie es Biliński ausdrückte, der Rechten „zu viel Spielraum für zukünftige Forderungen“ zu geben.¹⁵⁰⁸ Wie Badeni aber an dieses an sich schon heikle „Fingerspitzen-Unterfangen“ heranging, war schlichtweg haarsträubend: Nicht nur, daß er sich ab jetzt nur mehr mit den Parteien im Reichsrat auseinandersetzen wollte, die „nicht Obstruktion treiben würden“, erachtete er es auch für ausgeschlossen, daß „eine solche Auseinandersetzung im Sinne eines Paktierens über die verschiedenen Wünsche, welche die Parteien haben, verstanden werde. Einer solchen Auffassung müßte, wenn sie sich zeigen sollte, ausdrücklich entgegengetreten werden“.¹⁵⁰⁹

Ein Ministerrat vom 8. September 1897¹⁵¹⁰, der am Nachmittag unter dem Vorsitz des Kaisers stattfand, versuchte so etwas wie eine Marschrichtung vor der Reichsratseröffnung vorzugeben. Dabei fällt auf, wie sehr die Beteiligten das Gesetzgebungsorgan als ein Instrument in ihren Händen betrachteten. Deutlich ist auch das Mißtrauen gegenüber der Rechten zu verspüren, der es „am notwendigen Mut“ und den „hervorragenden Persönlichkeiten“ mangle, sodaß die Möglichkeit, den Reichsrat nach den Delegationswahlen zu schließen, ohne irgend jemandem Konzessionen machen zu müssen, immer mehr Gestalt annahm. Als dann die Minister das weitere Vorgehen berieten, waren sie sich schnell einig, im Reichsrat zuerst die Delegationswahlen durchzusetzen. Falls die Obstruktion dann noch weiter andauern sollte, werde man andernfalls – was hier erstmals erwähnt wurde – mit dem Einverständnis der Rechten eine Geschäftsordnung oktroyieren, um die Obstruktion zu brechen, oder ganz ohne Parlament mit dem berichtigten § 14, dem Notverordnungsparagrafen, regieren.

Letztlich lief alles auf die Frage hinaus, ohne sich mit den politischen Parteien nur im geringsten auseinanderzusetzen, ob die Ungarn, die eine diesbezügliche „Notverordnungs-Maßnahme“ stets als gegen die Verfassung gerichtetes absolutes Machtmittel verurteilt hatten, einen unter diesen Umständen zustande gekommenen Ausgleich ohne Delegationen akzeptieren würden, was auch der Kaiser, sichtlich entzückt über diese Aussichten, nicht mit Gewißheit sagen konnte.¹⁵¹¹ Hier lag im Grunde die „Gefährlichkeit“ jeglichen Unterfangens, den Kaiser in parlamentarischen Angelegenheiten als Schiedsgericht anzurufen. Wenn er auch keiner Verfassungsänderung zustimmen wollte, so war doch für ihn der § 14 Garantie genug, daß sich eine „kaiserliche Reaktion

1508 Ebd.

1509 Ebd.

1510 Protokoll, des zu Wien, am 8. September 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 54 und 55, M. R. Z. 32 und 33, Inhalt: I. Besprechung der politischen Lage, II. Einholung der Allerhöchsten Ermächtigung für die Einberufung der beiden Häuser des Reichsrates und für die Unterbleibung der feierlichen Eröffnung, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

1511 Ebd.

gegen ein Reichsparlament“ richten könnte, die er dann ohne weiters den sturen Deutschen in die Schuhe hätte schieben können. Die Tschechen sahen dabei ihre Chance: „Wir Anhänger des Föderalismus können mit ruhigen Gewissen zusehen, wie die Kinder und Kindeskind der Väter des Zentralismus diesen zerschlagen“ feixte Pacák und Fido Schwarzenberg ließ sich sogar zur Erkenntnis hinreißen, daß sich die parlamentarische Regierungsform überlebt habe.¹⁵¹²

Badeni ging es nun darum, nachdem ein möglicher Ausweg im Ministerrat angenommen worden war, welcher Part einen Verfassungsbruch auf sich nehmen werde müssen. Als die Rechte eine Rückversicherung verlangte, daß der Ministerpräsident nicht mit dem § 14 regieren werde, um sich zumindest teilweise von einer Verantwortung zu befreien, lehnte Badeni jede Erklärung ab. Das brachte ihn mit den Worten Paul Molischs in die Richtung einer gewaltsamen Änderung der Geschäftsordnung durch einen willfähigen Präsidenten.¹⁵¹³ Für die Rechte war aber auch schlüssig geworden, daß der Absolutismus mit dem verlockenden § 14 vor der Türe stand, der die Linke genauso wie sie arbeitslos machen würde. Daß sie jetzt aber noch immer keine Gesprächsbasis mit den Obstruktionsparteien fand, zeigt, wie tief die Kluft bereits geworden war.

Wie standen nun die Chancen für den österreichischen Ministerpräsidenten vor der mit Spannung erwarteten Eröffnungssitzung am 23. September 1897, seiner alles entscheidenden Session, vor der die „Egerer Nachrichten“ frohlockten, „(es wird) zweifellos eine der wichtigsten Tage in der Geschichte des österreichischen Nationalitätenkampfes, insofern ... der Entscheidungskampf zwischen unserem deutschen Volke und seinen slawischen Bedrängern eröffnet wird“?¹⁵¹⁴ Sie standen denkbar schlecht, nimmt man nur die vielen noch nicht eingelösten Schuldscheine auf seiten der Rechten und ihre exakt in den letzten Tagen inflationär gestiegenen „Kaufpreise“ her: So beschlossen die Slowenen und Kroaten auf einem Parteitag am 14. September, eine nationale Autonomie und eine Vereinigung aller slowenischen Gebiete zu fordern. Aus ähnlichen Gründen der Eifersucht wegen des tschechischen Alleingangs verlangten die Ruthenen am 19. September auf einer Parteiversammlung die Teilung Galiziens in zwei administrative Gebiete. Eine „Koalitions-unlust“ befahl plötzlich auch die Tiroler Klerikalen, die ihren Obmann Dipauli hart bedrängten, aus der Zusammenarbeit mit den Slawen auszuscheren.¹⁵¹⁵ Schließlich folgten die Jungtschechen am 28. September mit einer Erklärung, es sich vorzubehalten, „die Regierung zu unterstützen, wenn diese durch ihre Taten beweist, daß sie bereit sei, etappenmäßig die Forderungen der Tschechen zu erfüllen“.¹⁵¹⁶

Die Schönerianer hingegen nutzten die letzten Tage vor ihrem ersehnten Parlamentsauftritt anderwertig und provozierten einen neuerlichen Eklat: Hinter einem von Karl Iro verfaßten Aufruf „Auf nach Leipzig“, um der dort stattfindenden Gewerbe- und Industrieausstellung einen

1512 Zitiert In: HÖBELT, Lothar, Kornblume und Kaiseradler, S. 183.

1513 MOLISCH, Paul, Zur Geschichte der Badenischen Sprachenverordnungen vom 5. und 22. April 1897, S. 19.

1514 Egerer Nachrichten, Nr. 75 vom 22. September 1897, S. 1.

1515 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 277.

1516 Ebd., S. 279.

Messebesuch abzustatten, verbarg sich ein schlecht getarnter Appell zur Sedans-Feier des „Alldeutschen Verbandes“ am 4. September 1897. Mit immer umfangreicheren Inszenierungen gestalteten sich nun diese „Wallfahrten“. Jede beflaggte Bahnstation machten die Alldeutschen mittels Orchester, Grußbotschaften und Bierspenden zu einem Ort eines immer mehr eingespielten Rituals. Überhaupt galten Bahnhöfe nicht nur als modern. Sie waren der einzige Ort, an dem sich größere Menschenmengen „ungestraft“ zusammenballen konnten. Die 1000 mit Sonderzügen aus der „Ostmark“ nach Leipzig angereisten Gäste wurden mit „Deutsch ist der Herr, slawisch der Knecht“ begrüßt. Auch die Liberalen aus Böhmen, die ersten, die diesen „Mitreißeffekt“ zu spüren bekamen, brüllten nun ihr „Heil“ auf das Haus Hohenzollern, was die mitgereisten Polizeispitzel schon fast ängstlich registrierten. Der längst im Lager Schönerers stehende Schriftleiter der „Egerer Nachrichten“, Laurenz Hofer, sprach in Leipzig vom „heißgeliebten Mutterboden“ und vom verschmähten Vaterland, was ihm zu Hause eine vierwöchige Haftstrafe und die beinahe vollzogene Einstellung seiner Zeitung einbrachte, die seither wegen der „Beschlagnahme-Balken“ einem „Schlachtfeld“ glich.

Gleich der erste Arbeitstag des Parlaments am 23. September, der den Abgeordneten wieder den Schutz ihrer Immunität gewährte, sollte mit einem Knalleffekt enden. Begonnen hatte er eigentlich wie erwartet, nachdem die drei Obstruktionsparteien am Vortag einstimmig beschlossen hatten, die Lahmlegung des Parlaments aufrecht zu erhalten. Pergelt bombardierte den Alterspräsidenten mit völlig sinnlosen Anfragen, warum diesmal keine Thronrede zur Eröffnung des Parlaments gehalten werde, denn die vorige Session war bekanntlich nur vertagt worden. Er wurde dabei nur von den ständigen „Heil Badeni! Heil dem Begründer der deutschen Einigkeit!“-Rufen der Schönerianer unterbrochen.¹⁵¹⁷ Unter dem Gebrüll Iros vollzog sich schließlich die Präsidentenwahl, von der Pergelt wenige Minuten später sagen konnte, sie wurde vorgenommen, als davon „auf dieser Seite des Hauses niemand gewußt hat ... Sie wurde vorgenommen unter einem Lärm ... und ich erkläre diese Wahl ... für null und nichtig.“¹⁵¹⁸ Der mit 203 Stimmen neugewählte, „alte“ Präsident, der Klerikale Theodor Freiherr von Kathrein, wurde von den entfesselten Schönerianern mit „Slawa-Rufen“ und „Tschechischer Tiroler“ begrüßt, die sich immer mehr in persönliche Diffamierungen ergingen. Schönerer schrie ihn an: „Ihre Kinder werden Sie als Volksverräter verachten“.¹⁵¹⁹

Erste Tumulte löste die Anfrage des Christlichsozialen Gregorigs in Anspielung auf Badenis Geheimerlaß vom 2. Juni aus: „Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß sich im Hohen Haus sechzehn als Diener verkleidete Polizeibeamte befinden. Dieser Vorgang ist ein gesetzwidriger und ich ersuche den Herrn Alterspräsidenten, die Polizei sofort aus diesem Haus zu entfernen.“¹⁵²⁰ Der

1517 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 1. (Eröffnungs-) Sitzung vom 23. September 1897, S. 11.

1518 Ebd., S. 12.

1519 Ebd., S. 10.

1520 Ebd., S. 9.

seit den Ereignissen vom Sommer gegenüber Polizeimaßregelungen besonders sensibel gewordene Karl Hermann Wolf war nun nicht mehr zu halten. Er sprang vor die Ministerbank und schrie Badeni an, er solle antworten, ob dies wahr sei. Während der Wahl der beiden Vizepräsidenten, des Polen David Ritter von Abrahamovicz und des Jungtschechen Karel Kramář, fielen plötzlich jene von Wolf an Badeni gerichteten Worte bezüglich der Polizeiunterstützung, die die Monarchie erschüttern sollten: „Wenn das wahr ist, wenn dies richtig ist, so ist dies eine erbärmliche Schufterei“, die er, vom Ministerpräsidenten darauf angesprochen, noch einmal wiederholte: „Vor der Ministerbank auf und ab hinkend, fixierte er ihn in der beleidigendsten Weise, zischte ihm provozierende Worte zu lachte ihm höhnisch ins Gesicht. Graf Badeni konnte dieses insultierende Verhalten nicht länger ertragen und ließ ihn fordern“¹⁵²¹, schilderte der Augen- und Ohrenzeuge Robert Erhart die Situation.

Justizminister Gleispach gab im Ministerrat vom 25. September 1897 zu Protokoll, daß Karl Hermann Wolf in der Mitte des Saales stehend, „vor hundert Zeugen, Badeni mehrmals“ angebrüllt hatte.¹⁵²² Nach „Parlamentssitte“ war aus einem Zwischenruf eine wenn auch nicht protokollierte Beleidigung vor Zeugen geworden, auf die Badeni mit einer sensationellen Duellforderung reagierte.

3.1 Zweikämpfe

Am Samstag, dem 25. September 1897, standen sich um 9 Uhr früh die beiden ungleichen Kontrahenten Kasimir Graf Badeni und Karl Hermann Wolf in der Reitschule der Rennwegkaserne gegenüber.

Weil Gustav Kolmer die „förmliche Duellwut“ aus zeitgenössischer Sicht als vorrangiges Merkmal der „Verwilderung parlamentarischer Sitten“ anprangerte, während man auf der anderen Seite die Immunität mit Übereifer verteidigte,¹⁵²³ ist es vielleicht gerade deswegen erstaunlich, wie die Kontrahenten nach einem völlig antiquierten Formalismus und unter peinlichster Einhaltung aller Regeln, daher „unter den herkömmlichen Methoden“,¹⁵²⁴ vorgingen: Der österreichische Ministerpräsident ließ durch seine Kartellträger, den General der Kavallerie Alexan-

1521 ERHART, Robert, Im Dienste des alten Österreich, Wien 1958, S. 85.

1522 Protokoll, des zu Wien, am 25. September 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 58, M. R. Z. 36, Inhalt: Mitteilung des Justizministers über die Ehreaffäre des Ministerpräsidenten und Erwirkung des Allerhöchsten Befehls behufs Unterbleibens des strafgerichtlichen Verfahrens, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

1523 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 287.

1524 Protokoll, des zu Wien, am 25. September 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 58, M. R. Z. 36, Inhalt: Mitteilung des Justizministers über die Ehreaffäre des Ministerpräsidenten und Erwirkung des Allerhöchsten Befehls behufs Unterbleibens des strafgerichtlichen Verfahrens, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

der Graf Üxküll¹⁵²⁵ und dessen Generalstabschef, den Obersten Anton Resch,¹⁵²⁶ vom Reichsratsabgeordneten Karl Hermann Wolf wegen der im Reichsrat vom 23. September 1897 erlittenen Beleidigung zweiten Grades innerhalb der Frist von 24 Stunden Genugtuung fordern, die er nun durch ein Pistolenduell mit Kavalleriepistolen aus glattem Lauf auf 25 Schritt Distanz mit dreimaligem Kugelwechsel zu erlangen beabsichtigte.¹⁵²⁷ Noch erstaunlicher ist jedoch die Tatsache, daß Badeni trotz seiner gesellschaftlichen Stellung als polnischer Hocharistokrat eigentlich hätte wissen müssen, daß der duellerfahrenere Wolf, der erst im Mai mit dem Jungtschechen Hořica ein Säbelduell wegen Wolfs Bemerkung von den Slawen als „minderwertige Nation“ ausgefochten hatte¹⁵²⁸, diese Gelegenheit nicht auslassen würde, sich mit dem „Glorienschein“ des nationalen Märtyrers – egal wie das Duell ausgegangen wäre – zu umgeben. Hier stand ein veraltetes Klassen- und Standesdünkel einem messerscharfen Kalkül gegenüber. Man stelle sich folgende Situation vor. Hätte Badeni, der, wie es in solchen Fällen üblich war, sein Demissionsgesuch eingereicht hatte, Wolf, der vorher sogar ein Testament verfaßt hatte,¹⁵²⁹ verletzt oder gar getötet, so wäre seine politische Karriere noch schneller zu Ende gewesen. Er blieb der einzige Ministerpräsident Österreichs, der eine Kontroverse mit einem politischen Gegner mit der Pistole in der Hand auszutragen versuchte.¹⁵³⁰ Auf der anderen Seite blieb Wolf, der von den beiden Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, dem späteren Kärntner Landeshauptmann Arthur Lemisch und dem als „Parlamentsfechtwart“ bekannten Julius Sylvester sekundierte, der einzige Abgeordnete, der straflos auf einen Ministerpräsidenten feuern sollte.

Zwei Schüsse krachten damals fast zeitgleich in der Rennwegkaserne. Wolfs Kugel drang Badeni oberhalb des Ellenbogens in den Arm ein und blieb in der Schulter stecken. Alle anderen aufgebauchten Zeitungsmeldungen dienten lediglich dazu, seine von zwei Ärzten festgestellte Kampfunfähigkeit zu unterstreichen.¹⁵³¹ Wolf blieb unverletzt. Damit schien die Sache auch

1525 Zur Militärkarriere des Generals der Kavallerie, Alexander Graf Üxküll, CONRAD VON HÖTZENDORF, Franz, Aus meiner Dienstzeit 1906–1918, Bd. IV., Wien 1923, S. 705f.

1526 Zur Militärkarriere des Obersten Anton Resch, CONRAD VON HÖTZENDORF, Franz, Aus meiner Dienstzeit 1906–1918, Bd. V., Wien 1925, S. 485f.

1527 Protokoll, des zu Wien, am 25. September 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 58, M. R. Z. 36, Inhalt: Mitteilung des Justizministers über die Ehreaffäre des Ministerpräsidenten und Erwirkung des Allerhöchsten Befehls behufs Unterbleibens des strafgerichtlichen Verfahrens, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

1528 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 287.

1529 Wolf hatte vorher in den Redaktionsräumen der „Ostdeutschen Rundschau“ sein Testament verfaßt, in dem er die Zeitung im Falle seines Ablebens an Paul von Pacher, Schönerer, Hauck und Vinzenz von Berger übergab, die mit selbigem Titel und dem Zusatz „gegründet von Karl Hermann Wolf“ weitergeführt werden sollte. Für seine Frau Ilda, geborene Stepischnegg, Tochter eines Rechtsanwalts aus Cilli, die Wolf am 6. Mai 1893 geheiratet hatte, sollte „bis zur Wiederverheiratung gesorgt“ werden und sein 1894 geborener Sohn Harald sollte „eine standesgemäße Erziehung“ erhalten. Vgl. Ostdeutsche Rundschau, Nr. 18 vom 30. April 1893, S. 6 und Ostdeutsche Rundschau, Nr. 156 vom 9. Juni 1894, S. 7.

1530 Wiener Zeitung, Nr. 325 vom 26. November 1937, S. 5.

1531 Egerer Nachrichten, Nr. 77 vom 29. September 1897, S. 3.

schon wieder erledigt zu sein. Es ist geradezu auffällig, wie dieser Vorfall, der Badeni nicht ans Bett fesselte – er trug lediglich den Arm in der Schlinge¹⁵³², fehlte aber in der Reichsratssitzung am Nachmittag desselben Tages¹⁵³³ – im Reichsrat ad acta gelegt wurde.

In der Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb Österreichs verfehlte das Duell jedoch nicht seine Wirkung. In England sah man die Stabilität Österreichs gefährdet, die „Times“ brandmarkte es als einen „Anschlag auf den Parlamentarismus“.¹⁵³⁴ Die „Katholische Volkspartei“, die über das Duellwesen als „Selbstjustiz“ und „Gottesgericht“ stets in schärfster Weise hergezogen war, zeigte sich wegen Badeni über alle Maßen erzürnt. Friedrich Funder, der in der christlichsozialen „Reichspost“ den ungeheuerlichen Fall in einer „Epistel an einen duellierenden Staatsmann“ behandelte, wie ein Regierungschef eines Rechtsstaates das Strafgesetz verletzen konnte, sah sich mit der Beschlagnahme des Blattes über drei Tage konfrontiert, die aber erst seinen Bekanntheitsgrad gesteigert haben dürfte.¹⁵³⁵ Die Satiremagazine überboten sich in Karikaturen und deuteten den Umstand auf höchst amüsante Weise, daß Wolf Badeni gerade in die „eiserne Hand“ getroffen hatte, mit der der Graf dem Kaiser versprochen hatte, aufzuräumen.

Wirklich „ausschlachten“ konnten das Duell aber erwartungsgemäß nur die Nationalen. Jeder „Volksgenosse“, hauptsächlich aber die akademische Jugend, wurde angehalten, in den einschlägigen Zeitungen einen Holzschnitt mit der Darstellung der Duellanten, oder zumindest eine Postkarte mit ihren Konterfeis über den gekreuzten Pistolen zu bestellen.¹⁵³⁶ Die „Ostdeutsche Rundschau“ avancierte zu einer „gelesenen“ Zeitung. Es ist bezeichnend für so viel „nationales Märtyrertum“, daß Funder den unverletzt gebliebenen Wolf im Reichsrat mit „eingebundenem Arm“ gesehen haben will.¹⁵³⁷ Der deutschnationale Raphael Pacher schilderte in seinen Erinnerungen, wie er Zeuge wurde, als der liberale Abgeordnete für Tetschen, der prominente Napoleon-Biograph Professor August Fournier, im Abgeordnetenhaus ausrief: „Jetzt ist Wolf in Deutschböhmen der Herrgott“.¹⁵³⁸ Zwei Jahre später dachte Franz Stein laut darüber nach, was passiert wäre, hätte das Duell einen für Wolf negativen Ausgang genommen, mit dem 1899 nicht mehr alles eitel Wonne war: „Wolf hat sein Leben für die deutsche Sache eingesetzt ... Wäre er gefallen, so wäre er als ein echter Volksheld für sein Volk gestorben, der Beweggrund des Duells wäre ein erhabener, ein heiliger geworden“.¹⁵³⁹

1532 Protokoll, des zu Wien, am 25. September 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 58, M. R. Z. 36, Inhalt: Mitteilung des Justizministers über die Ehrenaffäre des Ministerpräsidenten und Erwirkung des Allerhöchsten Befehls behufs Unterbleibens des strafgerichtlichen Verfahrens, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

1533 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 3. Sitzung vom 25. September 1897, S. 131.

1534 Neue Freie Presse, Nr. 11889 vom 27. September 1897, S. 3.

1535 FUNDER, Friedrich, Vom Gestern ins Heute, Wien 1952, S. 209.

1536 Egerer Nachrichten, Nr. 83 vom 20. Oktober 1897, S. 7.

1537 FUNDER, Friedrich, Vom Gestern ins Heute, S. 209.

1538 BACHMANN, Harald, Raphael Pacher und die deutschradikale Bewegung in den Sudetenländern – Aus den Erinnerungen Pachers, S. 456.

1539 Der Hammer, Nr. 17 vom 2. August 1899.

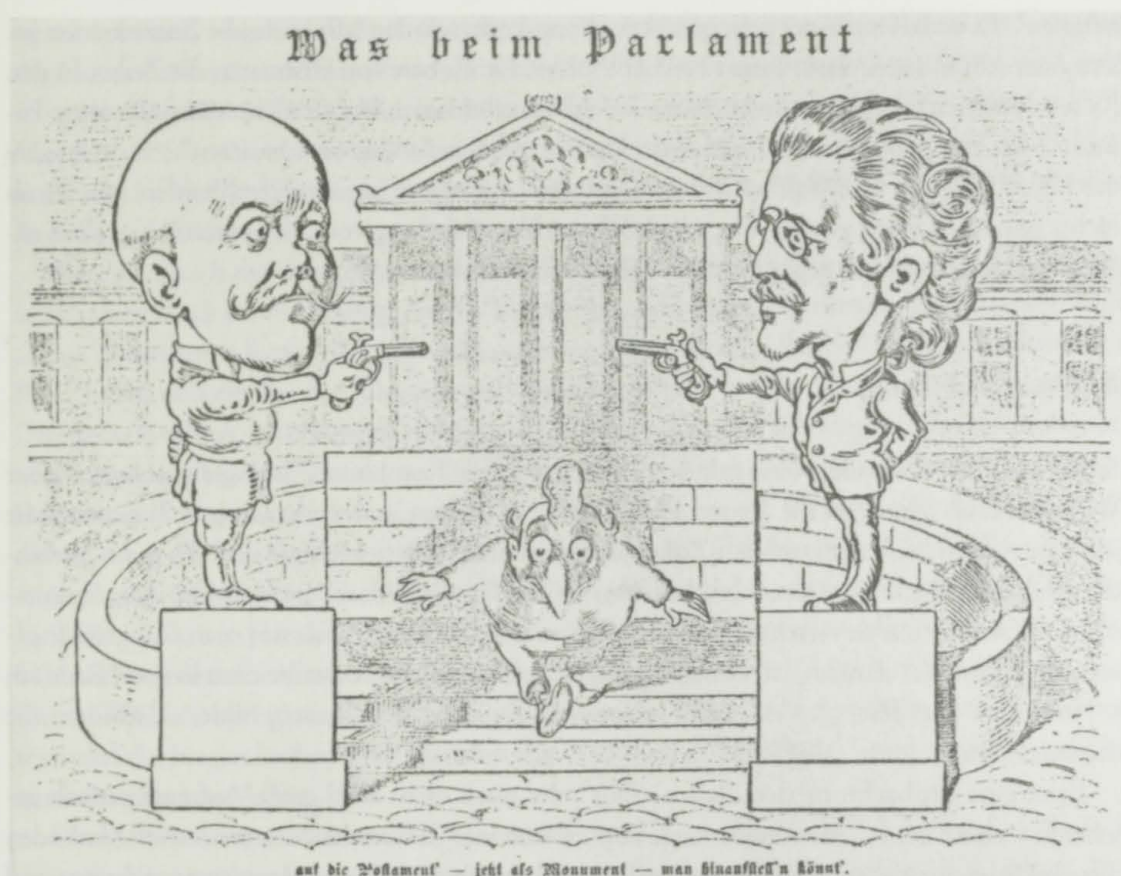


Abbildung 21: Noch lange beschäftigte das Duell Wolf-Badeni die Satyremagazine wie den „Kikeriki“, Nr. 37, vom 14. Oktober 1897

Viel leichter war die rechtliche Seite der Angelegenheit zu lösen. Es ist höchst amüsant zu erfahren, wie sich die höchsten Stellen eines Rechtsstaates im ausgehenden 19. Jahrhundert dem „Duellproblem“ stellten, in das ihr eigener Ministerpräsident verwickelt war. Auf einem Ministerrat unter dem Vorsitz von Unterrichtsminister Gautsch wurde der Konflikt einfach unter „unwiderstehlichen Zwang“ subsumiert: „Konflikte zwischen der gesellschaftlichen Auffassung des Ehrbegriffs und den gesetzlichen Bestimmungen über die Strafbarkeit des Zweikampfes wären in den meisten Fällen unter den Begriff des im Strafgesetzbuches vorgesehenen unwiderstehlichen Zwanges zu subsumieren.“¹⁵⁴⁰ Hier befand sich also das berühmte Schlupfloch. Die Beleidigung wäre „so grob“ gewesen, daß Badeni „geradezu moralisch genötigt war, diesen Schritt zu unter-

¹⁵⁴⁰ Protokoll, des zu Wien, am 25. September 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 58, M. R. Z. 36, Inhalt: Mitteilung des Justizministers über die Ehrenaffäre des Ministerpräsidenten und Erwirkung des Allerhöchsten Befehls behufs Unterbleibens des strafgerichtlichen Verfahrens, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

nehmen“. Es bedarf nur einer geringen Vorstellungskraft, wie den Ministern die Zornestränen gekommen sein müssen, als sie ihrem Protokollführer, Dr. Robert von Hörmann, die Zeilen an den Kaiser diktierten, um den „Allerhöchsten Befehl“ zu erwirken: „Es fällt nicht leicht, die obige Position auch für Wolf unterzubringen, man kann aber keine Ausnahme statuieren“. ¹⁵⁴¹ So konnte der Kaiser, genauso wie Wolf nach dem Duell die Ungargasse hinuntergeschlendert war, als ob nichts geschehen wäre, getrost mit „Allerhöchsten Entschließung vom 26. September“, „allernähdigst“ ein Strafverfahren gegen beide Beteiligte niederschlagen. ¹⁵⁴²

3.2 Ehre und Treue

Schon lange vor der Badeni-Zeit galt den Alldeutschen die Kornblume, die Lieblingsblume Kaiser Wilhelms I. als Synonym für Treue. „Ehre und Treue“ waren und sind auch jene Tugenden, die jeder Burschschafter mit seinem Zirkel jedes Mal aufs neue bekräftigte und die er im Verbindungsleben hochzuhalten hatte und hat. Das dritte Wort „Vaterland“, war für die damaligen radikalen Kreise schon zu verschwommen, es war zwar „in Gefahr“, doch war man sich gelinde gesagt nicht ganz klar darüber, wo es sich eigentlich befand. Schönerer stellte dazu in einer Rede am 5. November 1898 fest: „... Vaterland in unserem Sinne ist kein Staatsgebilde, ... sondern die deutsche Stammeserde ...“ ¹⁵⁴³

Es ist eine Beobachtung der „Badeni-Zeit“, der noch nicht allzu große Aufmerksamkeit geschenkt worden ist, wie die Schönerianer binnen kürzester Zeit mit äußerst modernen Methoden diese im Studentenleben – in den akademischen Verbindungen, Korps, Landsmannschaften und katholischen Verbindungen – gleichermaßen geschätzten Postulate erstmals auf eine Bevölkerung übertrugen und ihr den festen Glauben vermittelten, im „Völkerkampf“ zu stehen. Dazu bedurfte es gemäß Schönerers „Führerprinzip“ einer Vorzeige- und Vorbildfunktion, eines „Lebens von Ehre und Treue“ in der Öffentlichkeit. Das Duell Badeni – Wolf sollte erst der Auslöser sein. Danach gab es plötzlich – bewußt oder unbewußt – Gelegenheiten genug, dieses „Leben“ zu praktizieren, nämlich gerade dort, worauf in den Tagen des Oktober und November 1897 die Augen der Öffentlichkeit gerichtet waren – im Reichsrat!

Noch am Duelltag, am 25. September 1897, als das Abgeordnetenhaus die Delegationen für die Ausgleichsverhandlungen wählte, bot sich ein Anschauungsbeispiel für diesen neuen Kurs. Kaizl frohlockte bereits nach dem „Schwur von Eger“, wenn die Deutschen auch noch die Delegationswahlen boykottierten, dann käme der Staatsstreich! ¹⁵⁴⁴ Auch viele Abgeordnete der Obstruktionsparteien dürften so gedacht haben, denn wenn sie auch feierlich geschworen hatten, Wider-

¹⁵⁴¹ Ebd.

¹⁵⁴² Egerer Nachrichten, Nr. 80 vom 9. Oktober 1897, S. 3.

¹⁵⁴³ Zitiert In: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 62.

¹⁵⁴⁴ Zitiert In: HÖBELT, Lothar, Kornblume und Kaiseradler, S. 184.

stand zu leisten, so gab es doch noch einige wenige Angelegenheiten, über die sie aus Gründen der Humanität verhandeln wollten. Dazu zählten die Notverordnungen, mit denen die Überschwemmungen und Ernteschäden des Katastrophensommers 1897 gemildert werden sollten. Man könnte es auch viel zynischer ausdrücken: Die Parteien lebten von Wählern und gerade Not-situationen in der Bevölkerung gaben schon immer gute Anschauungsbeispiele, den Wählerwillen auch zu mobilisieren.

Beim Ausgleich mit den Ungarn handelte es sich, wenn auch nicht aus humanitären Gründen, um ein Kernstück der Verfassung, der die Abgeordneten als liberale Errungenschaft eigentlich ihre „Treue“ geschworen hatten. Bei solcherlei gearteten „Gewissenskonflikten“ blieb der „Schwur von Eger“ und damit ein Teil der „Deutschen Gemeinbürgerschaft“ auf der Strecke: So kam es, daß die Delegationswahlen, trotz einiger Verzögerungen durch die neuerlich eingebrachten Ministeran-klagen, in einer eigenen Sitzung auf die Tagesordnung gebracht und auch durchgeführt werden konnten. Die Abgeordneten der Linken, die mitgestimmt hatten, konnten sich damit „trösten“, daß der Zug der Zeit für den eigentlichen Ausgleich längst abgefahren war. Ein nicht zu unterschätzendes Konkurrenzdenken dürfte dabei maßgeblich die Hand im Spiel gehabt haben, den Eifer für ein aktives Handeln zu entfachen, denn plötzlich reagierten die Mitglieder der deutsch-böhmischen Fortschrittspartei ziemlich sauer, daß bei den nach einzelnen Kronländern durchge-führten Wahlen nur ein einziger ihrer Abgeordneten für Böhmen in den Delegationen vertreten war, weil die Jungtschechen und Feudalen ihre Mehrheit „rücksichtslos“ und ziemlich undiplo-matisch ausgenutzt hatten.¹⁵⁴⁵

Den Schönerianern drohten aber jetzt durch diese „Ausreißversuche“ einigermmaßen die Felle davonzuschwimmen, weswegen Franz Stein am 14. Oktober eine Resolution¹⁵⁴⁶ verfaßte: „Die auf verschiedenen Volkstagen beschlossene unbedingte parlamentarische Obstruktion gegen die Regierung wurde in völlig unzureichendem Maß zur Anwendung gebracht ... Weil die Delega-tionswahl nicht verzögert wurde, ist der Abschluß der Ausgleichsverträge näher gerückt, wodurch der Fortbestand der Regierung gesichert erscheint.“ Und an die „deutschen Vertreter der freisin-nigen Parteien“ gerichtet, folgte der Appell, „gebt eure Delegationsmandate sofort wieder auf“.

Dieser Resolution war ein Ereignis vorausgegangen, dem eigentlich die diesbezügliche Ver-sammlung, auf der sie verlautbart wurde, in erster Linie gedient hatte. Zwei Dinge bekamen damit eine eigenartige Verknüpfung, weswegen sich die Frage stellt, ob nicht die Resolution nur ein Teil einer gut durchdachten Inszenierung gewesen ist: In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 7. Oktober war es zu einem Schreiduell gekommen, das wegen der Wortwahl sehr aufschlußreich für den damals schon gepredigten Haß der späteren drei Regierungsparteien der Ersten Republik erscheint: Als der Sozialdemokrat Anton Schrammel den Christlichsozialen wegen der von ihnen

1545 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 3. Sitzung vom 25. September 1897, S. 141f. Vgl. KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 357.

1546 Abgedruckt in: Egerer Nachrichten, Nr. 82 vom 16. Oktober 1897, S. 3.

gutgeheißenen „lächerlichen fünf Millionen Kronen“ für die oben erwähnten Hilfsmaßnahmen zur Tilgung der ärgsten Notlagen der Bevölkerung vorhielt, „keine Volkspartei, sondern eine Partei der Kapitalisten“ zu sein, konterte die Gegenseite mit dem „Argument“, „Sie leben von Judengeld und Arbeitergeld“. ¹⁵⁴⁷ Schrammel erwiderte: „Sie leben von Christenblut und Christenschweiß.“ Der von den Schönerianern wegen seiner Rede gegen die Obstruktion, die für die arbeitende Bevölkerung eine reine „Brotfrage“ sei, als „Brotschani“ verunglimpfte christlichsoziale Abgeordnete Josef Gregorig griff nun Schrammel frontal an: „Sie Jud, sind's ruhig, Sie sind ein Jud, halten Sie's Maul! Ich lasse mir von einem Juden nichts gefallen!“ ¹⁵⁴⁸ Auf den Vorhalt des jüdischen Sozialdemokraten, „Sie sind ein ungebildeter roher Mensch!“, erwiderte Gregorig, „einen Juden kann man nicht beleidigen“, worauf der Abgeordnete Leo Verkauf die „vielsagende“, aber nicht protokollierte Bemerkung fallenließ, „Sie gehören nicht ins Parlament, sondern in den Wiener Gemeinderat!“ ¹⁵⁴⁹ Als Schrammel seine Rede unter dem Gebrüll seiner Gegner fortsetzte und erzürnt über die Ausfälle, die er der „mangelnden Bildung und dem fehlenden Anstand“ der Christlichsozialen zuschrieb, mit den Worten schloß, „die Sozialdemokraten haben auch Kinder und diese werden sich verwahren, ihre Kinder zu den Pfaffen in die Schule zu schicken“, gab Gregorig dem bisher unbeteiligten Karl Iro mit dem Zwischenruf, „jetzt bleibt nur noch die freie Liebe!“ – ein beliebter Angriff auf die Sozialdemokraten – das Stichwort. Iro wandte sich mit den Worten an Gregorig, „das sagen Sie, wo man doch die Geschichte kennt von dem Sodawasser beim Wimberger“. ¹⁵⁵⁰

Die sicher nicht unparteiischen „Egerer Nachrichten“, denen dieser Dialog entnommen ist, hatten Karl Iro in ihrer ersten Schadenfreude, noch ohne Kenntnis der kommenden Ereignisse, zweimal als „Urheber“ der Attacke auf Gregorig hervorgehoben. Später taten sie sich gerade deshalb sehr schwer, das Gegenteil zu behaupten. Aufgrund dieser Schadenfreude ist aber auch einzig aus dieser Zeitung die nähere Bedeutung vom „Sodawasser beim Wimberger“ zu erfahren, denn bis auf Gustav Kolmer ¹⁵⁵¹ erfolgte die Darstellung in den zeitgenössischen Blättern und in der späteren Literatur meist „unkommentiert“: Gregorig soll demnach im Hotel Wimberger während einer Frauenversammlung auf einem Zimmer einen außerehelichen „Ausrutscher“ gehabt haben, der nur deshalb ruchbar geworden ist, weil er einen Etagenkellner nach einer Flasche Sodawasser geschickt hatte. Er erhielt daraufhin anonyme Korrespondenzkarten mit Anspielungen, die auch seine Frau und seine Kinder lesen konnten. Weil im „Wimberger“ ständig Schönerianer verkehrten und er in diesen Kreisen auch den „Postillon ohne Namensnennung“ vermutete, fielen seine

1547 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 8. Sitzung vom 7. Oktober 1897, S. 422.

1548 Ebd.

1549 Egerer Nachrichten, Nr. 80 vom 9. Oktober 1897, S. 2.

1550 Ebd. Das Stenographische Protokoll enthält lediglich die Anmerkung „Ein Zwischenruf Iros“. Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 8. Sitzung vom 7. Oktober 1897, S. 425.

1551 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 286.

Worte gegenüber Iro ziemlich „ungebremst“ aus, wie er dies später auch bedauerte. Gregorig nannte ihn einen „feigen Hund“, vor allem aber einen „feigen Verleger“, worauf sich Iro schreiend mit „feig hat er mich genannt, ich hau’ ihm eine Ohrfeige ...“ auf Gregorig stürzte, der noch rechtzeitig von dem neben ihm sitzenden Lueger abgeschirmt werden konnte. Den Präsidenten war es daraufhin nur mit Ordnungsrufen und unter heftigsten Tumulten möglich, die Sitzung überhaupt zu schließen.¹⁵⁵²

Vielleicht eher „zufällig“, oder einer plötzlichen Eingebung der Schönerianer folgend, kam die Angelegenheit auf Betreiben beider Streithähne vor einen parlamentarischen Mißbilligungsausschuß. Iro hatte zuvor sein „Ehrenwort“ abgegeben, die tags zuvor in den „Egerer Nachrichten“ abgedruckte Aussage im Reichsrat nie gemacht zu haben. Vergegenwärtigt man sich seine Chancen in diesem Ausschuß, den die „deutschen Parteien“ infolge der Obstruktion nicht beschickt hatten, und bedenkt man das Image, das die Schönerianer bei der Majorität besaßen, so spricht vieles für ein auch in diesem Fall messerscharfes politisches Kalkül Schönerers und Genossen. Auch die von Iro unter Krokodilstränen vorgebrachten Klagen, von seinen elf Zeugen wären gegenüber den vier Stenographen, die den Ausspruch „mit größter Sicherheit bestätigten“, nur zwei vernommen worden, konnten daran nur wenig ändern.¹⁵⁵³ Was der Ausschuß letztlich beantragte, nämlich die nicht weiter verfolgbare Mißbilligung beider Abgeordneten, bauschte sich zu einer stundenlangen öffentlichen – anstelle der geplanten geheimen – Sitzung auf, in der Karl Lueger zum Gaudium aller Abgeordneten die kompromittierenden Korrespondenzkarten seines eigenen Parteikollegen noch einmal vorlas.¹⁵⁵⁴

Gegen den mit der Majorität angenommenen Verweis stand aber nun Iros „Ehrenwort“, die mißbilligte Äußerung nicht gemacht zu haben. Am 13. Oktober ließ er im Reichsrat in Abwesenheit von einem Schriftführer verlesen, daß er wegen des „nach meiner Überzeugung parteiischen Vorgehens des Mißtrauensausschusses, wogegen mir nach der Geschäftsordnung leider keinerlei Mittel der Abwehr zur Verfügung“ standen, sein Mandat niederlegen müsse.¹⁵⁵⁵ Nun erhob sich ein gut inszenierter Sturm der Entrüstung, den die Alldeutschen sehr gut mit den Sprachenverordnungen, mit Badeni und mit dem „Schwur von Eger“ koppelten. Die „Unverfälschten Deutschen Worte“, die noch in der Einleitung ihres Hauptartikels recht vorsichtig erwähnten, es ging „um eine gemachte oder nicht gemachte Aussage“, schlossen mit der Folgerung: „Das Ehrenwort wurde angezweifelt, das höchste Gut eines Mannes ist tödlich verletzt“.¹⁵⁵⁶

Dem Aufruf der Schönerianer, daß das Ehrenwort des neuen nationalen Märtyrers „genügend und ausschlaggebend“ sei, folgten Tausende Unterschriften aus der Bevölkerung des Egerlandes, die an die Komödie glaubte. Der Umkehrschluß liegt nahe: Regierung und Parlament wären, gemessen an Iro, unehrenhaft und „undeutsch“. Letzte Zweifel an einer taktischen Maßnahme in der

1552 Egerer Nachrichten, Nr. 80 vom 9. Oktober 1897, S. 2.

1553 Egerer Nachrichten, Nr. 81 vom 13. Oktober 1897, S. 1.

1554 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 286.

1555 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 11. Sitzung vom 13. Oktober 1897, S. 595.

1556 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 20 vom 16. Oktober 1897, S. 232.

Affäre Iro-Gregorig zerstreuten sich angesichts der Tatsache, daß der Nachfolger für den triumphal nach Eger zurückgekehrten Karl Iro im Reichsrat niemand anderer als sein „Freund“ Laurenz Hofer war, der als Chefredakteur eigentliche Verantwortliche für den Abdruck der Aussage in den „Egerer Nachrichten“. Die Strategie war jedoch langfristig angelegt: Iro kandidierte bei einer Ergänzungswahl am 18. Dezember 1897 erneut für den Reichsrat und konnte dabei 57 Wahlmännerstimmen mehr als im März erreichen.¹⁵⁵⁷ Die „Taktik der Ehre“ war aufgegangen, wenn auch mit einigen Schönheitsfehlern. Nach einer Kundgebung Schönerers legten sieben Bundesräte des „Bundes der Germanen“, die einem parteiinternen Vertrauensmännerausschuß angehörten, der den Fall untersuchen sollte, ihre Ämter nieder. Sie waren sich bezüglich der Unschuld Iros doch „nicht so sicher“ und Kernreuter erklärte sogar, parteimäßig mit ihm nicht mehr verkehren zu wollen.¹⁵⁵⁸

Die zunehmenden „Aversionen“ der Alldeutschen gegenüber der Reichshauptstadt Wien sind schon einmal erwähnt worden. Die Auseinandersetzung Gregorig – Iro trug wesentlich zur Verschärfung dieses Feindbildes bei, war aber auch ein weiterer Ziegelstein in der Mauer der am Horizont auftauchenden „Los von Rom“-Bewegung. Lueger, den die Schönerianer wegen seines ihm zugestandenen Redetalents den „Gaukler von Wien“ nannten, verkörperte nun für diese Gruppierung all das, was als „unehrenhaft“ galt, sei es die Kirche, sei es das Bordell – ohne den geringsten Unterschied. Luegers nicht nur von dieser Ecke aus angeprangerte „Wankelmütigkeit“ und die Schwierigkeit, ihn politisch einzuordnen, wurden jetzt auch zu einem alldeutschen Synonym für mangelnde „Treue“. Franz Stein, der als kommender Mann der völkischen Arbeiterbewegung genügend Muße hatte, zu schreiben, war wesentlich an der versuchten Demontage des „Lueger-Bildes“ beteiligt. Es erscheint in diesem Zusammenhang nicht weiter verwunderlich, daß er seine Brandartikel meist mit der „aufgewärmten“ Episode begann, als der junge Student Lueger beim „Siegeskommers“ des Jahres 1871 „die Fahnen mit Füßen getreten hatte“ – ein Zeichen mangelnder „Ehre“ und „Treue“ zum Vaterland, zu seiner Korporation und zu jeder Partei. Daß dabei aus den Farben des „Norddeutschen Bundes“ die schwarz-rot-goldene Fahne wurde, spielte bei einem wenig auf Genauigkeit bedachten Publikum keine Rolle: „Schon damals hat man unsere Warnungen nicht verstanden; Lueger, der nie in seinem Leben eine politische Überzeugung hatte, der sich immer jener Partei anschloß, welche ihm die meiste Bürgschaft bot zur Erreichung seines persönlichen Strebens, der schwarz-gelb bis in den After ist und in zwei Stunden darauf deutschnational, ... der vor dem Volk über Juden schimpft und in seinen eigenen Reihen jüdische Nebenfürher hat, der als Bürgermeisterkandidat Antisemit war und mit Juden ... Geschäfte abschließt, der zur Zeit seine Nichtbestätigung der größte Gegner Badenis und der Magyaren war, der jetzt für und mit Badeni geht, ... der nur durch Lug und Trug es zum Bürgermeister von Wien gebracht hat, ... derselbe Lueger, dessen Anhang aus Pfaffen, hysterischen Weibern, Lotterieschwestern und Wiener Strizzi besteht, derselbe Lueger hat sich (im Reichsrat) ... selbst entlarvt, als er in hundsgemeiner Weise Schönerer und Wolf beschimpfte ... Dieser verkommenen Gesellschaft

1557 Der Hammer, Nr. 8 vom Dezember 1897, S. 78.

1558 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 326.

wegen mußte ein Iro sein Mandat niederlegen. Lueger und Genossen sind das Großstadtprodukt ... Ihr Wörterbuch stammt aus den Reihen der Wiener Strizzi, Stromer und Messerhelden. Weit draußen in der Vorstadt, wo das Laster seine Heimstätte hat, wo die Passagiere der Wiener Polizeiarreste, ... die Messerhelden des Doktor Lueger zu Hause sind, dort wo er sich heimisch fühlt, wenn er seinen Weana Dialekt hört. Jetzt versteht so mancher, warum er der Liebling von Wien ist. Er spricht seinen Wienern aus der Seele. Dieser Mensch ist Bürgermeister von Wien! Dieser Mensch empfängt fremde Herrscher ... Jede Dorfgemeinde im Egerland würde einen solchen Bürgermeister mit Schande und Spott zum Teufel jagen.“¹⁵⁵⁹

Das Wiener Arbeiterkind Stein, dessen Eltern aus Schlesien und dem Waldviertel stammten, bediente sich geschickt einer Vielzahl ländlicher Ressentiments gegenüber der „genußsüchtigen und verweichlichten“ Großstadt, indem er sie in groben Verallgemeinerungen in einer Person zu kanalisieren versuchte, auch um mit dem nicht ganz „feinen“ Umgang Luegers von eigenem Unbill abzulenken. Doch setzt man vor all diese „Attribute“ das Wörtchen „undeutsch“, dann bekommen noch so starke Gegensatzpaare einen gemeinsamen Sinn, auch was den Wiener Dialekt anbelangt. Bis Adolf Hitler galt es in alldeutschen Kreisen als sehr schick, Wien als undeutsch zu bezeichnen und Reichspropagandaminister Joseph Goebbels sah sich noch im Frühjahr 1945 veranlaßt, die Stadt nach ihrem Fall als „Schandfleck auf dem deutschen Wappen“ zu bezeichnen.¹⁵⁶⁰

Etwas „kleinlaut“ waren die Schönerianer gegenüber den Christlichsozialen in der „Judenfrage“ geworden. Im Streit um die „besseren Antisemiten“ standen sich nun „Volksverräter“ und „Judenfreunde“ gegenüber, denn die Christlichsozialen wollten aus dem taktischen Bündnis der Alldeutschen mit den „verjudeten“ Liberalen gegen die Sprachenverordnungen politisches Kapital schlagen. Das „Opfer“ wurde dabei Karl Hermann Wolf, den man im Jahre 1896 nach seinem Streit mit Schönerer, wenn auch etwas überspitzt, als einen Parteigänger Luegers hätte bezeichnen können. Der christlichsoziale Haß wegen seines Schwenks entlud sich nun auf ihn und zerbrach alle Brücken, was für die nachfolgenden Ereignisse nicht ganz ohne Bedeutung ist. Alles, was ihn nur irgendwie in die Nähe des liberalen Lagers brachte, wie eine von Paul Molisch erwähnte, feierliche Begrüßung durch die liberale Gemeindevertretung von Landskron¹⁵⁶¹, oder sein Erscheinen auf einem liberalen Parteitag in St. Pölten nahmen die Parteigänger Luegers zum Anlaß für häßlichste Diffamierungen im Abgeordnetenhaus. Wolf würde den „Juden erneut zur Macht verhelfen“.¹⁵⁶²

Bereits Anfang Oktober 1897 bekamen die Alldeutschen Gelegenheit, ihren Anhängern nach der „Ehre“ die Begrifflichkeit von „Treue“ zu demonstrieren. Trotz schärfster Polemik gegen die Schönerianer hatten sich die Christlichsozialen nicht allzu weit vom Lager der Deutschen entfernt. Sie hatten sich zwar mehr wegen der Liberalen nicht direkt der Obstruktion angeschlossen,

¹⁵⁵⁹ Egerer Nachrichten, Nr. 89 vom 10. November 1897, S. 1.

¹⁵⁶⁰ Zitiert in: WŁADYKA, Michael, Die politische und militärische Einflußnahme der USA auf Österreich von 1940 bis 1950, Dipl. Arb. Wien 1996, S. 23.

¹⁵⁶¹ MOLISCH, Paul, Geschichte der deutschnationalen Bewegung, S. 192.

¹⁵⁶² Egerer Nachrichten, Nr. 88 vom 6. November 1897, S. 2.

aber bereits im Mai durch ihre Stimmenthaltungen und der Unterstützung der Ministeranklagen „guten Willen“ gezeigt, einen Mittelkurs zugunsten der Linken aufzugeben.

Als es nun auch in der noch konservativen „katholischen Volkspartei“ zu kriseln begann, weil ein Flügel um den Brixener Theologieprofessor Aemilian Schöpfer (1858–1936) eine Annäherung an die Christlichsozialen wünschte, startete Dipauli, der sich plötzlich als „nur mehr Konservativer und kein Klerikaler“ bezeichnete, einen Vermittlungsversuch, um die Obstruktionsparteien an einen Tisch zu bekommen.¹⁵⁶³ Ein Einschwenken konservativer und klerikaler Kreise in eine gemeinsame „deutsche Front“ konnte aber am wenigsten den Schönerianern gelegen sein. Wie sehr sie ein derartiges Bündnis wie der Teufel das Weihwasser fürchteten, geht aus einem Aufruf des „Führers“ in der heißen Phase des 22. November hervor. Er galt einem deutschen Volkstag in Wien, auf dem die „christlichen Abgeordneten“ ausgegrenzt werden sollten: „Wir wissen wohl zu unterscheiden zwischen christlichsozialen und klerikalen Wählerschichten und Abgeordneten. Diese christlichen Abgeordneten, die sich ... in dem herrschendem nationalen Kampf ... als verlässliche Streiter bisher nicht bewährt haben, können daher an dieser Volksberatung nicht teilnehmen.“¹⁵⁶⁴

Der Aufruf sollte vielmehr verschleiern, daß die Schönerianer eine Politik der bedingungslosen Germanisation des „ehemals rein deutschen Landes“ Böhmen forcierten, wie sie später (und auch früher) unumwunden zugaben, bei der nationale Ausgleichs keine Platz hatten. Das mußte sie programmgemäß von den anderen Parteien auch wieder entzweien. Der „Kampf“ sollte deshalb so lange wie möglich mit leichter zu handhabenden linken Gruppierungen aufrechterhalten werden. An der Aufhebung der Sprachenverordnungen zeigten sie sich daher auch gar nicht interessiert. Das äußerste parlamentarische Zugeständnis, gleichsam eine Vorbedingung zur Erreichung ihres Zieles, war die gesetzliche Sicherstellung der deutschen Staatssprache, wie dies Schönerer auch wiederholt in Form von Dringlichkeitsanträgen vorbrachte.

Auch aus einem anderen Grund war bei den Schönerianern plötzlich „Feuer am Dach“: Die Rechte witterte wegen der Vermittlungsversuche plötzlich eine Chance, die Obstruktion zu brechen und den Reichsrat wieder flott zu bekommen. Als die Regierung schon im Sommer gemerkt hatte, daß ein wie üblich alle zehn Jahre vereinbartes Ausgleichswerk zeitlich bis zum 31. Dezember 1897 nicht mehr zustande zu bringen war, einigte sie sich in zähen Verhandlungen mit den Ungarn schließlich am 1. Oktober auf ein einjähriges Provisorium. Um dieses Provisorium möglichst schnell über die Bühne zu bringen, bestand es aus einem einzigen Paragraphen ohne Motivenbericht, eine Art verkürztes Arbeitsprogramm, das auf einer gedruckten Seite Platz hatte. Im Gegenzug mußte sich die Regierung den in konstitutionellen Dingen sehr heiklen Ungarn verpflichten, daß dieses Ausgleichsprovisorium nur unter der Bedingung wirksam werden sollte, wenn es zuvor in beiden Reichshälften im verfassungsmäßigen Wege zustande gekommen war.¹⁵⁶⁵

1563 FUNDER, Friedrich, Vom Gestern ins Heute, S. 212.

1564 Abgedruckt in: Egerer Nachrichten, Nr. 96 vom 4. Dezember 1897, S. 1.

1565 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 294.

Für die Rechte bot sich nun die Gelegenheit, wiederum Dipauli „einzukaufen“: Sein Vermittlungsvorschlag hatte einen Sprachenantrag vorgesehen, den ein 42köpfiger Ausschuß binnen sechs Wochen dem Reichsrat vorzulegen gehabt hätte, um eine breite Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage vorzunehmen. Die Rechte erklärte am 23. Oktober, diesem Vorschlag nun doch zuzustimmen. Dipauli müsse aber zuvor die Linke überzeugen, die Obstruktion verpflichtend einzustellen, sodaß die erste Lesung des ungarischen Ausgleichs vorgenommen werden könnte. Dieser Pakt rief nun die Schönerianer auf den Plan, die eine Annäherung mit allen Mitteln zu verhindern suchten, als DiPauli tatsächlich noch am selben Tag begann, ernsthaft mit den übrigen Obstruktionsparteien in Verhandlungen zu treten. Bei dieser Kraftprobe, bei der es nicht mehr alleine um die vorher recht brauchbaren Vehikel Sprachenverordnungen und Ausgleich ging, operierten die Alldeutschen bereits gezielt mit der Magie des „Schwurs von Eger“.

Am 30. Oktober ging Franz Stein in einem Artikel auf diese Verhandlungen mit den Vertretern der Fortschrittspartei und der Volkspartei ein, die sich mittlerweile zerschlagen hatten und lehnte jeden „Waffenstillstand der Obstruktion“ entschieden ab: „Diese Parteien haben den Schwur von Eger durch Zeichen der Müdigkeit und des Gelöbnisbruches durchlöchert. Also dafür ist deutsches Blut vergossen worden, am 11. Juli in Eger, dafür wurden Greise und Junge, Männer und Weiber niedergemäht, dafür mußten brave Kämpfer in den Kerker wandern, ... daß die obstruktionsmüden Herren sich jetzt in Unterhandlungen einlassen. Warum halten die Herren dem Volk die Treue nicht? ... Wir sind die Hüter des Schwures ... Sollten die Herren aber das deutsche Volk im Stich lassen, sollten sie das freiwillige Gelöbnis brechen, dann werden wir hinausziehen in alle Gauen, dann werden wir wie unsere Vorfahren große Things abhalten und dann wird das Volk schwören und seine treulosen Verräter wird es verfluchen.“¹⁵⁶⁶

3.3 Der Kampf gegen das Ausgleichsprovisorium

Am 12. Oktober legte die Regierung das Provisorium über den Ausgleich mit Ungarn dem Abgeordnetenhaus vor.¹⁵⁶⁷ Jetzt erfüllten die am 23. September eingebrachten Ministeranklagen ihren Zweck ... Zunächst verhinderten die von Viktor von Hochenburger und Karl Hermann Wolf eingebrachten Anträge, Badeni wegen des Geheimerlasses vom 2. Juni in den Anklagestand zu versetzen, bis zum 20. Oktober die Erste Lesung des Provisoriums, dann wurden sie endgültig niedergestimmt.

Die Zeit wurde knapp, positive Arbeit war noch keine geleistet worden. Um die Obstruktion zu ermüden, ordnete der den Vorsitz führende Vizepräsident Kramář am 19. Oktober 1897 Nachtsitzungen an. Weil die Obstruktion die „eklatante Verletzung der Geschäftsordnung“ zum Ausdruck bringen und zugleich die Erste Lesung des Ausgleichsprovisoriums verhindern wollte, be-

¹⁵⁶⁶ STEIN, FRANZ, Der Schwur von Eger, In: Egerer Nachrichten, Nr. 86 vom 30. Oktober 1897, S. 1.

¹⁵⁶⁷ Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 10. Sitzung vom 12. Oktober 1897, S. 521.

diente sie sich in der ersten Nachtsitzung, die bis zum 20. Oktober, 21 Uhr dauerte, erstmals der Lineale und der beweglichen Pultdeckel auf den Bänken des Hauses, um wüste Lärmkonzerte zu veranstalten.¹⁵⁶⁸ Mit aller Gewalt droschen die Abgeordneten mit den Brettern auf die Pulte, bis Pulte und Pultdeckel zersplitterten, die nun neue Lärmerzeuger abgaben. In diesem Getöse dauerte es einen ganzen Tag, bis die völlig unproduktiven 4 Dringlichkeitsanträge, 14 Initiativanträge und 31 Interpellationen, die alle verlesen werden mußten, zum Abschluß kamen und bis die Lesung aller Petitionen, über deren Aufnahme in das Protokoll namentlich abgestimmt werden mußte, erledigt war.¹⁵⁶⁹

Der Kabinettsdirektor des Abgeordnetenhauses, Heinrich Ritter von Halban, machte auch auf ein „nicht zu unterschätzendes“ lokales Moment aufmerksam, welches die Obstruktion begünstige ... In dem für 353 Abgeordnete berechneten Sitzungssaal mußte nach der Wahlrechtserweiterung für zusätzliche 72 Abgeordnete Platz geschaffen werden, was nur durch eine engere Sitzanordnung zu bewerkstelligen war. In dem engen Saal wurde die ganze Atmosphäre während der nun endlosen Nachtsitzungen gereizter und gedrückter, was die Erregung der Abgeordneten zusätzlich steigerte. Vor allem in dem engen Raum vor der Ministerbank und dem Präsidium kam es oft zu einem heillosen Gedränge.¹⁵⁷⁰ Nach der Ankündigung neuer Gewaltakte durch Julius Sylvester, der drohte, daß „gewisse Grenzen überschritten werden, die ich Ihnen nicht näher bezeichnen will“, wenn den Deutschen in Österreich nicht ihrer berechtigten Stellung Raum gegeben werde, zog es das Präsidium vor, die Tischler in der Nacht vor der Abstimmung über die ersten Ministeranklagen anzuweisen, die Tribüne mit hölzernen Schranken zu schützen, was allgemein als Zeichen der Feigheit, aber auch kommenden Unheils gedeutet wurde.

Am 21. Oktober standen die Ministeranklagen Iros (...Schönerers, Kittels, Türks, Wolfs und Genossen) und Schückers (... Funkses, Pergelts und Genossen) wegen der Vorgänge beim Verbot des Egerer Volkstages zur Diskussion. Der in Eger geborene Wolf schleuderte als „Anklagevertreter“ Badeni entgegen, man hätte in Eger „Tote fabrizieren wollen“ und beendete seine Ausführungen mit einer gefährlichen Drohung: „Wir wissen, daß wir den Begriff Nation himmelhoch über den Begriff des Staates zu stellen haben, daß der Staat nur solange Wert für uns hat, als unser Volkstum in demselben nicht nur unangetastet bleibt, sondern in der Geltung und Rolle als führende Nation geachtet wird“.¹⁵⁷¹ Wolf setzte am 26. Oktober fort: Erst Badeni hätte „es

1568 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 15. Sitzung vom 19. und 20. Oktober 1897, S. 737f. Vgl. SUTTER, Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, Bd. 2, S. 105.

1569 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 297. Vgl. Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 15. Sitzung vom 19. und 20. Oktober 1897, S. 721.

1570 WANDRUSZKA, Adam, Die Krisen des Parlamentarismus 1897 und 1933, S. 67.

1571 Egerer Nachrichten, Nr. 86 vom 30. Oktober 1897, S. 1. Vgl. Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 16. Sitzung vom 21. Oktober 1897, S. 819. Zwischenrufe während der Rede Karl Türks.

zuwege gebracht, daß das friedliebende deutsche Volk nun vor einer Revolution stehe. In Eger hat man das deutsche Volk wie einen Feind betrachtet. Nur dadurch sei es gelungen, daß eine deutschradikale Bewegung, die einst von Studenten ... ausging, das ganze böhmische Volk erfaßt hat“.¹⁵⁷²

Wieder zogen sich die Sitzungen bis zum 26. Oktober. Dann löste der Antrag des Jungtschechen jüdischer Abstammung, Adolf Stránský, zur Tagesordnung überzugehen, die üblichen Stürme aus. Wolf hatte ihn zuvor heftigst attackiert, „kein nationaler Gegner“, sondern „nur Jude“ zu sein.¹⁵⁷³ Die Linke glaubte diesmal, mit der Ministeranklage wegen vorsätzlicher Verletzung des Versammlungsrechts vollends im Recht zu sein, was sich auch trotz der Abstimmungsniederlage mit 172 gegen 145 Stimmen bei vielen Enthaltungen¹⁵⁷⁴ zu bestätigen schien. Mit nur 27 Stimmen war Badeni an der schärfsten parlamentarischen Maßnahme, nämlich einen vom Kaiser ernannten Ministerpräsidenten unter Anklage zu stellen, denkbar knapp vorbeigeschrammt. Doch das immer noch vorhandene Vertrauen des Kaisers – „der Badeni wird das schon machen“ – zählte mehr als tausend Warnungen, zumal er ihn nicht neuerlich mit einem Demissionsangebot vor eine verzwickte Entscheidung stellen wollte.

Am 25. Oktober faßte der Ministerpräsident den Entschluß, die Erste Lesung des Ausgleichsprovisoriums mit Gewalt durchzusetzen, um den ihm gegebenen Auftrag pflichtgemäß durchzuführen. Auch seine Gegner und Visionäre betrieben Mobilmachung: In einer Rede auf der Antonienhöhe in Böhmen anläßlich der 113. Wanderversammlung des „Bundes Deutscher Landwirte“ am 24. Oktober 1897 sprach Schönerer über die „höheren Weihen“, die er in letzter Zeit empfangen hatte: „Ich habe in meiner 30 jährigen politischen Tätigkeit keinen ernsteren Augenblick gekannt als diese Zeit ... Eine Natur wie die meine (kennt) nichts anderes als im Dienste des Volkes auf das Ziel schnurstracks loszumarschieren, ohne Rücksicht darauf, wieviel hinter mir nachgehen. Bahnbrecher sein können nur einzelne. Nicht die große Masse hat Geschichte gemacht, nur einzelne Männer ... Mit Hintansetzung aller Rücksicht für mich und meine Familie werde ich im Kampfe für meines Volkes Rechte stehen und, wenn es sein muß, in Ehren fallen ... Sieg oder Niederlage, ein drittes kann es nicht geben.“¹⁵⁷⁵ Kompromißlosigkeit bis zur letzten Konsequenz, Opfermut und Todessehnsucht reichten einander die Hände.

1572 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 18. Sitzung vom 26. Oktober 1897, S. 959f.

1573 Ebd., S. 961.

1574 Ebd., S. 987.

1575 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 22 vom 16. November 1897, S. 258. Man unterliegt in einer Entwicklungsgeschichte immer wieder der Versuchung, gewisse Dinge auf den „Endpunkt“, daher auf Adolf Hitler zu projizieren, was sicher nicht ganz unproblematisch ist. Trotzdem kann man sich nicht ganz der Erkenntnis erwehren, wenn man zum Vergleich Reden der damaligen Zeit studiert, wie zum Beispiel jene Luegers, daß zwischen der Redetechnik in Vokabular und Diktion Adolf Hitlers – und damit ist sicher nicht eine damals vielleicht gebräuchliche antisemitische Wortwahl gemeint – und seines Jugendidols Georg von Schönerer zumindest ein Naheverhältnis besteht. Vor allem nachstehendes unbedeutendes Textzitat aus Schönerers Rede auf der Antonienhöhe ließ einige

Am 26. Oktober 1897 schien sich für die Regierung wenigstens ein Teil des Problems von selbst gelöst zu haben. Die Kanzlei des Abgeordnetenhauses erhielt ein am Westbahnhof aufgegebenes Schreiben, das an den Vizepräsidenten Abrahamovicz adressiert war. Darin erklärte der Präsident des Reichsrates Theodor Kathrein, der sich stets gegen Gewaltlösungen ausgesprochen hatte, weswegen seine Nominierung manchmal wie ein „Betriebsunfall“ aussah, zunächst ohne Angabe von Gründen seinen Rücktritt vom höchsten Amt des Hauses. Nach einem Fackelzug gestärkt, den ihm seine Heimatgemeinde Hall in Tirol dargebracht hatte, wurde er dann konkreter. Er wolle nicht mehr Präsident eines Hauses sein, welches „durch eine unglückselige Politik zur Untätigkeit verurteilt“ sei. Die Bedingungen für die Rückkehr geordneter Zustände im Parlament erforderten eine aufrichtige Verständigung mit den Deutschen.¹⁵⁷⁶ Was wie ein Weichwerden der Majorität aussah, interpretierte die Linke sofort als untrügliches Vorzeichen eines Gewaltaktes. Auch die von der Rechten durchgesetzte Verschiebung der Neuwahl eines Präsidenten, sodaß nunmehr die beiden Vizepräsidenten, der Pole Abrahamovicz und der Jungtscheche Kramář „interimsmäßig“ die Geschicke des Hauses führten, mußte eine „Lauerstellung“ der Obstruktion geradezu heraufbeschwören.

Der Polenklub gab nun den Ton an, wohl wissend, daß es ohne Badeni überhaupt keine Zugeständnisse geben würde, weswegen zuerst das Ausgleichsprovisorium gegen die Obstruktion durchzubringen wäre. Die Fraktion instruierte „ihren“ Präsidenten Abrahamovicz, als letztes Mittel endlich die Geschäftsordnung zurechtzubiegen. Am 27. Oktober 1897 beantragte der Chef des Polenklubs, Appolinar Ritter von Jaworsky, mit Rücksicht auf die unaufschiebbare Dringlichkeit der Erledigung des Ausgleichsprovisoriums, Doppelsitzungen abzuhalten, sodaß in der Morgen- oder Nachmittagssitzung die Obstruktion nach Belieben hätte gepflegt werden können, während in den Abendsitzungen die Majorität die Erste Lesung des Provisoriums durchzubringen hätte.¹⁵⁷⁷ Als Vizepräsident Kramář über den Antrag, zur Tagesordnung überzugehen und über die Resolution Jaworskys mit der Majorität abstimmen ließ, welche dieses Votum mit 184 : 30 Stimmen für sich entschied¹⁵⁷⁸, war der Bruch der Geschäftsordnung perfekt. Was vielleicht der Dringlichkeit und des Staatsinteresses entsprochen hätte, nämlich plötzlich Doppelsitzungen einzuführen, fand keine gesetzliche Deckung mehr. Die Geschäftsordnung war für die Finessen der Obstruktion ohne Gegenmittel geblieben, wie auch Heinrich Halban bedauerte, doch die früheren Nachlässigkeiten waren in dieser heiklen Situation nicht mehr zu sanieren.

genaue Kenner von Hitlers Reden aufgrund des Stils zu einem nachher für sie verblüffenden Urteil kommen. Das Wort „Christlichsoziale Partei“ wurde dabei weggelassen: „Ich muß noch zu einer kurzen Besprechung der Sprachenfrage insofern kommen, als sie öfters in Zeitungen verschiedenes darüber zu lesen bekommen. Da finden Sie, daß jetzt sogar schon die christlichsoziale Partei einen Antrag gegen die Sprachenverordnungen eingebracht hat. ... Erlauben Sie mir offen zu sagen, ich halte nichts von dem Antrag.“

1576 KOLMER, GUSTAV, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 302.

1577 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 19. Sitzung vom 27. Oktober 1897, S. 1019.

1578 Ebd., S. 1025.

Karl Hermann Wolf führte die Geschäftsordnungswidrigkeit auf die gezielte Verhinderung neuer Ministeranklageanträge zurück: „Man ist von Seite des Präsidiums geradezu gewohnt, mit Recht und Gesetz genauso umzuspringen wie die Regierung, welche so viele Anklagen gegen sich gerichtet sieht ... Ich beschuldige den Präsidenten des Eidbruches! ... Sie werden einmal sehen, welche Form unsere Opposition und unsere Obstruktion jetzt annimmt! Schreiben Sie sich dann die Verantwortung selbst zu.“¹⁵⁷⁹ In dieser Partie, die nun eröffnet wurde, dachte kein Teil mehr daran nachzugeben. Auf der Linken verwandelte sich die technische Obstruktion schnell in eine Anarchie, in der „jede Rücksichtnahme auf die persönliche Würde verschwand und alle Grundlagen des parlamentarischen Lebens mißachtet wurden“, wie Gustav Kolmer anmerkte.¹⁵⁸⁰ Was auf seiten der Linken nun auch die gemäßigteren unter ihnen den beiden Präsidenten nicht verzeihen konnten, war ihre Unterordnung unter das Kommando des Exekutivkomitees der Rechten, die in Verkenennung ihrer Pflichten und der Objektivität ihres Amtes erfolgt wäre.

Die Kraftprobe begann am ersten Tag der anberaumten Doppelsitzungen, dem 28. Oktober 1897.¹⁵⁸¹ Wie zu erwarten gewesen war, verlief der erste Teil der Sitzung mit Anträgen und namentlichen Abstimmungen fruchtlos. Alles fieberte der um 19 Uhr 10 eröffneten Abendsitzung entgegen, die ohne Zulassung eines Einlaufes mit der Ersten Lesung des Provisoriums beginnen sollte. Sofort legten die Fortschrittspartei und die Deutsche Volkspartei eine Verwahrung gegen dieses Vorgehen ein, aber auch die Sozialdemokraten erklärten durch Daszinski, daß sie es ablehnten, „dem Grafen sein Ausgleichsprovisorium zu bewilligen“: Sie würden sich deshalb den „Protesten der Linken“ anschließen, weil es sich „um die erste politische Pflicht handle, daß wir diesem Ministerium den Ausgleich nicht gewähren“. Nicht nur die Geschäftsordnung wäre „vergewaltigt“ worden, die Sozialdemokratie könne „dem Absolutismus keine Mauer machen!“¹⁵⁸² Abrahamovicz würgte aber all diese Geschäftsordnungsdebatten ab und eröffnete die Debatte über das Ausgleichsprovisorium.

Auf der langen Rednerliste meldete sich nun der erste Kontraredner, der erst 1897 gewählte Abgeordnete der Fortschrittspartei und Sekretär der Brünner Handelskammer, Otto Lecher (1861–1939), zu Wort. Zwar machte er damit der Regierungspartei den Gefallen, den Übergang zur Tagesordnung und damit zur Ersten Lesung zu ermöglichen, was die radikale Linke nicht goutierte, denn nach ihrem Ermessen hätte die Rede gar nicht gehalten werden dürfen. Doch es begann nun eine Konditionsschlacht, die sich am besten mit den unterlegten Zeilen aus einem Satiremagazin darstellen läßt. Auf der einen Seite Lecher, der 13 Stunden (!) mit einigen kurzen Pausen sprach und damit 58 Protokollseiten füllte¹⁵⁸³ – „Ich bitt', bin nun Sprecher, Um ein

1579 Ebd., S. 1023.

1580 KOLMER, Gustav, *Parlament und Verfassung in Österreich*, Bd. 6 (1895–1898), S. 302.

1581 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 20. Sitzung vom 28. Oktober 1897, S. 1037.

1582 Ebd., S. 1044f. Vgl. CHARMATZ, Richard, *Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907*, Bd. II, S. 114.

1583 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 20. Sitzung vom 28. Oktober 1897, S. 1053–III. Vgl. CHARMATZ, Richard, *Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907*, Bd. II, S. 114.

bißchen Krawall“¹⁵⁸⁴ –, auf der anderen Seite Wolf, der sich seine Rolle als Leithammel nicht nehmen lassen wollte und seinen Pultdeckel zerlegte, den er drohend gegen den Parlamentsordner, den tschechischen Abgeordneten Ignaz Lang, richtete und den von ihm „komponierten“ „polnischen Marsch“ klopfte¹⁵⁸⁵ – „Der Wolf pfeift dazwischen und trommelt voll Wut“. Die Rede beinhaltete eine schonungslose Kritik am ungarischen Ausgleich, der die Steuerzahler nur sinnlos belasten würde und als Regierungsvorlage ein „Monstrum in einem Paragraphen“, eine Mißgeburt sei, wegen der es notwendig gewesen war, Sprachenverordnungen zu erlassen, um das Reich in seinen Grundfesten zu erschüttern.

Mit den Postkarten und Versen, auf und in denen er gefeiert wurde, stieg Lecher im wahrsten Sinn des Wortes über Nacht zum berühmten und beliebten Versammlungsredner auf. Zu seiner Popularität dürfte auch der damals in Wien weilende Mark Twain mit seinen Zeichnungen beigetragen haben. Und das geschah, obwohl ihm viele Texte unrecht taten¹⁵⁸⁶ – „Ich werde nun sprechen / Zwölf Stunden wenn's geht / vom Heu und vom Zechen / von Ungarn und Meth“ – und ihm eigentlich niemand zugehört hatte – „Auch Schnarchen und Gähnen / Man hört an den Ort, / Die Schreiber schon stöhnen, / Der Lecher spricht fort / Um neun Uhr sagt endlich / der Lecher: Genug! // Dann rennen und tappeln / Nun alle behend. / Wohin denn so zappeln? / Zur Kirche am End'! / Zur Kassa! – Diäten / Beheben – dann z'Haus – / Zu ruhn in den Betten / Vom Plagen sich aus!“¹⁵⁸⁷ Der „nationale Zweck“ war jedenfalls erreicht, als Lechner am 29. Oktober frühmorgens aufhörte zu sprechen und ihm seine „Fans“ spontan einen Lorbeerkranz von der Galerie überreichten. Um den Lesern diesen „Rekord“ zu veranschaulichen, veröffentlichten die „Egerer Nachrichten“ den „Abendablauf“ Badenis. Er hatte zu Beginn der Rede das Haus verlassen, um mit seiner Familie wie gewohnt den Tee einzunehmen, sich dann zur Nachtruhe begeben und konnte nach einem ausgiebigen Frühstück bei seinem Eintreffen im Abgeordnetenhaus gerade noch die Schlußworte hören. Das Blatt machte aber auch darauf aufmerksam, was in 13 Stunden noch so alles hätte geschehen können: „Es wäre sogar Zeit gewesen, daß Graf Badeni seine Demission gegeben hätte und daß man am Morgen die Wiener Zeitung mit einer neuen Ministerliste dem Redner auf das Pult gelegt hätte. Nebenbei bemerkt sogar höchste Zeit!“¹⁵⁸⁸

Nach wiederholt abgebrochenen Geheimsitzungen, in denen die Abgeordneten unter Mißachtung der Tagesordnung die Geschäftsordnungsdebatte wieder aufgerollt hatten, mußte Abrahamovicz die Rekordsitzung nach 33 Stunden um 8 Uhr abends schließen, ohne daß über die Zuweisung des Provisoriums abgestimmt hätte werden können. Die 20. Sitzung hatte zu Mittag des

1584 Die folgenden Gedichteinschübe aus dem „Spaßvogel“, Beilage des „Grazer Extrablattes“ vom 3. November 1897, Zitiert In: SUTTER, Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, Bd. 2, S. 107.

1585 Egerer Nachrichten, Nr. 87 vom 3. November 1897, S. 1.

1586 BAERNREITHER, Joseph Maria, Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen, S. 24f.

1587 CHARMATZ, Richard, Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907, Bd. II, S. 113.

1588 Egerer Nachrichten, Nr. 88 vom 6. November 1897, S. 5.

28. Oktober um 12 Uhr 35 begonnen und endete am 29. Oktober um 19 Uhr 40 abends.¹⁵⁸⁹ Das Abgeordnetenhaus bot das Bild eines wüsten Gelages: Der Buffetsaal war die ganze Nacht belagert worden und die Bänke und Fauteuils waren mit Schlafenden bedeckt, die man nur aufgeweckt hatte, wenn eine neuerliche namentliche Abstimmung drohte. Badeni, der im Gegensatz zur zermürbten und abgespannten Rechten, die auch aus diesem Grund immer mehr schwankte, immer seltener im Haus war, wollte der Obstruktion keine Erholung mehr gönnen. Für die radikalen Blätter war die Welt wieder in Ordnung, wenn sie beispielsweise auf der ersten Seite schreiben konnten: „Vor einer deutschen Kraftleistung kapitulierte die Polakenbande!“ Otto Lecher schloß am 31. Oktober 1897 eine erzwungene Ansprache auf dem Brünner Bahnhof, auf dem sich spontan 20.000 Menschen versammelt hatten, mit den Worten: „Heil unser großes, herrliches und geeintes deutsches Volk“.¹⁵⁹⁰

Während die linken Zeitungen Durchhalteparolen wie „Durch Kampf zum Sieg“ ausgaben und voreilig eine Entscheidung feierten, da „in der ersten Novemberhälfte verschiedene Landtage einberufen werden müßten und sich das Parlament deshalb vertage“¹⁵⁹¹, nahm auch jetzt das Ausland rege Notiz von den Vorgängen in Österreich. Der deutsche Reichstag und die Presse übten sich jedoch weiter in vornehmer Zurückhaltung. Erst nach der Lockerung der Krise im Dezember gab es von einigen Abgeordneten, zumeist von Mitgliedern des Alldeutschen Verbandes angezettelte, heftige Rededuelle. Baernreither hat diese Stimmung im Reich unter der gedanklichen Rubrik „Nur keine Mißverständnisse“ sehr gut beschrieben: „Die Sympathien gelten ... uns Deutschen als Band für die Allianz, als Stammesbrüder, aber keineswegs als zu erlösenden, dem Deutschen Reich einzuverleibenden Verwandten ... sie für mehr verwerten zu wollen, hat keinen Sinn.“¹⁵⁹²

Umso nachhaltiger schlug deshalb ein von der „Neuen Freien Presse“ am 31. Oktober veröffentlichter „Offener Brief“ des damals achtzigjährigen Historikerdenkmals Theodor Mommsen wie eine Bombe ein. An diesen Brief kam keine Rede und kein Ausspruch heran, weil die darin formulierten platten Diffamierungen verschiedenste Seiten kommentierten, besprachen und zitierten. Vor allem die Tschechen sahen ihn als Beweis für das rücksichtslose Vorgehen aller Deutschen gegenüber ihren Ansprüchen an. Mommsen hatte sie darin als „Apostel der Barbarisierung“ bezeichnet und sich nicht ohne Bedauern für die in diesem Kampfe „lendenlahme, volklose und ehrlose alte deutsche Kaiserstadt Wien“ in Bismarcksche Attitüden verstiegen, wobei die Betonung eher auf „Kaiser“ lag, um die Deutschösterreicher aufzumuntern: „Seid hart! Vernunft nimmt der Schädel der Tschechen nicht an, aber für Schläge ist auch er zugänglich. Es ist mit unzeitiger Nachgiebigkeit in Österreich viel gesündigt und viel verdorben worden; es geht um Alles

1589 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 20. Sitzung vom 28. Oktober 1897, S. 1136.

1590 CHARMATZ, Richard, Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907, Bd. II, S. 115.

1591 Egerer Nachrichten, Nr. 87 vom 3. November 1897, S. 1.

1592 BAERNREITHER, Joseph Maria, Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen, S. 19.

– Unterliegen ist Vernichtung.“ Was auch die übrigen Slawen in ihrem Stolz tief verletzte und höchste akademische Kreise veranlaßte, geharnischte Entgegnungen an den Professor zu richten, nahm das radikale Lager jedoch eher gleichgültig auf, einmal, weil es keinen „Konkurrenten“ benötigte, zum anderen, weil es Veröffentlichungen in der „Neuen Freien Presse“, die die Deutschen noch vor kurzem als „Neue Freie Jüdin“ verspottet hatte¹⁵⁹³, nicht gleich nachdrucken wollte – so weit ging die frische „Liebe“ denn doch nicht.

Bedingt durch Allerheiligen und Allerseelen trat das Abgeordnetenhaus erst am 4. November 1897 wieder zusammen. Wenige Stunden zuvor hatten die beiden Vizepräsidenten Abrahamovicz und Kramář eine Audienz beim Kaiser, der ihnen seine Zufriedenheit über ihre Ausdauer und die ruhige und feste Leitung der Geschäfte ausdrückte, was im Abgeordnetenhaus eine schnelle Verbreitung fand. Schönerer sah sich deswegen am 8. November zu einer Anfrage veranlaßt, „ob der Träger der Krone dazu benützt werde, um seiner Zustimmung für das parteiische, gesetz- und geschäftsordnungswidrige Verhalten der Herren Vizepräsidenten Ausdruck zu geben“, wobei ihm Abrahamovicz, fast erschrocken über diese Gratwanderung am Rande der Majestätsbeleidigung, das Wort entzog.¹⁵⁹⁴

In dieser weiteren Doppelsitzung, die bis zum 5. November um 10 Uhr vormittags dauern sollte, konnte die Obstruktion den Abschluß der Ersten Lesung des Ausgleichsprovisoriums und die Entscheidung der Rechten auf seine Zuweisung an den Budgetausschuß nach einer Flut von Berichtigungen nicht mehr verhindern. Während dieser für die Linke nun doch aussichtslosen Lage kam es wegen des weiteren Auftretens der Christlichsozialen gegen die Obstruktionsparteien zu Redeexzessen zwischen Lueger und Wolf, die noch ein fatales Nachspiel haben sollten. Der Christlichsoziale Hermann Bielohlawek (1861–1918) spielte zunächst die „antisemitische Karte“ wegen des Bündnisses der Alldeutschen mit den Liberalen: „Vor jedem Juden kann man heute den Hut abnehmen, aber vor dem Wolf nicht! Judenknecht! Zehn Jahre haben wir die Juden bekämpft, damit der Wolf den Juden wieder zur Macht verhilft! Wie viel kriegen sie dafür Herr Wolf?“ Karl Hermann Wolf begann nach einem Zwischenruf Luegers, „Befreien sie den Reichsrat von diesem Schandbuben!“, zu randalieren, worauf ihm Abrahamovicz mit den Worten „Herr Abgeordneter Wolf, glauben Sie, daß Sie allein das ganze Parlament zugrunde richten können?“ neuerlich einen Ordnungsruf erteilte. Die Christlichsozialen griffen nun eine Schublade tiefer, wobei die manchmal über der Promillegrenze liegenden Auftritte der Alldeutschen zur Sprache kamen, die sich aber nur scheinbar von jener der anderen Abgeordneten abgehoben haben dürfte. Gregorig nützte die günstige Gelegenheit, sich wegen eines im Eigentum Schönerers befindlichen Hauses in der Innenstadt, in dem ein „illustres Lokal“ untergebracht war, „reinzuwaschen“. „Die Partei der Ehrlosen hat zu schweigen!“, schrie Lueger in die aufgebrachte Menge. Bielohlawek, „Cognacbruder! Besoffener Kerl!“ und Gregorig, „Bordellvater, Sei ruhig“,

1593 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 11 vom 1. Juni 1896, S. 127.

1594 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 22. Sitzung vom 8. November 1897, S. 1263. Vgl. PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 28.

assistierten gegen Schönerer, der sich mit „Politische Hanswurst“ zur Wehr setzte. Abgeordneter Ritter von Troll fragte diesen: „Wie viel Glaserl Cognac haben Sie schon unten“, worauf „stürmische Heiterkeit“ ausbrach. Die mehrmaligen, im Protokoll vermerkten „Schmul Leb Kohn“ Rufe Bielohlaweks sollten Schönerer wiederum an den angeblichen jüdischen Großvater seiner Frau erinnern.¹⁵⁹⁵

Um wieder zu einer normalen politischen Gesprächsbasis zu kommen, wären zuerst einmal die durch die Politik entstandenen, schweren persönlichen Differenzen auszuräumen gewesen, was nach diesen gegenseitigen Attacken, die noch schärfer werden sollten, einfach ausgeschlossen war.

Auch im Budgetausschuß, an den das Ausgleichsprovisorium verwiesen worden war, ergab sich nun dasselbe Bild der Obstruktion: Von einem raschen Bericht konnte keine Rede sein, denn schon in seiner ersten Sitzung am 6. November protestierte die Linke, daß die Zuweisung gegen die Geschäftsordnung erfolgt sei. Die Beratungen und Beschlußfassungen seien daher auch nichtig. Als sich Finanzminister Biliński am 8. November aufgrund der Obstruktion im Ausschuß dazu hinreißen ließ, wegen der „Staatsnotwendigkeit“ vom § 14 zu schwärmen, war es trotz einer tags darauf erfolgten „Richtigstellung“ bereits zu spät: Mit dem Auszug der deutschen Mitglieder am 10. November wurde der Ausschuß beschlußunfähig.¹⁵⁹⁶ Der Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten, den Notverordnungsparagraphen überhaupt aufzuheben, der sich darauf gründete, die Regierung könne damit „mit einem Staatsstreik drohen“, war übrigens der erste diesbezügliche Antrag, den eine Partei seit 1867 gestellt hatte.¹⁵⁹⁷

Am 10. November 1897 drang plötzlich von draußen Lärm in den Sitzungssaal. Wegen der heftigen Ausfälle der Christlichsozialen gegen Schönerer und Wolf hatte die Wiener deutsche Studentenschaft, die bis zu diesem Datum einmal mehr bewiesen hatte, wie fern Böhmen für sie und vor allem Schönerer ein entschwundener Geist aus der Flasche war, beschlossen, ihre von vielen Seiten beachtete Zurückhaltung aufzugeben. Nach einem Zug von der Aula der Universität auf die Parlamentsrampe holten sie die beiden Alldeutschen aus einer „angeregten“ Sitzung. Dort war es in der Hauptsache darum gegangen, wer am 8. November nach einem Antrag Karl Türks die auf beiden Seiten gefallenen Ausdrücke „Gebirgstrottel“, „Zuchthäusler“ und „Ausräuchern einer Verdummungspartei“ während der Rededuelle mit Lueger verwendet hatte. Laut Stenographischem Protokoll soll Robert Pattai den Schönerianern angedroht haben: „Wir hauen, wenn sie nicht still sind; dann gibt es Ohrfeigen.“ Zu eruieren, von wem der Ausspruch stammte, „Eure Großmutter ist auf dem Misthaufen gezeugt worden“, fiel schon etwas schwerer, obwohl Schönerer unaufhörlich schrie: „Der Bielohlawek war's“.¹⁵⁹⁸

1595 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 21. Sitzung vom 4. November 1897, S. 1152f.

1596 KOLMER, GUSTAV, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 309.

1597 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 25. Sitzung vom 12. November 1897, S. 1479f.

1598 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 23. Sitzung vom 10. November 1897, S. 1348.

2000 farbentragende Studenten brachten vor dem Reichsrat Schönerer und Wolf mit der „Wacht am Rhein“ ein „Ständchen“ dar.¹⁵⁹⁹ Was als Aufmunterung für den „Helden der akademischen Jugend“, Karl Hermann Wolf, gedacht war, der als Prager Burschenschafter der deutschnationalen Studentenschaft besonders nahe stand, überraschte laut Semesterbericht der Burschenschaft Silesia die Polizei und die Öffentlichkeit vollständig.¹⁶⁰⁰ Zwei Hintergründe taten sich auf: Einerseits die offene Feindschaft gegen Lueger und die Christlichsozialen, was wenig später in Graz zu einer Eskalation führen sollte. Andererseits faßten die Studenten die Kundgebung zwar als allgemeine Äußerung des Dankes für die Linke des Abgeordnetenhauses auf, hoben dabei aber den seit seinem Duell prominenteren Wolf deutlich mehr hervor als Schönerer, der „begann, schon in den Hintergrund zu treten“, wie Paul Molisch vermerkte.¹⁶⁰¹ Die auf diese Weise vorgeführte Bereitschaft der Studenten, in der Staatskrise Partei zu ergreifen, ließ nun selbst für den größten Optimisten die Alarmglocken läuten, noch dazu, wo sich ihre Vorliebe, „auf die Straße zu gehen“, im nächsten März das fünfzigste Mal jährte. Die Regierung versuchte daher auch sofort, derartige Kundgebungen zu verhindern. Der Statthalter stellte in Aussicht, daß er bei einer Wiederholung des Vorfalls die Schließung der Universität beantragen werde.

Die Alarmglocken läuteten auch für Badeni schriller denn je: Den Antrag Funkes, ihn in den Anklagestand zu versetzen, konnte am 12. November nur mehr die hauchdünne Mehrheit von sechs Abgeordnetenstimmen¹⁶⁰² mit einem Antrag auf Übergang zur Tagesordnung abschmettern.¹⁶⁰³ Langsam schien sich auch der von einigen gemäßigten Linken benutzte Ostruktionsvorwand, mit einem Ministerpräsidenten nicht zu verhandeln, der sich gegen fünf Anklageanträge zur Wehr setzen mußte, zu einer moralischen Größe zu steigern. Sein Ersuchen an das hohe Haus, davon Abstand zu nehmen, war fast schon zu einer gewohnheitsmäßigen Formel geworden. Andererseits hätte ein zu früher Sturz Badenis zu einem noch katastrophaleren Ende des Parlamentarismus führen können.

Joseph Maria Baernreither vertraute seinem Tagebuch an, daß es nur auf einen politischen Zufall zurückzuführen gewesen wäre, daß die Majorität nicht schon bei dieser Abstimmung über eine Anklageerhebung Badenis gefallen war ... Er selbst hätte in wochenlanger Kleinarbeit den Klubobmann der „Katholischen Volkspartei“, Freiherr Dipauli und den Führer der Tiroler Gruppe, den Rechtsanwalt Max Kapferer, für einen Abfall von der Majorität bearbeitet. Neben einem Umschwung der öffentlichen Meinung wäre vor allem der Rücktritt Kathreins entscheidend gewesen, daß das „Tiroler Volksblatt“, das Organ Dipaulis, am 30. Oktober die Parole ausgab: „Los von den undankbaren Hussiten! Los von den unverläßlichen Polen! Los von dieser Re-

1599 Egerer Nachrichten, Nr. 90 vom 13. November 1897, S. 1.

1600 MOLISCH, Paul, Politische Geschichte der deutschen Hochschulen in Österreich von 1848 bis 1918, Wien und Leipzig 1939, S. 206.

1601 Ebd., S. 211.

1602 177 gegen 171 Stimmen

1603 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 25. Sitzung vom 12. November 1897, S. 1541.

gierung! Die Stellung an der Seite der Christlichsozialen bleibt das einzig Natürliche für eine katholisch-volkstümliche Partei!“ Baernreither versicherte, daß der schon im September mißlungene Versuch eines schnellen Seitenwechsels diesmal hätte gelingen können, wenn nicht der dazu bereite Klubobmann schwer erkrankt wäre. Der eigene Klub hätte sich aus Angst vor einer Spaltung der Volkspartei gebeugt. Mit dem zeitweiligen Ausfall Dipaulis wäre die ganze Arbeit zunichte gemacht worden.¹⁶⁰⁴ Der steirische Prälat Alois Karlon (1835–1902) hatte nun „freies Feld“, um mit der Regierung zu stimmen.

Die klerikalen Tiroler stimmten hingegen für die Anklage Badenis wegen der Sprachenverordnungen, vielleicht weil ihnen bei der fortschreitenden Vermehrung italienischer Beamter im deutschen Teil Südtirols mulmig geworden war.¹⁶⁰⁵ Die oberösterreichischen und steirischen Bauern, welche die sieben Stimmen Differenz leicht hätten wettmachen können, saßen inzwischen zur Erbitterung Baernreithers „beim Bier in der Restauration und lachten jeden höhnisch an, der sie erinnerte, daß drinnen für die deutsche Sache in Österreich abgestimmt werde“.¹⁶⁰⁶ Berthold Sutter schrieb von einer „damals begangenen Schuld“¹⁶⁰⁷, die schreckliche Nachwirkungen nach sich gezogen hätte. Die eigenen Parteifreunde, die noch immer stur an Badeni festhielten, wären Dipauli in den Rücken gefallen und hätten es damit vor allem den Schönerianern viel zu leicht gemacht.

Fragt man nach den Ursachen für diese Haltung, so ist dafür hauptsächlich das starre dogmatische Parteiensystem verantwortlich, das sich in nur 30 Jahren unter den Deutschösterreichern etabliert hatte: Was auf der einen Seite jüdische Politiker richtiggehend in die Arme der Sozialdemokratie trieb, weil sie bei den anderen Parteien bald keine Aufnahme mehr fanden, war umgekehrt bei den Konservativen der Fall, die einfach nicht mehr über ihren Schatten springen konnten. Der Hauptgrund dafür ist bei den Liberalen zu suchen, die meinten, Fortschritt und Deutschtum für sich gepachtet zu haben und einen klerikal gesinnten Parteigänger bereits als einen Attentäter auf den Liberalismus betrachteten. Mußte aber ein Klerikaler unbedingt auch ein Reaktionär sein, wie er von liberaler Seite ständig in dieses Eck gestellt wurde? Der in Deutschösterreich seit der Gegenreformation so komplizierte Umgang mit der Religion, den die anderen Nationalitäten nicht kannten – bei ihnen waren sehr wohl ein völkisches Bewußtsein mit einem religiösen Glaubensbekenntnis vereinbar – bietet eine Erklärung für eine in diesen Tagen entwickelte „Los von Rom“-Bewegung, die nicht allein auf Schönerers „Verdienste“ zurückzuführen ist. Als eine fast hysterische, antihabsburgische Reaktion wurde sie von einem Parteiensystem begünstigt, in dem Nationalismus und Religion einander von vornherein ausschlossen. Die dadurch geschaffene untrennbare Kluft verstand ein dankbarer Schönerer seinen Zwecken dienstbar zu machen. Aber auch die Tschechen taten sich nicht schwer, zwischen die Rechte und Linke

1604 BAERNREITHER, Joseph Maria, *Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen*, S. 23.

1605 KOLMER, Gustav, *Parlament und Verfassung in Österreich*, Bd. 6 (1895–1898), S. 311.

1606 BAERNREITHER, Joseph Maria, *Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen*, S. 24.

1607 SUTTER, Berthold, *Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897*, Bd. 2, S. 114.

einen Keil zu treiben, womit sie diese Kluft vergrößern konnten, um wiederum ihre Ziele zu erreichen – die eigentliche Krux der Badenischen Sprachenverordnungen.

Schönerer mußte diesen Zwiespalt mehr aus taktischen als aus politisch-ideologischen Gründen fördern. Nur so war es ihm möglich, mit fünf Parteirebellen einen Reichsrat zu terrorisieren und eine Linke vor sich herzutreiben, die fürchten musste, ihren Anhang an Schönerer zu verlieren, wenn sie nicht radikal genug auftrat. Hätte die Linke den Weg zu den Konservativen gefunden, hätte sie ihn andererseits jederzeit politisch vernichten können. Schönerer kämpfte während der ganzen Badeni-Krise nur gegen einen Feind, nämlich gegen Lueger und die Christlichsozialen. Nur sie verkörperten als einzige Partei, die in das oben genannte Schema nicht paßte, eine Trägerschicht, die nach oben und unten offen war. Allein dieses „Paradoxon“ des „sich nicht einordnen können und doch Erfolg haben“ machte auch Schönerer sichtlich hochgradig nervös.

In diesem Lichte, nämlich einer zunehmenden Polarität entgegenzuwirken und zumindest Teilen der Rechten einen Weg zurück zur Mitte zu bahnen, ist auch das Engagement des „Verfassungstreuen Großgrundbesitzes“ zu sehen, die „Katholische Volkspartei“ aus der Majorität herauszubekommen. Diese Bemühungen standen im Zeichen der Angst vor einem immer stärker werdenden Linksruck, von dem alleine die Alldeutschen profitiert hätten. Diese Angst teilte Joseph Maria Baernreither mit Karl von Grabmayr, der in seiner schon einmal zitierten Rede vom 15. April 1898 vor einem „Größenwahn“, vor einer „Politik des Krieges und des Zerfalls des Reiches“ warnte.¹⁶⁰⁸ Baernreither berichtete von einer Verbindung seiner Partei zu „höchsten Kreisen“, die über den Sektionschef im Ministerium des Äußeren, Baron Karl Wolfarth, lief, der Anfang November vom „Verfassungstreuen Großgrundbesitz“ einen Situationsbericht für die laufenden, an den Kaiser zu erstattenden Berichte haben wollte. Dieses von Graf Stürkgh am 17. November überreichte Exposé nannte Baernreither eine, falls sie Badeni in die Hände gefallen wäre, nicht ungefährliche Nachricht „von außen“, gleichsam einen Hilferuf an die höchste Stelle im Staat, auch weil man glaubte, daß der Ministerpräsident sowohl dort als auch im Außenministerium sein Vertrauen längst verspielt hatte¹⁶⁰⁹: „Auf normalem Wege, das heißt mit Einhaltung der Geschäftsordnung ist die Durchführung eines solchen Vorganges nicht möglich. Die Tumulte, die im Haus entstehen könnten, lassen sich nicht absehen ... Die Erregung unter der deutschen Bevölkerung sowohl in Böhmen als in den Alpenländern ist sehr groß. Die Abgeordneten folgen nur den Antrieben derselben ... Wenn die Situation fort dauert, kann die Bewegung in diesen Teilen des Reiches Formen annehmen, die eine spätere Aussöhnung fast unmöglich machen wird ... Die radikalnationale Partei (Anm. Schönerer, Wolf) hat in dem letzten halben Jahr in der Bevölkerung leider sukzessive an Boden gewonnen ... Heute stehen gerade Wolf viele Wahlbezirke offen. Je länger die Situation dauert, desto schwerer wird es werden, diese radikalnationale Partei zu isolie-

1608 GRABMAYR, Karl von, Politische Reden, S. 38f.

1609 BAERNREITHER, Joseph Maria, Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen, S. 26. Der Text der im Tagebuch nicht veröffentlichten Stelle, In: SUTTER, Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, Bd. 2, S. 115.

ren und die Fortschritte dieser Richtung aufzuhalten.“ Diese prophetischen Worte verhallten jedoch ohne das geringste Echo.

Erst am 12. November 1897 wählte die Rechte nach einem längeren Interregnum anstelle des zurückgetretenen Theodor Kathrein den bisherigen Vizepräsidenten David Ritter von Abrahamovicz mit nur 186 gültigen Stimmen zum Präsidenten des Reichsrats.¹⁶¹⁰ Auch dieses lange Zuwarten stellte für Baernreither ein untrügliches Zeichen für die Kopflosigkeit und für das Improvisationsgehabe von Regierung und Majorität dar und war sicher auch ein Zeichen mangelnden Demokratieverständnisses. In dieser sowieso schon äußerst gespannten Situation nach dem Rücktritt Kathreins einfach mit den Vizepräsidenten weiterarbeiten zu lassen, versetzte das Haus in eine physisch und psychisch schwierige Lage, die insgesamt der Obstruktion immer neue Nahrung gab.¹⁶¹¹

Die beiden Vizepräsidenten stellten nun der Jungtscheche Karel Kramář und Viktor von Fuchs von den Klerikalen. Letzterer war die eigentliche Ursache für das Interregnum, denn die Rechte konnte sich über ihn lange nicht einig werden. Die beiden konnten wegen der Obstruktion erst in der Sitzung vom 17. November mit 136 beziehungsweise am 22. November mit gar nur 116 Stimmen, daher mit dem Votum von nicht einmal einem Drittel der Abgeordneten, gewählt werden.¹⁶¹² Die Tiroler Klerikalen enthielten sich bei der Wahl von Fuchs schon der Stimme.¹⁶¹³ In den Sitzungen vom 17. bis zum 22. November kam die Obstruktion nicht zur Anwendung. Das Haus stellte in edler Eintracht alle Dringlichkeitsanträge zurück und verteilte Notstandsdarlehen an die Wähler.¹⁶¹⁴ Die Wünsche der durch Naturkatastrophen geschädigten Landbevölkerung sollten nicht der drohenden Staatskatastrophe zum Opfer fallen, denn das Ausgleichsprovisorium lag nach einigen Kunststücken im Budgetausschuß zur Zweiten Lesung fertig auf dem Tisch. Erst Brot, dann Spiele. Karl Maria Baernreither zog bereits am 17. November, während Stürgkh Sektionschef Wolfarth das gewünschte Exposé überreichte, ein persönliches Resümee vor den Ereignissen, die jetzt seiner Meinung nach nicht mehr aufzuhalten waren. Die Regierung hätte eine große nationale Bewegung, die nun ganz Böhmen in Aufregung versetzte, mit „läppischer Hand“ erregt und unterschätzt, dann, wie bei der Versammlung in Eger, gewaltsam zu erdrücken versucht und damit alle Möglichkeiten eines Waffenstillstandes vereitelt. Allein die Art, wie sie die Ausgleichskonferenz im August inszeniert hätte, habe sich als völlig verkehrt erwiesen und noch

1610 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 25. Sitzung vom 12. November 1897, S. 1481.

1611 BAERNREITHER, Joseph Maria, *Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen*, S. 28.

1612 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 26. und 28. Sitzung vom 17. und 22. November 1897, S. 1561 und 1710. Vgl. KOLMER, Gustav, *Parlament und Verfassung in Österreich*, Bd. 6 (1895–1898), S. 312.

1613 *Egerer Nachrichten*, Nr. 93 vom 24. November 1897, S. 3.

1614 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 26., 27. und 28. Sitzung vom 17., 19. und 22. November 1897, S. 1555–1795. Vgl. HÖBELT, Lothar, *Kornblume und Kaiseradler*, S. 186.

dazu beigetragen, den tschechischen Radikalismus zu schüren. Sie hätte daher insgesamt nur einen einzigen klaren Gedanken hervorgebracht – die Anwendung des § 14.

3.4 Die Reichsratssitzungen vom 24., 25. und 26. November 1897 am Rande der Revolution

Weil die Notstandsvorlagen in den vorangegangenen Sitzungen mit Mehrheitsbeschluß den Dringlichkeitsanträgen vorgezogen worden waren, glaubte Präsident Abrahamovicz allen Ernstes, mit der Zweiten Lesung des Ausgleichsprovisoriums ähnlich verfahren zu können. In der Nacht auf den 22. November erklärte er, statt der geplanten Eröffnung der Debatte wegen der vom Deutschböhmen Gustav Gross eingebrachten Ministeranklage gegen Badeni,¹⁶¹⁵ die Zweite Lesung auf der nächsten Sitzung als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.¹⁶¹⁶ Nach der namentlichen Abstimmung, mit der Abrahamovicz diesen Verstoß gegen die Geschäftsordnung mit 132 zu 79 Stimmen absegnen ließ¹⁶¹⁷, hatten die Abgeordneten zwei Tage Zeit, um sich im wahrsten Sinne des Wortes für die angesagte Revolution zu bewaffnen.

Die Sitzung vom 24. November begann „gewöhnheitsmäßig“ mit der Verlesung von 56 gleichlautenden Petitionen, als plötzlich der Jungtscheche Emanuel Dyk beantragte, nur eine Petition zu verlesen, da hierdurch auch die übrigen erledigt seien.¹⁶¹⁸ Abrahamovicz, der möglichst schnell zur Zweiten Lesung schreiten wollte, erklärte diesen geschäftsordnungswidrigen Antrag für angenommen und ließ darüber keine Debatte zu. Nun sprangen die Abgeordneten von ihren Sitzen auf und brachten vor der Präsidententribüne ihre „pro und contra“ vor ... Wolf schrie: „Schmeißt ihn herunter! Ein Lakai des Grafen Badeni! Er ist eine Schande des Parlaments“. Als sich die Rechte schützend vor die Tribüne stellte, begann eine Massenschlägerei. Zum Instrument der Begierde wurde nun die Präsidentenglocke, mit der Abrahamovicz den Übergang zur Tagesordnung „einläuten“ wollte. Schönerer entriß sie dem Präsidenten. Daraufhin „sausten“ auf dem Schreibtisch, auf den Stufen und im Saal „die Fäuste der Tschechen und Polen auf die Köpfe der Deutschen nieder“. Nach einem Gerangel stellte der polnische Bauer Jan Potoczek die Glocke wieder auf den Tisch, nachdem er zuvor Wolf an der Kehle gepackt und ihm den Rock zerrissen hatte.¹⁶¹⁹

Es trug sich nun folgende Szene zu: Während Alldeutsche, Sozialdemokraten und Christlich-soziale, die sich spontan in eine gemeinsame Phalanx eingereiht hatten, einen Sturmangriff auf

1615 Bei dieser Ministeranklage ging es einmal nicht um die Sprachenverordnungen, sondern um eine Notverordnung gemäß § 14 vom 14. August 1897, mit der Badeni wegen der Schließung des Reichsrats das Zuckersteuergesetz verlängert hatte.

1616 Wiener Zeitung, Nr. 325 vom 26. November 1937, S. 5.

1617 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 28. Sitzung vom 27. November 1897, S. 1795.

1618 Ebd., S. 1804.

1619 Ebd., S. 1808f.

Nr. 11: Obstruktion im Reichsrat 1897

Die Rauffscenen im Abgeordnetenhaus.



Unter Abgeordnetenhand bildet sich nach und nach in einer Specialität heraus, die in den parlamentarischen Kämpfschulen vergebend Überlegenheit sucht. Einzelne Szenen, wie sie bei uns auf der Tagesordnung sind, mögen hier und da auch in anderen Volkstammern vorgekommen sein, aber daß der Tumult zum täglichen Freizeit wird, daß sich die Beratungen endlich in Rauffscenen verwandeln, wie man sie nur noch einem Reichstag im Dorfwohldorfer Radel, ist noch in keinem

Parlamente dagewesen. Wer immer die Ursache dieser Erscheinung sein mag, ob eine Partei oder einzelne Personen, es ist jedenfalls auf das Tiefste zu beklagen, daß in einer Versammlung von Männern, welche den Stolz des Reiches bilden sollen, in einer Vereinigung von Gesetzgebern ein solcher Ton einreichen konnte. Wir haben die Situation vom politischen Gesichtspunkte wiederholt und mit gebührender Objectivität beleuchtet. Heute bringen wir einige Szenen

aus dem beschämendsten Tag in der Chronik des hohen Hauses. Sie ergänzen den ausführlichen Bericht in unserem Donnerstagsblatt und bedürften keines besonderen Commentars. Die Abgeordneten Šuklje und Potolček, letzterer ein polnischer Deputirter, der ganz besonders hervorragend bei diesen Szenen mitgewirkt haben soll, sind nach Photographien gezeichnet, die leider älteren Datums sind.

Abbildung 22: So sah der Zeichner des „Illustrierten Wiener Extrablattes“ die „Rauffscenen im Abgeordnetenhaus“ vom 26. November 1897. Schönerer, der auf dem Titelbild der Zeichnung zweimal zu erkennen ist, brauchte anscheinend den Lesern nicht mehr vorgestellt zu werden.

die Präsidententribüne durchführten, zog im hinteren Teil des Saales der Prager Universitätsprofessor Emil Pfersche ein Springmesser und drohte den ihn hart bedrängenden Tschechen, „den Bauch aufzuschlitzen“. Das Messer, das ihm jemand in letzter Sekunde aus der Hand schlagen konnte, flog durch den Saal und verletzte Gessmann an der Hand. Abrahamovicz, der den Saaldienern angeordnet hatte, Wolf und Kittel von der Tribüne zu entfernen, flüchtete durch eine Hintertüre und unterbrach die Sitzung, was glaubhaft von niemandem wahrgenommen wurde. Der 55jährige Schönerer, der sich zur Ministerbank vorgekämpft hatte, bemächtigte sich eines schweren Fauteuils und konnte nur im letzten Moment daran gehindert werden, ihn auf eine Gruppe vor ihm Raufender zu werfen, während er von der Präsidententribüne mit einem Glas Wasser übergossen wurde. Wolf schrie: „Nächstes Mal komme ich mit einem Revolver“. Als der Präsident nach 25 Minuten wieder mit einer neuen Glocke erschien, da Schönerer die alte „entweiht“ hatte, entriß sie ihm diesmal Wolf und verlangte frech nach einer dritten. Nach einem Sturm persönlicher Beleidigungen schloß Abrahamovicz „angesichts der Gewalttaten“ um 3 Uhr nachmittags die Sitzung, ohne zur Tagesordnung gelangt zu sein.¹⁶²⁰

Gleich im Anschluß an diese Sitzung trat das Exekutivkomitee der Rechten zusammen. Auch Badeni und die Minister Gleispach, Biliński und Rittner nahmen an dieser spontanen Konferenz teil. Man ließ auch noch den späteren Justizminister, Sektionschef Ignaz von Ruber, aus dem Justizministerium holen. Wie es die jetzt Versammelten schon früher erwogen hatte, sollte eine strafgerichtliche Verfolgung eingeleitet werden, um auf diesem Weg die Obstruktion zu brechen. Abrahamovicz hatte am Schluß der Sitzung mehrere Abgeordnete eingeladen, in seinem Büro zu erscheinen, um ihm „die Abgeordneten namhaft machen zu können“, die sich an den Exzessen beteiligt hätten.

Während nun diese Protokolle aufgenommen wurden und die Linke zur selben Zeit eine Klage gegen den Abgeordneten Potoczek wegen Körperverletzung vorbereitete, klärte Ruber die Möglichkeiten ab, nach § 76 des Strafgesetzes einschreiten zu können. Nach diesem Paragraphen war der Tatbestand der „öffentlichen Gewalttätigkeit“ verwirklicht, wenn jemand eine von der Regierung zur Verhandlung öffentlicher Angelegenheiten einberufene Versammlung gewalttätig störte oder hinderte.¹⁶²¹ Die Regierung erteilte damit einer später völlig erstaunten Öffentlichkeit eine weitere Lektion in Sachen Parlamentarismus, wofür die Bezeichnung des Reichsrats als „eine von ihr einberufene Versammlung“ spricht. Vordergründig stand jedoch der Anwendung des § 76 StGB das Immunitätsrecht der Abgeordneten im Wege, welches nun zu einer Zeitfrage wurde, denn das magische Datum des 4. Dezember, mit dem sich Badeni den Ungarn gegenüber zur Vorlage des Provisoriums verpflichtet hatte, um ihnen die nötige Zeit für ihre Zustimmung zu geben, rückte unaufhaltsam näher. Was dem Ministerpräsidenten in letzter Konsequenz außer seinem Rücktritt blieb, war eine gewaltsame Änderung der Geschäftsordnung mit dem Zusatz, daß dreimal verwarnte Abgeordnete wegen Störung der Sitzung mit Hilfe der gewöhnlichen Polizei aus

¹⁶²⁰ Ebd., S. 1810.

¹⁶²¹ KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 316.

dem Saal hätten entfernt werden können. Diese Eigenmächtigkeit „roch“ doch allzu sehr nach einer eigenwilligen, völlig haltlosen Interpretation des § 76.

Wieder war jedoch auch auf dieser Notsitzung nichts Näheres vorgesehen. Es gab keinen gemeinsamen Schlachtplan. Badeni mußte seine Vorschläge gegen den schwersten Widerstand innerhalb der Majorität, hauptsächlich gegen den der Jungtschechen durchsetzen, die bei einer Beschränkung der Rechte von Abgeordneten fürchteten, daß ähnliche Mittel auch einmal gegen sie angewendet werden könnten. Zur Brechung der rohen Gewalt im Haus, sein vordergründig genanntes Motiv für diese „Notwehrmaßnahmen“, genügte Badeni aber die Parlamentswache nicht mehr. Vizepräsident Kramář bekannte später, „daß man niemals einem Staatsstreich näher gestanden war als damals“. Er nahm die Schuld für die kommenden Szenen gegenüber seinem geradezu ängstlichen Klubchef Engel auf sich, da er geglaubt hatte, Badeni, der dabei mit der Zustimmung des Präsidenten hätte rechnen können, würde „usque ad finem“ gehen, was nach Kramářs Auslegung nichts anderes als den Oktroy einer neuen Verfassung mit der Anerkennung des böhmischen Staatsrechts bedeutet hätte.¹⁶²² Beiläufig sei bemerkt, wie sehr sich Kramář selbst schon im rechtsfreien Raum wähnte.

In der Nacht und in den frühen Morgenstunden des 25. November wurde im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses gehämmert und gehobelt, wo Stunden später wieder die Holzspäne fliegen sollten. Alles machte den Eindruck, als bereite man sich auf eine tobende Schulkasse vor. Handwerker riegelten die Präsidentenestrade und die darunter liegende Referententribüne mit schweren Holzbarrieren ab.¹⁶²³ Diese Arbeiten waren aber nicht der einzige Grund für die Verzögerung der Sitzung, die erst um 13 Uhr 45 beginnen sollte. Schon die Morgenzeitungen brachten Andeutungen von einem Entschluß der Regierung und der Majorität, mittels einer „ganz radikalen Maßnahme“ die Macht der Minorität zu brechen. Gerüchte schwirrten durch das Haus, es werde ein nicht näher bekannter Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung eingebracht werden. Auch der Hof hätte aus größerer Furcht vor einer lockeren Personalunion mit Ungarn als vor einer fortgesetzten Obstruktion grünes Licht für diese Aktion gegeben.¹⁶²⁴ Hinter verschlossenen Türen tagte seit den Morgenstunden das Exekutivkomitee, um vor allem einen Antragsteller für den Bruch der Geschäftsordnung ausfindig zu machen. Die Wahl fiel einmal mehr auf einen Deutschklerikalen, auf den ehemaligen Ackerbauminister unter Graf Taaffe, Julius Graf Falkenhayn (1829–1899), der dem kleinen katholischen „Zentrum“ angehörte – der „Mumiengruppe“, wie Pichl verächtlich bemerkte.¹⁶²⁵ Trotzdem äußerte ein Teil der Rechten schwere Bedenken wegen des „offenen Rechtsbruches“. Wenn auch die nachträglichen „Berichtigungen“ der Teilnehmer der Geheimkonferenz aufgrund ihrer Kenntnis des Ausgangs der Ereignisse sehr facettenreich und geschönt erscheinen – vom „guten Glauben“, dem „Sträuben der Deutschtiroler“ bis zu „Not-

1622 SUTTER, Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, Bd. 2, S. 119.

1623 Wiener Zeitung, Nr. 325 vom 26. November 1937, S. 6.

1624 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 317.

1625 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 31.

lage“ reicht die Palette – sodaß eigentlich nur mehr die Alleinschuld Badenis und der zwei slawischen Präsidenten übrig blieb, so unterzeichneten doch nur 62 Abgeordnete den Antrag.¹⁶²⁶ Monatelang führten nun die alldeutschen Zeitungen die Namen der Unterzeichner dieses „Schandmals“ an, wobei vor allem die Abgeordneten der „Katholischen Volkspartei“ Alfred Ebenhoch, Prälat Alois Karlon und der oberösterreichische Dechant Georg Schachinger das Ziel heftigster Diffamierungen wurden.

Dem später unter dem Namen „Lex Falkenhayn“ berühmt-berüchtigt gewordenen Antrag, den der tschechische Jude Adolf Stránský verfaßt hatte, verdanken auch die Aufzeichnungen des Kabinettsdirektors und parlamentarischen Beraters des Ministerpräsidenten, Heinrich Ritter von Halban, ihre Entstehung. Er wollte sie vor seinem Tod als eine Art „Verteidigungsschrift“ aufgrund der heftigen, gegen ihn gerichteten antisemitischen Ausfälle der Christlichsozialen herausbringen. Allein wegen seiner jüdischen Herkunft verdächtigten ihn diese der Urheberchaft des Gesetzesbruchs, den er Badeni „eingeflüstert“ hätte.¹⁶²⁷ Halban beteuerte, erst am Donnerstag, den 25. November 1897, zuerst um 9 Uhr früh von Abrahamovicz, deren Gespräch aber gestört worden wäre und dann gegen 11 Uhr von Badeni selbst mit einer ersten Mitteilung in den Plan eingeweiht worden zu sein: „(Mich) ergriff böse Ahnung. Während ich mit ihm sprach, war ich fortwährend in den Anblick des Himmels versunken, als wollte ich mir genau die Atmosphäre und die Stimmung der Natur einprägen zum ewigen Gedächtnisse an den Tag, den ich als einen Unglückstag erfaßte. Der Himmel war tatsächlich grau gehüllt entsprechend dem schwarzen Tage, der in Österreichs Geschichte eine so traurige Rolle zu spielen berufen war“.

Halban hätte Badeni eindringlichst vor diesem Schritt gewarnt, interessanterweise „nicht wegen der Ungesetzlichkeit der Maßregel“, denn auch in den „Musterländern“ England, Frankreich und auch in Ungarn hätte man in „minder kritischen Fällen zum Staatsstreich gegriffen“, sondern weil die Lex Falkenhayn eine „Totgeburt“ gewesen wäre, wie er Badeni zu erklären versucht hätte, da es „leichter (ist), in Wien aus dem Parlament Tschechen herausführen zu lassen, etwa wie in Prag Deutsche, ... man könne nicht in Wien 150 Deutsche ausschließen, ... komme es einmal zum Ausschließen, so würden alle Abgeordnete deutscher Nationalität sich ausschließen lassen müssen, man werde mit Wolf beginnen und etwa Mauthner werde der Letzte sein, den man werde hinausführen müssen“.¹⁶²⁸ Sehr treffsicher ist die dabei von Halban angeführte „Skala der Radikalität“, die bis zum gemäßigten aller Deutschen, Max Freiherr von Mauthner, reichte. Badeni schien aufgrund der realistischen Sicht der Dinge für einen kurzen Moment bereit zu sein, einzulenken, denn Halban schlug ihm, „nicht um eine Beilegung der Obstruktion, ... sondern um einen Waffenstillstand der Fäuste und der schrillen musikalischen Konzerte“ zu erreichen, eine Obmännerkonferenz sämtlicher Klubs vor, der er zustimmte.

1626 KOLMER, Gustav, *Parlament und Verfassung in Österreich*, Bd. 6 (1895–1898), S. 317.

1627 WANDRUSZKA, Adam, *Die Krisen des Parlamentarismus 1897 und 1933*, S. 68.

1628 Zitiert In: WANDRUSZKA, Adam, *Die Krisen des Parlamentarismus 1897 und 1933*, S. 69.

Auch Präsident Abrahamovicz dürfte sich an diesen letzten Rettungsanker geklammert haben. Doch als er die Sitzung um genau 13 Uhr 25 eröffnete¹⁶²⁹, um, wie er glaubhaft versicherte, diesen Vorschlag zu unterbreiten, kam er nicht zu Wort und unterbrach sie nach nur fünf Minuten „angesichts dieses Lärmes im hohen Hause“ bis 15 Uhr.¹⁶³⁰ Die verbalen Attacken richteten sich nun ganz massiv gegen ihn. Die Vorfälle vom Vortag und die Gerüchte hatten das Klima zusätzlich aufgeheizt: Wolf, der Abrahamovicz mit „polnischer Gauner“ und Schönerer, der ihn mit „die personifizierte Peinlichkeit“ begrüßte hatten, wechselten einander mit immer neueren, wüsteren Beschimpfungen ab. Wolf schrie zwischen dem Lärm der Trommeln und Pfeifen der Kindertrompeten und zwischen den Heil- und Pfuirufen unentwegt dazwischen: „Hinaus mit dem Polaken! Einen anderen Präsidenten, nicht diesen Gauner. In diesem Staat gibt es kein Recht mehr. Das hat Badeni mit Füßen getreten“.¹⁶³¹

Sichtlich gedemütigt und emotionell erregt erklärte Abrahamovicz dem Ministerpräsidenten während einer kurzen Unterredung, auch eine Obmännerkonferenz wäre „nach einem solchen Empfang und nach solchen widerwärtigen Szenen“ nur ein Schlag ins Wasser, es gebe keine Wahl, keinen Rückzug mehr.¹⁶³² Die Konferenz, die vielleicht noch etwas hätte retten können, platzte so aus Emotion und eigentlich nichtigen Ursachen. Badeni gab das Startzeichen. Baernreither vermerkte dazu: „Die innerste, gewalttätige Natur Badenis kam zum Vorschein. Aber auch seine naive Urteilslosigkeit. Wie ein angeschossener Bär tappte er herum und sah den Abgrund nicht, dem er immer näher kam“.¹⁶³³

40 Jahre später schilderte ein damals junger Journalist, der das Geschehen als Augenzeuge von der Galerie aus beobachtet hatte, wie nach Wiedereröffnung der Sitzung um 15 Uhr Graf Falkenhayn auf seine Meldung vom Präsidenten das Wort erteilt bekam und unter dem Geschrei der Opposition einem Stenographen etwas diktierte, während Abrahamovicz ebenfalls zwei Stenographen zu sich bat.¹⁶³⁴ Kein Wort der anschließenden Rede des Grafen Falkenhayn wäre zu vernehmen gewesen, denn Karl Hermann Wolf piffte während des nun folgenden Antrages auf einer sogenannte Marinepfeife und unterbrach fortwährend mit den Worten „Galgen aufrichten!“: „Die Szenen, welche sich gestern in diesem hohen Hause zutrug, legen der Majorität des Hauses die Pflicht auf dafür zu sorgen, daß sich solche Schmach nicht wiederhole; dazu ist unbedingt notwendig, daß die Geschäftsordnung, welche zu einer Zeit verfaßt wurde, wo ganz andere Verhältnisse hier herrschten, ... geändert werde. Nachdem aber die Verfassung einer neuen Geschäftsordnung immerhin eine längere Zeit in Anspruch nehmen muß, so hat die Majorität auch dafür zu sorgen, daß sofort ... dem Präsidium die Möglichkeit gegeben ist, ... die Ordnung zu wahren

1629 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 29. Sitzung vom 24. November 1897, S. 1797.

1630 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 31.

1631 Egerer Nachrichten, Nr. 94 vom 27. November 1897, S. 2.

1632 WANDRUSZKA, Adam, Die Krisen des Parlamentarismus 1897 und 1933, S. 70.

1633 BAERNREITHER, Joseph Maria, Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen, S. 28.

1634 Wiener Zeitung, Nr. 325 vom 26. November 1937, S. 6.

... Der Antrag lautet: Das hohe Haus wolle beschließen und zwar ohne Debatte (!): Bis zur Einführung einer neuen Geschäftsordnung treten folgende Bestimmungen sofort nach ihrer Annahme ... provisorisch in Kraft: A. Würde ein Abgeordneter trotz erhaltener zwei Ordnungsrufe fortfahren, in seiner Rede, in seinen Zurufen oder in seinem Benehmen den parlamentarischen Anstand ... gröblich zu verletzen oder die Verhandlung durch Tumult oder sonstige Gewalttätigkeiten zu behindern, so steht dem Präsidenten das Recht zu, den Abgeordneten höchstens für drei Sitzungen, dem Hause aber steht das Recht zu, auf Antrag des Präsidenten den betreffenden Abgeordneten für die Dauer von höchstens dreißig Tagen aus dem Haus auszuschließen ... Sollte der Abgeordnete dieser Ausschließung nicht freiwillig Folge leisten, so ist der Präsident berechtigt, denselben durch die von der Regierung beizustellenden Exekutivorgane aus dem Haus entfernen zu lassen ... Während der Dauer der Ausschließung darf der Ausgeschlossene die Räume des Parlamentsgebäudes nicht betreten. B. Die Regierung wird aufgefordert, dem Präsidium des Hauses die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Exekutivorgane zur Verfügung zu stellen. C. Insofern diese Bestimmungen nicht im Einklang stehen mit den Bestimmungen der bestehenden Geschäftsordnung, werden letztere für die Dauer des Provisoriums aufgehoben.¹⁶³⁵ Die Tatbestände des Ausschlusses waren an sich schon traurige, an der Wirklichkeit gemessene Beispiele.

Die Rechte faßte die „Lex Falkenhayn“ als ein reines Provisorium auf. Diese „Korrektur“ basierte schließlich auf einem, schon am 28. Mai 1897 eingebrachten Initiativantrag, der auf Appollinar Ritter von Jaworski zurückging, einen 36gliedrigen Ausschuß zur Prüfung der Geschäftsordnung zu wählen.¹⁶³⁶ Trotzdem war die Rechtswidrigkeit auch für einen juristischen Laien mit einem Schlage offenkundig, es bedurfte daher gar keiner nachträglichen Interpretationen: § 42 der Geschäftsordnung schloß wegen seiner Schutzfunktion vor überhasteten Änderungen jede Abkürzung der Geschäftsbehandlung aus. Er sah hierfür einen selbständig einzubringenden Antrag vor, der als Tagesordnungspunkt einer besonderen Verhandlung bedurft hätte.

Die zusätzlich ungeschickte und trotzig Formulierung des Antrages, diesen „Beschluß ohne Debatte“ zu fällen, verbreitete sich daher auch im ärgsten Wirbel wie ein Lauffeuer und wurde mit dem „Züchten einer Revolution“ bezeichnet. Auf ein Zeichen des Vizepräsidenten Kramář erhob sich applaudierend die Rechte, worauf Abrahamovicz den Stenographen zurief, der Antrag sei angenommen. Damit hatte er wiederum rechtswidrig jeden weiteren Antrag zur Beratung oder Abstimmung unterbunden. Später rechtfertigte er diesen Schritt mit der Begründung, daß von vornherein „kaum“ angenommen werden konnte, „daß eine Debatte im Haus durchführbar war“. Das Parlament war jedoch „Glaubensfragen“ nur wenig zugänglich. Abrahamovicz betrachtete

1635 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 30. Sitzung vom 25. November 1897, S. 1813. Vgl. KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 318.

1636 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 18. Sitzung vom 28. Mai 1897, S. 1039.

außerdem die „Lex Falkenhayn“ als eine „Notwehr gegen die Vernichtung des Parlamentarismus, als eine Notwehr gegen die Revolution im Parlament“.¹⁶³⁷ Zuletzt kam noch die Überzeugung der Regierung hinzu, gewählte Volksvertreter mit Polizeigewalt in Schach halten zu können – mittels der Exekutive also die Legislative –, womit jegliches Immunitätsrecht und darüber hinaus der Verfassungsgrundsatz der Gewaltenteilung über Bord geworfen wurden. Was an sich logisch war, daß nämlich eine Regierung die Exekutivorgane zur Verfügung zu stellen hatte – wer sonst sollte dies in einem „Rechtsstaat“ auch tun –, bekam die Optik eines zweimalig formulierten Einschüchterungsversuchs gegenüber der Obstruktion und rückte damit auch eine eng mit der Regierung verknüpfte Majorität und des ihr angehörenden Präsidenten in den Geruch der Kollaboration. Der „verfassungstreue“ Karl von Grabmayr sparte deshalb auch nicht mit harten Worten, als er Badeni am 20. April 1898 im Abgeordnetenhaus bei der Begründung seiner Anklage gegen den zurückgetretenen Ministerpräsidenten des „Staatsverbrechens“ und des „versuchten Attentats gegen die Verfassung“ bezichtigte, weil er die Staatsgewalt vorsätzlich zur Durchführung eines Beschlusses zur Verfügung gestellt hatte, über dessen absolute Nichtigkeit vor allen anderen er am wenigstens im Unklaren gewesen sein mußte. Mit diesem „Zerrbild eines Staatsstreichs“ hätte er nicht nur das konstitutionelle Grundprinzip „immune Volksvertreter, verantwortliche Minister“ ins Gegenteil verkehrt, mit den Unruhen, die er provoziert hatte, hätte er das „Verbrechen des Hochverrats am Reiche“ begangen.¹⁶³⁸

Bei einer scharfen Beurteilung der „Lex Falkenhayn“ sollte es aber nicht allein um eine juristische, sondern auch um eine historische Sichtweise gehen, die gerade an diesem Punkt wichtiger erscheint, nämlich um einen Eindruck zu vermitteln, warum sich zwei Tage später Tausende Menschen verschiedenster Couleurs auf der Straße wiederfanden, um gegen diese Regierung zu demonstrieren. Wollten sie lieber eine Regierung als ein ganzes System stürzen sehen? In der Stimmung und Empfindung der Bevölkerung von damals waren die Vorgänge das „Zerrbild eines Staatsstreichs“. Auch die Regierung hatte sich mit der „Lex Falkenhayn“, wie die Obstruktion zuvor, auf Notwehr berufen. Es stand nun Aussage gegen Aussage. Nur hatte eine Regierung einer Weltmacht gegenüber den Parteien, über denen zu stehen sie ja vorgegeben hatte, einen vergleichsweise schweren Stand. Denn ein Staat, den sie schließlich verkörperte, konnte sich einfach nicht in Notwehr gegenüber seinen parlamentarischen Vertretern befinden, auch wenn ein Teil von diesen noch so versuchte, den Reichsrat als demokratische Einrichtung lahmzulegen. Aus staatlicher Notwehr entsteht der Staatsstreich, der 1897 zu befürchten war. Der Sieger in dieser Auseinandersetzung hieß eigentlich immer wieder Schönerer, denn er konnte mit zwei Angstszenarien zugleich punkten. Versucht man die Sprachenverordnungen und den Ausgleich mit Ungarn voneinander zu trennen, so wird umso deutlicher, wie es ihm gelingen konnte, zwei bis dahin unabhängige Problembereiche zu einem einzigen Schwerpunkt zu verdichten, um daraus eine schwere Staatskrise zu machen: Nämlich eine durch die schwindende deutsch-zentralistische li-

1637 SUTTER, Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, Bd. 2, S. 120.

1638 GRABMAYR, Karl von, Politische Reden, S. 44.

berale Politik aufkeimende Angst vor einer Slawisierung Österreichs, verkörpert durch die Sprachenverordnungen, die nur durch den verlorenen Rückhalt zum Deutschen Reich erlassen worden wären, und andererseits die damit verbundene Angst, die Errungenschaften des Jahres 1848, die 1867 gesiegt hätten, durch einen föderalistischen „böhmischen Staatsstreich“, den sich Badeni wegen eines Ausgleichs mit den Ungarn erkaufte hätte, zu verlieren. Keine andere Partei konnte so „frei“ agieren. Das Entscheidende war dabei, daß die Schönerianer das Gefühl vermitteln konnten, mit ihrer „Notwehr“ im Recht zu sein und mit der Obstruktion rechtmäßig zu handeln. Mit anderen Worten bedeutete das, daß auch eine von ihnen provozierte, nachhaltige Schädigung des Parlamentarismus mit dieser „Rechtmäßigkeit“ von einem Teil der Bevölkerung in Kauf genommen werden konnte und auch in Kauf genommen wurde.

Was Schönerer verdichten konnte, zerriß wiederum die Regierung und die Majorität: Auf der einen Seite standen die verfassungstreuen, in „ihrer“ Reichshälfte zentralistischen Magyaren, auch das ein Resultat des Jahres 1848, auf der anderen Seite die zu kurz gekommenen Tschechen, die unter der Allianz des linksradikal jungtschechischen Postulats des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ mit dem böhmischen „staatsrechtlichen“ Feudaladel dasselbe verstanden, nämlich die Forderung nach einer grundlegenden Verfassungsänderung. Genau dafür trat Kramář als die eigentliche, treibende Kraft ein, denn für einen „absolutistischen“ § 14 hätten die Jungtschechen nie gestimmt, wohl aber für das freudige Ereignis, die Dezemberverfassung zu vernichten. Schönerer konnte nur die Reste der Liberalen bei der Stange halten, solange diese Gefahr bestand.

Nach der Abstimmung über die „Lex Falkenhayn“ mußte das Präsidium erneut über eine Hintertüre fliehen. Der dritte Präsident Viktor von Fuchs hatte sich vorsorglich schon früher krank gemeldet. Während der nun folgenden Keilerei erschien Abrahamovicz noch einmal kurz, um die Sitzung zu beenden.¹⁶³⁹ Karl von Grabmayr fragte am 20. April 1898 zu Recht, ob die Änderung der Geschäftsordnung nicht mit noch einem anderen Makel der Nichtigkeit behaftet gewesen war, denn ein sonst übliches Abstimmen durch Aufstehen oder Sitzenbleiben der Abgeordneten wäre gar nicht möglich gewesen, weil das ganze Haus stand und durch den abrupten Schluß der Sitzung an eine Verifizierung der Protokolle und damit auch die des Abstimmungsvorgangs nicht mehr zu denken war.¹⁶⁴⁰ Sofort bereiteten die Klubobmänner der Obstruktionsparteien Proteste gegen die „Lex Falkenhayn“ vor und hielten nächtliche Konferenzen ab, während Gerüchte durch den Blätterwald rauschten, die gemäßigten Deutschen würden den Reichsrat verlassen und ein Rumpfparlament entscheiden lassen.¹⁶⁴¹

Eine gewisse Sprachlosigkeit steckt in den Worten Joseph Maria Baernreithers über die „naive Urteilslosigkeit“ des Ministerpräsidenten: An jenem „schwarzen Freitag“, dem 26. November 1897, ließ er in der Früh den Kanzleidirektor des Herrenhauses, August von Jauner, rufen, um ihm die Frage vorzulegen, „ob, wenn das Abgeordnetenhaus am nächsten Tage das Ausgleichsproviso-

1639 KOLMER, Gustav, *Parlament und Verfassung in Österreich*, Bd. 6 (1895–1898), S. 319.

1640 GRABMAYR, Karl von, *Politische Reden*, S. 44.

1641 Egerer Nachrichten, Nr. 94 vom 27. November 1897, S. 2.

rium votiert haben würde, das Herrenhaus in der Lage wäre, dasselbe sofort in der folgenden Woche ebenfalls zu erledigen. Auf die doch fassungslosen Einwände Jauners, er zweifle, ob das Abgeordnetenhaus diese Arbeit in vierundzwanzig Stunden leisten werde, reagierte Badeni äußerst brüsk, er glaubte, nach der Entfernung einiger Störenfriede, das Provisorium übers Knie brechen zu können¹⁶⁴². Auch der Kaiser dürfte voller Zuversicht gewesen sein, der „Badeni wird das schon machen“, denn seelenruhig war er am Donnerstag zu seiner Tochter nach Wallsee gefahren. Seit dem frühen Morgen besetzten inzwischen bewaffnete Sicherheitswachebeamte den Haupteingang des Parlamentsgebäudes und die Höfe. Mit ihren charakteristischen Pickelhauben und den metallenen Ringkrägen repräsentierten sie im Gegensatz zum Ordnungsdienst des Reichsrats die Staatsmacht. Das Haus selbst war schnell bis zum Bersten gefüllt. Die Galerikarten wurden zu Schwarzmarktpreisen gehandelt, vergleichbar mit heutigen Sport-Großveranstaltungen. Wer nichts zu sehen bekam, versammelte sich „zum Schau'n“ auf der Straße ... Von der Belaria bis zur Universität drängte sich, eigentlich wie in den Tagen zuvor, eine dichte Menschenmenge, während in den Kasernen das Militär in Bereitschaft gehalten wurde, falls eine offene Revolte ausbrechen sollte.¹⁶⁴³ Auf den Korridoren des Reichsrats inspizierte der Ministerpräsident in seiner Funktion als Innenminister die Wachmannschaften. Die Spannung stieg.

Was viele bisher „verharmlosten“ ist die Tatsache, daß schon 1897 ein Streit um das Jahr 1848 entbrannt war, denn beide, sowohl die Sozialdemokraten als auch die Schönerianer spielten im Angesicht des Staatsstreiches die Karte des „Geistes des Jahres 1848“ und bemerkten dabei, wie sehr sie einander nahekamen. Schönerer sah sich sogar plötzlich mit der Gefahr konfrontiert, links überholt zu werden. Halban bemerkte dazu: „Und während die Opposition sich für die Abgabe flammender Proteste, die dann gar nicht mehr vorgebracht werden konnten, rüstete, hatte die sozialdemokratische Fraktion am Abend des Tages sich zu einem Handstreich entschlossen. Als revolutionäre Partei mochte sie sich gesagt haben, für sie sei die Stunde gekommen, eine ungesetzliche Maßregel mit nackter Gewalt zu parieren ... Das Geheimnis ist so gut gewahrt worden, daß man außerhalb der sozialdemokratischen Gruppe und des engsten Kreises ihrer Vertrauten bis zur Ausführung der Tat auch nicht die geringste Ahnung hatte, was bevorstand.“¹⁶⁴⁴

Die Eröffnung der 31. Sitzung um 11 Uhr 20 durch Präsident Abrahamovicz¹⁶⁴⁵, der mit einem Hagel wüstester Beschimpfungen empfangen wurde, begann mit einer „akrobatischen Turnübung“, nämlich mit der Ausführung dieses „Geheimplanes“ der Sozialdemokraten. Die Abgeordneten Ernst Berner und Johann Resel machten den Anfang, die übrigen Klubkollegen, die tschechischen mit eingeschlossen, folgten: „Sofort, viel schneller als es geschildert, ja, als auch nur die Tatsache kurz niedergeschrieben werden kann, vollzog sich der Sturm auf das Präsidium ...

1642 BAERNREITHER, Joseph Maria, *Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen*, S. 29.

1643 *Wiener Zeitung*, Nr. 325 vom 26. November 1937, S. 6.

1644 WANDRUSZKA, Adam, *Die Krisen des Parlamentarismus 1897 und 1933*, S. 71.

1645 *Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates*, XIII. Session, 31. Sitzung vom 26. November 1897, S. 1819–1824.

Nur die geübtesten Turner und Gymnastiker wären imstande gewesen, ohne vorausgegangene Einführung und Probe einen solchen Überfall so präzise und treffsicher auszuführen ... Man vergewaltigte sich, daß die Sozialdemokraten die Ministerbank, die für die Berichterstatter und die Regierungsvertreter bestimmten Sitze, und endlich die kurz vorher errichtete Umfriedung, durch die das Präsidium geschützt werden sollte, ... mit einer katzenartigen Behendigkeit im Sturm auf ... zu überspringen hatten, um auf die Präsidenten-Estrade gelangen zu können“, berichtete der unmittelbare Augenzeuge Ritter von Halban, um auch gleich mit einem Motiv für diese Tat aufzuwarten: „Die Sozialdemokraten mochten bei dem jedenfalls waghalsigen Beschlusse, ... zu stürmen, an die österreichische Gemütlichkeit (!) gedacht und darauf gerechnet haben, daß sie hierbei nicht allzu viel riskierten. Handelten sie doch vor allem, wenigstens zum Teile, unter dem Schutz der Immunität“. ¹⁶⁴⁶ Oben auf der Tribüne angelangt, wurde es dann aber alles andere als gemütlich: Berner holte zum Schlag gegen Abrahamovicz aus, wurde aber von den zwischen der Ministerbank zu den Tribünen gelangten Jungtschechen in eine Rauferei verwickelt, während Resel den Präsidententisch verwüstete, indem er mit Aktenstücken, Mappen und Büchern einen „Papierregen“ veranstaltete und die Tintenfüßer und Wassergläser in den Saal warf. ¹⁶⁴⁷ Alldeutsche und Sozialdemokraten eilten ihm zu Hilfe und attackierten die Jungtschechen Udržal, Dyk und Lang. Halban schilderte diese „Schreckensszenen“: „Jeder Bildungsgrad trat in den Hintergrund, es erwachte der Kampfstrieb wie im Urzustand ... Als sich Faust gegen Faust erhob, sahen wir auch Männer, die sonst im Dienste der Wissenschaft stehen, mit einer förmlichen Raserei auf einzelne Sozialdemokraten einhauen, sie dürften bis zum heutigen Tage sich kaum bewußt geworden sein, wie es kam, daß sie sich dazu hergaben. Insbesondere war es der Abgeordnete Berner, der so jämmerlich von vielleicht zwanzig Abgeordneten geprügelt und unter fortwährenden Faustschlägen aus dem Saale, knäuelartig, sich einige Male überstürzend mit Fußtritten hinausgeworfen, hinausgetreten wurde, daß wir zweifeln mußten, ob er mit dem Leben davonkommen werde.“ ¹⁶⁴⁸ Die übrigen Sozialdemokraten klammerten sich an die Präsidententribüne und nur einige wenige konnten mit den vereinten Kräften der Parlamentsdiener und der Rechten entfernt werden. Abrahamovicz und Kramář, die in dem Tumult ein paar „ordentliche Watschen“ einstecken mußten, obwohl sie dies später zu berichtigen versuchten, verließen wieder einmal mit „schlotternden Knien“ den Saal. ¹⁶⁴⁹ In diese, an eine Schulkasse erinnernde plötzlich aufkommende Ruhe, die auf ein Exempel des herannahenden Schuldirektors wartet, die nur durch die Jubelrufe unterbrochen wurde, als die bei den Glastüren hinausgezerrten Berner und Resel wieder in den Saal kamen, mischten sich die Rufe „Jetzt kommt die Polizei“. Zwischen den Türöffnungen „funkelten die Pickelhauben, der seit einigen Minuten in den Kleidergängen aufgestellten Polizeikräfte“. Jetzt erfaßte auch die Rechte ein mulmiges Gefühl, denn sie riet, das

1646 Zitiert In: WANDRUSZKA, Adam, Die Krisen des Parlamentarismus 1897 und 1933, S. 71.

1647 Egerer Nachrichten, Nr. 95 vom 1. Dezember 1897.

1648 Zitiert In: WANDRUSZKA, Adam, Die Krisen des Parlamentarismus 1897 und 1933, S. 72.

1649 Wiener Zeitung, Nr. 325 vom 26. November 1937, S. 6.

Äußerste zu vermeiden und die Ordnung mit den Hauswachen wieder herzustellen.¹⁶⁵⁰ In diese Richtung ging auch eine „Tatsachenfeststellung“ Kramárs in einer Rede vom 26. April 1898, in der er sich nicht verteidigen wollte, sondern recht bequem alle Schuld auf Badeni schob: Von Anfang an hätte er sich für eine „eigene, verstärkte Hauswache zu Diensten des Präsidiums“ eingesetzt, womit die Ursache, die zum Duell Wolfs mit Badeni geführt hatte, wieder einige Nahrung bekam. Auch in der nicht zustandegekommenen Obmännerkonferenz wollte er noch die Zustimmung des Hauses dafür einholen. Für die Verwendung der Polizei sei daher Graf Badeni alleine verantwortlich gewesen.¹⁶⁵¹

Der damals ebenfalls anwesende Gustav Kolmer sah während der Gewalttätigkeiten, bei denen kein einziger Minister im Saal war, wie Badeni im Gang vor dem Präsidialbüro, wo er das Geschrei der Menge auf der Ringstraße hörte, abwechselnd an einer ausgelöschten Zigarre kauend, erregt auf und ab ging und mit seinem Kabinettsdirektor Halban verhandelte: „Er schwankte noch vor der äußersten Konsequenz“. Selbst radikale Blätter wie die „Egerer Nachrichten“ berichteten in einer anhand der Ereignisse ungewöhnlichen Objektivität, die möglicherweise von den tagelangen Beschlagnahmen herrührte, daß sich sowohl Minister als auch Präsidium weigerten, den Befehl an die Polizei zu geben und dem Innenminister den Vortritt ließen.¹⁶⁵² So blieb neben der schon bekannten Tendenz, retrospektiv alles auf Badeni zu schieben, der noch dazu 1901 verstarb und sich nicht mehr wehren konnte, nur mehr Halban als „Einflüsterer“ übrig. Wenn er dies auch stets vehement bestritten hatte, so unterzog er doch seine, erst durch Adam Wandruszka ans Tageslicht beförderte „Verteidigungsschrift“ zumindest an einer Stelle einer „Berichtigung“, die seine Beteuerungen nicht mehr so glaubhaft erscheinen lassen: „War auch der Sturm gegen das Präsidium durch die Annahme der Lex Falkenhayn provoziert und anscheinend moralisch gedeckt (!), der Überfall mußte mit Gewalt abgewehrt werden, sollte nicht alles in die Brüche gehen“.¹⁶⁵³

Nach dem Augenzeugenbericht Gustav Kolmers rief nun Badeni selbst den Polizeioberkommissär zu sich. Er gab ihm die Weisung, mit seiner wartenden, 60 Mann starken Truppe, die vom Ordner des Hauses, dem Jungtschechen Ignaz Lang angeführt wurde, in den Sitzungssaal einzumarschieren. Die Polizisten führten die letzten, sich noch auf der Estrade befindlichen Abgeordneten, mit „sanfter Gewalt“ zu ihren Plätzen und bildeten davor einen dichten Kordon: „Die Polizei legte Hand an die Vertreter des Volkes, aber es muß hervorgehoben werden, daß die Wachleute im allgemeinen keine Übergriffe erlaubten, sie verrichteten einfach ihren Auftrag“, beruhigten die „Egerer Nachrichten“ ihre Leser, um die „wahre Schuld“ woanders zu suchen: „Empörender aber war, daß auch Abgeordnete, Volksvertreter, Hand in Hand mit der Wache Büteldienste verrichteten und mithalfen, ihre Kollegen bei der Türe hinauszuerwerfen. Der letzte, der

1650 Egerer Nachrichten, Nr. 95 vom 1. Dezember 1897.

1651 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 327.

1652 Egerer Nachrichten, Nr. 95 vom 1. Dezember 1897.

1653 Zitiert In: WANDRUSZKA, Adam, Die Krisen des Parlamentarismus 1897 und 1933, S. 73.

seinen Posten beim Präsidententisch verläßt, ist der Pole Daszinski. Mit dem Rücken gegen das Haus, hält er sich am Pultbrett fest. Gegen Zureden und Drohungen protestierend, wird er von Wachleuten gepackt und aus dem Saal geführt¹⁶⁵⁴. Unter tosenden Rufen der Opposition wie „Zuchthäusler! Volksverräter! Armenischer Ziegenschänder!“ – das angeblich „harmloseste“ gegen Abrahamovicz gerichtete Schimpfwort¹⁶⁵⁵ – wurden zuerst die Sozialdemokraten hinausgetragen, um aber sofort wieder auf der Galerie aufzutauchen. Die dort anwesenden Zuschauer wurden nun von „Schönerer und Genossen“ zum Mitmachen aufgefordert. Der Lärm mischte sich mit dem von der Straße. Baernreither schilderte die Situation: „Wer es gesehen hat, wird wohl nie das Bild vergessen, das die Präsidentenbühne und die Ministerbank, umgeben von einem Doppelkordon von sechzig Polizisten in Pickelhauben und Überröcken darbot. Hinter dieser Hecke Abrahamovicz am Präsidentenstuhl, neben ihm Kramář, auf der Ministerbank Badeni und Gleispach, die beide nicht ahnten, wie jämmerlich der Eindruck war, den sie machten“¹⁶⁵⁶. Während oben die Galerien geräumt wurden, kam es zwischen den Abgeordneten und der Polizei zu Handgemengen und Drängereien. Einige Radikale wollten sogar gegen die Polizisten tätlich vorgehen. Präsident Kramář erhielt eine „verirrte“ Ohrfeige vom Jungtschechen Udřal¹⁶⁵⁷. Passend zu dem von Gustav Kolmer bezeichneten „politischen Skandal“, den eine Regierung, ohne eine politische Partei im Rücken zu haben, heraufbeschworen hatte und nun versuchte, ein „rasend gewordenes Parlament mit Sicherheitswacheleuten zu besetzen, wie wenn es sich „um eine Wirtshauschlägerei im Prater handeln würde“¹⁶⁵⁸, hatte auch Friedrich Funder einen politischen Vergleich parat, wenn auch die Lokalität die gleiche blieb: „Ich hatte beim Kadermann im Prater das Sprengen christlichsozialer Versammlungen durch Sozialisten mitgemacht, aber das Getümmel hier im Parlamente war schlimmer.“¹⁶⁵⁹ Das Parlament war zum Prater geworden.

Abrahamovicz, der einsehen mußte, daß es auch unter diesen Umständen zu keiner regulierten Sitzung kommen würde, mußte sein in den Saal gebrülltes Versprechen, „die Wache zu beseitigen, wenn sich alles ruhig vollzieht“, wieder zurücknehmen. Weil ihn niemand mehr hörte, ließ er aber auch die Sicherheitskräfte einfach wieder aus dem Saal entfernen. Zu diesem Entschluß dürften auch Gerüchte über eine blutige Straßenschlacht vor dem Parlament geführt haben.¹⁶⁶⁰

Nach einer kurzen Unterbrechung begann der Präsident nun auch die Ausschließungsbestimmungen der „Lex Falkenhayn“ zu vollziehen, nachdem er die Galerie erneut hatte räumen lassen. Sofort kam es zur „Kampfgemeinschaft“ der radikalsten Obstruktionisten, der Alldeutschen und der Sozialdemokraten. Es entspann sich ein Wettrennen, wer zuerst wegen eines rechtswidrigen, absolut nichtigen Geschäftsordnungsänderung ausgeschlossen werden würde. Die besten Karten

1654 Egerer Nachrichten, Nr. 95 vom 1. Dezember 1897.

1655 Wiener Zeitung, Nr. 325 vom 26. November 1937, S. 6.

1656 BAERNREITHER, Joseph Maria, Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen, S. 30.

1657 Egerer Nachrichten, Nr. 95 vom 1. Dezember 1897.

1658 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 325.

1659 FUNDER, Friedrich, Vom Gestern ins Heute, S. 216.

1660 Egerer Nachrichten, Nr. 95 vom 1. Dezember 1897.

hatte Karl Hermann Wolf, der wieder mit seiner Marinepfeife erschienen war und während aller drei Ordnungsrufe „nicht einmal“ zu pfeifen aufhörte. Erst als ein Trupp Polizisten in den Saal kam, um ihn hinauszuleiten, da er für drei Sitzungen ausgeschlossen worden war und er nicht aufhörte zu stören, begann er wie ein „Besessener zu brüllen“ und mußte nach einigem Ringen überwältigt und hinausgetragen werden.¹⁶⁶¹ „Keiner von uns wird zeitlebens den Eindruck vergessen, wie beim Einmarsch der Wache der gleichmäßig dumpfe Tritt der Bewaffneten in diesem Saale erscholl, wie ein Kranz von Pickelhauben die Präsidententribüne umschloß, wie dann sich sträubende Abgeordnete sich unter harten Polizeifäusten wanden, wie Detektives durch unsere Reihen schlichen, um ausgeschlossene Abgeordnete auszuforschen, wie die Organe der öffentlichen Sicherheit Mitglieder der Gesetzgebung, unsere Kollegen, aus dem Saale halb trugen, halb schleiften. Tränen der Scham und Entrüstung traten vielen von uns bei diesem ... entsetzlichen Schauspiel in die Augen.“ So lautete das Kernstück der „Anklageschrift“ Karl von Grabmayrs gegen Badeni.¹⁶⁶² Die darin angesprochene, nicht weniger demütigend empfundene „Ausforschung“ durch sogenannte „Detektives mit aufgestecktem Adler“ war notwendig geworden, weil einige der schon ausgeschlossenen Abgeordneten ein „Katz und Maus“-Spiel mit der Polizei veranstaltet und sich auf andere Plätze gesetzt hatten.¹⁶⁶³ Georg von Schönerer versprach hingegen, es dem Präsidenten „ganz leicht zu machen“, er zerlegte sein Pult so lange, bis er hinausgetragen wurde.¹⁶⁶⁴ Um 14 Uhr waren auch von den insgesamt fünfzehn sozialdemokratischen Abgeordneten bereits elf ausgeschlossen worden.¹⁶⁶⁵ Ein Höhepunkt war sicherlich erreicht, als der Sozialdemokrat Peter Cingr, der sich gegen seine Ausschließung zur Wehr gesetzt hatte, von den Polizisten von seinem Platz weggerissen wurde, sodaß er auf den Boden fiel und dann mit dem Kopf abwärts über die Stufen zum Saal hinausgeschleift wurde. Auch die Mitglieder der Rechten verließen nun nach und nach den Saal.¹⁶⁶⁶ Was die Obstruktionsparteien als besonders „feig“ empfanden, war der Umstand, daß das schon fast hysterisch beschimpfte Präsidium sich immer nur kurz „zeigte“, einige Ordnungsrufe verteilte, einem Polizeikommissär den betreffenden Abgeordneten zeigte und sich dann während der „Exekution“ der Maßnahme zurückzog. Wie sehr allgemein das Niveau bereits gesunken war, soll an dieser Stelle eine Karte verdeutlichen, die Schönerer später drucken ließ. Sie enthielt eine Auflistung der Schimpfworte, mit denen die Linke Abrahamovicz eingedeckt hatte. Auf der Rückseite der Karte stand, „Zur Erinnerung an meine parlamentarische Tätigkeit 1897“.¹⁶⁶⁷

1661 FUNDER, Friedrich, Vom Gestern ins Heute, S. 216.

1662 GRABMAYR, Karl von, Politische Reden, S. 44.

1663 Wiener Zeitung, Nr. 325 vom 26. November 1937, S. 6.

1664 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 34.

1665 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 31. Sitzung vom 26. November 1897, S. 1827f.

1666 KOLMER, GUSTAV, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 324.

1667 „Ritter von Abrahamovicz“ Staatsstreich-Präsident, Regierungsbedienter, Badeni-Knecht, größter Lügner Österreichs, Meister in der Verletzung der Geschäftsordnung, polnischer Pferdehändler, Störenfried, polnischer Dick-

An diesem Nachmittag des 26. November begingen sowohl die Regierung als auch das Präsidium zwei zusätzliche, haarsträubende Schildbürgereien: Kramář machte den „unverzeihlichen Fehler“, plötzlich mitten in den fortwährenden Ausschließungen die Sitzung zu schließen, was der Ministerpräsident tags darauf im Ministerrat einer heftigen Rüge unterzog ... Badeni, der endgültig aufs Ganze gehen wollte, hatte vor, möglichst schnell so viele Abgeordnete auszuschließen, bis die Verhandlungen und die Verlesung des Ausgleichsprovisoriums beginnen konnten, wozu er ja wegen der Nachtsitzungen genügend Zeit gehabt hätte. Wegen des sichtbaren Schocks, den die Polizeiaktion ausgelöst hatte, war daran aber durchaus zu zweifeln. Der Ministerpräsident wurde in seiner Meinung jedoch auch von Eisenbahnminister Guttenberg bestätigt, der es im Ministerrat vom 27. November „als einen schweren Fehler bezeichnen mußte, daß das Präsidium des Abgeordnetenhauses gestern so plötzlich die Sitzung gerade in dem Moment aufgelöst hatte, in welchem die gesetzten Maßnahmen zu wirken begannen und die Linke, sowie die Antisemiten ... sich einer Fortsetzung der Verhandlungen nicht abgeneigt gezeigt hätten“.¹⁶⁶⁸

Die vorzeitige Schließung der Sitzung hatte aber einen viel banaleren Hintergrund: Wie aus den Erinnerungen Bilińskis hervorgeht, hatte Kramář in dem allgemeinen Lärm das ihm vom Kanzleidirektor zugerunte Wort „ausschließen“, mit „Schließen!“ interpretiert, weil Badeni den Direktor gesandt hatte und Kramář eine veränderte Situation vermutete. Er befolgte daher nur eine „Weisung“ „seines“ Ministerpräsidenten.¹⁶⁶⁹

Weitaus gefährlicher und kopfloser stellte sich hingegen die zweite „Unterlassungssünde“ dar: Kein einziges Mal hatte man sich während dieser ganzen „improvisierten Polizeikomödie“ Gedanken darüber gemacht, was mit den ausgeschlossenen Abgeordneten passieren sollte – festhalten konnte man sie ja schwer. So setzten sie die Polizisten einfach bei einem Hinterausgang des Parlamentshofes ab, um die Menge nicht zu beunruhigen. Daß die Sozialdemokraten und Alldutschen, die mit den noch eher harmlos klingenden Worten Friedrich Funders in Wien plötzlich „Oberwasser“ bekamen¹⁶⁷⁰, die Volksmassen geradezu suchten und auch fanden, wenn sie nur eine Straße weiter um die Ecke bogen, hatte sich scheinbar niemand überlegt. Daß sie dem Pöbel, der sich gleichermaßen um Sozialdemokraten und Alldutsche scharte, keine „Wohltaten“ über Badeni erzählen würden, wäre auch zu erwarten gewesen. Wolf wurde von einer schreienden Menge sogar bis zu seiner Wohnung in der Thongasse im 3. Bezirk begleitet, die vor seinem Fenster die „Wacht am Rhein“ sang.¹⁶⁷¹

schädel, Mörder Österreichs, Mörder der galizischen Bauern, polnischer Hochverräter, Schänder der Volksrechte, Mörder des Parlamentarismus, ehervergessener Armenier, Staatsverbrecher, Volksverräter, Zuchthäusler, alter Verbrecher, feiger Kerl, Stiefelputzer, polakischer Gauner, elender Schuft, Hund, Schurke, Scherge, Henker, schamloses Arschgesicht – An den Laternenpfahl. Abgedruckt In: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 41.

1668 Protokoll, des zu Wien, am 27. November 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 69, M. R. Z. 40, Inhalt: Besprechung der politischen Situation, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

1669 SUTTER, Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, Bd. 2, S. 124.

1670 FUNDER, Friedrich, Vom Gestern ins Heute, S. 216.

1671 WEBER, Klemens, Karl Hermann Wolf, S. 149.

Darüber hinaus wurde die „Reaktion“ von der Technik überrollt. Bereits um 2 Uhr nachmittags konnte Schönerer den „Egerer Nachrichten“ mittels einer „Drahtnachricht“ in die Druckpresse diktieren: „Hundert (!) Sicherheitswachleute im Saale. Wolf und ich soeben hinausgeführt. Vier sozialistische Abgeordnete verhaftet (!)“¹⁶⁷² Es zeugte von „höchster Diplomatie“, daß die restliche Schlagzeilenseite drei „Beschlagnahme“-Balken aufwies, die die Unruhe noch multiplizierten. Was hatten die Leser auch von den in derselben Ausgabe erschienenen, ebenfalls von der Zensur zerpfückten Beschreibungen der Zustände im Abgeordnetenhaus vom 25. November, die erst noch mehr Unheil erwarten ließen. Eines zeigten jedoch die spontanen Demonstrationen in Eger, die mit schweren Krawallen vor der „tschechischen Post“ wegen der doppelsprachigen Amtspapiere begannen und mit Versammlungen vor dem Denkmal Josefs II. endeten, wo man sich gegenseitige „geistige Erbauung“ holte: Nationale und Sozialdemokraten marschierten als „gemeinsame Leidensgenossen“ plötzlich Arm in Arm in einer Formation. Dem anschließenden nächtlichen Fensterscheibenschießen bei Juden und Tschechen schlossen sich schon die ersten roten „Überläufer“ des Tages an.¹⁶⁷³

Was sich in den nächsten Tagen in Falkenau an der Elbe, in Asch, Aussig, Teplitz, Reichenberg und im Raum Linz, der gleichsam über Nacht zu einem ersten Zentrum zarter Regungen einer deutschvölkischen Arbeiterbewegung in den Alpenländern geworden war, offenbarte, nämlich „gemeinsame Reihen von Nationalen und Sozialdemokraten“¹⁶⁷⁴, hatte Beweiskraft genug, wie man die Arbeiter „national“ mitreißen konnte. Die Worte Franz Steins, der Arbeiter könne mit den Begriffen „national“ oder „völkisch“ wenig anfangen, hätte aber ein durch die Sozialdemokratie unbefriedigtes Verlangen danach, schienen sich anhand dieses praktischen Anschauungsunterrichts während der „Badeni-Unruhen“ zu bestätigen.

3.5 Revolution?

In Wien spitzte sich die Situation binnen weniger Stunden dramatisch zu: Die Studenten rückten nun aus und veranstalteten Großdemonstrationen vor dem Parlament, vor dem Rathaus und dem Ministerium des Inneren.¹⁶⁷⁵ Wenn man auch den Wienern stets vorgeworfen hatte, daß sie „politisch und national indifferent“ seien, so kam es in diesen Stunden in der „christlichsozialen Hochburg“ trotzdem zu Exzessen gegen Badeni und Lueger. Beide wurden während der nun folgenden Demonstrationen, die die nationale Studentenschaft und die sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam organisiert hatten, zu einem Feindbild, zu einer „greifbaren“ Verkörperung einer slawisch-klerikalen Majorität.¹⁶⁷⁶ Erstmals seit 1848 verbrüderten sich wieder spontan Arbeiter

1672 Egerer Nachrichten, Nr. 94 vom 27. November 1897.

1673 Egerer Nachrichten, Nr. 95 vom 1. Dezember 1897.

1674 Ebd.

1675 CHARMATZ, Richard, Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907, Bd. II, S. 117.

1676 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 327.

und Studenten. Und wer unpolitisch genug war, der machte den Bürgermeister der Stadt für die Polizeiübergriffe in den Straßen, für das Sprengen der Dragoner in die Massen und für die Verhaftungen verantwortlich.

Für Karl Lueger bestand nun dringender politischer Handlungsbedarf für sich und seine Partei, vor allem als er einsehen mußte, daß der Zusammenbruch der Regierung und Staatsgewalt nahe war, welche der Massen nicht mehr Herr werden konnte. Für die Alldeutschen stellte sich der Schwenk, den Lueger jetzt in letzter Minute vollführte, als der lebendige Beweis für seinen „unverzeihlichen“ Opportunismus dar. Den Christlichsozialen kamen wiederum ihre gewisse „Beweglichkeit“ und ihre Fühler zu den Deutschnationalen zugute – ein Fanal für den späteren Bruch der „Deutschen Gemeinbürgerschaft“ unter einem „Führer Schönerer“. Den noch Freitag nachts geführten Verhandlungen der „Deutschen Fortschrittspartei“ und der „Deutschen Volkspartei“, um eine neue Ministeranklage gegen Badeni wegen des Aufmarsches der Polizei im Parlament einzubringen, schlossen sich bereits christlichsoziale Abgeordnete an.¹⁶⁷⁷ Auch dieser Schritt war zu erwarten gewesen, wurde aber von der Regierung genauso wenig einkalkuliert. Trotz der noch halbwegs „intakten“ Majorität im Abgeordnetenhaus wollte jetzt Lueger bei der nun einsetzenden Fahnenflucht nicht übrig bleiben. Als sich am Samstag, dem 27. November 1897, bereits in den frühen Morgenstunden die Menschenansammlungen in den Straßen der Innenstadt zusammenballten, erschien Lueger bei Badeni, um ihm anzukündigen, daß er bei Fortdauer der Stürme im Parlament als Bürgermeister von Wien für die Ruhe und Ordnung in der Residenz nicht mehr garantieren könne.¹⁶⁷⁸ Mit dieser Absage vollführte er zwar nur einen vorsichtig formulierten Frontwechsel, Lueger konnte aber zumindest später damit punkten, Badeni den politischen Todesstoß versetzt zu haben, obwohl bereits zur selben Zeit der Polenklub begann, sich zurückzuziehen und auch die deutschklerikalen Tiroler, genauso wie der verfassungstreue Großgrundbesitz Protestnoten gegen die „Lex Falkenhayn“ vorbereitet hatten. Die Obstruktionsparteien verlangten bei einer kurzen Beratung vor der Sitzung die sofortige Vertagung des Hauses und die Enthebung der Regierung. Doch dazu sollte es nicht mehr kommen.

Was man nur mehr schwer als 32. Sitzung bezeichnen kann, begann auch ohne Schönerer und Wolf und den elf ausgeschlossenen Sozialdemokraten mit der „ersten Katzenmusik im österreichischen Parlament“, einer vor allem im Revolutionsjahr 1848 berühmt gewordenen studentischen Unmutsäußerung. Bei den zahlreichen Neuauflagen bis zum Ende der Monarchie sollte auch der junge Adolf Hitler Ohren- und Augenzeuge dieser „Konzerte“ werden. Wegen der Pfeifen, Kindertrompeten, Trommeln und anderer Lärminstrumente kamen in dieser nur knapp zwanzig Minuten dauernden Sitzung – der Präsident schloß sie nach einer längeren Unterbrechung endgültig nach einer knappen Stunde – kein Minister und kein Präsident mehr zu Wort. Sie mußten, Schießbudenfiguren gleich, den zahlreichen Wurfgeschossen ausweichen, unter denen sich auch Messingtassen und Tintenfässer befanden. Im Auftrag der Wiener Staatsanwalt-

1677 SUTTER, Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, Bd. 2, S. 124.

1678 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 328.

schaft wurden unmittelbar nach der Sitzung Fotos von den zertrümmerten Pultdeckeln, den Glasplittern und den breiten Tintenspuren an den Marmorwänden gemacht.¹⁶⁷⁹

Doch Lueger war dies alles nicht genug, er brauchte ein Ventil, um sich von den Obstruktionsparteien abzuheben und um seine „lieben Wiener“ mit etwas zu versöhnen, worauf sie sicher ansprechen würden. Vor allem aber mußte er davon ablenken, daß er es eigentlich gewesen war, der das Präsidium wiederholt aufgefordert hatte, das Haus von „den Störenfrieden“ zu befreien: Für die Christlichsozialen verband sich nun mit dem Namen Halban, der früher Blumenstock geheißen hatte, die Chance, ein Ventil zu öffnen, um ihn „alleine“ für die „Lex Falkenhayn“ und die Polizeimaßregeln verantwortlich zu machen. Augenzeugen berichteten, daß diese letzte Sitzung von allen vorangegangenen die „widerlichste“ gewesen sei. Die „Verteidigungsschrift“ Halbans ist auch deswegen so interessant, weil sie viel von der Taktik und vom Charakter Luegers verrät, obwohl Halban sie sichtlich mit einer gewissen Verdrossenheit, aber auch mit einem berechtigten Zorn niedergeschrieben hatte: „Der Schreiber dieser Zeilen (wurde) zum Sündenbock und Zielscheibe erkoren, ... indem sie ihn jeder Weise insultierten, ja in einer ostentativen Weise ihre ganze Wut gegen ihn kehrten, und den Grafen Badeni und das Präsidium ganz außer Spiel ließen, ... damit nicht jede Verbindungsbrücke zum Grafen Badeni selbst abgebrochen werde, falls es letzterem doch noch gelingen sollte, der hereinbrechenden Sündflut zu entgehen ... Was für den Angeklagten das Alibi ist, das war für die christlichsoziale Partei jene Sturmszene: die augenblickliche Anwesenheit am Tatorte, die Beteiligung am Gesamtkonzerte, gleichviel gegen wen gerichtet, die für gewisse Wählerkreise notwendige Legitimation der aktiven Teilnahme an der deutschen Gemeinbürgerschaft. So wurde der Sturm von dieser Seite und in der geschilderten Form sofort in zahlreichen deutschnationalen Kreisen aufgefaßt und beurteilt. Wie sehr dieser kleine Sturm inmitten des großen Sturms kunstgerecht und wohlüberlegt inszeniert ward, zeigt die uns erst nachträglich bekannt gewordene Tatsache, daß Abgeordneter Schneider, der augenscheinlich zu früh losgelegt hatte, von Dr. Lueger energisch abgefangen wurde, und daß etwas später das Konzert, wie auf Kommando, aber dann ordentlich und wirksam zu arbeiten begann“.¹⁶⁸⁰ Da es in dieser letzten Sitzung der XIII. Session nicht einmal mehr möglich gewesen war, ein Protokoll anzufertigen – erst nachträglich wurde ein solches nach verschiedenen Aussagen zusammengestellt – enthalten die dürftigen Aufzeichnungen nur mehr die gleichlautenden Stakato-Rufe der christlichsozialen Schneider, Bielohlawek und Gregorig: „Hinaus mit dem Juden Blumenstock! Der ist schuld an allem!“

Die Christlichsozialen haben zweifellos mit diesem ersten antisemitischen Ausbruch im Reichsrat, der sich auch ganz gezielt gegen eine Person gerichtet hatte – Halban verließ tatsächlich den Saal, um mit seiner Abwesenheit für eine nicht mehr wieder herstellbare Ruhe zu sorgen – den Alldeutschen den Rang abgelaufen, die diese Episode in ihrer Presse geflissentlich nicht erwähnten, weil sie wegen einer einzigen, „plumpen Erklärung“ die Christlichsozialen nicht exkulpieren wollten. Überhaupt fällt während der Badeni-Tage auf, daß sich der Rassenantisemitismus der

1679 WANDRUSZKA, Adam, Die Krisen des Parlamentarismus 1897 und 1933, S. 75.

1680 Zitiert In: WANDRUSZKA, Adam, Die Krisen des Parlamentarismus 1897 und 1933, S. 74.

Schönerianer gegenüber dem Antislawismus deutlich abgestumpft hatte und sie ihn nur mehr in seiner politischen „Spielart“ gegen die Sozialdemokraten einsetzten.

In diese völlige Desorganisation der letzten Sitzung platzte plötzlich der „ausgeschlossene“ Karl Hermann Wolf herein, dem es, mit Hut und Wintermantel bekleidet, gelungen war, sich an den vor dem Haus postierten Wachen vorbeizuschwindeln. Wahrscheinlich hatte man in der gesamten Improvisation auch einfach vergessen, den ausgeschlossenen Abgeordneten ihre Legitimationskarte abzunehmen. Nach einer anderen Version war er einfach durch einen Seiteneingang in der Reichsratsstraße unbemerkt in das Haus gelangt.¹⁶⁸¹ Sein provokantes Auftreten diente einzig dem Ausreizen einer angeschlagenen Staatsmacht. Obwohl das Präsidium diesmal peinlichst vermied, wieder Polizei in den Saal zu geleiten, wurde der von der Opposition mit „Heil-Rufen“ begrüßte Wolf neuerlich aus dem Haus gezerrt, jetzt aber trotz seiner nicht aufgehobenen Immunität wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit verhaftet, um am weiteren Betreten des Reichsrats gehindert zu werden.¹⁶⁸²

Unvorsichtigerweise konnten die vor dem Reichsrat versammelten Menschen einen kurzen Blick auf Wolf werfen, als ihn einige Uniformierte mit einem vor der Parlamentsrampe geparkten Fiaker in das Straßlandesgericht führten. Das war das Startzeichen für die Studenten, die nun auf der Universitätsrampe und bei der sogenannten Bibliothekstüre Zusammenstöße mit den Polizisten provozierten. Sie griffen die Beamten entweder tötlich an oder „staubten“ sie mit Mehlsäcken ein, die sie aus den Fenstern auf die Wache entleerten. Es ging dabei nur „vorrangig“ um die umstrittene Frage, ob die Steinbalustraden, auf denen die Sicherheitswachen Aufstellung genommen hatten, schon zum „geheiligten“ akademischen Boden gehörten, denn meist wurden die Polizisten in das Innere des Hauses gezerrt und dort insultiert oder mit Wurfgegenständen verletzt.¹⁶⁸³ Friedrich Funder erlebte inzwischen die Unruhen auf der Straße: „Vom Parlament her kam das Getrappel vieler Pferdehufe und das Klirren aufschlagender Säbel. Dragoner, in breiter Front bis über die Gehsteige reitend, drängten die Menschen gegen das Schottentor. Nahe dem Parlament wurde ich von dem Menschenstrom erfaßt und hilflos mitgeschleppt ... Kommandorufe der Offiziere durchschnitten den Lärm. Jetzt stockte die Menge, jäher erhob sich aus ihrer Mitte der Tumult. Vor mir fielen Menschen mit verzerrten Gesichtern, als ob sie rasend wären, den Pferden in die Zügel, suchten die Reiter herabzureißen. Flache Klängen klatschten nieder. Einer meiner Freunde, der Jurist Scholz, der mich irgendwie in der Menge gefunden hatte, taumelt unter einem Säbelhieb ... Würde es zum Sturm auf das Gebäude des Landesgerichts kommen, in dessen Gewahrsam der alldeutsche Abgeordnete Wolf gebracht worden war? ... Das Antlitz einer Großstadt ist im Aufruhr nicht wiederzuerkennen. Die Stadt scheint plötzlich von anderen Menschen bewohnt zu sein.“¹⁶⁸⁴

Doch wo waren die flammenden Reden, die Petitionen, die als Bestandteil einer „echten Revolution“ einfach dazugehörten? Außer „Nieder Badeni!“ war nicht viel zu hören. Oder machte

1681 WEBER, Klemens, Karl Hermann Wolf, S. 149.

1682 Wiener Zeitung, Nr. 326 vom 27. November 1937, S. 4.

1683 Ebd.

1684 FUNDER, Friedrich, Vom Gestern ins Heute, S. 216.

die Regierung nun die Revolution, den Staatsstreich, der sich mit einem Kolportageverbot für alle Zeitungen unheilvoll ankündigte? Beide Seiten improvisierten. In einer eiligst einberufenen Ministerratssitzung am Nachmittag des 27. November fand sich als einziger Punkt der § 14 auf der Tagesordnung. Trotzdem standen die Minister noch ganz unter dem Eindruck, den die nur wenige Stunden zuvor geschlossene Sitzung bei ihnen hinterlassen hatte. Badeni zeigte sich immer noch kampfeslustig, wenn auch schon ein wenig ratlos: Weil „heute von den gemäßigten Elementen auch die Christlichsozialen an der Opposition und an den Skandalen teilgenommen hätten“, wäre im Gegensatz zum Vortag „nur die Schließung der parlamentarischen Sitzung möglich gewesen“. Der Sichtweise Guttenbergs, daß die Sitzung „unter dem Eindruck der fürchterlichen Szenen, die sich abgespielt haben“, geschlossen werden musste, konnte wiederum Badeni nicht beipflichten. Er begründete die Schließung damit, daß „andernfalls ein Massenausschluß von Abgeordneten durchgeführt hätte werden müssen, ... so eine Verfügung wäre aber auf geschäftsordnungsmäßigem(!) Wege an einem Tage in nur einer Sitzung nicht durchzuführen gewesen“.

Nur der Minister für Landesverteidigung, Graf Welsersheimb, machte auf den Ernst der Lage aufmerksam: „Die Situation zeigt bereits die Anzeichen einer Revolution. Es gibt keinen Weg mehr ohne die Krone.“ Jetzt mußte auch Badeni eingestehen, daß „alles ohne Erfolg geblieben“ wäre. Mit der von ihm gestellten Schicksalsfrage, „Was soll man Seiner Majestät vorschlagen?“, verbanden sich Trotzreaktionen, die einerseits den Facettenreichtum des Kabinetts, aber auch eine Zuspitzung auf eine aut – aut Lösung zwischen Regierung oder Reichsrat zeigen, womit der Gewinner eigentlich schon festzustehen schien. So schlug der zukünftige Ministerpräsident, Unterrichtsminister Gautsch, als erste Maßnahme die „Wahl eines neuen Präsidiums“ vor, weil mit dem „gegenwärtigen Reichsrat nichts anzufangen wäre!“ Als Ackerbauminister Ledebur „mildere Sprachenverordnungen“ zur Sprache bringen wollte, fiel ihm Handelsminister Glanz mit dem § 14 als „einzige Lösung“ ins Wort. Finanzminister Biliński griff diesen Gedanken auf: Es wäre ja „nur für kurze Zeit“, versuchte er seine Kollegen zu trösten, denn eine Änderung der Sprachenverordnung wäre „eine verfehlte Maßregel!“ Für Justizminister Gleispach, der gleich betonte „nicht so unmittelbar unter dem Eindruck der heute geschaffenen Situation“ zu stehen wie seine Kollegen, genügten bereits die Aussagen von Gautsch, Glanz und Biliński: „Es sei doch einhellig der Beschluß gefaßt worden, es mit § 14 zu versuchen. Einzig die Voraussicht, daß die Bewilligung des Ausgleichsprovisoriums nicht zu erzielen sei, habe sich erfüllt. Die Demission des Kabinetts müsse er heute geradezu als ein grobes Unrecht der Krone gegenüber bezeichnen, deren Autorität, als einzig feste in Österreich, dadurch eine Schädigung und einen Abbruch erleiden würde.“

Badeni faßte zusammen, um „Seiner Majestät“ zu berichten. Die Schließung des Reichsrats wäre gutgeheißen worden, ebenso die Anwendung des § 14. Einen Rücktritt habe das Kabinett ausgeschlossen. Der Ministerpräsident kündigte jedoch an, seine Person zur Verfügung zu stellen.¹⁶⁸⁵

1685 Protokoll, des zu Wien, am 27. November 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 69, M. R. Z. 40, Inhalt: Besprechung der politischen Situation, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

Als „Stimmungsverstärker“ trug nun der Kaiser selbst einiges bei. Er hatte „sein Wochenende“ in Wallsee bei seiner Tochter, Erzherzogin Marie Valérie, wegen der Unruhen in Wien vorzeitig abgebrochen und traf abends auf dem Wiener Westbahnhof ein, wo er bereits von einer großen Menschenmenge erwartet wurde.¹⁶⁸⁶ Trotz so mancher Verbitterung verlangte das inzwischen aufgerüttelte Reich letztendlich eine Entscheidung von ihm. Sein Spektrum hatte sich auch maßgeblich erweitert, denn der Reichsrat hatte sich zu diesem Zeitpunkt mit Hilfe der Staatsmacht quasi von selbst ausgeschaltet. Franz-Joseph hielt für ganz kurze Zeit wieder die Fäden des Schicksals seiner Völker unumschränkt in seinen Händen. Als aber sein Leibwagen die von Menschenmassen verstopfte Mariahilfer Straße nicht passieren und nur mühsam über Seitengassen in die Hofburg geleitet werden konnte, dürfte der nach den Stürmen des Jahres 1848 auch politisch früh gealterte Monarch einiges mißverstanden haben. Angeblich empfing er Badeni bei der nächtlichen Audienz, die eher einem sofortigen Rapport glich, mit den Worten: „Herr Graf, Sie machen mir eine Revolution!“ Nach 35 Minuten war alles vorüber. Aus einer kurzen Andeutung, die Badeni im letzten Ministerrat am 28. November machte, konnte geschlossen werden, daß Franz-Joseph die sofortige Demission des ganzen Kabinetts gewünscht hatte. „(Er) sei nunmehr in der Lage, dem Ministerrat mitzuteilen, daß Seine Majestät die Demission des Kabinetts angenommen und mit der Neubildung den Minister für Kultus und Unterricht Freiherrn Gautsch von Frankenthurn allergnädigst beauftragt haben.“¹⁶⁸⁷ Die scheidenden Mitglieder, die sich ihren gegenseitigen „Dank“ und ein „Auf Wiedersehen als Beweis der Freundschaft und Ergebenheit“ aussprachen, machten ihren letzten, schwerer Fehler: Obwohl ihr letzter gemeinsamer Beschluß lautete, „die schriftliche Demission Seiner Majestät unverzüglich zu unterbreiten“, sollte das Gesuch erst am Montag behandelt werden.¹⁶⁸⁸ Was in den wenigen Stunden an Aufrechterhaltung der Sicherheit und Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung versäumt wurde, konnte so jahrelange Nachwirkungen haben.

Am ersten Adventsonntag des Jahres 1897 strömten noch mehr Arbeiter als am Vortag aus den Vororten in die Innenstadt.¹⁶⁸⁹ Obwohl die Universität vorsichtshalber geschlossen worden war, vereinten sich gegen 10 Uhr vormittag die Studenten mit den Arbeitern und sangen abwechselnd die „Wacht am Rhein“ und das „Lied der Arbeit“. Ihr „Nieder Badeni!“ galt einem bereits zurückgetretenen Ministerpräsidenten. Erst als die Menge Richtung Judenplatz zum Ministerium des Inneren abschwanken wollte, reagierte die Polizei, die zuvor massiven Beschimpfungen ausgesetzt war.¹⁶⁹⁰ Zur selben Zeit formierten sich etwa 5000 Menschen vor dem Landesgericht. Joseph Maria Baernreithers Wohnung befand sich „strategisch günstig“ in der Nähe der Landesgerichtsstraße: „Knapp vor meinem Fenster passierten erregte Gruppen von Männern, Studenten und

1686 Egerer Nachrichten, Nr. 95 vom 1. Dezember 1897, S. 2.

1687 Protokoll, des zu Wien, am 27. November 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 70, M. R. Z. 41, Inhalt: Demission des Gesamtkabinetts, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

1688 Ebd.

1689 CHARMATZ, Richard, Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907, Bd. II, S. 117.

1690 Egerer Nachrichten, Nr. 95 vom 1. Dezember 1897, S. 5.

Arbeitern, in großer Aufregung. Aus der Menge ragten die Gestalten berittener Polizisten hervor. Mit gezücktem Säbel ritten sie planlos in der Menge herum, die auseinanderstob, aber dann gleich wieder beisammen war. Im rückwärtigen Rathauspark, den ich gerade vor mir hatte, verfolgten sie im Galopp davonrennende Menschen. Auch in meiner Gasse kam ein Trupp im Galopp dahergesprengt, die Säbel gegen einzelne flüchtende Personen schwingend ...¹⁶⁹¹

Der „Massenbesuch“ galt dem inhaftierten Karl Hermann Wolf ... Auch die etwa 3.000 Arbeiter schrien nun „Heil Wolf!“, „Heraus Wolf!“ Es bedurfte erst der Husaren, die sich durch „die militärische Präzision“ sehr „von dem planlosen, wilden Getue der berittenen Polizei“ abhoben, um gegen 12 Uhr die Ruhe wieder herzustellen. Sie schwenkten, von der Josefstädterstraße kommend, in voller Breite in die Landesgerichtsstraße ein und „säuberten“ im kurzen Trab die Straße. Um 13 Uhr war auch der Ring wieder befahrbar.¹⁶⁹²

Allen „offiziösen“ Zeitungsredaktionen bereitete es erhebliche Schwierigkeiten, die im Ministerrat gefaßten Beschlüsse und die kaiserlichen Anordnungen zur Beruhigung der Massen an einem Sonntag zu publizieren und zu verbreiten. Deshalb wurden zunächst Polizeiorgane beauftragt, der Menge mündlich die Demission Badenis mitzuteilen, „was diese überall mit lebhaften Hochrufen auf den Kaiser aufnahm“.¹⁶⁹³ Zwei Sonderausgaben der amtlichen „Wiener Zeitung“, eine gegen Mittag, die die Vertagung des Reichsrats, die andere gegen 6 Uhr abends, die den Rücktritt und den neuen Ministerpräsidenten Gautsch verkündeten, entkrampften die Situation. Karl Lueger, dem zuvor in der kritischen Situation eine Audienz beim Kaiser verweigert worden war, stand nun im Frack auf der Parlamentsrampe und mahnte, „nach Hause zu gehen“. Nur einmal kam noch so etwas wie „Revolutionsromantik“ auf: In der Nachmittagsvorstellung des Burgtheaters, wo William Shakespeares „König Heinrich IV.“ auf dem Programm stand, brandeten bei den Worten „Ein braves Volk braucht keine Polizei“ minutenlange Beifallsstürme auf.¹⁶⁹⁴

Um 8 Uhr abends war auch Karl Hermann Wolf wieder ein freier Mann. Man hatte zugewartet, bis es dunkel geworden war. Obwohl er sich geweigert hatte, um seine Entlassung „anzusuchen“, da er gar nicht hätte verhaftet werden dürfen, setzten ihn die Wachebeamten einfach vor die Türe des Straflandesgerichts. In der Begründung hieß es, nach der Vertagung des Abgeordnetenhauses wäre der Haftgrund der Wiederholungsgefahr weggefallen.¹⁶⁹⁵ Am Montag erwachte Wien in völliger Ruhe.

Nicht ganz so zimperlich verliefen die Unruhen in Graz. Die dortigen Tumulte, die Berthold Sutter aufgelistet hatte, ohne allerdings ein weiterreichendes „national-soziales“ Kalkül zu ziehen, waren wegen ihrer politischen Verzahnung sogar noch interessanter und um eine „nationale Komponente“ reicher: Deutlicher als in Wien, wo die Vorgänge im Abgeordnetenhaus wegen der „Lex

1691 BAERNREITHER, Joseph Maria, Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen, S. 30.

1692 Egerer Nachrichten, Nr. 95 vom 1. Dezember 1897, S. 5.

1693 Wiener Zeitung, Nr. 326 vom 27. November 1937, S. 4.

1694 KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 6 (1895–1898), S. 335.

1695 Egerer Nachrichten, Nr. 95 vom 1. Dezember 1897, S. 5.

Falkenhayn“ Arbeiter und Studenten zusammengeführt hatten, zeigte sich hier, wie sich durch das Reizwort „Badeni“ zwei an sich parallele Handlungsabläufe zu einem einzigen verdichten konnten. In Graz hatten die Studenten 1897 früher und stärker als in Wien die Führung im „nationalen Kampf“ übernommen. Sie fürchteten die durch die Sprachenverordnungen für Böhmen angeregten Bemühungen der Slowenen in der Untersteiermark nach Gleichberechtigung. Ausschreitungen konnten auf den zahlreichen Kommersen für die „Deutsche Gemeinbürgerschaft“ nur durch das konziliante Auftreten der Polizei verhindert werden. Parallel dazu fanden Wahlkundgebungen für die am 23. November 1897 stattfindenden Gemeinderats-Ergänzungswahlen statt. Die erbittertsten Gegner waren dabei schon damals die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten, die zum ersten Mal versuchten, in den Gemeinderat zu kommen.

Als der aus Wien angereiste, christlichsoziale Reichsratsabgeordnete Julius Axmann am 20. November in einer Versammlung sprechen wollte, kam es zu blutigen Ausschreitungen. Herbeigeeilte Sozialdemokraten versuchten wiederholt in das Lokal einzudringen, um ihrer Empörung Luft zu verschaffen, daß man einen Wahlagitator von auswärts hatte kommen lassen. Als sie das zweite Mal das 2. bosnisch-herzegowinische Infanterie-Regiment statt der Polizei „empfang“, die sie zuvor mit Steinen beworfen hatten, starb ein Tagelöhner an einem ihm zugefügten Bajonettstich, zwei weitere Arbeiter wurden verwundet. Der daraufhin vom Grazer Polizeidirektor herbeigerufene „Beruhiger der Massen“ war niemand anderer als Reichsratsabgeordneter Johann Resel, der sechs Tage später wegen seines Weitsprungs im Parlament zum „Helden der Sozialdemokratie“ avancieren sollte. Erwartungsgemäß verrichtete er diese Aufgabe „ohne überzeugende Nachhaltigkeit“. Daß es gerade „Bosniaken“ waren, die auf die Arbeiter einstachen, blieb dabei noch nebensächlich. Die Lage war gespannt, die Kasernen voll von in Bereitschaft stehenden Soldaten, sozialdemokratische Veranstaltungen wurden untersagt und die Arbeiter sollten in den Fabriken „gehalten“ werden. Trotzdem gestaltete sich der am 24. November 1897 abgehaltene Leichenzug, an dem rund 20.000 Menschen teilnahmen, zu einer machtvollen „Demonstration der Stärke“ der Sozialdemokraten, die aufgrund der verhängten Aussperrungen als Folge der unerlaubten Arbeitsniederlegungen zunehmend aggressiver wurden und in der Stadt Demonstrationzüge gegen ihre Arbeitgeber veranstalteten.

Am 25. November marschierten zur Abwechslung wieder die Studenten mit ihren „Heil Schönerer! Hoch die Obstruktion!“-Rufen, die inzwischen keine Sanktionen mehr befürchten ließen, durch die Straßen. Sie hatte wiederum das Verbot eines geplanten Kommerses äußerst erregt. Für die am 26. November stattfindende Stichwahl, die notwendig geworden war, weil der erste Wahlgang keine Entscheidung gebracht hatte, gab nun die Sozialdemokratische Partei, nachdem ihr einziger Bewerber gegen die vier christlichsozialen und deutschnationalen Kandidaten bereits durchgefallen war, die Parole aus: „Gegen die verhaßteste Partei stimmen, gegen die Pfaffenpartei, die sich am Samstag die Hände wund rieb, als das Blut von Proletariern floß! Nieder mit der Reaktion, nieder mit den Schwarzen!“¹⁶⁹⁶ Erfreut über diese Art der Wahlhilfe, schlossen die Stu-

1696 SUTTER, Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, Bd. 2, S. 186.

denten, die am 26. November gegen die „Lex Falkenhayn“ demonstrierten, auch die ausgesperrten Arbeiter und die aus dem Abgeordnetenhaus gewiesenen Sozialdemokraten spontan in ihre Hoch- und Heilrufe vor dem Denkmal Kaiser Josefs ein. Als die bisher nur zusehenden Arbeiter plötzlich aktiv wurden, geriet die Demonstration außer Kontrolle. Die sich „verbrüdernden Massen“ feierten ihren „fröhlichen Einstand“ mit der Demolierung und Verwüstung der Redaktion des katholischen „Volksblattes“. Der aufgestaute Haß der Nationalen und Sozialdemokraten auf die „Klerikalen“ stand Pate für das spontane Einigungswerk. Als abermals eine Abteilung des bosnisch-herzegowinischen Infanterie-Regiments zum Einsatz kam, um den Zug vor weiteren Zerstörungen von Einrichtungen der christlichsozialen Partei abzuhalten, hagelte es plötzlich Steine auf die fremden, „undeutschen Bosniaken“. Erst gegen Mitternacht trat allmählich Ruhe ein. Zehn Studenten, zehn Arbeiter und ein Beamter waren verhaftet worden. Eine erste Bilanz, die für ein gemeinsames Vorgehen spricht.

Die Studenten waren auch noch am 27. November abends, zu einem Zeitpunkt also, als die Demission Badenis nur mehr eine reine Formsache zu sein schien, außer Rand und Band. Auf dem Grazer Hauptplatz hängten sie eine Puppe des Ministerpräsidenten auf einem Kandelaber auf, rissen sie in Fetzen und verbrannten sie anschließend. Dazu warfen sie Stöße von klerikalen und bürgerlich-konservativen Zeitungen ins Feuer und skandierten gemeinsam mit den Scharen von Arbeitern, die sich zu ihnen gesellt hatten, „Heil Wolf! – Nieder mit den Pfaffen!“. Gebannt wartete die Menge auf den ersten Steinwurf, der dem Gebäude des Stadtpfarrhofes galt. Ihm folgte ein regelrechtes Bombardement. Als die Demonstranten vom anrückenden Militär zerstreut werden konnten und ein Teil nun im Begriff war, das nahe Marienkloster zu plündern, kam es in einer unbeleuchteten Seitengasse zum Zusammenstoß mit den „Bosniaken“, die mit dem linken Arm den Kopf vor den Steinen und Dachziegeln decken mußten und mit der rechten Hand das Gewehr fertigmachen. Wegen der „dunklen Räume“ gab der kommandierende Offizier den Feuerbefehl. Dabei blieb der wegen Landstreicherei ausgewiesene, ehemalige Insasse einer Zwangsarbeitsanstalt, der 19jährige Josef Retter, der zuvor zum Steinwurf auf die „Bosniaken“ durch „Wort und Beispiel“ aufgestachelt haben soll, tödlich getroffen liegen. Ein 21jähriger Schlossergehilfe, der sein Versteck in dem Moment, als der Kugelhagel losging, verlassen hatte, um eine bessere Deckung zu finden, zog sich lebensgefährliche Verletzungen zu, denen er zwei Tage später erliegen sollte. Zwanzig weitere Personen waren verwundet und dreißig Soldaten durch Steinwürfe verletzt worden. Zwar trat angesichts des Toten, der einige Zeit liegengelassen wurde, eine gewisse Ernüchterung ein, doch konnten die Studenten noch in der Nacht die durch den tödlichen Schuß bedingte Stimmung gegen das bosnische Regiment ihren nationalen Zwecken dienstbar machen. So empfingen sie ein über den Hauptplatz marschierendes deutschösterreichisches Infanterie-Regiment mit „Heil deutsche Brüder!“ und „Nieder mit den Bosniaken“. Als erst gegen 4 Uhr morgens wieder Ruhe eintrat, sah die soziale Zusammensetzung der Verhafteten bereits anders aus. Nur ein Student, jedoch sieben Arbeiter waren arretiert worden.

Neben den gemeinsamen Siegesfeiern, die dem Sturz Badenis folgten, wurde das von der Stadt Graz bezahlte Begräbnis Josef Retters zu einer gemeinsamen Kundgebung der gesamten nationa-

len Studentenschaft mit den Arbeitern. 20.000 Trauergäste, darunter der Bürgermeister und die Gemeinderäte, nahmen an der Ehrung Retters, die nach den Worten des „Arbeiterwillens“ noch keinem Herrscher zuvor in dieser Weise zugekommen war, teil. Die Abordnungen der Studenten waren in Couleur, Kornblumen und schwarz-rot-goldenen Armschleifen erschienen und standen neben den Arbeitern und Bergknappen mit ihren roten Nelken. Wegen der „völkerrechtswidrigen Verwendung bosnischer Truppen gegen das deutsche Volk von Graz“ nahm der Gemeinderat am 1. Dezember einstimmig einen Dringlichkeitsantrag an, in dem sie den Bürgermeister aufforderten, „an geeigneter Stelle zu verlangen“, daß „in allen künftigen Fällen, ... nur solche Truppen zur Verwendung kommen, welche die Sprache unseres deutschen Volkes verstehen“. Die Hetze gegen die Bosnier nahm zu, wobei sich der sozialdemokratische „Arbeiterwille“ und das deutschradikale Grazer „Tagblatt“ besonders hervortaten. Gastwirte ersuchten Angehörige des Regiments wegen zu befürchtender Gewaltakte der Studenten, ihre Lokale nicht mehr zu besuchen. Die Mannschaften wurden auf der Straße beschimpft, angespuckt und angegriffen.¹⁶⁹⁷

Die Degradierung von 33 Studenten, die als Reserveoffiziere am Begräbnis Retters teilgenommen hatten und die Ernennung des Justizministers unter Badeni, Graf Gleispach, zum Präsidenten des Oberlandesgerichts Graz, führten wegen der andauernden Proteste des Gemeinderates zu seiner Auflösung durch die Regierung. Damit war eine Bereitschaft der Linken, in der Sprachenfrage zu einer Einigung zu kommen, wieder in weite Ferne gerückt.¹⁶⁹⁸ Das radikale Graz aber „erkämpfte“ sich den Beinamen, die „deutscheste Stadt“ zu sein, den es lange behalten sollte, gewissermaßen als ein Pendant zum radikalen Prag.

In Prag kam es am 29. November anlässlich einer Feierstunde deutscher Studenten in der Universität zu einem Exzeß des aufgebrachten tschechischen Mobs, als bei offenem Fenster die „Wacht am Rhein“ ertönte.¹⁶⁹⁹ In einer Ministerratssitzung vom 2. Dezember 1897 machte der neue Ministerpräsident Gautsch erste Angaben über das Ausmaß der Zerstörung, weil „der nationale Haß der tschechischen Kreise mit elementarer Gewalt zum Durchbruche“ gekommen war.¹⁷⁰⁰ Demnach hatte sich die Erregung nach der Feierstunde derart gesteigert, daß randalierende Tschechen deutsche Studenten der Verbindung Schlaraffia vor dem Deutschen Kasino mißhandelten und die zu Hilfe eilende Sicherheitswache mit Steinen bewarfen. Am Wenzelsplatz gingen 34 Spiegelscheiben, Fenster und Türen des Deutschen Theaters zu Bruch. Zahlreiche Kneiplokale deutscher Burschenschaften wurden aufgebrochen und demoliert und dabei 40 Wachleute, die meisten durch Steinwürfe, drei durch Messerstiche, verletzt. Am 30. November abends ging am Wenzelsplatz erneut ein Steinregen auf das deutsche Mädchengymnasium nieder, dem auch die letzten Fenster des Deutschen Theaters zum Opfer fielen. Am 1. Dezember tobten den ganzen Tag schwerste Ausschreitungen in der Stadt.

1697 Ebd., S. 175–209.

1698 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 50.

1699 KAINDL, Friedrich, Böhmen. Zur Einführung in die böhmische Frage, S. 231.

1700 Protokoll, des zu Wien, am 2. Dezember 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 71, M. R. Z. 42, Inhalt: Die anlässlich der Exzesse in Prag zu treffenden Vorkehrungen, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

Die Möbel des Café Prinz wurden auf die Straße gezerrt und angezündet, ein Beispiel, das zahlreiche Nachahmungstäter fand. Nach dem Bericht Gautschs herrschte in Zizko, einem Prager Vorort, die „reine Revolution“. Als die Polizisten mit Steinen beworfen wurden, machten sie von der Schußwaffe Gebrauch. Bei einem späteren Angriff auf die Munitionsfabrik starb ein Arbeiter nach einem Bajonettstich. Gautsch, der in ständiger telephonischer Verbindung mit dem böhmischen Statthalter stand, ordnete Truppenzusammenziehungen in Wien und Krakau an, um „durch eine imposante Truppenmacht der Exzesse Herr zu werden“. Aber trotz des Einsatzes von sieben Bataillonen und zwei Eskadronen und trotz zahlreicher Verhaftungen ließ der Kaiser am 2. Dezember wegen der hohen Zahl von Toten und Verwundeten „aus eigener Überzeugung“ das Standrecht über die Stadt und einige Vororte, wo es ebenfalls zu zahlreichen Brandstiftungen gekommen war, verhängen. Weil es aber auch nach der Aufhebung des Standrechts immer wieder zum Aufflackern der Unruhen gekommen war, erließ der böhmische Statthalter Karl Graf Coudenhove am 20. Jänner 1898 ein Verbot, Vereinsabzeichen zu tragen. Es richtete sich aber praktisch in erster Linie gegen das öffentliche Farbentragen der Studenten, was diese wegen der „Einseitigkeit und der daraus resultierenden Ungerechtigkeit“ mit einem Universitätsstreik beantworteten.¹⁷⁰¹ Es wurde bereits an mehreren Stellen angeführt, wozu eine radikale Studentenschaft in der Lage war, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlte. Die Prager Ausschreitungen und das „Farbenverbot“ boten ihnen jetzt willkommene Anlässe, nach längerer „Absenz“ wieder ins politische Rampenlicht zu treten.

Die Egerer Nachrichten zogen einen willkommenen Schluß: „... Die Tschechen (Anm. gemeint sind alle Tschechen) ... veranstalten neuhussitische Raubzüge, da wird geraubt, gestohlen und geplündert, kurzum die tschechischen Charakter und Rasseeigentümlichkeiten kamen voll zur Geltung ... Jetzt ist der Beweis da, die Tschechen sind eine minderwertige Nation ... Die Verwüstungen an deutschen Gebäuden, die vollständig demolierten Schulen, ... Gasthöfe und Kaffeehäuser wurden überfallen, den Redaktionen deutscher Blätter die Fenster eingeworfen; das ist die Kulturarbeit der Tschechen! Sie sind ein kulturfeindlicher Haufe und Pöbel!“¹⁷⁰² Es nützte dabei wenig, daß selbst Eduard Pichl über einen nicht weniger antisemitischen Mob schrieb, der genauso jüdische Geschäfte plünderte.¹⁷⁰³

3.6 Ein Resümee

Am 1. Dezember 1897 faßte Franz Stein die zurückliegenden Ereignisse in einer Art Gesamtschau der späteren „NS-Tugenden“, die die „Badeni-Kampfzeit“ erst geprägt hatte, wie die Rücksichts- und Kompromißlosigkeit, den Kampf bis zum Untergang, Ehre und Treue und die Rechtmäßigkeit des Handelns, zusammen: „Der frivole Kerl aus der Polakei ist verschwunden. Ganz All-

1701 MOLISCH, Paul, Politische Geschichte der deutschen Hochschulen in Österreich von 1848 bis 1918, S. 182.

1702 Egerer Nachrichten, Nr. 96 vom 4. Dezember 1897, S. 1.

1703 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 254.

deutschland jubelt! Noch aber besteht sein Werk! ... Wir standen am Vorabend des Ausbruchs einer Revolution: Jetzt erst kamen die Herren zur Einsicht! Zuerst aber mußte Blut fließen, Tote mußten in den Straßen liegen ... Es war die elfte Stunde – Wir haben die Regierung gestürzt, die Obstruktion hatte Erfolg und der Erfolg ist den Schönerianern zu verdanken. Rücksichtsloses Vorgehen, Anwendung aller Mittel, ... das ist die von Schönerer und Genossen betriebene Obstruktion, dies führte den ersten Sieg herbei und diese Kampfesform muß beibehalten werden, solange die Sprachenverordnungen nicht verschwunden sind, ... kein Aushandeln, kein Paktieren, solange nicht alles zurückgezogen ist ...“¹⁷⁰⁴

Daß die „Kampfesform“ auch von einer „Deutschen Gemeinbürgschaft“ beibehalten würde, um nicht nur eine Regierung, sondern auch einen Staat zu stürzen, konnte aber auch Stein nicht in seinen kühnsten Träumen annehmen. Eine Feierstimmung kam auch bei den alldeutschen Politikern nach dem Sturz Badenis nicht auf. Daran konnten auch die Freudenfeste im Waldviertel¹⁷⁰⁵ für den „Ritter Georg“ nichts ändern. Es machte sich eher der Katzenjammer nach einem infernalischen Rausch breit.

Schon das Gelingen des Ausgleichsprovisoriums, das die Delegationen unter „Hängen und Würgen“ mit den Ungarn ausfochten hatten, beseitigte eine wesentliche Stütze der von Schönerer verblieben verfolgten Obstruktion: Der Kaiser selbst legte am 30. Dezember 1897 die Quote für ein Jahr fest. Die Bestimmungen über das Zollgefälle und über die Fortdauer des Ausgleiches wurden mittels §14 Notverordnungen rechtskräftig gemacht.¹⁷⁰⁶ Diese Vorgangsweise und das Kabinett des Ministeriums Gautsch, das sich selbst als Provisorium verstand, verdeutlichte den Parteien nur allzu gut, daß es ohne sie auch ging und sie eigentlich jetzt am Zuge waren. Wenn auch die Verhandlungen, welche die Regierung im Jänner 1898 mit den deutschböhmischen Vertretern führte, um den Zusammenhalt zwischen den liberalen und nationalen Deutschen zu sprengen, wie Gautsch am 8. Jänner im Ministerrat erklärte, wegen der Forderung nach sofortiger Aufhebung der Sprachenverordnungen fruchtlos verliefen – verhandelt wurde doch. Das Bemühen der Regierung, sich der deutschen Seite zu nähern, zeigte bei den gemäßigten Parteien allmählich seine positive Wirkung. Der dadurch hervorgerufene Unmut der Gegenseite, der sich im Austritt der Jungtschechen aus dem böhmischen Landtag bis zum 29. Dezember 1898 wegen eines unbeantwortet gebliebenen Adressentwurfs, in dem sie die Festlegung der Unteilbarkeit des Landes gefordert hatten, manifestierte, besiegelte dann das Schicksal des Interimkabinetts Gautsch. Auch sein „Abschiedsgeschenk“ vom 5. März 1898, eine Modifikation der Badenischen Sprachenver-

1704 Egerer Nachrichten, Nr. 95 vom 1. Dezember 1897, S. 1.

1705 Ebd., S. 6.

1706 Protokoll, des zu Wien, am 13. Dezember 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 76, M. R. Z. 46, Inhalt: Termin für die Durchführung der kaiserlichen Entscheidung über die Quote sowie der kaiserlichen Verordnung betreffend die Aufrechterhaltung des status quo im Komplex mit den Ausgleichsfragen. Im Zusammenhang damit: Protokoll, des zu Wien, am 19. Dezember 1897 abgehaltenen Ministerrathes, K. Z. 80, M. R. Z. 48, Inhalt: Erwirkung eines sechsmonatigen Budgetprovisoriums aufgrund § 14, ÖStA, AVA, Ministerratsprotokolle 1896–1897 Abschriften, Karton 36.

ordnungen, die eine Dreiteilung Böhmens vorsahen, befriedigten beide Teile nur wenig.¹⁷⁰⁷ Doch schon unter Gautschs Nachfolger, Franz Graf Thun, wich die Erregung der vernünftigen Überzeugung, daß ein Schlußpunkt zu setzen wäre, sobald der rechtliche Weg beschritten war. Thun ließ auch versöhnlichere Töne anklingen, als er im Frühjahr 1898 die Lesung der von der Fortschrittspartei, der Volkspartei und den Sozialdemokraten eingebrachten Dringlichkeitsanträge auf Erhebung der Anklage gegen Badeni wegen der Novembervorgänge zuließ, die mit einfacher Stimmenmehrheit an einen Ausschuß verwiesen wurden. Das Reichsgericht bestätigte indirekt die Rechtswidrigkeit der „Lex Falkenhayn“, als es den ausgeschlossenen Abgeordneten den durch die geänderte Geschäftsordnung verwehrten „rechtmäßigen“ Anspruch auf ihre Diäten zuerkannte. Das „Parteienleben“ normalisierte sich allmählich wieder. Auch die von Thun geforderten Anträge der deutschen Parteien, um in der Form eines „Sprachenausschusses“ eine Lösung im Verhandlungsweg anzubahnen, sprachen zunächst dafür. An diesen Verhandlungen, die sich bis zum Herbst 1899 dahinschleppten, scheiterte aber auch sein Kabinett. Ein weiteres Übergangskabinett, das Manfred Graf Clary und Aldringen präsidierte, hob am 17. Oktober 1899 die Gautschen Sprachenverordnungen wieder auf, womit zumindest der Zustand der Stremayrschen Sprachenverordnungen des Jahres 1880 wiederhergestellt war.¹⁷⁰⁸

Was den Schönerianern unter Badeni gelungen war, nämlich die Linke vor sich herzutreiben, verkehrte sich nun nach Badeni schnell ins Gegenteil und führte zu ihrer völligen Isolation. Wenn auch die Sprachenverordnungen einigend wirkten, so trennten sie doch die Parteien, als es darum ging, positive Vorschläge zu machen. Schönerers Politik, gegen jeglichen Verhandlungswillen mit der Regierung eisern an der Obstruktion festzuhalten, das eigentlich einzige Mittel, das er je vorgegeben hatte, um diesen Staat für einen „Anschluß“ aus den Angeln zu heben, wirkte dabei einfallslos. Wenn diese Politik jemals produktiv gewesen sein mag, ab dem Jahr 1898 steigerte sich jährlich ihre Unproduktivität. Langsam aber sicher begann für die Gemäßigten das Treiben der Radikalen unangenehm zu werden. Die Ministeranklage, die Schönerer gegen Gautsch im März 1898 wegen der Erlassung seiner Sprachenverordnungen einbrachte, amüsierte noch viele, doch die Verurteilung des in das Kabinett Thun als Handelsminister eingetretenen Karl Maria Baernreithers als „Volksverräter“¹⁷⁰⁹ rief bereits heftige emotionelle Reaktionen hervor. Der Ankündigung Karl Hermann Wolfs in der „Ostdeutschen Rundschau“, er werde alle, „die seinen Wegen nicht folgen, kriegsrechtlich als Verräter aufknüpfen“, entgegnete Barenreithers Parteifreund Karl von Grabmayr in seiner schon mehrmals zitierten Rede vom 15. April 1898 mit einer Absage an die „Ritter von der Kornblume“: „Da muß man doch wohl fragen, ob diese Herren noch normal sind, oder ob wir es mit einem schweren Anfall von akutem Größenwahn zu tun haben! Glauben die Herren wirklich, daß die deutsche Gemeinbürgerschaft darin besteht, daß alle tanzen müssen, wie ein einzelner pfeift? ... Die von unseren Feinden verbreitete Legende, daß das deutsche

1707 Dazu KAINDL, Friedrich, Böhmen. Zur Einführung in die böhmische Frage, S. 100.

1708 KAINDL, Friedrich, Böhmen. Zur Einführung in die böhmische Frage, S. 106.

1709 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 43.

Volk Österreichs unter der Führung des Herren Wolf und Schönerer stehe, muß zerstört werden, uns zwar schon deshalb, weil diese Legende wesentlich dazu beiträgt, das Verhältnis zwischen der Krone und dem deutschen Volk immer mehr zu verbittern ... Wir wollen keine antidynastische, wir wollen keine antiösterreichische Politik, wir wollen eine Politik, die ... den Frieden zwischen den Völkern Österreichs nicht ausschließt“.¹⁷¹⁰

Gleich nach der Eröffnung der XIV. Session des Reichsrats am 21. März 1898 provozierte Schönerer einen neuerlichen Skandal ... Nach der Wahl des Klerikalen Viktor von Fuchs zum neuen Präsidenten des Hauses stellte er folgenden Antrag: „In der Erwägung, daß der Abgeordnete von Fuchs Mitglied jenes Präsidiums war, welches den verfassungswidrigen Antrag Falkenhayn in Szene gesetzt und zur Durchführung gebracht hat, wolle das hohe Haus beschließen: Der zum Präsidenten gewählte Abgeordnete Dr. von Fuchs wird als Staatsverbrecher angesehen und daher für das Zuchthaus reif erklärt.“ Der Deutschböhme Anton Pergelt fiel ihm dabei ins Wort und versuchte richtigzustellen, daß die „Lex Falkenhayn“ auf einem Beschluß der Abgeordneten beruht hätte.¹⁷¹¹ Für viele Abgeordnete der Linken, die den Antrag nicht unterstützten, war der Auftritt schon eher peinlich. An den Delegationswahlen, die am 24. März stattfanden, beteiligten sich die Schönerianer als einzige Partei nicht, um der „Regierung keinen Liebesdienst zu erweisen“, wie es Wolf ausdrückte. Der vernünftige Einwurf Pergelts, das Interesse müsse gerade groß sein, so viele Abgeordnete in die Delegationen zu bringen wie möglich, um auf diese Weise gegnerische Absichten besser bekämpfen zu können, fiel einmal mehr unter das Thema „Volksverrat“.

Warum sich Schönerer mehr als sonst zu fast hysterischen Ausbrüchen hinreißen ließ, hatte aber seine wahre Ursache im Eintritt des nach allen Seiten offenen und auf Versöhnung bauenden „Erzfeindes“, der Christlichsozialen, in die „Deutsche Gemeinbürgschaft“. Als am 13. März 1898 die aus dem Verfassungstreuen Großgrundbesitz, der Deutschen Volkspartei, der Freien Deutschen Vereinigung Mauthners, der Deutschen Fortschrittspartei und den Christlichsozialen bestehende linke Mitte die „nationale Gemeinbürgschaft“ vom November erneuerte, waren die Schönerianer wegen der Anwesenheit der Christlichsozialen nicht mehr zugegen. Am 30. März 1898 begannen sie ihre „Fehde gegen die deutschen Parteien“ und stürzten sich dabei sofort auf Lueger als ihren großen Gegenspieler, der Wolfs Äußerung, er sei der „Gaukler von Wien“ mit der Bemerkung zurückwies, es sei „besser, man ist bloß Gaukler von Wien, als man ist Gaukler von ganz Österreich und ein Landesverräter“.¹⁷¹² Es steckte auch viel Verbitterung in den Worten des oben zitierten Resümees Franz Steins, dem ordentlich in Zugzwang gekommenen „schönen Karl“ nicht gleichzeitig mit Badeni den Todesstoß versetzt zu haben: „Die einzige Ursache, daß Lueger gegen die Regierung auftrat, waren die Demonstrationen der akademischen Jugend

1710 GRABMAYR, Karl von, Politische Reden, S. 37.

1711 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIV. Session, 1. (Eröffnungs) Sitzung vom 21. März 1898, S. 20. Vgl. PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 44.

1712 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIV. Session, 6. Sitzung vom 30. März 1898, S. 282f.

gegen ihn, er und die Pfaffen wären sonst isoliert, der Herr von Wien ohne Volk gewesen ... Die Ratte Lueger verließ das Wrack Badeni.“ Eben zu früh.

Wenn nun Schönerer wie in seiner Reichsratsrede vom 1. April 1898¹⁷¹³ von durchbrochener Gemeinbürgerschaft und Isolation sprach, so hatte er dabei als wahre „Volksverräter“ immer die Christlichsozialen im Auge, welche die brav zum Schwur von Eger stehenden deutschen Parteien auf ihre Seite gezogen hätten: „Lueger hatte erreicht, was er immer angestrebt, die Ausschaltung Schönerers“, schrieb sein Biograph Eduard Pichl, der die Partei folgendermaßen „charakterisierte“: „Und werfen wir einen Blick auf die damals größte aus deutschgeborenen Mitgliedern bestehende Partei, auf die nur römischen und Regierungsinteressen gehorchende, im Abgeordnetenhaus seinerzeit als ordinärste Partei bezeichnete Gruppe, so stehen wir vor einem unlösbaren Rätsel, wenn wir wahrnehmen, daß Deutsche mit dieser Partei paktieren, mit einer Partei, die alles eher als nationales Empfinden besaß und die seit ihrer Entstehung ungescheut völkischen Hochverrat betrieb.“¹⁷¹⁴ Wiederholt zitierten die „Unverfälschten Deutschen Worte“ die Rede Luegers, daß der Augenblick gekommen sei, „wo sich die Vertreter des deutschen Volkes vereinigen können. Auf die Schönerianer werden wir verzichten!“

Je stärker das Gefühl des „Isoliert-Seins“ aber wurde, desto größer wurde auch die „Todessehnsucht“, das Sterben für die deutsche Sache als nationaler Märtyrer in Analogie zum christlichen Märtyrer. Der Einigkeit Luegers stellte Schönerer in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ seine Einigkeit gegenüber: „Keine Einigkeit des steten Zurückweichens und Nachgebens vor dem unheilvollen Ansturm der slawisch-klerikalen Gemeinbürgerschaft, sondern eine Einigkeit ... für die ungestüme Vertretung der Forderung nach der deutschen Staatssprache auf nationalem Boden ... Eine andere Einigkeit kennen wir nicht, jede andere Einigkeit ist Schwindel, bedeutet den völkischen Tod.“¹⁷¹⁵ An einer anderen Stelle verkündete er: „Besser Kampf als fauler Friede! Lieber tot als unserem Volke untreu!“¹⁷¹⁶

Aus Neid und Eifersucht, ins Eck gestellt worden zu sein, entstand ein fanatischer Parteienhaß: Jede politische Gruppierung, die sich zur „slawisch-klerikalen Gemeinbürgerschaft“ bekannte, war fortan des Todes. Als letztes Aufbäumen und auch als eine letzte Chance, aus der „bedingungslosen Obstruktion“ Kapital zu schlagen, versuchte Schönerer nun jenes Lager, das ihm am nächsten stand, nämlich jenes der „Deutschen Volkspartei“, deren Leitung nach seinen Worten „längst eine christlichsoziale“ sei¹⁷¹⁷, zu spalten. Das wäre ihm auch beinahe gelungen, denn die Androhung des Austritts der radikalen Abgeordneten und ihr Anschluß an die Schönerianer machte eine Krisensitzung am 1. April notwendig. Um diesen Angriff halbwegs zu parieren, wurde Otto Steinwender zum „Bauernopfer 1898“ der Radikalen auserkoren, der Viktor von Hochenburger Platz

1713 Zitiert In: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 98.

1714 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 101.

1715 Zitiert In: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 99.

1716 Zitiert In: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 47.

1717 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 98.

machen mußte, um den Zusammenhalt der Volkspartei zu sichern. Steinwender mußte unter dem Vorwand abtreten, die Badenischen Sprachenverordnungen gebilligt und die Obstruktion nur unter massivem Druck in Szene gesetzt zu haben. Den Radikalen genügte der Führungswechsel, um zu bleiben. Aber auch Hohenburger war kein Freund der Schönerianer: Nach seiner Überzeugung, die er am 17. April 1898 als Anmerkungen zur „politischen Lage“ zu Papier brachte, war ein „deutsches Einigungswerk“ nur möglich, wenn man den Rückfall in die „deutsche Erbkrankheit“ vermeide, unter der er folgendes verstand: Das Hervorkehren des eigenen Ichs und eine Infragestellung der Gemeinbürgerschaft durch persönliche Eitelkeiten, kleinliche Eifersüchteleien und einen schädigenden Fraktionsgeist. Wer das Einigungswerk störe oder zerstöre, betrachtete Hohenburger als einen „Schädling, der nicht minder sträflich handelt als ein Verräter“. Das waren allzu deutliche, gegen Schönerer gerichtete Worte, der damit nicht die letzte Niederlage einstecken mußte, denn auch innerhalb seiner Kadertruppe bahnte sich eine Krise an.

Zwar hatte sich auch Karl Hermann Wolf an der „Fehde gegen die deutschen Parteien“ beteiligt und in seiner Rede vom 1. April 1898 jedes Nachgeben in der Sprachenfrage bis zur endgültigen Feststellung der deutschen Staatssprache, dem „einzigen Verständigungsmittel im Völkerkonglomerat Österreich“ aufs schärfste verurteilt. Diese Kompromisslosigkeit begründete er einmal mehr mit der „Minderwertigkeit der tschechischen Sprache, die noch kein bedeutendes literarisches oder wissenschaftliches Werk hervorgebracht“ hätte, doch in seinen Warnungen vor allem, was nicht „im Interesse Österreichs“¹⁷¹⁸ gelegen sei, ließ er bereits eine gewisse Anomalie zum Alldeutschtum erkennen.

Wolf wollte seine während der Badeni-Tage erlangte Popularität ganz anders nutzen als Schönerer. Seine Idee war es immer gewesen, eine große „nationale Volkspartei“ zu gründen, in der alle radikalen Elemente Aufnahme finden könnten. „Ein nationales Denken und Empfinden und ein freiheitliches Fühlen sollten ein einigendes Band herstellen“, wie er dies in einer Rede im Abgeordnetenhaus im Oktober 1897 beteuerte.¹⁷¹⁹ Die „Deutsche Gemeinbürgerschaft“ bedeutete für ihn einen wesentlichen Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles. Demgegenüber versuchte Schönerer Wolf klar zu machen, daß eine Zusammenarbeit mit jemandem, der sich nicht unter sein Kommando stellte und die bedingungslose Obstruktion mitmachte, unmöglich sei. Diese Devise der nächsten Jahre und der Zerstörungswille Schönerers, der in den Spaltungsversuchen der „Deutschen Volkspartei“ sehr deutlich zum Ausdruck kam, verbitterten Wolf immer mehr. Er pflegte im Gegenteil weiterhin seine guten Kontakte zur Volkspartei, wie zu Beurle und Sylvester. Anders als jene Parteigenossen, die ständig am Starrsinn des Gutsherren scheiterten und es nicht wagten, gegen seinen Willen aufzutreten, stand Wolf am Höhepunkt seiner politischen Bedeutung und seiner Popularität und entwickelte ein „Eigenleben“. Er war nach seinen Ernennungen zum Ehrenmitglied hunderter nationaler Schutzvereine und seinen Ehrenbürgerschaften vieler

1718 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIV. Session, 9. Sitzung vom 1. April 1898, S. 452.

1719 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIII. Session, 18. Sitzung vom 26. Oktober 1897, S. 965.

Gemeinden in Böhmen so etwas wie ein „kleiner König“ geworden.¹⁷²⁰ Ein damals eigens komponierter „Karl Hermann Wolf Marsch“ löste noch 1940 im Sudetenland Begeisterung aus. Demgegenüber hatte sich das Bild von Schönerer als „Sieger“ der Badeni-Krise grundsätzlich verändert. Wolf hatte ihn längst aus seinem Schatten überholt. Nichts verdeutlicht dies besser als die fast besorgte, bis zum Outing als Wolf-Fan gehende Beurteilung der politischen Lage durch den deutschen Geschäftsträger in Wien, Prinz Lichnowsky, in einer Note an den Reichskanzler Fürst Hohenlohe vom 13. Juni 1898: „Herr Wolf ist heute ohne Zweifel der geistige Führer des deutschen Volkes in Österreich ... Etwaige Neuwahlen würden seine direkte Anhängerschaft verzehnfacht wiederbringen. Das weiß auch die Regierung sehr genau. Während Herr Schönerer immer mehr zurücktritt und hauptsächlich durch Roheit und Komik von sich reden macht, haben natürliche Begabung, persönliche Unerschrockenheit und Energie, vor allem seine fanatische Hingabe an die nationale Sache und seine Erfolge Herrn Wolf eine Beliebtheit verschafft, die weit über die Grenze seiner verpönten Partei hinausgeht, wenn auch viele sich scheuen würden, dies offen einzugestehen.“¹⁷²¹ Ein internes Parteizitat gibt Aufschluß über die Eifersucht des Parteipapstes auf seinen ehemaligen „Parteileutnant“, die während der nächsten drei Jahre eskalieren sollte: „Wolfs Kugel drang Badeni in den Arm und Schönerer ins Herz.“¹⁷²²

Man kann fast erahnen, wie Georg von Schönerer auf diese Zwänge mit der ihm eigentümlichen Mischung aus Starrheit und Verdrossenheit reagierte, die ihn dazu brachte, alles hinzuschmeißen, um im nächsten Augenblick seinen politischen Zielen eine energische Steigerung zu geben. Am 5. November 1898 zog auch er im Reichsrat ein Resümee über das „Jahr eins nach Badeni“ und schlug mit einer „Skandalrede“ ein neues Kapitel auf, das zumindest in seinem politischen Leben sein letztes werden sollte: „Warum bestehen eigentlich die Sprachenverordnungen trotz ihrer Ungesetzlichkeit bis auf den heutigen Tag noch fort? Weil sie von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses geschützt werden. Wer ist ausschlaggebend in dieser Mehrheit? Die Deutschklerikalen ... Die deutschen Römlinge leisten den Slawen in der Sprachenfrage wirksame Unterstützung. Die Deutschklerikalen ermöglichen die nationale Unterdrückung der Deutschen, indem sie in der Regierungsmehrheit den Slawen die Unterdrückung der Deutschen und die Einengung des deutschen Sprachbodens überhaupt möglich machen ... Seht, die Deutschklerikalen verraten an der Seite der zumeist hussitischen, deutschfeindlichen Jungtschechen das deutsche Volk! Lauter und lauter erschallt für den aufmerksamen Beobachter der Ruf, der sich zusammenfassen läßt in drei Worte: Los von Rom! Los von Rom! Das muß das Schlagwort sein in dieser ernsten Stunde des nationalen Kampfes ... Und wenn die Deutschen das Joch von Rom abgeschüttelt haben werden, dann werden sie der Unterdrückung der slawischen Herrschaft nicht unterliegen können.“¹⁷²³

1720 WEBER, Klemens, Karl Hermann Wolf, S. 151.

1721 Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914, Bd. 13, Berlin 1924, Nr. 3474, S. 118f.

1722 Zitiert in: WEBER, Klemens, Karl Hermann Wolf, S. 152.

1723 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIV. Session, 16. Sitzung vom 5. November 1898, S. 987. Vgl. PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 62.

4. Los von Rom

Der Sturz Badenis und die rasch zerfallende „Deutsche Gemeinbürgschaft“ hinterließen natürlich auch bei einer von jeher nicht ganz homogenen Mannschaft der Alldeutschen ihre Spuren. Schönerer wollte nun mit dem Slogan „Los von Rom“ „seiner“ Bewegung gleichsam als Pendant zum „Schwur von Eger“ einen breiter angelegten, „allumfassenden“ Rahmen geben, der Ausdruck des Opfermutes und der Treue war.

Es sollte das letzte, nicht sehr erfolgreiche Aufbäumen Schönerers gegen den Fall in die politische Bedeutungslosigkeit werden, das sich eigentlich nur bis zum Jahre 1902 als erwähnenswert bezeichnen läßt. Im Jahre 1904 war sein Stern endgültig erloschen. Nur mehr einem immer kleiner werdenden Kreis fiel Schönerer durch seine jährlichen Wallfahrten nach Friedrichsruh zu Bismarcks Grabstätte auf, wo auch er 1921 seine letzte Ruhe finden sollte. „Los von Rom!“ – ein Begriff, der sich sehr einfach mit dem „Austritt aus der katholischen Kirche“ übersetzen läßt – zerriß die Gemeinde der Schönerianer, weil zumindest in der Führungsriege jeder etwas anderes darunter verstand und ihm einen anderen Inhalt gab. Weit wichtiger für unsere Betrachtung ist jedoch, daß diese Bewegung mit den Worten Friedrich Funders in der „Arbeiterschaft auf kalte Gleichgültigkeit“ stieß.¹⁷²⁴

Eine Partei sah sich daher mit einer ihr angehörigen jungen und immer stärker werdenden „Unterströmung“ konfrontiert, bei der ein „politischer“ Hauptslogan nicht mehr greifen wollte. Franz Stein, der diese „völkische Arbeiterschaft“ anführte, mit der wiederum Schönerer wenig anzufangen wußte, blieb, seinem Meister treu ergeben, selbst ein großer Verfechter der „Los von Rom-Bewegung“ und wurde dadurch vor fast unlösbare Probleme gestellt. „Als ich nach Wien kam, war die Bewegung schon längst von der inzwischen zur Macht gelangten christlichsozialen Partei überflügelt, ja zu einer vollständigen Bedeutungslosigkeit herabgedrückt worden. Dieser ganze Vorgang des Werdens und Vergehens der alldeutschen Bewegung einerseits und des unerhörten Aufstieges der christlichsozialen Partei andererseits sollte als klassisches Studienobjekt für mich von tiefster Bedeutung werden“, schreibt Adolf Hitler in „Mein Kampf“: „Wieder war eine erfolgversprechende politische Heilsbewegung der deutschen Nation zugrunde gegangen, weil sie ... sich auf Gebiete verlor, die nur zu einer Zersplitterung führen mußten ... Die alldeutsche Bewegung würde diesen Fehler wohl nie gemacht haben, wenn sie nicht zu wenig Verständnis für die Psyche der breiten Masse besessen hätte. Würde ihren Führern bekannt gewesen sein, daß man, um überhaupt Erfolge erringen zu können, ... der Masse niemals zwei oder mehr Gegner

1724 FUNDER, Friedrich, Vom Gestern ins Heute, S. 219.

zeigen darf, da dies zu einer vollständigen Zersplitterung der Kampfkraft führt, so wäre schon aus diesem Grunde die Stoßrichtung der alldutschen Bewegung nur auf einen Gegner allein gestellt worden.“¹⁷²⁵ Hitlers Verhältnis zur Kirche ist stets zwiespältig geblieben, er verschob die große Konfrontation. Das Judentum und die damit in Verbindung gesetzte Sozialdemokratie ist aber unschwer als „der“ Gegner zu erkennen, auf den Hitler seine Stoßrichtung konzentrierte.

Die Partei zerfiel während der Los von Rom-Bewegung in zwei Richtungen: In eine politisch aktive Arbeiterbewegung und in eine Richtung, die Schönerer ins dogmatische und literarische Lager der Rassentheoretiker und Welterklärer führte. Wer im Wien der Jahrhundertwende sozusagen als zweite Generation der völkischen Heilslehrer schrieb und lehrte, gehörte als Minderheit einer ganzen Schar von selbsternannten Wissenschaftlern an, die mit ihren Ängsten und den Ängsten der Menschen vor dem Zerfall des Reiches, vor Weltverschwörungstheorien und vor dem Nachlassen der Autorität der Kirche Geld verdienten. Wie auch heute wieder, blühte damals das Sektenwesen. Schönerer öffnete seinen Jüngern die Welt eines Guido von List oder eines Lanz von Liebenfels. Mit Politik hatte dies nur mehr sehr wenig zu tun. Auch der junge Hitler war während seines Wien-Aufenthalts als „Schönerianer“ – „Als ich nach Wien kam, standen meine Sympathien voll und ganz auf der Seite der alldutschen Richtung“¹⁷²⁶ – mit diesen „Endströmungen“ zumindest konfrontiert.

4.1 Die Ursprünge der „Los-von-Rom-Bewegung“

Für Friedrich Heer bedeutete die „Los von Rom-Bewegung“ „der“ Brennpunkt aller Hoffnungen auf eine neue Reformation, ein „Kampf der Provinz gegen Wien, geführt von den Ländern, in denen die alte evangelische Resistance sich jetzt in neue Formen gewandelt hatte. Im Kampf gegen Rom begegneten einander Wotans-Glaube und evangelische Reformation gegen die römisch-habsburgische Gegenreformation.“¹⁷²⁷ Georg von Schönerer hatte viel von diesen historischen Traditionen übernommen und sie pervertiert. Bezüglich der räumlichen Komponente als „Kampf gegen Wien“ decken sich die Gebiete, in denen die Bewegung halbwegs Erfolge feiern konnte, auch mit den Ländern der „alten evangelischen Resistance“ – Nordböhmen, wo mehr als die Hälfte der eher spärlichen Übertritte zu verzeichnen waren, Steiermark, Kärnten und Teilen Niederösterreichs wie dem Waldviertel. Dabei ist jedoch zusätzlich zwischen einem Übertritt aus religiöser Überzeugung als einer Art von „neuer Reformation“ und einem „völkischen Motiv“ als einer Art Gründung einer neuen Volksreligion zu unterscheiden.

Im Grunde genommen war die „Los von Rom-Bewegung“ ein „alter Hut“. Nach dem Zeugnis Robert Hamerlings, dem Lieblingsdichter Schönerers, war der Ruf dazu bereits am 18. August

1725 HITLER, Adolf, *Mein Kampf*, S. 128.

1726 Ebd., S. 106.

1727 HEER, Friedrich, *Der Kampf um die österreichische Identität*, Wien/Köln/Graz 1981, S. 290.

1848 zum ersten Mal anlässlich einer Versammlung der Wiener „Deutschkatholischen Partei“ von Aktivisten gegen den politischen Katholizismus unter die Massen gebracht worden.¹⁷²⁸ Auch das Vatikanische Konzil, das durch das Unfehlbarkeitsdogma des Papstes zur Abspaltung der Altkatholiken geführt hatte, trug dazu bei, daß die Parole „Los von Rom“ unter diesen Gläubigen noch sehr lange weite Verbreitung fand. Von rein politischer Seite aus gesehen war es wiederum der Antiklerikalismus der liberalen Parteien, der viel zur Bewegung beitrug. So schrieb die „Rumburger Zeitung“ im Juni 1883: „Man kann nicht leugnen, daß der Druck, den in Österreich der katholische Klerus auf den deutschen Volksstamm übt, ein höchst empfindlicher ist, und daß nichts begreiflicher wäre, als die Anwendung des natürlichsten und einfachsten Mittels, sich diesem Druck zu entziehen durch den massenhaften Übertritt der so feindselig Behandelten in die ihnen aus vielen Gründen überaus nahestehende evangelische Kirche.“¹⁷²⁹ Schönerer selbst warb ab dem Jahr 1878 für das „Evangelischwerden des deutschen Ostmarkvolkes“, nachdem sich sein bester Freund Julius Krickl bereits 1871 „romfrei“ gemacht hatte und nahm im November 1883 anlässlich des 400. Geburtstages des Reformators an den „Luther-Feiern“ teil. Trotzdem bedurfte es während und nach den Badeni-Tagen des „klerikalen Volksverrats“ zweier „Denkanstöße“ von verschiedenen Seiten, um den „Ritter Georg“ hellhörig zu machen.

Wie „erfinderisch“ die radikale Studentenschaft gegen die Staatsmacht war, wenn sie das Gefühl hatte, „ungerecht“ behandelt zu werden, wurde bereits mehrmals erwähnt. Ihr Engagement gegen Badeni begann nach der Auflösung der Innsbrucker Burschenschaft Germania, die am 18. April 1897 gegen die Sprachenverordnungen aufgerufen hatte, eher „zaghaft“ und es sah fast so aus, als würde sie eine radikalere Professorenschaft in den Schatten stellen. Am 12. Mai verurteilten die Professoren der Prager deutschen Universität die Sprachenverordnungen als eine „Maßregel“, die den Bestand der Juridischen Fakultät bedrohe und gelobten, „treu zum deutschen Volk zu stehen“. 96 Professoren sprachen damals von einer „Erbitterung“ und 816 reichsdeutsche Hochschullehrer veranstalteten eine eindrucksvolle Kundgebung.¹⁷³⁰

Es war schon aus diesem Grunde kein großes Wunder, daß sich die Dezemberexzesse in Prag in erster Linie gegen die deutschen universitären Einrichtungen und die Studenten selbst richteten, die erst im Herbst nach der Sympathiekundgebung für Wolf und Schönerer auf der Parlamentsrampe so richtig in Fahrt gekommen waren.

Auf einer der, nach den Angaben Eduard Pichls, größten, je einem akademischen Oberhaupt seit Bestehen der Universität dargebrachten Feier für Rektor Karl Toldt¹⁷³¹ aus Dank für seine Unterstützung gegen die Polizei im November, vor der zu Tausenden angetretenen deutschen Studentenschaft, nahm der Medizinstudent Franz Födisch am 11. Dezember 1897 in seiner Adresse

1728 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 384.

1729 Zitiert in: BRÄUNLICH, P., Die neuste katholische Bewegung zur Befreiung vom Papsttum. Berichte über den Fortgang der „Los von Rom-Bewegung“, Heft 1, München 1899, S. 46f.

1730 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10, Studenten.

1731 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 383f.

in der Aula „auf halbem Weg“ gegen Rom Stellung. Nachdem er über die „gezielte“ Volkseinfremdung in Kirche und Schule gesprochen hatte, erklärte Födisch in einer anschließenden Rede im Arkadenhof des Gartens der „Alma Mater“: „Die deutschnationale Studentenschaft wartet nur auf den geeigneten Augenblick, um ihrem Volke durch ein großes Beispiel zu zeigen, wie es sich aus den Fesseln der römischen Todfeindin losmachen soll, um in der deutschchristlichen, protestantischen Kirche eine freiere und vor allem eine nationale Erziehung zu genießen!“¹⁷³² Födisch, der die Zeit für einen Massenübertritt wegen der „seelischen und wirtschaftlichen Übermacht des Klerikalismus in der Monarchie“ für noch nicht reif hielt¹⁷³³, wurde trotzdem vom Dekan der medizinischen Fakultät, Viktor von Ebner, relegiert, weil er jene Studenten, die der Christlichsozialen und der Katholischen Volkspartei zugeneigt waren, herausgefordert hätte.

Nur einen Tag später führte der Sprecher der deutschen Studentenschaft, der Medizinstudent Theodor Rakus vom Verein Philadelphia, diese Gedanken auf dem „ersten deutschen Volkstag in Wien“ in den Sophiensälen vor 7.000 „Volksgenossen“ weiter aus. Seine Rede zeigte wegen der deutlicheren Stellungnahme gegen den politischen Katholizismus Luegers und für die politische Emanzipation der Studenten eine viel stärkere Verknüpfung der Badeni-Tage und der Vorfälle in Prag mit einem Antislawismus und Sozialdarwinismus, gegen die sich die ebenfalls angesprochenen Freiheitsideale des Jahres 1848 nur mehr wie ein Silberstreif am düsteren Horizont ausmachten: „Eingetreten ist die deutsche Studentenschaft für das verbrieft und mit heiligem Eid beschworene Recht ihres Volkes. Und weil sie das getan, wurde sie von gewisser christlicher Seite als unreif und unberufen beschimpft und ihr das Recht abgesprochen, politisch zu denken und zu handeln ... Was für erbärmliche Schurken sind Diejenigen, die das deutsche Volk der Ostmark unter die Knute der Tschechen und Magyaren bringen wollen. Würden diese Römlinge nur ein Zehntel ihres Wohlwollens den eigenen Stammesgenossen entgegen bringen, das sie für Tschechen und Polaken besitzen, es wäre fast viel. So aber sehen wir sie selbst nach den grauenvollen Tagen von Prag und Pilsen, die dem letzten Zweifler augenscheinlich den Beweis der Minderwertigkeit geliefert haben, noch immer im Lager der Feinde ... Wir Ostmärker werden ... auch mit der sich noch größer dünkenden Powidlnation fertig werden – Nach Rom aber senden wir folgenden ... Drahtgruß: Wo Rom die Wege unseres Volkes kreuzt, ... da legt es selber Hand an seine Wurzeln. Eine solche römisch-katholische Politik wie die heutige, muß eine Sturmesbrandung des verletzten deutschen Volksbewußtseins entfesseln, die mit allbezwingender Gewalt durch die deutschen Gaue tobt mit dem einzig wirksamen Kampfruf: Los von Rom! Gott verläßt keinen Deutschen.“¹⁷³⁴

Mit keinem Wort hatte Rakus dabei den Protestantismus erwähnt. Was ihn für Schönerer so interessant machte, war seine bei den Studenten sehr beliebte „Wotans-Gläubigkeit“, die dieser selbst am 1. Dezember 1896 mit der „mystischen Endzeitangst“, dem Verschlingen der germani-

1732 MOLISCH, Paul, Politische Geschichte der deutschen Hochschulen in Österreich von 1848 bis 1918, S. 207.

1733 Ebd., S. 207.

1734 Zitiert In: Der Volksruf, Nr. 23 vom 20. Dezember 1897, S. 2f.

schen Götterwelt durch die „Wölfin Rom“ unterschwellig angedeutet hatte. Rakus schloß auch seine Rede mit folgendem Gedicht: „Und mannhaft handeln in Liebe und Haß; / Das ziemt dem Wuotanssohne. / Und sterben, vom Schlachtendonner umtost, / Für das heilige Erbe der Ahnen: / Das ist Wuotan's Lehre, ist Wuotan's Trost, / Der Heldentrost der Germanen!“¹⁷³⁵

Vor allem katholische Mediziner waren es innerhalb der radikalen Studentenschaft, die im Jahre 1898, verhetzt durch die von der katholischen Kirche jahrhundertlang gepredigte Tabuisierung des menschlichen Körpers, von einer „Nationalkirche“ träumten, einer „Vereinigung streng christlicher mit streng deutscher Weltanschauung“, als „mächtiges Binde- und Erziehungsmittel für unser Volk“.¹⁷³⁶

Für die Mehrzahl der deutschnationalen Studenten besaß dennoch die Parole „Los von Prag!“ eine magischere Anziehungskraft als „Los von Rom!“: Während es am 29. Dezember 1897 ein Akademikertag in Eger noch abgelehnt hatte, dem nach den Exzessen vom 2. Dezember von so manchen völkischen Blättern und Schutzvereinen propagierten Ruf „Los von Prag“ Folge zu leisten, führte das mittlerweile erlassene „Farbenverbot“ dazu, daß sich nur einen Monat später, am 29. Jänner 1898 auf einem weiteren Akademikertag in Leitmeritz, alle dort anwesenden Studenten mit einer einzigen Ausnahme für die Verlegung der deutschen Universität von Prag in ein rein deutsches Gebiet aussprachen, wobei sie an erster Stelle Reichenberg nannten. Nun wirkte aber wiederum die Professorenschaft gemäß eines von der Regierung erhaltenen Auftrages „dämpfend“ auf die Studenten. Sie appellierte wegen der Schwierigkeiten, die mit einem solchen Unternehmen verbunden wären, dem Wien überdies nie seine Zustimmung gegeben hätte, an ihre Vernunft.¹⁷³⁷ Mit der vorzeitigen Schließung des Semesters am 7. Februar und der Aufhebung des Farbenverbots am 3. März 1898 trat auch eine vorübergehende Ruhe ein.

Die Frage „Los von Prag“ wurde aber auf einer ganz anderen Ebene weitergeführt: Karl Hermann Wolf scherte sofort nach Beendigung der Krisentage wiederholt aus: Zunächst erklärte er in Form einer Resolution am 18. Dezember 1897 auf einem großen „Deutschen Volkstag“ in Prag „die Schaffung einer großen deutschen Volkspartei“ zu seinem vorrangigsten Ziel.¹⁷³⁸ Dann ließ er in einer Rede über die Reichsratsnachwahlen das Lob fallen, daß sich die „Deutsche Fortschrittliche Partei“, die man nicht mehr mit den Altliberalen verwechseln dürfe, als „wackere nationale Kampfpartei“ erwiesen habe und die übrigen deutschen Parteien froh sein könnten, sie in ihren Reihen zu haben.¹⁷³⁹ Warum diese Extratouren die Alldeutschen erzürnten, lag an der Tatsache, daß Wolf, ohne sein Zutun, wie er beteuerte, bei besagten Nachwahlen plötzlich auf der Kandidatenliste der Fortschrittspartei zu finden war. Er trat somit gegen seinen „Parteigenossen“ Karl Iro an. Obwohl er eine Erklärung abgab, die Wahl nicht anzunehmen und sie auch prompt

1735 Zitiert In: HEER, Friedrich, *Der Kampf um die österreichische Identität*, S. 293.

1736 Zitiert In: BRÄUNLICH, P., *Die österreichische Los von Rom-Bewegung. Berichte über den Fortgang der „Los von Rom-Bewegung“*, Heft 2, München 1899, S. 10.

1737 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 10, Studenten.

1738 Egerer Nachrichten, Nr.100 vom 18. Dezember 1897, S. 1.

1739 Egerer Nachrichten, Nr.101 vom 22. Dezember 1897, S. 3.

verlor, löste er damit doch einige Verwirrung aus. Als „Heros“ der Studenten, der am 13. März 1898 anlässlich des 50jährigen Gedenkens an der Spitze eines Zuges stand, der 1600 Vertreter der farbentragenden deutschen Studenten zum Grab der Märzgefallenen auf den Wiener Zentralfriedhof führen sollte, hegte auch er ziemlich laute Sympathien für eine Verlegung der Hochschule aus Prag. Wolf dürfte sich des Programmverstoßes bewußt gewesen sein, da er sich nie direkt für die Zweiteilung Böhmens ausgesprochen hatte, sondern suchte sich vielmehr, wie in diesem Fall, willkommene indirekte Anlässe oder wählte wie mit der „Anerkennung des deutschen geschlossenen Sprachgebiets“ eine geschickte Formulierung. Im Mai 1897 hatte er sich im Abgeordnetenhaus an die Tschechen mit den Worten gewandt: „Lassen Sie ab von dem unsinnigen Traume, uns unseres geschlossenen Sprachgebiets zu berauben“.¹⁷⁴⁰

Die „Egerer Nachrichten“, deren Schriftleiter Laurenz Hofer am 23. März 1898 für die Schönerianer in den Reichsrat gewählt wurde, hatten am 22. Dezember 1897 jedenfalls viel zu tun, um diese „Verstöße gegen das Linzer Programm“ abzuwehren, zumal sich von Reichenberg aus ein Städtebund als Vorstufe für ein unabhängiges Deutschböhmen im Begriff war zu bilden: „Wir sprechen uns ganz entschieden gegen eine Zweiteilung Böhmens aus, die Deutschen würden sich eines alten geschichtlichen Rechts begeben. Wir Deutsche haben auf ganz Böhmen Besitzrecht, was deutsch ist, muß deutsch bleiben. Weg mit allen Plänen der Aufgabe Prags und der heute tschechischen Landesteile. Entschieden den Kampf fortgeführt; ... deutsche Art ist es, Erworbenes festzuhalten und Verlorenes wieder zu erringen ... Georg von Schönerer ist entschieden gegen eine Verlegung der Hochschule aus Prag!“¹⁷⁴¹ Im Jänner 1900 gab dieser eine Grundsatzerklärung zum Linzer Programm ab, „das eine Zweiteilung nicht kennt, sondern eine einheitliche deutsche Verwaltung der gesamten einstmaligen deutschen Bundesländer“ verlange.¹⁷⁴² Gewiß wollte er damit Wolf, aber auch die Studenten maßregeln. Diese wiederholten Bevormundungen gerade der Studenten sollten jedoch zu einem gewichtigen Hauptgrund werden, warum seine Führerschaft in der „Los von Rom-Bewegung“ nicht nur von evangelisch-theologischer Seite, der wiederum der politische Charakter nicht zusagte, für nicht zweckmäßig gehalten wurde. Hieraus erklärt sich auch der gewisse einjährige „Vorsprung“ Wolfs, der sich schon am 1. April 1899 mit seiner Familie „romfrei“ gemacht hatte. Wolf lehnte aber einen politischen Katholizismus aufgrund einer rein „pragmatisch-realistischen Einstellung“ ab, wie unten noch näher ausgeführt werden wird, die den antiklerikalen liberalen Traditionen entsprach. Nur in dieser Hinsicht kann man ihn überhaupt als eine treibende Kraft bezeichnen.¹⁷⁴³ Das Werben und Sichern einer Gefolgschaft ist aber wiederum als Grund für eine daraus resultierende Unsicherheit zu nennen, warum Schönerer mit dem Start seiner Kampagne bis zum Herbst des Jahres 1898 zuwartete.

1740 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XII. Session, 10. Sitzung am 6. Mai 1897, S. 389.

1741 Egerer Nachrichten, Nr. 101 vom 22. Dezember 1897, S. 5.

1742 Zitiert in: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 75.

1743 WEBER, Klemens, Karl Hermann Wolf, S. 189f.

4.2 Die völkischen Verbindungen zum Protestantismus und Altkatholizismus

Wie schon Karl Lueger wäre auch Georg von Schönerer beinahe von einem Konkurrenten überholt worden. Dieser konnte ihm aber zumindest „Denkanstöße“ für die „Los von Rom-Bewegung“ vermitteln. Zwei Jahre lang dümpelte in der Wiener Zollergasse 17 ein unter seinem verantwortlichen Redakteur Ignaz Kucera erscheinendes Blatt einer Zelle innerhalb der Altkatholiken dahin, das sich der „Volksruf – Organ wider Römlinge, undeutsche Finsterlinge und christlich-soziale Pharisäer“ nannte, bis es durch die Sprachenverordnungen jäh „erwachte“. Nicht zu Unrecht hatte Friedrich Heer dieses Blatt als „Vorklang“ auf Julius Streichers „Der Stürmer“ bezeichnet¹⁷⁴⁴, wenn man jene, während der Badeni-Tage verfaßte Textstelle über den „römischen Pharisäer Dipauli“ liest: „Zu dieser sauberen Sprachenverordnung kommt nun obendrein der Schulverfinsterungs- und Verländerungsantrag des Tiroler Muckerjunkers Dipauli, der geradezu einen Faustschlag ist, dem Deutschtum, dem Fortschritt, der Freiheit ins Gesicht versetzt von einem in schwärzester Römerschafwolle drapierten Römling, der seinen Schmutzsuppentopf ans Hussitenfeuer rücken möchte.“¹⁷⁴⁵

Die Vorreiterrolle, die dem Blatt das ganze Badeni-Jahr zukommen sollte, hatte später vor allem die protestantische Seite zutiefst bedauert.¹⁷⁴⁶ Dabei verstand sich das ursprüngliche Vorhaben als große Werbung für den Altkatholizismus, „die Zukunftskirche der Deutschen in Österreich“. Die kleine Religionsgemeinschaft wollte damit eine günstige Gelegenheit ergreifen, aus ihrem Schattendasein zu treten. Daraus wurde im „Volksruf“ jedoch eine wilde Mischung aus religiösen und politischen Forderungen, verbunden mit einem geradezu hysterischen Rundumschlag gegen die Jesuiten, wobei sich das Blatt auch nach und nach mit allen Parteien anlegte. So instrumentalisierte es den Kampf gegen die Sprachenverordnungen als einen Kampf für eine deutsche Kirchensprache, für ein deutsches Kirchenlied, „gegen den ärgsten schimpflichsten lateinischen Sprachenzwang, ... den das römische Papsttum in der Kirche dem deutschen Volk auferlegt und der unser Volk entnationalisiert“.¹⁷⁴⁷ Ignaz Kucera, der ein weiteres gutes Beispiel für die „vertauschten“ Namen deutscher und tschechischer Radikaler abgibt, forderte dabei Liberale wie Nationale, die Schönerianer miteingeschlossen, die tatenlos zusehen würden, wie in „der Kirche der deutsche Gottesdienst systematisch ausgemerzt werde“ und bezeichnete sie als „grundfaul, eklig feig und jammervoll filzig“: „Die Römlinge müssen in ihrem Übermut gezüchtigt werden ... Kostet es denn gar so arge, schwere Herzenskämpfe, dieser römischen Klerisei, von deren fanatischer Wahlhetzerei, Beichtstuhlmißbrauch und anderen abscheulichen Ausschreitungen täglich Beispiele zu verzeichnen sind, nach dem Gesetze einfach die Kirchenkundschaft zu kündigen und dadurch die

1744 HEER, Friedrich, Der Kampf um die österreichische Identität, S. 296.

1745 Der Volksruf, Nr. 9 vom 5. Mai 1897, S. 1.

1746 BRÄUNLICH, P., Die österreichische Los von Rom-Bewegung. Berichte über den Fortgang der „Los von Rom-Bewegung“, Heft 2, München 1899, S. 3.

1747 Der Volksruf, Nr. 9 und Nr. 23 vom 5. Mai und vom 5. Dezember 1897, S. 2 und 1.

Jugend, die Schule, die ganze Zukunft unseres Volkes vor ihren schlimmsten Feinden sicher zu stellen?“¹⁷⁴⁸

Schon im Juni 1897 ertönte der Ruf „Los von Rom!“, „Wie einst Ulrich von Hutten in den Tagen nationaler Begeisterung und Abschüttelung des fremden, volksknechtenden und verdummenden Joches ausrief: ‚Die Geister erwachen, es ist eine Lust zu leben‘, so rufen auch wir Euch Deutsche auf zu echt deutscher Mannestat, abzusagen dem undeutschen Römertume, dessen sich schon Eure Ahnen, die alten Germanen, mit blutiger Waffe erwehren mußten. Aber sie erlagen. Und seit jener Zeit schmachtet das deutsche Volk – mit Ausnahme der norddeutschen Stammesbrüder – in den Fesseln des Erbfeindes ... Von der Art zur Überart – so lehrt es Nietzsche, von der rassenhaften Tüchtigkeit eines Einzelnen zu einer tüchtigen Volkspersönlichkeit des Germanentums – so lehrt es Dühring.“¹⁷⁴⁹

Neben den fast selbstverständlichen Ausfällen in Richtung Karl Lueger, dem „Kasperl“ und der „komischsten Zirkusfigur“, war es vor allem die „Deutsche Volkspartei“, die der „Volksruf“ auf gröbste Weise beschimpfte. Kucera verunglimpfte sie als eine Partei, „die sich deutschvolklich nennt und dabei ihr Kaffeetöpfchen ans Feuer der polakischen Hexe rücken möchte“, mit einem „Herren Steinwender, dem einmal die Meinung gründlich gesagt werden soll, diesem Hofratskandidaten, Streber und Möchtegernminister“.¹⁷⁵⁰ Deshalb erscheinen in diesem Zusammenhang auch die Angriffe auf Karl Hermann Wolf kaum mehr verwunderlich, der in einer „Deutschen Lehrerversammlung“ im Februar 1897 die Ansicht vertreten hatte, „eine wahrhaft deutschnationale Partei kann und wird sich mit konfessionellen Fragen nicht befassen“, eine Ansicht, die er auch während der „Los von Rom-Bewegung“ vertreten sollte.¹⁷⁵¹ Wolf zog daraus die Konsequenzen und verbat sich jede Erwähnung des „Volksrufes“ in der „Ostdeutschen Rundschau“. Auch Franz Stein trat bald den Rückzug an, durchlief aber einen „Läuterungsprozeß“. Ab November 1898 veröffentlichte der „Hammer“ noch Anzeigen folgenden Inhalts für den „Volksruf“: „Wer Anteil nimmt an dem Ausbau einer echten deutschen Volkskirche, damit dereinst das deutsche Volk auch kirchlich geeint dasteht, bezieht, liest und unterstützt das Organ des Volkskirchentums“.¹⁷⁵² Bald verabschiedete sich Stein jedoch von dem, immer stärker dem Germanentum huldigenden Hetzblatt, wenn auch wegen unbezahlter Anzeigenrechnungen. In seiner Rubrik „Briefkasten“ fragte er am 1. Mai 1899, wann der Betrag für die „Ankündigungen“ endlich bei ihm einlangen werde, bis dahin würde er „öffentlich mahnen“.¹⁷⁵³ Am 15. Juni 1899 dürfte ihm dann der Geduldsfaden gerissen sein. Sein öffentlicher Brief verrät auch, gelinde gesagt, ein wenig von seiner „Kämpfernatur“: „Wenn sie die Rechnung nicht finden, so ist das ihre Sache.

1748 Der Volksruf, Nr. 9 vom 5. Mai 1897, S. 3.

1749 Der Volksruf, Nr. 11 vom 5. Juni 1897, S. 1f.

1750 Der Volksruf, Nr. 10 vom 20. Mai 1897, S. 1.

1751 Der Volksruf, Nr. 4 vom 20. Februar 1897, S. 3.

1752 Der Hammer, Nr. 16 vom 17. November 1898, S. 144.

1753 Der Hammer, Nr. 9 vom 1. Mai 1899. Briefkasten.

Schon beim ersten Inserat wurden wir auf böse Erfahrungen aufmerksam gemacht, wir stellen nun jede Ankündigung ein. Wann sind Sie bereit zu zahlen? Sie sind kein völkischer Mitstreiter, sondern nehmen jede Gelegenheit wahr, ein gutes Geschäft zu machen, dies beweist die bodenlose Unverschämtheit, den Protestantismus zu beschimpfen. Ihr Geschimpfe gleicht dem geistigen Standpunkt der Pfaffen- und Regierungspresse. Über die Anständigkeit anderer Leute haben sie kein Urteil abzugeben, weil Sie dazu weder befähigt, noch berechtigt sind.“¹⁷⁵⁴

Bezeichnenderweise hört im „Hammer“ auch zur selben Zeit die „Germanentümelei“ fast völlig auf ein Thema zu sein, das früher ganze Seiten füllte und anscheinend für die Arbeiter nicht die geeignete Lektüre war. Steins Eintreten für den Protestantismus gibt recht deutlich Auskunft, wofür für ihn die „Los von Rom-Bewegung“ stand: In Anlehnung an die „Befürchtungen“ Bismarcks vor dem katholischen Element in Österreich wäre sie „absichtlich deshalb gemacht worden, um in einem späteren Jahrzehnt den Anschluß an das Deutsche Reich leichter durchführen zu können. Ob es uns gelingt weiß ich nicht. Aber es ist ein wichtiges Mittel für uns, um die künftigen Generationen dem Einflusse der römischen Kirche zu entziehen und in ebenbürtiger Religionsgemeinschaft mit Preußen zu sein, so daß in dieser Richtung keine Befürchtungen von seiten Preußens vorhanden wären“.¹⁷⁵⁵ Daraus erklärt sich auch sein Engagement im katholischen Bayern, wo er sich während dieser Zeit öfters aufhielt. Dort machte er auch bald Bekanntschaft mit dem „Deutschvölkischen Verein Odin“, der noch eine spezielle Erwähnung finden wird, dem nun seine Werbeaufrufe im „Hammer“ ebenso galten, wie dem Innsbrucker „Ersten illustrierten Witzblatt – Der Scherer“, das „versuchte, reines gemeinsames Deutschtum mit den Waffen des Witzes zu verteidigen“.¹⁷⁵⁶

Nur Schönerer schien am „Volksruf“ Gefallen gefunden zu haben. Die „Unverfälschten Deutschen Worte“ brachten stets neue Textpassagen und überboten sich ständig mit ihren übernommenen Berichten über sexuelle Verfehlungen von Priestern und Mönchen, die ein geradezu pornographischer Stil auszeichnete.

Für jeden der drei „Führer“ bedeutete „Los von Rom“ etwas anderes und jeder der drei hatte gewissermaßen einen „Leibautor“, der in ihren Zeitungen zu Wort kam. Nebenbei sei bemerkt, daß auch Adolf Hitler jede dieser Schriften bekannt war, denn er zitierte sie fast wörtlich in „Mein Kampf“, ohne natürlich die Quelle zu verraten, eine bei ihm übliche Vorgangsweise. Diese Zitate liefern aber einen guten Beweis, wie gründlich sich Hitler mit der „Los von Rom-Bewegung“ auseinandergesetzt haben muß.¹⁷⁵⁷

Zum heimlichen Chef der Schönerianer war Karl Hermann Wolf aufgestiegen. Nach dem 1895 erfolgten Ausstieg Schönerers aus dem „Verein der Deutschnationalen“ hatte Wolf aus dessen

1754 Der Hammer, Nr. 12 vom 15. Juni 1899. Briefkasten.

1755 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 393. Rede Steins vom 26. Juni 1906 vor den Österreichischen Delegationen.

1756 Der Hammer, Nr. 11 vom 1. Juni 1899.

1757 HITLER, Adolf, Mein Kampf, S. 117–128.

Trümmern den „Verein der Deutschnationalen in Österreich“ gegründet, aus dem nach seiner Auflösung wiederum der „Deutschnationale Verein für Österreich“ unter seiner neuerlichen Obmannschaft als Zentralorganisation der Partei hervorgegangen war.¹⁷⁵⁸ Gerade aber Wolf konnte mit der „Los von Rom-Bewegung“ wenig bis gar nichts anfangen. Am 7. Juli 1898 erklärte er im Abgeordnetenhaus: „Wir wollen nicht, daß ein neuer Kulturkampf wieder lebendig werde. Denn wir brauchen alle Kräfte zu höherem, als jetzt einen religiösen Streit zwischen uns aufkommen zu lassen.“¹⁷⁵⁹ Die äußerste Grenze eines Kulturkampfes zog er mit dem „Kanzelparagraphen“, für den er sich wie im Jahre 1897 stark machte, als er im Reichsrat gemeinsam mit Schönerer einen diesbezüglichen Antrag eingebracht hatte. Wolf unterschied dabei genau zwischen „Priestern“, die in idealer Hinsicht ihres Amtes walten würden und die er deswegen achtete, und den „Pfaffen“, welche die Kanzel nur zu einer politischen Betätigung gegen das deutsche Volk mißbrauchen würden. Diese „Abneigung“ war einerseits so stark, daß er eine „Reformationsbewegung“ begründete, die im deutschen Volk lebendiger werden sollte. Die von ihm getroffene Unterscheidung erlaubte ihm aber andererseits wieder nicht, eine religiöse Motivation zu erblicken: „Nicht aus rein religiösen Gefühlen, nicht aus Abneigung gegen die Form des Katholizismus, der abgesehen von gewissen Dogmen wie Unfehlbarkeit, unbefleckte Empfängnis und solchen Geschichten uns mehr paßt als der nüchterne Protestantismus, entspringt diese Reformationsbewegung.“ Mit diesen nichtssagenden Worten legte er seinen Standpunkt zur „Los von Rom-Bewegung“ am 7. Juni 1898 im Reichsrat offen.¹⁷⁶⁰

Am 19. September 1898 schrieb Wolf in der „Ostdeutschen Rundschau“: „Die Bewegung, die sich geltend macht, ist eine ausschließlich nationale, vom religiösen Moment nicht beeinflußt.“¹⁷⁶¹ Wolf wehrte sich verbissen gegen Schönerer, da er die ganze Bewegung für ein taktisches Manöver hielt, und trat wie ein Altliberaler für die Trennung von Kirche und Staat ein. Er glaubte nicht einmal, daß man daraus politisches Kapital schlagen könne. In seinem Aufruf für die Reichsratswahlen des Jahres 1901 stellte er ein für allemal fest: „Heute aber, im Kampfe um unsere politische Stellung im Staate, wollen wir den Ruf ‚Los von Rom‘ aus unserer Wahlbewegung hübsch fern gehalten wissen.“¹⁷⁶² Am 9. Juli 1900 erklärte er in Anwesenheit Schönerers auf einer Tagung in Eger, die Bewegung sei keine politische, sondern eine Sache des einzelnen Herzens, das die Gefahren des Klerikalismus erkannt habe.¹⁷⁶³ 1901 war er Mitunterzeichner einer Erklärung, „daß eine Verbindung der religiösen Los von Rom-Bewegung mit der Politik nicht für

1758 Der Hammer, Nr. 35 vom 25. Dezember 1899.

1759 Zitiert in: BRÄUNLICH, P., Was die Los von Rom-Bewegung in Böhmen erlitt und erkämpfte. Berichte über den Fortgang der „Los von Rom-Bewegung“, Heft 8, München 1906, S. 16.

1760 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XIV. Session, 25. Sitzung am 7. Juni 1898, S. 1577f.

1761 Ostdeutsche Rundschau vom 19. September 1898.

1762 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 261 vom 21. September 1900, S. 1.

1763 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 197 vom 19. Juli 1900, S. 5.

wünschenswert“ gehalten werde.¹⁷⁶⁴ Der Streit mit dem „Kulturkämpfer“ Schönerer war damit vorprogrammiert.

Was hier oft genug verwirrend klang, verbarg den klaren Standpunkt Wolfs, daß Politik nichts mit Religion zu tun haben dürfe. Ohne propagierte strikte Trennung von Kirche und Staat sah er keine Möglichkeit, den politischen Katholizismus zu bekämpfen. Andererseits half ihm dieser Grundsatz, die Einmischung einer doch teilweise religiös geführten „Los von Rom-Debatte“ in seine Parteiarbeit zu verhindern. Ganz anderes als Schönerer erachtete er sie als hinderlich für den Aufbau einer großen Massenpartei.

Düstere Vorahnungen plagten auch den „romfreien“ altkatholischen Pfarrer Anton Nittel (1826–1907) aus Warnsdorf in Böhmen, dem Zentrum des Altkatholizismus.¹⁷⁶⁵ Er verfaßte im Frühjahr 1898 ein kleines Buch mit dem Titel „Los von Rom und Prag“, in dem er die zwei Bewegungen endlich nebeneinanderstellte und versuchte, miteinander verschmelzen zu lassen. Laut Nittel stünde die vollständige Tschechisierung der deutschen Landesteile unmittelbar bevor, wofür die Sprachenverordnungen und die Verwirklichung des böhmischen Staatsrechts sichtbare Zeichen seien. Doch niemand bemerke die wichtige Rolle, die hierbei dem tschechischen Klerus zufalle.¹⁷⁶⁶ Im „Hammer“ gab er die Ansicht zum besten, daß alle Priester in Böhmen zumindest von Geburt an Slawen wären.¹⁷⁶⁷ Die Ursachen sah er darin begründet, daß der hohe Klerus in Böhmen national indifferent sei oder dem böhmischen Feudaladel nahe stehe, der bekanntlich mit den Jungtschechen „gemeinsame Sache“ mache, ein Argument, welches wegen der schon erwähnten Kluft zwischen hohem und niederem Klerus in der katholischen Kirche für manchen übertrittswilligen Priester einige Zugkraft besaß. Die Folgen davon wären, daß das Nationalbewußtsein der deutschen Priester gezielt gering gehalten werde, während die Tschechen durchaus Fanatiker wären und so die Bevölkerung durch die Vertrauensperson Pfarrer an den slawischen Klerus „gewöhnt“ hätten. Der Deutsche wäre nichts als „Römling“, der Tscheche halte vor allem zu seinem Volk.

Bis hierher konnte auch der Kritiker der „Los von Rom-Bewegung“, Adolf Hitler mit einer „Wölfischen realen Einstellung“ in „Mein Kampf“ unwidersprochen folgen: „Die Verwendung ... geistlicher Seelsorger war nur eines der vielen Mittel, um zu diesem Ziele, einer allgemeinen Verslawung Österreichs zu kommen. Der Vorgang spielte sich etwa wie folgt ab: In rein deutschen Gemeinden wurden tschechische Pfarrer eingesetzt, die langsam aber sicher die Interessen des tschechischen Volkes über die Interessen der Kirchen zu stellen begannen und zu Keimzellen des Entdeutschungsprozesses wurden ... Nur ein Ignorant konnte nicht sehen, daß dem deutschen

1764 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 88.

1765 Betritt man die altkatholische Kirche in Warnsdorf, so erblickt man rechts am Eingang eine Tafel: „Am 8. 7. 1871 widersprach der Priester Anton Nittel öffentlich der Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit und bildete mit 30 Angehörigen dieser Stadt eine altkatholische Gemeinde, welche ihn zu ihrem Priester wählte, sich am 16. 3. 1872 eine Verfassung gab und im Jahre 1877 staatlich anerkannt wurde.“

1766 NITTEL, Anton, Los von Prag und Rom, Warnsdorf 1898, S. 3–14.

1767 Der Hammer, Nr. 28 vom 30. Oktober 1899.

Klerus eine offensive Vertretung deutscher Interessen fast nie auch nur einfiel ... So wie der tschechische Geistliche subjektiv seinem Volke gegenüberstand und nur objektiv der Kirche, so war der deutsche Pfarrer subjektiv der Kirche ergeben und blieb objektiv gegenüber der Nation.“¹⁷⁶⁸

Nittel, der genauso zum „Los von Prag“ aufrief, sah hinter allem „einen noch viel größeren Feind stehen“, den Ultramontanismus, der in seiner gegenwärtigen Gestalt aus der Zeit der Reformation stamme und von den Jesuiten, dem mächtigen eingeschworenen Orden verkörpert werde, der stets im Dunklen arbeite. Während es ihnen zur Zeit der Gegenreformation gelungen wäre, mit „roher Gewalt“ den Menschen eine „ganz fremde römisch-katholische Religion“ aufzuzwingen, hätten sie spätestens 1848 einsehen müssen, daß sie den „Trieb nach Freiheit und Fortschritt nicht auszurotten“ vermochten.¹⁷⁶⁹ Ohne Mittel der Gewalt schlugen sie nun andere Wege ein, denn ihr größter Feind in Nordböhmen wäre der „freiheitlich gesinnte Deutsche“ gewesen, der dem „ultramontanen Wesen abschwört“. Nach Nittels Geschichtsbild begannen die Jesuiten die Deutschen zu unterwandern, „denn wenn es der Kirche dient, kann der Jesuit einmal deutsch und einmal slawisch sein“. Wieder würden sie nun in Böhmen eine neue Gegenreformation vorbereiten. Seit 1870 wären sie wieder zu den unumschränkten Herren der katholischen Kirche geworden, denn mit der päpstlichen Unfehlbarkeit hätten sie ihre alte Macht wiedererlangt. Die einzige Rettung bestünde daher mit der Errichtung einer katholisch-deutschen Nationalkirche in einem „Los von Prag und Rom“.¹⁷⁷⁰

Im November 1898 fand auch Georg von Schönerer, daß „lange genug vom Übertritt zum Protestantismus oder Altkatholizismus gesprochen worden“ wäre. Seiner Rede im Abgeordnetenhaus vom 5. November 1898, welche die Behörden erstmals hellhörig gemacht hatte, folgte am 18. November ein Aufruf in den „Unverfälschten Deutschen Worten“, der sofort beschlagnahmt wurde. Diese Beschlagnahme sowie die Anzeigen und Konfiskationen der Folgezeit, die fast immer wegen des „Vergehens oder Verbrechens gegen die öffentlichen Ruhe und Ordnung“ und wegen „Feindseligkeiten gegen die Angehörigen einer gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaft“ erfolgten, spornten Schönerer zusätzlich an, sich auf ein neues Feld im Kampf gegen die Staatsmacht zu konzentrieren. Er nahm dabei das „gesetzlich anerkannte“ Recht für sich in Anspruch, zu einem völlig legalen Wechsel der Konfession aufzurufen: „Immer klarer und deutlicher tritt es in Erscheinung, daß in der alten deutschen Ostmark slawischer Übermut und römische Herrschaft sich enge verbunden haben, um das Deutschtum in diesem auf deutscher Grundlage aufgebautem Reiche zu vernichten. Angesichts der stetig wachsenden Gefahr, die uns von Rom und Prag droht, angesichts der von Tag zu Tag frecher auftretenden ... klerikalen Agitation, die in ihren Endzielen auf die Unterwühlung des mächtigen von Bismarck geschaffenen deutschen Reichsbaues gerichtet ist und ein gänzlich slawisiertes Österreich hierzu als Werkzeug braucht, muß der brave Patriot auf die rechtzeitige Anwendung eines entsprechenden gewaltigen Gegen-

1768 HITLER, Adolf, *Mein Kampf*, S. 118f.

1769 NITTEL, Anton, *Los von Prag und Rom*, S. 15.

1770 Ebd., S. 22.

mittels bedacht sein. Der Kampf gegen die deutschfeindliche Rom-Macht kann nur unter dem allgemeinen Feldruf: ‚Los von Rom‘ geführt werden ... Angesichts der Gefahr soll endlich den gesprochenen Worten auch die entschlossene Tat folgen! Also weg mit den Fesseln, die uns an eine deutschfeindliche Kirche binden! Nicht jesuitischer, sondern germanischer Geist soll walten und herrschen in deutschen Landen!“¹⁷⁷¹

Auffallend ist bei Schönerer die Gleichsetzung des (gedachten) Christentums mit dem Germanentum. Daß er vom „Unterwühlen des deutschen Reichsbaues“ sprach, kam anregungsweise aus einer ganz anderen Ecke, die wiederum eine Erklärung für sein Zuwarten bietet: Im Oktober 1897 hatte ein Kaufmann namens Wilhelm Schlechtendahl auf einer Generalversammlung des „Evangelischen Bundes“ in Krefeld wegen der Sprachenverordnungen auf die „politischen Verhältnisse“ in Österreich aufmerksam gemacht und zu „evangelischen Hilfsaktionen“ aufgerufen. Dieser Bund, der seine Tätigkeit unter dem Vorsitz des Grafen von Wintzingerode-Bodenstein aus Merseburg entfaltete, verstand sich als eine äußerst antikatholische, nationalistische Organisation. Friedrich Funder bezeichnete den Bund als „nicht die berufene Repräsentanz der Protestanten Deutschlands, aber eine kriegerrische“.¹⁷⁷² Für den 8. Dezember 1897, drei Tage vor der Rede von Franz Födisch in der Aula der Wiener Universität, lud der dem Zentralvorstand des „Evangelischen Bundes“ angehörige Schriftführer Professor Witte aus Schulpforta mehrere Nationalgesinnte, darunter auch Gäste aus Österreich, zu einer „zwanglosen Besprechung“ nach Dresden ein. Das Ergebnis war ein Beschluß, „den österreichischen Freunden mit Rat und Tat zur Seite zu stehen“ und „allmählich die eigentlich evangelisch-kirchlichen Kreise heranzuziehen“.¹⁷⁷³ Als „Sofortmaßnahme“ sollte die Herausgabe von drei „böhmischen Flugschriften“ mit dem Titel „Wie Böhmen wieder katholisch wurde“, „Protestantismus und deutsches Volkstum“ und „Was hat das deutsche Volk der Reformation zu verdanken?“, eine erste Abhilfe schaffen. Die „Kernsätze“ lauteten: „Die katholische Kirche ist eine Feindin des Volkstums überhaupt. Sie hat überall die Absicht, die nationale Erstarkung der Völker zu stören.“ Der Rechtsanwalt Gustav Pezoldt aus Plauen sandte im Frühjahr 1898 eine Notiz an die deutschnationalen Blätter, in der er sich erbötig machte, den unentgeltlichen Versand der „antirömischen Flugschriften“ aus dem Verlag des „Evangelischen Bundes“ zu übernehmen. Bis März 1899 wurden die drei, in einer ungefähr gleichen Stückzahl von 150.000 aufgelegten Schriften, trotz polizeilicher Beschlagnahmeaktionen in ganz Böhmen verschickt. Diese Sendungen erfolgten auf Bestellung, aber auch nach einem Raster ehemaliger, zusammenhängender protestantischer Enklaven in Nordböhmen, die in etwa einem breiten Streifen entlang der Elbe mit den Städten Leitmeritz, Aussig und Tetschen entsprachen. Auch in den protestantischen Gegenden des Waldviertels, der Steiermark und Kärn-

1771 Abgedruckt In: Der Hammer, Nr. 18 vom 18. Dezember 1898, S. 155.

1772 FUNDER, Friedrich, Vom Gestern ins Heute, S. 220.

1773 BRÄUNLICH, P., Die österreichische Los von Rom-Bewegung, S. 30. Schönerer war auf diesem Treffen nicht anwesend, gemäß den fast lückenlosen Aufzeichnungen Eduard Pichls befand er sich an diesem Tag in Plan. Vgl. PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 609.

ten langten die Schriften ein.¹⁷⁷⁴ Was sich als „evangelische Belehrung“ verstand und den „Hinweis“ enthielt, daß Österreich vor der Gegenreformation das „am meisten protestantische Land des Reiches war“, fand anhand der Sympathiekundgebungen vor allem in den Ortsgruppen des „Bundes der Germanen“ regen Anklang.¹⁷⁷⁵

Über diese reichsdeutschen Kanäle kam ein Kontakt zu Schönerer zustande, der jede Gelegenheit, die sich für eine Verbindung mit dem Reich bot, freudigst begrüßte. Über den Münchner Verlag des Buchhändlers Julius Friedrich Lehmann (1863–1935) liefen diese Fäden zusammen. Auch das katholische Bayern war längst ein Hort völkischen Sektierertums geworden. Allein dieser Verlag gab die Pamphlete des „Alldutschen Verbandes“, des „Evangelischen Bundes“, des „Verones der Deutschvölkischen“ sowie viele andere antisemitische und nationalistische „Werke“ heraus. Lehmann verstand sich als Bindeglied verschiedener Organisationen, die einem verschieden stark ausgeprägten Antisemitismus frönten, denen aber allen mit den Worten Peter Pulzers gemeinsam war, daß ihre „Ethnozentrität, die Angriffe auf Internationalismus und menschliche Gleichheit oder allgemeine Moral nicht mit einer toleranten Einstellung den Juden gegenüber zu vereinbaren war“.¹⁷⁷⁶

Bei Julius Friedrich Lehmann erfuhr diese Einstellung allerdings eine um ein schauriges Kapitel weitergehende Steigerung: 1890 hatte er auf Initiative seines Onkels Dr. Bernhard Spatz den Verlag der „Münchner Medizinischen Wochenschrift“ übernommen, gab ihm seinen Namen und änderte das Vertriebskonzept der Zeitschrift, womit er um 1900 zu einem Branchenführer für medizinische Fachliteratur aufstieg. Wegen seiner streng völkischen Ausrichtung kam Lehmann schnell in Berührung mit der „Gesellschaftsbiologie“ und der jungen „Wissenschaft“ der Rassenlehre und Rassenhygiene. Er förderte mit seinen intensiven Kontakten akademische Repräsentanten der Rassentheorie und ebenso populäre Rassentheoretiker wie Houston Stewart Chamberlain, den Schwiegersohn Richard Wagners, oder Ludwig Schemann. Schon vor dem Ersten Weltkrieg war der Verlag in einer seltsamen Verquickung, die sich als besonders unheilvoll herausstellen sollte, neben der rein medizinischen Schiene als unangefochtener Branchenleader zu einer ersten Adresse für rassentheoretisches Schrifttum geworden. Fritz Lenz, Alfred Ploetz, Ernst Rüdin und Max von Gruber gaben hier ihre Vorstellungswelt, der später viele Menschen zum Opfer fielen, in Form von Publikationen an ein immer breiter werdendes Publikum weiter. Auf Betreiben Lehmanns gründete ein Großteil seiner Autoren im Jahre 1910 die „Deutsche Gesellschaft für Rassenhygiene“. Durch seine Mitgliedschaft im Geschäftsführenden Aus-

1774 BRÄUNLICH, P., Die österreichische Los von Rom-Bewegung, S. 32. Nach BRÄUNLICH gab es in Böhmen im Jahre 1898 12.000 Altkatholiken und 141.000 Mitglieder der beiden evangelischen Landeskirchen, der Lutherischen und der Reformierten Kirche, von denen 50.640 der deutschen und 91.006 der tschechischen Nation zugehörig waren.

1775 BRÄUNLICH, P., Die österreichische Los von Rom-Bewegung, S. 31.

1776 PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Gütersloh 1966, S. 188.

schuß des Alldeutschen Verbandes seit 1893, durch sein Engagement in der „Vaterlandspartei“ während des Ersten Weltkrieges und durch seine führende Rolle in der „Thule Gesellschaft“ wurde er für Adolf Hitler einer der bedeutendsten Männer seines Aufstieges. Hitler dankte Lehmann dieses Engagement 1934 zu seinem 70. Geburtstag mit dem „Adlerschild der Deutschen Nation“, dem „Goldenen Parteiabzeichen der NSDAP“ und dem auf die eigentlichen Anfänge des Verlages hinweisenden Ehrendoktorat der Medizinischen Fakultät München.¹⁷⁷⁷ Wenn Werner Maser eine Entwicklungslinie Hitlers vom Alldeutschtum Schönerers zum Alldeutschen Verband des Heinrich Class (1868–1953) zog,¹⁷⁷⁸ so stand Lehmann dafür quasi als Kulminierungspunkt Pate.

Mit dem bereits erwähnten, mächtigen „Alldeutschen Verband“, dem zwischen 1894 und 1914 allein sechzig Reichstagsabgeordnete angehörten und in dem der „Lehmann-Intimus“ Justizrat Heinrich Class eine hervorragende Rolle spielte, stand wiederum der 1894 von Friedrich Lange, dem Redakteur der „Täglichen Rundschau“ gegründete „Deutschbund“, in enger Verbindung. Lange, der wie Class ein scharfer Antisemit war, beschäftigte sich mit den besonderen „deutschen Gaben“ genau bezeichneter Siedlungsgebiete.¹⁷⁷⁹ Der Ende 1897 in München gegründete „Deutschvölkische Verein Odin“, der sich die „Pflege und die Förderung des deutschen Wesens“ zum Ziel gesetzt hatte und der die „Verbreitung und Festigung des alldeutschen Gefühles und der rücksichtslosen Vaterlandsliebe“ als seine eigentliche Hauptaufgabe betrachtete, war wiederum fast identisch mit dem „Verein der Deutschvölkischen“.¹⁷⁸⁰ Wiederholt sprachen Wolf und Stein auf Veranstaltungen dieser Vereine, die Peter Pulzer als „Zweigstellen der Schönerer-Bewegung“ ausmachte.¹⁷⁸¹ Bezugnehmend auf die bereits bekannte „Turnfehde“ und das rasche Anwachsen des Antikatholizismus als unerläßlicher Bestandteil des Alldeutschtums meinte Pulzer, „wie es meist bei gemeinsamen deutschen und österreichischen Unternehmungen der Fall war – der Hauptantrieb zum Radikalismus ging von Österreich aus.“¹⁷⁸²

Der Mann, der nun Schönerer „die Ideen gab“, war der ebenfalls im „Lehmann-Verlag“ publizierende thüringische Pastor Paul Bräunlich, der ab 1904 das Sekretariat des „Evangelischen Bundes“ innehatte. Seine in zehn Heften erschienenen „Berichte über den Fortgang der Los von Rom-Bewegung“ wurden schnell zu Wegweisern der Bewegung. Schönerers „Sekretär“ der „Los von Rom-Bewegung“, der „altprotestantische“ Rechtsanwalt aus Aussig, Anton Eisenkolb, avancierte nur wenige Jahre später zum hauptverantwortlichen Mitarbeiter der „Wartburg“, einer eben-

1777 ULBRICHT, Justus H., Völkische Publizistik in München. Verleger, Verlage und Zeitschriften im Vorfeld des Nationalsozialismus, In: München. Hauptstadt der Bewegung, Katalog zur Ausstellung vom 22. Oktober 1993 bis 27. März 1994 im Münchner Stadtmuseum, München 1993, S. 132f. Vgl. SIEFERLE, Rolf Peter, Rassismus, Rassenhygiene, Menschenzuchtideale, In: Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871–1918, S. 436–448.

1778 MASER, Werner, Die Frühgeschichte der NSDAP – Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. Main 1965, S. 93.

1779 PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, S. 188.

1780 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 132.

1781 PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, S. 188.

1782 Ebd., S. 187.

falls im „Lehmann-Verlag“ erscheinenden „Deutsch-evangelischen Wochenschrift“ des „Evangelischen Bundes“. Bereits 1901 saß Eisenkolb für die Schönererianer im Reichsrat.¹⁷⁸³

Als „Mann der ersten Stunde“ war er auch dabei, als Schönerer am 15. Jänner 1899 „den Worten endlich auch Taten folgen ließ“: Auf einer „§2 Versammlung“ für geladene Gäste im „Hamberger-Saal“ im 5. Bezirk gab Schönerer die Richtlinien für die Los von Rom-Bewegung vor, mit denen er von Anfang an „religiöse Illusionen“ zerstreute: Ein Austritt aus der katholischen Kirche könne nur aus rein völkischen Gründen erfolgen. Er habe aber erst dann zu erfolgen, wenn sich 10.000 Österreicher ehrenamtlich dazu verpflichtet hätten. Den Tag des Austritts würde er, Schönerer, noch bekannt geben.¹⁷⁸⁴ Sichtlich mischten sich hier Bedenken, die seinem unbedingten Führungsanspruch widersprachen.

Trotz der einstimmig erfolgten beschlußmäßigen Annahme des Austritts aus der katholischen Kirche auf dieser Versammlung sind die Reaktionen der Mitstreiter durchaus interessant. Franz Stein sprach sich beispielsweise vehement dafür aus, daß ein Übertritt nur zum Luthertum, dem Bekenntnis des Deutschen Reiches, erfolgen solle.

Noch aufschlußreicher ist die von Eduard Pichl nur in einer Fußnote erwähnte Episode, die sich nach der durch die Polizei aufgelösten Versammlung im „Pschorrbräu“ zugetragen haben soll. Wolf erklärte plötzlich gegenüber Schönerer, er könne bei der Bewegung nicht mittun, ließ sich aber dann doch überreden.¹⁷⁸⁵ Der „Hammer“ brachte in seiner Ausgabe vom 1. Februar 1899 einen ersten Entwurf für die Anzeige des Kirchenaustritts an die Bezirkshauptmannschaft. Die darunter zu findenden Verse sollten den „deutschen Michel“ aufrütteln, eine während der Badeni-Tage in den diversen völkischen Blättern fast täglich erwähnte oder gezeichnete, liebevolle Figur mit der Schlafhaube, die sich alles gefallen ließ, aus der später der Kasernenton „Deutschland Erwache!“ wurde: „Für deutsche Treue nationaler Verrat / Verrat am eigenen Stamme! / So reift sie nun, die schwarze Saat / Der Funke wird zur Flamme: / Es lodert auf vom Donaustrom / Hin durch die Alpen: Los von Rom! // Sprüht Funken, sprüht zum Nachbardach, / Zum Dom der Altgermanen! / Auf! Deutscher Michel, werde wach!“¹⁷⁸⁶

Georg von Schönerer hat durch die „Los von Rom-Bewegung“ eine weitere Wandlung durchgemacht, schon alleine dadurch, daß er ihre Urheberschaft für sich beanspruchte. Zu diesem neuerlichen Führungsanspruch hatten ihm aber ganz wesentlich die oben erwähnten Schriften des Pastors Bräunlich verholfen, des „Trommlers“ der Bewegung, der es seiner äußerst radikalen Schreibweise zu verdanken hatte, daß ihn die Staatsanwaltschaft mehrmals wegen „öffentlicher Beschimpfung der katholischen Kirche“ unter Anklage stellte.¹⁷⁸⁷ Bräunlich ging davon aus, daß sich am Ende eines Jahrhunderts, das davon geprägt war, daß eine Erfindung die andere jagte,

1783 PICHl, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 82.

1784 Der Hammer, Nr. 3 vom 1. Februar 1899.

1785 PICHl, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 387. FN 1.

1786 Der Hammer, Nr. 3 vom 1. Februar 1899.

1787 Der Hammer, Nr. 26 vom 6. Oktober 1899. Auch seine in der Nationalbibliothek befindlichen „Werke“ tragen auf dem Buchdeckel den Vermerk VERBOTEN.

viele Bevölkerungsschichten ein völliges Absterben eines fortschrittsfeindlichen religiösen Empfindens geradezu erwarten würden. Doch dieses Jahrhundert habe eine völlige geistige innere Leere hinterlassen, denn eine „öde Brotkorbfrage“ habe zu einer Renaissance religiöser Erörterungen geführt und die evangelische Kirche sei wegen des aufblühenden Sektenwesens gefragter als je zuvor. Der Pastor begründete dies damit, daß sich besonders in den katholischen Ländern – und damit leitete er seinen entscheidenden „Kunstgriff“ ein – die Bevölkerung vom religiösen Leben am deutlichsten entfernt habe.¹⁷⁸⁸ Bräunlich dachte nun „recht modern“ in großen globalen, einfachen Denkmodellen und Vorausschauen, wie man dies heute von so manchem amerikanischen Politologen gewohnt ist, indem er die katholischen Staaten, die noch vor 200 Jahren die Vorherrschaft „im Kindesalter der Menschheit“ innegehabt hätten, in der Gegenwart mit Verfall und Niedergang gleichsetzte, weil nun einfach die Rollen vertauscht wären: Jene Völker, welche die Reformation angenommen hätten, wie England, Nordamerika und Deutschland, stünden heute an der Spitze und würden sich den Weltmarkt streitig machen, während Italien, das Preußen unterlegene Frankreich und die ehemalige Weltmacht Spanien als gerade „frischer“ Verlierer gegen die USA, am absteigenden Ast wären. Auch wenn die Macht der zwei kleineren „Gewinner“, England und Deutschland, verlöschen sollte, an den Papst werde sie nie mehr zurückfallen, sondern an das „slawische Rußland“, das dann mit Nordamerika ringen werde: „Kurz, wo der römische Katholizismus allmächtig ist, da sterben die Völker, und es ist noch kein so verborgener Ort auf der Erdkugel zu finden, an dem sich uns der Anblick darböte: eine römisch-katholische und dennoch aufblühende Nation!“¹⁷⁸⁹ Gerade weil die protestantischen Nationen die katholischen „auf dem Weg des Fortschritts der Menschheit“ überholt hätten, konnte der thüringische Pastor in seinem „Gruß an die Ostmark“ für Österreich nur wenig erbauliches bieten: „Der Glanz eines Volkes (erbleicht) um so mehr, je heller über ihm die päpstliche Tiara strahlt ... Seitdem ... der österreichische Neunmillionenstamm ... nach langem vergeblichen Sträuben wieder in den römischen Katholizismus zurückgesunken (ist), stieg in demselben Maße das protestantische Preußen empor über das katholische Österreich.“ Als Kulminierungspunkt diene einmal mehr Königgrätz. Doch in den „schweren Kämpfen“ mit dem „die Oberhand gewinnenden Slawentum“ ginge es nicht nur um den Beweis der „Unvereinbarkeit römisch-priesterlicher Weltherrschaftspläne mit dem deutsch-nationalem Selbstbehauptungstrieb“, sondern um alles: „Entweder müssen die Deutschösterreicher evangelisch werden, oder im katholischen Slawismus untergehen“, lautete die Schlußfolgerung Bräunlichs.¹⁷⁹⁰ Ein „entweder – oder“, welches besonders auf die Ideologie Schönerers recht anziehend wirken mußte.

Einfach war auch Bräunlichs Erklärung, warum der „deutsche Reichsbau unterwühlt werden sollte“, ein Begriff, den Schönerer in der eingangs zitierten Rede wortwörtlich übernommen hatte. Dazu ließ Bräunlich einen nicht genannten, „österreichischen Deutschnationalen“ zu Wort kom-

1788 BRÄUNLICH, P., Die österreichische Los von Rom-Bewegung, S. 1f.

1789 Ebd., S. 4.

1790 Ebd., S. 17.

men: „Auf unsichtbaren Wegen arbeitet der in aller Welt einflußreiche Jesuitenorden sicher und zielbewußt in den obersten Kreisen unseres Staates nach dem alten römischen Rezept: Erhaltung und Schürung des Gegensatzes zwischen Nord und Süd in deutschen Landen, Erhaltung und Stärkung einer österreichischen Großmachtstellung im antideutschen Sinn als Operationsbasis gegen das aufstrebende deutsche Reich mit seinem protestantischen Kaiserhause ... Dazu muß Österreich selbstverständlich seines deutschen Charakters möglichst entkleidet werden ... So arbeitet man seit 30 Jahren in Schule und Kirche an der Entnationalisierung der Deutschen ...“¹⁷⁹¹ Der ebenso „einfache Grundtenor“ lautete: Österreichs Funktion bestehe darin, das „Bollwerk“, der Vorposten zu sein, um den „katholischen Slawismus“ vom Reich fernzuhalten. Das wäre zugleich auch die neue Mission der „Los von Rom-Bewegung“. Würde Österreich „fallen“, wäre Deutschland von Slawen und „Römlingen“ umzingelt, die beide seine Vernichtung durch eine neue Gegenreformation wollten.

Wie sehr Bräunlichs Worte auf fruchtbaren Boden fielen, beweist eine Artikelserie Franz Steins über die „teuflischen Absichten der Christlichsozialen unter Lueger“, die im Frühjahr des Jahres 1900 im „Hammer“ erschien: „Was wollen die Christlichsozialen? Österreich in einen slawisch-pfäffischen Staat umwandeln und dann im Vereine mit dem katholisch-revanchesüchtigen Frankreich das protestantische und daher kulturell hochstehende Deutschland, das Bismarck erbaut hatte, vernichten ... Das mit Blut und Eisen geschmiedete Deutschland soll vernichtet werden, weil es Rom getrotzt hatte ... Die Klerikalen werden immer Gegner bleiben, ... bis endlich im Entscheidungskampf zwischen hebräischem Römertum und Germanentum entweder Roms geistige Weltherrschaft gebrochen und zertrümmert ist, oder das deutsche Volkstum zu Tode verletzt, geschändet, geknechtet und geknebelt im eigenen Blut erstickt sein wird.“¹⁷⁹² Besonders erwähnenswert erscheint dabei die letzte Textpassage: In der Kurzformel „Hebräisches-Römertum“ steckt die untrennbare Verbindung des Römertums, daher der beiden „verbrüdernten“ Feinde des Deutschtums – eines undeutschen Katholizismus und des Slawentums – mit dem Judentum. Stein hielt daher ein Zusammengehen eines „slawischen Klerus“ mit dem „undeutschen“ Judentum für möglich, wenn es darum ginge, Deutschland zugrunde zu richten. Das Wort „geschändet“ steht dabei wiederum für die täglich erschienen Berichte über die Verfehlungen des Klerus an den „deutschen Jugendlichen“ – „geknebelt“ für die Zensur. Schließlich fehlte auch das unvermeidliche „Blut“ nicht, welches aber scheinbar nur zwischen „Volksgenossen“ vergossen werden durfte.

Einfach ist auch Steins Erklärung, warum es zu Königgrätz gekommen war und wie man sich nun Erleichterung und Abhilfe verschaffen könne: „Wir haben uns durch die Unterdrückung der Gewissensfreiheit in Deutschland verhaßt gemacht, so daß wir endlich im Jahre 1866 hinausgeworfen worden sind. Seither hat das Reich – fast mit dem Tag an, als der protestantische Einfluß der überragende wurde – einen großartigen Aufstieg genommen ... Der deutsche Einfluß ist an-

¹⁷⁹¹ Ebd., S. 20.

¹⁷⁹² Der Hammer, Nr. 7 vom 17. Februar 1900, S. 54.

erkannt und die deutsche Macht ist geachtet. Wohin haben wir es gebracht?“¹⁷⁹³ Stein war der festen Überzeugung, daß Österreich erst etwas zu leisten hätte, nämlich sich „romfrei“ zu machen, um überhaupt in ein „Deutsches Reich“ aufgenommen zu werden. Die im Jahre 1848 in der Paulskirche gestellte „Frage an Österreich“ fand so für die Schönerianer 50 Jahre später mit der Los von Rom-Bewegung ihre Antwort. Für viele völkische Autoren wurde aber auch die „Zerreißung und Zerteilung“ der Donaumonarchie zu einer „unausweichlichen Gewißheit“, mit der obendrein auch noch ganz gute Geschäfte zu machen war: Im „Lehmann-Verlag“ erschien 1899 eine Broschüre „Österreichs Zusammenbruch und Wiederaufbau – Einzelpreis 40 Pfennig, bei Bezug von 100 Stück 10 Pfennig, von 1000 Stück 5 Pfennig“, die dazu erste Vorschläge machte: „Die Österreichisch-ungarische Monarchie steht vor dem Zusammenbruch. An diesem sind viele Umstände schuld, in erster Linie aber sind dafür die Dynastie, die Oligarchie der den Staat regierenden Familien, die Jesuiten und die zur Staatsraison gewordenen Halbheiten verantwortlich ... Gewiß ist der baldige Zusammenbruch der Donaumonarchie kein erfreuliches Ereignis für das mit seinem inneren Aufbau noch nicht fertige Deutsche Reich. Aber die deutsche Diplomatie wird zufrieden sein müssen, wenn sie das Deutsche Reich militärisch und durch Bündnisse mit anderen Mächten genügend vorbereiten kann. Eine Fortsetzung des Krieges von 1866 wird dann unvermeidlich sein. Dann endlich müssen die Länder an der Donau von dem Fluch der Halbheit erlöst werden. Es muß mit der Vergangenheit staatsrechtlich gebrochen werden. Der Krieg ist die beste Grundlage zur Schaffung neuer staatlicher Formen ... Das halbdeutsche Österreich muß zu einem ganzdeutschen Gliede des neuen deutschen Volksreiches werden ... Preußen erhält Schlesien und Mähren; ... Sachsen erhält Böhmen; Bayern erhält das Innviertel und die Länder Salzburg, Vorarlberg und Tirol ... Aus dem Rest, bestehend aus den Ländern Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Kärnten und Krain wird ein selbständiges Königreich Österreich oder Ostreich gebildet; es wählt sich einen König aus den nicht regierenden Fürstenhäusern Deutschlands ...“¹⁷⁹⁴

Gerne zitierte Bräunlich das „Dichterwort“ Franz Grillparzers: „Der Katholizismus ist an allem schuld!: Gebt uns eine 200 jährige protestantische Geschichte, und wir sind der mächtigste und begabteste deutsche Volksstamm. Heute haben wir nur noch Talent zur Musik und zum Konkordat. Man hat uns gründlich katholisch gemacht.“ Schönerer ließ es auf tausende Karten drucken. Die Polizei kam gar nicht nach, sie bei Hausdurchsuchungen von völkischen Buchhandlungen in Wien zu beschlagnahmen. Als erste Adressen erwiesen sich dabei „Friedrich Schalk“¹⁷⁹⁵ und „Stähelin und Lauenstein“, zwei unermüdliche Unternehmen, auch was Annoncen in den einschlägigen Zeitungen betraf. Dichterworte mutierten jedoch recht schnell zu Slogans wie „Der Papst ist an allem

1793 Ebd., S. 60.

1794 Zitiert in: FUNDER, Friedrich, Vom Gestern ins Heute, S. 220f.

1795 Friedrich Schalk, den Karl Hermann Wolf in der Ostdeutschen Rundschau für die Reichsratswahlen des Jahres 1901 protegierte, der aber seinem Gegenkandidaten unterlag, ist nicht zu verwechseln mit dem Schönerianer Anton Schalk.

schuld“ oder „Ein Volk, Ein Kaiser, Ein Gott“. ¹⁷⁹⁶ Verschwörungstheorien, Weltherrschaftspläne der Päpste, der Zugriff auf deren „Werkzeuge“, die Jesuiten, ergaben die Grundsubstanz des Stoffes, aus dem die Träume der kleinen „alldeutschen“ Heftchen waren. Die offizielle evangelische Kirche zeigte sich hingegen wenig erbaut über den ihr prophezeiten Übertritt von tausenden „völkischen Gläubigen“. ¹⁷⁹⁷ Auch der „Evangelische Bund“ sah sich durch sein Sprachrohr Pastor Bräunlich veranlaßt, mahnende Worte an jene zu richten, die unter der „Los von Rom-Bewegung“ etwas anderes verstanden als eine Fortsetzung der lutherischen Reformation, „um eine christliche Nationalkirche“ zu errichten. In ihr sollte es ohne Unterschied der Stände eine geistige Einheit geben – eine gerade von Franz Stein für seine Arbeiterbewegung herbeigesehnte Idealbedingung – die es erst ermöglichen würde, die „deutsche Eigenart zur vollen Entfaltung zu bringen“. Bräunlichs Fanatismus fand jedoch dort ein jähes Ende, wo die Grenzen des Sektierertums erreicht waren; strikt wandte er sich gegen die „Illusionen des alten germanischen Heidentums“. Er konnte damit aber vor allem einen Mann nicht mehr zur Besinnung bringen, der als „Schöpfer der Los von Rom-Bewegung“ galt, wie er sich selbst sah und der unter den Einflüssen der reichsdeutschen Alldeutschen gerade im Begriffe war, als „völkischer Luther“ abzuheben – Georg von Schönerer.

Im Jahre 1899 erschien im Verlag Georg Adlers in Eger, wo auch der „Hammer“ entstand, eine kleine Broschüre, „Deutschtum und römisches Papstkirchentum. Ein Hinweis auf die Ursachen der deutschvölkische Los von Rom-Bewegung in der Ostmark“. Sie war von dem aus der „Krickl-Ecke“ kommenden eifrigen Förderer der deutschen Turnbewegung in Österreich, dem selbsternannten Brauchtums- und Germanenforscher Franz Xaver Kiessling verfaßt worden, einem engen Schönerer-Freund, der aber in der Politik nie eine Rolle gespielt hatte. Kiessling gab darin recht eindrucksvolle Hinweise, in welche Richtung Schönerer, der in der „Kirchenfrage“ im wesentlichen dieselben Auffassungen vertrat wie er, in den nächsten Jahren tendieren sollte. Diese Broschüre ist allein deshalb erwähnenswert, weil sie in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ im Frühjahr 1899 (Nr. 4 und 5) abgedruckt wurde und dabei sogar die gewiß nicht zimperliche „Schriftleitung“ (Karl Iro) an einigen Stellen „bremsend“ eingreifen mußte.

Kiessling ging zunächst davon aus, mögliche „Alternativen“ zum Papstkirchentum zu finden, womit er einerseits „gängige Wege“ verließ, andererseits aber auch gehörig ins Schleudern kam. Im Stile der späteren Nationalsozialisten versuchte er dabei, die gesamte Geschichte von der Antike bis zur Neuzeit neu zu erklären. Erst die Germanen, die sich hätten taufen lassen, wären die „wahren Träger des damaligen Christentums“ gewesen, die man sich durch mancherlei „Zugeständnisse“ an ihre heidnischen Bräuche erkaufte hätte. Sonst wäre das Christentum nie zu einer Weltreligion geworden, sondern einfach eine „neuhebräische Sektenreligion“ geblieben. ¹⁷⁹⁸ Für Franz Xaver Kiessling hätte

1796 BRÄUNLICH, P., Die neueste katholische Bewegung zur Befreiung vom Papsttum. Berichte über den Fortgang der „Los von Rom-Bewegung“, Heft I, München 1899.

1797 Ausführlich dazu: FUNDER, Friedrich, Vom Gestern ins Heute, S. 223.

1798 KIESSLING, Franz Xaver, Deutschtum und römisches Papstkirchentum, Ein Hinweis auf die Ursachen der deutschvölkischen Los von Rom-Bewegung in der Ostmark, Eger 1899, S. 30.

erst Martin Luther das Christentum von den „letzten Spuren des Heidentums“ gereinigt, was ihm eben nur durch eine Rückkehr zu einem biblischen Standpunkt gelungen wäre – durch die Rückkehr zu einer Bibel, die aber vom „semitischen Geiste und semitischem Fleische lebte“. ¹⁷⁹⁹ Wenn sie auch noch so oft in einer deutschen Übersetzung erschienen wäre, konnte sie für den entschiedenen Bibelgegner Kiessling keine deutsche Glaubensgrundlage bilden, „denn auch die Zugehörigkeit zur protestantischen Kirche wäre unter Umständen unvereinbar mit dem Deutschtum“. ¹⁸⁰⁰

Als Kiessling dann vom „deutschen Luthergeist“, der von der „Judenbibel“ losgelöst sei, zu „phantasieren“ begann, machte die Schriftleitung der „Unverfälschten Deutschen Worte“ ihre Leser in Fußnoten auf die „eigene Meinung des Autors“ aufmerksam und sprach sich aus „politischen“ Gründen für einen Übertritt zum Protestantismus aus. Über diesen Zwiespalt beklagte sich auch der „Führer der Los von Rom-Bewegung in Böhmen“, Anton Eisenkolb, in einem Brief an Schönerer: „Es schädigt unsere evangelische Sache, wenn in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ immer von der Judenbibel die Rede ist. Und doch liegt unsere Rettung nur in der Wieder-Evangelisierung des deutschen Volkes in Österreich. Luther und Bismarck hätten das große Werk nicht vollbracht, wenn sie nicht deutsche, evangelische Männer gewesen wären.“ ¹⁸⁰¹

Als Schönerer am 31. August 1900 gemeinsam mit seinem Sohn und den ersten 10.000 Anhängern seiner Bewegung zum Protestantismus übertrat, klang sein Argument, daß seine Wahl auf dieser Kirche gefallen wäre, „weil ihr auch Bismarck angehört hatte“, schon fast wie eine Entschuldigung. Aber auch an den Altkatholiken ließ Kiessling kein gutes Haar. Erst mit der Loslösung vom römischen Einfluß hätten sie ihre Deutschfeindlichkeit verloren, ihre Kirche wäre aber trotzdem nur die Basis, um durch eine noch größere Unabhängigkeit vom Bibeltum eine auf germanischer Grundlage aufgebaute deutsche Volkskirche zu schaffen. ¹⁸⁰² Jetzt war Kiessling endlich in „seinem Element“: Die undeutsche Papstkirche habe sich seit jeher der Germanen bedient, für sie „flossen Ströme deutschen Blutes in der Geschichte“. Sie hätte das gesamte germanische Glaubensgut gestohlen, genauso wie eine „katholische Poesie“: „Für die alten, germanischen Katholiken handelte es sich bei Maria nicht um des angeblichen Zimmermanns Weib, nicht die Jüdin Maria schwebte ihnen vor dem Geiste, sondern die verchristlichte Freia, Baldurs Mutter und Wodans Gemahlin. So wurde auch Maria zur Himmelskönigin. Wenn die deutschen Ordensritter auf den slawischen Schlachtfeldern mit dem Rufe Maria ihre Seele aushauchten, so galt dieser Ruf nicht der jüdischen Maria, sondern der germanisch gedachten Schlachtenjugfrau, der Walküren-Mutter Maria“. ¹⁸⁰³ Die Romkirche hätte den Deutschen von jeher ihr Volksbewußtsein rauben wollen, sich seiner bemächtigt, um zur Weltherrschaft zu gelangen. Dies sei über das Blut der Germanen- und Götterwelt geschehen.

1799 Ebd., S. 19.

1800 Ebd., S. 13.

1801 Zitiert in: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 389.

1802 KIESSLING, Franz Xaver, Deutschtum und römisches Papstkirchentum, S. 17.

1803 Ebd., S. 24.

In der völkischen Literatur dieser Tage, in den „Werken“ eines Guido List oder eines Lanz von Liebenfels, um nur zwei „Heilsbringer“ zu nennen, wurde ein sich ständig wiederholendes Szenario zur Zwangsvorstellung: Das „höherwertige arische“ Blut als das reinste Rassenmerkmal wird vom Judentum durch die „Rassenschande“ verdünnt und ausgesaugt. In diesem Falle ist es jedoch die römische Kirche, die es abzapft: „Wie mächtig, wie zahlreich und volksstark stünde das Deutschtum heute da, wenn nicht römische Kirchen-Politik dem deutschen Sonnenadler wiederholt die Schwingen unterbunden, dem deutschen Volke so oft das Blut abgezapft hätte – und zwar immer das kostbarste!“

„Die Zeit der deutschen Blutung erfolgte stets auf Kosten des Deutschtumes!“¹⁸⁰⁴ – heißt es bei Kiessling. Der Kampf um die Weltherrschaft laufe auf einen Endkampf zweier unversöhnlicher Gegner hinaus: „Ohne dieser römischen Kirche würde dem Deutschtume heute schon die ganze Welt gehören, germanische Sitte und Gesittung die herrschende sein – und nicht zum Nachteile der Geistesfreiheit und Menschlichkeit!“ Wer sein deutsches Volksbewußtsein verliere, ist dem Untergang geweiht, denn das Germanentum habe auch ohne Christentum (Anm. jetzt schon ohne Religion) eine Welt- und Gottesanschauung entwickelt, „denn nur das Arische im Germanentum, das rein Germanische war es, ihr ureigenes Volkstum, daß die Deutschen zum ersten Gesittungsvolk erhob“. Darum könne der Appell Pastor Bräunlichs, „unserer Urväter Glauben wieder anzunehmen“, nicht eine „Rückkehr zum Protestantismus“, sondern nur eine Rückkehr zur Religion der Germanen heißen. Dem Christentum fehle diese „kulturelle Kraft“, denn die Kultur liege nicht im Glauben, sondern im Blute.

Und Franz Xaver Kiessling kam wie Franz Stein in seinem Bemühen, zwischen den Feinden des Deutschtums eine untrennbare Verbindung herzustellen, zu folgendem Schluß: „Die un-deutschen Mächte Roms arbeiten an der Verslawung des Deutschtums ebenso wie die jüdisch-liberalen Mächte!“¹⁸⁰⁵

Bei Georg von Schönerer ist eine Übernahme Kiesslingschen Gedankenguts unschwer festzustellen: „Daß die Judenbibel kein deutsches sittlich-religiöses Buch ist, und daß der Stifter des Christentums als Sohn einer Rassejüdin und Nachkomme Davids kein Arier ist, läßt sich doch nicht ungeschehen machen“. Der als Politiker wegen seiner Dogmentreue gefürchtete, unnachgiebige Besserwisser, blieb gerade bei der Wahl seiner „Ersatzreligion“ höchst wankelmütig – sehr zum Mißfallen seiner „Jünger“, die sich langsam die Haare rauften. Am 9. Juli 1899 gab er auf derselben Versammlung in Eger, auf der Wolf, wie bereits zitiert, die Bewegung zu einer unpolitischen, rein christlichen „Sache des Herzens“ erklärte, bekannt: „Wenn Christentum und Germanentum in Widerspruch kommen, entscheide ich mich für das letztere“.¹⁸⁰⁶ Ein anderes Mal machte er sich wieder für den „sozialen Atheismus“ stark, den Eugen Dühring predigte.

1804 Ebd., S. 33.

1805 Ebd., S. 19.

1806 Zitiert in: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 387.

Alles blieb bei Schönerer ein eigenartiges Gemisch, „Kraut und Rüben“, ein Durcheinander wie wir es auch bei Lanz von Liebenfels vorfinden, einem Zisterziensermönch aus Heiligenkreuz, der ausgezogen war, um einen neuheidnischen „Templer-Orden“ zu begründen, aber nie wirklich mit dem Christentum, dessen „Esoteriker“ er sich nannte, gebrochen hatte.¹⁸⁰⁷ Gerade einmal zum Protestantismus übergetreten, erklärte Schönerer einem evangelischen Pfarrer: „Ich bin und bleibe Heide!“ Seine bisherige politische Betätigung ging ganz in einer Bewegung auf, die nicht so richtig anlaufen wollte: Immer häufiger wurden seine Anzeigen in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ oder im „Hammer“, schon „vorher zum Protestantismus Übergetretene, oder auch diejenigen, die aus irgendwelchen Gründen aus der katholischen Kirche ausgetreten“ wären, mögen sich mit einem kurzen, „auch anonymen“(!) Schreiben bei den Redaktionen melden, nur um die erforderliche „Übertrittszahl“ von 10.000 Gesinnungsgenossen, der „völkischen Sache“ wegen, zu erreichen. Da nutzten auch die „bemerkenswerten Neuheiten für die Gesinnungsgenossen“ wenig, wie die Krawattennadeln mit den drei „000“ der Bewegung, die für Los von Rom standen, oder die im „Alleinvertrieb“ der Firma „Kauderer“ in der Wiener Gentzgasse 21 nach einer Skizze des „Übertrittsausschusses“ hergestellten Gedenkmünzen. Sie zierte ein „mystisches Dreieck“ auf der Vorder- und ein Strauß Kornblumen und Eichenblätter auf der Rückseite, die auch das Spruchband „2012 nach Noreia“ enthielt.¹⁸⁰⁸ Mit dem „Bekenntnis“ Schönerers in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ vom 1. Februar 1903 konnte man die eigentliche „Bewegung“, die schon im Namen zu viel versprochen hatte, denn eine Bewegung wurde nie daraus, auch schon wieder abhaken: „Wir brauchen durchaus kein Geheimnis daraus zu machen, daß die Zahl der bisherigen Austritte aus der Rom-Kirche trotz der unleugbaren Erfolge nicht jenen Erwartungen und Wünschen entsprach, die jeder ihrer Freunde mit Recht von der wahrhaft befreienden und den Boden Alldeutschlands vorbereitenden Los von Rom-Bewegung hegen durfte“.¹⁸⁰⁹

Während der hitzigsten alldeutschen Propaganda für den Massenaustritt in den Jahren 1898 bis 1901 waren gerade einmal 14.835 Übertritte zur evangelischen Kirche zu verzeichnen. Erst als die Sozialdemokraten ab 1904 in ihren Wahlkämpfen gegen die Christlichsozialen für die Kirchenaustritte warben, stieg die Zahl bis zum Jahre 1909 auf rund 50.000 an.¹⁸¹⁰ „Das praktische Ergebnis des österreichischen Kulturkampfes war fast gleich Null“, höhnte Adolf Hitler, der daraus durchaus seine Lehren zog, sich vorerst nicht mit der Kirche anzulegen.¹⁸¹¹ Es wäre aber nicht Georg von Schönerer mit „all seinen Tugenden und Fehlern“ gewesen, die sogar sein Bewunderer Eduard Pichl eingestehen mußte, wenn er nicht felsenfest daran festgehalten hätte, immer verschrobener wurde, seinen Anhang wechselte und letztlich mit einem immer fanatischer werdenden „Los von Rom“ seine „politische“ alldeutsche Bewegung zerstörte.

1807 MUND, Rudolf, Jörg Lanz von Liebenfels und der Neue Templer Orden, Stuttgart 1976.

1808 Der Hammer, Nr. 8 vom 15. April 1899.

1809 Unverfälschte Deutsche Worte, Nr. 3 vom 1. Februar 1903.

1810 FUNDER, Friedrich, Vom Gestern ins Heute, S. 226.

1811 HITLER, Adolf, Mein Kampf, S. 128.

Die Gründe für dieses Scheiterns sind mannigfaltig, sie haben aber in erster Linie damit zu tun, daß eine Bewegung als solche nie vorhanden war. Franz Stein gab vielleicht ganz unbewußt eine Antwort, als er im Hammer „Die zehn Gebote der Los von Rom-Bewegung“ aufstellte und fragte, „warum sind wir evangelisch geworden?“ Ein Gebot lautete, „weil wir ehrlich gestanden schon lange nicht mehr katholisch waren“. ¹⁸¹² Bei wem dies zutraf, der konnte nicht ernstlich glauben, durch einen Kirchenübertritt noch „evangelischer“ zu werden. Am „Lourdesswindel“, an den „Kinderschändungen von Priestern und Missionaren aus aller Welt“ – Meldungen, die sich mit einer derart geballten Masse auf sie entlud – hatte auch eine Arbeiterbewegung, die ganz andere Sorgen beschäftigte, auch bald kein Interesse mehr. Das mußte Franz Stein bald einsehen. Auch die Geschichten der nordischen Helden und die „Feuer der Sonnenwende“ waren nach den Worten Andrew Whitesides „too bookish to interest the unschooled“. ¹⁸¹³ Stein hatte zwar ab 1898 eine eigene Rubrik „Los von Rom“ eingeführt, die sich aber auf oben erwähnte Beschreibungen frivoler Kleriker beschränkte, wobei sich der Leser dabei möglichst selbst ein Urteil bilden sollte, eine „ideologische Schulung“ fehlte gänzlich.

Schönerer machte sich auch immer lächerlicher: Am 28. Februar 1901 stellte er im Reichsrat eine Anfrage wegen des „Ablaßhandels“. ¹⁸¹⁴ Als „völkischer Luther“ zog er durch die Lande.

Adolf Hitler, der während seiner Wien-Jahre ihre letzten Ausläufer zu spüren bekam, war jedoch letztlich nicht ganz frei von Sympathien für die „Los von Rom-Bewegung“ geblieben, wenn man den Äußerungen seines Jugendfreundes August Kubizek Glauben schenkt. So soll er sich ihm gegenüber 1908 geäußert haben: „Sogar die kirchliche Sprache versteht das Volk nicht, alles ist erfüllt von einer fremden Mystik .:. Die Kirche zielt darauf ab, die Welt zu beherrschen ... Das deutsche Volk aus diesem Joch zu befreien, gehört mit zu den Kulturaufgaben der Zukunft“. ¹⁸¹⁵ Auch im Männerheim in der Meldemannstraße soll oft die Rede von der deutschfeindlichen katholischen Kirche und von den Wundertaten eines Martin Luther gewesen sein. ¹⁸¹⁶ Diese Gedanken stammten eindeutig aus der alldeutschen Schatzkiste Schönerers.

Nur hatte der Politiker Hitler, dessen Jugendidol längst verblaßt war, 1924, als er „Mein Kampf“ schrieb, eine radikale Kehrtwende gemacht und war durch das Scheitern um eine Erfahrung reicher geworden, nachdem er „Muße und Gelegenheit genug“ hatte, „auch diese Frage unvoreingenommen zu prüfen“. Es wäre falsch zu behaupten, daß er die „Los von Rom-Bewegung“ als solche kritisiert hätte, seine Kritik richtete sich eher gegen seinen Urheber, der damit sein für höhere Aufgaben benötigtes Pulver verschossen hätte: „Eine Frage hätte sich die alldeutsche Bewegung in Österreich einst vorlegen müssen: Ist die Erhaltung des österreichischen Deutschtums unter einem katholischen Glauben möglich oder nicht? Wenn ja, dann durfte sich die politische

1812 Der Hammer, Nr. 5 vom 3. Februar 1900.

1813 WHITESIDE, Andrew G., *Austrian National Socialism before 1918*, S. 85.

1814 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XVII. Session, 13. Sitzung am 28. Februar 1898, S. 763. Vgl. PICH, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 390.

1815 KUBIZEK, August, Adolf Hitler, *Mein Jugendfreund*, Graz 1953, S. 45.

1816 HAMANN, Brigitte, *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators*, München 1996, S. 358.

Partei nicht um religiöse oder gar konfessionelle Dinge kümmern; wenn aber nein, dann mußte eine religiöse Reformation einsetzen und niemals eine politische Partei. Wer über den Umweg einer politischen Organisation zu einer religiösen Reformation kommen zu können glaubt, zeigt nur, daß ihm auch jeder Schimmer vom Werden religiöser Vorstellungen oder gar Glaubenslehren und deren kirchlichen Auswirkungen abgeht. Man kann hier wirklich nicht zwei Herren dienen ... Dem politischen Führer haben religiöse Lehren und Einrichtungen seines Volkes immer unantastbar zu sein, sonst darf er nicht Politiker sein, sondern soll Reformator werden, wenn er das Zeug hierzu besitzt!“¹⁸¹⁷ Es ist nicht schwer zu erraten, wen Hitler damit gemeint hatte, der in dieser Frage vom „Schönerianer“ zum „Wolfianer“ wurde.

Daß sich Hitler aber später noch mit der „Los von Rom-Bewegung“ beschäftigt hat und damit seine Umgebung in Staunen versetzte, beweist die von seinem damaligen Vertrauten Otto Wagener geschilderte Episode, die sich um 1930 zugetragen haben soll. Der damalige Stabschef der SA fertigte im aufziehenden Machtkampf mit der SS eine große Karte von Deutschland an, in die er für hundert Mann SA eine rote und für hundert Mann SS eine schwarze Nadel an die betreffenden Orte steckte. Als sich für ihn eine verblüffende regionale Verteilung von wesentlich stärkeren SA-Gruppierungen im Westen und Osten, hingegen eine viel schwächere im Süden ergab, das Verhältnis bei der SS jedoch beinahe umgekehrt war, gab er Adolf Hitler die Lösung dieses Rätsels auf, der sogleich eine „Religionskarte“ daraus machte. Demnach wären die hinter den ehemaligen römischen Linien liegenden katholischen Gebiete im Westen und Süden für die SS deswegen attraktiver, weil zu ihr „Obrigkeitsstaatler“ streben würden, die „dienen und gehorchen wollen“. Dort aber, wo es der römischen Kirche nicht gelungen wäre, einem Volk eine Religion aufzuzwingen, weil es „rassisch und einstellungsmäßig mit der Ethik, die diese Kirche bedingt, nicht übereinstimmte“, herrsche germanische Art, „man ist protestantisch“. Dort würden sich auch die „kämpferischen Naturen germanischer Art“ befinden.¹⁸¹⁸ In einem weiteren Vortrag einhalb Jahre später kam Hitler auf den „arischen Jesus“ zu sprechen: „Und der Kampf, den die Welt und die sich fälschlich als christlich bezeichnenden Kirchen gegen den Nationalsozialismus führen, gegen uns, die wir eigentlich die Erfüllung der Lebensaufgabe Christi bringen wollen, ist nur die Fortsetzung des Verbrechens der Inquisition und der Hexenverbrennungen, mit denen die jüdisch-römische Welt ausgerottet hat, was jenem schändlichen Schmarotzertum Widerstand entgegensetzte.“¹⁸¹⁹

Wagener schildert an mehreren Stellen, wie sich die Ohrenzeugen dieser Monologe nachher erstaunt fragten: „Wo hat dieser Mann nur das alles her?“¹⁸²⁰

1817 HITLER, Adolf, *Mein Kampf*, S. 125f.

1818 WAGENER, Otto, *Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929–1932* Hg. von Henry Ashby Turner, Frankfurt a. Main Berlin Wien 1978, S. 79 f.

1819 Ebd., S. 147.

1820 Ebd., S. 80 und 470.

5. Die Spaltung der Schönerianer

Schönerer besiegelte mit der „Los von Rom-Bewegung“ den Niedergang seiner Partei. Doch noch immer waren die Themen Sprachenverordnungen, Ausgleichsgespräche und der „Schwur von Eger“ heiße Eisen, die nachwirkten. Den im Dezember 1899 stattfindenden Nachwahlen für den böhmischen Landtag sollte daher die Bedeutung eines Gradmessers für die alldeutsche Bewegung zukommen. Neben Franz Stein, der im Wahlbezirk Hohenelbe-Langenau-Arnau, wenn auch ziemlich knapp, erstmals zum Landtagsabgeordneten gewählt wurde, blieben noch Ernst Bareuther, der mittlerweile von der Deutschen Volkspartei wieder zu den Schönerianern übergelaufen war, Iro, Wolf, der Rechtsanwalt Heinrich Reiniger und Rafael Pacher erfolgreich. Wenn man noch Anton Aigner, Karl Schücker, Friedrich Legler und Adolf Kellner hinzuzählt, so saßen im Jahre 1900 bereits 10 Radikalnationale in diesem böhmischen Landesparlament.¹⁸²¹

Gemessen an diesen „böhmischen Auseinandersetzungen“ muß man das Ergebnis der Reichswahlen vom 8. Jänner 1901 als erstaunlich bezeichnen, denn die Zeche zahlte sehr zum Leidwesen der liberalen Presse, die diesen Ausgang gar nicht fassen konnte, die Deutsche Fortschrittspartei. Sie verlor mehr als die Hälfte ihrer böhmischen Sitze an die Schönerianer. 21 Alldeutsche, davon allein 19 „böhmische“, waren auf der Plattform des „Linzer Programms“ gewählt worden und zogen nun gegenüber der unerwartet geringen Zahl von 10 Sozialdemokraten in den neuen Reichsrat ein.¹⁸²² Diesen Ausgang kommentierte Karl Kraus kurz und bündig in seiner „Fackel“: „Nichts geschah bei den Wahlen der 5. Kurie als daß jede Partei der nächst radikalere einige Mandate abtrat: die Konservativen den Christlichsozialen, diese den Sozialdemokraten, die den Radikalnationalen. Besiegt wurde bloß die Politik der Mäßigung.“¹⁸²³

Der Einbruch in die für ihn als „Neuland“ zu bezeichnende fünfte Kurie stellte Schönerers größten Erfolg als Politiker dar, es war aber auch wieder nur teilweise sein eigener: Während seine Losung für die Wahlbezirke „gegen Klerikale und Christlichsoziale, gegen die Sozialdemokratie

1821 Der Hammer, Nr. 35 vom 25. Dezember 1899.

1822 Gewählt wurden neben Schönerer, Wolf, Iro und Stein, der Rechtsanwalt Ernst Bareuther, der Schriftleiter Laurenz Hofer von den „Egerer Nachrichten“, der Landwirt Franz Kittel, der Gutsbesitzer Rudolf Berger, der Landwirt August Dörtz, der Rechtsanwalt Anton Eisenkolb, der Schriftleiter Alwin Hanich, der Mechaniker Wilhelm Philipp Hauck, der Schriftleiter Josef Herzog, der Landwirt Franz Kliemann, der Lehrer J. Kasper, der Landwirt Franz Kutscher, der Bürgermeister Heinrich Lindner, der Schriftleiter Rafael Pacher, der Schriftsteller Anton Schalk, der Fachlehrer Franz Schreiter und der Rechtsanwalt Josef Tschan. PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 82.

1823 KRAUS, Karl, Die Fackel, Jg. 1901, Nr. 64 vom Jänner 1901.

und das Judentum“ lautete und er nur „Los von Rom Männer“ unterstützte, verfolgte Karl Hermann Wolf eine Doppelstrategie. Seine Aufrufe in der „Ostdeutschen Rundschau“ richteten sich möglichst „tiefgreifend“ an alle Volksgenossen in den „national bedrohten Gebieten“. Jeder deutsche Bewerber sollte unterstützt werden.¹⁸²⁴ Um dieses Vorhaben durchzusetzen, ging Wolf, wie aus einem hinter dem Rücken Schönerers stattgefundenen Briefwechsel mit Carl Beurle von der „Deutschen Volkspartei“ hervorgeht, auf seinen Vorschlag ein, nach den Wahlen eine große gemeinsame Partei zu bilden und daher im Wahlkampf mögliche Reibungsflächen abzubauen.¹⁸²⁵ Diese Strategie war von beiden Seiten gut gewählt: Die mehr alpenländisch orientierte „Deutsche Volkspartei“ hatte in Böhmen nie einen großen Anhang gefunden, während Wolf nach dem fulminanten Wahlsieg auf umso größere Zugeständnisse für seine Pläne hoffen konnte.

Im Reichsrat fand sich nun eine bunte Mischung, bestehend aus Landwirten, „selbsternannten“ oder „wirklichen“ Schriftstellern und Schriftleitern diverser völkischer Zeitungen, Lehrern und Rechtsanwälten ein, die der Bewegung nicht nur als Abgeordnete, sondern insgesamt ein neues Gesicht gaben, während die eingefleischten Alt-Schönerianer Karl Türk und der weniger bekannte Karl Fochler bei den Wahlen gescheitert waren. Für Türk, der in Schlesien sieglos geblieben war, wurde sogar eine „Rettungsaktion“ in Floridsdorf durchgeführt, wo er jedoch abermals einem Sozialdemokraten, dem späteren Wiener Bürgermeister Karl Seitz, unterlag.¹⁸²⁶

Ferdinand Burschofsky fiel nur ziemlich knapp in seinem Wahlkreis Mährisch-Schönberg durch.¹⁸²⁷ Zwei andere dieser „Durchgefallenen“ verdienen es, erwähnt zu werden: Alois Seidl war zwar ziemlich erfolglos in Böhmisches-Leipa angetreten, sollte aber eine Schlüsselrolle in den kommenden Ereignissen spielen. Der Wiener Buchhändler und Verleger Friedrich Schalk war nicht nur als Verbindungsmann Schönerers, sondern auch wegen seiner Mitgliedschaft in der „Guido von List Gesellschaft“ bedeutsam für die Bewegung.¹⁸²⁸

Die „Neuen“ kamen fast allesamt aus dem „radikalnationalen Lager des Deutschnationalen Vereins für Österreich“ Karl Hermann Wolfs, auf dessen Liste mangels einer Parteigruppierung auch die Schönerianer angetreten waren. Wolf hatte bis zuletzt gehofft, daß die „Los von Rom-Bewegung“ kein Parteithema werden würde. Doch mit einem Schreiben, das Schönerer am 17. Jänner 1901 an die „ihm näher bekannten alldeutsch gesinnten Abgeordneten“ richtete, bewahrheiteten sich plötzlich all seine Befürchtungen. In bekannter „Entweder-Oder“-Manier Schönerers forderte er darin die „Neuen“ auf, sich entweder der Gruppe, welche den Namen „die Alldeutschen“ zu tragen hätte, anzuschließen und beiliegende Erklärung zu unterzeichnen, oder „wilde Abgeordnete“ zu bleiben.¹⁸²⁹ An der „Erklärung“ schieden sich nun die Geister, denn ohne

1824 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 332 vom 2. Dezember 1900, S. 3.

1825 Brief Beurles an Wolf vom 25. September 1900, Nachlaß Wolf, Zitiert In: WEBER Klemens, Karl Hermann Wolf, S. 202.

1826 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 11 vom 11. Jänner 1901, S. 1.

1827 Der Hammer, Nr. 3 vom 19. Jänner 1901.

1828 Guido Lists gesammelte Werke, Bd. 1, Wien 1912, S. 664.

1829 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 83.



Abbildung 23: Die „Alldeutsche Vereinigung“ nach den Reichratswahlen 1901 um Georg von Schönerer geschart: Innerer Ring von oben nach rechts: Stein, Iro, Wolf, Hauck, Kliemann, Dötz, Bareuther, Eisenkolb. Äußerer Ring von oben nach rechts mit vielen „Neuen“: Schalk, Rafael Pacher, Lindner, Hofer, Kasper, Schreiter, Kutscher, Hanisch, Herzog, Kittel, Tschan, Berger.

Beiseins Wolfs hatte ein engerer Kreis schon vor den Wahlen ein sogenanntes „verkürztes Linzer Programm“ ausgearbeitet, das „Alldeutsche Grundprogramm“, das sie um die Zusätze „Los von Rom“ und „Alldeutsch“ ergänzten. Den Endentwurf, an dem Schönerer, Iro, Pacher und der Schriftleiter Josef Kiesslich mitgearbeitet hatten, verfaßte das ehemalige Mitglied der „Deutschen Volkspartei“, Ernst Bareuther: „Wir streben ein solches bundesrechtliches Verhältnis der ehemaligen deutschen Bundesländer Österreichs mit dem Deutschen Reich an, das die Erhaltung unseres Volksstammes dauernd sichert ... Unseren Volksstamm von jedem fremden, daher auch vom jüdischen Einfluß rein zu halten und uns von Rom loszusagen, halten wir für unsere selbstverständliche Pflicht.“¹⁸³⁰

Kurz darauf gingen erste Gerüchte um, Wolf wolle wegen dieser Grundsatzerklärung, die nun jeder Abgeordnete unterschreiben mußte, 13 von den völlig „überraschten“ 21 Gewählten auf seine Seite bringen.¹⁸³¹ Eine Spaltung lag auch wegen der späteren Erklärung Schönerers zu seinem Schreiben in der Luft, daß „jene, welche bis heute aus stichhaltigen Gründen noch nicht los von Rom sind, sonst aber die alldeutschen Grundsätze anerkennen, der Bewegung nur als ‚Gäste‘ angehören“ könnten.¹⁸³² Sehr anschaulich hat der Wortführer der nun gegen Schönerer auftretenden Opposition, Josef Tschan, die Mißstimmung, die diese kalte Dusche trotz des Wahlerfolgs bei den eher Wolf zugetanenen Abgeordneten ausgelöst hatte, in einem Brief an den Parteipapst wiedergegeben. Tschan verschaffte damit seinem Ärger über die „Täuschung der Wähler“ etwas Luft, die schließlich Abgeordnete aufgrund des „Linzer Programms“ gewählt hätten, denn die Bevölkerung wolle „selbständig arbeitende Abgeordnete, nicht aber Mamelucken, denen man den Gedankengang“ vorschreibe.¹⁸³³

Wolf beeilte sich zwar, in der „Ostdeutschen Rundschau“ sein Loyalität zum „Führer“ über alle Zweifel erhaben darzustellen, indem er sich selbst mit der „gleichen alldeutschen Gesinnung und Überzeugungstreue“ beruhigte, welche eine „parlamentarische Gruppe wie aus einem Stahlguß schaffen“¹⁸³⁴ werde, doch ein gewisser Beigeschmack blieb. Karl Hermann Wolf wollte in erster Linie vermittelnd eingreifen, denn eine Spaltung der Schönerianer musste auch seinen Zielen abträglich sein. So schrieb er äußerst vielsagend an Tschan: „Im Interesse der Einigkeit werde ich zu dem Vielen, das ich schon geschluckt hatte, auch das noch hinunterwürgen“.¹⁸³⁵ Balsam auf seine Wunden dürfte auch ein an ihn gerichteter Brief des reichsdeutschen „Alldeutschen Verbandes“ vom 19. Jänner 1901 gewesen sein, denn er stammte von Paul Samassa, nach den Worten Eduard Pichls einem der schärfsten Kritiker Schönerers¹⁸³⁶: „Sowohl den Namen der Partei halte ich für unglücklich, den Inhalt des Programms, auf das sich jeder verpflichten soll, einfach albern ... Ich

1830 Ebd., S. 84.

1831 Ebd.

1832 Abgedruckt In: Der Hammer, Nr. 3 vom 19. Jänner 1901.

1833 Zitiert In: WEBER, Klemens, Karl Hermann Wolf, S. 207.

1834 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 17 vom 17. Jänner 1901, S. 1.

1835 Zitiert In: WEBER, Klemens, Karl Hermann Wolf, S. 207.

1836 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 359.

habe die vornehme Art und Weise, wie sie die Eifersucht Schönerers und insbesondere die Machinationen seiner Clique stets ertragen haben, immer sehr hoch an ihnen geschätzt, aber jetzt steht zu viel auf dem Spiel, darum könne Sie kein Opfer mehr bringen. Es geht um die Sache.“¹⁸³⁷ Es ging dem „Alldeutschen Verband“ schon alleine darum, wegen der Namensgebung Schönerers vor Verwechslungen Abstand zu nehmen.

Wenn auch die im Reichsrat auftretende „Alldeutsche Vereinigung“ wegen der vielen neuen Gesichter vorerst eine nach dem Zitat Schönerers „freie Vereinigung alldeutsch Gesinnter“ bleiben sollte, eine gewisse Konkurrenz zu Wolfs Zentrale, dem „Deutschnationalen Verein“, stellte sie allemal dar. Noch aber wußte auch Schönerer, wenn auch nur mehr für kurze Zeit, wem er dank der größeren Sympathiewerte den Wahlerfolg zu verdanken hatte. In der Jahreshauptversammlung „seiner Partei“ am 19. Jänner 1901, auf der er Franz Stein wegen seiner Agitation für die fünfte Kurie in Anwesenheit des Arbeiterführers Ferdinand Burschofsky gleichsam als Beweis für dessen Einbindung in das radikalnationale Lager¹⁸³⁸ hochleben ließ, sah sich dann auch Wolf bemüßigt, zu erklären: „Ich werde mich gewiß nie von Schönerer trennen, ich würde mir eher die rechte Hand abhacken lassen, ehe ich mich dazu herbeiließe, mit Schönerer einen Konflikt heraufzubeschwören. Ich für meine Person möchte und werde eine Spaltung nicht verschulden.“¹⁸³⁹ Das Wort „Spaltung“ war aber nun einmal auf dem Tisch und die Konflikte besorgten andere, auch wenn es die Treuesten waren: Augustin Dötz, der Bürgermeister von Allensteig, der seine Wahl zum Reichsratsabgeordneten mit dem Prädikat „Der Vertreter des Waldviertels, von wo aus die deutschnationale Bewegung ihren Anfang nahm“¹⁸⁴⁰ gewonnen hatte, unterschrieb die Erklärung des „Alldeutschen Grundprogramms“ mit dem Zusatz: „Mich aber los von Rom zu sagen, bin ich aus triftigen Gründen nicht imstande.“ Auch der neugewählte Josef Tschan kritisierte das Programm, vor allem aber die Halsstarrigkeit Schönerers, mit der er sich alles allzu leicht machen würde. Schönerer soll ihm gegenüber versichert haben, den Brief vom 17. Jänner „nie und nimmer“ zurückzunehmen“ und es ihm außerdem „von der Natur versagt (sei), einen vermittelnden Standpunkt einzunehmen“.

Für den 27. Jänner 1901 berief Tschan eine vertrauliche Besprechung nach Bodenbach ein, um sich „über das Verhältnis der deutschradikalen Partei zu Schönerers Forderungen“ Klarheit zu verschaffen. Dieses Treffen fand, nachdem die ebenfalls geladenen Hauck und Iro aus Treue zu Schönerer abgesagt hatten, nur unter Teilnahme der „Neuen“ und Wolf statt.¹⁸⁴¹ Nach einer später gemachten Aussage Rudolf Bergers, der das Programm Schönerers sofort unterschreiben hatte, soll Wolf auf dieser Versammlung den Ausspruch getan haben: „Ich könnte mich nur von Schönerer trennen, wenn sich die Mehrheit der neugewählten Abgeordneten auf meine Seite stellt.“¹⁸⁴² Spä-

1837 WEBER, Klemens, Karl Hermann Wolf, S. 205.

1838 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 21 vom 21. Jänner 1901, S. 1.

1839 Der Hammer, Nr. 6 vom 9. Februar 1901.

1840 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 8 vom 8. Jänner 1901, S. 1.

1841 Tschan, Berger, Eisenkolb, Kasper, Kliemann, Kutscher, Pacher, Schreiter.

1842 Zitiert in: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 85.

ter ist diese von Wolf vehement bestrittene Aussage zu einem nicht unwichtigen Prozeßthema geworden, ob er schon in Bodenbach eine Trennung von Schönerer „mutwillig“ habe herbeiführen wollen. Ob sich damit ein paar Herrschaften „reinwaschen“ wollten, sei dahingestellt.¹⁸⁴³

Die Spaltung sollte zwar noch einige Zeit auf sich warten lassen, die Erklärung, die die neun Abgeordneten in Bodenbach unterschrieben, war jedoch bereits mit einigen „Schönheitsfehlern“ behaftet. Zwar stimmten alle dem „Linzer Programm“ zu und erachteten eine parlamentarische Vereinigung für „notwendig“, doch wurde in einem Zusatz über die „Los von Rom-Bewegung“ angeführt, daß diese eine rein „politisch nationale Angelegenheit“ sei. Daß man sie nicht als „religiöse Frage“ auffaßte, hatte zur Folge, „daß die Stellung der Abgeordneten im deutschradikalen Verband nicht von deren Glaubenszugehörigkeit abhängig gemacht werden“ könne.¹⁸⁴⁴ Deutlich war dabei die Handschrift Karl Hermann Wolfs erkennbar.

Der Riß war unübersehbar geworden. Es hob sich bereits ein innerer Kreis um Schönerer, bestehend aus Iro, Schalk, Berger, Hofer, Kittel und auch Stein, ab. Diese Abgeordneten hatten auch sofort kritiklos das alldeutsche Programm unterschrieben und waren daher auch immer eine Spur früher als die anderen informiert. Wie sehr es in Schönerers Naturell lag, eine kleine Kadertruppe nach seinem Willen zu „führen“, verdeutlicht seine 1901 gegenüber Raphael Pacher gemachte Aussage: „Der Klub ist zu groß, man hat ihn nicht recht in der Hand“.¹⁸⁴⁵ Aber auch sehr zum Leidwesen Franz Steins hatte sich hier eine Mittelstandspartei etabliert, wie auch die kommende parlamentarische Arbeit zeigen sollte, die sich wieder weiter weg von der Arbeiterfrage bewegte. Auch in diesem Lager begann es nicht nur wegen der zunehmenden Spaltung mit der Gruppe um Wolf zu kriseln.

In der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses konstituierte sich eine Geschäftsleitung der neuen „Alldeutschen Vereinigung“, bestehend aus Schönerer, Bareuther und Wolf. Schönerer schien damals am ohnehin schon schiefen Haussegen noch einiges gelegen zu sein, denn er lehnte die Klubobmannstelle überraschenderweise ab und delegierte sie an Bareuther. Zwischen seinen beiden Stellvertretern Schönerer und Wolf sollte somit eine Pattsituation geschaffen werden,¹⁸⁴⁶ die auch die Presseorgane umfaßte: Für Verlautbarungen wurden gleichzeitig die „Ostdeutsche Rundschau“ und die „Unverfälschten Deutschen Worte“ bestimmt.¹⁸⁴⁷

Wenn dies auch alles nach einer täuschend echten Ausgleichsstruktur aussah, so bestand kein Zweifel, wer den Ton angab. Anfang Februar 1901 gab Schönerer das „Verhältnis“ der Alldeutschen

1843 Gedrucktes „Plädoyer des Dr. Vinzenz von Berger im Prozesse Wolf gegen Schalk, In: ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 38.

1844 Zitiert In: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 87.

1845 Harald Bachmann zitierte aus den Erinnerungen Pachters, daß ihm dies Steinwender bereits vorausgesagt hatte: „Schönerer, der eine große Partei nicht vertrage, werde den Verband auseinandersprengen.“ BACHMANN, Harald, Raphael Pacher und die deutschradikale Bewegung in den Sudetenländern. Aus den Erinnerungen Pachters, S. 456.

1846 BACHMANN, Harald, Raphael Pacher und die deutschradikale Bewegung in den Sudetenländern. Aus den Erinnerungen Pachters, S. 456.

1847 Der Hammer, Nr. 4 vom 26. Jänner 1901.

zur „Deutschen Gemeinbürgschaft“ bekannt. Unter dem Schlagwort „Wahren wir unsere Selbständigkeit“, glaubte er mit 21 Abgeordneten die „böhmische Frage“ zu bestimmen und sich der Aktivitäten der anderen Parteien zu enthalten.¹⁸⁴⁸ Die schlesische Arbeiterzeitung „Deutsche Wehr“ des Schriftleiters Anton Schimana ätzte: „Der Klubzwang ersetzt bei den Alideutschen die Gesinnung“, eine Einstellung, die nicht ohne Folgen für die völkische Arbeiterbewegung bleiben sollte. An diesem Starrsinn Schönerers hatte am meisten Karl Hermann Wolf zu leiden, der noch in der Hauptversammlung des Deutschnationalen Vereines vom 19. Jänner 1901 als die drei wichtigsten Fragen der kommenden Session die deutsche Staatssprache, die Revision des ungarischen Ausgleichs und die Wohlfahrtseinrichtungen für Arbeiter aufgezählt hatte.¹⁸⁴⁹ Die Tätigkeit der Alideutschen im gesamten Parlamentsjahr 1901 beschränkte sich auf mehrere Absagen an die Volkspartei und an die Fortschrittlichen wegen der deutschen Staatssprache, die zum einzigen Ziel Schönerers im Abgeordnetenhaus geworden war. Nicht einmal Eduard Pichl fiel etwas Berichtenswertes über das Jahr 1901 ein. Seine „Übersicht über Schönerers reichsrätliche Tätigkeit von 1901 bis 1907“ nimmt, läßt man seine endlosen Diskussionen zur Sprachenfrage weg, überhaupt nur zwei Zeilen ein!¹⁸⁵⁰ Daß hier ein gefährlicher Auslaufpolitiker am Werk war, wußte niemand besser als Karl Hermann Wolf.

Ohne konstruktive Politik verstärkte sich die Gewißheit, daß es innerhalb der alideutschen Gruppe zu einer baldigen Entscheidung kommen müsse, noch mehr. Schönerer dürfte spätestens im Herbst 1901 eingesehen haben, daß eine Kraftprobe zwischen ihm und Wolf unausweichlich geworden war. Einen letzten Auslöser stellten sicherlich die am 26. und 27. März 1901 abgehaltenen Delegationswahlen dar: Wolf half bei deren Boykott anfänglich mit, nahm aber dann gemeinsam mit Karl Iro seine Wahl an.¹⁸⁵¹ Wie sich beide künftig zu verhalten hätten, folgte in einem Artikel Schönerers in den „Unverfälschten Deutschen Worten“, womit der Bogen wegen der darin aufgestellten Benimm-Regeln endgültig überspannt gewesen sein dürfte.

Inwiefern Schönerer in der nun folgenden „Affäre Wolf“, die nach einer sehr vorausschauend aufgestellten Falle aussieht, die Fäden gezogen hatte, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Den Ausgang hat er jedenfalls wesentlich mitbestimmt.

5.1 Die „Affäre Wolf“

Wie waren private Leidenschaften, Ehre, Zweikampf und Politik bei den Alideutschen zu Beginn des 20. Jahrhunderts miteinander verknüpft? Karl Hermann Wolf, dessen Vorname sich nach den Badeni-Tagen großer Beliebtheit erfreute,¹⁸⁵² besaß Sympathiewerte nicht nur in der Studenten-

1848 Der Hammer, Nr. 6 vom 9. Februar 1901.

1849 Der Hammer, Nr. 4 vom 26. Jänner 1901.

1850 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. III.

1851 Ebd., S. 124.

1852 Klemens Weber hat dafür in seiner Dissertation den am 24. Jänner 1898 in Karlsbad geborenen, späteren promi-

schaft, sondern auch bei den Frauen. Damit war er angreifbar geworden, denn diese Sympathiewerte sollten nun seine politische Karriere beenden.

Am 27. November 1901 berichtete die Abendausgabe des „Grazer Tagblattes“ in einer kurzen Notiz, die so versteckt war, daß sie so mancher überlesen konnte, über ein Duell, das am Vormittag desselben Tages in der Gegend der Wiener Sophienalpe stattgefunden hatte: „Heute vormittag fand hier ein Zweikampf statt, und zwar zwischen dem Abgeordneten K. H. Wolf und dem Professor an der landwirtschaftlichen Akademie zu Liebwerda, namens Alois Seidl. Der Zweikampf war unter schweren Bedingungen vereinbart worden: Pistolen und einmaliger Kugelwechsel. Wie man hört, sind die Gegner unversöhnt geschieden. Professor Seidl ist der Schwiegersohn des Abg. Tschan. Es soll sich um eine Frau handeln.“¹⁸⁵³

Zwei Tage später erschien auf der Titelseite der Abendausgabe der „Ostdeutschen Rundschau“ eine sechszeilige Mitteilung: „Herr K. H. Wolf hat heute dem Präsidium des Abgeordnetenhauses und dem Oberstlandmarschall des böhmischen Landtages die Niederlegung seiner Mandate in diesen beiden Versammlungskörpern angemeldet.“¹⁸⁵⁴ Am nächsten Tag verfaßte Wolf in der Morgenausgabe eine „Begründung“ für seine Mandatsniederlegung: „Geehrte Herren Wähler! Schon des Öfteren erwog ich den Gedanken, mich vom parlamentarischen Leben zurückzuziehen und mich ausschließlich der Sicherung und Ausgestaltung des für die alldeutsche Partei so notwendigen Tagblattes Ostdeutsche Rundschau widmen zu können, da ich erkannte, daß meine Kraft für beide Zwecke nicht ausreicht. Vorkommnisse privater Natur (Anm. hervorgehoben) brachten nunmehr diesen Entschluß zur Reife.“¹⁸⁵⁵ Um diesem Entschluß Nachdruck zu verleihen, erschienen in den nächsten Tagen nach langer Zeit wieder zwei Leitartikel von ihm.¹⁸⁵⁶ Was bei jedem anderen plausibel geklungen hätte, da man sich wirklich fragen mußte, wie ein politisches Amt mit der Herausgabe einer damals so umfangreichen Zeitung wie der in einer Morgen- und Abendausgabe erscheinenden „Ostdeutschen Rundschau“ überhaupt zeitlich zu vereinbaren war, traf nun auf Wolf überhaupt nicht zu. Sein plötzlicher und unerwarteter Schritt, der schnell zum Tagesgespräch in Wien geworden war,¹⁸⁵⁷ wurde ihm als eine freiwillig getroffene Entscheidung einfach nicht abgenommen. Sofort setzten alleine wegen der rätselhaften „Vorkommnisse privater Natur“ heftige Spekulationen ein. Aufgrund der immer wieder aufgetretenen kleineren Reibereien der letzten Monate lag es auf der Hand, daß Wolfs Rücktritt etwas mit Schönerer zu tun haben mußte.

nenten Nationalsozialisten Karl Hermann FRANK angegeben, der in der Zeit von 1943 bis 1945 Staatsminister im Rang eines Reichsministers für Böhmen und Mähren war und sich bei der Namensgebung seiner Eltern auf Karl Hermann Wolf berufen hatte. WEBER, Klemens, Karl Hermann Wolf, S. 151.

1853 Grazer Tagblatt, Nr. 328 vom 27. November 1901, S. 3.

1854 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 328 vom 29. November 1901, S. 1.

1855 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 329 vom 30. November 1901, S. 4.

1856 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 333 vom 4. Dezember 1901, S. 1. „Eine gefährliche Idee!“ über die Lage in Böhmen und Ostdeutsche Rundschau, Nr. 337 vom 8. Dezember 1901, S. 1. „Ausgleichskonferenzen“.

1857 Grazer Tagblatt, Nr. 330 vom 30. November 1901, S. 1.

Dieses „Brummen und Rauschen“ veranlaßte Wolf, schon etwas energischer gegen die „gehässigen Behauptungen und Verleumdungen“ aufzutreten: „Wir stellen lediglich in Bezug auf die alldeutsche Sache fest (!), daß die Meldung von einem politischen Gegensatz zwischen den Abgeordneten Herren Schönerer und Herrn Wolf, der angeblich schon lange bestanden und jetzt zur Mandatsniederlegung des Herrn Wolf geführt haben soll, von Anfang bis zum Ende unwahr ist.“¹⁸⁵⁸ Wolf legte noch zu: „Einem Rattenschwanz von Gerüchten und Lügen stellen wir der Behauptung eines Montagblattes gegenüber fest, daß die Ostdeutsche Rundschau das bleibt, was es bisher war, das Kampfblatt der Alldeutschen und daß von der Schaffung eines Parteiblattes anstelle der Ostdeutschen Rundschau gar keine Rede ist.“¹⁸⁵⁹ Das reichte aber scheinbar noch nicht aus, um alle Neugierigen zufriedenzustellen. Am 3. Dezember 1901 schrieb Karl Sedlak im „Auftrage der Schriftleitung“ zuerst etwas verworren von einer „persönlicher Zurückhaltung“ gegenüber Wolf und von einer „Mißdeutung seines Schweigens“, das jeden „politischen Halts“ entbehre, um dann „deutlicher“ zu werden: „Es handelt sich um eine Angelegenheit, die sich schon vor vier Jahren abgespielt hat, die erst jetzt einer damals noch ganz und gar unbeteiligten Seite Anlaß zu Erörterungen gab und schließlich zu einem Duell führte. K. H. Wolf legte, um seiner Partei alle aus dieser privaten Angelegenheit erwachsenden Unannehmlichkeiten ... zu ersparen, aus freier Entscheidung ... sein Mandat ... zurück.“¹⁸⁶⁰ Karl Hermann Wolf hatte geglaubt, wie er später zugab, deutlich genug geworden zu sein, sodaß die Darstellung nun jedem klar wäre und hielt die Sache für erledigt.

Nun aber wollten seine Vertrauensmänner in Böhmen die Mandatsniederlegung nicht so leicht hinnehmen. Noch verwirrender gestaltete sich für sie der Umstand, daß inzwischen auch Josef Tschan die „Alldeutsche Vereinigung“ verlassen hatte: Auf einer Versammlung in Böhmisches-Kamitz am 11. Dezember 1901 sprachen die Funktionäre den beiden Verstoßenen das Vertrauen aus und forderten sie auf, wieder zu kandidieren.¹⁸⁶¹ Inzwischen hatten am 8. Dezember auch die alldeutschen Vertrauensmänner des Wahlkreises Trautau beschlossen, Wolf als Kandidaten für eine Wiederwahl in den Reichsrat vorzuschlagen.¹⁸⁶² Um ihn zu einer Annahme zu überreden, luden sie ihn am 15. Dezember nach Prag, wo sie Wolf dringend ersuchten, wieder ein Mandat zu übernehmen, da sonst der Wahlbezirk für die alldeutsche Sache verloren gehen würde. Wolf, der sich anfänglich mit dem erneuten Hinweis auf die „Ostdeutsche Rundschau“ zu „wehren“ versuchte, erlag schließlich den Schmeicheleien und gab folgende, vorsichtig formulierte Erklärung ab: „Ich überlasse es der Wählerschaft, ob sie mir das bisher gewährte Vertrauen ... nochmals zum Ausdruck bringen wolle.“ Ersehe er aus dem Wahlergebnis nach einem ohne seine Mitwirkung geführten Wahlkampf, daß er das Vertrauen der Wählerschaft besitze, so werde er derselben seine

1858 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 331 vom 2. Dezember 1901, S. 1.

1859 Ebd.

1860 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 332 vom 3. Dezember 1901, S. 3.

1861 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 340 vom 11. Dezember 1901, S. 1.

1862 Ebd., S. 3.

Dienste wieder zur Verfügung stellen.¹⁸⁶³ Wolf hatte mit dieser Erklärung ganz bewußt eine Lawine losgetreten, dessen Abgang er sowieso nicht mehr verhindern konnte.

Während der Monate Jänner und Februar 1902 lichteten sich die Nebelschwaden dann etwas. Aufgrund der Darstellungen Wolfs und durch einen in der „Ostdeutschen Rundschau“ veröffentlichten Brief Sofie Tschans kam allmählich zutage, was sich inzwischen viele zusammenge-reimt hatten.

Karl Hermann Wolf hatte im Dezember 1897, kurz nach der Badeni-Krise, im Haushalt Josef Tschans, eines 1844 in Innsbruck geborenen Rechtsanwalts, der sich 1897 in Bilin niedergelassen hatte, dessen Tochter kennengelernt. Der gerne gesehene Gast war aber seit 1893 „glücklich“ verheiratet. Nach der Darstellung der Mutter des Mädchens, Sofie Tshan, die einen Brief ihrer Tochter zitierte, erreichte die Beziehung „mit einem einzigen Stelldichein auf der Reise nach M.“ ihren Höhepunkt und endete in einer Brieffreundschaft.¹⁸⁶⁴ Hinter M. verbarg sich Michelsdorf bei Podersam, wo Wolf am 19. Jänner 1898 eine Rede im Rahmen einer Versammlung des „Politischen und wirtschaftlichen Vereines in Michelsdorf“ gehalten hatte.¹⁸⁶⁵ Wolf hatte diesen Seitensprung auch am 3. Dezember über den „Mittelsmann“ Karl Sedlak in der „Ostdeutschen Rundschau“ zugegeben. Im Jahre 1901, also fast 4 Jahre später, was wieder ungefähr zeitlich mit Wolfs „Geständnis“ übereinstimmt, heiratete das Mädchen nach kurzer Bekanntschaft den Burschenschafter und Professor Alois Seidl aus Tetschen. Wolf fungierte auf der Hochzeit, einem Wunsch der Familie folgend, sogar als Trauzeuge.¹⁸⁶⁶

Nun gingen die Darstellungen weit auseinander: Laut Sofie Tshan wären sie und ihr Mann strikt gegen die Ehe ihrer Tochter mit Seidl gewesen. Möglicherweise lag der Grund darin, daß sie lieber den weit populäreren Robin Hood Wolf an Seidls Stelle gesehen hätten. Aus ihrem „zufälligerweise“ in der Hauszeitung des Sünders veröffentlichten Brief gehen ihre Sympathien für Wolf jedenfalls recht deutlich hervor: „Ob wir Wolf verzeihen, geht niemanden etwas an ... Es ist traurig genug, wenn ein Mädchen eine Leidenschaft zu einem verheirateten Mann faßt; es ist vielleicht erklärlich, wenn der Mann ein Wolf ist (!).“¹⁸⁶⁷ Auf der anderen Seite machte Sofie Tshan aus ihrer großen Abneigung gegen Seidl kein Geheimnis: „Ich bat vor der Trauung meine Tochter mit erhobenen Händen, es würde kein Glück aus dieser Ehe entstehen.“¹⁸⁶⁸ Seidl hätte Josef Tshan am Hochzeitstag beleidigt und Lügen über ihn verbreitet. Er hätte als dominante Persönlichkeit „mit keineswegs tadelloser Vergangenheit“ das Vermögen der Tochter eingefordert, um sie besser kontrollieren zu können und würde sie in Wien wie eine Gefangene halten.

Ganz anders stellte der „Schönerer-Getreue“ und mittlerweile zum Kronprinzen aufgestiegene Anton Schalk den Sachverhalt dar. Er erklärte am 16. April 1902 bei einer Besprechung der Abge-

1863 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 346 vom 17. Dezember 1901, S. 1.

1864 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 9 vom 10. Jänner 1902, S. 2. Brief Sofie Tschans.

1865 WEBER, Klemens, Karl Hermann Wolf, S. 220.

1866 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 359.

1867 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 9 vom 10. Jänner 1902, S. 2. Brief Sofie Tschans.

1868 Ebd., S. 2.

ordneten Deutschböhmens über die bevorstehenden Delegationswahlen, daß er Wolf für „ehrlos“ halte und stellte bald darauf, Mitte Mai, eine im Eigenverlag herausgegebene Broschüre mit einem darauf Bezug nehmenden Titel der Öffentlichkeit vor.¹⁸⁶⁹ Nach seiner Version hätte das Verhältnis auch nach der Verlobung nie aufgehört, – wofür wiederum einiges spricht, denn sonst wäre das ganze „Theater“ auch wenig sinnvoll gewesen: In seiner Broschüre benutzte Schalk an mehreren Stellen das Wort „entehrt“, welches sich nur auf die bevorstehende Ehe mit Seidl beziehen konnte und enthüllte Scheidungsabsichten Wolfs, der „in dem Mädchen die Hoffnung auf eine zukünftige Ehe erweckt“ haben soll. Sein Vorwurf der „Unehre“ betraf auch Wolfs Verhalten bei der Hochzeit, der er immerhin als Trauzeugen und zukünftiger Taufpate beigewohnt hatte genauso wie seine „eifrigen“ Erkundigungen, „wann das Paar auf der Hochzeitsreise das Landhaus der Eltern besuchen werde, da er zur gleichen Zeit dort anwesend sein möchte!“¹⁸⁷⁰

Nach einer schriftlichen Erklärung Seidls hätte ihm seine nunmehrige Gattin Mitte November 1901 ihr früheres Verhältnis mit Wolf eingestanden. Nach der Darstellung der „Ostdeutschen Rundschau“ geschah dies aber nicht ganz freiwillig. In einem Artikel war von „Ablauschen eines gierigen Drängers“ und von „Vertrauensmißbrauch“ die Rede und auch Mutter Tschans hatte dazu ihre eigene Version: „Nächtelang quälte er sie zum Geständnisse“.¹⁸⁷¹ An dieser Stelle rückte wiederum Anton Schalk das Licht ein wenig näher zur Wahrheit. Denn als plötzlich auch Seidl mit der Affäre konfrontiert war, schrieb er an Wolf einen ziemlich geharnischten Brief: „Sie sind ein ehrvergessener Mensch! Sie haben als verheirateter Mann ein anständiges Mädchen, die Tochter eines Parteigenossen entehrt, das Vertrauen Ihres Freundes und Gastgebers aufs Gröblichste mißbraucht und das Eheleben eines Mitstreiters vergiftet.“¹⁸⁷²

Ohne jetzt auf die Moralvorstellungen des frühen 20. Jahrhunderts eingehen zu wollen, war dies für einen einmaligen Seitensprung, der drei Jahre zurückgelegen haben soll, noch dazu zu einem Zeitpunkt, zu dem sich das Paar nicht einmal gekannt hatte, eine doch zu heftige Reaktion. Auch die „Ratschläge“ der „Ostdeutschen Rundschau“ an Seidl, entweder zu schweigen, oder sich scheiden zu lassen,¹⁸⁷³ wären damit völlig unbegründet gewesen. Welchen Sinn hätten auch die plötzlichen Selbstmordabsichten Wolfs¹⁸⁷⁴ gehabt, über die der Schönerer Intimus Eduard Pichl berichtete?

Wenn es sich um ein Komplott gegen Wolf gehandelt hatte, was sehr wahrscheinlich ist, indem man beispielsweise dem Ehemann ein paar aufklärende Worte ins Ohr geflüstert hatte, welche, von dritter Seite kommend, eine noch größere Reaktion auslösen mußten, so hatten es seine Drahtzieher gut eingefädelt, denn die Reaktion Wolfs auf den Brief Seidls war absehbar: Er forderte Seidl wegen des darin gefallen Wortes „ehrvorgessen“ durch seine Sekundanten Pacher

1869 SCHALK, Anton, Warum ich Herrn Karl Hermann Wolf für ehrlos erklärt habe, Wien 1902.

1870 Ebd., S. 6.

1871 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 9 vom 10. Jänner 1902, S. 2. Brief Sofie Tschans.

1872 Zitiert in: SCHALK, Anton, Warum ich Herrn Karl Hermann Wolf für ehrlos erklärt habe, S. 7.

1873 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 9 vom 10. Jänner 1902, S. 2.

1874 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 360.

und Stransky zum Duell. Hiermit vertauschten sich jedoch die Rollen, denn der „Beleidigte“ war eigentlich Seidl. Zum Vermittler wurde nun Schönerer auserkoren, der bekanntlich ein Jahr zuvor bei der Gründung der „Alldeutschen Vereinigung“ kundgetan hatte, wie sehr ihm diese Rolle „von Natur aus versagt“ sei. Er zitierte nun die beiden Rechtsanwälte Tschan und Berger zu sich, um die Feststellung zu machen, daß ein Zweikampf nur dann einen Sinn hätte, wenn die Angelegenheit damit endgültig aus der Welt geschafft werden würde. Da sich aber für Seidl an dem Tatbestand auch durch ein Duell nichts ändern würde, der selbst eine Einigung ohne Zweikampf vorschlug, sollte nun der Vater des in die Komödie involvierten Mädchens, nämlich Tschan selbst, Wolf von dem Zweikampf abbringen, damit „der Öffentlichkeit“ nicht „Gelegenheit gegeben werde, sich mit dem Fall zu befassen“. ¹⁸⁷⁵

Schönerer wußte also von der Freundschaft Tschan-Wolf, die so stark war wie die Abneigung, die die beiden gegenüber dem „gehörnten“ Seidl hegten. Tschan scheiterte nun erwartungsgemäß mit seiner Mission, wobei es ihm am wenigsten darum gegangen sein mag, daß sein Mißerfolg möglicherweise seine Tochter zur Witwe machen würde. Obwohl beide Kontrahenten unverletzt blieben, war die Presse am 27. November 1901 informiert und der Rummel begann. Im Nachlaß Eduard Pichls befinden sich zwei Originalbriefe, die in einem engen Zusammenhang mit dem Duell stehen: Eduard von Stransky, der Sekundant Wolfs, verlangte in einem Schreiben an Schönerer, unter Berufung auf das Pressegesetz, eine Richtigstellung wegen eines Artikels in den Unverfälschten Deutschen Worten in der Weise, daß Seidl vor dem Duell vor Zeugen betont hätte, „daß durch den Zweikampf von dem Tatbestand Genugtuung geleistet wurde“. Wenn man auch quasi im Angesicht des Todes vieles verspricht, so dürfte dieser Brief trotzdem Schönerer keine Ruhe gelassen haben, denn er erhielt daraufhin ein mit 16. Februar 1902 datiertes Schreiben von Anton Seidl aus Venedig. Der Aufgabeort ist nur mit dem Drängen Schönerers auf rasche Aufklärung zu interpretieren. Darin dementierte Seidl zwar heftig Stranskys Aussage, unterzog aber nun auch Wolfs Verhalten, der als „Beleidigter“ auf ihn zuerst geschossen hatte, einer näheren Beurteilung: Seidl wertete die Duellforderung Wolfs als ein Schuldeingeständnis. Sein vehementer Einsatz, ein Duell zu verhindern, rückt damit auch in eine gewisse Nähe der Glaubwürdigkeit. ¹⁸⁷⁶ Sofie Tschan gibt in ihrem Brief an einer Stelle einen zarten Hinweis, wer für sie hinter dem Ganzen stünde, was indirekt auch Wolfs „Duellsucht“ bestätigte: „Jetzt sei es herausgesagt und wir geben Ihnen das Recht es zu veröffentlichen; es wurde an uns das Ansinnen gestellt, Wolf zum Selbstmord zu zwingen, wir taten es nicht, wir sahen ein, er muß dem deutschen Volk erhalten bleiben ... das ist jetzt unser großes Verbrechen, dafür wird jetzt mein Mann auf die frechste und niederträchtigste Art beschimpft“. ¹⁸⁷⁷ Die in einer seltsamen Verquickung mit dem Duell gegen Badeni gemachte Andeutung Franz Steins von einem „Märtyrertod“ Wolfs für das deutsche Volk bekommt damit eine Parallele. Auch die „Selbstmordabsichten“, über die Pichl schrieb, könnten

¹⁸⁷⁵ Ebd., S. 359.

¹⁸⁷⁶ ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 38.

¹⁸⁷⁷ Ostdeutsche Rundschau, Nr. 9 vom 10. Jänner 1902, S. 2. Brief Sofie Tschans.

sich auf einen moralischen Verlierer Wolf bezogen haben, der kampfflos in ein Duell mit Seidl gehen wollte und dazu noch von Schönerer ermuntert wurde.

Wenn diese Version auch nicht unbedingt den Tatsachen entsprechen muß, der wahre Nutznießer der Angelegenheit war eindeutig Schönerer, denn er traf gleich zwei Fliegen mit einem Schlag, einen lästig gewordenen Mitkonkurrenten sowie Tschan, der sich auf die Seite Wolfs gestellt hatte und ihm seit der Besprechung von Bodenbach im Jänner 1901 ein Dorn im Auge war. Als sich die Alldeutsche Vereinigung mit der „Ehrensache“ befaßte, nachdem sie publik geworden war, kam Wolf an jenem 28. November 1901 einer Beschlußfassung zuvor, indem er „freiwillig“ seine Mandate niederlegte. Georg von Schönerer wollte einen diesbezüglichen Beschluß wegen der „Auffassungsunterschiede“, die der Rollentausch beim Duell ausgelöst hatte, durchsetzen. Aber auch Tschan wurde am 28. Dezember 1901 mit der Mehrheit der 19 abstimmenden Abgeordneten endgültig aus dem Verband ausgeschlossen.¹⁸⁷⁸ Jedenfalls hatte Schönerer eindeutig dieses „Nachspiel“ gesteuert.

Genauso versuchte er, Wolf nun bei all seinen taktischen Manövern zuvorkommen: Während diesen die alldeutschen Vertrauensmänner inständig baten, nach seiner Mandatsniederlegung erneut zu kandidieren, arbeitete Seidl ein mit der Unterschrift seiner Frau versehenes Memorandum aus, welches er zuerst an Schönerer schickte. Darin arbeitete er noch einmal die ganze Affäre aus seinem Blickwinkel auf.¹⁸⁷⁹ Schönerer legte es am 18. Dezember 1901 einer Konferenz der „Alldeutschen Vereinigung“ vor, die daraufhin beschloß, Wolf bei einer Wiederwahl nicht mehr in ihre Parlamentsfraktion aufzunehmen, was einem glatten Ausschluß gleichkam. Wolf, der nicht einmal eine Gelegenheit zur Stellungnahme bekam, erfuhr von dem Memorandum und dem Beschluß erst nachträglich über Ernst Bareuther.¹⁸⁸⁰ Der Rechtsanwalt, der Schönerer in seiner Funktion als „alldeutscher Mann in der Deutschen Volkspartei“ stets mit den neuesten Information versorgt hatte, dürfte damit eine verspätete persönliche Rache an Wolf wegen seiner Kontakte zu Sylvester genommen haben, denn auf kleinen Kondolenzkärtchen bestärkte er Schönerer in seiner anfangs schwankenden Haltung gegen Wolf.¹⁸⁸¹ Sein Quasi-Ausschluß war auch eine eindeutige Reaktion auf die am 15. Dezember in Prag gemachte Äußerung Wolfs, eine eventuelle Wiederkandidatur betreffend. Er konnte zwar anscheinend den Bruch mit Schönerer noch nicht ganz fassen, wollte aber zumindest „der alldeutschen Sache nicht schaden“, weswegen er eine am 23. Dezember verfaßte Gegendarstellung, in der er auf das Memorandum Seidls reagierte, vorerst nicht veröffentlichte.¹⁸⁸² Als Wolfs Kandidatur für ein Reichsratsersatzmandat in Trautenau immer wahrscheinlicher und bereits der Name seines Hauptkonkurrenten, Adolf Bachmann von der Fortschrittspartei, bekannt wurde, erschien plötzlich am 7. Jänner, acht Tage vor der Wahl, der

1878 PICHl, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 359.

1879 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 9 vom 10. Jänner 1902, S. 2. Brief Sofie Tschans.

1880 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 7 vom 8. Jänner 1902, S. 1. In persönlicher Sache.

1881 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 38.

1882 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 7 vom 8. Jänner 1902, S. 1. In persönlicher Sache.

Abdruck des gesamten Memorandum Seidls im liberalen „Trautenauer Wochenblatt“. ¹⁸⁸³ Es übrigt sich damit jede Frage, ob man Wolf damit absichtlich schaden wollte.

Wolf veröffentlichte nun am 8. Jänner 1902 in der „Ostdeutschen Rundschau“ seine Gegendarstellung vom Dezember. Er nehme nun keine Rücksicht auf die Partei mehr, ihm werde „die ganze Geschichte zu dumm“ und er habe keine Lust, sich „politisch und als Mensch vernichten zu lassen“: „Für einen Fehler, den ich begangen, habe ich Sühne geboten und gehandelt nach dem Gesetz der Ritterlichkeit, und habe in Ehrfurcht vor der hohen Sache, die ich als Politiker habe, meine Mandate zurückgelegt.“ ¹⁸⁸⁴ Für ihn hätte das Duell die Bedeutung gehabt, daß damit die Angelegenheit endgültig erledigt wäre. Wenn nun Seidl nach einer Austragung mit Waffen nicht zufriedengestellt sei und mit einem an die „Alldeutsche Vereinigung“ gerichteten Memorandum, das noch dazu die erpreßte Unterschrift seiner Frau trage, nochmals versuchen würde, bereits Erledigtes mit „entstellten und erfundenen Details“, darzustellen, dann wäre er ein „Fall für den Psychiater“. Wolf schloß mit den Worten: „Ich erkläre die Angaben meines Gegners für unwahr!“ ¹⁸⁸⁵

Am 15. Jänner 1902 wurde Karl Hermann Wolf mit 1695 Stimmen gegenüber jenen 1301, die Bachmann erhalten hatte, wieder in den Reichsrat gewählt. Vergeblich hatte er noch am selben Tag Schönerer eine „cooling off“-Periode von sechs Monaten vorgeschlagen, während der er trotz seiner Wahl dem Reichsrat fernbleiben wollte. ¹⁸⁸⁶ Am 16. Jänner 1902 gab dieser auf einer Versammlung des „Deutschen Landwirtebundes“ seine „Trennung“ von Wolf bekannt: „Man sprach und schreib oft von einem Zwiespalte der Meinungen zwischen mir und Wolf; nun, jetzt ist derselbe offenkundig und die Anhänger Wolfs können getrost rufen: Hoch die Partei der Zukunft! Hoch die Wolf-Tschan Partei! Ich selbst bescheide mich auch künftig im Dienste der alldeutschen Sache tätig zu sein, so wie ich dies seit über 30 Jahren, oft ganz isoliert, nach meinen bescheidenen Kräften getan habe.“ ¹⁸⁸⁷ Diesem Druck auf die Tränendrüse folgte sofort die Befehlsausgabe: „Ich habe diese Worte ausdrücklich in meinem eigenen Namen gesprochen und von dem Recht Gebrauch gemacht, meiner Überzeugung Ausdruck zu geben; von demselben Recht werden gewiß auch alle Herren der Alldeutschen Vereinigung Gebrauch machen und zu meiner Erklärung offen Stellung nehmen.“ ¹⁸⁸⁸ Die „Ostdeutsche Rundschau“ vermerke nach diesem Bericht kurz und bündig: „Diese Erklärung kommt nicht überraschend“. Dennoch hielt sie in den nächsten Wochen zumindest ein Nebeneinander für möglich, wenn schon keine Einheit mehr zu erzielen war. ¹⁸⁸⁹

Der Optimismus der „Ostdeutschen Rundschau“ stützte sich im wesentlichen auf die Zentralorganisation, den „Deutschnationalen Verein für Österreich“, der sich nach einer Hautver-

1883 Trautenauer Wochenblatt. Organ der Fortschrittlichen Partei, 35. Jg. Nr. 1, S. 1.

1884 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 7 vom 8. Jänner 1902, S. 1. In persönlicher Sache.

1885 Ebd., S. 1.

1886 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 359.

1887 Ebd., S. 360.

1888 Ebd., S. 360f.

1889 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 16 vom 17. Jänner 1902, S. 1.

sammlung am 27. Jänner 1902 eindeutig für Wolf erklärt hatte, sowie auf die Kundgebungen der böhmischen Wähler, die täglich einlangten.¹⁸⁹⁰ Diese Sympathiewerte ermutigten den Schriftleiter der „Ostdeutschen Rundschau“, Max Kienast, am 28. Jänner 1902 Schönerer einen „mandatsmüden Altmeister“ zu nennen, der, „hätten die Dinge ihren natürlichen Verlauf genommen“, nun mit „seinen wenigen Unbedingten außerhalb der Partei im wohlverdienten Ruhestand“ stehen würde: „Von einer Spaltung in der Partei wäre vielleicht unter den Gewählten, niemals aber unter den Wählern die Rede gewesen ... Der Versuch, die Partei zu spalten, wird nicht gelingen, denn das ist kein Spalt, wenn man Moos vom Stamme kratzt und dieser Stamm heißt: Die alldeutsche Wählerschaft, ihr Vorkämpfer K. H. Wolf und sein Panier die Ostdeutsche Rundschau“.¹⁸⁹¹

Der Vorwurf war allzu deutlich: Hier standen die Wähler einer großen Partei, dort ein paar Abgeordnete der Schönerianer, die der „Altmeister“ vorerst geschlossen gegen Wolf und Tschan auf seine Seite gebracht hatte. Schönerer, der nun unbeirrt seinen Weg ging, nahm den Fehdehandschuh auf: „Da die Dinge ihren natürlichen Verlauf genommen, so steht der mandatsgierige Sprechmeister heute mit seinen vielen Unverlässlichen außerhalb der Partei im wohlverdienten Schweigezustande und von einer Spaltung ist sowohl unter Gewählten als auch unter Wählern die Rede, und in Betreff der reindeutschen und alldeutschen Sache wurde die reinliche Scheidung vollzogen“.¹⁸⁹² Hiermit legte Schönerer auch seine Ehrenmitgliedschaft in Wolfs „Deutschnationalen Verein“ zurück.

Vor allem Wolfs am 30. Jänner 1902 ebenso mit großer Mehrheit erfolgte Wiederwahl in den böhmischen Landtag verhärtete die Fronten noch mehr. Schönerer sah sich nun gezwungen, seine Trennung auch ideologisch zu begründen. Es folgte nun eine Presseschlacht zwischen den „Unverfälschten Deutschen Worten“ und der „Ostdeutschen Rundschau“, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Am 1. Februar zählte Karl Iro in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ und in den „Egerer Nachrichten“ unter dem Titel „Zwiespalt der Meinungen“ alle „politischen Verfehlungen“ Wolfs auf, die von seiner „Immunschwäche“ gegenüber Lueger bis zu seiner schwankenden Haltung, die er in der „Los von Rom“ Frage bewiesen habe, reichten.¹⁸⁹³ Als am 4. Februar 1902 die 16 Abgeordneten der „Alldeutschen Vereinigung“ Karl Hermann Wolf den Zutritt in den Parlamentsklub verweigerten und daraufhin wenig später auch Kasper, Kutscher, Pacher und Schreiter aus diesem austraten, war die Spaltung auch im Reichsrat perfekt.

Auf einer Versammlung der alldeutschen Vertrauensmänner Wiens am 9. Februar 1902 im Hamberger Saal gaben Rudolf Berger und Vinzenz von Berger eine Erklärung für ihre Trennung von Wolf ab, die in einzigartiger Weise die ideologische Ausrichtung der ganzen Affäre beleuchtete. Wolfs eigene Verfehlungen sollten die „Moral“ der Alldeutschen ins rechte Licht rücken. Ru-

1890 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 27 vom 28. Jänner 1902, S. 5.

1891 Ebd.

1892 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 361.

1893 Eine verkürzte Version In: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 361.



Abbildung 24: Der Kampf Schönerer gegen Wolf, Kikeriki, Nr. 42, vom 27. Februar 1902

dolf Berger brachte den Zwiespalt, der die ganze Partei bedrohe, auf die einzige Frage, ob der Parteiausschluß gerechtfertigt gewesen wäre: „Wolf selber hat die moralische Eignung der Politiker hochgehalten, machen wir jetzt eine Ausnahme, gefährden wir die Sache ... Wir haben eine gefürchtete Partei zu bleiben, daher sind strenge Maßstäbe anzulegen. Eine Hypersittlichkeit kann uns nur recht sein. Wolfs Stellung ist unhaltbar geworden, mag er mit noch so großer Mehrheit gewählt werden. Die Sache, die Weiterentwicklung derselben zählt mehr als die Stimmen des Volkes“. ¹⁸⁹⁴

Auch Vinzenz von Berger leitete aus der Causa die „Grundsätze der Partei“ ab: „Es ist nichts verwerflicher und gefährlicher in politischen Angelegenheiten als die Halbheit; die liberale Partei hat durch diese dem deutschen Volk tiefe Wunden geschlagen ... Die alldeutsche Partei aber ist für immer verloren, wenn Halbheit und Lauheit nicht mit aller Strenge ferngehalten werden und wenn nicht unsere Ziele mit äußerster Festigkeit und eiserner

Konsequenz verfolgt werden. Und Schönerer ist der Letzte, der Halbe in seiner Partei dulden würde“. ¹⁸⁹⁵ Ganz ähnliche Worte fand er auch in seinem Schlußplädoyer in einem weiter unten behandelten Prozeß, in dem er als gegnerischer Anwalt gegen Wolf antrat: „Zu den wichtigsten Aufgaben der alldeutschen Partei gehört, auf unser Volk erzieherisch zu wirken, die deutsche Eigenart und Sitte zu pflegen und den Kampf gegen den Klerikalismus als den gefährlichsten Feind des deutschen Volkstums zu führen. Im Kampf gegen die ‚Beichtstuhl-Pfaffen‘ bei gleichzeitiger Nachsicht gegenüber Wolf hätten wir uns lächerlich gemacht ... Wolf wäre unmöglich gewesen als Wortführer einer Partei, die für deutsche Eigenart und Sitte kämpft“. ¹⁸⁹⁶

1894 Die Erklärung des Reichsratsabgeordneten Rudolf Berger und des Advocaten Vinzenz von Berger zur Aufklärung des Falles Wolf, gehalten in der Versammlung der alldeutschen Vertrauensmänner Wiens am 9. Februar 1902 im Hamberger Saal zu Wien nach stenographischen Aufzeichnungen, In: Der Zwiespalt der Meinungen Schönerer-Wolf, Verlag Bruckmeier Schloß Rosenau. ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 38.

1895 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 38.

1896 Gedrucktes „Plädoyer des Dr. Vinzenz von Berger im Prozesse Wolf gegen Schalk“, In: ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 38.

Der Artikel Kienasts vom 28. Jänner 1902, von dem sich Wolf übrigens distanziert hatte¹⁸⁹⁷, wurde nun zur Scheidewand: In einer Abstimmung, an der sich auch Franz Stein beteiligte, wurde mit 144 gegen 56 Stimmen beschlossen, daß die „Ostdeutsche Rundschau“ wegen ihrer „unerhörten Angriffe gegen Schönerer und wegen der feindlichen Haltung gegenüber der Alldeutschen Vereinigung“ nicht mehr Organ der Alldeutschen Partei sein könne. Alle Parteigenossen sollten aus dem „Deutschnationalen Verein für Österreich“ aus- und dem „Alldeutschen Verein für die Ostmark“ beitreten, dessen gründende Versammlung bereits am 27. Februar 1902 stattfand.

Auf dieser Zusammenkunft rechnete Schönerer noch einmal mit Wolf ab, stellte dabei aber auch ziemlich unverhüllt seinen Neid zur Schau: „Was nun den Personenkultus betrifft, so ist, solange ich denken kann, von keiner Partei gegenüber einer Person so übertriebener Personenkultus betrieben worden wie gegenüber Wolf ... Kurz und gut, Wolf wird als unersetzlich, unerschöpflich, als eine Person, wie sie so groß überhaupt noch nie da war, hingestellt und von seiten seiner Anhänger wird verlangt, daß diese Person auch unbedenklich als unersetzlich anerkannt werden müsse. Das sagt die angebliche Mehrheit der Wähler in Böhmen, oder besser gesagt, der Anhänger Wolfs, deren Diktat sich die Alldeutsche Vereinigung gedankenlos fügen soll.“ Der persönliche Neid auf seinen Konkurrenten und der sachliche Gegensatz mischten sich hier, was Schönerer trotzdem vorher noch nie in dieser Form ausgedrückt hatte: „... Und wenn auch heute die Ostdeutschen (Anm. Schönerer trennte nun seine Alldeutschen von den Ostdeutschen Wolfs) uns höhnisch zurufen, wir sind die Mehrheit, in unserem Lager steht der Deutschnationale Verein mit seinen 11.000 Mitgliedern, ... so müssen wir darauf erwidern, ... daß man dort mehr auf Mehrheit als auf Gesinnungstiefe und Verlässlichkeit hält. Das können wir nicht brauchen. Von uns Aufgenommene müssen erprobter Gesinnung sein; wir müssen uns auf den Standpunkt stellen, daß wir trachten müssen, ohne Rücksicht auf die Zahl nur tüchtige, verlässliche Mitkämpfer in unseren Reihen zu haben. Diejenigen irren sich, bewußt oder unbewußt, die da glauben, es könne zwei alldeutsche Parteien geben. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit ... Wenn man auf mich höhnisch als den Gegner des Majoritätsprinzips hinweist, so haben sie teilweise recht gehabt, denn ich habe mich stets für das Autoritätsprinzip in erster Linie erklärt.“

Aus dem Resümee, das Schönerer nun 1902 aus der Trennung von Wolf zog, baute andererseits sein Schüler und Kritiker Adolf Hitler ein frühes Gedankengebilde auf, das er mit den erlebten Erfahrungen in Wien, vor allem auf der Parlamentsgalerie, ergänzte. Georg von Schönerer bemerkte über die politische und sachliche Differenz, die zur Spaltung geführt hatte: „Wolf hat in seiner Schwärmerei für eine große Partei immer über die Schnur hauen wollen, und das entspricht nicht dem alldeutschen Gedanken; denn dieser wird, wenn er zum Durchbruch kommen soll, sich auf eine verlässliche Kerntruppe stützen. Die Geschichte wird immer von einzelnen gemacht; von den Massen nur dann, wenn sie sich einzelnen Personen oder Gruppen angeschlossen haben.“¹⁸⁹⁸ Hitler begründete seine Kritik und die Ursache für den Verfall der Alldeutschen Bewe-

1897 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 30 vom 31. Jänner 1902, S. 5.

1898 Zitiert in: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 365.

gung damit, daß Schönerer mit der Spaltung die Massen, die ihm Wolf zugeführt hatte, verlor, mit der er Geschichte hätte machen können und leitete davon drei Konsequenzen ab: „Diese breite Masse ... besaß die alldeutsche Bewegung eben nicht; so blieb ihr auch nichts anderes übrig als in das Parlament zu gehen ... Man ging hinein und kam geschlagen heraus ... Sowie die alldeutsche Bewegung durch ihre parlamentarische Einstellung das Schwergewicht ihrer Tätigkeit statt in das Volk in das Parlament verlegte, verlor sie die Zukunft und gewann dafür billige Erfolge des Augenblicks ... Die mangelnde Kenntnis der inneren Triebkräfte großer Umwälzungen führte zu einer ungenügenden Einschätzung der breiten Massen des Volkes, daraus ergab sich ihr geringes Interesse an der sozialen Frage ... Der schwere Kampf, den die alldeutsche Bewegung mit der katholischen Bewegung ausfocht, ist nur erklärlich aus dem ungenügenden Verständnis, das man der seelischen Veranlagung des Volkes entgegenzubringen vermochte ... Die alldeutsche Bewegung konnte nur dann auf Erfolg rechnen, wenn sie vom ersten Tag an begriff, daß es sich hier nicht um eine neue Partei handeln durfte, als vielmehr um eine neue Weltanschauung.“¹⁸⁹⁹

Da Wolf aber politisch nicht so leicht kleinzukriegen war, versuchten es die Schönerianer mit Untergriffen. Persönlich war er ja seit seiner Affäre, die er öffentlich zugegeben hatte, zumindest als Ehebrecher angreifbar, genauso wie wirtschaftlich, nachdem seinen ehemaligen Parteigenossen die finanziellen Nöte der „Ostdeutschen Rundschau“ bestens bekannt waren. So berichtete das „Gablitzer Tagblatt“ in seiner Ausgabe vom 13. Mai 1902, Wolf, der auf den Geschäftsgang keinen wie immer gearteten Wert lege, beabsichtige, die „Ostdeutsche Rundschau“ in eine genossenschaftliche Unternehmung umzuwandeln. Die Alldeutschen setzten sofort das Gerücht in die Welt, Wolf habe 12.000 Kronen entwendet, die er bei einer derartigen Umwandlung nicht mehr zurückzuzahlen bräuhete.¹⁹⁰⁰ Diese Anschuldigung zeigte Wirkung, denn fortan erschien Wolf auf den Karikaturseiten stets mit einem Geldsack unter dem Arm.

Als Herausforderer wurde nun Anton Schalk auserkoren.¹⁹⁰¹ Als Burschenschafter wußte er genau, wie man Wolf mit seinem übertriebenen Ehrgefühl und seiner daraus resultierenden Duellsucht herausfordern konnte, um sich seine Parteisporen verdienen zu können. Schalks persönliche Diffamierungen reichten dabei bis zum Vorwurf der Vergewaltigung zweier Mädchen.¹⁹⁰²

In seiner am 17. Mai 1902¹⁹⁰³ erschienenen Broschüre, „Warum ich Herren Karl Hermann Wolf für ehrlos halte“ kamen genauso der Geldmangel der „Ostdeutschen Rundschau“ wie die Finanzgebarung Wolfs zur Sprache. Von „tschechischen und jüdischen Banken“ war die Rede, bei denen sich dieser Kredite aufgenommen habe, vor allem aber von der „Zivnostenska banka“, deren Rechtsfreund niemand anderer als Rechtsanwalt Tschan gewesen war.¹⁹⁰⁴ Auch der Schöne-

1899 HITLER, Adolf, *Mein Kampf*, S. 114.

1900 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 13, Folgen der Sprachenverordnungen.

1901 WEBER, Klemens, *Karl Hermann Wolf*, S. 233.

1902 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 138 vom 21. Mai 1902, S. 1.

1903 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 13, Folgen der Sprachenverordnungen.

1904 PICHL, Eduard, *Georg von Schönerer*, Bd. V, S. 93.

rer-Anwalt Friedrich Förster bezichtigte Karl Hermann Wolf mehrmals öffentlich der „selbst verschuldeten Krida“. 1905

Am nachhaltigsten saß aber der unter die Rubrik der „Ehrlosigkeit“ fallende Vorwurf, daß Wolf von dem von den Alldeutschen heftig bekämpften Zuckerkartell größere Summen an Bestechungsgeldern angenommen hätte, um seine Zeitung zu retten. Als Gegenleistung hätte er Gefälligkeitsartikel produziert, mit denen unter anderem eine kritische Berichterstattung über die Ausbeutung der Rübenbauern verhindert worden wäre. 1906 Es soll an dieser Stelle an den Brief eines „unbekannten Burschenschafters“ erinnert werden, der sich im Nachlaß Pichls befindet, in dem sich dieser beschwert hatte, daß Wolf als Prager Burschschafter die „Satisfaktionsrede“ Florian Albrechts unterdrückt hätte. Am 22. April 1902 brachte der alldeutsche Abgeordnete Franz Kliemann im Abgeordnetenhaus eine Interpellation gegen die Regierung ein, die sich im wesentlichen auf eine im Eigenverlag erschienene Broschürenreihe des ehemaligen Beamten der „Genossenschaft der Österreichisch-Ungarischen Zuckerfabrik“, A. Hlawitschkas, „Das Wesen und die schädliche Wirkung des Zuckerkartells und der Rübenkartelle in Österreich-Ungarn“, stützte. Er hatte darin neben anderen Zeitungen die „Ostdeutsche Rundschau“ beschuldigt, vom Kartell größere Summen bezogen zu haben, worauf sich Wolf veranlaßt sah, eine „ehrenwörtliche“ Erklärung abzugeben. 1907 Wenig später gestand jedoch der Verwalter der Zeitung, Heinrich Guttman, 8000 Kronen „Bestechungsgelder“ ohne Wissen Wolfs angenommen zu haben (!?), um den Bestand der Zeitung mit einem „Darlehen“ aus seiner Börse zu retten. Die sofortige Entlassung Gutmans, sein Parteiausschluß aus dem „Deutschnationalen Verein“, sowie eine Klage gegen Hlawitschka halfen Wolf wenig. Er mußte sich den Vorwurf gefallen lassen, daß der mittellose Guttman lediglich als Strohmann für ihn aufgetreten wäre, denn

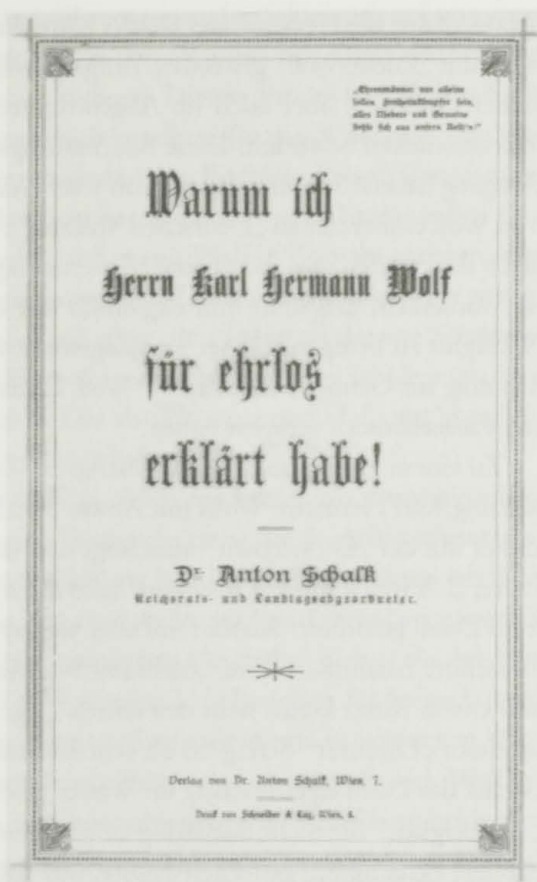


Abbildung 25: Die im Mai 1902 erschienene Streitschrift Anton Schalks

„Das Wesen und die schädliche Wirkung des Zuckerkartells und der Rübenkartelle in Österreich-Ungarn“, stützte. Er hatte darin neben anderen Zeitungen die „Ostdeutsche Rundschau“ beschuldigt, vom Kartell größere Summen bezogen zu haben, worauf sich Wolf veranlaßt sah, eine „ehrenwörtliche“ Erklärung abzugeben. 1907 Wenig später gestand jedoch der Verwalter der Zeitung, Heinrich Guttman, 8000 Kronen „Bestechungsgelder“ ohne Wissen Wolfs angenommen zu haben (!?), um den Bestand der Zeitung mit einem „Darlehen“ aus seiner Börse zu retten. Die sofortige Entlassung Gutmans, sein Parteiausschluß aus dem „Deutschnationalen Verein“, sowie eine Klage gegen Hlawitschka halfen Wolf wenig. Er mußte sich den Vorwurf gefallen lassen, daß der mittellose Guttman lediglich als Strohmann für ihn aufgetreten wäre, denn

1905 Brief Dr. Friedrich Försters an Schönerer vom 5. November 1902, ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 38.

1906 SCHALK, Anton, Warum ich Herrn Karl Hermann Wolf für ehrlos erklärt habe, S. 13.

1907 Ostdeutsche Rundschau, Nr. III vom 23. April 1902, S. 8.

schon alleine die Herkunft des Geldes hätte ihn stutzig machen müssen.¹⁹⁰⁸ Karl Hermann Wolf war zum „Zuckerwolf“ geworden. Aufgrund dieser Behauptungen wurde er bei mehreren öffentlichen Anlässen, aber auch im Abgeordnetenhaus zum Gaudium der anderen Parteien, mit Zuckerstücken beworfen. Diese Auseinandersetzungen konnten mitunter auch einen tätlichen Ausgang haben: So sprengten die von Josef Ursin angeführten Alldeutschen am 4. Mai 1902 einen von Wolf einberufenen „Deutschen Volkstag“, indem sie mit den „symbolischen Zuckerstücken“ nach ihm warfen und damit eine Massenschlägerei auslösten.¹⁹⁰⁹ Wolfs Unbeherrschtheit war es zu verdanken, daß man ihm eigentlich nur einen weißen Würfel zeigen mußte, um ihn zur Weißglut zu bringen. Dieser Vorgangsweise sollten sich später die Tschechen im böhmischen Landtag zur Genüge bedienen.¹⁹¹⁰ Wolf dürfte während dieser Zeit auch sehr wenig in den Wiener Kaffeehäusern verkehrt haben.

Zu einem Höhepunkt des Abgangs auf Schönerers führte aber zweifellos die Auseinandersetzung Karl Hermann Wolfs mit Anton Schalk. Nach seiner Äußerung vom 16. April 1902, mit der er ihn der „Ehrlosigkeit“ bezichtigt und die er noch mit dem freundlichen Zusatz versehen hatte, „Ich werde ihren Katzenkopf auch noch einhauen“, hatte ihn Wolf – gewohnheitsmäßig – zum Duell gefordert. Schalk fand aber wegen „bewiesener Tatsachen“, die er deswegen in einer Broschüre zusammenstellte, „daß Herr Wolf vieles sein kann, nur kein Ehrenmann, ... denn nur mit einem Ritter kreuzt man den reinen Degen, nicht mit einem Landsknecht!“¹⁹¹¹ Erst wollte er einen „Ehrenrat“ befragen, ob sein Kontrahent überhaupt satisfaktionsfähig sei, dann ließ Schalk das Duell eigenmächtig ins Wasser fallen. Jemanden zu reizen und ihn dann wegen seiner „Ehrlosigkeit“ für nicht duellfähig zu erklären, was gerade beim duellsüchtigen Wolf eine noch größere Beleidigung darstellen mußte, war daher auch innerhalb antisemitischer Kreise zu einer „schmerzlosen“ Taktik geworden. Gemessen am alldeutschen Rassenwahn hatte Schalk damit seinen Kontrahenten auf eine Stufe mit einem Juden gestellt. Den vorläufigen Schlußpunkt bildeten die von Wolf nach der Herausgabe seiner „Schmähschrift“ gegen Schalk eingebrachte Klage und sein persönlicher Angriff auf Schönerer: Am 31. Mai 1902 nannte ihn der, von den Alldeutschen längst mit den Beinamen „Hochzeitsredner von Bilin“ und „Herausgeber des Zuckerkartellblattes“ bedachte Wolf, während einer Auslieferungssitzung im Abgeordnetenhaus einen „weißhaarigen Schurken“.¹⁹¹²

Der Prozeß gegen „Schalk und Andere“ wegen der ehrenrührigen Anschuldigungen in dessen Broschüre, der wegen juristischer Komplikationen erst im November 1902 in Brüx stattfand und sich über zehn Tage erstreckte, entwickelte sich erst recht zu einer Schlammschlacht vor den Augen der Öffentlichkeit. Die christlichsozialen und liberalen Blätter verfolgten die Verhandlungen

1908 SCHALK, Anton, Warum ich Herrn Karl Hermann Wolf für ehrlos erklärt habe, S. 13.

1909 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 123 vom 5. Mai 1902, S. 1f.

1910 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 13, Folgen der Sprachenverordnungen.

1911 SCHALK, Anton, Warum ich Herrn Karl Hermann Wolf für ehrlos erklärt habe, S. 13f.

1912 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 371. Im Stenographischen Protokoll fehlt dieser Zwischenruf.

mit freudiger Genugtuung und wurden Augen- und Ohrenzeugen der Selbstzerfleischung einer noch 12 Monate zuvor hoffnungsvollen Bewegung, die sie damals selbst mit Angst erfüllt hatte. Sieger gab es in dieser Auseinandersetzung keine, nur Verlierer. Diesem Prozeß kam dennoch die Bedeutung einer ideologischen und eine politischen Weichenstellung für die „Wolfianer“ zu: Vinzenz von Berger nahm in seinem Plädoyer auf einen arbeitslosen Buchhändlergehilfen namens Schaufler Bezug, der sich angeblich ganz gerne als russischer Spion anheuern lassen wollte. Obwohl seine Bemühungen ziemlich im Sande verliefen, soll er mit Wolf in Kontakt getreten sein, der sich über eine „russische Finanzspritze“ für seine marode Zeitung nicht abgeneigt gezeigt hätte. Den „Kronzeugen“ für diese Anschuldigungen gab niemand anderer als der von Schönerer hochverehrte Guido von List, der selbsternannte Runenforscher, durch dessen Schule auch Lanz von Liebenfels ging. Mit seinem Gebrüll, mit dem er List als „Phantast und Halbnarr“ bezeichnet hatte, dürfte Wolf wohl auch die ganze Zunft gemeint haben.¹⁹¹³

Am fünften Verhandlungstag kam es dann zu der von vielen erwarteten Konfrontation Karl Hermann Wolfs mit Franz Stein, die so etwas wie eine Vorentscheidung für die Arbeiterbewegung werden sollte. Stein erwähnte dabei Streitigkeiten, die bis ins Jahr 1895 zurückreichten, als Wolf einen Wahlkompromiß mit den Christlichsozialen eingehen wollte und warf ihm vor, „unverlässliche Elemente“ in die Partei gebracht zu haben. Seine „russischen Geschäfte“ hielt er für durchaus möglich. In dem nun folgenden Schreiduell machte Wolf seine Urhebererschaft für Steins böhmisches Landtagsmandat geltend, das er ihm nur wegen seiner Sympathiewerte zu verdanken hätte, worauf Stein mit einer 2000 Mark Wahlkampfspende aus Hamburg konterte, die sich Wolf angeblich eingesteckt hatte. Den Vorhalt Wolfs, ihn der Unterschlagung von Wahlkampfgeldern zu bezichtigen, bejahte Stein, worauf die beiden als geschiedene Leute auseinander gingen. Wolf gab ihm noch den Tip, die Anschuldigungen gegenüber Schalk zu erwähnen, vielleicht könnte er dafür in einer seiner nächsten Broschüren Verwendung finden.¹⁹¹⁴

Georg von Schönerer, Herr über eine geschrumpfte Kaderpartei, begann bereits 1904 seinen Rückzug aus der Politik. Bis zu seinem Tode im Jahre 1921 kam keine Versöhnung und kein Kontakt mehr mit Wolf zustande, denn der Haß des Gutsherren von Rosenau war grenzenlos: Er zog Wolfs Frau auf seine Seite, die ihn daraufhin mit ihren beiden kleinen Kindern verließ und zu ihren Eltern nach Cilli übersiedelte. Im Frühjahr 1903 brachte Rechtsanwalt Friedrich Förster die Ehescheidungsklage ein, in der Frau Wolf ihrem Gemahl „fortgesetzte rohe Beschimpfung und tätliche Mißhandlung“, sowie „grobe sittliche Verfehlungen und Verirrungen“ vorwarf.¹⁹¹⁵ Dabei spielte vor allem das Faktum eine Rolle, das in einem früheren Prozeß Wolfs gegen den „Mechaniker-Schneider“ zur Sprache gekommen war, daß Wolf seine Schwägerin, die Schwester seiner Frau, im „ehelichen Haushalt zur Unsittlichkeit verführen wollte“, was dieser damals mit Trun-

1913 Gedrucktes „Plädoyer des Dr. Vinzenz von Berger im Prozesse Wolf gegen Schalk“, In: ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 38.

1914 Neues Wiener Tagblatt, Nr. 331 vom 3. Dezember 1902, S. 10.

1915 Trautenauer Wochenblatt, Nr. 9 vom 2. März 1902, S. 6.

kenheit zu entschuldigen versucht hatte.¹⁹¹⁶ Wie in der „Affäre Seidl“ hatte Wolf einen noch viel peinlicheren Seitensprung so gut wie zugegeben, wofür auch diesmal ein sicherer Beweis vorlag. Ein diesbezügliches Schreiben Wolfs an seine Schwägerin, das diesen nicht gerade gut ausschauen läßt und in den Prozessen Verwendung gefunden haben dürfte, befand sich „zufälligerweise“ in Schönerers Besitz: „Liebe Frieda! Nach meinem heutigen Katzenjammer zu schließen, muß mein gestriger Brand überdimensional gewesen sein. Ich hab’ noch ganz dunkel in Erinnerung, daß ich fürchterlich dummes Zeug dahergeredet haben dürfte, was, das weiß ich selber nicht mehr. Wenn Du den brüderlichen Gefühlen, die ich für Dich hege, mit ein wenig Liebe entgegenkommst, so wird es Dir nicht allzu schwer fallen, etwaige Stumpfsinnigkeiten, zu denen mich das Übermaß Alkohol verleitet haben mag, zu vergeben und vergessen. Bleiben wir also die Alten? Es grüßt Dich Dein Schwager Karl.“¹⁹¹⁷

Schönerer bezahlte sogar den Scheidungsanwalt und finanzierte eine Flucht der restlichen Familie Wolf nach England. Obwohl ihm die Kinder gerichtlich zugesprochen worden waren, weil ihn seine Ehefrau mutwillig verlassen hatte, war Karl Hermann Wolf wegen seiner permanenten Geldnöte dem Reichtum Schönerers unterlegen. So stellte sich jeder Versuch, seine abgöttisch geliebten Kinder aus England zurückzuholen, als undurchführbar heraus, was für Wolf einen nie ganz verwundenen Schicksalsschlag bedeutet haben dürfte.¹⁹¹⁸ Besonders dürfte ihn später getroffen haben, daß sein Sohn Harald im Ersten Weltkrieg auf seiten der Engländer gegen die Mittelmächte kämpfte.

Der „Ostdeutschen Rundschau“ drohte bereits im November 1902 der Konkurs. Wolf sah sich daher gezwungen, seine Zeitung am 22. November 1902 an den Kremser Druckereibesitzer und Verleger Josef Faber zu verkaufen, der aber den Schuldenberg, den das aufwendig gemachte Blatt verursacht hatte, ebenfalls nicht abbauen konnte und die „Ostdeutsche“ bereits im Mai 1903 an die „Deutsche Volkspartei“ weiterveräußerte. Von 1904 bis zum Mai 1908 wurde die Zeitung dann überhaupt eingestellt.¹⁹¹⁹ Zumindest die politische Richtung, in die das nunmehrige Parteiblatt der „Deutschen Volkspartei“ gehen sollte, ist auch für Wolf symptomatisch gewesen: Innenpolitisch bedeutete der Bruch Schönerer-Wolf für einige Parteien ein ziemliches Aufatmen, die sich aus einer gewissen, ständig bestehenden Umklammerung lösen konnten. Schon im Sommer 1902 hatte der Freund Wolfs, Carl Beurle, versucht, ihn mit einer Sanierungsaktion für die „Ostdeutsche Rundschau“ als „Organ aller Deutschnationalen“ weg von einer alldeutschen Linie in ein gemäßigt nationales Fahrwasser zu bringen. Die Aktion scheiterte zwar, doch Wolf, hinter dem immer noch sein „Deutschnationaler Verein“ mit rund 11.000 Mitgliedern stand, von denen nach einem Rechenschaftsbericht zwei Drittel aus Böhmen, Mähren, Niederösterreich und Wien stammten¹⁹²⁰, verließ sich nun auf eine Politik, die in einer noch radikaleren Abkehr von Schö-

1916 Ebd., S. 6f.

1917 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 38.

1918 WEBER, Klemens, Karl Hermann Wolf, S. 242.

1919 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 13, Folgen der Sprachenverordnungen.

1920 Ostdeutsche Rundschau, Nr. 27 vom 28. Jänner 1902, S. 5.

nerer den breiten Wählerwillen berücksichtigen sollte. Ihm schwebte dabei eine große Organisation von Vertrauensmännern vor, die ihm die Sorgen jedes einzelnen „kleinen Mannes“ vermitteln würden. Für Wolf bedeutete dieser Kurs eine konsequente Mitarbeit an Sachthemen und eine Kooperation mit der Regierung, hinter dem sich insgesamt gesehen eine Loyalitätserklärung an das Haus Habsburg und an den österreichischen Staat verbarg. Er segelte damit von einer äußersten Linken in die gemäßigten Fahrwasser, die eben vergleichbar mit der Deutschen Volkspartei waren. Am 21. Juni 1903 konstituierten die fünf von Schönerer abgefallenen Reichsratsabgeordneten Kasper, Kutscher, Pacher, Schreiter und Tschan die parlamentarische Vereinigung „Freie Vereinigung der alldeutschen Abgeordneten“, die Frei-Alldeutschen oder „Radikalnationalen“, wie sie sich bald nannten.¹⁹²¹

Eigentlich könnte man das Buch der Alldeutschen jetzt schließen. Tatsächlich folgt bei den meisten Schönerer-Biographien auf das Kapitel „Los von Rom“ und Wolf das Schlußwort, wenn nicht gerade noch ein kurzer Abschnitt „Lebensabend“ eingefügt ist. Von vielen blieb aber gänzlich unbemerkt, möglicherweise weil dieses Thema so gar nicht zu Schönerer „paßte“, daß nach dem Bruch eine Etage tiefer der eigentliche Richtungskampf erst begann. Die für die gesamte Alldeutsche Bewegung unheilvolle Spaltung ging wie ein Reißverschluß von oben nach unten und hatte auf der unteren Ebene ein gewaltiges Nachspiel: Plötzlich stand ein Mann zwischen zwei Stühlen und hinter ihm eine junge Bewegung, die im wesentlichen durch seinen Antrieb erst ins Leben gerufen worden war. Franz Stein, der sich als der unumstrittene „Führer“ der völkischen Arbeiterbewegung bezeichnete, mußte sich nun zwischen Schönerer und Wolf entscheiden, oder besser, er hatte die Entscheidung zugunsten seines „Lehrmeisters“ längst getroffen. Damit zerstörte aber auch er sein „Lebenswerk“ und gab den Weg frei für eine eigenständige politische Partei, die „Deutsche Arbeiterpartei“, die sich später die „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ nennen sollte.

1921 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Karton 13, Folgen der Sprachenverordnungen.

IV. Kapitel: Die DNSAP

„Arbeiter ist jeder, der arbeitet. Ob das mit den Muskeln des Armes oder mit dem Gehirn geschieht, spielt hierbei keine Rolle ... Vor allem halte ich es für notwendig, aus unseren Reihen den Gedanken des Klassenkampfes fernzuhalten. Ein Sozialismus, der nur die Proletariatschaft und ihre entproletarisierten Führer kennen will und alle anderen vom Rechte aufs Dasein ausschließen will, ist nach meinem Dafürhalten nichts anderes als die Absicht des Karl Marx, die deutsche Nation zu sprengen ... Wir haben die Deutsche Arbeiterpartei geschaffen, damit die deutschen Menschen ihre Klassengegensätze langsam verlieren und sich nur mehr als Söhne des Volksganzen betrachten.“

(Hans Knirsch)

1. Der Reißverschlußeffekt

Für die völkische Arbeiterbewegung, die als junge „Kerntruppe“ alles andere als gefestigt schien, kam die Spaltung der Partei deshalb so unerwartet und zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt, weil sich vor allem Karl Hermann Wolf nach den Badeni-Tagen stets auf die Suche nach neuen Betätigungsfeldern für eine verbreiterte Partei gemacht und dabei die Arbeiter „entdeckt“ hatte. Gerade als die großen Streikbewegungen um die Jahrhundertwende die Monarchie erschütterten, wollte Wolf den „Alleinvertretungsanspruch der Sozialdemokratie einer Überprüfung“ unterziehen. In mehreren Dringlichkeitsanträgen setzte er sich im Herbst 1899 für die Rechte der streikenden Arbeiter in Zwickau in Nordböhmen ein.¹⁹²² Vor allem das Elend der Kohlengrubenarbeiter lag ihm am Herzen. Als sein Endziel gab er dabei die Durchsetzung des Achtstundentages an.¹⁹²³

Im Reichsrat zeigten sich die gewaltigen Auffassungsunterschiede Schönerer – Wolf am deutlichsten, die wenig später zum Ausbruch kamen: Wolfs Antrag auf Einsetzung von Schiedsgerichten bei Arbeitskonflikten konnte nach zügig geführten Verhandlungen mit den anderen Parteien zur Beratung und zur Beschlußfassung gebracht werden – ein für die Alldeutschen äußerst seltener Vorgang, war man doch gerade von Schönerer ein Beharren auf unannehmbaren Forderungen gewohnt, die niemals die Chance einer Erledigung hatten. Es war gewiß kein Zufall, daß Wolf zu dem Zeitpunkt gestürzt wurde, als er mit den Worten Schönerers „in seiner Schwärmerei für eine große Partei immer über die Schnur hauen wollte“. Nirgendwo sonst wie in der Arbeiterfrage waren die Auffassungsunterschiede greifbarer, denn letztlich sah Schönerer in den Arbeitern nichts anderes als anationale, „ohne Rücksicht auf eine verlässliche alldeutsche Gesinnung“, rekrutierten Elemente. Der „Wolfianer“ Hitler sollte es Schönerer als seinen größten „Irrtum“ vorwerfen, in der „breiten Masse“ nur das Bürgertum gesehen zu haben: „Damit wird aber eine solche Bewegung über bloßes Nörgeln und Kritisieren nicht mehr hinauskommen“. Die alldeutsche Bewegung wäre auf ihrem „bürgerlich vornehmen“ Standpunkt steckengeblieben.¹⁹²⁴

Für eine nationalgesinnte Arbeiterschaft hatte sich jedoch Wolf, der ihre Bedeutung allein wegen der zunehmenden Wahlrechtserweiterungen frühzeitig erkannte, im Gegensatz zum „Kaderparteimann“ Schönerer, als der richtige Mann herausgestellt. Auf den unten erwähnten Arbeiter-

1922 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XVI. Session, 25. Sitzung am 6. Dezember 1899, S. 1644.

1923 Stenographische Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, XVI. Session, 25. Sitzung am 7. Dezember 1899, S. 1723.

1924 HITLER, Adolf, Mein Kampf, S. III.

tagen der Jahre 1899 und 1900, auf denen weit und breit kein „Protektor“ Schönerer zu finden war, hat er sein Versprechen, die Bewerbungen der Vertreter der Arbeiterschaft für den Reichsrat zu unterstützen, stets in den Vordergrund gerückt. Die Vorwürfe der Sozialdemokratie, Wolf gehe auf „Wahlfang“ und sei von der „Ascher Textilindustrie gekauft“, wurden jedenfalls, ob sie nun haltbar waren oder nicht, Schönerer nie gemacht. Auch den Wahlkampf, zu dem gemäß eines Aufrufes „die organisierte deutsche Arbeiterschaft zum ersten Mal“ für die Reichsratswahlen des Jahres 1901 „antrat“¹⁹²⁵ und den Ausgang dieser Wahl in der fünften Kurie verbuchten die Arbeiter als wesentliche Erfolge Wolfs und Steins.

Stein hatte mit seinem Festhalten an Schönerer und seinen Bestrebungen, die völkische Arbeiterschaft nach dem Abzug der „Wolfianer“ von durchwegs bürgerlichen Abgeordneten an der Parteikandare zu halten, zweifellos eine weitere Spaltung verursacht. Schon der am 27. Februar 1902 erfolgte geschlossene Übertritt der alldutschen Partei Mährens in das Lager Wolfs stellte ein untrügliches Vorzeichen dafür dar, war es doch gerade Wolf gewesen, der mit dem in ihrem Dunstkreis schwebenden mährischen „Trübauer Verband“ Ferdinand Burschofskys eine gute Zusammenarbeit gepflegt hatte. Doch der Riß von oben nach unten erfolgte zeitversetzt: Erst 1903 kam es auch unter den Arbeitern zum offenen Konflikt. Bis zu diesem Zeitpunkt gelang es Stein jedenfalls als „Ideologe“, der Wolf nie sein wollte, Schönerers alldutsche Parolen und sein Gedankengut an eine Arbeiterschaft im Kampf gegen die Sozialdemokratie anzupassen. Wie erfolgreich Stein dabei war, bestätigt die Tatsache, daß auch die Sozialisten sofort ihre Taktik änderten und nunmehr einen wesentlichen Teil ihrer „gegen das Kapital“ gerichteten Kräfte gegen den neuen Rivalen verwendeten.

1.1 Vom Badeni-Jahr zum „Mährisch-Trübauer Verband“

Franz Stein hatte im Badeni-Jahr durchaus Erfolge zu verzeichnen. Die Sprachenverordnungen und die tschechische Zuwanderung waren Themen, die in der nordböhmischen Arbeiterschaft zogen. Die Gehilfenvereine begannen zu blühen. Doch Stein, dessen Bestrebungen in die Richtung gingen, diese unpolitischen Vereine mit gewerkschaftlichem Charakter in einen Verband zu bringen und ihnen gleichzeitig ein „ideologisches Dach“, eine gemeinsame Anlaufstelle mit einem für alle Vereine gültigen Programm zu geben, was bisher bekanntlich gescheitert war, hatte aus diesem Grund selber mit organisatorischen Problemen zu kämpfen. Er mußte daher seine gesamte Tätigkeit auf Nordböhmen konzentrieren. Auch der „Hammer“, der ab diesem Monat zweimal monatlich erschien, übersiedelte im Juli 1898 von Horn nach Eger.¹⁹²⁶ Dort stand Franz Stein

1925 Der Hammer, Nr. 40 vom 6. Oktober 1900, S. 313.

1926 Ab dem 17. Juli 1898 erschien der „Hammer“ nicht mehr im Druck Ferdinand Bergers in Horn, sondern im Verlag Georg Adlers in Eger, der auch für andere Zeitungen, wie die Egerer Nachrichten, sowie für völkische Broschüren verantwortlich war. Der Hammer, Nr. 8, vom 17. Juli 1898.

Ludwig Vogel zur Seite, der 1897 in Brüx den „Musterverein“ und ersten mehr oder weniger eigenständigen Arbeiterbund, den „Deutschvölklichen Arbeiterbund Eiche“, gegründet hatte. Arbeiter aller Berufszweige sollten in ihm Aufnahme finden.

Bei all seinen Bestrebungen mußte Stein im Osten jedoch Ferdinand Burschofsky das Feld überlassen, was anfänglich außerordentlich gut funktionierte. So entstand neben dem „Hammer“, dem seit 1895 unangefochtenen Zentralorgan völkisch interessierter Arbeiter, der seinen Schwerpunkt nunmehr in Böhmen hatte, die ab dem 1. August 1897 von Burschofsky herausgegebene Monatsschrift „Der deutsche Gehilfe“ in Mährisch-Trübau in der Nähe von Olmütz, die auf die dortige Leserschaft ausgerichtet war.¹⁹²⁷ Wenn auch Burschofsky wie Stein in seinem Blatt heftig die Werbetrommel für einen Verband rührte, so wollte er doch von Anfang an ein Aufgehen der Gehilfenvereine in Steins „Deutschnationalem Arbeiterbund Germania“ verhindern. „Schon allein wegen des Fehlens einer diesbezüglichen Organisation im stiefmütterlich behandelten Mähren“¹⁹²⁸ fürchtete er, daß die Vereine zu einem Parteianhängsel Schönerers werden könnten. Burschofsky schwebte überhaupt eher ein Verband gewerkschaftlicher Prägung vor.¹⁹²⁹ Es bestand daher nicht nur im Namen eine merkliche Scheidung zwischen „Arbeiterbund“ und „Arbeiter- und Gehilfenverein“.

Es war Burschofsky, der Gewerkschafter, der es als seinen Verdienst verbuchen konnte, nach langer Vorbereitung einen „Ersten Vertretertag der deutschen Gehilfen und Arbeitervereinigungen Österreichs“ auf die Beine zu stellen, den er für den 10. und 11. April 1898 nach Mährisch-Trübau einberief. Doch auf dieser Versammlung, auf der von den 4121 Mitglieder zählenden 31 Vereinigungen 26 Vereine durch 43 Delegierte vertreten waren, fehlte der „ideologische Unterbau“ gänzlich.

Eduard Pichl urteilte nach einem Stein-Zitat ziemlich abfällig über die Arbeiter- und Gehilfenvereine: Sie „waren damals noch keine ausgesprochen völkischen Vereine, sondern mehr Geselligkeitsvereine, deren einzige Sehnsucht der Besitz einer Fahne war, die dann stets in der Kirche geweiht wurde. Es war eine Art Burschenvereine ohne viel soziales Verständnis“.¹⁹³⁰

Franz Stein, der nicht einmal als Festredner zu diesem Vertretertag geladen war und „seine“ fünf Arbeiterbünde befanden sich in der Unterzahl. Wien wurde von seinem Obmann Friedrich Decker, dem Stellvertreter Steins als Obmann des gesamten Deutschnationalen Arbeiterbundes, Brüx von Ludwig Vogel vertreten. Es ging auf diesem Vertretertag auch mehr um die Unterstützungskassen des zu gründenden Verbandes. So riefen die Delegierten als eine erste Organisationsform dieses Verbandes einen später genannten „Burschofsky-Fond“ ins Leben, in den jeder eintrittswillige Verein einen jährlichen Beitrag von seinen Mitgliedsgebühren einzubezahlen hatte.

1927 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus. Betrachtungen über die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung, S. 10.

1928 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung in Österreich, S. 19.

1929 Ebd.

1930 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 218.

Jedes Verbandsmitglied konnte im Falle der Invalidität oder Arbeitslosigkeit einen Anspruch auf diesen Fond anmelden. Nach zehnjähriger Mitgliedschaft begann automatisch eine Altersversorgung wirksam zu werden. Außerdem beinhaltete der Fond eine Sterbefallsunterstützung und eine Reiseunterstützung für wandernde Gesellen, die darüber hinaus in den von den einzelnen Vereinen namhaft gemachten Gaststätten und Heimen unentgeltlich nächtigen konnten.¹⁹³¹ Durch einen Arierparagraphen waren Juden von einer Vereinsmitgliedschaft ausgeschlossen.¹⁹³²

Am 11. April 1898 konnten die stolzen Teilnehmer der Vertretertagung die Gründung des „Verbandes deutschvölkischer Gehilfen- und Arbeitervereinigungen in Österreich“ vermelden, der der Einfachheit halber wegen des Verbandsortes, „Mährisch-Trübau“ genannt wurde. Die Wahl in die Verbandsleitung brachte jedoch eine erste Überraschung. Dem neuen Obmann Ferdinand Burschofsky vom Gehilfenverein Mährisch-Trübau stand mit Ludwig Vogel als seinem nunmehrigen Stellvertreter vom „deutschvölkischen Arbeiterbund“ plötzlich ein Gegengewicht gegenüber.¹⁹³³

Zur Verbandszeitung bestimmten die Tagungsteilnehmer den „Deutschen Gehilfen“, der ab 1. August 1898 zweimal monatlich erschien und sich nun „Der deutsche Arbeiter, Zeitschrift der deutschvölkischen arbeitenden Stände Österreichs, gegründet als der deutsche Gehilfe“ nannte.¹⁹³⁴ Auch diese Titeländerung unterstrich den von Burschofsky bejahten Strukturwandel der Mitgliedschaft. Dies war auch der eigentliche Beginn einer breiten deutschvölkischen Arbeiterbewegung. Der „Mährisch-Trübau“ nahm am 1. Juni 1898 seine Tätigkeit auf. Am Ende des Jahres 1901 gehörten ihm bereits 85 Vereine, darunter 10 Arbeiterinnenverbände mit 14.400 Mitgliedern an, Tendenz steigend. Über den „Charakter“ dieses „Mährisch-Trübau“ Verbandes“ beschloß 1901 eine Sitzung der Gesamtleitung: „Der Verband stellt sich auf den Boden einer gemischten Gewerkschaft!“¹⁹³⁵

Für die nötige „ideologische Schulung“ sorgte Franz Stein, dessen Ziel es war, allen Vereinigungen, sobald sie sich nur irgendwie deutschnational nannten, eine politische Grundlage zu geben. Der Tod Otto von Bismarcks am 30. Juli 1898 kam diesen Bestrebungen nicht ungelegen. In zahlreichen Gedenkveranstaltungen wurde die Arbeiterschaft auf „Deutschlands größten Helden seit Armin dem Cherusker“ und auf die „germanische Kraftgestalt wie in der deutschen Sagenwelt“ eingeschworen. Anlässlich des Todes des „Pfadfinders und Bahnbrechers der sozialen Reformgesetzgebung“ schrieb Franz Stein am 17. August 1898 im „Hammer“ einen vielbeachteten Aufsatz mit dem Titel „Soziale Revolution oder soziale Reform“, der einmal mehr die Unterschiede zur Sozialdemokratie aufzeigen sollte: „Die Schwächung des Mittelstandes geht Hand in

1931 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 20.

1932 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 219. Burschofsky erwähnt einen diesbezüglichen Arierparagraphen nicht.

1933 Deutsche Arbeiterzeitung, Nr. 1 vom 4. Jänner 1913, Der Mährisch-Trübau Verband. Die Wiege der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 1f.

1934 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 22f.

1935 Der Hammer, Nr. 16 vom 20. April 1901, S. 127.

Hand mit der Entsittlichung desselben und mit der Verelendung des Arbeiterstandes. Diese sittliche und nationale Entartung in erschreckender Form geht von jenen aus, die sich durch liberale Gesetze bereicherten. Im Kampf gegen die Arbeiterschaft und die im Absterben befindliche Mittelklasse freut sich ein Dritter – der Jude ... Wenn daher der Arbeiter fragt, warum bin ich verdammt, von der Wiege bis zum Grabe zu arbeiten, führt dies gerade zur Revolution, einer leeren Phrase, einem Schlagwort ... Die wahre Richtung ist die gemeinsame Arbeit, die nur dann gesichert ist, wenn ein zwingender Grund für die mit Glücksgütern Gesegneten vorhanden ist, sich an der Lösung der sozialen Frage zu beteiligen. Und dieser einzig zwingende Grund ist die Liebe zum eigenen Volk. Schönerer sagte, national sein heißt sein eigenes Volk lieben über Alles in der Welt, dem Deutschen ist der Deutsche, ob er auch in Österreich steht, lieber als der Neger oder der Jude ... Die Arbeiter sollen ihr Recht am Volkskörper bekommen durch eine soziale Reform auf nationaler Grundlage. Dieser fortschreitenden nationalen Ausgestaltung steht die Macht des internationalen Judentums gegenüber ... Fürst Bismarck machte den Anfang; seine Botschaft ist die größte antisemitische Tat, die jemals getan worden ist, er hat der dämonisch unsozialen Wirkung des Judentums die Allmacht des nationalen Gedankens gegenübergestellt und sie ins Gewand der kaiserlich deutschen Thronrede gekleidet ... Im letzten Jahrhundert gibt es keinen denkwürdigeren Tag als den 17. November 1881 mit der Verkündigung der sozialen Botschaft ... Wer ehrlich arbeitet, soll ein menschenwürdiges Dasein führen bis an sein Lebensende.“¹⁹³⁶

Stein entsprach damit den Weisungen Schönerers, ein Bismarck-Bild kritiklos zu übernehmen und es auf die Arbeiterschaft anzupassen. Schönerer hatte nach seinem Bruch mit Wolf am 27. Februar 1902 in der gründenden Versammlung des „Alldeutschen Vereines für die Ostmark“ verkündet: „So habe ich oft gesagt, daß ich im vorhinein alles unterzeichne, was Bismarck je tun werde, weil ich durch sein politisches und nationales Vorleben überzeugt war, daß er nur tun werde, was recht und im Interesse des deutschen Volkes gelegen ist.“¹⁹³⁷

Das Feindbild „Judentum“ zur Deutung prinzipieller Unterschiede zur Sozialdemokratie wurde gerade 1898 ideologisch in zweifacher Hinsicht benötigt. Diese Transformation konnte nur über die „Weltverschwörungstheorien des internationalen Judentums“ und ihrer Gleichsetzung mit der „internationalen Sozialdemokratie“ gelingen. „Internationalität“ bedingte auch einen Rassenantisemitismus, daher die Verneinung einer nationalen Assimilation: Nach dem Split in der österreichischen Sozialdemokratie und der zumindest administrativen Absonderung der tschechischen Sozialisten hatte sich nach dem Linzer Parteitag 1898 ein deutschnationaler Flügel um Pernerstorfer und Austerlitz, dem Herausgeber der „Arbeiter Zeitung“ gebildet, der gerade in Böhmen das nationale Element mehr betonen wollte, um keine Anhänger zu verlieren.¹⁹³⁸ Eine Konkurrenz war demnach vorhanden. Auf der anderen Seite wollte Stein die nationale Arbeiterschaft

1936 Der Hammer, Nr. 10 vom 17. August 1898, S. 90.

1937 Zitiert In: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 367.

1938 MOMMSEN, Hans, Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat, Wien 1963, Bd. 1, S. 292f.

unter dem Linzer Programm vereinigen, dessen ursprünglicher Mitarbeiter der starke Mann der Sozialdemokratie Viktor Adler gewesen war.

Dies erklärt die teilweise sehr gleichgerichteten Forderungen beider linken Gruppierungen, die es aus diesem Grund unmöglich erscheinen ließen, gegenseitig Arbeiter abzuwerben. Also mußte die ideologische Basis umgekrempelt werden. So erklärte die deutschvölkische Seite beispielsweise die auch von den Sozialdemokraten erhobene Forderung nach einer Krankenversicherung für Arbeitnehmer als Trick letzterer, um den jüdischen Arbeiterführern die Beitragsleistungen zuzuschancen.

Der Vorzeigeverein blieb der „deutschvölkische Arbeiterbund Eiche“ mit seinem Obmann Ludwig Vogel. In diesem Zusammenhang tauchte auch verstärkt ein neuer Name auf: Otto Kroy. Auf der Ersten Hauptversammlung, an der rund 300 Arbeiter teilnahmen, zog Vogel eine Bilanz des ersten Jahres. Demnach hatte die „Eiche“ vier Voll-, eine Generalversammlung, 24 Ausschusssitzungen und 49 Wochenabende abgehalten, was für einigen Fleiß spricht. Es gab nun eine „Volksbücherei“ mit 500 Bänden und eine Unfall- und Sterbekasse, die beide erst 1898 eingerichtet worden waren. Zudem konnte der Verein den „Erfolg“ vorweisen, 241 Arbeiter in der Umgebung von Brüx an rein deutsche Unternehmen vermittelt zu haben.¹⁹³⁹

Auch Franz Stein hielt in seinem, am 18. Dezember 1898 im „Hammer“ veröffentlichten Rückblick auf die „einjährige Kampfzeit“ den Zeitpunkt für die Gründung einer politischen Organisation neben dem „Mährisch-Trübauver Verband“ für günstig: „Deutschvölkische Arbeiter! Mehr denn je ist es geboten, daß die deutschvölkische Arbeiterschaft einheitlich gegliedert ist, um endlich der revolutionären Verelendigungslehre der jüdischen Sozialdemokratie, der Lehre des gewaltsamen Umsturzes, der Unsinnigkeit der Gleichheit und Gleichberechtigung aller Rassen und Völker ... ein Ende gemacht wird ... Um nun die politische Gliederung der deutschvölkischen Arbeiterschaft der Ostmark mit Erfolg durchzuführen, ist ein gemeinsamer Sammelpunkt notwendig.

Der erste Schritt zu dieser Tat ist die Gründung eines politisch deutschvölkischen Arbeiterbundes, der seine Tätigkeit auf die ganze Ostmark erstreckt ... Auf deutsche Arbeiter, zum Kampfe gegen die ... jüdischen und verjudeten Verführer und Ausbeuter des arbeitenden Volkes! Heil Kampf! Heil Sieg! Mit unverfälschtem deutschen Gruß und Handschlag. Franz Stein.¹⁹⁴⁰

Stein ging es nun in erster Linie darum, die Arbeiterschaft bis zu diesem Vertretertag, der zu Pfingsten des Jahres 1899 in Eger geplant war, zu radikalisieren. Dazu engagierte er Hetzredner und selbsternannte „Schriftsteller“, wie den Chemiker Matthäus Joksch aus Auwal bei Prag, der seine rassenantisemitischen Werke mit den „verheißungsvollen“ Titeln „Die geheimen Pläne der Jesuiten der Neuzeit“ oder „Geheime und offene Feinde des Deutschtums“ im Selbstverlag herausbrachte und bei Georg Adler drucken ließ. Diesen völkischen Verlagen kam dabei eine überaus wichtige Bedeutung zu, denn Stein suchte sich dort die Vortragenden oder Festredner für die ein-

1939 Der Hammer, Nr. 11 vom 1. September 1898, S. 100.

1940 Der Hammer, Nr. 18 vom 18. Dezember 1898, S. 140.

Kämpfer und Wegbereiter aus der Vorkriegszeit.



Ferdinand Burschofsky



Franz Stein

Abbildung 26: In einer 1932 erschienenen Broschüre über die „Vorläufer des Nationalsozialismus“ stellte der völkische Gewerkschafter Alois Cibula alias Ciller Ferdinand Burschofsky und Franz Stein als „Kämpfer und Wegbereiter“ noch friedlich nebeneinander

zelen Vereine aus. Handelte es sich um eine gründende Versammlung, so konnten sich die Proponenten bei ihm die Satzungsformulare und das Linzer Programm per Post schicken lassen.¹⁹⁴¹ Bei seinen Plänen, eine einheitliche völkische Arbeiterbewegung aus der Taufe zu heben, spielten auch die Behörden eine nicht unwichtige Rolle. Wegen des uneinheitlichen Vorgehens der Vereinspolizei, fast gleichlautende Satzungen einmal zu akzeptieren, an einem anderen Ort aber wieder abzuweisen, konnte er die einzelnen Vereine besser von einem übergeordneten Dachverband überzeugen, mit dem sie einen größeren Druck auf die Behörden erzeugen würden.

1.2 Zwei radikale Redner

Von den Rednern und „Schriftstellern“, die den national-sozialistischen Geist dieser jungen Bewegung formten, stellten der mehr politisch orientierte Schriftleiter Kögler aus Komotau und besagter Matthäus Joksch die zwei prägnantesten Beispiele dar.

Kögler sprach auf der Gründungsversammlung des „deutschvölkischen Arbeiterbundes Friedland“ am 25. September 1898 über ein „sozialreformatorisches Programm, fußend auf dem Re-

¹⁹⁴¹ Der Hammer, Nr. 1 vom 1. Jänner 1899, S. 7. Briefkasten.

formwerk Bismarcks, den Reformideen Dührings und der Sozialreform Schönerers“: „Das wichtigste Hindernis für eine ausgiebige Sozialreform in Österreich ist die Ausbeutung der deutschen Nation durch das mit der Reaktion verbundene Slawentum. An Ungarn wurde in den letzten 30 Jahren 500 Millionen Gulden zugezahlt, die der Arbeiterwohlfahrt abgehen. Diese Politik führt Österreich in den Ruin. Ein Volk aber wie das deutsche, wird nicht das Schicksal des Staatswesens teilen, sondern sich den geeigneten Zeitpunkt aussuchen zum Absprung vom Fahrzeug, das dem Ruin entgegensteuert“. Die schon im Linzer Programm geforderte Personalunion mit Ungarn wurde somit quasi zu einem Eckpfeiler völkischer Politik gegen einen ruinösen Ausgleich – sowohl im Abgeordnetenhaus als auch am Biertisch. Vom reichsdeutschen „Alldeutschen Verband“ übernahm die junge Bewegung die Kolonialforderungen, die den deutschen Arbeitern ihr Auskommen sichern sollten.

In der an die Rede Köglers anschließenden Wechselrede tat sich besonders ein junger Arbeiter aus Hermannsthal, ein ehemaliger Sozialist namens Hans Knirsch (1877–1936), hervor. Das Andenken an Bismarck wäre von der antinationalen Sozialdemokratie besudelt worden. Die Judenlehre, die da laute, durch Geldherrschaft zur Weltherrschaft, gelte auch für die sozialdemokratische Führung, von Marx angefangen. Die Bekämpfung des deutschnationalen Gedankens durch die sozialdemokratischen Arbeiter sei auf deren jüdische Führungsspitze zurückzuführen.¹⁹⁴² Er legte an diesem Abend den Grundstein zu einer langen politischen „Karriere“, die erst im nationalsozialistischen Deutschland durch seinen Tod 1936 ein Ende finden sollte.

Der mehr ideologisch orientierte Matthäus Joksich hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die für die Arbeiter schwer verständlichen Theorien in einfache Parolen zu kleiden, egal von wem sie stammten. So versuchte er in seiner Fortsetzungsgeschichte, „Die deutsche Arbeiterbewegung und die jüdische Sozialdemokratie“, die ab Jänner 1899 im „Hammer“ erschien¹⁹⁴³, das Wesen und Auftreten der sozialdemokratischen Bewegung mit immer wiederkehrenden Schlagworten zu erklären, die selten über „Hohlheit der Phrase“ und „Lug und Trug“ hinaus kamen. Er selbst stützte seine Theorien auf den schon von den frühen alldeutschen Studenten verehrten Eugen Dühring. Seine Haus- und Hofthemen waren daher der „Kampf gegen das Postulat von der Gleichstellung der Menschen“ und das „Kapital“: „Die sozialdemokratischen Jongleure meinen, das Kapital sei an allem schuld, das sei die Misere des Arbeiters; als wenn sich das Kapital abschaffen ließe und man dann noch menschliche Bedürfnisse befriedigen könne! ... Eine wirtschaftliche Erzeugungsweise wird immer kapitalistisch bleiben ... Die Aufhebung des Privateigentums soll die Befreiung des Proletariats bringen. Diese jüdische Forderung kann nur von Menschen kommen, die nichts arbeiten, die nicht den Wert der Arbeitsleistung beurteilen können. Ein Straßenkehrer und ein Architekt erbringen nunmal keine gleichwertige Leistung“. Joksich nahm damit die zwei ideologischen Säulen der späteren völkischen Arbeiterpartei, die Unangreifbarkeit des „schaffenden“ Kapitals und des Eigentums vorweg.

1942 Der Hammer, Nr. 14 vom 16. Oktober 1898, S. 123.

1943 Der Hammer, Nr. 1–7 vom 3. Jänner bis zum 1. April 1898, jeweils Titelseite.

Das von Dühring aus dem Sozialdarwinismus und dem Sozialismus entwickelte „personalistische Grundgesetz“, das im wesentlichen die „Natur“ zum Inhalt hatte, auf die sich später auch Hitler immer wieder berufen wird, predigte Joksch als den „Eckstein unseres Gesellschaftslebens“: „Unsere Anklagen richten sich gegen das Sachliche. Der große Fehler der Sozialisten ist, daß sie die Charaktereigenschaften und die Völkerrassen außer acht lassen. Das Kapital als Sache kann aber keine Wirkung hervorbringen; nur die Personen, die dahinterstehen sind die Ursache der Ausbeutung. Die Abschaffung von Privateigentum und Kapital ist daher grundfalsch. Der gesellschaftliche Fortschritt liegt in der Einflußnahme der Arbeiterschaft auf die wirtschaftliche Erzeugung, sowie in der größeren Kraft zur Befriedigung der materiellen Bedürfnisse durch eine Einbindung in die Volkswirtschaft. Nur durch bessere Menschen können bessere Verhältnisse geschaffen werden ... Das Bessere kann nur durch die entsprechende Entwicklung und Leitung der besseren Naturtriebe, wie sie in den höher veranlagten Völkerrassen tatsächlich vorhanden sind, zur dauernden Geltung kommen ... Wir Deutsche haben entschieden diese Naturanlagen, wir müssen die Kräfte des Geistes zum Leben erwecken, das ist noch nicht geschehen. Die Gründe dafür sind die Unaufgeklärtheit des Volkes und ein fremder Geistesdruck durch das am niedrigst veranlagte Volk der Hebräer. Der Judengeist hat unser Denken und Fühlen lahmgelegt. Wir müssen aufwachen und der Kulturwelt den Weg weisen ...“

Erwaige „Lösungsmöglichkeiten“ konnte Joksch auch sofort anbieten: „Der Arbeiter muß selbst zur Kapitalselbständigkeit gelangen; durch Erlangung von Arbeiterrechten, solange er sie aber nicht besitzt, muß der Staat für die Versorgung der Arbeiter sorgen ... Mediatisiert die gemeingefährliche jüdische Hochfinanz und schafft damit eine soziale Reform. Das Judentum war seit jeher eine Stütze der Reaktion ... Der Judengeist muß aus jedem Volk hinausgetrieben werden“. Seine unverhüllte Schlußfolgerung lautete daher: „Vernichtet den jüdischen Weltgeist und damit das Judentum und den Deutschen steht die Welt offen!“

Joksch versuchte mit jedem Wort eine „volkstümliche Wiedergabe der großen Gedanken des Reformators Dühring“. Auf die deutschböhmisches Arbeiterschaft umgelegt, las sich das folgendermaßen: „Der jüdische Sozialismus in Deutschland ... hat die Erniedrigung der Menschen zum Vorbild ... Durch einen falschen Internationalismus schädigte er den wichtigsten Stand des Volkstums dadurch, daß durch die Heranziehung minderkultivierter Arbeiter slawische Volksstämme eine willkommene Handhabe zur Lohnrückerei boten. Deutsche Arbeiter mußten dadurch zugunsten eines verjudeten Unternehmertums ihre heimatliche Scholle verlassen ... Man hat damit nicht nur das eigene Volkstum geschädigt, sondern den Feinden des Deutschtums die Möglichkeit einer raschen Verbreitung gegeben, die wegen der darniederliegenden Wirtschaftsverhältnisse in ihrer Heimat nicht möglich gewesen wäre ... Der jüdische Internationalismus ist ein Schwindel, das muß endlich erkannt werden.“

Schließlich kam er zu seiner Hauptthese, dem Verhältnis zwischen Sozialismus und Nationalismus, was er als die „Errungenschaft des 19. Jahrhunderts“ anpries: „Der wahre Sozialismus schließt den Nationalismus nicht aus, sondern nimmt ihn als Grundlage für seine Entwicklung. Die Menschheit ist eine Gesamtheit von Rassen und Völkern mit verschiedenen Eigenschaften,

mit denen gerechnet werden muß. Man kommt wenig weit mit einer Gleichberechtigung zwischen guten und schlechten Menschen, da gewinnt immer der Schlechte. Aller Kulturfortschritt bedeutet aber die Förderung des Guten, daher der edlen Rasseigenschaften der von Natur aus höher veranlagten Menschenrassen. Was schlecht ist bleibt schlecht ... auch der jüdische Krummschnabel kann noch so wetzen, das Germanentum ist das edelste Volkstum der Welt. Bis diese Selbsterkenntnis zur Geltung gelangt ist, hat es auch mit dem Auserwählten Volk ein Ende ... Zuerst muß sich die deutsche Arbeiterschaft ihrer jüdischen Führer entledigen.“ Mit ziemlicher Deutlichkeit rief Joksch damit anno 1898 zur Vernichtung des Judentums auf.

Joksch verdichtete nicht nur einen politischen -, wirtschaftlichen – und einen Rassen-Antisemitismus mit einfachen Schlagworten zu einer tödlichen Vollkommenheit, er kombinierte ihn auch mit dem Antislawismus und dem Antiklerikalismus. Überall dort, wo Ressentiments in der arbeitenden Bevölkerung gegenüber „Fremden“ bestanden, wie in Böhmen nach den Sprachverordnungen gegenüber den Tschechen, die viele deswegen als ungerecht empfanden, weil man einem „kulturlosen, niedrigem Volk“ etwas zugestand, konnte man den Arbeitern gleichsam eine Stufenleiter bauen. Nach der ersten Sprosse „Kampf der Lohndrückerei“ folgte das Schlagwort vom „kulturlosen Volk der Juden“ und nach dem nächsten Schritt fand der „verderbliche jüdische Weltgeist“ seine Gleichsetzung mit dem Internationalismus und der Sozialdemokratie, was schließlich im Rassenantisemitismus endete, wenn dieser auch in Böhmen nicht die notwendige „Zugkraft“ besaß. Aber dort, wo bereits über Jahrhunderte geschürte Antisemitismen vorhanden waren, erfolgte der Einstieg gleichsam eine Stufe höher und ging noch leichter. Das zu erreichende Ziel bei den Arbeitern war überall das selbe: „Indem ich den Juden als Führer der Sozialdemokratie erkannte, begann es mir wie Schuppen von den Augen zu fallen“, schrieb Adolf Hitler über seine Zeit als Jugendlicher in Wien.¹⁹⁴⁴

Bezüglich einer Gleichsetzung des Marxismus mit der Kirche tat sich Matthäus Joksch natürlich schon etwas schwerer. Hier erfolgte der „Kunstgriff“ über das Programm, beziehungsweise über die Sendung: „Es ist merkwürdig, daß im Zeitalter des Absterbens der Religionen, die bis auf den Islam alle jüdischen Ursprungs sind, die neueste Ausgeburt des Judentums Einfluß auf die breiten Schichten des Volkes bekam. Wer führt den Kampf; die plattfüßigen Juden an der Spitze der Armee ... Die Sozialdemokratie predigt also die Änderung gesellschaftlicher Zustände, indem sie die reinste Harmonie anstrebt. Lumpen und Mörder sind dann also auch edle Menschen ... Doch geschehen tut nichts. Die Führer werden durch ihre Theorien reich, die Arbeiter werden mit ihren Hoffnungen allein gelassen. Das sind nichts anderes als Pfaffenlehren von Finsterlingen, die das Denken des Volkes durch Aberglauben von den richtigen Bahnen ablenken wollen. Die Vorspiegelung eines besseren Lebens nach dem Tod legen den natürlichen Trieb nach Ausgleichung sozialer Ungerechtigkeiten im Arbeiter lahm ... Das Pfaffentum des Marxismus verbreitet nicht Utopie sondern Verworfenheit. Was bleibt von der Sozialdemokratie wenn alle Irrlehren und Theorien über Bord geworfen werden – der Jude! Das versuchen sie zu verhindern, daß sie entlarvt werden.“

1944 HITLER, Adolf, Mein Kampf, S. 64.

Den Arbeitern des Ersten Arbeitertages in Eger gab Joksch den Kern seiner Thesen auf den Weg mit: „Es ergibt sich folgendes. Ein Zusammenschluß des Einzelnen zum Bund. Die besten Charaktere an die Führung, die schlechten Elemente hinaus. Je besser die Arbeiterpartei organisiert ist, desto größer werden die Erfolge. Der Weg zum Ziel geht nur über Reformen. Nichts geht über den plötzlichen Zusammenbruch der Gesellschaft, so denken nur Zuchthäusler¹⁹⁴⁵. Die Juden wollen um jeden Preis ihren Schwindel aufrecht erhalten. Sie pfeifen aber schon aus dem letzten Loch. Arbeiter, werft sie hinaus! Auf nach Israel!“¹⁹⁴⁶

Warum Mathäus Joksch, dem späteren Artikellieferanten für das „Alldeutsche Tagblatt“, an dieser Stelle eine breitere Stellungnahme zukommt, liegt auf der Hand. Seine Abhandlungen, die sich über mehrere Monate im „Hammer“ erstreckten, waren von Franz Stein zeitlich sehr gut gewählt in seine Zeitung genommen worden, über die die gesamte Organisation vor dem Arbeitertag von Eger lief. Mit anderen Worten liegt hier ein sehr gutes Zeugnis einer Propaganda vor, zu einer Zeit, als dem „Hammer“ quasi eine Monopolstellung zukam. Was bei den früheren Werken der Rassenantisemiten immer etwas fraglich erscheint, nämlich wie groß ihre Verbreitung war und wer sie überhaupt las, besitzt hier schon eine wahrscheinlichere Aussagekraft. Wenn man zurecht bezweifeln kann, ob je ein Arbeiter ein Werk Dührings gelesen hat, so mußten die Arbeiter, die sich zu Pfingsten des Jahres 1899 in Eger versammelten, zumindest einmal eine der Ausgaben des „Hammer“ in der Hand gehabt haben, in welcher die von Jänner bis April sich stets wiederholenden „Joksch-Theorien“ auf der Titelseite zu finden waren.

1.3 Das Egerer Programm

Franz Stein wollte nichts dem Zufall überlassen. Für den am 21. Mai 1899 stattfindenden deutschvölkischen Vertretertag der Arbeiter in Eger erschien am 15. Mai 1899 im „Hammer“ eine Beilage, die Gedichte Felix Dahns, einen Auszug aus Goethes Faust und einen Abriß Eugen Dührings „Weltchauvinismus der Juden“ – Das Spinnennetz der Juden“ enthielt. Eine peinlich genaue „Vortrags Ordnung für den anschließenden Festkommers“ kündigte schon wochenlang vorher den „Star des Wochenendes“, Karl Hermann Wolf, an.¹⁹⁴⁷ Schon vorher hatte Stein das Programm,

1945 Gemeint sind die anarchistischen Bestrebungen der Sozialdemokratie in den 80er Jahren.

1946 Der Hammer, Nr. 6 vom 15. März 1898.

1947 Vortrags Ordnung für den Festkommers

Heil Alldeutschland Marsch

Einzug der Gäste auf die Wartburg aus der Oper Tannhäuser von Richard Wagner

Begrüßung der Erschienen durch den Vorsitzenden

Lied (gesamt) Wahlspruch der Deutschen

Lied von Kaiser Wilhelm II.

Lied Ritter Georg

Trinkspruch auf die soziale Reform

welches er dem „Ersten Deutschvölkischen Arbeitertages“ vorlegen wollte, eine Ergänzung des „Linzer Programms“, von Schönerer absegnen lassen.¹⁹⁴⁸

Der Vertretertag verfolgte den Zweck, „die nationale Arbeiterschaft politisch zu organisieren und sie der alldutschen Bewegung in Österreich anzuschließen“.¹⁹⁴⁹ Nachdem der Einberufer Franz Stein an jenem 21. Mai 1899 neben den Berliner und Münchner „Beobachtern“ die rund 300 bis 1000¹⁹⁵⁰ Delegierten von Vereinen und Gewerkschaften begrüßt hatte, die in der Mehrzahl aus Böhmen, Mähren und Niederösterreich stammten, wurde Friedrich Decker zum Vorsitzenden gewählt. Es zeigte sich dabei deutlich, daß in Eger eine Art politische „Gegenbewegung“ zum unpolitischen, mehr gewerkschaftlich organisierten „Mährisch-Trübauerverband“, am Werke war. Die nach der Eröffnung gehaltenen Reden kannten nur ein Thema, nämlich den Arbeitern ihre Eingliederung in den „Volkskörper“ zu verdeutlichen, um, wie es der Bürgermeister von Eger ausdrückte, „den bestehenden Schutzwehren eine neue Organisation zu schaffen gegen unsere nationalen Gegner ... In der Zeit nationaler Bedrängnis und nationaler Not müssen sich alle Stände vereinigen zum Schutz unserer völkischen Güter ... Ich begrüße es aufs freudigste, daß nunmehr auch die deutsche Arbeiterschaft miteintritt in den Kampf, daß sie ihre junge Organisation ... in den Dienst der Sache stellt. Willkommen!“¹⁹⁵¹ Diese Befehlsausgabe lautete unmißverständlich: Die Arbeiter sollten als Teil einer großen „Einheitsfront“ Schönerers ihren Part spielen, nämlich in der Bekämpfung der tschechischen Einwanderung und „Lohndrückerei“. Nur, wo befand sich diese „Einheitsfront“?

Der enthusiastisch begrüßte Wolf, dessen im April 1899 aufgelöster „Verein der Deutschnationalen in Österreich“ soeben als „Deutschnationaler Verein für Österreich“¹⁹⁵² wiedererstanden war, gab die Zusicherung, daß sich seine deutschradikale Partei für die gerechte Sache der Arbeiter einsetzen werde und schloß mit der Aufforderung, nicht zu bescheiden in den Forderungen zu sein, für die das ganze Volk eintreten müsse.¹⁹⁵³ Der vom Landesverband entsandte Josef Tschan, die Schlüsselfigur im wenig später aufflammenden Konflikt zwischen Schönerer und Wolf, stellte

Lied (gesamt) Wenn wir alle untreu werden
 Einleitung und Chor 3. Akt aus Lohengrin von Richard Wagner
 Trinkspruch K. H. Wolf auf das Deutsche Volk
 Erinnerungen an Kaiser Wilhelm
 Gesamtlied Wacht am Rhein
 und 14. Musikstücke
 Beilage In: Der Hammer, Nr. 10 vom 15. Mai 1899.

1948 Der Hammer, Nr. 7 vom 1. April 1899. Briefkasten.

1949 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 24.

1950 Hier schwanken die Angaben erheblich.

1951 Der Hammer, Nr. 11 vom 1. Juni 1899.

1952 Den Vorstand bildeten: Karl Hermann Wolf (Obmann), Vinzenz von Berger (Stellvertreter), der „Mann mit dem Koffer“ Heinrich Guttman (2. Stellvertreter), Eduard von Stranksy (Schriftführer), Emil Karrer (Zählmeister), Friedrich Förster, Gustav Bodirsky, Rafael Pacher und Hans Wein.

1953 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 25.

die Aufnahmebedingungen: „Der Arbeiter muß sich gezielt auf den deutschvölkischen Standpunkt stellen, um die Reihen der Sozialdemokraten zu lichten. Wir nehmen alle, außer den Adel und den Klerus.“¹⁹⁵⁴

Zehn Mitglieder der Arbeiterschaft sollten spontan in die Parteiorganisation Wolfs aufgenommen werden. Stein bekräftigte nochmals, daß die „Arbeiterschaft keine Trennung von der deutschnationalen Partei (wolle), sondern die notwendige Ergänzung derselben bilden (müsse)“, um die noch bestehende „Lücke“ auszufüllen. Zwei „Neue“ erlebten auf diesem Arbeitertag ihre ersten großen Auftritte. Der oben erwähnte Hans Knirsch, der sich maßgeblich an der Einberufung nach Eger beteiligt hatte¹⁹⁵⁵, und ein Bergarbeiter aus Karbitz, Franz Hackel, der bereits am 9. April 1899 einen „Ersten deutschvölkischen Bergarbeitertag für Deutschböhmen“ ins Leben gerufen hatte. In seiner Rede brachte er in bewußter Gegenpropaganda zur Sozialdemokratie die Hoffnung auf eine „tatkraftige Unterstützung der Arbeitgeber“(!) für seinen Berufsstand zum Ausdruck.¹⁹⁵⁶

Eine auf Wunsch Steins gewählte Organisationsleitung sollte überwachen, daß „überall“ Arbeitervereine und Gewerkschaften entstehen würden, die sich zu Verbänden vereinigen ließen. Jede Einheit sollte unentgeltlichen Rechtsschutz gewähren und eine Arbeitslosenversicherung einrichten. Karl Hermann Wolfs späteres Vertrauensmännersystem kam bereits in der Leitung am Arbeitertag zur Anwendung: An jedem einzelnen Ort sollte ein Vertrauensmann bestimmt werden, der mit der Organisationsleitung in Verbindung zu treten hätte. In diese wurden in Eger „durch Zuruf“ gewählt: Vogel (Brüx), Hackel (Karbitz), Zinke (Tetschen), Knirsch (Hermannstal), Decker (Wien), Burschofsky (Mährisch-Trübau), Wanner (Graz), Eckelmann (Klagenfurt), Buchinger (Wels), Wiesauer (Dornbirn), Flotzinger (Salzburg)¹⁹⁵⁷ und Stein (Eger). Es war dies das erste Komitee, welches sich nur aus Arbeitern, dem Beruf oder dem Ursprung nach, bildete. Andrew Whiteside hob noch hervor, daß sie aus derselben sozialen Klasse wie die Führer der deutschen Sozialdemokratie stammten.¹⁹⁵⁸

Eine Vermehrung der Arbeiterpresse schien nicht angezeigt. Der „Deutsche Arbeiter“ und der „Hammer“ blieben tonangebend. Der „Hammer“, der bis dahin zweimal monatlich erschienen war, kam ab 1. September 1899 als Wochenzeitung heraus. Stein versuchte auch kurz das Experiment, den „Hammer“ als sogenannte „Kopfzeitung“, daher mit demselben Wortlaut nur unter einem anderen Titel, vom 1. Jänner 1898 bis zum 25. Dezember 1899 als „Deutschvölklichen Ar-

1954 Der Hammer, Nr. 11 vom 1. Juni 1899.

1955 WHITESIDE, Andrew G., Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918, In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 9. Jhg. (1961), Heft 4, S. 332.

1956 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 26f.

1957 Diesem später nicht unwichtigen Herren aus Salzburg dürfte wegen der drei Varianten seines Namens keine große Aufmerksamkeit zuteil geworden sein. Für „Fleischinger“ entschied sich BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 27. Für „Flezingen“ Der Hammer, Nr. 11 vom 1. Juni 1899. Die richtige Version lautet Flotzinger.

1958 WHITESIDE, Andrew G., Austrian National Socialism before 1918, S. 64.

beiterführer – Zeitschrift der deutschvölkischen Arbeiterschaft der Bezirke Töplitz, Dux, Karbitz und Aussig“ herauszugeben, weil er anscheinend den Lokalcharakter mehr betonen wollte, verlegte sich dann aber wieder auf ein Zentralorgan.

Franz Stein legte in Eger ein Programm vor, das damit auch den Namen „Egerer Programm“ erhielt. Es war vom damaligen Handelskammersekretär, dem späteren Sektionschef und österreichischen Gesandten in Berlin, Richard Riedl, verfaßt worden und wurde einstimmig angenommen.¹⁹⁵⁹ Um einem Zwiespalt von vornherein vorzubeugen, daß eine Arbeiterschaft, die gerade ihre Aufnahme in eine politische Partei gefunden hatte, gleich ein eigenes Programm bekam, hielt Riedl in der Einleitung fest: „Die deutschnationale Arbeiterschaft bildet einen Bestandteil der auf dem Linzer Programm fußenden deutschnationalen Partei, innerhalb welcher sie sich mit den übrigen arbeitenden Ständen des deutschen Volkes, mit den Bauern, Gewerbe- und Handeltreibenden und den geistig arbeitenden Berufsständen zur gemeinsamen Er kämpfung politischer und nationaler Rechte, sowie einer besseren sozialen Stellung vereinigt. In weiterer Ausführung jener Bestimmungen des Linzer Programms, welche auf die Verhältnisse der Arbeiter im besonderen sich beziehen, stellt daher die deutschnationale Arbeiterschaft folgende Grundsätze auf.“¹⁹⁶⁰

Die nun folgenden Grundsätze stellen eine Verknüpfung eines von Schönerer geprägten, demokratischen, antiliberalen Programms mit einem antikapitalistischen Programm sozialdemokratischer Prägung dar und können als erstes national-sozialistisches Grundsatzprogramm betrachtet werden. Über dem ganzen des wie ein Vertragswerk behandelten Programms schwebte ein Prinzip, aus dem sich alle nachfolgenden Forderungen der Arbeiter ableiten sollten: „Die Gesamtheit des Volkes ist verpflichtet, jedem einzelnen ehrlich arbeitenden Volksgenossen ein menschenwürdiges Dasein, gebührenden Anteil an dem Ertrage der nationalen Arbeit und den Mitgenuß der idealen Güter unserer Kultur zu sichern.“¹⁹⁶¹

Über die in Punkt 1 und 3 des Programms angeführten Forderungen „Gleichberechtigung der Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrages“ und „unbeschränkte Koalitionsfreiheit“ beziehungsweise „Sicherung gebührender Entlohnung der Arbeit“, schrieb der Wiener Silberschmied Theodor Quereser 1901 im „Hammer“ eine utopisch anmutende Artikelserie. Unter dem Titel „Die Gewerkschaftsidee und die völkische Arbeiterbewegung“ versuchte er, eine Stellungnahme zu einer „Sache“ anzugeben, „die noch viel zu wenig begriffen ist“.

Quereser ging es darum, die 1900 erschienene Arbeit Werner Sombarts „Aus Theorie und Geschichte der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung“ zu korrigieren. Vor allem Sombarts Schlußfolgerung, eine politische Arbeiterbewegung könne nur eine sozialistische oder eine demokratische sein, stieß bei Quereser erwartungsgemäß auf Kritik: „Die völkische Idee ist zwar nicht

1959 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 220.

1960 Ein Abdruck des Programms In: BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 29f. PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 220f.

1961 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 29f.

gleichwesend mit der sozialistischen und der demokratischen, aber sie enthält den gesunden Kern beider Prinzipien.“ Diesem „gesunden Kern“ hätte eine Gewerkschaftsbewegung folgendermaßen dienlich zu sein: „Wer arbeitet, erfüllt seine völkische Pflicht und aufgrund dieser Pflichterfüllung hat er das Recht, zu verlangen, daß er nach Gebühr von jenen, die seine Arbeitskraft ausnutzen, entlohnt werde.“ Nach marxistischer Auffassung stehe nun der Arbeitnehmer mit seinen Lohnforderungen als der viel Schwächere seinem Ausbeuter gegenüber. Diese Machtfrage wäre aber nach Quereser eine reine Rechtsfrage, denn das „Recht ist immer der Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse“. Über diesem Recht, und das stellte für ihn den entscheidenden Punkt dar, stünde aber etwas viel Größeres: „... Ein sittliches Recht, das in der Volksseele, im Volkscharakter wurzelt und je mehr sich ein Volk sich zur Erkenntnis seines Wertes und seiner Eigenart durchringt, ... und der Einzelne zum Bewußtsein seiner Pflichten dem einzelnen Volksgenossen und der Gemeinschaft über gelangt, desto mehr wird das auf bloßen Machtverhältnissen beruhende Recht dem sittlichen weichen müssen. Dies zu bewirken ist Aufgabe und Ziel der Erziehung zum Volkstume. Die Gewerkschaftsbewegung zu dieser Aufgabe heranzuziehen ist tatsächlich möglich.“¹⁹⁶²

Quereser stimmte mit Sombart völlig überein, daß die Gewerkschaftsbewegung von den politischen Parteien völlig „neutralisiert“ gehöre, was ihm eine gute Überleitung bot, von den „Rekrutenschulen der Sozialdemokratie“ zu seinem Verständnis der marxistischen Gewerkschaftsideologie zu kommen: „Nach der marxistischen Auffassung sollen die Gewerkschaften den gewerblichen Mittelstand zugrunde richten, damit die Existenzberechtigung des Kleingewerbes verschwindet, um die Vorbedingungen des revolutionären Umschwungs zu bringen.“ Demgegenüber hätte die reine Gewerkschaftsidee die Unterstützung und die Fürsorge der Arbeiter zur Aufgabe, die „als von den Unterstützungsvereinen und Hilfskassen ausgehend angesehen werden kann“. Daraus ergebe sich nun, daß „nach völkisch alldeutschem Standpunkt die Gewerkschaften die Arbeitgeber nicht schädigen (dürfen), sondern eine verständige, versöhnliche Auffassung der Lohnverhältnisse mitbringen sollen“.

So ganz konnte Quereser diese Harmonie dann aber doch nicht bestehen lassen: „Was die alldeutsche Bewegung von der sozialdemokratischen besonders unterscheidet und scheiden muß, ist die Art der Auseinandersetzung mit den anderen Klassen und Schichten des Volkes, die Gehässigkeit muß verschwinden, obzwar die Mittel dieselben sein können, denn Streiks können unter Umständen auch von uns durchgeführt werden.“ Wozu aber jeder Volksgenosse erzogen werden müsse, ist die „Einsicht, daß höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit nicht zum Genuß, sondern als notwendiges Mittel des Wachstums des inneren Menschen und zur entwickelten Ordnung der Kräfte des Volkstums führen ... Ein Kampf bedeutet nur beiderseitige Schädigung“.¹⁹⁶³

Das „Egerer Programm“ stellte dazu die Forderung nach Mindestlöhnen auf. Von den Unterstützungsvereinen wurden die Forderungen auf Anerkennung des Rechts auf Arbeit, auf eine Ver-

1962 Der Hammer, Nr. 5–20 vom 2. Februar bis 18. Mai 1901.

1963 Ebd.

sicherung gegen Arbeitslosigkeit, auf Einführung der Alters-, Invaliditäts, sowie der Witwen- und Waisenversicherung und schließlich der Ausbau der Kranken- und Unfallversicherung übernommen. Zeigten die weitreichenden Verstaatlichungsforderungen auch ein starkes antikapitalistisches Element, so stellte die unter Punkt 2 „Arbeitslosigkeit“ gemachte Ausführung in Ziffer 10 „Erlassung gesetzlicher Vorschriften, welche es den Behörden und Selbstverwaltungskörpern ermöglichen, die Heranziehung fremder, einer anderen Nationalität angehörigen Arbeiter zum Zwecke des Lohndruckes unmöglich zu machen“, wiederum den eigentlichen nationalen Motor des Programms dar. Andererseits konnten die Forderungen nach „Vorkehrungen, die Sicherung des Arbeiters gegen die Gefährdung seines Lebens und seiner Gesundheit“ betreffend, wie die Grundlage des Achtstundentages, die Beseitigung der Nachtarbeit, wo dies möglich erschien, das Verbot der Frauenarbeit im Bergbau unter Tag und das gänzliche Beschäftigungsverbot von Kindern unter 14 Jahren, auch in jedem sozialdemokratischen Programm aufscheinen.

Das Programm war gänzlich frei von antisemitischen Formulierungen. Allerdings verwies am Schluß ein eigener Punkt noch einmal auf die Bestimmungen des Linzer Programms inklusive den von Schönerer eingeführten Arierparagraphen.

Auf dem die Veranstaltung abschließenden Festkommers wurden Burschofsky und Stein Ehrenurkunden für ihre Verdienste überreicht. In seiner Dankesrede pries Stein die Deutschen als das größte sozialreformatorsche Volk, das Luther, Bismarck und Schönerer hervorgebracht habe und schloß mit einem Heil auf das Haus Hohenzollern.¹⁹⁶⁴

Der sozialdemokratische, deutschböhmische Arbeiterführer Josef Seliger schrieb über das Grundprinzip des Egerer Programms: „Die in diesem Programm gemachten Forderungen können den Arbeitgebern nur mit Kampf und Opfern abgerungen werden! ... Aber die Deutschnationalen werden diesen Kampf abschwächen, indem sie die Arbeiter in dieselbe Partei wie die Arbeitgeber stellen ... In dieser Partei werden sie zur Impotenz verurteilt sein“.¹⁹⁶⁵ Seliger unterstrich damit nur ein begehrtes rhetorisches Kampfmittel der Sozialdemokratie, die deutschnationale Arbeiterschaft wäre von den Unternehmern gekauft. Ganz andere Sorgen quälten Anton Schimana im schlesischen Troppau, wo die Organisation der nationalgesinnten Arbeiter noch in den Kinderschuhen steckte. Der Schriftleiter des deutschnationalen Tagblattes „Deutsche Wehr“, der in der Aufklärungsarbeit für den „Mährisch Tübauer Verband“ tätig war, fügte der Programmbestimmung, daß die Arbeiter nur einen Bestandteil der Partei zu bilden hätten, das Wort „leider“ hinzu.¹⁹⁶⁶

1964 Der Hammer, Nr. 11 vom 1. Juni 1899.

1965 Zitiert in: WHITESIDE, Andrew G., *Austrian National Socialism before 1918*, S. 64.

1966 BERNER, Alfred, *Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus*, S. 16.

1.4 Der „Bund Deutscher Arbeiter Germania“

Während sich im Sommer und Herbst des Jahres 1899 die Spendenaufrufe für die überall in Nordböhmen zu errichtenden „Bismarck-Säulen“ regelrecht überschlugen, zeigt ein Vergleich der seitenlangen Einschaltungen von Geburtstagsglückwünschen für Schönerer – der Geburtstag des Führers wurde und sollte stets wie ein Feiertag hochgehalten werden – in den „Unverfälschten Deutschen Worten“ und im „Hammer“, daß die Zahl der Gratulanten bei den Burschenschaften stark abgenommen hatte, währenddessen sich die Gehilfen- und Arbeitervereine im Vormarsch befanden. Für Wien ist dabei neben dem „Deutschvölkischen Gehilfenverein“ mit Obmann Friedrich Decker sowie Schriftführer Hans Wein die rege Beteiligung der „Floridsdorfer“ aufgrund des hohen Anteils an tschechischen Arbeitern und der „Gruß der alldutschen Arbeiter der Firma Reichert“ festzustellen: „Wir deutschnationalen Arbeiter betrachten uns als gleichwertige Volksgenossen mit allen anderen Ständen unseres Volkes und fühlen uns auch ebenso wie diese“.¹⁹⁶⁷ Daß bei der Firma Reichert die völkische Propaganda bereits gegriffen hatte, erscheint nicht weiter verwunderlich, denn Franz Stein hatte in dieser Firma, die optische Geräte herstellte, als Lehrling begonnen. Die „Völkischen“ Josef Kiesslich, Franz Schwarz und Josef Teufert waren dort als Arbeiter beschäftigt.¹⁹⁶⁸

Es gab aber auch Ereignisse, welche die deutschnationale und sozialdemokratische Arbeiterschaft wie während der Badeni-Tage für kurze Zeit vereinte. Anlässlich einer Demonstration in Graslitz, die sich gegen die Erhöhung der Zuckersteuer mittels Notverordnungen richtete, schoß die aufgerückte Polizei in die Menge. Fünf tote Arbeiter blieben liegen. „Den unglücklichen Opfern des § 14“ bereiteten die Sozialdemokraten und Deutschnationalen ein gemeinsames triumphales Begräbnis. Über ein von einem „Deutschnationalen Hilfsausschuß“ gebildetes Spendenkonto schrieb der „Hammer“: „Auch wenn sie verschiedenen Parteien angehörten, sie sind Deutsche und als deutsche Arbeiter Volksgenossen“.¹⁹⁶⁹

Beide Seiten erblickten in diesen gemeinsamen Veranstaltungen eine gute Gelegenheit, um etwaigen Übertrittswilligen die Türen weit aufzumachen. Wenn auf den Zusammenkünften der völkischen Arbeitervereine einmal keine Sozialdemokraten erschienen, wurde dies sogar heftigst beklagt. So schrieb der „Hammer“ über eine Versammlung des Arbeiterbundes in Karbitz: „Jeder Deutsche hat Zutritt; es ist ein bedenkliches Zeichen mangelnden Interesses für das arbeitende Volk, wenn die Sozialdemokraten nicht kommen“.¹⁹⁷⁰

Im Oktober 1899 begann Franz Stein etwas Großes vorzubereiten: Als er am 22. Oktober 1899 einen Artikel mit dem Titel „Die deutschvölkische Bewegung ist drei Jahre alt!“ veröffentlichten ließ,¹⁹⁷¹ verfolgte Stein einen bestimmten Hintergedanken. Bekanntlich scheiterte 1896 die Grün-

1967 Der Hammer, Nr. 15 vom 17. Juli 1899.

1968 Der Hammer, Nr. 27 vom 1. Juli 1902. Glückwünsche der Arbeiter der Firma Reichert, Wien, zum 60. Geburtstag Schönerers.

1969 Der Hammer, Nr. 21 vom 4. September 1899.

1970 Der Hammer, Nr. 33 vom 9. Dezember 1899.

1971 Der Hammer, Nr. 27 vom 22. Oktober 1899. Als Verfasser des Artikels zeichnete „K.“ – Kernreuter?

dung eines von Burschofsky angestrebten Zentralverbandes aller Arbeitervereine zum Teil an Steins Widerwillen, der sie lieber zu Ortsgruppen seines Vereines „Germania“ umbilden wollte.¹⁹⁷² Nun unternahm er einen neuerlichen Anlauf.

Nur eine Woche später, am 29. Oktober 1899 fand die „Erste Arbeiterbündetagung für Nordwestböhmen“ statt, die Stein nach Turn einberufen hatte. Dort wurde nun der Beschluß gefaßt, daß sich alle neu zu gründenden Arbeiterbünde dem im Entstehen begriffenen „Bund deutscher Arbeiter Germania“, Bundeskanzlei Eger, einem auf Nordböhmen beschränkten, nichtpolitischen Organisationsverein, anzugliedern hätten. Am Bestand der vorhandenen Arbeiterbünde, sowie des Mährisch-Trübauerverbandes, sollte bis zur Verschmelzung aller Vereine nicht gerüttelt werden. Diese Fusion war jedoch schon den Delegierten in Eger für den zu Ostern 1900 in Aussig abzuhaltenden nächsten Arbeitertag in Aussicht gestellt worden.¹⁹⁷³ Den zu diesem Alleingang Steins nicht befragten Burschofsky forderte der Arbeiterbündetag sogar noch auf, im „Deutschen Arbeiter“ eine härtere Gangart gegenüber der Sozialdemokratie einzulegen.

Am 15. November 1899 stellte Stein im „Hammer“ die Aufgaben und Ziele dieses neuen Bundes Germania vor, der sich als eine Neuorganisation des „Deutschnationalen Arbeiterbundes Germania“ verstand. Mit ihm wollten Stein und Schönerer zweifellos eine bessere Kontrolle über die Arbeitervereinigungen bekommen. Die Hauptaufgabe dieses Arbeiterbundes lag in der „Zusammenfassung aller, die Herz und Sinn für die Bestrebungen der deutschvölkischen Arbeiterschaft haben“: „Wir erkennen die Ungleichheit als das größte Naturgesetz an. Nicht der Haß gegen den, der Besitz hat, sondern jedem das Seine; nicht der Neid gegen den Besitz, sondern das Streben für ein menschenwürdiges Dasein sind die leitenden Gedanken des Bundes“.¹⁹⁷⁴

Die Umstrukturierung in Verbände, die nun einer einheitlichen Bundesleitung unterstanden, hätte sich als notwendig herausgestellt, da die Einzelgründungen von deutschvölkischen Arbeitervereinen auf behördliche Schwierigkeiten gestoßen wären. Außerdem hätten viele einzelne Vereine keine Organisation. Demzufolge konnten bereits 10 Mitglieder „ohne Unterschied des Geschlechts“ mit vollendetem 17. Lebensjahr einen Verband gründen, der sich „Verband des Bundes deutscher Arbeiter Germania“ zu benennen hätte. Für eine Zusatzbezeichnung wären „Namen wie beispielsweise Eiche oder Teutonia; ein Ort des Verbandes, zum Beispiel Aussig; oder eine Gliederung nach Berufsarten, wie zum Beispiel Verband der Tischlergehilfen d. B. dt. Arb. Germania“ vorgesehen. In den darauffolgenden Tagen gründete sich ein Bund für Mähren, Schlesien, Nieder- und Oberösterreich sowie Steiermark und Kärnten.¹⁹⁷⁵ Ihr Organisationsstatut erscheint bekannt, denn es beinhaltete nichts anderes als eine exakte Kopie jener Statuten des „Bundes der Germanen“.

Bei der am 6. November 1899 erfolgten Gründung des Bundes für Böhmen wurden Franz Silber in die Bundesleitung, Köstler zum Schriftführer und Müller zum „Säckelwart“ gewählt. In dem

1972 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 6.

1973 Der Hammer, Nr. 29 vom 7. November 1899.

1974 Der Hammer, Nr. 30 vom 15. November 1899.

1975 Ebd.

mit Stein, Vogel, Hanich, Hackel, Herold und Eichler besetzen Ausschuß fällt als Neuaufsteiger Otto Kroy aus Teplitz-Schönau auf, der am 23. Juli 1899 in Komotau das erste Mal als Festredner aufgetreten war. Im Schiedsgericht saß Georg von Schönerer.¹⁹⁷⁶

Der neue Bund gab auch sofort eine Prinzipienerklärung ab: „Der deutsche Arbeiter muß zur vollen Erkenntnis des Wertes als werktätiger Kulturträger kommen und die Gesamtheit unseres Edelvolkes muß das Ringen und Streben nach einem menschenwürdigen Dasein unterstützen“.¹⁹⁷⁷ Was für Hitler später der „Arbeiter mit der Stirne“ war, wurde hier bereits gegenüber der marxistischen Verelendungstheorie und den Verproletarisierungängsten vorexerziert, frei nach dem Motto, sei ein edler, fügsamer Volksgenosse und du wirst kein „pöbelnder Proletarier“ mehr sein, denn das ganze Volk hilft und steht hinter dir. Hier flossen das Gedankengut Dührings und die späteren „Lehren, die man aus der Causa Wolf“ ziehen wird, zu einer seltsamen Mischung zusammen.

Ein weiterer Schritt erfolgte anfangs November 1899 anläßlich der Gründung des deutschen Arbeitervereines „Eichenhorst“ in Sternberg, dem spontan 400 Arbeiter beitraten. Mit ihm wurde nicht nur der „Grundstein für eine deutschvölkische Arbeiterschaft Nordmährens“ gelegt, der Verein sollte zugleich ein „Ansporn für Schlesien“ sein. Nach eingehenden Beratungen Steins mit Burschofsky bereitete letzterer für die Arbeiter in Mähren und Schlesien einen ähnlichen „Bund deutscher Arbeiter Germania“ wie in Böhmen vor. Mit den Vorarbeiten betraute Burschofsky Schriftleiter Milde aus Olmütz, wo er mit Stein auch den Sitz des neuen Bundes festgelegt hatte. Stein beschleunigte nun seine Zentralisierungstendenzen. Mit seinem neugeschaffenen „nichtpolitischen Bund“ war es ihm gelungen, die verschiedenen Ortsgruppen fest in politische-alldutsche Hand zu bekommen. Die Gründungen neuer Verbände, für die er rastlos Werbung machte, sollte überhaupt nur mehr über die Schriftleitung des „Hammer“ abgewickelt werden, während er den „Mährisch-Trübauer Verband“ weiter entwertete: Der M. T. V. sollte lediglich als gewerkschaftlich organisierter, wirtschaftlicher Unterstützungsverein bestehen bleiben. Der Verbandstag zu Ostern des Jahres 1900 sollte dann eine endgültige Entscheidung über sein Aufgehen in den „Bund deutscher Arbeiter Germania“ bringen.¹⁹⁷⁸ Bis dahin galt es den Verband möglichst zu schwächen und ihn langsam übernahmreif zu machen.

Die Schere öffnete sich plötzlich, als der „Zweite Mährisch-Trübauer Verbandstag“, der am 15. April 1900 in Tetschen-Bodenbach stattfand, seine unpolitische Stellung zusätzlich betonte, da er die „Vertretung der geistigen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder durch Wohlfahrtseinrichtungen“ als den eigentlichen, gewerkschaftlichen Zweck des Verbandes angab.¹⁹⁷⁹ Da es anscheinend zu einigen Verwirrungen wegen der künftigen Rolle, die der „Mährisch-Trübauer Verband“ im oder neben dem Bund Germania zu spielen hatte, gekommen war, erließ Stein be-

1976 Der Hammer, Nr. 15 vom 17. Juli 1899.

1977 Ebd.

1978 Der Hammer, Nr. 33 vom 9. Dezember 1899.

1979 Der Hammer, Nr. 13 vom 31. März 1900, S. 101.

reits am 6. Jänner 1900 im „Hammer“ einen Aufruf, in dem er die Landes- und Ortsgliederungen erklärte: Durch Satzungsänderungen sollten die Verbände des „Bundes deutscher Arbeiter Germania“ zugleich auch Mitglieder des „Mährisch-Trübauer Verbandes“ werden – einer Übernahme wäre nach dieser schlaue eingefädelten Taktik nichts mehr im Wege gestanden. Aufgrund der „Auskunftsadressen“ bei Verbandsgründungen ergab sich nun folgende provisorische Gliederung des Bundes in „Reichsgaue“: Franz Stein (Eger) für Böhmen; Anton Wanner (Graz) für die Steiermark und Kärnten; Friedrich Decker (Wien) für Wien, Nieder- und Oberösterreich und für Salzburg; und Anton Schimana (Troppau) für Schlesien. Nur Milde (Olmütz) und Burshofsky (Mährisch-Trübau) sollten sich Mähren teilen.

Nach mehreren personellen Umbesetzungen im Februar erfolgte am 27. Mai 1900 die Verbandsgründung in Olmütz mit dem Schriftleiter der „Egerer Nachrichten“ Norbert Jahn als Bundesobmann.¹⁹⁸⁰ Ein Monat zuvor, am 21. April 1900, war der Wiener Verband, dem nun auch Tirol und Vorarlberg angehörten, mit Friedrich Decker, Hans Wein und Theodor Quereser in die Öffentlichkeit getreten.¹⁹⁸¹ Im August 1900 folgte schließlich die gemeinsame Bundesleitung für die Kronländer Steiermark und Kärnten, der Wanner als Obmann und der Aufsichtsrat August Einspinner vorstanden. Im Schiedsgericht saßen Georg von Schönerer und Aurelius Polzer.¹⁹⁸²

Die Praxis sah anhand der Gründung des „Verbandes deutscher Arbeitnehmer“ in Troppau, der „Mutterorganisation der deutschen Arbeiterbewegung Schlesiens“ folgendermaßen aus: Dieser, aus mehreren geselligen Arbeitertischgesellschaften entstandene Verein, entschied sich am 26. Juni 1900, auf einer ersten Sitzung des vorbereitenden Ausschusses, nicht dem „Mährisch-Trübauer Verband“ beizutreten, weil auch der Bund deutscher Arbeiter Germania bereits mit einem Unterstützungswesen lockte. Auf Anraten des neugewählten Obmannes Anton Schimana wurde der Verband zu einer Ortsgruppe der Germania. Später erfolgte der Beitritt zur besser organisierten Notfalls- und Arbeitslosenkasse des „Mährisch-Trübauer Verbandes“, ohne daß sich zunächst am Status etwas geändert hätte.¹⁹⁸³ Daneben gab es aber noch eine Anzahl von deutschvölkischen Arbeiterbünden und Gehilfenvereinen, die nicht organisiert waren.

1.5 Der „Zweite Deutsche Vertretertag zu Aussig“ im Jahre 1900

Bereits am 14. Jänner 1900 hatte ein Vertrauensmännertag in Wien beschlossen, diesen Vertretertag von einem zu gründenden „Verein deutschvölkischer Arbeiter in Österreich“ einberufen zu lassen. Von den Vereinen sollten je 40 stimmberechtigte Arbeiter einen Vertreter entsenden.¹⁹⁸⁴

1980 Der Hammer, Nr. 23 vom 9. Juni 1900, S. 176.

1981 Der Hammer, Nr. 16 vom 21. April 1900, S. 122.

1982 Der Hammer, Nr. 33 vom 18. August 1900, S. 268.

1983 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 28.

1984 Der Hammer, Nr. 23 vom 9. Juni 1900, S. 174.

Diese Maßnahme war notwendig geworden, weil Franz Stein längst den Überblick über die Vereine verloren hatte. In Aufrufen forderte er sogar dazu auf, ihm die fehlenden Adressen und Namen bekannt zu geben. Andererseits bestand bereits eine bunte Mischung aus politischen und unpolitischen Vereinen, denen jedoch das Vereinsgesetz die Schaffung eines Gesamtverbandes untersagte.¹⁹⁸⁵

Das Hauptthema auf dem für den 29. und 30. Juni 1900 einberufenen Vertretertag in Aussig, den der nunmehr 45 Verbände umfassende „Bund deutscher Arbeiter“ dominieren sollte, bildete daher die Organisationsfrage: Ein diesbezüglicher, von Otto Kroy eingebrachter Entwurf für ein Organisationsstatut fand auch schnell eine Einstimmigkeit. Mit der Durchführung der politischen Organisation betrauten die Mehrzahl der Delegierten den „Verein deutschvölkischer Arbeiter in Österreich“, womit im Sinne Steins eine wichtige Vorentscheidung getroffen war.

Demnach sollte in Orten mit weniger als 10 „deutschen Arbeitern“ ein „Ortsvertrauensmann“ bestimmt werden, der die Geschäfte und die Propaganda zu führen hatte. Bei mehreren Orten mit über 10 Arbeitern schrieb das Statut eine Ortsgliederung mit einem zu wählenden dreiköpfigen Agitations-Ausschuß, bestehend aus einem Vertrauensmann, einem Berichterstatter und einem Zahlmeister, vor. Dieser Ausschuß hatte die politische Organisation durchzuführen und Wahlen vorzubereiten. Darüber stand als Summe der Ausschüsse die Bezirksgliederung, der gegenüber alle Ortsgliederungen weisungsgebunden waren. Diese Agitationsbezirke wurden nun in einem Wahlkreis der fünften Kurie als Kreisgliederung zusammengefaßt, die sich aus den Obmännern der Bezirksagitations-Ausschüsse zusammensetzte. Die aus ihrer Mitte gewählten Wahlkreisobmänner bildeten den Landesverband, der im betreffenden Kronland die Leitung der deutschvölkischen Arbeiterschaft über hatte. An der Spitze stand die aus den Mitgliedern der Landesverbände, der Wahlkreis- und Bezirksgliederungen zusammengesetzte „Reichsvertretung“. Sie wählte aus ihrer Mitte eine 12gliedrige Reichsvertretung. Einen späteren „Stein des Anstoßes“ provozierte jene Bestimmung, wonach die Abgeordneten der Schönerergruppe bei diesen Sitzungen eine beratende Stimme hatten.¹⁹⁸⁶

Noch etwas bereitete Franz Stein langsam Sorgen: Die mehr in der Streikbewegung engagierten Bergarbeiter wollten sich nicht mehr vor den Karren der sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaftsbewegung spannen lassen. Deshalb hatte der Hauptredner am Zweiten Deutschvölkischen Bergarbeitervertretertag, Franz Hackel, in Anwesenheit Steins die Umwandlung jener Vereine, denen Arbeiter verschiedenster Profession angehörten, in Berufsgenossenschaften angeregt. Abgeordneter Josef Hannich lehnte diese Forderung in Aussig wegen der Zersplitterung der Organisation und der zusätzlichen Belastung ab, während Stein die 60 Vertreter der Bergarbeitervereine gerade noch auf eine spätere Unterorganisation in der Germania vertrösten konnte.¹⁹⁸⁷ Der Vorreiter und wesentliche Mitorganisator eines nationalen Gewerkschaftswesens, Alois Cihula, der

1985 Der Hammer, Nr. 11 vom 17. März 1900.

1986 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 33.

1987 Der Hammer, Nr. 38 vom 22. September 1900.

später seinen Namen auf Ciller „eindeutsche“, schrieb dazu: „Wie die politische Entwicklung der letzten Jahre den deutschen Arbeiter nachdrücklich auf die Notwendigkeit ... einer unabhängigen nationalen Arbeiterpartei verwies, so mußten die Arbeiterbünde mit gemischter Mitgliedschaft bald als wirtschaftlich unzulänglich erkannt werden. Bildungsarbeit, Arbeitsvermittlung und verschiedenartige Unterstützung waren für die Mitglieder gewiß von Vorteil; im ernstesten Kampfe um die schrittweise Verbesserung der Arbeitsverhältnisse versagte jedoch der Gehilfen- oder Arbeiterverein. Gewerkschaftsorganisation, jedem Berufe angepaßt, wurde das nächste Ziel“. 1988

Im Gegensatz zu den als Rekrutenschulen der Sozialdemokratie heftig bekämpften internationalen Gewerkschaften lautete die Parole daher – weg von der Politik. Trotz eines harmonischen „Auseinandergehens“ hatte der Vertretertag in Aussig erste, deutliche Bruchlinien zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aufgezeigt. Von einer Verschmelzung des „Mährisch-Trübauer Verbandes“ mit der „Germania“ konnte daher keine Rede sein.

1.6 Eine national-sozialistische Wahlpropaganda anno 1900

Die anstehenden Reichsratswahlen des Jahres 1900, zu deren Teilnahme und Wahlpropaganda jeder deutsche Arbeiter verpflichtet worden war, konnten die in Aussig aufgetretenen Differenzen vorläufig in den Hintergrund drängen. Die Agitation der deutschvölkischen Arbeiterbewegung richtete sich erwartungsgemäß gegen die Sozialdemokratie, aber auch mit voller Schärfe gegen das „miserabel verwaltete Vaterland“ sowie das „mobile Großkapital“ der Kartelle. Einzige Abhilfe würde eine „soziale Reform auf nationaler Grundlage“ schaffen. Die Verwirklichung dieses Zieles bedingte jedoch zuerst die Wahl von radikal-nationalen Abgeordneten, „damit diese in Vertretung des Volkes mit dröhnendem Schritt in das Reichsratsgebäude hineintreten können, um dort Ordnung zu machen, wie es sich in einem Hause gehört, das aus deutschem Blut und deutschem Fleiß vor allen anderen Völkern erbaut wurde ... Alles werden wir erzwingen müssen, natürlich auf gesetzlichem Wege, dazu haben wir den Stimmzettel: Wir wählen radikalnational gegen das mobile Großkapital!“ 1989

Meister und Arbeiter mußten zusammen den Kampf gegen die Korruptions- und Protektionswirtschaft der jüdischen Kartelle aufnehmen. Stets wurde dabei betont, daß die völkische Arbeiterschaft nur ein Glied der Partei sei. Gerade die Streiks in den Kohlerevieren hätten gezeigt, daß der Arbeiter den Rückhalt im Volk brauche: „Der abgesonderte Arbeiter ist gegen die Gewalt der Bajonette ohnmächtig, als abgeschnittenes Glied des Volkskörpers ist er ebensowenig aktionsfähig wie ein abgeschlagener Arm, mit dem er auch dem Körper keinen Dienst erweist“. 1990 Eine enge Zusammenarbeit „aller arbeitenden Klassen des Volkes“ wäre aber nur unter dem „Aus-

1988 CILLER, Alois, Vorläufer des Nationalsozialismus, Wien 1932, S. 32.

1989 Der Hammer, Nr. 38 vom 22. September 1900.

1990 Der Hammer, Nr. 46 vom 17. November 1900, S. 351.

schluß all jener Elemente möglich, die dem schaffenden deutschen Volk schädlich und hinderlich sind und als ein Dorn im eigenen Fleisch betrachtet werden müssen“.¹⁹⁹¹

Nur die vom Volk isolierte, allein auftretende sozialdemokratische Arbeiterpartei hätte ein Interesse an einem „vom Volkskörper getrennten Arbeiter“, denn „Not und Elend sind international, die Abhilfeversuche national“: „Die berufenen Wortführer und Vertreter aller Armen, Elenden und Leidenden dieser Erde sind für alle Ewigkeit die Juden. Kein anderer hält die internationale Vermischtheit aller Rassen für denkbar. Haben sie ihre Krallentatze in Form der Sozialdemokratie über alle Völker ausgespannt, dann werden sie schon zupacken. Die Herrschaft über die Völker haben sie sich ja von ihrem Herrgott im Alten Testament versprechen lassen“.¹⁹⁹²

Ein besonders großes Feld räumte die Wahlpropaganda der Agitation gegen die von der Sozialdemokratie propagierten „Gleichheit“ ein: „Was wollen wir Deutsche von einer Internationale erwarten ... Die Eigenschaften der Völker sind so verschieden wie ihre Sprachen. Es gibt hochveranlagte Völker, wie beispielsweise das deutsche und tiefstehende wie das polakische ... Strenge Bestimmungen, die etwa für die Polen taugen, würden für die Deutschen unerträglich sein, die Freiheit, die dem Deutschen kraft seiner Gesittung zusteht, würde den Polaken zugrunde richten. Welche Schwierigkeiten ergäben sich, wenn beide Völker ihre sozialen Verhältnisse gemeinsam schlichten sollten!“¹⁹⁹³ Die völkische Arbeiterschaft trenne von den „Irrlehren der Sozialdemokratie, daß für sie die Gleichheit angeblich die höchste persönliche Freiheit bringen solle, die der Menschenwürde allein entsprechende Grundlage des Gesellschaftslebens, denn keine Schranke soll die Menschen trennen, ... es soll der geistig hochstehende und körperlich Befähigte nichts voraus haben gegenüber dem geistig und körperlich Unbefähigten. Gleichheit soll sein zwischen Arier und Juden, zwischen Deutschen und Tschechen und folgerichtig ebenso zwischen Deutschen und Negeren oder Malayen. Gleichheit ferner zwischen Mann und Weib. Wer solche Ungeheuerlichkeiten für überzogen hält, hat sich mit der Sozialdemokratie noch nicht auseinander-gesetzt. Das ist eine völlige Umwälzung des Gesellschaftslebens.“¹⁹⁹⁴

Geschickt zogen die Agitatoren auch noch einmal die Sprachenverordnungen als Beweis für die Unmöglichkeit heran, einer Internationale beizutreten: „Was sollen wir (dort), ... wo uns nur alle Völker unterdrücken wollen. Was wir heute sind, sind wir aus eigener Kraft geworden, ganz allein im Ringkampf mit der ganzen Welt haben wir Deutsche die Gesittungsstufe errungen, die wir innehaben ... An jeder deutschen Scholle klebt das Blut unserer Vorfahren. Hätten unsere Väter und Mütter nicht gearbeitet, wir wären ein verkommener Völkermang, die der Verknechtung jeden Eroberers verfallen wäre. Wir schulden unseren Vorfahren Dank und es gibt nur eine Münze, in der dieser Dank abgestattet werden kann – Treue. Treue zu Volk und unserem Volkstum, weiter arbeiten auf der Bahn der Gesittung, der edlen Volksentwicklung, der Rechte und

1991 Ebd.

1992 Ebd.

1993 Der Hammer, Nr. 47 vom 1. Dezember 1900, S. 357.

1994 Der Hammer, Nr. 45 vom 10. November 1900, S. 336.

Freiheiten, der Wohlfahrt, Ehre und Macht. Dazu ist ausnahmslos jeder berufen, diese Pflicht lastet auf den Schultern der Deutschgeborenen ... Das ist die Volkspflicht jedes Deutschen und also auch jeden Arbeiters ... Deutsche Arbeiter, die ihr ... euch losgesagt habt von der internationalen Gaukelei, haltet Eure völkische Ehre und suchet in der Veredelung des Gemüts und der Befreiung des Geistes von asiatischem Lug und Trug Eure Kräfte zu stählen ... Hilf Dir selbst und Dir ist geholfen“.¹⁹⁹⁵

Die Parole „Politische Freiheit – soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit“ konnte bei den Reichsratswahlen im Jänner 1901 vor allem in der 5. Kurie Erfolge zu verzeichnen. Wem aber wurden die Einbrüche in das Lager der Sozialdemokratie neben dem gewählten Franz Stein zugeschrieben? Das war freilich der auf den zwei Arbeitertagen enthusiastisch gefeierte Karl Hermann Wolf, der „Liebling der Massen“, der „seine Leute“ vom Deutschnationalen Verein positionieren konnte, während nur Burschofsky durchfiel. Dem „alten Parlamentarier“ Wolf glaubten die Arbeiter auch die Durchsetzung sozialer Forderungen mehr als dem noch unerfahrenen Stein, der mit seiner rednerischen Begabung glänzte, dessen chaotische Organisation aber gerade bei Burschofsky auf hämische Bemerkungen stieß.¹⁹⁹⁶ Das „Gespann“ wurde prämiert, die Einzelperson Stein schon weit weniger. Um den für die deutschnationale Arbeiterbewegung so verhängnisvollen Schnitt zu verdeutlichen, der mit dem Bruch Schönerer-Wolf entstand, genügt ein Vergleich der Mandatszahlen nach den geschlagenen Reichsratswahlen des Jahres 1900: Trotz des schon damals zur Erklärung herangezogenen „Bonus der Badeni-Tage“, der in der Bevölkerung eine große Rolle gespielt haben mag, erhielten die Alldeutschen mit ihrem Anstieg von 8 auf 21 Mandate nur 4 Mandate weniger als die Christlichsozialen und gleich ganze 11 Mandate mehr als die Sozialdemokraten, die in Böhmen gleich 4 Mandate eingebüßt hatten. Gemessen an den die Erste Republik dominierenden Parteien blieb nur die Deutsche Volkspartei mit ihren 48 Mandaten als stärkste Fraktion unerreicht. Sie war aber doch nicht so uneinholbar, wie es schien, wenn man bedenkt, daß der Trend schon allein durch ein repräsentativeres Wahlrecht eindeutig „nach unten“ ging und zweitens die nur mehr in Böhmen vorhandene, anfällige „Deutsche Fortschrittspartei“ mit ihren 31 Mandaten eine leichte Beute der Alldeutschen geworden wäre.

In Österreich befand sich tatsächlich bereits im Jahre 1901 eine junge Bewegung mit nationalsozialen Themen auf dem Vormarsch. Der Antrag der Bezirksorganisation Karlsbad auf dem Linzer Parteitag der deutschen Sozialdemokraten des Jahres 1898, die Parteileitung zu beauftragen, „die Abwehr der deutschnationalen Aspirationen der Schönerer-Wolf Gruppe mit Energie zu betreiben“ und das Zentralorgan der Partei zu bestimmen, „in ausgiebiger Weise den Kampf gegen diese Bewegung aufzunehmen, da sonst die sogenannte national-radikale Strömung der deutsch-böhmischen Sozialdemokratie über den Kopf zu wachsen drohe“¹⁹⁹⁷, bekommt in diesem Zusammenhang zusätzliches Gewicht. Anhand des Wahlergebnisses in der fünften Kurie ist aber

1995 Der Hammer, Nr. 40 vom 6. Oktober 1900, S. 313.

1996 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 41.

1997 Zitiert In: CILLER, Alois, Vorläufer des Nationalsozialismus, S. 29.

auch deutlich zu ersehen, daß die eigene Partei der Alldeutschen gleichsam von unten aufgerollt wurde, was letztlich für die Schönerianer entscheidend war.

Man könnte es als einen zusätzlichen Beweis sehen, daß Schönerer mit einer so hoffnungsvollen Bewegung, wie die deutschvölkische Arbeiterbewegung nun einmal ins Leben getreten war, nichts anzufangen wußte, nimmt man nur einmal sein mangelndes Engagement für sie als Gradmesser, das einem Desinteresse gleichkommt. Sonst hätte er auch zu diesem parteipolitisch günstigen Zeitpunkt eine interne Erschütterung nie zugelassen, die er, wie man gesehen hat, leicht hätte verhindern können. Dies wirft andererseits wieder ein gutes Licht auf den fast unvermeidbaren Streit mit Wolf. Schönerer mußte als 60jähriger sein ganzes politisches Vermächtnis in Gefahr sehen, wenn man bedenkt, und das war leicht auszurechnen, daß die Arbeiterbewegung bald über die Gesamtpartei dominiert hätte, die dann aber eine deutliche Handschrift Wolfs getragen hätte. Auch in einem Punkt, der zugleich Schönerers Lebenswerk war, zeigte sich die neue Bewegung gänzlich indifferent, nämlich in den Anschlußbestrebungen an Deutschland. Die Irredentapolitik begann einer Realpolitik Wolfscher Prägung zu weichen.

Der sichtlich von Eifersucht geplagte Franz Stein beging den großen politischen Fehler, in diesem Moment auf das falsche Pferd zu setzen, denn er konnte sich ausrechnen, daß ohne Wolf zumindest ein Rückgang bei den Arbeitern drohte. Dafür waren die Anzeichen namens Burschofsky und Hackel vor den Reichsratswahlen untrügliche Vorboten. Was diese Spaltung so außergewöhnlich macht, ist die daran geknüpfte kontrafaktische Aussage, daß es eine alldeutsche Arbeiterbewegung als politische Größe mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit späteren Agitatoren unmöglich gemacht hätte, sie zu ignorieren, daher ihr eigenes Urheberrecht anzumelden und was vielleicht im Falle Hitlers einschneidender war, noch einmal bei Schönerer anzuknüpfen. Von dem Rückschlag, den die Bewegung durch den Riß in der Partei erhalten hatte, erholte sie sich in verhängnisvoller Weise erst nach dem Ersten Weltkrieg.

1.6 „Hie Schönerer – Hie Wolf! – Hie Vormund – Hie Mündigkeit!“

Der erste Teil dieser Überschrift entstammt dem Buch Ferdinand Burschofskys,¹⁹⁹⁸ der zweite aus der ersten Ausgabe der ab Oktober 1906 in Gablonz erschienenen „Deutschen Arbeiterstimme“, die nach den Stürmen der letzten Jahre versuchte, sich vor ihren Lesern zu rechtfertigen.¹⁹⁹⁹ Stürmisch begann es auch im Jänner 1901 mit den Feiern anläßlich des guten Abschneidens bei den Reichsratswahlen. Doch mitten in diese euphorische Stimmung platzte die Nachricht vom plötzlichen Tode Ludwig Vogels, auf den vor allem Franz Stein große Hoffnungen gesetzt hatte.²⁰⁰⁰

1998 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 41.

1999 Deutsche Arbeiterstimme. Organ der deutschen Arbeiterschaft Böhmens, 1. Jhg. Nr. 1 vom 3. Oktober 1906, S. 1.

2000 Der Hammer, Nr. 3 vom 19. Jänner 1901.

Gegenüber den Tendenzen einiger Vereine, die eine Umwandlung in Fachgewerkschaften bezweckten, zeigte er sich aber betont kampfeslustig: In der ordentlichen Hauptversammlung des „Bundes deutscher Arbeiter Germania für Böhmen“ in Eger, auf der Schönerer wegen „Anreise-schwierigkeiten“ vom Schiedsgericht zurücktrat, wurde Stein Ende Jänner 1901 statt des wegen seiner Übersiedlung ausgetretenen Obmanns Franz Siller gewählt. Er setzte sofort eine Satzungs-änderung durch, mit der er die Wirksamkeit des Bundes auf ganz Österreich ausdehnte.²⁰⁰¹

Was aber hatte Stein nun endgültig in die Hand bekommen? Zieht man die fünfmal so große Mitgliederstärke des „Mährisch-Trübauer Verbandes“ heran, offenbart sich die eigentliche Schwäche seines Hauptverbandes: Trotz der auf den ersten Blick großen Zahl von 60 Ortsgruppen in Böhmen standen ihm gerade 1.477 Mitglieder zur Verfügung, was einen Durchschnitt von gerade einmal 25 Mitgliedern pro Verband ergab.²⁰⁰² Bis in den Frühsommer des Jahres 1901 lief dann die schon erwähnte Artikelserie Theodor Queresers im „Hammer“. Seine Kritik an der Gewerkschaftsbewegung kam einer verfrühten Kampfansage gleich.

Für Quereser wie für Stein mußte eine Gewerkschaft dem „Gruppeninteresse“ höchst abträglich sein, weil sie den Arbeiter wieder von der Volksgemeinschaft „abtrennen“ würde. Dieses „Gruppeninteresse“ bedeutete für sie „das Interesse einer zu Zusammenleben und Streben verurteilten Gesellschaft; das Interesse am Gedeihen der nationalen Kultur“.²⁰⁰³ So ganz konnte aber auch Stein eine langsame Gliederung nach Berufsgruppen nicht verhindern. Parallel zur „Aufklärungsserie“ Queresers mußte er am 15. Juni 1901 im „Hammer“ das für ihn sicher nicht „freudigste“ Ereignis der Zusammenfassung der schon länger bestehenden Handelsangestelltenvereine zum ersten nationalen Gewerkschaftsverband, dem „Verband deutscher kaufmännischer Vereinigungen in der Ostmark“ bekanntgeben.²⁰⁰⁴ Der Verband folgte dem Beispiel der Selbsthilfeorganisationen der Angestelltenbewegung im Deutschen Reich. Bereits im April 1901 hatte sich auch ein Bund der „Gastwirtegehilfen“ gebildet.²⁰⁰⁵

Dazu kam nun, daß sich auch der „Mährisch-Trübauer Verband“ im April 1901 wegen seines gewachsenen Unterstützungswesens mit seinen 7471 Mitgliedern auf den „Boden einer gemischten Gewerkschaft“ gestellt hatte. Den Vorsitz auf der beschlußfassenden Sitzung der Gesamtleitung führten Ferdinand Burschofskys und der Wiener Schriftsetzer Friedrich Decker, der dem verstorbenen Vogel als Stellvertreter nachgefolgt war. Ein im Juni in Olmütz abgehaltener „Zweiter Vertretertag der deutschvölkischen Arbeiterschaft Mährens und Schlesiens“ sah sich deswegen auch bestärkt, den Anschluß aller nichtpolitischen Vereine an den „Mährisch Trübauer Verband“ „dringendst zu empfehlen“.²⁰⁰⁶

2001 Der Hammer, Nr. 5 vom 2. Februar 1901, S. 85.

2002 Ebd.

2003 Der Hammer, Nr. 13 vom 30. März 1901, S. 93.

2004 Der Hammer, Nr. 24 vom 15. Juni 1901.

2005 Der Hammer, Nr. 15 vom 13. April 1901, S. 121.

2006 Der Hammer, Nr. 23 vom 8. Juni 1901, S. 179.

In diese merkliche Scheidung der zwei Organisationen trieb nun der Brünner Techniker Alois Ciller, der sich selbst als einen „proletarischen Studenten“ bezeichnete, den berühmten Keil. In einer im Herbst des Jahres 1901 veröffentlichten Aufsatzreihe im „Deutschen Arbeiter“ machte Ciller Vorschläge für eine stufenweise Umwandlung des „Mährisch-Trübauerverbandes“ in eine zentrale Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Zunächst sollten sich örtliche Fachgruppen in den Vereinen bilden, die später zu Fachgewerkschaften zusammengefaßt werden könnten. Der Verband dürfe „nicht starr bleiben“, er müsse „leben und sich dem Leben anpassen“.²⁰⁰⁷ Ciller baute diese Ideen weiter aus, indem er in zwei, 1902 und 1904 erschienenen Broschüren der Frage nachging, ob die deutsche Arbeiterschaft den Kampf mit der Sozialdemokratie in den internationalen, rund 100.000 Arbeitern umfassenden Gewerkschaften aufnehmen sollte, oder eine eigene Gewerkschaftsbewegung auf die Beine stellen wollte: „Die Sozialdemokratie stellt die internationalen Arbeitnehmerbündnisse mit einem blendenden Schlagworte den Arbeitern als Muster hin. ‚Sehet, liebe Proletarier‘, heißt es, ‚so wie sich die alles ausbeutenden Kapitalisten vereinigen, ohne internationale Verschiedenheiten gelten zu lassen, müsset auch ihr es tun und in internationaler Brüderlichkeit zusammenstehen.‘ Das klingt vielleicht schön, ist aber Trug und Unsinn“.²⁰⁰⁸ Wenn er auch für militärisch organisierte Gewerkschaften eintrat, welche die Unternehmer zwingen sollten, nur mehr deutsche Arbeitskräfte einzustellen, das sozialdemokratische Gewerkschaftsvorbild konnte Ciller trotzdem nicht verleugnen. Auch Ciller übernahm den personalistischen Ansatz Dührings: „Das Kapital ist wesentlich international; nicht so aber die Arbeit“.²⁰⁰⁹ Mit seiner Parole machte er sich Stein nicht gerade zum Freund: „Getrennt marschieren, gegebenenfalls vereint schlagen, das muß die Losung der verschiedenen nationalen Gewerkschaften sein“.²⁰¹⁰

Alois Ciller hatte Ferdinand Burschofsky, den Herausgeber des „Deutschen Arbeiters“ und mächtigsten Mann des „Mährisch-Trübauerverbandes“, auf seiner Seite. Eine wesentliche Verstärkung sollte aber erst durch den Eintritt des bereits mehrmals erwähnten Hans Knirsch in den Verband erfolgen, den er am 1. Juli 1900 vollzog. Knirsch, am 14. September 1877 zu Triebendorf im Schönhengster Gau in Nordmähren geboren, stammte als Sproß einer kinderreichen Heimweberfamilie aus einem Milieu, das Gerhart Hauptmann den literarischen Stoff lieferte. Nach zwei Jahren Gymnasium absolvierte er eine Fachschule für Weberei und kam als Werkmeistergehilfe in eine große Seidenweberei nach Mährisch-Trübau.²⁰¹¹ Sein Biograph Rudolf Zeidler, sein „politischer Lehrer“, wie er sich ausgab, nannte Knirsch ein „Geschöpf von 1897“, denn für den gerade 20jährigen jungen Artilleristen, der in Olmütz seinen Militärdienst ableistete, war der Volkstag von Eger zu einem „Schlüsselerlebnis“ geworden.²⁰¹² Mit Zeidler, der wiederum den „Kleindeutschen“ Heinrich von Treitschke und Georg von Schönerer als „geschichtliche Führer

2007 CILLER, Alois, Vorläufer des Nationalsozialismus, S. 32.

2008 Ebd., S. 33.

2009 Ebd.

2010 Ebd.

2011 CILLER, Alois, Nationaler Sozialismus im Sudetenland, S. 180.

2012 ZEIDLER, Rudolf, Hans Knirsch. Ein sudetendeutscher Edelmensch, Schwerin 1938, S. 8 und S. 17.

meiner Jugend“ bezeichnete, dürfte ihn schnell ein antimonarchistischer Haß auf das Haus Habsburg verbunden haben. Beide machten die Dynastie für das „mißhandelte und verratene Volk“ verantwortlich. Der Glaube, einer jungen Generation anzugehören, die ein Recht dazu hatte, dem angestammten Herrscherhaus die Kompetenz abzusprechen und nationale Probleme zu lösen, prägte ihn sein Leben lang. Mit diesem „Rüstzeug“ versehen, fand Knirsch nach seiner Armeezeit schnell einen Posten als „Kanzleikraft“ im „Mährisch-Trübauer Verband“, wo seine politische Karriere 1900 endgültig begann.

Franz Stein streckte unterdessen seine Fühler nach Schlesien, hauptsächlich nach Troppau aus, wohin Burschofsky im Juni 1901 die Gesamtleitung des politischen Astes „Bund deutscher Arbeiter Germania“ nach dem „Zweiten Vertretertag“ verlegt und in die Hände des umtriebigen Anton Schimana gelegt hatte.²⁰¹³ Dort fruchtete die anfänglich etwas nachhinkende Organisationsarbeit im Sommer des Jahres 1901 auch recht schnell.²⁰¹⁴

Daneben versuchte Stein, dem wirtschaftlich orientierten „Mährisch-Trübauer Verband“ das Wasser abzugraben. So hatte er bereits im September 1900 die Schönerer-treue „Selbsthilfe-Genossenschaft Ostmark“ unter ihrem Obmann Himmelbauer weiter aufgewertet. In Ausführung des Beschlusses vom 16. Dezember 1898 war es mit Steins Hilfe gelungen, fremde Gelder von Nichtmitgliedern in Form von Spareinlagen zu übernehmen²⁰¹⁵ und eine eigene Sparabteilung anzugliedern.²⁰¹⁶ Ein am Sitz der Bundesleitung in Eger gegründetes „Deutsches Arbeiteramt“, das am 1. August 1901 seine Tätigkeit aufnahm, sollte als Zentralstelle fungieren, um „die gewerkschaftliche Bewegung zu fördern“. Dieses Arbeitsamt war nichts anderes als die in erster Linie den gewerkschaftshungrigen Bergarbeitern versprochene Unterorganisation der Germania, die fest in Steins Hand verbleiben sollte. Zur „Förderung der alldeutschen Arbeiterbewegung“ waren ihm auch die Tätigkeitsbereiche „Unentgeltlicher Rechtsschutz; die Beobachtung der Weiterentwicklung der sozialen Gesetzgebung; die Vermittlung im Streikfall; die Einberufung der Vertretertage und die unentgeltliche Stellenvermittlung“ übertragen worden.²⁰¹⁷

Trotz dieser Teilerfolge mußte es sich Franz Stein nach der Mandatsniederlegung Karl Hermann Wolfs am 27. November 1901 von seiner „Hausmacht“ in Schlesien gefallen lassen, auf einem „Vertretertag der alldeutschen Arbeiterschaft Schlesiens“ peinlichst befragt zu werden. Es ging dabei natürlich um die Klärung des Verhältnisses der Germania zum schon länger zu Wolf tendierenden „Mährisch-Trübauer Verband“. Zu viele Vereine waren gerade in Schlesien Mitglieder in beiden Organisationen. Der am 29. Dezember 1901 abgehaltene Vertretertag forderte nun die alldeutschen Abgeordneten in einer Resolution auf, einen eigenen Vertretertag für ganz Österreich in Wien einzuberufen, um dem „Wunsch“ zu entsprechen, beide Verbände so schnell wie

2013 Der Hammer, Nr. 23 vom 8. Juni 1901, S. 179.

2014 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 25–29.

2015 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 136f.

2016 Der Hammer, Nr. 37 vom 15. September 1900, S. 297.

2017 Aus dem Tätigkeitsbericht des Deutschen Arbeiteramtes, In: Der Hammer, Nr. 29 vom 27. Juli 1901.

möglich zu verschmelzen.²⁰¹⁸ Alfred Berner, der ein kleines Buch „Vater Burschofsky, dem Wegbereiter des Nationalsozialismus“ gewidmet hatte, gab darin die Erwartungshaltung zu Beginn des Streits Schönerer – Wolf wieder: Das Redetalent Stein sollte seine „Germania Verbände“ dem Organisationstalent Burschofsky überlassen und sich in einer Art neuen politischen Organisation des so vergrößerten „Mährisch-Trübauerverbandes“ ein eigenes Betätigungsfeld suchen.²⁰¹⁹ Die Antwort Steins darauf bestand in einer Maßnahme der weiteren Zentralisation der Germania: Ende 1901 übersiedelten die Bundesleitung, das „Deutsche Arbeiteramt“ und die Schriftleitung des „Hammer“ nach Wien.²⁰²⁰

Auf dem Höhepunkt der Krise in der Alldeutschen Fraktion fand am 21. März 1902 der eingeforderte „Vertretertag der alldeutschen Arbeiterschaft Österreichs“ statt, der fast erwartungsgemäß ergebnislos bleiben mußte. Die vielfach geäußerten Verschmelzung der Verbände blieb ein Wunsch. Die Querelen in der politischen Führung schlugen sich sofort in den beiden Arbeiterverbänden nieder. Mit der Erklärung Steins für Georg von Schönerer riß er eine tiefe Kluft in die gesamte völkische Arbeiterbewegung. Burschofsky und der hinter ihm stehende „Mährisch-Trübauerverband“ wurden nun als erklärte Wolfianer endgültig zu seinem Feindbild. Damit stellte sich auch die erhoffte Verschmelzung als undurchführbar heraus. Auch hier brach ein lange schweelender Konflikt offen aus. Wie es „oben“ hieß, „Hie Schönerer-Hie Wolf“, hieß es nun „unten“ „Hie Stein-Hie Burschofsky“. Die in den Streit nunmehr voll involvierten Arbeitervereine verlangten von ihrem Ansprechpartner, der in der Hierarchie der „Reichsleitung“ nur Stein als Reichsratsabgeordneter sein konnte, während Wolf keiner Arbeiterorganisation angehörte, eine rasche Klärung, die ein weiterer Vertretertag bringen sollte.

Indem er auf Abwarten schaltete, um selbst die Macht im „Mährisch-Trübauerverband“ an sich zu reißen, beging Stein einen weiteren schweren taktischen Fehler. Mit der vorher eingeholten Unterstützung der Abgeordneten Alwin Hanich und Franz Kliemann versuchte er eine Einberufung zu verhindern und ließ folgende Begründung verlautbaren: „Der geplante Arbeitervertretertag in Saaz, der am 20. April 1902 stattfinden sollte, wird nicht abgehalten, weil die Spaltung Schönerer – Wolf zum Anlaß genommen werden soll, um sich in zwei Lager zu spalten“.²⁰²¹ Stein hatte jedoch nicht mit der „Eigeninitiative“ Burschofskys und der „Selbsthilfe“ der Vereine gerechnet.

2018 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 31.

2019 Ebd.

2020 Der „Reichsbund deutscher Arbeiter Germania“ und der Sitz des „Deutschen Arbeiteramtes“ befanden sich nun im 7. Bezirk, Bandgasse 2, 1. Stock, Tür 10. Das Herz der scheinbar so mächtigen völkischen Schönerer-treuen Arbeiterbewegung befand sich nun in Steins neuer Wohnung!

2021 Zitiert In: BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 35.

1.7 Saaz

Einige auf dem Aussiger Vertretertag gewählte Leitungsmitglieder beriefen nun gegen den Willen der Schönerer-Abgeordneten den Vertretertag in Saaz zunächst nur für Böhmen ein. Da aber auch Burschofsky als Vertreter der Vereine des „Mährisch-Trübauerverbandes“ erschien, wurde die Gültigkeit der zu fassenden Beschlüsse von den 158 Delegierten schnell auf ganz Österreich ausgedehnt.²⁰²² Obwohl sie Anton Pflaum²⁰²³, der als Obmann des „Deutschvölklichen Arbeiterbundes Eiche“ in Brüx dem verstorbenen Vogel nachgefolgt war, und den Bergmann Franz Hackel zu ihren Vorsitzenden wählten, blieb Burschofsky der Mann, der die Fäden zog. Das Salz in der Suppe stellte aber sicherlich das Erscheinen Karl Hermann Wolfs dar, der mit „stürmischen Heilrufen begrüßt wurde“. Auch wenn er sich schnell wieder zurückzog, damit die zu fassenden Beschlüsse nicht als von ihm beeinflusst erscheinen würden, was „der großen alldeutschen Sache nicht dienlich“ wäre, deuteten die Leitungsmitglieder seine Anwesenheit doch als eine eindeutige Geste.²⁰²⁴

Wie es nun zu einer kleinen Palastrevolution gehört, betrachtete der Vertretertag die dem Zwölferausschuß angehörigen, abwesenden Abgeordneten Stein und Hanich „nicht mehr als Mitglieder desselben“. Ihre vorangegangene Ladung stellte sich daher als eine reine Staffage zur Wahrung der formellen Kriterien heraus. Die Delegierten folgten vielmehr einem Fingerzeig Wolfs, die „deutschvölkische Arbeiterschaft über die Personen zu stellen“ und präjudizierten die Durchführung der Reichsgliederung unabhängig von den politischen Parteien. Und damit nicht genug, beanspruchte der Vertretertag auch gleich die gesamte Leitung der deutschvölkischen Arbeiterschaft.²⁰²⁵ Begründet wurde dieser Schritt mit den Worten Franz Steins, der scheinbar mit seinen eigenen Waffen geschlagen werden sollte: Die Gefahr der Zersplitterung der Arbeiterbewegung drohe durch den in der alldeutschen Partei ausgebrochenen „Zwist, dessen friedliche Beilegung leider vollkommen ausgeschlossen erscheint“. Burschofsky nahm also die sichtlich günstige Gelegenheit wahr, die sich erst durch den „Zwist“ ergeben hatte, die Gesamtorganisation zu übernehmen und seine Macht abzusichern: In einem einstimmig angenommenen Zusatzantrag legte er zunächst für einen böhmischen Vertrauensmännerausschuß fest, der zur Durchführung der „maßgebenden Entscheidungen für die gesamte deutschvölkische Arbeiterschaft Deutschösterreichs“ und zur Überwachung der Bildung einer Reichsgliederung eingesetzt wurde, daß in diesen kein Abgeordneter einer Partei gewählt werden dürfe. Die Ausschußwahlen zeigten darüber hinaus, wie tief Burschofsky bereits in das „böhmische Lager“ eingedrungen war.²⁰²⁶ Mit der Be-

2022 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 36.

2023 Zu Anton Pflaum: Der Hammer, Nr. 9 vom 2. März 1901.

2024 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 42.

2025 „Unter Festhaltung an den Beschlüssen des 2. Arbeitervertretertages in Aussig bezüglich der Organisation beschließt der heutige Vertretertag die in diesen Beschlüssen ausgesprochene Reichsorganisation der deutschvölkischen Arbeiterschaft selbst durchzuführen, welcher auch die Leitung der deutschvölkischen Arbeiterschaft Österreichs, unabhängig von jeder parlamentarischen Vereinigung, zukommt.“ Zitiert In: BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 43.

2026 Die gewählten Vertrauensmänner stammten bis auf die Stadt Eger aus den wichtigsten Städten Nordböhmens, wo-

stimmung, daß bereits gewählte Mandatsinhaber auszuscheiden hätten, wurde Stein förmlich aber bestimmt – einfach hinausgeworfen.

Auch Steins festgefügte Mannschaft im „Bund deutscher Arbeiter Germania“ begann wegen der erwähnten Verzahnung mit dem „Mährisch-Trübauer Verband“ abzubrockeln. Diese Zerfallstendenzen zeigten sich zuallererst in Schlesien. Nur eine Woche nach Saaz, am 27. April 1902, fand in Jägerndorf der „Zweite Vertretertag der alldeutschen Arbeiterschaft Schlesiens“ statt. Dort versuchten die Delegierten zumindest mit der eigenmächtig geplanten aber dann doch nicht durchgeführten Verschmelzung der „Germania Verbände“ mit dem „Mährisch-Trübauer Verband für Schlesien“ so etwas wie eine vermittelnde Position einzunehmen, obwohl diese Fusion ein Abrücken des Obmannes der schlesischen „Germania Verbände“, Anton Schimana, von der „unbedingten“ Haltung Steins bedeutet hätte. Mit dem mittlerweile zum Geschäftsführer des „Mährisch-Trübauer Verbandes“ aufgestiegenen Hans Knirsch, der als Bevollmächtigter an dieser Tagung teilnahm, konnte jedenfalls in dieser Frage ein volles Einverständnis erzielt werden.²⁰²⁷

Wie sehr Knirsch selbst die gesamte alldeutsche Spaltung nahe ging und er deswegen zumindest in der Arbeiterbewegung ein festes Bündnis suchte, teilte er in einem privaten Brief an Rudolf Zeidler aus dem Jahre 1906 mit: „Es ist doch entsetzlich traurig, auf Schritt und Tritt auf die Scherben stoßen zu müssen, die aus dem Kampf Schönerer – Wolf zurückgeblieben sind. Wo man in Böhmen auch hinkommt, überall klingen diese Bruderkämpfe noch nach. In Eger scheint sich das Bürgertum und die Arbeiterschaft ganz auf die Seite Schönerers zu stellen, während in Asch und im Ascherland die Sache umgekehrt liegt“.²⁰²⁸ Obwohl sich die Delegierten nicht mehr an die Beschlüsse von Aussig gebunden fühlten, wollten sie in Jägerndorf trotzdem noch den „Dritten Vertretertag der deutschen Arbeiterschaft Österreichs“ abwarten. Ihn berief der „Mährisch-Trübauer Verband“ schon im „Alleingang“ ein, der für eine Verschmelzung der Verbände warb, andernfalls man einen eigenen Vertretertag der Landesverbände einsetzen werde.

Zur Vorbereitung dieses für den 18. und 19. Mai 1902 in Arnau an der Elbe einberufenen Dritten Vertretertages ließ Burschofsky an die Arbeitervereine Einheitssatzungen aussenden, um sie aus der „bürgerlichen parteipolitischen Gemeinschaft freizubekommen“.²⁰²⁹ Nach diesen „proletarischen“ Satzungen sollten nur mehr Lohnarbeiter und Angestellte als ordentliche Mitglieder eines Arbeitervereines zugelassen werden. Selbständig gewordene Handwerker, Kaufleute und Akademiker hätten somit in reinen Arbeiterangelegenheiten ihr Stimmrecht verloren.²⁰³⁰ Burschofsky wollte damit nicht nur den Umbau in eine Gewerkschaftsbewegung einleiten, sondern auch der sozialdemokratischen Propaganda den Wind aus den Segeln nehmen, wonach die völkischen Ar-

bei die dominierenden Persönlichkeiten Anton PFLAUM in Brüx, Franz FFUCHS in Aussig, Wilhelm PREDIGER in Morchenstern, Johann LÖFFLER in Reichenberg und Franz HACKEL in Karbitz ansässig waren.

2027 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 33.

2028 ZEIDLER, Rudolf, Hans Knirsch. Ein sudetendeutscher Edelmensch, S. 73.

2029 CILLER, Alois, Vorläufer des Nationalsozialismus, S. 34.

2030 CILLER, Alois, Damals und heute. Entstehung, Kämpfe und Aufgaben der nationalen Arbeiterbewegung in Österreich, Wien 1937, S. 16.

beitervereine „rechte“ Gruppierungen seien, da in ihnen auch Arbeitgeber Aufnahme finden würden. Das hatte Stein ja ideologisch durchaus gefördert. Die erste Weichenstellung, die die 84 Delegierten aus 55 Orten aus Böhmen, Mähren, Niederösterreich und der Steiermark vornahmen, betraf die von den schlesischen Vereinen so heißbegehrte Verschmelzung, die sie jedoch schlicht und einfach ablehnten. Zu groß war die Kluft zwischen den Verbänden und die sich daraus ergebende Parteinahme für Schönerer oder Wolf geworden. Der inzwischen auf 85 Vereine – darunter 9 Arbeiterinnenverbände – angewachsene „Mährisch-Trübauer Verband“, der fast 15.000 Mitglieder zählte, sollte als einheitlicher Block gänzlich umgestaltet werden. Aufgrund des von den Sozialdemokraten dominierten Krankenkassen- und Unfallversicherungswesens schien eine Infiltration und eine Neutralisierung wenig zielführend, weswegen der Verbandstag folgendes beschloß:

„Der dritte Verbandstag anerkennt in der nationalen Gewerkschaftsorganisation der Arbeitnehmer das vorzüglichste Mittel für das Aufsteigen der Lebensführung und die Erziehung der breitesten Massen zur werktätigen Teilnahme an der nationalkulturellen Arbeit des ganzen deutschen Volkes. Die deutschnationalen Arbeitervereinigungen, sofern sie nicht parteipolitischen Charakter tragen, können folgerichtig nur gewerkschaftliche Aufgaben nach den Grundsätzen unserer Gesamtbestrebungen verfolgen und in den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und soziale Selbstbestimmung eintreten. Ausschließliche Unterstützungsarbeit eines Arbeitervereins reicht nicht aus, da der Arbeiter unter ungünstigen Arbeitsbedingungen mehr geschädigt werden kann, als sein Sparsinn in einer Woche gutzumachen vermag. Da die absolute Notwendigkeit vorhanden ist, daß all jene Verbandsvereine, die sich nicht in eine Fachorganisation umwandeln können, einheitlich gebaut und einheitlich wirksam sein sollen, wird der Vorstand beauftragt, die angenommenen Einheitssatzungen allen Vereinen zur Begutachtung vorzulegen, die ihren Entschluß binnen sechs Wochen mitzuteilen haben.“²⁰³¹

Dieser Totalumbau zu nationalen Fachgewerkschaften mit einem größeren Unterstützungswesen kostete ein erhebliches Startkapital, welches durch Beitragserhöhungen in den einzelnen Vereinen hereingebracht werden sollte. Burschofsky dürfte dabei ziemlich gnadenlos vorgegangen sein, denn Ciller erwähnte die „schweren Kämpfe“, die mit den Vereinen zu führen waren.²⁰³² In dieser finanziellen Aufbauphase, die mit Entbehren der Vereine ohne nennenswerte Abgänge vor sich ging, machte nun auch Burschofsky einen schweren Fehler. Gemäß den Beschlüssen des Vertretertages von Arnau sollte der „Deutsche Arbeiter“ nunmehr als „Pionier des Gewerkschaftsgedankens“ wöchentlich erscheinen. Damit nicht genug, beauftragte Burschofsky Wilhelm Prediger mit der Herausgabe einer neuen Arbeiterzeitung. „Der deutschvölkische Arbeiter“ erschien ab 1. Juli 1902 in Gablonz. Der „Hammer“ war ja keine Verbandszeitung mehr. Damit hatte er jedoch die finanziellen Kräfte der jungen Organisation deutlich überspannt und zugleich Franz Stein, der sich immer noch abwartend verhielt, eine schußbereite Waffe in die Hand gegeben.

2031 Zitiert In: CILLER, Alois, Vorläufer des Nationalsozialismus, S. 35.

2032 CILLER, Alois, Vorläufer des Nationalsozialismus, S. 35.

1.8 Der Zerfall des „Mährisch-Trübauerverbandes“

Der Vertretertag von Arnau zog dreierlei Konsequenzen nach sich: Zunächst kann man erst ab diesem Zeitpunkt von einer eigentlichen völkischen Gewerkschaftsbewegung mit Signalwirkung sprechen. Der erste Gewerkschaftsverband der Handelsangestellten ist bereits erwähnt worden. Am 1. November 1902 folgte auf Betreiben Franz Hackels der „Gewerkverein deutscher Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs“ mit dem Sitz in Karbitz als Gründung einer reinen Berufsgewerkschaft nach. Am 22. November 1902 bildete sich in Gablonz der „Gewerkverein deutscher Gürtlergehilfen“. Hackel hatte bereits im November 1901 die Satzungen eingereicht, die ihm aber angeblich wegen lapidarer Mängel viermal zurückgeworfen worden waren.²⁰³³

Aber erst mit dem am 15. März 1902 in Teplitz-Schönau vom Eisenbahner Otto Kroy unter „neutralem Namen“ gegründeten „Deutschen Rechtsschutz- und Gewerkverein für Österreich“, der sich dem „Kampf gegen die künstlichen Zuchtanstalten des Slawentums verschrieben hatte“, entstand eine mächtige Organisation, die sich ab dem Jahre 1905 „Reichsbund deutscher Eisenbahner“ nannte.²⁰³⁴ Zum ersten Obmann dieser mit 259 Mitgliedern gegründeten Gewerkschaft, die bereits 1913 40.000 Mitglieder aufweisen konnte, wurde der Zugführer Karl Proch gewählt. Als seine juristischen Vertreter traten der Verteidiger Karl Hermann Wolfs, Rosa und der einstige „Los von Rom“ Mann Schönerers, Eisenkolb, auf.²⁰³⁵

Burschofsky ist sicher kein Gründer einer nationalen Gewerkschaftsbewegung gewesen. Er schuf aber die Voraussetzungen dafür, denn er konnte mit dem „Mährisch-Trübauerverband“ einen gewissen Druck auf die Behörden ausüben, die sich gerade bei Gewerkschaftsgründungen als Gesamtorganisation eines Berufsstandes wegen der „Gefährdung der Sicherheit und Ruhe“ sehr „verschlossen“ zeigten.

Die zweite Konsequenz des Vertretertages von Arnau betraf den Obmann der schlesischen „Germania Verbände“ Anton Schimana, der seine „Verschmelzungs-Niederlage“ nicht verkraften konnte. Er erklärte sich offen für Franz Stein. Am 25. Mai 1902 hatte sich ein weiterer Vertretertag in Saaz gegen die Anerkennung des von Stein ins Leben gerufenen „Deutsches Arbeiteramtes“ ausgesprochen, weil es der Alldeutschen Vereinigung im Abgeordnetenhaus unterstehe. Als sich Schimana am 31. Mai 1902 auf einer Monatsversammlung des „Verbandes deutscher Arbeitnehmer“ in Troppau für einen Beitritt zum Arbeiteramt einsetzte, war er endgültig untragbar geworden. Er zog nun die Konsequenzen, nicht ohne vorher seine spärlich gewordenen Anhänger vergattert zu haben, „das Werk Schönerers fortzusetzen“²⁰³⁶. Nach einem kurzen Umweg über

2033 CILLER, Alois, Damals und heute. Entstehung, Kämpfe und Aufgaben der nationalen Arbeiterbewegung, S. 16.

2034 HAUBENBERGER, Leo, Der Werdegang der nationalen Gewerkschaften, Wien 1932, S. 12. BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 29. GATTERMAYER, Walter, Eine nationale Mustergewerkschaft, In: Deutsche Arbeiter-Zeitung, Organ der DAP in Österreich, 2. Jhg., Folge 18 vom 8. Mai 1913, S. 1. CILLER, Alois, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark, Hamburg 1943, S. 200.

2035 Der deutsche Bergmann. Organ für die Interessen der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs, Nr. 4 vom 15. Juli 1903.

2036 Der Hammer, Nr. 27 vom 1. Juli 1902, S. 199.

Innsbruck im Juni stellte er sich in Wien ganz in die Dienste Franz Steins. Mit dem plötzlichen Tod seines Stellvertreters Rudolf Hofmanns war die schlesische Arbeiterbewegung mit einem Schlag seiner kleinen Führungsspitze beraubt worden. Alfred Berner konnte ziemlich resigniert ein Resümee ziehen: Damit „war die erste Glanzperiode für die deutsche Arbeiterbewegung Schlesiens abgeschlossen“. ²⁰³⁷

Aber nicht nur auf Schlesien traf diese Resignation zu. Der Kampf Schönerer – Wolf und Stein – Burschofsky lähmte die gesamte deutsche Arbeiterschaft: Der ursprünglich im Spätsommer in Asch geplante dritte Arbeitervertretertag hätte erst gar nicht stattfinden können, denn der mit der Planung beauftragte Verband Heimdall hatte sich vorher freiwillig aufgelöst. Ein Schicksal, das er nun mit sehr vielen „Germania Verbänden“ teilte: Als politische Gruppierungen polarisierten sie auch intern in den Lagern die Schönerianer und Wolfianer, bis sie auseinanderbrachen. ²⁰³⁸ Franz Stein, der noch am 1. Juli von „einer verbrecherischen Meuterei“ im zwischenzeitlich nur mehr zweimal im Monat erscheinenden „Hammer“ geschrieben hatte, mußte kurz darauf ziemlich kleinlaut und ungeschminkt zugeben: „Seit Jahresbeginn wird eine Hetze gegen den Hammer veranstaltet, sodaß der Abnehmerstand täglich zurückgeht. Wenn sich die Genossen nicht bald durch Bezug und Werbung bemühen, müßte das Blatt nach acht Jahren eingestellt werden“. ²⁰³⁹ Am 1. Oktober 1902 ließ er sogar eine Tabelle veröffentlichen, die den „gegenwärtigen verderblichen Stand“ verdeutlichen sollte: Von Jänner 1902 an war der Stand von damals 86 Verbänden mit 4193 Mitgliedern bis August 1902 auf 60 Verbände mit 2840 Mitgliedern herabgesunken, daher fast halbiert worden. ²⁰⁴⁰

An allen Ecken und Enden fielen die Getreuen „Germanen“ ab, oder wackelten zumindest: Auf der Volkstagsgedenkfeier am 17. Juli 1902 hielt Schönerer vor 5000 Menschen eine Rede, in der er sich bitter beklagte, daß die „Studentenschaft nicht mehr geschlossen in erster Linie“ kämpfe: „In dem Kriegsschiff Alldeutsche Vereinigung durfte es nur verlässliche Truppen geben. Mangels an Disziplin entstand eine Meuterei und die Meuterer gingen über Bord ... Niemals wurde der alldeutsche Gedanke so besudelt wie in der Alldeutschen Presse“. ²⁰⁴¹ Den gänzlichen Verlust des „Nachwuchses“ bestätigte auch Knirsch in einem Brief an Zeidler: „Man kann deutlich sehen, welchen Einfluß das Farbenstudententum ausübt. Weil Wolf Farbenstudent ist, gehen fast alle jungen und alten Studenten, die Alten Herren mit Wolf“. ²⁰⁴² Sieht man sich bei Eduard Pichl das schon dünn gewordene Verzeichnis der Reden und der Versammlungstätigkeit für das ganze Jahr 1902 an, so fällt auf, daß Schönerer nur mehr insgesamt neunmal vor einigen „Unentwegten“ in Wien und in Eger aufgetreten war. ²⁰⁴³ Vorbei waren die Zeiten der Wanderversammlungen im Badeni-

2037 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 39.

2038 Der Hammer, Nr. 32 vom 1. Oktober 1902, S. 255.

2039 Der Hammer, Nr. 30 vom 1. September 1902. Briefkasten.

2040 Der Hammer, Nr. 32 vom 1. Oktober 1902, S. 258.

2041 Der Hammer, Nr. 28 vom 1. August 1902, S. 219.

2042 ZEIDLER, Rudolf, Hans Knirsch. Ein sudetendeutscher Edelmensch, S. 73.

2043 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 610.

Jahr, in dem es Schönerer allein im Sommer 1897 auf mehr als 100 Veranstaltungen gebracht hatte. Auch die treuen Egerländer Arbeitervertreter rieten nun Stein, die „Germania Verbände“ im „Mährisch-Trübauerverband“ aufgehen zu lassen, zu groß wäre der bisherige Schaden für die Bewegung schon gewesen.²⁰⁴⁴ Andere Vereine begannen wiederum heftig „zu säubern“. Auf einer Versammlung des „Deutschnationalen Arbeiterbundes“ am 2. Juni 1902 in Wien stellte Obmannstellvertreter Theodor Quereser die „Gewissensfrage“: Auflösung, Verbleib im Alldeutschen Verband oder völlige Parteiunabhängigkeit. Nachdem sich die Mehrheit für Schönerer entschieden hatte, mußten die Verlierer der Abstimmung sofort das Vereinsfeld räumen.²⁰⁴⁵

Im Juli 1902 geschah dann plötzlich etwas völlig Unerwartetes: Auf ihrer Jahreshauptversammlung am 19. Juli erklärten die Salzburger deutschen Gehilfenvereine, nachdem sie einen diesbezüglichen Antrag ihres Obmannes August Flotzinger einstimmig angenommen hatten, geschlossen ihren Austritt aus dem „Mährisch-Trübauerverband“. Flotzinger begründete im „Hammer“ diesen Schritt, „warum wir mit Leuten von solcher Gesinnung nichts mehr gemeinsam haben“: Der „Mährisch-Trübauerverband“ hätte sich ungeprüft mit „unerklärlichem Eifer“ für Wolf ins Zeug gelegt, der weder Organisationsgründer noch Arbeiterführer sei. Sowohl in Saaz als auch in Arnau hätten die Delegierten gültige Beschlüsse einfach über den Haufen geworfen worden, um Wolf zu Wort kommen zu lassen. In völliger neutraler Stellung zum Alldeutschtum wären die größten Erfolge, wie das „Deutsche Arbeiteramt“, über das Theodor Quereser sogar in den „Arbeitsbeirat des arbeitsstatistischen Amtes im Handelsministerium“ gekommen war, zu nichte gemacht worden. Der „Deutschvölkische Arbeiter“ Wilhelm Predigers sei darüber hinaus ein erklärtes Parteiblatt Wolfs.²⁰⁴⁶ Der Abschied vom „Mährisch-Trübauerverband“, der laut Flotzinger in erster Linie wegen der unpolitischen Haltung Burschofskys erfolgt und nicht schwer gefallen war, schlug plötzlich hohe Wellen.

An diesen Austritt der Salzburger Vereine, bei dem sich einmal mehr die Ressentiments der Alpen- gegenüber den Sudetenländern bemerkbar machten, knüpften sich erneute Weichenstellungen. Georg von Schönerer begrüßte den Salzburger Entschluß mit einem vielzitierten und in vielen Blättern abgedruckten Telegramm: „Heil zum Austritt aus dem Mährisch-Trübauerverband“ und eröffnete damit eine weitere Schlammschlacht, die sich in erster Linie gegen Burschofsky, Hackel, Prediger und Knirsch richtete. Mit dem persönlichen Eintreten Schönerers kam auf einmal wieder ein frischer Wind in die längst für tot erklärte Organisation, die nun schnell begann, sich auf ein Ziel, nämlich auf die Zerstörung des „Mährisch-Trübauerverbandes“, einzuschießen. Vor allem Franz Stein bäumte sich ein letztes Mal auf, nicht ohne sich vorher die „Rechtmäßigkeit“ seines Vorgehens durch eine Vertreterkonferenz des „Reichsbundes deutscher Arbeiter Germania“ bestätigen zu lassen: Demnach hätte er, Stein, die „Germania Verbände“ nur gegründet, weil Burschofsky einer Satzungsänderung des „Mährisch-Trübauerverband“ zur Erweiterung der

2044 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 48.

2045 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 40.

2046 Der Hammer, Nr. 29 vom 15. August 1902, S. 234.

agitatorischen Tätigkeit nicht zugestimmt habe. Auf einer Vertrauensmännerkonferenz in Karlsbad im September 1901 hätte er die Verschmelzung der Verbände angeregt, wobei er sich nur mehr um die Werbetätigkeit kümmern wollte. Dies sei aber durch das Nichterscheinen Burschofskys vereitelt worden. Die Bundesleitung träfe daher an dem bedauerlichen Streit keine Schuld! Nunmehr sei aber an eine Einigung nicht mehr zu denken, denn der zu hohe Preis wäre „der Selbstmord des Bundes, um dem ‚Mährisch-Trübauerverband‘ als reife Frucht in den Schoß zu fallen“.²⁰⁴⁷

Auf dieser von Stein einberufenen Vertreterkonferenz, auf der sich die Bundesleitung noch mit einigen Hardlinern wie Alois Teufert, Heinrich Krammer und Anton Schimana aufgefrischt hatte, war auch das erste Mal von Unregelmäßigkeiten in der Finanzverwaltung des „Mährisch-Trübauerverbandes“, die Rede.²⁰⁴⁸ Franz Stein legte dann auch recht schnell die ideologische Ausrichtung fest: Eine soziale Reform auf nationaler Grundlage im Sinne Bismarcks bedeute ein vom Staat betriebenes Unterstützungswesen. Damit hätte der „Mährisch-Trübauerverband“ mit seiner zeitlichen Platzhalterfunktion sowieso keine Existenzberechtigung.

Auch der „Mährisch-Trübauerverband“ geriet ob der ihm entgegenschlagenden Haßwelle in eine Nachdenkphase: Die Vorwürfe des Salzburger Verbandes, einer allzu großen Neutralität zu huldigen, dürften in erster Linie den Entschluß gefestigt haben, daß es ganz ohne Politik doch nicht gehe. Allein die Verbindungen zu Franz Schreiter, der die Wünsche des Verbandes im Abgeordnetenhaus vertreten hatte und die damit einher gehende Geistesgemeinschaft mit der Wolffschen Richtung waren immer für eine tüchtige politische Färbung gestanden.²⁰⁴⁹ Der „Mährisch-Trübauerverband“ begab sich auf die Suche nach „positiven“ politischen Doktrinen. Ferdinand Burschofsky berief für den 7. und 8. September 1902 eine „Reichskonferenz der deutschvölkischen Arbeiterschaft Österreichs“ in Wien ein. Nachdem die Delegierten die befriedigende Feststellung gemacht hatten, daß der „Mährisch-Trübauerverband“ mit seinen 17.000 Mitgliedern schon nahezu vier fünftel der völkisch organisierten Arbeiterschaft umfaßte, beschlossen sie als erste Vorstufe, die in Arnau festgelegte Gaugliederung in 11 Gauen zu verwirklichen.²⁰⁵⁰

Es fehlte daher nur mehr die letzte Konsequenz: Eine von dieser Tagung einberufene Reichskonferenz am 8. Dezember 1902 in Reichenberg setzte sich, wenn auch vorsichtig, nach einem Referat Franz Hackels endgültig mit der Gründung einer eigenen politischen Partei auseinander. In einer Entschließung anerkannte die Konferenz die „Notwendigkeit einer freien, selbständigen Organisation“ und erklärte, „unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich keiner der politischen Parteien anzuschließen, da die Ereignisse des letzten Jahres zur Erkenntnis geführt (hätten), wie

2047 Der Hammer, Nr. 32 vom 1. Oktober 1902, S. 258.

2048 Ebd., S. 259.

2049 Der deutsche Bergmann. Organ für die Interessen der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs, Nr. 4 vom 15. Juli 1903.

2050 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 42.

leicht im parteipolitischen Getriebe die Existenz einer ganzen Bewegung in Frage gestellt werden kann“. Trotzdem fiel die Trennung vom unpolitischen Gewerkschaftsgedanken schwer: „In der Berufsorganisation erblicken die Vertreter nicht nur jene Vereinigungen, in welcher durch ein gemeinsames Vorgehen der in denselben koalitierten Arbeitern die Lage derselben verbessert werden kann, sondern sie erkennen in denselben auch jene Gliederungen, die für unser Volkstum werktätige, kräftige Stützen werden und bei sicherer zielbewußter Führung auch eine Gewähr des sozialen Friedens bieten sollen“. ²⁰⁵¹ Trotz aller Bedenken wuchs dem „Mährisch-Trübauer Verband“ mit dem „Deutschpolitischen Arbeiterverein für Österreich“ ein politischer Ast, ein Zentralpunkt unter der Obmannschaft Friedrich Deckers mit dem Sitz in Wien ²⁰⁵², dem die Ausarbeitung eines Entwurfes für die politische Reichsgliederung übertragen wurde. Zugleich sollte ein achtgliedriger Ausschuß ein Parteiprogramm ausarbeiten, welches er einem 1903 einzuberufenden Parteitag vorzulegen hätte. Die Taue zu Franz Stein waren gekappt, der „Mährisch-Trübauer Verband“ segelte in Richtung einer unabhängigen Partei.

2051 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 45.

2052 Am Wohnsitz Friedrich Deckers in Wien 18., Schopenhauerstraße 13.

2. Die Gründung der „Deutschen Arbeiterpartei“ (DAP)

Mit welchen Mitteln Franz Stein die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei verhindern wollte, mußten zuerst die „Mährisch-Trübauerverband“ Delegierten des „Gautages des Gaues II für Steiermark und Kärnten“ am 14. September 1902 verspüren. Bei den Beratungen des Antrages Gustav Ainspinners, den Gau auf die zwei Kronländer Steiermark und Kärnten auszudehnen, platzten die zwei von Stein instruierten Mitglieder des „Reichsverbandes Germania Steirisch-Erz“ Klug und Felzmann in die Veranstaltung. Sie beschuldigten Burschofsky, ein Unterstützungswesen geschaffen zu haben, das versicherungsmathematisch nicht aufgehen könne. Da der Staat verpflichtet sei, für die Arbeiter aufzukommen, käme dem Kassenwesen überhaupt keinerlei Berechtigung zu. Ziemlich deutlich war von Betrug die Rede, als Klug Burschofsky mit dem Vorwurf konfrontierte, die „Arbeiter mit Leim zu fangen“. Dieser solle sich als Wolfianer vor Stein verantworten.²⁰⁵³

Zu Beginn des Jahres 1903 vollzog sich jedoch der langsame Rückzug Steins, zuerst aus Böhmen. Seine „Germania-Leibverbände“ wurden nun der Verband Cilli und der Verband Tutzburg in Laibach.²⁰⁵⁴ Ideologisch hatte auch der „Hammer“ schwer eingebüßt. Außer persönlichen Diffamierungen Steins gegen Franz Hackel²⁰⁵⁵ und Gustav Ainspinner²⁰⁵⁶ sowie einem blinden Losschlagen auf den „Mährisch-Trübauerverband“ brachte das Blatt nur mehr Berichte über das Versicherungs- und Krankenkassenwesen und erging sich in endlosen Statistiken. Ein einziges Aufblitzen brachte noch die unglaubliche Schadenfreude mit sich, mit der die Schönerianer im Spätsommer des Jahres 1903 den Zusammenbruch der „National-sozialen Partei“ im Deutschen Reich, die unter der Führung Pfarrer Naumanns gestanden hatte, feierten. Sie wurde und wird fälschlicherweise immer wieder als Pendant zu den Alldeutschen oder zumindest als Vorläuferorganisation der Nationalsozialisten im Reich behandelt. Über das Aus der Partei schrieb Theodor Quereser einen Leitartikel mit der Überschrift „Politische Halbheiten“: „Der nationale Sozialismus ist eine vom liberalen Sozialisten Naumann erfundene Halbheit. Überhaupt sind die antisemitischen Parteien Pendlerparteien, die man langsam satt hat. Die Ideale, für welche er zu begeistern versuchte, haben zu einer Hinwendung nach der anderen Seite, nach ‚halb links‘ geführt. National-sozial be-

2053 Der Hammer, Nr. 33 vom 15. Oktober 1902.

2054 Der Hammer, Nr. 1 vom 1. Jänner 1903, S. 6. Siehe die fortlaufende Rubrik „Aus den Vereinen“.

2055 „Der frühere Sozialführer, spätere Christlichsoziale, dann Deutschnationale und jetzt unfehlbarer Wolfianer befahl, die Germania Verbände zu schädigen.“ In: Der Hammer, Nr. 34 vom 1. November 1902.

2056 „Ich erkläre Ainspinner für einen elenden Verleumder und bewußten Ehrabschneider!“ In: Der Hammer, Nr. 12 vom 15. Juni 1903.

deutete für Naumann, von jedem ein bißchen zu sein. Für eine Arbeiterschaft, die er unter der Flagge ‚Für Kaiser und Reich‘ zu einen versuchte, kam der Waisenknabe der Sozialdemokratie zu spät; dann schmiß er sich den Juden an den Hals ... Überhaupt ist National-sozial ein Doppelsinn, ein sinnleeres Fremdwort, das die alldeutschen Ideale verfälscht. Es bedeutet die Wünsche und Hoffnungen, aus denen der Einzelne seine Lebensideale konstruiert, durch verfehlte Erziehung in eine falsche Richtung zu drängen. Es wird allen Ernstes eine künftige wirtschaftliche Gleichheit in einer nationalen Gütergemeinschaft gepredigt. Welcher Wahnwitz! Da züchtet man den Haß und den Neid der Besitzlosen wie in der Sozialdemokratie.“²⁰⁵⁷ Es besteht kein Zweifel, wen Quereser mit dem Artikel treffen wollte – die fleißigen Programmacher im „Mährisch-Trübauer Verband“.

Doch ging alles ziemlich janusköpfig zu: Einerseits gab es das alte Ziel, gewerkschaftliche Berufsorganisationen ins Leben rufen zu wollen, andererseits zeigte sich plötzlich ein reges Interesse an der Gründung einer zentralen politischen Partei. Trotz der Entschließung von Reichenberg im Dezember 1902, jede Neugründung eines deutschen Arbeiterblattes neben dem „Deutschen Arbeiter“ (Mährisch-Trübau) und dem „Deutschvölkischen Arbeiter“ (Gablonz) zu untersagen, erschienen ab 1. April 1903 die monatlichen Fachblätter „Der deutsche Eisenbahner“ als Organ des „Deutschen Rechtschutz und Gewerkvereines“ und „Der deutsche Bergmann“ als Organ des „Gewerkvereines deutscher Berg- und Hüttenarbeiter“. Sie zeigten klare gewerkschaftliche Tendenzen. Langsam machte sich auch die Überzeugung breit, daß man nach der Schaffung von Berufsorganisationen einen „Mährisch-Trübauer Verband“ gar nicht mehr bräuchte.²⁰⁵⁸

All diese Richtungsfragen wichen aber plötzlich der Realität, als Burschofsky drohte, auf dem von ihm selbst gelegten dünnen finanziellen Parkett auszurutschen. Viele der von Franz Stein erhobenen Vorwürfe stellten sich nämlich als berechtigt heraus. Auch innerhalb des Verbandes wuchs das Mißtrauen und die Besorgnis, als im Mai 1903 ruchbar wurde, daß der Obmann in die Unterstützungskasse gegriffen hatte, um Zeitungsschulden zu begleichen. Nach einem Mehrheitsbeschluß löste sich daraufhin die Alters- und Invalidenkasse des „Burschofsky-Fonds“ auf.²⁰⁵⁹ Zerrieben zwischen den „Germania-Verbänden“, die als ehemalige Mitglieder mit immer neuen Enthüllungen über das Unterstützungs„un“wesen drohten und der Sozialdemokratie, die wegen der sonst gegen sie gerichteten Korruptionsvorwürfe ihrer Schadensfreude freien Lauf ließen, war der „Mährisch-Trübauer Verband“ manövrierunfähig geworden. Ein auf dem „Fünften Vertretertag des Verbandes deutscher Gehilfen- und Arbeitervereinigungen“ am 16. August 1903 gefaßter Beschluß, das Hauptquartier aus der Schußlinie zu ziehen und von Mährisch-Trübau in die „Wolf-Hochburg“ nach Trautenau zu verlegen, ließ sich gar nicht mehr durchführen. Ab Oktober 1903 bestand der „Mährisch-Trübauer Verband“ nur mehr auf dem Papier und war einem „Reorganisationsausschuß“ gewichen. Am 26. September 1903 wurde das Organ des „Mährisch-Trübauer Verband“, der „Deutsche Arbeiter“ endgültig eingestellt und kam nur mehr als monatliches „Mitteilungsblatt“ heraus.

2057 Der Hammer, Nr. 18 vom 15. September 1903, S. 149.

2058 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 44.

2059 Der Hammer, Nr. 10 vom 15. Mai 1903. Vgl. Der deutsche Bergmann, Nr. 4 vom 15. Juli 1903.

Es ist fast eigenartig, daß Burschofsky nach dieser Talfahrt einer fast 18.000 Mitglieder zählenden Organisation noch die Kraft besaß, seinen Wunsch nach einer Umwandlung auf gewerkschaftlicher Basis durchzusetzen. Doch der Rettungsanker griff. In der letzten Folge des „Deutschen Arbeiters“ verkündete er am 26. September 1903: „In der Erkenntnis der dringend gewordenen Aufnahme der gewerkschaftlichen Organisation der deutschbewußten Arbeiterschaft Österreichs, welche bereits in der Entschließung der Arnauer Vertretertagung vom 18. Mai 1902 gefordert wurde, anerkennt der Reorganisationsausschuß die Notwendigkeit der Umgestaltung des Verbandes zu einem deutschen Gewerkschaftsbund für Österreich und ist dessen Bildung sofort in Angriff zu nehmen“. Franz Stein bemerkte dazu lakonisch: „Was nutzt eine Notstandskassa, wenn kein Geld da ist, wenn die Not eintritt.“²⁰⁶⁰ Burschofsky schuf sich mit seinen gewerkschaftlichen Vorstößen auch verbandsintern nicht nur Freunde: Vor allem der Obmann des Aufsichtsrates, Julius Figur, glaubte an ein taktisches Manöver, den Verband in eine Gewerkschaft umzuwandeln, um damit finanzielle Altlasten verschwinden zu lassen. Figur befürchtete aber mehr seine „Kaltstellung“ und hielt deshalb den „Mährisch-Trübauer Verband“ durchaus für sanierbar. Damit brachte er jedoch die nötigen Voraussetzungen und auch das Wissen mit, um mit dem „Mährisch-Trübauer Verband“ Aufsichtsrat Fleischhacker zu einem „Kronzeugen“ Steins für die Machenschaften Burschofskys zu werden.

Doch je mehr der gewerkschaftlich orientierte Burschofsky ins Abseits rückte, desto stärker meldete sich auch der Gründungsgedanke für eine politische Partei wieder: In derselben Ausgabe des „Hammer“ vom 1. November 1903, in der Figur erstmals massive Vorwürfe erhob, erschien in der Rubrik „Eingesendet“ eine Mitteilung „von mehreren noch dieser Organisation angehörnden Arbeitern im Auftrag zahlreicher Gleichgesinnter“: „Achtung! Alldeutsche Arbeiter. Der Vollzugsausschuß des Mährisch-Trübauer Verbandes hielt am 18. Oktober eine Sitzung in Prag ab, auf der der Beschluß gefaßt wurde, am 15. November eine Reichskonferenz in Aussig wegen einer Neuorganisation der Arbeiterschaft einzuberufen. Burschofsky, Hackel, Decker und Prediger wollen sich damit das Vertrauen erkaufen. Alldeutsche Arbeiter, verlangt zuerst vom Aufsichtsrat des Verbandes eine detaillierte und beglaubigte Rechnungslegung, die dieser bis zum 15. November gar nicht erstellen kann. Solange kann auch der Vollzugsausschuß nicht mit dem Vertrauen behandelt werden.“²⁰⁶¹ Dieser mit nur wenig Aufwand von Stein fingierte Aufruf war das letzte Pulver, das er verschob, um die neue Partei zu verhindern. Die am 15. November 1903 in der Turnhalle zu Aussig erfolgte Gründung der „Deutschen Arbeiterpartei“ verschwieg der „Hammer“ angesichts der Niederlage geflissentlich ...

Franz Stein scheiterte schließlich nicht nur am „Familienzwist“. In letzter Konsequenz konnte er den Arbeitern nicht das Gefühl der Zugehörigkeit zu den bürgerlichen Schichten vermitteln. Als vielen der Bruch, der auch ein Bruch mit Schönerer war, erst so richtig bewußt geworden war, kamen immer öfter bittere Vorwürfe von einer in diesem Punkt höchst sensiblen Arbeiterschaft: „Es ist

2060 Zitiert In: Der Hammer, Nr. 20 vom 15. Oktober 1903, S. 162.

2061 Der Hammer, Nr. 21 vom 1. November 1903, S. 180.



Abbildung 27: Die Turnhalle von
Aussig vor dem 2. Weltkrieg (rechts)
und im Jahre 2001 (oben)



nur zu bedauern, daß es noch Deutsche gibt, welche in den deutschen Arbeitern eine niedrigere Menschenklasse erblicken“, schrieb der „Deutsche Bergmann“ in seiner zweiten Ausgabe vom 15. Mai 1903.²⁰⁶² Alois Ciller sinnierte über den „Klassenhochmut, der den Klassenhaß“ herausfordere: „Abkunft und das höhere Schulzeugnis galten alles, gemeinnützige Arbeit, Tüchtigkeit und Lebenserfahrung nicht viel ... Die in Wahlzeiten als zweites Wort des bürgerlichen Wahlwerbers gebrauchte Arbeiterfreundlichkeit, die dümmste Grimasse der Selbstüberhebung, lockte den Entrechteten über die Abgründe sozialer Grenzen kaum hinüber. Nicht wirtschaftlicher Neid trieb den gedrückten Arbeiter in dauernde Gegensätze zu dem oft unwesentlich besser gestellten Handwerksmeister, den kleinen Kaufmann oder Industriellen, vielmehr beleidigte eine immer fühlbare mindere Achtung seitens der bürgerlichen Kreise sein überaus empfindliches Rechtlichkeitsbewußtsein. In keinem Volk entfremdeten sich die Gebildeten und Besitzenden so weit von der Denkweise und dem einfachen Gemütsleben der sogenannten unteren Schichten wie im deutschen.“²⁰⁶³

Dieser Abkapselungsversuch von den Bürgerlichen, um an einen Ausbau der Bewegung auf neuer Grundlage zu schreiten, wie man in Aussig recht großspurig verkündete,²⁰⁶⁴ bedeutete aber nichts anderes als ein „back to the roots“. Langsam erfolgte erst der Aufbau einer eigenen „national-sozialen“ Ideologie, zwar mit einigen Versatzstücken Schönerers, aber doch mit einer stärkeren Betonung des sozialen Elements. An dieser Scheidelinie liegt ein wesentlicher Teil des Geheimnisses Adolf Hitlers: Wenn er auch Schönerer als zu „bürgerlich“ kritisierte, diesen Weg, den die zukünftige österreichische nationalsozialistische Partei ging, wollte Hitler als Verfechter einer alle Schichten umfassenden Massenpartei nicht gehen, obwohl er eine Zeitlang mit ihr sympathisierte, was er in „Mein Kampf“ natürlich nicht erwähnte.²⁰⁶⁵ Hitler versuchte einen Mittelweg einzuschlagen und knüpfte mit seinen Überlegungen dort an, wo die „Verlierer“ Schönerer und Stein aufgehört hatten, die ihm deswegen auch nicht mehr gefährlich werden konnten. In den 20er Jahren stülpte er dann diesem österreichischen Ast seine aus der Ideologie Schönerers gezogenen Schlüsse wieder auf, den er damit ganz im Sinne Steins wieder „einfing“. Die wenigen, aus der österreichisch-sudetendeutschen DNSAP kommenden Funktionäre, wie Knirsch, Jung oder Krebs hatten sich schnell seinem Diktat gebeugt. Für die viel störrischeren, nach 1918/19 in Österreich verbliebenen Funktionäre, die sich an die proletarischen, 1903/04 festgelegten Wurzeln der Bewegung klammerten, begann jedoch ein hartes ideologisches Leben.

Wieso läßt sich die Reichskonferenz zu Ausig vom 15. November 1903 als ein „back to the roots“ interpretieren? Die erste diesbezügliche Antwort, die Hans Krebs gab, ist schon deshalb recht ergiebig, weil er die Entstehung der „Deutschen Arbeiterpartei“ auf den in den Krisen Jahren 1900 bis 1903 wirtschaftlichen und sozialen Gegensatz zur tschechischen Arbeiterschaft zurückführte, dem von den bürgerlichen Fraktionen viel zuwenig Beachtung geschenkt worden

2062 Der deutsche Bergmann, Nr. 2 vom 15. Mai 1903.

2063 CILLER, Alois, Vorläufer des Nationalsozialismus, S. 37f.

2064 Der deutsche Bergmann, Nr. 8 vom 15. November 1903.

2065 Siehe dazu Kapitel IV. 3. 6. Eine erste zwischenstaatliche Tagung.



Abbildung 28: Einige der Gründungsmitglieder der Deutschen Arbeiterpartei (von li. nach re.): Hans Knirsch, Otto Kroy, Alois Ciller und Wilhelm Prediger

wäre.²⁰⁶⁶ Krebs sah in der Parteigründung daher eine Art „Rückbesinnung“ auf den Konkurrenzkampf und Verdrängungswettbewerb, die unter möglicher Ausschaltung bürgerlicher Ideologien geschehen sollte. Einen nicht weniger interessanten Anhaltspunkt dazu bietet Alois Ciller, der von einem Scheitern einer nationalpolitischen Einheitsfront der Deutschösterreicher wegen der „räumlich und sozial verschiedenartigen Lebensinteressen“ ausging. In der Sehnsucht nach Wahrung „volklischer Grundrechte“ und einem „radikalen Kurs“ in wirtschaftlicher Hinsicht hätte die „matte Politik des Bürgertums“ keinen Anklang mehr gefunden, denn „das Beispiel slawischer Erfolge wirkte einleuchtend!“²⁰⁶⁷ Die Vorbildfunktion für den späteren Programmgestalter der Partei läßt sich daher unschwer in der 1898 gegründeten „Česka Strana Narodní Socialní“, den tschechischen Nationalsozialisten, erkennen.

Das aus der bürgerlichen Ideologie abgeleitete und angestrebte Ziel eines geschlossenen Sozialkörpers „innerhalb der natürlichen Grenzen seines Volkstums“, das einerseits eine nationale Ab-

2066 KREBS, Hans, Der sudetendeutsche Arbeiter, In: Sudetendeutsches Jahrbuch, Nr. 4 (Jhg. 1928), S. 205f.

2067 CILLER, Alois, Vorläufer des Nationalsozialismus, S. 38.

grenzung gegenüber den Tschechen – auf die Arbeiter umgelegt eine nationale Abwehrreaktion – und andererseits eine Abgrenzung „gegenüber den anderen Volksklassen der Kulturgemeinschaft“ beinhaltete, um sich zur „vollen Geltung seiner Arbeit und Intelligenz emporringen“ zu können, krankte aber an mehreren Enden und glich den Zielen der tschechischen „Bruderorganisation“ keineswegs. Zum einen mußte eine Abgrenzung auf dieser Stufe den wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen zuwiderlaufen, denn der Industrialisierungsprozeß vertrug keine „Abgrenzung“.²⁰⁶⁸ Zum anderen übersahen die Parteigründer, daß erst die deutsche Abgrenzungsideologie die tschechisch-nationale Absonderung aus dem formalen Internationalismus der Sozialdemokratie beschleunigt hatte. Denn wenn auch die tschechische nationalsozialistische Partei keine vehemente Forderung nach dem böhmischen Staatsrecht in ihrem Programm aufstellte, einer gesamtstaatlichen Mobilität stand sie allemal befürwortend gegenüber. Dieses Ergebnis schlug sich in dem eigenartig verworrenen Programm der „Deutschen Arbeiterpartei“ nieder.

Sehr aufschlußreich für die obigen Feststellungen, nämlich eines Zurücks zur nationalen Abwehrgemeinschaft gegen die „tschechische Lohndrückerei“, ist die Herkunft der Delegierten aus jenen 47 Orten, die sich am 15. November 1903 in der Turnhalle von Aussig versammelten: Sie stammten fast alle aus den umliegenden Orten von Aussig, Falkenau, Brüx und Asch in Nordwestböhmen oder aus der Gegend um Reichenberg und Trautenau und repräsentierten daher die typischen Arbeiterdörfer in den Industrierevieren. Etwa zehn Vertreter entsandten mährische Ortschaften um Olmütz und Mährisch-Trübau, während aus den Alpenländern nur die Großstädte Linz und Wien vertreten waren. Schlesien hatte erst gar keine Delegierten entsandt, da sie sich bezüglich der Haltung, die man gegenüber Schönerer einnehmen sollte, nicht ganz im klaren war. Auch die Wahl der (konstituierenden) Vorsitzenden, die zugunsten von Prediger (Aussig), Hackel (Karbitz), Knirsch (Gablonz) und Franz Hefel (Zuckmantel in Mähren) ausfiel, verdeutlicht, daß es sich bei der Reichskonferenz um eine rein „böhmisch-mährische“ Angelegenheit handelte. Während sich ihre erste Tat in der endgültigen Auflösung des „Mährisch-Trübauer Verbandes“ manifestierte – die endgültige Liquidierung dauerte wegen der Rückzahlung der Beiträge an die Mitglieder und der Aufteilung des Verbandsvermögens bis weit in das Jahr 1904 – folgte postwendend am 16. November die Parteigründung.

„Der Kern unserer Arbeit ist soziales Wirken. Für dieses finden wir nach der Lage der Dinge in keiner bestehenden bürgerlichen Partei das nötige Verständnis ... Die Partei hat die Arbeiter zu politischen Handlangerdiensten mißbraucht“²⁰⁶⁹, ließ Wilhelm Prediger in Aussig verlautbaren und „verjagte“ damit die Abgeordneten Schreiter, den Schatten Wolfs, und den als Delegierten von Sobochleben getarnten Schönerianer Kliemann. Nach einer Erklärung, daß die deutschnationale Arbeiterschaft weiter auf dem Boden des Linzer Programms zu stehen habe, reisten beide sofort ab.²⁰⁷⁰ Wilhelm Prediger stellte daraufhin den Antrag, eine „selbständige deutschnationale

2068 BACHMANN, Harald, Sozialstruktur und Parteienentwicklung im nordwestböhmischen Kohlenrevier vor dem Zusammenbruch der Monarchie, In: *Bohemia – Jahrbuch des Collegium Carolinum*, Bd. 10 (Jhg. 1969), S. 271.

2069 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 52.

2070 Ebd., S. 52.

Arbeiterpartei zu gründen“. In einer namentlichen Abstimmung stimmten 44 Delegierte bei 2 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen für die Gründung. Danach kam folgende „regionalpolitische“ EntschlieÙung zur Verlesung: „Die volksfeindlichen Einflüsse, welche sich heute in Staat und Gesellschaft geltend machen, müssen im Interesse des arbeitenden Volkes gebrochen werden ... Die Erfahrung der letzten Jahre hat uns aber gezeigt, daß in der bisherigen Gliederung die Organisation sich nicht entfalten kann ...“²⁰⁷¹

Franz Stein war mit seinen Angriffen sicher ein Motor für diese entschiedene Gegenposition gewesen. Es zeigte sich aber auch, daß man aus den „Burschofsky-Pannen“, die nun einmal auf dem Tisch lagen, lernen wollte. So beschlossen die Delegierten eine Parteiorganisation „von unten hinauf“, die sich erst langsam entfalten sollte. Erst wenn sich Bezirksleitungen aus den Vertrauensmännern der einzelnen Orte gebildet hätten und die entsprechenden Geldmittel zur Verfügung stünden, sollte die zweite Stufe, die der Wahlkreis- und Landesorganisationen, in Angriff genommen werden. Der lebhaft angenommene Antrag, sogleich Spenden zu bewilligen, verdeutlichte einmal mehr einen anderen Mitgrund für diesen Organisationsaufbau – die Parteikassen waren leer. Auch die rasch mit den „Stürmen der Gegner“ beantwortete Frage, warum man mit „zwei Blättern Schiffbruch erlitten hatte“ konnte den sichtlich angeschlagenen und im „Hintergrund“ agierenden Burschofsky nicht ganz aus der Schußlinie ziehen. Das ab dem 17. Jänner 1904 von Wilhelm Prediger herausgegebene neue Parteiorgan, „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, stand ausdrücklich im „Eigentum der Partei“. Es war daher wenig verwunderlich, daß Burschofsky die mehr „ehrenhalber“ erfolgte, einstimmige Wahl in die provisorische Parteileitung ablehnte: Die Parteileitung²⁰⁷² wählte schließlich aus ihrer Mitte Wilhelm Prediger zum



Abbildung 29: Einladungsanzeige zum gründenden Parteitag der Deutschen Arbeiterpartei am 14. und 15. August 1904 in Trautenu

2071 Ebd., S. 53.

2072 Diese provisorische Parteileitung bestand aus PREDIGER (Aussig), DECKER (Wien), FREIBERGER (Asch), PEYERL (Reichenberg), HEFEL (Zuckmantel), EICHLER (Graupen), ENGE (Dessendorf), HACKEL (Karbitz), KNIRSCH (Gablonz), KROY (Schreckenstein), LANGER (Zwittau) und GRIMM (Karlsbad).

Obmann und Franz Hefel zum Schriftführer.²⁰⁷³ Unter dem „Kampfruf“ „Volkstum, Freiheit und soziale Gerechtigkeit“, der ein wenig Nostalgie an das Jahr 1848 aufkommen ließ, war trotzdem ein parteienmäßiger Zwitter geboren worden. Allein der „Hinweis“ Friedrich Deckers, daß „die nichtpolitischen Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften durch die politische Partei ergänzt werden sollen, ohne daß eine Eingliederung stattfindet“²⁰⁷⁴, ließ eine enge Verzahnung erwarten.

Bis zu der für den 14. und 15. August 1904 einberufenen „Reichskonferenz in Trautenau“, auf der die Partei erst ihr endgültiges Organisationsstatut und ihr Programm erhalten sollte, war sie alleine schon wegen der abzuschließenden Liquidation des „Mährisch-Trübauerverbandes“ in ihrem Bestand angreifbar. Franz Stein nützte diese Schwäche noch einmal mit zahlreichen Hinweisen auf finanzielle Ungereimtheiten weidlich aus.²⁰⁷⁵ Vor allem bestand für ihn noch immer eine gewisse Hoffnung, daß die neue Partei nicht vom Egerer – und Linzer Programm abweichen werde.

2.1 „Schwarz-gelb-rötliche Helden“

Bevor der neue starke Mann Wilhelm Prediger die Reichskonferenz zu Trautenau eröffnen und Hans Knirsch den Rechenschaftsbericht ablegen konnte, hatte die junge Gruppierung, die erst jetzt zur politischen Partei werden sollte, bereits Landeskonferenzen in allen Kronländern, vier Kreistage in Böhmen und rund 70 Vereinsversammlungen absolviert. Zu den böhmischen und mährischen Orten, in denen eine Organisation bereits festen Fuß gefaßt hatte, kamen aus den Alpenländern noch Ried für Oberösterreich; Graz, Knittelfeld, Weiz und Marburg für die Steiermark sowie Klagenfurt, St. Veith und Völkermarkt für Kärnten dazu. Die Hochburgen der „Deutschen Volkspartei“ in den „völkisch bedrohten Gebieten“ waren demnach mobilisiert worden.

Das lange erwartete, von Wilhelm Prediger vorgelegte Parteiprogramm enthielt gleich im ersten Absatz eine Überraschung. Prediger führte bei seiner Besprechung aus, daß es nur „zu einem Teil im wesentlichen Gegensatz zu dem der sozialdemokratischen Partei“²⁰⁷⁶ stehe, indem es statt Utopien Realpolitik zum Inhalt habe. Trotz des eher bürgerlichen Bekenntnisses, eine nationale freisinnige Partei zu sein, verstand es sich als ein Protestprogramm gegen die „verwässerte Nationalpolitik“ der „national-bürgerlichen Parteien“, deren Regierungskurs auf die gänzliche Slawisierung Österreichs hinauslaufe.

Damit läßt sich das Programm durchaus in eine Reihe mit den radikal-antiliberalen Manifesten der 80er Jahre, nur vielleicht eine Stufe tiefer angesiedelt, stellen. Es nahm genauso eine Position des Füllens einer Lücke zwischen den Interessen der Sozialdemokratie und der Alldeutschen

2073 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 58.

2074 Ebd., S. 59.

2075 Der Hammer, Nr. 1 vom 1. Jänner 1904, S. 4.

2076 Der Bergmann, Nr. 9 vom 15. Dezember 1903.

ein. Denkt man an die starken Beziehungen zu Karl Hermann Wolf, bediente es auch durchaus die Interessen der „Deutschen Volkspartei“.

Dennoch kam als Ergebnis aufgrund der mehrmaligen, fast unfreiwilligen doppelten Negationen eine noch recht diffuse nationalsozialistische Ideologie heraus: Unter der Losung „national und sozial“ bot das Programm einerseits „das Wörtchen national, unter dem wir freilich etwas anderes als gewisse bürgerliche Nationale verstehen“²⁰⁷⁷ an, ließ aber wiederum an einer anderen Stelle verlautbaren, daß soziale und wirtschaftliche Not nur im Rahmen eines Nationalstaats behoben werden könne. Daran hatten die Verfasser fast verstohlen den Satzteil „frei von fremdvölkischen Einfluß“ angehängt. Andererseits stand „man nicht auf dem Standpunkt der sozialdemokratischen Gleichheit“, vertauschte dann aber wieder die Begriffe „Recht“ und „Gerechtigkeit“, um schließlich zu fordern: „Gerechtigkeit muß uns gegeben werden, ebenso wie wir das Unrecht gegen andere nicht billigen“.²⁰⁷⁸ Dieser national-soziale Schritt dürfte ungeheure Schwierigkeiten mit sich gebracht haben, denn ab diesem Forderungspunkt häufen sich die Widersprüche: Über den „Polakengraf Badeni“ und einem „gemeinsamen Ringen“ kam das Programm zur Schlußfolgerung, „daß den grundverschiedenen Interessen des Arbeiter- und Bürgerstandes niemals in einer Partei entsprochen werden“ könne. Daß mit dieser „einen Partei“ nur die „Aldeutsche Partei“ gemeint sein konnte, liegt auf der Hand. Doch das Scheitern der ihr zugewiesenen Aufgabe wird letztlich einem „tieftraurigen Bruderkampf“ zugeschrieben. Einige Absätze darüber heißt es aber noch: „... daß wir stetig an der Seite jener Partei stehen werden, die am unerschrockensten und radikalsten den Entscheidungskampf um die Existenz des deutschen Volkes in Österreich führen wird“.²⁰⁷⁹

Das Programm hatte sich erst auf den Weg begeben, um von einer Mischform zu einem nationalsozialistischen Programm zu werden. Das wird an keiner Stelle deutlicher als bei der bereits oben erwähnten Abgrenzung „gegenüber den anderen Volksklassen der Kulturgemeinschaft“, um sich „innerhalb der Grenzen seines Volkstums“ zur „vollen Geltung seiner Arbeit und Intelligenz emporringen“ zu können. Dieser Kernsatz, der in der Einleitung des Programms zu finden ist, sollte als eine Art Grundsatzerklärung quasi über den einzelnen Forderungspunkten stehen und die Richtung vorgeben. Beim Studium der einzelnen Begriffe befindet man sich jedoch bald in einer Sackgasse, denn einen Absatz darunter heißt es in dieser Programmeinleitung: „Wir verwerfen die internationale Organisation, weil sie den Vorgeschrittenen durch den niedriger Stehenden erdrückt“. Trotz der Ablehnung der internationalen Klassensolidarität teilte das Programm die Menschen dann aber nach den Marx'schen Theorien in Klassen ein und rettete sich mit der Wortschöpfung „Volksklasse“ zunächst in ein ideologisches Nichts. Zwei Absätze darunter bekannte sich das Programm wiederum dazu, „keine engherzige Klassenpartei zu sein“, da man die „Interessen aller ehrlichen produktiven Arbeit“ vertrete. Erst später entwickelte sich der Begriff der

2077 Ebd.

2078 Ebd.

2079 Ebd.

„Volksklasse“ in der Ausformung der strikten Ablehnung des Klassenkampfes zur „Volksgemeinschaft“. Unter „Kulturgemeinschaft“ verstand das Programm „die Erfüllung der kulturellen Aufgaben“, deren „Lösung ... nur derart möglich ist, daß Österreich ein einheitlich organisierter Staat und damit lebensfähig werde“. Neben diesem klaren Bekenntnis zu einem zentralistischen Österreich fand die eher mißglückte Formulierung einer „einflußfreien staatlichen Reformgesetzgebung“, mit der die Programmgestalter versuchten, sich an der von Stein propagierten „sozialen Reform auf nationaler Grundlage“ vorbei zu mogeln, dann im Programmteil IV unter den „Forderungen auf kulturellem Gebiet“ ihren Niederschlag: Damit waren eine Trennung von „Staat und Kirche“, „Schule und Kirche“ sowie die „Erziehung der Arbeiterjugend in einer romfreien Schule“ gemeint, wie es die „Deutsche Arbeiterstimme“ schneidiger formulierte.²⁰⁸⁰ Dazu kamen noch die gesellschaftliche und rechtliche Besserstellung der Frau und die Ausgestaltung der Armee zu einem Volksheer. Sie standen jedoch schon als recht isolierte, „einsame“ Forderungen.

Zusammenfassend läßt sich diese Mischform folgendermaßen charakterisieren: Das Trautenaue Programm stand eindeutig auf dem österreichischen Standpunkt. Die im Linzer Programm geforderte „innige Vereinigung“ mit dem Deutschen Reich nahm es zugunsten einer reinen Zollunion zurück. Die im Programm geforderte Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, sowie ein freies Vereins- und Versammlungsrecht, die unbeschränkte Rede- und Pressefreiheit, eine umfassende politische Selbstverwaltung und Wahlperioden von drei statt wie bisher sechs Jahren waren insgesamt Forderungen an den Staat, die von jeder liberal-demokratischen Partei hätten akzeptiert werden können.²⁰⁸¹ Die Forderung nach Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung der progressiven Einkommenssteuer; die Festsetzung eines Existenzminimums; die Einführung einer Luxussteuer; die gesetzliche Anerkennung der Arbeiter-Gewerkschaften; die Schaffung von Arbeiterkammern; die Beseitigung der Heimarbeit; die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit auf Grundlage des Achtstundentages, das Verbot der Nacharbeit für Frauen und Jugendliche; die 36-stündige Sonntagsruhe; die Freigabe des Samstag-Nachmittags für Arbeiterinnen; das Verbot der Frauenarbeit in gesundheitsschädlichen Betrieben; der Wöchnerinnenschutz und die gewerkschaftlichen Forderungen nach einer einheitlichen Reform des gesamten Arbeiterversicherungswesens; der Ausbau der Kranken- und Unfallversicherung; die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und die Einführung der allgemeinen Alters- und Invaliditätsversicherung sowie der Witwen- und Waisenversorgung²⁰⁸² waren zudem fortschrittlich-sozialdemokratisch und wären jedem Viktor Adler gerecht geworden. Da scheint es daher auch nicht verwunderlich, daß man sehr stark an der Entwicklung der internationalen(!) Arbeiterschutzgesetzgebung interessiert war²⁰⁸³

2080 Deutsche Arbeiterstimme, Nr. 1 vom 3. Oktober 1906.

2081 CARSTEN, F. L., Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1977, S. 31.

2082 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 69.

2083 FERBER, Walter, Die Vorgeschichte der NSDAP in Österreich, Konstanz 1954, S. 37. Vgl. den Bericht von der „Zweiten internationalen Arbeiterschutzkonferenz“ vom 8. bis 17. Mai 1905 in Bern, der von Alfred BERNER als bedeutender Fortschritt für die Arbeiterschaft gelobt wurde. In: BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 71.

Damit nicht genug, waren dem Programm auch durchaus marxistische Untertöne zu entnehmen, wie das Ziel einer radikalen sozialen und wirtschaftlichen Reform, bei der sich die Wirtschaftspolitik des Staates den Interessen der großen Volksmassen anzupassen hätte. Um dem Übel des Kapitalismus vorzubeugen, verlangte das Programm die Überführung jener kapitalistischen Großbetriebe, bei denen der Privatbetrieb das Gemeinwohl schädige, in den Besitz von Reich und Gemeinde und insbesondere die gänzliche Verstaatlichung des Bergbaues und der Eisenbahnen. Das private Eigentum sollte davon aber nicht betroffen sein. Mit den bereits erwähnten „völkischen Forderungen“ zu denen in erster Linie die aus dem Egerer Programm übernommene Forderung nach Erlassung gesetzlicher Vorschriften zählte, welche es den Behörden gestatte, die Heranziehung fremder, einer anderen Nationalität angehöriger Arbeiter zum Zwecke des Lohndruckes unmöglich zu machen, vollzog sich erst in diesem Stadium eine nie ganz deutliche Abkehr vom Marxismus. Ernst Nolte sah darin ein Umlegen des durchaus akzeptierten Klassenkonzepts von Marx auf eine andere Art des Klassenkampfes, nämlich auf den „innerproletarischen“ Klassenkampf zwischen deutschen und tschechischen Arbeitern.²⁰⁸⁴ Für Nolte gehörte die Spielart des Sozialismus, den die „Deutsche Arbeiterpartei“ vertrat, die Karl Marx noch ein halbes Jahrhundert zuvor als einen „kleinbürgerlichen Sozialismus“ verspottet hatte, unzweifelhaft in den „Kosmos sozialistischer Tendenzen“: Sie verdankte ihre Entstehung jener Grundgegebenheit, die der Marxismus übersehen hatte, nämlich der Tatsache, daß das Proletariat weder homogen noch überall gleichgestellt war, sondern eine gegenseitige Anziehungskraft zum Bürgertum bestand.

Es bedurfte aber erst eines Lernprozesses, der ein Umschwenken der „Deutschen Arbeiterpartei“ auf eine nationalsozialistische Ideologie möglich machte: Die Partei war an sich keinesfalls etwas Neues, da sie sich als ein Sammelbecken bereits bestehender Arbeitervereine verstand. Aber erst die Abnabelung von den bürgerlichen Parteien führte zum Selbstbewußtsein einer Gruppe und zum Zurück zu einem, wie sich Nolte ausdrückte, „innerproletarischen Klassenkampf“, der ihr erst dieses Selbstbewußtsein gab und der, wegen des angenommenen Unverständnisses aller anderen Bevölkerungsschichten, auch von ihr alleine geführt werden mußte. Schließlich sollte die Arbeiterbewegung „innerhalb der Grenzen ihres Volkstums“ einen Staat im Staat bilden, der „dem deutschen Arbeiter Bildung, Disziplin und Unterstützung gewährt“, wie die „Deutsche Arbeiterstimme“ im Oktober 1906 trotzig schrieb.²⁰⁸⁵ An dem Schnittpunkt zweier Ideologien, nämlich einer internationalen sozialdemokratisch-marxistischen und einer deutschnationalen, die im Trautenauer Programm wegen ihres fast getrennten Auftretens im Programm selbst sehr deutlich wurden, kam die DAP spätestens bei der Frage, auf wen denn überhaupt der umfangreiche soziale Forderungskatalog anwendbar sein sollte, in ein schweres theoretisches Dilemma. Ein Mehr an Demokratie an der Basis bedeutete automatisch eine Absage an die wenn auch bereits demokratisch eingeschränkte staatlich garantierte Vorherrschaft der Deutschen in Österreich und damit die Herrschaft der zahlenmäßig stärkeren Slawen. Die Antwort wurde eigentlich schon im Trau-

2084 NOLTE, Ernst, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963, S. 367f.

2085 *Deutsche Arbeiterstimme*, Nr. 1 vom 3. Oktober 1906.

renauer Programm selbst mit der dadurch fast zwangsweise zu einer Ideologie erhobenen Kernforderung gegeben, den Behörden eine gesetzliche Handhabe zu bieten, um die tschechischen Lohndrücker zu entrechteten, sie daher nicht in den Genuß der demokratischen Forderungen kommen zu lassen. Dieses Dilemma, das erst zur eigentlichen Geburtsstunde einer nationalsozialistischen Partei geführt hatte, führte sie gleichsam in einer zweiten, unten behandelten Stufe, wieder zu einer Hinwendung zum bürgerlichen Deutschnationalismus, wenn auch unter anderen Vorzeichen, zurück. Um die Selbständigkeit der DAP zu behaupten, sollten die bürgerlichen Parteien lediglich eine Schutzfunktion im Kampf gegen den nationalen Feind übernehmen, was auch ein taktisch sehr kluges Vorgehen war, um das eigene politische Versagen zu kompensieren. Das Motiv dieser Art der „Klassenversöhnung“ mußte damit aber perpetuiert werden und setzte einen Ausnahmezustand im Verhältnis zu einem anderen Volk voraus. Daraus entstand erst die Idee der „Volksgemeinschaft“.

Kritisiert wurde das Trautentauer Programm erwartungsgemäß von den Sozialdemokraten und den Alldeutschen, während die anderen Parteien die Gründung ignorierten. Sogar der „Ostdeutschen Rundschau“ war sie nur neun Zeilen wert, wenn auch auf der Titelseite. Neben den „hohlen Phrasen“, die wie „ehrlche produktive Arbeit“, „soziale Ungerechtigkeit“ etc. jeglicher Definition entbehren würden und keinerlei Anleitungen zu einer Realisierung enthielten, nahm der in Reichenberg erschienene sozialdemokratische „Freigeist“ die Vermischung liberaler Ideen mit staatlichen Lenkungsmaßnahmen zum Anlaß, sich über den Mangel jeglichen politischen Verständnisses geradezu lustig zu machen. Das Programm sei schlicht und einfach „unreif“²⁰⁸⁶, eine Feststellung, mit der die Zeitung durchaus recht hatte. Ärger und Schadenfreude mischten sich in die Kritik der Alldeutschen: Der „Hammer“ schrieb über ein zusammengestoppeltes Trautentauer Programm, über ein Konglomerat, das sich im wesentlichen aus gestohlenen Teilen des Linzer- und Egerer Programm zusammensetzen würde. Es sei nichts anderes als eine „Versicherungsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit zwischen Ostdeutschen (Anm. die freisinnige Wolf-Richtung) und Deutscher Volkspartei“. Einst hätte es zwei Strömungen unter den alldeutschen Arbeitern gegeben, einen „national und politisch erzieherischen Kampfverein“ und einen, in politischer Hinsicht schwankenden Teil, der sich die Eroberung der wirtschaftlichen Bollwerke des Gegners zur Aufgabe gemacht hatte, dessen „Sturmböcke schon damals von einigen jämmerlich abgeschwächt wurden“. So verhielte es sich nun mit diesem Plagiat, es sei „jämmerlich abgeschwächt“: Aus Angst, daß sich der Kampf gegen die Sozialdemokratie rächen könne, proklamiere man jetzt eben wieder den Klassenkampf.²⁰⁸⁷

Tatsächlich ist am Plagiatsvorwurf der Alldeutschen bei einem Vergleich der politischen Forderungen in den Punkten I und II des Linzer- und Egerer Programms mit dem Trautentauer Programm einiges dran. Auch erhielt das Trautentauer Programm nicht unwesentliche „Abschwächungen“ gegenüber dem „Linzer Programm“. So übernahm es die Forderungen nach einer Per-

2086 Der Freigeist vom 23. August 1904, S. 1.

2087 Der Hammer, Nr. 17 vom 1. September 1904.

sonalunion mit Ungarn und einer Sonderstellung Galiziens und der Bukowina fast wortwörtlich aus dem Jahre 1882, versehen mit dem Zusatz, daß für den übrigen „zisleithanischen Staatsverband“ die Bezeichnung Österreich festgesetzt werde. Bei der Forderung nach einer gesetzlichen Erklärung der deutschen Sprache zur Staatssprache fällt darüber hinaus auf, daß eine Anstellung deutscher Beamter und Richter nur im deutschen Sprachgebiet für zwingend notwendig erachtet wurde. Eine weit schärfere Trennung ergab sich wegen der Forderung nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Georg von Schönerer hatte noch im Linzer Programm die „Erweiterung des Wahlrechts zu einer wahren Volksvertretung“ gefordert, war aber aus „völkischen Gründen“ längst davon abgekommen. 1907 sollte ihm diese seinerzeit von ihm geforderte „Erweiterung“ sein Reichsratsmandat kosten.

Einen Aufschrei der Empörung bei den Alldeutschen löste die Eliminierung des von Schönerer 1885 eingeführten „Judenparagraphen“ im Trautenauer Programm aus. Bis auf einige versteckte Andeutungen, wie die Forderung nach der „Verstaatlichung des Ärztestandes“, war das Programm auch vollkommen frei von antisemitischen Äußerungen. Der Katalog der sozialen Forderungen entstammte im wesentlichen dem „Egerer Programm“, das bekanntlich auf das Linzer Programm verwiesen hatte. Trautenau vermittelte das Gefühl, daß sich der fanatische und rassistische Haß-Antisemitismus der 80er Jahre deutlich im Abklingen befand. Für die Alldeutschen bedeutete das Programm zusammengefaßt nichts anderes als das „Armutszeugnis einer Streberpartei auf Mandatsfang“, kopiert von „Sozialdemokraten im deutschen Gewande“, von „schwarz-gelb-rötlichen Helden“.²⁰⁸⁸

Zieht man nun ein Fazit der Parteigründung der DAP, die später als einzige Partei eine direkte und sogar bis 1923 organisatorisch dominante Verbindung zur deutschen NSDAP aufbauen konnte, dann sticht in erster Linie, gemessen an der späteren linken Tradition der österreichischen NSDAP hervor, daß es sich schon bei der Entstehung um eine Arbeiterpartei reinsten Wassers gehandelt hatte, die ihren Namen mit größerem Recht trug als die reichsdeutsche Tochter. Der Frage, oder dem „Geheimnis“, warum der kleinbürgerliche Schönerianer Adolf Hitler seinen Originitätsanspruch wahren konnte, kommt man damit wieder einen Schritt näher. Wenn bisher von seiner Kritik am „bürgerlichen“ Schönerer die Rede war, so ist sie an dieser Stelle zu relativieren. Der aufstiegshungrige, von Proletarisierungängsten gepeinigte, kleinbürgerliche Adolf Hitler teilte diese Kritik gleichermaßen auf derselben Stufe stehend, aus. Schönerers Aversionen gegen die rote DAP waren Hitler nur allzu willkommen. Mit seinem Bekenntnis zu seinen bürgerlichen Vorbildern Schönerer und Lueger, das er in „Mein Kampf“ millionenfach drucken ließ, konnte er sich als „Schönerianer“ trotz seiner Kritik, die ihn deutlich in eine Wolfsche Richtung brachte, von einer „Arbeiterpartei“ abgrenzen.

In diesem Zusammenhang ist ein von Hans Knirsch 1932 veröffentlichter Bericht sehr aufschlußreich: „Schon bei der Gründung wurde erwogen, ob man für dieselbe den Titel ‚Deutsch-soziale Partei‘, ‚Nationalsozialistische Partei‘ oder ‚Deutsche Arbeiterpartei‘ wählen solle. Aus

2088 Der Hammer, Nr. 18 vom 15. September 1904.

guten Gründen wurde der letztere Name gewählt. Die Stellung des Arbeiters war damals eine noch wenig geachtete ... Wie die Arbeit, sobald das Geld die Herrschaft über dieselbe angetreten hatte, entadelt und entwürdigt wurde, so auch der Arbeiter. Nicht die Arbeit, sondern der Besitz, auch wenn dieser arbeitslos erworben worden war, wirkte bestimmend auf Achtung und Geltung des Menschen. Die Arbeit wieder zu Ehren zu bringen und den schaffenden Menschen zum Träger des Schicksals der Nation zu machen, hatte sich die Partei zu ihrer vornehmlichen Aufgabe gestellt; diese nationale Erneuerung betrachtete sie als ihre Sendung".²⁰⁸⁹

Doppelt unterstrichen wird Hitlers Abgrenzungsversuch zur DAP durch eine Rede, die er 1927 in Freilassing gehalten hat. Darin wollte er den Unterschied zu seiner NSDAP so deutlich hervorkehren, sodaß wegen der dabei gemachten Übertreibungen erst recht eine gewisse Unglaubwürdigkeit entstand. Man braucht sich dabei nur vor Augen zu halten, daß Hitler im Jahre 1920 für die DNSAP, wie sie damals schon hieß, in Österreich auf Wahlkampftour ging. Der frühe Nationalsozialismus in Österreich, so Hitler, wäre eine „mehr oder minder marxistische Erscheinung“ gewesen, der sich im Grundsätzlichen vom Marxismus kaum unterschieden hätte, nur daß er etwas „nationaler“ war.²⁰⁹⁰

2.2 Die Organisation der DAP und die ersten Wahlen

Die schon nach dem „Egerer Programm“ geschaffene untere Organisationsebene der Bezirke, Wahlkreise und Länder blieb nahezu unverändert. Zur Erledigung interner, dringlicher Parteifragen war eine Reichskonferenz vorgesehen, in die die Länder Delegierte zu entsenden hatten. Die oberste Vertretung und zugleich die letzte Instanz der DAP stellte der Parteitag, der alljährlich von der Parteileitung einberufen wurde und über alle Parteifragen, besonders über das Programm, die Organisation und die Presse entschied. Beschickt wurde er von den auf den Bezirkskonferenzen gewählten Delegierten, den Mitgliedern der Parteileitung und den Schriftführern der Parteipresse. Der Parteitag wählte mittels Stimmzettel ihr geschäftsführendes Organ, die Parteileitung. Sie bestand aus 12 Personen: Aus 6 Mitgliedern der engeren Parteileitung, 6 Mitgliedern des Aufsichtsrates, sowie 3 Personen des Presseausschusses.²⁰⁹¹ Was die formelle Seite der DAP anbelangte, das Organisationsstatut und die Entscheidungsfindung, sticht ihr demokratischer Charakter geradezu ins Auge.

Am 14. August 1904 wählte der Parteitag in Trautenu die erste, fast reine sudetendeutsche Parteileitung: Ihr gehörten Wilhelm Prediger (Aussig) als Vorsitzender, Josef Heidlas (Brüx), Karl Proch (Teplitz-Schönau), Franz Höger (Arnau), Anton Grimm (Karlsbad), Josef Pfeiffer (Rup-

2089 Zitiert in: DEUERLEIN, Ernst, Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1968, S. 42.

2090 HANISCH, Ernst, Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913–1925), In: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, 117. Vereinsjahr (1977), Salzburg 1978, S. 398.

2091 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 74f.

persdorf), Isidor Knirsch (Gablonz), Ferdinand Burschofsky (Mährisch-Trübau), Josef Richter (Sternberg), Franz Gottwald (Brünn), Karl Löwe (Jägerndorf), Hans Knirsch (Linz²⁰⁹²), Gustav Ainspinner (Klagenfurt) und Hans Fella (Graz) an. In den Presseauschuß wurden Otto Kroy (Schreckenstein), Wenzel Enge (Dessendorf) und Franz Hackel (Karbitz) gewählt.²⁰⁹³ Alois Ciller betonte, daß das erste Mal seit dem Bestand einer Arbeiterbewegung, nicht „jüdische Advokaten und Großkapitalisten“, sondern nur Männer der Arbeit einer Parteileitung angehörten.²⁰⁹⁴ Es handelte sich in allen Fällen um Lohnarbeiter in Fabriken oder kleineren Handwerksbetrieben. Diese soziale Struktur unterschied sie zumindest von der Führungsspitze der Sozialdemokratischen Partei, nicht aber von der Mehrzahl der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer.²⁰⁹⁵

Besonderes Augenmerk schenkten die Delegierten in Trautenau den „nichtpolitischen Organisationen“. So nahmen sie einen Antrag des Eisenbahners Proch einstimmig an, der die Gründung und Unterstützung selbständiger deutscher Gewerkschaften vorsah. Demnach war es die „erste Pflicht“ jedes Parteigenossen, „seiner deutschen Gewerkschaft beizutreten“. Auch ein Ersatz für den aufgelösten „Mährisch-Trübauer Verband“ fand sich schnell. Am 15. August 1904 beschlossen die Delegierten noch in Trautenau, einen neuen Dachverband, den „Reichsbund deutscher Arbeitervereinigungen Österreichs“ zu errichten.²⁰⁹⁶

2092 Knirsch arbeitete kurz in Linz, übernahm aber schon im November 1904 die Hauptgeschäftsstelle der Partei in Ausig.

2093 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 78.

2094 CILLER, Alois, Vorläufer des Nationalsozialismus, S. 43.

2095 WHITESIDE, Andrew Gladding, Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918, In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, 9. Jhg, Heft 4 vom Oktober 1961, S. 333.

2096 HAUBENBERGER, Leo, Der Werdegang der nationalen Gewerkschaften, S. 5.

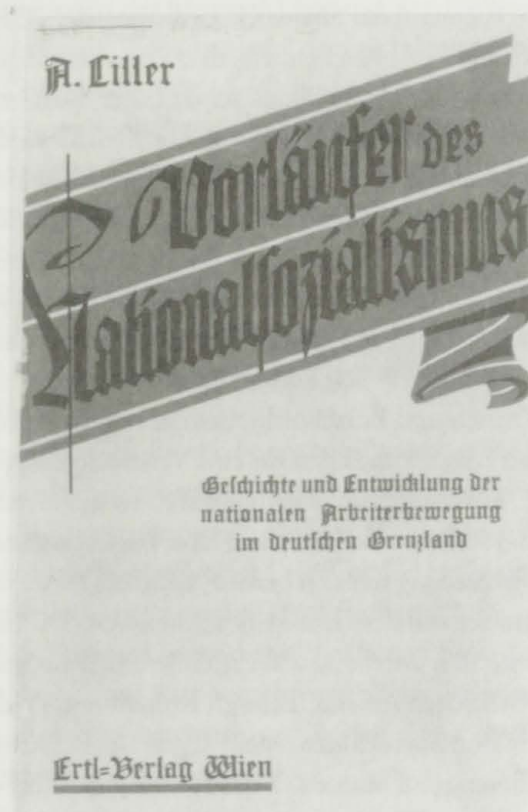


Abbildung 30: Wie Ferdinand Burschofsky sah sich Alois Ciller als Chronist der Partei. 1932 brachte er eine Broschüre mit dem Titel „Vorläufer des Nationalsozialismus. Geschichte und Entwicklung der nationalen Arbeiterbewegung im deutschen Grenzland“ heraus.

Während der Sitz der Parteileitung der „Deutschen Arbeiterpartei“ in Aussig beheimatet war, entstand mit Reichenberg als „Gewerkschaftssitz“ zumindest eine räumliche Trennung.²⁰⁹⁷ Die Schadenfreude im alldutschen Lager dürfte ziemlich groß gewesen sein, als sich am 5. Februar 1905 anlässlich der Gründung des „Reichsbundes“ auf einer Reichskonferenz der Arbeitervereine herausstellte, daß sich die reinen Berufsvereine und die allgemeinen Gewerkschaftsvereine doch nicht alle unter den Hut eines Zentralverbandes in Reichenberg bringen lassen wollten. Auch die Sozialdemokraten waren ja mit derartigen Zentralisierungstendenzen gescheitert, wenn auch aus anderen Gründen. Bereits die Wahl Adam Peyerls zum ersten Obmann fand nur unter geringer Beteiligung statt. Als sich in der Folge aufgrund der Uneinigkeiten deutliche Dezentralisierungsbestrebungen bemerkbar machten, bildete sich ein Dreierausschuß, bestehend aus Decker, Knirsch und Burschofsky, dem es erst im Frühjahr 1907 gelingen sollte, nach zähen Verhandlungen erste Grundlagen für eine Verständigung zu schaffen.²⁰⁹⁸

Ein erstes Nahziel der jungen Partei stellte natürlich ein möglich gutes Abschneiden bei Landtags- und Reichsratswahlen dar. Dabei zeigten sich bereits die ersten Nachteile, die eine völlig unabhängige Stellung mit sich brachte, denn die Partei war ja auch „finanziell unabhängig“. Es fehlte ein Finanzier von der Größe eines Schönerers. Die doch recht langsame Entwicklung der Partei machte sogar die Anstellung von Parteisekretären aus finanziellen Gründen unmöglich. Die Schriftleiter der „Deutschen Arbeiterzeitung“, Knirsch und Prediger, mußten zugleich auch die gesamte Parteiorganisation übernehmen. Meist zogen sie als Zweimann – Redeteam durch die Lande.²⁰⁹⁹ Vor diesem Hintergrund mußte sich der Stimmenanteil bei der Niederlage Wilhelm Predigers gegen Viktor Adler am 18. Oktober 1905 im ersten „Test-Wahlkampf“ der DAP um ein Reichsratsersatzmandat fast wie ein Sieg ausnehmen. Von den 90.000 Wahlberechtigten, von denen nur 49.000 zur Urne gingen, erhielt Prediger 13.881 Stimmen, während auf Adler rund 30.000 Stimmen entfielen. Alois Ciller beeilte sich noch, hinzuzufügen, daß es sich bei dem von den beiden Kandidaten umkämpften „Riesenwahlkreis Reichenberg“ um eines der industriereichsten Gebiete Österreichs mit dem Sitz der ältesten sozialdemokratischen Organisationen seit Ferdinand Lassalle gehandelt hatte.²¹⁰⁰

Mit der Berufung des bisherigen Schriftleiters des Olmützer „Nordmährerblattes“, Ferdinand Seidl, zum Leiter der ab 1. Jänner 1905 als Tagblatt erscheinenden „Deutschen Wehr“ in Troppau, bei der einst Anton Schimana als Schriftleiter tätig gewesen war, sollte ein frischer Wind in die schlesische Arbeiterbewegung kommen. Der mehr gewerkschaftlich orientierten Seidl verbreitete aber auch einen gehörigen Schuß Antisemitismus: Am 1. September 1903 gründete Karl Gröndahl, der eine Schulung als DHV-Angestellter in Hamburg durchlaufen hatte,²¹⁰¹ den gewerkschaftlich orientierten „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband“ (DHV), der fortan neben

2097 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 80.

2098 HAUBENBERGER, Leo, Der Werdegang der nationalen Gewerkschaften, S. 6.

2099 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 69.

2100 CILLER, Alois, Vorläufer des Nationalsozialismus, S. 44. Vgl. KREBS, Hans, Kampf in Böhmen, Berlin 1938, S. 39.

2101 HAMEL, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 114.

dem bereits erwähnten „Verband deutscher Vereinigungen der Ostmark“ bestand. Im Frühjahr 1905 sollte der DHV auf einem Verbandstag in Hamburg als „Gau Ostmark“ der mächtigen reichs-deutschen Mutter eingegliedert werden.²¹⁰² Diese Gelegenheit nahm Seidl zum Anlaß, am 8. Juni 1905 für den als Parallelgewerkschaft in Gründung befindlichen „österreichisch-stämmigen“ „Reichsverband Anker“ den Arierparagraphen zu fordern. Damit sollte „orientalischer Händlergeist dem Standesnachwuchs dauernd ferngehalten“ werden. Der Arierparagraph wurde zur Bedingung des Beitritts aller Verbände.

Diese Eingliederung in den DHV würdigte Leo Haubenberger als eine „praktische Arbeit für den Anschluß an das Deutsche Reich“, die als „vorbildlichste gesamtdeutsche Gliederung an Bedeutung nicht hinter dem österreichischen und deutschen Alpenverein, dem Deutschen Turnerbunde und dem Deutschen Sängerbund zurückblieb“.²¹⁰³

Die DAP hatte sich aber mit dem DHV, der hauptsächlich für die Sonntagsruhe kämpfte, da die Geschäfte sonntags noch von 9 bis 12 Uhr geöffnet hatten, einen besonderen Kuckuck ins Nest gesetzt. Ihre Mitglieder waren stets bemüht, sich als Angestellte vom Proletariat abzuheben und erklärten die national eingestellten Studenten zu ihrem „sozialen Vorbild“.²¹⁰⁴ In dieser Organisation blieben jedenfalls die Verbindungen zum Mittelstand von Anfang an aufrecht.

Den endgültigen Todesstoß versetzte der von Alfred Berner „geworbene“ Ferdinand Seidl den „Germania“-Verbänden Franz Steins. Mit der am 25. Februar 1905 beschlossenen Eingliederung des bisher schwankenden schlesischen „Verbandes deutscher Arbeitnehmer“ in den „Reichsbund deutscher Arbeitervereinigungen“ kappte er die letzten Verbindungen.²¹⁰⁵

2.3 Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht

Am 26. Jänner 1907 beschloß der Reichsrat mit 194 gegen 63 Abgeordnetenstimmen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für jeden männlichen Staatsbürger, der das 24. Lebensjahr vollendet hatte. Was nach mehr als einem Vierteljahrhundert dauernden Kampf der linken Parteien eine gewaltige Leerstelle in ihr Programm gerissen zu haben schien, war auch jetzt noch kein allgemeines Wahlrecht. Die Frauen blieben weiter ausgeschlossen. Das Wahlalter von mindestens 24 Jahren ließ die Meinung der jungen Menschen unberücksichtigt. Die Bestimmung, daß ein

2102 Der DHV faßte schnell in den industriell entwickelten Grenzgebieten Fuß, wo es schon Angestellte gab und wo enge Kontakte zum Reich bestanden. So wurden dem deutschen Vorbild entsprechend ab 1903 Ortsgruppen in Gablitz, Karlsbad, Reichenberg, Bielefeld und Aussig gegründet, Wien folgte. Vgl. HAMEL, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 114.

2103 HAUBENBERGER, Leo, Der Werdegang der nationalen Gewerkschaften, S. 36. Vgl. BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 66f.

2104 HANISCH, Ernst, Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913–1925), In: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, 117. Vereinsjahr (1977), Salzburg 1978, S. 376.

2105 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 65.

Wahlberechtigter drei Jahre an seinem Wohnort ansässig sein mußte, benachteiligte die in die Industriezonen zugewanderten Proletarier. Bei den ersten allgemeinen Wahlen im Mai 1907 gab es solcherart unter den 26 Millionen Menschen der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder nur etwa fünfeinhalb Millionen Wahlberechtigte.²¹⁰⁶

Die deutschen Parteien fühlten sich darüber hinaus durch das bei der Sitzung letztendlich entscheidende Machtwort des Kaisers schwerstens bedroht, auch wenn sie das allgemeine Wahlrecht zuvorderst auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Dieser erhoffte sich durch die Wahlrechtsreform eine Stärkung der konfessionellen und sozialdemokratischen „internationalen“ Parteien, die den bürgerlichen nationalistischen Gruppierungen das Wasser abgraben sollten, um damit dem Nationalitätenkonflikt so manche Ruhepause zu gönnen.

Der Kompromiß zwischen der Steuerleistung nach dem alten Kuriensystem, in dem die Deutschen aufgrund ihres höheren Aufkommens mit 63 Prozent führend waren und dem reinen Zahlenprinzip der Bevölkerung, in der sie nur einen Anteil von 35 Prozent hatten, fiel mit 43 Prozent der nun den Deutschen zustehenden Sitze im Abgeordnetenhaus zugunsten des Zahlenprinzips aus. Die Deutschen rutschten so unter die Mittelmarke von 49 Prozent. Dieser Kompromiß zugunsten der Demokratie löste weitere Unzufriedenheit aus. Die deutschen Parteien verloren dadurch in dem neuen, 516 Mitglieder zählenden Abgeordnetenhaus, ihre Parlamentsmehrheit.

Nun war aber auch ein Spiel mit offenen Karten angesagt. Wer zuvor laut nach der Demokratie geschrien hatte und nun einen Rückzieher machte, bekam von den neuen Wählerschichten spätestens am Wahltag die Rechnung präsentiert. In dieser Aufbruchsstimmung mußte der nationale Gedanke wegen des Durchbruchs einer demokratischen Hauptforderung zumindest für eine kurze Zeit ins zweite Glied zurücktreten. Was Hans Knirsch als „Sprung ins Dunkle“ apostrophierte²¹⁰⁷, barg eine gewisse Unsicherheit für alle Parteien: In jedem Wahlbezirk konnte sich nun ein Wahlwerber, der als Voraussetzungen nur seine Unbescholtenheit, ein Alter von 30 Jahren und das „nötige Kleingeld, das er für das Vergnügen gerade zur Hand hatte“, mitbringen mußte, selbst aufstellen. Um auch gewählt zu werden, benötigte er jedoch die absolute Mehrheit sämtlicher abgegebenen Stimmen, die auf seinen persönlichen Namen lauten mußten. Sein Parteibekenntnis fand auf dem Stimmzettel keine Erwähnung. Was an sich schon wegen der zunehmenden Parteienzersplitterung für Nobodies ein schwieriges Unterfangen war, bekam erst in einer Stichwahl der beiden stimmenstärksten Kandidaten seinen gewissen Reiz, galt es dabei, womöglich die Stimmen der Nichtwähler und die des Gegners mit plötzlich ähnlich gelagerten Themen zu ergattern. In Anbetracht der vielen Neuwähler betraten die an das Kurienwahlrecht gewohnten Parteien nun völliges Neuland: „Wer gestern noch den blauen Meyer wählte, konnte heute nur mehr dem roten Müller oder dem unberechenbaren Kunze seine Stimme schenken“, vermerkte Alois Ciller dazu recht launig.²¹⁰⁸

2106 ANDICS, Hellmut, Luegerzeit, S. 330.

2107 Deutsche Arbeiterstimme, Nr. 11 vom 15. Dezember 1906.

2108 CILLER, Alois, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark, S. 94.

Koalitionen, Zusammenarbeit und Absprachen zwischen den Parteien waren daher gefragt wie nie zuvor. Trotzdem stellte sich das allgemeine Wahlrecht, für das viele Parteien jahrzehntelang gekämpft hatten, in der Phase seiner Verwirklichung bei der bereits derart verfahrenen Situation, in der sich die Monarchie bereits befand, sogar als kontraproduktiv heraus. Es beruhigte nicht, wie geplant, sondern verschärfte den Nationalitätenkampf noch zusätzlich, da es die Zersplitterung der Parteien förderte und radikale Gruppierungen aus ihnen quasi herausschälte. Heinrich Benedikt vertrat sogar die Auffassung, daß die Wahlreform des Jahres 1907 erst die eigentlichen Grundvoraussetzungen für den Untergang der Donaumonarchie geschaffen hätte.²¹⁰⁹ Einen Koalitionspartner zu finden wurde jedenfalls in dem Haufen widerstrebender Meinungen immer schwerer.

Für eine kleine finanzschwache Partei, wie es die DAP einmal war, ging es daher schon in dieser Frühphase um ihr politische Überleben. Ein möglicher Ansprechpartner war Karl Hermann Wolf mit seinen „Freialldeutschen“ seit den gemeinsamen Tagen im „Mährisch-Trübauerverband“ geblieben. Schon seit längerem machte sich Wolf nicht nur um den Verlust der Großmachtstellung Österreichs Sorgen, wenn sein „Bekenntnis zu Österreich“ auch eng mit der Bündnisfähigkeit zum Deutschen Reich zusammenhing. Er hatte auch das Linzer Programm in zwei für die DAP wesentlichen Punkten geändert. Sie betrafen einerseits eine stärkere Betonung der deutschen Vorrechte im Nationalitätenkampf zwischen Deutschen und Slawen, die in dieser spezielleren Fassung aus mehrmals angeführten Gründen im Programm von 1882 fehlte. Andererseits modifizierte er die im Linzer Programm geforderte Verstaatlichung der Eisenbahnen. Wolf lehnte die 1905 von der Regierung geplante Verstaatlichung der Nordbahn, der Nordwestbahn und der Staatseisenbahn ab, da sie für die Deutschen nationale Nachteile mit sich bringen würde. Unter der Voraussetzung, daß die hauptsächlich von Deutschen benutzten Bahnen auch Deutsch bleiben mußten, begrüßte er Verstaatlichungen nur dann, wenn sie das deutsche Volkstum nicht schädigen würden.²¹¹⁰ Diese Haltung, die er als Reichsratsabgeordneter bei dem sich viele Jahre hinziehenden parlamentarischen Handel um die Eisenbahnen vertrat, machte ihn für die DAP, die viele Eisenbahner in ihren Reihen zählte und dessen stärkster Gewerkschaftsflügel der im Juni 1905 in „Reichsbund deutscher Eisenbahner“ umbenannte „Deutsche Rechtsschutz- und Gewerkschaft“ bildete, zusätzlich interessant.

Auf dem ersten „Deutschen Eisenbahnertag“ im Mai 1904 hatte sich der junge Gewerkschaftsverband, der bereits 32 Ortsgruppen umfaßte, ein Programm gegeben, das unter anderem die gesetzliche Vereinigungsfreiheit und die Verstaatlichung sämtlicher Privatbahnen wegen der völligen nationalen Willkür bei der Ämterbesetzung forderte.²¹¹¹ Die nationale Antriebskraft, den eigentlichen Motor für diese Forderung, stellte die Fachzeitschrift der „Deutsche Eisenbahner“ im

2109 BENEDIKT, Heinrich, Zentralismus und Föderalismus im alten Österreich, In: Der Donauraum, 14 Jhg., Heft 4, Wien 1969, S. 197.

2110 WEBER, Klemens, Karl Hermann Wolf, S. 261.

2111 CILLER, Alois, Damals und heute. Entstehung, Kämpfe und Aufgaben der nationalen Arbeiterbewegung, S. 21.

Februar 1904 folgendermaßen in den Vordergrund: „Die Gewerkschaftsbewegung ist eine Kulturbewegung. Sie will die großen Massen des Volkes auf eine höhere Stufe der sozialen Existenz heben ... Die Gewerkschaft soll den Arbeiter für sein Volk erziehen. Das ist seine Zukunft. In dieser Gemeinschaft muß er aufwärts, in dem Bau, dessen Grundlagen seine Arbeit geschaffen, muß er zu seinem Recht kommen. Das ist das Ziel der deutschen Arbeiterbewegung ... Unsere Gewerkschaften sind also die große Arbeiterschule für unser Volkstum, welches ein natürlich geschlossenes Ganzes bildet. Die Sozialdemokratie will alle Völker in ihre Organisationen bringen, die eine Drillanstalt ist für eine Republik der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die es nicht gibt und nie geben wird. Die deutschen Arbeiter in ihrer Gesamtheit müssen aber von einer geschichtlichen Aufgabe erfüllt werden.“²¹¹² In diesem ersten Konzept für eine nationale, „natürliche“ Volksgemeinschaft sollten daher die Ideen der Französischen Revolution keinen Platz mehr finden. Das Programm war jedoch viel weiter gediehen als das der DAP, in der man zur gleichen Zeit noch an der strikten Trennung von den bürgerlichen Parteien festhielt.

Diese grundsätzliche Ausrichtung konnte den „Reichsbund“ trotzdem nicht davon abhalten, eine Zusammenarbeit mit „anderssprachigen Berufsverbänden“ zu suchen, in denen man zumindest dieselbe nationale Ideologie vermutete. Als einzige Bedingung sollten nur die Intentionen der sozialdemokratischen Gewerkschaften ausgeschlossen bleiben. So fand der „Reichsbund“ auch gar nichts dabei, im Februar 1905 ein taktisches Bündnis mit den tschechischen, polnischen, slowenischen und italienischen Kollegen einzugehen. Am 26. Oktober 1905 führte er im Verband mit den tschechnationalen Eisenbahnergewerkschaftern eine „passive Resistenz“ durch, einen „Dienst nach Vorschrift“ auf den Staatsbahnen, um bessere Lohn- und Betriebsverhältnisse durchzusetzen, bis der Verkehr zusammenbrach und der Staat am 14. November nachgeben mußte.²¹¹³ Neben der Erfüllung einiger Forderungen erreichten die Streikenden die Errichtung von Personalkommissionen mit einem Mitspracherecht der Angestellten, die auch die Privatbahnen einführen mußten. Spätestens in diesen Kämpfen, bei den Verhandlungen um einen Zusammenschluß der Beamtenvereine mit dem Reichsbund 1906 und bei der Erstellung eines Gewerkschaftsprogramms, ging Ferdinand Ertl als der starke Mann hervor.²¹¹⁴

Die Eisenbahner waren insgesamt viel stärker an einer Zusammenarbeit mit den deutschen Parteien interessiert als die DAP, wofür besagte, völkische Gründe den Ausschlag gaben. Es läßt sich aber ein noch viel banalerer Grund anführen. Die bei den Eisenbahnen Beschäftigten benötigten eine für den ganzen Berufsstand notwendige parlamentarische Vertretung für ihre in diesen Jahren besonders akut gewordenen Anliegen. Eine mögliche Zusammenarbeit mit der „Freiialldeutschen Partei“ Karl Hermann Wolfs für die erstmals nach dem allgemeinen Wahlrecht durchgeführten Reichsratswahlen des Jahres 1907 bildete auch das Hauptthema einer vom 6. bis 7. Jänner 1906 tagenden Reichskonferenz der „Deutschen Arbeiterpartei“ in Prag, die unter der An-

2112 Zitiert in: CILLER, Alois, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark, S. 88.

2113 HAUBENBERGER, Leo, Der Werdegang der nationalen Gewerkschaften, S. 12f.

2114 Ebd., S. 13.

wesenheit Franz Schreiters, einem ersten „Vorzeichen“, stattfand. Wilhelm Prediger gab die zwingenden Gründe für ein Bündnis bekannt und offenbarte damit auch ein wenig das Innenleben der Partei. Die politische Organisation, die früher ihren Kern in der Alldeutschen Bewegung hatte, wäre überhaupt nicht vom Fleck gekommen. Prediger verdeutlichte, daß mit einem Mitgliedsbeitrag von 5 Heller monatlich eine politische und wirtschaftliche Organisation nicht bewältigt werden könne, zumal die gewerkschaftliche Seite in der Person ihres Obmannes vom „Reichsbundes deutscher Arbeitervereinigungen Österreichs“ die Beiträge zurückhalten würde – ein Ausdruck des schwelenden Konflikts zwischen den beiden Organisationen. Auslagen müßten von der Presse entnommen werden, die aber nur 2500 Abnehmer habe, eine Tatsache, die für ein Zentralblatt als „beschämend“ angesehen wurde.²¹¹⁵ Diese recht traurige Bilanz führte im Juni 1906 auch zur Einstellung der „Deutschen Arbeiterzeitung“ und zur Herausgabe eines nur auf Deutschböhmen beschränkten Landesorgans, der „Deutschen Arbeiterstimme“, die in Gablonz unter der Leitung des ehemaligen Glasarbeiters Wenzel Enge stand.²¹¹⁶ Auch diese Zeitungsgründung zeigt einmal mehr, wie sehr sie auf örtliche Parteipräferenzen abgestimmt war: In zwei Jahren waren in Böhmen 123, in Mähren aber gerade 19, in Schlesien 11, in Oberösterreich 6, in der Steiermark 6 und in Kärnten 8 Versammlungen von Mitgliedern der Parteileitung abgehalten worden.

Erstmals erwähnte die Reichskonferenz in Prag auch die Zusammenarbeit der Parteileitung mit dem 1905 gegründeten „Deutschen Volksrat für Böhmen“, die noch so manche „Früchte“ tragen sollte. Was Eduard Pichl als „eigenartiges politisches Gebilde wegen der laschen Vertretung deutscher Interessen im Abgeordnetenhaus bezeichnete“, war ein von seinem Präsidenten, dem 1863 geborenen Burschenschafter der Prager Teutonia und Doktor der Medizin Josef W. Titta (1863–1923) in Trebnitz gegründeter, nichtpolitischer überparteilicher Verein. Er vereinigte eine bunte Mischung aus Vertretern politischer Parteien, deutschvölkischer Vereine und Privatpersonen in seinen Reihen und gab in „ehrenamtlicher Tätigkeit“ Richtlinien für ein nationalpolitisches Verhalten vor.²¹¹⁷ Das Hauptaugenmerk richtete sich auf die Jugend und die evangelische Kirche. So gründete der Verein Kinderkrippen, war in der Waisenpflege tätig und unterstützte den deutschen Kirchenbauverein.²¹¹⁸ Vor allem Hans Knirsch pflegte gute Kontakte zum „Deutschen Volksrat“: So nahm er während des ganzen Jahres 1906 regen Anteil an der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen für die nationalpolitische Zweiteilung Böhmens. Georg von Schönerer hatte nicht nur aus diesem Grund, sondern auch wegen der Zusammenarbeit des Volksrates mit christlichsozialen Abgeordneten eine Mitarbeit abgelehnt.²¹¹⁹

2115 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 4f.

2116 CILLER, Alois, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark, S. 96.

2117 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. VI, S. 91.

2118 „Der selbstloseste Kämpfer für deutschböhmisches Macht und Erhaltung. Dr. Titta zu seinem 50. Geburtstag“, In: Volkswehr. Organ der deutschen Arbeiterpartei Österreichs für das nordöstliche Böhmen (Gablonz und Reichenberg), 4. Jhg., Nr. 4 vom 25. I. 1913, S. 1.

2119 CILLER, Alois, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark, S. 97.

Die eher trüben Aussichten der „Deutschen Arbeiterpartei“ veranlaßten Knirsch in Prag vom „Sein oder Nichtsein unserer Bewegung“ zu sprechen. Eine völlige Verschmelzung mit den Freialldeutschen oder Radikalnationalen stand deutlich im Raum. Friedrich Decker betonte die Notwendigkeit zumindest einer gemeinsamer Arbeit, weil die „Arbeiterpartei nicht die erhoffte Entwicklung gezeigt hatte“. Eine wichtige Rolle spielte dabei das allgemeine Wahlrecht, zu dem man eine sehr zwiespältige Haltung einnahm. Pros und contras hielten einander die Waage. Auf einer späteren Landeskonzferenz in Schlesien im März 1906, auf der wiederum Reichsparteiobmann Prediger für die bedingungslose Einführung des Wahlrechts eintrat, kam Ferdinand Seidl auf die Kompromißformel, eine Zustimmung von der vorherigen Sonderstellung Galiziens und der Bukowina abhängig zu machen, um deutsche Mandate zu erhalten.²¹²⁰ Wegen der Undurchführbarkeit des Staatsumbaus kam dies aber einer glatten Ablehnung gleich. Um die Institution aber als solche nicht in Frage zu stellen, einigte man sich auf die Erklärung, daß das allgemeine Wahlrecht wegen der in Erwägung zu ziehenden „Zersplitterung der nationalfreihheitlichen Elemente den Besitzstand der Deutschen in Österreich gefährde“ und es daher nur deswegen – das war der entscheidende Punkt – einen Zusammenschluß der deutschfreihheitlichen Volkskreise unaufschiebbar mache.²¹²¹

Zwar versprach Franz Schreiter als erstes „Einstandsgeschenk“ für eine Verschmelzung 250 Kronen für die marode Parteipresse, was die Parteileitung mit dem „Ersuchen“ an ihn beantwortete, als Beirat in den Presse-Ausschuß einzutreten. Die „Einigungsformel“ stellte jedoch einen mehr als wackeligen Kompromiß dar, der erst nach langen Verhandlungen zustande gekommen war. Demnach sollten die „unter Wahrung ihrer vollständigen Selbständigkeit“ gewählten Vertreter der deutschen Arbeiterschaft dem Verbands freialldeutscher Abgeordneter lediglich als Hospitanten angehören.²¹²² Schon das Statement Schreiters, die Partei müsse tatsächliche Kompromisse schließen, oder sie verzichte auf eine Mitarbeit, bis sie selbst Macht erringen könne, ließ sich als eine wenig verklausulierte Absage an die störrische DAP deuten. Nur die Eisenbahner und Teile der schlesischen Fraktion sollten an einer auch von Wolf gewünschten Zusammenarbeit festhalten. Das Gros der Partei gab sich danach „angewidert vom parteipolitischen Ringen“ und machte im Oktober 1906 die finanzielle Krise verantwortlich für den kurzen bürgerlichen Lapsus.²¹²³

Der einzige Lichtblick für die DAP vor den Reichsratswahlen des Jahres 1907 zeigte sich nach den am 11. November 1906 abgehaltenen Landtagswahlen für Mähren am ansonsten düsteren Firmament. Sie wurden nach dem mährischen Ausgleich des Jahres 1905 erstmals nach nationalen Kurien durchgeführt, dem Nationalkataster, der den Wähler in der städtischen, der ländlichen und der allgemeinen Wählerklasse zum Bekenntnis seiner Volkszugehörigkeit zwang. Jede Nationalität konnte unbehelligt von der anderen abstimmen, nur die Kurie des Großgrundbesitzes blieb

2120 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 78f.

2121 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 9.

2122 Ebd., S. 12.

2123 Deutsche Arbeiterstimme, Nr. 2 vom 10. Oktober 1906.

national gemischt. Dieses auch staatlich geförderte nationale Bekenntnis zu zwei verschiedenen Nationalitäten brachte der DAP auf Anhieb gleich zwei Vertreter in eine gesetzgebende Körperschaft. Der Nordbahnbeamte Karl Prayon und der Iglauer Krankenkassenbeamten Rudolf Müller schlugen am 18. November 1906 in einer Stichwahl ihre sozialdemokratischen Kontrahenten²¹²⁴ und vertraten fortan die DAP als erste gewählte Landtagsabgeordnete in einer gesetzgebenden Körperschaft.²¹²⁵

Ziemlich enrüstet mußte dann die Parteileitung nach diesem Anfangserfolg zur Kenntnis nehmen, daß die „Freialldeutschen“, die liberale „Fortschrittspartei“, die „Deutsche Volkspartei“ und die erstmals antretende „Deutsche Agrarpartei“, eine dem Zeitgeist entsprechende nationalliberale berufsständische Gliederung, am 9. Dezember 1906 in Prag die „Deutsche Einigkeit“ feierten. Auch die „Deutsche Arbeiterstimme“ verstand plötzlich die Welt nicht mehr, als sie die Vorgänge in Prag kommentierte, daß „die Parteien sich ohne Streit die 55 Mandate, die das allgemeine Wahlrecht bringt, untereinander aufteilten. Die Deutsche Arbeiterpartei hat man vergessen, das Bürgertum will in ihrer Einheit von den deutschen Arbeitern nichts wissen“.²¹²⁶ Die Antriebsfeder für diese Einigung war einmal mehr Karl Hermann Wolf gewesen, der sich noch immer an der Bildung einer großen deutschen Nationalpartei interessiert zeigte. Für allfällige Stichwahlen schloß er erneut ein Bündnis mit den Christlichsozialen.²¹²⁷ Beleidigt beschloß die DAP am 16. Dezember 1906 auf einem Parteitag die Aufstellung eigener Zählkandidaten.

Die am 14. Mai 1907 abgehaltenen Reichsratswahlen markierten eine völlige Umgestaltung der Parteienlandschaft: Die Sozialdemokraten, die es 1901 gerade einmal auf 10 Sitze gebracht hatten, starteten zum großen Aufsaugen des linken Lagers und erreichten 86 Mandate.²¹²⁸ Nur mehr die Christlichsozialen konnten diesen eindeutigen Wahlsieg durch Zusammenschlüsse korrigieren. Nach der Einigung der konservativen katholischen Volkspartei und der Tiroler Konservativen mit Lueger, den das christlichsoziale Lager einstimmig zum gemeinsamen Parteiführer wählte, konnte es mit 96 Mandaten im Reichsrat die Sozialdemokraten gerade noch überflügeln.²¹²⁹ Die Lager der Ersten Republik hatten sich endgültig konsolidiert.

Die Wahlen sollten sich andererseits zum Stolperstein für die Schönerianer erweisen, die diese Niederlage zwar geahnt, aber als einzige Partei „standesgemäß“ an der strikten Ablehnung des allgemeinen Wahlrechts festgehalten hatten. Am 14. April gab der Hauptwahlausschuß der Alldeutschen ein „Zukunftsprogramm“ heraus, das jedoch mit der Bezeichnung als politisches Vermächtnis Schönerers der Realität näher gekommen wäre: „Die Deutschen Österreichs werden den Staat auch in Zukunft zu erhalten haben – herrschen wird in diesem Staate der Slawe, der Klerikalismus und das Judentum ... Die Entscheidung über die Wahlreform war die Entschei-

2124 Hieronimus Schoßnickel und Laib Freundlich.

2125 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 80.

2126 Deutsche Arbeiterstimme, Nr. 11 vom 15. Dezember 1906.

2127 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 232.

2128 Aufgeteilt auf vier Fraktionen: 50 deutsche, 24 tschechische, 6 polnische, 5 italienische und 2 ukrainische.

2129 ANDICS, Hellmut, Luegerzeit, S. 330f.

„... das deutsche Volk kann in Österreich für sich allein nichts mehr erreichen, ... es kann nur mehr verlieren, und es bleibt ihm nur die Hoffnung, sein Volkstum durch den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich dauernd zu sichern ...“²¹³⁰ Bereits am 23. September 1906 hatte Schönerer das „Linzer Programm“ endgültig fallengelassen: „Infolge dieser deutschfeindlichen Wahlreform können die nationalen Hauptforderungen der Deutschen, die das Linzer Programm enthält, künftig nicht mehr aufrecht erhalten werden, und dies gilt insbesondere auch in Bezug auf die gesetzliche Sicherstellung der deutschen Staatssprache“.²¹³¹

Die „Zerstörungswut“, die sich gegen alle Institutionen, das Habsburgerreich, das Judentum, das Slawentum, die katholische Kirche und letztlich gegen die eigene Partei richtete, ohne dabei eine einzige positive Randbemerkung zur Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage zu machen, rächte sich nun. Im vormals sicheren Landgemeindebezirk Eger-Wildstein-Graslitz schenken Georg von Schönerer ganze 909 Wähler ihr Vertrauen, während der zum Abgeordneten gewählte Sozialdemokrat Albin Dötsch 4830, der Kandidat der Agrarier 1623 und der christlichsoziale Bewerber 1042 Stimmen erhielten. Eduard Pichl vermerkte: „Ein unbekannter sozialdemokratischer Milchhändler erhielt fünfmal mehr Stimmen und siegte über den ehrlichsten und tatkräftigsten Vorkämpfer für Alldeutschland“.²¹³²

Prominente Alldeutsche wie Schalk, Zeidler, Wüst und Hofer²¹³³ gehörten dem „Alldeutschen Verein für die Ostmark“ gar nicht mehr an und verloren als „unabhängige alldeutsche Wahlwerber“. Stein, Kittel, Ursin, Hanich, Hauck, Türk, Frank und Ziegler unterlagen mit teilweise katastrophalen Stimmenzahlen. Nur die drei Alldeutschen Iro, Malik und Jäger schafften noch den Sprung in den Reichsrat. Gemessen an den 21 Abgeordneten des Jahres 1901 hatte die Partei einen Verlust von 86% eingefahren!

Die Wahlen des Jahres 1907 bedeuteten zwar das politische Aus für die Schönerer-Bewegung – auch ihre drei, im Jahre 1911 gewonnenen Reichsratsmandate blieben unerheblich –, doch überlebte ihre Ideologie.

Sie überlebte auch an Orten, wo man es wahrscheinlich am wenigsten vermutet hätte: Georg von Schönerer übte einen großen Einfluß auf die reichsdeutsche Jugendbundbewegung aus, die von Hamburg ihren Ausgang genommen hatte. Unter seiner Ägide hatte sich auch dort das Bismarck-Bild verändert. Bismarck war zum „nationalen Reformator“ geworden, der das deutsche Volk geeint hatte, damit es die Führerrolle in Europa übernehmen könne. Dieses Bild wurde vollkommen im reichsdeutschen, mittelständischen DHV rezipiert. Erst nach diesem Nachhilfeunterricht aus Österreich erkannten die jungen Handlungsgehilfen in Bismarck „den kraftvollen Förderer deutscher Einheit, einen Mann, der unserem Volke das entschwundene Nationalgefühl

2130 Zitiert in: PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 230.

2131 SCHNEE, Heinrich, Georg Ritter von Schönerer, S. 174.

2132 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 231.

2133 Daneben noch Rott, Spieß und Pollauf.

wiedergab und es lehrte deutsch zu denken“²¹³⁴, wie es 1898 in einem Nachruf hieß. Alljährlich gestaltete sich Schönerers Bismarck-Verehrung in Hamburg durch einen fast religiös anmutenden Ritus zu einem greifbaren Ereignis bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Zwischen Bußtag und Totensonntag gehörten die Kranzniederlegungen im Mausoleum zu Friedrichsruh und ein Kommers ebenso dazu wie die Vorträge der „Ostmärker“. Schönerer und seine engsten Parteigenossen waren stets anwesend. So feierte auch der DHV bald nach akademisch-studentischem Muster Kommerse und verlegte ab 1902 seinen Gründungstag als Ausdruck einer „neuen hohen Pflicht und zur Pflege des Nationalgefühls“, auf den 2. September, den „Sedanstag“. Die Feier anlässlich dieses Tages sollte zu einem „Schutzwall gegen die wachsende Entartung“ werden. Über Bismarck betrieb auch der DHV alldeutsche Geschichtsklitterung: Auf einer 1912 abgehaltenen Festversammlung anlässlich des siebzigsten Geburtstags Schönerers, führte der Vorsitzende des Jugendbundes, Hermann Muthorst, ein geschöntes Bild von Königgrätz ein. Durch die Aufrechterhaltung seiner Verbindungen nach Hamburg habe es Schönerer erreicht, „in Österreich, dem Bismarck doch so schwere Wunden schlagen mußte, nicht nur das Empfinden auszulösen, daß die Trennung 1866 nötig war zur Gesundung des Deutschen Reiches“, sondern es sei ihm darüber hinaus gelungen, „dort in weiten Kreisen Bismarck geradezu zum Liebling des Volkes zu machen“. Warum Schönerers Verhältnis zum Deutschen Reich in manchen Hamburger Kreisen relativ ungetrübt blieb, während die Schönerianer in Österreich längst „weg vom Fenster“ waren, erklärte sich Iris Hamel damit, daß Schönerers „Versagen“ von diesen Gruppierungen nicht wahrgenommen wurde, weil eine kleinerer, verschworener Zirkel junger Leute sein Gedankengut in die Vereine gebracht hatte und es in größere Zusammenhänge einordnen konnte. Hamel gab dafür als Beispiel die Bildungsarbeit des DHV an, die der Gutsherr vom Rosenau mit der Stiftung völkischer Büchereien wesentlich beeinflussen konnte.²¹³⁵

Auch „ganz in diesem Sinne“ änderte der DHV am 14. Juni 1909 seine Satzungen und erweiterte seinen Arierparagrafen, den dieser seit 1894 führte, wonach nunmehr Juden und „in einem bewußten Gegensatz zum Deutschtum stehende Angehörige anderer Nationen oder Rassen“ keinerlei Mitgliederrechte mehr erwerben konnten. Diese „Grundsatzbestimmung“ fand eine derartige Absicherung, sodaß es leichter schien, den ganzen DHV aufzulösen, als den Arierparagrafen abzuändern.²¹³⁶ Die Wichtigkeit für Österreich ergab sich nun dadurch, daß hier bekanntlich seit 1905 ein gleichgeschalteter „Gau Ostmark“ des DHV existierte, der im März 1907 nach den Angaben ihres Obmanns Karl Gröndahl mit rund 5000 Mitgliedern den stärksten Verband der österreichischen Angestelltenorganisationen stellte²¹³⁷, über den die Ideologie Schönerers in der Deutschen Arbeiterpartei quasi durch die Hintertüre wieder an Einfluß gewann.

2134 Zitiert in: HAMEL, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 80.

2135 HAMEL, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 84f.

2136 Ebd., S. 83.

2137 GRÖNDAHL, Karl, Kämpfe und Siege in der Ostmark, Wien 1908, S. 55.

Die „Deutsche Arbeiterpartei“ hatte sich für die Reichsratswahlen des Jahres 1907 noch weniger als die Schönerianer erwartet. Die Wahl des Führers der Eisenbahnergewerkschaft, Otto Kroy, galt daher fast als eine Überraschung, auch wenn er auf der Liste der „bürgerlichen“ Freialldeutschen Wolfs geführt und zu seinen elf Mandataren dazugerechnet wurde. Diesen Schönheitsfehler nahm das DAP-Lager wegen der Verbindungen der Gewerkschaften zu den Deutschradikalen, wie sich die Freialldeutschen nach den Wahlen nun auch offiziell nannten, aber relativ gelassen hin.²¹³⁸ In Dux-Bilin unterlag Franz Hackel hingegen dem Kandidaten der Wolf-Partei und die paar hundert Stimmen, welche die handverlesene Schar der auf einer eigenen Liste angetretenen DAP-Bewerber in Reichenberg und Gablonz erzielten, waren auch eher weniger berauschend. So dürften auch die Angaben in der „Deutschen Arbeiterstimme“, wonach die DAP in ganz Zisleithanien 31.000 Stimmen erhalten habe, eher dem Wunschdenken einiger Funktionäre und der Tatsache, daß in einigen Wahlkreisen die DAP und die Freialldeutschen auf einer Liste kandidierten, zuzuschreiben sein. Das „Statistische Handbuch für das Königreich Böhmen“ weist jedenfalls der gerade in Böhmen am stärksten aufgetretenen DAP unter den um 130 Mandate kämpfenden Parteien von 1.165.962 gerade einmal 3.500 Stimmen zu – gegenüber der Sozialdemokratie mit ihren 447.125 Wählern in Böhmen eine belanglose Ziffer.²¹³⁹

Otto Kroy, der nun nominell zwar freialldeutscher Abgeordneter war, löste sich schnell vom Einfluß Karl Hermann Wolfs und stellte sich in den Mittelpunkt einer „Freien Vereinigung zur Wahrung deutscher Arbeiterinteressen“, zu deren Beitritt er ziemlich großspurig alle deutschen Abgeordneten einlud.²¹⁴⁰ Diesem Aufruf folgten die drei alldeutschen Abgeordneten, sodaß es in dieser Vereinigung wieder zu einem sehr lockeren Bündnis mit dem Rest der Schönerianer kam.²¹⁴¹ Wegen der Koalitionen wurde das Terrain für kleinere, unabhängige Parteien aber immer schlüpfriger: Die 1905 gegründete „Deutsche Agrarpartei“ vereinigte sich knapp nach den Wahlen mit der „Deutschen Volkspartei“ zum regierungstreuen „Deutschnationalen Verband“, dem sich auch die Deutschradikalen anschlossen. Sie zogen damit die Konsequenzen aus dem schwachen Abschneiden der einzelnen deutschnationalen Parteien, allerdings unter Wahrung ihrer „programmatischen Grundsätze“. Aus dieser anfänglichen Allianz bildete sich am 4. Dezember 1908, nachdem auch die „Deutsche Fortschrittspartei“ ihren Beitritt erklärt hatte, der „Nationalverband der deutschfreiheitlichen Abgeordneten“. Der Nationalverband bildete nun auch mit seinem Obmann Julius Sylvester und den Stellvertretern Damm, Gross und Wolf, das dritte Lager neben den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten und war damit zur drittstärksten Fraktion im hohen Haus geworden.²¹⁴²

2138 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 87.

2139 Deutsche Arbeiterstimme vom 25. Mai 1907. Vgl. Statistisches Handbuch für das Königreich Böhmen, Prag 1913, S. 56.

2140 WHITESIDE, Andrew Gladding, Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918, S. 338.

2141 PICHL, Eduard, Georg von Schönerer, Bd. V, S. 235.

2142 Ebd., S. 236.

Auch die DAP kämpfte für eine Zentralisierung in ihren Reihen. Das Ergebnis konnte aber im Gegenteil immer wieder nur „Regionalisierung“ heißen. Diesen Prozeß bestimmten gleich mehrere Faktoren. Einerseits bremste eine Parteipresse, die mangels finanzieller Mittel stark regional gegliedert war, jegliche Zentralisierungstendenzen. Neben der „Deutschen Arbeiterstimme“ kamen ständig neue, wahre „Bezirkszeitungen“ hinzu.²¹⁴³ Daneben existierten auch noch die Fachblätter der Gewerkschaften.²¹⁴⁴ Auch die in den Jahren 1907 und 1908 in Angriff genommene Schaffung von Landesorganisationen wirkte auf die Gesamtpartei nicht gerade wie ein Zusammenhalt. So enthielt das Organisationsstatut, mit dem sich die Arbeitervereine in Schlesien eine eigene Landesorganisation gaben, den vieldeutigen Satz, „Jeder der Organisation angehörende Verein beschließt und wirkt ganz selbständig in seinem Wirkungskreis“. Was zu „seelenruhigen Änderungen des Parteiprogramms“ geradezu einlud, sorgte für ständigen Konfliktstoff zwischen dem schlesischen Obmann Seidl und dem für eine straffere Parteiführung verantwortlichen Burschovsky.²¹⁴⁵

Die größten Schwierigkeiten bereiteten jedoch die nationalen Gewerkschaften, die das eigentliche Rückrat der Partei bildeten. Mit schelem Blick verfolgten sie die politische Tätigkeit „ihres“ Gewerkschaftsführers Kroy im Abgeordnetenhaus, die sie immer dann sofort ablehnten, wenn er damit nicht „erstrebenswerte wirtschaftliche Reformmaßnahmen“ verfolgte. Die divergierenden Interessen einzelner eifersüchtiger Gewerkschaftsführer mischten sich mit dem ihrer Ansicht nach „schlechtem Vorbild“ der Sozialdemokraten, die Gewerkschaften als politische Rekrutenschulen zu betrachteten. Schließlich begünstigte das mäßige Abschneiden bei den Wahlen ein engstirniges Gebietsdenken.

Es waren dies alles Gründe, die für so manchen Gewerkschafter eine politische Betätigung im Reichsrat überhaupt sehr fraglich erscheinen ließ.²¹⁴⁶ So gab sich eine Konferenz der Obmänner der wirtschaftlichen Verbände am 22. Juli 1907 in Wien²¹⁴⁷ der trügerischen Hoffnung hin, auf einer für den 15. und 16. August 1908 einzuberufenden Reichskonferenz eine unabhängige gewerkschaftliche Zentralorganisation und die Errichtung eines Gewerkschaftssekretariats in Wien

2143 Seit 1. August 1906 die von BURSCHOFSKY in HOHENSTADT herausgegebene „Freie Volksstimme“, seit November 1907 die in DUX für Westböhmen erschienene „Deutsche Volksstimme“, seit April 1908 das „Deutsche Arbeiterblatt“ in KARLSBAD und schließlich seit 28. September 1907 ein von Ferdinand SEIDL für Schlesien herausgegebenes Blatt, „Die neue Zeit“.

2144 CILLER, Alois, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark, S. 96f.

2145 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 96f.

2146 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung in Österreich, phil. Diss. (ungedruckt), Wien 1969, S. 55f.

2147 Es traten dabei KROY für die „Vereinigung zur Wahrung deutscher Arbeiterinteressen im Abgeordnetenhaus“, ERTL für die Eisenbahnerorganisationen, GRÖNDAHL für den „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband“, KITTEL für die Parallelorganisation „Handlungsgehilfenverband Anker“, PEYERL für den „Reichsbund deutscher Arbeitervereinigungen Österreichs in Reichenberg“, KNIRSCH für die „Gewerkschaftskommission Aussig“, BURSCHOFSKY und PRAYON für die „Landesorganisation Mähren“, SEIDL für die „Landesorganisation Schlesien“, DANIEL für Niederösterreich und GRACON für die alpenländischen Organisationen auf.

durchführen zu können. Diese in Wien abgehaltene Reichskonferenz führte schließlich zur großen Spaltung.

Den Anlaß dazu gab der Beschluß, eine gewerkschaftlich orientierte „Zentralkommission der deutschen Arbeitnehmervereinigungen“ zu gründen. Der Gewerkschaftsflügel wählte Otto Kroy zum ersten Vorsitzenden, Burschofsky zum zweiten, Gröndahl zum „Rechner“, Ertl zum Schriftführer und Knirsch und Seidl zu ständigen Mitgliedern, während die mehr politisch orientierten Peyerl (Reichenberg), Daniel (Wien) und Fella (Graz), die Konferenz verließen. Sie gründeten am 17. August 1907 eine eigene unabhängige Reichspartei, die „Deutschvölkische Arbeiterpartei“ neben der DAP und den Alldeutschen. Sie blieb jedoch bedeutungslos.²¹⁴⁸

Die politische DAP verfügte im Jahre 1908 mit der „Zentralkommission“ über eine gewerkschaftliche Dachorganisation, die rund 45.000 Arbeiter und Angestellte in zwölf Reichsverbänden und vier Landesvereinen vereinigte und insgesamt 611 Ortsgruppen umfaßte.²¹⁴⁹ Am 1. September 1908 übernahm diese Organisation das Zentralsekretariat in der Wiener Radetzkystraße und bestellte den schon mehrmals erwähnten Alois Ciller alias Cihula zu ihrem Sekretär. Anfangs November 1908 erschien die erste Folge des Zentralorgans „Die deutsche Gewerkschaft“.²¹⁵⁰ Etwa ein Drittel der in dieser dominierenden Zentralkommission zusammengefaßten Arbeiter waren auch im politischen Arm organisiert.²¹⁵¹ Die DAP hatte inzwischen auch in den Alpenländern, wenn auch nur bescheiden, Fuß fassen können. So existierten in Wien und Niederösterreich, in der Steiermark und in Kärnten Gewerkschaftsverbände und Ortsgruppen der Partei nebeneinander. Doch auch die „Zentralkommission“ konnte nicht über den Umstand hinwegtäuschen, daß es viele nationale Gewerkvereine vorzogen, unabhängig zu bleiben. So wurde sogar die Gründung eines „Allgemeinen Gewerkvereines“ notwendig, die Knirsch mit zwei „Neulingen“ durchführte – dem freien völkischen Schriftsteller Hans Krebs und dem Gewerkschafter Walter Gattermayer – um die Vereine auf lokaler Ebene zu koordinieren.²¹⁵² Aus den damaligen Berichten geht sehr deutlich hervor, wie sehr beide Seiten einen „starken Mann“ vermißten, der die Partei und die Gewerkschaften enger aneinander schweißen konnte. So erwarteten fast alle Funktionäre die für den Herbst des Jahres 1909 geplante Reichskonferenz mit ziemlicher Ängstlichkeit. Auf dem Programm stand die Zentralisation der politischen Organisation, ein hilfloses Unterfangen. Der längst dominierende Gewerkschaftsflügel dürfte auch nach dem Scheitern der DAP, bei den Wahlen vom März 1908 in den böhmischen Landtag zu kommen, sein Interesse an einer Lösung verloren haben. Nebenbei hatte auch Franz Stein bei diesen Wahlen sein Landtagsmandat eingebüßt. Die Partei befand sich nicht nur in einer gefährlichen Phase der inneren Zerstrittenheit, sie wies aufgrund ihrer zwei Lager auch eine gänzlich instabile Parteienstruktur auf und stand außer-

2148 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 14f. Vgl. HAUBENBERGER, Leo, Der Werdegang der nationalen Gewerkschaften, S. 48f.

2149 CILLER, Alois, Damals und heute. Entstehung, Kämpfe und Aufgaben der nationalen Arbeiterbewegung, S. 18.

2150 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 17.

2151 Neue Zeit vom 12. Oktober 1907, S. 4. (Wer bildet die Deutsche Arbeiterpartei)

2152 WHITESIDE, Andrew Gladding, Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918, S. 338.

dem wegen der mangelnden Geldmittel vor dem drohenden Zerfall. Wie wenn sie sich zur richtigen Zeit am richtigen Ort befunden hätten, tauchen in den Berichten über die Reichskonferenz das erste Mal die Namen von gleich zwei jüngeren „Draufgängern“ auf, die die Geschicke der DAP in den kommenden Jahren bestimmen sollten, Walter Riehl und Rudolf Jung.

2.4 Der Agitator und der Ideologe

Der am 8. November 1881 in Wiener Neustadt geborene Walter Riehl (1881–1955) schien gewissermaßen erblich vorbelastet zu sein. Sein Großvater, der am 10. September 1820 als Sohn eines Hufschmiedes in Krems das Licht der Welt erblickt hatte, Anton von Padua-Riehl, profilierte sich als Student der Rechtswissenschaften in der Akademischen Legion und wurde 1848 als Vertreter Österreichs im Wahlkreis unter der Enns, für den Bezirk Zwettl/Waldviertel in die Frankfurter Paulskirche entsandt. Er trat der linken „Westendhall“ bei und übte gemeinsam mit dem späteren Unterrichtsminister Carl von Stremayr die Tätigkeit eines Jugendschriftführers aus. Am 14. April 1849 schrieb er etwas in sein Stammbuch, was sich auch sein radikaler Enkel gemerkt haben dürfte: „Scheint es auch so, Deutschland ist für uns Österreicher verloren – ich verliere den Mut und die Hoffnung nicht. Der große Gedanke der Vereinigung mit unseren Brüdern

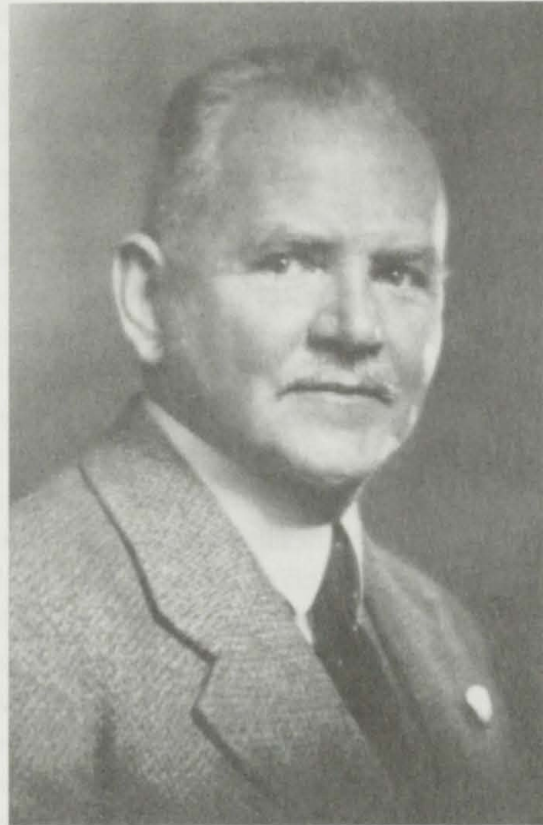


Abbildung 31: Walter Riehl 1881–1955

wird in uns fortleben und wirken – er wird und muß dereinst mehr als taube Blüten bringen“.²¹⁵³ Trotzdem machte er nach seiner Rückkehr nach Österreich und seiner Niederlassung als Rechtsanwalt in Wien und Wiener Neustadt eine beachtliche österreichische Karriere. Anton Riehl war von 1861 bis 1866 Mitglied des Niederösterreichischen Landtages, der ihn von 1861 bis 1870 in den Reichsrat entsandte, von 1856 bis 1866 Mitglied der „Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät“ und schließlich ab 1869 Mitglied des österreichischen Staatsgerichtshofes.²¹⁵⁴

2153 Zitiert in: FIEDLER, Wilfried, Die erste deutsche Nationalversammlung 1848/49. Handschriftliche Selbstzeugnisse ihrer Mitglieder, Liste der Abgeordneten, S. 42f und Blatt 110.

2154 KNAUER, Oswald, Das österreichische Parlament von 1848 bis 1966, Wien 1969, S. 155.

Beim Vater Walter Riehls, dem am 22. Jänner 1852 in Wiener Neustadt geborenen Anton Vinzenz Leopold Riehl, der ebenfalls den Berufsweg des Rechtsanwalts einschlug, überwog eher die liberale über die nationale Gesinnung. Sein großer Bekanntenkreis und sein großes Haus, in dem auch die Führer der österreichischen Sozialdemokratie verkehrten, sollten für den jungen Walter prägend werden. Vor allem die seit den gemeinsamen Tagen im Schottengymnasium bestehende, innige Freundschaft seines Vaters zu Engelbert Pernerstorfer, der dort auch mit Adler und Friedjung die Schulbank gedrückt hatte, sollte ihn sehr stark beeinflussen.²¹⁵⁵

Bei Walter Riehl schloß sich ein Kreis, der über Schönerer und Pernerstorfer, über das Linzer Programm und den Deutschen Schulverein führte. Riehls älterer Freund und politischer Lehrer war nach einem Zwischenstop bei den Deutschnationalen Steinwenders erst 1896 der Sozialdemokratischen Partei beigetreten und stieg dort zum Hauptvertreter eines betont nationalen Flügels auf. Riehl beurteilte seinen „Onkel“ folgendermaßen: „Pernerstorfer war bis ins hohe Alter ein jugendlich begeisterungsfähiger Brausekopf, ... der Sozialismus war für ihn ... eine reine Gefühlsache. Ebenso hielt er es mit seiner deutschen Gesinnung, die er wiederholt frei und ehrlich bekannte, wie mit seinem Kampf gegen die Verjudung der Arbeiterbewegung, gegen die er sich mit aller Macht, wenn auch vergeblich stemmte“.²¹⁵⁶

Walter Riehl verstand unter der „reinen Gefühlsache“ Pernerstorfers „schöngeistigen Sozialismus“, den dieser aus seinem abgebrochenen Studium der Philosophie abzuleiten wußte. Für Pernerstorfer, dessen Weltanschauung von einem starken Gerechtigkeitsinn, gepaart mit einem übermächtigen Nationalgefühl geprägt war, bedeutete der Sozialismus das Erbe „Goethes und Schillers, Kants, Fichtes und Beethovens, das den Massen zugänglich zu machen Pflicht aller geistigen Menschen und zugleich nationale Pflicht“ sei. Diesen Appell des „Zugänglichmachens“ richtete Pernerstorfer hauptsächlich an die studierende Jugend, die sein Pathos und seine Begeisterung weitergeben sollten. Nicht nur Riehl „profitierte“ davon, auch zwei spätere österreichische Bundespräsidenten, Karl Renner und Adolf Schärf, – letzterer nannte ihn einmal einen „wahrhaft väterlichen Freund aller jungen Leute“ – befanden sich unter seinen Zuhörern.²¹⁵⁷ Als nationalliberaler Humanist begründete Pernerstorfer den Sozialismus weitgehend aus der Ethik und stellte seinen wissenschaftlichen Charakter in Frage. So betonte er auf dem sozialdemokratischen Parteitag des Jahres 1901: „Der Sozialismus hängt mit der Wissenschaft zusammen, weil wir die Wissenschaft benützen, soweit sie uns die Handhabe gibt, um unsere Arbeit zu stützen. Aber er hängt von der Wissenschaft nicht ab in dem Sinne, daß die Unrichtigkeit einzelner theoretischer Sätze des Sozialismus seine Unmöglichkeit oder Unwahrscheinlichkeit beweisen könnte“.²¹⁵⁸ Das war nur einer seiner vielen Angriffe auf die „reine Lehre“ und die Gewohnheit, den von ihm strikt abgelehnten Marxismus als

2155 SCHILLING, Alexander, *Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus*, Leipzig 1933, S. 12.

2156 Zitiert in: BRANDSTÖTTER, Rudolf, *Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung*, S. 8.

2157 STADLER, Karl R., Engelbert Pernerstorfer. Zur „deutschnationalen“ Tradition in der österreichischen Sozialdemokratie, in: NECK, Rudolf / Adam WANDRUSZKA (Hrsg.), *Beiträge zur Zeitgeschichte. Festschrift für Ludwig Jedlicka zum 60. Geburtstag*, St. Pölten 1976, S. 52.

2158 Ebd.

selbstverständliche Grundlage des Sozialismus anzunehmen. Während des unter den deutschen Sozialdemokraten ausgebrochenen Streits zwischen „orthodoxen Marxisten“ und „Revisionisten“, zwischen den Anhängern Karl Kautskys und Eduard Bernsteins, galt Pernerstorfer daher fast selbstverständlich als „österreichischer Revisionist“. Es ging ihm dabei jedoch eher um die Betonung des nationalen Momentes. Auch Walter Riehl trat während seiner Zeit als Jungsozialist als Gegner Kautskys auf und bezeichnete sich selbst als einen „revisionistischen Sozialdemokraten“.

Karl Stadler sah in Pernerstorfer den „zweifelloso ersten und letzten Mandatar, dem die österreichische Sozialdemokratie einen solchen Spielraum in der Vertretung seiner Ansichten einräumte“²¹⁵⁹, was sicher davon herrührte, daß er ihr erster, inoffizieller parlamentarischer Vertreter zu einer Zeit war, wo sie ein Wahlrecht noch an der Teilnahme an einer Volksvertretung hinderte. Und Pernerstorfer nutzte diese „Narrenfreiheit“, die ab der Jahrhundertwende immer mehr zu einer Entfremdung zwischen ihm und seinem Jugendfreund Viktor Adler führte. Dabei ging es im wesentlichen um den Konflikt in der Vertretung deutschnationaler oder übernationaler Prinzipien: „Dir bedeutet der österreichische Internationalismus in der Partei einfach die systematische Unterstützung der Slawen und die methodische Zurückdrängung alles dessen, was auf die Entwicklung deutschen Empfindens bei den Deutschen hinausgeht“, warf er Adler vor, der zur selben Zeit wegen seiner deutschnationalen Äußerungen von den Tschechen Prügel bezog.

Was Pernerstorfers Antisemitismus anbelangte, so ist Riehls Sichtweise von einem „Kampf gegen die Verjudung der Sozialdemokratie“ sicherlich überzogen gewesen. Pernerstorfer vertrat eine eigene „humanistische“ Einstellung zum Antisemitismus, die 1883 auch zum erwähnten Bruch mit Schönerer geführt hatte. Seine Haltung, die er dem Rassenantisemitismus gegenüber einnahm, läßt sich am ehesten mit jener Luegers vergleichen. Sie blieb zwiespältig und opportunistisch. So betonte Pernerstorfer einerseits bei vielen Gelegenheiten, kein Antisemit zu sein, andererseits befand er den hohen Anteil an Juden in der Führung der Sozialdemokratie als abträglich für die Arbeiterbewegung. Noch 1934 führte ihn die christliche Arbeiterbewegung nach den Februarereignissen als ihren Kronzeugen gegen den „jüdischen Klüngel“ an. Auf dem Parteitag des Jahres 1897 gab er zu, eine gewisse Abneigung gegen das jüdische Volk, oder zumindest gegen das Gehabe mancher Juden zu empfinden, war aber andererseits wieder stolz auf seine Freundschaft mit dem Juden Adler. An anderer Stelle bezeichnete er das Judentum wiederum als eine „Nation von besonderer Geistigkeit“, dem er damit das Recht auf eine nationale Existenz zusprach.

Ihn wie Andrew Whiteside als Repräsentanten eines „beinahe nationalsozialistischen Flügels“ zu bezeichnen²¹⁶⁰, weil Pernerstorfer während des Ersten Weltkrieges in einer Gegenüberstellung von „Nationalismus und Internationalismus“ von einem erstrebenswerten „nationalen Sozialismus“ gesprochen hatte²¹⁶¹, ist jedoch eindeutig zu weit gegriffen. Am besten hat ihn vielleicht Rudolf Brandstötter in einem Vergleich mit Walter Riehl getroffen, der Pernerstorfer das Mar-

2159 STADLER, Karl R., Engelbert Pernerstorfer, S. 51.

2160 WHITESIDE, Andrew Gladding, Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918, S. 356.

2161 Der Kampf, 9. Heft vom März 1916, S. 101.

kenzeichen eines „Sozialisten mit nationalem Einschlag“ gab, welches sich bei Riehl mit umgekehrten Vorzeichen entwickeln sollte.²¹⁶² Eines aber schien Walter Riehl noch lange zu beschäftigen. Pernerstorfer schrieb im August 1905 in den „Sozialistischen Monatsheften“: „Der Sozialismus und der nationale Gedanke sind nicht nur keine Widersprüche, sie gehören notwendig zusammen“²¹⁶³. Diesem Satz gab er am 28. April 1915 in seiner Polemik gegen den „vom Leben widerlegten Altinternationalismus“ eines Robert Danneberg eine noch drastischere Formulierung, in der sein Antisemitismus auch deutlicher zutage trat als sonst. Was Pernerstorfer als „Typus Danneberg“ bezeichnete, nämlich einen Internationalismus, „der die Nation, ihre Tatsächlichkeit und ihren Rechtsbestand mit Hartnäckigkeit verleugnen möchte und den Gedanken des Nationalismus mit dem Gedanken des Sozialismus unvereinbar hinstellt“, reizte ihn zu einer Frage: „Wer nun sind die sozusagen autoritären Vertreter der Nationslosigkeit und ihre unermüdlichen Prediger? Ein Häuflein von Akademikern, die einen fest geschlossenen Klüngel bilden, der sich anschickt, im entscheidenden Augenblick die Zügel der Parteiregierung zu ergreifen und einen Obersten Gerichtshof bilden, der darüber entscheidet, was waschechter Sozialismus ist. Aber dieses Häuflein besteht nicht bloß aus Akademikern, sondern auch ausschließlich aus Juden“.²¹⁶⁴ Gerade der „Jude Danneberg“ dürfte Pernerstorfer ein besonderer Dorn im Auge gewesen sein. Alexander Schilling schloß anhand einiger Stellen aus den Erinnerungen Riehls, mit welchem Unbehagen Pernerstorfer dessen Festsetzen in der Partei verfolgt haben mußte.²¹⁶⁵ Von diesem Antisemitismus, mit dem Pernerstorfer „internationalen, marxistischen Juden“ begegnete, die die Unvereinbarkeit des Nationalismus mit dem Sozialismus beweisen wollten, hat auch Riehl viel übernommen, zumal er noch mehr versuchte, nämlich die völlige Verschmelzung des vermeintlichen Gegensatzpaares.

Nach der im zweiten Anlauf absolvierten Reifeprüfung im Schottengymnasium und seiner Entlassung aus der Armee als Reserveoffizier, inskribierte Walter Riehl wie sein Vater und Großvater im Wintersemester 1900/01 an der juristischen Fakultät der Universität Wien. Neben einem mittelmäßigen Studium fiel sein Engagement für den „Sozialismus“ auf. Wegen seines Interesses für die Probleme der Arbeiterbewegung führte ihn sein Mentor Pernerstorfer in die Metallarbeitergewerkschaftsortsgruppe der Wiener Neustädter Lokomotivfabrik ein, in der der junge Student schnell zum „I. Mai-Redner“ aufstieg. Bald folgten kurze Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ und in der „Gleichheit“, die eine bunte Mischung aus Antiklerikalismus, Theaterkritiken und seinem konsequent geführten Kampf gegen den Alkoholismus ergaben. Es bahnte sich eine sozialdemokratische, durchaus erfolgversprechende politische Karriere an, die nötigen Beziehungen und ein Rede- und Schreibtalent als intellektueller Background waren vorhanden. Daß Riehls Entwick-

2162 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung, S. 10.

2163 Zitiert In: BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung, S. 10.

2164 Zitiert In: STADLER, Karl R., Engelbert Pernerstorfer. Zur „deutschnationalen“ Tradition in der österreichischen Sozialdemokratie, S. 55.

2165 SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 13.

lung einen anderen Lauf nahm, hing in erster Linie mit dem Zwiespalt zusammen, dem nationale Bürgerliche immer dann ausgesetzt waren, wenn sie mit radikalen Flügeln in der Sozialdemokratie in Berührung kamen. Auch Walter Riehl war ein junger Radikaler, der in seiner Entwicklung zum sozial eingestellten Deutschradikalen kein Echo für seine Ideen innerhalb der Sozialdemokratie gefunden hatte und durch einen radikalen Sozialismus zusehends von der Bewegung entfremdet wurde. Schon in Wiener Neustadt gehörte er nach einer Spaltung einer gemäßigteren Gruppe an – eine für ihn sicher ungewohnte Rolle – und nur zwei Parteitage in Dresden und Leipzig im Herbst des Jahres 1903 hatten scheinbar genügt, um zumindest einen Denkprozeß in Gang zu setzen, der ihn auf den sicheren Weg einer Abkehr von der Sozialdemokratie führte. Ganz typisch für den oben erwähnten Zwiespalt sind Riehls Kritikpunkte, die er in einem Artikel in der „Gleichheit“ über jene zwei Parteitage zusammengefaßt hatte, die sich zu ideologischen Barrieren ausweiten sollten: Er kritisierte darin Karl Kautskys „Erobern“ und nicht „Erschleichen“ von Macht. Riehl stellte in diesem Artikel der Revolution die evolutionäre, demokratische Entwicklung voran, obwohl seine Haltung zum Klassenkampf in seinen frühen Jahren nie ganz eindeutig war. Weiters interpretierte er die latente Abneigung gegen Akademiker, die auch er sicherlich zu spüren bekam, als irreführendes „falsches Klassengefühl“, das sich eigentlich gegen die „oft total unwissenden Kapitalisten als Klasse“ richten sollte.²¹⁶⁶ Zwei Monate später hielt er in einer Sitzung der Abteilung für Rechts- und Staatswissenschaft der Universität Leipzig einen Vortrag, in dem er bereits in der Manier Schönerers von „Allddeutschland“ als einem „Herzensbedürfnis“ sprach und die nationale Frage der sozialen voranstellte.²¹⁶⁷ Als die DAP 1904 gegründet wurde, war Riehl zwar noch immer eingeschriebenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei, doch die innere Wende war bereits vollzogen.²¹⁶⁸

Ein Zufall sollte ihn nach Nordböhmen verschlagen und seinen weiteren Lebensweg bestimmen. Der bereits erwähnte Präsident des „Deutschböhmischen Volksrats“, Titta, rief 1907 nach Richteramtskandidaten aus den Alpenländern, um den deutschen Richterstand zu stärken. Auf Vermittlung Pernerstorfers meldete sich Riehl als einziger und übersiedelte 26jährig nach Reichenberg, wo er einen richterlichen Vorbereitungskurs absolvierte und den Posten eines Askulanten übernahm. Am 7. Februar 1908 promovierte er. Als aus gutbürgerlichem Haus kommender Sozialdemokrat sah er sich schnell mit den bürgerlichen Ressentiments gegen die Tschechen konfrontiert. Eine sich nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts verschärfende nationalistische Demagogie, die in zahlreichen Sokol-Demonstrationen zum Ausdruck kam, und die Verhängung des Ausnahmezustandes nach Unruhen auf dem Prager Graben im Oktober des Jahres 1908 bestärkten ihn in seiner Ansicht, daß die deutsche Sozialdemokratie als einzige nationale Fraktion nichts für das Deutschtum tun würde. Riehl begann im Sommer 1908, seine Gedanken in der „Reichenberger Zeitung“ in Form von kleineren Artikeln niederzuschreiben, wobei er sich

2166 Gleichheit vom 26. September 1903.

2167 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung, S. 15.

2168 WHITESIDE, Andrew Gladding, Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918, S. 340.

schnell einige Schlagworte zurechtlegte. So distanzierte er sich im September 1908 als „revisionistischer Sozialdemokrat“ von den „nationslosen Großbürgern“ der internationalen Sozialdemokratie – ein von jungen Akademikern und Angestellten oft vorgebrachtes Argument für das mangelnde Nationalbewußtsein der Führungsspitze.²¹⁶⁹ Riehls besondere Aufmerksamkeit galt der „sozialen Gerechtigkeit“, wobei er zu dem Schluß kam, daß sie durch eine antinationale Politik nicht verwirklicht werden könne.²¹⁷⁰

Walter Riehl schwebte eine nationale Sozialdemokratie nach tschechischem Vorbild vor, in der die deutschen Arbeiter „klassenbewußte, aber auch nationalbewußte Sozialisten“ sein müßten. Am 12. September 1908 schrieb er in einem Artikel in der „Deutschen Volkszeitung“, daß sich die sozialdemokratische Bewegung nach dem Vorbild der DAP durch den Revisionismus in eine „nationalsozialistische Partei“ verwandeln müsse, zumindest hoffe er dies. Sie könne dadurch auch nichtproletarische Schichten ansprechen und so gemeinsame Ideale verwirklichen. Noch schien für ihn das geographische Element bestimmend zu sein. Während in Wien, im „gemütlicheren Adler-Pernerstorferschen Bannkreis jene revisionistische Richtung bisher keinen Grund zur Abspaltung“ gefunden hätte, würden „die deutschen Statthalter Viktor Adlers in Deutschböhmen“ eine „streng marxistische und antinationale Politik zum Schaden der Arbeiter“ betreiben.²¹⁷¹ An das Bürgertum gewandt, predigte er die nationale Einigkeit gegen die tschechische Bedrohung, woraus ein fanatisches Eintreten für die Zweiteilung Böhmens und die Schaffung einer Provinz „Deutschböhmen“ mit eigener Statthalterei, Landtag, Oberlandesgericht, Universität und Finanzlandesdirektion als ein Recht der Selbstständigkeit aller Nationen wurde. Diese Art von Deutschtum müßten auch die Schönerergetreuen endlich vertreten.²¹⁷²

Auf derselben Schiene lief sein Engagement für die „Jungmannenbewegung“, eine laut ihren Leitsätzen auf gänzlich parteiloser und unpolitischer Grundlage stehende Vereinigung proletarischer Arbeiter, Gesellen und Handwerksburschen, in der Riehl sein Redetalent perfektionierte und auch seinen Hang zu einem den Burschenschaften nicht unähnlichem Aktionismus entwickelte. Aus dieser Zeit taucht auch immer wieder ein Bericht auf, wie Riehl gemeinsam mit einer Gruppe von Jungarbeitern, mit einer schwarz-rot-goldenen Fahne „bewaffnet“, in eine tschechische Gewerkschaftsversammlung platzte, die „Wacht am Rhein“ sang und sich solange mit den Tschechen prügelte, bis die Polizei einschritt und die Versammlung auflöste. Sein früher Biograph Alexander Schilling-Schletter, wie Riehl ein „roter Konvertit“, der sich ursprünglich als Hauslehrer der Familie Renner betätigt hatte²¹⁷³, stellte ganz gezielt einen Zusammenhang des „nationalen Pioniers“, der am liebsten sozialdemokratische Versammlungen gesprengt hätte, mit der SA her: „Im Sturmschritt, die Fahne voraus, eilte Riehl schon zur nächsten Versammlung, die nachfol-

2169 Reichenberger Zeitung vom 2. September 1908, S. 3.

2170 SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, Leipzig 1933, S. 29f.

2171 Deutsche Volkszeitung, Nr. 252 vom 12. September 1908, S. 1.

2172 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung, S. 64f.

2173 HANISCH, Ernst, Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913–1925), S. 392.

genden Steine verfehlten ihr Ziel, das Prinzip, keine tschechische Versammlung in Nordböhmen zu dulden, war gerettet.“²¹⁷⁴ An diesem „Radaumachen“, am Krieg zur Beherrschung der Straße, dürfte Riehl einigen Gefallen gefunden haben. Er glaubte, mit seinen Straßengangs einen solchen Schrecken verbreiten zu können, daß die Tschechen auf die Teilnahme an einer nationalen Politik in Deutschböhmen verzichten würden. Sein Kampf gegen die „tschechische Lohndrückerei“ führte zur völligen Trennung mit der Sozialdemokratie, zuerst von der tschechischen, dann von der deutschen.

Walter Riehl wurde zum „Rattenfänger“, zum Trommler einer jungen Bewegung. Er zog von Ort zu Ort und gründete nach dem Vorbild Tittas Jungmannen-Vereinigungen unter anderem in Reichenberg, Gablonz und Karlsbad. Schnell stieg er dabei zum Führer und Organisator auf. Riehl versuchte den jungen Arbeitern eine Antwort auf ihre Fragen zu geben, warum sie arbeitslos wären oder zu wenig Geld in ihren Lohntüten vorfinden würden. Ihm schien es dabei gleichgültig zu sein, wer sich ihm anschloß, vorausgesetzt er sprach Deutsch und unterstützte seine Ziele. Was Schönerer eine Stufe höher vorexerziert hatte, nämlich mit jungen Studenten zu „arbeiten“ bis er zum verspotteten „Altmeister“ geworden war, wobei für ihn das Wort „Erziehung“ eine immer größere Rolle gespielt hatte und auch später einen bedeutenden Platz in der NS-Ideologie einnehmen sollte, ahmte Riehl mit einer „sozialistischen und zugleich völkischen Erziehung“ in gewisser Weise nach.

Sehr stark dürfte dabei wiederum der Einfluß Pernerstorfers auf Riehl gewesen sein, der selbst bis zum Jahre 1911 im „Deutschen Schulverein“ tätig gewesen war,²¹⁷⁵ Ortsgruppen dieser Organisation zu gründen und Kindergärten für deutsche Mütter ins Leben zu rufen, damit sie ihre Arbeitsplätze nicht an Tschechinnen abgeben mußten. Riehls Tätigkeit blieb nicht unbeobachtet: Das sozialdemokratische Presseorgan „Freigeist“ griff ihn 1908 an und unterstellte ihm eine bürgerlich-intellektuelle Manie. Er würde statt der Aufklärung des tschechischen Lohndrückers als Proletarier, die Gewalt vorziehen. Riehl verfaßte daraufhin in der „Reichenberger Zeitung“ vom 2. September 1908²¹⁷⁶ eine Gegendarstellung, in der er auf den Druck hinwies, den er mit seiner Resolution auf die Unternehmer ausüben wolle, gleichzeitig aber den Spieß umdrehte, indem er die Sozialdemokratie für ihre Mißgunst bei der Verbesserung der Situation deutscher Arbeiter verantwortlich machte und sich am eigentlichen Problem vorbeischwindelte: „Der Haß gegen deutsches Nationalbewußtsein treibt die Internationalen so weit, daß sie sogar die Wohlfahrtseinrichtungen für die deutschen Arbeiter angreifen“, was er als „Klassenidiotismus“²¹⁷⁷ bezeichnete. Nicht ohne Ironie schrieb er in Gedanken an seinen politischen Lehrmeister: „Pernerstorfer sollte einmal in Deutschböhmen sozialdemokratisch zu bleiben versuchen“. Sehr typisch war seine Di-

2174 SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 24.

2175 STADLER, Karl R., Engelbert Pernerstorfer – Zur „deutschnationalen“ Tradition in der österreichischen Sozialdemokratie, S. 49.

2176 Sowohl BRANDSTÖTTER (S. 26) als auch WHITESIDE (S. 341) geben irrtümlicherweise die Reichenberger Zeitung vom 28. August 1908, S. 3 (Zur Antwort) an.

2177 Reichenberger Zeitung, vom 2. September 1908.

stanz zum Bürgertum als eine Art Antwort auf die Kritik, die ihn einerseits der DAP immer näher brachte, andererseits seinen Biographen Schilling veranlaßte, „aufklärend“ einzugreifen und den folgenden Ausfall als einen Ausdruck der „damaligen“ Auffassung Riehls herunterzuspielen²¹⁷⁸: Die deutschen Arbeiter müßten als „nationalbewußte Sozialisten“ Hand in Hand mit den Schichten der Intelligenz und den Angestellten imstande sein, „gegen ihre Feinde, die Bourgeoisie und die slawische Konkurrenz, standzuhalten ... Gerade das kulturelle Erwachen der unteren Klassen, der Beherrschten und Ausgebeuteten, schafft neues Nationalitätsbewußtsein, neue schärfere Abgrenzungen der Nationen gegeneinander, neue eigenvölkische Forderungen“. Riehl versuchte dabei, in den Traditionen der Linksradiكالen des Jahres 1848 denkend, in eine Lücke vorzustößen.

Wenn Riehl auch den Jungmannen seine Bereitschaft zeigte, gegen verhaßte Ausländer Gewalt anzuwenden und sie auf einer großen Arbeiterversammlung in Reichenberg aufforderte, den „internationalen Dusel, der zu eurer Verdrängung führt“ abzulegen, so blieb sein soziales Programm doch noch recht zwiespältig und alles andere als gefestigt: Nach seiner sozialistischen Ausrichtung befürwortete er tschechische Lohnforderungen, von denen auch die deutschen Arbeiter profitieren würden, wenn sie gleichzeitig die Gefahr der Unterbietung verringern würden, nach der nationalen trat er wiederum für alle Maßnahmen ein, die imstande wären, tschechische Arbeiter von deutschen Betrieben fernzuhalten. Ähnlich zwiespältig blieb auch seine damalige Haltung zum Klassenkampf, dem er nicht ablehnend gegenüberstand, der aber seiner Ansicht nach durch die Unterbindung der tschechischen Einwanderung sowieso vermindert oder ganz wegfallen werde.²¹⁷⁹

In seinem für ihn „tollen Jahr“ 1909 zeigte Riehl auch noch keine politische Festigkeit. Er begann nach der Abkehr von der Sozialdemokratie zu experimentieren und offenbarte erste Anzeichen einer politischen Wendigkeit, welche ihn ein Leben lang begleiten sollte. Interessant sind in diesem Zusammenhang seine Annäherungsversuche an Schönerer, mit denen er sich quasi auf eine Spurensuche nach seinem Lehrmeister Pernerstorfer begab. Im Jahre 1908 trat er „aus politischen Gründen“ noch im Zuge der „Los von Rom-Bewegung“ als einer der Letzten zum Protestantismus über. Wenn er bekannte, daß „Georg von Schönerer ... theoretisch mit seinen Ideen recht hatte“ und er ihn als den eigentlichen „Vater der Deutschen Arbeiterpartei“ bezeichnete²¹⁸⁰, so stand er mit diesen Ansichten nicht alleine da, denn eine junge Garde, die bald das Ruder in der DAP übernehmen sollte, fühlte trotz beachtlicher Ressentiments, die sie gegenüber dem Gutsherren von Rosenau hegten, eine gewisse Leere, die nach seinem Ausscheiden aus dem Reichsrat 1907 entstanden war. Auch Hans Knirsch bedauerte in seinen Privatbriefen an Zeidler, daß man Schönerer zu schnell vergessen habe, diesen „Sargnagel des Erzhauses“, der wegen seiner Haßtiraden auf das Haus Habsburg erst so richtig berühmt geworden wäre.²¹⁸¹ Walter Riehl kam im Februar 1909 zu der Überzeugung, daß er die Sozialdemokratie nicht reformieren könne, denn

2178 SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 28, FN 1.

2179 WHITESIDE, Andrew Gladding, Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918, S. 34f.

2180 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung, S. 18 und 26.

2181 ZEIDLER, Rudolf, Hans Knirsch. Ein sudetendeutscher Edelmensch, S. 97.

ihre festgefahrenen Lösungsversuche des Nationalitätenproblems seien alle wertlos, aber auch die Versprechungen der radikalen Nationalisten seien nicht aufrichtig, weil sie zu bürgerlich wären. Nur eine Partei, die die Kräfte des Sozialismus und des Nationalismus zu einer Einheit verschmelzen könne, wie es die DAP als eine „zukunftsvolle Bewegung“ imstande wäre, könnte auch die Rettung des Deutschtums in Österreich bringen, womit er seinen Beitritt besiegelte.²¹⁸²

Zum ideologischen Zwillings des Agitators wuchs der nur sechs Monate später, am 16. April 1882 als Sohn eines Eisenbahnbeamten in Plass bei Pilsen in Böhmen geborene Ingenieur Rudolf Jung (1882–1945) heran. Nach dem Besuch der Volksschule in Iglau absolvierte er die Oberrealschule und die Technische Hochschule in Wien und trat nach Ableistung eines Einjährig-Freiwilligenjahres bei der Marine in den Dienst der Nordwestbahn.²¹⁸³ Im April 1909 versetzte ihn die Nordwestbahnwerkstätte Floridsdorf-Jedlersee wegen seiner gewerkschaftlichen Betätigung im „Reichsbund deutscher Eisenbahner“ nach Reichenberg, wobei die Verfassung der Leitsätze der völkischen Gewerkschaften eine Rolle gespielt haben dürften.²¹⁸⁴ Gleich am ersten Tag seines Aufenthalts machte er beim Besuch einer sozialdemokratischen Veranstaltung die Bekanntschaft mit Walter Riehl, woraus sich eine enge Freundschaft entwickeln sollte.²¹⁸⁵ Jung, der seine Jugend größtenteils in der deutschen Sprachinsel Iglau verbracht hatte und später in Wien als Mitglied der Burschenschaft „Markomania“ in Schutzvereinen wie der „Südmark“ tätig gewesen war, versteifte sich sehr schnell auf die Idee, daß die tschechische Einwanderung ein Teil einer umfassenden Verschwörung sei, die darauf abziele, die Deutschen aus ihrer angestammten Heimat zu vertreiben. Nach seinem Beitritt zur DAP, der vermutlich gemeinsam mit Riehl erfolgte, plante er, eine Theorie der Gesellschaft zu schreiben, welche die marxistische an Gründlichkeit übertreffen sollte.

2.5 Eine Neugründung der Partei?

Die für den 31. Oktober und 1. November 1909 im Säulensaal des „Deutschen Hauses zu Prag“ einberufene Reichskonferenz, die für die Gewerkschaften und die politische Organisation getrennt abgehalten wurde, warf für ihre Teilnehmer ungünstige Schatten voraus: Ein von der Reichsparteileitung am 29. Juni 1909 in Aussig entworfener Antrag, „ohne Rücksicht auf andere politische Parteien, eigene Wege zum Wohle des arbeitenden Volkes“ gehen zu wollen²¹⁸⁶, veranlaßte den deutschradikalen Wolfianer Stransky, diese Sichtweise zu verwerfen. Er erklärte im Namen der

2182 Reichenberger Zeitung vom 8. Februar 1909, S. 4.

2183 Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Tagblatt-Archiv, Mappe Jung. Vgl. Archiv zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, Personenarchiv Lade 21 Mappe 37. Irrtümlicherweise bezeichnete Andrew WHITESIDE JUNG als „einfachen Eisenbahnarbeiter“ und „Lokomotivführer“, WHITESIDE, Andrew Gladding, Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918, S. 343.

2184 Der Tag (Dux) vom 5. 5. 1920, S. 3.

2185 SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 56.

2186 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 130.

deutschnationalen Arbeiter seines Wahlbezirks und der deutschen Eisenbahner, daß sich die völkische Arbeiterschaft politisch gefälligst in den Reihen der Deutschradikalen Partei zu organisieren habe. Dieser Streit provozierte den Austritt Otto Kroys aus dem Reichsbund deutscher Eisenbahner, der in der ersten Oktoberwoche des Jahres 1909 erfolgte.²¹⁸⁷

Der gewerkschaftliche Teil des Parteitages, die Reichskonferenz, an der 156 Vertreter teilnahmen, zeigte erstmals eine Gliederung nicht nach Orten, sondern nach Organisationen der „Zentralkommission der vereinigten deutschen Arbeitnehmerorganisationen“. Ein 1907 gegründeter „Bund deutscher Arbeiter Mährens“, der unter der Leitung Ferdinand Burschofskys stand, diente als Sammelstelle für deutsche Arbeiter, die dann den einzelnen, schon bestehenden Berufsgewerkschaften zugewiesen wurden. Auffällig ist überhaupt die bereits stark fortgeschrittene berufsständische Gliederung und das Novum von Gegenseitigkeitsverträgen mit reichsdeutschen Fachgewerkschaften. Die Aufnahme eines 3000 Mitglieder zählenden „Vereines der deutschen Staatsbeamten Niederösterreichs“ ließ bereits eine Öffnung zum Angestelltensektor erkennen.²¹⁸⁸

Erstmals berichteten Walter Riehl und Rudolf Jung gemeinsam auf der Reichskonferenz und auf der anschließenden Parteikonferenz für die politische Organisation über die Jungmannenbewegung in Böhmen. Da sich die bestehenden Ortsgruppen als zu wenig schlagkräftig erwiesen hätten, wollte Riehl sie einem in Gründung befindlichen allgemeinen Gewerkverein für das ganze Reich anschließen. Über das Wie des Zusammenschlusses erging der Auftrag zur Entscheidung an die Zentralkommission, in die Ferdinand Ertl vom „Reichsbund deutscher Eisenbahner“ zum Vorsitzenden, Burschofsky als Obmann der mährischen Landesorganisation zum Stellvertreter sowie Gröndahl vom DHV und Nezesany vom „Verein der deutschen Staatsangestellten Niederösterreichs“ zu Schriftführern gewählt wurden.

Ein besonderes Augenmerk legte die Parteikonferenz auf den von den Deutschradikalen Wolfs erhobenen Vorwurf der nationalen Zersplitterung, nachdem ihnen die völkischen Arbeiter immer mehr entglitten wären. Ertl betonte noch einmal zur Bekräftigung, daß nur eine eigene, unabhängige deutsche Arbeiterpartei eine Stütze im Parlament wäre und die internationale Sozialdemokratie überwinden könne.²¹⁸⁹

Riehl bemerkte dazu in einem späteren Brief aus dem Jahre 1916: „Unser Gewissen war rein, als uns der Vorwurf der nationalen Zersplitterung entgegengeschleudert wurde.“ In diesem Schreiben kam er auch noch einmal auf den „Gründervater Schönerer“ und auf die Emanzipation der Partei zurück: „Die deutschvölkische Arbeiterbewegung ist eine Schöpfung alldeutscher Idealisten, die unsere deutsche Arbeiterschaft aus fremdrassigen Händen befreien und zu deren eigenem Heil auf die Pflicht zur völkischen Mitarbeit fürs Deutschtum erziehen wollte. Mit dem Anwachsen der Bewegung kam der dringende Wunsch nach gesonderter Parteistellung. Von meiner Wenigkeit, als Obmann der nordböhmischen Jungmannen, kam das Signal ... Wir, die damaligen

2187 Ebd., S. 131.

2188 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 21f.

2189 Ebd., S. 34.

Sturmtruppen, hatten den ganzen Gegenstoß, der bis dahin unsere heutige Partei beherrschenden, in Böhmen allmächtigen Deutschradikalen auszuhalten“.²¹⁹⁰ Die DAP sollte durch eine straffe, zentrale Organisation zur Eigenständigkeit gebracht werden, was die Prager Parteikonferenz 1909 auch mit nur sechs Gegenstimmen in einen Beschluß faßte.

Mit dieser Neuorganisation der DAP, die viele überhaupt als eine Neugründung deuteten, blieb nun wieder vieles offen. Walter Riehl erwies sich nun als der Mann, der zum geeigneten Zeitpunkt am richtigen Ort war. Wieder in Reichenberg, gründete er am 15. November 1909 gemeinsam mit Jung eine Parteiorganisation der DAP.²¹⁹¹ Damit waren aber auch „berufliche Veränderungen“ verbunden, die nicht ganz ungezwungen erfolgten. Rudolf Jung wurde im Frühjahr 1910 erneut wegen seiner politischen Betätigung, diesmal aus „Dienstrücksichten“, nach Iglau versetzt, wo er sofort mit Hans Krebs Kontakt aufnahm. Walter Riehl mußte aus dem richterlichen Dienst ausscheiden, weil ihm das Oberlandesgerichtspräsidium seine „alldeutschen“ Allüren als Hochverrat ankreidete. Nach einem weiteren Rausschmiß bei der Stadtgemeinde Reichenberg, diesmal wegen „sozialistischer Umtriebe“, übersiedelte er nach einem kurzen Aufenthalt in Aussig nach Karlsbad, wo er schon früher eine schlagkräftige Jungmannenorganisation gegründet hatte. Riehl bemerkte dazu: „Ich mußte meine schöne ‚Arbeitnehmer‘-Beamtenstelle in Reichenberg aufgeben und in dem unsicheren, einzig offenbleibenden ‚Unternehmer‘-Rechtsanwaltsberufe mein Fortkommen suchen“.²¹⁹² Bei beiden ist das Gefühl, nunmehr als „Dissidenten“ ihr Dasein fristen zu müssen, psychologisch nicht zu unterschätzen.

Im Dezember 1909 bereitete die unter der Leitung Ferdinand Burschofsky stehende Landesorganisation Mähren einen Antrag in Ausführung der Beschlüsse der Reichskonferenz vor, den Namen der DAP in „Deutschsoziale Partei“ umzuwandeln. Durch die Eliminierung des Wortes „Arbeiter“ sollte ein fiktiver Raum für andere Bevölkerungsschichten geschaffen werden, um eine breitere Basis zu finden.²¹⁹³ Dieser Entschluß, bei dem wiederum eher die finanzielle Misere eine Rolle gespielt haben dürfte als eine plötzliche Rückbesinnung Burschofskys auf die Gedankenwelt eines Franz Stein, zeigt andererseits die noch immer mangelnde ideologische Ausrichtung. Auch Hans Knirsch träumte im Jahre 1908/09 in seinen Briefen von einer Öffnung der Partei, einer Forderung, die er immer energischer erhob: „Wir werden sicher auch im deutschen Bauernhaus Wurzeln schlagen. Der Bauer mußte es einsehen, daß, wenn wir für die Besserstellung, die wirtschaftliche Hebung des Arbeiters eintreten, wir auch seine Interessen indirekt wahren ... Und auch die Herren Gewerbetreibenden ... werden begreifen, daß des Lohnarbeiters Wohl mit dem Wohle aller erwerbenden, schaffenden Bevölkerungsschichten eng verknüpft ist“.²¹⁹⁴ „Arbeiter ist jeder, der arbeitet. Ob das mit den Muskeln des Armes oder mit dem Gehirn geschieht, spielt

2190 Wohin geht der Weg?, Feldpostbrief von Dr. Walter Riehl vom 3. November 1916, Zitiert In: SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 68f.

2191 SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 57.

2192 Ebd., S. 69.

2193 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung, S. 73.

2194 ZEIDLER, Rudolf, Hans Knirsch. Ein sudetendeutscher Edelmensch, S. 75, 78 und 108.

hierbei keine Rolle ... Vor allem halte ich es für notwendig, aus unseren Reihen den Gedanken des Klassenkampfes fernzuhalten. Ein Sozialismus, der nur die Proletariatschaft und ihre entproletarisierten Führer kennen will und alle anderen vom Rechte aufs Dasein ausschließen will, ist nach meinem Dafürhalten nichts anderes als die Absicht des Karl Marx, die deutsche Nation zu sprengen ... Wir haben die Deutsche Arbeiterpartei geschaffen, damit die deutschen Menschen ihre Klassengegensätze langsam verlieren und sich nur mehr als Söhne des Volksganzen betrachten“.²¹⁹⁵

Am 9. Jänner 1910 fand in Bodenbach der Landesparteitag der DAP Deutschböhmens statt, auf dem es im wesentlichen um den Antrag der Mährer auf Umwandlung des Parteinamens ging, der jedoch keine Zustimmung fand. Die Rednerliste verrät das nun tonangebende Trio Riehl, Jung und Knirsch, die über die Organisation und die Aufgaben der DAP sprachen. Walter Riehl kam dabei auch zu seinen ersten offiziellen Parteiehren: Gemeinsam mit Rudolf Jung, der wie Riehl damals noch in Reichenberg ansässig war, wurde er mit Knirsch (Dux), Leo Wenzel (Bodenbach), Adam Fahrner (Prag), Grimm (Karlsbad), Gülden (Kosten), Knappe (Gablonz), Möwald (Hohenelbe) und Neugebauer (Eger) in die Landesparteileitung Böhmens gewählt.²¹⁹⁶

Mit diesen Aussichten auf eine politische Karriere betätigte sich Riehl nun auch als Zeitungsgründer. Ab dem 2. April 1910 erschien die von ihm ins Leben gerufene „Deutsche Volkswehr“ in Gablonz. In der Nullnummer verkündete er schon recht programmatisch: „Die herrschenden, wirtschaftlichen Zustände, die den bescheidensten Menschenrechten und Lebensbedürfnissen der deutschen Arbeiterschaft in keiner Weise Rechnung tragen, forderten die Arbeiter zum schärfsten Kampf gegen das rücksichtslose Ausbeutertum der kapitalistischen Klasse auf ... Von den Sozialdemokraten trennt uns die nationale Kluft und die Verbindung der roten mit der gelben Internationale. Wir sind Sozialisten im Sinne einer schrittweisen Evolution. Wir haben als Arbeitnehmer kein Interesse an der Herrschaft über fremde Völker. Wir wollen nur im überwiegend deutschen Gebiet die deutsche Arbeiterschaft, die wir vertreten, ungeschmälert erhalten und ihr die Früchte ihrer Arbeit zuführen“.²¹⁹⁷

Riehl hatte noch immer deutliche Abgrenzungsschwierigkeiten. Noch immer mischten sich Marxsche Theorien unter ein klares Bekenntnis zur demokratischen, evolutionären Erringung von Macht. In einem Artikel in der „Deutschen Volksstimme“ vom 30. Juli 1910 wurde er schon etwas deutlicher: „Es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie! ... Gläubig beten bald seit 50 Jahren tausende Proletarier die alte marxistische Theorie nach: Der Klassenstaat der Bourgeoisie könne nur durch den revolutionären Umsturz der Gesellschaft beseitigt werden ... In den letzten Jahren hatten gleichwohl einige mutige Männer in der Sozialdemokratie gewagt, ihrer Partei den gründlichen Irrtum ihrer Politik aufzuzeigen. Zuerst eine kleine Gruppe der verhassten Revisionisten, ... die da gegen den Strom schwammen und dem irregeleiteten Volk bewiesen, daß

²¹⁹⁵ Ebd., S. 93.

²¹⁹⁶ BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 140.

²¹⁹⁷ Deutsche Volkswehr vom 2. April 1910.

nur im Verein mit dem Bürgertum die Macht des Pfaffen und des Junkers gebrochen werden kann. Aber feige verkroch sich damals der Revisionismus und unheilvoll waren die Folgen für das deutsche Volk ... Und nicht minder falsch ist die andere sozialdemokratische Theorie, der Internationalismus ... In Österreich, dem Lande der nationalen Frage, findet nun die internationale Theorie ihren endgültigen Zusammenbruch. Der Abfall der tschechischen Genossen, die Zertrümmerung der internationalen Gewerkschaften, das sind Antworten bitterster Ironie auf das internationale Getue ... Der weltgeschichtliche Fehler der Sozialdemokratie aber ist, daß sie die Lehren ihrer Begründer wie die ‚Heilige Schrift‘ als ‚Blümchen rühr‘ mich nicht an‘ betrachtet; statt die Theorie fortzubilden, ist die Partei seit Jahrzehnten völlig unfruchtbar, verrostet. Gleichwie in der katholischen Kirche wird jeder ‚Modernist‘ als Ketzer verbrannt! Schon ein Anzweifeln der Unfehlbarkeit des Parteiheiligen Marx ist eine Todsünde! Was aber wollen wir moderne Sozialisten? Sollen wir, die wir die Richtigkeit des neuen reformistischen Sozialismus und die Notwendigkeit des Nationalismus erkannten, uns feige hinter das Diktat der Alten ducken? Nein, es gilt ein neues Geschlecht von Kämpfern heranzubilden, das in feuriger Liebe zur eigenen Nation, auf völkischer Grundlage die soziale Befreiung erkämpft. Wir wollen den unfruchtbaren falschen Theorien zum Segen unseres Deutschvolkes eine neue Lehrer entgegensetzen: ‚Heil dem nationalen Sozialismus!‘“²¹⁹⁸

Harald Bachmann hat die Spekulation Andrew Whitesides, bei einem stärkeren Einfluß des deutschnationalen Flügels auf die sozialdemokratische Parteiführung – vergleichbar demjenigen der tschechischen Nationalisten auf die tschechoslawische Parteiführung – wäre die nationalsozialistische Bewegung nicht entstanden²¹⁹⁹, wegen der unüberwindlichen ideologischen Schranken zwischen dem deutschen Bürgertum und der internationalen deutschen Sozialdemokratie heftig beeinsprucht.²²⁰⁰ Gemessen an der immer mehr an Bedeutung gewinnenden Person Walter Riehls liegt Whiteside mit seiner Meinung aber nicht ganz unrichtig: Bei Riehls schmerzlicher Abrechnung mit der Sozialdemokratie, bei der er einmal mehr den Parteitag des Jahres 1903 als persönliche Wende anführte, trennte er sehr deutlich den von ihm gutgeheißenen Sozialismus von der Sozialdemokratie. Sie betriebe nur eine falsche Politik, die er nicht korrigieren könne. Indem er nun all diese „Fehler“ auf Marx zurückführte, gelang es ihm für sich selbst als „modernem Reformsozialisten“, die Partei zu dämonisieren und so aus seinem persönlichen Dilemma herauszukommen. Ab diesem Zeitpunkt erfolgte in seiner Zeitung erstmals die Gleichsetzung der Sozialdemokratie mit dem Kommunismus.

Die vom 30. bis 31. Oktober 1910 in Teplitz-Schönau abgehaltene Reichskonferenz, zugleich der „Dritte deutsche Gewerkschaftskongreß“, zeigte einen weiteren Zuzug der Berufsverbände, die der Zentralkommission angeschlossen waren, während diese auch die gemischten Gewerkver-

2198 Deutschen Volksstimme vom 30. Juli 1910

2199 WHITESIDE, Andrew Gladding, Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918, S. 347.

2200 BACHMANN, Harald, Sozialstruktur und Parteientwicklung im Nordwestböhmischem Kohlenrevier vor dem Zusammenbruch der Monarchie, S. 284.

eine langsam aufsaugen konnten. Mit der Umwandlung der noch bestehenden lokalen Arbeitervereine in Ortsgruppen des „Allgemeinen deutschen Gewerkvereines“ sollte auch die planmäßige Eingliederung in die berufsgewerkschaftliche Organisation vollzogen werden. Dazu kam eine fühlbare Dominanz der Organisationen der sogenannten „Stehkragenproletarier“, die sich immer mehr von der Industriearbeiterschaft entfernten, was schon an den Tagesordnungsthemen des Kongresses, wie „Lebensfragen der Staatsbeamten und Staatsbediensteten“, „Pensionsversicherung der Privatangestellten“ und „Wohnbaugenossenschaften“ ablesbar ist. Den Vorsitz in der Zentralkommission hatte inzwischen Ertl an Gröndahl vom DHV abgegeben.²²⁰¹ Alois Ciller gab für das Jahr 1910 den „Reichsbund deutscher Eisenbahner“, der nun seinen Sitz in Wien hatte, mit über 120 Ortsgruppen und 12.000 Mitgliedern und den „Deutschen Handlungsgehilfenverband“ mit 141 Ortsgruppen und 7.926 Mitgliedern gegenüber 61 Ortsgruppen und 3.169 Mitgliedern im Jahre 1906 an. Diese beiden Organisationen stellten auch die zwei stärksten, im Wachsen begriffenen Gewerkschaftsorganisationen dar.²²⁰² Dahinter folgte lange nichts. Beispielsweise verfügte der 1907 aus dem „Gewerkverein deutscher Gürtlergehilfen“ hervorgegangene „Deutsche Metallarbeiterverband“ trotz des großen Berufsstandes 1910 über gerade einmal 15 Ortsgruppen.²²⁰³ Der mit dem „Reichsbund deutscher Eisenbahner“ längst verbündete Beamtenverein hatte sich diesem 1910 nach einer regen Agitationstätigkeit Jungs, der deswegen endgültig aus dem Eisenbahndienst ausscheiden mußte und eine hauptberufliche Anstellung bei der DAP annahm, aufgrund der Verstaatlichungswelle der Eisenbahnen in einer „Deutscherklärung“ weiter angenähert, während die „Internationalen“ ausschieden. Im November 1910 änderte der Beamtenverein seinen Namen in „Deutschösterreichischer Eisenbahnbeamtenverein“. Eine endgültige Fusion mit dem Reichsbund erfolgte aber erst am 4. April 1921, nachdem laut Leo Haubenberger mit der Einführung des Arierparagraphen im Beamtenverein das letzte Hindernis beseitigt worden war.²²⁰⁴

In Teplitz-Schönau nahm sich die Reichskonferenz auch dem Schicksal der Jungmannenbewegung an. Gröndahl sprach sich gegen eine Eingliederung der Verbände in das parteipolitische Lager aus und befürwortete eine Abtrennung jener Organisationen, die einen stärkeren Einschlag an Arbeiterjugend aufzuweisen hätten. Die übrigen Jungarbeiter sollten ab dem erreichten 17. Lebensjahr in die (berufs)gewerkschaftliche Organisation eingegliedert werden. Walter Riehl, der seine bisherige Aufbauarbeit in Gefahr sah, beantragte wiederum die Schaffung einer Reichsvertretung deutscher Jugendorganisationen in Wien, dem sich die deutsche Arbeiterjugend nach dem Ortsgruppenprinzip anzuschließen hätte. Daneben wäre die gewerkschaftliche Organisation durchzuführen.²²⁰⁵ Riehls Antrag wurde zwar angenommen, doch gründeten Willibald Tscherner und Eduard Rieger am 8. Jänner 1911 im „Deutschen Haus zu Prag“ im Auftrag der „Zentral-

2201 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 35f.

2202 CILLER, Alois, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark, S. 107f.

2203 Ebd., S. 109.

2204 HAUBENBERGER, Leo, Der Werdegang der nationalen Gewerkschaften, S. 16.

2205 Deutsche Arbeiter-Zeitung, 3. Jhg., Nr. 5 vom 14. 2. 1914, S. 2.

kommission deutscher Arbeitnehmerverbände“ den „Reichsverband deutscher Arbeiterjugend Österreichs“. Sie legten ihn mit seinem Sitz in Iglau in die Hände des dort tätigen Hans Krebs, der ab 1. April 1911 ein eigenes Blatt, die „Deutsche Arbeiterjugend“ herausgab. Eine Art Gaugliederung erfolgte durch den Arbeitsplan und nach der Zuständigkeit für Versammlungen und Ortsgruppengründungen. Trotzdem läßt sich daran sehr gut ermesen, welch große Aufmerksamkeit Partei und Gewerkschaft der Erziehung der Jugend geschenkt hatte: Demnach ging Westböhmen leitungsmäßig an Walter Riehl (Karlsbad), Nordwestböhmen an Otto Ditrich (Teplitz), Nordostböhmen an Willibald Tscherner (Reichenberg) und das größte Stück des Kuchens, nämlich die Alpenländer, Mähren und Schlesien an Hans Krebs. Krebs wurde auch zum ersten Obmann, Ditrich zum Stellvertreter, Alfred Nowak (Wien) zum 3. Obmann, Rudolf Jung (Iglau) zum Schriftführer und Willibald Tscherner zum 2. Schriftführer gewählt. Als Ausschußmitglieder scheinen Hans Wagner (Salzburg), Albert Mauller (Linz), Burgstaller (Graz), Burschofsky (Hohenstadt) und Alfred Hannawald (Karlsbad) auf, während Riehl lediglich im Überwachungsausschuß saß.²²⁰⁶ Zweifellos hatte er damit eine schwere Niederlage erlitten.

Drei Monate zuvor, auf dem Teplitzer Reichsparteitag am 1. Oktober 1910, der an die Gewerkschaftskonferenz anschloß, sah die Welt für Walter Riehl noch rosiger aus: Die Delegierten wählten ihn neben Ertl, der als Vorsitzender bestätigt wurde, mit Jung, Prediger (Gablonz), Burschofsky (Hohenstadt), Kraus (Wien), Mauller (Linz) und Posch (Villach) in die Reichsparteileitung. Riehl hatte auf dem Parteitag vor dem Hintergrund stockender Ausgleichsverhandlungen der Regierung zwischen Deutschen und Tschechen die territoriale Teilung Böhmens gefordert und damit eine breite Zustimmung gefunden. Als einen weiteren großen Schritt konnte das Erfolgsduo Riehl-Jung auch die Übertragung der Ausarbeitung des neuen Parteiprogrammes für sich verbuchen, mit der die Reichsparteileitung zunächst nur Rudolf Jung betraut hatte. Möglicherweise auf Riehl ging das totale Alkoholverbot während der Konferenz und des Parteitages zurück.²²⁰⁷ Eine gewisse Skepsis des gewerkschaftlich dominanteren Zweiges gegenüber den beiden Aufsteigern fällt jedoch auf. Bei der Wahl in die Zentralkommission fanden sie jedenfalls keine Berücksichtigung.

Am 11. Dezember 1910 sah sich die Parteileitung der DAP erneut genötigt, eine Grenze zu den anderen Parteien zu ziehen. Die Erklärung, die aus der Feder Walter Riehls zu stammen scheint, fiel jedoch im Wortlaut wieder etwas milder aus: „Eine Partei welche sich Arbeiterpartei nennt, hat naturgemäß die Arbeiterschaft, die Arbeiterklasse, politisch zu vertreten. Wir verwerfen jedoch den Standpunkt der Sozialdemokratie, die den Klassenhaß gegen andere Gesellschaftsschichten lehrt, welche für sich selbst nur das gleiche Recht wie wir in Anspruch nehmen. Für die wirtschaftlichen und politischen Interessen anderer Klassen des deutschen Volkes tritt unsere Partei nur insoweit ein, als diese mit den Interessen der Arbeiterschaft nicht in Widerspruch stehen. Mitglied der Partei kann natürlich jeder Deutsche sein, der sich ausschließlich zu den Grundsät-

2206 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 159f.

2207 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, S. 41.

zen der Deutschen Arbeiterpartei bekennt. Wir verweisen darauf, daß die Betonung des Klassenstandpunktes nur die Folgerung aus dem Bestreben ist, die politische Vertretung nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen der aus Arbeitnehmern bestehenden Mehrheit des deutschen Volkes einzurichten. Als eine nationale und freiheitliche Partei erachten wir ein enges Zusammenarbeiten mit den übrigen deutschfreiheitlichen Parteien in rein völkischen und freiheitlichen Belangen als im Lebensinteresse unseres schwer bedrohten Volkes in Österreich gelegen“. ²²⁰⁸ Von einer Scharnierfunktion zwischen Sozialdemokraten und bürgerlichen Deutschradikalen schien die DAP weit entfernt zu sein. Dennoch ist Rudolf Bradstötter zu korrigieren, der die Auffassung vertrat, daß die DAP weiter auf dem Klassenstandpunkt stand und sich allzu weit von einer Volkspartei entfernt hatte. ²²⁰⁹ Gerade diese Deklaration läßt sich als ein bedeutendes Signal für eine Öffnung innerhalb der Partei verstehen, besonders wenn man den sehr weitgefaßten Begriff des „Arbeiters“ Hans Knirschs berücksichtigt, der immer deutlicher dem Begriff des „Arbeitnehmers“ wich. Ansonsten sind die Formulierungen betont schwammig, sie konnten daher vieles heißen, außer einer streng dogmatischen Festlegung.

2.6 Die letzten Reichsratswahlen der Monarchie

Bereits nach vier Jahren zerbrach das erste, nach dem allgemeinen Wahlrecht konstituierte „Volksparlament“. Diesmal machte es die tschechische Obstruktion beschlußunfähig. Am 31. März 1911 löste sich der Reichsrat mittels eines kaiserlichen Dekrets auf, welches die Durchführung von Neuwahlen in ehemöglichster Frist anordnete.

Die DAP ging schon viel aufrechter in diese „zweite Wahl“ nach dem Jahre 1907: Am 4. April 1911 kündigte sie in einem Wahlaufuf die Aufstellung von ungefähr 20 selbständigen Kandidaten an. Der Name Walter Riehls fand sich wie der Rudolf Jungs auf keiner dieser Kandidatenlisten, da sie beide das erforderliche Alter von 30 Jahren für das passive Wahlrecht noch nicht erreicht hatten. ²²¹⁰

Die DAP ging trotz ihrer Ankündigung auf eine wahltaktische Entscheidung ein, um eine nutzlose Zersplitterung zu vermeiden. Das kratzte wiederum an ihrem unabhängigen Image: Die deutschfreiheitlichen Parteien hatten gemeinsame Wahlausschüsse für die einzelnen Länder gebildet, damit sie die Wahlwerber so einteilen konnten, daß in keinem Wahlkreis zwei Deutschfreiheitliche gegeneinander antreten mußten. Dabei wollten sie wie 1907 die DAP übergehen. Erst die Drohung, in jedem Wahlkreis einen eigenen Bewerber aufzustellen, führte zu einem Einlenken. ²²¹¹

²²⁰⁸ Zitiert in: CILLER, Alois, Vorläufer des Nationalsozialismus, S. 64.

²²⁰⁹ BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung, S. 76.

²²¹⁰ SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 62.

²²¹¹ BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 148f.

Mit einem „viel weniger“ versuchte die DAP nun, ein „möglichst mehr“ zu erreichen: So kandidierte die Partei in rund 200 Wahlbezirken überhaupt nicht und stellte auch in vielen anderen Wahlbezirken nur sogenannte „Zählkandidaten“ auf. Sie galten aufgrund ihrer chancenlosen Reihung auf den Listenplätzen maximal als Wetterhähne für die politische Lage, denn ihre erlangten Stimmen waren nur für das Gesamtergebnis der Partei ausschlaggebend. So konzentrierte sich die Partei bei den am 13. und 20. Juni (Stichwahlen) 1911 stattfindenden Reichsratswahlen auf nur vier recht gut platzierte Kandidaten, von denen zwei in Böhmen und je einer in Schlesien und in Niederösterreich antraten.

In den Städtebezirken Dux-Bilin-Karbitz und Neunkirchen-Gloggnitz bewarben sich Hans Knirsch und Ferdinand Ertl um je ein Mandat. Reichsparteiobmann Ertl hatte die schwerste Hürde zu nehmen, da er gegen Karl Renner antreten mußte und ihm auch ziemlich abgeschlagen unterlag. Hans Knirsch schaffte es, mit 3.467 Stimmen gegen den Sozialdemokraten Heinrich Beer (3.550) und den christlichsozialen Bewerber (651) in die Stichwahl am 20. Juni 1911 zu kommen, die er mit 4.333 gegen 3.634 Stimmen für Beer für sich entscheiden konnte. In den industriellen Landbezirken Gablonz und Freiwaldau traten Adam Fahrner, mit dem die gegen die „Tschechisierung der Post- und Telegrafenanstalten kämpfenden Postgewerkschafter“ ein kräftiges Lebenszeichen von sich gaben²²¹² und Ferdinand Seidl an. Für Fahrner machte sich eine Wahlempfehlung der DAP für den Kandidaten der Deutschradikalen, Glöckner, bei einer Ersatzwahl vom Vorjahr bezahlt. Die Deutschradikalen traten daraufhin den Wahlbezirk an die DAP ab, in dem Fahrner mit 5.931 Stimmen gegenüber dem Kandidaten der Sozialdemokraten, der 4.697 Stimmen erhielt, gleich im ersten Wahlgang siegte. Ein knappes Finale gab es für Ferdinand Seidl, der sich in Schlesien mit 2.690 Stimmen gegenüber dem Christlichsozialen Josef Peschke (2.364) in die Stichwahl rettete. Er konnte sodann gegen den unerreichbar scheinenden, roten Abgeordneten Rudolf Müller, mit 4.603 gegen 4.060 Stimmen infolge eines Stichwahlabkommens mit den „Bürgerlichen“(!), das später innerparteilich einiger Kritik unterzogen wurde²²¹³, einen Erfolg für die DAP verbuchen. Die kleine Partei verfügte nun mit Seidl, Fahrner und Knirsch erstmals über drei Reichsratsabgeordnete, die aber zugleich auch Gewerkschafter waren.²²¹⁴

Einen Achtungserfolg erzielte der Textilarbeiter Bernd, der in Teplitz als Zählkandidat von 12.884 Stimmen 2.789 erreichen konnte.²²¹⁵ Mehrere tausend Stimmen erhielten die Zählkandidaten in den deutschböhmisches Bezirken. Auch in Wien konnten sie rund 3.000, in Niederösterreich 3.000 und in Graz 1.249 Stimmen erzielen sowie in Innsbruck ein gutes Ergebnis ein-

2212 HAUBENBERGER, Leo, Der Werdegang der nationalen Gewerkschaften, S. 14.

2213 Auf dem Reichsparteitag im Februar 1912.

2214 CILLER, Alois, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark, S. 131. Vgl. BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung, S. 77. BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 149f.

2215 BACHMANN, Harald, Sozialstruktur und Parteientwicklung im Nordwestböhmisches Kohlenrevier vor dem Zusammenbruch der Monarchie, S. 286.

fahren, wo ein einziger völkischer Gewerkschafter gleich 919 Stimmen bekam.²²¹⁶ Wie ist nun das Gesamtergebnis der Partei zu bewerten? Gegenüber der Zahl von 1907 mit rund 3.500 Stimmen stellen die von ihr selbst gemachten Angaben mit diesmal 31.000 Stimmen zwar noch immer ein zu hoch gegriffenes Endergebnis dar, kamen aber zumindest an das Ergebnis des „Statistischen Handbuches für das Königreich Böhmen“ heran. Danach wurden für die DAP 21.951 gültige Stimmen in Böhmen (Gesamtstimmenzahl: 1.139.054)²²¹⁷ und 26.670 in ganz Zisleithanien abgegeben.²²¹⁸ Das entsprach einer sieben Mal so hohen Stimmenanzahl wie 1907. Damit hatte die DAP nicht nur die Alldeutschen mit ihren 17.000 Stimmen überholt, sie lag auch sonst recht günstig im Trend. So konnte die Partei in Böhmen auch die Deutsche Volkspartei (3.500) überholen und lag mit der Deutschen Fortschrittspartei (26.000) und der deutschen Fraktion der Christlich-sozialen (28.000) in etwa gleich auf. Ein Herunterspielen als „nichtssagende Partei“, wie dies gerne in den spärlich vorhandenen Darstellungen getan wird, erscheint daher wenig angebracht. Uneinholbar schienen nur die Freialldeutschen (69.000) und die deutschen Sozialdemokraten mit 165.000 Stimmen.²²¹⁹

Der letzte gewählte Reichsrat der Monarchie, dessen Mandatsstärke auch ausschlaggebend für die ersten Wahlen der Republik werden sollte, hatte nun folgendes Aussehen gegenüber jenem des Jahres 1907: Die Christlichsozialen mußten aufgrund eines Richtungsstreits, der nach dem Tod Karl Luegers zwischen den Anhängern Albert Gessmanns und Ernst Verganis ausgebrochen war, hauptsächlich in Wien schwere Verluste hinnehmen und verloren 20 Mandate von ihren 96 des Jahres 1907. Nicht so schlimm erwischte es die vor allem in Niederösterreich stärker gewordenen Sozialdemokraten, die nur 5 Mandate streichen mußten und nun auf 81 Sitze bauen konnten, die sich jedoch auf einen deutschen (47), polnischen (9) und einen tschechischen Verband (25) verteilten. Trotzdem schien diese zweite Wahl nach dem allgemeinen Wahlrecht die nationale Zerrissenheit zu bestätigen, denn es gab jetzt 37 Parteien, was an sich noch keine Ursache für die Arbeitsunfähigkeit des Reichsrates gewesen wäre, doch die eigenen ethnischen Interessen dieser Kleinstsplittergruppen standen einander obstruktiv gegenüber.²²²⁰ Zur mandatsstärksten, wenn auch lockersten Gruppierung wurde der seit 1907 bestehende „Nationalverband der deutschfreiheitlichen Abgeordneten“, der sich seit dem 26. Oktober 1910 „Deutscher Nationalverband“ nannte und nun 99 Abgeordnete zählte, was einer Steigerung von 28 Mandaten gegenüber 1907 entsprach. Dem Nationalverband schlossen sich auch die drei Abgeordneten der DAP an, ansonsten bildeten sie aber den selbständigen „Klub der Deutschen Arbeiterpartei“. Diese rein zweckbestimmte Verbindung verfolgte als einziges Ziel eine konsequente nationale Politik auf öster-

2216 CILLER, Alois, *Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark*, S. 131.

2217 *Statistisches Handbuch für das Königreich Böhmen*, Prag 1913, S. 56.

2218 BOTZ, Gerhard, *Strukturwandlungen des österreichischen Nationalsozialismus (1904–1945)*, In: ACKERL, Isabella / Walter HUMMELBERGER und Hans MOMMSEN (Hrsg.), *Politik und Gesellschaft im Alten und Neuen Österreich – Festschrift für Rudolf NECK zum 60. Geburtstag*, Wien 1981, S. 168.

2219 *Statistisches Handbuch für das Königreich Böhmen*, Prag 1913, S. 56.

2220 ZENKER, E. V., *Der Parlamentarismus. Sein Wesen und seine Entwicklung*, Wien 1914, S. 160f.

reichischem Boden, stellte aber weder eine einheitliche Partei dar, noch vertraten ihre Mitglieder einheitliche politische Grundsätze. Die Propaganda und vor allem die „politische Kleinarbeit“ blieb den Einzelparteien überlassen, lediglich die Koordinierung besorgte ein siebenköpfiger Ausschuß, dem auch Hans Knirsch angehörte.²²²¹

Was Alexander Schilling als „selbstverständlich“ empfand²²²² und auch Walter Riehl, der in der zweiten Jahreshälfte 1911 sein Betätigungsfeld nach seiner parteiinternen Demütigung nicht grundlos nach Südtirol verlegt hatte, als „unüberwindliche deutsche Einigung“ feierte²²²³, nämlich den Beitritt der DAP zum Nationalverband, der im Gegensatz zu den vier alldeutschen Abgeordneten erfolgt war, kühlte schnell ab. Als zu groß erwiesen sich das eigensinnige Engagement der DAP für Arbeiterfragen und die Ressentiments gegen die bürgerliche Lahmheit der drei Gewerkschafter in einem durch den Völkerkampf lahmgelegten Parlament. Ertl mußte sich 1912 auf dem Parteitag sogar für seine Politik rechtfertigen und tat dies in seinem Tätigkeitsbericht, in dem er wegen der heftig geforderten Einflußnahme auf die Vertreter anderer Erwerbsstände, wie der Gewerbetreibenden und der Bauern, ziemlich lapidar darauf hinwies, daß man diese nicht „fortwährend anrempeln“ dürfe, um durch „sachgemäße Aufklärung“ wirtschaftliche Erfolge auf parlamentarischen Boden zu erzielen.²²²⁴ Wenn sich Riehl auch gegen einen Austritt aus dem „Deutschen Nationalverband“ aussprach, um eine Neubildung des Verbandes wegen einer möglicherweise verschuldeten Auflösung zu verhindern²²²⁵, so wurden doch antidemokratische Untertöne immer lauter. Vor allem Bindungen bei Abstimmungen über wirtschaftliche und soziale Fragen und vorherige Absprachen reizten die Parteiführung immer aufs neue, ihr ganzes parlamentarisches Konzept zu überdenken.

2.7 Das „Iglauer Programm“

Die DAP war 1911 zu einer parlamentarischen Partei geworden. Damit machte sich aber automatisch wieder eine stärkere Scheidung in einen politischen und in einen gewerkschaftlichen Flügel bemerkbar. Wegen der Reichsratswahl hielt die DAP zwar in diesem Jahr keinen Parteitag ab, doch beschloß am 8. Dezember 1911 eine der Zentralkommission angeschlossene Obmännerkonferenz der Verbände, ihr bisheriges Organ „Die deutsche Gewerkschaft“ dem „Allgemeinen deutschen Gewerkverein für Österreich“ zu übergeben, um es als Zentralorgan für jene Berufsgewerkschaften umzugestalten, die noch über kein Fachblatt verfügten. Im Gegenzug überließen sie die „Deutsche Arbeiter-Korrespondenz“ der Reichsparteileitung der DAP. Auch in der personellen Zusam-

2221 SYLVESTER, Julius, Vom toten Parlament und ihren letzten Trägern, Wien 1928, S. 16f.

2222 SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 66.

2223 Deutsche Worte vom 15. Juli 1911.

2224 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 45.

2225 Deutsche Arbeiter-Zeitung vom 18. November 1913.

mensetzung des Gewerkschaftsflügels trat eine Änderung ein, da der nunmehrige Abgeordnete Hans Knirsch gemäß der Geschäftsordnung ausscheiden mußte und ihm auch Gröndahl und Ertl wegen „Überbürdung“ folgten. Die neben Burschofsky (Hohenstadt), Heidler (Bodenbach), gewählten Moritz Christoph, Sternadt, Fiedler und Czeitschner verstärkten nun die Wien-Dominanz der Zentralkommission.²²²⁶

Der vom 2. bis 4. Februar 1912 in Wien im 6. Bezirk, im Saale der Gastwirtschaft „Zum grünen Baum“, Mariahilferstraße 56, abgehaltenen Reichsparteitag sah eine organisatorisch reifere und auch sonst veränderte „Deutsche Arbeiterpartei“ vor. Angetreten waren eine kompakte Reichsparteileitung mit einem Vollzugsausschuß und die Landesparteileitungen von Böhmen, Mähren, Schlesien, Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark, flankiert von den drei Reichsratsabgeordneten und den mährischen Landtagsabgeordneten Müller und Prayon. Zu dem Selbstvertrauen, das die Partei inzwischen getankt hatte, trugen nicht zuletzt auch die neuen politischen Blätter bei; die „Deutschen Worte“, die in Karlsbad erschienen – eine Gründung Riehls als eine Art Hommage an Pernerstorfer – die in Braunau (Böhmen) herausgegebene „Deutsche Arbeiterzeitung“ und die „Deutsche Volkswacht“ (Neunkirchen, NÖ). Sie verstärkten die 9 Parteiblätter und 11 Gewerkschaftsblätter. Dazu kamen noch die 12 Sekretariate, eine Zentralarbeitsvermittlung, 17 Kosumgenossenschaften, 11 Wohnungsbaugenossenschaften und eine Partei-Buchdruckerei.²²²⁷ Völlig neu waren auf diesem Parteitag die Tätigkeitsberichte der teilweise schon installierten Landesleitungen und die Einführung von nach Kernthemen getrennten Berichten zur politischen Lage, an die sich auch ein eigener Punkt „Parteitaktik“ anschloß. Ebenso neu war auch der Antrag der Reichsparteileitung, zum großzügigen Ausbau der Organisationen Unter-Ausschüsse zu wählen, was bereits ein wenig an die Satzungen der Münchener NSDAP vom 29. Juli 1921 erinnert.²²²⁸ So wählte der Parteitag Jung (Iglaue) und Sternadt (Wien) als Berichterstatter in einen Programmausschuß, Burschofsky in einen Organisationsausschuß, Prediger in einen Wahlausschuß, Adalbert Mauller in einen Wirtschaftsausschuß, Knirsch in einen Antragsüberprüfungsausschuß, Galle (Schreckenstein) in einen Ausschuß für die Überprüfung innerer Parteiangelegenheiten und Knirsch, Ciller, Peduzzi und Bergold in einen Presseausschuß.

Weil die innere Parteiorganisation aber doch noch zu wünschen übrig ließ und nicht zuletzt wegen des nach wie vor eklatanten Geldmangels, der ein verzweigtes Spendewesen nötig gemacht hätte, beschloß die Parteileitung, zuerst den Ausbau einer starken Bezirksorganisation als beste Organisationsform in Angriff zu nehmen. Sie wäre von den Landesparteileitungen zu überwachen, bevor man an die Schaffung von Landesvereinen denken könne. Weit trister sah die Situation jedoch in den Alpenländern aus: Während Mähren 7 Wahlkreisorganisationen zählte und

2226 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 42f. Vgl. BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 161f.

2227 CILLER, Alois, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark, S. 202.

2228 § 6 der Satzungen der NSDAP vom 29. Juli 1921, In: TYRELL, Albrecht, Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der Kampfzeit der NSDAP, Düsseldorf 1969, S. 34.

Burschofsky bereits von einer vollständigen Organisation Nord- und Mittelmährens berichten konnte, sprach Mauller (Linz) von einer unzureichenden Zahl von Agitatoren in Oberösterreich und von einer geringen Hoffnung auf eine starke Landespartei, die er mit der Industriearmut begründete. Von der Steiermark, Tirol und von der in weiterer Folge nicht unwichtigen Salzburger Organisation lagen überhaupt keine offiziellen Berichte vor. Dort existierten auch noch keine Parteileitungen. Nur Kärnten befand sie sich in einem weiter vorgerückten Anfangsstadium.²²²⁹

Auch während des Parteitages 1912 feilte Rudolf Jung noch immer an einer neuen Version des Parteiprogramms. Es sollte sich als ein wesentlicher Schritt herausstellen, daß Hans Knirsch wegen der sichtlichen Schwierigkeiten, die diese Aufgabe mit sich gebracht hatte, das Trautenauer Programm zur eigentlichen Grundlage der Partei erklärte, weil es, wie er ausführte, ohnehin ihren Anforderungen entspreche und nur einiger, geringfügiger „Umänderungen“ bedürfe. Mit seinem zum Beschluß erhobenen Antrag, einen Programmausschuß aus Mitgliedern einzusetzen, die sich mit den Programmfragen schon befaßt hätten, dem auch die Berichterstattung auf dem nächsten Parteitag in Iglau aufgetragen wurde, bremste er die Experimentierfreudigkeit Jungs, der schon einen Entwurf vorgelegt hatte²²³⁰, insofern ein, als dieser nun Ertl, Müller, Prayon, Seidl, Ciller und Sternadt zur Seite gestellt bekam. Vom oft zitierten Walter Riehl war dabei aber keine Rede. Erst später, nämlich 1920, meldete er sich zu Wort und machte bezüglich des „Iglauer Programms“ eine „unglaubliche“ Bemerkung: „Der Parteitag in Iglau im Jahre 1913 schuf ein antisemitisch-nationales, sozialistisches Programm – ein Ebenbild der tschechisch-nationalsozialistischen Partei.“²²³¹

Bei den Kernthemen, über die der Parteitag demokratisch abstimmen ließ und zu deren weiteren Verfügung er entweder den Parlamentsklub oder die Parteileitung beauftragte, nahm die Regierungsvorlage über die Sozialversicherung den größten Raum ein. Nach einer sachlichen Diskussion zeigte sich die Neigung der Teilnehmer, bei einer weiteren Verschleppung seitens der Regierung sogar mit den Sozialdemokraten zu gehen und auch für eine Selbständigenversicherung zu stimmen, um das Gesamtgesetz nicht zu zerstören. So sprach sich auch der Parteitag gegen eine neue Wehrreform aus, da sie „trotz des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche“ eine finanziell unzumutbare Belastung für die arbeitende Bevölkerung darstellen würde. Dabei spielte ein starkes antimilitaristisches Element eine Rolle. Auch beauftragte der Parteitag die Reichsparteileitung mit dem Studium nach Verbesserungsmöglichkeiten für die Reichsratswahlordnung im Sinne eines nach dem Proporzionalwahlrechtsprinzips durchgeführten Listenwahlrechts. In der „böhmischen Frage“ blieb die Haltung der DAP mit ihrer Forderung nach sofortiger Durchführung der deutschen Selbstverwaltung „bürgerlich“ einstimmig. Dem folgte eine scharfe Verurteilung des § 14, des sogenannten „Notverordnungsparagraphen“, als ein gegen die Verfassung gerichtetes Machtinstrument.

2229 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 58f.

2230 SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 62.

2231 RIEHL, Walter, Die deutsche nationalsozialistische Partei in Österreich und der Tschechoslowakei, In: Deutschlands Erneuerung, 4. Jhg. (1920), Heft 3, S. 172.

Nichts deutete auf eine antidemokratische Anomalie hin: Es gab weder ein Führerprinzip à la Schönerer, noch diktatorische innerparteiliche Entscheidungsprozesse, sondern Aufträge an die Abgeordneten, eine ordentliche, konstruktive Arbeit im Parlament zu verrichten. In einem „Mahnwort zum Reichsparteitag“ verurteilte Walter Gattermayer jegliche Tendenzen, „Personen über die Sache zu stellen“.²²³² Mittlerweile schien auch jeglicher parolenhafter Antisemitismus geschwunden zu sein, wenn er auch stets latent vorhanden war. Der Anschlußgedanke kam kaum mehr vor. In einem seiner unzähligen Versuche, alles „historisch“ zu erklären, kam Walter Riehl zu dem durchaus wendigen Schluß, daß das „staatsfeindliche Extrem, das noch vor zehn Jahren in Mode war“ genauso falsch gewesen wäre wie der „heutige übertriebene Hurratriotismus“.²²³³ Die mangels eines Zentralorgans regionale Parteipresse büßte ihre Radikalität zusehends ein und „verkam“ mehr und mehr zu einem Veranstaltungskalender ohne historischem Wert. In der Lehrgelhaltsfrage hatte die DAP erstmals im Reichsrat einen sozialdemokratischen Antrag unterstützt, den auch der Parteitag billigte. Sogar die „böhmische Frage“ mit allen Zielen und Wünschen sollte möglichst parlamentarisch geregelt werden. Auch was ihren politischen Aktionismus anbelangte, kann man bis 1913 von einer durchwegs unauffälligen Partei sprechen, die sich noch immer eher gewerkschaftlich streckte und zum Stichtag einer am 24. November 1912 abgehaltenen Reichskonferenz 78.168 Gewerkschaftsmitglieder in 919 Ortsgruppen zählte, wo es auch mit den Finanzen halbwegs bergauf ging.²²³⁴

Wie isoliert die Partei jedoch zeitweise dastand, die keine Bindegliedfunktion zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten einnehmen konnte und wollte, weswegen sich beide Lager eher gegen die DAP verbündeten als mit ihr, veranschaulicht die eher typische als merkwürdige Episode, die sich im November 1912 bei den Gemeinderatswahlen in Troppau zutrug. Der deutschnationale Wahlausschuß hatte der DAP ursprünglich zwei Mandate eingeräumt, statt der von ihr namhaft gemachten Kandidaten Seidl und Czeitschner aber dann zwei, ihr nicht genehme Bewerber aufgestellt. Bei der nun folgenden Kraftprobe rangen die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten gemeinsam Ferdinand Seidl in einer Stichwahl nieder, während Czeitschner gerade noch den Sprung in den Gemeinderat schaffte.²²³⁵

Ihre letzte überregionale Wahl im alten Österreich schlug die DAP am 8. Juni 1913 in Mähren nach dem alten Kurienwahlrecht in der allgemeinen Wählerklasse. Sie trat mit dem Slogan „Sozialreform anstelle sozialer Revolution“ und dem Schlagwort „Den Sozialismus aus der todbringenden Umarmung der Sozialdemokratie zu befreien ist Ziel der DAP“ an.²²³⁶ Rudolf Jung wurde in Ostrau²²³⁷ auf Anhieb Landtagsabgeordneter, genauso wie Karl Prayon in Olmütz, der über

2232 Deutsche Arbeiter-Zeitung, 2. Jhg., Nr. 36 vom 4. September 1913, S. 2.

2233 Deutsche Arbeiter-Zeitung, 2. Jhg., Nr. 6 vom 8. Februar 1913, S. 1.

2234 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 58.

2235 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 153.

2236 Deutsche Arbeiter-Zeitung, 2. Jhg., Nr. 22 vom 31. Mai 1913, S. 3.

2237 Mit 16.000 Stimmen gegenüber nur 6.000, die den anderen Parteien zufielen.

den Sozialdemokraten Schlossnickel erfolgreich blieb.²²³⁸ Nach der Stichwahl kam noch der Eisenbahner Matthias Rogelböck als dritter Abgeordneter hinzu. Die DAP verfügte nun in der deutschen Kurie in Mähren über drei Mandate gegenüber dem jeweils einen der Christlichsozialen und Sozialdemokraten. Diese beiden Mandate hatten sie noch dazu durch ein gegenseitiges Übereinkommen, Ferdinand Burschofsky und den Lehrer Sokele „aussteigen zu lassen“, ergattert.²²³⁹ Professor Emil Pfersche „gestand“ zwar in einer 1915 erschienenen Arbeit über die deutschen Parteien, daß er sich über den Einfluß und die Zukunft der DAP noch kein Urteil bilden könne, was aber implizierte, daß er weitere Erfolge nicht ausschloß.²²⁴⁰

Als bemerkenswert ist die Tatsache zu betrachten, daß die Arbeit an der Abänderung des Trautenauer Programmes auch beträchtliche Richtungsstreitigkeiten hinter den Kulissen, namentlich zwischen Seidl, Riehl und Jung, mit sich gebracht hatte. Die schwere Geburt ließ sogar ein Abheben der Führerschaft in bürgerliche oder „wissenschaftliche“ Gefilde zumindest erwägenswert erscheinen: Ab 1. Oktober 1912 war die Herausgabe einer wissenschaftliche Zeitschrift, „Werkstatt und Leben“, unter der Leitung Professor Richard Kreissles geplant, in der die „Auseinandersetzungen der Führerschaft in sachlicher Weise ausgetragen werden sollten“. Die Basis verhinderte jedoch das Erscheinen der Zeitschrift.²²⁴¹ Rudolf Jung dürfte es trotzdem sehr schnell gelungen sein, wieder die alleinige Führung im Programmausschuß an sich zu reißen und mit Riehl und Krebs ein „geistiges Triumvirat“ zu bilden.

Anläßlich der Redaktion des Entwurfes, die das Berliner Mitglied des antisemitischen „Deutschen Kulturbundes für Politik“, Gustav Simons, vornahm, kam erstmals wieder eine ganz wesentliche reichsdeutsche Verbindung zustande, die sich aber nicht nur darauf beschränkte. In einem Nachruf auf den im September 1914 verstorbenen Simons würdigte Rudolf Jung seine Verdienste um die von Silvio Gesell aufgegriffene „uralt-germanische Anschauung vom Anteilsrecht aller an Grund und Boden“, die er ihm vermittelt hätte. Jung hatte Simons, dem er „sehr nahe“ stand, eigentlich zufällig, über die von ihm herausgegebene Zeitschrift „Deutsche Kultur“ kennengelernt.²²⁴²

Gustav Simons kam ursprünglich aus dem „Sozialitären Bund“, der wiederum aus dem Berliner „Sozialen Reichsverein“ hervorgegangen war. Beide, Bund wie Verein, vertraten in schärfster Weise die Rassen-Grundsätze und das Wirtschaftsprogramm Eugen Dührings. Nach Auflösung des „Sozialitären Bundes“ traten seine Angehörigen, meist junge Akademiker und Kaufleute, aber auch der Artillerie-Hauptmann Simons, der sich später auch mit Ernährungs- und Lebensreformfragen beschäftigen sollte, in den von Hans Heenemann gegründeten „Jungdeutschen Bund“

2238 Prayon erhielt 9.789 Stimmen, während Schlossnickel 6.743 erhielt.

2239 In dieser deutschen Kurie wurden die Fortschrittler mit 15 Mandaten stärkste Partei, gefolgt von der Deutschen Volkspartei mit 13 und den Deutschradikalen mit 12. Deutsche Arbeiter-Zeitung, 2. Jhg., Nr. 25 vom 21. Juni 1913, S. 1. Vgl. BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 154.

2240 PFERSCHKE, Emil, Die Parteien der Deutschen in Österreich vor und nach dem Weltkrieg, München 1915, S. 23.

2241 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 171.

2242 Deutsche Arbeiter-Zeitung, 3. Jhg., Nr. 43 vom 7. November 1914, S. 1.

ein. Dieser fungierte wiederum als Auffangorganisation für den 1899 aufgelösten „Wartburg-Bund“, der Dachorganisation der „Deutschen Jugendbewegung“, der stark unter dem Einfluß Dührings, aber auch Schönerers gestanden war. So übernahm der „Jungdeutsche Bund“ im Gegensatz zu Stoecker die rassenantisemitischen Bestrebungen, aber auch Schönerers Alldeutschtum sowie seine Parole „Durch Reinheit zur Einheit“. Über den „Bund“ gab es personelle Verbindungen zum DHV und zum Alldeutschen Verband.²²⁴³ So gelangten über Simons, dessen angestrebte Zusammenarbeit mit der DAP die Reichsparteileitung einstimmig beschloß²²⁴⁴, deutlich merkbare Einflüsse von Dühring, aber auch von Schönerer, die einen Umweg über das Deutsche Reich genommen hatten, in die Programmarbeit Rudolf Jungs: Ein erstmals ausgesprochener Antisemitismus, alldeutsches Gedankengut, Ansätze einer „Boden- und Geldreform“ und eine strikere Ablehnung des Klassenkampfes. Neben Georg von Schönerer wurde damit auch der erst am 21. September 1921 verstorbene Eugen Dühring endgültig zu einer „völkischen Schlüsselfigur“.

Im März 1913 verkündete Rudolf Jung in der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“, daß er einen früheren Entwurf des Parteiprogramms umgearbeitet und erweitert hätte und ließ „zur Erörterung“ eine Aufsatzreihe mit dem Titel „Deutsche Arbeiterschaft und Volkstum“ veröffentlichen.²²⁴⁵ In seiner Deutung des „Eigentumsbegriffes“, seinem zentralen Thema, übernahm Jung zahlreiche Zitate aus den „Werken“ von Dühring sowie aus einer Schrift Friedrich Hoffers, „Die wissenschaftliche Neugestaltung der sozialen Weltordnung“, die 1912 in Simons Verlag des „Deutschen Kulturbundes für Politik, Berlin-Oranienburg“ erschienen war.²²⁴⁶ Demnach hätte die Berührung mit dem „römischen Rassenbabel“ den „semitischen Eigentumsbegriff“ unter das deutsche Volk gebracht, den Zins- und Bodenwucher. Wie später Gottfried Feder als erster „Ideologe“ der NSDAP, rief Jung schon 1913 zur „Brechung der Zinsknechtschaft“ auf, die den Staat durch gewollte Überschuldung von einem „kleinen Teil ihrer Bürger, dessen Konfession leicht feststellbar“ wäre, abhängig mache. Nur die deutsche Arbeiterbewegung, die „eine Volksbewegung im wahrsten Sinn“ sei, könne eine „heutige verlotterte Gesellschaftsordnung“ aus dieser Sicht betrachten, den Bürgerlichen wäre dies nicht möglich.²²⁴⁷ Staatstreue bedeute daher die Vornahme einer radikalen Änderung der Gesellschaft durch Reformen, die Jung getrennt nach Paragraphen wiedergab. So könne nur die Bodennutzung, nicht der Bodenbesitz Privatsache jedes einzelnen sein, denn der deutsche Grund und Boden als Eigentum des deutschen Volkes dürfe nicht zur „Aneignung fremder Arbeitsfrüchte“ dienen. Da das „Geldrecht“ den Reichen das ausschließliche Recht zur Geldausgabe gebe, trat Jung für eine Reform zur Abschaffung des „Geldwertes“ und

2243 BUCH, Willi, 50 Jahre antisemitische Bewegung. Beiträge zu ihrer Geschichte, München 1937, S. 24. Vgl. HAMEL, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 79. (Über Simonis S. 82 FN 1)

2244 Deutsche Arbeiter-Zeitung, 2. Jhg., Nr. 11 vom 15. März 1913, S. 4.

2245 Deutsche Arbeiter-Zeitung, 2. Jhg., Nr. 11, 12, 13, 14, 15 vom 15. März, 22. März, 29. März, 6. April, 13. April 1913, S. 1.

2246 Im September und Oktober 1912.

2247 JUNG, Rudolf, Deutsche Arbeiterschaft und Volkstum, In: Deutsche Arbeiter-Zeitung, 2. Jhg., Nr. 15 vom 13. April 1913, S. 1.

damit der Spekulation ein. Alle Staatsschulden mußten durch Erbschaftssteuern und einer „Sonderbehandlung der arbeitslosen Einkünfte“ getilgt, neue durch Bodenschätze und Geldsteuern vermieden werden. Daran schloß sich ein ganzer Katalog von Verstaatlichungsmaßnahmen, die jene Berufssparten umfaßte, in denen Juden in führenden Positionen tätig waren: Verstaatlichung des Anzeigewesens, aller Versicherungen, der Ärzteschaft und der Rechtspflege, die damit auch die „Ursache aller Verwirrung“, das römische Recht und den Beruf des Rechtsanwaltes zum Verschwinden bringen würde.²²⁴⁸ Als außenpolitisches Ziel forderte Jung eine „überragende Stellung des Deutschtums in der ganzen Welt“. Er schloß seine Aufsatzreihe mit den Worten: „Man möge reiflich überlegen, ob der alldeutsche Gedanke nicht doch kein Irrtum ist.“²²⁴⁹ Als sichtbares Zeichen übernahm die DAP wenig später die Kornblume, das Symbol der Schönerianer.²²⁵⁰

Es muß an dieser Stelle betont werden, daß Rudolf Jung am 13. Juli 1913 einen Erstentwurf des Parteiprogramms einer Reichsparteileitungssitzung vorgelegt hatte, den auch die Parteipresse veröffentlichte. In seinen Grundzügen nahm dieser Entwurf die Beschlüsse des Wiener Parteitages 1918 und sein „Hauptwerk“ „Nationaler Sozialismus“, das erst im Spätherbst 1919 erscheinen sollte, vorweg. Die Reichsparteileitung lehnte den Entwurf jedoch ab, weil diese Fassung über die Jung gestellte Aufgabe, eine Anpassung eines bereits bestehenden Programms vorzunehmen anstatt Leitsätze zu entwickeln, hinausging. Was daher sowohl Alois Ciller als „entwicklungsmäßig verfrühte Schärfe“ und Alfred Berner als „Wurzel reinsten Nationalsozialismus“ bezeichneten,²²⁵¹ lag bereits 1913 fertig auf dem Tisch.

Wie groß der Anteil Walter Riehls an der Änderung des Parteiprogramms wirklich war, läßt sich schwer eruieren, die Einleitung stammt jedenfalls von ihm. Sehr gut läßt sich darin die von ihm vertretene Theorie von den „uralten Ideen des Kommunismus und Sozialismus“ herauslesen. Lassalle und Marx hätten diese Gedanken als „Forscher“ lediglich neu verarbeitet und damit einen für das Deutschtum verfehlten internationalen Marxismus der deutschen Sozialdemokratie geschaffen, „während die Sozialisten fast aller Länder längst den Weg zur gesunden völkischen Gesinnung ... wiedergefunden haben“.²²⁵² Erst als dem Arbeiter, dem der slawische vom deutschen Unternehmer vorgezogen wurde, auch der „pflichtgemäße Schutz der roten Organisation“ versagt wurde, gründeten sich, „angeregt von der großen deutschnationalen Bewegung“ völkische Arbeitervereine, als Ausdruck des „wahren Sozialismus“ gegenüber den veralteten Lehrsätzen marxistischer Prägung.²²⁵³ Noch sehr vorsichtig formulierte Riehl, der an einer anderen Stelle die deutschvölkische Arbeiterbewegung als ein „Kind der Badenizeit“ bezeichnete, das Ziel dieses neuen Sozialismus, von dem es noch 1904 in Trautenau geheißt hatte, er lehne jede Unterdrückung anderer Völker

2248 Ebd., S. 2.

2249 Ebd., S. 3.

2250 Deutsche Arbeiter-Zeitung, 2. Jhg., Nr. 46 vom 15. November 1913, S. 1.

2251 CILLER, Alois, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark, S. 135f. Vgl. BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 171f.

2252 SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 62.

2253 Ebd., S. 63.

ab: „Ausdehnung des deutschen Siedlungsgebiets und die Erweiterung des Lebensraumes des deutschen Volkes.“ Für Bruce Pauley hatte Riehl bereits mit dieser klaren Aussage die Ideen des NS-Theoretikers Alfred Rosenberg, „dem Volk den Raum“ zu geben, vorweggenommen.²²⁵⁴ Anders als der in diesem Punkt zügellose Schönerer vermied jedoch Riehl jeglichen Anflug einer „Irredenta Germaniae“. Am 11. Oktober 1913 vertrat er in der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ dennoch den Standpunkt, sich nur insoweit für das Heil Österreichs einzusetzen, als es dem völkischen Interesse entspreche.²²⁵⁵ Auch der Antisemitismus nahm in der Einleitung des Iglauer Programms jenen Stellenwert ein, den ihm einst Franz Stein gegeben hatte: „Man erkannte die Verderblichkeit der internationalen Lehren für das eigene Volk und die Unaufrichtigkeit der von Juden geleiteten und dem mobilen Großkapital verschwisterten Sozialdemokratie.“²²⁵⁶

Trotzdem verstand sich das von den Ansätzen Jungs „gesäuberte“ Iglauer Programm selbst nur als die gewünschte Ergänzung zum Trautenauer Programm. Es hatte deswegen nur mit einigen wenigen Neuerungen aufzuwarten: Dem Absatz 5 des Trautenauer Programms, „Die Deutsche Arbeiterpartei ist keine engherzige Klassenpartei; sie vertritt die Interessen aller ehrlichen produktiven Arbeit überhaupt“, fügten die Programmacher als Zugeständnis an die Basis die folgende „Verkürzung“ hinzu: „Sie betrachtet sich jedoch vorwiegend als Vertreterin der Forderungen der deutschen Arbeitnehmerschaft.“ Schärfer formulierten sie hingegen neben der Forderung nach einer „völligen provinziellen Zweiteilung Böhmens als dringlichste und unaufschiebbare Maßnahme nationaler Gerechtigkeit bis zur Durchführung nationaler Autonomie“ die „Auflösung der bisherigen Kronländer und Schaffung neuer Selbstverwaltungsgebiete, deren Grenzen nach nationalen Siedlungen bestimmt werden sollen“. Das hörte sich trotzdem immer noch reichlich programmatisch an und näherte sich dem Begriff der „Volksgemeinschaft“ nur allmählich.²²⁵⁷ Die „nationalen Autonomie“ wurde jedoch nunmehr als Voraussetzung für die Verwirklichung des „Zieles“, eines allgemeinen Wahlrechts verstanden.²²⁵⁸

Als wesentliche Adaption des von Schönerer eigenmächtig eingeführten Artikels 15 des „Linzer Programms“ ist der Zusatz zu verstehen, der die seit Eger bestehende Grundsatzerklärung der DAP, „Wir sind eine freiheitliche nationale Partei, welche mit aller Schärfe die reaktionären Bestrebungen, die feudalen, klerikalen und kapitalistischen Vorrechte sowie jeden fremdvölkischen Einfluß bekämpft“, nun erweiterte: „insbesondere den überwuchernden Einfluß jüdischen Geistes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“. Damit ist der im Iglauer Programm erstmals verankerte Antisemitismus auch zum bestimmenden äußeren Programmpunkt der DAP geworden.²²⁵⁹

2254 PAULEY, Bruce, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988, S. 36.

2255 Deutsche Arbeiter-Zeitung vom 11. Oktober 1913, S. 1.

2256 Ebd., S. 1

2257 Die Parteigrundsätze der Deutschen Arbeiterpartei Österreichs, 1913, In: BERCHTOLD, Klaus, Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, S. 225f.

2258 Deutsche Arbeiter-Zeitung, 2. Jhg., Nr. 22 vom 31. Mai 1913, S. 2.

2259 Die Parteigrundsätze der Deutschen Arbeiterpartei Österreichs, 1913, In: BERCHTOLD, Klaus, Österreichische Par-

Rudolf Jung unterstrich in einem eigenen Punkt noch einmal die Ablehnung des Klassenkampfes im Sinne Eugen Dührings: „Die Partei ist die Vertretung der Arbeiterklasse des deutschen Volkes: vom gehässigen Klassenkampf aber trennt uns unser völkisches Bekenntnis und die Erkenntnis, daß im österreichischen Völkerstaate die nationale Gemeinbürgerschaft mehr als irgend etwas ein Gebot der Selbsterhaltung des deutschen Arbeiters sein muß.“

Der letzte Iglauer Friedensparteitag, der das neue Programm annahm, fand unter dem Vorsitz Adalbert Maullers statt. Er war schon deutlich von der durch die Balkankriege verschärften „Krieg in Sicht Euphorie“ geprägt. So forderte Walter Gattermayer in einer Resolution die Regierung zur strengen Einhaltung der deutschen Bündnispolitik auf. Walter Riehl beantragte in einer Kundgebung an den Nationalverband, so lange in Opposition zu verharren, bis alle Forderungen der Deutschen in Böhmen erfüllt seien und alles zu unterlassen, was ein Muster zur Zerreißung des deutschen Volkes geben könne. Der Parteitag protestierte außerdem gegen jedes nationales Zugeständnis an die „staatsfeindlichen Slowenen, Kroaten und Serben“.²²⁶⁰

Nach einem Antrag der Wahlkommission wählte der Parteitag Hans Knirsch erneut zum Reichsparteiobmann und Walter Riehl (Bozen) zu seinem Stellvertreter. In die letzte, vor dem Krieg gewählte Parteileitung kamen außerdem Gattermayer, Mauller und Franz Heindl (alle Wien), Galle (Aussig), Czeitschner (Bodenbach), Pöschl (Teplitz) Burschofsky (Hohenstadt), Anton Schubert (Fulnek), Berner (Troppau), Posch (Villach) und Karl Löwe, der Obmann des schlesischen Landesverbandes, der am 1. Jänner 1913 seine Tätigkeit aufgenommen hatte. Auch das organisatorisch für die Alpenländer wegen seiner strategischen Nähe zum Deutschen Reich wichtige Land Salzburg bewies mit der Wahl Josef Sindingers in die Parteileitung einen Aufschwung der erstmals in Iglau als „Bewegung“ genannten DAP.

Die treibende Kraft für diese Fortschritte in Salzburg war einmal mehr der DHV, der 1904 in Salzburg Fuß fassen konnte. Längst war der Mitbegründer seiner Ortsgruppe, der 1887 in Villach geborene Hans Prodinger, der Reichsparteileitung der DAP wegen seines unermüdlichen antisemitischen und nationalistischen, aber auch wegen seines starken sozialpolitischen Engagements aufgefallen. Die enge Verzahnung mit dem reichsdeutschen DHV, der wiederum nachweisbare Verbindungen zum Alldeutschen Verband, zum „Hammerbund“ Theodor Fritschs, zur „Gobineau-Vereinigung“ Ludwig Schemanns, aber auch zu den „Rassenhygienikern“ und nicht zuletzt zur österreichischen „List-Gesellschaft“ und zu Jörg Lanz von Liebenfels unterhielt²²⁶¹, begann auch auf den österreichischen DHV abzufärben. Wenn auch die Mitgliederzahl der Salzburger Organisation selten die Zahl von 100 „Getreuen“ überstieg, so bestand seit 1898 mit der Zweigstelle des „Reichsbundes deutscher Eisenbahner“, die 1913 Hans Otte leitete, der Zweig-

teiprogramme 1868–1966, Wien 1967, S. 225f. Vgl. BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutsch-nationalen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 65f. Vgl. BRACHER, Karl Dietrich, Die deutsche Diktatur. Entstehung Struktur Folgen des Nationalsozialismus, 5. Aufl. Köln 1976, S. 57f.

2260 BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutsch-nationalen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 62f.

2261 Vgl. HAMEL, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 86f.

stelle des 1908 gegründeten „Bundes deutscher Arbeiter“, sowie dem 1908 gegründeten „Deutschen Arbeiterverein“, zumindest eine Struktur. Neben Prodingen stieg der Telegraphist bei den k. u. k. Staatsbahnen, Hans Wagner, der in einem in Maxglan gebildeten „Verband der deutschen Arbeiterjugend“ den Vorsitz führte, bald zu einem führenden Kopf der Salzburger DAP auf. Seit 1911 saß er auch im Ausschuß des „Reichsverbandes deutscher Arbeiterjugend Österreichs“. Im Jahre 1912 hochaktiv, erschien am 30. November die Probenummer der Wochenzeitung „Der Deutsche Volksruf“ mit dem Untertitel „Organ der deutschen Arbeitnehmer des Kronlandes Salzburg“²²⁶² unter der Herausgeberschaft Wagners, was auch am Parteitag in Iglau lobend erwähnt wurde. Das oben erwähnte neue Parteileitungsmitglied Josef Sindinger war als Schriftleiter für den „Volksruf“ tätig.

Dieses Parteiblatt, das ab dem 26. April 1913 mit dem Untertitel „Organ des Deutschen Arbeiterpartei“ erschien, in dessen Redaktionsräumen sich Wagner und Prodingen als Herausgeber abwechselten, sollte 1919, als es für kurze Zeit das einzige erhältliche Presseorgan der DAP in den Alpenländern war, eine übergeordnete Rolle bekommen. Im August 1913 gründete Wagner die Ortsgruppe Salzburg des „Allgemeinen Deutschen Gewerkevereines“, die auf Anhieb 428 Mitglieder aufweisen konnte. Am 25. Oktober 1913 rief eine Vertretersitzung sämtlicher nationaler Gewerkschaften die „Deutsche Arbeiterpartei Salzburg“ als Landesverband ins Leben, die wegen ihres geistigen Mentors, des Rechtsanwalts und deutschnationalen Reichsratsabgeordneten Arthur Stölzel, auch „Stölzelgarde“ genannt wurde.²²⁶³ Neben dem auf parteipolitischen Linie agierenden „Volksruf“ etablierte sich die „Deutsche Arbeiterkorrespondenz“, die der Schulkollege Seidl, der ehemalige Parlamentsjournalist und Wolfianer Josef Patzelt herausgab, zum bedeutenden Organ der DAP.

Die letzten Monate vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges beschäftigte die DAP die Wiener Gemeinderatswahlen. Obwohl es sich die Partei auf ihre Fahnen geheftet hatte, die „erste von Arbeitern gegründete Arbeiterpartei“ zu sein, wies die Kandidatenliste eine kleinbürgerliche Struktur auf, waren doch neben den Eisenbahnern in erster Linie Beamte und Gewerbetreibende zum Zug gekommen.²²⁶⁴ Walter Riehl unternahm im Vorfeld einige Versuche, sich an die Christlichsozialen „im Kampf gegen die roten Demagogen“ anzubiedern. So erblickte er in der Haltung des Lueger nachgefolgten Wiener Bürgermeisters Richard Weiskirchner und dem Antisemitismus des Wiener Flügels „Beweise mancher nationaler Betätigung“. Freilich lehnte Riehl jede Zusammenarbeit mit „dem zweiten Flügel, den bösen Geistern der Partei“ ab, den „deutschklerikalen Verrätern der Badeni-Zeit, den internationalen Bannerträgern Roms“.²²⁶⁵ Nach gescheitelter Wahl im Frühjahr 1914, bei der sich herausgestellt hatte, daß die Christlichsozialen durchaus imstande waren,

2262 Die Redaktionsräume befanden sich am Makartplatz 8.

2263 HANISCH, Ernst, Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913–1925), S. 373f.

2264 Kandidatenliste der DAP für die Wiener Gemeinderatswahl, In: Deutsche Arbeiter-Zeitung, 3. Jhg., Nr. 9 vom 14. März 1914, S. 2.

2265 RIEHL, Walter, Zum christlichsozialen Parteitag, In: Deutsche Arbeiter-Zeitung, 3. Jhg., Nr. 2 vom 24. Jänner 1914, S. 1.

einen fulminanten Wahlsieg in Wien auch ohne nationalen Kräfte einzufahren, wandelte sich das Bild wieder. Walter Riehl begann den geglaubten gemeinsamen Kitt Antisemitismus zu hinterfragen: Eine ausgesprochen antisemitische Partei, die in keiner Großstadt der Welt außer in Wien herrsche, hätte in diesen 20 Jahren nur wenig Erfolge aufzuweisen, weil der ursprünglich reine Antisemitismus durch eine klerikale Bewegung verfälscht worden wäre, sodaß die Juden damit zufrieden sein könnten: „Wenn die Leute in Wien wieder massenhaft in die Kirche laufen und draußen bei Juden Osteransichtskarten kaufen, wenn die Aufklärung der arischen Rasse über ihre Herrenpflicht durch die Verdummung des Klerikalismus abgewendet wird – da blüht die wirtschaftliche Macht des Judentums genauso wie in den Ländern krassesten Aberglaubens, in Rußland und Polen.“²²⁶⁶

Auf einer am 15. Februar 1914 in Wien abgehaltenen „Reichskonferenz der vereinigten deutschen Arbeitnehmersverbände Österreichs“ forderte der Geschäftsführer der „Zentralkommission“, Hans Krebs, die Verlegung der Verwaltungen der Berufsgewerkschaften in die Hauptstadt, was auch die Konferenz, die sich stets dagegen ausgesprochen hatte, bis auf wenige Ausnahmen akzeptieren mußte. Weil es nunmehr eine organisierte Arbeiterschaft gebe, die nicht wie früher „vollständig dem Liberalismus geldhungriger Unternehmer ausgeliefert“ sei, sondern gegen den übermächtigen Liberalismus, gegen den Staat und gegen die bürgerlichen Parteien auftrete“, erhob die DAP nachstehende Forderungen zu „Reichsinteressen“: Anstelle der städtischen Arbeitslosenfürsorge sollte eine staatliche Arbeitsvermittlung treten. Weiters sollten die sozialdemokratischen, christlichsozialen und deutschnationalen Arbeiterorganisationen gleichmäßig vom Staat subventioniert werden.²²⁶⁷ Hans Krebs stellte auf der Reichskonferenz auch den Antrag, sich für die Schaffung von Arbeiterkammern und für die Abschaffung der Arbeitsbücher einzusetzen.²²⁶⁸ Die Vertreter der DHV forderten darüber hinaus frühere Ladenschlußzeiten zwischen 7 und 8 Uhr abends.²²⁶⁹

In der Wahlrechtsfrage trat die DAP für ein allgemeines Wahlrecht in Verbindung mit einem Verhältniswahlrecht ein, damit „sich jeder als Angehöriger der Volkseinheit fühlen“ könne.²²⁷⁰ In diesem Sinne trat das Leitungsglied der jungen „Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs“, Gloria Rott, für das Frauenwahlrecht ein. Die Industrialisierung verdränge die Frau vom Herd ins öffentliche Leben und somit in die Politik.²²⁷¹

2266 RIEHL, Walter, Der christlichsoziale Antisemitismus, In: Deutsche Arbeiter-Zeitung, 3. Jhg., Nr. 15 vom 25. April 1914, S. 1.

2267 Deutsche Arbeiter-Zeitung, 3. Jhg., Nr. 7 vom 28. Februar 1914, S. 1.

2268 Deutsche Arbeiter-Zeitung, 3. Jhg., Nr. 6 vom 21. Februar 1914, S. 1.

2269 Deutsche Arbeiter-Zeitung, 3. Jhg., Nr. 8 vom 7. März 1914, S. 1.

2270 Deutsche Arbeiter-Zeitung, 3. Jhg., Nr. 7 vom 28. Februar 1914, S. 1.

2271 Deutsche Arbeiter-Zeitung, 3. Jhg., Nr. 13 vom 11. April 1914, S. 1.

2.8 Die DAP während des Ersten Weltkrieges

Anders als beim versprengten Rest der Schönerianer lösten die Schüsse von Sarajewo in der Parteipresse der DAP keine Häme aus, die Bestürzung über das „feige, abscheuliche Mordattentat“ klang echt. In der Frage nach dem Warum herrschte jedoch Einigkeit, daß Franz Ferdinand das „Opfer eines Systems“ geworden sei, welches das Deutschtum und damit die Großmachtstellung Österreichs zurückgedrängt hätte. Österreich wäre seiner historischen Sendung untreu geworden, die Klerikalen hätten die Begehrlichkeiten der südslawischen Trialisten genährt. Weil es das „System“ verboten hatte, „Ordnung zu schaffen“, konnte sich die „großserbische Propaganda wie das Haupt des Mörders erheben“.²²⁷² Das Ultimatum an Serbien und den Eintritt in den Krieg begrüßte das in „Deutsche Arbeiter-Presse“ umbenannte Parteiorgan mit „hellem Jubel, daß sich endlich der energische Ton, der unserer Großmacht entspricht, eingestellt“ hat: „Einmütig erhebt sich der Riese Deutschland. Es beginnt der Riesenkampf, bis die endliche Machtstellung Deutschlands in der Welt besiegelt ist.“²²⁷³

Mit dem Eintritt des Ausnahmezustandes wurden der Reichsrat, alle parlamentarischen Ausschüsse und die Landtage geschlossen. Augenblicklich begann auch das politische Leben zu erlahmen. Nach den Angaben Alois Cillers betrug der Mitgliederstand der völkischen Gewerkschaften zu Beginn der Kampfhandlungen 45.000, wobei die 15.000 Mitglieder der selbständigen Arbeitervereine nicht dazugerechnet wurden. Sofort begannen sich die Organisationen zu leeren. Vom „Gau Ostmark des DHV“ wurden beispielsweise 55% seiner Mitglieder „einrückend gemacht“, der es alleine auf eine Mitgliederstärke von 15.000 gebracht hatte.²²⁷⁴ In manchen Orten befanden sich sogar die gesamten Vereinsausschüsse an der Front. Die in der Zentralkommission vertretenen Gewerkschaften hatten laut einer Mitteilung einer Sondernummer der „Deutschen Gewerkschaft“ vom November 1917 bereits 12.000 Mitglieder verloren.²²⁷⁵

Von der Parteispitze meldeten sich die drei Reichsratsabgeordneten Fahrner, Knirsch und Seidl als „Freiwillige“. Letzterer fiel nach einer Ausbildung in einer Offiziersschule am 6. Juli 1915 als Landsturmeutnant in Galizien.²²⁷⁶ Walter Riehl nahm als Gebirgsartillerie-Oberleutnant des Landsturms „vom 1. August 1914 bis zum Jahre 1917“²²⁷⁷ an mehreren Isonzo-Schlachten teil.²²⁷⁸ Für einen Zusammenhalt der Organisation sorgten inzwischen der für den Kriegsdienst als „zu

2272 Deutsche Arbeiter-Presse, 3. Jhg., Nr. 27 vom 18. Juli 1914, S. 1.

2273 Deutsche Arbeiter-Presse, 3. Jhg., Nr. 31 vom 13. August 1914, S. 1

2274 CILLER, Alois, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark, S. 202. Vgl. HAMEL, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 115. Die Deutsche Arbeiter-Presse sprach sogar im Frühjahr des Jahres 1914 von 80.000 Mitgliedern. Deutsche Arbeiter-Presse, 3. Jhg., Nr 16 vom 3. Mai 1914, S. 2.

2275 Zitiert In: WHITESIDE, Andrew Gladding, Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918, S. 348.

2276 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 180.

2277 Personal-Fragebogen Walter Riehls vom 28. Mai 1938, ÖStA, Archiv der Republik Österreich (AdR), Bundesministerium des Inneren (BMI), Akten des Gaupersonalamtes des Reichsgaues Wien, AkzL 10801, RIEHL Walter, Fasc. II.

2278 SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 72.

alt“ befundene Ferdinand Burschofsky in Mähren und Schlesien sowie Josef Galle in Böhmen, wo auch noch der Bergarbeiterführer Franz Hackel die Reste der kleinen Gewerkschaftsverbände betreute. Auch Gattermayer und Jung blieben der Partei weiter als Geschäftsführer erhalten, da sie als Eisenbahner nicht einrücken „durften“. ²²⁷⁹

Walter Gattermayer, der während des Krieges erstmals etwas deutlicher in den Vordergrund trat, ist eigentlich genauso ein „alter Hase“ wie Jung und Riehl gewesen, mit denen er 1909 fast gleichzeitig in die Partei eingetreten war, nur zeigte sich bei ihm eine viel deutlichere gewerkschaftliche Fixierung: Seit dem Jahre 1906 Leitungsmitglied des Schutzvereins des „Bundes der Deutschen in Niederösterreich“, wurde der am 28. August 1882 in Schrems im Waldviertel geborene Gattermayer 1908 Hauptleitungsmitglied des „Reichsbundes deutscher Eisenbahner“. Neben seinem Engagement in der Parteileitung der DAP bekleidete er auch von 1916 bis 1922 das Amt eines ersten Vorsitzenden des „Reichsverbandes deutscher Arbeitnehmervereinigungen“. ²²⁸⁰

Die DAP propagierte zwar einen „Siegfrieden“, doch die Ziele, die ihre Chefetage damit verband, waren völlig uneinheitlich und je nach Kriegslage und Kriegsdauer veränderlich. Heraus kamen meist nur nebulöse Sandkastenspiele. So schrieb Walter Riehl aus dem Schützengraben einen Artikel mit dem Titel „Wir wollen Kriegsziele“, den die „Ostdeutsche Rundschau“ (!) veröffentlichte. Darin „forderte er für ein vom Deutschen Reich getrenntes Österreich die Vorherrschaft im Baltikum, Livland und Kurland. Österreich-Ungarn sollte die Donau von Passau bis zum Schwarzen Meer beherrschen und weiters einen breiten Zugang zur Adria sowie wertvolle Kolonien erhalten.“ ²²⁸¹ Walter Gattermayer widmete seinen Zielen sogar eine eigene Broschüre. ²²⁸² Gesamt gesehen sollte das Eintreten für einen „Siegfrieden“ ein starkes, deutsch-dominiertes Mitteleuropa bringen. „Wenn wir „Siegfriedler“ waren“, schrieb Rudolf Jung 1919, „so geschah es nicht zuletzt aus dem Grunde, um Siedlungsland für unser Volk zu gewinnen, Land für Krieger, Land für Volksheimstätten“. ²²⁸³

Erstmals tauchten gegen Ende des Krieges auch Artikel gegen die „Kriegsverdiener im Hinterland“ in der Arbeiterpresse auf. Am 9. Dezember 1917 hielten nationale Kräfte im Wiener Musikvereinssaal im Beisein der Mitglieder der DAP eine „Siegfriedskundgebung“ ab, zu der Walter Riehl seine Mitstreiter in einem Feldpostbrief aufgerufen hatte: „Unsere Sozialdemokratie ... erklärt ganz offen, daß sie unsere Siege nicht will ... Ein deutscher Friede, ein sieges- und arbeitsfrohes deutsches Volk! Ein Verzicht-, richtig Elendsfriede, Verzweiflungsrevolutionen der Massen, die dann dem Bernstein, dem Adler und Seitz die ersehnte Herrschaft bringen sollen.“ ²²⁸⁴ Die nächsten Worte klingen bereits ganz nach Georg von Schönerer: „Verbrecherische Agenten beginnen an den Säulen unseres Bündnisses zu rütteln, und die Regierung findet kein energisches Wort der Abwehr

2279 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 183. Andrew WHITESIDE „unterschlägt“ diesen wichtigen Grund.

2280 Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Tagblatt Archiv, Mappe Gattermayer.

2281 Ostdeutsche Rundschau vom 14. November 1916.

2282 GATTERMAYER, Walter, Kriegsziele, Wien 1917.

2283 JUNG, Rudolf, Der nationale Sozialismus. Seine Grundlagen, sein Werdegang, seine Ziele, Troppau 1919, S. 76f.

2284 Zitiert In: SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 168.

gegen die slawischen Reichs- und Bündnisfeinde ... Soll unsere Zukunft ohne Widerstand von orthodoxen Theoretikern, internationalen Großkapitalisten und vaterlandslosen Umsturzleuten verspielt werden? Lange. Allzu lange überließ man unser politisch schlecht veranlagtes Volk den Einflüssen der goldenen und roten Presse“. Die „Dolchstoßlegende“ und die von Adolf Hitler zu einem fixen Bestandteil seiner Reden gewordenen „Novemberverbrecher“ mußten nicht erst geboren werden, schon 1916 drohte Riehl in einem unten zitierten Brief sinngemäß: „Wartet, bis wir wieder zu Hause sind!“ Seinen Forderungskatalog für Österreich und Deutschland paßte er dem Iglauer Programm an: „Wir sind die Aschenbrödel bei der Verteilung der Erde geblieben. Neuland für eine gesunde Vergrößerung unserer bäuerlichen Volksgrundlage, Absatzgebiete für den Fleiß unseres Gewerbes und unserer Arbeiter sollen der Lohn für die ungeheuren blutigen Opfer, Existenzverluste und Entbehrungen sein, die das werktätige Volk erlitten hat“. Das Land, welches Riehl dabei für diese „Wiedergutmachung“ im Visier hatte, wurde nur wenig später für Adolf Hitler zum Ziel seiner Expansionspolitik – das 1917 darniederliegende Rußland.²²⁸⁵

Am 14. Dezember 1915 überreichte Rudolf Jung dem österreichischen Ministerpräsidenten Karl Graf Stürgkh im Namen der Reichsparteileitung der DAP eine Denkschrift über die „Gestaltung der Verhältnisse nach dem Kriege“. Darin forderte er den schon in Iglau zum Programm gewordenen Umbau des Staates in „völkische Siedlungen“ auf der „Grundlage der Völker“ und verwarf jeglichen Aufbau nach Kronländern. Auch bei Jung führte die Waffenbruderschaft und die „Nibelungentreue“ zu einer schärferen deutschnationalen Ausrichtung, die einen sozialen Aspekt in den Hintergrund treten ließ. Neben zahlreichen Anregungen für die Regelung der Militärintvaliden- und Hinterbliebenenversorgung und einem Entwurf für ein Gesetz zum Bau von Kriegerheimstätten, drückte er in dieser Denkschrift sein klares Bekenntnis zu einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich aus.²²⁸⁶

Die beiden Geschäftsführer vertraten auch die drei Abgeordneten bei den Beratungen des „Deutschen Nationalverbandes“. Am 13. September 1916 gab Walter Gattermayer auf einer Sitzung, welche der Verband einberufen hatte, um zur Ausschaltung des Reichsrats während des Krieges Stellung zu nehmen, im Namen der DAP die Erklärung ab, sich im Interesse des deutschen Volkes wieder näher an den Nationalverband anzulehnen, dem sie seit Juli 1912 nur mehr als „Gast“ angehört hatte. Diese Ankündigung bedeutete zugleich eine nicht unwichtige Weichenstellung im Hinblick auf die Wahlen des Jahres 1919. In der sogenannten „Osterbegehrschaft“ hatte der Nationalverband 1916 erklärt, daß das gemeinsame politische Ziel nach dem gewonnenen Krieg nur ein starkes und gesundes Österreich unter deutscher Führung sein könnte.²²⁸⁷ Ob sich aus diesem, von Gattermayer eingeleitete Rechtsruck auch Folgen ableiten sollten, zeigte sich erst, als der Reichsrat am 30. Mai 1917 nach seiner Schließung nach drei Kriegsjahren wieder eröffnet wurde, weil damit auch in der DAP wieder ein halbwegs geregeltes Parteileben erwachte.

2285 Zitiert In: SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 210.

2286 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 184.

2287 WHITESIDE, Andrew Gladding, Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918, S. 351.

3. Die DNSAP

Schon im August 1916 hatten auch in der DAP nach den militärischen Erfolgen und der Aussicht auf ein nahes Kriegsende die Diskussionen um die Beherrschung des Nachkriegs-Österreich durch die vermeintlich siegreichen Deutschen begonnen. Diese Auseinandersetzungen fanden vornehmlich in der bei Ferdinand Burschofsky in Hohenstadt gedruckten „Freien Volksstimme“ ihre Spalten, das einzige Parteiorgan, das 1916 neben der in Dux erscheinenden „Deutschen Volksstimme“ und vier Gewerkschaftszeitungen mit ziemlicher Regelmäßigkeit erscheinen konnte.²²⁸⁸ Auch der Salzburger „Deutsche Volksruf“ war nach seinem Wiedererscheinen am 8. Oktober 1916 nach Hohenstadt übersiedelt und wurde dort als „Kopfzeitung“ geführt. Ab Februar 1917 übernahm Hans Krebs die Schriftleitung und den Druck in Aussig.²²⁸⁹ Interessanterweise definierten sich die theoretischen Debatten über das für und wider einer Klassenpartei, einer möglichen Öffnung zum Bürgertum, die Haltung zum Sozialismus und zur Verstaatlichung von Großbetrieben, über den Parteinamen. Bekanntlich hatte Hans Knirsch für den Namen „Arbeiterpartei“ plädiert, um einen „Ehrentitel für einen Universitätsprofessor gleichermaßen wie für einen Handwerker“ aus der Taufe zu heben, „um den schaffenden Menschen zum Träger des Schicksals der Nation zu machen“, was auch die DAP nunmehr als ihre „Sendung“ betrachtete.²²⁹⁰ Ein bereits im Jahre 1909 gestellter Antrag, den Parteinamen auf „Deutschsoziale Partei“ umzuändern, scheiterte aus diesen Gründen am Veto der Deutschböhmen. Seit 1910 verwendeten jedoch die Mitglieder der DAP auch untereinander den Namen „Nationalsozialisten“ immer zwangloser.²²⁹¹ 1916 vertraten viele von ihnen die Meinung, daß die Erweiterung des Parteiprogramms in Iglau 1913 eine Öffnung der Partei nach oben geradezu bedinge. Sie wäre soweit fortgeschritten, daß der Name „Arbeit“ fallen könnte, um die „geistigen Arbeiter“, wie die Beamten und Bauern, bei Wahlen nicht zu verschrecken. Es ging bei diesen parteiintern oft heftig geführten Diskussionen um nichts anderes als um die Aufgabe des Klassenstandpunktes. Dagegen wehrte sich Hans Krebs, der von einer „Dreiteilung“ der Parteien in Agrar-, Bürger- und Arbeiterparteien ausging. Er wollte die Beamten, um die es bei den Auseinandersetzungen im wesentlichen wegen des großen Gewerkschaftszulaufes ging, lieber in den Bürgerparteien sehen.²²⁹² Rudolf Jung widersprach ihm auch

2288 CILLER, Alois, *Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark*, S. 202.

2289 HANISCH, Ernst, *Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913–1925)*, S. 374.

2290 KNIRSCH, Hans, *Aus der Geschichte der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterbewegung Alt-Österreichs und der Tschecho-Slowakei*, Dux 1931, S. 79f.

2291 PAULEY, Bruce, *Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich*, S. 39.

2292 *Deutsche Arbeiterpresse* vom 26. August 1916.

im Namen Gattermayers, da keine dieser Parteien eine reine Klassenpartei sein wolle und sich auch die DAP von diesen alten Einteilungen trennen müsse. Jung, der dabei stets einen bedeutenden Schritt weiter dachte als seine Parteigenossen und eine Änderung der damaligen Gesellschaftsform nach dem Krieg heraufkommen sah, gab deutlich zu verstehen, daß die „Bewegung“ in den eigentlichen Massen der Lohnarbeiterschaft ohnehin nie Fuß fassen konnte, weswegen er daraus die Schlußfolgerung ableitete, die Werbekraft auf die Staatsbeamtenschaft und die Angestellten auszudehnen: „Es seien meist Beamte, das heißt geistige Arbeiter, aber sie meinen für sie sei kein Platz in der Deutschen Arbeiterpartei, da sie unter Arbeiter nur Lohnarbeiter verstehen werden“. Das Fazit seines Vorschlages, die DAP in „Deutschsozialistische Arbeiterpartei Österreichs“ umzubenennen, lautete: „Uns die denkende Arbeiterschaft, die Arbeiteraristokratie, der Sozialdemokratie die urteilslose Masse“. ²²⁹³

Walter Riehl nahm dazu in einem Feldpostbrief vom 3. November 1916 Stellung. Ausgehend vom „reinsten idealen Nationalismus“ bei der Parteigründung, widersetzte er sich wie Krebs dem Gedanken, die DAP zu einer „Beamtenpartei“ verkommen zu lassen. Damit werde „die Schutzarbeit für das deutsche Volk“ vernachlässigt, frei nach dem Motto, „Dem deutschen Arbeiter den Arbeitsplatz im deutschen Sprachgebiet“ und zum anderen eine „Abweichung vom Seelenkampf mit der Sozialdemokratie“ entstehen. ²²⁹⁴ Er gab aber Jung insofern recht, als „die Angestellten und Beamten infolge gleicher Interessen mittun und willkommene Mittstreiter“ seien. „Als solche begrüßen wir auch jene Mitarbeiter aus allen Berufen“. Was nun sein Biograph Alexander Schilling als drittes Entwicklungsstadium nach seinen „Lehrjahren“ in der Sozialdemokratie bezeichnete, nämlich die Aufgabe seines bis dato verfolgten Klassenstandpunktes, bedurfte einer von Riehl in selbigem Brief verfaßten Begründung, die zu einer Zeit kriegsmäßiger Vollbeschäftigung und einer leichten Besserstellung der Arbeiter fast absurd klingt: „Wie wäre es, wenn wir die gewaltige, unvergleichliche Verschiebung, die dieser Krieg auch in sozialer Beziehung mit sich bringen wird, für geeignet hielten, den langsamen Weg der Organisation des vierten Standes mit einem Schlag nach Kriegsschluß zu erweitern trachten und versuchen, in einem gewaltigen Anlauf unsere völkischen und sozialen Grundsätze dem gleichermaßen über Kriegswucher erbitterten und völkisch zum Sieg entschlossenen, aus den Schützengräben zurückkehrenden deutschen Volke aller ehrlichen Berufe als Richtschnur zu geben und sozusagen Endzielarbeit zu machen? Das ganze Klassengerüst der Völker ist in Unordnung geraten: große bürgerliche Berufe wurden gestürzt und sind schlechter daran als viele Arbeiter; Millionäre sind Leute geworden, die früher in proletarischer Lebensführung mit alten Hosen handelten! Darüber werden dann wir entscheiden! Wenn das Ende naht – dann behalten wir uns vor, die rückkehrenden Krieger aufzurufen und mit ihnen zum Sturm zu schreiten“. ²²⁹⁵ Einmal mehr bildete der Antisemitismus die eigentliche Triebfeder seiner Begründung. Dieser Brief machte Riehl für Schilling zum „Johannes der Wü-

²²⁹³ Deutsche Arbeiterpresse vom 9. September und vom 14. Oktober 1916.

²²⁹⁴ BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 184.

²²⁹⁵ Zitiert In: SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 72.

stenprediger, der aus dem Schützengraben prophetisch das Bild der künftigen Hitler-Bewegung erschaut“ und damit zum „ersten Nationalsozialisten“ geworden ist, denn zwei große, weltbewegende Ideen vereinigten sich nun in einer höheren Synthese, im nationalen Sozialismus“. Äußerst beachtenswert ist der Grund, den Schilling für Riehls „Wandlung“ angegeben hat, der auch bei der frühen Münchner NSDAP symptomatisch war: Das „Kriegserlebnis“, welches den sozialen Stand, den Beruf und die Bildung und damit auch die Klassengegensätze verlöschen ließ.

Walter Gattermayer wurde nun zur treibenden Kraft der Umbenennung der Partei, die auch Walter Riehl nicht abgelehnt hatte. Er begründete seine feste Absicht damit, daß schon in der Bezeichnung der Partei der Inhalt der Parteileitsätze voll und ganz enthalten sein sollte. Am 14. April 1918 erörterte ein Landesparteitag für Böhmen in Aussig die Frage der Bezeichnung „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ – welche die Mehrheit sofort ablehnte.²²⁹⁶ Erst auf einem Reichsparteitag, der am 4. und 5. Mai 1918 in Wien stattfand, der erste seit Iglau im Jahre 1913 und der letzte im alten Staatenverband, kam es endgültig zur Umbenennung. Dazu war aber noch eine von Rudolf Jung vorgenommene Ergänzung des Trautenaues Programms in der Fassung des Iglauer Programms notwendig geworden. Sehr gut läßt sich dabei erkennen, wie sehr sich die Partei auch in dieser Phase noch immer auf ideologischer Wanderschaft befand. Für die DAP, oder besser für einige ihrer leitender Funktionäre, war diese Umbenennung in „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“, kurz DNSAP, und das durch die vorgenommene Ergänzung „neue“ Parteiprogramm gleichbedeutend mit der Gründung einer neuen Partei. So gab Walter Riehl in dem in seinem „Gau-Akt“ befindlichen „Personal-Fragebogen der NSDAP“, mit dem er 1938 um seine Rehabilitierung kämpfte, unter der Rubrik „Angaben des Antragstellers über sonstige Tätigkeiten für die NSDAP“ ziemlich „schneidig“ an: „Gründer der Partei in Österreich im Mai 1918.“²²⁹⁷

Mit ihrem neuen Programm trat die DNSAP auch im Wahlkampf 1918/19 an.²²⁹⁸ Walter Riehl ließ es im September 1918 als Flugschrift unter dem Titel „Unser Endziel“ drucken.²²⁹⁹ Einige Rechtsanwaltskollegen, die ihm 1938 helfen wollten, wieder in die NSDAP einzutreten, aus der er im August 1933 nach einem Konflikt mit dem Landesinspekteur für Österreich, Theo Habicht,

2296 KNIRSCH, Hans, Aus der Geschichte der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterbewegung Alt-Österreichs und der Tschecho-Slowakei, S. 55f.

2297 Personal-Fragebogen Walter Riehls vom 28. Mai 1938, ÖStA, AdR, BMI, Akten des Gaupersonalamtes des Reichsgaues Wien, Aktzl. 10801, RIEHL Walter, Fasc. II.

2298 HAWLIK, Johannes, Die politischen Parteien Deutsch-Österreichs bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung 1919, phil. Diss. (ungedruckt), Wien 1971, S. 444.

2299 RIEHL, Walter, Unser Endziel. Eine Flugschrift für den deutschen Nationalsozialismus, 5. Aufl., Wien 1923. Auch hier irrt WHITESIDE. Die vorliegende und von ihm angesprochene Broschüre in 5. „erweiterter und ergänzter“ Auflage beinhaltet schon den Zusatz „... für den deutschen Nationalsozialismus“ und wird von einem Hakenkreuz „verzerrt“. Sie enthält die Parteigrundsätze auch der deutschen Schwesterpartei, der Münchener NSDAP bis 1923, während die 1. Auflage nur die Wiener Beschlüsse und die politischen Ziele enthält. Vgl. JAGSCHITZ, Gerhard, „Jüdische Weltherrschaft“. Der Antisemitismus der frühen NSDAP in Österreich, In: Das jüdische Echo, Nr. 44, vom Oktober 1995, S. 62. Vgl. HOFFMANN, Heinrich (Hrg.), Wie die Ostmark ihre Befreiung erlebte, Berlin 1940, S. 27.

ausgeschlossen worden war, nahmen diese Flugschrift zum Anlaß, in einem Brief an Reichsstatthalter Baldur von Schirach darauf hinzuweisen, daß „... Riehl ... schon vor dem Krieg die Selbstständigkeit der deutschen Arbeiterpartei (1909 in Prag) erkämpft hatte, er schrieb 1910 den ersten Aufsatz mit dem Schlagwort ‚Es lebe der deutsche Nationalsozialismus‘, ... im September veröffentlichte er die erste nationalsozialistische Broschüre überhaupt, ‚Unser Endziel‘“. Quasi als Draufgabe des recht „undiplomatischen“ Bittgesuchs für den „ältesten Vorkämpfer, ... der trotz allem in den Augen der Ostmärker und vieler Sudetendeutscher der eigentliche Gründer des Nationalsozialismus bleibt(!), dem die Anerkennung nicht versagt werden darf“, vermerkten sie: „Er schuf 1919 das erste Parteiabzeichen mit dem Hakenkreuz!“²³⁰⁰

3.1 Das Parteiprogramm der DNSAP 1918

Die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen sowie die „Forderungen für die Arbeitnehmerschaft“ des Trautenaus Programms blieben in diesem neuen Parteiprogramm weiter bis auf geringfügige Änderungen unangetastet. Es änderten sich nur die Überschrift und die Einleitung, die jetzt noch deutlicher die Handschrift Rudolf Jungs trugen. Nur anhand der Programmgestalter ist dabei Karl Dietrich Bracher zu folgen, der den Charakter der Partei wesentlich mit der Herkunft und Person ihrer Führer verknüpfte, denn ein Führerprinzip hat es in der DAP/DNSAP nie gegeben.²³⁰¹ Daß die Partei aber einmal nach rechts, dann wieder nach links orientiert erscheint, trifft durchaus zu, man braucht dazu nur einen Blick auf das neue Programm zu werfen: Neue, rechte „Leitsätze“ stehen über alten, linken sozialreformatorischen Forderungen.

An erster Stelle stand nun für die DNSAP, die sich weiter als „Klassenpartei“ mit dem Zusatz „der schaffenden Arbeit“ bezeichnete, „die Hebung und Befreiung der arbeitenden deutschen Volksschichten aus wirtschaftlicher, politischer und geistiger Unterdrückung und ihre volle Gleichberechtigung auf sämtlichen Gebieten völkischen und staatlichen Lebens“.²³⁰² Diesen ersten Teil könnte man immer noch, wenn auch schon mit bedeutenderen Schwierigkeiten, als die Kreuzung eines linksdemokratischen Flugblattes aus dem Jahre 1848 mit einem sozialistischen Programm und einer immer eigener werdenden „völkischen Diktion“ verstehen. Aber schon der zweite Absatz zeigt gegenteilige „Rechtstendenzen“: Dem alten Satzteil, daß sich der „Schaffende nur innerhalb der natürlichen Grenzen des Volkstums ... durchringen kann“, stellte Jung das „rückhaltlose“ Bekenntnis „zur Kultur- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes“ voran.

2300 ÖStA, AdR, BMI, Akten des Gaupersonalamtes des Reichsgaues Wien, Aktzl. 10801, RIEHL, Walter, Fasc. 15.

2301 BRACHER, Karl Dietrich, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folge des Nationalsozialismus, 2. Aufl., Köln 1969, S. 56.

2302 Parteigrundsätze der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, In: RIEHL, Walter, Unser Endziel. Eine Flugschrift für den deutschen Nationalsozialismus, S. 15f.

Viel schärfer war auch die Formulierung, mit der die Partei den Klassenkampf ablehnte, abgefaßt: „Eine Besserung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände ist vielmehr nur durch Zusammenfassung aller Schaffenden auf dem Boden des eigenen Volkstums erreichbar. Nicht Umsturz, sondern zielbewußte, schaffende Reformarbeit allein kann die heutigen unhaltbaren Verhältnisse in der Gesellschaft überwinden“. ²³⁰³ Der oft vorgebrachte und genauso oft abgeschriebene Vorwurf, daß die DAP/DNSAP keine klaren gesellschaftspolitischen Vorstellungen hatte, entsprang ihrem Lavieren zwischen einem sozialistischen Antikapitalismus und ihrer liberal-individualistischen Stellung zu Eigentum und Verstaatlichung, was erst zur eigentlichen Definitionsfrage ihres Sozialismus führte. Die passenden Antworten auf diese Fragen zu finden, schien eindeutig Jungs Domäne zu sein, der dieses Mittelding steuerte und sich damit eingehend in seinem Hauptwerk „Der nationale Sozialismus“ beschäftigen sollte. Eine Auflösung konnte aber scheinbar nur durch den Nationalismus in einer engen Verknüpfung mit dem Antisemitismus geschehen: „Nicht das Privateigentum an sich ist schädlich, insofern es eigenem, ehrlichen Schaffen entspringt, der Arbeit dient und sich in solchen Grenzen bewegt, daß es das Gemeinwohl nicht schädigt. Wir verwerfen aber alle Art arbeitslosen Einkommens, wie Grundrente und Geldzins und den der Not des Nächsten abgepreßten Wuchergewinn. Ihnen gegenüber vertreten wir mit aller Schärfe den Standpunkt der schaffenden Arbeit ... Unbedingt treten wir ein für die Überführung aller kapitalistischen Großbetriebe“. ²³⁰⁴

Rudolf Jung ließ im nächsten Absatz keine Zweifel aufkommen, wen er damit gemeint hatte: „(Die Partei) bekämpft daher alle rückschrittlichen Bestrebungen, kirchlichen, adeligen und kapitalistischen Vorrechte und jeden fremdvölkischen Einfluß, vor allem aber die überwuchernde Macht des jüdisch-händlerischen Geistes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“. ²³⁰⁵ Was Jung in seinem ein Jahr später erschienenen Hauptwerk, „Der nationale Sozialismus“, unter den Sammelbegriff „rückschrittlich“ subsumierte, klingt auch hier schon: Anhand seiner Kapitalismuskritik entwickelte er eine „Modernisierungskritik“ und trat für eine Zurückdrängung der Industrialisierung ein, die durch ihre Dynamik, Mechanisierung und Automatisierung der Arbeit den Menschen seinem „Menschsein“ entfremdet habe, der deswegen „undeutsch“ und zu einem Herrschaftsinstrument des Judentums geworden sei. Jung wollte damit sozusagen die „höchste Stufe“ des Antiliberalismus und Anti-Individualismus erreichen. Er setzte der Industrialisierung zur Sicherung der Besitzverhältnisse eine agrarisch-kleinstädtische Gesellschaft (auf dem Boden des eigenen Volkstums) entgegen, die nur durch eine Umgestaltung des gesellschaftlichen Überbaus, in Form von Verstaatlichungen oder Enteignungen zu errichten wäre. Dies hätte ein Zurück zu einem Ständewesen bedeutet, in dem die Berufsgruppen nicht mehr an einer Industriegesellschaft orientiert wären, was Rudolf Ardel mit einem „rückwärts gewandten Utopia“ verglichen hat. ²³⁰⁶

²³⁰³ Ebd.

²³⁰⁴ Ebd.

²³⁰⁵ Ebd.

²³⁰⁶ ARDELT, Rudolf, Zwischen Demokratie und Faschismus. Deutschnationales Gedankengut in Österreich 1919–1930, Wien 1972, S. 140.

Noch etwas läßt sich aus dem Programm, quasi zwischen den Zeilen stehend, herauszulesen. Jung strebte die „Volksgemeinschaft“ als das höchste Ziel an, nämlich den „Einfluß von Arbeit und Wissen in Staat und Gesellschaft“ mit dem Mittel des „politischen Zusammenschlusses des arbeitenden deutschen Volkes“ zu verbinden. Von ihr sollten neben Kirche, Adel und Judentum und allen „Fremdrassigen“ auch alle „Taugenichtse“, Arbeitsunwilligen, Verbrecher und alle, die unter den weitgesteckten Begriff des späteren „Volksschädlings“ fielen, ausgeschlossen bleiben.

Ein eigener, imperialistischer „staatsrechtlicher“ Programmteil stand als auffallendes Novum wie eine zweite Säule eng mit den ideologischen Grundsätzen in Verbindung. So erklärte die DNSAP die „Zusammenfassung des gesamten deutschen Siedlungsgebiets in Europa(!) zum demokratischen, sozialen Deutschen Reiche“ und den „tatkräftigen Schutz aller von unserem Volke bewohnten und von fremden Völkern beherrschten Gebiete“ zu einem eigenen Programmpunkt.²³⁰⁷ Auch anhand dieses künftigen Leitsatzes lassen sich sofort mit der Öffnung zu den Angestellten Einflüsse des DHV und des mit ihm im Reich in enger Verbindung stehenden „Alldeutschen Verbandes“ feststellen, dessen § 1 bis 1903 gelaute hatte: „Belebung der deutschnationalen Gesinnung auf der ganzen Erde, Erhaltung der deutschen Art und Sitte in Europa und über See und Zusammenfassung des gesamten Deutschtums“.²³⁰⁸

Neben dem einstimmig angenommenen Programm, dem ersten einer deutschen nationalsozialistischen Partei, faßte die DNSAP in Wien weitere grundsätzliche Beschlüsse. So war die Ablehnung jeglicher Pläne, die eine Rettung der Habsburgermonarchie oder die Einbindung Deutschösterreichs in eine Donauföderation vorgesehen hätten, nun mit der alten Forderung nach einer eigenen Provinz Deutsch-Böhmen verknüpft. Es ist eine nicht unwichtige Feststellung, daß mit einer gewissen Öffnung der Partei auch sofort wieder die Schlachtrufe Schönerers ertönten. Statt der Einbindung sollte Deutschösterreich mit den Brüdern im Reich vereint werden, um einen einzigen Deutschen Staat, wie im Programm gefordert, zu schaffen. Dies war zugleich das erste öffentliche Bekenntnis der vorher „staatsstreuen“ DAP zum „Anschluß“.²³⁰⁹ Daneben machte sich auch erstmals eine gewisse Demokratieskepsis bemerkbar. Unter „Freiheitlichen Forderungen“ las sich das im Jung-Programm folgendermaßen: „Bekämpfung jeder Parteiherrschaft, insbesondere durch Einführung der Volksabstimmung (Referendum) für alle einschneidenden Gesetze in Reich, Staat und Land“.²³¹⁰ Zwar sollte damit die Willensbildung noch der Bevölkerung überlassen bleiben, ein politischer Pluralismus wurde aber erstmals abgelehnt.

Ferdinand Burschofsky, Hans Krebs, Walter Riehl, Josef Patzelt, Walter Gattermayer, Rudolf Jung, Hans Knirsch und Adam Fahrner galten nun als die Männer, die in der neuen DNSAP das Sagen hatten.

2307 Parteigrundsätze der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, In: RIEHL, Walter, Unser Endziel. Eine Flugschrift für den deutschen Nationalsozialismus, S. 15f.

2308 Zitiert In: HAMEL, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 100.

2309 BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus, S. 188.

2310 Parteigrundsätze der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, In: RIEHL, Walter, Unser Endziel. Eine Flugschrift für den deutschen Nationalsozialismus, S. 15f.

3.2 Die DNSAP nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie

Es ist verwunderlich, daß die Parteien den Zusammenbruch der Donaumonarchie relativ unbeschadet überstanden. Das ist durchaus nicht selbstverständlich gewesen, wenn auch zwei gravierende Änderungen die Erste Republik überschatten sollten, die das gesamte Parteispektrum betrafen. Mit dem Kaiser war plötzlich eine Ordnungsgewalt weggefallen, die bei allen Schwächen doch so etwas wie eine Klammer gewesen ist, oder zumindest eine letzte Instanz, die man anrufen konnte, wenn gar nichts mehr ging, wie sich diese Vorgangsweise während der Badeni-Tage als gutes Beispiel dokumentieren läßt. Genauso verschwand der Liberalismus, der nur mehr in Böhmen schwache Züge entwickeln konnte, aus dem Parteienspektrum Rest-Österreichs. Was Joachim Fest mit der „Verneinung der liberalen und humanitären Zivilisationsidee“ meinte, nämlich den Sinn und Vorzug in raschen, einsamen Entscheidungen zu suchen, nachdem „der Kompromißcharakter parlamentarischer Ordnungen, wegen ihrer Entscheidungsschwäche und der häufigen Selbstlähmung keine Überredungskraft mehr für eine Generation besaß, die aus dem Krieg den Mythos des perfekten militärischen Leistungskollektiv zurückgebracht hatte“²³¹¹, traf zu einem ganz gehörigen Maß auch auf Österreich zu.

Am 30. Juni 1918 anerkannte die französische Regierung den tschechoslowakischen Nationalrat in Paris als die offizielle Stelle eines verbündeten Staates an, am 9. August folgten Großbritannien und schließlich am 3. September die Vereinigten Staaten. Die im Reichsrat vertretenen tschechischen Abgeordneten, die sich mittlerweile ungestraft über den österreichischen Staat lustig gemacht hatten, bildeten am 13. Juli 1918 unter dem Vorsitz des zuvor wegen Hochverrats angeklagten Jungtschechen Karel Kramář (1860–1937) nach der Stärke der Parteien nach den Reichsratswahlen des Jahres 1911 einen aus 30 Mitgliedern bestehenden „Tschechoslowakischen Nationalausschuß“, der den Untergang der Monarchie einläuten sollte. Am 22. Juli 1918 sprach der tschechische Abgeordnete Stránský²³¹² im Reichsrat der Regierung das Mißtrauen aus: „Die Tschechen erklären, Österreich in Ewigkeit zu hassen und bekämpfen zu wollen. Sie werden es schließlich vollständig zertrümmern, denn Österreich ist ein hundertjähriges Verbrechen gegen die Freiheit des Menschengeschlechtes. Es ist die größte nationale Pflicht der Tschechen, Österreich zu schädigen, wo und wann immer es möglich ist. Das erfordert die Treue gegen das tschechische Volk und die Treue gegen die tschechische Krone. Und diese Treue kann nur im Verrat gegen Österreich bestehen. Wir sind deshalb auch gesonnen, wo immer wir können, es treu zu verraten. Österreich ist überhaupt kein Staatswesen, sondern ein häßlicher hundertjähriger Traum, ein Albdruck, sonst nichts. Es ist ein Staatswesen ohne Patrioten und ohne Patriotismus, das durch Addition von acht Irredentisten – die Deutschen mit inbegriffen – entstanden ist“.²³¹³

2311 FEST, Joachim, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. Main 1987, S. 140f.

2312 Nicht zu verwechseln mit dem Mitstreiter WOLFS, dem Deutschradikalen STRANSKY.

2313 Zitiert In: JEDLIČKA, Ludwig, Vom alten zum neuen Österreich. Fallstudien zur österreichischen Zeitgeschichte 1900–1975, St. Pölten 1975, S. 199.

Die innere Auflösung des Staatsgefüges führte am 21. Oktober 1918 auch bei den Deutschösterreichern zur „parlamentarischen Revolution“. Die im Jahre 1911 gewählte „Vollversammlung der Reichsratsabgeordneten der deutschen Wahlbezirke“ trat auf historischem Boden, im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landhauses, von dem am 13. März 1848 die Revolution ihren Ausgangspunkt genommen hatte, als „provisorische Nationalversammlung“ gemäß den sozialdemokratischen Vorschlägen zusammen. Der Rückgriff auf das Wahlergebnis des Jahres 1911 schien für den Augenblick der konfliktfreieste Entschluß. In dieser provisorischen Nationalversammlung legten zunächst die Sprecher der einzelnen Parteien erstmals ihre Vorstellungen und Wünsche dar. Während die Sozialdemokraten alles offen ließen, bekannte sich der Sprecher der Christlichsozialen, der Tiroler Landeshauptmann Josef Schrafl, ebenso zur konstitutionellen Monarchie wie Otto Steinwender für die Deutschnationalen.²³¹⁴

Das Verhältnis zu Deutschland und zu den anderen Nationen sollte in freier Selbstbestimmung geregelt werden. Gerade in der „Deutschlandfrage“ zeigten sich aber sowohl Christlichsoziale als auch Deutschnationale weit gemäßigter als die Sozialdemokraten, die ihre Anschlußforderungen aber auch intern noch zurückhielten. Dadurch machten sie den Weg frei für den „Anschlußmythos“ der nach dem Tod Seidls auf zwei Abgeordnete geschrumpften DNSAP. Hans Knirsch verwarf in seiner Erklärung den von Schrafl propagierten Bundesstaatsgedanken, den auch der schon vom Tod gezeichnete Viktor Adler²³¹⁵ als Sprecher der Sozialdemokraten gutgeheißen hatte: „Namens der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei habe ich die Ehre, folgendes zu erklären. Wir nationalen Sozialisten lehnen den Gedanken an eine Vereinigung Deutschösterreichs zu einem Staatenbund mit den aus dem alten Österreich erstehenden slawischen Staaten von vornherein ab. Im nationalen, sozialen und kulturellen Interesse fordern wir den staatsrechtlichen Anschluß Deutschösterreichs als Bundesstaat an das Deutsche Reich ... Nur im deutschen Einheitsstaat können wir Ostmarkdeutsche die baldige Verwirklichung jener staatssozialistischen Grundsätze erhoffen, welche die Wunden dieses Krieges heilen und unser 80-Millionen Volk der Arbeit und Tätigkeit einer glücklichen Zukunft entgegenführen werden. Es lebe das freie, soziale Alldeutschland!“²³¹⁶

Diese Erklärung Knirschs, dessen Text gerüchteweise Walter Riehl zugeschrieben wurde, der dies aber später in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ dementierte (!)²³¹⁷, ist in zweifacher Weise einzugrenzen, obwohl sie den Parteigrundsätzen vom 5. Mai 1918 in der „Zusammenfassung des gesamten deutschen Siedlungsgebiets“ entsprach. Zum einen war sie von einem geradezu fanatischen Haß auf das Haus Habsburg und damit auf die (österreichische) Monarchie gekennzeich-

2314 HOHENECKER, Ludwig / Gustav OTRUBA, Von St. Germain zum Staatsvertrag. Österreich 1918–1955, Wien 1967, S. 15f.

2315 Viktor Adler hatte recht geschickt die Bereitschaft Deutschösterreichs, sich mit den Nachbarvölkern zu einem freien Völkerbund zu vereinigen, verkündet, welches sich andererseits gezwungen sähe, sich dem Deutschen Reich anzugliedern.

2316 Stenographische Protokolle der Sitzungen der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich, 1. Sitzung, S. 3f.

2317 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung, S. 144.

net, der sich schon in Knirschs Briefen an Rudolf Zeidler manifestiert hatte und nur einer kleinen Kostprobe bedarf: „Franz Joseph ist der Sohn eines nahezu schwachsinnigen Erzherzogs, der Neffe eines gänzlichen Schwachsinnigen, der Enkel eines charakterlich minderwertigen Mannes mit einzelnen Eigenschaften, die auf pathologische Vererbung schließen lassen ... Schöne blaue Augen sind auch in seiner Familie zu Hause. Ebenso jedoch die Negerlippen.“ Franz Ferdinand betitelte er in einem Schreiben als Slawen, Kaiser Karl als Hochverräter.²³¹⁸

Zum anderen verstand sich die Erklärung einmal mehr als ein Absetzmanöver von den bürgerlichen Parteien, vor allem von den Deutschnationalen, die sich zur Monarchie bekannten, aber auch von der Sozialdemokratie, deren Resolution vom 3. Oktober sie nicht mitgetragen hatten. Knirsch schrieb wenig später an Zeidler: „Ich habe diese staatsrechtliche Erklärung als nationaler Sozialist abgegeben ... Habsburg ist niemals mein Herrscherhaus gewesen ... Wer heute noch schwarz-gelb ist, dem ist nicht mehr zu helfen ... Bei den Sozialdemokraten wirkt der Umstand, daß ihre Leute sich an die Spitze des Reiches geschwungen haben, oder besser gesagt, daß die konservative Schlappeheit und Mutlosigkeit sie hinaufgeschwungen hat, daß auch sie mit von der Partie sein wollen. Deshalb sind sie anschußfromm.“²³¹⁹

Die österreichischen Nationalsozialisten, die sich trotz der eindeutigen Erklärung Knirschs vom 21. Oktober noch auf keine Staatsform festgelegt hatten²³²⁰, verurteilten das Waffenstillstandsangebot Österreich-Ungarns vom 27. Oktober 1918 unter den Bedingungen der Entente als Beweis des Hochverrats der Habsburger am Deutschen Reich. Auf einer Vollversammlung in Dux am 2. November 1918 gab Reichsparteiobmann Hans Knirsch eine einstimmig angenommene Erklärung ab, wonach durch den am Deutschen Reich und dem sudetendeutschen Volk verübten Verrat für Deutsch-Österreich nur die Republik als Staatsform denkbar wäre.²³²¹ Eine gewichtige Rolle spielte dabei auch die allgemeine große Enttäuschung über den Hohenzollern Wilhelm II., sodaß die Nationalsozialisten jetzt auch der ehemals „vergötterten Dynastie“ den Rücken kehrten. Wenn es zum gemeinsamen Wohl des deutschen Volkes beitrage, sollte die Staatsform zweitrangig sein. So urteilte die „Deutsche Arbeiterpresse“ am 16. November: „Höher als alle Kaiser und Könige und ihren Familien muß für jeden deutsch fühlenden Menschen das deutsche Volk stehen. Dynastiekämpfe haben die Einigung des deutschen Volkes über Jahrhunderte verzögert. Wenn dieses Hindernis beseitigt ist, wenn alles Blut des Weltkrieges und die demokratische Republik unsere Einigung vollendet haben, so war der gezahlte Preis nicht zu kostbar.“²³²² So nahm die DNSAP die Demokratie als eher unwichtiges, „notwendiges Übel“ für einen dann möglicherweise leichter zu vollziehenden Anschluß zweier Republiken hin, doch wehe, wenn er nicht erfolgen würde.

2318 ZEIDLER, Rudolf, Hans Knirsch. Ein sudetendeutscher Edelmensch, S. 88.

2319 Ebd., S. 162f.

2320 Deutsche Arbeiterpresse vom 26. Oktober 1918, S. 1.

2321 Deutsche Arbeiterpresse vom 9. November 1918, S. 1.

2322 Deutsche Arbeiterpresse vom 16. November 1918, S. 1.

Neben der Anschlußfrage stellte sich nun der künftige Umfang des tschechischen Staatsgebiets als größtes ungelöstes Problem dar. Schon am 29. Oktober 1918 hatten sich die deutschen Abgeordneten Böhmens im niederösterreichischen Landhaus als „Landesversammlung“ konstituiert, die sich einstimmig „im Namen des von ihr vertretenen Volkes und Gebietes Deutschböhmen als eigenberechtigte Provinz des Staates Deutschösterreich“ erklärt hatte. Mit dem am selben Tag von der Nationalversammlung eingesetzten, aus zwanzig Mitgliedern bestehenden Vollzugsausschuß, dem späteren Staatsrat, dem die Nationalversammlung am 30. Oktober die Regierungs- und Vollzugsgewalt übertrug, vollzog sich die diskontinuierliche Bildung des neuen Staates „Deutschösterreich“. Karl Renner gab ihm ein von ihm ausgearbeitetes provisorisches Verfassungsfragment unter grundsätzlicher Rezeption des Rechts der Monarchie.²³²³ In diesen neuen Staat war aber auch Deutschböhmen einbezogen, was sich in der Bildung eigener Provinzialregierungen äußerte.²³²⁴ Das Problem bestand nun darin, daß die deutschen Gebiete nicht an ein genau abgegrenztes Gebiet an Österreich angrenzten und sich die größten deutschen Ballungszentren in Nordböhmen befanden. So sah man sich gezwungen, vorerst vier Provinzen zu errichten: Deutschböhmen (das nördliche Böhmen nahe der Grenze); Sudetenland (in Schlesien und im nördlichen Mähren an der deutschen Grenze); den Böhmerwaldgau (im südlichen Böhmen nahe der bayrischen und der österreichischen Grenze); und Deutschsüdmähren (im südlichen Mähren in der Nähe der österreichischen Grenze). Erschwerend kam hinzu, daß eine Verbindung zwischen den Provinzen untereinander und zu Österreich nur über tschechisches Gebiet möglich und außerdem die tschechische Lebensmittelversorgung von diesen Industriegebieten abhängig war.²³²⁵ Mit der am 28. Oktober in Prag erfolgten Proklamation der unabhängigen Tschechoslowakei als erstem „Gesetz“ des Nationalausschusses verhärteten sich sogleich die Fronten: Als der deutschböhmische Mitarbeiter Josef Tittas im „Deutschen Volksrat“, der Reichsratsabgeordnete Rudolf Lodgman, am 30. Oktober genauso wie der sozialdemokratische Führer Josef Seliger vierzehn Tage später, in Prag um Lebensmittel für die deutschen Gebietsteile zu bat, wurden sie eingeladen, sich mit ihren Parteien dem Nationalausschuß anzuschließen und sich am Aufbau des tschechoslowakischen Staates zu beteiligen. Beide lehnten im Namen der Deutschböhmen ab und bekräftigten den Verbleib bei Österreich. Es fielen dabei die Worte von einem „Saisonstaat“, der nichts anderes als ein sinkendes Schiff sei. Victor Mamatey machte diese Ablehnung als ein entscheidendes Vorzeichen für die spätere völlige innenpolitische Vergiftung des Klimas verantwortlich. Eine gewisse Bereitschaft von deutscher Seite hätte auch verhindern können, daß in der Folgezeit jene vier Provinzen zu Hochburgen der Nationalsozialisten wurden.²³²⁶

2323 So bestimmte § 16, daß „Gesetze und Einrichtungen, die ... nicht aufgehoben oder abgeändert sind“, vorläufig weiterhin in Geltung zu bleiben haben. (StGBI. I)

2324 Staatsgesetzblatt Nr. 1/ 1918; Vgl. WALTER, Robert / Heinz MAYER, Grundriß des österreichischen Bundesverfassungsrechts, 4. Aufl., Wien 1982, S. 19; WHITESIDE, Andrew Gladding, Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918, S. 352.

2325 BRÜGEL, Johann Wolfgang, Tschechen und Deutsche 1918–1938, München 1967, S. 48f.

2326 HOFBAUER, Josef / Emil STRAUSS, Josef Seliger. Ein Lebensbild, Prag 1930, S. 133f. Vgl. BRÜGEL, Johann Wolfgang,

Am 13. November 1918 nahm der Prager Nationalausschuß eine provisorische Verfassung an, die vorsah, eine provisorische Nationalversammlung zu schaffen, welche die Republik ausrufen sollte. Schon während der zweiten Novemberhälfte besetzten tschechische Freiwilligenverbände, rekrutiert aus heimgekehrten Soldaten der alten österreichisch-ungarischen Armee, das sudeten-deutsche Gebiet. In dieser Situation völliger Demoralisierung leistete die deutschböhmische Seite bis auf Brüx, wo in der Zeit vom 27. bis 29. November 1918 kleinere Scharmützel stattfanden, keinen Widerstand. Die ganze Besetzung bekam so den Charakter einer Militärparade.²³²⁷ Aus dem Definitivum wurde jedoch ein Faktum. Es nutzte weder die formelle Einverleibungserklärung Schlesiens und Südmährens durch ein Gesetz der deutsch-österreichischen Nationalversammlung vom 22. November, welches auch die Gebiete Südböhmens mit Oberösterreich für verbunden erklärte, noch zwei Protestnoten vom 13. und 16. Dezember 1918 – die Tschechen Edvard Beneš und Tomas G. Masaryk hatten stets die besseren Karten in der Hand und konnten noch dazu mit der Anerkennung der Tschechoslowakei als eine „alliierte Nation“ ein „gewichtiges Argument“ anführen. Diese längst beschlossene Tatsache, die dann auf der Friedenskonferenz von St. Germain ihre endgültige Sanktion fand, führte darüber hinaus noch zu der paradoxen Entscheidung, daß „Österreich“ nach dem Anschlußverbot auch Böhmen und Mähren an die Tschechoslowakei abtreten mußte, obgleich die junge Republik diese Gebiete niemals besessen hatte.

In einem seltsamen Alleingang wandte sich Hans Knirsch am 11. November 1918 namens der „DNSAP Deutsch-Böhmens“ in einem Telegramm an den deutschen Reichskanzler und forderte darin „die Teilnahme der Deutschböhmern an der Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung des deutschen Volkes“.²³²⁸ Knirsch zog daher einen „direkten“ Anschluß jener deutschen Wohngebiete in der Tschechoslowakei einem „Umweg“ über Österreich vor, zumal diese, für die in den 20er Jahren der Begriff Sudetenland „modern“ wurde, nie zu den österreichischen Erbländern gehört hatten. Was jedoch als Absprung in letzter Sekunde geplant war, hatte keine Chance mehr, realisiert zu werden. Am 16. November 1918 versuchte es die Deutsche Arbeiterpresse noch einmal mit einem Appell „An den Herren Reichskanzler!“: „In diesem geschichtlichen Augenblick ist es uns ein Bedürfnis, namens tausender deutscher Arbeiter auszusprechen, daß an der Wahl der verfassunggebenden Nationalversammlung des deutschen Volkes auch Deutschböhmern teilnehmen will. Wir grüßen unsere Brüder im freien Deutschland und hoffen, bald auf immer mit ihnen vereint zu sein“.²³²⁹

Die sudetendeutsche Führungsspitze aller deutschen Parteien flüchtete im November 1918 nach Wien. Sie versuchte in der aussichtslosen Lage wenigstens den Schein zu wahren, denn die Wahlordnung zur „Konstituierenden Nationalversammlung“ vom 18. Dezember 1918, mit der Deutsch-Österreich durch das nach dem Verhältnis- oder Proportionalsystem vorgenommene gleiche, ge-

Tschechen und Deutsche, S. 61. MAMATEY, Viktor, Die Errichtung der Republik, In: MAMATEY, Viktor / Radomir LUZA, Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918–1948, Wien 1980, S. 37f.

2327 MAMATEY, Viktor, Die Errichtung der Republik, S. 38.

2328 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung, S. 146.

2329 Deutsche Arbeiterpresse vom 16. November 1918, S. 1.

heime und persönliche Wahlrecht, das erstmals auch Frauen zuließ, zu einer parlamentarischen Demokratie werden sollte, umfaßte auch die sudetendeutsche Gebiete²³³⁰

In nur wenigen Monaten war eine monarchisch-feudal-ständische Ordnung mitsamt ihren Kronen in Ost- und Mitteleuropa weggefeht worden. Was jedoch die Westmächte als einen Sieg der Demokratie angestrebt hatten, um ein System des Friedens zu installieren, begriffen die bürgerlich-konservativen Kräfte gleichermaßen in Österreich wie in Deutschland als einen Sieg der internationalen Sozialdemokratie und vor allem als einen Sieg des Slawismus, der mit angelsächsischer Hilfe über ihren Nationalismus zustande gekommen war. Wenn ganz allgemein das Ziel eines in seinen Grundstrukturen angeschlagenen Staates darin besteht, sich zu restituieren, so zog diese Wiederherstellung des alten Selbstbewußtseins in beiden Staaten einen umso blankeren Nationalismus ohne Wenn und Aber nach sich und speziell für Österreich einen umso unvmodifizierteren Legitimus, denn im Deutschen Reich weinte man der jungen Kaiserkrone wenig nach und selbst die Fürsten gingen ganz gerne in Pension. Diese Restitution bedeutete daher eine reflexhafte Negation von allem Fremden, „Aufoktroierten“. Auf der Strecke blieb die Demokratie als etwas Fremdes, von den Feindmächten aufgezwungenes, „jüdisches“. So verstanden auch die Nationalen die Weimarer Republik lediglich als eine Ausführungsbestimmung zum Versailler Friedensvertrag.

Das Deutsche Reich stand nach seiner Einigung 1866/71 das erste Mal als „nationaler“ Verlierer da. Genauso wie die mit ihren „originären“ deutschnationalen Wurzeln behaftete österreichische Sozialdemokratie ein gemeinsames sozialistisches Deutschland als ihr „Heil“ erblickte, konnten die Alldeutschen erstmals auf das Verständnis der Sozialdemokraten in der Anschlußfrage hoffen, denn der Verlust des Sudetenlandes und Südtirols wog schwerer als das Jahr 1866. Nur gab es die Radikalnationalen in dieser Form nicht mehr. Die Deutschnationalen, aus denen die „Großdeutschen“ mit all ihren Splittergruppen hervorgehen sollten, blieben in ihren Anschlußgedanken stets indifferent, als zu stark stellten sich ihre Bündnisse mit den Christlichsozialen heraus, die bald zu den „besseren Deutschen“ werden sollten. Somit blieben als einzige alldeutsche Kraft die Nationalsozialisten, die selbsternannten Mitglieder einer „Grenzlandpartei“, denen im kleinen Österreich die Wähler aber mangels eines „völkischen Gegners“ davonziefen, sieht man einmal vom Kärntner Abwehrkampf ab. Die DNSAP sah sich aus diesem Grund als einzige Partei geradezu gezwungen, eine starke Verbindung mit den Schwesterparteien in der Tschechoslowakei und im Deutschen Reich herzustellen. Aber trotz der „gesamtdeutschen Demütigung“ fanden sie zunächst nur mäßige Anteilnahme im Reich, in dem nach 1918 die Lötstellen des Bismarck-Reiches von 1871 allzu sichtbar geworden waren. Für einen kurzen Moment drohte es wieder in seine Einzelteile zu zerbrechen. Der Nationalsozialismus in Deutschland funktionierte nach anderen Kriterien. Was als ernstzunehmende Variante in München begann, hatte einen weit irrationaleren Nationalismus als Konstante aufzuweisen, nämlich eine bolschewistische Bedrohungssituation, hervorgerufen durch einen gravierenderen Linksruck in Deutschland, den es in Österreich „dank“

2330 HELBLING, ERNST C., Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, S. 414.

einer schwächeren Industrialisierung und einer überwiegend bäuerlichen Struktur bis auf wenige spürbare Ausnahmen nicht gab. Was zunächst im katholischen Bayern funktionierte, nämlich das Schreckgespenst einer gottlosen Bolschewisierung der Gesellschaft aufzuzeigen, um, von „rassefremden Juden“ ausgeführt, das Land „hinterrücks“ ins Verderben zu stürzen, weswegen alle Volkskräfte zu mobilisieren seien, funktionierte im nun sehr kleinen und provinziellen Österreich weit weniger als Szenario und erstickte als „rote Welle“ bereits am 15. Juni 1919 in der Wiener Hörlgasse, in einem Polizeiaufgebot mit 12 Toten und 80 Schwerverletzten.²³³¹

Welche Vorstellungen hatte nun die DNSAP im Herbst 1918 außer dem Anschluß an Alldeutschland? Während der Novembertage demonstrierte sie in den Straßen neben den Arbeiteraufmärschen der Sozialdemokraten als einzige Partei für den Anschluß und stand damit an der Spitze der „Anschlußfreunde“ der jungen Republik. Hellmut Andics schrieb über die DNSAP vom November 1918: „Sie ist sozusagen ein Vorkommando Großdeutschlands ... Ihre Führungspersönlichkeit ist der Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl“.²³³² Konnte sie aber nach dem Linksruck mit einer immer noch teilweisen proletarischen Ausrichtung profitieren? Zunächst zeigte sich in ihren Reihen eine tiefe Schockwirkung aufgrund des Realitätsverlustes des „Siegfriedens“, denn bis spät in das Jahr 1918 hinein rechnete die Parteiführung nicht mit einer Abtrennung des wegen ihres Anhangs so wichtigen Sudetenlandes. Rudolf Jung begann, sich seine ganze Verdrossenheit und seinen Pessimismus von der Seele zu schreiben. Verblüffenderweise waren die ersten Rückschauen auf die Niederlage des Krieges von einem starken Selbstmitleid getragen, man suchte vorerst noch keinen „Sündenbock“, sondern schob alles auf die mangelnde völkische Ausrichtung des Bürgertums. Phasenweise klang auch der zum völkischen Repertoire gehörende „Selbstmordgedanke eines Volkes“ durch – wäre Deutschland doch nur kapitulationslos untergegangen. 1920 zogen Paul Pogatschnigg, ein früherer Mitkämpfer Franz Steins beim „Hammer“ und in diesem Jahr Obmann der „Gewerkschaft deutscher Postler“ und Walter Riehl ein Resümee. Pogatschnigg unkte: „Die Ursache unseres völkischen und staatlichen Unglücks war nicht allein der vergiftende Einfluß der von Semiten herausgegebenen ‚großen‘ Presse, nicht allein der Verrat der erblich belastenden Sippe Habsburg-Parma, auch nicht allein die infolge der Unmenschlichkeit Englands uns auferlegte Hungersnot, sondern hauptsächlich und in erster Linie unser mangelndes Nationalgefühl ... Wir müssen also mit der Tatsache rechnen, daß in unserem deutschen Volke ... das natürliche Empfinden der heißen Liebe zum angestammten Volke sehr verkümmert ist.“ Mit dem auch von den schärfsten Nationalisten gerne verwendeten Behelf, stets auf das Ausland zu verweisen, verglich Pogatschnigg den dort gepflogenen „nationalen Sozialismus“: „Wir haben allen Grund, unsere Feinde um ihren ‚Sacro Egoismo‘ zu beneiden, denn darin lag der beste Schutz gegen die zermürbenden Einflüsterungen der Revolution. Bei den anderen Nationen stehen eben – im Gegensatz zu den Deutschen – die völkischen Belange an erster Stelle ... Und auch die französischen und englischen Sozialdemokraten, wie nicht minder jene im sogenannten ‚neutralen‘

2331 GOLDINGER Walter / Dieter A. BINDER, Geschichte der Republik Österreich 1918–1938, Wien 1992, S. 30f.

2332 ANDICS, Hellmut, Der Staat den keiner wollte. Österreich 1918–1938, Wien 1962, S. 192.

Auslande, waren vom Anfange an, der ‚internationalen Solidarität‘ zum Hohne, Feinde der Deutschen und ließen es ruhig geschehen, daß uns, jeglichem Selbstbestimmungsrecht spottend, ur-deutsches Land geraubt wurde.“ Seiner Ansicht nach käme es nun vor allem darauf an, die Masse zu gewinnen, um sie „völkisch zu erziehen“. ²³³³ Walter Riehl gab wiederum der „Fremdherrschaft“, der die nun 4 ½ Millionen Deutschen ausgeliefert seien, die „Schuld“ für die Radikalisierungstendenzen in der DNSAP: „Unser Nationalsozialismus war niemals mit dynastischen Gefühlen belastet, nie engherzig auf ein Staatsgebiet beschränkt, er ist im wahrsten Sinn demokratisch und jetzt direkt staatsfeindlich, irredentistisch ... Die deutschen Nationalsozialisten werden die wahren Träger des Irredentismus in den Sudetenländern werden, so wie seinerzeit die gleichnamige tschechische Partei im alten Österreich.“ ²³³⁴

3.3 Die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung

Die DNSAP sollte bald die Gelegenheit bekommen, ihre Position zu bestimmen. Für den 16. Februar 1919 waren die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung angesetzt, die ersten in der Ersten Republik und die ersten nach dem allgemeinen Verhältniswahlrecht. Die Partei trat dabei mit dem bereits erwähnten Programm aus dem Jahre 1918 an. ²³³⁵ Zwei Dinge sind dabei anzumerken, die nur für das Jahr 1918/19 Gültigkeit besitzen: Erstens konnte die Partei, die sich ziemlich paralysiert zeigte, nicht mehr rechtzeitig auf die Abtrennung der Sudetenländer reagieren. Dadurch ergab sich eine ziemliche Orientierungslosigkeit, die sie nicht nur veranlaßte, „Listenkoppelungen“ mit dem deutschnationalen Lager einzugehen, um nicht ganz aus dem Partei-spektrum zu verschwinden, sondern auch dazu führte, daß sie manche ideologische Versatzstücke übernahm, von denen sie sich kurz nach der Wahl wieder trennte.

Es zeigte sich bereits zu Beginn des Wahlkampfes, daß der Hungerwinter des Jahres 1918/19 die politischen Parolen der Parteien in einer schlecht gestimmten, um den Selbsterhalt kämpfenden Bevölkerung, zu Rettungsankern machte. So wurden die ideologischen Auseinandersetzungen trotz ärgster Papierknappheit beinhaltet geführt. Die Gräben, die sich damals zwischen den politischen Lagern auftraten und Todfeindschaften begründeten, konnten erst nach 1945 wieder halbwegs zugeschüttet werden. Jede Partei vertrat ihre eigene Ideologie und kannte keinerlei Kompromisse, ging es doch, wie zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen, um fundamentalste Dinge, wie die Frage nach der Staatsform, die Trennung von Kirche und Staat, die Verstaatlichung der Großindustrie und des Kapitals, oder um die Frage nach einer zentralistischen oder föderalistischen Ausrichtung des Staates. Für eine kleine Partei wie die DNSAP, die

²³³³ POGATSCHNIGG, Paul, Die nationale Gewerkschaftsbewegung in Deutschösterreich, In: Deutschlands Erneuerung, 4. Jhg. (1920), Heft 3, S. 162.

²³³⁴ RIEHL, Walter, Die deutsche nationalsozialistische Partei in Österreich und der Tschechoslowakei, In: Deutschlands Erneuerung, 4. Jhg. (1920), Heft 3, S. 171f.

noch Ende 1918 beschlossen hatte, selbständig und vor allem in Deutsch-Böhmen in allen Wahlkreisen zu kandidieren, war es besonders schwer, sich unter den Parolen kleinster nationaler Splittergruppen nur halbwegs zu positionieren. „Große Themen“, wie der Anschluß an das Deutsche Reich, waren von den Sozialdemokraten und Deutschnationalen, der Antisemitismus von gleich allen drei Großparteien mit Schlagworten wie „Judenrepublik“ (Christlichsoziale), „Judenknechtschaft“ (Deutschnationale) und „blutsaugendes Judenkapital“ (Sozialdemokraten!) „besetzt“ worden. Die eigene Domäne der DNSAP, die Erhaltung des deutschen Arbeitsplatzes gegenüber dem tschechischen „Lohndrücker“, hatte sich schon während der Vollbeschäftigung zu Kriegszeiten als nicht mehr den Tatsachen entsprechend erwiesen. Dazu kam, daß für einen nur in Österreich zu führenden Wahlkampf, der sich immer deutlicher abzeichnete, als beliebtestes Propagandamittel nur mehr zwei Organe, die „Deutsche Arbeiterpresse“ in Wien und der „Deutsche Volksruf“ in Salzburg, zur Verfügung standen und außerdem das nötige Geld fehlte. Die Partei war mehr denn je auf Mitgliedsbeiträge und Wahlkampfspenden angewiesen, die sich in diesen Notzeiten aber auf gleich Null beliefen. So verkündete die „Deutsche Arbeiterpresse“ vom 18. Jänner bis zum 15. Februar 1919 folgenden Aufruf: „Die reichen Mittel – Jüdische Bankkapitalisten und römische Klöster fehlen uns, und Kanzelredner, Beichtväter und Krankenkassensekretäre stehen uns nicht zur Verfügung. Unser verhältnismäßig kleines Vermögen reicht nicht aus, um den sogenannten großen Parteien einen ebenbürtigen Wahlapparat entgegensetzen zu können und unmöglich ist es, daß unsere Redner in alle Orte gelangen, um dort das Evangelium des sozialen Nationalismus zu verkündigen. Wir vertrauen aber auf die Zukunft und sehen den kommenden Zeiten mit Zuversicht entgegen, denn wir glauben, daß stärker als die Kraft des Mammons, die Kraft der Ideen ist. Für unsere Ideen werbend aufzutreten ist Pflicht jedes Parteigenossen, jeder Parteigenossin!“²³³⁵ Ihre großen Ideen mußte die DNSAP auf die Zukunft verschieben. Sie beschränkte sich daher auf Versammlungen, das Verteilen von Flugschriften und auf den Verkauf kleiner Broschüren. Die einzigen konkreten Forderungen auf den spärlichen Wahlflugblättern und Plakaten, die sich von denen der anderen Parteien abhoben, hatten neben dem schon fast alltäglichen „Für eine bessere Zukunft Deutschösterreichs im Rahmen des künftigen Großdeutschland“, das vehement vorgebrachte Verlangen nach einer „Entfernung aller fremdvölkischen Arbeiter, solange es noch deutsche Arbeitslose gibt“ und die „Abschiebung aller Fremdvölkischen

2335 Johannes HAWLIK machte meines Erachtens in seiner Dissertation im Kapitel über die DNSAP den Fehler, bei der Frage nach der Ideologie nicht chronologisch vorgegangen zu sein, denn er vermengte die Parteigrundsätze aus dem Jahr 1918 mit JUNGs Werk „Der nationale Sozialismus“, welches erst im Spätherbst 1919 erschien und zu einem völligen Umdenken der Partei führte, die darin erst auf den „Abfall“ des Sudetenlandes reagierte. Vgl. HAWLIK, Johannes, Die politischen Parteien Deutsch-Österreichs bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung 1919, S. 445. Daß eine limitierte „Vorauslage“ im Herbst 1918 erschienen sein soll, entspricht nicht den Tatsachen und läßt auf eine mutwillige Vordatierung der Nationalsozialisten schließen. Vgl. JUNG; Rudolf, Nationaler oder internationaler Sozialismus, Elbersfeld 1927, S. 18 (Ein Wort an die Leser!). Zur Richtigestellung Vgl. JUNG, Rudolf, Der nationale Sozialismus, 2. Aufl, München 1922, Vorwort zur 2. Auflage.

2336 Deutsche Arbeiterpresse vom 18. Jänner 1919, S. 1.

ins Ausland“²³³⁷, zum Inhalt, womit die DNSAP einerseits an „alte Traditionen“ anknüpfen wollte, andererseits auf die großen Flüchtlingswellen reagierte. Vor allem die fast 20.000 Ostjuden, die ihre Heimat verlassen mußten und binnen weniger Monate nach Wien gekommen waren, heizten den Antisemitismus zusätzlich an.²³³⁸ Gesamt gesehen konnte sich die DNSAP aber keine großen Sprünge zutrauen.

Es stellt sich trotzdem die Frage, welche Position die DNSAP zum Wahlrecht und zur Demokratie überhaupt eingenommen hat. Auch die am 18. Dezember 1918 endgültig erfolgte Festlegung der Wahlordnung nach dem Proportionalitätsprinzip ging nicht ohne ideologische Kleinkriege vor sich, wobei einmal mehr die Sozialdemokraten tonangebend waren. Während die Radikalen um Otto Bauer das Wahlrecht als eine reine Stütze zur Herrschaft der Bourgeoisie betrachteten und darin lediglich die Möglichkeit einer legitimen Machtergreifung erblickten, um mit einem Schlag die Diktatur des Proletariats herbeizuführen, setzte sich auch hier der gemäßigte Karl Renner durch, der den bürgerlichen Staat mit einem chancengleichen Wahlrecht überwinden wollte.²³³⁹ Das „Mehrheitswahlrecht“ der alten Monarchie aus dem Jahre 1907, welches zum Eindämmen nationaler Gegensätze bestimmt war, hatte sich als nicht mehr ganz zeitgemäß herausgestellt und wurde zudem als „undemokratisch“ abgelehnt. Das mußten auch die „Bürgerlichen“ einsehen, die sich von einem Proporzwahlrecht erwarteten, wenigstens nicht von den Sozialdemokraten überrollt zu werden. So konnten die Deutschnationalen im Jahre 1907 in einem Wahlbezirk mit nur 40.607 Stimmen 10 Mandate erzielen, während die Christlichsozialen für nur 3 Mandate gleich 120.276 Stimmen benötigten – ein in diesen Tagen oft angeführtes Beispiel zugunsten eines Proporzwahlrechts.²³⁴⁰ Ein neues Wahlrecht stand für „Fairness, einer Berücksichtigung politischer Gruppierungen nach Maßgabe ihrer Stärke und einer Teilnahme kleinerer Parteien am politischen Leben“, daher für Merkmale, die erst das Wesen einer „wahren“ Demokratie ausmachen würden, wie Hans Kelsen in seinem Motivenbericht betonte.²³⁴¹ Dieser Wahlmodus mußte eigentlich auch die kleine DNSAP ansprechen, deren Parteileitung sich bekanntlich über das allgemeine Wahlrecht von 1907 bitter beschwert hatte, noch dazu, wo sie sich bei den Frauen Chancen ausrechnete. So operierte sie auch trotz einiger Skepsis vorerst im „formal-demokratischen Rahmen“: Sie bekannte sich daher zu einer, wenn auch „von Rassenfremden unbeeinflussten“ Demokratie, was nichts anderes hieß, als daß sie sich in ihrer Auffassung zunächst stark an die Deutschnationalen anlehnte.²³⁴² Diese lehnten wiederum eine zu stark von der Sozialdemo-

2337 Österreichische Nationalbibliothek, Flugblattsammlung, Mappe 11.

2338 Vgl. STAUDINGER, Anton, Christlichsoziale Judenpolitik in der Gründungsphase der österreichischen Republik, In: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1978, Wien 1979, S. 11–48.

2339 WEBER, Karl, Die österreichische Sozialdemokratie und das allgemeine Wahlrecht, phil. Diss., Wien 1956, S. 25f.

2340 HAWLIK, Johannes, Die politischen Parteien Deutsch-Österreichs bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung 1919, S. 16.

2341 KELSEN, Hans, Die Verfassungsgesetze der Republik (Deutsch-)Österreich, Bd. 1, Wien 1919, S. 45.

2342 HAWLIK, Johannes, Die politischen Parteien Deutsch-Österreichs bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung 1919, S. 454.

kratie beeinflusste Verfassung ab, woraus sich eine Negation des Parlamentarismus und der Demokratie als eine „nicht der deutschen Wesensart angemessene Form“ ergab. Anders als bei der DNSAP wandelte sich dieses Bild bei den Deutschnationalen jedoch später zu einem „kompromißhaften“ Bekenntnis zur Demokratie, das mit „Fluchtmöglichkeiten“, wie außerparlamentarischen Einrichtungen und einer Stärkung der Exekutive, ausgestattet war.²³⁴³ Bei der einstweiligen Haltung der DNSAP zur Demokratie spielte gewiß auch ihre schon angesprochene Orientierungslosigkeit und die „mangelnde völkische Kraft“ eine Rolle.

Auf einer erweiterten Parteileitersitzung am 14. November 1918 wollten die Nationalsozialisten noch hoch hinaus: Sie unterstrichen die von ihren zwei Abgeordneten geforderte strikte Ablehnung der an sie gerichteten Einigungsbestrebungen der Deutschnationalen sowie „gemischter Listen“ – daher einem Wahlantritt mit anderen „bürgerlichen“ Parteien zur Bewahrung des eigenen Programms²³⁴⁴ –, um alles bereits am 29. Dezember 1918 auf einer Reichsparteileitersitzung angesichts der Abtrennung des Sudetenlandes wieder zu verwerfen. Als Sofortmaßnahme wurden die Reichsparteileitung und die Kanzlei der Partei nach Wien verlegt und am Sitz der Rechtsanwaltskanzlei des neuen Geschäftsführers Walter Riehl, Wien 1, Stephansplatz 5, 3. Stiege, 2. Stock, aufgeschlagen. An dieser Adresse befand sich auch die Geschäftsstelle für Wien und die Geschäftsstelle des neu gegründeten „Nationalsozialistischen Frauenvereines“ unter der Leitung Elly Riehls²³⁴⁵, dessen Gründung schon der Parteitag vom Mai ins Auge gefaßt hatte, die aber angeblich „durch Schlamperei“ verschleppt worden wäre.²³⁴⁶ Seit Jänner 1919 erschien in der „Deutschen Arbeiterpresse“ die Beilage „Die deutsche Frau“ mit dem Zweck der „politischen Aufklärung“. Somit hielten die Frauen Einzug in die Partei, ein Novum, das sich bei der Münchner NSDAP bis auf einige wenige Ausnahmen weit weniger leicht durchsetzen sollte. Auch in der Frauenfrage überwog daher der linke Charakter der DNSAP.

In der Sitzung vom 29. Dezember 1918 wurden Hans Knirsch (Dux) als Erster Reichsparteiobmann bestätigt, zum Zweiten Obmann Walter Riehl (Wien) und zum Dritten Ferdinand Burschofsky gewählt. In den Parteiausschuß kamen neben dem ehemaligen Reichsratsabgeordneten Adam Fahrner die Leiter der Geschäftsstellen der jeweiligen Landesleitungen: Walter Gattermayer für Niederösterreich, Hans Krebs für Deutschböhmen, Karl Löwe für Schlesien, Hans Wagner für Oberösterreich und Salzburg und Rudolf Peduzzi für die Steiermark. Der ebenfalls in den Ausschuß gewählte Rudolf Jung war inzwischen aus Böhmen ausgewiesen worden und nach Salzburg übersiedelt.²³⁴⁷

2343 ARDELT, Rudolf, Zwischen Demokratie und Faschismus. Deutschnationales Gedankengut in Österreich, S. 138f.

2344 Deutscher Volksruf vom 15. November 1918.

2345 Die Ehefrau Walter RIEHLS, die am 15. September 1894 geborene Elli SCHWARZMANN. Vgl. Personal-Fragebogen Walter Riehls vom 28. Mai 1938, ÖStA, AdR, BMI, Akten des Gaupersonalamtes des Reichsgaues Wien, Aktzl. 10801, RIEHL Walter, Fasc. II.

2346 Deutsche Arbeiterpresse vom 18. Jänner 1919.

2347 HANISCH, Ernst, Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913–1925), S. 382.

Die Teilnehmer der Sitzung vom 29. Dezember konkretisierten auch die programmgemäßen Positionen der DNSAP zu den anderen Parteien hinsichtlich der Wahl. Dabei legten sie, wie dies auch bei den anderen Parteien üblich war, folgende Trennlinien fest, die eine Zusammenarbeit mit ihnen unmöglich machten: Da es der Sozialdemokratie an einer „streng völkischen Gesinnung“ mangle, sie durch die völlige Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Produktion selbst gefährde, müsse sie „zumindest als Pflanzstätte der jüdisch-kommunistischen Schreckensherrschaft bezeichnet werden“. Von den Christlichsozialen trenne die Partei wiederum ihre Dynastiefreundlichkeit und ihr geringes nationales Engagement.²³⁴⁸ Der „Verband der Deutschnationalen Parteien“, der sich im Jänner 1918 gebildet und am 28. August 1918 in eine einheitliche „Deutschnationale Partei“ umbenannt hatte, verstand sich als eine lockere Koordinationsstelle all jener Gruppierungen, die sich einem „Deutschvölkischen Wahlausschuß“ angeschlossen hatten. Die DNSAP lehnte den Verband jedoch wegen seiner „inakzeptablen nationalen Politik“ ab.²³⁴⁹

Bei der Listenerstellung kam es dann zu einigermaßen chaotischen Zuständen, weil die Kandidatenlisten für die Wahlkreise 34 und 35 (Westschlesien und Schönhengster Gau) eher veröffentlicht werden konnten als die deutschösterreichischen, was zu berechtigten Hoffnungen auf Seiten Österreichs Anlaß gab.²³⁵⁰ Da sich jedoch der gesamte Verwaltungsapparat in tschechoslowakischen Händen befand, hatten die vereinzelt Wahlvorbereitungen und Versammlungen bald nur mehr privaten Charakter. An eine reguläre Durchführung der Wahlen selbst war nicht mehr zu denken. Von anfänglich geplanten Notwahlen und der Ernennung von Abgeordneten nach dem Mandatsstand der letzten Reichsratswahlen, die außerdem auf heftige Proteste der Sozialdemokraten stießen, nahm auch die österreichische Seite davon schnell wieder Abstand. So mußten die Spitzenkandidaten der DNSAP in Böhmen, wie Riehl und Jung, noch in letzter Sekunde in einem österreichischen Wahlkreis untergebracht werden.²³⁵¹ Erst am 26. Jänner 1919 konnten daher auch die Nationalsozialisten die Liste ihrer Kandidaten veröffentlichen, die nach streng demokratischen Spielregeln „von unten“ erstellt worden war – über die Vorschläge stimmten die einzelnen Vertrauensmännerkonferenzen in den Wahlkreiskonferenzen ab und gaben das Ergebnis an die Geschäftsstelle weiter.²³⁵²

Wegen der aus „Überlebensgründen“ in letzter Sekunde vorgenommenen Koppelungen von Parteilisten rückte die DNSAP deutlich in das „bürgerliche“ deutschnationale Lager hinüber. So trat sie nur mehr in der Steiermark – Oststeirer (Wahlkreis 22) und Obersteirer (Wahlkreis 23) – auf einer eigenen Liste an. Als Listenführer kandidierten in diesen Wahlkreisen Hans Mischitz und Walter Gattermayer, an zweiter Stelle Elvira Rott und Rudolf Peduzzi. In Wien koppelte die DNSAP ihre Liste in Wien-Nordost – 2., 20. und 21. Bezirk (WK 4) – mit der Deutschösterreichischen

2348 Deutsche Arbeiterpresse vom 4. Jänner 1919, S. 2.

2349 Eine Liste der ihr angeschlossenen Gruppierungen und die Aufstellungen mit den Ergebnissen der Wahl befinden sich im ÖStA, AVA, Parteiarchiv der Großdeutschen Volkspartei, Karton 23.

2350 Deutsche Arbeiterpresse vom 18. Jänner 1919, S. 2.

2351 HAWLIK, Johannes, Die politischen Parteien Deutsch-Österreichs bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung 1919, S. 467.

2352 Deutscher Volksruf vom 26. Jänner 1919, S. 1. Vgl. Deutsche Arbeiterpresse vom 1. Februar 1919, S. 1.

Volkspartei, wo als Spitzenkandidat und Listenführer Walter Riehl auftrat. Rudolf Otto Pichl war an zweiter, Kamilla Tschadesch an dritter Stelle gereiht. In Wien-West (WK 7) „koppelte“ die DNSAP gleich mit zwei Parteien, der Nationaldemokratischen und der Deutschnationalen Partei. Dort stand ein Mann ganz oben auf der Liste, der später das Schicksal der Partei in die Hand nehmen sollte, Karl Schulz, gefolgt von Elly Riehl. In Niederösterreich koppelte die DNSAP im Viertel ober dem Wienerwald (WK 8) mit der Deutschvölkischen Partei, im Viertel unter dem Wienerwald (WK 9) mit der Deutschnationalen Partei und in einer weiteren Staffelnkoppelung mit der Demokratischen Mittelstandspartei und der Bürgerlichdemokratischen Partei. Im Viertel ober dem Mannhartsberg (WK 10) trat sie mit einer eigenen Liste an und im Viertel unter dem Mannhartsberg (WK 11) koppelte sie wieder mit der Deutschnationalen Partei. In einem Artikel in der Deutschen Arbeiterpresse entschuldigte sich die Parteileitung gleichsam für eine Wahlkoalition mit der Nationaldemokratischen Partei, tendierte aber mit der Begründung, daß in jenen Fällen, in welchen die DNSAP noch zu schwach wäre, eine Förderung durch die bürgerlichen Parteien als „Nationale und Antisemiten“ gerechtfertigt sei, deutlich zu diesem Lager, indem sie die Zusammenfassung von Bürgern, Bauern und Arbeitern zu einer fast „lästigen Prinzipienfrage“ erklärte.²³⁵³ Im Wahlkreis 8 fungierte der Obmannstellvertreter des Reichsbundes deutscher Eisenbahner, Franz Gangelmayer, als Listenführer. Fast eine Sensation und eine Einmaligkeit in Österreich stellte jedoch die Spitzenkandidatur der in Wien lebenden Schriftstellerin Franziska Wolf-Cyrian im Weinviertel dar, einer der drei Frauen in aussichtsreicher Position, gefolgt vom Gewerkschafter Anton Schubert an dritter Stelle. Im Wahlkreis 11 befand sich das Hauptleitungsmitglied des deutschen Volksrates für Wien und Niederösterreich, Emanuel Friedl, als Spitzenkandidat auf der Wählerliste.²³⁵⁴ In Salzburg (WK 19) koppelte die DNSAP wiederum ihre Liste mit dem Salzburger Freiheitlichen Bauernbund und der Demokratischen Ständevereinigung.²³⁵⁵ Als Zielgruppen wollte sie dabei besonders Arbeiter, Angestellte, Beamte, Lehrer, Kleingewerbetreibende und Kleinbauern ansprechen, speziell die Salzburger DNSAP bemühte sich außerdem um Knechte und Mägde und um Kriegsheimkehrer. Bei einem wegen Geldmangels stark persönlich engagierten Wahlkampf, der den Spitzenkandidaten Rudolf Jung und seine Mitstreiter Hans Prodingner und Hans Wagner in die kleinsten Ortschaften führte, war es nicht verwunderlich, daß Jung auf einer Kundgebung von Sozialdemokraten, ihren schwersten Konkurrenten, schwer attackiert wurde und verletzt abtransportiert werden mußte.²³⁵⁶ Hervorzuheben wäre sein Engagement für die rechtliche Gleichstellung der Frau und die vor allem von Jung in vielen Reden und Aufrufen vertretene Sicherung des Privateigentums, wobei er seine heftigsten Angriffe auf das Großkapital und den Großgrundbesitz richtete.²³⁵⁷ In Kärnten (WK 24) – der Spitzenkandidat hieß dort Anton Piwetz

2353 Deutsche Arbeiterpresse vom 25. Jänner 1919, S. 2.

2354 ÖStA, AVA, Parteiarchiv der Großdeutschen Volkspartei, Karton 23.

2355 Deutscher Volksruf vom 21. Dezember 1918, S. 9.

2356 HANISCH, Ernst, Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913–1925), S. 382. Vgl. Deutsche Arbeiterpresse vom 1. Februar 1919, S. 1.

2357 Deutscher Volksruf vom 16. Februar 1919, S. 1f.

– schloß die DNSAP ein Bündnis mit der Deutschdemokratischen Partei. Auffallend ist, daß die Nationalsozialisten in den drei Bundesländern Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg bis auf einige „namenlose“ Zählkandidaten überhaupt nicht vertreten waren. Wegen der vielen Koppelungen, Doppelkandidaturen und der Aufstellung von Zählkandidaten an aussichtsloser Stelle ist ein Gesamtbild schwer zu erstellen, weswegen hier nur die beste Positionierung eines Kandidaten herangezogen wurde.²³⁵⁸ Als „schlechtestes Beispiel“ ist dabei Hans Knirsch zu nennen, der „absichtlich“ gleich in vier Wahlkreisen ohne Chance kandidierte, nur um die Einheit der Partei hervorzuheben.

Das Wahlergebnis vom 16. Februar 1919 sollte für die DNSAP dann doch niederschmetternd werden, auch wenn sie sich nicht allzuviel erwartet hatte. Sie erhielt in Österreich lediglich 23.431 Stimmen.²³⁵⁹ Damit blieb sie eine der kleinsten Parteigruppierungen der österreichischen Innenpolitik und konnte in keinem Wahlkreis auch nur einen einzigen Abgeordneten zur Konstituierenden Nationalversammlung stellen. In den zwei Wiener Wahlkreisen erzielte die DNSAP überhaupt nur 6.514 Stimmen, was 0,7 % der Wiener Gesamtstimmenzahl entsprach. In Niederösterreich, wo man sich doch einige Chancen ausgerechnet hatte, mußte die DNSAP das Ergebnis mit 2.672 Stimmen als geradezu katastrophal bezeichnen. Nur im Waldviertel konnte die Partei kleine Teilerfolge verzeichnen.²³⁶⁰ In der Steiermark kreuzten nur 4.377, in Kärnten 2.124 Wähler die DNSAP auf dem Stimmzettel an. Gemessen an den circa 1,2 Millionen Stimmen für die Sozialdemokraten, die mit 72 Abgeordneten in die Nationalversammlung einzogen und den eine Million Stimmen für die Christlichsozialen, die 69 Abgeordnete stellten, hatte die Partei winzige Zahlen aufzuweisen, wenn auch die Deutschnationalen nach dem Zusammenbruch der Monarchie mit ihren nun 26 Abgeordneten der erwartete, große Wahlverlierer waren.²³⁶¹

Von Bedeutung sollte noch das relativ gute Abschneiden der DNSAP in Salzburg werden, wo sie aufgrund der Staffelpoppelung mit 7.382 Stimmen (7,14 %) fast ein Mandat erlangt hätte.²³⁶² In der Stadt Salzburg schenkten sogar 2581 Wähler (13,95 %) den Nationalsozialisten das Vertrauen. In Strasswalchen wurde die DNSAP erstmals in einem Wahlbezirk zur stärksten Partei, gemessen an der österreichweiten geringen Stimmenzahl eine fast eigenartige Konzentration. Ernst Hanisch führte diese wie gesagt relativen Erfolge auf das starke Auftreten des DHV, auf die Kriegsheimkehrer, die mit Eingliederungsschwierigkeiten zu kämpfen hatten, und auf ein Protestpo-

2358 Eine genaue Übersicht aller Doppel- und Mehrfachkandidaturen In: HAWLIK, Johannes, Die politischen Parteien Deutsch-Österreichs bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung 1919, S. 480.

2359 JEDLICKA, Ludwig, Vom alten zum neuen Österreich. Fallstudien zur österreichischen Zeitgeschichte 1900–1975, St. Pölten 1975, S. 203.

2360 HAWLIK, Johannes, Die politischen Parteien Deutsch-Österreichs bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung 1919, S. 485. Klaus Dieter Mulley liegt mit seinen Angabe für Niederösterreich ohne Wien mit 4.600 Stimmen viel zu hoch, was auf die nicht leicht zu eruiende Zahl aufgrund der Koppelungen zurückzuführen sein dürfte. MULLEY, Klaus Dieter, Die NSDAP in Niederösterreich 1918 bis 1938, In: Österreich in Geschichte und Literatur (ÖGL), 33. Jhg. (1989), Heft 3–4, S. 172.

2361 GOLDINGER Walter / Dieter A. BINDER, Geschichte der Republik Österreich 1918–1938, S. 28.

2362 HANISCH, Ernst, Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913–1925), S. 383 und 388.

tential gegenüber den Sozialdemokraten zurück.²³⁶³ Damit lag Salzburg im Bundesdurchschnitt eindeutig an der Spitze, was zu seiner wichtigen Rolle in der zwischenstaatlichen Beziehung zur Münchner NSDAP führte.

Etwas besser lief es für die DNSAP auf Landes- und Gemeindeebene: Bei den Landtagswahlen vom 6. April 1919 gelang es der Salzburger DNSAP sogar, eine Niederlage in einen Sieg zu verwandeln: Trotz einer Wahlempfehlung, die der DHV für die Nationalsozialisten abgegeben hatte, erreichten sie bei einer geringen Wahlbeteiligung nur 2.703 Stimmen, was mageren 3,3 % entsprach, konnten aber mit Hans Prodinger und Hans Wagner ihre ersten Landtagsabgeordneten der Ersten Republik stellen. Prodinger wurde sogar in der am 23. April 1919 abgehaltenen ersten Landtagssitzung von den nichtsozialistischen Parteien als Landesrat vorgeschlagen, beugte sich aber dann dem „Terror“ der Sozialdemokraten, die drohten, bei seiner Wahl aus der Landesregierung auszutreten. Auf Gemeinderatsebene konnte die DNSAP im Juli 1919 in der Stadt Salzburg mit Otto Troyer, Rudolf Dinnebier, Hans Wagner und Franz Heinzel vier Kandidaten durchbringen und in Bischofshofen zwei sowie in Saalfelden drei Sitze gewinnen.²³⁶⁴ Im Mai 1919 gelang auch Walter Riehl im Landtagswahlkreis „Wien Innen-Ost“, der den 1., 3. und 4. Bezirk umfaßte, der Einzug in den noch gemeinsamen Wiener und Niederösterreichischen Landtag, aus dem er jedoch 1920 nach der Trennung des Landes von der Stadt Wien wieder ausschied.²³⁶⁵

Die Parteiparolen steigerten sich angesichts der Notlage zu einem immer härter und aggressiver werdenden Auftreten und wurden dabei auch immer unmenschlicher: So trat die DNSAP im Wiener Wahlkampf für die Einstellung der Ausgabe von Lebensmittelkarten an alle „Nicht-deutschen“ ein. Sie verlangte die eheste Erlassung eines Gesetzes zur Entlassung aller „Fremdvölkischen“ aus dem öffentlichen und privaten Dienst sowie Bestimmungen, die zur Aufhebung des Mieterschutzgesetzes für Nichtdeutsche, „insbesondere für die ostjüdische Seuche“ führen sollten. Neben diesen drei „Hauptforderungen“ versprach sie, sich für eine Verwaltungsreform sowie für die Verstaatlichung der Wasserkräfte, Eisenbahnen und Banken einzusetzen.²³⁶⁶ Daß ein aggressiver Antisemitismus durchaus Wähler ansprechen konnte, beweist das Bezirksratsmandat des Nationalsozialisten Roman Fischer im 2. Wiener Bezirk, der die größten Anzahl jüdischer Bewohner aufzuweisen hatte.²³⁶⁷ Dennoch beschränkten sich diese „Erfolge“ auf die Brotkrumen, die die Großparteien den Nationalsozialisten für ihre Protestwähler übrig ließen: Bei den niederösterreichischen Gemeinderatswahlen vom 22. Juni 1919 eroberte die DNSAP „einige Dutzende Mandate“.²³⁶⁸ Daher konnte die „Deutsche Arbeiterpresse“ am 28. Juni 1919

2363 Ebd.

2364 Ebd., S. 383f.

2365 RIEPL, Hermann, Fünfzig Jahre Landtag von Niederösterreich, Bd. 1, Der Landtag der Ersten Republik, Wien 1972, S. 13.

2366 Deutsche Arbeiterpresse vom 3. Mai 1919, S. 1.

2367 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung, S. 151.

2368 BEZEMEK, Ernst, Dokumentation der niederösterreichischen Gemeinderatswahlergebnisse 1919 bis 1938, Niederösterreichisches Institut für Landeskunde.

ihren Lesern die „freudige Mitteilung“ machen, daß die Stimmenzahl in St. Pölten seit der letzten Wahl von 82 auf 455 geklettert sei²³⁶⁹, ein Zeichen, welch kleine Brötchen die DNSAP damals buk.

Welche Konsequenzen zog die Partei nun aus der schweren Wahlniederlage vom 16. Februar 1919, über die die „Deutsche Arbeiterpresse“ nicht ohne Häme gegen die Parteileitung schrieb: „... für die in den Alpenländern noch blutjunge und schwache Partei war es allzu kühn, den Prinzipienstandpunkt an die Spitze zu treiben und sogar gegenüber nahestehenden Gruppen jedes gemeinsame Vorgehen abzulehnen“.²³⁷⁰ Die Koppelungen mit den Deutschnationalen hatten es trotzdem schon vorweggenommen, denn es erfolgte nun rasch eine weitere Öffnung zu einer mittelständischen Partei. Der Hauptteil ihrer Anhängerschaft, die Industriearbeiter, waren in Böhmen verblieben, während die Partei in Deutsch-Österreich schnell einsehen mußte, daß sie für ihren Hauptkonkurrenten, die Sozialdemokraten, keine eigentliche Konkurrenz darstellte. Ein Blick auf die Kandidatenliste in Wien verdeutlicht diese Änderung der Parteistruktur. Während aus dem Bereich Gewerbe, Handel und Industrie nur 7 Arbeiter und 3 Selbständige kamen, war der Sektor öffentlicher Dienst und freie Berufe mit 13 Kandidaten deutlich überrepräsentiert.²³⁷¹ Gerhard Botz verdeutlichte in einer Studie für ganz Österreich dieses mittelständisch-kleinbürgerliche Sozialprofil der damaligen DNSAP-Führungsschicht: Nach seinen Angaben kamen 51 % der Funktionäre aus dem öffentlichen Dienst, davon gehörten wiederum 14 % den Eisenbahnbediensteten an, während lediglich 11 % aus der Arbeiterschaft stammten, was einem doch schon zu geringen Anteil für eine erklärte Arbeiterpartei entsprach.²³⁷²

Ernst Hanisch kam bei seiner regionalen Untersuchung für Salzburg anhand einer späteren Mitgliederliste, die etwa um 1922 entstanden war und einen Grundstock von 208 Namen plus den von ihm aus der Presse herausgesuchten Berufsbezeichnungen enthielt, auf 102 öffentliche Bedienstete (49,04 %), 47 Privatangestellte (22,60 %), 41 Selbständige (19,71 %), bei nur 9 Arbeitern (4,33 %). Quasi am Ende der Liste folgten nur mehr jene 5 Bauern (1,92%) als Schlußlicht, die als Beweis für die anfänglich städtische Verankerung der Partei stehen. Auch anhand dieser Liste zeigt sich ein ähnliches Ergebnis: Fast jeder zweite nationalsozialistische Aktivist in Salzburg war von seinem Berufsfeld her den öffentlich Bediensteten zuzurechnen, wobei die Bahnbediensteten mit 37 gegenüber 10 Post-, 11 Steuer- und 8 Forstbeamten auch hier die Nase deutlich vorne hatten.²³⁷³

Noch etwas änderte sich 1919. Die Partei verdankte ihre Entstehung einem Bedrohungsszenario, das in der Form nicht mehr vorhanden war. Es war ihr ein weiteres Überleben nur mit der Schaffung eines ähnlichen Szenarios garantiert, das sich schon in ihren Flugschriften anlässlich der

2369 Deutsche Arbeiterpresse vom 28. Juni 1919, S. 3.

2370 Deutsche Arbeiterpresse vom 22. Februar 1919, S. 2.

2371 1 Staatsfunktionär, 4 Staatsbeamte, 2 Lehrer, 1 Rechtsanwalt, 2 Schriftleiter und 3 Staatsbeamte. HAWLIK, Johannes, Die politischen Parteien Deutsch-Österreichs bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung 1919, Anhang 22.

2372 BOTZ, Gerhard, Strukturwandlungen des österreichischen Nationalsozialismus 1904–1945, S. 169.

2373 HANISCH, Ernst, Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913–1925), S. 393.

Wahl manifestiert hatte, nämlich mit den Flüchtlingen, die jetzt zu Konkurrenten der deutschen Arbeitnehmer geworden wären und den Arbeitslosen sowie den Kriegsheimkehrern, die für das Vaterland geblutet hatten, die Arbeit „wegnehmen“ würden. Durch das Elend der Ostjuden verstärkte sich dabei ein aggressiver werdender Antisemitismus.

Zunächst stand die DNSAP vor zwei großen Problemen: Gleichsam über Nacht waren zwei Organisationen entstanden, die schon aufgrund eines möglichen Auseinanderlaufens der Ideologien und Strukturen – im Sudetenland etablierte sich eine stärker auf die Industriearbeiter konzentrierte Partei, in Österreich jedoch eine Beamtenpartei – auseinanderzubrechen drohte. Dazu kam, daß die DNSAP in Österreich eine eher unterentwickelte Organisation aufzuweisen hatte. So förderte die Parteileitung als eine der Konsequenzen, die sie aus der Wahlniederlage zog, einen schnellen Aufbau der Parteipresse und eine ernste Aufklärungsarbeit.²³⁷⁴ Die Partei begab sich nun auf die Suche, um wenigstens einen theoretischen Zusammenhalt zu finden, mit dem sie gleichsam eine ideologische Brücke bauen und eine Richtungsbestimmung des noch immer nicht gefestigten Nationalsozialismus vornehmen konnte: Im Spätherbst des Jahres 1919²³⁷⁵ erschien das Hauptwerk Rudolf Jungs, das zu einer Art „Bibel“ werden sollte; Jung selbst hatte Salzburg im März wieder verlassen hatte und war nach Troppau übersiedelt.

3.4 Rudolf Jung und der „Nationale Sozialismus“

Mit Rudolf Jungs Werk „Der nationale Sozialismus – Seine Grundlagen, sein Werdegang, seine Ziele“²³⁷⁶ entstand der erste theoretische Leitfaden des Nationalsozialismus überhaupt. Diese Schrift sollte einen nachhaltigen Einfluß auf die ganze Bewegung ausüben und sollte nach Jungs Intentionen eine ähnliche Rolle spielen wie „Das Kapital“ für die Marxisten. Ronald Smelser charakterisierte Jungs Arbeit zum Unterschied von Adolf Hitlers „Mein Kampf“ – eine für ihn in einem aggressiven Stil geschriebene, nicht enden wollende Autobiographie – als einen ersten ernstzunehmenden Versuch der Ausarbeitung einer ideologischen Basis, der eine bunte Palette des Nationalsozialismus offenbart und gutes Zeugnis für die ideologischen Wirrnisse der Frühzeit abgibt.²³⁷⁷ Wie Hitler reagierte Jung auf das Bedrohungssyndrom des Marxismus, jedoch in utopischer Weise und mit deutlichen Schwächen.

Rudolf Jung knüpfte mit seinen Ausführungen an die Programmatik eines Matthäus Joksich und Franz Stein aus dem Jahre 1900 an (!), ohne die beiden jedoch zu erwähnen. Diese Suche

2374 Deutsche Arbeiterpresse vom 1. März 1919, Vgl. BRANDSTÖTTER Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung, S. 149.

2375 Zur Frage der genauen Datierung siehe WLADIKA, Michael, Hoch Hohenzollern! Die Ursprünge des Nationalsozialismus in Österreich, phil. Diss., Wien 1999, S. 894f.

2376 JUNG, Rudolf, Der nationale Sozialismus. Seine Grundlagen, sein Werdegang seine Ziele, 1. Aufl., Troppau 1919.

2377 SMELSER, Roland M., Hitler and the DNSAP: Between Democracy and Gleichschaltung, In: Bohemia – Jahrbuch des Collegium Carolinum, Bd. 20 (1979), S. 137.

nach einer Kontinuität unterstrich Jung gleichsam, wenn auch in diesem Punkt nicht eindeutig nachvollziehbar,²³⁷⁸ indem er Georg von Schönerer in seiner Einleitung rühmte, „als einziger Politiker von Ruf Verständnis für die Lage seiner armen Volksgenossen“ besessen zu haben, um gleich darauf sein Bedauern auszudrücken, daß er seine Partei zu einer egoistischen Clique habe verfallen lassen.

Rudolf Jungs Werk könnte man, gemessen an seinen Auswüchsen, als einen ersten Höhepunkt einer völkischen „Anti-Liberalismus-Hysterie“ bezeichnen, welche „alle“ liberalen Errungenschaften, die das Individuum in den Mittelpunkt stellten, vergessen machen wollte. Jung ging anhand der Beschreibung eines Anfangsszenarios davon aus, daß sowohl der Gedanke der Gleichheit, als auch der des Marxismus nach 1918 durch das Aufeinanderlosschlagen der „internationalen Proletariat“ im Krieg seine Bankrotterklärung abgegeben habe. Diesen, damit endgültig zu „Utopien“ gewordenen Ideologien, setzte er etwas entgegen, das auf eine im Sinne Jungs verstandene „revolutionäre Weise“ zur völligen Umgestaltung der Gesellschaft führen müsse: „Die streng völkische sozialistische Bewegung ... lehnt aus klarer Erkenntnis der treibenden Kräfte auch den wirtschaftlichen Umsturz ab, beschreitet sie hier den Weg der Reform, so darf sie doch eines nie und nimmer ablehnen: Die geistige – und wie die Dinge heute liegen – auch die politische Umwälzung. Und eines darf sie nicht scheuen: Den Kampf! Gemeint ist hier nicht der so billige Kampf mit der Zunge, sondern der Einsatz der ganzen Persönlichkeit, daher auch des Lebens, sobald die Stunde geschlagen hat“. Der Kampf war bei ihm zu einer „Aktion“ geworden und daher nicht mehr nur ein „geistiger Prozeß“. Dem gesprochenen Wort könnte darüber hinaus der Intellektualismus mit seiner Skepsis und seinem Kritizismus gefährlich werden, weswegen es für die Zukunftsentwürfe unbrauchbar wäre.²³⁷⁹ Der Kampf mit dem Schwert diene zur Herstellung einer Ordnung, die von allen Elementen des Individualismus, dem eigentlichen Feindbild Jungs, gesäubert werden müsse, um zu einem kommenden, übermächtigen „Alldeutschland der Deutschen“ als seinem obersten politischen Ziel zu führen. In diesem von Jung erträumten Zukunftsstaat sollte es weder Vorrechte der Geburt noch des Besitzes geben, aber nicht der Gleichheit wegen, sondern um daraus keinen Judenstaat entstehen zu lassen und um ihn frei zu halten von römischen Einflüssen: „Nicht die römisch-jüdische Herrschaft, sondern der germanische Führergedanke soll im deutschen Staat maßgebend sein.“²³⁸⁰ ... Die germanischen Stämme kannten keine Herrschaft. Sie hatten keine Herrscher, sondern – ob Könige, ob Herzöge – Führer. Die letzte Entscheidung lag bei der Volksversammlung, dem Thing. Der Führergedanke zog sich wie ein roter Faden durch die Geschichte bis die deutschen Volkskönige zu römischen Kaisern wurden. Erst mit diesem verhängnisvollen Schritt kommt in deutschen Ländern der Begriff Herr-

2378 WHITESIDE, Andrew Gladding, Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918, S. 350. WHITESIDE gibt für das Schönerer-Zitat eine in München „1922“ erschienene 3. Auflage JUNGs an. Diese erschien aber erst 1925. Die 2. Auflage von 1922 enthält es jedenfalls nicht.

2379 JUNG, Rudolf, Der nationale Sozialismus, S. 65.

2380 Ebd., S. 102.

schaft auf".²³⁸¹ Begriffe wie Monarchie, Adel, Klerus und Judentum setzte Jung mit Herrschaft und Individualismus gleich. Das „noch unmündige“ deutsche Volk sei zwar noch nicht reif für Alldeutschland, das habe die Revolution 1918 gezeigt, doch wäre es für einen totalen Charakter der Umwälzung durchaus formbar, der sich nicht in einer Teilreform erschöpfen dürfe, sondern als eine „Lebensreform schlechtweg“ geplant werden müsse.²³⁸² Diese Totalreform gelänge nur durch den nationalen Sozialismus, den wahren Sozialismus, den gemäß der Auffassung Riehls nicht erst ein Marx oder Lassalle erfunden hätte. Nur der nationale Sozialismus trachte danach, „den Einzelnen, sein Leben und Wirken stets der Gesamtheit nutzbar zu machen“, worunter Jung den „Gemeinschaftswillen“ verstand, während der Individualismus als „zentrales Übel der Neuzeit“ ein schrankenloses Ausleben des einzelnen predige und mit seinem Händlergeist, der Eigen sucht und der Ablehnung aller idealistischen Tugenden die Qualität der Kultur und den Staat zerstöre.²³⁸³ Rudolf Jung versuchte dabei, den alten deutschnationalen Antiliberalismus zu „perfektionieren“: Er malte ein Schwarzweißbild, in dem der Nationalsozialismus dem „Individualismus“ und „marxistischen Sozialismus“ gegenüberstand. Weil sie für ihn zwei geschlossene, dualistische Systeme darstellten, könne es keinen Übergang geben – die Systeme würden einander ausschließen, solle es nicht zum Verfall von Gesellschaft und Kultur kommen.

Jung versuchte aber auch, den „verderblichen Individualismus“ zu präzisieren, indem er einen weiten Bogen von den Fürsten über die Kirche bis zur Französischen Revolution und dem Liberalismus spannte, um schließlich beim Marxismus zu landen, dem er manches Gute nachsagte, was aber einer Taktik entsprach, um damit Teilbereiche abzugrenzen. So hätte er bei der Geldherrschaft vollständig versagt und sei zum „entarteten Marxismus“ geworden, weil er von Juden gemacht wäre. Daran knüpfte er nun als vollendetstes Beispiel seine ganze Theorie. Der jüdische Geist der Selbstsucht und des schnöden Eigennutzes, der Rücksichtslosigkeit, der Geist der Lüge, Bosheit und Niedertracht, der Geist der Zerstörung wären im „Individualismus“ verkörpert, um als Herrschaftsinstrument das deutsche Volk zu verführen und es politisch und geistig zu knechten.²³⁸⁴

Auf der anderen Seite stünde die westliche Demokratie. Regierungen und Beamte hätten dieses künstliche Gebilde erschaffen, das einem Kreislauf der Macht gehorche, weil seine Schöpfer und Epigonen den politischen Parteien entstammten und ihnen daher stets verpflichtet wären, sie daher ihr Amt gar nicht unparteiisch ausüben könnten. Deswegen stehe auch immer nur der Vorteil der Partei im Vordergrund. Das „Hauptübel“ der Demokratie bestünde nun darin, daß sich nicht die Besten und Fähigsten auf der politischen Bühne bewegen würden, sondern nur die Geldkräftigsten, oder die vom „Mammonismus“ Beeinflußten, die vom Kapital für ihre Zwecke gekauft wären. Da jede Pluralität, auch die der Parteien, schon dem Individualismus zuzuordnen

2381 Ebd., S. 54f.

2382 Ebd., S. 5.

2383 Ebd., S. 36.

2384 Ebd., S. 41.

wäre, bedeutete für Jung der Begriff „Demokratie“, der schon im Wort „Sozialdemokratie“ stecke, die Herrschaftsform des Kapitalismus. Die ganze Sozialdemokratie wäre daher nichts anderes als ein „jüdischer Dreh“, um den Arbeiter zu verwirren und ihn auszubeuten. Gerade ein „Nomadenvolk wie das Judentum“, „der Scholle entrissen“ und keine Heimat kennend, hätte eine „internationale Heilsbotschaft“ unter die Bedrückten gebracht, denen die Ausbeutung durch das Bürgertum aber trotzdem nicht erspart geblieben wäre. Juden wären ohne Unterschied der Begriffe Demokraten, Terroristen und Marxisten. Heute stehe der „überstaatliche“ Internationalismus, der den Krieg finanziert und an ihm verdient hätte, als einziger Kriegsgewinner da. Damit wäre auch die Demokratie zu einem einzigartigen „Täuschungsmanöver“ geworden, indem sie die Proletarier gegeneinander kämpfen ließe: „Die ganze internationale Demokratie, deren angebliche Ideale die große Presse und die großen Parteien vertreten, zu deren Fahne sie schwören, ist nichts anderes als der politische Niederschlag des jüdischen Geistes, dient keinem anderen Zwecke als der Aufrichtung der Weltherrschaft des Judentums“.²³⁸⁵ Dagegen stehe die „wissenschaftlich“ erwiesene Ungleichheit der Menschen, wobei sich Jung an Franz Stein und den „Hammer“ anlehnte, denn was der „höherrassige“ Deutsche als Ausbeutung fühle, brauche „für den Neger und Kuli, ja schon für den Slawen, Franzosen, Italiener“ noch keine zu sein. Jung zog gleichsam ein Resümee aus dieser für das verführte Deutschtum katastrophalen Lage: „Jeder einzelne muß bereit sein, jauchzend in die Speere zu springen, wenn es das Wohl Alldeutschlands erfordert. Kein Druck, kein Kerker darf ihn schrecken. Der Heldengeist muß wieder in uns lebendig werden, mag auch ganz Israel mit ethisch-asthetisch angehauchtem Gefolge entarteter Halbblütlinge über diese barbarische Geschmacksverwirrung zetern! Das Judentum will uns ja doch nur das Mark aus den Knochen saugen, um ungestört über uns herrschen zu können. Seine demütigen Knechte sollen wir sein! Die alte Vettel Internationale mit ihren Geschwistern Völkerversöhnung, Völkerliebe, Menschheitswahn und ihrem Geschwisterkind Klassenhaß im eigenen Volke, findet noch immer zahlreiche Anhänger. Der Kampf mit ihr muß ausgefochten werden, soll das deutsche Volk wieder hinaufkommen. Es aber aus dem Elend der Gegenwart hinauszuführen, sei die Aufgabe des nationalen Sozialismus; der freie Mensch im freien Volk auf freiem Grund das Ziel, das wir stecken“.²³⁸⁶ Diese Passage stellte eine weitere Hommage an Georg von Schönerer dar: Knochenmark saugende Juden, Heldengeist und Germanentum entsprachen genau Schönerers Ideologie, die ebenso in die Vergangenheit zeigte, nur führten dabei die restaurativen Tendenzen zu einem Widerspruch mit Jungs Zukunftsstaat. Diese Diskrepanz galt es nun aufzulösen.

Wie sollte nun dieser Zukunftsstaat aussehen? Rudolf Jung schwebte ein Staat der „sittlichen, geistigen und seelischen Erneuerung“ vor, einer Erneuerung, für die zuerst alles „Undeutsche“ aus dem geistigen Leben des deutschen Volkes entfernt werden mußte.²³⁸⁷ Dazu zählten in erster Linie „die Instrumente des Judentums“, in deren Mittelpunkt nur in irgendeiner Weise das

2385 Ebd., S. 50.

2386 Ebd., S. 90.

2387 Ebd., S. 90.

Individuum stünde, der Liberalismus und der Sozialismus marxistischer Prägung, aber auch der bürgerliche Nationalismus, der genauso von dieser „Ausmerzungen“ betroffen wäre. Nur auf diese Weise könne der deutsche nationale Sozialismus zu einer dem deutschen Wesen genuin zugeschriebenen Ordnung, zur „Weltanschauung“, werden. Da dieser „nationale Sozialismus als Weltanschauung“ – ein Begriff, den auch Hitler übernahm – aber nie auf Volksgrenzen beschränkt bleibe, hätte er nach Jungs Ansicht auch gar keine ihn beengende Nationalsozialistische Partei nötig, die wieder nur zu Demokratie und Parteiherrschaft führen werde, womit er in dieser nicht unwichtigen Frage eine grundsätzlich gegenteilige Meinung zu Hitler vertrat. Auch von einem eigenen Lehrgebäude könne man Abstand nehmen, denn „was ein Fichte, Friedrich List, Adolph Wagner und andere gelehrt“ hätten, entspreche der nationalen Weltanschauung bereits gänzlich. Der Begriff der „Weltanschauung“ umfasse „ein flammendes Volksbewußtsein, das in alle Kreise reicht, das Gefühl brennender Schmach, die gelöscht werden muß; ein alle Schranken niederreißendes Bewußtsein, daß alles, was deutschen Blutes (ist) zusammengehört! Nichts darf uns dabei trennen, kein Klassenkampf uns spalten. Hoch über dem Gedanken einer Klassengemeinschaft, dessen tatsächlicher Zusammenhang durch den Bankrott der Internationale ohnehin besiegelt ist, steht die lebendige Tatsache der Volksgemeinschaft! Ihr gelte unser Wirken“.²³⁸⁸ Was Jung damit entscheidend von Hitler unterschied, war sein aus dem Marxismus stammender Ansatz der „Klasse“, welche aber nach dem Kampf gegen alles „Undeutsche“, der unweigerlich zur Klassenversöhnung innerhalb des deutschen Volkes führe, verschwinden werde. Obwohl der Kampf letztlich mit einer Versöhnung enden werde, müsse er von unten, nämlich von der Arbeiterschaft entzündet werden und „auf leisen Sohlen zur Diktatur über das mit schädlichen Einflüssen behaftete Bürgertum“ führen. Zunächst gelte es nämlich, die undeutsche, jüdische Wirtschaftsordnung zu beseitigen. Aus der Zusammenführung des deutschen Volkes zu einer Volksgemeinschaft als einem „Ganzen“ mit den unten dargestellten Konsequenzen, die er daraus ableitete, betrachtete Jung aber auch den ihr hinderlichen Gegenpart, auf den sich sein ganzes Theoriengebäude stützte – das Judentum – als Ganzes, das vernichtet werden müsse. „Wahre“ Arbeit, die mit Privateigentum als Gegenleistung belohnt werde, könnte dann wieder „Herrin“ sein, denn nicht mehr der Stärkste und Tüchtigste – für Jung gleichbedeutend mit dem „Geriebensten und Rücksichtslosesten“ – sollte sich im Zukunftsstaat zum Schaden der anderen ausleben dürfen, womit er das alte Sprichwort „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ für den späteren NS-Sprachschatz prägte. Als „Klassenpartei der schaffenden Arbeit“, ein Schlagwort, das erst später hinzukommen sollte und einigen ideologischen Staub aufwirbelte, würde die Nationalsozialistische Partei alle Arten arbeitslosen Einkommens, wie Grundrente, Geldzins, Kredit und Wuchergewinn, verwerfen. Als die eigentlichen zersetzenden Kräfte der modernen Zivilisation, deren Durchsetzung den Triumph des Materialismus und des „Mammonismus“ bedeuten würde, wären sie die Werkzeuge „seines Teufels“, des nach der Weltherrschaft strebenden Judentums.

²³⁸⁸ Ebd., S. 60.

Dieselben Gedankengänge verfolgte fast zur selben Zeit Gottfried Feder in seinem „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes“, der sich ähnlich wie Jung nicht mehr mit der Gegenwart identifizieren konnte.²³⁸⁹ Bei seinen Verstaatlichungsplänen schränkte Jung aber insofern ein, als er das Privateigentum und die Privatwirtschaft, die man doch nie ganz und nicht gewaltsam entfernen könne, bestehen lassen und nur jene kapitalistischen Großbetriebe „sozialisieren“ wollte, die als Monopole den Wettbewerb behinderten und zur Ausbeutung verleiten würden. Was aber ohnehin ein Monopol wäre, wie die Bodenschätze, Wasserkräfte und das Verkehrswesen, müsse sofort in das Eigentum des Staates übergehen. Was der Privatwirtschaft überlassen bleibe, sollte genossenschaftlich organisiert werden. Der wahre deutsche Geist der Volksgemeinschaft schien ihm in einem waffenberechtigten Freibauerntum und in einem genossenschaftlichen Handwerkertum verkörpert, das von Ständen repräsentiert werde, die einander in einer vom Klassenkampf unberührten Gesinnung nahestehen würden. An dieser Stelle mußte Jung einige Male ordentlich gegensteuern, wenn er beispielsweise betonte, daß in seinem Zukunftsstaat „doch noch die Eisenbahn“ fahren würde.

Wie für Karl Marx gab es auch für Rudolf Jung eine Endstufe der Verwirklichung. Auch bei ihm konnte der Staat nach Erreichung seiner Ziele „absterben“, wenn auch auf eine andere Weise: Mit der Erfüllung der „totalen“ Volksgemeinschaft durch den nationalen Sozialismus würden sich auch die individuellen Freiheitsrechte von selbst abschaffen, denn der Staat wäre dann keine „Gesellschaft von Privatpersonen“ mehr. Die Auffassung von Freiheit konnte sich Jung nur aus dem jüdischen „Händlergeist“ erklären. Damit pervertierte er vollends die Ideale der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wären nur geschaffen worden, um die mittelalterliche Gesellschaftsverfassung zu sprengen und den Händlergeist einzuführen; der deutsche Freiheitsbegriff beziehe sich jedoch immer nur auf das Ganze.²³⁹⁰ An die Stelle der Demokratie werde nun das Prinzip der „berufsständischen Gliederung“ treten: Sie müsse bereits in der Gemeinde beginnen, wo alle werktätigen Deutschen einer Gewerbegruppe (Landwirtschaft, Verkehr, Volksbildung etc.), gleichgültig ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer (!) in „Ortsverbänden“ zusammengefaßt wären. Dort sollte noch ein Rest an Demokratie herrschen, denn sie hätten in geheimer und unmittelbarer Wahl ihren Vorstand oder „Ortsrat“ zu wählen. Die Ortsräte wiederum hätten aus ihrer Mitte einen „Bezirksrat“ zu bestimmen, der wiederum einen Sitz im „Gaurat“ habe. Aus den Gauräten gehe der „Landesrat“, aus den Landesräten endlich der „Oberste Rat“ einer Gewerbegruppe hervor. An der Spitze der berufsständischen Pyramide befände sich der Reichswirtschaftsrat. Den Berufsständen kämen aber auch behördliche Aufgaben zu, womit wiederum ein zentraler Herrschafts- und Regierungsapparat stufenweise abgebaut werden könne. Das Parlament würde einem Reichswirtschaftsrat weichen, in dem die Berufsstände als „Volksvertretung“ durch je einen Vertreter repräsentiert wären. Zur Kontrolle der Macht sollte daneben eine „politische Volkskammer“ geschaffen werden, der aber keine politi-

2389 FEDER, Gottfried, Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes, 3. Aufl., München 1923.

2390 JUNG, Rudolf, Der nationale Sozialismus, S. 90f.

schen Parteien angehören dürften. Sie gehe in ähnlicher Gliederung aus einer „Urwählerschaft“ als Keimzelle hervor. Diesen beiden Kammern käme als Behörde aber keine Demokratiefunktion zu, ihr Einfluß auf die von der Regierung vorgelegten Gesetze war als eine reine Begutachterfunktion gedacht.²³⁹¹ Die oberste Macht und Gewalt im Staate, der die Regierung alle Beschlüsse vorzulegen hätte, mit denen sie wegen ihres absoluten Vetorechts nach Belieben verfahren könne, sollte nach Jungs Konzept nicht ein eigener Stand haben, sondern der „Führer“, ein „Erlöser“, der auch der „einfache Mann von der Straße“ sein könnte.²³⁹² Er unterliege nur einer einzigen Einschränkung, nämlich der „Volksabstimmung“, dem Plebiszit. In seiner 1922 erschienenen zweiten Auflage hatte Jung diesen „Führer“ schon deutlich auf Adolf Hitler umgemünzt: „... denn Führer können sich nicht selbst ernennen, sie können auch nicht ernannt werden, sondern die Wahl bestätigt nur die Tatsache ihres Vorhandenseins. Der richtige Führer ist geboren. Etwas Unsagbares strömt von ihm aus, gewinnt ihm die Herzen, schafft ihm das Vertrauen der Massen; sie fühlen den göttlichen Funken, der in ihm glimmt. Das innere Feuer, das ihn – unbekümmert um sein persönliches Wohlergehen rastlos vorwärts treibt, springt auch auf sie über. Sie folgen, weil sie folgen müssen!“²³⁹³

Zur Versöhnung des Menschen mit den bestehenden Verhältnissen sollte der Staat für ihren nötigen Freiraum sorgen und sie in eine kleine, überschaubare soziale Umwelt integrieren, womit sie auch fester an die Scholle gebunden wären: „Wir aber wollen volksbewußte, bodenständige Arbeiter; jeder Volksgenosse der arbeitet, soll auch seinen Anteil an der Heimat haben. Das kleine Eigenhaus mit Garten biete sie ihm. An Stelle der verrußten Großstädte, in deren Winkel das Laster brütet, sollen freundliche Gartenstädte entstehen“.²³⁹⁴ Was Rudolf Ardelts als sittliche Erneuerung durch den Glauben an die Idylle vorindustrieller Prägung bezeichnete²³⁹⁵, war als Idee durch die redaktionelle Mitarbeit Gustav Simons am Iglauer Programm sichtlich vorgezeichnet: Den „Gartenstadt-Gedanken“, der ursprünglich aus England kam, hatte Theodor Fritsch neu aufgegriffen. In seiner völkischen Verklärung führte er über antisemitische Reformer wie Paul Förster und eben Gustav Simons, der sich mit Volksgesundheit und Ernährung befaßte und beispielsweise eigene Sorten von Vollkornbrot kreierte, geradewegs zu einer „Mustersiedlung“, der Ostbau-Kolonie Eden bei Oranienburg/Berlin.²³⁹⁶

Rudolf Jung begab sich auf die Suche nach einer „metaphysisch-irrationalen Überhöhung der Gesellschaft“,²³⁹⁷ die er nur in einer neuen deutschen Religion fand. Sie war für ihn gleichbedeutend mit einem „völkischen Leben“, das sich in einer deutschen Mystik, in der „Liebe zur Natur“

2391 Ebd., S. 180f.

2392 ARDELT, Rudolf, Zwischen Demokratie und Faschismus. Deutschnationales Gedankengut in Österreich, S. 192.

2393 JUNG, Rudolf, Der nationale Sozialismus, S. 178.

2394 Ebd., S. 76.

2395 ARDELT, Rudolf, Zwischen Demokratie und Faschismus. Deutschnationales Gedankengut in Österreich, S. 195.

2396 BUCH, Willi, 50 Jahre antisemitische Bewegung, S. 60.

2397 ARDELT, Rudolf, Zwischen Demokratie und Faschismus. Deutschnationales Gedankengut in Österreich, S. 192.

äußerte.²³⁹⁸ Wenn er sich selber fragte, „entspringt die Liebe zur Natur, die den Wanderer hinaus- treibt in Wald und Au, die den ausgesprochenen Großstadtmenschen, den an seine Maschine ge- fesselten Arbeiter, seinen Schrebergarten hegen läßt, nicht tiefinnerster Gläubigkeit“,²³⁹⁹ dann könnte diese Vorstellungsweise einmal mehr mit Simons zu tun haben, dessen Auftreten 1913, wie schon mehrmals dargelegt, die DAP verändert hatte: Angeregt von der „Los von Rom-Bewegung“ gab er 1907 eine Aufsatzreihe Willi Buchs unter dem Titel „Das Christentum – ein Fremdkörper im Deutschtum“ im „Deutschen Turnerhorst“ des Deutschen Turnerbundes in Heftform heraus und widmete diese 1919 mit dem Titel „Im Lichte des deutschen Glaubens“ Georg von Schönerer. Gleich nach der Erstveröffentlichung gründete ein kleiner Kreis um Buch und den Führer der DHV „Rekrutenanstalt“ Jungdeutscher Bund, Hans Hertwig, mit Turnern und „Jungdeutschen“ die er- ste deutsche Glaubensgemeinschaft „Deutscher Orden“, eine Art Loge oder Geheimbund. Dieser Bund orientierte sich zunächst ganz am Gedankengut Schönerers und Simons. Viele Gerüchte rankten sich später um diese Sekte.²⁴⁰⁰ Von den Mitgart-Forschungen und den Schriften Willibald Hentschels „völkisch bestärkt“, der für eine „artgemäße rassische Hochzucht“ eintrat, dem Buch als Hauptschriftleiter der „Staatsbürger-Zeitung“ ebenfalls eine Aufsatzserie widmete, in der er erst- mals für die „Sterilisation der Erkrankten und Ausmerzungen der erblich Belasteten und unheilbaren Krüppel“²⁴⁰¹ das Wort ergriff, gründete der „Deutsche Orden“ in Sontra (Hessen) ebenfalls eine „Mustersiedlung“ im oben beschriebenen Sinn. Der Orden verdichtete jedoch die verschiedenen Gedankengänge, zu denen noch, fast selbstverständlich, die Schriften Dührings beitrugen, zu einem recht verworrenen Konglomerat, woraus eine „arisch-rassische und deutsch-religiöse“ Kom- mune auf gemeinwirtschaftlich-bäuerlicher Grundlage entstand. In der freien Natur begaben sich die Jünger auf die Suche nach deutsch-religiösem Brauchtum. So berichtete Buch von Kindstau- fen durch Berührung mit einem Hammer statt mit Weihwasser. Insgesamt konnte aber auch er dieser verschrobenen „Pseudo-Religiosität“ nichts abgewinnen.²⁴⁰² Erst als ein gewisser Ernst Hun- kel und seine Gemahlin Besitz vom Orden ergriffen und begannen, „die Gedanken Willibald Hentschels in Form einer orgienmäßigen ‚Massenzucht‘ in die Tat umzusetzen“, dürfte der Mit- gliederstand erheblich gesunken sein.

Zurück zu Jungs „Utopia“: Vieles blieb in seinem Werk zu spekulativ und statisch, vieles wirkt zusammenhanglos herausgegriffen und künstlich miteinander verbunden. Vieles entbehrte „noch“ jeglicher Realisierungsmöglichkeit, wofür er außer dem Endprodukt, dessen Attraktivität auf ge- wisse Kreise anziehend wirkte, auch keine Rezepte anbot. Die gefühlsmäßige Anziehungskraft,

2398 JUNG, Rudolf, *Der nationale Sozialismus*, S. 103.

2399 Ebd., S. 105.

2400 So berichtete der „Meister der Spekulation“, Dietrich Bronder, trotz „mangelhafter und unsicherer Belegbarkeit des Angeführten“, wie er selber ständig zugab, daß neben HITLER die NS-Größen FRICK, BORMANN, Walter BUCH, STREICHER und auch Heinrich CLASS, der Führer des Alldeutschen Verbandes, vor 1933 Mitglieder des Deutschen Ordens waren. BRONDER, Dietrich, *Bevor Hitler kam*, S. 235f.

2401 BUCH, Willi, *50 Jahre antisemitische Bewegung*, S. 78f.

2402 Ebd., S. 83.

„hinter der Konsistenz und Logik zurücktraten“²⁴⁰³, bestand aus den Zielsetzungen, die unmittelbar in die Ideologie und Programmatik der Hitler-Bewegung eingegangen sind, nämlich dem Prinzip „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, dem Vorrang der Nation vor dem Individuum, dem Ausweichen der brennenden Fragen des modernen Industriestaates und nicht zuletzt dem revolutionären Ansatz zur völligen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft zu einer „Weltanschauung“. Jedoch lag dem Werk Jungs eine sozialistische Dominante zugrunde, die sein eigentlicher Ausgangspunkt war, mit der er die unüberbrückbaren Gegensätze zum Individualismus begründete. Die Begriffsbestimmung „nationaler Sozialismus“, wobei die Betonung auf dem letzten Wort lag, hatte für ihn daher eine tiefe ideologische Bedeutung, auf die sich später ein linker Flügel innerhalb der NSDAP um Gregor Strasser berufen sollte, zu dem anfänglich auch Josef Goebbels gehörte. Einem Artikel Alfred Rosenbergs im „Völkischen Beobachter“ vom 1. Februar 1927, in dem er auf die Wichtigkeit des „Hauptwortes“ Nationalsozialismus hinwies, weil sonst die Gefahr bestünde, dem Sozialismus, der nur der Nation zu dienen hätte, eine übergeordnete Bedeutung zu geben, entgegnete Strasser in den „Nationalsozialistischen Briefen“ – „die ... für derartige Auseinandersetzungen geeigneter erscheinen als das öffentliche Organ der Partei, das auch von Nichtparteiangehörigen gelesen wird“ (!) – es für „richtig“ zu halten, vom nationalen Sozialismus zu sprechen, „wie dies ja auch der Titel eines der grundlegendsten Werke unserer Literatur zum Ausdruck bringt“: „Unser Sozialismus, der wahre Sozialismus, stellt gerade die Nation, die Not- und Brotgemeinschaft in den Mittelpunkt; er lehnt die liberale Doktrin von der individuellen Freiheit, auf der Kapitalismus und als sein Pendant Marxismus ruhen, restlos ab und setzt an deren Stelle die Gebundenheit des Blutes und den Zusammenhang des Volkes. Gerade aber daraus resultiert, daß Sozialist sein muß, ... wer sein Volk wahrhaft liebt!“²⁴⁰⁴

Ganz im Sinne Jungs hat sich auch Adolf Hitler nach den Aufzeichnungen seines Vertrauten vor der Machtübernahme, Otto Wagener, in den Gesprächen, die er mit ihm als Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der Reichsleitung 1930/31 geführt hatte, zu diesem reinen Sozialismus bekannt. Nach der liberalen Zeit, der „Verteidigerin des Individualismus“, in der es nur um die „Verbesserung der Existenz“ gegangen wäre, wäre nun das Zeitalter des Sozialismus angebrochen, in dem es „um die Gesamtheit, die Gemeinschaft, um das Volk“ gehe. Doch anders als der „irregeleitete Kommunismus“, der die „alten Individualisten umgebracht“ hätte, müsse das deutsche Volk zum Sozialismus bekehrt werden, ohne Zerstörung von Besitz und Werten, damit der „Nutzen des einzelnen dem ganzen Volk“ zugeführt werden könne. Nach dem von diesen Ideen begeisterten Wagener hätte ein nationaler Flügel um Hermann Göring, den wiederum die „Ruhr-industriellen“ gekauft hätten, diese Gedanken Hitlers mehr und mehr verwässert.²⁴⁰⁵

2403 BRACHER, Karl Dietrich, Die deutsche Diktatur, S. 58.

2404 TYRELL, Albrecht, Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP, Bindlach 1991, S. 278f. Vgl. Völkischer Beobachter, Nr. 25 vom 1. Februar 1927, S. 1.; Nationalsozialistische Briefe, Nr. 34 vom 15. Februar 1927; KÜHNEL, Reinhard, Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim 1966, S. 370f.

2405 WAGENER, Otto, Hitler aus nächster Nähe, S. 71f.

Rudolf Jung dürfte trotzdem die vorhandenen Schwächen seines Werkes erkannt haben, denn 1927 erschien im Verlag der „Nationalsozialistischen Briefe“ ein „Verbesserungsvorschlag“ des mittlerweile zum Prager Abgeordneten und Führer der sudetendeutschen Nationalsozialisten Aufgestiegenen. Der Rassenantisemitismus war dabei zur dominierenden Größe geworden: „Unser Alldeutschland ... soll ein soziales sein ... Es ist vor allem ein wirklicher Freistaat, frei nach innen und außen, daher unabhängig von den überstaatlichen Geldmächten ... Er ist aufgebaut auf der deutschen Volksgemeinschaft. Wahlberechtigt ist in ihm nur der Blutsdeutsche. Er allein hat daher politische Rechte, kann Grund und Boden besitzen, Staatsstellungen haben usw. Mischehen mit Nichtdeutschen, wie zB. Juden, ziehen den Verlust des Bürgerrechts nach sich ... Durch eine derartige Verfassung und durch eine Wirtschaftsgesetzgebung, die die Herrschaft des Geldes bricht und den Bodenschacher unmöglich macht, ist der jüdische Einfluß beseitigt. Man braucht den Juden weder aufzuhängen, noch hinauszuerwerfen. Sie gehen von selbst, wenn sie sich nicht mehr ausleben können. Man braucht nicht einmal mehr ihre Zeitungen zu verbieten, sondern diese nur zu zwingen, sich ordnungsgemäß „Jüdisches Organ“ zu nennen. Steht aber der Deutsche nicht mehr unter dem Einfluß des Juden, so besinnt er sich von selbst wieder auf seine eigene Art. Dann verschwinden auch Sozialdemokratie und Kommunismus, weil sie führerlos werden, und dann wird wieder idealistisches Denken die Oberhand gewinnen“.²⁴⁰⁶

Auch Adolf Hitler vertrat 1930/31 die Auffassung, daß nach einer „Immunisierung des deutschen Volkes durch den Sozialismus“ das „zersetzende jüdische Gift des Individualismus, der Menschenrechte, der Demokratie seine Wirkung verlieren“ würde und die Juden Deutschland von selbst verlassen würden, „um sich einen neuen Wirt zu suchen“.²⁴⁰⁷

Für eines steht Rudolf Jungs „Nationaler Sozialismus“ ganz gewiß, was der Schrift damals auch eine merkwürdige Anziehungskraft verliehen haben dürfte: Für den Abschied von einer Epoche, die, so sehr man sich in ihr auch manchmal nicht wohl gefühlt haben mag, in der Form nie mehr wieder kommen würde. Was letztlich blieb, waren die Vorzeichen einer fremden und chaotisch heraufziehenden Zeit, in der nicht mehr Europa alleine den Ton angeben würde. Was modern war, löste nun Furcht aus. Nicht so sehr bei den Arbeitern, die auf Verbesserungen hoffen konnten. Der eigentliche Verlierer war neben dem Adel das von einer permanenten Revolutionsangst gequälte (Klein)Bürgertum. Hatten ihm die Revolutionen des 19. Jahrhunderts noch die Freiheit gebracht, so hatte nun diese Revolution nach unten durchgeschlagen. Nach der weitverbreiteten Ansicht des Bürgertums war nun die Zeit gekommen, in der sich das von ihm verstoßene Proletariat und das Judentum auf seine Kosten „austoben“ würden.

2406 JUNG, Rudolf, *Nationaler oder internationaler Sozialismus?*, Elbersfeld 1927, S. 17.

2407 WAGENER, Otto, *Hitler aus nächster Nähe*, S. 145ff.

3.5 Die Wellen des nationalen Sozialismus

Für Wilhelm Buchow alias Willi Buch, einem „Insider“ der antisemitischen Bewegung im Deutschen Reich, war dort der parteipolitische Antisemitismus bereits im Jahre 1911 am Ende.²⁴⁰⁸ Die zwei sich stets uneinigten Parteien, die „Deutschsoziale Reformpartei“ und die „Deutschsozialen“, konnten bei den Reichstagswahlen des Jahres 1907 unter der Führung Oskar Zimmermanns beziehungsweise Max Liebermanns von Sonnenberg gerade 12 Abgeordnete stellen, eine Anzahl, die sich 1912, bei den letzten Wahlen im Kaiserreich, nach dem Ausscheiden ihrer geistigen Führer, auf sieben verringerte. Damit waren sie zur völligen Bedeutungslosigkeit degradiert worden. Auch die wiederholten Versuche, die beiden Parteien zu einigen, wie dies zeitweilig in der „Deutschen Kanzlei“ gelang, fruchteten nur wenig. Während der Antisemitismus somit nach außen auf der parteipolitischen Ebene deutlich gemäßigter auftreten mußte, änderte er in den weiter bestehenden völkischen Zirkeln und Journalen sein Gesicht zu einem immer sektenähnlicheren. Diese Wandlung machte ihn aber deswegen nicht ungefährlicher – im Gegenteil: Neben den Rassehygienikern, die ihre Förderungen durch einzelne Verlage, wie den „Lehmann Verlag“ in München, oder durch den alle Strömungen überlebenden „Hammerbund“ Theodor Fritschs erhielten, traten nun einzelne Prediger auf, die sich ihre Anregungen zumeist aus Österreich holten. So ist der Einfluß der Volkslied- und Sagenforschung des Antisemiten Otto Böckel und die Kritik Adolf Bartels am „Einfluß des Judentums auf das deutsche Schrifttum im wesentlichen auf Lanz von Liebenfels, Guido von List und Franz Xaver Kiessling zurückzuführen. Der Berliner Redakteur Philipp Stauff, der in Abänderung des damals bekanntesten Namensverzeichnisses, den „Semi-Kürschner“ und den „Semi-Gotha“ zur „Kennzeichnung“ prominenter und adeliger Juden herausgab, fungierte als „beamtetes Vorstandsmitglied“ der „Guido von List Gesellschaft“. Diese Gesellschaft mit Sitz in der Wiener Webgasse könnte man durchaus als eine reichsdeutsche Außenstelle bezeichnen, denn von den 15 Ehrenmitgliedern kamen 12 aus dem Reich, oder hatten sich wie der „Hauptstifter“ und Ehren-Präsident, der schwerreiche Münchner Großindustrielle Friedrich Wannick, gleich in Euratsfeld bei Amstetten niedergelassen.²⁴⁰⁹

Erst 1903 war es mit der Resonanz, die die „Los von Rom-Bewegung“ Georg von Schönerers ausgelöst hatte, möglich, eine Sonnwendfeier am Ufer des Berliner Wannsees vor 5000 Menschen abzuhalten.²⁴¹⁰ Auch als der „Jungdeutsche Bund“ unter der Führung Hans Hertwigs 1902 über den alldeutschen Gedanken nach Skandinavien stieß und in Finnland eine „großgermanische Bewegung“ errichten wollte, „fehlten die lieben Österreicher nicht“. ²⁴¹¹ In diesem Zusammenhang gewinnt auch eine Textpassage an Bedeutung, die aus einer Laudatio von Hans Krebs an Schönerer (!) anlässlich seines 100. Geburtstages stammt. Sie dürfte auch vor den strengen Augen der Zen-

2408 BUCH, Willi, 50 Jahre antisemitische Bewegung, S. 59.

2409 Guido Lists gesammelte Werke, Bd. 1, Herausgegeben von der Guido von List-Gesellschaft, Wien 1913, Mitgliederverzeichnis, S. 663.

2410 BUCH, Willi, 50 Jahre antisemitische Bewegung, S. 61.

2411 Ebd., S. 61.

sur Zustimmung gefunden haben, ist sie doch nirgendwo anders als auf der Titelseite der Österreich-Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ vom 17. Juli 1942 zu finden: „Während sich im Deutschen Reich der Vorkriegszeit nirgends nationalsozialistische Grundsätze, ja nicht einmal die antisemitische Idee durchzusetzen vermochte, entzündeten sich an den Volkstumsgrenzen des österreichischen Deutschtums im Ringen mit den anderen Völkern die nationalen Kräfte, die die von Schönerer begründete Alldeutsche Bewegung und die aus ihr um die Jahrhundertwende entstandene Deutsche Arbeiterpartei hervorbrachten.“²⁴¹²

Das Hauptaugenmerk der Völkischen lag stets auf der Jugendarbeit, wie sie schon Georg von Schönerer gepredigt hatte, die zum Nährboden und damit zu einer nicht zu unterschätzenden Erklärung für den späteren Zulauf zur NSDAP wurde. Sie erfolgte im wesentlichen über die völkischen Turner, den DHV mit dem fest verbundenen „Jungdeutschen Bund“ und über die seit etwa 1900 bestehende „Wandervogel-Bewegung“ – Organisationen, die ihre Fühler stets auch in Österreich hatten. Von dem im Deutschen Reich so mächtigen „Alldeutschen Verband“ des Heinrich Class (1868–1953), der zwar überall mitmischte, kam hingegen viel weniger. Als hochnäsige „Honoratioren-Truppe“ verschrien, die das sektenmäßige Treiben der Antisemiten als „utopische Phantastereien“ belächelte, konnten ihnen die Antisemiten wiederum stets vorwerfen, erst 1918 den „Arierparagraphen“ eingeführt zu haben. Auch das nicht immer reibungsfreie Verhältnis zu Schönerer spielte dabei eine gewisse Rolle, waren doch die Kontakte des „Alldeutschen Verbandes“, die er in Österreich lieber mit den gemäßigten Deutschnationalen gepflegt hatte, stets politischer und konfliktfreier gewesen.²⁴¹³

Dieser Hintergrund eines völlig im Abklingen befindlichen politischen Antisemitismus in Deutschland ist auch in Betracht zu ziehen, wenn es um die Frage nach der Eigenständigkeit eines bereits im Dezember 1918 veröffentlichten Programmentwurfes geht. Er stellt gewissermaßen ein „missing link“ zu den österreichischen Nationalsozialisten und zur späteren deutschen NSDAP dar, wodurch sich auch mit einem Male Versuche einer „Vordatierung“ von Jungs Werk erhellen: Der Düsseldorfer Fabrikdirektor und Diplom-Ingenieur Alfred Brunner (1871–1936) veröffentlichte im Dezember 1918 einen „Entwurf zur Gründung einer deutsch-sozialistischen Partei auf judenreiner und kapitalloser Grundlage“, der folgenden Inhalt hatte: „1. Die Aufnahme von nur deutschgeborenen, unkapitalistischen Mitgliedern in die Partei 2. Die Überführung von über den Privatbesitz hinausgehenden Grund und Boden ins Staatseigentum. 3. Die Ablöse des römischen Rechts durch das Deutsche Gemeinrecht unter dem Schlagwort ‚Gemeinnutz vor Eigennutz‘. 4. Die Verstaatlichung des Geldwesens, mit der statt ewigem Zins ein das Kapital ablösender Zinsendienst geschaffen werden sollte. 5. Die Verstaatlichung der Bodenschätze, Wasserkräfte usw. unter Beibehaltung einer gemeinwirtschaftlichen oder genossenschaftlichen Betriebsweise. 6. Die Zerlegung des Großgrundbesitzes in Siedlungen. 7. Die Beschneidung des Einflusses des Parla-

2412 Völkischer Beobachter, Nr. 198 vom 17. Juli 1942, S. 1.

2413 BUCH, Willi, 50 Jahre antisemitische Bewegung, S. 66f. Zu einer Gesamtdarstellung des Alldeutschen Verbandes vgl. KRUCK, Alfred, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939, Wiesbaden 1954, besonders S. 104–134.

ments auf eine beratende Funktion. Bei wichtigen Gesetzen sollte eine Volksabstimmung erfolgen. 8. Die Schaffung einer unabhängigen deutschen Presse unter Kennzeichnungspflicht jüdischer Zeitungen. 9. Die Entlassung der Juden aus dem Lehrer- und Richterdienst; kein Jude kann Richter des deutschen Volkes sein; zum jüdischen Volke gehören auch Getaufte und Mischlinge. 10. Der Schutz des deutschen Arbeiters gegen lohndrückende fremde Arbeitskräfte. 11. Die Schaffung einer nationalen Wirtschaft, die eine möglichst Autarkie bezweckt.“²⁴¹⁴

Zur Lösung der sozialen Frage erklärte Brunner: „Die Großindustrie muß zurückgebildet, in eine Reihe kleinerer, möglichst selbständiger Unternehmungen und soweit wie irgendwie möglich aus den Großstädten auf das flache Land verlegt werden. Nicht die höchstmögliche Wirtschaftlichkeit darf ausschlaggebend sein, sondern die Hebung der Persönlichkeit und die Verinnerlichung der Arbeit“.²⁴¹⁵

Die Ähnlichkeit des Deutsch-sozialistischen Programms mit der pamphletartigen Schrift Rudolf Jungs ist jedenfalls frappant, vor allem die Gemeinsamkeit einer „linken“ Richtung. Während der erste skeptische Chronist der NSDAP, Konrad Heiden, im Jahre 1933 mit der Aussage, Jungs „Lehre predigte den Deutschsozialismus“, ob gewollt oder nicht eine Nahebeziehung zur DSP herstellte²⁴¹⁶, nannte Brunner seine Forderungen selbst „ganz links und ... radikaler als die der Bolschewisten“.²⁴¹⁷ Das Programm war auch in seiner Zielrichtung weit antikapitalistischer abgefaßt als das Werk von Rudolf Jung. Wenn auch diese beiden „Endprodukte“²⁴¹⁸ ein wenig voneinander abwichen, so stimmten sie doch im Wesen überein. Es handelte sich dabei um frühe, Vor-Münchenerische programmatische Verfassungen zweier Nationalsozialistischer Parteien, deren Gemeinsamkeit darin bestand, daß sie als „marxistische Reformversuche“ sehr linkslastig waren. Beide hatten sich das Ziel gesetzt, die Arbeiter aus den Fängen des Marxismus/Sozialismus zu befreien, indem sie den Marxismus als eine grundsätzliche Reaktion auf ihn „völkisch veredeln“ wollten. Wie sehr jedoch vor allem der sudetendeutsche Ast neue Gruppen als ein Kind ihrer Bewegung betrachtete, sofern sie dieselbe „ideologische Sprache“ sprachen, beweist die Tatsache, daß sie die Präsidentschaftskandidatur des Bodenreformers Alfred Damaschke, der wiederum „Ideenbringer“ für Alfred Brunner war, tatkräftig unterstützte. Auch das Hauptblatt der sudetendeutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei, der nach dem Zusammenbruch der Monarchie un-

2414 Zitiert In: CILLER, Alois, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark, S. 150.

2415 Zitiert In: CILLER, Alois, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark, S. 150.

2416 HEIDEN, Konrad, Geschichte des Nationalsozialismus. Die Karriere einer Idee, Berlin 1933, S. 36.

2417 Zitiert In: FEST, Joachim, Hitler. Eine Biographie, S. 184.

2418 Unberücksichtigt sollten die „Ideenbringer“ bleiben, die zu den Überlegungen und zur Abfassung geführt hatten: So nannte JUNG in einem Anhang zur 2. Auflage Gottfried FEDERS „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft“; Theodor FRITSCHS „Handbuch zur Judenfrage“; die „Freiland-Freigeld-Bewegung“ Silvio GESELLS; Paul LENSCHS „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück“; Oswald SPENGLER; Henry FORDS „Der internationale Jude, ein Weltproblem“ und Paul TAFELS „Das neue Deutschland“ als „Quellen“, während BRUNNER eher von den Bodenreformen des Agrartheoretikers Alfred DAMASCHKES beeinflusst war. Vgl. BRACHER, Karl Dietrich, Die deutsche Diktatur, S. 101.

ter der Ägide Hans Knirschs in Dux gegründete „Tag“, bezeichnete Damaschke als einen der ihren.²⁴¹⁹ Mehr noch: Alois Ciller, der sonst in seinen Schriften Adolf Hitler und die deutschen Nationalsozialisten mit keiner einzigen Silbe erwähnte, machte bei Brunner eine Ausnahme: Er wäre schon seit 1904 „in persönlicher Beziehung zur Bewegung in Deutsch-Österreich“ gestanden – eine glaubhafte Versicherung eines Insiders, der Ciller zweifellos war.²⁴²⁰ Nach Georg Franz-Willing wollte Brunner schon in der zweiten Kriegshälfte eine „völkisch-sozialistische“ Partei gründen, nachdem er sich seit 1904 (!) intensiv mit völkischen Fragen beschäftigt hatte.²⁴²¹ Somit ist ein ziemlich eindeutiger Beweis erbracht, daß die grundsätzlichen Ideen Alfred Brunners nicht von ihm selbst, sondern eindeutig, wenn auch mit einigen Modifikationen, von der österreichischen DAP/DNSAP stammten!

Als weiteres Kuriosum ist an dieser Stelle noch anzumerken, daß Alfred Brunner zunächst noch keine allumfassende „Deutschsozialistische Partei“ gründete – die eigentliche Parteigründung erfolgte erst auf einem Parteitag vom 23. bis 25. April 1920 in Hannover²⁴²² –, sondern nur Ortsgruppen, als ob er sie als Teile der DNSAP betrachtet hätte. Dieser Mangel an einer straffen Organisation sollte sich aber rächen. Er wurde entscheidend für den Aufstieg der wiederum mit Ortsgruppengründungen zuwartenden Münchener „Zwillingspartei“ NSDAP, die ihn schließlich schlucken sollte.

1919 entstand in Brunners Wohnort Hannover eine erste von ihm gegründete DSP-Ortsgruppe. Düsseldorf, Frankfurt und Dresden sollten folgen. Die Ortsgruppen Nürnberg und Kiel sind jedoch erwähnenswerter: Am 24. November 1919 wurde die Nürnberger Ortsgruppe von dem als Offizier aus dem Weltkrieg heimgekehrten Volksschullehrer Julius Streicher (1885–1946) ins Leben gerufen, der sich zuvor im Februar 1919 dem vom „Aldeutschen Verband“ gegründeten antisemitischen „Deutschen Schutz- und Trutzbund“ angeschlossen hatte. Er zog nun rastlos im „Frankenland“ von Ort zu Ort, den Rucksack vollgestopft mit Büchern und Schriften antisemitischen Inhaltes, um die Bevölkerung in unzähligen Versammlungen über die „jüdische Weltgefahr“ aufzuklären.²⁴²³ Streicher, der mit seinem derben und primitiven Antisemitismus, mit seinem pornographischen Stil, in dem es von Ritualmorden, Judenbrunst und Blutschande nur so wimmelte und mit „jener allesbeherrschenden Zwangsvorstellung von schwarzbehaarten geilen Teufeln, keuchend über unschuldigem arischem Frauenfleisch“ später alle übertreffen wird²⁴²⁴, der wie Konrad Heiden schrieb, „den Dreck, mit dem er warf, selber angriff“²⁴²⁵, gab mit der Wochenschrift „Der Deutschsozialist“ eine erste Zeitung dieser neuen Bewegung heraus. Die Kieler

2419 Der Tag, Nr. 155 vom 8. Oktober 1919.

2420 CILLER, Alois, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und in der Ostmark, S. 150. Vgl. DEUERLEIN, ERNST (Hrg.), Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1968, S. 45.

2421 FRANZ-WILLING, Georg, Ursprung der Hitlerbewegung, 2. Aufl., Preußisch Oldendorf 1974, S. 130.

2422 Ebd., S. 131.

2423 BOUHLER, Philipp, Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend, Berlin 1938, S. 83.

2424 FEST, Joachim, Hitler. Eine Biographie, S. 200.

2425 HEIDEN, Konrad, Geschichte des Nationalsozialismus. Die Karriere einer Idee, S. 53.

DSP-Ortsgruppe ist deswegen als interessant zu nennen, weil ihr Gründer Wriedt hervorhob, dazu erst durch die Lektüre von Jungs Buch inspiriert worden zu sein.²⁴²⁶

Die Sorge Jungs, die nun getrennten Parteien in Österreich und der Tschechoslowakei könnten infolge einer Entfremdung auseinanderbrechen, schien nicht unbegründet zu sein. Walter Riehl, der sich anschickte, die Führung in Österreich zu übernehmen, stellte nicht zuletzt wegen des Wahldesasters den Exklusivitätsanspruch der Partei gehörig in Frage. Trotz aller politischen Gegensätze fand er gewisse Entsprechungen – bei den Christlichsozialen! So schrieb Riehl am 3. November 1923 in einem Aufsatz im „Deutschen Volksruf“ über die mangelnde klassenübergreifende nationale Kraft: „Warum geht es aber nicht bei uns so wie bei den Christlichsozialen? Ohne beleidigende Absicht kann man wohl objektiv feststellen, daß in allen Ständen selbst die wenig aktiven Elemente ... im politischen Katholizismus die allein für sie richtunggebende Weltanschauung erblicken ... Es mag nicht als Hohn klingen, wenn ich in der Seele des Klerikalen aller Stände den Unterton herauslese, daß er kraft seiner Religion sich damit tröstet, daß er im Jenseits ... befreit sein wird“.²⁴²⁷ Der Nationalsozialismus als irdische Religion. Das Verbindende, das Riehl aber viel mehr anzog und das ihn auch über alle ideologischen Schranken hinweg eine Annäherung als annehmbar erscheinen ließ, war nichts anderes als der von den Christlichsozialen nach 1918 in aggressivster Weise vertretene Rassenantisemitismus. Politik und Kirche versuchten wie schon 1848 „die Weltordnung zu retten“. Anton Drexler (1884–1942), der Obmann der Münchner „Deutschen Arbeiterpartei“, in die im September selben Jahres Adolf Hitler eintreten sollte, betrachtete 1919 den „christlichen Sozialismus“ als einzige Rettung im Kampf gegen das „gefräßige Judentum“, die „materialistisch-talmudische Welthegemonie“.²⁴²⁸ Auch Tirol „erwachte“ nun aufgrund seiner Nachbarschaft zum revolutionär bolschewistischen Bayern. In den der christlich-sozialen Partei nahestehenden „Neuen Tiroler Stimmen“ veröffentlichte ein Ingenieur H. R., vermutlich der spätere SA-Führer Hans Reinl, schon Ende 1918 vier lange Artikel gegen Bolschewismus und Judentum: „Der eigentliche Sieger in diesem Krieg war überall das Judentum. Überall hat es es verstanden ... sich durch Kriegsgewinne, Wucher und Dienstbarmachung der allgemeinen Unzufriedenheit in den Besitz der Macht zu setzen“.²⁴²⁹ Über die „Revolutionsmänner“ von 1918 in Deutschland behauptete Reinl, „daß alle dicklippigen, krummbeinigen, wirrbärtigen und wollhaarigen Gesellen vom widerlichen Mulattenantlitz Liebknechts bis zum primitiven Mongolentypus Eberts viel eher der völkerkundlichen Abteilung eines Panoptikums als dem Regierungstische des Deutschen Reiches zur Ehre gereichen würden“. Und genauso wie die spätere Münchner NSDAP kanalisierte er diese Ängste des Bürgertums: „Die niederen Rassen streben wieder nach oben! Der jüdische Rattenfänger hat sie aus ihrem jahrhundertlangen Dämmerdasein ge-

2426 FRANZ-WILLING, Georg, Ursprung der Hitlerbewegung, 2. Aufl., Preußisch Oldendorf 1974, S. 132.

2427 Zitiert in: SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 83.

2428 DREXLER, Anton, Mein politisches Erwachen. Aus dem Tagebuch eines deutschen sozialistischen Arbeiters, 2. Aufl., München 1920, S. 30.

2429 HANISCH, Ernst, Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913–1925), S. 395.

pfiffen und führt sie zum Sturm gegen alles, was unter dem Symbol des Kreuzes zu verstehen ist“.²⁴³⁰

Aber nicht nur Zeitungen wie die christlichsoziale „Reichspost“, die am 26. September 1919 die „Judenfrage“ zur „Schicksalsfrage der Republik“ erklärte²⁴³¹, sondern auch hochrangige christlichsoziale Abgeordnete förderten eine „Solidarisierungswelle“. Nach der Proklamation der ungarischen Räterepublik im März 1919 durch Béla Kun und einer steigenden kommunistischen Agitation für die Ausrufung der Räterepublik in Österreich, die sie mit dem ersten Aufstieg jüdischer Sozialisten in hohe Regierungsstellen gleichsetzten, hoben die Christlichsozialen ihre „Gemeinsamkeiten“ mit den Großdeutschen und den Nationalsozialisten hervor. Bei letzteren war es vor allem der Kampf gegen die ostjüdischen Flüchtlinge, von beiden Parteien pauschal als Schwarzmarkthändler und Wucherer bezeichnet, der sich als Kitt erweisen sollte: Im Oktober 1919 forderte der christlichsoziale Arbeiterführer Leopold Kunschak (1871–1953) auf einer Versammlung des Christlichsozialen Arbeitervereins in Wien die Einführung eines eigenen Judenkatasters und einer Judenkurie. Jüdische Kinder sollten an getrennten Schulen unterrichtet und Juden von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen werden. Dies waren Forderungen, die „stürmisch bejubelt“ wurden und die Kunschak wenig später auch im Nationalrat wiederholte.²⁴³² In Wien und Niederösterreich schlug sich diese „Politik“ der Nationalsozialisten und Christlichsozialen in gemeinsamen Kandidaturen auf Gemeinderatsebene als „Nationale Bürgerpartei“, „Wahlgemeinschaft“ und „Einheitsliste“ zu Buche.²⁴³³ Am 12. September 1919 fand in Kritzendorf eine von der DNSAP einberufene Versammlung mit dem Tagesthema „Warum bekämpfen wir das Judentum und den jüdischen Geist auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ statt. Walter Gattermayer forderte die Ausweisung aller Juden und wies darauf hin, wie es in einem Versammlungsbericht hieß, „daß es nicht nur notwendig wäre, das Judentum zu beseitigen, sondern auch den jüdischen Geist“. Auf dieser Veranstaltung gründete sich ein „überparteilicher Antisemitenbund“, der sich bald auf ganz Österreich erstrecken sollte, dessen Mitglieder sich zu gleichen Teilen aus Nationalsozialisten und Christlichsozialen zusammensetzten.²⁴³⁴ Auf Massenversammlungen des Bundes verfaßten die Teilnehmer nun gemeinsame Resolutionen, in denen sie die „Ausweisung der Ostjuden binnen zehn Tagen“ und Gesetze gegen den jüdischen Schleichhandel, die Auflösung der jüdischen Banken und des jüdischen Besitzes forderten. Das Judentum würde sich Paläste errichten, während die Bevölkerung verhungere. Der frühere hysterische Antiklerikalismus Schönerers mäßigte sich so zur gemeinsamen Linie einer „Kampfgemeinschaft“, die sich bis zu Arthur Seyss-Inquart ver-

2430 Zitiert in: CARSTEN, Francis L., Die Vorläufer des Nationalsozialismus, in: LESER, Norbert (Hrsg.), Das geistige Leben in der Zwischenkriegszeit. Ringvorlesung vom 19. Mai bis 20. Juni 1980, Bd. 1, Wien 1981, S. 200.

2431 Reichspost vom 26. September 1919, S. 1.

2432 STAUDINGER, Anton, Christlichsoziale Judenpolitik in der Gründungsphase der österreichischen Republik, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1978, Wien 1979, S. 31.

2433 MULLEY, Klaus Dieter, Die NSDAP in Niederösterreich 1918 bis 1938, in: Österreich in Geschichte und Literatur (ÖGL), 33. Jhg. (1989), Heft 3–4, S. 173.

2434 Ebd.

folgen läßt, wenn sie auch manchmal durch die aktuelle Tagespolitik einigermaßen verschwommen war, weil sich die beiden Parteien nicht selten bis aufs Messer bekämpften. Diese gemeinsamen Strukturen hat vor allem Friedrich Heer zutage gefördert.²⁴³⁵

Walter Riehl tat aber noch mehr, um die „Klassensolidarität“ des nationalen Sozialismus herzustellen. Hatte er früher, wie Jung dies zu diesem Zeitpunkt noch immer tat, in der Intelligenz eine Gefahr für die Bewegung gesehen, so förderte er nun tatkräftig eine am 19. Juni 1919 an den Wiener Hochschulen gegründete „Deutsche Akademische Vereinigung der Nationalsozialisten“. Unter den Gründungsmitgliedern befand sich ein junger Student der Philosophie namens Richard Suchanek (1896–1965), der später nach der „Eindeutschung“ seines Namens als Professor Suchenwirth die hitlertreue NSDAP in Österreich anführen sollte.²⁴³⁶

3.6 Eine erste „zwischenstaatliche Tagung“

In einem Punkt herrschte zwischen Rudolf Jung und Walter Riehl Einigkeit: Die in der Monarchie abgehaltenen Parteitage sollten weitergeführt werden. Wie schon Jungs „Nationaler Sozialismus“ ein wesentlicher Ansporn dafür gewesen war, stand dabei der Gedanke einer festen Einheit im Vordergrund. Eine gewisse Rivalität spielte dabei aber eine große Rolle. Auf ihrem eigenen großen Parteitag am 15. November 1919 in Dux, auf dem Hans Knirsch als Obmann bestätigt wurde, feierte die „DNSAP der Tschecho-Slowakei“, wie sie sich nun offiziell bezeichnete, den 16. Geburtstag ihrer in Böhmen erfolgten Gründung. Trotz aller äußeren Umwälzungen schienen innerhalb der Partei ganz anders als bei der österreichischen Schwesterpartei die Uhren still zu stehen. 119 Delegierte vertraten 327 Orte. Die auf dem Parteitag besonders hervorgehobenen Gemeinderatswahlen vom Juni hatten der Partei nicht nur 50.000 Stimmen, sondern auch 618 Gemeindevertreter und unzählige Bürgermeister gebracht.²⁴³⁷ Die Bewegung in der Tschechoslowakei sah erfolgreichen Zeiten entgegen, zumal sie auch mit Jungs Hauptwerk einen festen ideologischen Unterbau im Gepäck hatte. Schon aus Gründen der zu erwartenden wertvollen Anregungen durfte Walter Riehl, der im September 1919 definitiv erklärt hatte, in Wien zu bleiben, diese Verbindung niemals abreißen lassen. Die ehemalige Reichshauptstadt sollte sich jedoch als ein weit magischerer Anziehungspunkt als die sudetendeutschen Provinzstädte erweisen, womit zweifellos die österreichische Gruppe wieder eine Aufwertung erfuhr. Als Kulminierungspunkt für die in allen deutschbesiedelten Gebieten in Ost und West geplanten, gleichartigen Bewegungen, schien Wien ideal geeignet zu sein.

2435 HEER, Friedrich, *Die Religion des Adolf Hitler*, Wien 1968, S. 285. Der Antisemitenbund wurde vom Christlich-sozialen Abgeordneten Anton JERZABEK und dem NS-Schriftsteller Robert KÖRBER gegründet.

2436 BRANDSTÖTTER Rudolf, *Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung*, S. 152. Vgl. WITZMANN, Erich, *Der Anteil der Wiener waffenstudentischen Verbindungen an der völkischen und politischen Entwicklung 1919–1938*, Wien 1940.

2437 *Der Tag*, Nr. 188 vom 16. November 1919.

Denn eines blieb sowohl in Dux als auch in Wien eine unausgesprochene Tatsache. In beiden Teilen fühlte man sich als Pioniere des Nationalsozialismus, was auch ein Blick über die deutsche Reichsgrenze bestätigte. Deshalb erscheint es aus damaliger Sicht auch gar nicht überheblich, wenn die „Deutsche Arbeiterpresse“ am 2. August 1919 geradezu euphorisch bekanntgab, daß es im Deutschen Reich „zwar vielen noch unbekannt“ (!), bereits „gute Ansätze zu einer großen NS-Bewegung“ gebe, womit in erster Linie die DSP-Ortsgruppen Alfred Brunners gemeint waren.²⁴³⁸ Diesem Pioniergeist entsprechend, einigten sich Ende August 1919 die Parteileitungen des Sudetenlandes und Österreichs, daß ein weiteres Entstehen verschiedener NS-Parteien auch eine andere Organisationsform nach sich ziehen würde. Man sprach hier noch in der Zukunftsform. Der nun zu diesen Zwecken gebildete „Nationalsozialistische Hauptausschuß Groß-Deutschlands“ setzte sich auch zunächst nur aus den Obmännern der Staatsparteileitungen der Nationalsozialisten Österreichs und der Tschechoslowakei zusammen. Zukünftig sollten ihr auch die Obmänner der größeren deutschen Bundesstaaten angehören, in denen sich „ähnliche“ Organisationen entwickeln würden.²⁴³⁹ Unüberhörbar war der etwas komplizierte Unterwerfungscharakter, der die Bewegungen schließlich auch um ihre Eigenständigkeit bringen sollte: Die Aufstellung der Grundsätze der Nationalsozialisten sollten von nun ab im Einvernehmen mit allen Gruppierungen Großdeutschlands auf gemeinsamen Tagungen erfolgen. Die Zielrichtung war jedoch in punkto Anschluß klar vorgegeben, denn nicht das Deutsche Reich sollte an Österreich oder an das Sudetenland angeschlossen werden, sondern umgekehrt. Deshalb sollte als Idealvorstellung aber die Richtung von den zwei kleinen Ländern vorgegeben werden, um eine starke Organisation im Reich entstehen zu lassen, die ganz nach ihrem Geschmack agiere und den Anschluß, einmal an die Macht gekommen, demokratisch vollziehen würde. Der oben erwähnte Artikel der „Deutschen Arbeiterpresse“ vom 2. August 1919 schloß mit den Worten: „... Die NS-Bewegung im Reich ist unsere Hoffnung. Sie wird erstarken und die Führung an sich reißen und alles wird sich zum Guten wandeln!“²⁴⁴⁰

Zweifelsohne war damit die „Deutschsozialistische Partei“ Alfred Brunners gemeint. Seit einer ersten Erwähnung im sudetendeutschen NS-Organ „Der Tag“ vom 18. Juli 1919, die noch ohne einen Parteinamen, aber mit dem Brunner-Programm erfolgt war, wurde auch nur diese Partei in der österreichischen und tschechoslowakischen NS-Presse angeführt. Noch im Mai 1920 startete die „Deutsche Arbeiterpresse“ eine Artikelserie mit dem „besitzanzeigenden Fürwort“: „Aus Unserer Bewegung in Deutschland“.²⁴⁴¹

Walter Riehl begab sich auf die Suche nach ähnlichen Organisationen im Deutschen Reich für eine erste, am Sonntag den 7. Dezember 1919 geplante, „Zwischenstaatliche Tagung“ in Wien. Sie

2438 Deutsche Arbeiterpresse vom 2. August 1919.

2439 BRANDSTÖTTER Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung, S. 152. Vgl. Deutsche Arbeiterpresse vom 30. August 1919.

2440 Deutsche Arbeiterpresse vom 2. August 1919.

2441 Der Tag vom 18. Juli 1919; Deutsche Arbeiterpresse vom 2. Mai 1920; Vgl. SMELSER, Roland M., Hitler and the DNSAP. Between Democracy and Gleichschaltung, S. 140.

brachte ein ernüchterndes Ergebnis. Zwar erschienen in Wien Rudolf Jung, Alexander Schilling, Fräulein Salaschek und ein Herr Sobotka aus der Tschecho-Slowakei. Von den deutschsozialistischen Organisationen, mit denen Riehl hauptsächlich gerechnet hatte, langten jedoch nur Begrüßungsschreiben der Ortsgruppen München, Düsseldorf, Nürnberg, Frankfurt, Kiel und Dresden ein.²⁴⁴² Alfred Brunner, der bereits fix zugesagt hatte, konnte sehr glaubhaft sein Fernbleiben mit den Reiseschwierigkeiten des Jahres 1919 entschuldigen.²⁴⁴³ Den Teilnehmern, die sich somit nur aus Vertretern der Tschecho-Slowakei und Österreich zusammensetzten, blieb deshalb nichts anderes über, als nach Vorträgen der „Programmatiker“ Jung und Schilling über die politische Lage und nach einer Rede Riehls über die „künftige Gesamtvertretung aller Nationalsozialisten deutscher Rasse“, eine Gewichtung der Staats-Parteien vorzunehmen, deren Stimmenzahl bei den Abstimmungen über die Grundsätze und Richtlinien im Hauptausschuß entscheidend sein sollten. Diese Stimmenzahl gibt zwar ein hervorragendes Bild ab, wie die Vertreter 1919 ihre eigene Stärke sahen, birgt dabei aber auch wenig Überraschungen. Demnach hatten die sudetendeutschen Vertreter vier, die deutsch-österreichischen nur zwei und die polnisch-ostschlesischen, mit deren Führung Alexander Schilling nunmehr beauftragt wurde, eine Stimme. Eine Stimme billigte man auch den abwesenden Deutschsozialisten im Reich zu, mit deren „Annäherung und Angleichung“ die Tagung die Geschäftsstelle Troppau vulgo Jung betraute.²⁴⁴⁴ Allzu groß konnte der Kontakt auch nicht gewesen sein, denn wegen der geringen Teilnehmerzahl stellte Walter Riehl den einstimmig angenommenen Antrag, die Konstituierung einer zwischenstaatlichen Kanzlei überhaupt auf den nächstjährigen Parteitag zu verschieben.

Diesen Mißerfolg versuchte die Parteileitung mit dem „großen Erfolg“ des am nächsten Tag, dem 8. Dezember 1919, abgehaltenen „Staatsparteitag für Österreich“ halbwegs zu kaschieren. Die „starken“ Länder Salzburg, Niederösterreich, Steiermark und Kärnten hatten dazu 176 Vertreter entsandt, Oberösterreich wurde als das jüngste „Parteienland“ gefeiert. An den Parteigrundsätzen hatte sich wenig geändert, was aber indirekt ein bezeichnendes Licht auf die finanziellen Verhältnisse der österreichischen Staatspartei warf. So sollten wesentliche Neuerungen nur in der Parteipresse veröffentlicht werden, während man an die Delegierten die alten Exemplare der noch aus der Monarchie stammenden Richtlinien der Gesamtpartei versandte. Als wichtigste Änderung gab die Wiener Parteileitung den Vertretern die Angleichung an eine überstaatliche Partei auf den Weg, dessen wichtigster Grundsatz nun lautete: „Unser Ziel ist die Zusammenfassung des gesamten deutschen Siedlungsgebietes in Europa zu einem demokratischen, sozialen alldeutschen Reiche“.²⁴⁴⁵ Das Demokratiepostulat des ansonsten als „Schnee von Iglau“ zu bezeichnenden Grundsatzes trug immer noch die Handschrift Walter Riehls, den die Delegierten einstimmig

2442 SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 240. Vgl. Deutsche Arbeiterpresse vom 13. Dezember 1919.

2443 BRANDSTÖTTER Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung, S. 155.

2444 Ebd. Vgl. SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 240.

2445 Deutsche Arbeiterpresse vom 24. Dezember 1919.

zum Obmann für Österreich wählten. In die engere Parteiführung kamen weiters Pogatschnigg, Schulz, Ertl, Gattermayer und erstmals mit Wolf-Cyrian eine Frau.²⁴⁴⁶

Trotz dieser scheinbaren Erfolge ereignete sich auf diesem zweiten Wiener Parteitag nach 1918 ein „Zwischenfall“. Der nun in Oberösterreich ansässige Veteran Ferdinand Ertl versuchte mit einem Antrag, den marxistischen Klassenkampfgedanken im Programm der DNSAP zu installieren, noch einmal das Steuer nach links zu reißen. Walter Riehl umschiffte diese ideologische Klippe, indem er Ertl überzeugte, daß die DNSAP die Interessen des Gesamtvolkes zu vertreten habe und – was als annehmbaren Kompromiß für Ertl gedacht war – die Arbeiterklasse dabei die Hauptvorkämpferin der nationalsozialistischen Idee sei.²⁴⁴⁷ Es sollte dies der letzte Versuch in der langen Parteigeschichte seit 1904 gewesen sein, dem Klassenstandpunkt zum Durchbruch zu verhelfen, es war zugleich aber auch der endgültige Sieg der „Intelligenz“ über die proletarischen Arbeiter.

Dennoch trug die erste zwischenstaatliche Tagung erstaunliche Früchte: Die Deutsche Arbeiterpresse veröffentlichte am 6. März 1920 ein Schreiben der ostpreußischen Nationalsozialisten, die allgemein der DSP Brunnens zugerechnet wurden. Darin gaben sie den Beschluß einer Vertrauensmännerkonferenz bekannt, fortan die Ortsgruppen Königsberg, Rastenburg, Memel und Hohenstein der österreichischen DNSAP (!) zu unterstellen. In diesem Schreiben wurde Walter Riehl als „Führer“ anerkannt. Das wörtlich erwähnte Werk Jungs, aber noch mehr die „bolschewistische Gefahr“, von der sich die durch den Korridor vom Deutschen Reich getrennten Gebiete bedroht sahen, hatten den Ausschlag gegeben, der DNSAP eine größere Attraktivität zuzubilligen als der DSP!²⁴⁴⁸

Mit einer viel kleineren „Ortsgruppe“ provinziellen Charakters tat sich Walter Riehl von Anfang an bedeutend schwerer. Bei seinen im Herbst 1919 für die zwischenstaatliche Tagung durchgeführten Recherchen war er auf eine Münchener Gruppe gestoßen, auf die ihn höchstwahrscheinlich Alfred Brunner aufmerksam gemacht hatte. Im September 1919 nahm er sofort Kontakt mit dem Obmann, einem gewissen Anton Drexler, auf. Charakteristisch für Riehl und für die erklärte „Mutterpartei“ DNSAP war nun seine Vorgangsweise: Um dieser kleinen Zusammenkunft, die noch nirgends kandidiert hatte, eine gewisse Hilfestellung zu bieten und sie mit einem ähnlichen Programm und einer gleichlautenden Parteibezeichnung für die DNSAP zu gewinnen, sandte er einige tausend Exemplare seiner Kampfschrift „Unser Endziel“ nach München. Laut einer späteren Tagebucheintragung Riehls aus dem Jahre 1940 erhielt er am 25. September 1919 ein Antwortschreiben Drexlers, in dem ihm dieser mitteilte, eine eigenständigere Vorgangsweise bereits in Betracht gezogen zu haben, dieses Scheitern aber bezeichnenderweise mit der „Bescheidenheit“ der Partei begründete: „Der Name deutschsozialistische- oder nationalsozialistische Partei kann für die deutschösterreichischen Verhältnisse besser geeignet sein. Bei Ihnen ist die Sache ja schon

2446 Deutsche Arbeiterpresse vom 17. Jänner 1920.

2447 MASER, Werner, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965, S. 243.

2448 Deutsche Arbeiterpresse vom 6. März 1920. Vgl. BRANDSTÖTTER Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung, S. 157.



Abbildung 32: Der engere Kreis der nationalsozialistischen Führer auf der zwischenstaatlichen Tagung in Salzburg, August 1920: Erste Reihe von links nach rechts, sitzend: Rudolf Jung, Brunner, Walter Riehl, Anton Drexler, Hans Knirsch. Zweite Reihe von links nach rechts: Walter Gattermayer, Alexander Schilling, Ferdinand Ertl, Galle. Ganz oben stehend, ganz rechts: Karl Schulz.

ziemlich groß; aber bei uns in Deutschland, wo so viele Menschen noch schlafen, ist DAP der geeigneter Name. Betrachten Sie bitte, Herr Doktor Riehl, diese Erklärung nicht als endgültige Verneinung. Sind wir einmal besser entwickelt und hat unsere Aufklärungsarbeit tüchtig gewirkt, so werden wir auf diese Frage zurückkommen. Bis dahin bitte ich Sie, uns als treue deutsche Kameraden unter Ihnen marschieren zu lassen“.²⁴⁴⁹

Als Verbindungsmann zwischen Wien und München sollte ab dem Frühjahr 1920 Regierungsrat Theodor Lauböck agieren, der bei der Eisenbahn in Rosenheim beschäftigt war.²⁴⁵⁰ Dies erhärtet die Theorie Ronald Smelers, daß mit der Bahn nicht nur Personen und Güter, sondern auch Ideologien transportiert wurden. Aufgrund der bekannten Stärke der Eisenbahner in der Nationalsozialistischen Bewegung, verbunden mit der „Extraterritorialität“, die es den Bediensteten erlaubte, zwischen den Grenzen zu pendeln, ergaben sich weit unterschätzte politische Kommunikationsmöglichkeiten, sei es durch Mundpropaganda oder durch hastig eingesteckte Pamphlete oder Flugschriften. Gerade die Streckenführung von München in die Tschechoslowakei über den

2449 Zitiert In: SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 247.

2450 BRANDSTÖTTER Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialen Bewegung, S. 160.



Abbildung 33: Das erste politische Foto Adolf Hitlers, der als Teilnehmer der von der DNSAP organisierten zwischenstaatlichen Tagung im August 1920 in Salzburg noch nicht zum engeren Kreis der nationalsozialistischen Führungsspitze gehörte.

Hort des Nationalismus, die Stadt Eger, sollte zu einem Erstarren der Bewegung führen.²⁴⁵¹ Es ist daher nicht allzu verwunderlich, daß auch Anton Drexler Eisenbahner war, wenn er auch nur als Maschinenschlosser der Ersatzteilabteilung eines Reparaturwerkes an der Münchner Richelstraße am Schraubstock stand.²⁴⁵²

Auf einen Brief Walter Riehls vom 6. Februar 1920, der zunächst an die falsche Adresse ging – die Partei hatte inzwischen einen Nebenraum des „Sterneckerbräus“ als „Parteilokal“ angemietet – langte erst am 1. März 1920 ein Antwortschreiben ein. Riehl hatte in seinem Schreiben eine Stellungnahme zu besonders vordringlichen Punkten verlangt, die Drexler nicht nur mit einer gewissen Eigenständigkeit und einem spürbaren Gegensatz zur DSP beantwortete, er ließ auch eine gewisse Distanz zur DNSAP aufkommen: „Schon das beiliegende Programm unserer Partei wird Ihnen zeigen, daß wir, vielleicht im Gegensatze zur deutschsozialistischen Partei, das größte Ge-

2451 SMELSER, Roland M., Hitler and the DNSAP. Between Democracy and Gleichschaltung, S. 139.

2452 DREXLER, Anton, Mein politisches Erwachen, S. 35.

wicht auf die vollständige Einigung aller deutschen Stämme, ohne Rücksicht auf ihre bisherige staatliche Zugehörigkeit legen. Wir können uns kein anderes Ziel denken, das irgendwie geeignet wäre, uns im Inneren zu befriedigen, wenn nicht das Ziel, dem deutschen Volke die Stellung auf dieser Erde zu geben, die ihm kraft seiner Zahl und seiner Kultur gebührt. Und dieses Ziel scheint uns nicht erreichbar, ehe nicht die Zersplitterung deutscher Stämme beendet, unser Volk geeint ist“.²⁴⁵³ Soweit herrschte also mit den Zielen Walter Riehls eine Übereinstimmung. Es ist nur recht seltsam, daß Anton Drexler in seiner 1919 erschienenen Schrift „Mein politisches Erwachen“, die er an die (reichs)deutschen Arbeiter richtete, dieses kommende Alldeutschland mit keiner Silbe erwähnte!

Anton Drexler, der diesen Brief auch verfaßt hatte, stimmte darin überein, „daß irgendeine dauernde Einigung unseres Volkes nicht möglich ist, ohne für einen unbedingt anerkannten Mittelpunkt der gesamten Organisation und Verwaltung des Reiches zu sorgen“. Für Verhandlungen auf diesem Gebiet stellte er einen Mann in Aussicht, der vorsichtshalber den Brief gleich mitunterzeichnet hatte und auf der zweiten zwischenstaatlichen Tagung am 7. und 8. August 1920 in Salzburg teilnahm, wo als einziges nennenswertes Ergebnis die Errichtung einer „zwischenstaatlichen Kanzlei“ unter der Adresse Walter Riehls gefeiert wurde. Er käme als Werbeobmann der hiesigen, noch einzigen Ortsgruppe der Partei und als „geborener Deutschösterreicher“ „in erster Linie in Betracht“. Er sollte auch in den nächsten zwei Jahren für die DNSAP auf Wahlkampftour in Niederösterreich und Wien gehen und deren Programm propagieren. Sein Name war – Adolf Hitler.²⁴⁵⁴

2453 Zitiert In: SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 241f.

2454 Brief Drexlers an Riehl vom 1. März 1920, Zitiert In: SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, S. 241.

Resümee

Stockerau, Krems und die Wiener Sophiensäle waren nur einige der Stationen, an denen Adolf Hitler zu Beginn der 20er Jahre nicht nur sein Redetalent unter Beweis stellen konnte, sondern auch für eine österreichische, nationalsozialistische Partei warb, die bereits eine gefestigte Tradition aufwies, ein ausgefeiltes Parteiprogramm besaß und sich Wahlen stellte. Zumindest bis Jänner 1923 funktionierte trotz aufflammender Führungskrisen – Hitler hatte sich bereits im Sommer 1921 gegen den von Anton Drexler propagierten Zusammenschluss aller nationalsozialistischen Parteien ausgesprochen – der mit den österreichischen und sudetendeutschen Nationalsozialisten vereinbarte Redneraustausch. Am ersten „Reichsparteitag“ der NSDAP in München am 27. Jänner 1923 sprachen Walter Riehl, Rudolf Jung und Hans Knirsch.²⁴⁵⁵ Es waren daher nicht nur die von Brigitte Hamann konstatierten Lehr- und Lesejahre im Vorkriegs-Wien, die Hitler „eine Menge Brauchbares“ lernen ließen. Während er bei seinen Wahlauftritten in Wien und Niederösterreich in der Lokalpresse noch als „Gast aus München“ titulierte wurde und aus seinem Namen noch oft ein „Heidler“ oder „Hiedler“ wurde, merkte Hitler schon bald, dass der von ihm später tabuisierte Erfahrungsschatz aus seiner DNSAP-Parteitätigkeit bei einer von Räterediktatur und Versailler Vertrag eingeschüchterten Münchner Bevölkerung auf fruchtbareren Boden fielen, weswegen er auch bald um die Eigenständigkeit der Partei stritt.

Die DAP/DNSAP, die nach langen Entwicklungslinien über die deutschradikalen Burschenschaften, Turner und Kleingewerbetreibenden, über Georg Ritter von Schönerer, Karl Hermann Wolf und schließlich Franz Stein, über die Eckdaten der Badeni-Krise 1897 und dem Bruch Schönerer – Wolf 1902, entstanden war, zeigte Hitler in einem weit bis wieder zu Georg von Schönerer reichenden Spektrum ein Modell, das er nicht mehr zu erfinden brauchte, sondern einfach übernehmen konnte.

Franz Stein, dessen besondere Rolle an dieser Stelle noch einmal erwähnt werden soll, hatte schon 1900 unter dem Einfluß von Georg von Schönerer und damals noch prägender von Karl Hermann Wolf eine als nationalsozialistisch zu bezeichnende Partei- und Vereinstätigkeit entwickelt, die nach der Abspaltung eines großen Teiles der völkischen Arbeiter in eine auf proletarischer Basis agierende Gewerkschaftsbewegung um Ferdinand Buschhofsky vorerst bedeutungslos

²⁴⁵⁵ JOACHIMSTHALER, Anton, Hitlers Eintritt in die Politik und die Anfänge der NSDAP, In: München – Hauptstadt der Bewegung, Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 22. Oktober 1993 bis 27. März 1994, München 1993, S. 80 und S. 93, Plakat zu Veranstaltungen anlässlich des ersten „Reichsparteitages“ der NSDAP, 27. Jänner 1923 (Kat. 5.10.). STEIN, Franz, Der Rufer der Ostmark. Georg von Schönerers Leben und Kampf, Wien 1941, S. 49.

wurde. Als ein Resultat dieser Auseinandersetzungen erfolgte 1903/04 die Gründung der Deutschen Arbeiterpartei, die zunächst auf Böhmen beschränkt blieb und sich wieder ganz auf den Kampf um den Arbeitsplatz konzentrierte. Erst ab 1908/09 gelang es Rudolf Jung und Walter Riehl, die Partei etappenweise wieder an das Kleinbürgertum heranzuführen. Der „nationale Sozialismus“ wurde dabei in Programmschritten mit Versatzstücken Schönerers zu einem Modell ausgebaut, die „Besitzenden“ ohne Revolution und Klassenkampf zu einer Versöhnung mit der Arbeiterklasse zu zwingen. Die Arbeiter sollten im Gegenzug zu den ihnen vom Bürgertum als „deutsche Volksgenossen“ gewährten Wohltaten ihre Kampfkraft dem „Volkstumskampf“ zur Verfügung stellen. Rudolf Jung formte aus dieser Art der Volksgemeinschaft in seinem 1919 erschienenen Hauptwerk „Der nationale Sozialismus“, mit dem er beabsichtigte, Karl Marx zu korrigieren, einen deutschen Zukunftsstaat einer klassenlosen Gesellschaft. In diesem Staat sollte nur mehr ein Kollektiv dominieren, weswegen Jung auch den dem Einzelnen garantierten Grund- und Freiheitsrechten keinen Platz mehr einräumte. Jung erteilte damit auch den Errungenschaften der Französischen Revolution eine klare Absage. Demokratie bedeutete für ihn eine Parteienherrschaft der Meinungsvielfalt, die er ablehnte und an dessen Stelle er einen charismatischen „Führerstaat“ propagierte. Wer sich gegen diese Gesellschaft stellte, sollte von ihr ausgestoßen werden. Der latent immer vorhandene Antisemitismus wurde neben dem Antimarxismus endgültig zur zweiten tragenden Säule der Partei. Seit den Jahren 1903/04, den Tagen eines Adolf Stoecker, stellte der politische Antisemitismus im Deutschen Reich keine ernstzunehmende Größe mehr dar und war gewissermaßen auf Anleihen aus Österreich angewiesen. Diese Transformation vollzog sich auf der Ebene des okkulten, sektenähnlichen Bereiches, welche durch Lanz von Liebenfels oder Guido List repräsentiert wurde, ebenso wie im politischen Bereich, wofür die DNSAP oftmals Pate stand.

Dieses Buch stellt den Versuch dar, die alleinige Urheberschaft auf Ideologie und Parteigründung Adolf Hitlers zu entmythisieren. Adolf Hitler ist es gelungen, über den Zusammenbruch des Dritten Reiches hinaus die Wurzeln des Nationalsozialismus im Verborgenen zu halten. Gerade in Österreich, wo man am ehesten eine Enttarnung erwarten hätte können, standen ihr bis in den wissenschaftlichen Bereich hinein zwei entscheidende Hindernisse im Wege. Zum einen der Mythos von der „guten alten Zeit“, dem goldenen Zeitalter der ausgehenden Habsburgermonarchie, der sogar oft genug den als einziges Trübnis angesehenen Nationalitätenkonflikt verblässen ließ, zum anderen die sogenannte „Opfertheorie“, mit der sich Österreich als das erste Opfer des Nationalsozialismus betrachtete, der über Nacht aus dem Altreich gleichsam importiert wurde.

Epilog: Totenkult

Wie waren die weiteren Lebenslinien von Hitlers Vätergeneration beschaffen, die, je weiter sie reichten, die in diesem Buch vorgebrachten Thesen zu bestätigen scheinen?

Georg von Schönerer

Georg Ritter von Schönerer blieb bis an sein Ende ein glühender Bismarck-Fanatiker; ein Umstand, den spätere NS-Größen „hinauszufiltern“ versuchten. Nachdem er am 26. Jänner 1907 seine letzte Reichsratsrede gehalten hatte, wurde es still um ihn. Auch sein 1903 anstelle der „Unverfälschten Deutschen Worte“ gegründetes „Alldeutsches Tagblatt“ welkte dahin. 1908 mußte Schönerer sogar um eine „Julspende“ bitten. Seine ganze Hingabe galt fortan einem Toten, dem er zu Lebzeiten nicht einmal Auge in Auge gegenübergestanden war: Vom Salzburger Bildhauer Leo von Moos ließ Schönerer ein Bismarck-Denkmal anfertigen, das am 1. April 1915 zum 100. Geburtstag des Fürsten in Aumühle zur Aufstellung kommen sollte, was sich aber infolge des Krieges bis zum 1. April 1921 verzögerte.²⁴⁵⁶ Am 13. Oktober 1913 hatte Schönerer anlässlich des 100. Gedenktages der Völkerschlacht bei Leipzig in den Sofiensälen seinen letzten großen Auftritt. Dabei stellte er seine „seherischen Fähigkeiten“ unter Beweis: „Jahns Worte sind bekannt: ‚Deutschlands Einheit war der Traum meines Lebens.‘ Ich sage: Alldeutschland ist und war mein Traum! Und ich schließe mit einem Heil dem Bismarck der Zukunft, dem Retter der Deutschen und dem Gestalter Alldeutschlands! Heil Bismarck dem 2., Heil ihm, dreimal Heil!“²⁴⁵⁷

Auf dem Rückweg von der alljährlichen Trauerfahrt zu Bismarcks Grab im November 1913 starb seine Frau Philippine in Dresden; ein nie mehr ganz verwundener Verlust, der Schönerers völligen Rückzug ins Privatleben zur Folge hatte. Auch der Erste Weltkrieg, der gemäß seines vorgefaßten Urteils für „undeutsche Zwecke“ geführt wurde, „um das Bismarck-Reich zu zerschlagen“, verbitterte ihn zusehends. Ein kleiner Lichtblick zeigte sich für ihn nur mit der am 17. Juli 1917 erfolgten Wiedererlangung seines nach der „Tagblatt-Affäre“ per Gerichtsurteil aberkannten Adelstitels anlässlich seines 75. Geburtstages. Kaiser Karl hatte nach einigem Zögern zugestimmt, um das radikalnationale Lager zu versöhnen.²⁴⁵⁸ Der Zusammenbruch der Mittelmächte spie-

2456 STEIN, Franz, *Der Rufer der Ostmark. Georg von Schönerers Leben und Kampf*, Wien 1941, S. 49.

2457 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 10, Studenten.

2458 STEIN, Franz, *Der Rufer der Ostmark. Georg von Schönerers Leben und Kampf*, S. 87.

gelte sich auch in einer privaten Tragödie Schönerers wider. Wenige Tage vor der Kapitulation starben sein einziger Sohn Georg und dessen Frau fast zur selben Stunde an der spanischen Grippe.²⁴⁵⁹ „Er erwartete sein Ende freudlos, aber trotzig“, schrieb Eduard Pichl, der den Schwerkranken gemeinsam mit Franz Stein betreute. Schönerers letzter Kampf galt der Demokratie, dem „Zerrbild des Volkswillens“, das nach der Überwindung der Herrscherhäuser das ersehnte Alldeutschland verhindern würde. „Die ausgesprochene Stellungnahme gegen die Demokratie ist für mich eine erlösende Tat“, beschwor er, der seine politische Laufbahn als linker Demokrat begonnen hatte, seine letzten Getreuen, die sich im Verein „Die letzten Schönerianer“ um ihn gesammelt hatten. Am 14. August 1921 starb Georg Ritter von Schönerer, der nach dem Adelsaufhebungsgesetz seinen Adelstitel ein zweites Mal verloren hatte, im 80. Lebensjahr.²⁴⁶⁰

Noch im Tode blieb er seiner Überzeugung treu, denn die in seinem Testament gewünschte Überführung seines Leichnams nach Aumühle im Sachsenwald, wo er am 1. April 1922 in der Nähe von Otto von Bismarck bestattet wurde, barg einen wenig beleuchteten Hintergrund. Auf ein Schreiben des nationalen Abgeordneten Rudolf Zarboch vom 21. Februar 1929, das er an Eduard Pichl und Otto Kilcher richtete, in dem er vor einem möglichen Verkauf des Schlosses Rosenau an tschechische Juden warnte und dazu aufrief 200.000 Schilling aufzutreiben, um den gefährdeten Besitz „Schönerers ein für allemal zu erhalten“, antwortete ihm Pichl, Schönerer hätte sich schon deshalb nicht, wie ursprünglich geplant, im Schloßpark beerdigen lassen, da er Angst gehabt habe, das Schloß könne einmal in „Judenhände“ fallen.²⁴⁶¹

Bei Georg von Schönerer, zu dessen Ableben die „Neue Freie Presse“ am 17. August 1921 schrieb, „Ein Vergessener ist gestorben ... Sein Name klingt nicht fort“²⁴⁶², taten sich die neuen NS-Machthaber schon schwerer, ihn vergessen zu machen. Posthume Ehrungen gab es auffallenderweise nicht gerade wenige, wenn auch dezent und mit einer gewissen Distanz. So besann sich auch „Gauleiter Professor Rudolf Jung“ der Badenischen Sprachenverordnungen als dem Höhepunkt der „Slawisierungspolitik“ und des „Schicksalskampfes“, mit dem ein „deutsches Gefühl“ erwacht sei: „Die Geschichte der Deutschen Arbeiterpartei und der aus ihr hervorgegangenen Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ist der geschichtliche Beweis dieses Erwachens“. Vergessen war die Verachtung, die der lebende Schönerer dem „Mährisch-Trübauerverband“ und der aus ihr entstandenen DAP entgegengebracht hatte. 1938 unterstützte Adolf Hitler, der Schönerer mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nie persönlich kennengelernt hatte, den Druck der beiden ausständigen Bände der seit 1912 erschienenen „Schönerer-Biographie“ Eduard Pichls. Sie wurde in die große „nationalsozialistische Bibliothek“ aufgenommen. Im Jahre 1939 erhielt der „Kämpfer gegen Habsburg“ mit der Umbenennung des Münchner Habsburgerplatzes

2459 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 46, Persönliches. Aus der Werbeschrift für Pichls Biographie vom 15. Juni 1925.

2460 STEIN, FRANZ, Der Rufer der Ostmark. Georg von Schönerers Leben und Kampf, S. 88.

2461 ÖStA, AVA, Nachlaß Eduard Pichl, Kt. 46, Persönliches.

2462 Neue Freie Presse, 17. August 1921, S. 2.

in „Von Schönerer-Platz“ seine größte NS-Ehrung. Am 13. März 1940 erwähnte Reichsleiter Alfred Rosenberg in Wien den „Rufer der Ostmark“: „... Und ich glaube auch, daß sein Ruf mitgewirkt hat in die nationalsozialistische Revolution hinein.“ Georg von Schönerers Treue zum im Dritten Reich nicht gerade gepriesenen Teilvollstrecker Großdeutschlands und Wahrer des Besitzstandes Bismarck nötigte Rosenberg jedoch nur „Ehrfurcht“ ab. Im Jahre 1941 erschien die von Franz Stein herausgegebene „Festschrift“, „Der Rufer der Ostmark – Georg von Schönerers Leben und Kampf“, eine einseitige Hervorhebung des „Arbeiterführers Schönerer“ und eine einzige Schimpforgie auf das Haus Habsburg. Am 27. April 1941 war erneut „großer Bahnhof“ angesagt: Mit der Zustimmung des Reichsstatthalters in Wien, Reichsleiter Baldur von Schirach, brachte der von Franz Stein geleitete Verein „Die letzten Schönerianer“ am Sitzplatz Schönerers im Sitzungssaal des ehemaligen Abgeordnetenhauses, das nun als „Wiener Gauhaus der NSDAP“ diente, eine silberne Gedenkplatte an. Sie trug die Worte, welche Georg von Schönerer am 2. Mai 1884 in Abwand-

lung eines Bismarck-Zitats in seiner Nordbahnrede an die Regierung gerichtet hatte: „Um unsere Zukunft kann uns als Angehörige der großen deutschen Nation unter keinen Umständen jemals bange sein.“ Der bei der Feier anwesende Stellvertretende Gauleiter, SS-Brigadeführer Karl Schattner, betonte: „Schönerer war für uns immer ein Begriff.“²⁴⁶³

Einen weiteren Höhepunkt bildeten die Feiern zu Schönerers 100. Geburtstag im Juli 1942. Die Lobeshymne auf der Titelseite der Österreich-Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ stimmte niemand anderer als Regierungspräsident Hans Krebs an: „Die Habsburger haben den Sinn der Ostmark, ein deutschgeführter Staat gegen den Osten zu sein, aufgegeben. Mit dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bund begann die antideutsche Politik, die ja zum Zusammenbruch der Monarchie führen mußte. Alle nichtdeutschen Nationen wollten weg, ... was sich zum Kampf gegen das Deutschtum steigerte ... Das deutsche Volk sollte in völliger Verblendung von jüdisch demo-



Abbildung 34: Ein Foto mit Symbolcharakter: Am 17. November 1937 legte Eduard Pichl am Grabe Schönerers in Aumühle für die österreichischen Nationalsozialisten einen Kranz nieder. Adolf Hitler nahm einige Tage später persönlich die Bilder vom Grabe von Pichl entgegen. Hitler finanzierte auch den letzten Band von Pichls Biographie über Schönerer.

²⁴⁶³ STEIN, Franz, Der Rufer der Ostmark. Georg von Schönerers Leben und Kampf, S. 90.

kratischen und katholisch klerikalen Gruppen vernichtet werden. Nach 1866 befanden sich sogar drei Juden in der Regierung. Die Folge davon waren Korruption und Börsenspekulation, während das ehrliche Handwerk und der Bauernstand zugrunde gingen. Die antideutsche Stimmung während des deutschen Sieges 1870 – die Neutralität der Habsburger kam einer Feindschaft gleich, während die Tschechen zu den Franzosen hielten – brachte die Massen der Deutschösterreicher endlich zum Kochen. Sie erhob sich gegen die offizielle Wiener Politik und brachte ihre Begeisterung über die preußischen Siege zum Ausdruck. Die Regierung brütete erneut, wie man dem Habsburgerstaat eine slawisch-klerikalen Ausdruck verleihen könne. Die Masse war ‚Führerlos‘. Da betrat Georg von Schönerer die politische Arena. Er forderte für seine völkische und nachdrücklichst sozialpolitische Bewegung den Zusammenschluß aller Deutschen zu einem Nationalstaat ... Die entscheidendsten Jahre der österreichischen Innenpolitik waren die des Grafen Badeni. Es war das Verdienst Schönerers, seine alldeutsche Partei auch in diesem Kampf so geführt zu haben, daß bei den Deutschen das Bewußtsein ihres Volkstums erwachte und sie zu Kämpfern für ihre nationale Sache wurden ... Schönerer war auch seiner Zeit weit voraus ... Er forderte konsequent die Schaffung einer nationalen und sozialen Volksgemeinschaft, die nicht mehr in Arbeiter und Bürger, Städter und Bauern, in Besitzende und Besitzlose geschieden ist, sondern eine wahre Schicksalsgemeinschaft sein sollte.“²⁴⁶⁴

Unter dem Motto, „Sein Name lebt fort in alle Ewigkeit“, wurde am 17. Juli 1942 in den Sofiensälen, wo Schönerer 1913 seine letzte große Rede gehalten hatte, während einer großen Feier eine Büste enthüllt und am selben Tag eine Gedenktafel an seinem Geburtshaus, dem Südbahnhofgebäude, angebracht. Franz Stein hob als Festredner in Anwesenheit des für den verhinderten Baldur von Schirach erschienenen Generalstabsmeisters Laube die „Brutalität der damaligen Machthaber und jüdischen Parasiten“ hervor, die das „deutsche Ostmarkvolk vernichten“ wollten.²⁴⁶⁵

Kurz darauf wurde im Wiener Messepalast die bereits mehrfach erwähnte, von Pichl und Stein organisierte große Ausstellung unter dem Titel: „Georg von Schönerer, Kündler und Wegbereiter des Großdeutschen Reiches“ eröffnet. Die Pressestelle des Gausonderdienstes „Die innere Front“ machte dafür mit einem zum Krieg passenden Schönerer-Zitat Werbung: „Ich bin der erste, der sich bekennt, nicht nur Liebe, sondern auch Haß zu predigen, und ich bin der erste, der in die Schranken dafür eintritt, daß jeder, der sein Volk liebt, auch muß hassen können. Und sowie einmal mein Sohn herangewachsen sein wird, werde ich ihn fragen: Kannst du lieben? Und sagt er ja, so antworte ich ihm: Wohlan, so liebe alles Gute und Schöne in der deutschen Nation! Und dann werde ich ihn fragen: Kannst du auch hassen? Und sagt er ja, dann werde ich zu ihm sprechen: Wohlan, so hasse alles Schlechte und alles, was dem deutschen Volk schädlich ist.“ Um eine Kontinuität des „Johannes des Täufers“ mit dem Dritten Reich herzustellen, machte eine am Eingang angebrachte Tafel den Ausstellungsbesucher mit der Vorsehung Schönerers vertraut, die er

2464 Völkischer Beobachter, Nr. 198 vom 17. Juli 1942, S. 1.

2465 Völkischer Beobachter, Nr. 199 vom 18. Juli 1942, S. 5.

in seinem angeblich letzten Ausspruch am 1. April 1921 geäußert hatte: „Möge ein Bismarck-Titanen erstehen, der die noch vorhandene germanische Volkskraft zusammenfaßt zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches und mit Stahl und Blut zur Vergeltung für angetane Schmach rücksichtslos schreiten wird. Heil diesem Bismarck-Titanen der Zukunft!“²⁴⁶⁶

Karl Hermann Wolf

Er ist wohl der interessanteste der während der NS-Zeit noch lebenden „Pioniere“. Es gab überhaupt nur sehr wenige „Österreicher“, denen mehr Ehrungen zuteil geworden sind, als dem Sudetendeutschen Karl Hermann Wolf. An mehreren Stellen wurde in dieser Arbeit die Theorie vertreten, daß Adolf Hitler insgeheim ein „Wolfianer“ war. Hitler zeigte diese Sympathie, wobei auch noch eine Rolle gespielt haben dürfte, daß Wolf ein spätes Comeback gelungen war: Politisch weit erfolgreicher als seine „Erzfeinde“ Schönerer und Stein, konnten seine Deutschradikalen 1911 sogar 22 Mandate erzielen.

Wolfs Forderungen nach einer deutschen Politik im Rahmen der Monarchie und einem straffen zentralistischen Staat brachten ihn in die Nähe zur späteren „Großdeutschen Volkspartei“, von der er sich nach dem Zusammenbruch der Monarchie jedoch wieder schrittweise distanzierte. So kritisierte Wolf, der den radikalen Flügel der Großdeutschen stärken wollte, im Oktober 1922 ihren erlahmenden Kampf für den Anschluß, weil er das kleine Österreich für nicht existenzfähig hielt und forderte ein entschiedenes Vorgehen gegen den Vertrag von St. Germain.²⁴⁶⁷ In einem Memorandum einer „deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft“ trat Wolf im Hinblick auf die Wahlen des Jahres 1923 für die „stete Betonung der deutschnationalen Idee, den Kampf für den Anschluß, das Einvernehmen mit den Nationalsozialisten und die Betonung des Rassenantisemitismus“, ein.²⁴⁶⁸ Nach einem schlechten Wahlergebnis und fortgesetzten innerparteilichen Querelen löste sich Wolf von den Großdeutschen und gründete am 22. November 1923 eine eigene „Deutschnationale Partei“. Die Schwäche der Kleinpartei führte ihn immer näher an die Nationalsozialisten heran und riß ihn auch in den Strudel der Spaltungen. Am 26. September 1925 schloß sich seine Partei der „Schulz-Gruppe“ an, österreichischen Nationalsozialisten, die nach dem 1923 erfolgten Rücktritt Walter Riehls²⁴⁶⁹ unter der Führung von Karl Schulz²⁴⁷⁰ standen. Karl Hermann Wolf, der die Übereinstimmung der Hauptgrundsätze, nämlich den Antisemitismus, den gleichen nationalen und sozialen Gedanken und den Kampf für ein freies Alldeutschland betont hatte, schied nach einer Festversammlung am 5. Oktober 1925, auf der der Zusammenschluß for-

2466 Zitiert in: HAMANN, Brigitte, Hitlers Wien, S. 363.

2467 WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, S. 347f.

2468 ACKERL, Isabella, Die Großdeutsche Volkspartei 1920–1934, phil. Diss., Wien 1968, Anhang 5.

2469 Siehe unten „Walter Riehl“.

2470 Zu Karl Schulz siehe die in Vorbereitung befindliche Dissertation von Hannes Rosenkranz an der Universität Wien.

mell vollzogen wurde, aus Altersgründen aus der Partei aus, nachdem ihm Karl Schulz das Parteiabzeichen überreicht hatte.²⁴⁷¹ Unter dem Hakenkreuzbanner vollzog sich so die Einigung der beiden Vorläuferparteien der Nationalsozialisten; der „Freialldeutschen“ und der „Deutschen Arbeiterpartei“.

Karl Hermann Wolf mußte sich von 1926 bis zum Jänner 1932 wegen dauernder finanzieller Schwierigkeiten seinen Lebensunterhalt als Versicherungsvertreter verdienen, nachdem er alle offiziellen Parteifunktionen zurückgelegt hatte. Er bezog eine monatliche Unterstützung von 150 Schilling von der sudetendeutschen „Deutschen Nationalpartei“ und einen einmaligen Betrag von 300 Schilling „zur Anschaffung der notwendigen Verbrauchsgegenstände“.²⁴⁷² Erst als seine zweite Frau Elfriede die Tabaktrafik am Franz-Josephs-Bahnhof pachten konnte, besserte sich Wolfs triste Situation etwas. An seinem 70. Geburtstag im Jahre 1932, den die Nationalsozialisten gebührend feierten, erreichte ihn auch ein Telegramm Adolf Hitlers, der ihn darin als „alten Vorkämpfer des Deutschtums in Österreich“ auszeichnete. Karl Hermann Wolf, der sich nach dem Zusammenbruch der Monarchie und des Bismarck-Reiches in einer „fremden, öden und liebesleer gewordenen Welt“ wähnte, faßte neuen Mut: Kurz nach dem Verbot der österreichischen NSDAP erschien am 22. Juni 1933 die von ihm herausgegebene „Neue Wiener Tages-Zeitung“ mit einem prominenten Mitarbeiter, Heimito von Doderer. Obwohl Wolf eindeutige nationalsozialistische Propaganda vermied, war für die gegnerische Presse klar, für wen der verarmte Zeitungsmacher als Strohmann arbeitete. So bestand für die christlichsoziale „Reichspost“ kein Zweifel, daß sich der Kreis geschlossen hatte und der Stammbaum des Nationalsozialismus öffentlich einbekannt wurde. Eine Notverordnung der Regierung vom 22. Juli 1933, nach der Gewerbetreibende, die eine verbotene Partei unterstützten, ihre Konzession verloren, bedeutete auch das Ende der „Neuen Wiener Tages-Zeitung“. Wolf fand keine Druckerei mehr und zog sich endgültig ins Privatleben zurück.²⁴⁷³

Der seit dem Juni 1938 mit einem „Ehrensold des Führers“ bedachte Karl Hermann Wolf, dessen Name wie der Franco Steins auf der Führerliste für die Volksabstimmung und die Wahl zum Großdeutschen Reichstag am 10. April 1938 stand, verstarb am 10. Juni 1941 im 80. Lebensjahr.

In einem ersten Nachruf stand sein „Husarenstück“, das Duell gegen das „Haupt der Slawisierungspolitik“, Graf Badeni, im Mittelpunkt: „Mit Karl Hermann Wolf schied einer der wenigen noch lebenden Männer aus den Reihen, mit deren Namen die alldeutsche Bewegung im alten Österreich unlösbar verknüpft ist“, verkündete der „Völkische Beobachter“.²⁴⁷⁴ Wie Stein später erhielt auch Wolf ein Ehrengrab und ein feierliches Parteibegräbnis der NSDAP, welches jedoch noch pompöser ausfiel. In einer Vorankündigung wurde verlautbart, daß aufgrund des engen Raumes in der Aufbahrungshalle des Wiener Zentralfriedhofes nur Gäste mit Einladungskarten vorgelassen werden würden: „Am Grab wird einer der nächsten Freunde des Verstorbenen,

2471 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialistischen Bewegung, S. 226.

2472 WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, S. 350.

2473 WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, S. 354f.

2474 Völkischer Beobachter, Nr. 163 vom 12. Juni 1941, S. 5.

Gauleiter und Reichstatthalter Dr. Hugo Jury sprechen ... Bei der Feierlichkeit wirken der Staatsopernchor und der Trompetenchor der Stadt Wien mit.²⁴⁷⁵ Baldur von Schirach, der die Witwe Wolfs führte, die zuvor ein Beileidstelegramm Adolf Hitlers erhalten hatte, legte bei der Zeremonie, an der der Reichstreuhandler der Arbeit, Alfred Proksch, der stellvertretende Gauleiter von Wien, Scharitzer, Regierungspräsident Delbrügge, Rudolf Jung und sämtliche Kreisleiter teilnahmen, einen „Führerkranz“, bestehend aus Eichenlaub und Lilien, vor dem Sarg nieder, der die Widmung trug: „Dem Vorkämpfer der großdeutschen Idee“. Schirach erwähnte Hitler als einen „begeisterten Zuhörer“ Wolfs, der ihn auf dem Nürnberger Parteitag 1937 ausgezeichnet hatte und fügte hinzu: „... daß mit dem Verstorbenen die nationalsozialistische Bewegung auch all jene Männer der Ostmark ehre, die für die großdeutsche Idee gekämpft und gelitten haben ... Sein Lebenswerk und sein Name ... wird in die Geschichte eingehen. So ist Karl Hermann Wolf unsterblich und diese Stunde kein Abschied, sondern eine Ehrung, bei der der Dank des Führers, des Reiches und der NSDAP dem unvergänglichen Getreuen dargebracht wird. Das ist der stärkste Trost, den wir ... mitgeben können.“ Ein Ehrensturm der SA, ein Marschblock der Politischen Leiter und eine Ehrengesellschaft der Hitlerjugend erwiesen Karl Hermann Wolf die letzte Ehre. Nach einer Rede Hugo Jurys, der ihn als „Staatsmann“ würdigte, sang der Staatsopernchor Franz Schuberts „Litanei“, als der Sarg hinabgelassen wurde. Dann warfen die Trauergäste Kornblumen ins offene Grab. Gauleiter Jury gab dem Burschenschaftler Wolf seine Mütze der „Ghibellinia“ mit.²⁴⁷⁶ Altes und Neues sollten einander die Hände reichen.

Nur fünf Tage später titelte der „Völkische Beobachter“ in riesigen Lettern: „Das deutsche Schwert schlägt zu!“²⁴⁷⁷ Das „Unternehmen Barbarossa“, der Feldzug gegen die Sowjetunion hatte begonnen, der dem Dritten Reich das Ende bereiten sollte.

Franz Stein

Franz „Franco“ Stein radikalisierte nach dem Niedergang seiner Arbeiterbewegung und dem Verlust seiner Mandate im Jahre 1907 die letzten Reste der „Germania-Verbände“. Seine Tätigkeit konzentrierte sich nur mehr auf die Wiener Arbeiterbezirke, wo er aber mehr durch Prügeleien seiner Anhänger mit den sozialdemokratischen, tschechischnationalen oder christlichsozialen Parteigängern auffiel. Auch seine und die seines dahindümpelnden „Hammer“ kärglicher werdende Stoßkraft richtete sich neben den alten Feinden verstärkt gegen die Demokratie. Weil Georg von Schönerer keine Reden mehr in Wien hielt, übernahm Franz Stein die äußerst bescheidene Rolle, sein Andenken zu bewahren. Die einzigen größeren Veranstaltungen sollten die von ihm organisierten Feiern am Vorabend von Otto von Bismarcks Geburtstag werden, die stets im „Englischen

2475 Völkischer Beobachter, Nr. 168 vom 17. Juni 1941, S. 5.

2476 Völkischer Beobachter, Nr. 170 vom 19. Juni 1941, S. 5.

2477 Völkischer Beobachter, Nr. 172 vom 23. Juni 1941, S. 1.

Hof“ in der Mariahilfer Straße 81 zur Austragung kamen. Während Adolf Hitlers Zeit in Wien hielt Franz Stein am 31. März 1908 die Festrede an einem dieser Abende, die bei einem moderaten Eintrittspreis von 40 Hellern reichlich Musik von Richard Wagner boten und mit der „Wacht am Rhein“ endeten. Wegen dieser „Verlockungen“ und der räumlichen Nähe seiner damaligen Wohnung in der Stumpergasse hat es Brigitte Hamann durchaus für möglich gehalten, daß sich Hitler, der das „Alldeutsche Tagblatt“ nachweislich bezog, in dem mit großen Anzeigen darauf aufmerksam gemacht wurde, dieses alldeutsche Großereignis nicht entgehen hatte lassen und sogar bei dieser Gelegenheit den Redner Stein persönlich kennengelernt haben könnte.²⁴⁷⁸ Max Kele vertrat die Ansicht, daß Hitler weggeschaut haben müsse, um nicht in eine derartige Versammlung zu stolpern. Jedenfalls sprechen die hohen Ehren, die dem im Ständestaat wegen seiner antiösterreichischen Haltung mehrmals inhaftierten, arbeitslosen und völlig verarmten Stein nach 1938 zukamen, sehr dafür, denn der Obmann des bis 1938 auf 35 Mitglieder zu einem Altherrenklub zusammengeschmolzenen Vereines „Die letzten Schönerianer“ war nur mehr einem kleinen Kreis ein Begriff. Schon 1937 bewilligte ihm Adolf Hitler eine finanzielle Unterstützung, die es ihm erlaubte, politisch wieder etwas aktiver zu werden: So hielt er im Jahre 1938 mehrere Reden im Alpenverein,²⁴⁷⁹ dem ihm der dort tätige Eduard Pichl geöffnet haben dürfte. Vor der Volksabstimmung im April 1938 stellte sich Franz Stein der NSDAP als Parteiredner zur Verfügung. Sein Name stand auch auf der Kandidatenliste für den Großdeutschen Reichstag.²⁴⁸⁰ Nach dem Anschluß lud Adolf Hitler Franz Stein zu einem vierwöchentlichen Erholungsurlaub nach Deutschland ein und schenkte ihm zu seinem 70. Geburtstag im Jahre 1939 ein „Führerporträt mit herzlicher Widmung“ in silbernem Rahmen.²⁴⁸¹ Zugleich erhielt er ab dem 1. Juni 1939 einen steuerfreien lebenslänglichen monatlichen Ehrensold der NSDAP in der ansehnlichen Höhe von 300 Mark.²⁴⁸² Bei der Pflege des Andenkens an Georg von Schönerer zu dessen 100. Geburtstag bekam er freie Hand: So trat er als Festredner auf und veranstaltete gemeinsam mit Eduard Pichl die Ausstellung im Messepalast.

Franz Stein starb am 17. Juli 1943 im Alter von 74 Jahren in Linz.²⁴⁸³ Der „Völkische Beobachter“ würdigte ihn als den „letzten und unmittelbaren Mitkämpfer Schönerers, der 1890 als erster eine nationale Arbeiterbewegung im Rahmen des Germanenbundes gegründet hatte“.²⁴⁸⁴

Am Freitag, dem 23. Juli 1943, wurde der gesamte Hietzinger Friedhof bereits um 16 Uhr geschlossen.²⁴⁸⁵ Die angesagten Vertreter von Staat und Partei wollten sich ungestört vor Steins Eh-

2478 HAMANN, Brigitte, Hitlers Wien, S. 363.

2479 Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe, Nr. 202 vom 21. Juli 1943, S. 5.

2480 TICHY, Harald, Franz Stein. Ein großdeutscher Kämpfer, S. 13.

2481 Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe, Nr. 202 vom 21. Juli 1943, S. 5.

2482 HAMANN, Brigitte, Hitlers Wien, S. 375.

2483 Matrikenbuch der Pfarre Sankt Elisabeth, 1040 Wien, Geburtsjahrgänge 1869, Nr. 581, S. 183. Eintragung des Sterbedatums Franz Steins 17. Juli 1943 in Linz.

2484 Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe, Nr. 202 vom 21. Juli 1943, S. 5.

2485 Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe, Nr. 204 vom 23. Juli 1943, S. 5.

rengrab der Stadt Wien²⁴⁸⁶ versammeln, um den Totenkult zu zelebrieren. Etwas versteckt brachte der „Völkische Beobachter“ auf Seite 5 die Überschrift „Der Führer ehrt den Vorkämpfer der deutschen Erhebung – Baldur von Schirach an der Bahre Steins“ mit einem Foto.²⁴⁸⁷ Dennoch wurde das Begräbnis zu einem großen Parteieignis. Es erschienen die Spitzen der NSDAP, angeführt von Baldur von Schirach an der Seite der Witwe und Tochter Franz Steins, die den Sargträgern der HJ folgten. In der mit dem Feuer der „Opferschalen auf ragenden Pylonen“ erhellten Aufbahrungshalle legte der Reichstatthalter von Wien vor dem mit einer Hakenkreuzfahne bedeckten Sarg den Kranz Adolf Hitlers, „ein Gebinde aus Eichenlaub, Tannenreisig und Gladiolen“ sowie die Kränze von Martin Bormann und Joseph Goebbels nieder, mit denen sie den „treuesten Kampfgefährten Schönerers“ ehrten. Unter Trommelwirbel würdigten die Trauerredner Generalleutnant Stümpfl, Regierungspräsident Delbrügge, Gauhauptamtsleiter Alfred Edurard Frauenfeld und der Vorsitzende des Vereins „Die letzten Schönerianer“, Adolf Reitter, den „Werber für volksdeutsche Hochziele, die durch Adolf Hitler ihre Krönung bekamen“.²⁴⁸⁸

Rudolf Jung

Rudolf Jung wurde nicht der Parteiideologe der NSDAP, der er gerne geworden wäre. Dabei mag eine große Rolle gespielt haben, daß er nicht so schnell bereit gewesen ist, sich Hitler vollständig zu unterwerfen, obwohl Jung bereits auf der zwischenstaatlichen Tagung in Salzburg 1920 ausgerufen haben soll, „Hitler wird einmal unser Größter!“.²⁴⁸⁹ Dieser Vorgang geschah erst phasenweise, wie am Nürnberger NSDAP-Reichsparteitag im August 1927, wo er über die Rolle der sudetendeutschen Partei referierte: „Wir erstreben dasselbe, was Euer Streben ist ... Und insbesondere fällt uns die Aufgabe zu, den Grenzwall des Deutschen Reiches zu bilden, wenn es auch heute nicht unser Deutsches Reich ist, so soll doch aus ihm das Ersehnte hervorgehen, das wir vor der slawischen Überflutung schützen.“²⁴⁹⁰ Trotzdem kann sich seine Karriere wegen der guten Beziehungen zu Adolf Hitler „sehen lassen“. 1926 hatte Rudolf Jung nach Hans Knirsch den Vorsitz der sudetendeutschen Partei übernommen, die sich nach dem Verbot 1933 von selbst auflöste. Aus tschechischer Haft entkam Jung durch Flucht nach Deutschland, wo er ab 1937 an der Hochschule für Politik in Berlin lehrte.²⁴⁹¹ 1936 erhielt er von Hitler die goldene Ehrennadel der

2486 Franz Stein liegt dort heute gemeinsam mit seiner Frau Julie sowie seiner Tochter und seinem Schwiegersohn Johann Tichy begraben. Hietzinger Friedhof Gruppe 38 Nr. 31A.

2487 Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe, Nr. 205 vom 24. Juli 1943, S. 5.

2488 Ebd.

2489 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialistischen Bewegung, S. 169.

2490 Zitiert In: LUH, Andreas, Die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei im Sudetenland: Völkische Arbeiterpartei und faschistische Bewegung, In: Bohemia – Jahrbuch des Collegium Carolinum, Bd. 32 (Jhg. 1991), S. 25. FN II.

2491 HEMMERLE, Rudolf, Sudetenland-Lexikon, Würzburg 2001, S. 222 (Biographie Rudolf Jung).

NSDAP. 1938 folgte der nächste große Schritt. Adolf Hitler verlieh Jung aus Anlaß seiner 30jährigen Tätigkeit für die nationalsozialistische Bewegung den Professorentitel und den Rang eines (Ehren)Gauleiters. Heinrich Himmler ernannte ihn zum SS-Brigadeführer, was einem Generalmajor gleichkam. Nach der Übernahme des Protektorats Böhmen und Mähren wurde Rudolf Jung mit der Leitung des Eisenbahnwesens im Protektorat betraut. Nach einer Präsidentschaft der Landesarbeitskammer für Mitteldeutschland in Erfurt im Jahre 1940 übernahm Jung 1944, zum SS-Obergruppenführer (General) befördert, die Generaldirektion des Sparkassenwesens in Prag und wurde Bevollmächtigter für den Arbeitseinsatz.²⁴⁹² Im Dezember 1945 verhungerte Rudolf Jung in einem Gefängnis in der Nähe von Prag.²⁴⁹³

Walter Riehl

Nicht ganz so „glänzend“ verlief die politische Karriere Walter Riehls. Noch in Salzburg 1920 als „Führer“ aller nationalsozialistischen Parteien mit der Leitung der „zwischenstaatlichen Kanzlei“ betraut, der sich jedermann unterzuordnen hatte, vollzog sich parallel dazu bis 1923 der Aufstieg Adolf Hitlers in Deutschland. Dieser fand in dem völligen Aufgehen der DSP Alfred Brunners in die NSDAP und der Ausstattung Hitlers mit diktatorischen Vollmachten einen vorläufigen Höhepunkt.²⁴⁹⁴ Mit dem 8 Jahre jüngeren Parteiführer, einem „Du-Freund“, erwuchs dem unbeugsamen Walter Riehl ein dynamischer Konkurrent, dessen Macht er bald zu spüren bekommen sollte: Um die im Wachsen begriffenen Nationalsozialisten in Österreich einzudämmen, trat die „Großdeutsche Volkspartei“ an Riehl heran, um ihm für die im Oktober 1923 stattfindenden Nationalratswahlen eine gemeinsame Liste vorzuschlagen. Während Riehl, Jung und Gattermayer diese Möglichkeit, einen „Einfluß auf die Geschicke des Gemeinwesens zu erhalten“, begrüßten, drohte eine Spaltung der Partei. Ein im August 1923 abgehaltener gemeinsamer „zwischenstaatlicher Vertretertag“ und Parteitag beschloß, die Entscheidung einem „Führerausschuß“ zu überlassen, dessen Vorsitz bereits Hitler führte. Dieser setzte angesichts des bereits geplanten Putsches, bei dem auch für die Österreicher eine „aktive Rolle“ vorgesehen war, eine Wahlenthaltung durch. Der sicherlich nicht in alle Pläne eingeweihte Walter Riehl verbat sich eine derartige Einmischung in „inner-österreichische Angelegenheiten“. Er scheiterte jedoch mit seinem Antrag, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, der die Salzburger Beschlüsse revidieren sollte, zog daraus die Konsequenzen und erklärte im September 1923 seinen Rücktritt. Sein bisheriger Obmannstellvertreter Karl Schulz folgte ihm nach, die „zwischenstaatliche Kanzlei“ übergab er an Rudolf Jung. Riehl, der möglicherweise damit gerechnet hatte, gebeten zu werden, seine Entscheidung zu überdenken, legte mit Jahresende 1923 auch die Herausgeberschaft der „Deutschen Arbeiter-

2492 Archiv der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Tagblatt Archiv, Mappe Jung.

2493 HEMMERLE, Rudolf, Sudetenland-Lexikon, S. 222 (Biographie Rudolf Jung).

2494 Siehe dazu FRANZ-WILLING, Georg, Ursprung der Hitlerbewegung 1919–1922, S. 98ff.

presse“ nieder. Wegen einiger „parteischädigender“ Artikel schloß ein Parteitag Walter Riehl am 15. April 1924 aus der Partei aus.²⁴⁹⁵

Am 11. August 1924 änderte ein bereits im Frühjahr gegründeter „Freundschaftsbund Dr. Walter Riehl“ einiger „Abtrünniger“ unter seiner Obmannschaft den Namen auf „Deutschsozialen Verein für Österreich“ um. Dieser blieb jedoch trotz einiger Versuche zur Bildung einer „Nationalen Einheitsfront“ mit den Großdeutschen und den Nationalsozialisten erfolglos. „Erfolge“ konnte Riehl in diesem Zeitraum bis 1929 nur als Strafverteidiger aufweisen, zu dessen Höhepunkten seine Rolle im „Schattendorf-Prozeß“ 1927 gehörten.²⁴⁹⁶ Im Laufe des Jahres 1930 vollzog der inzwischen für seine Wendigkeit und seinen Opportunismus berüchtigte Riehl angesichts des scheinbar unaufhaltsamen Aufstieges der NSDAP in Deutschland, den er „neidlos anerkennen“ musste, seine neuerliche Annäherung an die Nationalsozialisten. Seiner Taktik kam dabei die 1926 erfolgte Abspaltung einer nunmehr bedingungslos zum „Führer“ stehenden „Hitler-Bewegung“ von der NSDAP-Österreichs zugute, über die ihr enttäuschter Obmann Karl Schulz, die ähnliche Vorgangsweise, wie man 1923 Riehl „verabschiedet“ hatte, vor Augen, schrieb: „Hier bei uns ist die Wiege des nationalen Sozialismus gestanden. Hier in Wien wurde der Name geprägt, zu einer Zeit, als Hitler vom Nationalsozialismus noch keine Ahnung hatte.“²⁴⁹⁷

Nach einigen Versuchen, die nunmehr drei nationalsozialistischen Organisationen zu einen, die jedoch stets an der „München-hörigen“ Basis scheiterten, erklärte Riehl am 26. September 1930 anlässlich einer großen Veranstaltung in den Wiener Sophiensälen das Aufgehen des „Deutschsozialen Vereines“ in die „Hitler-Bewegung“. Walter Riehl war nun nicht nur Hitler unterstellt, wovon seine Mitgliedsnummer mit der hohen Ziffer 360.702 zeugt,²⁴⁹⁸ auch der Ausbau der Organisation in Österreich erfolgte nicht unter seiner Führerschaft, wie ihm dies Rudolf Jung noch 1930 prophezeit hatte, sondern durch Theo Habicht, den Adolf Hitler im Juni 1933 zum Landesinspekteur für Österreich bestellt hatte.²⁴⁹⁹ Die Hoffnung Walter Riehls, noch einmal beim Jahr 1923 zu beginnen, erfüllte sich nicht. Im April 1932 gelang ihm zumindest die Wahl in den Wiener Gemeinderat. Dort mußte er sich aber erneut der Führerschaft des Wiener Gauleiters Alfred Eduard Frauenfeld beugen.

Trotz einer im Wiener Gemeinderat vorgetragenen aggressiven „Judenpolitik“, die unter anderem den Verlust von Gemeindewohnungen und Gemeindeanstellungen sowie die „Abschiebung“ nach Palästina vorsah, vollzog sich mit dem Antritt des Kabinetts Dollfuß im Mai 1932 ein Sinneswandel Walter Riehls, was Demokratie und die Eigenständigkeit Österreichs betraf. Dieser

2495 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialistischen Bewegung, S. 192ff.

2496 Siehe dazu BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialistischen Bewegung, S. 263.

2497 Deutsche Arbeiterpresse vom 21. August 1926, S. 1.

2498 ÖStA, AdR, BMI, Akten des Gaupersonalamtes des Reichsgaues Wien, Aktzl. 10.801, Walter Riehl, Schreiben der Kreisleitung Wien I an das Kreisgericht I der NSDAP, 18. September 1938.

2499 Siehe dazu BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialistischen Bewegung, S. 281f.

Alleingang sollte sich schnell zu einem zumindest von seiten Riehls gesehenen „Machtkampf“ mit Habicht entwickeln.²⁵⁰⁰ Während die Nationalsozialisten um Habicht nach der Ausschaltung des Nationalrates durch Dollfuß im März 1933 auf Neuwahlen drängten und mit einer Terrorwelle antworteten, die schließlich im Juni zur Ausweisung Habichts und dem Verbot der „Hitler-Bewegung“ führte, distanzierte sich Riehl von jeglicher Art des Terrors, der zu „einer Verschärfung der regierungsfreundlichen Haltung führen könnte“. Offen trat er für eine „Klammerfunktion“ Österreichs zwischen Deutschland und Italien ein und setzte im Juni 1933 ein „Memorandum“ an Hitler auf, das folgende Schlagworte enthielt: „Schluß mit dem Terrorismus; Schluß mit der Emigrantenführung in München; Aussöhnung mit Dollfuß; Herstellen einer innigen Einvernahme mit beiden Regierungen.“ Hitler stellte sich jedoch auf die Seite Theo Habichts: „Die Österreicher sind schlapp, mutlos und Habicht alleine kann sie aus der Lethargie aufwecken.“²⁵⁰¹

In diesem Zeitrahmen fällt auch das Buch des Parteigängers Riehls, Alexander Schilling-Schletter, „Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus“, das wegen der Zurschaustellung Riehls als Mittelpunkt der Bewegung und einer „rechthaberischen Schreibweise“, wonach sich all seine Vorschläge in der weiteren Zukunft als richtig herausgestellt hätten, provozieren mußte. Habicht versuchte jegliche Besprechung des Buches in der NS-Presse zu unterbinden und betrieb den Parteiausschluß Walter Riehls.²⁵⁰² Am 9. August 1933 wurde er zum zweiten Mal innerhalb von zehn Jahren wegen „parteischädigenden Verhaltens“ aus der NSDAP ausgeschlossen.²⁵⁰³

Nach seinem Parteiausschluß bemühte sich Walter Riehl um die „Rettung der nationalsozialistischen Idee“, die ein Konzept eines „auf Versöhnung aufgebauten christlich-nationalen Staates auf gemeinsamer antisemitischer Basis“ vorsehen würde, wie er dies in einem Brief an Vizekanzler Emil Fey am 19. Jänner 1934 zur Diskussion stellte: „Die Juden und Sozi fürchten nur Eines: Unsere Versöhnung auf meiner Linie.“²⁵⁰⁴ In maßloser Selbstüberschätzung stellte Riehl in diesem Brief in Aussicht, daß Hitler ein einziger „Bericht eines sein Vertrauen genießenden Gesinnungs-genossen“ genügen würde, um ihn zu einem Umdenken zu bewegen.²⁵⁰⁵ Tatsächlich richtete Riehl zwei Tage vor dem Putschversuch der Nationalsozialisten am 25. Juli 1934 ein Schreiben an Hitler, in dem er „eine Umkehr um 180 Grad“ empfahl, nachdem zuvor im Juni zwei Böller in Riehls Kanzlei explodiert waren und ihn Gauleiter Frauenfeld in einer Rundfunkrede am 12. Juli des Hochverrats am Nationalsozialismus bezichtigte hatte, um als Vizekanzler der Vaterländischen Front von Dollfuß' Gnaden belohnt zu werden.²⁵⁰⁶ Wie gefährlich Riehls Versöhnungsversuche mit der „Vaterländischen Front“ nach dem 25. Juli sein konnten, beweist der Umstand, daß sein

2500 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialistischen Bewegung, S. 293.

2501 Deutsche Arbeiterpresse vom 4. Jänner 1935, „Der Kampf um die Verständigung“, S. 1.

2502 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialistischen Bewegung, S. 305f.

2503 ÖStA, AdR, BMI, Akten des Gaupersonalamtes des Reichsgaues Wien, Aktzl. 10.801, Walter Riehl, Schreiben der Kreisleitung Wien I an das Kreisgericht I der NSDAP, 18. September 1938.

2504 Zitiert in: WINKLER, Franz, Die Diktatur in Österreich, Zürich/Leipzig 1935, S. 95.

2505 Ebda.

2506 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialistischen Bewegung, S. 317f.

Schriftleiter der im Dezember 1934 von Karl Schulz zurückgekauften „Deutschen Arbeiterpresse“ nach seiner Flucht nach Deutschland 1936 sofort verhaftet und in ein Konzentrationslager überstellt wurde.²⁵⁰⁷ Bis 1938 verblieb Walter Riehl in völliger politischer Isolation.

Sofort nach dem „Anschluß“ wurde Walter Riehl verhaftet. Nur die Intervention eines Unbekannten bewahrte ihn vor dem Konzentrationslager.²⁵⁰⁸ Wieder in Freiheit, betrieb er sofort seine Wiederaufnahme in die NSDAP. Seine nicht ohne Überheblichkeit abgefaßten Bittgesuche blieben jedoch erfolglos: Am 19. November 1938 teilte ihm die Parteikanzlei „im Auftrage des Führers“ mit, daß Riehl sich „nach dem Parteiausschluß in den Jahren 1934/35 in der Öffentlichkeit im Gegensatz zu den Zielen der Bewegung gestellt und somit der Bewegung die Treue gebrochen habe“, womit eine Wiederaufnahme abgelehnt wurde.²⁵⁰⁹ Selbst die Aufnahme in den „NS-Rechtswahrerbund“ blieb ihm verwehrt. Auch seine Anbiederungsversuche, durch die Veranstaltung von Tanzabenden, mit deren Einladungen Riehl die NS-Prominenz von Reichsleiter Baldur von Schirach abwärts förmlich bombardierte, um quasi „durch die Hintertüre“ Aufnahme in die Partei zu finden, scheiterten und hätten ihm beinahe den Besuch der Geheimen Staatspolizei eingebracht.²⁵¹⁰ Schließlich lehnte 1941 das Gaupersonalamt aufgrund Riehls politischer Beurteilung seine Bewerbung, als Offizier der Deutschen Wehrmacht Kriegsdienst zu leisten, als „nicht tragbar“ ab.²⁵¹¹

Nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Wien im April 1945 wurde Walter Riehl von der Besatzungsmacht vorübergehend in Haft genommen. Diesmal setzte sich Leopold Kunshak, nach Kriegsende erster öVP-Vizebürgermeister von Wien, für den Inhaftierten ein, weil er „trotz seiner Parteitätigkeit in früheren Jahren als Kämpfer für seine österreichische Heimat anzusehen und während der Nazi Herrschaft in Österreich andauernd benachteiligt und geächtet gewesen“ sei.²⁵¹² Riehl, der auch während seiner Annäherungsversuche an die „Vaterländische Front“ immer betont hatte, Nationalsozialist geblieben zu sein,²⁵¹³ sah nunmehr in der öVP seine politische Heimat, da sie die einzige Partei sei – der „Verband der Unabhängigen“ (VdU) konnte erst 1949 an die Öffentlichkeit treten – die „christlich“ genug eingestellt wäre, um nicht den „Racheengel“ gegenüber ehemaligen Nationalsozialisten zu spielen und eine „mehr auf Versöhnung ausgerichtete Politik“ betreiben würde.²⁵¹⁴ Die Sozialisten hingegen seien „Hetzer, Woh-

2507 Ebda., S. 331.

2508 Ebda., S. 336.

2509 ÖStA, AdR, BMI, Akten des Gaupersonalamtes des Reichsgaues Wien, Aktzl. 10.801, Walter Riehl, Der Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP, Lammers, an Walter Riehl, 19. November 1938.

2510 ÖStA, AdR, BMI, Akten des Gaupersonalamtes des Reichsgaues Wien, Aktzl. 10.801, Walter Riehl, Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien, an den Stellvertretenden Gauleiter der NSDAP, Gauleitung Wien, 14. Mai 1941.

2511 ÖStA, AdR, BMI, Akten des Gaupersonalamtes des Reichsgaues Wien, Aktzl. 10.801, Walter Riehl, Gaupersonalamt an Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien, 17. April 1941.

2512 BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialistischen Bewegung, S. 345.

2513 Ebda., S. 340.

2514 Archiv des Institutes für Zeitgeschichte der Universität Wien, Mappe Dr. Walter Riehl, Rundfunkrede Dr. Walter Riehls im Sender Rot-Weiß-Rot, 1. Februar 1953.

nungs- und Kleiderkämpfer“. Im Gegensatz zu ihnen hätten sich „die Juden vornehm benommen“. ²⁵¹⁵

Walter Riehl trat 1947 als Mitglied der ÖVP-Organisation des 1. Wiener Gemeindebezirks bei. Er forderte die „Ehemaligen“ auf, die ÖVP zu wählen, „um nicht dauernd als sogenannte ‚Faschista‘ abseits zu stehen“. ²⁵¹⁶ Aus diesen Gründen gab Riehl am 1. Februar 1953 in einer programmatischen Rundfunkrede eine Wahlempfehlung für die ÖVP ab. ²⁵¹⁷ 1953 trat er dem „Österreichischen Akademikerbund“ bei und wurde Vorsitzender des „Sozialpolitischen Fachreferats“.

Als Walter Riehl am 6. September 1955 im 75. Lebensjahr verstorben war, hielt auf der Beisetzung am Hietzinger Friedhof kein „Alter Kämpfer“ die Grabrede, sondern der spätere ÖVP-Handelsminister Otto Mitterer unter den Augen des Nationalratspräsidenten Dr. Felix Hurdes. ²⁵¹⁸

Im politischen Leben Walter Riehls nur von „Wandlungen“ zu sprechen, fällt schwer, dazu reicht oft ein ganzes Menschenleben nicht aus: Er hatte unter der Ägide Engelbert Pernerstorfers als junger Sozialdemokrat begonnen und war aufgrund von Richtungsstreitigkeiten und nicht ohne Schwärmerei für Schönerer 1908, als 27-jähriger, zur „Deutschen Arbeiterpartei“ gestoßen. Als Nationalsozialist machte er schnell Karriere, wozu ihm auch sein jugendlicher Elan verhalf. 1920, mit 39 Jahren, stand er als „Führer“ aller nationalsozialistischen Parteien an der Spitze seiner Laufbahn. Auch sein „Du-Freund“ Adolf Hitler mußte sich zumindest anfänglich seinem Wort unterordnen. Nach dem Parteiausschluß 1923 erfolgte eine Annäherung an die „Großdeutsche Volkspartei“, dann wiederum eine Rückkehr in die „Hitler-Bewegung“, ein Weg, der nach einem neuerlichen Parteiausschluß mit einer Annäherung an die „Vaterländische Front“ endete. Allen Anbiederungsversuchen an die NSDAP während der NS-Zeit in Österreich entkam Walter Riehl nach 1945 weitgehend „ungeschoren“. Er beendete sein Leben als Funktionär der ÖVP. Eine österreichische „Karriere“?

²⁵¹⁵ Ebda.

²⁵¹⁶ BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialistischen Bewegung, S. 348.

²⁵¹⁷ Archiv des Institutes für Zeitgeschichte der Universität Wien, Mappe Dr. Walter Riehl, Rundfunkrede Dr. Walter Riehls im Sender Rot-Weiß-Rot, 1. Februar 1953.

²⁵¹⁸ BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialistischen Bewegung, S. 353.

Anhang

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Unveröffentlichte Quellen

ÖSTERREICHISCHES STAATSARCHIV (ÖStA), ALLGEMEINES VERWALTUNGSARCHIV (AVA)

Ministerratsprotokolle Kabinett Badeni 1896–1897 (Abschriften), Kt. 36.

Nachlaß Eduard Pichl:

Kt. 10 „Studentenschaft“

Kt. 11 „Leseverein der deutschnationalen Studentenschaft; Kommerse“

Kt. 12 „Sprachenfrage“

Kt. 13 „Folgen der Sprachenverordnungen“

Kt. 19 „Presse“

Kt. 26 „Vereine“

Kt. 28 „Deutschnationaler Verein“

Kt. 29 „Selbsthilfegenossenschaft Ostmark“

Kt. 35 „Linzer Programm“

Kt. 36 „Iro-Gregorig“

Kt. 37 „Robert Pattai“

Kt. 38 „Franz Stein, Karl Hermann Wolf“

Kt. 40 „Briefe“

Kt. 43 „Zum 20. Dezember 1893“

Kt. 46 „Persönliches“

Kt. 48 „Verschiedenes“

Kt. 51 „Witzblätter“

Ministerium des Inneren (Mdl), Sig. 15 „Politische Vereine“:

Schloß Rosenau (Kt. 737)

Österreichischer Reformclub Wien (Kt. 682, Zl. 6.451–79)

Bund Deutscher Arbeiter Germania (Zl. 5.095–00)

Deutschvölkischer Gehilfenverein (Kt. 875, Zl. 14.628–00)

ÖSTERREICHISCHES STAATSARCHIV (ÖStA), ARCHIV DER REPUBLIK (AdR)

Bundesministerium für Inneres (Gruppe 04):

Akten des Gaupersonalamtes des Reichsgaues Wien,

Zl. 14.929, Ferdinand Ertl

Zl. 281, Walter Gattermayer

Zl. 10.801, Walter Riehl

Parteiarchiv der Großdeutschen Volkspartei:

Kartons 23, 43, 44, 45, 50

Bundesministerium für Unterricht (Gruppe 02):

Abt. 3-1947, Kt. 130, Zl. 22.384-3/47

ÖSTERREICHISCHE NATIONALBIBLIOTHEK

Flugblattsammlung, Mappe 11

ARCHIV DER KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE (TAGBLATTARCHIV)

Mappen Walter Gattermayer

Karl Iro

Rudolf Jung

ARCHIV DES VEREINES ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG

Lade 19 Ferdinand Burschofsky, Mappe 67

Lade 21 Rudolf Jung, Mappe 37

Ferdinand Lassalle, Mappe 64

Josef Leopold, Mappe 69/70

Lade 22 Engelbert Pernerstorfer, Mappe 47

Lade 23 Walter Riehl, Mappe 7

Lade 24 Franz Stein, Mappe 4

Lade 23 Georg Schönerer, Mappe 61

Lade 24 Karl Hermann Wolf, Mappe 59

ARCHIV DES INSTITUTES FÜR ZEITGESCHICHTE DER UNIVERSITÄT WIEN

Mappe „Dr. Walter Riehl“

ARCHIV DES LANDES NIEDERÖSTERREICH

Präsidialakte der Niederösterreichischen Statthaltereie, 1895-1897

NIEDERÖSTERREICHISCHES ARCHIV FÜR LANDESKUNDE

BEZEMEK, Ernst, Dokumentation der niederösterreichischen Gemeinderatswahlergebnisse 1919 bis 1938.

PFARRE SANKT ELISABETH, 1040 Wien

Matrikenbuch der Geburtsjahrgänge 1869.

WIENER STADT- UND LANDESARCHIV (MA 8)
 Historisches Meldearchiv
 Todfallsaufnahmen

II. Gedruckte Quellen und Protokolle; Erinnerungen; Zeitgenössische Literatur, Streitschriften und Broschüren

1. Gedruckte Quellen und Protokolle

Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914, Bd. 13, Berlin 1924.
 FISCHL, Alfred (Hg.), Materialien zur Sprachenfrage in Österreich, Brünn 1902.
 PRIBRAM, Alfred (Hg.), Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879–1914 nach den Akten des Wiener Staatsarchivs, Bd. 1, Wien 1920.
 Statistisches Handbuch für das Königreich Böhmen, Prag 1913.
 Stenographische Protokolle der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder, Haus der Abgeordneten, VIII.–XVII. Session (1873–1898).
 Stenographische Protokolle der Sitzungen der Provisorischen Nationalversammlung für Deutsch-österreich.

2. Erinnerungen

BAERNREITHER, Joseph Maria, Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen. Fragmente eines politischen Tagebuches, herausgegeben von Oskar Mitis, Wien 1939.
 BLOCH, Joseph Samuel, Erinnerungen aus meinem Leben, 2 Bde., Wien 1922.
 CONRAD VON HÖTZENDORF, Franz, Aus meiner Dienstzeit 1906–1918, Bd. IV und V, Wien 1923 und 1925.
 DUMREICHER, Armand, Aus meiner Studienzeit, Wien 1909.
 ERHART, Robert, Im Dienste des alten Österreich, Wien 1958.
 FRANK, Hans, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953.
 FUNDER, Friedrich, Vom Gestern ins Heute, Wien 1952.
 GRABMAYR, Karl von, Erinnerungen eines Tiroler Politikers 1892–1920, Innsbruck 1955.
 KRALIK, Richard, Tage und Werke. Lebenserinnerungen, Wien 1922.
 PENÍŽEK, Josef, Aus bewegten Zeiten. 1895 bis 1905, Wien 1906.
 SCHEICHER, Josef, Erlebnisse und Erinnerungen, 6 Bde., Wien 1907–1912.
 SCHNITZLER, Arthur, Jugend in Wien, München 1971.
 STREIMAYR, Carl von, Erinnerungen aus dem Leben – Seinen Kindern und Enkeln erzählt, Wien 1899.

3. Zeitgenössische Literatur, Streitschriften und Broschüren

BAHNWEHR Spulak von, Geschichte der aus den Jahren 1859–1884 stammenden Wiener Couleurs, Wien 1914.

BAUER, Otto, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1907.

BERNATZIK, Edmund, Die österreichischen Verfassungsgesetze mit Erläuterungen, 2. Aufl., Wien 1911.

BERNER, Alfred, Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus. Betrachtungen über die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung, Troppau 1930.

BEURLE, Carl, Beiträge zur Geschichte der deutschen Studentenschaft Wiens, Wien 1893.

BIBL, Viktor, Georg von Schönerer. Ein Vorkämpfer des Großdeutschen Reiches, Leipzig 1942.

BILLROTH, Theodor, Über das Lehren und Lernen der medizinischen Wissenschaften an den Universitäten der deutschen Nation, Wien 1876.

BOUHLER, Philipp, Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend, Berlin 1938.

BRAUN, Adolf, Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe. Eine Sammlung von Abhandlungen, Nürnberg 1914.

BRÄUNLICH, P., Die neueste katholische Bewegung zur Befreiung vom Papsttum. Berichte über den Fortgang der „Los von Rom-Bewegung“, Heft 1, München 1899.

Ders., Die österreichische Los von Rom-Bewegung. Berichte über den Fortgang der „Los von Rom Bewegung“, Heft 2, München 1899.

Ders., Was die Los von Rom-Bewegung in Böhmen erlitt und erkämpfte. Berichte über den Fortgang der „Los von Rom-Bewegung“, Heft 8, München 1906.

BUCH, Willi, 50 Jahre antisemitische Bewegung. Beiträge zu ihrer Geschichte, München 1937.

BURSCHOFSKY, Ferdinand, Beiträge zur Geschichte der deutschnationalen Arbeiterbewegung in Österreich, 2 Bde., Hohenstadt 1913.

CHARMATZ, Richard, Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907, 2 Bde., 2. Aufl., Leipzig 1918.

CILLER, Alois, Damals und heute. Entstehung, Kämpfe und Aufgabe der nationalen Arbeiterbewegung in Österreich, Nachdruck des Vereins deutscher Verkehrsbediensteter, Wien 1937.

Ders., Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und der Ostmark. Schriften zur Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung, Hamburg 1943.

Ders., Vorläufer des Nationalsozialismus, Wien 1932.

„Das schönste Festgeschenk für Deutsche“, Liste vom 1. Dezember 1887 mit Schönerer-Geschenkartikeln.

DEUTSCH, Julius, Geschichte der deutschösterreichischen Arbeiterbewegung, Wien 1922.

Ders., Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, Wien 1908.

Die Burschenprüfung im Turnverein Friesen in Hernals, Wien 1893.

Die Burschenschaft Germania zu Jena, Jena 1897.

Die Gründung der Innsbrucker Germania, Innsbruck 1892.

DREXLER, Anton, Mein politisches Erwachen. Aus dem Tagebuch eines deutschen sozialistischen Arbeiters, 2. Aufl., München 1920.

DÜHRING, Eugen, Der Ersatz der Religion durch Vollkommeneres und die Abstreifung alles Asiatismus, 3. Aufl., Leipzig 1906.

Ders., Die Judenfrage als Racen-, Sitten- und Culturfrage. Mit einer weltgeschichtlichen Antwort, 2. Aufl., Karlsruhe und Leipzig 1881.

ELMAYER-VESTENBRUGG, Rudolf, Georg Ritter von Schönerer. Der Vater des politischen Antisemitismus. Von einem, der ihn selbst erlebt hat, München 1936.

Erklärung des Reichsratsabgeordneten Rudolf Berger und des Advocaten Vinzenz von Berger zur Aufklärung des Falles Wolf, gehalten in der Versammlung der alldeutschen Vertrauensmänner Wiens am 9. Februar 1902 im Hamberger Saal zu Wien nach stenographischen Aufzeichnungen, in: Der Zwiespalt der Meinungen Schönerer-Wolf, Verlag Bruckmeier Schloß Rosenau, o.J.

FEDER, Gottfried, Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes, 3. Aufl., München 1923.

Festschrift zur Erinnerung an den 50jährigen Bestand der Burschenschaft Olympia in Wien 1859–1909, Wien 1909.

Festschrift zur Feier des 10 jährigen Bestehens des Verbandes aller Burschenschaften Wartburg, Linz 1899.

Flugblatt „Dem Juden keine ritterliche Genugtuung“, Februar 1923.

Flugblatt zur „Lutherfeier“ am 10. November 1883.

Flugblatt der „Rede gehalten vom Sprecher der Wiener Burschenschaft Teutonia, Wien 8, Lange Gasse 10, Herrn Carl von Benedicty auf dem großen Fest-Commers der Deutschnationalen Wiens am 18. Oktober 1892“.

Flugschrift „Die Auflösung der konservativen Burschenschaft Germania“, o. J.

Flugschrift „Rede Schönerers, gehalten auf dem Festkommerse der Deutschnationalen Wiens am 18. Oktober 1892“.

FRIEDJUNG, Heinrich, Der Ausgleich mit Ungarn, Leipzig 1877.

Ders., Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, Stuttgart 1905.

GATTERMAYER, Walter, Die völkischen Gewerkschaften. Ihre Grundsätze; Ihre Ziele; Ihre Gegner, Wien 1931.

Ders., Eine nationale Mustergewerkschaft, in: Deutsche Arbeiter-Zeitung, Organ der DAP in Österreich, 2. Jg., Folge 18 vom 8. Mai 1913.

Ders., Kriegsziele, Wien 1917.

GRÖNDAHL, Karl, Kämpfe und Siege in der Ostmark, Wien 1908.

Guido Lists gesammelte Werke, Hg. von der Guido von List-Gesellschaft, 2 Bde., Wien 1912–1913.
Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Hg. von J. CONRAD / W. LEXIS / L. ELSTER / E. LOE-
NIG, 20. Aufl., Bd. 4, Jena 1909.

HAUBENBERGER, Leo, Der Werdegang der nationalen Gewerkschaften, Wien 1932.

HEMALA, Fritz, Geschichte der Gewerkschaften, Wien 1922.

HIRTH, Fritz / Anton KIESSLICH, Geschichte des Turnkreises Deutschösterreich, Teplitz-Schönau
1928.

HITLER, Adolf, Mein Kampf, 307.–311. Aufl., München 1938.

HOFBAUER, Josef / Emil STRAUSS, Josef Seliger. Ein Lebensbild, Prag 1930.

HOFFMANN, Heinrich (Hg.), Wie die Ostmark ihre Befreiung erlebte, Berlin 1940.

HOLLOMAY, Leopold, Mechaniker Schneider und sein Antisemitismus, Wien 1886.

HUGELMANN, Karl Gottfried, Das Nationalitätenrecht des Alten Österreich, Wien/Leipzig 1934.

„Ist der Jude satisfaktionsfähig?“, Sonderabdruck aus Nr. 7 der Unverfälschten Deutschen Worte
vom 1. April 1896.

Jahresbericht des Lesevereines der deutschen Studenten Wien's über das VI. Vereinsjahr 1876/77,
Wien 1877.

Jahresbericht des Lesevereins der deutscher Studenten Wien's über das VIII. Vereinsjahr 1877–1878,
Wien 1878.

JUNG, Rudolf, Der nationale Sozialismus. Seine Grundlagen, sein Werdegang, seine Ziele, 1. Aufl.,
Troppau 1919.

Ders., Deutsche Arbeiterschaft und Volkstum, in: Deutsche Arbeiter-Zeitung, 2. Jg., Folge 15 vom
13. April 1913.

Ders., Nationaler oder internationaler Sozialismus?, Elbersfeld 1927.

KAINDL, Friedrich, Böhmen. Zur Einführung in die böhmische Frage, Leipzig 1919.

KIESSLING, Franz Xaver, Deutschtum und römisches Papstkirchentum. Ein Hinweis auf die Ur-
sachen der deutschvölkischen Los von Rom-Bewegung in der Ostmark, Eger 1899.

Ders., Feinde deutscher Turnerei, Rosenau 1886.

Ders., Turnerisches und völkisches Geschehen im Wandel der Zeiten, Wien 1940.

KNIRSCH, Hans, Aus der Geschichte der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterbewegung Alt-
Österreichs und der Tschecho-Slowakei, Dux 1931.

KNOLL, Kurt, Die Geschichte der schlesischen akademischen Landsmannschaft Oppavia in Wien,
Wien 1923.

Ders., Geschichte der wehrhaften Vereine deutscher Studenten in der Ostmark, Wien 1924.

KOHARY, Theodor von, Der Burschenschafter Georg von Schönerer, in: Burschenschaftliche Blät-
ter, 51. Jg., Heft 1, Oktober 1936.

KRAUS, Karl, Die Fackel, Jg. 1901, Nr. 64 vom Jänner 1901.

KREBS, Hans, Der sudetendeutsche Arbeiter, in: Sudetendeutsches Jahrbuch, Nr. 4 (Jg. 1928).

Ders., Kampf in Böhmen, Berlin 1938.

KUPPE, Rudolf, Karl Lueger und seine Zeit, Wien 1933.

MARR, Wilhelm, Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum vom nicht confessionellen Standpunkt aus betrachtet, 8. Aufl., Bern 1879.

MASAIDEK, F. F., Georg Schönerer und die deutschnationale Bewegung, Wien 1898.

MAYER-LÖWENSCHWERDT, Erwin, Schönerer, der Vorkämpfer. Eine politische Biographie, Wien/Leipzig 1938.

Mitteilungen des niederösterreichischen Turngaues 1888–1890.

MOLISCH, Paul, Briefe zur deutschen Politik in Österreich von 1848 bis 1918, Wien 1934.

Ders., Die deutschen Hochschulen in Österreich, München 1922.

Ders., Die Stellung Wiens in der deutschösterreichischen Politik von 1848 bis 1918, in: Jahrbuch des Vereines für Geschichte der Stadt Wien, 3./4. Bd., Wien 1942.

Ders., Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich, Jena 1926.

Ders., Politische Geschichte der deutschen Hochschulen in Österreich von 1848–1918, Wien und Leipzig 1939.

Ders., Zur Geschichte der Badenischen Sprachenverordnungen vom 5. und 22. April 1897, Wien 1923.

NITTEL, Anton, Los von Prag und Rom, Warnsdorf 1898.

„Offene Fragen an Herrn Pattai bezüglich seiner Auslassungen in seiner Rede vom 14. Oktober 1889, gezeichnet von einer Anzahl unverfälschter Deutschnationaler.“ (Flugblatt)

PATZELT, Julius, Österreichisches Jahrbuch 1897, Wien 1898.

PETERS, Hermann, Libertas. Die Geschichte einer Wiener Burschenschaft, Wien 1937.

PFERSCHKE, Emil, Die Parteien der Deutschen in Österreich vor und nach dem Weltkrieg, München 1915.

PICHL, Eduard (vulgo HERWIG), Georg Schönerer, 6 Bde., Wien 1912–1938.

„Plädoyer des Dr. Vinzenz von Berger im Prozesse Wolf gegen Schalk.“ (gedruckt, o. J.)

POGATSCHNIGG, Paul, Die nationale Gewerkschaftsbewegung in Deutschösterreich, in: Deutschlands Erneuerung, 4. Jg. (1920), Heft 3.

RAUCHBERG, Heinrich, Der nationale Besitzstand in Böhmen, 2 Bde., Leipzig 1905.

„Resolution an den Rektor der Universität Wien, Prof. Friedrich Maaßen“ (Flugblatt o. J.)

RIEHL, Walter, Die deutsche nationalsozialistische Partei in Österreich und der Tschechoslowakei, in: Deutschlands Erneuerung, 4. Jg. (1920), Heft 3.

Ders., Unser Endziel. Eine Flugschrift für den deutschen Nationalsozialismus, 5. Aufl., Wien 1923.
 RUDERT, Wolfgang, Die Stellung des deutschen Reiches zur innerösterreichischen Lage, besonders zum völkischen Kampf der Deutschen 1890–1900, phil. Diss. Leipzig 1938.
 Rudolf, Georg Ritter von Schönerer. Der Vater des politischen Antisemitismus, München 1936.

SALTEN, Felix, Das österreichische Antlitz, Berlin 1909.

SAMASSA, Paul, Der Völkerstreit im Habsburgerstaat, Leipzig 1910.

SCHALK, Anton, Warum ich Herrn Karl Hermann Wolf für ehrlos erklärt habe, Wien 1902.

SCHEUER, Oskar Franz, Burschenschaft und Judenfrage. Der Rassenantisemitismus in der deutschen Studentenschaft, Berlin 1927.

Ders., Die geschichtliche Entwicklung des Deutschen Studententums in Österreich, Wien 1910.

SCHILLING, Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, Leipzig 1933.

SCHNEE, Heinrich, Georg Ritter von Schönerer. Ein Kämpfer für Alldeutschland, Reichenberg 1940.

SIEGHART, Rudolf, Die letzten Jahrzehnte einer Großmacht, Menschen, Völker, Probleme des Habsburgerreiches, Wien 1931.

SKEDL, Arthur, Der politische Nachlaß des Grafen Eduard Taaffe, Wien 1923.

STAUACZ, Franz, Die Entwicklung der Christlichsozialen Partei, Wien 1901.

STEIN, Franz, Der Rufer der Ostmark. Georg von Schönerers Leben und Kampf, Wien 1941.

STOECKER, Adolf, Christlich-Sozial. Reden und Aufsätze von Adolf Stoecker, 2. Aufl., Berlin 1890.

STRASSER, Josef, Der Arbeiter und die Nation, Reichenberg 1912.

STRAUSS, Emil, Die Entstehung der deutschböhmischen Arbeiterbewegung, Prag 1925.

SYLVESTER, Julius, Aus der deutschnationalen Parteiengeschichte. Wie das Linzer Programm entstand, in: Österreichische Volkszeitung vom 25. Dezember 1913.

Ders., Vom toten Parlament und ihren letzten Trägern, Wien 1928.

TICHY, Harald, Franz Stein. Ein großdeutscher Kämpfer, Krems 1942.

TIETZE, Hans, Die Juden Wiens, Leipzig 1933.

ULBRICHT, Karl, Das zweite allgemeine deutsche Turnfest in Berlin am 10. bis 13. August 1861, Wien 1861.

WAGNER, Richard, Gesammelte Schriften und Dichtungen, Bd. 3, Leipzig 1871.

WAWRZINEK, Kurt, Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), Historische Studien, Heft 168, Ebering 1927.

WINKLER, Franz, Die Diktatur in Österreich, Zürich Leipzig 1935.

WITZMANN, Erich, Der Anteil der Wiener waffenstudentischen Verbindungen an der völkischen und politischen Entwicklung 1919–1938, Wien 1940.

ZEIDLER, Rudolf, Hans Knirsch. Ein sudetendeutscher Edelmensch, Schwerin 1938.

ZENKER, E. V., Der Parlamentarismus. Sein Wesen und seine Entwicklung, Wien 1914.

III. Zeitungen

Antisemitische Correspondenz und Sprechsaal für innere Partei Angelegenheiten, Nr. 1 vom 1. Oktober 1885.

Arbeiter Zeitung, Nr. 72 vom 14. März 1898.

Der Bergmann, Nr. 9 vom 15. Dezember 1903.

Der Bote aus dem Waldviertel, Nr. 127 vom 1. April 1883; Nr. 357 vom 1. November 1892.

Der Deutsche Bergmann. Organ für die Interessen der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs, Mai, Juli, November 1903.

Deutsche Arbeiterpresse, Ausg. Mai, Juli, August 1914; Jg. 1916–1920; Ausg. vom 21. August 1926 und vom 4. Jänner 1935.

Deutsche Arbeiterstimme. Organ der deutschen Arbeiterschaft Böhmens, Oktober 1906–Mai 1907.

Deutsche Arbeiter-Zeitung, Jg. 1913–1914.

Deutsche Reform, September–November 1882.

Deutsche Volkswehr vom 2. April 1910.

Deutsche Volksstimme vom 30. Juli 1910.

Deutsche Volkszeitung, Nr. 252 vom 12. September 1908.

Deutsche Worte, Nr. 4 vom 16. Juli 1881; Nr. 12 vom 16. Juni 1883; Nr. 6 vom 15. Juli 1911.

Deutsche Zeitung, Jg. 1878–1892.

Deutscher Volksruf vom 15. November 1918; 21. Dezember 1918; 26. Jänner 1919; 16. Februar 1919.

Deutsches Montagsblatt, Nr. 135 vom 22. Dezember 1889.

Deutsches Volksblatt, Dezember 1888–Mai 1896.

Egerer Nachrichten, Jg. 1897.

Extrablatt vom 6. April 1879.

Extrapost, Nr. 66 vom 22. April 1883.

Frankfurter Journal, Nr. 292 vom 20. April 1883.

Der Freigeist vom 23. August 1904.

Freie Stimmen, Nr. 69 vom 10. Juni 1897.

Fremden-Blatt, Nr. 307 vom 6. November 1880; Nr. 46 vom 16. Februar 1881; Nr. 80 vom 21. März 1882; Nr. 81 vom 22. März 1882; Nr. 64 vom 7. März 1883.

Gleichheit vom 26. September 1903.

Grazer Extrablatt vom 3. November 1897.

Grazer Tagblatt, Nr. 328 vom 27. November 1901 und Nr. 330 vom 30. November 1901.

Der Hammer, Jg. 1895–1903.

Der Handwerksmeister. Organ des Verbandes der Gewerbege nossenschaften im Egerer Kammerbezirk, März–November 1888.

Illustriertes Wiener Extrablatt, Nr. 64 vom 7. März 1883; Nr. 105 vom 18. April 1883; Nr. 106 vom 19. April 1883; Nr. 107 vom 20. April 1883; Nr. 109 vom 22. April 1883.

Illustriertes Wiener Wochenblatt, Nr. 80 vom 21. März 1882.

Der junge Kikeriki, Nr. 18 vom 16. April 1882.

Der Kampf, 9. Heft vom März 1916.

Konstitutionelle Vorstadt Zeitung, Nr. 43 vom 13. Februar 1881; Nr. 64 vom 7. März 1883.

Der Kyffhäuser, Nr. 51 vom 22. Dezember 1889 und vom 1. Februar 1889.

Leitmeritzer Zeitung vom 24. März 1882.

Morgen-Post, Nr. 81 vom 22. März 1882; Nr. 106 vom 19. April 1883; vom 7. März 1883; vom 18. April 1883.

Nationalsozialistische Briefe, Nr. 34 vom 15. Februar 1927.

Neue Freie Presse, Beilage zum Abendblatt, Nr. 661, vom Dienstag, 3. Juli 1866; Nr. 4020, Abendblatt vom 3. November 1875; Nr. 5145, vom 22. und Nr. 5148 vom 25. Dezember 1878; vom 27. April 1880; vom 12. Februar 1881; Nr. 5932 vom 4. März 1881; vom 5. März 1881; Nr. 6654 vom 7. März 1883; Nr. 6695 vom 18. April 1883; Nr. 6697 vom 20. April 1883; vom 26. Mai 1883; vom 2. April 1895; Nr. 11349 vom 28. März 1896; Nr. 11889 vom 27. September 1897; vom 17. August 1921.

Der neue Tag, Nr. 163 vom 14. Juni 1941.

Neue Zeit vom 12. Oktober 1907.

Neues Wiener Tagblatt vom 16. Februar 1881; vom 26. Mai 1884; Nr. 331 vom 3. Dezember 1902; vom 7. April 1911; Nr. 167 vom 18. Juni 1941.

Neuigkeits Welt Blatt, 2. Bogen vom 7. 3. 1883.

Niederösterreichische Presse, Nr. 64 vom 12. August 1893.

Ostdeutsche Rundschau, Jg. 1894–1902.

Österreichische Wochenschrift – Zentralorgan für die gesamten Interessen des Judentums, Nr. 20 vom 14. Mai 1897.

Österreichischer Volksfreund, Februar 1882; Jänner, Februar 1884; April-September 1886; Oktober-Dezember 1887.

Patriotische Flugblätter zur Aufklärung und Bedeutung für Österreichs Völker, Nr. 4 vom 10. März 1882.

Die Presse, Nr. 346 vom 16. Dezember 1875; Nr. 46, Abendblatt vom 16. Februar 1881; Nr. 80 vom 21. März 1882; Nr. 81 vom 22. März 1882; vom 18. April 1883.

Reichenberger Zeitung, vom 2. September 1908 und 8. Februar 1909.

Reichspost, Nr. 276 vom 1. Dezember 1895 und 26. September 1919.

Rumburger Zeitung – Organ für Nordböhmen, Nr. 43 vom 28. Mai 1884.

Schlesisches Morgenblatt, Nr. 90 vom 20. April 1883.

Der Tag vom 18. Juli 1919; Nr. 155 vom 8. Oktober 1919; Nr. 188 vom 16. November 1919; vom 5. Mai 1920.

Telegraf. Organ für steiermärkische Interessen, 12. Jg., Nr. 155 vom 4. Juli 1866 und Nr. 185 vom 3. August 1866.

Trautenuer Wochenblatt. Organ der Fortschrittlichen Partei, vom 21. Dezember 1878 und vom 2. März 1902.

Tribüne vom 5. November 1882; Nr. 80 vom 21. März 1882; Nr. 105 vom 18. April 1883.

Unverfälschte Deutsche Worte, Jg. 1883–1898.

Das Vaterland vom 20. Dezember 1871; vom 10. Oktober 1875; Nr. 47 vom 17. Februar 1881; vom 2. März 1881; Nr. 84 vom 25. März 1882; Nr. 64 vom 7. März 1883; Nr. 106 vom 19. April 1883; vom 26. Mai 1883; vom 11. Oktober 1887; vom 15. Dezember 1889.

Völkischer Beobachter, Nr. 25 vom 1. Februar 1927.

Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe, Nr. 157 vom 21. 8. 1938; Nr. 163 vom 12. Juni 1941; Nr. 168 vom 17. Juni 1941; Nr. 169 vom 18. Juni 1941; Nr. 170 vom 19. Juni 1941; Nr. 172 vom 23. Juni 1941; Nr. 198 vom 17. Juli 1942; Nr. 199 vom 18. Juli 1942; Nr. 202 vom 21. Juli 1943; Nr. 204 vom 23. Juli 1943; Nr. 205 vom 24. Juli 1943.

Der Volksruf, Nr. 4 vom 20. Februar 1897; Nr. 9 vom 5. Mai 1897; Nr. 10 vom 20. Mai 1897; Nr. 11 vom 5. Juni 1897; Nr. 23 vom 5. Dezember 1897; Nr. 24 vom 20. Dezember 1897.

Volkswehr. Organ der deutschen Arbeiterpartei Österreichs für das nordöstliche Böhmen (Gablonz und Reichenberg), 4. Jg., Nr. 4 vom 25. 1. 1913.

Vorstadt-Zeitung vom 10. Mai 1882.

Die Wartburg, Nr. 2 vom Februar 1901.

Welt-Neuigkeits-Blatt, Nr. 65 vom 20. März 1938.

Wiener Allgemeine Zeitung, Nr. 247 vom 5. November 1880; vom 26. Februar 1881; Nr. 364 vom 5. März 1881; Nr. 741 vom 21. März 1882; Nr. 755 vom 5. April 1882; Nr. 1085 vom 7. März 1883; Nr. 1126 vom 18. April 1883; Nr. 1128 vom 28. April 1883; Nr. 1211 vom 13. Juli 1883.

Wiener „Alma Mater“, 2. Jg., Nr. 43 vom 25. Oktober 1877 und Nr. 44 vom 11. November 1880.

Wiener Kirchenzeitung, Nr. 12 vom 24. März 1858 und Nr. 8 vom 19. Februar 1870.

Wiener Sonntagsblatt, Nr. 395 vom 1. Juni 1884.

Wiener Zeitung, Nr. 325 vom 26. November 1937 und Nr. 326 vom 27. November 1937.

IV. Sekundärliteratur

ACKERL, Isabella, Die Großdeutsche Volkspartei 1920–1934, phil. Diss. Wien 1968.

ADELMAIER, Werner, Ernst Vergani, Wien 1969.

ANDICS, Hellmut, Luegerzeit. Das schwarze Wien bis 1918, Wien München 1984.

Ders., Der Staat den keiner wollte. Österreich 1918–1938, Wien 1962.

Ders., Der ewige Jude, Wien 1965.

ARDELT, Rudolf, Zwischen Demokratie und Faschismus. Deutschnationales Gedankengut in Österreich 1919–1930, Wien 1972.

ARENDT, Hannah, The Origins of Totalitarianism, New York 1958.

ARPEL, Dirk van, Antisemitism in Austria, Leiden 1966.

ASH, Timothy Garston, Retrospektive ohne Illusion, in: Der STANDARD, Nr. 3387 vom 29. Jänner 2000.

AUERBACH, Hellmuth, Nationalsozialismus vor Hitler, in: BENZ, Wolfgang / Hans BUCHHEIM / Hans MOMMSEN (Hg.), Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft, 6. Aufl., Frankfurt a. Main 1993.

BACHMANN, Harald, Raphael Pacher und die deutschradikale Bewegung in den Sudetenländern. Aus den Erinnerungen Pachers, in: Bohemia – Jahrbuch des Collegium Carolinum, Bd. 5 (Jg. 1964).

Ders., Sozialstruktur und Parteienentwicklung im nordwestböhmischen Kohlenrevier vor dem Zusammenbruch der Monarchie, in: Bohemia – Jahrbuch des Collegium Carolinum, Bd. 10 (Jg. 1969).

BACKES, Klaus, Hitler und die bildenden Künste. Kulturverständnis und Kulturpolitik im Dritten Reich, Köln 1988.

BENDA, Franz, Der deutsche Turnerbund 1889. Seine Entwicklung und Weltanschauung, Wien 1991.

BENEDIKT, Heinrich, Zentralismus und Föderalismus im alten Österreich, in: Der Donauraum, 14 Jg., Heft 4, Wien 1969.

- BERCHTOLD, Klaus (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, Wien 1968.
- BÖNISCH, Michael, Die „Hammer“ Bewegung, in: PUSCHNER, Uwe / Walter SCHMITZ / Justus H. ULBRICHT, Handbuch der „Völkischen Bewegung“ 1871–1918, München 1996.
- BOTZ, Gerhard, Strukturwandlungen des österreichischen Nationalsozialismus (1904–1945), in: ACKERL, Isabella / Walter HUMMELBERGER / Hans MOMMSEN (Hg.), Politik und Gesellschaft im Alten und Neuen Österreich. Festschrift für Rudolf NECK zum 60. Geburtstag, Wien 1981.
- BOYER, John W., Political Radicalism in late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement, Chicago 1981.
- BRACHER, Karl Dietrich, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folge des Nationalsozialismus, 2. Aufl., Köln 1969.
- BRANDSTÖTTER, Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der Nationalsozialistischen Bewegung in Österreich, phil. Diss. (ungedruckt), Wien 1969.
- BRAUNEDER, Wilhelm / Friedrich LACHMAYER, Österreichische Verfassungsgeschichte, 2. Aufl., Wien 1980.
- BRONDER, Dietrich, Bevor Hitler kam. Eine historische Studie, Hannover 1964.
- BROWN, Karin, Karl Lueger and the Liberal Years. Democracy, Municipal Reform, and the Struggle for Power in the Vienna City Council 1875–1882, New York 1987.
- BRÜGEL, Johann Wolfgang, Tschechen und Deutsche 1918–1938, München 1967.
- BRÜGEL, Ludwig, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd. I–IV, Wien 1922–1925.
- BUKEY, Evan Burr, Hitlers Österreich. „Eine Bewegung und ein Volk“, Hamburg Wien 2001.
- BUNZL, John / Bernd MARIN, Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien, Wien 1982.
- CARSTEN, Francis L., Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1977.
- Ders., Die Vorläufer des Nationalsozialismus, in: LESER, Norbert (Hg.), Das geistige Leben in der Zwischenkriegszeit. Ringvorlesung vom 19. Mai bis 20. Juni 1980, Bd. 1, Wien 1981.
- CONZE, Werner, Die Zeit Wilhelms II. und die Weimarer Republik. Deutsche Geschichte 1890–1933, Tübingen 1964.
- CZEIKE, Felix, Historisches Lexikon der Stadt Wien, Bd. 2, De-Gy, Wien 1993.
- CZERNIN, Hubertus, Haiders Urgroßvater, in: Der STANDARD vom 26. 2. 2000, Album S. 4.
- DAIM, Wilfried, Der Mann, der Hitler die Ideen gab. Die sektiererischen Grundlagen des Nationalsozialismus, 2. Aufl., Wien 1985.
- DEUERLEIN, Ernst, Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1968.
- DUCHKOWITSCH, Wolfgang, Judenhetze als journalistischer Industriezweig. Brunner und Wiesinger – zwei prominente Theologen des 19. Jahrhunderts als Proponenten publizistischer Deformation, in: Medien & Zeit. Forum für historische Kommunikationsforschung, 5. Jg., Nr. 4, 1990.

- DVORAK, Helge, Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. I: Politiker, Teilband 2-4, Heidelberg 1999.
- EHMER, Josef, Die industrielle Arbeiterschaft, in: Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs, 1. Teil, Von der Revolution zur Gründerzeit, Beiträge zur Niederösterreichischen Landesausstellung 1984.
- ENGELMANN, Hans, Die Entwicklung des Antisemitismus im XIX. Jahrhundert und Adolf Stoeckers Antijüdische Bewegung, Diss. Erlangen 1953.
- FERBER, Walter, Die Vorgeschichte der NSDAP in Österreich, Konstanz 1954.
- FERTL, Karl, Die Deutschnationalen in Wien im Gegensatz zu den Christlichsozialen bis 1914, phil. Diss. (ungedruckt) Wien 1973.
- FEST, Joachim, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1987.
- FIEDLER, Wilfried, Die erste deutsche Nationalversammlung 1848/49. Handschriftliche Selbstzeugnisse ihrer Mitglieder, o. O., o. J.
- FRANK, Claudia, Georg Ritter von Schönerer. Politische Ziele und deren Umsetzung, Dipl. Arb. Innsbruck 1990.
- FRANZ-WILLING, Georg, Ursprung der Hitlerbewegung, 2. Aufl., Preußisch Oldendorf 1974.
- FUCHS, Albert, Geistige Strömungen in Österreich 1867-1918, Wien 1949.
- GALL, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. Main 1983.
- GARVER, Bruce M., The Young Czech Party 1874-1901 and the Emergence of a Multi-Party-System, Yale University Press 1978.
- GERLACH, Walter, Fortschritte der Naturwissenschaft im 19. Jahrhundert, in: MANN, Golo (Hg.), Propyläen Weltgeschichte, Bd. 8, Berlin 1991.
- GISEVIUS, Hans Bernd, Adolf Hitler. Versuch einer Deutung, München 1963.
- GLUM, Friedrich, Der Nationalsozialismus. Werden und Vergehen, München 1962.
- GOLDINGER, Walter / Dieter A. BINDER, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien 1992.
- GRAIG, Gordon A., Königgrätz. 1866. Eine Schlacht macht Weltgeschichte, Wien 1997.
- GREBING, Helga, Der Nationalsozialismus. Ursprung und Wesen, München 1959.
- GRIMM, Horst / Leo BESSER-WALZEL, Die Corporationen, Frankfurt a. M. 1986.
- GRISCHANY, Thomas, Der „österreicher“ Adolf Hitler. Der Anteil österreichischer Elemente an Hitlers historischer Erscheinung, Dipl. Arb. Wien 1994.
- HAAS, Hanns, Österreich im gesamtdeutschen Schicksalszusammenhang?, in: BOTZ, Gerhard / Gerald SPRENGNAGEL (Hg.), Kontroversen. Österreichische Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, österreichische Identität, Waldheim und die Historiker; Studien zur historischen Sozialwissenschaft, Bd. 13, Frankfurt a. M. 1994.
- HABSBURG, Otto von, Die Schlacht bei Königgrätz als geschichtlicher Wendepunkt, in: Bohemia, Bd. 8 (Jg. 1967).

- HÄFFNER, Sebastian, Von Bismarck zu Hitler, München 1987.
- HAMANN, Brigitte, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München 1996.
- Dies., Rudolf. Kronprinz und Rebell, Wien 1987.
- HAMEL, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der deutschnationale Handlungsgehilfenverband, Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. IV, Frankfurt a. Main 1967.
- HANISCH, Ernst / RUMPLER, Herbert (Hg.), Innere Staatsbildung und gesellschaftliche Modernisierung in Österreich und Deutschland 1867/68–1914, Historikergespräch Österreich BR-Deutschland 1989, Wien 1991.
- HANISCH, Ernst, Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913–1925), in: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, 117. Vereinsjahr (1977), Salzburg 1978.
- HANSEL, Gertraud, Die tschechische Stellungnahmen zu den Sprachenverordnungen Badens vom 5. und 22. April 1897, phil. Diss. (ungedruckt) Wien 1953.
- HANTSCH, Hugo, Die Geschichte Österreichs, Bd. II (1648–1918), Graz 1962.
- HÄUSLER, Wolfgang, Toleranz, Emanzipation und Antisemitismus. Das österreichische Judentum des bürgerlichen Zeitalters (1782–1918), in: DRABEK Anna / Wolfgang HÄUSLER / Kurt SCHUBERT / Karl STUHLPFARRER / Nikolaus VIELMETTI, Das Österreichische Judentum. Voraussetzungen und Geschichte, München 1982.
- HAWLIK, Johannes, Der Bürgerkaiser. Karl Lueger und seine Zeit, Wien 1985.
- Ders., Die politischen Parteien Deutsch-Österreichs bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung 1919, phil. Diss. (ungedruckt) Wien 1971.
- HEER, Friedrich, Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität, München 1968.
- Ders., Der Kampf um die österreichische Identität, Wien/Köln/Graz 1981.
- Ders., Die Religion des Adolf Hitler, Wien 1968.
- HEIDEN, Konrad, Geschichte des Nationalsozialismus. Die Karriere einer Idee, Berlin 1933.
- HEIN, Robert, Studentischer Antisemitismus in Österreich. Beiträge zur österreichischen Studentengeschichte, Bd. 10, Wien 1984.
- HEITHER, Dietrich / Alexandra KURTH, Bürgerliche Revolutionäre – Antisemitische Nationalisten. Der Weg zum Ersten Weltkrieg, in: HEITHER, Dietrich / Michael GEHLER, Alexandra KURTH, Gerhard SCHÄFER, Blut und Paukboden, Frankfurt a. Main 1997.
- HELLBLING, Ernst C., Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, 2. Aufl., Wien 1974.
- HELLWING, I. A., Der konfessionelle Antisemitismus im 19. Jahrhundert in Österreich, Wien 1972.
- HEMMERLE, Rudolf, Sudetenland-Lexikon, Würzburg 2001.
- HÖBELT, Lothar (Hg.), Festschrift für Julius Sylvester, Wien 1994.
- HÖBELT, Lothar, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918, Wien 1993.
- HOFFMANN, Lutz, Das deutsche Volk und seine Feinde. Die völkische Droge, Köln 1994.

- HOHENECKER, Ludwig / Gustav OTRUBA, Von St. Germain zum Staatsvertrag – Österreich 1918–1955, Wien 1967.
- HUDAL, Alois, Die Grundlagen des Nationalsozialismus, Leipzig 1937.
- JAGSCHITZ, Gerhard, Die Wahlen des Wiener Gemeinderats vom Jahre 1891 im 18. Bezirk, in: Unser Währing. Vierteljahresschrift des Vereines zur Erhaltung und Förderung des Währinger Heimatmuseums, 3. Jg., Heft 3 (1968).
- Ders., „Jüdische Weltherrschaft“. Der Antisemitismus der frühen NSDAP in Österreich, in: Das jüdische Echo, Nr. 44, vom Oktober 1995.
- JEDLICKA, Ludwig, Vom alten zum neuen Österreich. Fallstudien zur österreichischen Zeitgeschichte 1900–1975, St. Pölten 1975.
- JENKS, William, Austria Under the Iron Ring 1879–1893, The University Press of Virginia 1965.
- JOACHIMSTHALER, Anton, Hitlers Eintritt in die Politik und die Anfänge der NSDAP, in: München – Hauptstadt der Bewegung, Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 22. Oktober 1993 bis 27. März 1994, München 1993, S. 71–82.
- JOHNSTON, Otto, Der deutsche Nationalmythos. Ursprung eines politischen Programms, Stuttgart 1990.
- JUDSON, Pieter M., Exclusive Revolutionaries. Liberal Politics, Social Experience and National Identity in the Austrian Empire 1848–1914, The University of Michigan Press 1996.
- Ders., Wien brennt! Die Revolution von 1848 und ihr liberales Erbe, Wien 1998.
- KANN, Robert, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie, Bd. I, Graz 1964.
- Ders., Das Deutsche Reich und die Habsburgermonarchie 1871–1918, in: KANN, Robert / Friedrich E. PRINZ, Deutschland und Österreich. Ein bilaterales Geschichtsbuch, Wien 1980.
- KATZ, Jacob, Vom Vorurteil bis zur Vernichtung. Der Antisemitismus 1700–1933, München 1989.
- KELSEN, Hans, Die Verfassungsgesetze der Republik (Deutsch-)Österreich, Bd. 1, Wien 1919.
- KERSHAW, Ian, Hitler 1889–1936, Stuttgart 1998.
- KLEINDEL, Walter, Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur, Wien 1978.
- KLEINWAECHTER, Friedrich, Der Untergang der österreichisch-ungarischen Monarchie, Leipzig 1920.
- KLENNER, Fritz, Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme, Wien 1967.
- KLETECKA, Thomas, Außenpolitische Vorstellungen von Parteien und Gruppen in Cisleithanien, in: WANDRUSZKA, Adam / Peter URBANITSCH, Die Habsburgermonarchie, Bd. IV, Wien 1988.
- KNAUER, Oswald, Das österreichische Parlament von 1848 bis 1966, Wien 1969.
- Ders., Der Wiener Gemeinderat von 1861–1918, in: Wiener Geschichtsblätter, Nr. 18 und Nr. 19 (Jg. 78 und 79), 1963/64.
- KNOLL, Reinhold, Zur Früh- und Entwicklungsgeschichte der christlichsozialen Bewegung in Österreich bis 1907, Wien 1970.

- KOLMER, Gustav, Parlament und Verfassung in Österreich, 8 Bde., Wien 1902–1914.
- KONRAD, Helmut, Nationalismus und Internationalismus, Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1976.
- Ders., Österreichische Arbeiterbewegung und nationale Frage im 19. Jahrhundert, in: MADER-THANER, Wolfgang, Sozialdemokratie und Habsburgerstaat, Wien 1988.
- KOŘALKA, Jiří, Altes und Neues in den Böhmisches Ländern, in: Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs, 1. Teil, Von der Revolution zur Gründerzeit, Beiträge zur Niederösterreichischen Landesausstellung 1984.
- Ders., Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815–1914, Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationenbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern, Wien 1991.
- KROLL, Frank Lothar, Geschichte und Politik im Weltbild Hitlers, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 44. Jg. (1996).
- KRUCK, Alfred, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939, Wiesbaden 1954.
- KUBIZEK, August, Adolf Hitler, Mein Jugendfreund, Graz 1953.
- KÜHNEL, Reinhard, Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim 1966.
- KULEMANN, Peter, Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur, Hamburg 1982.
- LEHR, Reinhard, Was ist Antisemitismus? Entstehung des Begriffs und konkreter Inhalt, in: POTTSCHNIG, Franz / Peter PULZER / Alfred RINNERHALER, Semitismus und Antisemitismus in Österreich, München 1988.
- LEIDIGKEIT, Karl Heinz, Wilhelm Liebknecht und August Bebel in der deutschen Arbeiterbewegung 1862–1869, Berlin-Ost 1957.
- LUH, Andreas, Die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei im Sudetenland: Völkische Arbeiterpartei und faschistische Bewegung, in: Bohemia – Jahrbuch des Collegium Carolinum, Bd. 32 (Jg. 1991).
- LUTZ, Heinrich, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867–1871, Frankfurt a. Main 1979.
- Ders., Zur Wende der österreichisch-ungarischen Außenpolitik 1871. Denkschrift des Grafen Beust an Franz Joseph vom 18. Mai, in: Festschrift für Hanns Leo Mikoletzky, Wien 1972.
- MAMATEY, Viktor, Die Errichtung der Republik, in: MAMATEY, Viktor / Radomir LUZA, Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918–1948, Wien 1980.
- MASER, Werner, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965.
- Ders., Nürnberg. Tribunal der Sieger, Düsseldorf 1977.
- MASSING, Paul W., Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Mannheim 1959.
- MATZ, Klaus Jürgen, Wer regierte wann? Regententabellen zur Weltgeschichte, München 1994.
- MAYR-HARTING, Anton, Der Untergang. Österreich-Ungarn 1848–1922, Wien 1988.

- McGRATH, William J., *Dionysian Art and Populist Politics in Austria*, New Haven, Yale University Press, 1974.
- MEINECKE, Friedrich, *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, 5. Aufl., Wiesbaden 1955.
- MOMMSEN, Hans, *Arbeiterbewegung und nationale Frage*, Göttingen 1979.
- Ders., *Das Problem der internationalen Integration in der böhmischen Arbeiterbewegung*, in: *Bohemia*, 2. Jg. (1961).
- Ders., *Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat*, Bd. 1, Wien 1963.
- Ders., *Österreichs Weg vom habsburgischen Nachfolgestaat zur demokratischen Nation*, in: KONRAD, Helmut / Wolfgang NEUGEBAUER, *Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewußtsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner*, Wien 1983.
- MOMMSEN, Wolfgang, *Österreich-Ungarn aus der Sicht des Deutschen Kaiserreiches*, in: RUMPLER, Herbert (Hg.), *Innere Staatsbildung und gesellschaftliche Modernisierung in Österreich und Deutschland 1867/68–1914*, Historikergespräch Österreich BR-Deutschland 1989, Wien 1991.
- MORTON Frederic, *Ein letzter Walzer. Wien 1888/89*, Wien 1997.
- MOSER, Jonny, *Von der Emanzipation zur antisemitischen Bewegung. Die Stellung Georg Ritter von Schönerers und Heinrich Friedjungs in der Entwicklungsgeschichte des Antisemitismus in Österreich (1848–1896)*, phil. Diss. Wien 1962.
- MOSSE, George L., *Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich*, Frankfurt a. Main 1993.
- MULLEY, Klaus Dieter, *Die NSDAP in Niederösterreich 1918 bis 1938*, in: *Österreich in Geschichte und Literatur (ÖGL)*, 33. Jg. (1989), Heft 3–4.
- MUND, Rudolf, *Jörg Lanz von Liebenfels und der Neue Templer Orden*, Stuttgart 1976.
- NOLTE, Ernst, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963.
- OXAAL, Ivar, *Die Juden im Wien des jungen Hitler. Historische und soziale Aspekte*, in: BOTZ, Gerhard / Ivar OXAAL / Michael POLLAK (Hg.), *Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert*, Buchloe 1990.
- PAULEY, Bruce, *Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich*, Wien 1988.
- Ders., *Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung bis zur Auslöschung*, o.O., o.J.
- PETERS, Michael, *Der Alldeutsche Verband*, in: PUSCHNER, Uwe / Walter SCHMITZ / Justus H. ULBRICHT, *Handbuch der „Völkischen Bewegung“ 1871–1918*, München 1996.

- PICKER, Henry (Hg.), Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941 bis 1942, Bonn 1951.
- POLLEROS, Friedrich, 100 Jahre Antisemitismus im Waldviertel, in: Schriftenreihe des Waldviertler Heimatbundes, Bd. 25, Krems 1983.
- PRINZ, Friedrich, Probleme der böhmischen Geschichte zwischen 1848 und 1914, in: Bohemia – Jahrbuch des Collegium Carolinum, 6. Jg. (1965).
- PULZER, Peter, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Gütersloh 1966.
- PUSCHNER, Uwe, Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon unter „www.bautz.de“ und „www.dhm.de/lemo/html“
- REICHHOLD, Ludwig, Geschichte der christlichen Gewerkschaften Österreichs, Wien 1987.
- REUTH, Ralf Georg, Joseph Goebbels Tagebücher 1924–1945, Bd. 2 (1930–1934), München 1992.
- RIEPL, Hermann, Fünfzig Jahre Landtag von Niederösterreich, Bd. 1, Der Landtag der Ersten Republik, Wien 1972.
- RITTER, Gerhard, Stein. Eine politische Biographie, 4. Aufl., Stuttgart 1981.
- SCHÄFER, Gerhard, Die frühen Burschenschaftsbewegungen, in: HEITHER, Dietrich / Michael GEHLER, Alexandra KURTH, Gerhard SCHÄFER, Blut und Paukboden. Eine Geschichte der deutschen Burschenschaften, Frankfurt a. M. 1997.
- SCHEICHL, Paul Sigurd, Nuancen in der Sprache der Judenfeinde, in: BOTZ, Gerhard / Ivar OXAAL / Michael POLLAK (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert, Buchloe 1990.
- SCHILLER, Otto, Die ideologische Auseinandersetzung über Christentum und altgermanischem Götterglauben zwischen Deutschem Turnerbund und Christlichdeutscher Turnerschaft, theolog. Diss. (ungedruckt) Graz 1978.
- SCHMIDL, Roland, Der Deutsche Turnerbund (1919) und seine politische Relevanz in der Ersten Republik Österreich, phil. Diss. (ungedruckt) Wien 1978.
- SCHNEE, Heinrich, Karl Lueger. Leben und Wirken eines großen Sozial- und Kommunalpolitikers, Berlin 1960.
- SCHOLZ, Nina / Heiko HEINISCH, Gegen Wahrheit und besseres Wissen. Der Wiener Pfarrklerus und die Juden in den dreißiger Jahren, in: Jüdisches Echo. Europäisches Forum für Kultur & Politik, Vol. 49, Oktober 2000, S. 348ff.
- SCHORSKE, Carl E., Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle, Frankfurt a. M. 1982.
- SCHOTT, Richard, Generalfeldmarschall von Hindenburg, Bielefeld o. J.
- SCHULZ, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975.
- SEVERING-WOLLANEK, Marlis, Die deutschböhmische Sozialdemokratie in den Jahren 1889–1914, in: MADERTHANER, Wolfgang, Sozialdemokratie und Habsburgerstaat, Wien 1988.

- SIEFERLE, Rolf Peter, Rassismus, Rassenhygiene, Menschenzuchtideale, in: PUSCHNER, Uwe / Walter SCHMITZ / Justus H. ULBRICHT, Handbuch der „Völkischen Bewegung“ 1871–1918, München 1996.
- SMELSER, Roland M., Hitler and the DNSAP. Between Democracy and Gleichschaltung, in: Bohemia – Jahrbuch des Collegium Carolinum, Bd. 20 (1979).
- STADLER, Karl R., Engelbert Pernerstorfer. Zur deutschnationalen Tradition in der österreichischen Sozialdemokratie, in: NECK, Rudolf / Adam WANDRUSZKA (Hg.), Beiträge zur Zeitgeschichte. Festschrift für Ludwig Jedlicka zum 60. Geburtstag, St. Pölten 1976.
- STAUDINGER, Anton, Christlichsoziale Judenpolitik in der Gründungsphase der österreichischen Republik, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1978, Wien 1979.
- STIMMER, Gernot, Eliten in Österreich: 1848–1970, Wien Köln Graz 1997.
- STREITMANN, M., Der deutsche Schulverein vor dem Hintergrund der österreichischen Innenpolitik, phil. Diss. (ungedruckt) Wien 1984.
- SUTTER, Berthold, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897. Ihre Genesis und ihre Auswirkungen auf die innerösterreichischen Alpenländer, 2 Bde., Wien 1965.
- THORWALD, Jürgen, Das Jahrhundert der Detektive. Wege und Abenteuer der Kriminalistik, Bd. 2, Report der Toten, München 1978.
- TRISCHLER, Franz, Georg von Schönerer. Eine österreichische Tragödie, Wien 1992.
- TYRELL, Albrecht, Führer befehl ... – Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP, Bindlach 1991.
- ULBRICHT, Justus H., Völkische Publizistik in München – Verleger, Verlage und Zeitschriften im Vorfeld des Nationalsozialismus, in: München. Hauptstadt der Bewegung, Katalog zur Ausstellung vom 22. Oktober 1993 bis 27. März 1994 im Münchner Stadtmuseum, München 1993.
- URBANITSCH, Peter, Zwischen Zentralismus und Föderalismus, in: Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs, 1. Teil, Von der Revolution zur Gründerzeit, Beiträge zur Niederösterreichischen Landesausstellung 1984.
- VENOHR, Wolfgang, Ludendorff. Legende und Wirklichkeit, Berlin 1993.
- VON ZUR MÜHLEN, Patrick, Rassenideologien. Geschichte und Hintergründe, Berlin Bonn Bad Godesberg 1977.
- WAGENER, Otto, Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929–1932, hg. von Henry Ashby TURNER, Frankfurt a. Main Berlin Wien 1978.
- WALCH, Dietmar, Die jüdischen Bemühungen um die materielle Wiedergutmachung durch die Republik Österreich, Wien 1971.
- WALTER, Robert / Heinz MAYER, Grundriß des österreichischen Bundesverfassungsrechts, 4. Aufl., Wien 1982.

- WANDRUSZKA, Adam, Die Krisen des Parlamentarismus 1897 und 1933. Gedanken zum Demokratieverständnis in Österreich, in: NECK, Rudolf / Adam WANDRUSZKA (Hg.), Beiträge zur Zeitgeschichte. Festschrift für Ludwig Jedlicka zum 60. Geburtstag, St. Pölten 1976.
- Ders., Österreichs politische Struktur, in: BENEDIKT, Heinrich (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, Wien 1954.
- WEBER, Clemens, Karl Hermann Wolf, phil. Diss. (ungedruckt) Wien 1975.
- WEBER, Karl, Die österreichische Sozialdemokratie und das allgemeine Wahlrecht, phil. Diss. (ungedruckt) Wien 1956.
- WEINZIERL, Erika, Das österreichische Staatsbewußtsein, in: WEINZIERL, Erika (Hg.), Der Österreicher und sein Staat, Wien 1965.
- WEINZIERL, Erika / Kurt SKALNIK (Hg.), Österreich 1918–1938: Geschichte der Ersten Republik, Graz 1983.
- WEISS, John, Der lange Weg zum Holocaust. Die Geschichte der Judenfeindschaft in Deutschland und Österreich, Hamburg 1997.
- WENTZCKE, Paul, Die deutschen Farben, Frankfurt a. M. 1955.
- WHITESIDE, Andrew Gladding, Austrian National Socialism before 1918, The Hague 1962.
- Ders., Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 9. Jhg, Heft 4 vom Oktober 1961.
- Ders., Georg Ritter von Schönerer. Alldeutschland und sein Prophet, Graz 1981.
- WINKLER, Ingeborg, Die deutschnationalen Bestrebungen und der Gedanke des Anschlusses der Deutschösterreicher an das Deutsche Reich von 1870/71 bis 1907, phil. Diss. (ungedruckt) Wien 1974.
- WLADIKA, Michael, Der österreichische Reformverein. Die Entstehung des völkischen Antisemitismus, in: Wiener Geschichtsblätter, 55. Jg., 2000, Heft 1.
- Ders., Die politische und militärische Einflußnahme der USA auf Österreich von 1940 bis 1950, Dipl. Arb. Wien 1996.
- Ders., Hoch Hohenzollern! Die Ursprünge des Nationalsozialismus in Österreich, phil. Diss. Wien 1999.
- ZIMMER, Frank, Bismarcks Kampf gegen Kaiser Franz Joseph. Königgrätz und die Folgen, Graz/Wien/Köln 1996.
- ZÖLLNER, Erich, Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 8. Aufl., Wien 1990.

Bildnachweis

- Abbildung 1: Walther Stein (Hg.), Bismarck. Des eisernen Kanzlers Leben in annähernd 200 Bildern nebst einer Einführung, Siegen und Leipzig 1915, S. 49. Im Besitz des Autors.
- Abbildung 2: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 46 (Schönerer: Persönliches, Mappe Photos).
- Abbildung 3: Walther Stein (Hg.), Bismarck. Des eisernen Kanzlers Leben in annähernd 200 Bildern nebst einer Einführung, Siegen und Leipzig 1915, S. 59. Im Besitz des Autors.
- Abbildung 4: Walther Stein (Hg.), Bismarck. Des eisernen Kanzlers Leben in annähernd 200 Bildern nebst einer Einführung, Siegen und Leipzig 1915, S. 85. Im Besitz des Autors.
- Abbildung 5: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 51 (Witzblätter).
- Abbildung 6: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 35 (Deutschnationale Programme, Kundgebungen).
- Abbildung 7: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 46 (Schönerer: Persönliches, Mappe Photos).
- Abbildung 8: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 46 (Schönerer: Persönliches, Mappe Photos).
- Abbildung 9: Georg von Schönerer in: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 46 (Mappe Artikel, Aufsätze); Adolf Hitler in: Jan Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur. Architektur, Bildhauerei und Malerei in Österreich, Deutschland, Italien und der Sowjetunion 1922–1956, Bd. 1, Baden 1994, S. 85.
- Abbildung 10: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 37 (Robert Pattai)
- Abbildung 11: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 35 (Deutschnationale Programme, Kundgebungen).
- Abbildung 12: NB Bildarchiv I.N. P 1639/1
- Abbildung 13: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 51 (Witzblätter).
- Abbildung 14: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 48 (Mappe „Verschiedenes“)
- Abbildung 15: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 46 (Schönerer: Persönliches, Mappe Photos).
- Abbildung 16: ÖNB; Clemens Weber, Karl Hermann Wolf 1862–1941, phil. Diss. Wien 1975, Einleitungsseite.
- Abbildung 17: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 46 (Mappe Artikel, Aufsätze)
- Abbildung 18: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 46 (Schönerer: Persönliches, Mappe Photos).
- Abbildung 19: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 46 (Schönerer: Persönliches, Mappe Photos).
- Abbildung 20: ÖNB
- Abbildung 21: Clemens Weber, Karl Hermann Wolf 1862–1941, phil. Diss. Wien 1975, Anhang 7, S. 414.
- Abbildung 22: Clemens Weber, Karl Hermann Wolf 1862–1941, phil. Diss. Wien 1975, Anhang 11, S. 417.
- Abbildung 23: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 46 (Schönerer: Persönliches, Mappe Photos).

- Abbildung 24: Clemens Weber, Karl Hermann Wolf 1862–1941, phil. Diss. Wien 1975, Anhang 23, S. 425.
- Abbildung 25: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 38 (Deutschnationale: Franz Stein, Aufsätze, Briefe, Reden).
- Abbildung 26: ÖNB. Alois Ciller, Vorläufer des Nationalsozialismus, Wien 1932, nach S. 152.
- Abbildung 27:
- Abbildung 28: ÖNB. Alois Ciller, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und der Ostmark, 2. Aufl., Hamburg 1943, nach S. 64.
- Abbildung 29: ÖNB. Alois Ciller, Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und der Ostmark, 2. Aufl., Hamburg 1943, nach S. 80.
- Abbildung 30: ÖNB. Alois Ciller, Vorläufer des Nationalsozialismus. Geschichte und Entwicklung der nationalen Arbeiterbewegung im deutschen Grenzland, Wien 1932.
- Abbildung 31: ÖNB. Alexander Schilling, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, Leipzig 1933, Einbandfoto.
- Abbildung 32: ÖNB. Alexander Schilling, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, Leipzig 1933, nach S. 240.
- Abbildung 33: DI Dumböck
- Abbildung 34: ÖStA, AVA, Nachlass Pichl, Kt. 46 (Schönerer: Persönliches, Mappe Photos).

Personenregister

- Abel, Pater Heinrich 189, 268
 Abeles, Heinrich 82
 Abrahamovicz, David Ritter von 326, 372, 386–387, 390, 395–396, 398, 400–402, 404–406, 408
 Adámek, Karl 317
 Adler, Friedrich 302
 Adler, Georg 447, 484
 Adler, Viktor 46, 79, 98–99, 149, 151–152, 155–157, 176, 180, 216, 253, 295, 354, 357–359, 363, 484, 526, 532, 546–547, 550, 575, 584
 Agliardi, Kardinal Antonio 268
 Aichinger, Hans 295
 Aigner, Anton 453
 Ainspinner, Gustav 516, 531
 Albon, Franz Freiherr von 140
 Albrecht, Erzherzog 68
 Albrecht, Florian 288–290, 315, 471
 Alexander II., Zar 110
 Andics, Hellmut 116, 589
 Andrassy, Julius Graf 86
 Anzengruber, Ludwig 39, 78
 Ardelt, Rudolf 581, 605
 Arendt, Hannah 48
 Arndt, Ernst Moritz 23, 40
 Arnoscht, Franz 247, 256
 Aschner, Alfred 82, 103
 Auerbach, Hellmuth 13–14
 Auersperg, Fürst Adolph 64
 Auersperg, Fürst Karl 64
 Axmann, Julius 418

 Bachmann, Adolf 465
 Bachmann, Harald 557
 Badeni, Kasimir Graf 15, 91, 206, 267, 270–271, 273, 278, 299–313, 318–323, 325–329, 331, 333, 336–339, 342, 344–345, 362, 366–376, 379–380, 383–386, 388–389, 392, 394, 396, 398–401, 403–405, 407–420, 422–425, 427–428, 430, 480, 525, 628
 Baernreither, Joseph Maria 284, 302, 307–309, 320, 322, 336, 392–395, 404, 408, 416, 423
 Bahr, Hermann 42, 89, 159–161
 Banffy, Gabor 269
 Bareuther, Ernst 177, 284–286, 453, 455–456, 458, 465
 Bartel, Adolf 609
 Bauer, Otto 359, 592
 Beer, Heinrich 561
 Belcredi, Egbert Graf 140, 185, 187
 Bendel, Josef 343
 Benedicty, Carl von 244–245
 Benedikt, Heinrich 535
 Beneš, Edvard 587
 Berger, Ferdinand 178, 265
 Berger, Rudolf 455, 457, 467–468
 Berger, Vinzenz von 274–275, 458, 464, 467–468, 473
 Bergson, Henry 13, 15
 Berner, Alfred 362, 507, 512, 533, 569, 571
 Berner, Ernst 405–406
 Bernstein, Eduard 547, 575
 Beurle, Carl 45, 48, 104, 149, 151–152, 159, 181, 195, 224, 245, 248, 263, 284, 286, 289, 426, 454, 474
 Bibl, Viktor 211
 Bielohlawek, Hermann 390–391, 413
 Bienerth, Richard Freiherr von 211
 Bilger, Ferdinand 77–78
 Biliński, Leon Ritter von 310–311, 313, 323, 367, 369, 391, 398, 410, 415
 Billroth, Christian Albert Theodor 45–46, 53, 70, 77–78, 241
 Birnbaum, Nathan 283
 Bismarck, Otto von 1, 14, 20, 25, 33–34, 38–39, 42–43, 51, 85, 88–90, 129, 131, 142, 147, 155, 160–161, 170–171, 176, 188, 194–196, 215, 242–243, 257, 265, 295, 330, 342, 346, 354, 428, 436, 439, 448, 482–483, 486, 494, 514, 540–541, 625–627, 631
 Biziste, Heinrich 39, 85
 Bloch, Josef Samuel 134–135, 166–167, 181, 332
 Blome, Gustav Graf 187

- Bondi, Serafin 149
 Bormann, Martin 633
 Botz, Gerhard 598
 Bouhler, Philipp 4, 11
 Boyer, John 64–65, 116, 184, 187, 189
 Böckel, Otto 609
 Bracher, Karl Dietrich 580
 Brandstötter, Rudolf 547, 560
 Braun, Adolf 360
 Bräunlich, Pastor Paul 442–444, 446–447
 Broszat, Martin 13
 Brunner, Alfred 610–612, 616–618, 634
 Brunner, Heinrich 35–36
 Brunner, Sebastian 52–53, 117, 133
 Brügel, Ludwig 319
 Brzorád, Eduard 317
 Buch (Buchow), Willi 606, 609
 Buchinger, N.N. 491
 Bukey, Evan Burr 14
 Bunzl, John 132
 Burger, Gustav 264
 Burschofsky, Ferdinand 351–352, 355–356, 361–363, 454, 457, 480–482, 485, 491, 494, 496–498, 503–514, 516–518, 523, 531–532, 543–544, 554–555, 559, 564–565, 567, 571, 575, 577, 582, 593, 623
 Busch, Wilhelm 56
 Buschenhagen, Josef 122–123, 127, 132, 150, 177
 Büchmann, Georg 39

 Camerlander, Karl Freiherr von 108
 Carl, Erzherzog 159
 Carl Ludwig, Erzherzog 268
 Chamberlain, Houston Stewart 441
 Charmatz, Richard 187, 300
 Chlumetzky, Johann Freiherr von 270
 Christoph, Moritz 564
 Ciller (Cihula), Alois 4–5, 351, 354, 362, 485, 499–500, 505, 510, 520–521, 531–532, 534, 544, 558, 564–565, 569, 574, 612
 Cingr, Peter 409
 Clam-Martinic, Heinrich Graf 95
 Clary und Aldringen, Manfred Graf 423
 Class, Heinrich 442, 610
 Coudenhove, Karl Graf von 303, 421
 Czeitschner, N.N. 564, 566, 571
 Dafert, Franz 159–160

 Dahn, Felix 344, 489
 Damaschke, Alfred 611–612
 Damm, Hans 540
 Daniel, N.N. 543–544
 Danneberg, Robert 548
 Daszinsky, Ignacy 387, 408
 Daurer, Josef 124
 Decker, Friedrich 264, 363, 365, 481, 490–491, 495, 498, 504, 515, 518, 524, 532, 538
 Deckert, Josef 253, 276
 Demelius, Gustav 158
 Derschatta, Julius 177, 199, 284, 344
 Deutsch, Julius 353–354
 Dinnebier, Rudolf 597
 Dipauli, Josef Freiherr von 274, 324, 328, 370, 382–383, 392–393
 Ditrich, Otto 559
 Dittrich, Karl 257
 Doderer, Heimito von 630
 Dollfuß, Engelbert 635–636
 Dötsch, Albin 540
 Dötz, Augustin 235, 262, 270, 275, 455, 457
 Drexler, Anton 8, 613, 618, 620–621, 623
 Dreyfus, Alfred 283
 Dumreicher, Armand von 33, 44, 296
 Dühring, Eugen 126, 137–139, 167, 190, 201, 449, 486–487, 489, 497, 505, 567–568, 571, 606
 Dürer, Albrecht 71
 Dyk, Emanuel 396, 406

 Ebenhoch, Alfred 400
 Ebenhoch, Viktor von 274, 336
 Ebner, Viktor von 431
 Eckelmann, N.N. 491
 Eichhorn, Pater Rudolf 213
 Eichler, N.N. 497
 Eisenkolb, Anton 442–443, 448, 455, 511
 Eisenmenger, Anton 124, 134
 Eisenmenger, Paul 250
 Enge, Wenzel 531, 537
 Engel, Emanuel 317, 319, 399
 Engels, Friedrich 359
 Erhart, Robert 372
 Ertl, Ferdinand 536, 543–544, 554, 558–559, 561, 563–565, 618
 Ertl, Franz 39, 85

- Exner, Franz Serafin 78
 Eybelsfeld, Conrad Freiherr von 205
- Faber, Josef 53, 104, 195, 474
 Fahrner, Adam 556, 561, 574, 582, 593
 Falkenhayn, Julius Graf 399, 401, 404, 424
 Faulhammer, Paul 249
 Feder, Gottfried 568, 604, 611
 Fella, Hans 531–544
 Fellner, Richard 104, 111
 Fest, Joachim 583
 Fey, Emil 636
 Fichte, Johann Gottlieb 22, 24, 603
 Ficker, Julius 39
 Fiegl, Josef 169, 174, 176–178, 207, 218, 223–225
 Figur, Julius 518
 Fischer, Roman 597
 Fischhof, Adolf 148, 167
 Fleck, Moritz 352, 356
 Flotzinger, August 491, 513
 Fochler, Karl 277, 454
 Ford, Henry 611
 Foregger, Richard 177, 199
 Fournier, August 3, 374
 Födisch, Franz 430–431, 440
 Förster, Bernhard 110, 112, 224, 227
 Förster, Friedrich 275, 471, 473
 Förster, Paul 606
 Frank, Hans 6–7, 12, 540
 Franz Ferdinand, Erzherzog 268, 574, 585
 Franz Joseph I., Kaiser 20, 26–27, 29, 86, 135, 179, 268–269, 273, 278, 299, 320, 322, 416, 585
 Franz-Willing, Georg 612
 Franzos, Karl Emil 104
 Frauenfeld, Alfred Edurard 633, 635–636
 Freud, Sigmund 46, 283
 Freundlich, Laib 539
 Friebeis, Hans 260, 270, 272–273, 278, 280
 Friedell, Egon 5
 Friedjung, Heinrich 46, 79, 98–99, 101, 147–149, 151–152, 156–158, 177, 180–181, 198–199, 546
 Friedl, Emanuel 595
 Friedrich III., Kaiser 214
 Friedrich der Große, König 1, 194
 Friedrich Wilhelm III., König 22
 Fritsch, Theodor 126–127, 227, 571, 605, 609, 611
- Fuchs, Albert 155
 Fuchs, Viktor von 395, 404, 424
 Funder, Friedrich 287, 324, 374, 408, 410, 414, 428, 440
 Funke, Alois 317, 318–319, 334, 343, 384, 392
 Fürnkranz, Heinrich 95, 124, 128, 166, 176, 218, 224, 230
 Fürstenberg, Vinzenz Graf 177
 Füssl, N.N. 124
 Fuster, Anton 81
- Gagern, Heinrich von 34
 Gagstatter, Karl 36, 39, 53, 104, 151, 172, 182, 195
 Galle, Josef 564, 571, 575
 Gangelmayer, Franz 595
 Gasser, N.N. 169
 Gassner, N.N. 249
 Gattermayer, Walter 354, 544, 566, 571, 575–576, 578–579, 582, 593, 614, 618, 634
 Gautsch von Frankenthurn, Paul Freiherr 205–207, 226, 303, 308, 310–312, 367, 369, 375, 415–417, 420–423
 Gerstgrasser, Eduard 209, 211
 Gesell, Silvio 611
 Gessmann, Albert 167, 187, 277–278, 562
 Girhartz, Theodor 38–39
 Glagau, Otto 120, 137
 Glanz von Eicha, Hugo Freiherr von 415
 Gleispach, Johann Nepomuk Graf, Freiherr v. Waldegg und Oberrahitsch 310–311, 313, 317, 320, 322, 333, 372, 398, 408, 415, 420
 Gneisenau, August-Wilhelm Neidhardt Graf von 195
 Gobineau, Arthur Graf de 57–58, 190
 Goebbels, Joseph 1, 381, 607, 633
 Goethe, Johann Wolfgang von 23, 489
 Goetz, Ferdinand 202–203
 Goluchovski, Agenor 320
 Gottwald, Franz 531
 Göring, Hermann 607
 Göttersdorfer, Karl 87
 Grabmayr-Angersheim, Karl von 302, 321, 338–339, 394, 403–404, 409, 423
 Gracon, N.N. 543
 Graf, Anton 251
 Gregorig, Josef 277, 378–380, 390, 413
 Grégr, Edvard 305–306

- Grégr, Julius 303
 Greiss, Hans Johann von 70
 Grillparzer, Franz 446
 Grimm, Anton 530
 Gross, Gustav 396, 542
 Gröndahl, Karl 532, 541, 543–544, 554, 558, 564
 Gruber, Max von 98, 411
 Grübl, Raimund 254, 259, 268, 278
 Guttenberg, Emil Ritter von 304–306, 312, 415
 Guttman, Heinrich 471
 Guttman, Richard 255–256

 Habicht, Theo 579, 636
 Hackel, Franz 491, 497, 499, 503, 508, 511, 513–514, 516, 518, 522, 531, 542, 575
 Haffner, Sebastian 21
 Haider, Anton 77–78
 Halban (Blumenstock), Heinrich Ritter von 329, 340, 384, 386, 400, 406–407, 413
 Hamann, Brigitte 10, 210, 214, 623, 632
 Hamburger, N.N. 226
 Hamel, Iris 341–342, 541
 Hamerling, Robert 217, 233, 236, 429
 Hanich, Alwin 497, 507–508, 540
 Hanisch, Ernst 595, 598
 Hanisch, Friedrich 455
 Hannich, Josef 499
 Hannawald, Alfred 559
 Hantsch, Hugo 168
 Hardenberg, Ernst Graf von 70
 Hasner von Artha, Leopold 108
 Hasse, Ernst 346
 Hatschek, Emil 77–78
 Hatschek, Isidor 102
 Haubenberger, Leo 354, 533, 558
 Hauck, Wilhelm Philipp 151, 176, 220, 234, 243, 262, 270, 275, 277, 455, 457, 540
 Haueis, Emil 39, 85
 Hauptmann, Gerhart 505
 Härdtl, Josef 240
 Heenemann, Hans 567
 Heer, Friedrich 191, 283, 429, 434, 615
 Hefel, Franz 522, 524
 Heiden, Konrad 611–612
 Heidlas, Josef 530
 Hein, Robert 44, 53, 55, 179

 Heindl, Franz 571
 Heinrich IV., König 417
 Heinzel, Franz 597
 Hemala, Fritz 354
 Henrici, Ernst 110, 125, 135–137, 227
 Hentschel, Willibald 606
 Herbst, Eduard 73, 105, 108
 Herold, Josef 317, 497
 Hertwig, Hans 606, 609
 Herzl, Theodor 100, 283
 Herzog, Josef 455
 Himmelbauer, Josef 169, 250, 506
 Himmler, Heinrich 192, 634
 Hindenburg, Paul von 1–3
 Hipp, Johann 255–257
 Hirsch, Max 354
 Hiss, Jakob 200
 Hitler, Adolf 1–14, 49, 67, 72, 89–90, 93, 143, 157, 197–198, 216–217, 223, 227, 231, 263, 272, 282–283, 292–293, 325, 341, 381, 412, 428–429, 436, 438, 442, 450–452, 469, 479, 487–488, 497, 503, 520, 529–530, 576, 599, 603, 605, 607–608, 612–613, 620–621, 623–624, 626, 629–636, 638
 Hlawitschka, A. 471
 Hochenburger, Viktor von 383, 425–426
 Hochenegg, N.N. 111
 Hofer, F. 249
 Hofer, Laurenz 332, 371, 380, 433, 455, 458, 540
 Hoffer, Friedrich 568
 Hoffer, Hans 39, 85
 Hoffmann, Heinrich 9
 Hoffmann, Lutz 22
 Hofmann, Rudolf 512
 Hofmann von Wellenhof, Paul 236
 Hohenlohe-Schillingfürst, Chlodwig Fürst 427
 Hohenwart, Karl Siegmund Graf von 267
 Hollomay, Leopold 168, 174, 185
 Holubek, Franz 130, 132–135, 143, 145
 Hořica, Ignát 373
 Horst, Oswald 53
 Hoyos, Graf N.N. 241
 Höger, Franz 530
 Hörmann, Robert von 376
 Hösslinger, Max 32
 Hron, Karl 229, 231
 Hueber, Anton 361

- Hugelmann, Gottfried 221
 Hunkel, Ernst 606
 Hurdes, Felix 638
 Hutten, Ulrich von 5, 435
 Hybes, Josef 357
- Iro, Karl 192, 195, 220, 222–223, 225, 228, 234, 236, 240, 244, 246, 248, 250, 255, 261, 275, 278, 295–296, 315–317, 328, 332, 336, 342, 344, 371, 378–380, 384, 432, 447, 453, 455–459, 467, 540
 Istóczy, Viktor von 123, 135–137
- Jagschitz, Gerhard 235
 Jahn, Friedrich Ludwig 5, 13, 23–25, 33–34, 190, 204, 325, 625
 Jahn, Norbert 498
 Jauner, August von 404–405
 Jaworsky, Appolinar Ritter von 386, 402
 Jäckel, Eberhard 13
 Jäger, Edmund 540
 Jeanné, N.N. 105, 107
 Jelinek, Anton 69
 Joks, Matthäus 484–489, 599
 Josef II., Kaiser 26, 72, 194–195, 331, 340, 411, 419
 Johnston, Otto 23
 Judas Ischariot 212
 Judson, Pieter M. 64
 Jung, Rudolf 520, 553–556, 558–560, 564, 566–571, 575–582, 589, 593–595, 599–608, 610–611, 613, 615, 617–618, 623–624, 626, 633–635
 Jury, Hugo 631
 Jünger, Ernst 152
- Kaan, Richard 159
 Kaiser, August 38, 224, 334
 Kaiser, Franz 38–39, 85, 201, 218, 230
 Kaiser, Ignaz 53
 Kaizl, Josef 302, 306, 313, 317–320, 336, 376
 Kann, Robert 87, 316
 Kapferer, Max 392
 Karl I., Kaiser 213, 268, 585, 625
 Karl, Alois 393, 400
 Karníková, Ludmila 348
 Kasper, Josef 455, 467, 475
 Kathrein, Theodor Freiherr von 326, 333, 371, 386, 392, 395
- Kautschitsch, Anton 150–151, 168–169
 Kautsky, Karl 357, 359, 547, 549
 Kele, Max 632
 Kellner, Adolf 453
 Kelsen, Hans 592
 Kernreuther, Alois 182
 Kernreuther, Josef Carl 248, 255, 261, 275, 342, 380
 Kershaw, Ian 6
 Khull, Ferdinand 240
 Kielmannsegg, Erich Graf von 259, 267–268, 270
 Kienast, Max 467, 469
 Kiesslich, Josef 456, 495
 Kiessling, Franz Xaver 85, 150, 200–203, 240, 247, 447–449, 609
 Kietabil, Ludwig 151
 Kilcher, Otto 626
 Kittel, Franz 249, 275, 384, 398, 455, 458, 540, 543
 Klein, Wilhelm 98
 Kleinwachter, Friedrich 300
 Kleist, Heinrich von 23
 Klemm, Josef 39, 85
 Kliemann, Franz 507, 522
 Kliemann, Eduard 455, 471
 Klinger, Eduard 209
 Klopp, Onno 39, 187
 Klopstock, Friedrich Gottlieb 23
 Klug, Hans 516
 Knab, Josef 177
 Knirsch, Hans 477, 486, 491, 505–506, 509, 513, 520–522, 529, 531–532, 534, 537–538, 543–544, 552, 555–556, 560–561, 563–565, 571, 574, 577, 582, 584–585, 587, 593, 596, 612, 615, 623, 633
 Knirsch, Isidor 531
 Knoll, Alfred 64
 Knoll, Kurt 49, 102, 241
 Knotz, Alfred 198
 Kohn, Schmul Leeb 224
 Kolisko, Rudolf 50, 104
 Kolmer, Gustav 372, 378, 387, 407–408
 Kopp, Josef 36, 108, 167–168, 181
 Kögler, N.N. 485
 Körner, Theodor 23
 Köstler, N.N. 496
 Kralik, Richard 98, 149
 Kramář, Karel 317–318, 372, 383, 386, 390, 395, 399, 402, 404, 406–408, 410, 583

- Krammer, Heinrich 514
 Kranner, Hanns 249
 Kraus, Karl 453
 Kraus, Viktor Ritter von 40, 99, 150, 181
 Krause, Christian Friedrich 68
 Krautmann, Ferdinand 151, 177, 182, 196, 219–220
 Krebs, Hans 3, 5, 520–521, 544, 555, 559, 567, 573,
 577–578, 582, 593, 609, 627
 Kreisky, Bruno 341
 Kreissle, Richard 567
 Krickl, Julius jun. 109, 209
 Krickl, Julius sen. 33–39, 53, 85, 95, 109, 150–151, 176,
 178, 181, 194, 201, 204, 209, 430
 Kronawetter, Ferdinand 47–48, 128, 142, 175, 177,
 184–185, 223, 271
 Kroy, Otto 484, 499, 511, 521, 531, 542–544, 554
 Kubizek, August 451
 Kucera, Ignaz 434–435
 Kummer, Carl 181
 Kun, Béla 614
 Kunschak, Leopold 10, 253, 614, 637
 Kunschak, Paul 10
 Kunze, Rudolf 141
 Kuppe, Karl 282
 Kutscher, Franz 455, 467, 475
- Lang, Hynek 406
 Lang, Ignaz 388, 407
 Lange, Friedrich 442
 Langgassner, Anton 150–152, 165–166, 168, 177, 192,
 195, 198, 219, 224
 Lanz von Liebenfels, Jörg 11, 14, 429, 449–450, 473,
 571, 624
 Lanzinger, Hubert 71
 Lassalle, Ferdinand 155, 253, 532, 569, 601
 Latschka, Adam 185–186, 276
 Lauböck, Theodor 619
 Lecher, Otto 334, 387–389
 Ledebur-Wicheln, Johann Graf 309, 313, 415
 Legler, Friedrich 453
 Leherner, Ernst 211
 Lehmann, Julius Friedrich 441–442
 Lehofer, Josef 277
 Lehrner, Ernst 220
 Leiser, Erwin 10
 Leitner, N. N. Ritter von 40
- Lemisch, Arthur 183, 334, 373
 Lensch, Paul 611
 Lenz, Alfred 128
 Lenz, Fritz 441
 Leo XIII., Papst 188
 Lessing, Gotthold Ephraim 105
 Lichnowsky, Karl Max Prinz von 427
 Liebermann von Sonnenberg, Max 110, 126, 137, 227,
 609
 Liebknecht, Wilhelm 32
 Liechtenstein, Fürst Alois 118, 140, 187, 235, 272–273,
 324
 Lienbacher, Georg von 107
 Lindner, Heinrich 453, 455
 Lipiner, Siegfried 98
 Lippert, Julius 317, 367–368
 List, Friedrich 603
 List, Guido von 14, 240, 250, 429, 449, 454, 473, 609,
 624
 Liszt, Franz 77
 Lodgman, Rudolf 586
 Lorenz, Josef Roman von 106
 Lorenz, Ottokar 35
 Löblich, Franz 128
 Löhner, Ludwig von 78
 Lötsch, Anton 53
 Löwe, Karl 531, 571, 593
 Ludwig der Bayer, König 317
 Ludwig II., König 59
 Lueger, Karl 7, 13–14, 33, 41–42, 47, 95, 98, 113, 121,
 141, 143, 148–149, 165, 167–168, 170, 173, 175–177,
 184–187, 189, 212, 214, 216–217, 221, 228–232,
 236–238, 252–261, 264, 267–283, 286, 292–293,
 295–296, 300, 306, 324, 345, 347, 379–381, 390–392,
 394, 411–413, 417, 424–425, 431, 434, 445, 467, 529,
 539, 547, 562
 Luther, Martin 194–195, 211, 448, 451, 494
 Lützow, Carl von 78
- Maaßen, Friedrich 160
 Mahler, Gustav 98
 Maier, Franz 128
 Malik, Vinzenz 540
 Mamatey, Victor 586
 Mandl, Ignaz 98, 149, 174–175
 Maresch, Richard 77

- Marie Valérie, Erzherzogin 268, 416
 Marin, Bernd 132
 Marr, Wilhelm 59–63, 125, 136, 166
 Marx, Karl 11, 253, 359, 477, 486, 527, 556–557, 569, 601, 604, 624
 Masaidek, Franz Friedrich 39, 55, 84–85, 132, 134, 150–151, 177, 208–209, 213, 231
 Masaryk, Tomas G. 587
 Maser, Werner 10, 442
 Mauller, Albert 559, 564–565, 571
 Mauthner, Max Freiherr von 302, 400
 Maximilian, Kaiser 113
 Mayer-Löwenschwerdt, Erwin 89, 153, 210, 218, 293, 315
 Mayr-Harting, Anton 266, 313
 Mehring, Moses 97
 Meier, Friedrich 200
 Mende, Hofrat Leopold von 67
 Menger, Anton 287
 Menger, Max 301
 Merlio, Gilbert 57
 Metternich, Graf Clemens Wenzel Lothar 113, 115, 118
 Metternich-Zichy, Melanie 187
 Meynert, Theodor 78
 Milde, N.N. 497
 Mischitz, Hans 594
 Mitterer, Otto 638
 Molisch, Paul 104, 286, 309, 370, 381, 392
 Moltke, Helmuth von 233, 239
 Mommsen, Hans 349
 Mommsen, Theodor 389
 Moos, Leo von 625
 Morton, Frederic 70
 Muthorst, Hermann 541
 Müller, Rudolf 496, 539, 561, 564–565
- Napoleon I., Kaiser 21–24, 31, 159
 Napoleon III., Kaiser 64
 Naumann, Friedrich 516–517
 Neumayer, Josef 277, 280
 Newald, Julius Ritter von 148
 Nezesany, N.N. 554
 Nierhaus, Karl 222
 Nietzsche, Friedrich 57–58, 98, 110, 138, 224, 435
 Nittel, Anton 438–439
 Nolte, Ernst 527
- Nothnagel, Hermann 241, 245
 Nowak, Alfred 559
- Opitz, Ambros 324
 Osthaus, Karl Ernst 291
 Otte, Hans 571
 Otto, Erzherzog 268
 Ottokar, König 340
- Pacák, Friedrich 304, 306, 317, 370
 Padua-Riehl, Anton von 545
 Pacher, Paul von 275, 277, 279–280, 456, 463, 467, 475
 Pacher, Raphael 374, 453, 455
 Pattai, Robert 124–125, 127, 133, 137, 139–140, 145, 151–152, 159, 162, 167–170, 174–177, 184–189, 192, 198, 209, 212, 214, 228–231, 236, 270–271, 273, 391
 Patzelt, Julius 221, 368, 572, 582
 Pauley, Bruce 62, 197, 293, 570
 Peduzzi, Rudolf 564, 593–594
 Penžek, Josef 300, 322, 362, 367
 Pergelt, Anton 321, 343, 371, 384, 424
 Pernerstorfer, Engelbert 79, 98–99, 112, 142, 148–150, 152, 158–159, 161, 164–166, 177, 180, 197, 199–200, 212, 252, 359, 546–549, 551–552, 564, 638
 Perthaler, Hans von 65
 Peschke, Josef 561
 Petersdorff, Heinrich von 111
 Petzval, Josef 33
 Peyerl, Adam 532, 543–544
 Pezoldt, Gustav 440
 Pfeiffer, Josef 530
 Pfersche, Emil 346, 367, 398, 567
 Pflaum, Anton 508
 Pichl, Eduard 5, 10, 81, 142, 194, 196, 241, 243, 263–264, 281, 352, 421, 425, 430, 443, 450, 456, 459, 463–464, 471, 481, 512, 537, 540, 626, 628, 632
 Pichl, Rudolf Otto 595
 Pickert, Karl 64
 Pinkert, Alexander 126, 135, 137–138
 Pius IX., Papst 51–52, 194
 Piwetz, Anton 595
 Plener, Ernst von 108, 172
 Ploetz, Alfred 441
 Poetsch, Leopold 10
 Pogatschnigg, Paul 589, 618

- Pollak, Heinrich 97
 Polzer, Aurelius 150, 159, 240, 244, 498
 Polzhofer, N.N. 228
 Porkert, Josef 251
 Potoczek, Jan 396, 398
 Prade, Heinrich 177, 198–199
 Prantner, Max 53, 250
 Prayon, Karl 539, 543, 564–566
 Pražák, Jiří 95
 Prediger, Wilhelm 510, 513, 518, 521–524, 530, 532, 537–538, 559, 564
 Prix, Johann Nepomuk 235, 254
 Proch, Karl 511, 530–531
 Proding, Hans 571–572, 595, 597
 Provander, Leopold 224
 Psenner, Ludwig 123–124, 185–187, 190
 Pulzer, Peter 55, 115, 283, 442
- Quereser, Theodor 364, 492–493, 498, 504, 513, 516–517
- Raab, Johanna 263
 Rakus, Theodor 244, 246, 431–432
 Ranke, Leopold von 63
 Rauchberg, Heinrich 348
 Rauscher, Joseph Othmar Kardinal von 118
 Reiniger, Heinrich 453
 Reinl, Hans 613
 Reitter, Adolf 633
 Renner, Familie 550
 Renner, Karl 290, 359, 546, 561, 586, 592
 Resch, Anton 373
 Reschauer, Heinrich 172, 212
 Resel, Johann 405–406, 418
 Retter, Josef 419–420
 Reuter, Otto Sigfrid 192
 Richter, Franz 53
 Richter, Josef 531
 Riedl, Richard 492
 Rieger, Eduard 558
 Rieger, František Ladislav 95
 Riehl, Anton Vinzenz Leopold 546
 Riehl, Elly 593, 595
 Riehl, Walter 152, 545–560, 563–567, 569–576, 578–580, 582, 584, 589–590, 593–595, 597, 613, 615–621, 623–624, 629, 634–638
- Riesser, Gabriel 59
 Rint, Hans 38–39
 Rissaweg, Josef 237, 260, 277
 Rittner, Eduard 307, 309, 398
 Rocholl, Theodor von 18
 Rogelböck, Matthias 567
 Rohling, August 124, 133–135, 137, 167–168
 Rosa, N.N. 511
 Rosenberg, Alfred 570, 607, 627
 Rothschild, Familie 171
 Rott, Elvira 594
 Rott, Gloria 573
 Rousseau, Jean-Jacques 21
 Ruber, Ignaz von 398
 Rudigier, Bischof Franz Joseph 84
 Rudolf, Erzherzog 171–172, 210, 214–217
 Rüdin, Ernst 441
- Sachers, Heinrich 356
 Salomon, Pfeffer von 2
 Salten, Felix 232
 Samassa, Paul 456
 Schachinger, Dechant Georg 400
 Schallaböck, Franz 174
 Schallenberg, Wolf Christof von 70
 Schalk, Friedrich 446, 454–455, 458, 462–463, 470, 472, 540
 Scharf, Moritz 134
 Schatitz, Karl 627
 Schaufler, N.N. 473
 Schärf, Adolf 546
 Scheichl, Paul Sigurd 44
 Schemann, Ludwig 441, 571
 Scherer, Wilhelm 35
 Scheuer, Oskar 50, 84, 180, 289
 Schiller, Friedrich 23, 31
 Schilling-Schletter, Alexander 548, 550, 552, 563, 578–579, 636
 Schimana, Anton 459, 494, 498, 509, 511, 514, 532
 Schindler, Franz Martin 187
 Schirach, Baldur von 6, 580, 627–628, 631, 633, 637
 Schlechtendahl, Wilhelm 440
 Schleiermacher, Friedrich 23–24
 Schlesinger, Josef 279
 Schlesinger, Ludwig 317, 328, 368
 Schmeitzner, Ernst 137

- Schmerling, Anton Ritter von 33, 48, 211
 Schnabl, Franz 276
 Schnee, Heinrich 217
 Schneider, Ernst 123, 139–141, 143, 145, 168, 174, 176, 184, 187, 413
 Schnitzler, Arthur 100, 288
 Schober, J. 249
 Schopenhauer, Arthur 57, 98
 Schorske, Carl E. 70
 Schoßnickel, Hieronimus 539
 Schönerer, Alexandrine von 71
 Schönerer, Friederike 69
 Schönerer, Georg jun. 626
 Schönerer, Georg Ritter von 4–7, 13–14, 25, 33, 36, 38–39, 53, 62–63, 65–93, 95, 98–108, 111–113, 121–122, 124, 128–133, 137–147, 149–183, 186–201, 203–248, 250–251, 253–257, 261–266, 274–276, 278–280, 282–287, 290–297, 314–315, 317, 324–327, 329–330, 332–336, 338, 340–342, 344, 351–352, 356, 363–366, 368, 371, 376, 379–381, 384–385, 390–394, 396–398, 401, 403–405, 409, 411–412, 418, 422–430, 433–434, 436–444, 446–451, 453–454, 456–461, 464–475, 479–481, 483, 486, 490, 492, 494–498, 503–505, 507–513, 518, 520, 522, 529, 532, 537, 539–541, 546–547, 549, 551–552, 554, 566, 568, 570, 575, 582, 600, 602, 606, 609–610, 614, 617, 623–629, 631, 638
 Schönerer, Matthias von 67, 70
 Schönerer, Philippine von (geb. Gschmeidler) 69, 182, 214, 224, 285, 625
 Schöpfer, Aemilian 382
 Schrafl, Josef 584
 Schramm, Erich von 110–111, 159
 Schrammel, Anton 377–378
 Schreiter, Franz 455, 467, 475, 514, 522, 537–538
 Schubert, Anton 571, 595
 Schubert, Franz 631
 Schuhmeier, Franz 10
 Schulz, Karl 595, 618, 629–630, 634–635, 637
 Schücker, Karl 317, 328, 384, 453
 Schücker, Zdenko 334–335
 Schwarz, Franz 495
 Schwarz, Viktor 38–39
 Schwarzenberg, Fürst Felix 69
 Schwarzenberg, Fürst Johann Adolph 69
 Schwarzenberg, Fürst Karl 306, 319, 322, 370
 Sedlak, Karl 461–462
 Seidl, Alois 454, 460, 462–466, 474
 Seidl, Anton 460
 Seidl, Ferdinand 532–533, 538, 543–544, 561, 565–567, 572, 574, 584
 Seitz, Karl 454, 575
 Seliger, Josef 359, 494, 586
 Seyss-Inquart, Arthur 614
 Sforza, Prinzessin Bonaventura 299
 Shakespeare, William 417
 Sigismund I., König 299
 Siller, Franz 496, 504
 Simons, Gustav 567–568, 605–606
 Simonyi, Ivan 135, 137
 Sindinger, Josef 571–572
 Slavik, Jan 305
 Slepiza, Leopold 243, 248, 251
 Smelser, Ronald 599, 619
 Solymosi, Eszter 134–135
 Sombart, Werner 493
 Spatz, Bernhard 441
 Speer, Albert 197
 Spengler, Oswald 611
 Stadler, Karl 547
 Stampfer, Friedrich 360
 Stauff, Philipp 609
 Stauracz, Franz 276
 Stein, Franz 5–6, 125, 129, 210, 247–248, 262–266, 275, 294–296, 330, 356, 361, 363, 365, 377, 381, 383, 411, 421, 424, 428, 435, 442–443, 445–447, 449, 451, 453, 455, 457–458, 464, 469, 473, 475, 480–482, 484–485, 489–492, 494–499, 503–504, 506–518, 520, 523–524, 526, 533, 540, 544, 555, 570, 589, 599, 602, 623, 626–633
 Stein, Julie 633
 Stein, Karl Reichsfreiherr vom und zum 22–23, 195
 Steinwender, Otto 33, 44, 98, 149, 151–152, 176–178, 180, 198–199, 216, 224–225, 232, 234, 236, 242, 263, 270, 283–284, 286, 289, 314–315, 317, 326, 333–334, 344, 368, 374, 425–426, 435, 546, 584
 Stephanie, Erzherzogin 210
 Sternadt, N.N. 564–565
 Steudel, Johann 175
 Stift, Andreas Freiherr von 70
 Stoecker, Adolph von 109, 111, 119, 126, 136–137, 152, 283, 568, 624

- Stölzel, Arthur 572
 Strache, Eduard 331
 Stránský, Adolf 385, 400, 583
 Stransky, Eduard von 275, 464, 553
 Strasser, Gregor 607
 Strasser, Josef 361
 Strauß, Johann 241
 Streicher, Julius 434, 612
 Streiter, Joseph 40
 Stremayr, Carl von 87, 96–98, 150, 545
 Strobach, Josef 260, 280–281, 320
 Strohal, Emil 36, 38, 64
 Stummer, Crescentine 70
 Sturm, Eduard 108, 147
 Stürgkh, Karl Graf 302, 311, 394–395, 576
 Suchenwirth (Suchanek), Richard 615
 Sutter, Berthold 393, 417
 Suttner, Bertha von 241
 Suttner, Gundaccar von 241
 Sybel, Heinrich von 39
 Sylvester, Julius 53, 104, 149, 151–152, 181, 195–196,
 224–225, 231, 247–248, 263–264, 287, 334, 373, 384,
 426, 465, 542
 Szeps, Moritz 171, 210, 212

 Taaffe, Eduard Graf 87, 89–91, 95–97, 101, 122, 140,
 147, 170, 174, 211, 219, 252, 266, 299, 302, 309, 322,
 324, 327, 399
 Tafel, Paul 611
 Teufert, Alois 514
 Teufert, Josef 495
 Thun Hohenstein, Franz Graf von 303–304, 309, 319,
 368, 423
 Tichy, Harald 263
 Tichy, Johann 633
 Tietze, Hans 98, 147
 Tins, Karl 330
 Titta, Josef W. 537, 549, 551, 586
 Tobiaschek, Jaromir 104
 Toldt, Karl 430
 Tomanek, Josef 277
 Tomaszczuk, Anton 206–207
 Tomola, Leopold 237, 255–257
 Treitschke, Heinrich von 35, 39, 63, 505
 Troll, Walter Ritter von 391
 Troyer, Otto 597

 Tschan, Josef 455–457, 460–462, 464–467, 470, 475,
 490
 Tschan, Sofie 462–464
 Tscherner, Willibald 558–559
 Türk, Karl 150, 177–178, 182, 205–207, 209, 211–213,
 218–219, 223–224, 228, 230–233, 249, 262, 275, 315,
 327, 384, 391, 454, 540
 Twain, Mark 388

 Udržal, František 406, 408
 Ulbricht, Karl 33, 346, 367
 Ullmann, Karl 177
 Ullmann, Rudolf 182
 Ursin, Josef 53, 181, 183, 207, 218, 224, 230, 242, 247,
 249, 472, 540
 Üxküll, Alexander Graf 373

 Vacher de Lapouge, Georges Graf 17
 Vergani, Ernst 151, 182, 207, 209, 213, 218–224,
 228–229, 231–232, 256–257, 261, 264, 275, 562
 Verkauf, Leo 378
 Vetter, Cornelius 168, 174, 228–229
 Villa-Secca, Freiherr Roderich von 80
 Vogel, Ludwig 315, 481–482, 484, 491, 497, 503–504
 Vogelsang, Karl Freiherr von 118–121, 140, 184–189

 Wagener, Otto 2, 452, 607
 Wagner, Adolph 126, 603
 Wagner, Hans 559, 572, 593, 595, 597
 Wagner, Richard 56–59, 77, 98, 158–159, 161, 244, 441
 Wallenstein, Albrecht von 343
 Wandruszka, Adam 407
 Wanner, Anton 491, 498
 Wannieck, Friedrich 609
 Wein, Hans 495, 498
 Weiss, John 62
 Weiß, Joseph von 26
 Weitlof, Moritz 99, 107, 172, 177, 181, 198
 Welser von Welsersheimb, Zeno Graf 310, 312, 415
 Wengraf, Eduard 218
 Wenzel, Leo 556
 Whiteside, Andrew G. 42, 197, 212, 221, 354, 451, 547,
 557
 Wiesauer, N.N. 491
 Wiesinger, Albert 52–53, 117, 133, 276

- Wilhelm I., Kaiser 18, 83, 129, 135, 158, 205, 208, 211, 295, 376
 Wilhelm II., Kaiser 214–215, 585
 Windischgrätz, Fürst Alfred 266–267, 283, 299
 Witte, N.N. 440
 Wittmann, Rudolf 141, 150–152, 168–170, 177–178
 Wolf, Elfriede 630
 Wolf, Karl Hermann 3–5, 129, 195, 221–223, 228, 233, 236–238, 240, 243, 246, 248, 254, 256–258, 260–261, 263, 265, 274–280, 282, 284, 286, 294, 296, 301, 315, 326–329, 333–334, 343, 344, 346, 367, 372–376, 380–381, 383–385, 387–388, 390–392, 394, 396, 398, 400–401, 407, 409–411, 414, 417, 419, 423–424, 426–427, 432–433, 435–437, 442–443, 449, 453–475, 479–480, 483, 489–491, 497, 503, 506–513, 525, 535–536, 539, 542, 623, 629–631
 Wolf-Cyrian, Franziska 595, 618
 Wolfarth, Baron Karl 394–395
 Wüst, Anton Karl 540
 Zarboch, Rudolf 626
 Zeidler, Rudolf 505, 509, 512, 540, 552, 585
 Zerboni, Karl von 123–124, 135, 185
 Ziegler, Rudolf 540
 Zimmermann, Oskar 609
 Zinke, N.N. 491
 Zugmayer, Paul 242

FWF-BIBLIOTHEK

InventarNr.:

D3616

Standort:



Michael Wladika,
geb. 1961, MMag. Dr., Jurist und
Historiker, seit 1999 Provenienz-
forscher für die Museen der Stadt
Wien, Mitarbeiter der Österreichischen
Historikerkommission, Forschungen
und Publikationen zur Geschichte
des Nationalsozialismus in Österreich,
zum Rückstellungsrecht, zu politischen
Parteien, historischer Fotografie und
Kunstraub.

Wenn man den Nationalsozialismus aus dem Lauf der Geschichte löst, ist eine Sichtweise auf die gesellschaftlichen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts weitgehend versperrt. Es wird dabei übersehen, dass der „Gemeinwille“ des Volkes sich eine mit nationalen Mythen und Kulte aufgeladene Ersatzreligion schuf, die dazu beitrug, den Folgen einer überhitzten Industrialisierung eine „heile Welt“ entgegenzusetzen. Dieser neue alte politische Stil ließ aber den unentbehrlichen Hintergrund für den Nationalsozialismus entstehen. Der Nationalsozialismus österreichischer Provenienz nahm lange vor Hitler im vom Nationalitätenkampf erschütterten Nordböhmen des Jahres 1903 seinen geistigen Ursprung und stellte mit dem im NS-Staat hochdekorierten Theoretiker Rudolf Jung in dessen 1919 erschienenem Hauptwerk „Der nationale Sozialismus“ schon früh ein demokratisches System gegenüber einem charismatischen Führerstaat in Frage.



9 783205 773375

ISBN 3-205-77337-3

<http://www.boehrlau.at>

<http://www.boehrlau.de>